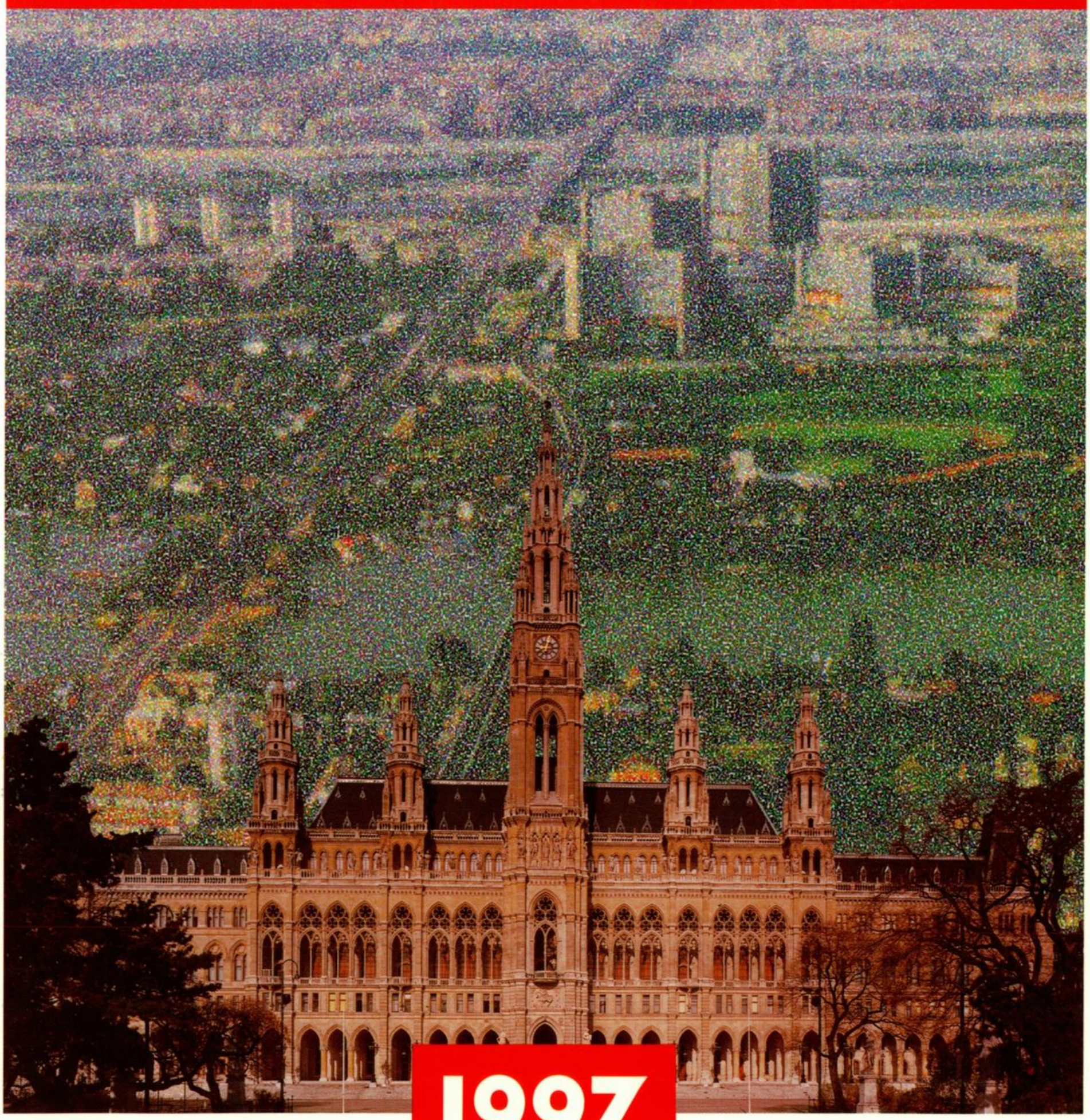
# DIE VERWALTUNG DER STADT WIEN



1997

# DIE VERWALTUNG
## DER
# STADT WIEN

## 1997

*Magistrat der Stadt Wien*
*Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke*
*Wien 1998*

Bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt Wien
Nachdruck nur mit Quellenangabe
Umschlaggestaltung: Traude und Thomas Meier-Schomburg

---

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Magistrat der Stadt Wien
Druck: Ringdruck- und Verlagsges. m. b. H., 1080 Wien, Albertgasse 43

ISSN 1028-0685

# Inhaltsverzeichnis


**Verfassungs- und Verwaltungsorganisation** ..... 9
Veränderungen in den Vertretungskörpern 1997 ..... 9
Magistratsdirektion ..... 11

**Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal** ..... 76
Allgemeine Personalangelegenheiten ..... 76
Personalamt ..... 82
Besoldungsamt ..... 83
Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien ..... 84
Zentraler Einkauf ..... 85
Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten ..... 93
Marktamt ..... 97
Veterinäramt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx ..... 102
Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten ..... 106
Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten ..... 108
Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens ..... 109

**Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke** ..... 115
Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben ..... 115
Finanzwirtschaft und Haushaltswesen ..... 117
Rechnungsamt ..... 123
Städtische Friedhöfe ..... 129
Statistisches Amt der Stadt Wien ..... 132
Wiener Stadtwerke ..... 136

**Jugend, Soziales, Information und Sport** ..... 144
Amt für Jugend und Familie ..... 144
Sozialamt ..... 158
Bildung und außerschulische Jugendbetreuung ..... 169
Sportamt ..... 182
Presse- und Informationsdienst ..... 183
Bürgerdienst ..... 187
Städtische Schulverwaltung ..... 188

**Kultur** ..... 197
Kultur ..... 197
Wiener Stadt- und Landesarchiv ..... 209
Wiener Stadt- und Landesbibliothek ..... 212
Museen der Stadt Wien ..... 214

**Gesundheits- und Spitalswesen** ..... 218
Gesundheitswesen ..... 218
Betreuung zu Hause ..... 251
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien ..... 271
Wiener Krankenanstaltenverbund ..... 273

**Planung und Zukunft** ..... 301
Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie ..... 301
Stadtentwicklung und Stadtplanung ..... 309
Architektur und Stadtgestaltung ..... 321
Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West ..... 331
Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd ..... 332
Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost ..... 335
Straßenverwaltung und Straßenbau ..... 337
Brückenbau und Grundbau ..... 341
Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien ..... 350
Stadtvermessung ..... 351

**Umwelt und Verkehrskoordination** ..... 356
Umweltschutz ..... 356
Kanalisation ..... 388
Wasserwerke ..... 389
Öffentliche Beleuchtung ..... 397
Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei ..... 400
Stadtgartenamt ..... 402
Bäder ..... 406
Wasserbau ..... 408
Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten ..... 412
Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark ..... 419
Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ..... 429
Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens ..... 436
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten ..... 440
Parkraumüberwachung ..... 441
Feuerwehr und Katastrophenschutz ..... 442

**Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung** ..... 446
Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten ..... 446
Wiener Wohnen ..... 448
Amtshäuser, Nutzbauten, Nachrichtentechnik ..... 451
Hochbau ..... 458
Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung ..... 459
Haustechnik ..... 461
Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten ..... 465
Baupolizei ..... 469
Technische Grundstücksangelegenheiten ..... 471
Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen ..... 473
Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten ..... 479
Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten ..... 481

**Kontrollamt der Stadt Wien** ..... 483

**Unabhängiger Verwaltungssenat** ..... 484

**Kinder- und Jugendanwaltschaft** ..... 486

**Wiener Patientenanwaltschaft** ..... 492

**Wiener Umweltanwaltschaft** ..... 495

**Wiener Tourismusverband** ..... 511

**Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien** ..... 513

**Sachverzeichnis** ..... 514

# Verzeichnis der Magistratsabteilungen

1 – Allgemeine Personalangelegenheiten
2 – Personalamt
3 – Besoldungsamt
4 – Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben
5 – Finanzwirtschaft und Haushaltswesen
6 – Rechnungsamt
7 – Kultur
8 – Wiener Stadt- und Landesarchiv
9 – Wiener Stadt- und Landesbibliothek
10 – Museen der Stadt Wien
11 – Amt für Jugend und Familie
12 – Sozialamt
13 – Bildung und außerschulische Jugendbetreuung
14 – Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie
15 – Gesundheitswesen
16 – Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten
17 – Wiener Wohnen
18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung
19 – Architektur und Stadtgestaltung
21A – Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West
21B – Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd
21C – Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost
22 – Umweltschutz
23 – Amtshäuser, Nutzbauten, Nachrichtentechnik
24 – Hochbau
25 – Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung
28 – Straßenverwaltung und Straßenbau
29 – Brückenbau und Grundbau
30 – Kanalisation
31 – Wasserwerke
32 – Haustechnik
33 – Öffentliche Beleuchtung
35 – Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten
36 – Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei
37 – Baupolizei
38 – Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien
39 – Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien
40 – Technische Grundstücksangelegenheiten
41 – Stadtvermessung
42 – Stadtgartenamt
43 – Städtische Friedhöfe
44 – Bäder
45 – Wasserbau

46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
47 – Betreuung zu Hause
48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark
49 – Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien
50 – Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen
51 – Sportamt
53 – Presse- und Informationsdienst
54 – Zentraler Einkauf
55 – Bürgerdienst
56 – Städtische Schulverwaltung
57 – Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten
58 – Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens
59 – Marktamt
60 – Veterinäramt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx
61 – Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten
62 – Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten
63 – Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens
64 – Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten
65 – Rechtliche Verkehrsangelegenheiten
66 – Statistisches Amt der Stadt Wien
67 – Parkraumüberwachung
68 – Feuerwehr und Katastrophenschutz
69 – Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten
70 – Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien

# Vorwort

Der Bericht über die Verwaltung der Stadt Wien im Jahr 1997 spiegelt wesentliche Tätigkeitsschwerpunkte des Berichtsjahres.

Im Zentrum der wirtschaftlichen Aktivitäten der Bundeshauptstadt standen die Bemühungen, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes zu steigern und damit für zusätzliche Beschäftigungsimpulse für den Wiener Arbeitsmarkt zu sorgen. Bei der Budgeterstellung für 1998 stand die Stabilisierung des Haushaltsdefizites unter 10 Mrd. Schilling im Vordergrund. Einnahmen von 126 Mrd. Schilling standen Ausgaben von 135,7 Mrd. Schilling gegenüber; das Wiener Budget entwickelte sich also konform mit den Maastricht-Kriterien.

Die Wiener Stadtwerke setzten mit Gesamtinvestitionen von rund 6 Mrd. Schilling bedeutende Beschäftigungsimpulse. Ganz Wien feierte den 100. Geburtstag der Elektrischen Straßenbahn. Diese erfolgreiche Tradition wurde heuer auch mit der Serienproduktion des Niederflurtriebwagens ULF fortgesetzt.

Ein neues 13-Mrd.-Schilling-Investitionsprojekt „Neue Gewässer- und Abgasstrategien" wurde vorgestellt, mit dem Ziel, Abwässer vermeiden zu helfen und der Renaturierung von Gewässern zu dienen.

Die Parkraumbewirtschaftung in Wien wurde auf die Bezirke 4 und 5 ausgedehnt.

Die Errichtung des „Wientalsammler-Entlastungskanals" wird in den kommenden Jahren eine Gesamtinvestition von 13 Mrd. Schilling erfordern.

Nach umfassenden Vorarbeiten wurde ein neues U-Bahn-Konzept (3. Ausbaustufe) vorgelegt. Dieses Konzept sieht die Verlängerung der U 1 bis Leopoldau sowie die Führung einer donauquerenden U-Bahn in den Raum Stadlau - Aspern - Eßling vor.

Nach jahrelangen Debatten wird die Verbesserung der Verbindungen zwischen den Autobahnen im Süden (A 2 - A 23) und den westlichen und südwestlichen Stadtteilen sowie die Verkehrsberuhigung Altmannsdorf - Hetzendorf (B 12b) realisiert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stadtplanung ist die Entwicklung von Strategien zur Erhaltung und Belebung der Wiener Geschäftsstraßen.

Insgesamt wurden in diesem Kalenderjahr 9.600 Wohnungen fertiggestellt, wobei sich der Trend von der Objekt- zur Subjektförderung fortsetzte. Die Gesamtförderung der Stadt Wien für diese Wohnungen betrug 3,8 Mrd. Schilling. Für die Wohnhaussanierung wurden 1997 rund 3 Mrd. Schilling aufgewendet.

Weitere Schwerpunkte der Aktivitäten der Stadt Wien waren der Ausbau der Kinderbetreuung, eine Kampagne gegen Gewalt an Kindern, die Vernetzung der professionellen Jugendarbeit und der Ausbau der Behindertenbetreuung.

Die Integrationsbemühungen der Stadt Wien für die rund 300.000 ausländischen Mitbürger wurden mit der Einrichtung einer eigenen Bereichsleitung für Integration weiter forciert.

Mit Beschluß des Wiener Gemeinderates wurde die Einrichtung einer gesundheitspolitischen Kommission zur Weiterentwicklung des Wiener Gesundheitswesens vorgenommen. Mit Beginn des Kalenderjahres wurde die leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung (LFK) eingeführt, wodurch die Abrechnung von Tagespauschalen auf eine diagnosenabhängige und daher leistungsorientierte Verrechnung verwirklicht ist.

Als Begegnungs- und Schnittpunkt künstlerischer und geistiger Strömungen in Europa gewinnt Wien mehr und mehr an Bedeutung. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten einmal mehr die Wiener Festwochen, die ein hochkarätiges Programm internationaler und heimischer Provenienz boten.

# Verfassungs- und Verwaltungsorganisation

## Veränderungen in den Vertretungskörpern 1997

Herr amtsführender Stadtrat Rudolf Edlinger (SPÖ) legte mit Wirkung vom 28. Jänner seine Funktion im Stadtsenat zurück. Frau Mag. Brigitte Ederer (SPÖ) wurde in der Gemeinderatssitzung vom 31. Jänner zu seiner Nachfolgerin gewählt. Über Vorschlag des Bürgermeisters erfolgte die Wahl von Frau Mag. Brigitte Ederer zur amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe „Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke" und die Angelobung als Mitglied der Wiener Landesregierung.

Folgende Mitglieder des Gemeinderates sind verstorben: Andreas Honay (SPÖ) am 5. Mai und DDr. Romana Widhalm (ÖVP) am 16. Mai.

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück:

Rudolf Sagmeister (SPÖ) mit 1. März, Hans Mentschik (SPÖ) mit 17. März, Anton Ladicz (SPÖ) mit 20. Juni, Dr. Oskar Wawra (ÖVP) mit 30. November.

Folgende Ersatzmitglieder wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt: Dr. Alois Mayer (SPÖ) mit 3. März, Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) mit 19. März, Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) mit 23. Mai, Christian Oxonitsch (SPÖ) mit 26. Mai, Andreas Schieder (SPÖ) mit 23. Juni, Ingrid Lakatha (ÖVP) mit 4. Dezember.

An Änderungen ergaben sich bei den Schriftführerinnen und Schriftführern des Gemeinderates: Susanne Jerusalem (GRÜNE) am 24. April für Jutta Sander (GRÜNE) und Franz Ekkamp (SPÖ) am 23. Juni für Godwin Schuster (SPÖ).

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen:

Gemeinderatsausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal - als Mitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) am 27. Mai für das Mitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP), als Ersatzmitglied Christian Oxonitsch (SPÖ) am 18. Juni für das Ersatzmitglied Johann Driemer (SPÖ), als Ersatzmitglied Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) am 25. Juni für das Ersatzmitglied Andreas Honay (SPÖ), als Mitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) am 17. Dezember für das Mitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP);

Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik - als Ersatzmitglied Godwin Schuster (SPÖ) am 25. Juni für das Ersatzmitglied Andreas Honay (SPÖ), als Ersatzmitglied Jutta Sander (GRÜNE) am 2. September für das Ersatzmitglied Mag. Christoph Chorherr (GRÜNE), als Ersatzmitglied Mag. Christoph Chorherr (GRÜNE) am 6. Oktober für das Ersatzmitglied Jutta Sander (GRÜNE);

Gemeinderatsausschuß für Wiener Stadtwerke und Friedhöfe - als Mitglied Johann Hatzl (SPÖ) am 3. März für das Mitglied Rudolf Sagmeister (SPÖ), als Ersatzmitglied Dr. Alois Mayer (SPÖ) am 3. März für das Ersatzmitglied Johann Hatzl (SPÖ), als Mitglied Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) am 21. März für das Mitglied Hans Mentschik (SPÖ), als Mitglieder Heinz Sramek (SPÖ) und Christian Oxonitsch (SPÖ) am 18. Juni für die Mitglieder Martina Malyar (SPÖ) und Josefa Tomsik (SPÖ), als Ersatzmitglied Josefa Tomsik (SPÖ) am 18. Juni für das Ersatzmitglied Heinz Sramek (SPÖ), als Ersatzmitglied Godwin Schuster (SPÖ) am 25. Juni für das Ersatzmitglied Andreas Honay (SPÖ), als Ersatzmitglied Andreas Schieder (SPÖ) am 27. Oktober für das Ersatzmitglied Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Jugend, Soziales, Information und Sport - als Ersatzmitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ) am 21. März für das Ersatzmitglied Hans Mentschik (SPÖ), als Mitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) am 27. Mai für das Mitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP), als Ersatzmitglied Godwin Schuster (SPÖ) am 25. Juni für das Ersatzmitglied Andreas Honay (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Kultur - als Ersatzmitglied Johannes Prochaska (ÖVP) am 14. Februar für das Ersatzmitglied Walter Strobl (ÖVP), als Ersatzmitglied Kurt Wagner (SPÖ) am 25. Juni für das Ersatzmitglied Andreas Honay (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen - als Ersatzmitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) am 27. Mai für das Ersatzmitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP), als Ersatzmitglied Paul Zimmermann (SPÖ) am 18. Juni für das Ersatzmitglied Gerda Themel (SPÖ), als Ersatzmitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) am 17. Dezember für das Ersatzmitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP);

Gemeinderatsausschuß für Planung und Zukunft - als Mitglied Christian Oxonitsch (SPÖ) am 18. Juni für das Mitglied Heinz Sramek (SPÖ), als Ersatzmitglied Andreas Schieder (SPÖ) am 18. Juni für das Ersatzmitglied Erika Stubenvoll (SPÖ), als Ersatzmitglied Godwin Schuster (SPÖ) am 25. Juni für das Ersatzmitglied Andreas Honay (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Verkehrskoordination - als Ersatzmitglied Gerda Themel (SPÖ) am 18. Juni für das Ersatzmitglied Anton Ladics (SPÖ);

Gemeinderatsausschuß für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung - am 21. März als Mitglied Dr. Alois Mayer (SPÖ) für das Mitglied Dipl.-Ing. Rudolf Schicker (SPÖ) und als Ersatzmitglied Dipl.-Ing. Rudolf Schicker (SPÖ) für das Ersatzmitglied Hans Mentschik (SPÖ), als Mitglied Andreas Schieder (SPÖ) am 18. Juni für das

Mitglied Anton Ladics (SPÖ), als Ersatzmitglied Inge Zankl (SPÖ) am 25. Juni für das Ersatzmitglied Andreas Honay (SPÖ).

Gemeinderätliche Personalkommission - Leopold Wunsch und Alfred Nickel am 21. März für Günter Weninger und Josef Pulling.

Kontrollausschuß - als Mitglied Godwin Schuster (SPÖ) am 25. Juni für das Mitglied Andreas Honay (SPÖ), als Ersatzmitglied Dr. Alois Mayer (SPÖ) am 29. September für das Ersatzmitglied Peter Juznic (SPÖ).

Zu Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Gemeinderätlichen Kommission zur Erarbeitung eines umfassenden Gesundheits- und Krankenanstaltenplans (Gesundheitspolitische Kommission des Wiener Gemeinderats) wurden am 5. März folgende Mitglieder des Gemeinderates nominiert: Für die SPÖ - die Mitglieder Ilse Forster, Rudolf Hundstorfer, Marianne Klicka, Ursula Lettner, Martina Malyar, Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch und Kurt Wagner, die Ersatzmitglieder Heinz Hufnagl, Rosemarie Polkorab, Hans Schiel, Fritz Strobl, Erika Stubenvoll, Gerda Themel und Josefa Tomsik; für die FPÖ - die Mitglieder Mag. Helmut Kowarik, Heidrun Schmalenberg, Heinz Christian Strache und Frigga Wicke, die Ersatzmitglieder Johann Römer, Dr. Wilfried Serles, Nikolaus Amhof und Kurt Hermann Beer; für die ÖVP - die Mitglieder Maria Hampel-Fuchs und Dr. Johannes Hahn, die Ersatzmitglieder Gerhard Pfeiffer und DDr. Romana Widhalm; für die GRÜNEN - das Mitglied Alessandra Kunz und das Ersatzmitglied Susanne Jerusalem; für das Liberale Forum - das Mitglied Mag. Alexandra Bolena und das Ersatzmitglied Marco Smoliner; als Ersatzmitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) am 18. Dezember für das Ersatzmitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP).

Zu Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Gemeinderätlichen Geriatriekommission wurden am 18. März folgende Mitglieder des Gemeinderates nominiert: Für die SPÖ - die Mitglieder Ilse Forster, Marianne Klicka, Ursula Lettner, Martina Malyar, Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch, Erika Stubenvoll und Kurt Wagner, die Ersatzmitglieder Petra Bayr, Heinz Hufnagl, Rudolf Hundstorfer, Helga Klier, Mag. Christine Lapp, Josefa Tomsik und Mag. Sonja Wehsely; für die FPÖ - die Mitglieder Mag. Helmut Kowarik, Heidrun Schmalenberg, Heinz Christian Strache und Frigga Wicke, die Ersatzmitglieder Johann Römer, Dr. Wilfried Serles, Nikolaus Amhof und Kurt Hermann Beer; für die ÖVP - die Mitglieder Dr. Johannes Hahn und DDr. Romana Widhalm, die Ersatzmitglieder Maria Hampel-Fuchs und Gerhard Pfeiffer; für die GRÜNEN - das Mitglied Alessandra Kunz und das Ersatzmitglied Jutta Sander; für das Liberale Forum - das Mitglied Mag. Alexandra Bolena und das Ersatzmitglied Marco Smoliner; als Mitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) am 18. Dezember für das Mitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP).

Zu Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Gemeinderätlichen Psychiatriekommission wurden am 18. März folgende Mitglieder des Gemeinderates nominiert: Für die SPÖ - die Mitglieder Ilse Forster, Marianne Klicka, Mag. Christine Lapp, Ursula Lettner, Erika Stubenvoll, Kurt Wagner und Mag. Sonja Wehsely, die Ersatzmitglieder Rudolf Hundstorfer, Martina Malyar, Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch, Rosemarie Polkorab, Fritz Strobl, Gerda Themel und Josefa Tomsik; für die FPÖ - die Mitglieder Mag. Helmut Kowarik, Heidrun Schmalenberg, Heinz Christian Strache und Frigga Wicke, die Ersatzmitglieder Johann Römer, Dr. Wilfried Serles, Nikolaus Amhof und Kurt Hermann Beer; für die ÖVP - die Mitglieder Dr. Johannes Hahn und DDr. Romana Widhalm, die Ersatzmitglieder Maria Hampel-Fuchs und Gerhard Pfeiffer; für die GRÜNEN - das Mitglied Alessandra Kunz und das Ersatzmitglied Susanne Jerusalem; für das Liberale Forum - das Mitglied Mag. Alexandra Bolena und das Ersatzmitglied Marco Smoliner; als Mitglied Ingrid Lakatha (ÖVP) am 18. Dezember für das Mitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP).

Zu Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Gemeinderätlichen Behindertenkommission wurden am 22. April folgende Mitglieder des Gemeinderates nominiert: Für die SPÖ - die Mitglieder Petra Bayr, Marianne Klicka, Helga Klier, Ursula Lettner, Erika Stubenvoll, Josefa Tomsik und Kurt Wagner, die Ersatzmitglieder Ilse Forster, Gerhard Göbl, Heinz Hufnagl, Peter Juznic, Gerhard Kubik, Martina Malyar und Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch; für die FPÖ - die Mitglieder Johann Römer, Brigitte Schwarz-Klement, Heinz Christian Strache und Gerold Saßmann, die Ersatzmitglieder Heidrun Schmalenberg, Ing. Manfred Klopf, Ing. Peter Westenthaler und Barbara Schöfnagel; für die ÖVP - die Mitglieder Mag. Franz KARL und DDr. Romana Widhalm, die Ersatzmitglieder Walter Strobl und Patrizia MARKUS; für die GRÜNEN - das Mitglied Jutta Sander und das Ersatzmitglied Susanne Jerusalem; für das Liberale Forum - das Mitglied Mag. Alexandra Bolena und das Ersatzmitglied Marco Smoliner; als Mitglied Patrizia MARKUS (ÖVP) am 27. Oktober für das Mitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP), als Ersatzmitglied Dr. Johannes Hahn (ÖVP) am 27. Oktober für das Ersatzmitglied Patrizia MARKUS (ÖVP).

Zu Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Gemeinderätlichen Kommission „Europakommission" wurden am 15. April folgende Mitglieder des Gemeinderates nominiert: Für die SPÖ - die Mitglieder Mag. Ruth Becher, Mag. Christine Lapp, Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch, Günther Reiter, Dipl. Ing. Rudolf Schicker, Josefa Tomsik und Ernst Woller, die Ersatzmitglieder Gerhard Göbl, Johann Hatzl, Rudolf Hundstorfer, Helga Klier, Dkfm. Dr. Ernst Maurer, Gerda Themel und Kurt Wagner; für die FPÖ - die Mitglieder Dr. Helmut GÜNTHER, Dr. Rüdiger Stix, DDr. Eduard Schock und Johann Römer, die Ersatzmitglieder Barbara Schöfnagel, Frigga Wicke, Dr. Herbert Madejski und Robert Egghart; für die ÖVP - die Mitglieder Dr. Matthias

Tschirf und Dr. Oskar Wawra, die Ersatzmitglieder Mag. Franz KARL und Walter Strobl; für die GRÜNEN - das Mitglied Mag. Maria Vassilakou und das Ersatzmitglied Jutta Sander; für das Liberale Forum - das Mitglied Marco Smoliner und das Ersatzmitglied Dr. Wolfgang Alkier.

Vorstand der KFA - als Mitglied Dr. Johannes Hahn (ÖVP) am 28. Mai für das Mitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP).

Schiedsgericht der KFA - Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) und Dr. Alois Mayer (SPÖ) am 21. März für Hans Mentschik (SPÖ) und Rudolf Sagmeister (SPÖ).

In das Immunitätskollegium - als Mitglied Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) am 26. Juni für das Mitglied Andreas Honay (SPÖ).

In den Unvereinbarkeitsausschuß - als Ersatzmitglied Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) am 21. März für das Ersatzmitglied Hans Mentschik (SPÖ), als Ersatzmitglied Martina LUDWIG (SPÖ) am 18. Juni für das Ersatzmitglied Anton Ladics (SPÖ), als Mitglied Mag. Sonja Wehsely (SPÖ) am 26. Juni für das Mitglied Andreas Honay (SPÖ).

In den Landessportrat - als Mitglied Walter Strobl (ÖVP) und als Ersatzmitglied Dr. Wolfgang Ulm (ÖVP) am 26. Juni für das Mitglied DDr. Romana Widhalm (ÖVP) und für das Ersatzmitglied Hans Mentschik (SPÖ).

Der Gemeinderat trat zu 14 öffentlichen und zehn nichtöffentlichen, der Landtag zu sieben öffentlichen und zu drei nichtöffentlichen Sitzungen zusammen. Der Stenographische Dienst des Landtags- und Gemeinderatsbüros erstellte im Berichtsjahr zu den Sitzungen des Gemeinderates 14 veröffentlichte und zehn nichtveröffentlichte und zu den Sitzungen des Landtages sieben veröffentlichte und drei nichtveröffentlichte wörtliche Protokolle. Im gleichen Umfang verfaßte der Stenographische Dienst die Beschlußprotokolle zu den Sitzungen des Landtages und Gemeinderates.

Die Landesregierung hielt 18, der Stadtsenat 15 Sitzungen, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß drei Sitzungen ab, zu denen der Stenographische Dienst des Landtags- und Gemeinderatsbüros die Beschlußprotokolle verfaßte. Das Immunitätskollegium trat zu einer Sitzung und der Unvereinbarkeitsausschuß zu vier Sitzungen zusammen.

Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 951, der Landtag 38, der Stadtsenat 1.674, die Landesregierung 1.093, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß sechs, das Immunitätskollegium ein und der Unvereinbarkeitsausschuß sieben Geschäftsstücke.

## Magistratsdirektion

Im Jahr 1997 bestand die Magistratsdirektion aus den Referaten Präsidialbüro, Büro des Magistratsdirektors, Verfassungs- und Rechtsmittelbüro, Internationale Beziehungen, Koordinationsbüro, EU-Förderungen, Hilfs- und Sofortmaßnahmen, Personaldirektion, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, EDV- und Informationsmanagement, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten sowie Stadtbaudirektion.

### Präsidialbüro

Im Jahr 1997 sind dem Präsidialbüro des Bürgermeisters 8.652 Geschäftsstücke zugegangen.

Das Repräsentationsreferat hatte im Berichtszeitraum 488 gesellschaftliche Veranstaltungen, 18 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 82 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Die 488 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 58.796 Gästen besucht, von denen 27.805 aus dem Ausland kamen.

Im Hinblick auf ihre Größe wären besonders hervorzuheben die Empfänge anläßlich des 5th World Congresses of Nurse Anesthetists (1.114 Teilnehmer), des gesamtösterreichischen Gemeindetages (2.000 Teilnehmer), der 1997 AAPG International Conference and Exhibition (1.170 Teilnehmer), des 10th ECNP Congresses (1.358 Teilnehmer) und der Ehrung der österreichischen Staatsmeister 1996 (1.400 Teilnehmer).

Im Jahre 1997 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein:

| | |
|---|---|
| 22. April | Ministerpräsident der Hellenischen Republik<br>Dr. Costas Simitis |
| 19. Mai | Generalsekretär der Vereinten Nationen<br>Kofi Annan |
| 22. Mai | Präsident der Bundesrepublik Deutschland<br>Prof. Dr. Roman Herzog |
| 20. Juni | Patriarch von Moskau<br>Seine Heiligkeit Alexij II |

| | |
|---|---|
| 27. Juni | Oberster Patriarch und Katholikos aller Armenier<br>Seine Heiligkeit Karekin I. aus Erewan |
| 22. September | Premierminister des Staates Israel<br>Benjamin Netanyahu |
| 7. Oktober | König und Königin der Belgier<br>Albert II und Paola |

Im Jahre 1997 standen folgende Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters auf dem Programm:

| | |
|---|---|
| 11. bis 13. März | Brüssel |
| 13. bis 16. März | Washington - „Viennese Opera Ball“ |
| 7. bis 9. Mai | Barcelona |
| 24. bis 25. Mai | Budapest - „Wiener Frühlingsball“ |
| 29. Mai bis 1. Juni | Prag - „Wien-Ball“ |
| 17. bis 19. Juni | Triest |
| 4. bis 6. September | Moskau |
| 17. bis 18. September | Brüssel |
| 18. bis 20. September | Rom |
| 19. bis 20. November | Brüssel |
| 11. Dezember | Luxemburg |

Folgende Eröffnungen und Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen wurden vorbereitet und durchgeführt:

| | |
|---|---|
| 10. März | Tunnelanschlag im Bauabschnitt „U 3/20“ - Zippererstraße |
| 11. März | Eröffnung der Bücherei in 3, Erdbergstraße 5 - 7 |
| 8. April | Eröffnung der Vernissage im Rahmen des Weltkongresses der mund- und fußmalenden Künstler |
| 17. April | Benennung „Grüninger Schule“-Festveranstaltung Bezirksmuseum 21 |
| 9. Mai | Eröffnung der Wiener Festwochen 1997 - „An die Musik“ |
| 28. Mai | Eröffnung der Ausstellung „Rauschendes Brüssel“ |
| 14. Juni | Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 2, Engerthstraße 249 - 253, in „Kurt-Heller-Hof“ |
| 16. Juni | Feierliche Benennung des „Heinrich-Drimmel-Platzes“, in 3, Landstraßer Gürtel/Ghegastraße |
| 16. Juli | Eröffnung der Ausstellung „70 Jahre Wache Rathaus“ |
| 17. Juli | Eröffnung des 1. Internationalen Wiener Chortreffens |
| 15. September | Benennung des „Josef-Meinrad-Platzes“ |
| 6. Oktober | Eröffnung der Transnationalen Raumentwicklung an der EU-Außengrenze INTERREG IIC |
| 13. Oktober | Eröffnung der Internationalen Konferenz „Mobilität und Sicherheit“ |
| 25. Oktober | Benennung der Verkehrsfläche entlang der Sportanlage „ELEKTRA“ in „Josef-Fritsch-Weg“ |
| 18. November | Eröffnung der Buchwoche 1997 |
| 21. November | Eröffnung der Bücherei in 11, Simmeringer Hauptstraße 96a |
| 27. November | Eröffnung der 7. Europäischen Jungunternehmer Konferenz |
| 3. Dezember | Eröffnung des Onkologischen Zentrums im Wilhelminenspital in 16,<br>Montleartstraße 37 (Pavillon 23) |

In der Volkshalle des Wiener Rathauses fanden sieben Ausstellungen statt, und zwar

| | |
|---|---|
| 13. bis 19. Februar 1997 | „Global-Village 1997“ (26.400 Besucher), |
| 8. bis 20. April 1997 | Mund- und Fußmaler (3.245 Besucher), |
| 29. Mai bis 20. Juni 1997 | „Rauschendes Brüssel“ (6.735 Besucher), |
| 17. Juli bis 31. August 1997 | „70 Jahre Wache Rathaus“ (16.520 Besucher), |
| 2. bis 5. Oktober 1997 | „Wiener Alpintage“ (2.830 Besucher), |
| 15. Oktober bis 4. November 1997 | „Kinder kennen/können Kunst“ (4.200 Besucher), |
| 15. bis 24. Dezember 1997 | „Wiener Adventzauber“ (145.880 Besucher). |

Die Bereiche Ehrenzeichenkanzlei, Landtagskanzlei sowie die Ehrung von Hochzeits- und Geburtstagsjubiläen wurden mit Juni 1997 aus dem Präsidialbüro des Bürgermeisters ausgegliedert. Diese Tätigkeiten sind im Jahresbericht der jetzigen Dienststelle enthalten.

## Büro des Magistratsdirektors

Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 21. Mai 1997, MD-1002-1/97, wurden mit Wirksamkeit vom 1. Juni 1997 Aufgaben aus dem Präsidialbüro in das Büro des Magistratsdirektors verlagert. Es handelte sich hiebei im wesentlichen um die Vorbereitung der Beantwortung von an den Landeshauptmann bzw. Bürgermeister gerichteten parlamentarischen Initiativen, die Führung der Bürogeschäfte des Landtages, des Gemeinderates, der Landesregierung und des Stadtsenates sowie die im Zusammenhang mit Ehrungen und Auszeichnungen stehenden Tätigkeiten. Durch die Erweiterung des Aufgabenbereiches wurde eine Neuorganisation des Büros des Magistratsdirektors erforderlich.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit des Büros des Magistratsdirektors lag auch 1997 in der Herausgabe von Erlässen. Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 77 Erlässe der Magistratsdirektion und 16 Erlässe des Büros des Magistratsdirektors herausgegeben. So wurde z.B. mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 28. Jänner 1997, MD-252-1/97, die Bestellung und Verrechnung von Taxifahrten für dienstliche Zwecke neu geregelt. Mit Erlaß vom 5. Februar 1997, MD-98-1/97, erfolgte die Neufassung der Spezialerfordernisse der Dienststellen und der Beschaffungszuständigkeiten. Mit Erlaß vom 3. März 1997, MD-434-1/97, wurde die Einrichtung einer Geschäftsstelle für die Gesundheitspolitische Kommission des Wiener Gemeinderates bekanntgegeben. Mit Erlaß vom 11. März 1997, MD-557-1/97, wurde im Zusammenhang mit der Einführung des Euro eine Projektkoordination eingerichtet und ein Projektleiter bestellt. Mit Erlaß vom 17. März 1997, MD-395-2/97, wurden die Aufgabenbereiche der Magistratsabteilungen 17 und 23 geändert und eine Anpassung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien vorgenommen. Die Neueinteilung der Bezirkskoordinatoren erfolgte mit Erlaß vom 21. März 1997, MD-677-1/97. Der Erlaß vom 4. April 1997, MD-749-1/97, regelte die Bekanntgabe von internationalen Aktivitäten an die MD-Internationale Beziehungen. Mit Erlaß vom 6. August 1997, MD-638-2/97, erfolgte eine Information, betreffend die Ausstellung von Krankenscheinen und Bezugsanspruch für Vertragsbedienstete. Mit Erlaß vom 20. August 1997, MD-1504-1/97, wurden die Haushaltsordnung, die Bezirks-Haushaltsordnung und die Buchführungsvorschrift geändert. Der Erlaß vom 1. September 1997, MD-1474-2/97, regelte den Entfall des Kostenersatzes für die Parkometerabgabe bei Bezug des Kilometergeldes oder des Fahrtkostenpauschales. Mit Erlaß vom 30. September 1997, MD-1841-1/97, erfolgte die Bekanntgabe der Bestellung der Projektleitung für die Neuorganisation der Aufgaben der Magistratsabteilungen 12 und 47. Durch Erlaß vom 24. November 1997, MD-1904-3/97, wurde ein Projektkoordinator für Kleingartenangelegenheiten bestellt. Mit Erlaß vom 15. Dezember 1997, MD-597-3/97, erfolgte eine Neuregelung der Pflichtbesprechungen bei städtischen Planungen und Bauvorhaben.

Von den Erlässen des Büros des Magistratsdirektors sind der Erlaß vom 1. Dezember 1997, MD-2167-1/97, mit dem die Änderung des Gebührengesetzes 1957 bekanntgegeben wird, und der Erlaß vom 23. Dezember 1997, MD-2123-2/97, betreffend die Änderung der Tabelle über die Zuständigkeitsgrenzen, zu erwähnen.

Die mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 18. November 1996, MD-1554-9/96, verfügte Versendung der Erlässe des Bürgermeisters, des Magistratsdirektors, der Referate der Magistratsdirektion sowie der zur Herausgabe von Erlässen ermächtigten sonstigen Dienststellen (derzeit Magistratsabteilung 5) auf elektronischem Weg, die seit dem 1. Februar 1997 ohne parallele Versendung in Papierform erfolgt, hat sich bewährt und stellt einen wichtigen Schritt zur Nutzung der elektronischen Post für eine bessere Kommunikation im Bereich der Wiener Stadtverwaltung dar.

Ende des Jahres 1996 wurde im Büro des Magistratsdirektors das Projekt „Erlaßbereinigung" eingerichtet, dessen Ziel es ist, das gesamte Erlaßmaterial im Magistrat der Stadt Wien ab 1945 zu einem noch festzulegenden Stichtag (1. Jänner 1981 oder später) dahingehend zu sichten, welche Erlässe auszuscheiden sind und welche Erlässe dem Rechtsbestand weiter angehören sollen. Die nicht als geltend festgestellten Erlässe werden generell aufgehoben werden. Eine ebensolche Bereinigung wird für den Zeitraum nach dem Stichtag durchgeführt werden, wobei alle Erlässe, die keine Aktualität mehr haben, formal außer Kraft zu setzen sein werden. Im Zuge dieser Arbeit wurden im Jahr 1997 die in der MD-Verwaltungsakademie gespeicherten Erlässe der Magistratsdirektion der Jahre 1945 bis 1984 gesichtet und darauf geprüft, ob sie in der Zwischenzeit ausdrücklich aufgehoben wurden, überholt sind oder noch in Geltung stehen. Ferner wurde vom Büro des Magistratsdirektors 1997 auch das Projekt „Erlaß-Sammelsystem" in Angriff genommen, das den Dienststellen die Möglichkeit bieten soll, Dienstanweisungen (Erlässe) magistratsweit über allgemein zugängliche Software mit aktuellem Stand verfügbar zu machen. Es ist beabsichtigt, später auch die Daten aus bereits bestehenden Sammelsystemen (MD-Stadtbaudirektion, Wiener Krankenanstaltenverbund) in dieses System überzuleiten, um alle diesbezüglichen Informationen in einem System auffinden zu können.

Besonders zu erwähnen ist, daß dem Büro des Magistratsdirektors seit Juni 1997 auch die Aufgabe zukommt, an den Herrn Bürgermeister bzw. Landeshauptmann gerichtete parlamentarische Initiativen zu bearbeiten und deren Beantwortung vorzubereiten. Es fielen 161 derartige Fälle an.

Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 4.402 Geschäftsfälle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors unter Einbindung der befaßten Fachdienststellen erledigt.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte insgesamt 8.484 Geschäftsstücke zu protokollieren.

Das Büro des Magistratsdirektors bereitete zwei ordentliche und eine außerordentliche Landeshauptmännerkonfe-

renz, zwei ordentliche Landesamtsdirektorenkonferenzen sowie eine Magistratsdirektorenkonferenz vor.

Einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich stellte die Dienstaufsicht dar, die das Büro des Magistratsdirektors über die Leiter der Magistratsabteilungen, der magistratischen Bezirksämter und der Referate der Magistratsdirektion, über Bedienstete mit Sonderaufgaben gemäß § 11a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien, den Generaldirektor des Wiener Krankenanstaltenverbundes sowie dessen Stellvertreter, den Präsidenten des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien, die Wiener Kinder- und Jugendanwälte, den Wiener Patientenanwalt sowie die Wiener Umweltanwältin ausübt. Mit Stichtag 31. Dezember 1997 waren dies 124 Bedienstete, wovon 62 dem rechtskundigen Dienst angehörten. Im Berichtsjahr erfolgten im Dienstaufsichtsbereich neun Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und fünf Versetzungen. Zwei Bedienstete wurden an andere Dienstaufsichtsbereiche abgegeben. Acht Bedienstete sind ausgeschieden.

Das Büro des Magistratsdirektors hatte ferner die Ausschreibungen für die Besetzung von 19 Dienstposten, davon fünf Dienstposten des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien, durchzuführen. Zwei Dienststellenleiter wurden enthoben. Ferner wurden sieben Neubestellungen und eine Enthebung von Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM vorgenommen. Bei fünf Bediensteten mit Sonderaufgaben wurden infolge der Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien Änderungen im Aufgabenbereich durchgeführt.

Herr Bereichsleiter Obersenatsrat Ing. Dr. Friedrich Brunner wurde nach der Ruhestandsversetzung von Herrn Magistratsvizedirektor Dr. Alfred Peischl zum ständigen Stellvertreter des Herrn Magistratsdirektors ernannt.

Im Jahr 1997 wurde vom Büro des Magistratsdirektors der Delegiertenkataster weiter in Evidenz gehalten und insbesondere hinsichtlich der Nominierungen von Vertretern der Stadt Wien in Gremien des Österreichischen Normungsinstitutes aktualisiert.

Der Vertreter der Magistratsdirektion nahm am 2. Juli 1997 an der 31. Sitzung der Stellvertreterkommission der Österreichischen Raumordnungskonferenz sowie am 13. und 14. Juni 1997 an der 9. Sitzung der Arbeitsgruppe der Leitenden Beamten und vom 9. bis 12. Oktober 1997 an der 8. Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer teil.

Im Jahr 1997 wurden 1.435 Bedienstete befördert und 9.185 Bediensteten für außergewöhnliche Arbeitsleistungen Remunerationen zuerkannt.

1997 wurden zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen abgehalten, in denen grundsätzliche Fragen der Vollziehung in den magistratischen Bezirksämtern erörtert wurden. Themen waren u.a. „Organisatorische Änderungen zur Beschleunigung des Betriebsanlagenverfahrens“ und „Die Arbeit der Projektgruppe Controlling“, wobei insbesondere die Notwendigkeit des Einsatzes des Controlling auch in der Hoheitsverwaltung im Mittelpunkt der Diskussion stand.

Über Ersuchen von Bezirksvorstehern wurde wie in den vergangenen Jahren eine Reihe von rechtlichen Beurteilungen über die Handhabung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen abgegeben.

Vom Rechnungshof wurden 1997 der Stadt Wien 20 Berichte übermittelt, die nach entsprechenden Vorbereitungsarbeiten dem Stadtsenat zur Beschlußfassung über eine Äußerung und die zu treffenden Maßnahmen bzw. dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen waren.

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW), dessen Bürogeschäfte das Büro des Magistratsdirektors führt, sind im Jahr 1997 303 Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung der Stadt Wien eingelangt. Es ist dies die zweitgrößte Beteiligung seit der Institutionalisierung des Vorschlagswesens im Jahr 1970. Damit hat sich die Gesamtzahl der seit 1970 eingelangten Anregungen auf 5.599 erhöht. In den vier Sitzungen des Ausschusses für das Betriebliche Vorschlagswesen wurden 117 Anregungen bewertet, wovon 31 zur Realisierung empfohlen wurden. Die Summe der zuerkannten Prämien betrug 379.500 S, die höchste Prämie 240.000 S. Der Nutzen der Verbesserungsvorschläge ist oft vorwiegend ideeller Natur (z.B. Verbesserung des Bürgerdienstes, Erhöhung der Verkehrssicherheit) bzw. läßt sich nicht sofort realisieren (z.B. Einsparungen kleinster Arbeitszeitsmengen). Allein in jenen sieben Fällen des Jahres 1997, in denen der Nutzen exakt berechnet werden konnte und auch sofort eingetreten ist, wird die Einsparung im ersten Jahr der Verwirklichung der Vorschläge aber rund 5,4 Millionen Schilling betragen.

Aufgaben und Aktivitäten der Beratenden EDV-Kommission, deren Bürogeschäfte vom Büro des Magistratsdirektors geführt wurden, sind im Beitrag der MD-Hilfsmaßnahmen, jene der Unterkommission im Beitrag der MD-EDV- und Informationsmanagement dargestellt.

Im Berichtsjahr wurden im Büro des Magistratsdirektors im Rahmen einer Arbeitsgruppe Vorschläge für Aktivitäten der Stadt Wien aus Anlaß der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 1998 erstellt. Die geplanten Kongresse, Konferenzen, Symposien, Workshops, Feste, Ausstellungen, Kulturereignisse u.a. sollen in der Zeit vor und während der Ratspräsidentschaft Österreichs die Verbundenheit Wiens mit der europäischen Union sowie seine Funktion als Stätte der Begegnung in den Vordergrund stellen und nicht zuletzt auch den Wienerinnen und Wienern die Bedeutung der europäischen Einigung erlebbar machen. Zur Koordinierung dieser Projekte hat der Magistratsdirektor den Leiter der Magistratsabteilung 53, Chefredakteur Fred Vavrousek, bestellt. Im Büro des Magistratsdirektors wurde ein Lenkungsausschuß eingerichtet, in dem grundsätzliche Fragen der begleitenden Projektbetreuung behandelt werden.

Im Jahr 1997 wurden von der Ehrenzeichenkanzlei 808 Prüfungsverfahren durchgeführt, die sowohl Auszeichnungen des Landes Wien und der Stadt Wien sowie Bundesauszeichnungen oder die Verleihung von Berufstiteln betrafen.

1997 wurden zwei Personen zu Ehrenbürgern der Stadt Wien und eine Person zum Bürger der Stadt Wien ernannt, darüber hinaus wurden zwei Ehrenringe der Stadt Wien, zehn Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold, zwei Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Silber, eine Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien, eine Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille in Gold, vier Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaillen in Silber, eine Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille in Bronze, vier Otto-Glöckel-Medaillen der Stadt Wien, ein Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern, sechs Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, fünf Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, 40 Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, 25 Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, 103 Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien, 96 Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien, zwei Rettungsmedaillen, sechs Einsatzmedaillen und fünf Ehrenzeichen für Verdienste im Feuerwehr- und Rettungswesen für 25jährige Dienstzeit überreicht.

Von 317 überreichten Stadt- und Landesauszeichnungen seien folgende hervorgehoben:

Ehrenbürger der Stadt Wien:
Präsidentin der Österreichischen Nationalbank a.D. Komm.-Rat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer, Univ.-Prof. Dr. Dr. hc. Karl Fellinger
Bürger der Stadt Wien:
Magistratsdirektor i.R. Prof. Dr. Josef Bandion
Ehrenring der Stadt Wien:
Dr. Dr. hc. Margarete Schütte-Lihotzky, Kammerschauspieler Prof. Otto Schenk
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold:
Univ.-Prof. Dr. Antal Festetics, Univ.-Prof. Dr. Heinz Löffler, Kammersänger Peter Minich, Lord Yehudi Menuhin
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber:
Prof. Dipl.-Ing. Karl Mang, Dipl.-Ing. Eva Mang
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien:
Dr. Henning Dochweiler
Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille in Gold:
Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Alfred Ströer
Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille in Silber:
Dechant Pater Andreas Hiller, Dr. Erika Pauly
Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille in Bronze:
Dipl.-Ing. Günter Lenhart
Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien:
Mag. Oskar Achs, Gemeinderat a.D. Karl Hengelmüller
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern:
o.Univ.-Prof. Dr. Dr. hc. Ludwig Adamovich
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:
Weihbischof DDr. Helmut Krätzl, ao.u.bev. Botschafterin Swanee Hunt, Bundesminister Rudolf Edlinger, Magistratsvizedirektor i.R. Dr. Alfred Peischl
Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:
Stadtrat a.D. Anton Fürst, OSR i.R. Dipl.-Ing. Hans Schmidl
Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:
Univ.-Prof. Dr. Jakob Allerhand, DDr. Günther Nenning, Kammersänger Giuseppe Taddei, Prof. Lotte Tobisch-Labotyn, Kammersängerin Christa Ludwig, Christian Dumolin, Elfriede Gerstl, Dr. Julian Schutting, Michael Kuhn, SR Dr. Ursula Schmitz, Hermann Czech, Komm.-Rat Dr. Rudolf Bohmann
Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:
Oberst Gerhard Nick, Mag. Karsten Witt, Oberst Johann Kanzler, Oberst Othmar Steiner, Prof. Dr. Gottfried Roth, Gabriele Gebauer, Prof. Jürgen Wilke

Im Jahr 1997 wurden insgesamt 2.121 Hochzeits- und 3.469 Geburtstagsjubiläen gefeiert. Es handelte sich hiebei um 1.870 Goldene Hochzeiten, 180 Diamantene Hochzeiten, 47 Eiserne Hochzeiten, 14 Steinerne Hochzeiten, sieben Gnadenhochzeiten und drei Juwelenhochzeiten sowie 2.708 90. Geburtstage, 639 95. Geburtstage und 122 100. und darüberjährige Geburtstage.

## Magistratsdirektion - Verfassungs- und Rechtsmittelbüro (MD-VfR)

Wie im Vorjahr lag im Jahre 1997 ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros auf dem Gebiet des Legistischen Dienstes. Es waren 398 Gesetzes- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 42 Landesgesetzen, 17 Verordnungen der Landesregierung, 8 Verordnungen des Landeshauptmannes sowie 86 Verordnungen des Magistrates einer Prüfung unterzogen bzw. selbst ausgearbeitet. Die Kundmachung von 15 Gesetzen, 27 Verordnungen und 7 Kundmachungen im Landesgesetzblatt wurde veranlaßt.

Aus dem Bereich der Bundesgesetzgebung sind vor allem jene Gesetzentwürfe zu erwähnen, die der Umsetzung der von der Bundesregierung beschlossenen „Pensionsreform" dienten, wobei ein äußerst umfangreicher Regelungsinhalt geprüft werden mußte. Von der Gesetzgebungstätigkeit des Bundes sind der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, das Verwaltungsstrafgesetz 1991, das Zustellgesetz, das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 und das Handelsgesetzbuch geändert werden, eines Bundesgesetzes, mit dem das Verfassungsgerichtshofgesetz zur Vermeidung von Massenverfahren geändert wird, eines Bundesgesetzes über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften, der Entwurf des Fremdengesetzes 1997, des Asylgesetzes, des Gesetzes über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer, des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes, des Artenhandelsgesetzes, des Telekommunikationsgesetzes, des Postgesetzes 1997, einer Novelle zum Gentechnikgesetz, zur Gewerbeordnung 1994, zum Regionalradiogesetz und zum Bundesvergabegesetz hervorzuheben.

Einen wesentlichen Anteil an der Begutachtungstätigkeit hatte die umfangreiche gesetzgeberische Tätigkeit des Bundes auf dem Gebiet des Arbeits-, Sozial-, Gesundheits- und Umweltrechtes, die auf Grund der Komplexität der Materien eine besonders intensive Prüfung erforderten.

Von den generellen Vollzugsakten sind aus dem Bereich des Bundes zahlreiche Entwürfe von Verordnungen des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, des Bundesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten zu erwähnen.

Im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung sind der Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes über die Beseitigung von tierischen Abfällen sowie der Entwurf einer Öffnungszeitenverordnung 1997 anzuführen.

Aus dem Bereich der Landesgesetzgebung sind der Entwurf des Wiener Bezügegesetzes, des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes, des Gesetzes über die Symbole der Bundeshauptstadt Wien, des Wiener Tanzschulgesetzes 1996, des Wiener Ausländergrunderwerbsgesetzes, des Naturschutzgesetzes, des Wiener Artenhandelsbegleitgesetzes, des Wiener Heimhilfegesetzes sowie die Novellen der Wiener Bauordnung samt Nebengesetzen, des Wiener Krankenanstaltengesetzes 1987 und des Wiener Heilvorkommen- und Kurortegesetzes sowie des Wiener Wohnbauförderungs- und Sanierungsgesetzes 1989 hervorzuheben. Von den Änderungen der Wiener Stadtverfassung sind die Dezentralisierungsnovelle, das Verbot einer Berufstätigkeit mit Erwerbsabsicht bei Ausübung bestimmter politischer Funktionen und die Kontrolle der Bezüge von öffentlichen Bediensteten, die zu Mitgliedern des Landtages gewählt wurden, durch den Unvereinbarkeitsausschuß sowie die Weisungsfreistellung der Mitglieder des Berufungssenates zu erwähnen. Weitere wichtige Novellen betrafen das Sozialrecht, das Schulrecht, das Dienstrecht und das Umweltrecht. Weiters ist eine umfassende Novellierung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien in Vorbereitung.

Im Landesbereich sind von den generellen Vollzugsakten der Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Tanzlehrprüfungsverordnung 1997, die Fiaker- und Pferdemietwagen - Fahrdienstprüfungsverordnung, die Straßenkunstverordnung 1998 und den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung sowie die Sanierungsverordnung 1997 besonders anzuführen. Ferner sind die Entwürfe der Verordnungen der Wiener Landesregierung betreffend das Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten, das Landschaftsschutzgebiet Hietzing sowie das Landschaftsschutzgebiet Prater zu erwähnen.

Aus dem Gemeindebereich sind der Entwurf einer Verordnung des Gemeinderates über Grundsätze für die Festlegung und über die bezirksweise Aufteilung der durch die Organe der Bezirke verwalteten Haushaltsmittel sowie die Entwürfe der Verordnungen des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvorsteher bzw. die Bezirksvertretungen anzuhören und über die die Bezirksvorsteher zu informieren sind, hervorzuheben. Weitere wichtige Verordnungsentwürfe betrafen die Frauenförderungspläne, den Apotheken-Bereitschaftsdienst sowie die Bekämpfung der Ratten in Wien.

Neu hinzugekommen ist die Überprüfung von Rechtsvorschriften anderer Mitgliedstaaten der EU, die auf Grund der Richtlinie über ein Informationsaustauschverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften zu notifizieren waren. Insgesamt mußten 158 Rechtsvorschriften überprüft werden.

Weiters waren 331 Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu überprüfen.

Aus dem Bereich der Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG ist die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 sowie die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Wien gemäß § 68c Weingesetz 1985 anzuführen.

Auf Grund des bei der Klausurtagung der Wiener Landesregierung vom 6. und 7. März 1997 beschlossenen Arbeitsprogrammes, das sich auch mit legistischen Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung landes- und bundesgesetzlich geregelter Verfahren befaßte, hat der Herr Magistratsdirektor zur Durchführung dieses Teiles des Arbeitsprogrammes dem Dienststellenleiter des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros den Auftrag gegeben, ihm ehestens zur Verwirklichung der entsprechenden Vorhaben geeignete Vorschläge zu erstatten. Die Erfüllung dieses Auftrages bedingte ein intensives kritisches Studium zahlreicher Rechtsvorschriften, die Evaluierung der von den Fachdienststellen erstellten Vorschläge sowie die zeitaufwendige Vorbereitung einer Studie zu diesem Thema.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros lag in der Herausgabe von Erlässen. Zur Klarstellung von Rechtsfragen wurden insgesamt 17 Erlässe herausgegeben. Mit Erlaß vom 2. Jänner 1997, MD-VfR - 1483/96, wurde die Vorgangsweise bei der Prüfung und Beurteilung der EU-Konformität von Entwürfen zu bundes- und landesrechtlichen Vorschriften für die mit legistischen Aufgaben befaßten Dienststellen festgelegt. Zur Vorbereitung der EURO-Umstellung erging der Erlaß vom 17. April 1997, MD-VfR - 410/97. Im Hinblick auf den Konsultationsmechanismus wurde die Vorgangsweise bei Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes mit Erlaß vom 29. Juli 1997, MD-VfR - 1182/97, geregelt. Die Aufnahme von Landesgesetzentwürfen samt Erläuternden Bemerkungen im Rahmen der Begutachtung in das Internet wurde mit Erlaß vom 5. November 1997, MD-VfR - 1274/96, verfügt.

671 Geschäftsfälle wurden von der Verbindungsstelle der Bundesländer an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Verfassungs- und Rechtsmittelbüro unter Einbindung der befaßten Fachdienststellen erledigt.

267 Rechtsgutachten, vor allem zu Fragen der Wiener Stadtverfassung und der Geschäftsordnungen, waren zu erstellen.

Der Leiter des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros hat für die Führungskräfte der Stadt Wien beim Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung ein Seminar zum Thema „Länderrechte und EU“ in Luxemburg mit Besuch des Europäischen Gerichtshofes und intensiven Kontakten zu dessen Richtern organisiert. An dem Seminar haben Leiter von Referaten der Magistratsdirektion, von Magistratsabteilungen sowie auch Referenten des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros teilgenommen. Ferner nahmen Angehörige des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros an der Konferenz „Die Qualität der europäischen und nationalen Gesetzgebung und der Binnenmarkt“ in Den Haag teil.

Der Dienststelle oblag auch die juristische Betreuung der Landtagspräsidentin. Zur Wahrung dieser Aufgabe gehörte u.a. die Teilnahme an 2 Landtagspräsidentenkonferenzen und 2 Landtagsdirektorenkonferenzen.

Ein weiterer rechtskundiger Bediensteter nahm als Berater an den Sitzungen des politischen Arbeitskreises „Dezentralisierung“ teil.

Dem Verfassungs- und Rechtsmittelbüro obliegt auch die Führung der Geschäfte der Bauoberbehörde, Abgabenberufungskommission, des Berufungssenates, des Landesagrarsenates, der Wiener Stadtverfassungskommission und der Bauordnungskommission. Im Rahmen der Bauordnungskommission fanden zahlreiche Sitzungen statt, die wieder umfangreiche Vorarbeiten erforderlich machten. Insbesondere die Notwendigkeit, weitere Schritte bei der Reform der Wiener Bauordnung und den baurechtlichen Nebengesetzen zu setzen, hatte eine äußerst intensive und zeitaufwendige Tätigkeit der Bauordnungskommission zur Folge.

Schließlich wurden weitere Ergänzungsarbeiten hinsichtlich der vom Magistrat zur Wahrung einer einheitlichen Gesetzesanwendung zu beachtenden Empfehlungen für das Strafausmaß im Verwaltungsstrafverfahren geleistet und wieder eine Ergänzung dieser Richtlinien für das Strafausmaß neu aufgelegt. Weiters wurden die notwendigen Vorbereitungen getroffen, damit im nächsten Jahr diese Richtlinien im Wege der EDV geführt werden können und ein Zugriff anderer Dienststellen auf diesem Weg möglich ist. Auch sonst wurde, vor allem durch Beobachtung und Aufarbeitung der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes und des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien, auch im Rahmen der Bezirksamtsleiterbesprechungen, auf eine Koordinierung der Verwaltungsstraftatbestände und Verwaltungsstrafen in erster Instanz hingewirkt.

Im Verfassungs- und Rechtsmittelbüro fielen im Jahr 1997 insgesamt 20.081 Geschäftsstücke an.

In Bauangelegenheiten waren 841 Rechtsmittelsachen, darunter 15 Verfügungen (Aufforderungen zur Erstattung von Gegenschriften usw.) des Verfassungsgerichtshofes und 46 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofes sowie 23 Devolutionsanträge zu bearbeiten.

An sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) fielen 1.035, darunter 17 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 51 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofes sowie 12 Devolutionsanträge an.

Überdies waren 955 Akten des Berufungssenates, darunter 28 Akten des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros, zu beurteilen und dem Senat zur Entscheidung vorzulegen.

Die sonstigen Äußerungen und Berichte sowie die Teilnahme an Amtsbesprechungen u.dgl. machten zusammen 8.761 Geschäftsstücke aus.

Außerdem waren 755 Erledigungen (Verfügungen, Beschlüsse u.dgl.) der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes in Evidenz zu nehmen. 3.607 Erledigungen des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien waren ebenfalls evidenzmäßig zu erfassen.

4.127 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Akten anderer Dienststellen wurden überprüft.

Im übrigen wurden Angehörige des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros zu Besprechungen der Verbindungsstelle der Bundesländer und in Bundesministerien herangezogen, hielten Vorträge in der Verwaltungsakademie und waren in verschiedenen Prüfungskommissionen sowie als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat) tätig. Die Schriftführerdienste für diese Kollegialorgane wurden von Angehörigen des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros besorgt.

Zwei Angehörige der Dienststelle gehören dem Vergabe-Kontrollsenat nach dem Wiener Landesvergabegesetz als Mitglied bzw. Ersatzmitglied an. Daraus resultiert eine laufende zusätzliche Belastung der betroffenen Mitglieder.

Die Sitzungen der Berufungsorgane (Abgabenberufungskommission 5 Sitzungen, Bauoberbehörde 6 Sitzungen, Berufungssenat 5 Sitzungen) wurden vom Verfassungs- und Rechtsmittelbüro vorbereitet.

Die Vorbereitung der Akten für die von der Bauoberbehörde zu treffenden Entscheidungen war dadurch gekennzeichnet, daß im Hinblick auf die große Anzahl umfangreicher Bauvorhaben auch viele mündliche Verhandlungen durchzuführen waren, die intensive Vorbereitungsarbeiten bedurften und sehr zeitaufwendig waren.

Das Verfassungs- und Rechtsmittelbüro war auch an der Vorbereitung und Durchführung von 2 Bezirksamtsleiterbesprechungen beteiligt.

## Magistratsdirektion - Internationale Beziehungen (MD-IB)

Mit 1. Jänner 1997 wurde in der Magistratsdirektion ein neues Referat, Internationale Beziehungen, geschaffen. Dieses Referat ist aus dem „Büro für Auslandsbeziehungen", welches der ehemaligen Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien angeschlossen war, hervorgegangen. Zu den Aufgaben, die dieses Büro zu erfüllen hatte, kamen nun auch Bereiche hinzu, die früher von anderen Dienststellen, vor allem MDP und MD-KOB wahrgenommen wurden.

Zu den wesentlichen Aufgaben der MD-IB zählte im Jahr 1997 die Wahrnehmung der Angelegenheiten der internationalen Beziehungen der Stadt Wien und hiebei die Koordination der Auslandsaktivitäten der städtischen Dienststellen selbst, insbesondere mit dem Auslandsdienst des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien und der ihr nahestehenden Einrichtungen wie dem Wiener Tourismusverband und dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.

Das abgelaufene Berichtsjahr 1997 war das Jahr, in dem es galt, die politische Position Wiens in der internationalen Städtekonkurrenz zu stärken und darüber hinaus die Stadt auf die im Herbst 1998 anstehende EU-Präsidentschaft Österreichs vorzubereiten.

Darüber hinaus bedurfte es der ständigen Beobachtung der internationalen Entwicklung und Anpassung der für Wien zu verfolgenden Strategien im internationalen Bereich. Des weiteren kam der MD-IB die Aufgabe zu, die Koordinierung, Intensivierung und inhaltliche Mitgestaltung für die Zusammenarbeit mit den in Wien ansässigen internationalen Organisationen wahrzunehmen. So wurde in mehreren Gesprächsrunden mit den Vertretern der Vereinten Nationen ein Konzept für eine Verbesserung der Integration der internationalen Beamten in Wien entwickelt. Zu diesem Zweck beteiligte sich die MD-IB unter anderem finanziell und organisatorisch an der Ausrichtung des „Tages der offenen Tür" bei den Vereinten Nationen in Wien und veranstaltete für die neu in Wien angekommenen internationalen Beamten der CTBTO (der Organisation zur Überwachung des Atomteststoppvertrages) einen Informations- und Willkommensabend.

Weiters wirkte die MD-IB bei der Ausrichtung zahlreicher Wien-Bälle im Ausland mit. In diesem Zusammenhang entwickelte die MD-IB gemeinsam mit dem PID-Auslandsdienst ein neues Konzept für die bessere Vermarktung der Wien-Bälle.

Im Rahmen der Betreuung des Sonderbeauftragten für Außenwirtschaftsbeziehungen, Kommerzialrat Nettig, arbeitete die MD-IB bei der Planung und Durchführung der Wiener Wirtschaftsoffensive in Nordamerika mit Besuchen in Kanada und USA sowie dem Wiener Opernball in Washington mit.

Am 25. Jänner 1997 erfolgte der Zuschlag für das TINA-Sekretariat in Wien durch die Generaldirektion VII (Verkehr) der Europäischen Kommission. TINA steht für „Transport Infrastructure Needs Assessment in Central and Eastern Europe" und ist als erste operative EU-Einheit in Wien für die Entwicklung des gesamten Verkehrs in den Beitrittsländern Zentraleuropas zuständig. Das TINA-Sekretariat ist zwar eine eigene Einheit, wird aber im Rahmen der Stadt Wien durch die MD-IB betreut.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-IB stellt die Vertretung Wiens in diversen internationalen Institutionen dar.

Eine Aufgabe der MD-IB ist in diesem Zusammenhang die Betreuung des von Wien gestellten gemeinsamen Ländervertreters in der „Kammer der Regionen des Europarates". Über Einladung Wiens tagte das 4. „Wirtschaftsforum der Regionen Europas", vom 9. - 12. September 1997 in Wien. Wie der Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, Claude Haegy, in seinem Schlußwort hervorhob, war die Veranstaltung ein großer Erfolg in dem Bemühen, Wiens Rolle als Mittler zwischen Ost und West zu festigen.

In der „Versammlung der Regionen Europas (VRE)“ stellt die MD-IB den gemeinsamen Ländervertreter der österreichischen Bundesländer in der ad hoc Arbeitsgruppe „Satzungsreform“. Im Rahmen des VRE-CENTURIO-Programmes, einem Ausbildungsprogramm für Vertreter aus mittel- und osteuropäischen Regionen, hat Wien eine Vertreterin der Region Odessa direkt betreut und für diese sowie eine Vertreterin der ungarischen Region Györ-Moson-Sopron auch die administrative Abwicklung übernommen.

Seit 1995 ist Wien in der „Union des Capitals de la Union Europeenne (UCUE)“, in der die Hauptstädte aller EU-Mitgliedstaaten vertreten sind, Mitglied. Die MD-IB vertritt Wien im „Standing Committee“, in dem auf Beamtenebene die Bürgermeistertreffen anläßlich der Jahreshauptversammlungen vorbereitet werden. Vom 19. - 21. April 1997 tagte das Standing Committee in Rom und wählte als Generalthema des Jahres 1997 „Die Städtepolitik der Europäischen Union und die Rolle der Hauptstädte im Integrationsprozeß“. Auf der Jahreshauptversammlung vom 18. - 20. September 1997 in Rom hat Wien den Vorsitz in der UCUE übernommen, womit Bürgermeister Häupl für ein Jahr Präsident der UCUE ist. Im Hinblick auf den EU-Beschäftigungsgipfel im November 1997 in Luxemburg berief er eine außerordentliche Sitzung des Standing Committee der UCUE für den 3. November 1997 in das Wiener Rathaus ein und legte ein „Memorandum der Hauptstädte der EU zur Beschäftigungspolitik“ zur Beschlußfassung vor. Dieses Memorandum übergab Bürgermeister Häupl persönlich am 20. November 1997 an EU-Kommissar Padraig Flynn.

Dem Beispiel der UCUE folgend hat sich über Initiative Athens 1995 die „Konferenz der südosteuropäischen Hauptstädte“ gebildet. Seit September 1996 führte Wien die Präsidentschaft in diesem Städtenetzwerk. Die geplante Übergabe der Präsidentschaft an Belgrad scheiterte an den gegenwärtigen politischen Gegebenheiten, Bukarest hat sich bereit erklärt, interimistisch die Präsidentschaft von Wien zu übernehmen.

Die gemeinsame Mitgliedschaft bei den beiden Hauptstadtnetzwerken bietet Wien eine weitere Chance, seine Rolle als Mittler zwischen West und Ost wahrzunehmen.

Wien ist Gründungsmitglied der „Arbeitsgemeinschaft Donauländer“ und ist in allen fünf Arbeitskreisen der ARGE vertreten. Im Berichtsjahr koordinierte die MD-IB die Wiener Aktivitäten der ARGE-Donauländer und führte den Vorsitz im „Arbeitskreis Verkehr & Schiffahrt“. Unter Wiener Vorsitz fand auch in Zagreb vom 12. - 16. Mai 1997 eine auch in den Medien viel beachtete Tagung des Arbeitskreises statt, da an dieser erstmalig wieder der serbische Vizeverkehrsminister teilnahm. Über Antrag Wiens wird 1998 diese Tagung in Belgrad stattfinden, der Beschluß hiezu wurde einstimmig gefaßt. Die Arbeiten des Arbeitskreises konzentrierten sich im wesentlichen auf die Erstellung der Studie über „die Verkehrsentwicklung in den Mitgliedsländern der ARGE-Donauländer“ und die „Leitlinien zur Verkehrsentwicklung in den Mitgliedsländern der ARGE-Donauländer“. Weiters wirkte die MD-IB an der Erstellung der elektronischen Grundkarte für den Donauraum mit und beteiligte sich auch intensiv an der Ausarbeitung der „Donaucharta“ des Europarates sowie dem “ Leitbild zur nachhaltigen Entwicklung des Donauraumes“ der ARGE-Donauländer.

Die im Rahmen der ARGE-Donauländer erarbeitete Ostkompetenz stellte nicht zuletzt einen Teil der Entscheidungsgrundlage der Europäischen Kommission für den Zuschlag des TINA-Sekretariats an Wien dar. In diesem Zusammenhang beobachtet die MD-IB die Weiterentwicklung der „Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN)“ und deren Auswirkungen auf Wien. In diesem Sinn ist auch die Mitwirkung der MD-IB bei der „Donau-Oder-Elbe-Interessensvereinigung“ in Prag zu verstehen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Vernetzung der europäischen Binnenwasserstraßen durch die Donau-Oder bzw. Donau-Elbe-Verbindung auszubauen. Wien beteiligte sich durch die MD-IB an der Gründung des Büros des Donau-Oder-Elbe-Vereins in Prag, durch welches auch ein enger Kontakt zu den Verkehrsbehörden der tschechischen Republik gegeben ist.

Die Kompetenz Wiens in der gesamteuropäischen Verkehrsentwicklung wird auch durch die Stellung Wiens, vertreten durch die MD-IB, als Beobachter in der „Airport Regions Conference (ARC)“ unterstrichen. Diese Vereinigung europäischer Regionen, die internationale Großflughäfen beherbergen, wird immer mehr zu einem wichtigen Partner bei der umweltgerechten Weiterentwicklung des Flugverkehrs in Europa. Die Stadt Wien hat deshalb beschlossen, dem ARC endgültig beizutreten und wird zur nächsten Generalversammlung im Jahr 2000 nach Wien einladen.

In der „Zentraleuropäischen Initiative (CEI)“ koordiniert die MD-IB die Wiener Aktivitäten und stellt den gemeinsamen österreichischen Ländervertreter in der Arbeitsgruppe „Verkehr und Transport“. Die Konzentration der Wiener Aktivitäten in internationalen Verkehrsbereichen in der MD-IB führte durch die von Wien initiierte Konferenz zwischen dem TINA-Sekretariat und der zentraleuropäischen Initiative zu einem großen Erfolg. Die nicht vom TINA-Prozeß umfaßten Mitgliedsländer der CEI werden durch ein von Wien gemeinsam mit Kroatien aufzubauendes Sekretariat mit der TINA-Planungsmethologie vertraut gemacht und so für einen späteren Beitritt zur Europäischen Union vorbereitet.

Zur inneren Koordination der Auslandsaktivitäten der Stadt Wien beruft die MD-IB mehrmals im Jahr den „außenpolitischen Jour-fixe“ ein, zu dem alle Dienststellen des Magistrates sowie Wirtschaftsförderungsfonds, Tourismusverband sowie der österreichische Städtebund eingeladen werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe der MD-IB ist die Betreuung des „Europaforums“ der Stadt Wien.

Die MD-IB begutachtete im Berichtsjahr eine Reihe von internationalen Abkommen, die von anderen Dienststellen bzw. Stadträten abgeschlossen wurden.

Die MD-IB führt für den gesamten Magistrat eine Terminvorschau der internationalen Veranstaltungen in Wien und im Ausland. Seitens der MD-IB wurde im vergangenen Jahr damit begonnen, eine „Besucherevidenz" einzurichten, in der alle von Wien betreuten ausländischen Fachbesucher in einer elektronischen Datenbank erfaßt werden.

Des weiteren wurde mit der Erfassung aller internationalen Abkommen, Verträge, Memoranden usw. in einer elektronischen Datenbank begonnen. Weiters hat die MD-IB eine komplette Zusammenstellung der von Wien produzierten Publikationen, die im internationalen Bereich eingesetzt werden, angelegt.

## Magistratsdirektion - Koordinationsbüro (MD-KOB)

Zu den wesentlichen Aufgaben der MD-KOB zählte im Jahr 1997 die Behandlung von Angelegenheiten der Europäischen Integration sowie - neben diversen ressortübergreifenden Einzelkoordinierungsangelegenheiten - die Behandlung von stadtentwicklungspolitischen Fragen mit Schwerpunkt Wirtschaftspolitik.

Mit der ab 1. Jänner 1997 erfolgten Neuverteilung der Besorgung der Geschäfte des Magistratsdirektors wurden auch die bis dahin teilweise von der MD-KOB wahrgenommenen Außenbeziehungen der Stadt Wien dem neu geschaffenen Referat Magistratsdirektion-Internationale Beziehungen (MD-IB) übertragen. Die Koordination von Angelegenheiten der Europäischen Union - Österreich ist ein Teil der EU - verblieb jedoch nach wie vor bei der MD-KOB.

Für die laufende Legislaturperiode war durch Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 18. Dezember 1996 auf Antrag aller Gemeinderatsfraktionen eine Kommission des Gemeinderates mit der Bezeichnung „Europakommission" eingesetzt worden.

Die Führung der Geschäftsstelle der „Europakommission" wird durch die MD-KOB besorgt. Die „Europakommission" wird einerseits gemäß § 59 der Wiener Stadtverfassung als Organ des Wiener Gemeinderates tätig, hat jedoch gemäß § 113 Abs. 1 der Wiener Stadtverfassung auch die Funktion einer Kommission des Wiener Landtages. Sie setzt sich aus 15 nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Gemeinderäten (15 Ersatzmitglieder) zusammen.

Als Geschäftsstelle der „Europakommission" obliegt der MD-KOB die Vorbereitung der Beratung von Fragen der europäischen Integration, soweit sie für die Stadt Wien relevant sind, dazu zählt insbesondere die Vorbereitung der Wiener Position für die EU-Regierungskonferenz und die österreichische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998.

Die konstituierende Sitzung der „Europakommission" fand am 15. April 1997 statt. In zwei weiteren Sitzungen wurden 1997 u.a. folgende Themenbereiche erörtert:

- Aktuelles aus dem Europäischen Parlament (Bericht eines Mitglieds des Europäischen Parlaments).
- Ansiedlung des Transport Infrastructure Needs Assessment (TINA) Büros in Wien (Erfassung der verkehrsinfrastrukturellen Anforderungen in den mittel- und ost-europäischen Ländern).
- Stand der Vorbereitungen für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft.
- Vorberatung einer Deklaration des Wiener Landtages zu aktuellen europäischen Fragen - Wien und Europa. Diese Deklaration „Wien und Europa" wurde vom Wiener Landtag am 21. Oktober 1997 mit Stimmenmehrheit beschlossen. Sie formuliert die Haltung des Wiener Landtages zu den Bereichen EU-Osterweiterung, Beschäftigung, Transeuropäische Verkehrsnetze, Umwelt, Kultur, EU-Förderungen einschließlich Reform der EU-Strukturfonds sowie zur Währungsunion.

Die MD-KOB hat überdies bei der Rechtsanpassung des Wiener Landesrechtes an die EU-Vorschriften mitgewirkt, soweit deren Umsetzung verfassungsrechtlich in die Kompetenz der Länder fällt. Vertreter der MD-KOB, der MD-VfR und der Fachabteilungen haben im November 1997 gemeinsam mit Vertretern der Europäischen Kommission an den sogenannten „Paket-Sitzungen" teilgenommen, die auf Wunsch der Europäischen Kommission zum Stand der Rechtsumsetzung im nationalen Bereich stattfanden. Im Rahmen dieser „Paket-Sitzungen" wurden u.a. die Umsetzung von Richtlinien in das Wiener Landesvergabegesetz und Modalitäten der Ausschreibung bei der Vergabe von Planungsarbeiten durch die Stadt Wien besprochen. Anläßlich dieser „Paket-Sitzungen" konnten diverse Auffassungsunterschiede zwischen den Vertretern der Europäischen Kommission und der Stadt Wien geklärt und die weitere Vorgangsweise erörtert werden.

Weiters wurden von der MD-KOB Gesetzentwürfe auf ihre EU-Konformität überprüft und Stellungnahmen ausgearbeitet sowie überprüft, ob im Entwurf vorliegende EU-Rechtsvorschriften das Wiener Landesrecht oder sonstige Interessen Wiens berühren.

Die MD-KOB nimmt auch die Aufgabe der Mitwirkung bei der Ausbildung der städtischen Mitarbeiter im Bereich der Europäischen Integration wahr. Für die in 77 Dienststellen bestellten Europareferenten und deren Stellvertreter wurde 1997 von der MD-KOB das spezielle Informationsblatt „Euro-News" herausgegeben. Darüber hinaus hielten Vertreter der MD-KOB Vorträge über die Europäische Integration im Rahmen der Dienstprüfungskurse und bei anderen Veranstaltungen der MD-Verwaltungsakademie. Des weiteren wurde das Skriptum „Die Europäische Integration" überarbeitet und für die Europareferenten gemeinsam mit der MD-EUF zwei große Informa-

tionsveranstaltungen im Wiener Rathaus organisiert.

Weiters hatte die MD-KOB die Stadt Wien in der „Versammlung der Regionen Europas (VRE)", in den Kommissionen I (Institutionelle Fragen) und II (Ost/West-Zusammenarbeit) sowie bei der Jahreshauptversammlung der VRE, der derzeit rund 300 Regionen Europas angehören, zu vertreten. Die Jahreshauptversammlung der VRE fand am 4. und 5. Dezember 1997 in Montpellier in Südfrankreich statt. Im Rahmen der Wiener VRE-Mitgliedschaft ist insbesondere die nach 1996 erneute Teilnahme am CENTURIO-Programm, einem Ausbildungsprogramm für Vertreter aus mittel- und osteuropäischen Regionen, hervorzuheben. Eine Vertreterin der Region Odessa sowie eine Vertreterin der ungarischen Region Györ-Moson haben je 4 Wochen in Wien verbracht und wurden von der MD-KOB betreut. Darüber hinaus hat die MD-KOB die Stadt Wien erstmals bei der von der VRE veranstalteten Sommerakademie, die 1997 in Krakau stattgefunden hat und dem Thema „Standortpolitik und Regionalismus" gewidmet war, vertreten.

Im EU-Städtenetzwerk „Eurocities", in dem derzeit rund 80 Städte aus 19 europäischen Staaten, davon 10 EU-Staaten, Mitglieder sind, hatte die MD-KOB Wien auf Beamtenebene mit einem sogenannten „Eurocities-Officer" zu vertreten. Die MD-KOB hat 1997 im Eurocities-„Wirtschaftskomitee" sowie im „Ost-West-Komitee" aktiv mitgearbeitet und die Stadt Wien bei der Jahreshauptversammlung am 23. und 24. Oktober 1997 in Rotterdam repräsentiert. Im Mittelpunkt der letztjährigen Aktivitäten stand dabei das verstärkte Eintreten für die Berücksichtigung städtischer Anliegen innerhalb der EU.

Im Rahmen der „Union des Capitales de l' Union Europeenne (UCUE)" hat die MD-KOB gemeinsam mit der MD-IB die Stadt Wien auf Beamtenebene bei der Jahreshauptversammlung vom 18. - 20. September 1997 in Rom vertreten. Wien hat mit der Jahreshauptversammlung 1997 den Vorsitz der UCUE übernommen und im Hinblick auf den EU-Beschäftigungsgipfel im November 1997 in Luxemburg die Initiative zur Ausarbeitung eines „Memorandums der Hauptstädte der EU zur Beschäftigungspolitik" ergriffen. Dieses Memorandum wurde von der MD-KOB ausgearbeitet, im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung des Standing Committees der UCUE am 3. November im Wiener Rathaus beschlossen und vor Beginn des EU-Beschäftigungsgipfels vom Bürgermeister der Stadt Wien als Präsident der UCUE persönlich an den für Soziales zuständigen EU-Kommissar Padraig Flynn übergeben.

Darüber hinaus hatte die MD-KOB die Interessen Wiens im „Ausschuß der Regionen Europas (AdR)" - Wien arbeitet aktiv in der Fachkommission IV - Städtepolitik und im Unterausschuß 3 - Telekommunikation mit - wahrgenommen.

Im Rahmen der Tätigkeit des von der EU-Kommission gemeinsam mit der Stadt Wien getragenen eingangs erwähnten Transport Infrastructur Needs Assessment (TINA) - Büros nimmt die MD-KOB die Interessen der Stadt Wien in der eigens für die operative Abwicklung eingerichteten Wiener TINA-Bürobetriebsges.m.b.H. wahr. Auf Grund der bisher erfolgreichen Arbeit im TINA-Büro erfolgte Ende 1997 eine Erweiterung des Auftragsinhaltes der TINA durch die EU-Kommission, die auch mit zusätzlichen finanziellen Zuwendungen verbunden ist.

Im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung einer „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", die im Jahr 1998 entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1035/97 des Rates vom 2. Juni 1997 als erste offizielle EU-Organisation in Wien ihre Arbeit aufnehmen soll, wurden von der MD-KOB gemeinsam mit Vertretern des Bundes, anläßlich der Ansiedlung dieser Organisation in Wien entsprechende Vorbereitungsarbeiten für die konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates am 20. und 21. Jänner 1998 im Wappensaal des Wiener Rathauses durchgeführt und vor allem Vorschläge für in Frage kommende Standorte zur Unterbringung dieser neuen EU-Organisation in Wien erarbeitet. Dabei wurde in den gemeinsamen Sitzungen mit den Dienststellen des Bundes auch ein Konzept für ein sogenanntes „Haus der Menschenrechte" ausgearbeitet, das im Nahbereich der EU-Beobachtungsstelle mit einschlägig tätigen Non-Governmental-Organisationen angesiedelt und wertvolle Synergieeffekte erzielen könnte.

Im Rahmen des „Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises", dessen vordringliches Ziel die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Wiener Wirtschaft ist, fanden 1997 unter Federführung der MD-KOB sechs Sitzungen statt, an denen u.a. die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke sowie Vertreter der Baudirektion, der Finanzdirektion, des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF), des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF), des Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds (WAFF), der Wiener Stadtwerke, der Wiener Wirtschaftskammer sowie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) teilnahmen. Der „Wirtschaftspolitische Arbeitskreis", beschäftigte sich im Jahre 1997 in seinen Sitzungen mit folgenden Themenschwerpunkten: Wirtschaftliches Citymarketing (19. Februar), Erster Aktionsplan für Innovation in Europa (10. April), Technologiepolitisches Konzept für Wien (10. Juni), Wirtschaftsorientierte Forschungsprojekte (17. Juli) und Beschäftigungspolitik (23. Oktober). In der Sitzung am 5. Dezember wurde die von der MD-KOB in Auftrag gegebene WIFO-Studie „Internationale Wettbewerbsfähigkeit Wiens" präsentiert, die insbesondere auf den Handlungsbedarf Wiens im Technologiebereich hinweist.

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Grundlagenforschung wurden im Auftrag der MD-KOB im Berichtsjahr folgende Studien abgeschlossen: „Wirtschaftspolitische Implikationen der Studie „Leben in Wien", „Wiener Unternehmen in den Bereichen Wohnhaussanierung und Stadterneuerung" sowie die oben erwähnte Studie „Laufende Beobachtung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Stadtwirtschaft". Zwei weitere Studi-

en, die 1997 begonnen wurden, behandeln die Themen „Gewerbehöfe“ sowie die „Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich soziale Dienste für alte Menschen, umsetzbare Modelle für die Stadt Wien“.

Darüber hinaus wurden diverse Maßnahmenvorschläge im wirtschaftspolitischen Bereich erarbeitet, wie z.B. Prüfung der Möglichkeiten zur Schaffung einer „Task Force Modernisierung“, die zu einer verstärkten Nachfrage des Magistrats nach innovativen Verfahren und Produkten beitragen soll oder die „Bereitstellung von Verwaltungs-Know-how“, um die Chancen von Wiener Consultingfirmen bei EU-Ausschreibungen zu verbessern.

Mit einem Strategiepapier für die „Wiener Position zur Osterweiterung“ leistete die MD-KOB eine wesentliche Diskussionsgrundlage für die von der gemeinderätlichen Europakommission ausgearbeitete „Haltung Wiens zu aktuellen Fragen der europäischen Integration“. Da die österreichische Wirtschaft bislang von der Ostöffnung profitiert hat - was eindrucksvolle Exportzahlen für 1997 belegen - ‚unterstützt Wien die geplante EU-Osterweiterung, verlangt aber gleichzeitig Übergangsregelungen zur Abfederung der Auswirkungen der Osterweiterung insbesondere im Bereich Soziales, Umwelt und Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

Zur Koordinierung der Grundlagenforschung im Bereich der Stadt Wien gemäß Erlaß MD-845-1/96 vom 11. Juni 1996 wurde mit allen in Frage kommenden Dienststellen ein gemeinsames Forschungsprogramm für das Jahr 1998 sowie ein mittelfristiges Forschungsprogramm für die Jahre 1998 - 2000 ausgearbeitet. Zur besseren gegenseitigen Information der Dienststellen und zur besseren Abstimmung der geplanten Forschungsvorhaben, wurde von der MD-KOB gemeinsam mit der MD-EUF im Oktober 1997 ein eigenes Forschungsseminar veranstaltet, bei dem die Vertreter der diversen Fachabteilungen auch über die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von EU-Förderungsmitteln informiert wurden. Um die fertiggestellten Forschungsarbeiten möglichst allgemein bekannt zu machen, wurden quartalsweise Übersichten über die abgeschlossenen Forschungsarbeiten an alle interessierten Dienststellen, die Büros der Geschäftsgruppen und die Klubs der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien übermittelt. Überdies wurde je ein Exemplar der fertiggestellten Forschungsarbeiten der MA 8 - Wiener Stadt- und Landesarchiv zur zentralen Aufbewahrung für die allgemeine Einsichtnahme übermittelt.

Als Geschäftsstelle des „Bund/Land-Wien-Komitees für Rohstofforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung“, sorgte die MD-KOB für die Abstimmung von rund 20 gemeinsamen Forschungsprojekten. Dabei lagen die Schwerpunkte der Kooperation im Jahre 1997 bei der Untersuchung der Karsthydrogeologie des Hochschwabs bzw. der Mineralrohstoffsicherung. Im Rahmen der einmal jährlich stattfindenden Bund/Bundesländer-Tagung wurden die Rohstofforschungsprojekte im Oktober 1997 auch österreichweit diskutiert.

Eine enge Zusammenarbeit mit diversen Bundesdienststellen ergab sich 1997 auch im Zusammenhang mit den gemeinsamen Bemühungen von Bund und Stadt Wien zur Unterstützung der schulischen Erfordernisse der Kinder internationaler Beamter. Nachdem sowohl die Internationale Schule in Wien 22, als auch die Japanische Schule in Wien bei Bund und Stadt Wien Flächenbedarf angemeldet hatten, wurde versucht, eine für alle Seiten tragbare Lösung zu finden.

Von den diversen ressortübergreifenden Einzelkoordinierungsangelegenheiten sind vor allem der in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Dienststellen des Magistrates erstellte umfangreiche Bericht über die Umsetzung der Beschlüsse der Regierungsklausur vom März 1997, die Frage der Teilnahme der Stadt Wien an der EXPO 1998 in Lissabon und an der EXPO 2000 in Hannover sowie diverse Aufgaben im Bereich der Verkehrsorganistion („CD-Zonen“) zu erwähnen.

Der MD-KOB oblag auch die Vorbereitung der Abwicklung und die Koordinierung der Entsendung von Mitarbeitern der Stadt Wien nach Brüssel. 1997 wurden zur Verbesserung ihrer Qualifikation in Europaangelegenheiten Europareferenten der MD-BD, MD-IB, MA 21C, MA 22, MA 59 und der Wiener Umweltanwaltschaft zu „Beamtenpraktika“ in das von der MD-KOB geführte „Verbindungsbüro der Stadt Wien“ im „Wien-Haus“ in Brüssel entsandt. Dabei konnten diese Mitarbeiter an Ort und Stelle einen guten Einblick in die Arbeitsweise der Generaldirektionen der Europäischen Kommission und der österreichischen Vertretungen in Brüssel gewinnen bzw. wichtige persönliche Kontakte knüpfen.

Eine Mitarbeiterin der MA 22 wurde zu einem 3-monatigen „Beamten-Praktikum“ in die Generaldirektion XI-Umwelt der Europäischen Kommission in Brüssel entsandt. Für zwei weitere Bedienstete der Stadt Wien wurde die Entsendung als „Nationale Sachverständige“ zu Dienststellen der Europäischen Kommission in Brüssel (GD XIII-Telekommunikation) und in Sevilla (gemeinsame Forschungsstelle der GD XI-Umwelt und der GD XII-Wissenschaft) in die Wege geleitet.

Die Arbeit des „Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel“, dessen primäre Aufgabe die Wahrung Wiener Interessen in Brüssel ist, war durch die Tätigkeitsschwerpunkte spezifische Informationsbeschaffung und -bewertung für Wiener Entscheidungsträger sowie Interessensvertretung und Public-Relations-Tätigkeit für Wien durch kulturelle und/oder gesellschaftliche Veranstaltungen geprägt.

Inhaltlich lagen die Schwerpunkte der Arbeit des Verbindungsbüros bei den Themen Verkehr, Wettbewerbsrecht, Vergaberecht, Beihilfenrecht, Regionalpolitik, Umweltpolitik, Umweltrecht sowie Forschung und Entwicklung. Überdies war das Verbindungsbüro in Brüssel wesentlich an der Vertragsgestaltung für das Transport Infrastructure Needs Assessment (TINA)-Sekretariat, das Anfang Juni 1997 in Wien seinen Betrieb aufnehmen konnte, beteiligt. Auf der Basis der Erfahrungen mit TINA konnte das Verbindungsbüro verstärkt die Beratung von Unter-

nehmen bei der Partnersuche und der Anbotsvorbereitung für EU-Ausschreibungen in seine Aktivitäten mit einbeziehen.

Angesichts des dominanten Themas Strukturfondsreform und Osterweiterung wurden weiters die für Wien besonders relevanten Fragen einer spezifischen Förderung der Ostgrenzgebiete und die Förderung städtischer Problemzonen im Rahmen des neuen Ziel 2 behandelt.

Eine kurze Übersicht über die Veranstaltungen des „Wien-Hauses" spiegelt die Vielfalt der behandelten Themen wider:

Eine Studienpräsentation der ARGE Donauländer, eine Pressekonferenz der flämischen Kulturministerin, eine Seminarreihe zur praktischen Anwendung des Sokrates-Programms, eine exportorientierte Weinpräsentation der Gruppe „Vienna Classic", eine Wirtschaftsveranstaltung mit Berlin und Stockholm, Expertenworkshops zum Vergabewesen, zu Tacis und Interreg; Arbeitssitzungen der TINA-Gruppe, der Mitglieder des Transport Research Committee der Kommission, sowie Tagungen zum europäischen Drogenproblem; betreut wurden zahlreiche Besuchergruppen, darunter eine finnische Delegation von Regionalpolitikern, welche die Organisation und Arbeitsweise des Wien-Hauses für ihr Büro in Brüssel übernehmen möchte; darüber hinaus fanden im Wien-Haus zahlreiche Präsentationen, Projektmeetings, Sitzungen, Pressekonferenzen usw., Kulturveranstaltungen (Schubert und Brahms) statt sowie diverse Vorträge zu Themen mit Wien-Bezug, ein Empfang am 28. Mai 1997 für diverse Repräsentanten in Brüssel zur einjährigen Eröffnung des „Wien-Hauses" und ein Weihnachtsempfang zur Verbesserung der internationalen Kontakte des „Verbindungsbüros der Stadt Wien".

## Magistratsdirektion - EU-Förderungen (MD-EUF)

Das Jahr 1997 war durch folgende Tätigkeitsschwerpunkte geprägt:

1. Umsetzung der Projekte der Gemeinschaftsinitiativen URBAN und INTERREG II A
2. Vorbereitung und Bearbeitung des Operationellen Programmes der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C
3. Grundlagenarbeit zur Definition der Position des Landes Wien zu Fragen der AGENDA 2000, besonders zur Strukturfondsreform und Osterweiterung
4. Organisatorische Festlegungen hinsichtlich Finanzabwicklung und Durchführung EU-geförderter Projekte

Besonders auffällig war die Konzentration von Prüfmaßnahmen, denen die MD-EUF im Berichtszeitraum unterzogen wurde. Dabei handelte es sich um fünf Prüfungen, die eine erhebliche Belastung für das Referat bedeutet haben:

- Einschau durch MD - Verwaltungsrevision, Februar - Mai 1997
  (Bericht vom 29. September 1997)
- Einschau durch Österreichischen Rechnungshof, April - Mai 1997
  (Bericht liegt noch nicht vor)
- Kontrolle von URBAN-Projekten durch die Generaldirektion XX der Europäischen Kommission, im April 1997
  (positiver Prüfbericht)
- Prüfung des Operationellen Programmes „URBAN-Wien - Gürtel Plus" durch das Kontrollamt der Stadt Wien, August - Dezember 1997
  (positiver Prüfbericht im Kontrollausschuß am 11. Dezember 1997)
- Organisationsprüfung durch Rödl und Partner, ab Dezember 1997

Von den Randbedingungen her gesehen hat es sich also 1997 um ein schwieriges Jahr gehandelt. Dennoch kann über die erzielten Arbeitsergebnisse im folgenden ein sehr günstiger Bericht abgegeben werden.

### 1. Umsetzung der Projekte der Gemeinschaftsinitiativen URBAN und INTERREG II A

#### 1.1. URBAN

Bei URBAN handelt es sich um ein EU-Förderprogramm, das die Verbesserung der Lebensqualität in Problemvierteln von größeren Städten in Europa anstrebt. Derzeit laufen in mehr als 80 EU-Städten URBAN-Förderungsprogramme.

Ausschlaggebend für das Wiener Programm war die Situation in den Gebieten entlang des Gürtels, in denen eine zunehmende Verwahrlosung nicht zu leugnen war. Grundintention des Wiener URBAN Gebietes ist es, ein Abgleiten in die Verslumung nicht nur zu verhindern, sondern auch eine merkbare und nachhaltige Aufwertung dieser Problemzonen zu erzielen.

Die Abgrenzung des Gebietes für die Gemeinschaftsinitiative ist im operationellen Programm „URBAN-Wien Gürtel plus" festgelegt. Die Grundlagen für das URBAN-Gebiet bieten statistische Daten aus der Volkszählung und Häuser- und Wohnungszählung 1991. Die Definition des Gebietes ergibt sich aus der Begrenzung jener gründerzeitlichen Problemgebiete, die nach bestimmten Kriterien über- bzw. unterdurchschnittliche Werte für

Wien aufweisen.
Diese Kriterien sind:

- Anteil der Substandard-Wohnungen
- hohe Bebauungsdichte
- mangelhafte Versorgung mit Grünflächen
- Arbeitslosenrate
- Ausländeranteil
- Anteil der Bevölkerung mit schlechter Schulbildung

Die Gebietscharakteristik der URBAN Zone ist durch einen Ausländeranteil von 34 Prozent, das heißt durch ein Plus von 18 Prozent gegenüber dem Wiener Durchschnitt, einen Arbeitslosenanteil von 11,3 Prozent (um 2 %-Punkte mehr als der Wiener Durchschnitt) gekennzeichnet. Ein Drittel der Bewohner (33,5 %) gehören einkommensschwachen Berufsschichten (angelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter) an, das sind um 10 Prozent mehr als der Wiener Durchschnitt. Die rund 77.000 Wohnungen des Gebietes stammen zu 65 Prozent aus der Zeit vor 1919, was den Wiener Gesamtdurchschnitt um 27 Prozent übersteigt. 41 Prozent der Wohnungen verfügen über kein WC. Im Wohnumfeld steht jedem Bewohner nicht mehr als 1 $m^2$ Grünfläche zur Verfügung.
Im Operationellen Programm wird auf diese Kriterien und mögliche Lösungsansätze ausgiebig eingegangen, so daß zusammenhängende Stoßrichtungen zur Realisierung des Programmes vorgegeben werden.
Die Konzeption des operationellen Programmes von URBAN-Wien basiert auf der international anerkannten Stadterneuerungspolitik Wiens vor allem am Wohnbausektor und setzte zusätzliche, neue innovative Akzente und Förderungsmöglichkeiten vor allem in den Bereichen

- Klein- und Mittelbetriebsförderung
- aktive Arbeitsmarktpolitik
- Ausländerintegration
- Förderung neuer Technologien

Zur Umsetzung von URBAN-Wien wurden demnach auch fünf Leitprojekte entwickelt, welche sich durch einen hohen Grad an Komplexität und Vernetzung auszeichnen.

Zu diesen Leitprojekten zählen:

1. Leitprojekt Gewerbe- und Solarzentrum Schmelz Wohnen - Leben - Arbeiten
2. Leitprojekt Internationales Jugend-, Kultur- und Bildungszentrum
3. Leitprojekt Ökologische Blocksanierung
4. Leitprojekt URBION - Belebung der Gürtelmittelzone
5. Leitprojekt Comeback - Qualifizierungs- und Jobagentur

Wien hat mit dem Konzept des operationellen Programmes URBAN-Wien internationale, EU-weite Beachtung gefunden. Es gilt als eines der besten URBAN-Projekte in Europa.
In der Umsetzungsphase besteht URBAN-Wien aus 5 Leitprojekten und 33 Subprojekten, die nahezu alle Aspekte zur Verbesserung der Lebenssituation abdecken.

Zu den Arbeitsfeldern zählen:

- Stadtplanung und Bürgerbeteiligung
- Förderung von Klein- und Mittelbetrieben
- Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung
- Arbeitsplatzerhaltung und Qualifizierung
- Umweltverbessernde Maßnahmen
- Energiesparende und ökologische Konzepte
- Grünraumverbesserung
- Betreuung und Integration von Randgruppen (Ausländer, Jugendliche, Langzeitarbeitslose)
- Verbesserung der Wohnsituation
- Kulturelle Aktivitäten
- Seniorenbetreuung
- Förderung neuer Technologien

URBAN-Wien Gürtel Plus umfaßt folgende Subprojekte:

- Grätzlarbeit Wilhelmsdorf
- YPP-Aktiv
- Studie Kunstmeile Gürtel

- Senior Plus
- Telezentrum
- Jugendbildungszentrum Ottakring
- Cafe Digital
- Back on Stage
- Internationale Fachtagung
- URBION-Ausstellungen
- ZAK, Zuschußaktion für KMUs
- RUSZ, Reparatur- und Servicezentrum
- URBAN-Symposium
- Integration in URBAN(en) Städten
- Balance
- Soziokulturelles Stadtteilprojekt 15, Süd
- URBAN-Büro
- URBION-Probebeleuchtung
- Gesamtkonzept Gürtelmittelzone
- Sanierung Urban-Loritz-Platz
- Park Urban-Loritz-Platz
- Studie Urban-Loritz-Platz
- Stadtbahnbogenvergabe
- Leben in der URBAN-Zone
- Buch im Beisl
- Wohnrechtsberatung
- Nachhaltige Stadt aus Frauensicht
- Sanierung Uhl-Platz
- Ethnische Ökonomien
- Birlikte Ögrenelim Verein Miteinander Lernen
- Quartiersmanagement Yppenplatz
- Wirtschaftliche Stadterneuerung
- Sozioökonomische Aspekte von Kulturprojekten und -initiativen
- Integration 2000
- Deutsch zur Integration
- Urbantech

## 1.2. INTERREG II A

Neben der Durchführung einiger Studien zum Thema der Verkehrsentwicklung in der Ostregion konnten vier Projekte gefördert werden, die im Zusammenhang mit der Osterweiterung für das Land Wien von besonderer Bedeutung sind:

### 1.2.1. Vienna Telekooperation Centre (VITECC)

1997 konnte die Etablierung von Büro- und Kommunikationsstrukturen zwischen den Partnerstädten Bratislava, Brünn, Györ und Wien gestartet und die technische Konzeption des Netzwerkes begonnen werden. Das Kooperationsnetzwerk soll neben Planungsinteressen und touristischen Austauschbeziehungen vor allem die Informationsvermittlung für KMUs bewerkstelligen. Das Wiener Büro wird vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds betrieben werden.

### 1.2.2. Planning the Gateway

Im selben Aktionsraum wie VITECC sollen vor allem stadtplanungs- und raumrelevante Kooperationsfelder bearbeitet werden, die in einem zweiten Projektschritt auch zur Einrichtung einer Informationsdatenbank führen sollen.

### 1.2.3. Ost-West Wirtschaftszentrum Wien

Nach mehrfachen Initiativen konnte im November 1997 endlich die Zusage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten erwirkt werden, dieses Projekt in einer ersten Ausbaustufe von insgesamt rund 25 Millionen Schilling seitens des Bundes kozufinanzieren, so daß mit einer Startveranstaltung am 17. Dezember 1997 im BMWA die Umsetzungsarbeiten begonnen werden konnten. Ziel ist die Durchführung einer Machbarkeitsanalyse sowie einiger Pilotprojekte, um die optimale Realisierungsvariante herauszuarbeiten. Projektträger ist die WEG-Wirtschaftspark - Entwicklungsgesellschaft m.b.H.

### 1.2.4. Vienna Multilingual School (European Middle School)

Mit dem Schuljahr 1997/98 konnte am Standort 7, Neustiftgasse 100, der Betrieb der Europäischen Mittelschule mit 3 Klassen aufgenommen werden. Der Lehrplan wurde so gestaltet, daß er kompatibel mit dem ungarischen, slowakischen und tschechischen Schulsystem ist, sodaß die Kinder leicht in ihre heimatlichen Schulen reintegrierbar sind. Momentan befinden sich insgesamt 24 Kinder aus den erwähnten Ländern in der Europäischen Mittelschule, die am 12. Dezember 1997 mit einer großen Festveranstaltung aus der Taufe gehoben wurde.

## 2. Vorbereitung und Bearbeitung des Operationellen Programmes der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C

Nach intensiven Vorbereitungsarbeiten und nationaler sowie internationaler Abstimmung wurde das von Österreich, Deutschland, Griechenland und Italien gemeinsam vorgelegte Operationelle Programm „Mitteleuropäischer, Adriatischer, Donau- und Südosteuropäischer Raum (CADSES)" von der Europäischen Union am 6. August 1997 genehmigt. Der erste Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen wurde am 18. September 1997 in der Wiener Zeitung veröffentlicht und mit 31. Oktober 1997 befristet. Vom Bundeskanzleramt wurde das Österreichische Institut für Raumplanung beauftragt, ein INTERREG II C - Sekretariat zu organisieren, die Koordination der betroffenen Bundesländer (Oberösterreich, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark, Kärnten, Wien) wurde der MD-EUF übertragen. Die konstituierende Sitzung des nationalen Programmausschusses erfolgte am 12. November 1997 und in der Folge wurde aus den eingegangenen Projektanträgen eine Projektauswahl getroffen. Für das Land Wien ist es besonders erfreulich, daß der Programmausschuß die Wiener Projekte besonders hoch bewertet hat und alle zur Realisierung vorschlägt.

Dabei handelt es sich um:

- PREPARITY:
Studie zu Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung

- STADT TECHNOLOGIE NETZWERK (STN):
Städtekooperationen mit dem Ziel der gemeinsamen Projektdurchführung in den Bereichen Stadtplanung,Infrastruktur, Wirtschaftskooperationen und Know-how-transfer. Partnerstädte von Saloniki über Budapest bis Odessa.

- TEN AND NODES POSITION MANAGEMENT NETWORK (TECNOMAN)
Umfassende Studie zu den Transeuropäischen Netzen im Zusammenwirken mit Mitgliedstaaten und österreichischen Bundesländern sowie den benachbarten MOEL-Staaten.

Darüber hinaus werden Projekte wie SEE YOU TOMORROW (Konferenzzug im gesamten Kooperationsraum), Netzwerk Wien-Berlin-Stockholm, Verkehrskonzept der Donauländer, Wasserwirtschaftliches Informationssystem, Kulturstraße Donau und Countdown (wirtschaftliche Kenndaten der Veränderungsprozesse in den MOEL) zur Umsetzung gelangen.

## 3. Grundlagenarbeit zur Definition der Position des Landes Wien zu Fragen der AGENDA 2000, besonders zur Strukturfondsreform und Osterweiterung

Auf Grund des Auslaufens der derzeitigen Programmplanungsperiode mit Ende 1999 sind seit dem Vorjahr Diskussionen über die Reform der Strukturfonds und die künftige Finanzierung der Strukturpolitik der Europäischen Union im Gange. Ein diesbezügliches Positionspapier des Landes Wien wurde von der MD-EUF in Abstimmung mit verschiedenen Dienststellen ausgearbeitet und im Wege eines ÖROK-Arbeitskreises in die Stellungnahme des Bundes eingebracht. Parallel zur Strukturfondsreform wurden die Fragen der Osterweiterung und des künftigen Finanznehmers erörtert und schließlich von der Europäischen Union in einem einheitlichen Dokument unter der Bezeichnung AGENDA 2000 zusammengefaßt. Dazu war (und ist) es notwendig, in Abstimmung mit den Bundesländern und anderen europäischen Großstädten in vergleichbarer Situation die Interessen des Landes Wien zu vertreten und vor allem in zwei Bereichen zu versuchen, die Regelungen der AGENDA 2000 zu modifizieren. Einerseits muß es unser Ziel sein, die Förderbarkeit städtischer Problemzonen künftig auch für jene Städte zu sichern, die nicht innerhalb einer Zielgebietskulisse liegen bzw. das neue Ziel 2 so zu gestalten, daß auch kleinräumige Problemzonen aufgenommen werden können. Sollte dies nicht möglich sein, wäre zumindest die Fortführung der Gemeinschaftsinitiative URBAN zu fordern. Andererseits wurde auf Initiative der Steiermark und im Konsens mit Niederösterreich, Burgenland und anderen Bundesländern beschlossen, der EU ein „Integriertes Sonderprogramm zur Begleitung der EU-Osterweiterung" vorzuschlagen. In den diesbe-

züglichen Beratungen sowie in der für Ende Jänner 1998 geplanten Ostregionenkonferenz ist das Land Wien durch Mitarbeiter der MD-EUF vertreten.

Die Positionspapiere zur AGENDA 2000 und zur Strukturfondsreform sind auch in die Europadeklaration der Wiener Landesregierung eingeflossen.

4. Organisatorische Festlegungen hinsichtlich Finanzabwicklung und Durchführung EU-geförderter Projekte

Aufbauend auf den Erlaß vom 14. Oktober 1996 (MD-1676-2/96) wurde im Berichtsjahr die finanzielle Abwicklung und das Finanzcontrolling für EU-geförderte Projekte eingerichtet. Darüber hinaus wurde in Vorbereitung der von der MD-EUF künftig durchzuführenden Finanzkontrolle gemäß der Regelungen der SEM 2000 eine Vorgehensweise für Projekteinschauten implementiert. Zur Unterstützung der Dienststellen und Projektträger wurde ein Organisationshandbuch für die Abwicklung EU-geförderter Projekte ausgearbeitet und Mitte 1997 zur Verteilung gebracht. Im Herbst wurde ein diesbezügliches Seminar in der Verwaltungsakademie abgehalten.

## Magistratsdirektion - Hilfs- und Sofortmaßnahmen (MDH)

1. Überblick

Die MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen besteht seit 1. Juli 1992. Ihr sind die Leitstelle des rechtskundigen Permanenzdienstes und die Aufgabenbereiche humanitäre Hilfsmaßnahmen, Zivil- und Katastrophenschutz, Sicherheit, Sofortmaßnahmen und der Dienstkraftwagenbetrieb zugeteilt.

In der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen waren mit Stichtag 31. Dezember 1997 insgesamt 32 MitarbeiterInnen beschäftigt.

2. Die Aufgaben der einzelnen Stellen in der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahme

2.1. Rechtskundiger Permanenzdienst

Der rechtskundige Permanenzdienst wurde im Jahr 1997 in insgesamt 132 Fällen angefordert, was einer durchschnittlichen Inanspruchnahme von 0,36 pro Tag bzw. 11 pro Monat entspricht. In 120 Fällen (91 %) erfolgte die Erledigung telefonisch, in 12 Fällen (9 %) erfolgte ein Einsatz des Permanenzjuristen bzw. der Permanenzjuristin.
Der Personalstand lag Anfang des Jahres bei 57 PermanenzjuristInnen. Per 31. Dezember 1997 betrug der Personalstand 45.
Wie auch im Vorjahr lagen die inhaltlichen Schwerpunkte der Inanspruchnahme des rechtskundigen Permanenzdienstes in den Bereichen Veranstaltungswesen, Jugendwohlfahrtswesen und Gewerbeordnung. Im Vergleich zum Jahr 1996 war dabei ein Anstieg des Anteiles der Anforderungen nach dem Veranstaltungsgesetz im Vergleich zur Gesamtzahl der Anforderungen des rechtskundigen Permanenzdienstes zu verzeichnen. Fast jede vierte Anforderung (22,7 %) des rechtskundigen Permanenzdienstes erfolgte in Angelegenheiten des Veranstaltungswesens, welches damit auch die mit Abstand häufigste Rechtsmaterie, die von den PermanenzjuristInnen zu vollziehen war, ist.
Hinsichtlich der Ausrüstung des Dienstaktenkoffers ist zu bemerken, daß ein neues und aktuelles Verzeichnis der Auskunfts- und Beschwerdestellen des Magistrates sowie ein aktueller Stadtplan zur Verfügung gestellt wurden. Um dem Wunsch vieler PermanenzjuristInnen nach Reduzierung des Gewichtes des Dienstaktenkoffers nachzukommen, wurden mangels Notwendigkeit einige nicht unbedingt notwendige Ausrüstungsgegenstände entfernt.
Für die Mobiltelefone der PermanenzjuristInnen wurden zwei neue Akkus sowie eine Doppelladestation (für Mobiltelefon und Reserveakku) angeschafft.
Weiters wurde jedem Permanenzjuristen und jeder Permanenzjuristin eine persönliche Rechtsvorschriftensammlung zur Verfügung gestellt, welche nach den Erfahrungen, die bisher im Rahmen des rechtskundigen Permanenzdienstes gemacht wurden, zusammengestellt wurde und die daher speziell auf die Anforderungen beim rechtskundigen Permanenzdienst Bedacht nimmt. In dieser Rechtsvorschriftensammlung sind die am häufigsten benötigten Gesetze, Verordnungen und Kundmachungen enthalten.
Im April wurden die PermanenzjuristInnen im Rahmen von zwei Informationsveranstaltungen über das Wiener Katastrophenhilfegesetz sowie das Krisenmanagement in Wien informiert.
Diese Informationsveranstaltungen wurden von der Leitstelle für den rechtskundigen Permanenzdienst in Zusammenarbeit mit dem Dezernat Zivil- und Katastrophenschutz, Sicherheit der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen organisiert und durchgeführt.

Im Oktober wurde eine Umfrage unter den PermanenzjuristInnen durchgeführt, im Rahmen derer auch die Möglichkeit bestand, allfällige Verbesserungen bzw. Beschwerden vorzubringen. Die Auswertung der Fragebögen ergab, daß die Betreuung durch die Leitstelle sowie die Zusammenarbeit mit den Permanenzingenieuren und dem Dezernat Sofortmaßnahmen im Durchschnitt mit „sehr gut" bewertet wurden. Hinsichtlich der übrigen Kriterien, das waren die Zufriedenheit mit der Rechtsvorschriftensammlung, den Rundschreiben der Leitstelle, der Funktionsweise von Mobiltelefon und Pager sowie der Inhalt des Dienstaktenkoffers, lagen die Bewertungen im Durchschnitt bei „gut". Von den PermanenzjuristInnen wurden einige Verbesserungsvorschläge vorgebracht, die nach Maßgabe der Möglichkeiten von der Leitstelle berücksichtigt wurden. So wurden z.B. auf Wunsch einiger PermanenzjuristInnen nunmehr die Vorprotokolle als Orientierungshilfe im Dienstaktenkoffer belassen.
Schließlich wurde im Dezember im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Verwendung eines Laptops im Rahmen des rechtskundigen Permanenzdienstes zur Diskussion gestellt. Der Laptop bietet die Möglichkeit, ohne Festnetzverbindung, also auf drahtlosem Weg, einen Zugriff auf das Intranet des Magistrats und damit auf das Wiener Rechtsinformationssystem vorzunehmen.
Im Rahmen dieser Informationsveranstaltung haben sich insgesamt 13 PermanenzjuristInnen freiwillig mit einer probeweisen Verwendung dieses Laptops im Rahmen ihrer Bereitschaft einverstanden erklärt.

## 2.2. Humanitäre Hilfsmaßnahmen

Für das Jahr 1997 war eine grundsätzliche Ausrichtung der Hilfsmaßnahmen der Stadt Wien auf den Balkan und die osteuropäischen Länder beschlossen worden. Nach Maßgabe der Möglichkeiten wurde jedoch auch außerhalb dieser geographischen Festlegung Hilfestellung durch die Stadt Wien angeboten. So wurden z.B. Hilfsaktionen in nordafrikanischen und asiatischen Ländern durch Überlassung von ausgeschiedenen Gütern aus dem Krankenanstaltenbereich unterstützt.

Nachfolgend die Kurzbeschreibung der auf drei Kontinenten durchgeführten Projekte.

### Europa

#### ALBANIEN

##### Medizinisch-technische Geräte für ein Krankenhaus in Lac

Eine Privatinitiative, die sich die Unterstützung des Spitals in Lac zum Ziel gesetzt hatte, wurde durch Überlassung von ausgeschiedenen Spitalsgütern gefördert.

#### BELARUS

##### Rettungswagen für ein Krankenhaus in Halamerje

Einem Hilfsverein wurde für ein Provinzkrankenhaus mit weitreichendem ländlichen Patienteneinzugsgebiet ein gebrauchter Rettungswagen zur Verfügung gestellt.

##### Wien-Tag für „Tschernobyl-Kinder"

Eine humanitäre Aktion von Bediensteten des Flughafens Wien für eine Gruppe von Kindern, die unter der „Tschernobyl-Katastrophe" litten oder noch leiden und Gäste in Niederösterreich waren, wurde durch Organisation und Finanzierung eines „Wien-Tages" einschließlich Besichtigungsprogramm und Jause am Donauturm unterstützt.

##### Behandlung von krebskranken Kindern aus Minsk im Donauspital

Im Vorjahr wurde mit den Behörden in Minsk ein Hilfsprogramm für krebskranke Kinder organisiert, dessen Kosten je zur Hälfte von der Republik Österreich und der Stadt Wien getragen wurden und demzufolge im heurigen Jahr 24 an Schilddrüsenkrebs erkrankte Kinder gruppenweise aus Minsk zur stationären Behandlung an der Nuklearmedizinischen Abteilung des Donauspitals angereist waren.

#### BOSNIEN

##### Kommunalfahrzeuge für Sarajewo

Auf Ersuchen des Kantonspräsidenten von Sarajewo konnten von der Stadt Wien insgesamt 14 gebrauchte Kommunalfahrzeuge (11 Müllsammelfahrzeuge und 3 Löschfahrzeuge) zur Verfügung gestellt werden. Die LKWs wurden von städtischen Bediensteten nach Sarajewo gebracht und nach erfolgter Bedienungsanweisung vor Ort übergeben.

##### Möbel für eine Schule in Sarajewo

Infolge eines Engpasses an Schulmöbel war in der Gemischten Textilmittelschule in Sarajewo die Weiterführung des Unterrichtes in Frage gestellt. Die Stadt Wien lieferte an diese Bildungseinrichtung 150 gebrauchte Schultische samt den entsprechenden Sesseln und konnte damit die Fortsetzung des Lehrens gewährleisten.

### EDV-Ausrüstung für Lehrerausbildungsstätte in Sarajewo

Einer Schule in Sarajewo, die angehende Lehrer ausbildet, konnten 30 gebrauchte Personalcomputer, die in der Fachabteilung von Ferialpraktikanten über die Sommermonate instand gesetzt wurden, übergeben werden.

### Bauholzlieferung für Katastrophenlager in Sarajewo

Eine Privatinitiative, die Hilfsgüter in das Katastrophenlager Sarajewo brachte, wurde durch Beistellung von Bauholz unterstützt.

## BULGARIEN

### Medizinische Ausstattung einer Frühgeburtenklinik in Sofia

Ein Projekt der Hilfsorganisation CARE Österreich, das die Ausstattung einer Frühgeburtenklinik in Sofia mit Inkubatoren sowie die Beistellung von Babynahrung für 6 Monate zum Ziel hatte, wurde finanziell unterstützt.

### Hilfsgüter für ein Waisenhaus in Rudarci

Für 85 geistig behinderte Kinder im Waisenhaus in Rudarci wurde ebenfalls von CARE Österreich ein Hilfsprojekt entwickelt. Die Stadt Wien übernahm einen Teil der Anschaffungskosten für lebensnotwendige Güter, wie Nahrungsmittel, Bettwäsche und Winterbekleidung.

## KOSOVO

### Rettungswagen für Priština

Die Tätigkeit der Schwestern des „Mutter-Theresa-Ordens" in Priština konnte durch Zurverfügungstellung eines gebrauchten Rettungswagens erleichtert werden.

## KROATIEN

### Bauholz für ein Lager in Zagreb

Für eine Lieferung eines Hilfsvereines nach Zagreb wurde Bauholz bereitgestellt.

## POLEN

### Spitalsbetten für ein Krankenhaus im Hochwassergebiet

Ein Krankenhaus, das durch das Hochwasser Schaden genommen hatte, wurde privaterseits mit Gütern unterstützt. Die Stadt Wien überließ dem Hospital gebrauchte Spitalsbetten.

## RUMÄNIEN

### Laborgeräte für den „Haematologica-Verein" in Bukarest

Die Forschungsarbeit der Stiftung „Haematologica" konnte durch Überlassung von gebrauchten Laborgeräten gefördert werden.

### Sterilisatoren für ein Waisenhaus in Slobodzia

Der Verein „Initiative Pflegeeltern" leistet u.a. auch humanitäre Hilfe in rumänischen Waisenhäusern. Auf Ersuchen dieser Initiative wurden für das Waisenhaus in Slobodzia, in dem auch aidserkrankte Kinder betreut werden, zwei ausgeschiedene Heißluftsterilisatoren zur Verfügung gestellt.

## RUSSLAND

### Respiratoren und Betten für ein Kinderspital in Moskau

Einer dringenden Bitte der „Russischen Malteser-Hilfe" konnte durch Überlassung von drei gebrauchten Inkubatoren, 18 Säuglings- und Kinderbetten und 11 Milchpumpen für das Moskauer Kinderspital Nr. 9 nachgekommen werden.

## TSCHECHISCHE REPUBLIK

### Hochwasserhilfe in Krnov

Ein sieben Mann starkes Team der Stadt Wien samt Gerätschaft war während der Hochwasserkatastrophe 10 Tage in Krnov stationiert, um die Trinkwasserzulieferung für die Bevölkerung im Einsatzgebiet zu unterstützen.

### Medizinisch-technische Geräte für ein Krankenhaus in Uherské Hradište

Vom Hochwasser war auch das Krankenhaus in Uh. Hradište betroffen. Auf Ersuchen des Direktors der Krankenanstalt wurde eine Vielzahl ausgeschiedener medizinisch-technischer Geräte dem Spital überlassen.

Afrika

ÄGYPTEN

Medizinische Ausstattung für ein Krankenhaus in Kairo

Auf Ersuchen der Österreichisch-Ägyptischen Medizinischen Gesellschaft wurden drei gebrauchte Narkosegeräte für ein Krankenhaus in Kairo zur Verfügung gestellt.

TUNESIEN

Spitalseinrichtung für ein Mutter-Kind-Heim

Für ein „Geburtshaus", in dem unverheiratete Frauen von ihren Kindern entbunden werden und als Alleinerzieherinnen Aufnahme finden, wurden ausgeschiedene Einrichtungsgegenstände und medizinische Geräte an einen Mitarbeiter der Tunesischen Botschaft in Wien übergeben.

Asien

JEMEN

Medizinische Ausstattung für eine Dialysestation in Hodeida

In der Provinzstadt Hodeida wird von der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen eine Dialysestation errichtet. Die medizinische Ausstattung dieser Station wurde von der Stadt Wien mit einem gebrauchten Dialysegerät unterstützt.

NEPAL

Spitalsgüter für ein Krankenhaus in Banepa

Derzeit wird eine privat initiierte Hilfsaktion für das Krankenhaus in Banepa durch Zurverfügungstellung von gebrauchten Spitalsgütern unterstützt. Geplant ist der Transport von vorerst 70 Spitalsbetten in das 25 km von Katmandu entfernte Hospital.

SRI LANKA

Rollstühle für ein Waisenhaus

Für eine private Hilfsaktion wurden ausgeschiedene Rollstühle für ein Waisenhaus zur Verfügung gestellt.

KNOW-HOW-TRANSFER

Betreut wurden Delegationen aus Minsk und Sarajewo sowie aus der Kleinstadt Zavidovici (BuH).

## 2.3. Zivil- und Katastrophenschutz, Sicherheit

Nach der Schaffung einer soliden Arbeitsbasis für die Stabsstelle des Krisenmanagements der Stadt Wien unter Berücksichtigung der Möglichkeiten des Einsatzes von Katastrophenschutzplan und Katastropheneinsatzplänen in einem vernetzten EDV-System in den vorangegangenen Jahren lag einer der Arbeitsschwerpunkte im Jahr 1997 auf der Auswahl und Schulung von freiwilligen Mitarbeitern in der Stabsstelle des Krisenmanagements der Stadt Wien. Die Heranziehung von weiteren Mitarbeitern im Katastrophenfall ist notwendig, da mit dem Personalstand der MD- Hilfs- und Sofortmaßnahmen die bei einem derartigen Ereignis anfallenden Aufgaben - für den Fall eines länger dauernden Ereignisses - nicht rund um die Uhr erfüllt werden können. Es wurde daher der Weg gewählt, freiwillige Mitarbeiter aus dem Kreis der Bediensteten der Stadt Wien zur Personalverstärkung im Anlaßfall heranzuziehen. Die Auswahl dieser Mitarbeiter erfolgte Anfang des Jahres und es kann nunmehr nach Durchführung der erforderlichen Schulung auf einen Grundstock von rund 30 Personen zurückgegriffen werden. Besonderes Augenmerk wurde bei der Ausbildung auf die Abläufe in der Einsatzleitstelle des Krisenmanagements der Stadt Wien, die Aufgaben der einzelnen Stabsstellen in der Einsatzleitstelle sowie das Kennenlernen der Einsatzorganisationen der Stadt Wien bzw. auch der auf diesem Gebiet freiwillig tätig werdenden Organisationen gelegt. Insbesondere war es wichtig, Kenntnisse über die Inhalte und die Funktion bzw. Bedienung des in den letzten Jahren aufgebauten EDV-Systems für den Katastrophenschutzplan und die Katastropheneinsatzpläne, die die Basis für die Arbeit der Einsatzleitstelle des Krisenmanagements der Stadt Wien im Katastrophenfall bilden, herzustellen. In diesem Zusammenhang ist positiv anzumerken, daß auf Grund der engagierten Mitarbeit dieser freiwilligen Mitarbeiter, die aus den verschiedensten Bereichen des Magistrats kommen und die alle über langjährige Erfahrung in den jeweiligen Bereichen verfügen, auch Verbesserungen bei den Organisations- und Arbeitsabläufen sowie der Kommunikation zu verschiedenen Abteilungen erreicht werden konnten.

Nachdem im Jahr 1996 festgelegt worden war, ein System zur psychologischen Betreuung von Katastrophenopfern bzw. deren Angehörigen zu schaffen, wurde 1997 mit der Umsetzung dieses Vorhabens begonnen, wofür eine Arbeitsgruppe unter Federführung der MD- Hilfs- und Sofortmaßnahmen ins Leben gerufen wurde, deren Aufgabe es ist, die Grundlagen für die Schaffung und Ausbildung sowie den Einsatz von psychologischen Betreu-

ungsteams, die sich aus einem Psychologen, einem Sozialarbeiter und einer mobilen Schwester zusammensetzten, zu schaffen. Im Zuge der Tätigkeit der Arbeitsgruppe im laufenden Jahr wurde rasch erkannt, daß es notwendig ist, hier nach Möglichkeit auf die (spärlich) vorhandenen internationalen Vorarbeiten auf diesem Gebiet zurückzugreifen. Es wurde daher einerseits mit einschlägigen Fachleuten aus Israel und aus der Bundesrepublik Deutschland ein Fachseminar für jene Mitglieder der Arbeitsgruppe durchgeführt, die späterhin auch an der Ausbildung der Betreuungsteams beteiligt sein werden und andererseits gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres im Dezember 1997 ein international besetztes Seminar unter dem Titel „Die Katastrophe, die Betreuung" durchgeführt. Zu diesem Seminar wurden als Vortragende Experten aus der Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Schweden, Großbritannien sowie auch Österreich eingeladen. Gleichzeitig wurden neben den Mitgliedern der Arbeitsgruppe auch die freiwilligen und professionellen Einsatzorganisationen eingeladen. Allgemein wurde von den Teilnehmern das Seminar äußerst positiv aufgenommen und es konnte damit einerseits eine Evaluierung der bereits (im Ausland) vorhandenen Einrichtungen zur psychologischen Betreuung von Katastrophenopfern und deren Angehörigen getroffen werden sowie andererseits auch festgestellt werden, daß der von seiten der Stadt Wien projektierte Weg der Schaffung von Dreierteams zur Betreuung eine durchaus erfolgversprechende Variante darstellt. Somit konnten die Weichen für die Festlegung eines endgültigen Ausbildungsprogrammes und die Bildung der Teams erfolgreich gestellt werden.

Im Arbeitsprogramm 1997 ist auf dem Sektor Zivil-, Katastrophenschutz, Sicherheit die Abhaltung von zwei Einsatzübungen besonders hervorzustreichen. So wurde im Herbst des Jahres nach umfangreichen Vorbereitungsarbeiten, die unter Einbeziehung aller betroffenen Dienststellen und Organisationen das ganze Jahr über andauerten, eine groß angelegte Katastropheneinsatzübung (mit rund 300 Verletztendarstellern) durchgeführt, deren vorrangiges Ziel es war, die Zusammenarbeit zwischen den professionellen Ein-satzorganisationen und den freiwilligen Organisationen vor allem auf dem Gebiet des Rettungswesens zu überprüfen und zu üben. Daneben war es eines der weiteren Hauptziele der Übung, die Möglichkeiten der Patientenadministration bei derartigen Großereignissen sowie des Aufbaus von Informationsstellen für die Bevölkerung (z.B. über den Verbleib von Angehörigen, die von einem derartigen Ereignis betroffen sind) zu überprüfen. Das Ergebnis war, daß die Zusammenarbeit der Einsatzorganisationen im Hinblick auf die Bergung und Versorgung sowie den Transport der Patienten in die Spitäler sehr gut funktionierte, daß es jedoch Verbesserungen in bezug auf gemeinsamen Einsatz und Patientenadministration sowohl im Bereich der Einsatzorganisationen als auch im Bereich der Spitäler geben muß. Die diesbezüglich erforderlichen Gespräche wurden noch im Spätherbst 1997 aufgenommen und es ist beabsichtigt, nach Klärung der erforderlichen Einzelheiten, die neu definierten Abläufe bei der für 1998 geplanten Übung bereits zu erproben.

Erstmals seit langer Zeit war es auch möglich, eine Objektschutzübung durchzuführen. Als Ausgangslage wurde eine Bedrohung der Wiener Wasserversorgung angenommen, wodurch der Schutz der Versorgungseinrichtungen durch die Polizeibehörden notwendig wird. Da diese auf Grund der Vielzahl der Objekte nicht allein in der Lage sind, einen ausreichenden Schutz zu bieten, ist das Bundesheer um Assistenzleistung zu ersuchen. Entsprechend dieser Übungsannahme wurde ein sehr realistisches Szenario erstellt und es konnte festgestellt werden, daß die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundesheer einerseits sowie auch die Kommunikation mit der Stadtverwaltung andererseits bestens funktionierten. Erprobt wurden bei dieser Übung auch neu ausgearbeitete Objektschutzblätter, die im Einvernehmen zwischen Bundespolizeidirektion Wien, Militärkommando Wien und der Magistratsdirektion Hilfs- und Sofortmaßnahmen ausgearbeitet wurden. Im Hinblick darauf, daß sich laut einhelliger Meinung das System der Objektschutzblätter bewährt hat, kann nunmehr begonnen werden, nach diesem Muster für alle schutzwürdigen Objekte in Wien, Objektschutzblätter zu erstellen.

Das Jahr 1997 stand auch im Zeichen der Neuregelung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wien und dem Wiener Zivilschutzverband. Bereits bisher bestand eine enge Kooperation auf dem Gebiet der Führung der Selbstschutzinformationszentren der Stadt Wien sowie bei diversen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen auf dem Gebiet des Zivil- und Selbstschutzes. Da dies einerseits bisher durch eine Subventionierung des Zivilschutzverbandes und andererseits durch die Tragung der Kosten der Aktivitäten der Selbstschutzinformationszentren, die ebenfalls durch den Zivilschutzverband koordiniert wurden, erfolgte, war es notwendig, ein einheitliches System zu schaffen. Mit der Vertragsregelung erfolgte eine Beauftragung des Zivilschutzverbandes zur Führung der Selbstschutzinformationszentren und für die Informationstätigkeit für die Bevölkerung auf dem Gebiet des Selbst- und Zivilschutzes, wobei die Tragung der Kosten durch die Stadt Wien vorgesehen ist. So ist in Hinkunft einerseits der Zivilschutzverband nicht mehr von Subventionen abhängig, andererseits besteht eine klare Definition, welche Leistungen von seiten des Zivilschutzverbandes zu erbringen sind.

Einen wichtigen Teil der Tätigkeit nahm 1997 auch wieder die Lehr- und Informationstätigkeit auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes vor allem im Hinblick auf die Darstellung der Funktionsweise des Katastrophenmanagements in Wien dar. Je halbtägige Informationen über den Katastrophenschutz in Wien wurden gegeben an: Leitende Beamte der Bundespolizeidirektion Wien, angehende Amtsärzte im Physikatskurs, den Generalstabskurs der Landesverteidigungsakademie, den Hochschullehrgang für lehrendes Pflegepersonal, eine Projektarbeitsgruppe des BRG 12, sowie verschiedene Delegationen aus dem In- und Ausland. Darüber hinaus wurden an der Verwaltungsakademie Vorträge zu den Themen „Katastrophenschutz an der Dienststelle" bzw. „Si-

cherheit an der Dienststelle“ gestaltet.
Zum Jahreswechsel 1997/98 fand in Wien das ökumenische Jugendtreffen der Gemeinschaft „Taizé“ statt, an dem rund 80.000 Jugendliche christlichen Glaubens aus ganz Europa teilnahmen. Die Koordination des diesbezüglich erforderlichen Einsatzes der verschiedensten Dienststellen der Stadt wurde vom Herrn Bürgermeister der MD- Hilfs- und Sofortmaßnahmen übertragen. Die Schwerpunkte bei den Organisationserfordernissen für das Treffen ergaben sich auf den Gebieten Verkehr (der größte Teil der Jugendlichen reiste mit Autobussen an; während des Treffens - die Veranstaltungen fanden zentral auf dem Wiener Messegelände statt - wurden von den Teilnehmern die öffentlichen Verkehrsmittel benützt); Unterbringung (mehr als 20.000 Teilnehmer wurden über Ersuchen des Veranstalters in städtischen Schulen untergebracht) und Gesundheitsvorsorge und wurden in einzelnen Arbeitsgruppen aufgearbeitet. Rückblickend kann gesagt werden, daß das Treffen auf Grund der hervorragenden Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen und der ausgezeichneten Vorbereitung in den einzelnen Arbeitsgruppen reibungslos über die Bühne gebracht werden konnte. Es konnte vor allem erreicht werden, daß durch die Aktivitäten des Treffens mit den damit verbundenen hohen Teilnehmerzahlen nicht die Infrastruktur der Stadt lahmgelegt wurde. Dank des disziplinierten Verhaltens der Teilnehmer konnte auch in der Bevölkerung ein positiver Eindruck erzielt werden.
Auf dem Gebiet der Sicherheitsagenden der Dienststellen ist hervorzuheben, daß die zweite Auflage der Sicherheitsmappe, deren Versendung im vorangegangenen Jahr einen großen Erfolg darstellte, in der ersten Jahreshälfte 1997 erfolgte und wieder auf großes Interesse der Dienststellen stieß. Die in der Sicherheitsmappe gegebenen Tips und Anregungen für Sicherheitsmaßnahmen an den Dienststellen, stellen für diese eine Hilfe bei der Organisation im Hinblick auf die Erhöhung des Sicherheitsstandards dar. Darüber hinaus wurden wieder zahlreiche Dienststellen beraten bzw. auch konkrete Projekte zur Errichtung von Alarmanlagen durchgeführt. Hervorzuheben ist auch, daß im Zusammenhang mit der Eröffnung des Herzl-Symposiums im Wiener Rathaus durch den Ministerpräsidenten des Staates Israel umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen zu treffen waren, wodurch den Vorbereitungsarbeiten und dem tatsächlichen Einsatz selbst ein entsprechender Arbeitsaufwand zu widmen war.

## 2.4. Dezernat für Sofortmaßnahmen

Bürgernähe und rasche Hilfe bei den kleinen und großen Problemen der Wiener BürgerInnen prägten das Berichtsjahr 1997. So wurden die erfolgreich eingeführten Aktionen wie „Rathausmänner unterwegs“, „Donauinsel“, Schwerpunktbereich „Lobau“, usw. siehe Teilbericht Mobiler Bürgerdienst - fortgesetzt. Es wurde aber auch der umfangreiche Kontakt mit den verschiedenen Redaktionen der Print- sowie der elektronischen Medien intensiviert. Auch im technischen Bereich und im EDV-Bereich wurden Neuerungen bzw. Innovationen durchgeführt, die im diesbezüglichen Teilbericht ersichtlich sind.
Der Arbeitsumfang des Dezernates für Sofortmaßnahmen bezieht sich auf die Teilbereiche Sofortmaßnahmen - Mobiler Bürgerdienst - Umweltpolizei - Schnelle Eingreifgruppe.
Im Arbeitsbereich „Sofortmaßnahmen“ wurde im Jahre 1997 bei insgesamt 37 Wohnungsbränden sowie Gasexplosionen Hilfestellung geleistet. Hauptsächlich wurden die betroffenen, von Obdachlosigkeit bedrohten Personen zunächst in Ersatzunterkünfte untergebracht bzw. in weiterer Folge in der Form betreut, daß Präkariumswohnungen oder die Anordnung von behördlichen Verfügungen beschleunigt und koordiniert wurden.

Zusätzlich dazu sind unter dem Titel „Sofortmaßnahmen“ noch zwei Einsätze besonders hervorzuheben:

### 1. „Hochwasserkommission“

Bedingt durch die heftigen Regenfälle Anfang Juli 1997 und das dadurch ausgelöste Hochwasser wurde auf Anregung des Dezernates im Auftrag des Herrn Bürgermeisters die Hochwasserkommission, die aus Mitarbeitern der MA 30, der MA 37 und der MDH-Sofortmaßnahmen bestand, gebildet. Aufgabe war es, rasch und unverzüglich in Koordination mit der MA 5 die Hochwassergeschädigten vor Ort aufzusuchen, die Schäden zu begutachten, so daß den Hochwasseropfern eine rasche finanzielle Hilfe geleistet werden konnte. Im Zuge der Einsätze kam sämtliches technisches Gerät wie Katastrophenbus, Laptop-Computer, transportable Drucker, Foto- und Videokamera usw. zum Tragen. Seitens der betroffenen Bevölkerung wurde die Aktion infolge des raschen und unbürokratischen Agierens der Kommission äußerst positiv angenommen. Über die Organisation sowie den Arbeitsablauf der Kommission wurde eine entsprechende Logistik angelegt, um im Bedarfsfall darauf zurückgreifen zu können.

### 2. Bergung einer Fliegerbombe

Im April 1997 wurde durch ein anonymes an den Herrn Bürgermeister gerichtetes Schreiben bekannt, daß im Jahre 1944 in ein Haus in Wien-Floridsdorf eine Fliegerbombe einschlug, die nicht explodierte und nach wie vor unverändert dort liegen soll.
In Absprache mit dem Entminungsdienst des Innenministeriums sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Dezernat Zivil- und Katastrophenschutz war es Aufgabe des Dezernates für Sofortmaßnahmen, den Einsatz aller Magistratsdienststellen (MA 13, MA 17, MA 28, MA 31, MA 42, MA 48, MA 55, MA 68 und MA 30) vor Ort



*Die Wiener Stadtregierung stellt sich vor: v.l.n.r.: Dr. Peter Marboe, Fritz Svihalek, Vbgm. DDr. Bernhard Görg, Bgm. Dr. Michael Häupl, Vbgm. Grete Laska, Werner Faymann, Mag. Renate Brauner, Mag. Brigitte Ederer, Dr. Sepp Rieder.*

Foto: Votava / PID

*Anläßlich seines Österreichbesuchs im Juni 1997 machte der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche Alexij II. auch bei Bürgermeister Dr. Michael Häupl seine Aufwartung.*

Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle



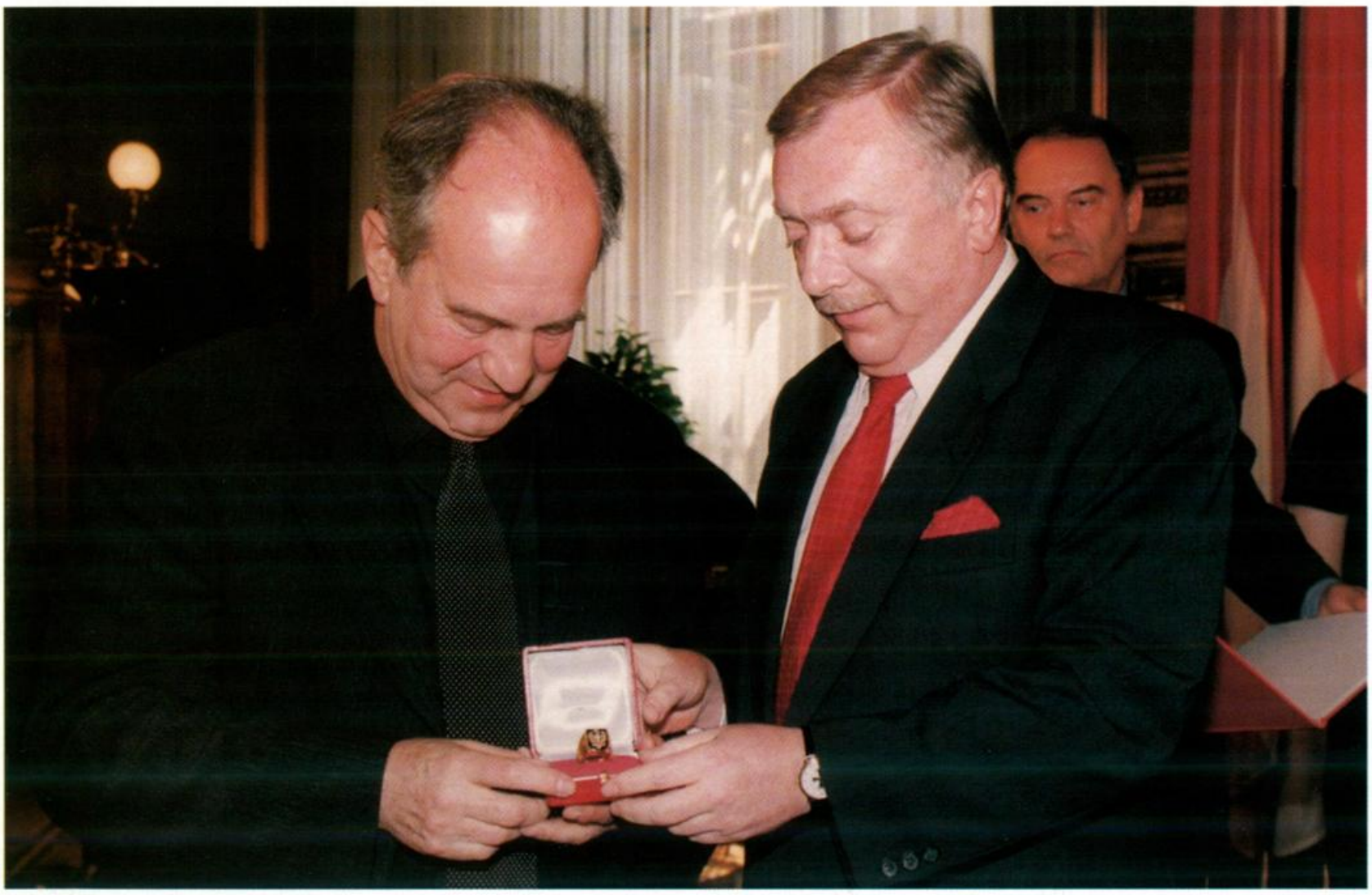


*Finanzminister und ehemaliger Finanzstadtrat Rudolf Edlinger gratuliert dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien Komm.-Rat Walter Nettig zu dessen Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien.*

Foto: Votava / PID

*Bürgermeister Dr. Michael Häupl überreicht den Ehrenring der Stadt Wien an Kammerschauspieler Prof. Otto Schenk.*

Foto: Votava / PID



zu koordinieren und die notwendigen Evakuierungsmaßnahmen zu leiten. Der Einsatz lief dann in vorbildlicher Weise ab, die Bombe wurde in den frühen Abendstunden geborgen und entschärft, die Bewohner konnten unmittelbar darauf wieder in ihre Wohnungen einziehen.
Im Zuge der Einsätze der „Schnellen Eingreifgruppe" wurden Problemhäuser schwerpunktmäßig in den Bezirken Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Hernals intensiv unter fallweiser Beiziehung der Fachdienststellen sowie Beamten der Schnellen Eingreifgruppe überprüft. Diese Kontrollen zeigten wesentliche Wirkung, so daß man von einer deutlichen Besserung der Situation rund um sogenannte „Spekulationsobjekte" sprechen kann.
Der Bereich „Umweltpolizei" ist in der Setzung von Sofortmaßnahmen oder der Koordinierung und Einschaltung von Amtssachverständigen im Falle von Umweltproblemen zu sehen. Der Bevölkerung wird hierbei die Möglichkeit geboten, rund um die Uhr ihre Mitteilungen betreffend Umweltwahrnehmungen über die Telefonnummer der Stadtinformation 525 50 oder der des Bereitschaftsdienstes der MDH-Sofortmaßnahmen, Tel. 4000-75222 DW, zu machen. Bei allen anfallenden Problemen wurde insbesondere versucht, im direkten und persönlichen Kontakt mit dem Bürger unmittelbar rasch und effizient zu reagieren.

In den Bereich Umweltpolizei fallen u.a. auch zwei Fälle, die auf Grund ihrer Art besonders hervorzuheben sind:

- So wurde die Grillsituation schon mit Beginn der wärmeren Jahreszeit observiert. Aufgabe war es, die Situation an den „genehmigten" Grillplätzen aber auch an den „wilden" Grillplätzen derart zu kontrollieren, daß eine Belästigung durch übermäßiges bzw. durch ungenehmigtes Grillen - so weit dies ging - gering gehalten wurde. Nach etlichen Kontrollen in den Sommermonaten und auch in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen konnten einige Lösungsvorschläge - wie etwa zusätzliche Grillplätze - ausgearbeitet werden, die im Jahre 1998 umgesetzt werden sollen.
- Ein weiterer Fall war - infolge der Hochwassersituation - die Verhängung eines Badeverbotes sowie die Sperre des Wasserschiliftes im Bereich der Wiener Donauinsel.

Im Rahmen des „Mobilen Bürgerdienstes" wurde die Aktion „Rathausmänner unterwegs" auf Grund der allgemeinen positiven Reaktionen fortgeführt. Arbeitsvorgabe ist es, unter dem Titel „Agieren statt Reagieren" das gesamte Straßennetz eines Bezirkes mit bis zu drei Teams abzufahren und Schadensfälle bereits im Vorfeld von Beschwerden aufzuspüren. Parallel dazu war an den jeweiligen Tagen dieser Aktionen auch das Mobilbüro des Bürgerdienstes - nach entsprechender Vorankündigung durch die MA 53-PID - als zentrale Anlaufstelle für Beschwerden und Hinweise im Einsatz. Diese insgesamt 11 Bezirksaktionen wurden in freiwilliger Mehrarbeit - zusätzlich zur laufenden Dezernatstätigkeit - von sämtlichen Mitarbeitern der Dienststelle mit großer Einsatzbereitschaft bewältigt. Es wurden dabei insgesamt 2.726 Kilometer des Wiener Straßennetzes abgefahren und 1.919 Schadensfälle festgestellt. Diese Fälle wurden unter Ausschaltung des Postweges mittels elektronischer „Straßenschadensdatei" bzw. „Kfz-Datei" an die jeweiligen Fachdienststellen gemeldet, die wiederum für eine rasche Behebung sorgten.

Statistik:

Die unter dem Titel „Gesamtstatistik Zentrale Bürgeranliegen" bezirksweise angelegte Auflistung für das Jahr 1997 ist entsprechend der Bezirkseinteilung des Dezernates auch nach verschiedenen Sachgebieten eingeteilt. Insgesamt gab es dabei 4.995 bearbeitete Fälle. Diese Statistik setzt sich aus den Eintragungen in die Kfz-Datei - 268 Fälle - als Arbeitsdatei, der Straßenschadensdatei - 3.471 Fälle - sowie dem Sofortmaßnahmenprotokoll - 1.256 Fälle - zusammen und gewährleistet somit einen repräsentativen statistischen Gesamtüberblick über die Tätigkeit des Dezernates. Einige Geschäftsfälle des Dezernates, die eine mediale Breitenwirkung hervorgerufen haben, sind wie folgt angeführt:

- 1, Stephansplatz - Kontrolle der Fiakersituation in sämtlicher Hinsicht
- 1, Graben - Setzung von Maßnahmen infolge Warenausräumung
- 2, Stadionparkplatz - Überprüfung der Situation rund um einen Gebrauchtwagenmarkt
- 2, Prater - widerrechtliche Aufstellung eines Kiosk, Veranlassung der Entfernung zum Schutze der Sicherung für etwaige Einsätze der MA 68
- 6, Gumpendorfer Straße - Maßnahmen zur Wiederinstandsetzung der Hauswasserleitung
- 9, Roßauer Gasse - Ausländerquartier, ausländische Personenkraftwagen, Hinterziehung der Parkometerabgabe, Festlegung von Straf- bzw. Beschlagsmaßnahmen
- 21, Scheydgasse - Evakuierungsmaßnahmen infolge Bergung einer Fliegerbombe
- 22, Donauinsel - Federführung über die Magistratsdienststellen bei der Überprüfung der örtlichen Lokalszene
- 22, Donauinsel - Verhängung eines Badeverbotes nach dem Hochwasser und Sperre eines Wasserschiliftes
- Schaffung der Hochwasserkommission, Durchführung von Maßnahmen nach den verheerenden Hochwasserschäden im Sommer
- 31. Dezember 1997, 23.30 Uhr - Gasexplosion in 7, Burggasse 23, 10 Wohnungen unbenutzbar, Evakuierung sowie rasche Instandsetzung der Versorgungsleitungen noch in der gleichen Nacht

## Kommunikations- und Infobereich:

Zu Beginn des Jahres 1997 wurden von den Dezernatsmitarbeitern mit sämtlichen Bezirksvorstehern Kontaktgespräche über bezirksspezifische Problemstellungen geführt. Die übertragenen Fälle wurden mit großem Einsatz und anschließender Benachrichtigung der diversen Bezirksvorsteher bearbeitet. Diese Initiative fand wie im Vorjahr großen Anklang und wird selbstverständlich 1998 fortgeführt.
Die vielfältigen Tätigkeiten des Dezernates wurden in zahlreichen Vorträgen im Zuge der Jugendausbildung der Verwaltungsakademie aber auch gegenüber den Bediensteten des Juristischen Permanenzdienstes präsentiert. Ab dem Jahre 1998 wird es dann einen eigenen Vortragstermin im Rahmen des Informationsangebotes der MD-Verwaltungsakademie geben. Es soll dabei allen interessierten städtischen Bediensteten die Möglichkeit geboten werden, sich über das weitreichende Aufgabengebiet des Dezernates zu informieren und gegebenenfalls die Hilfestellung bei unerwartet aufgetauchten Problemen innerhalb des eigenen Dienstbetriebes in Anspruch zu nehmen. Hinter dieser Initiative steckt der Gedanke, daß sich die Dezernatsmitarbeiter nicht nur der Probleme und Wünsche der WienerInnen annehmen, sondern sehr wohl im Bedarfsfall selbstverständlich auch den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung zur Verfügung stehen.
Im Rahmen der Ausstellung „Vom Beschwerdebriefkasten zum Internet-Anschluß" in „Grete´s Gang Galerie" bei Frau Vizebürgermeisterin Laska im Rathaus waren wir mit einer eigenen Präsentation über unser Dezernat erfolgreich vertreten. Hierbei wurde auch dem Besucher die Möglichkeit geboten, mittels direkter Telefonschaltung den „Sofortmaßnahmen" seine Mitteilung, seinen Hinweis, Wunsch oder seine Anregung bekanntzugeben.
Auf der „Sofortmaßnahmen-Hotline", Tel. 4000-75222, die zur Kontaktaufnahme auch außerhalb der Dienstzeiten vorgesehen ist, sind rund 300 Anrufe mit diesbezüglichen Hinweisen, Beschwerden, Anregungen usw. eingelangt. Die Beschwerdeführer wurden bei Beginn der regulären Dienstzeit von den Mitarbeitern des Dezernates zurückgerufen, und es wurde sich ihrer Wünsche angenommen.

## Medienbereich:

In der regelmäßig erscheinenden und an alle Wiener Haushalte versendeten Informationszeitung der MA 53, „Unser Wien", wurde in der eigenen Kolumne des Dezernates für Sofortmaßnahmen mit dem Titel „So hat mir die Stadt geholfen" über spektakuläre Fälle berichtet. Berichte über Einsätze bzw. Aktionen wurden u.a. auch über die Rathauskorrespondenz des Pressedienstes der Stadt Wien ausgesendet.

In nachfolgenden Medien wurde über die Aktivitäten teilweise intensiv berichtet, aber auch informiert:

Elektronische Medien:

- ORF 1 - Schiejok täglich
- ORF 2 - Schiejok Konflikte
- ORF 2 - Wien heute
- W 1 - Wien total
- ORF Radio Ö 3 - „Help"
- ORF Radio Wien - Aktuelle Berichterstattung
- ORF Radio Wien - „Alles was Recht ist"

Printmedien:

- Kurier - Aktuelle Berichterstattung
- Kurier - Ombudsman-Redaktion
- Kronen Zeitung - Aktuelle Berichterstattung
- Kronen Zeitung - Ombudsman-Redaktion
- Die Presse - Aktuelle Berichterstattung
- Der Standard - Aktuelle Berichterstattung
- Täglich Alles - Aktuelle Berichterstattung
- Wochenmagazin News - Aktuelle Berichterstattung

## Diverse Aktionen, Innovationen, Neuerungen:

Die bereits 1996 ins Leben gerufene Aktion „Rathausmänner unterwegs" fand bei allen Betroffenen und speziell im Medienbereich großen Anklang. Es ist gelungen, eine nahezu lückenlose Berichterstattung über diese Initiative wiederzugeben.
Via Internet-Anschluß gelangten auch im Jahre 1997 Meldungen im elektronischen Wege an das Dezernat.
Im Jahre 1997 wurde eine Innovation realisiert, die für den technischen Ablauf von Einsätzen äußerst wichtig und effektiv ist. So wurde in Zusammenarbeit mit der MA 14-ADV und der MA 23 eine Möglichkeit geschaffen, mittels GSM-Mobiltelefon und Laptop-Computer Daten von jedem Einsatzort aus - unter Berücksichtigung gewisser Spielregeln - abzufragen. Bei Großeinsätzen ist es ab nun jederzeit möglich, quasi vor Ort einen „On-Line-Computer" zu haben, der die Ausnützung sämtlicher Ressourcen analog der Büroarbeit ermöglicht.

Seitens des Dezernates für Sofortmaßnahmen wurden auch nach umfangreicher Prüfung und in Zusammenarbeit mit der MA 14-ADV sogenannte „Digitale Fotokameras" angeschafft, welche die Dokumentation bei den verschiedensten Einsätzen wesentlich erleichtern soll. Es ist mit dieser Kamera möglich, Fotos direkt auf Diskette abzuspeichern und dieses Datenmaterial dann sofort auf den Computer zur direkten Weiterver- bzw. -bearbeitung zu bringen. Diese Innovation stellt einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung „elektronischen Akt" dar.
Zusammenfassend ist zu erwähnen, daß das abgelaufene Jahr 1997 im Zeichen von verstärkten Aktivitäten im Bereich des Bürgerdienstes sowie des persönlichen Kontaktes mit den einschreitenden Bürgern gestanden ist. Es ist aber auch zu einer großen kommunikativen und medialen Leistung des Dezernates sowohl mit den handelnden Beamten, sowie den Politikern im Sinne einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit gekommen.

## 2.5. Dienstkraftwagenbetrieb:

Der Dienstkraftwagenbetrieb (DKB) ist in organisatorischer Hinsicht der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen zugeteilt. Mit Stichtag 31. Dezember 1997 waren insgesamt 75 Mitarbeiter beschäftigt.
Die Aufgabe des Dienstkraftwagenbetriebes (DKB) ist es, im Bereich des Magistrates jenen Dienststellen Dienstkraftwagen mit Lenkern zur Beförderung von Personen zur Verfügung zu stellen, die keine eigenen Kraftfahrzeuge betreiben, über kein eigenes Lenkerpersonal verfügen, Fahrtleistungen nur fallweise in Anspruch nehmen oder wo wegen der Art der Fahrtleistung eine Fahrzeugbeistellung durch den Dienstkraftwagenbetrieb geboten erscheint.
Neben der Beistellung von Dienstkraftwagen für die Mitglieder der Stadtregierung (Bürgermeister, VizebürgermeisterIn, LandtagspräsidentenIn, StadträtenInnen, Magistratsdirektor, BezirksvorsteherInnen, Kontrollamtsdirektor, Stadtschulratspräsident) und für alle städtischen Dienststellen wurden 1997 auch 1.307 Diensttaxis beauftragt und abgerechnet. Da im Bereich des Magistrates auch Fahrten außerhalb Wiens anfallen, verbuchte der Dienstkraftwagenbetrieb 1997 auch unzählige Fahrten außerhalb Österreichs. Hier können besonders die Transportfahrten nach Tschechien, Ungarn, Deutschland und Italien, die Hilfstransportfahrten nach Bosnien sowie der Trinkwasserversorgungseinsatz in Tschechien genannt werden. Der aus diesen Leistungen erwirtschaftete Betrag betrug 1997 38,530.000 S.
Neben der Verrechnung und Personalführung von 57 Kraftwagenlenkern und 18 Werkstättenmitarbeitern werden vom Dienstkraftwagenbetrieb noch Budgetmittel mit Personalkosten in der Höhe von 38,5 Millionen Schilling für den eigenen Bereich verwaltet. Diese Mittel beinhalten die Beschaffung von Ersatzmaterialien und Reparaturarbeiten für die Betreuung von 129 Fahrzeugen des eigenen Bereiches und 74 Fahrzeuge der MA 15, 23, 29, 45, 49, 59, der Gewerkschaft und des Städtebundes sowie die Anschaffung von Ersatzfahrzeugen und von Betriebseinrichtungen des Dienstkraftwagenbetriebes. Der Pannendienst des Dienstkraftwagenbetriebes verzeichnete 93 Hilfsfahrten für Personen- und Kombinationskraftwagen von den verschiedenen Dienststellen des Magistrates. Gleichzeitig werden vom Dienstkraftwagenbetrieb 63 Dienstfahrräder, welche bei den Dienststellen des Magistrates eingesetzt sind, betreut. Dies beinhaltet neben der Anschaffung und Reparatur auch die laufenden Überprüfungen auf Verkehrssicherheit.
Seit 1991 veranstaltet der Dienstkraftwagenbetrieb Fahrtechnik-Sicherheitslehrgänge für dessen Mitarbeiter. In diesen Kursen werden die Lenker auf die verschiedenartigsten Situtationen des täglichen Straßenverkehrs trainiert bzw. geschult. Auch werden ihnen alle Veränderungen der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrgesetzes bekanntgegeben.
Da Dienstkraftfahrzeuge, welche als Kombinationskraftwagen zugelassen sind, von der Entrichtung der Kurzparkgebühr ausgenommen sind, stellt der Dienstkraftwagenbetrieb für all diese Dienstwagen der Stadt Wien Kurzparkzonen-Befreiungsschilder aus.
Auch können für Privatfahrzeuge von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Stadt Wien, welche im Außendienst tätig sind und Kilometergeld, eine Außendienstzulage bzw. eine Fahrtkostenpauschale auf Grund ihrer Tätigkeit beziehen, Hinweisschilder von deren Dienststelle angefordert werden (1997: 393 Stück). Diese Tafeln befreien die Fahrzeuge nicht von der Entrichtung der Kurzparkzonengebühren, sondern sollen den Mitarbeitern/innen lediglich bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten behilflich sein. Für das „Mobile Hauskrankenpflegepersonal" wurden 22 Tafeln ausgestellt, die diese MitarbeiterInnen ermächtigen, ihr privates Fahrzeug während der Ausübung ihres Dienstes auch in Halteverbotszonen, wenn keine andere Möglichkeit des Parkens vorhanden ist, abzustellen. Hierbei darf es aber zu keiner Behinderung des fließenden Verkehrs kommen.
Auch die alljährliche Erstellung des vom Gemeinderat zu beschließenden Systemisierungsplanes der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien, die Fortschreibung dieses Systemisierungsplanes im Laufe des Jahres sowie die Genehmigung zur Anschaffung neuer Personen- und Kombinationskraftwagen der städtischen Dienststellen obliegen dem Dienstkraftwagenbetieb.

## 2.6. Projektkoordination Euro:

Zur Koordinierung der von den städtischen Dienststellen im Zusammenhang mit der Einführung des Euro wahrzunehmenden Aufgaben wurde mit Erlaß des Herrn Magistratsdirektors vom 11. März 1997, MD-557-1/97, in der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen eine Projektkoordination eingerichtet. Diese hat insbesondere dafür zu sorgen, daß die Wiener Stadtverwaltung zu den vorgesehenen Zeitpunkten ( 1.1.1999 - Einführung des Euro als Buchgeld; 1.1.2002 - Einführung des Euro als Bargeld) alle Anforderungen für die Verwendung des Euro erfüllt.
Die erforderlichen Umstellungsarbeiten haben grundsätzlich von jeder Dienststelle für ihren Aufgabenbereich eigenverantwortlich zu erfolgen. Der Projektkoordination Euro obliegt lediglich die Lösung dienststellenübergreifender Probleme bzw. die grundsätzliche Koordinierungstätigkeit.

Zur Tätigkeit der einzelnen Arbeitsgruppen ist insbesondere folgendes zu erwähnen:

Arbeitsgruppe Legistik:

Für die Gestaltung der im Rahmen der Währungsumstellung zu ändernden Rechtsvorschriften wurden Richtlinien für die Fachdienststellen ausgearbeitet. Nach diesen Richtlinien sind Änderungen bestehender Normen zu Lasten der Rechtsunterworfenen aus Anlaß der Währungsumstellung nicht zulässig. Insbesondere darf es zu keinen Erhöhungen bei Steuern, Abgaben und Strafen kommen. Die Beurteilung der Frage, ob Änderungen in Form von Sammelgesetzen oder Einzelgesetzen erfolgen sollen, ist nach den Grundsätzen der Einfachheit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit von der jeweiligen Fachdienststelle zu beurteilen. Alle legistischen Maßnahmen sind so rechtzeitig abzuschließen, daß die Kundmachung des betreffenden Rechtsaktes noch vor dem 1. Jänner 2001 erfolgt.

Arbeitsgruppe Verwaltung:

In einem strukturierten Fragebogen wurden von allen Dienststellen des Magistrats die von der Einführung des Euro betroffenen Verwaltungsvorgänge und Prozeßschritte bekanntgegeben. Im Rahmen dieser magistratsinternen Umfrage konnten rund 1.700 Geschäftsfälle erfaßt werden, und es wurde festgestellt, daß die als Betriebe im Sinne der Wiener Stadtverfassung geführten Dienststellen sowie generell alle Dienststellen im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung von der Währungsumstellung am meisten betroffen sind. Die Ergebnisse der Analyse aller öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Handlungen der Stadt Wien wurden im Dezember 1997 in einem Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Verwaltung dargelegt.

Arbeitsgruppe Budget und Haushaltswesen:

Für die Bereiche Abgabenverwaltung, Buchführung, Kassenwesen und Erstellung des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses wurden die für die Währungsumstellung erforderlichen Prozeßschritte erfaßt und Lösungsvorschläge erarbeitet. Auf Grund des Wegfalles der Bankrate ab 1. Jänner 1999 wird bei neu abzuschließenden Verträgen an Stelle des Diskontsatzes der Österreichischen Nationalbank ein von der Bundesregierung mit Verordnung festgelegter Zinssatz treten.

Arbeitsgruppe Datenverarbeitung:

Von dieser Arbeitsgruppe wurden die notwendigen Vorkehrungen getroffen, damit noch im Laufe des Jahres 1998 Aufträge der Dienststellen für die nötigen Vorkehrungen im EDV-Bereich in Angriff genommen werden können. Dafür wurden allgemeine Richtlinien entwickelt, deren Einhaltung die Funktionalität der ab 1. Jänner 2002 in Euro zu führenden Verarbeitungen gewährleisten.

Arbeitsgruppe Ausbildung und Information:

Im Rahmen von Ausbildungsveranstaltungen wurden die Dienststellenleiter und die Euro-Referenten der Dienststellen über die wichtigsten Aspekte im Zusammenhang mit der Einführung des Euro informiert.

## 2.7. Beratende EDV-Kommission:

Die Beratende EDV-Kommission, deren Vorsitz mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1997 der Referatsleiter der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen übernommen hat, hat sich mit allen Fragen der automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrats zu befassen und hiebei insbesondere die Zweckmäßigkeit, Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit von Vorhaben zu prüfen, Prioritäten und zeitliche Abläufe festzulegen und die Durchführung der genehmigten Projekte zu verfolgen. Ziel ihrer Tätigkeit ist es, dem Magistratsdirektor Grundlagen für Entscheidungen auf diesem Gebiet zu geben. Die seit 1972 bestehende Kommission hat im Berichtsjahr insgesamt neunmal getagt und in den letzten beiden Sitzungen auch das 1979 entwickelte mittelfristige EDV-Konzept aktualisiert und in neuer Form um ein weiteres Jahr fortgeschrieben. Aufgaben und Aktivitäten der im Jahre 1988 eingerichteten Unterkommission sind im Beitrag der MD-EDV- und Informationsmanagement erläutert.

## Magistratsdirektion - Personaldirektion (MD-PD)

Die MD-Personaldirektion hatte am 31. Dezember 1997 die Dienstaufsicht über 266 Rechtskundige BeamtInnen, 226 BeamtInnen des höheren Verwaltungsdienstes, 9 BeamtInnen des höheren Archivdienstes, 16 BeamtInnen des höheren Bibliotheksdienstes, 17 BeamtInnen des höheren Dienstes in den Museen, 567 BeamtInnen des höheren technischen Dienstes, 18 BeamtInnen des höheren Forstdienstes, 46 PsychologInnen der MA 11 und MA 12, 2 ÄrztInnen, 1 Tierarzt, 2.463 FachbeamtInnen des Verwaltungsdienstes, 870 FachbeamtInnen des technischen Dienstes, 228 FachbeamtInnen des Büchereidienstes und BüchereibeamtInnen, 665 SozialpädagogInnen, 4 ErzieherInnen in Verwendungsgruppe D, 710 SozialarbeiterInnen, 229 BeamtInnen der elektronischen Datenverarbeitung, 3.798 KanzleibeamtInnen, 1.563 BetriebsbeamtInnen, BeamtInnen des technischen Dienstes, WerkmeisterInnen, 673 AmtsgehilfInnen, 8.132 Sondervertragsbedienstete (RedakteurInnen), HausinspektorInnen, Krankenschwestern (MA 47), AufseherInnen, KraftwagenlenkerInnen, FacharbeiterInnen, ArbeiterInnen, Hilfskräfte, Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr und für die Kurzparkzonen usw., insgesamt über 20.503 Bedienstete.

Im Jahr 1997 wurden beim rechtskundigen Dienst 177 BewerberInnen einer Eignungsfeststellung unterzogen, wovon auf Grund des Bedarfes 15 Aufnahmen erfolgten. 11 Bedienstete wurden in den höheren Verwaltungsdienst aufgenommen.

Für den höheren technischen Dienst gingen 220 Bewerbungen, für die Verwendung als Fachbedienstete des technischen Dienstes 222 Bewerbungen, für die Verwendung als Bedienstete des technischen Dienstes 43 Bewerbungen und für die Verwendung als WerkmeisterInnen 52 Bewerbungen ein. Mit 86 BewerberInnen für den höheren technischen Dienst, 91 BewerberInnen für die Verwendung als Fachbedienstete des technischen Dienstes und 35 BewerberInnen für die Verwendung als Bedienstete des technischen Dienstes bzw. als WerkmeisterInnen wurden kommissionelle Einstellgespräche geführt.

8 BewerberInnen für den höheren technischen Dienst, 10 BewerberInnen als Fachbedienstete des technischen Dienstes und 2 BewerberInnen zur Verwendung als WerkmeisterInnen wurden für eine Aufnahme vorgeschlagen.

Wegen der großen Zahl von MaturantInnen und StudienabsolventInnen mit wenig nachgefragten Studienrichtungen bestand auch 1997 ein großes Interesse an einer Aufnahme in den Fachverwaltungsdienst bei der Stadt Wien (363 Bewerbungen), so daß nur ein Teil der Bewerbungsansuchen berücksichtigt werden konnte. Die Auswahl erfolgte auf Grund psychologischer Eignungstests, zu denen im abgelaufenen Jahr 114 BewerberInnen eingeladen worden sind, und nach eingehenden Eignungsgesprächen sowohl in der Dienstaufsicht als auch in jenen Dienststellen, für die die TestantInnen Interesse zeigten und Dienstpostenvakanzen gegeben waren.

Dabei wurden, um ein gleichmäßiges Mindestqualifikationsniveau zu gewährleisten, auch jene AspirantInnen durch die MD-Personaldirektion getestet, die sich für eine Aufnahme in den Krankenanstaltenverbund beworben hatten und über die nach einer Aufnahme vom Krankenanstaltenverbund die Dienstaufsicht wahrgenommen wird.

Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr 47 FachbeamtInnen des Verwaltungsdienstes aufgenommen.

Zur Abdeckung des Gesamtbedarfes an Kanzleibediensteten wurden 80 ausgelernte Bürokaufmanns(frau)lehrlinge in den Kanzleidienst übernommen.

Aus Einsparungsgründen wurden im abgelaufenen Jahr die Anträge für die Ausstellung und Verlängerung von Parkvignetten in den MBÄ 1/8, 4/5, 6/7 und 9 mit vorhandenem Personal bearbeitet und dafür keine Aushilfsbediensteten für Büroarbeiten eingestellt. Um aber einer kleinen Zahl von SchülerInnen und StudentInnen Gelegenheit zu geben, berufliche Erfahrungen zu gewinnen und zusätzliche Kenntnisse zu erwerben, wurden insgesamt 110 Aushilfsbedienstete für Büroarbeiten bzw. FerialpraktikantInnen für Ferialtätigkeiten in diversen Dienststellen in den Ferienmonaten Juli oder August 1997 aufgenommen. Außerdem wurden vornehmlich für Aufsichtsdienste 42 SaisonhilfsarbeiterInnen für die Museen der Stadt Wien in den Sommermonaten 1997 beschäftigt. Die danach durchgeführte schriftliche Befragung erbrachte recht positive Ergebnisse. In den erhaltenen Antwortbriefen gaben die Aushilfsbediensteten für Büroarbeiten bzw. FerialpraktikantInnen an, daß sie bei ihrer Ferialtätigkeit die Wiener Stadtverwaltung kompetent und engagiert erlebt hätten.

Sie fühlten sich sinnvoll eingesetzt, bezeichneten ihre Arbeit als nützlich und meinten, die erworbenen Kenntnisse auch später anwenden zu können.

Die seit Jahren bestehenden Anstrengungen, behinderten Menschen bei der Stadt Wien einen Arbeitsplatz zu bieten, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

41 begünstigte Behinderte konnten nach Feststellung ihrer individuellen Einsatzmöglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie ihrer beruflichen Qualifikation einerseits und Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten im Einvernehmen mit den Dienststellen andererseits im Rahmen der Sonderaktion für Behinderte aufgenommen werden. Seit Bestehen dieser Sonderaktion wurden bisher 1.020 begünstigte Personen eingestellt. Ende 1997 waren 644 Behinderte in dieser Aktion beschäftigt.

Im Jahr 1997 wurden bei 2.701 MitarbeiterInnen der Stadt Wien (ausgenommen Krankenanstaltenverbund) Krankenkontrollen durchgeführt.

Aktivitäten, die im Hinblick auf die dem Leiter der MD-Personaldirektion in seiner Eigenschaft als Bereichsdirektor für Personal und Revision obliegenden Aufgaben wahrgenommen wurden:

Mit der Reform der MitarbeiterInnenbeurteilung sowie der Einführung des MitarbeiterInnenorientierungsgespräches wurde ein Schritt in Richtung Verwaltungsreform gesetzt.

Das von den VertreterInnen der Magistratsdirektion, LeiterInnen und Personalverantwortlichen einiger Dienststellen sowie VertreterInnen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten unter Einbeziehung der Gleichbehandlungsbeauftragten im Rahmen einer Projektarbeit bearbeitete Gesamtkonzept wird seit Herbst 1997 in einer Pilotierungsphase in folgenden sechs Dienststellen erprobt:

- MBA 2
- MA 11 (Kindertagesheime: 12, Haebergasse, 11, Rinnböckstraße, 22, Hardeggasse)
- MA 35, Gruppe A
- MA 48, Deponie Rautenweg, Kompostwerk Lobau und Schafflerhof
- MA 68, Hauptfeuerwache Hernals
- Krankenanstalt Rudolfstiftung, 2. Chirurgische Abteilung

Die Pilotversuche werden von einer privaten Personalberatungsfirma beratend unterstützt. Nach einem Jahr der Erprobung und Sammlung von Erfahrungen ist an eine schrittweise, flächendeckende Einführung beim Magistrat gedacht.

Als eine weitere Maßnahme zur Erhöhung der Flexibilität und Mobilität im Magistrat der Stadt Wien wurde ab September 1997 die für die Bekanntmachung höherwertiger Dienstposten bereits seit einem Jahr in Verwendung stehende „Job-Börse" wesentlich erweitert.

Es besteht nun für Dienststellenleiter/innen die Möglichkeit, die „Job-Börse" auch zur Mitarbeiter/innenrekrutierung für nicht höher bewertete Dienstposten in Anspruch zu nehmen. Damit konnte nicht nur der Kreis geeigneter Bewerber/innen ausgedehnt werden, sondern wurde den Dienststellenleiter/innen eine weitere Möglichkeit eigenverantwortlicher Personalgestionierung eingeräumt.

Ebenfalls ab September 1997 wurde auch den Mitarbeiter/innen des Magistrats der Stadt Wien die Möglichkeit eröffnet, im Falle eines Veränderungswunsches diesen unter Angabe der Qualifikation und des gesuchten Verwendungsbereiches in der „Job-Börse" zu inserieren, um damit einen anderen ihren Fähigkeiten, Kenntnissen und Neigungen bzw. ihren familiären Bedürfnissen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

Im Rahmen der Führungskräftenachwuchsausbildung wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein „Passerelle" für zwei Bedienstete des höheren technischen Dienstes erstmals die Möglichkeit geschaffen, jeweils einige Monate in großen Privatunternehmen mitarbeiten zu können, um damit vor allem betriebswirtschaftliche Problemlösungsmethoden kennenzulernen.

Im Berichtsjahr wurden über die Projektleitstelle für Personaltransferierungen im Zusammenhang mit Strukturänderungen die entsprechenden Personalmaßnahmen bei der Schließung des Schlachtbetriebes der MA 60 in St. Marx und bei der Auflösung der MD-BD, Gruppe U-Bahn-Bau, koordiniert.

Bei der MA 60 waren 214 MitarbeiterInnen betroffen. Davon waren im Rahmen eines Sozialplanes 27 Bedienstete für die Ruhestandsversetzung und 17 Bedienstete für eine einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses vorgesehen. 56 MitarbeiterInnen verblieben in anderen Bereichen der MA 60. Bei 13 Bediensteten wurde das Dienstverhältnis aus verschiedenen Gründen aufgelöst. 101 MitarbeiterInnen wurden in andere Bereiche des Magistrates versetzt. Davon konnten 16 Bedienstete auf freie Dienstposten untergebracht werden. 4 MitarbeiterInnen wurden unter gleichzeitiger Transferierung des Dienstpostens und 81 Bedienstete in die Personalausgleichsstelle unter Zuteilung zu einer Dienststelle versetzt.

Bei der MD-BD, Gruppe U-Bahn-Bau, waren 82 MitarbeiterInnen betroffen. Davon waren im Rahmen eines Sozialplanes 13 MitarbeiterInnen für die Ruhestandsversetzung vorgesehen. 48 Bedienstete wurden zu den WStW-Wiener Linien und 10 MitarbeiterInnen in andere Bereiche des Magistrates versetzt. 10 Bedienstete wurden zur Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H. (BVG) bzw. zur Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG (HL-AG) abgeordnet. 1 Mitarbeiter befand sich im Karenzurlaub.

## Magistratsdirektion - Verwaltungsakademie (MD-VA)

Im Zuge einer Lehrstellenoffensive der Stadt Wien zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurden 1997 insgesamt 266 Jugendliche aufgenommen.

Mit Stichtag 31. Dezember 1997 standen insgesamt 598 Lehrlinge in einem Lehrverhältnis zum Magistrat der Stadt Wien (ohne Wiener Stadtwerke), und zwar 409 Bürokaufmanns-/Bürokauffraulehrlinge, 45 Bautechnische ZeichnerInnenlehrlinge, 13 KFZ-Mechanikerlehrlinge, 7 Betriebsschlosserlehrlinge, 80 GärtnerInnenlehrlinge, 22 Friedhofs- und ZiergärtnerInnenlehrlinge, 10 Steinmetzlehrlinge, 3 ChemielaborantInnenlehrlinge, 5 Gas- und Was-

serleitungsinstallateur- und Zentralheizungsbauerlehrlinge, 3 TischlerInnenlehrlinge, 1 Elektroinstallateurlehrling.

1997 beendeten 120 Bürokaufmanns-/Bürokauffraulehrlinge, 15 Bautechnische ZeichnerInnenlehrlinge, 5 KFZ-Mechanikerlehrlinge, 4 Betriebsschlosserlehrlinge, 16 GärtnerInnenlehrlinge, 3 Friedhofs- und ZiergärtnerInnenlehrlinge und 3 Steinmetzlehrlinge die Lehre. 27 Lehrlinge konnten die Lehrzeit mit ausgezeichnetem und 42 mit sehr gutem Gesamterfolg abschließen.

Im Rahmen der Jugendbetreuung wurden insgesamt 282 Veranstaltungen mit 4.127 TeilnehmerInnen durchgeführt. Der zu betreuende Personenkreis umfaßte Lehrlinge aller drei Lehrjahre, Kanzlei-, Verwaltungs- und Büchereibedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen der Geburtsjahrgänge 1977 bis 1980 sowie KrankenpflegeschülerInnen der Stadt Wien.

An den 1.331 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie haben rund 14.500 MitarbeiterInnen teilgenommen.

In den Einschulungsseminaren wurden 162 neueingetretene MitarbeiterInnen der Verwendungsgruppen A bis D grundsätzlich über die Stadt Wien informiert, um ihren Berufseinstieg zu unterstützen.

Im Jahr 1997 wurde ein Dienstprüfungskurs für den rechtskundigen Dienst, an dem 26 MitarbeiterInnen teilgenommen haben, abgeschlossen. Zu den Dienstprüfungen für den rechtskundigen Dienst sind 37 MitarbeiterInnen angetreten.

Der Dienstprüfungskurs für Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes, an dem 22 AkademikerInnen verschiedener Studienrichtungen teilgenommen haben, wurde im Februar 1997 abgeschlossen. Zur Dienstprüfung sind 21 MitarbeiterInnen angetreten.

Für MitarbeiterInnen des Fachverwaltungsdienstes und des Kanzleidienstes wurden insgesamt 21 Vorbereitungskurse zu den Dienstprüfungen begonnen, an denen 126 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 252 Kanzleibedienstete teilgenommen haben. Abgeschlossen wurden 24 Vorbereitungskurse, bei den anschließenden Dienstprüfungen sind 179 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 306 Kanzleibedienstete angetreten.

Die im Jahr 1996 aufgenommenen Arbeiten an einer Reform der Grundausbildung für die technischen Bediensteten konnten im Herbst 1997 zum Abschluß gebracht werden. Die Inhalte der Vorbereitungskurse und Dienstprüfungen für den höheren technischen Dienst, technischen Fachdienst und technischen Dienst wurden auf jene Sach- und Rechtsbereiche reduziert, die von dienststellenübergreifender Bedeutung sind. An neuen Inhalten wurden relevante EU-Bestimmungen und die Grundsätze der Betriebswirtschaftslehre aufgenommen.

Im Jahr 1997 wurden sieben Vorbereitungskurse abgeschlossen, an denen 41 Bedienstete des höheren technischen Dienstes, 55 Bedienstete des technischen Fachdienstes und 81 Bedienstete des technischen Dienstes teilgenommen haben.

Den MitarbeiterInnen wird von der Verwaltungsakademie auch die Möglichkeit geboten, Weiterbildungsveranstaltungen anderer Bildungseinrichtungen zu besuchen, wenn derartige Veranstaltungen im Programm der Verwaltungsakademie nicht vorgesehen sind. Hiefür wurden im Jahr 1997 für die Teilnahme von 616 MitarbeiterInnen Kostenbeiträge in der Höhe von rund 2,690.000 S gewährt.

Im Rahmen der berufsbegleitenden Weiterbildung wurde gemeinsam mit den Fachdienststellen eine Vielzahl von Vorträgen, Workshops und Seminaren durchgeführt, wobei ein besonderer Schwerpunkt bei der Weiterbildung von Führungskräften gesetzt wurde. Um den Reformprozeß innerhalb der Wiener Stadtverwaltung zu unterstützen, wurde im Frühjahr 1997 mit einem achtteiligen Managementlehrgang für DienststellenleiterInnen begonnen, der für die Arbeitspraxis wichtige Bereiche des Personalmanagements und der Betriebswirtschaftslehre behandelt.

Im Berichtsjahr wurden 19 Skripten auf Grund von Änderungen diverser Rechtsmaterien neu aufgelegt sowie neun Skripten erstmalig herausgegeben. Damit stehen den MitarbeiterInnen derzeit 143 verschiedene Skripten zur Verfügung. Im Zuge der Reform der Grundausbildung für TechnikerInnen wurden außerdem 20 Skripten überarbeitet bzw. erstmalig aufgelegt, wobei besonders auf die Straffung der Lehrinhalte, bessere didaktische Aufbereitung des Stoffes sowie auf die vernetzte Darstellung der Sach- und Rechtsgebiete Wert gelegt wurde. Rund 5.000 Skripten wurden als Lernbehelf im Rahmen der Dienstprüfungskurse ausgegeben, für die sonstigen Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen wurden den MitarbeiterInnen rund 6.000 Exemplare kostenlos zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden rund 10.000 Skripten über Anforderung der Dienststellen ausgegeben.

Im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts wurden insgesamt 32 Sprachtrainings veranstaltet, an denen 200 MitarbeiterInnen teilgenommen haben. Neu im Sprachkursangebot sind Deutschkurse für MitarbeiterInnen mit ausländischer Muttersprache. Die Kursinhalte richten sich stark nach den Bedürfnissen der MitarbeiterInnen und reichen von der Erlernung des deutschen Alphabets bis zum Verfassen einfacher Texte. Im Hinblick auf Österreichs EU-Präsidentschaft im Jahr 1998 wurde eine Sprachoffensive in Englisch und Französisch gestartet. Zielgruppe sind jene hochrangigen MitarbeiterInnen, die während dieses Zeitraumes Repräsentationspflichten wahrnehmen werden, an Projekten teilnehmen werden, oder die Stadt Wien vor internationalem Publikum präsentieren sollen. Schwerpunkte der Seminare sind daher Konferenzterminologie, EU-spezifische Fachterminologie und „social English".

An den Veranstaltungen der fachlichen Grundausbildung, die für BerufsanfängerInnen und neu versetzte Mitar-

beiterInnen konzipiert ist, haben 230 Bedienstete teilgenommen.

Das Angebot an frauenspezifischen Schulungen bzw. an Themen, die Gleichbehandlungsfragen zum Inhalt hatten, wurde wesentlich ausgedehnt. An neuen Inhalten wurden Seminare zur Laufbahnplanung für Frauen und Schulungen für die Gleichbehandlungsbeauftragten der Stadt Wien veranstaltet.

Im Bereich der EDV-Schulung haben 711 Einzelveranstaltungen mit rund 5.000 TeilnehmerInnen stattgefunden. Die Ausbildungsevidenz der Verwaltungsakademie wurde um zusätzliche Funktionen erweitert. Dieses Datenbanksystem, welches sämtliche Schulungsbereiche der MD-Verwaltungsakademie abdeckt, ermöglicht eine effiziente Administration der durchgeführten Veranstaltungen. Weiters läßt sich daraus die Art der Ausbildung und eine damit verbundene Qualifikation für verschiedene Verwendungsgebiete im Magistratsdienst für die einzelnen MitarbeiterInnen der Stadt Wien ersehen.

Neben der Wiener Rechtsvorschriftensammlung werden seit Herbst 1997 die Entwürfe der Landesgesetze samt Erläuternden Bemerkungen im Internet publiziert.

### Magistratsdirektion - Verwaltungsrevision (MD-VR)

Aufgabe der Magistratsdirektion - Verwaltungsrevision war die Revision des Dienstbetriebes der städtischen Dienststellen in sachlicher, personeller und organisatorischer Hinsicht, wobei insbesondere in zwei Referaten der Magistratsdirektion, fünf magistratischen Bezirksämtern, den Magistratsabteilungen 11, 13, 16, 22, 24, 25, 28, 30, 32, 38, 42, 47, 48, 57, 61, 62, 67, 70, der Generaldirektion und der Automatischen Datenverarbeitung des Krankenanstaltenverbundes, im Allgemeinen Krankenhaus, im Krankenhaus Lainz, im Geriatriezentrum am Wienerwald und im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe Überprüfungen vorgenommen wurden.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung des neuen Referates Internationale Beziehungen der Magistratsdirektion, der Einrichtung der Magistratsabteilung 16, der Eröffnung von zwei Kundendienstzentren der Magistratsabteilung 17 sowie der Schaffung der Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds waren Dienstpostenpläne festzulegen. Ebenso wirkte die Magistratsdirektion - Verwaltungsrevision an den Personalmaßnahmen im Zusammenhang mit der Schließung des Schlachthofes der MA 60 mit. Im Jahr 1997 langten insgesamt 991 Anträge auf Schaffung bzw. Bewertung von Dienstposten in den beiden Revisionsgruppen der Magistratsdirektion - Verwaltungsrevision ein. Die Anzahl der für das Jahr 1998 begehrten zusätzlichen Dienstposten betrug 211. Die Zahl der systemisierten Dienstposten stieg um 163 geringfügig an, die vor allem für neue Kindertagesheime und Schulneubauten geschaffen wurden. Im Gegenzug konnten 126,5 Überstandsführungen in Wegfall gebracht werden.

Somit konnte der Dienstpostenplan weitgehend stabil gehalten werden. Erstmals wurden Vorbereitungen getroffen, mit ausgewählten Dienststellen des Magistrats Zielvereinbarungen über die Stabilisierung der Personalkostenentwicklung zu treffen. Ebenso wurden zahlreiche Statistiken bezüglich Personalaufwand und Budgetdaten erstellt.

Im Dienstpostenplan waren nicht nur Neuaufnahmen, Versetzungen, Abgänge, Namensänderungen und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter vorzumerken, sondern auch die bereits ausgeführten Organisationsänderungen umzusetzen.

Im Zusammenhang mit der Einführung des WIPIS in den MA 2 und 3 war es ein Bestreben, die damit verbundenen Informations- und Übermittlungsmöglichkeiten zu nutzen. So erfolgen seit der zweiten Hälfte des Berichtsjahres - vorerst parallel dazu auch in Schriftform - die Schutzfristmeldungen der MA 3 sowie die Meldungen der Karenzurlaube, Ständigmachungen und Befristungen der MA 2 im WIPIS. Dadurch ist nicht nur ein rascherer Informationsfluß gegeben, sondern insbesondere auch ein sukzessives Kennenlernen und Arbeiten mit diesem System verbunden. Die dadurch gewonnenen Erfahrungen können bei der Erstellung eines Dienstpostenplanes in WIPIS eingebracht werden.

Eine wesentliche Verbesserung stellt die mit Beginn des Jahres 1997 eingeführte monatliche Abbildung der Dienstpostendaten in Form einer Access-Datenbank dar. An Hand dieser Datenbanken können individuelle Auswertungen durchgeführt werden, ein Informations- und Controllinginstrument, das in zunehmendem Ausmaß zur Anwendung gelangt. Ebenfalls basierend auf diesen Datenbanken erfolgte die Erstellung des Dienstpostenplanbuches bzw. des Verzeichnisses über den Dienstpostenplan für den Voranschlag 1998 automationsunterstützt. Im Referat „Überstunden und EDV-Unterstützung" waren im Jahr 1997 insgesamt 6.787 Anträge auf Zuerkennung von einzelverrechneten bzw. monatlich pauschalierten Mehrdienstleistungsvergütungen zu entscheiden. Erstmals wurden den nicht betriebsmäßig budgetierten Dienststellen ein betragsmäßiger Rahmen für den Verbrauch an Mehrleistungsvergütungen vorgegeben, laufend mittels EDV-Auswertungen kontrolliert und den einzelnen Dienststellen monatliche Controllinginformationen der Inanspruchnahme der zugeteilten Budgets zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme stellte einen wesentlichen Beitrag zu der im Jahr 1997 im Hoheitsbereich erzielten Budgetunterschreitung dar.

Zu Beginn des Berichtsjahres wurden die den Dienststellen des Hoheitsbereiches zuerkannten Kilometergelder statistisch erfaßt und die dafür erforderlichen Budgetmittel den Dienststellen - analog zur Vorgangsweise bei den Mehrdienstleistungen - in Form von Kontingenten zugeteilt. In der Folge wurden die Dienststellen quartalsmäßig über die von ihnen bereits verbrauchten Budgetmittel informiert. Auch in diesem Bereich konnte der veranschlagte Budgetbetrag unterschritten werden, obwohl eine Erhöhung des Kilometergeldes mit 1. Juni 1997 beschlossen wurde. Darü-

ber hinaus waren im Berichtsjahr 441 Anträge auf Zuerkennung oder Erhöhung von Kilometergeld auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen. Ferner mußten die Jahresabrechnungen 1996 der 1.690 Kilometergeldbezieher überprüft und bei Übergenüssen der Einhalt durch die MA 3 verfügt werden. Außerdem waren 238 Anträge auf Zuerkennung von Außendienstzulagen, 82 Anträge auf Zuerkennung von Telefonpauschalvergütungen sowie 1.390 Sonderzulagenanträge zu überprüfen und einer Erledigung zuzuführen.

Von 2.222 eingebrachten Anträgen für einzeln genehmigte Dienstreisen wurden 2.121 Dienstreisen genehmigt. 5.486 Anträge für Sonderurlaube mit Bezügen wurden geprüft und davon 5.146 positiv erledigt. Auch in diesem Bereich erfolgt die Bearbeitung der Anträge über WIPIS, womit eine erhebliche Verkürzung des Aktenlaufes verbunden ist.

Im Jahr 1997 erfolgte die Personalsicherstellung für zwei Volksbegehren. Für das Volksbegehren „Gentechnik / Frauen" in der Zeit vom 7. bis 14. April wurden 435 freiwillige MitarbeiterInnen und für das Volksbegehren „Schilling / atomfreies Österreich" in der Zeit vom 24. November bis 1. Dezember 421 MitarbeiterInnen den magistratischen Bezirksämtern zur Verfügung gestellt. Für die regelmäßigen agrarstatistischen Erhebungen wurden 18 Zählorgane zugeteilt.

Im Berichtszeitraum brachte die Volksanwaltschaft dem Landeshauptmann bzw. dem Bürgermeister 232 Beschwerden zur Kenntnis. Die Magistratsdirektion - Verwaltungsrevision überprüfte diese Beschwerden und stellte der Volksanwaltschaft Berichte zur Verfügung. In den meisten Fällen konnten die Beschwerden mit der Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. Lediglich in wenigen Fällen kam der Beschwerde Berechtigung zu, Mißstandsfeststellungen wurden seitens der Volksanwaltschaft nicht getroffen.

Weiters wurden insgesamt 77 Dienstaufsichtsbeschwerden bearbeitet. In der Mehrzahl der Fälle wurde von der Bevölkerung ein unsachliches oder schwerfälliges Vorgehen einzelner Bediensteter bzw. einer Dienststelle kritisiert. Durch umgehende Erhebungen konnte der Sachverhalt jeweils rasch eruiert werden. Es konnten kleine Unzukömmlichkeiten unmittelbar abgestellt sowie Mißverständnisse aufgeklärt werden. In wenigen Fällen war es jedoch erforderlich, koordinierende Maßnahmen zwischen Dienststelle und Beschwerdeführer zu setzen, um den Einschreiter schnell und möglichst unbürokratisch zu seinem Recht zu verhelfen.

Die Angelegenheiten des Arbeitnehmer- und Bedienstetenschutzes wurden im Rahmen der Bereichsleitung für Personalmanagement und Revision wahrgenommen. Der Entwurf für ein neues Wiener Bedienstetenschutzgesetz konnte nach Klärung noch offener Punkte Ende 1997 dem externen Begutachtungsverfahren zugeführt werden. Die initiierte und im letzten Bericht erwähnte Prüfung, welche Magistratsdienststellen als Betriebe im Sinne des ArbeiternehmerInnenschutzgesetzes zu betrachten sind und in dessen Geltungsbereich fallen, wurde im Rahmen von zwei Arbeitsgruppen, in der auch die Bereichsleitung für Personalmanagement und Revision vertreten war, vorgenommen und konnte zum größten Teil abgeschlossen werden. Im Jahre 1997 war die Bestellung von über 200 Sicherheitsvertrauenspersonen nach dem derzeit noch gültigen Wiener Bedienstetenschutzgesetz aus dem Jahre 1979 fällig. Bis zum Jahresende konnte der größte Teil der Sicherheitsvertrauenspersonen (Ersatzpersonen) bestellt werden. Als Vorarbeit hiezu mußten sämtliche Objekte, in denen Dienststellen im Sinne des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes (Behörden, Ämter und sonstige Verwaltungsstellen) untergebracht sind, erfaßt und die gegenüber der letzten Bestellung erfolgten Änderungen für eine sinnvolle Zuordnung des Aufgabenbereiches der einzelnen Sicherheitsvertrauenspersonen analysiert werden. Neben diesen Materien von grundsätzlicher und längerfristiger Bedeutung wurden auch im Jahre 1997 Einzelfälle im Zusammenhang mit der Vollziehung des ArbeitnehmerInnen- bzw. des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes behandelt.

## Magistratsdirektion - Verwaltungsorganisation (MD-VO)

### 1. Gruppe Organisation

### 1.1 Festlegung der internen Aufgabenverteilung

#### 1.1.1 Geschäftseinteilung

Im Jahr 1997 wurden wieder die gesamten Vorbereitungen zu zwei Änderungen der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien geleistet. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen der Stadt Wien wurden auf Basis von Koordinationsbesprechungen die jeweils abgeänderten Zuständigkeitsbereiche ausgearbeitet und neu definiert.

Weiters wurde die EDV-mäßige Verarbeitung und Aufbereitung der neuen Texte durchgeführt.

Geschäftseinteilungsänderung „Schaffung einer Magistratsabteilung 16 (Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten)" per 1. Juli 1997:

Zur Beschleunigung des Schlichtungsverfahrens wurden die bisher den magistratischen Bezirksämtern zugehörigen dezentralisierten Schlichtungsstellen, die sich im wesentlichen mit der Bearbeitung von Mietrechtsangelegenheiten in Althäusern (Datum der Baubewilligung vor dem 8. Mai 1945) befaßt haben, aus den magistratischen Bezirksämtern herausgelöst und gemeinsam mit der bisher der Magistratsabteilung 50 zugehörenden zentralen Schlichtungsstelle zu der neu eingerichteten Magistratsabteilung 16 im Bereich der Geschäftsgruppe

„Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung" vereinigt.
Die Führung der Geschäftsstelle der Wohnungskommission, die bisher durch die Magistratsabteilung 50 erfolgte, wurde ebenfalls der neuen Magistratsabteilung 16 zugeordnet.
Die Magistratsabteilung 50, aus der die zentrale Schlichtungsstelle ausgegliedert wurde, hat nunmehr die Aufgaben der Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und der Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen wahrzunehmen.
Geschäftseinteilungsänderung „Schließung des Schlachtbetriebes St. Marx der Magistratsabteilung 60 (Veterinäramt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx)" per 1. Jänner 1998 und „Verlegung des Marktbetriebes St. Marx in die Magistratsabteilung 59 (Marktamt)" per 1. Juli 1998 sowie „Einrichtung einer Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds" per 1. Jänner 1998:
Mit dieser Änderung der Geschäftseinteilung wurde die Schließung des Schlachtbetriebes St. Marx der Magistratsabteilung 60 (Veterinäramt, Marktbetrieb St. Marx) umgesetzt, da in einem Gutachten des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums im Oktober 1997 festgestellt worden war, daß die Führung dieses Schlachtbetriebes unter den gegebenen Umständen wirtschaftlich nicht mehr rentabel war.
Aus organisatorischen Gründen und wegen des sachlichen Zusammenhanges mit den übrigen Märkten wurde vom Gemeinderat gleichzeitig beschlossen, die Führung des Marktbetriebes St. Marx ab dem 1. Juli 1998 von der Magistratsabteilung 60 auf die Magistatsabteilung 59 zu übertragen. Die neu strukturierte Magistratsabteilung 60, nunmehr mit der Bezeichnung „Veterinäramt", wird sich ab diesem Zeitpunkt schwerpunktmäßig veterinärrechtlichen Aufgaben widmen.
Die Einrichtung einer eigenen Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds diente der Schaffung einer klaren Struktur im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung, der Beschleunigung der Abläufe in dieser wichtigen Materie sowie der Entflechtung von Verfahrensabläufen. Weiters sollte durch die Schaffung dieser Magistratsabteilung auch der Bedeutung, die diesem Bereich aus politischen und budgetären Gesichtspunkten zukommt, entsprochen werden.
Diese beiden Änderungen der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurden von der MD-Verwaltungsorganisation jeweils zum Anlaß genommen, weitere erforderliche Anpassungen sowie die mit Erlässen des Magistratsdirektors gemäß Art. IV Abs. 2 der Allgemeinen Grundsätze der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien bereits wirksam gewordenen Adaptierungen dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen.

### 1.1.2 Erlässe

Auf Grund organisatorischer Erfordernisse wurden auch im Vorjahr wieder mehrere Erlässe des Herrn Magistratsdirektors vorbereitet, von denen einige beispielhaft angeführt werden:

| | | |
|---|---|---|
| MD-98-1/97 | Spezialerfordernisse der Dienststellen; Beschaffungszuständigkeiten; Neufassung | 5. Februar 1997 |
| MD-392-1/97 | Sprechtafeln für den Parteienverkehr | 13. Februar 1997 |
| MD-346-2/97 | Änderungen der Aufgabenbereiche der Magistratsabteilung 4 und 5; Anpassung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien | 17. März 1997 |
| MD-590-1/97 | Allgemeine Dienstvorschrift für die magistratischen Bezirksämter; Organisationshandbuch; 3. Änderung | 17. März 1997 |
| MD-638-1/97 | Vertragsbedienstete; Einhebung der Krankenscheingebühr für Versicherte der Gebietskrankenkasse; Änderung | 21. März 1997 |
| MD-346-4/97 | Änderung der Haushaltsordnung, der Buchführungsvorschrift und der Inventarvorschrift für den Magistrat der Stadt Wien | 1. April 1997 |

| | | |
|---|---|---|
| MD-638-2/97 | Vertragsbedienstete; Ausstellung von Krankenscheinen; Bezugsanspruch | 6. August 1997 |
| MD-1655-1/97 | Richtlinien für das Strafausmaß 1992; neunter Nachtrag | 14. August 1997 |
| MD-1993-1/97 | Allgemeine Vorschrift für die Ausscheidung von Akten (Skartierungsordnung); Neuregelung | 25. November 1997 |

Referatserlässe der MD-VO

| | | |
|---|---|---|
| MD VO - 145/97 | Inkrafttreten des Universitäts-Studiengesetzes am 1. August 1997; Nennung akademischer Grade im Schriftverkehr | 10. September 1997 |
| MD VO - 180/97 | Impfaktion gegen Grippe (Influenza) | 12. September 1997 |
| MD VO - 237/97 | Gestaltung der Fußnote in Drucksorten | 23. Dezember 1997 |

### 1.1.3 Koordinationsbesprechungen

Zur Klärung und Festlegung magistratsinterner Zuständigkeitsbereiche und zur Lösung organisatorischer Problemstellungen wurden zahlreiche Amtsbesprechungen abgehalten, im Zuge derer unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsdienststellen und außenstehender Institutionen Regelungen bzw. Generelle Dienstanweisungen erarbeitet werden konnten. Davon waren z. B. die folgenden Rechtsbereiche betroffen:

- Über Anregung des Drogenkoordinators wurde eine weitere gemeinsame Aktion von Bundespolizei und Magistrat gegen den verbotenen „Arzneimittelhandel" (Übertretungen des Rezeptpflichtgesetzes) - diesmal im Umfeld des Westbahnhofs - organisiert.
- Für die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf den 4. und den 5. Bezirk wurden zahlreiche organisatorische Vorkehrungen getroffen und es wurde durch Festlegungen vor Ort dafür gesorgt, daß die Erstausstellung der „Parkkleber" auch bei großem Andrang im wesentlichen problemlos erfolgte. Derzeit werden erste organisatorische Überlegungen bezüglich einer möglichen Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf weitere Bezirke angestellt.
- Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Rechtschreibreform wurden die für deren magistratsinterne Umsetzung erforderlichen Maßnahmen erörtert.
- Zur Klärung der magistratsinternen Zuständigkeiten für die Entsendung von Bediensteten in das Ausland und die Regelung der Vergütung auf Grund der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien wurde eine Koordinationsbesprechung abgehalten und ein umfassendes Informationsblatt für die betroffenen Dienststellen ausgearbeitet.
- Auf Ersuchen der MA 65 wurden in einer eigenen Koordinationsbesprechung die magistratsinternen Zuständigkeiten nach dem Containersicherheitsgesetz klargestellt. Weiters wurden spezielle Fragen der Vollziehung dieses Gesetzes, insbesondere die Themen Anwendbarkeit der Rechtsnorm, Verfall, Sicherheitsleistung und Beschlagnahme, Bescheiderlassung außerhalb der Amtsstunden durch den rechtskundigen Permanenzdienst, Lagerung von Containern mit gefährlichen Gütern sowie die Deckung des Aufwandes der Gebietskörperschaften behandelt.
- Mit Stichtag 24. Februar 1997 wurde ein großer Teil der Kompetenz des Strafamtes und Revisionsbüros für Polizeistrafsachen der Bundespolizeidirektion Wien (Strafamt) an die Bezirkspolizeikommissariate übertragen. Hinsichtlich der Übermittlung der Anzeigen wegen unterlassener Lenkerbekanntgabe an das Strafamt der Bundespolizeidirektion Wien sowie hinsichtlich der Versendung von Lenkererhebungen war eine Neuregelung zu treffen.
- Gemäß dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 31. Jänner 1996, Zl. 93/03/0156, ist bei dem Unterlassungsdelikt der Nichterfüllung der Auskunftspflicht als Tatort der Sitz der anfragenden Behörde anzusehen. Da das Österreichische Statistische Zentralamt (ÖSTAT) den Sitz im 3. Wiener Gemeindebezirk hat, ist der Magistrat der Stadt Wien als Bezirksverwaltungsbehörde in Tausenden von Fällen für die Durchführung der Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz nach dem Bundesstatistikgesetz für das gesamte Bundesgebiet örtlich zuständig. Als rechtliche Maßnahmen war daher eine rasche entsprechende Novellierung des Bundesstatistikgesetzes anzustreben. Als organisatorische Maßnahme wurden die Strafanzeigen aus dem gesamten Bundesgebiet auf alle magistratischen Bezirksämter nach einem erarbeiteten Zuteilungsraster aufgeteilt.
- Auf Grund einer Anfrage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Zentral-Arbeitsinspektorat, ob bzw. welche Magistratsdienststellen als Betriebe im Sinne der Arbeitnehmer(innen)schutzvorschriften aufzufassen sind, wurde von einer dazu eingerichteten Arbeitsgruppe unter Federführung der MD-Verwaltungsorganisation in mehreren Koordinationsbesprechungen an Hand eines von einer eigenen Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Kriterienkataloges das Vorliegen der Betriebseigenschaft der einzelnen Magistratsdienststellen geprüft.

- Durch die Änderung des Kraftfahrgesetzes 1967 durch die 19. KFG-Novelle, BGBl. I Nr. 102/97, wurde die Zuständigkeit für die Durchführung von Lenkererhebungen und diesbezüglichen Verwaltungsstrafverfahren der für die Ausübung des Verwaltungsstrafrechtes zuständigen Behörde übertragen. Sämtliche Lenkererhebungen, denen ein Verwaltungsstrafverfahren des Magistrats der Stadt Wien zugrundeliegt und die bisher von der Bundespolizeibehörde erledigt wurden, sind nunmehr vom Magistrat der Stadt Wien selbst durchzuführen, was mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden ist. Betroffen sind die MA 67, deren Geschäftseinteilung hinsichtlich des neuen Aufgabenbereiches zu ergänzen war sowie die magistratischen Bezirksämter.
- Die Bezirksverwaltungsbehörde und der Landeshauptmann sind durch die Novelle zum Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 658/1996, mit den neuen Aufgaben der Überwachung und Überprüfung der Qualität der Badegewässer, der Verhängung von Badeverboten durch Verordnung und der Berichterstattung über die abgelaufene Badesaison betraut worden. Die neuen Kompetenzen wurden der MA 15 zugewiesen. Deren Geschäftseinteilung sowie jene der magistratischen Bezirksämter waren daher entsprechend anzupassen. Weiters wurde in der Geschäftseinteilung der MA 15 eine Richtigstellung hinsichtlich der Vollziehung des Wiener Prostitutionsgesetzes vorgenommen.
- Mit 1. November 1997 sind das Führerscheingesetz, BGBl. I Nr. 120/97, dazu erlassene Verordnungen sowie eine Novelle zum Kraftfahrgesetz 1967 in Kraft getreten. Zur Klärung der neuen Rechtslage und der Zuständigkeiten für die neu hinzugekommenen Aufgaben des Landeshauptmannes wurde eine Koordinationsbesprechung mit den in Betracht kommenden Dienststellen durchgeführt.
- Da die durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 erfolgte Einführung der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Melde- und Abgabepflicht für freie Dienstverträge und dienstnehmerähnliche Werkverträge durch eine Eintscheidung des Verfassungsgerichtshofes für die dienstnehmerähnlichen Werkverträge zur Gänze und für die freien Dienstverträge hinsichtlich der steuerrechtlichen Komponente aufgehoben wurde, mußten die bestehenden Konzepte den jeweiligen gesetzlichen Gegebenheiten – zwischenzeitig erfolgte eine weitere Novellierung dieser Gesetzesmaterie - angepaßt werden. Zur besseren magistratsinternen Abstimmung und Koordinierung wurde eine Prüfung der einzelnen freien Dienstverträge - jeweils vor Abschluß durch die Dienststellen - durch die MD- Verwaltungsrevision zur Bedarfsprüfung unter Berücksichtigung des Dienstpostenplanes der vertragsabschließenden Dienststelle und durch die MA 2 zur Kontrolle der inhaltlichen Richtigkeit angeordnet.
- Mit Wirksamkeit 1. Juli 1997 hat eine Novelle zur Gewerbeordnung 1994 die Verfahrenskonzentration bestimmter wasserrechtlicher Bewilligungsverfahren mit den gewerbebehördlichen Betriebsanlagengenehmigungsverfahren vorgesehen. Im Einvernehmen mit den davon betroffenen Dienststellen wurden die erforderlichen Maßnahmen zur gemeinsamen Durchführung dieser Verfahren durch die Gewerbebehörden getroffen. Diese Verlagerung der Zuständigkeit hat auch bereits ihren geschäftseinteilungsmäßigen Niederschlag gefunden.
- Im Zusammenhang mit der Umstellung des zentralen Wiener Gewerberegisters auf automatische Datenverarbeitung wurden von der MD-Verwaltungorganisation mehrere Koordinationsbesprechungen zur Klärung aufgetretener Fragen und Probleme sowie zur reibungslosen Einführung dieses Programmes in den einzelnen magistratischen Bezirksämtern durchgeführt.
- Im Zusammenhang mit der Vornahme von entgeltlichen Anfragen aus der EDV-unterstützt geführten Grundstücksdatenbank des Bundes durch Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien wurden Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, um die Überschreitung des von der Finanzverwaltung vorgegebenen Kontingents zu verhindern.

### 1.1.4. Sonstige Zuständigkeitsfestlegungen

- Auf Grund von Koordinationsschwierigkeiten mehrerer technischer Dienststellen wurden im Bauabschnitt „Neue Donau“ der U-Bahn-Linie 6 noch offene Verwaltungszuständigkeiten festgelegt.
- Auf Anregung der MA 22 wurde die Zuständigkeit für die Erteilung von Behandlungsaufträgen nach dem Abfallwirtschaftsgesetz geklärt. Demnach sind für die Vollziehung in erster Instanz ausschließlich die magistratischen Bezirksämter als Bezirksverwaltungsbehörden zuständig.
- Über Ersuchen der MA 23 um neuerliche Prüfung der Festlegung der Verwaltungszuständigkeit durch die MA 40 wurde die Übertragung der Objektverwaltung für die unterirdischen Kelleranlagen des ehemaligen Schweineschlachthofes St. Marx einer Überprüfung unterzogen und von der MD-Verwaltungsorganisation bestätigt.
- Anläßlich der Vermehrung der Aufgaben des Landeshauptmannes durch das Chemikaliengesetz 1996, BGBl. I Nr. 53/97, wurde hinsichtlich der Zuständigkeiten für die Vollziehung dieses Gesetzes und insbesondere zur Überwachung des Chemikalienrechts (Chemikalieninspektion) eine Klarstellung für die betroffenen Magistratsabteilungen 15, 22, 36, 42, 58 und 63 sowie die magistratischen Bezirksämter vorgenommen.
- Die Kompetenzbereiche zur Vollziehung des Tierseuchengesetzes und der dazu ergangenen Verordnungen wurden einer Überprüfung unterzogen und in den Geschäftseinteilungen der MA 58 und 60 sowie der magistratischen Bezirksämter entsprechend neu formuliert.
- Die Vollziehung der Muschelverordnung, die auf Grund des Lebensmittelgesetzes 1975 mit Wirksamkeit vom

4. April 1997 in Kraft getreten ist, wurde - mit Ausnahme der Durchführung der Strafverfahren erster Instanz - im Einvernehmen mit allen betroffenen Dienststellen der MA 60 übertragen, da diese Verordnung die Kontrolle der Lagerung, des Transportes usw. lebender Tiere zum Inhalt hat.
- In Zusammenarbeit mit allen davon betroffenen Dienststellen wurde die Verwaltung bestimmter Gebäude und Liegenschaften, die nicht im engen Zusammenhang mit der Verwaltung städtischer Wohnhäuser stehen, von der MA 17 auf andere grundverwaltende Dienststellen übertragen.
- Der MA 56 wurde - auf Grund eines Berichtes der MD-VO - im Rahmen der Aktion „Warenkorb" vom Herrn Magistratsdirektor die selbständige Anschaffung von Inventargegenständen für Schulen auf unbefristete Zeit genehmigt.
- Zur Anfrage einer Gemeinderätin betreffend die Ressortzugehörigkeit der Musikschulen wurde eine Stellungnahme abgegeben.

## 1.2. Organisationsuntersuchungen

Die Organisationsuntersuchungen wurden im Berichtsjahr 1997 entweder als abteilungsübergreifende Projekte oder in Zusammenarbeit mit externen Betriebsberatern abgewickelt. Bei den magistratsintern durchgeführten Analysen war die MD-Verwaltungsorganisation für das Projektmanagement sowie die fachliche und methodische Betreuung verantwortlich, bei den von Externen durchgeführten Untersuchungen wurden vor allem die Ausschreibung, Vergabe und Abnahme der Beratungsleistung von der MD-Verwaltungsorganisation durchgeführt.

### MA 15 (Gesundheitswesen) - Amtsärztliche Untersuchungsstelle

Die Untersuchung wurde unter Leitung und fachlicher Federführung der MD-Verwaltungsorganisation auf Ersuchen der MA 15 durchgeführt und hatte auf Basis einer genauen Analyse der Aufbau- und Ablauforganisation die Erhöhung der Effizienz der Abläufe vor allem beim Kernprodukt „Gutachten - Untersuchung wegen Überprüfung der Dienstfähigkeit" zum Ziel. Das Projekt war durch eine starke Einbeziehung der betroffenen MitarbeiterInnen und der Kunden (vor allem MD-Personaldirektion, MA 2) der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle gekennzeichnet, da die Kunden von der Qualität der Gutachten und somit auch von jener der Geschäftsprozesse abhängig sind. Im Rahmen eines Workshops wurde daher mit allen Beteiligten ein Maßnahmenkatalog zur Optimierung der Geschäftsprozesse erarbeitet. Bereits während der Untersuchung begann der Leiter der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen.

### MA 37 (Baupolizei)

Aufbauend auf der unter der Leitung und fachlichen Federführung der MD-Verwaltungsorganisation im Jahr 1996 durchgeführten Organisationsanalyse der MA 37 wurde im Berichtsjahr 1997 im Auftrag des Herrn Magistratsdirektors eine Untersuchung von einem privaten Betriebsberater durchgeführt. Untersuchungsziel war die Optimierung der Anzahl der Außenstellen, mit dem Ziel, die Umsetzung der Ergebnisse der magistratsinternen Untersuchung und somit die Beschleunigung der Abläufe bestmöglich zu unterstützen. Die Analyse kommt zum Ergebnis, daß durch eine Reduktion der Außenstellen von 16 auf 11 die optimale Betriebsgröße sichergestellt wird. Wie bereits im magistratsinternen Bericht dargestellt, wäre zur weiteren Erhöhung der Effizienz der MA 37 vor allem ein „kultureller Orientierungswechsel" durch Verstärkung der Delegation der Verantwortung an den Ort der Aufgabenerfüllung, Ergebnis - statt Verfahrenskontrolle, Motivation und Teamarbeit statt starrer Aufgabenzuweisung, Dienstleistungs- und Kundenorientierung sinnvoll.

## 1.3. Organisationsprojekte

- Ausgehend vom Arbeitsprogramm der Wiener Stadtregierung, wonach als vorrangige Aufgabe der nächsten Jahre eine weitergehende Verwaltungsmodernisierung anzustreben wäre, wurden bereits zu Beginn des Jahres 1997 die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine umfassende Organisationsanalyse durch international renommierte Unternehmensberater geschaffen. Dabei wurden folgende Untersuchungsschwerpunkte vorgesehen:

1. die Durchforstung der Aufgaben des Magistrats unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit ihrer Besorgung durch die öffentliche Hand und
2. die Durchleuchtung der einzelnen Verwaltungsabläufe auf ihre möglichst effiziente Erledigung.

Ziel der Untersuchung ist das Aufzeigen konkreter budgetwirksamer Rationalisierungspotentiale und die Erstattung praxisorientierter Vorschläge zur Leistungsoptimierung, die von den MitarbeiterInnen und Kunden der Wiener Stadtverwaltung gleichermaßen akzeptiert werden können. Es wird daher eine Soll-Konzeption mit „intelligenten" Aufgaben- und Personalkonzepten auf Basis der österreichischen Rechtsvorschriften angestrebt.
Die Untersuchung wurde aus Gründen der Objektivität extern vergeben, wobei von der MD-Verwaltungsorganisation im Wege eines zweistufigen, europaweit viel beachteten Verfahrens zunächst die Position des Projektmanagers und sodann die Beratungsleistung von insgesamt sechs sogenannten Bereichsconsultern international ausgeschrieben wurde.

Dem seit Mitte Juli 1997 bestellten Projektmanager obliegt die eigenverantwortliche Steuerung und Überwachung des Gesamtprojekts sowie die Zusammenfassung der Ergebnisse in einem konkreten und realisierbaren Umsetzungsplan. Die aus Deutschland und Österreich als Bestbieter ermittelten Bereichsconsulter führen in insgesamt 48 Dienststellen (mit rund 18.000 Arbeitsplätzen) kritische Aufgabenanalysen durch, die in Verbesserungsvorschlägen für eine möglichst wirtschaftliche und effiziente Gestaltung der einzelnen Geschäftsprozesse münden sollen.
Unter dem Gesichtspunkt „Wie arbeiten wir in Zukunft richtig, um die als notwendig erkannten Aufgaben auch optimal zu erledigen?" geht es unter anderem um die Beantwortung folgender Fragen:

- Kann die Matrix-, Projekt- und/oder Teamorganisation weiter ausgebaut werden und welche Voraussetzungen und Ergebnisse sind damit verbunden?
- Wie lassen sich Schwächen bei den Schnittstellen minimieren bzw. beseitigen?
- Durch welche Maßnahmen können die einzelnen Geschäftsprozesse unter dem Aspekt der Kundenorientierung optimiert werden und welche Auswirkungen hat dies auf die Zielkriterien Zeit, Kosten und Qualität?

Die einzelnen Untersuchungsfelder wurden geschäftsgruppenübergreifend unter dem Blickwinkel der Außenwirkung der Verwaltungstätigkeit für den einzelnen Bürger gebildet, wobei Dienststellen, die in den letzten Jahren umfassend organisatorisch geprüft wurden, bei denen eine derartige Prüfung anhängig ist oder die in größerem Ausmaß umstrukturiert wurden, außer Betracht bleiben.
Die zu untersuchenden Dienststellen wurden zwecks Ermittlung geeigneter Unternehmensberater in folgenden Bereichen zusammengefaßt:

Bereich 1: Verwaltung und Personal;
Bereich 2: Finanzen und EDV;
Bereich 3: Stadtbaudirektion und Technik;
Bereich 4: Kommunale Serviceleistungen;
Bereich 5: Gesundheit, Markt- und Gewerbewesen sowie
Bereich 6: Kultur, Bildung, Jugend und Information.

Die umfassende Aufgaben- und Schwachstellenanalyse vollzieht sich auf Grundlage eines strukturierten Vorgehens:
Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die persönliche Einbindung einer möglichst großen Anzahl der unmittelbar betroffenen MitarbeiterInnen des Magistrats in die Untersuchung; im bisherigen Untersuchungsverlauf läßt sich eine zum Teil unerwartet hohe Kooperationsbereitschaft der MitarbeiterInnen feststellen und ist diese trotz naturgemäß bestehender „Berührungsängste" zu den externen Beratern als solide Basis für eine weitere konstruktive Zusammenarbeit anzusehen.
Die Projektkoordination (vor allem zwischen den in die Untersuchung einbezogenen Dienststellen und den insgesamt sieben beauftragten Beratungsunternehmen) obliegt der MD-Verwaltungsorganisation: Nach Abschluß der beiden sehr arbeitsintensiven Vergabeverfahren, an denen sich 53 einschlägige Unternehmen mit etwa 140 Angeboten beteiligt haben und entsprechend zu informieren waren, konzentrierte sich die Koordinationstätigkeit vor allem auf den Abschluß entsprechender Werkverträge mit den Bestbietern und auf die Schaffung der Voraussetzungen für die Akzeptanz der externen Unternehmensberater durch die untersuchten Dienststellen. Zu diesem Zweck wurden beispielsweise Einführungsgespräche initiiert, Grundsatzfragen (z.B. des Datenschutzes) im Zuge der Faktenerhebung einer für alle untersuchten Dienststellen einheitlichen Lösung zugeführt und Konzepte für eine möglichst mitarbeiterInnenorientierte Untersuchung mitgestaltet. Diese Koordinationstätigkeit wird in laufenden Gesprächen und schriftlichem Informationsaustausch mit Dienststellenvertretern und Unternehmensberatern bis zum festgelegten Ende der Untersuchung im November 1998 fortgesetzt.

- Die von der MD-Verwaltungsorganisation geleitete Projektgruppe „Landesfahrzeugprüfstelle", in der auch MitarbeiterInnen der MD-Verwaltungsrevision, der MD-Stadtbaudirektion sowie der MA 4, 46 und 65 vertreten waren, führte weitere Organisationsanalysen (vor allem aus betriebswirtschaftlicher Sicht) durch. Es wurden Auslagerungsmöglichkeiten geprüft und derzeit wird ein Modell für eine künftige (möglichst kleine) Landesfahrzeugsprüfstelle erarbeitet.
- Die unter Federführung der MD-Verwaltungsorganisation tätige Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Kanzleiordnung, der VertreterInnen der MD-Büro des Magistratsdirektors, der MD-Verfassungs- und Rechtsmittelbüro, der MD-Verwaltungsrevision, der MD-EDV- und Informationsmanagement, der MA 14 und der Sprecher der Bezirksamtsleiter/innen angehören, hat einen Entwurf einer neuen Kanzleiordnung fertiggestellt und hierüber einen Bericht an den Herrn Magistratsdirektor erstattet. In diesem Entwurf wurden Bestimmungen aufgenommen, die den verstärkten Einsatz der neuen Technologien bei den Verwaltungsabläufen ermöglichen.
- Für die Neuformulierung der Geschäfte des Magistratsdirektors in der Geschäftseinteilung für den Magistrat wurden Textvorschläge ausgearbeitet.
- Im Jahr 1997 fanden vier Sitzungen der Projektkommission „WIPIS" (Wiener Integriertes Personalinformati-

onssystem) statt, deren Vorsitzender der Leiter der MD-Verwaltungsorganisation ist. Diese Kommission ist derzeit mit der begleitenden Kontrolle der Einführung dieses Systems beim Magistrat betraut. Sowohl im Bereich der Bezugsverrechnung als auch bei der Personalverwaltung wurden bereits wichtige Bereiche auf das neue System umgestellt. Das bedeutet, daß in vielen Fällen bereits auf den sogenannten „Papierakt" verzichtet werden kann und eine „elektronische Aktenführung" erfolgt.

- Das Verfahren zur Erlangung von Förderungen aus Mitteln des Wiener Kulturschillinggesetzes über Empfehlung des Beirates des Wiener Altstadterhaltungsfonds wurde auf Grund eines Antrages der MA 7 einer Verfahrensablaufuntersuchung unterzogen.

In einer Arbeitsgruppe unter Leitung der MD-Verwaltungsorganisation wurden unter Mitwirkung von Vertretern der MD-Verwaltungsrevision und der MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Hochbau und Haustechnik, Möglichkeiten zur Verbesserung des Verfahrensablaufes und der Zusammenarbeit der an diesem Verfahren beteiligten Dienststellen des Magistrats - der MA 7 als verfahrensführender Dienststelle und der MA 25, die die Funktion eines technischen Amtssachverständigen ausübt - ausgearbeitet.

- Unter Mitwirkung der betroffenen Dienststellen konnte erreicht werden, daß von den MA 11, 12, 15, 22, 37, 42, 46, 47, 59 und 64 im Rahmen der von ihnen durchzuführenden hoheitlichen Verfahren weniger Dienststellenvertreter als bisher zu den mündlichen Verhandlungen eingeladen werden.
- In vier magistratischen Bezirksämtern wurde ein Pilotversuch eingerichtet, in den Augenscheinsverhandlungen der gewerbebehördlichen Betriebsanlagengenehmigungsvefahren zur Verfassung des Protokolls Notebooks mit transportablen Druckern einzusetzen. Auf diese Weise können die Protokolle der Verhandlungen vor Ort ausgedruckt und an die Parteien des Verfahrens ausgefolgt werden. Es ist weiters beabsichtigt, versuchsweise auch Bescheide bereits im Rahmen der Verhandlung zu erstellen und an die Verfahrensparteien zu übergeben. Neben dem zu erwartenden zeitlichen Einsparungseffekt in den einzelnen Verfahren ist auch eine Kostenersparnis bei Postgebühren und Kuverts sowie eine Verringerung der damit verbundenen manipulativen Tätigkeiten zu er warten.
- Die Betreuung der Dienststellen bei der Erstellung und Verbesserung von EDV-Rahmenschriftstücken wurde fortgesetzt. Die dabei gewonnenen Erfahrungen flossen in ein von der MD-Verwaltungsorganisation erstelltes Konzept zur Neugestaltung des gesamten Drucksortenwesens ein.
- Auf Anregung des Herrn Stadtbaudirektors, in der MA 39 - Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien eine Zertifizierungsstelle einzurichten, wurde mit der Prüfung begonnen, welche Maßnahmen aus organisatorischer und personeller Sicht für eine Realisierung erforderlich sind.
- Die Anregung des Herrn amtsführenden Stadtrates für Kultur betreffend die Verkürzung und Vereinfachung des Verfahrensablaufes bei der Anmeldung von Veranstaltungen wurde einer Prüfung unterzogen.
- Das Projekt „Einführung von Controlling im Magistrat der Stadt Wien" wurde fortgeführt und in Abstimmung mit der Projektgruppe Controlling gemeinsam mit den Pilotdienststellen und den erforderlichen Fachdienststellen (MA 6) von der MD-Verwaltungsorganisation fachlich (betriebswirtschaftlich) bzw. organisatorisch (Koordination der Schnittstellen zu anderen Dienststellen bzw. Projekten) betreut.

Folgende Zwischenergebnisse liegen vor:

MA 70 (Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien)

- Installierung einer Kostenstellenrechnung (Betriebsabrechnungsbogen) - Auswertungen ab 1998 möglich
- Erstellung eines Produktkataloges als Basis für Leistungscontrolling und Kostenrechnung, wobei bereits umfangreiche Leistungsdaten vorhanden sind
- Implementierung von Finanzcontrolling auf Basis des Controllingreports der Magistratsabteilung 6

Weiters ist der Einsatz von Instrumenten des Personalcontrolling (z.B. Mitarbeitergespräche, Analyse der Krankenstandsdauer) geplant.

MA 49 (Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien)

- Konzeption einer umfassenden Kostenrechnung als Basis für Controlling für das Forstamt der MA 49.

Die Kostenrechnung, die von Mitarbeitern der MA 49 ausgearbeitet wurde, enthält folgende Bausteine:

| | |
|---|---|
| Kostenartenrechnung - | Erstellung eines einheitlichen Kostenartenplanes |
| Kostenstellenrechnung - | Erstellung eines einheitlichen Kostenstellenplanes |
| Zeitverantwortungssystem - | Erfassung der Arbeitszeit und Zuordnung zu den Kostenstellen. |

Als nächste Schritte sind die Optimierung des Konzeptes, die Auswahl eines für die Unterstützung der Umsetzung geeigneten EDV-Systems und die Weiterentwicklung der Kostenrechnung in Richtung Controlling geplant.

- Im Rahmen eines Führungskräftelehrganges wurde auf Ersuchen der MD-Verwaltungsakademie von MitarbeiterInnen der MD-Verwaltungsorgansiation ein Seminar zum Thema Controlling in Form eines Workshops abgehalten. Dabei wurden den TeilnehmerInnen theoretische Grundlagen, Anwendungsmöglichkeiten von Controlling für ihre Bereiche und erste Erfahrungen, die aus den Pilotprojekten gewonnen werden konnten, vermittelt.
- Auf Grund der steigenden Nachfrage nach betriebswirtschaftlichen Instrumenten und der erfolgreichen pilotmäßigen Einführung des „Freifaches" Betriebswirtschaftslehre für den Dienstprüfungskurs 1996/97 wurde die MD-Verwaltungsorganisation von der MD-Stadtbaudirektion und der MD-Verwaltungsakademie ersucht, im Rahmen einer Arbeitsgruppe an der Reform der technischen Dienstprüfungskurse mitzuarbeiten. In diesem Zusammenhang wurde, um den TeilnehmerInnen der technischen Dienstprüfungskurse ensprechendes Knowhow vermitteln zu können, von MitarbeiterInnen der MD-Verwaltungsorganisation ein auf die besonderen Bedürfnisse des Magistrats der Stadt Wien abgestimmtes Skript „Controlling und betriebswirtschaftliches Rechnungswesen" erstellt.
- Die MD-Verwaltungsorganisation wurde vom Bereichsdirektor für Organisation mit der Leitung einer Arbeitsgruppe beauftragt, die sämtliche von den Dienststellen der Stadt Wien in den letzten Jahren initiierte und umgesetzte Maßnahmen zur Verwaltungsreform erheben soll. Die Reformmaßnahmen sollen sich inhaltlich an den Leitlinien des Herrn Magistratsdirektors orientieren. Das Ergebnis dieser Erhebungen soll in Form einer Publikation dargestellt werden.
- Auf Ersuchen des Bereichsdirektors für Organisation wurde eine Kostenvergleichsrechnung zwischen dem Obdachlosenheim „Gänsbachergasse" und den Obdachlosenherbergen der MA 23 durchgeführt.

## 1.4. Allgemeine organisatorische und rechtliche Aufgaben

- Auf Grund der Tatsache, daß das Schreibprogramm IBS in absehbarer Zeit aufgelassen werden soll und danach ein Ausdruck auf dem Großdrucker der MA 14 nicht mehr möglich ist, wurde nach Prüfung der in Betracht kommenden Dienststellen die MA 21 B mit der Herstellung der Vorlageexemplare der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien (GEM) für die Sitzungen des Gemeinderatsausschusses, des Stadtsenates und des Gemeinderates beauftragt.
- An einem Treffen der Organisationsverantwortlichen der Bundesländer zum Thema Verwaltungsinnovationen der Länder und des Bundes erfolgte die Teilnahme und Mitgestaltung durch die MD-Verwaltungsorganisation.
- Im Jahr 1997 wurde an zwei Besprechungen des Fachausschusses für Verwaltungsorganisation des Österreichischen Städtebundes teilgenommen.
- Bei der Erstellung des Systemisierungsplanes für Datenverarbeitungsanlagen wurde mitgewirkt.
- Bei der Vorbereitung der Gestaltung einer Ausgleichszulage bei Organisationsänderungen erfolgte eine Mitwirkung durch die MD-Verwaltungsorganisation.
- Über Antrag der MA 6 wurde dem Erhebungs- und Vollstreckungsdienst die Neugestaltung des Ausweises für Vollstrecker genehmigt.
- Im Berichtszeitraum wurde im Einvernehmen mit der MD-Verwaltungsrevision einigen Dienststellen (MA 11, MA 12, MA 16, MA 17, MA 50) die Genehmigung zur Ein- bzw. Weiterführung des Parteienverkehrs in den Nachmittagsstunden des Donnerstages erteilt.
- Der Wiener Patientenanwaltschaft und der Wiener Umweltanwaltschaft wurden Ausnahmen von der Vorschrift für die Gebarung und Verrechnung der stehenden Verläge genehmigt.
- Der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen wurde im Einvernehmen mit der MD-Büro des Magistratsdirektors die Verwendung eines Logos auf Briefblättern, Visitenkarten, Skripten sowie bei Präsentationen genehmigt.
- Eine Mitteilung der Betriebsärztlichen Station Rathaus über die Durchführung der Polio-Impfaktion 1997/98 wurde vorbereitet.
- Auf Grund der Beschwerde eines Bürgers wurde der Verwaltungsablauf bei der Ausgabe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen durch die MA 21 B überprüft und eine diesbezügliche Stellungnahme für die MD-Präsidialbüro ausgearbeitet.
- Gemeinsam mit der MD-Verwaltungsrevision wurde in Teilbereichen der MA 13 (Landesbildstelle, Modeschule Hetzendorf) eine Revision - vor allem im Hinblick auf den Personaleinsatz und die Auslastung der MitarbeiterInnen - durchgeführt. An der Endredaktion des Berichtes wird derzeit gearbeitet.
- Auf Grund der Anträge der Bezirksvertretung für den 3. Bezirk sowie der Bezirksvertretung für den 5. Bezirk auf Überprüfung der bei Ansuchen erforderlichen Dokumente - im speziellen des Nachweises der Staatsbürgerschaft - mit dem Ziel, vermeidbare Behördenwege zu reduzieren, wurde die Vorgangsweise der in Betracht kommenden Dienststellen erhoben sowie anschließend ein Informationsschreiben betreffend die Handhabung



*Nach dem Wechsel des bisherigen Finanzstadtrates Rudolf Edlinger in die Bundesregierung wurde auf Vorschlag des Stadtsenats in der Gemeinderatssitzung vom 31. 1. 1997 Mag. Brigitte Ederer zur neuen Amtsführenden Stadträtin für die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gewählt.* Foto: Spiola



*Die Amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal Mag. Renate Brauner führt die neue Bereichsleiterin für Integration SR Dr. Elisabeth Mezulianik in ihr Amt ein.* Foto: Votava / PID

*Stadträtin Mag. Brauner begrüßte bei einer Feier im Rathaus auch diese indische Familie, welche erst 1996 die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen bekam.* Foto: Votava / PID



entsprechender Ansuchen an die Dienststellen gerichtet.

- Im Jahre 1997 fand eine weitere Sitzung der Verwertungskommission für die Betriebsauflösung des Alten AKH statt.
- Im Berichtszeitraum fanden 6 Sitzungen der Drucksortenkommission statt, wobei insgesamt 191 Allgemeine Drucksorten im Detail besprochen und zahlreiche Änderungen durchgeführt wurden. Die Drucksortenkommission befaßte sich unter anderem auch mit mehreren Verbesserungsvorschlägen, die einzelne Drucksorten betrafen. Wie in den vergangenen Jahren auch wurden nicht mehr unbedingt benötigte Drucksorten aufgelassen (z.B. 77 Allgemeine Drucksorten) und die übrigen Formulare - soweit möglich- durch EDV-Rahmenschriftstücke ersetzt. Die Drucksortenkommission betreut auch ein EDV-Projekt, dessen Ziel es ist, Allgemeine Drucksorten direkt im Wege der EDV den Dienststellen zur Verfügung zu stellen; dieses Projekt soll 1998 realisiert werden. In geeigneten Fällen sollen den Bürgern bestimmte Formulare auch über das Internet zur Verfügung gestellt werden.
- Die Anträge mehrerer Dienststellen (etwa des Wiener Krankenanstaltenverbundes und der MA 17 - Wiener Wohnen) auf Genehmigung der Errichtung von Dienststellen gemäß § 5 Abs. 2 Geschäftsordnung für den Magistrat (Unterabteilungen) wurden geprüft und in einigen Fällen wurde die erforderliche Genehmigung erteilt.
- Der vom Wiener Krankenanstaltenverbund erstellte Entwurf von Sonderbestimmungen zur Allgemeinen Kassen- und Verlagsvorschrift wurde geprüft.
- In einem Arbeitskreis zur Überarbeitung der Buchführungsvorschrift wurde mitgewirkt.
- Die Eröffnung von Betriebskassen (etwa für die MA 17 - Wiener Wohnen) wurde genehmigt.
- Die Einrichtung von Barverlägen für besondere Zwecke und Ausnahmen von der Vorschrift für die Gebarung und Verrechnung der stehenden Verläge (etwa für den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien, die Projektkoordination zur Schaffung der MA 16 und die MA 23 - Herbergen für Obdachlose) wurden genehmigt.
- Auf Grund der Bestimmungen der Allgemeinen Vorschrift für die Ausscheidung von Akten (Skartierungsordnung) wurden Anträge von Dienststellen auf Genehmigung „besonderer Aufbewahrungsfristen“ geprüft und solche Fristen (etwa der MA 2) bewilligt.
- Dem Wiener Krankenanstaltenverbund wurde eine Sondervorschrift über die Ausscheidung von Wirtschaftgütern genehmigt. Mit dieser Norm wird der Zielsetzung der erhöhten Eigenverantwortlichkeit der Anstalten Rechnung getragen.
- Für den 2. Jänner 1998 wurde ein „Journaldienst“ der Dienststellen sichergestellt.
- Im Zusammenhang mit der Abfallvermeidung und -trennung im Bürobereich hat die MD-Verwaltungsorganisation
  - am „Verwertungs- und Entsorgungstag 1997“ teilgenommen,
  - einen Organisationvorschlag hinsichtlich der Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzepts für das Ernst-Happel-Stadion gemacht und
  - in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachdienststellen das „Informationsblatt über das getrennte Sammeln von Abfall im Büro“ neu gestaltet und aktualisiert.
- Insgesamt wurde von der MD-Verwaltungsorganisation im Jahre 1997 die Anschaffung bzw. Nachbestellung von rund 1.650 verschiedenen Formularen (Allgemeine, Verrechenbare und Sonder-Drucksorten) genehmigt.
- Der von Dienststellen (MA 17, 33 usw.) vorgeschlagene Einsatz von Logos auf Visitenkarten und Briefblättern wurde geprüft, und es wurden Genehmigungen erteilt.
- In den vergangenen Jahren wurde zur Steuerung der Anzahl der von der Stadt Wien für das Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) in Anspruch genommenen Zugriffsberechtigungen im Hinblick auf eine mögliche zukünftige Entgeltlichkeit von der MD-Verwaltungsorganisation ein Prüfungssystem eingeführt, mit dem gewährleistet wurde, daß nur die sachlich dafür vorgesehenen Dienststellen eine solche Berechtigung erhielten und die von den Dienststellen beantragten User tatsächlich auch verwendet wurden.

Da in Zukunft der Zugriff zum Rechtsinformationssystem des Bundes im Wege einer Standleitung über das Intranet des Bundes möglich sein wird, kann die strenge Verwaltung der IBS-User mit Verwirklichung dieser Umstellung entfallen. Für den Zugang zum Rechtsinformationssystem des Bundes über das Intranet des Bundes wird zukünftig für die Dienststellen nur das Vorhandensein einer einzigen Internet-Berechtigung pro Dienststelle erforderlich sein.

- Die MD-Personaldirektion und die MD-Verwaltungsrevision wurden bei der Einführung einer Kostenrechnung fachlich beraten, unter anderem wurden für die Ermittlung der Kosten eines Arbeitsplatzes Daten für Raumkosten erhoben.

### 1.5 Betriebliches Vorschlagswesen

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens wurden im Berichtszeitraum 303 Anregungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingebracht. Nach Durchführung der Begutachtungsverfahren erfolgte bei den erledigungsreifen Eingaben die Vorbereitung zur Beschlußfassung durch den Ausschuß für das Betriebliche Vorschlagswesen.

## 2. Gruppe Verwaltung

### 2.1 Dezernat für Amtsraumlenkung

Die Zuweisung geeigneter Amtsräume bildete, wie auch in den vergangenen Jahren, eine wichtige Tätigkeit im Bereich der MD-Verwaltungsorganisation.
Um bei den in einzelnen Dienststellen bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen bzw. um notwendige bauliche Verbesserungen herbeizuführen, mußte die Durchführung von größeren Adaptierungsarbeiten in folgenden Amtsgebäuden veranlaßt werden:

- 1, Rathaus
- 1, Rathausstraße 1
- 8, Friedrich-Schmidt-Platz 3
- 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5
- 8, Schlesingerplatz 2 - 4
- 11, Enkplatz 2
- 17, Elterleinplatz 14
- 19, Gatterburggasse 12 - 14
- 23, Perchtoldsdorfer Straße 2

Für folgende Dienststellen wurden weitere Amtsräume zur Verfügung gestellt:

- Büro der drei LandtagspräsidentInnen
- Büro der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke
- Büro der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung
- Drogenkoordinationsstelle der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen
- Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates
- Klub der Wiener Freiheitlichen
- Liberales Forum, Landtagsklub Wien
- MD-Präsidialbüro
- MD-Verfassungs- und Rechtsmittelbüro
- MD-Internationale Beziehungen
- Magistratisches Bezirksamt für den 21. Bezirk
- Magistratisches Bezirksamt für den 23. Bezirk
- Magistratsabteilung 4
- Magistratsabteilung 6
- Magistratsabteilung 12
- Magistratsabteilung 17
- Magistratsabteilung 22
- Magistratsabteilung 23
- Magistratsabteilung 24
- Magistratsabteilung 25
- Magistratsabteilung 31
- Magistratsabteilung 32
- Magistratsabteilung 37
- Magistratsabteilung 41
- Magistratsabteilung 46
- Magistratsabteilung 50
- Magistratsabteilung 53
- Magistratsabteilung 57
- Magistratsabteilung 59
- Magistratsabteilung 61
- Magistratsabteilung 67
- Unabhängiger Verwaltungssenat Wien
- Österreichischer Städtebund

Die Errichtung des neuen Amtsgebäudes in 19, Muthgasse 62, sowie die vorgesehene Übersiedlung von neun Dienststellen mit insgesamt rund 1.000 MitarbeiterInnen konnte abgeschlossen werden. Ebenso konnte das für die Unterbringung der MA 11 angemietete Gebäude in 3, Rüdengasse 11, fertiggestellt werden.
Für die neu geschaffene MA 16 und die 10 Außenstellen dieser Dienststelle wurden im Amtshaus Muthgasse und in diversen Bezirksamtsgebäuden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.
Für die neu eingerichtete Parkraumbewirtschaftung für die Bezirke 4 und 5 wurden im Amtshaus in 5, Schönbrunner Straße 54, Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und adaptiert.
Für die neu geschaffene Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds wurden Räumlichkeiten im Amtshaus 1, Schottenring 24, zur Verfügung gestellt.
Den Büros der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal und der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft wurden Räume im Rathaus zur Verfügung gestellt und adaptiert.
Für die Einrichtung der neuen Außenstellen „Wiener Wohnen für den 10. Bezirk" und „Wiener Wohnen für den 21. Bezirk" der MA 17 wurden Räumlichkeiten in 10, Dieselgasse 1, und in 21, Schöpfleuthnergasse 25, angemietet und den Erfordernissen entsprechend umgebaut.
Für die im Rahmen der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen eingerichtete Wiener Frauengesundheitsbeauftragte wurden Räumlichkeiten im Amtshaus 1, Schottenring 25, zur Verfügung gestellt.
Der Anmeldestelle für Todesfälle im 21. Bezirk der Wiener Stadtwerke-Städtische Bestattung wurden im Amtshaus 21, Am Spitz 1, Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Folgende Dienststellen wurden übersiedelt:

- MD-Internationale Beziehungen
- MD-Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten - Dezentralisierung
- Unabhäniger Verwaltungssenat Wien
- Rechnungsamtsdirektion und Zentralbuchhaltung der MA 6
- Buchhaltungsabteilung 30 der MA 6
- Referat Angelegenheiten der Denkmalpflege, Verwaltung der Denkmalobjekte, Bezirksmuseen und Geschäftsstelle des Wiener Altstadterhaltungsfonds der MA 7
- Referat 6 des Dezernates I der MA 15
- Referat 4 des Dezernates IV der MA 15
- Magistratsabteilung 16
- Außenstelle für den 20./21. Bezirk der MA 16
- Wohnungsberatungsstelle für den 2. Bezirk der MA 17
- Magistratsabteilung 23
- Magistratsabteilung 24
- Magistratsabteilung 25
- Magistratsabteilung 32
- Magistratsabteilung 41
- Hauskrankenpflegestützpunkt für den 2., 20. Bezirk der MA 47
- Magistratsabteilung 50
- Magistratsabteilung 67 - Gruppe Kurzparkzonenüberwachung
- Österreichischer Städtebund

Weiters war die MD-Verwaltungsorganisation mit der Verwertung folgender Objekte befaßt:

- 8, Laudongasse 5
- 9, Alserbachstraße 41
- 21, Leopoldauer Platz 94

Verschiedene der Stadt Wien zum Kauf bzw. zur Mietung angebotene Gebäude wurden zum Zwecke der Unterbringung von städtischen Dienststellen geprüft. Hinsichtlich der für den Amtshausbereich vorgesehenen Budgetmittel hat die MD-Verwaltungsorganisation bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1998 und 1999 mitgewirkt.

Es wurden folgende umfangreichere Raumprogramme neu erstellt:

- Für das Amtshaus 1, Rathausstraße 14 - 16 (MD-Stadtbaudirektion sowie Magistratsabteilungen 18, 21 A, 21 B und 21 C),
- für das Amtsgebäude „Bartensteinblock",
- für das Amtsgebäude „Schottenringblock",
- für das Amtshaus 3, Karl-Borromäus-Platz 3,
- für die Zentrale Poststelle der MD-Verwaltungsorganisation im Amtshaus 8, Friedrich-Schmidt-Platz 3,

- für das Amtshaus 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5,
- für das Amtshaus 12, Niederhofstraße 23,
- für das Amtshaus 20, Dresdner Straße 75 (Dienststellen der Baupolizei), und
- für die neu einzurichtenden Kundendienstzentren der MA 17.

Infolge der Besiedlung des Amtshauses Muthgasse sowie infolge von weiteren umfangreichen Übersiedlungen wurde die Kündigung von mehreren Mietobjekten veranlaßt.

Organisatorische Mitwirkung gab es bei

- den im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion abgehaltenen Raumprogramm-, Projekts- und Wirtschaftlichkeitsbesprechungen,
- der Besiedlungsplanung der Amtsgebäude 3, Rüdengasse 11, und 19, Muthgasse 62,
- der Festlegung von EDV-Installationen in Amtsgebäuden,
- der Prüfung betreffend die Einrichtung eines Bürger-Service-Zentrums im Amtshaus 11, Enkplatz 2,
- der Überlassung von Parkplätzen in den Garagen städtischer Amtsgebäude,
- der Prüfung des Ausbaues des Dachgeschosses im „Bartensteinblock" für Wohnzwecke,
- der Freimachung des Amtshauses 8, Friedrich-Schmidt-Platz 3 (Absiedlung der Mieter),
- den Verhandlungen über den Abschluß eines Wohnungseigentumsvertrages für das Amtshaus Muthgasse,
- der Schaffung von Behinderteneinrichtungen im Amtshaus 12, Niederhofstraße 23,
- der Neuerrichtung einer Landesfahrzeugprüfstelle der MA 46,
- der Zurverfügungstellung von Räumen für die Wiener Landwirtschaftskammerwahl,
- der Prüfung des Einbaues eines Personenaufzuges im Amtshaus 23, Perchtoldsdorfer Straße 2,
- der Prüfung eines behindertengerechten Einganges im Amtshaus 2, Karmelitergasse 9,
- der Unterbringung der TINA GesmbH,
- der Anmietung und Adaptierung eines Lokales für den Verein ABZ-Meidling.

Für die Pkw-Abstellplätze in den Höfen städtischer Amtsgebäude wurden im Ein-vernehmen mit allen betroffenen Dienststellen die Grundlage für eine Neuregelung der Parkplatzvergabe durch Vorschreibung eines Entgeltes und den Abschluß von Verträgen geschaffen.
Bearbeitung von Verbesserungsvorschlägen.
Ausarbeitung der Erlässe bei Übersiedlung von städtischen Dienststellen.
Fortschreibung des Amtsraumkonzeptes für den Magistrat der Stadt Wien.

## 2.2. Dezernat Genehmigungen

Auf Grund der Genehmigungskompetenz des Magistratsdirektors wurden bis 30. Juni 1997 886 Anträge auf Beschaffung von Sacherfordernissen bearbeitet.
364 Anträge bezogen sich auf Amtsliteratur. Ungefähr 30 Anträge wurden bezüglich der Bücheranzahl reduziert, vier nicht genehmigt.
190 Anträge betreffend Stampiglien wurden genehmigt. Ungefähr ein Viertel davon korrigiert (hauptsächlich die Schreibung der Straßen- und Platzbezeichnung).
55 Anträge betreffend Neuaufstellung oder Austausch von Kopiergeräten wurden auf ihre Notwendigkeit überprüft. Alle Anträge wurden genehmigt.
Betreffend Diktiergeräte, Aktenvernichter, Papierschneidemaschinen und sonstigen bürotechnischen Einrichtungen wurden 27 Anträge eingebracht und genehmigt.
29 Anträge bezogen sich auf Mobiltelefone. Mit zwei Ausnahmen wurden alle genehmigt.
158 Anträge betreffend Telefoneinrichtungen wurden eingebracht. Nach Einholung von Stellungnahme der MA 23, bei Telefax-Geräten auch der MA 14, wurden die Einrichtungen genehmigt.
Die geringe Zahl von Ablehnungen beruht darauf, daß in Vorgesprächen, initiiert durch die beantragende Dienststellen, über die Frage der Genehmigung oder Ablehnung schon Klarheit getroffen wurde.
17 Anträge bezüglich audiovisueller Geräte wurden eingebracht und positiv behandelt.
38 Anträge bezogen sich auf die Ausstattung von Sozialräumen mit Mikrowellenherden und Kühlschränken. Zwei Anträge auf Kühlschränke wurden nicht genehmigt.
8 Anträge bezogen sich auf nicht genehmigungspflichtige Beschaffungen (z. B. Grünpflanzen).
Mit der ab 1. Juli 1997 gültigen Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurden alle Genehmigungskompetenzen, ausgenommen die betreffend Stampiglien, abgeschafft.
In der zweiten Jahreshälfte 1997 wurden 217 Anträge betreffend Stampiglien bearbeitet.
146 Anträge betreffend andere Sacherfordernisse - die irrtümlich noch in der MD-Verwaltungsorganisation eingebracht wurden - wurden an die zuständigen Dienststellen (in der Regel MA 54 und MA 23) weitergeleitet.

## 2.3. Dezernat für Zentrale Dienste

Die Organisation des Postverkehrs und die damit verbundene Führung der Zentralen Poststelle des Magistrats der Stadt Wien ist Aufgabe der MD-Verwaltungsorganisation. Im Wege der Zentralen Poststelle wurden insgesamt rund 30 Millionen Sendungen aller Art befördert. Auf die interne Dienstpost entfielen davon rund 14 Millionen Dauerkuverts, Briefe, Zustellscheine und Pakete. Beim Versand von Mengen- und Massensendungen wurden durch Vorsortierung besonders günstige Postgebühren erreicht. Der Zentralen Poststelle obliegt weiters der Transport der Drucksorten von der Druckerei der MA 54 zu der Drucksortenstelle der MA 6 und in weiterer Folge zu den Verbraucherstellen des Magistrats. Sowohl die beim Postamt aufzugebende als auch die intern zu befördernde Paketpost hat zahlenmäßig um rund 10 Prozent zugenommen. Die Menge bzw. Gewichte der zu befördernden Drucksortengebinde sind besonders stark - und zwar um rund 20 Prozent - angestiegen.

Die vom Zustellpostamt übernommenen und an bestimmte Dienststellen des Rathauses weiterzuleitenden Postsendungen wurden in sicherheitstechnischer Hinsicht überprüft. Alle geprüften Sendungen wurden durch maschinellen Stempelaufdruck gekennzeichnet, von der Zentralen Poststelle entweder in Spezialumschlägen ausgefolgt oder im Wege des Stockwerkdienstes für jene Dienststellen des Rathauses, welche ein zahlungsmäßig starkes und dringliches Aufkommen an Poststücken aufweisen, zugestellt.

Die Zentrale Poststelle nahm täglich bis 17.00 Uhr im Spätaufgabedienst eilige Sendungen für die sofortige Abfertigung an.

Durch Einführung des „tele-porto" konnte erstmals bei der Briefpost ein Rabatt von 2 Prozent auf die Postgebühren erzielt werden.

Die MD-Verwaltungsorganisation ist im Sinne des Europäischen Übereinkommens über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland, BGBl. Nr. 67/1983, und gemäß dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich abgeschlossenen Vertrag über Amts- und Rechtshilfe, BGBl. Nr. 526/1990, die Zentrale Behörde des Bundeslandes Wien. Auf der Grundlage des Europäischen Übereinkommens waren 145 Zustellungsersuchen aus Italien und auf der Grundlage des Vertrages mit der Bundesrepublik Deutschland 300 Zustellungsersuchen deutscher Behörden zu bearbeiten.

Von der Zentralen Poststelle als zentraler Einlaufstelle des Magistrats wurden die Anzeigen des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten wegen illegaler Ausländerbeschäftigung übernommen und an die für die Führung der jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren zuständigen Dienststellen weitergeleitet.

## 2.4. Besondere Aufgaben

Im Bereich besondere Aufgaben wurden 1997 folgende Organisationsprojekte durchgeführt:

### Neuorganisation der Schlichtungsstellen in einer neu geschaffenen Magistratsabteilung 16

Bisher wurden die Aufgaben der Gemeindeschlichtungsstelle nach dem Mietrechtsgesetz in den magistratischen Bezirksämtern besorgt. Ausgehend von einer Kritik des amtsführenden Stadtrates für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung sah das Regierungsübereinkommen der Wiener Stadtregierung vor: „Zur Verfahrensbeschleunigung sind die personellen Ressourcen zu erhöhen und soll eine eigene Magistratsabteilung geschaffen werden, in der die Schlichtungsstellen vereint werden."

In Erfüllung dieses Auftrages wurden die Aufgaben der Schlichtungsstellen in einer eigenen Abteilung, der MA 16 - Wiener Schlichtungsstelle für Wohnrechtsangelegenheiten zusammengefaßt. Um die Forderungen nach Bürgernähe einerseits und nach Verwaltungsökonomie andererseits miteinander in Einklang zu bringen, wird die MA 16 in einer Zentrale, in der im wesentlichen Verfahren zur Erhöhung des Mietzinses abgewickelt werden, und in zehn Außenstellen, die vorwiegend Anträge der Mieter behandeln, geführt.

Die neue Organisationsform trat mit 1. Juli 1997 in Kraft.

### Maßnahmen zur Beschleunigung des Betriebsanlagen-Verfahrens

In der internationalen Diskussion wurde den österreichischen Behörden vorgeworfen, daß Genehmigungsverfahren für industrielle und gewerbliche Anlagen hier zu lange dauerten. Dadurch seien Betriebsgründungen im internationalen Vergleich hier schwieriger. Dieser Vorwurf veranlaßte die Wirtschaftsuniversität Wien, zuerst im Zusammenwirken mit dem Magistrat der Stadt Wien, in weiterer Folge mit Ämtern der Landesregierung und Magistraten anderer Bundesländer und Städte, die Verfahrensdauer zu untersuchen und Vorschläge zur Verfahrensbeschleunigung zu erarbeiten. In der Arbeitsgruppe der Länder und Städte hat die MD-Verwaltungsorganisation mitgearbeitet.

Parallel dazu wurde im Rahmen des Wiener Magistrats ein Arbeitskreis eingerichtet, in dessen Arbeit die Erkenntnisse der Studie der Wirtschaftsuniversität Wien aber auch die anderer einschlägiger Studien Eingang fanden. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Dauer der Verfahren wesentlich von der Qualität der von Bewilligungswerbern beigebrachten Unterlagen abhängt, zielen viele Maßnahmen dahin, Beratungseinrichtungen zu schaffen und zu verbessern.

Zur Erreichung dieses Zieles wurden in einzelnen magistratischen Bezirksämtern Projektsprechtage, einvernehm-

lich mit der Wiener Wirtschaftskammer und den Arbeitsinspektoraten, eingerichtet; Broschüren mit Mustereinreichungen für typische Betriebe wurden erarbeitet. Dieselben Informationen sind auch im Internet als Service der Wiener Stadtverwaltung abrufbar.
Der Verfahrensablauf selbst wurde durch den Entfall unnötiger Zwischenerledigungen gestrafft. Zur Verbesserung der Qualifikation der Verhandlungsleiter wurde im Rahmen der Grundausbildung für junge Juristen ein spezielles Verhandlungstraining eingerichtet.
Das Projekt wird im Bereich der EDV-Unterstützung weiter fortgesetzt. Insbesondere soll die Erstellung von Bescheiden und Verhandlungsschriften weiter automatisiert und wirksame Controlling-Maßnahmen erarbeitet werden.

### Vorbereitungsmaßnahmen für die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro

Die österreichischen Bürgerinnen und Bürger haben bei der Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union am 12. Juni 1994 auch über die Währungsunion abgestimmt. Entsprechend dem Fahrplan zur Einführung der Gemeinschaftswährung sind auch in Wien für die einzelnen Phasen umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Die Übergangszeit dauert von 1999 bis 2001. Anfang 2002 werden Banknoten und Münzen der gemeinsamen Währung ausgegeben und die Schillingbanknoten und -münzen werden eingezogen.
Zur Koordinierung der von den städtischen Dienststellen nach der Geschäftseinteilung wahrzunehmenden Aufgaben wurde in der Magistratsdirektion eine „Projektkoordination Euro" eingerichtet. Sie hat dafür zu sorgen, daß im Bereich der Stadt Wien alle Vorbereitungen für die Einführung des Euro so zeitgerecht vorgenommen werden, daß die Stadtverwaltung zu den vorgesehenen Zeitpunkten alle Anforderungen zur Verwendung des Euro erfüllt. Die „Projektkoordination Euro" wird in fünf Arbeitsgruppen, und zwar Legistik, Verwaltung, Budget- und Haushaltswesen, Datenverarbeitung sowie Ausbildung und Information, tätig.
Die von der MD-Verwaltungsorganisation betreute Arbeitsgruppe Verwaltung erhielt die Aufgabe übertragen, alle öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Handlungen der Stadt Wien zu analysieren, Lösungsvorschläge für generell auftretende Fragen, wie Gestaltung von Bescheiden bzw. Verträgen, die im Übergangszeitraum geschaffen werden und über dessen Ende hinausreichen, zu erarbeiten, Vergleichbarkeiten von über den Umstellungszeitpunkt hinausreichenden Aufzeichnungen im Administrativbereich herzustellen, die rechtzeitige Umstellung von Verwaltungsbehelfen, wie Drucksorten, Stampiglien, Wertzeichen, sicherzustellen sowie die Möglichkeiten des Ersatzes von Bargeld durch unbare Zahlungsvorgänge (unter Einbeziehung von elektronischen Zahlungsmitteln) zur Erleichterung der Umstellung zu überprüfen.
Durch eine Rundfrage bei den Dienststellen wurden alle Verwaltungsvorgänge erfaßt und in einer Datenbank gespeichert. Die Verantwortlichen der Dienststellen wurden mit der Problemstellung vertraut gemacht. Durch Querfragen wurden Schnittstellen zu Gesetzen, EDV-Programmen und anderen Dienststellen sowie Außenstehenden definiert. Rund 2.400 Geschäftsfälle wurden in der Datenbank erfaßt und bewertet. Die Auswertung der Datenbank ergab einen Überblick über die von den Dienststellen verwendeten EDV-Programme, die zur Abgleichung der Arbeitsgruppe EDV zur Verfügung gestellt wurden.
In Schulungsveranstaltungen wurden Euro-Beauftragte aus allen Dienststellen mit der Problematik vertraut gemacht. Als Ergebnis der Gespräche und Analysen zeigte sich, daß die Umstellung der Drucksorten kein Problem darstellt. Die Beratungen in der Arbeitsgruppe ergaben aber auch, daß die Umstellung von Verträgen und sonstigen Rechtsakten schon durch eine Ratsverordnung der EU ausreichend geregelt ist. Maßnahmen der Stadt Wien werden nur in wenigen Fällen notwendig sein.
Größere Anstrengungen hingegen werden aber im EDV-Bereich getroffen werden müssen. Hier bereitet vor allem die Forderung nach der doppelten Preisauszeichnung in Rechnungen und Quittungen einen besonderen EDV-Aufwand, für den rechtzeitig vorgesorgt werden muß. Wichtig erscheint es aber auch, daß der Bund seine gesetzgeberischen Maßnahmen früher als angekündigt umsetzt, damit die Ausführungsmaßnahmen des Landes und der Gemeinde Wien rechtzeitig getroffen werden können.

## Magistratsdirektion - EDV- und Informationsmanagement (MDI)

Zur vollen Nutzung der Möglichkeiten und Vorteile des ständig an Bedeutung gewinnenden Bereiches der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) war es erforderlich, Grundsätze festzulegen. In Form eines Erlasses wurden „Richtlinien der elektronischen Kommunikation im Magistrat der Stadt Wien" herausgegeben.

Um die Wiener Stadtverwaltung effizienter und serviceorientierter zu gestalten und eine Reduktion der Kosten und Durchlaufzeiten zu erreichen, wurden mit Frau amtsführender Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke sowie mit Herrn Vizebürgermeister einige Städte in den USA besucht und Erfahrungen über die neuesten Einsätze von Anwendungen in der Telematik gesammelt. Ein Überblick über die in der Stadt Wien bereits vorhandenen und demnächst zu realisierenden sowie über geplante Aktivitäten (Electronic Services), wo mit Hilfe der Telematik die Amtswege erleichtert bzw. reduziert werden sollen, wurde erarbeitet und zur Diskussion, Anregung

und Ergänzung ins Intranet gestellt.

In Zusammenarbeit mit den EDV-Abteilungen wurden Verwaltungsabläufe eruiert, die durch eine Umstellung auf elektronische Kommunikation verbessert werden können. Vorerst handelt es sich um den Schrift- und Zahlungsverkehr zwischen Magistratsdienststellen und privaten Unternehmungen. Zu diesem Zweck wurde das Projekt „Elektronische Partnerschaften" auf der Basis von EDIFACT fortgesetzt.

Die Unterkommission der Beratenden EDV-Kommission hielt im Berichtsjahr 18 Sitzungen ab, deren inhaltlichen Schwerpunkte auf den Beratungen von EDV-Projekten, wie z. B. den SAP-Einsatz und der Workflow-Einsatz, auf der Neukonzeption der Mittelfristigen EDV-Planung sowie auf den beiden Systemisierungsplänen für Datenverarbeitungsanlagen der Jahre 1998 und 1999 lagen.

In Zusammenarbeit mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, dem WIFI, der Wirtschaftskammer Wien und dem Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds wurden Diskussionen über Initiativen durchgeführt, um mit Hilfe der Telematik die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Klein- und Mittelbetriebe zu sichern und zu verbessern.

Im Rahmen der 1996 auf Stadtratebene (Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke) eingerichteten Telematikplattform „City of bits Wien", wo Vertreter der Wiener Telematik- und Multimediaunternehmen mit Fachleuten der öffentlichen Verwaltung im Interesse der Bevölkerung und des Wirtschaftsstandortes Wien Vorschläge für Aktivitäten erarbeiten, wurden u. a. folgende 5 Projekte vorgestellt:

- Radiologen-Vernetzung (Telekonsultationen im Gesundheitsnetz Donaustadt)
- Rheumatologen-Vernetzung (Videoconferencing und Online-Krankengeschichte)
- Ausarbeitung von Rahmenverträgen für die Weitergabe von Daten der öffentlichen Verwaltung
- Multimedia-Kompetenzcenter (Erstellung einer Opportunitätsstudie)
- Implementierung von Telearbeitszentren im Raum Wien (Werbekampagne für das bestehende Telearbeitszentrum)

Am 15. Oktober 1997 fand im Wiener Rathaus die Fachtagung „CityNet'97" statt, bei der die MDI das Elektronische Wohnungsinformationssystem (ELWIS) vorstellte. Dieses Informationssystem ist die logische Weiterentwicklung des „TIP!?TAP", welches schneller und einfacher zu bedienen sowie zu allen Themen des Wohnens an 24 Computer-Stationen in Wien umfangreiche Auskünfte geben kann.

Für den am 4. Dezember 1997 von Herrn Staatssekretär Ruttensdorfer im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellten virtuellen Behördenwegweiser (help.gv.at) unterstützte die MDI bei den Recherchen insbesondere in den Bereichen der Stadt Wien.

Im Oktober 1996 wurde Wien für das Jahr 1997 gemeinsam mit den Städten Århus (DK), Barcelona, Berlin, Bologna, London und Stockholm in das Steering Committee der TELECITIES gewählt. Die Präsidentschaft hat Den Haag inne, die Vizepräsidentschaft Antwerpen. Auch für das Jahr 1998 wurde Wien bei der Jahresversammlung in Berlin wiederum in das Steering Committee gewählt. Wien hat dabei die spezielle Aufgabe übernommen, den Kontakt zu osteuropäischen Städten im Telematikbereich aufzubauen. Als erste Initiative soll ein Ost-West-Telematik-Kongreß („Vienna Calling") in Wien vom 26. bis 27. März 1998 - also zeitgleich zur „Global Village 98" - organisiert werden.

Mit der Organisation dieses Kongresses sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Zusammentreffen mit Städterepräsentanten aus osteuropäischen Ländern zum Erfahrungsaustausch über den Stand der Telematik
- Ausweitung des menschlichen Netzwerkes im Telematikbereich in den osteuropäischen Bereich, auch im Hinblick auf die Osterweiterung der EU
- Identifizierung von eventuell gemeinsamen Zielen, aus denen dann Inhalte für zukünftige gemeinsame EU-Projekte im Telematikbereich entstehen können (z. B. im Umweltschutzbereich, Stadttechnologien, Know-How Transfer im Gesundheitsbereich usw.)

Die Zielgruppe der potentiellen Kongreßteilnehmer setzt sich aus Städterepräsentanten, Repräsentanten der zuständigen Ministerien, der Telecom Industrie, Universitätsinstituten und Forschungseinrichtungen der MOEL (Mittel- und Osteuropäische Länder) und EU-Europa im Bereich Telekommunikation zusammen.

Der Nutzen für die Stadt Wien ist dabei vielfältig:

- Die Veranstaltung des Ost-West-Telematikkongresses stellt einen Mosaikstein zum Ausbau Wiens als Telekommunikations-Metropole dar. Damit wird ein Beitrag zu dem im „Arbeitsübereinkommen der neuen Wiener Stadtregierung" vom November 1996 definierten Ziel geleistet, Wien als Know-How- und Kompetenzzentrum auch im Bereich der Telekommunikation zu positionieren.
- Ferner stellt dieser Kongreß ein zusätzliches Element zur Festigung Wiens als Transaktionszentrum zwischen Ost und West dar. Auch dies ist ein Beitrag zur Erreichung der Ziele des genannten Arbeitsübereinkommens, da die konkrete Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Netzwerke - in diesem Fall der TELECITIES - intensiviert wird.
- Durch das Zusammentreffen mit Repräsentanten aus osteuropäischen Städten und Regionen sowie der Industrie

verbessern sich die bilateralen Kontakte im Bereich der Telematik für die Stadt Wien erheblich. Dies stellt einen bedeutenden Bonus für die Stadt Wien besonders im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung der EU dar.

- Bei dieser Veranstaltung kommt es zu einem intensiven Erfahrungsaustausch im Bereich der Telematik. Dadurch kann die Stadt Wien die Möglichkeiten für gemeinsame internationale - auch von der EU geförderte - Telematikprojekte besser einschätzen. Es werden bei dieser Veranstaltung gemeinsame Ziele für die zukünftige Zusammenarbeit definiert, an denen die Stadt Wien ein besonderes Interesse hat (z. B. Stadttechnologien, Bildungsbereich, Gesundheitswesen usw.).

EU-Telematik Projekte:

Das Projekt MUNICIPIA endete Mitte 1997 und das Projekt CICERO ist mit Ende 1997 ausgelaufen.
Wien ist derzeit an folgenden EU Telematik-Projekten beteiligt:
INFOSOND, MIRTI, INFOCITIES, SIMAP, SENIORONLINE

Das Ziel des Projektes SeniorOnline ist es, Personen über 55 zum Gebrauch des Internets zum Zweck des Informationsaustausches zu animieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein CMC-Dienst (Computer Mediated Communication) eingerichtet mit Zugang zu interessanten Themenbereichen, ein Bereich mit häufig gestellten Fragen, der durch einen Gerontologen moderiert wird, ein Forum zum Austausch von Nachrichten und eine elektronische Multimedia-Mail. Diese Dienstleistungen werden in der jeweiligen Muttersprache angeboten werden.

Als Antwort auf die zunehmende Globalisierung in vielen Lebensbereichen und als Fortsetzung der europaweiten Bangemann Challenge, hat Stockholm im Mai 97 die Globale Bangemann Challenge ins Leben gerufen. Das Projekt wird zwei Jahre dauern und man schätzt, daß etwa 100 Städte mit rund 500 Projekten daran teilnehmen werden. Die Europäische Kommission unterstützt die Aktivitäten der Globalen Bangemann Challenge. Die Stadt Wien nimmt mit den Projekten Wiener Bildungsnetz („Vienna EducatioNet") und PDA (Produkte - Dienstleistungen - Arbeitskräfte) der Wiener Mechatroniker teil.

Um in Österreich auf Bundesebene eine einheitliche Regelung für den elektronischen Informationsfluß zwischen den verschiedenen EU-Institutionen und den einzelnen Mitgliedsländern zu finden, wurde im Bundeskanzleramt von der Abteilung IT-Koordination der Fachausschuß für IT-EU eingerichtet. In diesem Ausschuß wird die elektronische Verteilung der Ratsdokumente via X.400 vorbereitet. X.400 stellt einen in Österreich wenig verbreiteten Standard dar, der vom Bundesbereich getragen aber von Ländern, Gemeinden und der Privatwirtschaft kaum verwendet wird. Die für 1997 geplante Aufnahme des Probebetriebes wurde auf 1998 verschoben, da sich die Netzanbindung des Magistrats an das CNA (Corporate Network Austria) auf Grund technischer Schwierigkeiten verzögerte.

Das den Benutzern des Intranets zur Verfügung stehende Datenschutzhandbuch wurde mit neuer grafischer Oberfläche ausgestattet. Mit der Umstellung der Meldungsdokumentation (Meldungskonzepte, Verarbeitungsverzeichnis, Datenhaushalt) auf ACCESS sowie deren Übernahme in das Intranet zur magistratsweiten Handhabung wurde 1997 begonnen.

Neben administrativen Tätigkeiten in Vollziehung des Datenschutzgesetzes und der Wiener Datenschutzverordnung (mit Ende 1997 waren insgesamt 183 Verarbeitungen gemeldet) waren die Gesichtspunkte des Datenschutzes und der Datensicherheit entsprechend dem Fortschreiten der Informationstechnik bei der Ausarbeitung allgemeiner Richtlinien einzubringen sowie Rechtsgutachten zu erstatten.

Im Rahmen der EDV-Expertenkonferenz der Länder sowie in Koordinierungsgesprächen mit dem Bund waren die Interessen Wiens hinsichtlich eines geordneten und der Weiterentwicklung der Telematik Rechnung tragenden Datenverkehrs im öffentlichen Bereich aktiv zu vertreten und bei der Neufassung des Telekommunikationsrechts zu wahren.

Die Arbeiten zur Anpassung der Datenschutzgesetzgebung an die EU-Richtlinie haben im Berichtsjahr begonnen.

Im Rahmen des Projektes „Wiener Bildungsnetz/Jugend ans Netz" wurden die Planungen und die erforderlichen Koordinationsgespräche geführt, um innerhalb der nächsten zwei Jahre 402 Schulen der Stadt Wien sowie in den darauffolgenden zwei Jahren 194 Standorte der außerschulischen Jugendbetreuung der Stadt Wien durch hochleistungsfähige Datennetze mit Internetanschluß zu verbinden. Für die Einrichtungen der Stadt Wien wird auch die Ausstattung mit Bildschirmen und Druckern vorgenommen. Mit diesem Bildungsnetz wird der Jugend Wiens in neuen Formen der Didaktik eine für die heutige Arbeitswelt erforderliche Grundkompetenz vermittelt.

Unter der Leitung der MDI wurde im Auftrag des Herrn Magistratsdirektors in einem Arbeitskreis mit Vertretern der MD-PD, der MD-VR, der MA 1, der MA 14, des KAV-GD/EDV und KAV-ADV ein Entwurf für ein neues Gehaltsschema der EDV-Bediensteten des Magistrats erarbeitet.

Im Rahmen des Projekts „Euro-Umstellung" wurde eine Arbeitsgruppe für die EDV-Angelegenheiten gegründet, deren Leitung der MDI obliegt. Diese Arbeitsgruppe erarbeitete im Berichtsjahr Richtlinien für die weitere Vorgangsweise der erforderlichen Adaptionsarbeiten im Bereich der EDV und erstellte Aktions- und Terminpläne.

Um die Informationen bezüglich der Potentiale der Telematik und ihrer praktischen Anwendungen in einer managementgerechten Form gezielt verbreiten zu können, wurde von der MDI in Zusammenarbeit mit der MA 14, des KAV-GD und der MD-VA ein Konzept „Telematik für Magistratsmanager/innen" (Modern Times) ausgearbeitet,

das in die Managementausbildung der MD-VA integriert wird.

Im Rahmen des von der MD-VA im Auftrag des Herrn Personaldirektors geleiteten Arbeitskreises zur Neugestaltung der Grundausbildung für TechnikerInnen wurde von der MDI gemeinsam mit den EDV-Abteilungen eine inhaltliche Neugestaltung der Dienstprüfung für EDV-Bedienstete erarbeitet. Damit wird 1998 erstmals für EDV-Bedienstete eine fachorientierte Dienstprüfung durchgeführt werden.

Die für den Jahrtausendwechsel erforderlichen Software- und teilweise auch Hardware-Adaptierungen im Bereich der MA 14 und des KAV wurden von der MDI koordiniert und in regelmäßigen Gesprächen abgestimmt.

Für das Pilotprojekt „Telearbeit im Magistrat der Stadt Wien" wurde in Zusammenarbeit mit den EDV-Abteilungen ein Entwurf über die „Richtlinien zur Telearbeit" erarbeitet und zur Vorlage für den Herrn Magistratsdirektor vorbereitet. Beim Kongreß „Telework'97" in Stockholm vertrat die MDI die Position Wiens zur Telearbeit und präsentierte die Vorstellungen der Stadt Wien.

Die MDI beauftragte im Berichtsjahr die Durchführung eines Consultings der EDV-Abteilungen durch die Fa. CSC Ploenzke; die Umsetzung der daraus resultierenden Ergebnisse wurde in folgenden Bereichen begonnen:

- Umstrukturierung der EDV im Krankenanstaltenverbund
- Aufbau von Competence-Center für wienweite EDV-Aktivitäten
- Einführung magistratsweit einheitlicher Standardsoftware für die betriebswirtschaftlichen Bereiche mit der Ausprägung „die Software bestimmt die Organisation"

Die MDI beauftragte ferner - auf Basis einer Voruntersuchung der MA 14 - ein Projekt für die Umstellung der Bürokommunikation des Magistrats auf eine einheitliche grafische Benutzeroberfläche.

Für die Errichtung des Hochgeschwindigkeitsdatennetzes „City-Netz" koordinierte die MDI zwischen den Wiener Stadtwerken (Wienstrom) und den Fachdienststellen des Magistrates die erforderlichen Maßnahmen.

Im Rahmen der Einrichtung des Competence-Centers „Netz" wurde die interemistische Leitung durch die MDI übernommen. Dieses Competence-Center hat die Aufgabe, die Funktionalität und die damit verbundene Einheitlichkeit des Datennetzes sicherzustellen.

Für die Umstrukturierung der EDV im Wiener Krankenanstaltenverbund übernahm die MDI im Berichtsjahr die Koordinationsfunktion und begann mit den damit verbundenen Abstimmungsmaßnahmen.

Im Rahmen der Errichtung eines Gesundheitsverbundes in Wien wurde die Realisierung eines Pilot-Projektes koordiniert. Das Ziel dieses Gesundheitsverbundes ist die Verbindung aller Beteiligten im regionalen Gesundheitswesen und die elektronische Unterstützung der Abläufe, so daß

- eine Reduzierung der Zeit des Wissenstransfers von Wissenschaft und Industrie zu dem Anwender erreicht wird und
- die benötigten Leistungen für den Bürger bzw. Patienten in besserer Qualität und kostengünstig zur Verfügung gestellt werden.

In der Österreichischen Plattform für Telematik-Anwendungen „APTA", die eine Vereinigung von regionalen Telematikinitiativen der Bundesländer zur Stimulierung und Förderung des Telematik-Einsatzes ist, war die Stadt Wien durch die MDI vertreten.

## Magistratsdirektion - Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ)

Die Dienststelle für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten hat 1997 zu einer Vielzahl von Gesetzentwürfen - vor allem des Bundes, aber auch des Landes Wien - vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben, wobei von besonderer Bedeutung die Entwürfe zu Änderungen der Strafprozeßordnung und des Mietrechtsgesetzes sowie des Insolvenzrechtsgesetzes waren; weiters wurden Abänderungen des Urheberrechts- und des Börsengesetzes sowie des Wiener Vergabegesetzes begutachtet.

Wie auch in den Vorjahren wurden sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrates durch mündlich oder telefonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung von 689 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten.

Durch diese Beratungs- und Begutachtungstätigkeit konnte naturgemäß nicht allen Rechtskonflikten von vornherein vorgebeugt werden. Demgemäß fielen 678 Klagssachen an, die ihrerseits teilweise im Vergleichsweg bereinigt werden konnten, im übrigen aber vor Gericht bzw. im Instanzenzug ausgetragen werden mußten. Darüber hinaus mußten 500 Mahnklagen und Besitzstörungsklagen eingebracht werden. In 7 Verlassenschaftssachen wurde vor Gericht bzw. Notaren für die Stadt Wien eingeschritten.

Ferner waren 466 Liegenschaftsexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, rund 870 sonstige Exekutionen (davon 371 für andere Dienststellen, der Rest in Fortführung eigener Prozeßcausen) und 603 Insolvenzfälle zu behandeln.

Für Einvernahmen vor Gerichten oder Verwaltungsbehörden wurden 946 Entbindungen von der Amtsverschwiegenheit erteilt, die in weiterer Folge die zeugenschaftliche Vernehmung von Mitarbeitern der Stadt Wien ermöglichten.

Im Aufgabenbereich der Beurkundung, grundbuchstechnischen Abwicklung und Realisierung von Liegenschaftstransaktionen waren 468 Verträge, 919 Freilassungs- und sonstige Zustimmungserklärungen sowie 13 Schuldscheine im Zusammenhang mit der Stadt Wien gewährten Wohnbauförderungsdarlehen auszufertigen und zu verbüchern. Es waren überdies 202 Grundabteilungsgenehmigungsbescheide zu verbüchern bzw. Grundbuchsordnungen herzustellen sowie 479 baubehördlich begründete Verpflichtungen grundbücherlich ersichtlich zu machen.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau sind 9 neue Geschäftsstücke (Beurkundungen von Rechtsgeschäften für die Sicherung künftiger Bauführungen, Hilfsmaßnahmen für durch den U-Bahnbau beeinträchtigte Gewerbetreibende u.a.) angefallen.

Schließlich waren noch 480 sonstige Geschäftsstücke (Ausstellung von Vollmachten, Erteilung von Auskünften usw.) zu bearbeiten.

## Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion (MD-BD)

Im Zusammenhang mit organisatorischen Veränderungen in der MD-Stadtbaudirektion wurde 1997 mit Erlaß des Herrn Stadtbaudirektors die bisher im Dezernat 4 angesiedelte Geschäftsstelle des Vergabekontrollsenates ausgegliedert und nimmt nunmehr als eigenständige Stelle die Geschäfte des Auftragnehmerkatasters wahr. Weiters wurde die bisher vom Dezernat 3 wahrgenommene technische Fachaufsicht mit Dezember 1997 dem neu geschaffenen Dezernat 6 zugeordnet.

Mit Erlässen des Stadtbaudirektors wurden mehrere ProjektkoordinatorInnen eingesetzt:

- Für die Stadterweiterungsprojekte „23.02 - Multifunktionales Zentrum U 6-Süd“ und „23.04.01 - In der Wiesen Nord“; damit soll sichergestellt sein, daß mit der Besiedelung der Wohnungen auf den oben genannten Stadterweiterungsflächen sowohl die soziale und technische Infrastruktur als auch die übergeordnete Individualverkehrsanbindung und öffentliche Verkehrsanbindung und die Grüngestaltung fertiggestellt sind.
- Für die Umbau- und Gestaltungsmaßnahmen an der Oberfläche im Bereich der U-Bahn-Bauabschnitte U3/20 bis U3/22; damit soll sichergestellt sein, daß in Abstimmung mit der Inbetriebnahme der U-Bahn-Linie U3 bis Simmering die technische Infrastruktur, die straßenbaumäßige Oberfläche sowie die Grüngestaltung weitestgehend fertiggestellt ist.
- Zur Koordinierung aller im direkten oder indirekten Einflußbereich der Stadt Wien stehenden Belange im Zusammenhang mit dem von der EU geförderten Programm URBION, bei welchem vier Straßenzüge der westlichen Gürtelstraße im Rahmen des Projektes URBAN GÜRTEL PLUS umgebaut und gestaltet werden sollen; damit soll sichergestellt sein, daß innerhalb des gesetzten Zeitraumes die technische Infrastruktur, die Straßengestaltung sowie die entsprechende Möblierung bzw. Ausstattung fertiggestellt ist.

Weiters wurde mit Erlaß des Stadtbaudirektors ein „Projektteam Donau-City Rahmenplan“ eingesetzt. Durch die Koordinierung aller notwendigen Aktivitäten und zur Dokumentation und Analyse der bestehenden städtebaulichen, stadtgestalterischen und stadtstrukturellen Entwicklung soll die Zusammenarbeit der relevanten Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien mit der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum AG - WED intensiviert werden.

Um die klima- und umweltgerechte Beschaffung von Baustoffen bei der Stadt Wien auch weiterhin sicherzustellen, wurde durch Erlaß des Stadtbaudirektors geregelt, daß die Verwendung von Dämmstoffen in Form von Polystyrol-Extruderschaumstoff XPS mit teilhalogenierten Kohlenwasserstoffen als Treibgas nach Möglichkeit zu vermeiden ist.

Die Ständige Projektkommission des Stadtbaudirektors, die aus Oberbeamten des Magistrates unter Vorsitz des Stadtbaudirektors einmal monatlich zusammentritt, um die Projekte, die für die Stadt Wien von besonderer Bedeutung sind, im Hinblick auf ihre grundsätzliche und übergeordnete Funktion zu besprechen, hat im wesentlichen folgende Projekte behandelt:

- Recyclingbörse Wien - Anwendungsmöglichkeiten im technischen Bereich des Magistrates
- Der Semmeringtunnel
- Barrierefreies Bauen
- Neuere Methoden zur Simulation der Schadstoffausbreitung
- Stand der Dinge am Sektor des U-Bahnbaues, Optimierungsprogramm der Straßenbahnlinien 31, 33 und 67

Darüber hinaus wurde seitens der Geschäftsstellen des Stadtbaudirektors die Abwicklung der Arbeiten und Sitzungen der Fachkommission „Verkehr“ und „Infrastruktur“ koordiniert.

Die „Fachkommission Verkehr“ hat unter Vorsitz des Stadtbaudirektors im Jahr 1997 in acht Arbeitssitzungen das Ergebnis von 3 Befahrungen (Überprüfung von 20 Örtlichkeiten) und 238 Baumaßnahmen einer Beurteilung zugeführt. Damit wurden insgesamt, seit der Konstituierung der Verkehrskommission am 24. November 1994, in 25 Arbeitssitzungen das Ergebnis von 30 Befahrungen (Überprüfung von 313 Örtlichkeiten) und 637 Baumaß-

nahmen (Umbaumaßnahmen, Haltestellen der Wiener Linien, Maßnahmen der Straßenraumgestaltung, Radwege, Stellungnahmen zu Verkehrsfragen, Projektänderungen), also insgesamt 950 Maßnahmen im öffentlichen Straßenraum diskutiert, beurteilt und das Ergebnis dem Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe für Umwelt und Verkehrskoordination zur Entscheidung vorgelegt.

Die Überprüfung der 313 Örtlichkeiten ergab nur bei 12 Örtlichkeiten (3,8 %) die Notwendigkeit eines Umbaues bzw. einer Entfernung der beanstandeten Verkehrsmaßnahmen.

72,2 Prozent (460) der bearbeiteten 637 Projekte wurden mit einstimmiger Zustimmung, 12,7 Prozent (81) mit mehrheitlicher Zustimmung zur Realisierung vorgeschlagen; bei 8,2 Prozent (52) der Projekte wurde die Zustimmung erst nach erfolgter Abänderung erteilt und bei 6,8 Prozent (43) der Projekte wurde die nochmalige Überprüfung durch die zuständigen Fachdienststellen veranlaßt.

Ein Projekt (0,1 %), für das in der Fachkommission Verkehr keine entsprechende Zustimmung gefunden werden konnte, konnte erst nach einer im Sinne des beantragenden Bezirkes gefällten politischen Entscheidung einer Realisierung zugeführt werden.

In den vier, im Berichtsjahr 1997 abgehaltenen Arbeitssitzungen der „Infrastrukturkommission" wurden unter dem Vorsitz des Stadtbaudirektors 29 Wohnbauprojekte mit 8.745 Wohneinheiten einer Bewertung, vor allem im Hinblick auf die Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur unterzogen. Damit wurden insgesamt, seit der Konstituierung der Infrastrukturkommission am 22. September 1994, in zehn Arbeitssitzungen 325 Projekte mit 114.264 Wohneinheiten behandelt. 121 Projekte mit 25.715 Wohneinheiten wurden mit der Bewertung „1" (Projekte, die auf Grund der Kosten für die soziale und technische Infrastruktur bzw. der Lagegunst und der verkehrsmäßigen Anbindung zu empfehlen sind), 27 Projekte mit 19.967 Wohneinheiten mit der Bewertung „2" (Projekte mit relativ hohen Kosten für soziale und technische Infrastruktur), 42 Projekte mit 30.907 Wohneinheiten mit der Bewertung „00" (Projekte, die auf Grund derzeit noch bestehender Unwägbarkeit wie z.B. Grundstückverfügbarkeit, Widmungsfragen, Verkehrs-anbindung und Infrastrukturkosten vorerst zurückgestellt werden) und 20 Projekte mit der Bewertung „X" (keine Wohnbebauung mehr vorgesehen) versehen.

Von den genannten 325 Projekten wurden bis Ende 1997 62 Projekte mit 22.470 Wohneinheiten fertiggestellt.

Auf Grund der geänderten Bedarfssituation auf dem Grundstückssektor und unter Berücksichtigung einer Forcierung des Wirtschaftsstandortes Wien erfolgte mit 7. April 1997 die Konstituierung der „Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements". Dabei soll durch eine Harmonisierung der Zusammenarbeit des WBSF und WWFF und der Dienststellen der Stadt Wien, insbesondere der Planungsdienststellen, unter besonderer Berücksichtigung der vorhandenen Grundstücksreserven sowie zukünftiger Transaktionen der Stadt, das Grundstücksmanagement optimiert und ein möglichst frühzeitiges Zusammenwirken der befaßten Institutionen gewährleistet werden. Bei der ersten, am 11. Dezember 1997, durchgeführten Arbeitssitzung wurde der Vorschlag einer Prioritätenreihung unterbreitet und die vorhandenen Arbeitsunterlagen präsentiert. Weiters erfolgte der Vorschlag zur Festlegung und Bewertung regionaler Entwicklungsbereiche und zur Bewertung diverser Einzelprojekte. Im Zuge weiterer Arbeitsgespräche werden alle als Betriebsflächenpotentiale ausgewiesenen Flächen einer Bewertung zugeführt werden.

Die Projektleitstelle befaßte sich 1997 im wesentlichen mit der Sicherung der technischen und sozialen Infrastruktur in den Stadterweiterungsgebieten. Die Infrastrukturkommission ist bemüht, nur Projekte mit vorhandener oder nur mit geringem Aufwand zu errichtenden technischen und sozialen Infrastruktur zu empfehlen. Darauf sowie auf die Tatsache, daß zukünftig weniger Wohnungen gebaut werden sollen, wurde insofern reagiert, daß die Koordination der Stadterweiterungsgebiete derzeit nur von Bediensteten aus den MA 24, 28 und 30 wahrgenommen werden, welche diese Aufgabe neben ihrer normalen Dienstverpflichtung übernehmen.

1997 wurden 325 Stadterweiterungsprojekte für rund 114.300 Wohnungen verfolgt, für 28 Projekte mit 37.000 Wohnungen für rund 100.000 Einwohner wurden 9 Projektkoordinatoren zur Sicherung der sozialen (wie Schulen, Kindergärten, Ärzte, Apotheken, Behindertenwohneinheiten, Wohnungen für Bürger in Not, Jugendeinrichtungen, Volkshochschulen, Kirchen, Büchereien, Polizeiwachzimmer usw.) und technischen Infrastruktur, der Nahversorgung und der Grün- und Erholungsflächen für den Zeitpunkt der Besiedelung eingesetzt.

Neben dem sich aus der Tätigkeit der Projektkoordinatoren ergebenden übergeordneten Handlungsbedarf wurden von der Projektleitstelle gezielt Vorhaben, wie zum Beispiel die Errichtung von Behindertenwohnungen, auf ihre Treffsicherheit hin überprüft. Schien es 1995 noch sinnvoll, präzise schriftliche und planliche Angaben über die Ausgestaltung der Behindertenwohnungen vertraglich verbindlich an die Bauträger weiterzugeben, wurde es im Hinblick auf die Novellierung der Bauordnung, welche eine flexiblere Gestaltung der Raumaufteilung im Wohnungsverband erlaubt und eine entsprechende Barrierefreiheit vorsieht, gemeinsam mit der MA 12 als ausreichend empfunden, daß für Körperbehinderte bestimmte Wohnungen lediglich anpaßbar geplant werden sollen. Dadurch konnte sichergestellt werden, daß in Zukunft Wohnungen für Bedürfnisse von Rollstuhlfahrern erst im tatsächlichen Bedarfsfall und dies ohne Mehraufwand bei den Baumeisterarbeiten und geringfügigen Verlängerung der Sanitärleitungen von den Bauträgern zur Verfügung gestellt werden können.

Ebenso wurde auf Grund von Erfahrungen aus diversen Projektkoordinationen erfolgreich angeregt, bei größeren Stadtentwicklungsprojekten an Stelle von Gutachten, welche bisher für die Flächenwidmung herangezogen wurden,

verbindliche Verkehrsleitprojekte zu erstellen, welche schon in einem früheren Stadium der Planung punktuelle Detaillösungen an neuralgischen Stellen anbieten sollen.

Die Projektleitstelle verstärkte 1997 also Bemühungen, Entscheidungen ins Vorfeld der Planung zu rücken, und nicht erst Schwierigkeiten zum Zeitpunkt der Realisierung zu meistern.

Mit Erlaß des Herrn Stadtbaudirektors wurden mit Wirksamkeit vom 1. August 1997 die bisher von der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, wahrgenommenen Aufgaben des Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien der Geschäftsstelle des Vergabekontrollsenates zugeordnet. Neben der Führung der Bürogeschäfte des Vergabekontrollsenates entsprechend den Bestimmungen des Wiener Landesvergabegesetzes 1995 und der in der Sitzung des Vergabekontrollsenates vom 30. Oktober 1995 beschlossenen Geschäftsordnung wurden vielfach Stellungnahmen für die Vorbereitung und Begutachtung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen abgegeben. Im Bereich des Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien wurde im Auftrag der MD-Büro des Magistratsdirektors ein Erlaßentwurf für die Führung und Verbindlichkeit des Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien vorbereitet. Sowie bisher wurden vom Auftragnehmerkataster sämtlichen Dienststellen der Stadt Wien die standardmäßig für die bei Vergabeverfahren erforderliche Bewertung der Eignung von Bewerbern, Bietern und deren Subunternehmern evidentzuhaltenden Daten in der Regel auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt. Besondere Bedeutung kommt dabei der Aktualität dieser Daten zu. In Vorbereitung einer umfassenden Aktualisierung dieser Daten im Jahre 1998 wurden daher im Einvernehmen mit der MA 14 entsprechende organisatorische und EDV-technische Vorbereitungen getroffen. Im Jahre 1997 wurde ein letztes Mal eine „Bewerberliste" des Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien (Liste der im Auftragnehmerkataster geführten, hinsichtlich der Standard-Eignungskriterien vollständig geprüften und ohne Mängel evidentgehaltenen Unternehmer) als Sonderdruck des Amtsblattes der Stadt Wien herausgegeben. Für die ab 1998 geänderte Form der Herausgabe im Internet wurden im Jahre 1997 entsprechende Vorbereitungsarbeiten wahrgenommen. Auf Grund der Bundesvergabegesetznovelle 1997 sowie der als Begleitgesetz hiezu herausgegebenen Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sind seit 1. Jänner 1997 Auskünfte jeweils durch den Auftraggeber selbst einzuholen. Aus Gründen der Verwaltungsökonomie, Raschheit und Zweckmäßigkeit werden diese Auskünfte mittels eines zentralen online-Anschlusses zum Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Zentrale Verwaltungsstrafevidenz, vom Auftragnehmerkataster der Stadt Wien eingeholt und im Datenbestand abgespeichert.

Wesentlichen Raum in der Tätigkeit nahm wie bisher die Beratung der Dienststellen und Unternehmungen der Stadt Wien bei der Bewertung der Eignung von Unternehmen sowie die Beantwortung von Fragen zur anlaßbezogenen Aktualisierung von Unternehmerdaten (z.B. handelsrechtliche, gewerberechtliche Änderungen, Fusionen, Firmeneinbringungen, Insolvenz- bzw. deren Vorverfahren) ein. Durch die Vergabe gemäß der Hinweise im Datenbestand des Auftragnehmerkatasters wurden den vergebenden Dienststellen wesentliche Hinweise zur Bewerber- bzw. Bieterbewertung bzw. Genehmigung von Subunternehmern gegeben. Bei der Eintragung „wesentliche Mängel" erfolgte dieses jeweils nach Einbindung sämtlicher involvierter Dienststellen, Berichterstattung sowie Genehmigung durch den Herrn Stadtbaudirektor.

Im Hinblick auf die im Rahmen des EDV-Systems ISBA (Informationssystem Bauen) geführten EDV-Systems FIAKER (Firmen- und Aufträgekataster - Auftragnehmerkataster der Stadt Wien) wurde 1997 mit der Umstellung von der bisherigen IBM-Applikation auf eine Client - Server Lösung begonnen.

Im Jahre 1997 fanden insgesamt 11 Sitzungen des Vergabekontrollsenates sowie rund 20 Vorbereitungsbesprechungen hiezu statt. Insgesamt wurden 24 Anlaßfälle (Anträge auf Nachprüfungsverfahren, Anträge auf Erlassung einstweiliger Verfügungen, Anträge auf Nichtigerklärung rechtswidriger Entscheidungen der vergebenden Stellen) behandelt. Im Bereich des Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien wurden rund 21.500 Unternehmen evident gehalten, wobei 1997 rund 1.100 Neuanträge um Aufnahme in den Auftragnehmerkataster bearbeitet wurden. Im Bereich der zentralen Evidenthaltung der Aufträge der Dienststellen des technischen Bereiches werden derzeit mehr als 300.000 Aufträge, strukturiert nach vergebenden Stellen, Auftragnehmern, Branchen und Auftragssummen, im Auftragnehmerkataster evident gehalten. Das EDV-System des Auftragnehmerkatasters steht derzeit rund 1.200 Vergabereferenten innerhalb der Stadt Wien online zur Verfügung.

Der Aufgabenbereich der Gruppe Hochbau und Haustechnik umfaßte die Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen für 49 Projekte mit Bruttogesamtbaukosten von rund 3,17 Milliarden Schilling unter besonderer Beachtung technischer, funktioneller und wirtschaftlicher Aspekte. Diese Projekte sind in der nunmehr vierten Auflage der „städtischen Bauvorhaben, Projektdaten - Wirtschaftlichkeitsbesprechungen" dokumentiert. Diese Grundsätze wurden auch der Teilnahme an Projektvorbesprechungen im städtischen Wohnbau, der Planungskommission der Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien mit 25 sowie der Schulraumkommission zugrunde gelegt.

Koordinierende Tätigkeiten waren sowohl bei der Erstellung von Bauprogrammen für den Wohnhausbestand der Gemeinde Wien im Einvernehmen mit der MA 17 als auch bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für schwerwiegende oder abteilungsübergreifende Probleme erforderlich.

Insbesondere ist hier der Abschluß der Bauprojekte Erlebniswaldbad Penzing, 14, Linzer Straße 386 - 390, Amtshaus 19, Muthgasse 62 und 64, Hauptfeuerwache Floridsdorf, 21, Siemensstraße, sowie der Abschluß des ersten

Bauabschnittes der Sanierung der Lueger Kirche zu nennen.

Das Amtshaus 19, Muthgasse 62 und 64, ist mit einer Büronutzfläche von rund 38.000 m² das zweitgrößte Bürogebäude der Wiener Stadtverwaltung. Für den Unabhängigen Verwaltungssenat und die MA 16, 23, 24, 32, 41 sowie 50 wurden teilweise unbefriedigende räumliche Belange verbessert, indem für rund 1.000 Bedienstete der Stadt Wien adäquate Büroarbeitsplätze eingerichtet wurden.

Für das Aufgabengebiet „Schulbauprogramm 2000" mit der Fertigstellung von 6 Neubauten und 2 Zubauten im Jahr 1997 ist stellvertretend die Übergabe des Polytechnischen Lehrganges in 3, Baumgasse/Meiselgasse 1, zu nennen. Ein funktioneller, 12-klassiger Schulneubau, mit dem die Anforderungen der Pädagogen an ein modernes Unterrichtswesen im hohen Maße erfüllt werden, steht seit dem Schuljahr 1997/98 zur Berufsvorbereitung zur Verfügung.

Neben vorgenannten Aufgaben ist insbesondere die Mitgestaltung, Entwicklung und Begleitung der Bauträgerwettbewerbe für Wohnbauvorhaben - auch als Mitglied im Grundstücksbeirat - durch die MD-BD, Gruppe Hochbau und Haustechnik hervorzuheben; außerdem die Vorbereitung sowie Mitwirkung in der Jury des Planungswettbewerbes „kommunales Wohnbauvorhaben in 23, Rösslergasse".

Schließlich ist die Beratungstätigkeit bei der Entsorgung der im Asbestkataster erfaßten Objekte der Stadt Wien sowie die Mitarbeit eines EDV-gestützten Gebäudemanagementsystems im Rahmen des EDV-Projektes GEMMA zu nennen.

Hinsichtlich wichtiger Veränderungen in der Gesetzgebung ist die Mitarbeit im Arbeitskreis „Bauordnungsreform" für den technischen Teil der Bauordnung zu nennen.

In Zusammenarbeit mit den zugeordneten technischen Dienststellen wurden vorbereitende Maßnahmen zur Einführung von Kostenrechnungsmodellen sowie zur Qualitätssicherung in der Bauabwicklung festgelegt.

Die Gruppe Tiefbau und Verkehr hatte wie bisher dafür Sorge zu tragen, daß die Maßnahmen sowohl jener technischen Dienststellen, die sich mit der Gestaltung, Erhaltung und Verbesserung von Verkehrsflächen und Verkehrsbauwerken sowie mit der Verkehrsorganisation und Verkehrsangelegenheiten befassen, als auch jener, die mit den Gebieten Kanalisation und Wasserversorgung befaßt sind, koordiniert und nach einheitlichen wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden.

Nach wie vor lag ein Tätigkeitsschwerpunkt in einer verstärkten übergeordneten Koordinierung der Maßnahmen im Straßenbereich u.a. hinsichtlich der Einbautenumlegungen und straßenbaulicher Maßnahmen in Dezentralisierungsangelegenheiten. In den Sommermonaten wurden wöchentlich Baustellen-Jour-fixe-Gespräche mit allen beteiligten Stellen abgehalten. Die Weiterentwicklung von Koordinationstechniken zur Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich wurde vorangetrieben (Baukoordinationssystem „GRABIS"). Die übergeordnete Kontrolle des ordnungsgemäßen Baufortschrittes und die Einhaltung der Verkehrsauflagen bei den städtischen Tiefbauvorhaben sind ebenfalls ein Tätigkeitsbereich der Gruppe Tiefbau und Verkehr. In Bundesstraßenangelegenheiten wurde an der Vertretung der Interessen der Stadt Wien gegenüber dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und an der Klärung von Fragen im Zusammenhang mit der ÖSAG (Österreichische Autobahnen und Schnellstraßen-AG) und mit der ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs AG) mitgewirkt.

Die Gruppe Tiefbau und Verkehr war mit der Forcierung der Arbeitsprogramme für die Aufschließung von Kanal, Wasser, Gas und Fernwärme ebenso befaßt, wie mit der Beurteilung von beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zur Förderung eingereichter Garagenprojekte hinsichtlich der Baudurchführung und der Kostenansätze.

Eine wesentliche Aufgabe war auch wieder die Mitwirkung bei der lang- und mittelfristigen Budgetplanung und bei der Budgeterstellung der Tiefbaudienststellen sowie die Vertretung dieser Dienststellen bei den entsprechenden Budgetperlustrierungen. Die Koordinierung der Arbeitsschwerpunkte der Fachkommission Verkehr sowie der Führung des Vorsitzes im Beirat für Fragen des Wirtschaftsverkehrs wurde weiterhin wahrgenommen. Mit den Wiener Linien wurden laufend Besprechungen insbesondere über Probleme des öffentlichen Verkehrs abgehalten. Ein weiterer Aufgabenbereich besteht in der Auswahl Delegierter im Rahmen der Mitgliedschaften der technischen Dienststellen bei Vereinen und Institutionen im In- und Ausland. Einen großen Arbeitsbereich umfaßte auch die Erarbeitung von Anfragebeantwortungen für den Herrn Bürgermeister, den Gemeinderat, für die Gemeinderatsausschüsse, Stadträte, Dienststellen und Anfragen von Privaten.

Die Gruppe Tiefbau und Verkehr wirkte weiters an der Gestaltung der Förderungsbedingungen im auf Grund des Umweltförderungsgesetzes eingerichteten Arbeitskreis „Siedlungswasserwirtschaft" des Bundes und der Länder sowie im Zusammenhang mit der Betreuung und Kontrolle im Rahmen der Geschäfte des Landeshauptmannes für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds an der Änderung der Förderungsrichtlinien mit.

Für die Vorbereitung und Durchführung von Kontaktgesprächen mit den ÖBB einschließlich der Ausarbeitung von Anfragebeantwortungen, die den Bereich der ÖBB betreffen, ist in der Gruppe Tiefbau und Verkehr ein Projektkoordinator tätig, der sich auch mit allen Angelegenheiten des Nahverkehrs befaßt. Weiters ist ein Projektkoordinator mit der Koordinierung der für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten erforderlichen Vorbereitungen der Aufschließungsarbeiten (Beratung der MA 4 und des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds in technischer Sicht, der Firma ISTEG- Infrastruktur Errichtungsgesellschaft m.b.H. über die Koordination der Arbeiten der Dienststellen, die in den in Aufschließung befindlichen Flächen tätig sind) befaßt. Überdies erfolgt durch diesen die Koordinierung

der Interessen der Stadt Wien für zwei Stadterweiterungsgebiete im 21. Bezirk und 22. Bezirk.

Ein Mitarbeiter ist als Einbautenkoordinator für die Unterstützung der Bezirksvorsteher und Bereichsleiter für Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien tätig.

In den Koordinationsbereich der Gruppe Planung gehören die Planungsabteilungen (MA 18, MA 19, MA 21A, MA 21B, MA 21C), die Stadtvermessung (MA 41) sowie die Abteilung für Technische Grundstücksangelegenheiten (MA 40). Im Zuge der Geschäftseinteilung vom November 1996 wurde der Bereich Druckerei und Technische Dokumentation (ehemals MA 20) mit inhaltlich sehr breit gefächerten Aufgabenstellungen neu zugeordnet, wobei die Technische Dokumentation (nunmehr MA 18) sowie die Reprografie und der Kartenverkauf (nunmehr MA 21B) im Koordinierungsbereich der Gruppe Planung verblieben. Bei den Aufgabengebieten der MA 40 und 41 handelt es sich größtenteils um eindeutig festgelegte Verfahrens- und Arbeitsabläufe, die zu bearbeiten sind. Gerade in diesen Bereichen wurde jedoch versucht, durch technologische Neuerungen eine zeitgemäße Ausstattung und Arbeitsabwicklung zu gewährleisten. Durch die Übersiedlung der Stadtvermessung vom Amtshaus Rathausstraße in das neue Amtshaus Muthgasse im 4. Quartal 1997 war auch eine Neuordnung verschiedener Arbeitsabläufe hinsichtlich ihrer raummäßigen Zuordnung möglich, wovon eine Effizienzsteigerung erwartet werden kann. Der Bereich Stadtplanung ist durch sehr unterschiedliche und vielfältige Aufgaben gekennzeichnet, die letztlich auch differenzierte und spezifische Arbeitstechniken erfordern. Der Schwerpunkt der Koordinierungs- und Abstimmungstätigkeit lag im Bereich der Stadtentwicklung einerseits in der Begleitung der Qualitätssicherung bei der schrittweisen Umsetzung von Stadterweiterungsprojekten und andererseits in einer Forcierung der inneren Stadtentwicklung. Diese, aber auch weit wichtigere Aktivitäten, wie die Novellierung der Wiener Bauordnung, sind Teil des laufenden Umsetzungsprozesses des „Stadtentwicklungsplanes 1994".

Neben den wesentlichen Koordinierungsaufgaben der Gruppe Planung, der laufenden Abstimmung der Widmungsprogramme mit den Erfordernissen des Wohnungsbaues, der Überprüfung jener Gebiete mit nicht konsensmäßigem Baubestand hinsichtlich ihrer Flächenwidmung sowie die laufende Abstimmung der Flächenwidmungsprogramme mit den Erfordernissen der Betriebsansiedlung erfolgte die Mitarbeit in der in der Stadtbaudirektion eingerichteten Infrastrukturkommission. Ein weiterer wesentlicher Schritt in der qualitätvollen Umsetzung von Stadtentwicklungsprojekten ist die Durchführung der von der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung eingeführten Bauträgerbewerbe sowie der Grundstücksbeirat.

Im Rahmen der in der Stadtbaudirektion eingerichteten „Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements" (KOG) wurde als erster Schritt im Jahr 1997 unter inhaltlicher Federführung der Gruppe Planung und maßgeblicher Mitwirkung anderer Stellen der Stadtbaudirektion, der Planungsabteilungen, der EDV-Abteilung sowie des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds ein Betriebsflächenprogramm für Wien sowie eine Zusammenführung der Grundstücksreserven der Stadt Wien und der Fonds auf EDV-Basis (GIS-fähig) erstellt.

Damit soll ein Überblick über Betriebsflächenpotentiale geschaffen, die Entwicklung von Betriebsflächen durch Harmonisierung von Liegenschaftsmanagement, Flächenwidmung und Infrastrukturausbau optimiert und eine längerfristige Bodenpolitik erleichtert werden.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich der Gruppe Planung bestand in der Koordinierung und Mitwirkung bei der Entwicklung und Begleitung der Umsetzung von städtebaulichen Großprojekten. Unter koordinativer Mitwirkung der Gruppe Planung konnten Entwicklungsvorstellungen für den Bereich Volksprater/Messe/Stadion erarbeitet und weitere Vorgangsweisen festgelegt werden. Zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wien und der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum (WED) bzw. zur Weiterentwicklung des in Umsetzung begriffenen Projektes Donau City wurde auf Betreiben der Gruppe Planung eine neue effektive Organisationsstruktur geschaffen. Die Gruppe Planung nimmt die Federführung der „Koordinierungsgruppe Städtebau" wahr.

Ferner wirkte die Gruppe Planung in der von der Stadtbaudirektion eingesetzten Projektorganisation zur Schaffung der Voraussetzungen und Definierung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Stadtentwicklungsprojektes Nordbahnhof und des Güterterminals Inzersdorf mit.

Ein wichtiger Beitrag zur Steuerung der Stadtentwicklung gemäß den Zielvorstellungen des „Stadtentwicklungsplanes für Wien" besteht in einer strategischen Standortplanung wichtiger öffentlicher Einrichtungen.

Neben laufenden Koordinierungstätigkeiten im Hinblick auf größere öffentliche Einrichtungen wurde im Rahmen eines Arbeitskreises zur Abstimmung der Standortplanung von Bundesschulen in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und der Bundesbaudirektion unter Federführung der Gruppe Planung eine Organisationsstruktur zur kontinuierlichen Abstimmung von Standortfragen und zur gemeinsamen Entwicklung von Standortkonzepten für Bundeshochbauten in Wien entwickelt. Erste Arbeitsgespräche haben 1997 bereits stattgefunden.

Die Stadt Wien ist Ende 1996 im Sinne der Beschlüsse der UN-Weltgipfelkonferenz von Rio de Janeiro 1992 der „Kampagne der zukunftsbeständigen Städte und Gemeinden Europas" (Aalborg Charta) beigetreten. Somit hat sich Wien verpflichtet, ein integriertes Arbeitsprogramm zur Umsetzung einer „Lokalen Agenda 21" zu erstellen und dieses auch durchzuführen. Unter Federführung der Gruppe Planung wurde 1997 ein Konzept erstellt.

Einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt stellte auch die Mitwirkung bei der Erstellung und Umsetzung von planungsrelevanten EU-Förderungsprogrammen im Bereich der Stadt Wien dar.

So konnten insbesondere Projekte aus dem Förderungsprogramm INTERREG II A mit Tschechien, Slowakei und Ungarn zur Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation weiterentwickelt und am Programmentwurf für das auf Mittel- und Südosteuropa ausgedehnte Programm INTERREG II C mitgewirkt werden.

Ein wesentlicher Schritt konnte mit der grundsätzlichen Festlegung der gestalterischen und finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung wichtiger Maßnahmen zur Attraktivierung der Mittelzone der Gürtelstraße (z.B. Urban-Loritz-Platz, Revitalisierung der Gürtelbogen) im Rahmen des EU-Förderungsprogrammes URBAN-Wien Gürtel Plus gesetzt werden.

Ein wichtiges Anliegen Wiens stellt die Positionierung der Stadt im Rahmen der europäischen Städtepolitik dar. Neben der Mitarbeit in verschiedenen Städte- und Regionsnetzwerken, wie z.B. Versammlung der Regionen Europas (VRE) oder EUROCITIES, wurde unter Federführung der Gruppe Planung eine Städtekonferenz („Städte und Städtepolitik in Europa") mit Vertretern aus 23 europäischen Städten, 6 Städtenetzwerken und EU-Institutionen abgehalten.

Ziel dieser Initiative ist die gemeinsame Formulierung von Positionen zu wichtigen Themenstellungen einer zukünftigen EU-Städtepolitik auch vor dem Hintergrund einer Neuorientierung der Europäischen Förderungspolitik. Nicht zuletzt auf Grund dieser Initiative hat die EU der Stadt Wien die Durchführung der ersten umfassenden Städteplattform auf EU-Ebene, des „URBAN FORUMS", im November 1998 zugesprochen. Bei dieser Großkonferenz mit rund 600 Teilnehmern sollen die im Vorfeld erarbeiteten Standpunkte einer Europäischen Städtepolitik diskutiert werden.

Ein wichtiger Aspekt der Positionierung im Europäischen Wettbewerb und auch der EU-Osterweiterung stellt die Verstärkung der regionalen, auch grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dar. Unter Federführung der Gruppe Planung wurden erste Strategien zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden Europaregion erarbeitet.

Weiters wurde unter Federführung der Gruppe Planung ein Konzept für ein Wissenschaftszentrum Wien bzw. eine „Wiener Akademie für städtische Entwicklung" erstellt.

Das im Jahr 1994 vom Wiener Gemeinderat beschlossene Maßnahmenprogramm zum Wiener Verkehrskonzept bildete weiterhin den Rahmen für die von der Gruppe Planung koordinierten Aktivitäten im Bereich der generellen Verkehrsplanung.

Um eine koordinierte Umsetzung dieses Maßnahmenprogrammes sicherzustellen, wurden von der Gruppe Planung regelmäßige Abstimmungsgespräche auf Gruppenleiter- und Direktorenebene abgehalten.

Hinsichtlich des Ausbaues des U-Bahnnetzes wurde - koordiniert durch die Gruppe Planung - die erste Phase der Generellen Planung (Variantenuntersuchungen) für die Verlängerung der U 1 nach Norden und Süden, der U 6 nach Norden und eine neue donauquerende Linie in den Bereich Stadlau-Hirschstetten abgeschlossen und eine vergleichende Wirkungsanalyse aller genannten Vorhaben erstellt. Am 30. September 1997 wurde von der Regierungskoalition die Entscheidung zugunsten einer vorrangigen Realisierung der Verlängerung der U 1 nach Norden und einer neuen donauquerenden U-Bahnlinie vom Stadtzentrum zur Erzherzog-Karl-Stadt bekanntgegeben. Die Öffentlichkeit wurde im Rahmen einer Wanderausstellung über den Stand der Planungen informiert. Ende des Jahres wurde die zweite Phase der Generellen Planung (Generelle Projekte) dieser Vorhaben in die Wege geleitet. Gleichzeitig wurden die Planungen im Rahmen eines Optimierungsprogrammes für die Straßenbahnlinien 31 und 33 bzw. 67 begonnen.

Im September 1996 wurde von den Österreichischen Bundesbahnen ein kooperatives Verfahren zur Erstellung eines „Schnellbahnkonzeptes Region Wien" in die Wege geleitet. Im Projektteam und im begleitenden Arbeitskreis vertraten die Gruppe Planung und die MA 18 die Interessen der Stadt Wien; daneben waren Vertreter des Bundes, der Länder Niederösterreich und Burgenland, der PGO und des VOR in das Verfahren eingebunden. Im Laufe des Jahres 1997 konnten die Arbeiten soweit vorangetrieben werden, daß Anfang 1998 abschließende Empfehlungen ausgesprochen werden können.

Um eine beschleunigte Umsetzung des Vorhabens „Ausbau der S 7 - Flughafenschnellbahn" sicherzustellen, hat die Gruppe Planung im Oktober 1997 einen Arbeitskreis eingerichtet. Ziel ist die Erstellung eines mit den ÖBB abgestimmten Generellen Projektes bis Mitte 1998.

Im Bereich der Bundesstraßenplanung war die Gruppe Planung koordinierend tätig. Schwerpunkte lagen in der Projektierung der Bundesstraßen B 1 (Lothringerstraße), B 12b und B 228.

Am 2. Juni 1997 wurde die Parkraumbewirtschaftung auf die Bezirke 4 und 5 ausgeweitet. Als nächster Schritt wird die Ausweitung auf die Bezirke 2, 3 und 20 vorbereitet. Die Abstimmung der Interessen erfolgte weiterhin im Rahmen der vom Leiter der Gruppe Planung geleiteten Kommission „Parkraumbewirtschaftung". Von der Einreichung eines von der EU geförderten Forschungsprojektes von mehreren europäischen Städten mußte wegen mangelnden Interesses der vorgesehenen Partner abgesehen werden. Die Vertretung der Interessen der Stadt Wien bei länderübergreifenden Verkehrsplanungen wurde von der Gruppe Planung im Rahmen folgender Projekte wahrgenommen:

- Erstellung eines Verkehrskonzeptes für den Nordostraum Wien (Mitwirkung im Arbeitskreis der PGO),
- Erstellung eines „Schnellbahnkonzeptes Region Wien"
  (Mitwirkung im Projektteam und Arbeitskreis der ÖBB)

In Zusammenarbeit mit der MD - Internationale Beziehungen und der MA 18 wurde am 8. Oktober 1997 die Fachkonferenz „Transeuropäische Verkehrsnetze am Schnittpunkt Ost-West" veranstaltet. Für das Jahr 1998 ist die Einrichtung eines Projektteams zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie und eines Maßnahmenprogramms zum Ausbau des TEN-Knotens „Region Wien" vorgesehen.

1997 wurden unter der federführenden Koordination der Gruppe Planung mehrere Projekte aus dem Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in die Wege geleitet und umgesetzt.

Die Gruppe Planung war im Jahr 1997 an der Global Village Veranstaltung beteiligt, die das Ziel hatte, sowohl die breite Öffentlichkeit als auch das Fachpublikum über den Letztstand der Entwicklung im Bereich der neuen Technologien zu informieren. Ein eigenes Symposium war dem Thema „Neue Technologien und nachhaltige regionale Entwicklung" gewidmet.

Des weiteren war die Stadtplanung Wien an der Umsetzung von drei EU-Telematikprojekten beteiligt, welche im Zuge der von der EU ausgeschriebenen Telematics Applications Programme von 1994 bis 1998 realisiert werden: Projekte C.I.C.E.R.O. (Cultural Information Computer Exchanged and Routed), MUNICIPIA (Multilingual Urban Network for the Integration of City Planners and Involved local Actors) und MIRTI (Models of Industrial Relations in Telework Innovation).

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit aus dem Jahr 1997 war die Fortführung der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Wiener Bevölkerung sowohl über die Grundzüge der Stadtplanung als auch über aktuelle Stadtplanungsvorhaben zu informieren. Dazu wurde sowohl auf neue Medien wie Internet und CD-Roms zurückgegriffen als auch auf klassische "Kommunikationskanäle" wie Publikationen, Ausstellungen, Fachvorträge und -rundfahrten.

So wurde im Jahr 1997 beispielsweise das Bürgerbeteiligungsverfahren für die Umgestaltung des Yppenplatzes in Wien Ottakring in die Wege geleitet und der Architekturführer „Architektur Wien - 500 Bauten" fertiggestellt und der Öffentlichkeit präsentiert.

Im baubehördlichen Bereich der Gruppe baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik lag eine der Hauptaufgaben in der Koordination der Dienststellen MA 35, 36 und 37 zur Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung der bau- und gewerberechtlichen, feuerpolizeilichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften unter Bedachtnahme auf die Spruchpraxis der zuständigen Berufungsbehörden.

Weiters war die Ausarbeitung von Dienstanweisungen zur Gewährleistung für eine dem jeweiligen Stand der technischen Wissenschaften und der geltenden baurechtlichen, feuerpolizeilichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften entsprechenden Vorgangsweise der genannten Magistratsabteilungen ein Schwerpunkt.

Zu den Novellierungsentwürfen bei Bundes- und Landesgesetzen (Bauordnung für Wien, Wiener Garagengesetz, Wiener Kleingartengesetz, Wiener Kanalgesetz, Arbeitnehmerschutzgesetz, Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung), sowie zu Umweltschutzproblemen im Zusammenhang mit Bauführungen (Abfallwirtschaftsgesetz, Asbestentsorgung) wurden, ebenso wie zu EU-Richtlinien und ÖNORMEN, entsprechende Stellungnahmen ausgearbeitet.

Die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik nahm an den Sitzungen der Bauoberbehörde (BOB) und bei der Auswertung der BOB- und Abgabenberufungskomission (ABK)-Entscheidungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das baubehördliche Verfahren in erster Instanz teil.

In den Arbeitsgesprächen Baubehörde - Planung wurden Bauansuchen, die mit den geltenden oder geplanten Bebauungsbestimmungen nicht in Einklang stehen, einer Entscheidung zugeführt und in den Tankstellenbesprechungen die Grundlagen für das baubehördliche Verfahren zu Bauansuchen für Tankstellen festgelegt. Desgleichen wurden Großbauvorhaben und besonders schwierige Bauvorhaben in Vorbesprechungen erörtert, der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zu Projekten in baubehördlichen und gewerberechtlichen Belangen beraten und in Bauangelegenheiten Vermittlungsversuche bei den Bezirksvorstehern unternommen.

Breiten Raum nahm die Beantwortung von allgemeinen Anfragen baubehördlicher Natur als auch zu einzelnen Bauvorhaben sowohl von Baufirmen und Bauwerbern als auch von den durch die Bauvorhaben betroffenen Bürgern in direktem Wege, sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen und Antwortentwürfen für den Herrn Bürgermeister, Stadträte und Dienststellen der Magistratsdirektion zu Anfragen und Beschwerden im Zusammenhang mit Bauführungen ein. Auch die Kummernummer (4000/82643 DW) als Hilfestellung für die Bevölkerung in baubehördlichen Angelegenheiten wurde weitergeführt.

Weiters ist die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik in der neu eingesetzten Arbeitsgruppe Baubehörde (Ausarbeitung von Richtlinien für die Handhabung einzelner Bestimmungen der Bauordnung für Wien) federführend und arbeitet an der neu installierten Koordinationsstelle Baubehörde - Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten mit.

Die Mitwirkung an Besprechungen zu Abänderungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Wohnbau und Stadterneuerung sowie des Kontrollausschusses, die Ausarbeitung von Prüfungsfragen für den Permanenzdienst - technischer Bereich des Magistrates der Stadt Wien, die Abstimmung von Themenvorschlägen zur Landesbaudirektorenkonferenz, Gewerbetechnikertagung u.v.a.m. waren ebenfalls Schwerpunkte bei der Arbeit im baubehördlichen Aufgabenbereich der Gruppe.

Im Bereich Umwelttechnik wurde im Rahmen der Koordination der Fachdienststellen MA 42, MA 45, MA 48 und MA 49 dafür Sorge getragen, daß die Maßnahmen jener erwähnten technischen Dienststellen, die sich mit der Gestaltung, Erhaltung und Verbesserung der Umwelt sowie der Ver- und Entsorgung befassen, koordiniert sowie nach einheitlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Diese Tätigkeit umfaßte Wasserbauprojekte, Altlastensanierungen, wasserwirtschaftliche Planungen, Schaffung von Erholungsräumen und Parkanlagen, Stadtreinigung und Abfallwirtschaft sowie nachhaltige Maßnahmen zur Sicherstellung der Quellschutzgebiete. Der Erfüllung dieser Aufgabe diente u.a. die Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen, die Abhaltung von Begehungen und Ortsaugenscheinen sowie die Betreuung und Kontrolle im Rahmen der Geschäfte des Landeshauptmannes.

Für die Budgetperlustrierung wurde das Gesamtbudget aller Dienststellen für 1998 und 1999 der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination erstellt und zur Perlustrierung auf Beamtenebene sowie auf politischer Ebene tabellarisch und graphisch aufbereitet. Seitens der Gruppe wurden nach Erfordernis und Dringlichkeit die Budgetschwerpunkte der Dienststellen erstellt und mit den Abteilungen in verschiedenen Gesprächen abgestimmt.

Abfallbehandlungs- und Entsorgungstechniken wurden einer Beurteilung unterzogen und damit die Beratungen bei Entsorgungsproblemen ermöglicht. Altlastenerkundungs- und Sanierungstechniken wurden im Zusammenwirken mit Firmen und Fachdienststellen beurteilt und nach Anwendungsmöglichkeiten gesucht.

In regelmäßigen Besprechungen mit der Wirtschaftskammer Wien wurden Maßnahmen, resultierend aus dem Abfallwirtschaftsgesetz (Verpackungsverordnung usw.), der Immissionsverordnung usw., abgestimmt. Die Verbesserung der Koordination des Geräteeinsatzes bei der Umstellung der MA 49 - Landwirtschaftsbetrieb auf Komposteinsatz mit der MA 48 wurde intensiviert. Betrieben wurde u.a. die Verbesserung der Kompostierung (Kompostanlage Lobau).

Die Erweiterung des Betriebsgebäudes Baumschule Mauerbach, der Neubau von Glashäusern im Reservegarten Hirschstetten, die Modernisierung des Sägewerkes Hirschwang als auch das Projekt „Dianabad" wurden betrieben. Das letztere wurde auf Basis einer Interessentensuche für den privaten Bauteil des Projektes weitergeführt. Weiters wurden die wesentlichen Punkte zur Sanierung der Alten Donau erfolgreich abgeschlossen und die Entsorgung der Abwässer der Kompostierung Lobau erfolgreich eingeleitet.

Mitgewirkt wurde am Kleingartenentsorgungsprogramm im Wege der MA 45. Im Vorstand der ÖGUT, der Arge Donauländer und der Infrastrukturkommission wurde ebenso mitgearbeitet wie im Arbeitskreis zur Realisierung des Wiener Umweltinformationssystems. Die Gruppe nahm auch an den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Umwelt und Verkehrskoordination teil. Der Bezirksvorsteher im 22. Bezirk wurde ebenso wie der Bereichsleiter in allen Angelegenheiten der Dezentralisierung beraten und unterstützt.

Im Rahmen des „Know how"-Transfers des Städtebundes für Mitteleuropäische Staaten wurden mehrere Fachseminare (Abfallwirtschaft, Gewässersanierung, Altlastensicherung usw.) in Ungarn durchgeführt.

Weiters wurde bei der möglichst umweltfreundlichen Verwertung des anfallenden Deponiegases der Deponie Rautenweg an der Abklärung der technischen Möglichkeiten, einer wirtschaftlichen Beurteilung und an der Vorbereitung von notwendigen Vertragsabschlüssen, bei den Ausbauüberlegungen für die Abfallbehandlungsanlage der Stadt Wien sowie an der Konzipierung und Realisierung von Kompostieranlagen mitgewirkt. Neben der Kompostierung biogener Abfälle wurde auch das Projekt einer Biogasanlage für Wien in die Wege geleitet. Auch bei der Koordination der Projekte Wiental und Liesingtal und Abstimmung mit Dienststellen inner- und außerhalb des Magistrates wurde seitens der Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik maßgeblich mitgewirkt.

Die Installation einer elektronischen Recyclingbörse für Wien wurde entsprechend vorbereitet.

Die zügige und planmäßige Umsetzung der neuen EpK-Flächen in den Stadterweiterungsgebieten sowie Maßnahmen zum Austausch der Monokulturen im Quellenschutz wurden überwacht.

Durch das Dezernat 1 wurden auch im Jahre 1997 die bereits in den Vorjahren begonnenen technischen Aufschließungen und deren Finanzierung für geförderte Wohnbauvorhaben der „Stadterweiterung" fortgesetzt. Mit den zuständigen Dienststellen sowie den Wiener Stadtwerken wurde der terminliche Ablauf der Planung und Ausführung samt der notwendigen Budgetvorsorge so koordiniert, daß auch die politischen Vorgaben der Fertigstellung zum Besiedelungszeitpunkt erfüllt werden konnten. Die kreditführenden Dienststellen wurden dazu angehalten, zeitgerecht die erforderlichen Vorarbeiten und Genehmigungen im Rahmen der budgetierten Ansätze für die 1997 festgelegten Planungen und Herstellungen durchzuführen. Unter Vorsitz des Dezernates 1 wurden in den regelmäßig stattfindenden Budget- und Bauratenkontrollbesprechungen die für 1997 vorhandenen Budgetmittel geprüft, verfolgt und den in Planung und Ausführung begriffenen Projekten rechtzeitig angepaßt.

Parallel dazu wurden auch der Grunderwerb für gewidmete Verkehrsflächen zum Ausbau der technischen Infrastruktur in den kurzfristig zur Realisierung anstehenden Stadterweiterungsgebieten koordiniert und die rechtzeitige Stellung von Anträgen für Ausbaubeschlüsse betrieben. So konnte z. B. im Stadterweiterungsgebiet 21/02.01 - östlich Mühlweg (1. Phase) noch rechtzeitig im Jahre 1997 das für den straßenmäßigen Ausbau dieses Stadterweiterungsgebietes entscheidende Grundstück 651/EZ 1439 erworben werden. Es konnte dadurch ein Enteignungsverfahren und damit verbundene erhebliche Probleme mit der Führung der Ver- und Entsorgungsleitungen sowie der straßenmäßigen Anbindung des Stadterweiterungsgebietes vermieden werden.

Die Grundlagen für die Voranschlagsentwürfe 1998 und 1999 der projektbezogenen Manualposten 730 und 899 wurden unter Bedachtnahme auf die laufenden Vorhaben und Empfehlungen der Infrastrukturkommission koordiniert. Nach der Perlustrierung auf Beamtenebene wurden die Budgetmittel für 1998 vom Wiener Gemeinderat in vollem Umfang genehmigt.

Auch die Finanzierung der wichtigen Rad- und Fußwegunterführung unter der Donauländebahn auf Höhe Alma-Rosé-Gasse (Anschluß der Stadterweiterungsfläche 10/01 - Oberlaaer Straße/Grundäckergasse an den ÖV) konnte mit der Finanzverwaltung abgeklärt werden. Mit dem Bau wurde termingemäß Anfang November 1997 durch die MA 29 begonnen.

Die im Jahre 1996 begonnene Koordination der technischen Anforderungen bei der Überplattung der Autobahn A23 auf rund 300 m Länge im 10. Bezirk, diese ist die Voraussetzung für den Bau von Wohnungen auf der Stadterweiterungsfläche 10/06 - Laaer-Berg-Straße/Absberggasse, wurde im Berichtsjahr mit den zuständigen Stellen abgeschlossen. Auch eine Optimierung der technischen Tunnelausrüstung und der laufenden Betriebskosten durch Variation der Tunnellänge wurde durchgeführt. Das mit den Fachdienststellen der Stadt Wien und mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten abgeklärte Projekt über die technische Ausrüstung des Tunnels steht vor der Einreichung.

Hervorzuheben ist auch der Baubeginn der „autofreien Mustersiedlung" im Stadterweiterungsgebiet 21/14.01 - Floridsdorf Ost, Teilbereich Fultonstraße/Nordmanngasse. Die feierliche Grundsteinlegung konnte Ende Oktober 1997 termingemäß durchgeführt werden.

Zur optimalen Verbindung der Stadterweiterungsfläche 23/02.01 - Zentrum U6, Perfektastraße/Erlaaer Straße mit den sozialen Einrichtungen (Schule, Kindertagesheim) konnte durch das Dezernat 1 nicht nur die Lage sondern auch die Errichtung eines öffentlichen Durchganges unter der U-Bahnlinie 6 und die Finanzierung abgeklärt werden. Die MA 29 hat daraufhin im Voranschlag 1998/99 die Bedeckung der Baukosten auf der MP 730 „Stadterweiterung" vorgesehen.

Im Jahr 1997 wurde die Planung der technischen Infrastruktur für 4 Stadterweiterungsflächen (rund 3.691 Wohnungen) im 10., 21. und 22. Bezirk begonnen bzw. abgeschlossen.

Die technische Infrastruktur als Vorlauf zur Wohnbebauung - 1. Phase (Höhenlage der Verkehrsflächen, Kanäle, Wasserrohre, Verlegung der Fernwärmeleitungen) wurde 1997 für 3 Einzelflächen (1.698 Wohnungen) in den Bezirken 21 und 23 koordiniert.

Begleitend mit dem Fortschreiten des Wohnbaues und abgestimmt auf den Zeitpunkt der Besiedelung ist 1997 auf acht Stadterweiterungsflächen (rund 6.355 Wohnungen) die 2. Phase der technischen Aufschließung, d.h. Versorgungsleitungen, die öffentliche Beleuchtung, die Verkehrsleiteinrichtungen und der Straßenneubau in Ausführung.

Für 11 Stadterweiterungsflächen (in den Bezirken 11, 21 und 22) konnten im Jahr 1997 die Arbeiten vollständig fertiggestellt werden (Besiedelung schwerpunktmäßig bis Ende 1997 sowie Ausführung diverser Restarbeiten - rund 5.844 Wohnungen).

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1997 vom Dezernat 1 für 21.428 geförderte Wohnungen auf Stadterweiterungsflächen (einschließlich Nordbahnhof - 1. Phase, Donau-City und Marshallhof) die Ablauforganisation, Terminverfolgung und Finanzierung der technischen Infrastruktur koordiniert.

Für Wohnbauten auf Stadtentwicklungsflächen wurden zusätzlich im Jahre 1997 als Voraussetzung für eine Beurteilung in der Infrastrukturkommission für rund 29 Projekte mit rund 8.800 Wohneinheiten (WE) die notwendigen Erhebungen bzw. Kostenermittlungen im Rahmen der vom Dezernat 1 geleiteten Arbeitsgruppe „Technische Infrastruktur" durchgeführt (bis Anfang Jänner 1998 befanden sich 53 Wohnbauprojekte mit 15.185 WE in der Realisierungsphase).

Projektkoordination Nordbahnhof und Güterterminal Inzersdorf:

Nach dem am 15. Jänner 1997 abgehaltenen Workshop (Teilnahme rund 80 Personen), in dem der mit dem Nordbahnhof und dem Güterterminal Inzersdorf verbundene Bearbeitungsumfang sowie die Problemkreise aufgezeigt und eingehend erläutert wurden, fand am 3. und 4. März 1997 das zur optimalen Abwicklung der Koordinationstätigkeit nach den Methoden des modernen Projektmanagements erforderliche Arbeitsseminar statt. In diesem Arbeitsseminar wurden an Hand der Projektstrukturpläne die Maßnahmenübersicht, der Maßnahmenkatalog und die Umfeldanalyse erarbeitet, sowie die Risikoanalyse erstellt und ausgewertet. Für die wichtigsten Aufgabenbereiche wurden insgesamt 12 Arbeitsgruppen konstituiert. Ein Kernteam, bestehend aus den maßgebenden Mitarbeitern der Stadt Wien, den betroffenen Bezirken und den ÖBB, wurde zur Steuerung des gesamten Projektes bestimmt.

Für wesentliche Teilbereiche liegen inzwischen Ergebnisse und Festlegungen für die weiteren Arbeitsschritte sowie die Grundlagen für wichtige Entscheidungen über die Umsetzung der gegenständlichen Bearbeitung vor.

So wurde die Absiedlung der Autobusgarage Vorgarten untersucht und ein neuer Standort am Gelände des Gaswerkes Leopoldau im 21. Bezirk festgelegt. Voraussetzung für den neuen Standort war die verkehrsmäßige Aufschließung Richtung Siemensstraße. Der hiefür notwendige Neubau einer Unterführung der ÖBB - Gleisanlagen (Nordbahn, Floridsdorfer Hochbahn) im Zuge der Richard-Neutra-Gasse ist in Planung und Ausschreibung. Der

Baubeginn ist im Mai 1998 geplant. Am Nordbahnhofgelände wurde für die öffentlichen Verkehrsflächen die Höhenlage entwickelt, sowie die Lage der ÖBB-Gleisschleife abgestimmt. Weiters wurde für die gegenständlichen Flächen am Nordbahnhof der Umfang der Kontaminierung erkundet und die Entsorgungskosten abgeschätzt.

Aufbauend auf das im Jänner 1994 durch den Wiener Gemeinderat beschlossene Leitbild „Nordbahnhof", die gültigen Plandokumente des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für die Randbereiche an der Lassallestraße und Vorgartenstraße sowie den Flächenwidmungsplan für das Areal der ÖBB, wurde 1997 in der Arbeitsgruppe „generelle Planung - Nordbahnhof" vor allem an der Konkretisierung des vorhandenen städtebaulichen Leitbildes gearbeitet und die notwendigen Erhebungen für den Bebauungsplan des ersten Abschnittes des rund 75 ha großen Entwicklungsgebietes durchgeführt.

Das städtebauliche Leitbild für den Güterterminal Inzersdorf und des umliegenden Bereiches, auf den die Errichtung eines Güterterminals erhebliche Auswirkungen hat, wurde 1997 von der zuständigen Arbeitsgruppe „Verkehrskonzept, Nutzung, Ökologie" erarbeitet. Der daraus resultierende vorläufige Endbericht, der auch den Umgebungsbereich des Terminals erfaßt, wurde von der MA 21B den Arbeitsgruppenmitgliedern zur Stellungnahme übermittelt. Nach entsprechenden Abstimmungsgesprächen könnte damit im Frühjahr 1998 das städtebauliche Leitbild abgeschlossen werden. Parallel zur Erarbeitung des städtebaulichen Leitbildes ist in der MA 21B die Erstellung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes in Vorbereitung. Die für das Widmungsverfahren notwendigen Bestandserhebungen wurden von September bis Dezember 1997 durchgeführt und mit Jahresende 1997 abgeschlossen.

Projektleitung zur Aufschließung der Donau-City und des Bereiches Marshallhof:

Die Endabrechnung der 1993 begonnenen und 1996 fertiggestellten Überplattung der A2-Donauuferautobahn, der damit verbundenen Rampenbauwerke, der Eindeckungen weiterer Straßen (Leonard-Bernstein-Straße und Donau-City-Straße) und der technischen Infrastrukturbauwerke wurde bis Ende 1997 fertiggestellt. Es sind hiebei alle Leistungen der Konsulenten (einschließlich anteilige Rechtsanwaltskosten), der Baubetreuung durch die Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum AG (WED), der Bauarbeiten, verschiedenster vertraglich festgelegter Nebenerfordernisse (Servitutspläne, Teilungspläne usw.) und Regien erfaßt. Das für die Arbeiten der WED vom Wiener Gemeinderat genehmigte Projektbudget in der Höhe von 1.036,4 Millionen Schilling konnte um rund 30,0 Millionen Schilling unterschritten werden. Auch die gesamten für die technische Ausrüstung der Tunnelanlagen, für die Ver- und Entsorgung und den Straßenbau vom Zentralbudget der Stadt Wien zu bedeckenden Kosten, sind im prognostizierten Rahmen. Durch die laufende Koordinierung, die kritische Prüfung des Arbeitsumfanges und die Kontrolle der Kosten ist dieser Gesamtkostenaufwand, obwohl erst im Zuge der Projektentwicklung zahlreiche Arbeiten konkretisiert werden konnten und wiederholt zusätzlicher Bedeckungsbedarf entstand, gegenüber 1995 und 1996 mit 1.006,3 Millionen Schilling (18,1 Millionen Schilling Einnahmen) unverändert geblieben. Bis Ende 1997 sind davon rund 853,3 Millionen Schilling abgerechnet und von den Dienststellen angewiesen worden.

In Anpassung an die Fertigstellungstermine der Wohnbebauung im Bereich Marshallhof und in der Donau-City (1.500 Wohnungen und Bürohaus Andromeda-Tower) wurde die Oberflächengestaltung der öffentlich gewidmeten Fußgängerebene koordiniert und für den ersten Abschnitt (ohne Volksschulbereich) mit einer positiven Wirtschaftlichkeitsbesprechung abgeschlossen. Mit der Herstellung der Oberfläche wurde noch im September 1997 (Auftrag und Bauaufsicht MA 28) begonnen.

Die in einer eigenen Arbeitsgruppe „Terminverfolgung" laufend aktualisierten Hochbauvorhaben bildeten die Grundlage für die Erstellung des Entwurfes des Projektbudgets der Jahre 1998 und 1999. Schwerpunkte lagen in der Definition des Umfanges und des Zeitpunktes der Arbeiten der MA 28, MA 29, MA 30, MA 31, MA 33 und MA 46 sowie in der Bekanntgabe der Zielsetzungen an die Betriebe der Stadt Wien (Fernwärme, Wienstrom) und an externe Versorger (Post- und Telekom Austria, Telekabel usw.). Der Budgetrahmen für 1998 von 67,0 Millionen Schilling für die Donau-City und von 13,5 Millionen Schilling für den Bereich Marshallhof wurde gemäß Voranschlagsentwurf vom Wiener Gemeinderat am 28. November 1997 genehmigt.

Die dem Dezernat 2 übertragene Aufgabe der Erfassung und Koordinierung von Infrastruktureinrichtungen der Bereiche Soziales, Bildung, Kultur und des Gesundheitswesens im Zuge der Stadtentwicklung wurde auch 1997 auf Grund einer Reihe zusätzlicher städtebaulicher Entwicklungen im verstärkten Umfang wahrgenommen. Insbesondere bildete die Notwendigkeit, den wachsenden Bedarf an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur auch unter geänderten finanziellen Rahmenbedingungen vorzusehen, einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt. So konnten durch enge Kooperation mit der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport Lösungen gefunden werden, die durch Mehrfachnutzungen, Funktionszusammenlegungen, räumliche Zuordnungen sowohl dem erforderlichen Bedarf als auch der Budgetsituation gerecht wurden und in vielen Fällen auch erwünschte Synergieeffekte erzielten. Über die vorangeführten Infrastrukturbereiche hinaus wurden auch die notwendigen Räumlichkeiten/Stützpunkte/Depots zur Versorgung von Entwicklungsgebieten durch die technischen Dienststellen der Stadt Wien erfaßt sowie der Betrieb und die Koordinierung von Einrichtungen des Bundes (z.B. Polizeiwachzimmer), von Religionsgemeinschaften und Interessenvertretungen (z.B. Ärztekammer, Apothekerkammer) durchgeführt.

Die Schwerpunkte der Bearbeitung lagen dabei in der Durchführung von Koordinierungsbesprechungen mit allen befaßten Dienststellen der Stadt Wien, des Bundes und mit sonstigen externen Beteiligten für in Planungsvorberei-

tung stehende Stadtentwicklungsgebiete, sowie in der Erarbeitung von ausgewogenen Ausstattungskonzepten, sowohl unter Bedachtnahme auf bestehende und vorgesehene Einrichtungen, als auch auf allfällige Kapazitätsreserven bzw. auf Kapazitätsmängel in den jeweiligen Einzugsgebieten. In Form eines EDV-gestützten, vom Dezernat 2 erarbeiteten Informationssystems (ISSOSTADT) wurden Grobkostenschätzungen zur Kostenverfolgung baulicher Investitionen der sozialen Infrastruktur zusammengestellt. In Abstimmung mit den angestrebten zeitlichen Besiedlungshorizonten der Wohnungen wurden die Zeitabläufe hinsichtlich der Fertigstellungstermine von Infrastruktureinrichtungen verfolgt.

Grundsätzlich war und ist davon auszugehen, daß die infrastrukturelle Versorgung von Stadtentwicklungszonen im Gleichklang mit der Gesamtstadt zu erfolgen hat. Daher wurden bereits 1997 - ausgehend von Wiener Vergleichswerten - vom Dezernat 2 grundsätzlich erarbeitete Berechnungsmodelle zur Bedarfseinschätzung in Zusammenarbeit mit der MA 11 und der MA 56 weiter präzisiert, um insbesondere den Bedarf an Kindertagesheimgruppen und Pflichtschulklassen sowie deren Lastverteilung in den Folgejahren nach der Besiedelung möglichst genau feststellen zu können.

Im Hinblick auf die angestrebte verstärkte Orientierung der Wohnbauentwicklung auf innerstädtische Bezirke bzw. dichter bebaute Bezirksteile und die dort bereits vorhandenen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wurden vom Dezernat 2 in der 2. Jahreshälfte 1997 im Zusammenhang mit konkreten Wohnbauvorhaben bezirksspezifische Überprüfungen der Aufnahmemöglichkeiten bestehender Einrichtungen mit den Schwerpunkten Kinderbetreuung und Pflichtschulen für die Bezirke 2, 10, 20, 21 und 22 durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit der MA 14-ADV/Grafische Datenverarbeitung wurde bereits 1996 die planliche Darstellung aller Projekte, die von der Infrastrukturkommission (ISK) geführt werden, auf eine EDV-gestützte Basis gebracht und 1997 mehrfach aktualisiert. Mit Jahresende 1997 standen der Infrastrukturkommission 8 Übersichtspläne (M = 1:10.000) zur Verfügung, die einerseits die Verortung bereits bestehender infrastruktureller Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Polizeidienststellen und Apotheken sowie andererseits die einzelnen Stadtentwicklungsgebiete und deren jeweilige Bewertungskategorie zum Inhalt haben. Durch die Verknüpfung mit dem vom Dezernat 2 erarbeiteten Informationssystem ISSOSTADT in textlich/tabellarischer Form ist nunmehr eine effizientere, periodische Aktualisierung auch der planlichen Darstellung möglich.

Mit Jahresende 1997 wurden von der Infrastrukturkommission 325 Stadtentwicklungsgebiete unterschiedlichster Größe und stadträumlicher Situation mit 114.264 Wohnungen geführt, wobei der Bedarf insbesondere für jene Gebiete, die von der Infrastrukturkommission bereits eine Bewertung erfahren haben, konkret erhoben wurde. Zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung sind in Wien 15.185 Wohnungen in Bau.

Bedingt durch die oft nur in Phasen mögliche Realisierung einer Reihe größerer Stadtentwicklungsgebiete sowie durch eine große Zahl kleinerer Projekte im dicht bebauten Stadtgebiet und die dadurch erforderliche laufende Anpassung der jeweiligen Infrastruktur ist die Fortschreibung dieser Aufgabenstellung vorausbestimmt.

Um eine Intensivierung des Zusammenwirkens von mit Grundstücksangelegenheiten befaßten Stellen herbeizuführen, erteilte 1997 der Magistratsdirektor den Auftrag, eine Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements (KOG) unter Vorsitz des Stadtbaudirektors einzusetzen. Im Hinblick auf die Zielsetzung - Forcierung des Wirtschafsstandortes Wien - liegt der erste Arbeitsschwerpunkt der Kommission in der Erstellung eines Betriebsflächenprogrammes. Die dafür erforderlichen Grundlagen wurden analog zu jenem vom Dezernat 2 bereits erarbeiteten EDV-gestützten Informationssystem (ISSOSTADT) in enger Zusammenarbeit mit der MA 14-ADV, den Planungsabteilungen, der MA 40, MA 69, WWFF, WBSF erstellt und konnten in der 2. Jahreshälfte 1997 der Kommission zur Verfügung gestellt werden. Die weitere Aufgabenstellung des Dezernates 2 liegt in der Mitwirkung als Mitglied der KOG, wobei die Ergebnisse der Beratungen in die vom Dezernat 2 wöchentlich durchgeführte Grundstücksbesprechung einfließen.

Seit 1990 wird das „Schulbauprogramm 2000" für städtische Pflichtschulen verfolgt. Seither wurden bis Ende 1997 insgesamt 50 Schulen fertiggestellt und in Betrieb genommen (davon 20 Schulen in Stadtentwicklungsgebieten). 24 Projekte befinden sich, nach positiver Raumprogrammbesprechung, in Planung und Bauvorbereitung (davon 9 Schulen in Stadtentwicklungsgebieten). Für weitere 8 Vorhaben werden derzeit die Grundlagen erarbeitet. Ein wesentliches Kriterium des Schulbaues ist es, die Baufertigstellungstermine zum nächstmöglichen Beginn eines Schuljahres (Stichtag 1. September) exakt einzuhalten, da eine Verzögerung - auch nur um wenige Tage - den Verlust eines ganzen Jahres/Schuljahres zur Folge hätte. Zur Sicherstellung des erforderlichen Grund und Bodens, der Widmung, der Baureifgestaltung sowie der planlichen Umsetzung des Schulbauprogrammes wurden den im Rahmen der Schulbaukommission durchgeführten Bauvorbereitungsbesprechungen und spezifischen Koordinierungen hoher Stellenwert zugemessen.

Im Rahmen der inhaltlichen Betreuung und Koordinierung der in den Stadterneuerungsgebieten des 2., 3., 5., 6./7., 10., 11., 12., 15., 16., 17./18. und 20. Bezirkes tätigen Gebietsbetreuungen sowie der im gesamten Stadtgebiet tätigen mobilen Gebietsbetreuung durch das Dezernat 2 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahr 1997 bei der Betreuung von Problem- bzw. Spekulationshäusern sowie in der Entwicklung von Verbesserungskonzepten für das Wohnumfeld. In Abstimmungsgesprächen mit der MA 25, den einzelnen Gebietsbetreuungen und den jeweiligen Bezirksvertretungen wurden die bezirksspezifischen Arbeitsschwerpunkte festgelegt.

Auf Initiative des Dezernates 2 wurde 1997 gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien und dem Wirtschaftsförderungsinstitut eine Aktion zur Sicherung der Geschäftsstruktur in ausgewählten Geschäftsstraßen in den Stadterneuerungsgebieten eingeleitet. Die Erhebung der Basisdaten (leerstehende Lokale, Gebäudezustandsanalysen, Branchenmix) erfolgte durch die Gebietsbetreuungen.

Im Rahmen der liegenschaftsübergreifend wirksamen Blocksanierung wurden mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) bis Ende 1997 insgesamt 59 Blocksanierungsgebiete ausgewählt, wobei 14 von Gebietsbetreuungen und 45 von Auftragnehmern des WSBF (Blocksanierungsbeauftragte) in Bearbeitung stehen.

Im Jahr 1997 wurden im Zusammenhang mit möglichen Zusatzförderungen aus der EU-Gemeinschaftsinitiative „URBAN" die schwerpunktmäßigen neuen Blocksanierungsaktivitäten in der Westgürtelregion intensiviert.

Im Rahmen regelmäßig stattfindender „Jour Fixe-Besprechungen" erfolgt laufend die erforderliche Abstimmung der Blocksanierungskonzepte mit der Stadtplanung und der Baubehörde.

Im Zuge der Ansuchen um Blocksonderförderungsmittel an den WBSF wurden vom Dezernat 2 eine Reihe von Gutachten zur Blockauswahl sowie zu den städtebaulichen Zielsetzungen ausgearbeitet bzw. abgegeben.

Im Auftrag des Herrn Bürgermeisters wurde seitens des Dezernates 2 eine Überprüfung der Möglichkeit einer „Höherwertigen Nutzung städtischer Liegenschaften" durchgeführt. Diese Aufgabenstellung wurde 1997 durch Untersuchungen betreffend die Nachnutzung aufzulassender Krankenhausareale erweitert. Es wurden vier Standorte in Zusammenarbeit mit den betreffenden Dienststellen und der Stadtplanung untersucht, wobei für einen Bereich im 3. Bezirk bereits konkrete Planungsarbeiten angelaufen sind. Durch die noch erforderlichen weiterführenden Untersuchungen der anderen ausgewählten Bereiche ist die Fortschreibung dieser Aufgabenstellung vorausbestimmt.

Der technische Erneuerungsbedarf bei Einbauten und Straßenoberflächen von Geschäftsstraßen ist als wirtschaftlicher Impuls für gestalterisch hochwertige Oberflächenprojekte und der damit einhergehenden Attraktivierung zu nutzen. Dabei übt das Dezernat 2 eine Koordinierungsfunktion zwischen den Magistratsdienststellen, der Wirtschaftskammer Wien und den Geschäftsleuten aus. Im Sinne der politischen Zielsetzung - Sicherung und Ausbau des Wirtschaftsstandortes Wien bzw. zur Erhaltung der gemischten Strukturen - sowie zur Sicherung der Nahversorgung in den Stadterneuerungsgebieten wird diese Aufgabenstellung auch künftig zu verfolgen sein.

Unter Bedachtnahme auf verkehrspolitische Notwendigkeiten und des entwicklungsbedingt gestiegenen Interesses für neue gewerblich geführte Garagen arbeitet der Magistrat an einem Garagenprogramm für Wien. Im Zuge dieses Programmes werden vom Dezernat 2 zeitlich beschränkte Planungsoptionen an private Garagenwerber vergeben. 1997 wurden acht gewerbliche Garagen mit insgesamt rund 2.000 Stellplätzen fertiggestellt. Mit der Realisierung von sechs Garagenprojekten mit insgesamt über 1.300 Stellplätzen wurde bereits begonnen. Weiters wurden 1997 10 Garagenstandorte privater Garagenerrichter und -betreiber bis zur Baureife vorbereitet. Die für diese Standorte erforderlichen Baurechts- bzw. Servitutsverträge sollen 1998 dem Wiener Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die für den zügigen Projektsablauf notwendige Koordinierungsfunktion zwischen Magistrat, Bezirk und Garagenwerber obliegt dem Dezernat 2.

Um ein entsprechend abgestimmtes Vorgehen bzw. Zusammenarbeiten aller Betroffenen zu gewährleisten, wurde die Arbeitsgemeinschaft Kooperatives Parkraummanagement (ARGE KPM) gegründet. In diesem Arbeitskreis sind gewerbliche Garagenerrichter, Garagenbetreiber, die Wirtschaftskammer Wien, ARBÖ und ÖAMTC sowie Fachleute des Magistrates vertreten. Die Leitung und Koordinierung dieses Arbeitskreises erfolgt durch das Dezernat 2. Um der Bevölkerung umfassende Informationen über gewerbliche Garagen zu bieten, wurde gemeinsam mit der Wiener Handelskammer und den gewerblichen Garagenbetreibern die Broschüre „Parken in Wien" erarbeitet und 1997 laufend aktualisiert.

Für die zügige Umsetzung des Wiener Garagenprogrammes ist es notwendig, ergänzende organisatorische Maßnahmen zu setzen. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt stellt dabei die systematische Erfassung der vorhandenen und projektierten Garagen dar. Um diese Arbeitsschwerpunkte effizienter bewältigen zu können, wurde vom Dezernat 2 das Wiener Garageninformationssystem (GARIS) entwickelt, das

- zur Information über die bestehenden und geplanten Wiener Garagen dient,
- Veränderungen der Stellplatzauslastung auf Grund der Parkraumbewirtschaftung aufzeigt,
- die graphische Darstellung der Auswirkungen von geplanten Garagenstandorten auf den Auslastungsgrad der Parkplätze im öffentlichen Straßenraum ermöglicht und
- die Terminverfolgung von geplanten Garagenstandorten gewährleistet.

Im ständigen Aufgabenbereich des Dezernates 2 wurden auch 1997 zu beantragten Raumprogrammen städtischer Dienststellen für Neu-, Zu- und Umbauten Raumprogrammvorbesprechungen abgehalten, sowie die Organisation und Protokollführung aller Raumprogrammbesprechungen unter Vorsitz des Stadtbaudirektors wahrgenommen. Gemeinsam mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund wurde 1997 an der Erstellung eines Planungshandbuches für Neubauprojekte und Einplanungen in Altbauten, die im Wirkungsbereich des Krankenanstaltenverbundes liegen, mitgearbeitet. Im Jahre 1997 konnte ein erheblicher Teil der eingereichten Raumprogramme im Rahmen von Raumprogrammvorbesprechungen als Standardraumprogramme im Grundsatz anerkannt werden.

Die Bewirtschaftung des städtischen Parkraumes hängt unmittelbar mit dem Ausbau eines wirksamen Park & Ride-Netzes zusammen. Entlang des U-Bahn- und S-Bahnnetzes sollen in den nächsten fünf Jahren etwa 3.000 zusätzliche Stellplätze realisiert werden. Die dafür erforderliche Koordinationstätigkeit wird zentral durch das Dezernat 2 wahrgenommen.

Im Rahmen der Grundstücksbesprechungen, die vom Dezernat 2 wöchentlich zusammen mit den Planungsdienststellen, dem WBSF, WWFF, der MA 4, MA 24, MA 40, MA 69 u.a., durchgeführt wurden, wurde über Liegenschaften, die der Stadt Wien zum Kauf angeboten wurden oder deren Verkauf von der Stadt Wien beabsichtigt war, beraten. Hier galt es nicht nur, unterschiedliche Nutzungsabsichten der Besprechungsteilnehmer abzuwägen, sondern auch diese erforderlichenfalls mit den Zielen der Stadtplanung abzustimmen. Im Hinblick auf die Fortschreitung von Siedlungsentwicklung und Stadterneuerung und dem damit verbundenen Flächenbedarf kommt diesen Abstimmungsgesprächen erhöhte Bedeutung zu.

Weitere Aufgabenstellungen lagen in der Mitwirkung bei Standortbeurteilungen im Zuge von Genehmigungsverfahren (z.B. Apotheken) und - in Abstimmung mit den jeweiligen Dienststellen - in der Erarbeitung von Stellungnahmen und Antwortentwürfen zu Anfragen verschiedener Geschäftsgruppen und zu Anträgen von Bezirksvertretungen sowie in der Teilnahme an einer Reihe von Arbeitskreisen, Fachtagungen und Kongressen.

Das Dezernat 3 war wie bereits in den Vorjahren besonders intensiv mit dem Themenkreis „Europäische Union" befaßt. Durch die Mitgliedschaft Österreichs in der EU sind der EGKS-, der EG-, der Euratom- sowie der EU-Vertrag als auch die vor dem Beitritt Österreichs erlassenen Rechtsakte der Organe der EU verbindlich. Für einzelne Bereiche (z.B. freier Warenverkehr, Wettbewerbspolitik) konnten bei den Beitrittsverhandlungen Sonderregelungen (Ausnahme- und Übergangsbestimmungen) vereinbart werden. Das Gemeinschaftsrecht der EU, der acquis communautaire, wurde übernommen. Die österreichischen Gesetze und Normen sind nun Zug um Zug an die EU-Rechtsvorschriften anzugleichen.

Durch den Beitritt zur EU hat Österreich ohne jegliche Diskriminierung Zutritt zum Binnenmarkt. Der Abbau technischer Handelshemmnisse sowie die Harmonisierung technischer Normen in der EU bewirkt, daß in allen EU-Mitgliedstaaten Produkte nach vergleichbaren, auf einer gemeinsamen Basis erstellten gesetzlichen Vorschriften und einheitlichen technischen Regeln hergestellt, beurteilt sowie in Verkehr gebracht werden dürfen. Die gemeinsame Basis stellen die EU-Richtlinien dar, die in den Mitgliedstaaten in innerstaatliches Recht umzusetzen sind. Dies hat in Österreich auf Grund der Kompetenzverteilung sowohl durch den Bund als auch durch die Länder zu erfolgen. Beispiele aus dem technischen Bereich, in denen in der gleichen Sache sowohl der Bund als auch die Länder Maßnahmen zu setzen haben, sind etwa die „Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Bauprodukte", die „Richtlinie über die Behandlung von kommunalen Abwässern" oder die „Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge".

Überlegungen mußten nicht nur zu legistischen Maßnahmen im Zuge der Rechtsumsetzung technischer Vorschriften der EU sondern vor allem auch zu Fragen der Vollziehung angestellt werden. Beispielsweise ergeben sich aus der EG-Bauproduktenrichtlinie eine Reihe von Verpflichtungen des einzelnen Mitgliedstaates, denen in Österreich nur alle Bundesländer gemeinsam, fallweise sogar auch noch gemeinsam mit dem Bund, nachkommen können. So sind etwa der EU-Kommission die vom Mitgliedstaat zugelassenen Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen, denen wesentliche Aufgaben im Rahmen der Vollziehung zukommen, namhaft zu machen; umgekehrt werden von der EU-Kommission solche Stellen anderer Mitgliedstaaten bekanntgegeben, deren Prüfbericht, Zertifikate usw. in Österreich anzuerkennen sind.

Im Rahmen der EU muß die EU-Kommission schon bevor ein Mitgliedstaat Gesetze, Vorschriften usw. für den technischen Bereich erläßt, davon in Kenntnis gesetzt werden. Daher besteht für die Mitgliedstaaten die Notifizierungspflicht für jeden Entwurf einer technischen Vorschrift, damit ein eventuelles technisches Handelshemmnis beseitigt und europäisches Recht erfüllt werden kann. Wobei unter technischen Vorschriften u.a. Rechts- oder Verwaltungsvorschriften, die auf technische Spezifikationen verweisen, zu verstehen sind.

Das Notifizierungsverfahren ist in der „Richtlinie des Rates über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften" geregelt, die 1996 durch das Notifikationsgesetz des Bundes umgesetzt wurde. Durch das Land Wien erfolgte die Umsetzung durch das Wiener Notifizierungsgesetz. Die Mitgliedstaaten der EU werden durch die Europäische Kommission von den übermittelten Entwürfen unterrichtet. Sie haben die Möglichkeit, sich innerhalb einer festgesetzten Frist dazu zu äußern und zu den geplanten technischen Vorschriften usw. Stellung zu nehmen. Das Dezernat 3 koordiniert die diesbezüglichen Stellungnahmen der technischen Dienststellen, die in der Folge zur Wahrung der Interessen des Landes Wien an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten übermittelt und in einer gesamtösterreichischen Stellungnahme berücksichtigt werden, die der EU-Kommission zugesendet wird. Als Ansprechpartner für fachspezifische EU-Fragen wurde der Leiter des Dezernates 3 zum EU-Referenten der MD-Stadtbaudirektion bestellt.

Im Hinblick auf die bevorstehende europäische Währungsunion wurde seitens des Magistrates die „Projektkoordination Euro" gegründet, um auf die mit der Einführung des Euro einhergehenden Veränderungen optimal vorbereitet zu sein und um die notwendigen Vorbereitungsarbeiten der Dienststellen zu koordinieren. Die in den

einzelnen Bereichen des Magistrates auftretenden unterschiedlichsten Problematiken werden in fünf Arbeitsgruppen behandelt. Das Dezernat 3 vertritt die technischen Dienststellen in der Arbeitsgruppe Verwaltung. Im Rahmen der Arbeitsgruppe werden u.a. alle öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Handlungen der Stadt Wien analysiert sowie Lösungsvorschläge für generell auftretende Fragen wie die Gestaltung von Bescheiden bzw. Verträgen usw. erarbeitet. Das Dezernat 3 ist hier insbesondere mit der Problematik der entsprechenden Anpassung von Verträgen im technischen Bereich befaßt.

Mit der Entschließung des EG-Rates über den „new approach" im Jahre 1985 konnte ein neues Konzept zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse verwirklicht werden. Die EG ging in verstärktem Maß auf die Rechtssetzung mit Normenverweis über; die EG-Richtlinien im Bereich der Technik legen daher nur mehr wesentliche grundlegende Anforderungen fest, während technische Detailregelungen in den harmonisierten europäischen Normen erfolgen. Somit kommt auch der europäischen Normungsarbeit große Bedeutung zu. Diese Normen sind von den europäischen Normungsinstituten CEN, CENELEC und ETSI auszuarbeiten. Da das Österreichische Normungsinstitut Mitglied bei den europäischen Normungsinstituten ist, ist es berechtigt und verpflichtet, an der Erstellung von europäischen Normen mitzuarbeiten und muß diese in der Folge als österreichische Normen übernehmen. Im Rahmen dieser Mitarbeit an der europäischen Normung können vom Österreichischen Normungsinstitut Delegierte der Fachnormenausschüsse (FNA) zu den Technischen Komitees (TC) entsandt werden. Der zu CEN delegierte Mitarbeiter eines Fachnormenausschusses hat dort die Fachmeinung des FNA's zu vertreten und möglichst schon im Stadium der Ausarbeitung einer europäischen Norm die österreichischen Interessen einzubringen. An die Delegierten werden hohe fachliche und fremdsprachliche Anforderungen gestellt. Die Koordinierung der technischen Delegierten obliegt dem Dezernat 3 der Stadtbaudirektion, dem von den Delegierten auch ein jährlicher Bericht über die Tätigkeit in den FNA's und TC's vorzulegen ist.

Zum Jahresende 1997 waren 185 Mitarbeiter des technischen Bereiches der Stadt Wien in insgesamt 367 Fachnormenausschüssen, Fachnormenunterausschüssen und Arbeitsgruppen tätig, wobei zahlreiche Bedienstete in mehrere Ausschüsse delegiert sind. Darüber hinaus vertraten fünf Mitarbeiter als Delegierte die jeweiligen Fachausschüsse des Österreichischen Normungsinstitutes bei den entsprechen TC's bzw. Arbeitsgruppen (WG) der europäischen Normungsinstitute, weiters war ein Mitarbeiter in den TC's des Internationalen Normungsinstitutes (ISO) tätig. Die Sitzungen beider Normungsorganisationen fanden fast ausschließlich im Ausland statt.

Zu den zum Einspruch aufgelegten ÖNORMEN wurden die von den Fachabteilungen des technischen Bereiches abgegebenen Stellungnahmen seitens des Dezernates 3 zusammengefaßt und nach gegebenenfalls notwendiger Koordinierung divergierender Stellungnahmen an das Österreichische Normungsinstitut herangetragen. Ebenso wurden die Stellungnahmen der technischen Dienststellen zu Entwürfen von ÖVGW-Richtlinien koordiniert und an die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach weitergeleitet. Zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Landes Wien wurden gegebenenfalls unter Einbeziehung anderer Dienststellen des technischen Bereiches Stellungnahmen zu Novellierungsentwürfen ausgearbeitet. Weiters wurden vom Dezernat 3 die Stellungnahmen der technischen Dienststellen im Rahmen von Länderumfragen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes koordiniert. Auch an den Stadtbaudirektor herangetragene Einzelprobleme wurden behandelt und einer Erledigung zugeführt oder Erledigungsvorschläge vorgelegt.

Hinsichtlich der Anfragen zu Ansuchen zu Vereinsbildungen, die den technischen Bereich betreffen, wurden die betroffenen Fachdienststellen wie bisher davon in Kenntnis gesetzt und etwaige Einwendungen an die MA 62 weitergeleitet.

Zu koordinieren hat das Dezernat 3 auch die verschiedenen Mitgliedschaften der technischen Dienststellen bei Vereinen und Institutionen im In- und Ausland und die Evidenthaltung der dabei nominierten Vertreter der technischen Bediensteten.

Im Jahr 1997 wurde vom Dezernat 3 die Diensteinteilung für 4.096 Theateraufsichts-, Reserve- und Permanenzdienste vorgenommen. Für die im Jahre 1997 diensthabenden 58 Permanenzingenieure(innen) wurden in Form von rund 80 Zusendungen und der Zurverfügungstellung von Austauschblättern für die Instruktion aktuelle Informationen übermittelt. Die Einteilung des technischen Aufsichtsdienstes und des Permanenzdienstes wurde ebenfalls vom Dezernat 3 wahrgenommen. Für den technischen Aufsichtsdienst waren insgesamt 70 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des höheren technischen Dienstes eingeteilt. Weiters wurden die Einsätze der Permanenzingenieure(innen) regelmäßig überprüft, um eine optimale Vorgangsweise gewährleisten zu können. Auch die Zusammenarbeit und Koordinierung mit dem juristischen Permanenzdienst sowie die Schulung und Prüfung von 7 neuen Permanenzingenieuren(innen) erfolgte durch das Dezernat 3.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Dezernates 3 liegt in der Abnahme von Befähigungsprüfungen. Im Jahr 1997 wurden insgesamt 319 Befähigungsprüfungen abgenommen. Bei den Meisterprüfungen für das Baugewerbe erhielten 61 von insgesamt 80 Kandidaten das Befähigungszeugnis. Die Ziviltechnikerprüfung bestanden 131 der 144 angetretenen Kandidaten. Im Laufe des Jahres 1997 wurden 78 Ziviltechniker vereidigt.

Die Stadtbaudirektion nimmt auch die Fachaufsicht und die Mitwirkung bei der Dienstaufsicht über das den Dienststellen des technischen Bereichs und der MA 4 zugewiesene technische Personal, über Lehrlinge des technischen Dienstes sowie über das den anderen Dienststellen zugewiesene technische Personal wahr (rund 10.000 MitarbeiterInnen). Ausgenommen hiervon ist das dem KAV zugewiesene und dort nicht im Bereich der EDV verwendete

technische Personal der Schemata II und IV.

Diese Aufgaben, wie u. a. Teilnahme an Einstellgesprächen der Verwendungsgruppen A und B in der MD-Personaldirektion, Mitwirkung bei der Besetzung freier Dienstposten und bei der Besetzung höherbewerteter Dienstposten (Funktionen) im Sinne des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes, wurden ebenso wie die Mitwirkung bei der Schaffung/Streichung und Bewertung von Dienstposten sowie in diesem Zusammenhang gemeinsam mit der MD-Verwaltungsrevision durchzuführende Revisionen dem Dezernat 3 übertragen und auch wahrgenommen.

Weiters wurden im Dezernat 3 die Anträge auf Förderungen, über die dem Stadtbaudirektor die Entscheidung obliegt, vorbearbeitet und vorgelegt. Dem Dezernat 3 obliegen auch die Erledigung von Personalangelegenheiten für sämtliche MitarbeiterInnen der MD-Stadtbaudirektion, wie z.B. Anträge auf Zuerkennung von Zulagen, Dienstreiseanträge usw.

Um der künftigen Anforderung an die Technische Fachaufsicht im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Modernisierung der Verwaltung bzw. Hinführung zu einem den heutigen Anforderungen entsprechenden „schlanken" Dienstleistungskonzern gerecht werden zu können, wurde mit Wirksamkeit 1. Dezember 1997 ein neues Dezernat 6 - Technische Fachaufsicht eingerichtet, welches seit diesem Zeitpunkt die dem Dezernat 3 übertragenen Personalangelegenheiten wahrnimmt.

Das Verdingungswesen blieb weiterhin die wesentlichste Aufgabe des Dezernates 4. Es umfaßt auch die sachliche Beurteilung der Vergabeanträge über der jeweiligen Abteilungsleiterkompetenz der technischen Dienststellen hinsichtlich der Qualifikation der Bieter, der Angemessenheit der Preise und der Übereinstimmung der Angebote mit den Ausschreibungsbestimmungen.

Auf Wunsch des KAV, des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds wurde das Dezernat 4 der MD-BD auch wieder zu Prüftätigkeiten von Angeboten herangezogen, die nicht „direkt" von der Stadt Wien beauftragt wurden.

Die Überprüfung von freihändigen Vergaben schwierigster Art, die Prüfung der Honorarangebote von Ziviltechnikern, die Verhandlungen über diverse Service-Stundensätze, wobei im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit der Direktion Technik und Bauten des Wiener Krankenanstaltenverbundes auch Stundensätze diverser Spezialfirmen, welche im Bereich der dem KAV zugeordneten Spitäler eingesetzt werden, bearbeitet wurden, die Verhandlungen in zweiter Instanz bei Unstimmigkeiten mit den Auftragnehmern, die Beurteilung von Bauzeitverlängerungen und Pönalen, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Vertragsauslegungen usw. wurden vom Dezernat 4 erledigt.

Das Instrumentarium „Preisspeicher" wurde in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen im Sinne der Dezentralisierung weiterentwickelt, um spezifische und/oder allgemeine Positionspreise zu bekommen, die dann Grundlage für Kostenschätzungen, Preisvergleiche bzw. Überprüfung von Preisentwicklungen bilden.

Als Grundlage für die Bearbeitung von Anträgen der Auftragnehmer auf Preisumrechnungen wurden 1997 Tarife, Kollektivvertragslöhne, Lohnempfehlungen sowie Indices und objektsbezogene Baustoffinformationen samt deren Veränderungen evident gehalten. Die Feststellung der Preisgrundlagen bei Vergaben zu veränderlichen Preisen wurden im Einvernehmen mit den ausschreibenden Dienststellen geschaffen. Für die MA 17, MA 28, MA 45 und Wiener Stadtwerke - Wiener Linien wurden nichtobjektbezogene Warenkörbe entwickelt und verwaltet.

Für die Preisgleitung von Kontrahentenaufträgen wurden jährlich erstellte Listen an die Dienststellen verschickt. Darüber hinaus besteht für alle Dienststellen die Möglichkeit, die Daten (Indices und Kontrahentenpreisveränderungen) online abzufragen. Die Dezentralisierung der Preisumrechnung wurde 1997 fortgesetzt.

Im Beratungsgremium zur Durchführung von Preisberichtigungen der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen vertritt das Dezernat 4 die Interessen der Stadt Wien und hat durch diese Mitwirkung wesentlichen Anteil an der Erzielung vertretbarer Ergebnisse. Weiters wirkt das Dezernat 4 bei der Entwicklung von Preisgleitformeln in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaftskammer und anderen öffentlichen Auftraggebern mit.

Für die Dienstprüfung der Bediensteten der Verwendungsgruppe A und B sowie für die Dienstprüfung der technischen Bediensteten der Verwendungsgruppe C und D oblag es dem Dezernat 4, die Bediensteten mit den Problemen des Normen- und Verdingungswesens sowie der Baupreisprüfung und der Kalkulation vertraut zu machen.

Weiterhin in Bearbeitung standen auch 1997 die Entwürfe einer Neufassung der Vergaberichtlinien unterhalb der EU-Schwellenwerte, Durchführungsbestimmungen der MD-Stadtbaudirektion zu diesen Vergaberichtlinien und der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Leistungen und Bauleistungen. Ferner wurde an der Novellierung des Wiener Landesvergabegesetzes mitgearbeitet.

Vom Dezernat 4 wurde nach Länderberatungen an den Verhandlungen mit der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für die Valorisierung der Zeitgrundgebühr und Honorarindices für Planungen im Straßenbau an der Erzielung vertretbarer Ergebnisse mitgewirkt.

Mit 1. August 1997 wurde die „Geschäftsstelle des Vergabekontrollsenates, Auftragnehmerkataster der Stadt Wien" vom Dezernat 4 getrennt und nunmehr als selbständiges Referat der MD-Stadtbaudirektion geführt.

Vom Dezernat 5 wurden über Auftrag von amtsführenden Stadträten oder über Ersuchen anderer Dienststellen der Magistratsdirektion Einzelprobleme behandelt sowie Verbesserungsvorschläge geprüft, zu durchlaufenden Akten Stellungnahmen verfaßt und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Gesetzentwürfe wurden begutachtet, bestehende

Erlässe des Stadtbaudirektors wurden überarbeitet und neue Erlässe ausgearbeitet und in die über das Intranet verfügbare Datenbank aufgenommen.

Des weiteren wurde an Organisationsänderungen von Verwaltungsvorgängen in Dienststellen des technischen Bereichs und in der MD-Stadtbaudirektion selbst mitgewirkt bzw. wurden diese Maßnahmen teilweise federführend betrieben. Es wurde eine Analyse bezüglich neuer Organisationsformen in den MA 30, 31 und 45 im Rahmen eines vom Dezernat 5 der MD-Stadtbaudirektion geleiteten Arbeitskreises durchgeführt.

Die Anforderungen der Dienststellen des technischen Bereiches für den Systemisierungsplan für Datenverarbeitungsanlagen wurden für die Unterkommission der beratenden EDV-Kommission vorgeprüft und dabei allenfalls erforderliche organisatorische Maßnahmen mit den Dienststellen erörtert und realisiert. Die EDV-technischen Anforderungen der Dienststellen des technischen Bereiches, sowohl hinsichtlich der Hardware als auch der Software, wurden koordiniert und in einzelnen konkreten Fällen den Dienststellen fachliche Unterstützung geboten.

Unter der Federführung des Dezernates 5 wurde ein „Pilotprojekt Umweltmanagementsystem Amtshaus" (PUMA) am Beispiel des Gebäudes 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5, mit Unterstützung der Wiener Umweltanwaltschaft in einem Projektteam, an dem die im Gebäude untergebrachten Dienststellen, die MD-BD, Gruppe Hochbau und Haustechnik, die mit der Erhaltung des Gebäudes befaßten Personen sowie Fachleute für spezielle Belange teilgenommen haben, abgewickelt. Ziel des Pilotprojektes ist es, an Hand eines praktischen Beispieles zu prüfen und festzustellen, ob die Methoden des Umweltmanagements auch in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden können.

In der Funktion als Abstimmungsinstanz zwischen den technischen Fachdienststellen und der MA 14 wurden Änderungswünsche und Erweiterungen zum bestehenden Programm „Informationssystem Bauen" gesammelt, nach Prioritätenzuordnung entwickelt und zur Verfügung gestellt. Das „Informationssystem Bauen" soll dem Sachbearbeiter in der Dienststelle in einem magistratsweit einheitlichen Bild unter der Einhaltung des in den Programmen integrierten Weisungs- und Normenstandes sowie abgestimmten Rechenregeln einen unmittelbaren Zugang zu Funktionen und Daten bieten, Verbindungen von Daten ermöglichen und die geforderte Sicherheit gegen unberechtigten Zugriff über alle Bereiche des Bauens, von der Planung, Budgetplanung, Auftragsabwicklung, Kostenverfolgung bis zur Baumassenabrechnung, gewährleisten.

In Arbeitskreisen wurde die Entwicklung u.a. für die Bereiche MGR-Management-INFO, EBI - Erfassen Bieterdaten und Datenträgeraustausch zum Teil neu begonnen, weitergeführt und abgeschlossen.

Von den 42 abgespeicherten standardisierten Leistungsbeschreibungen wurden vom Dezernat 5 im Einvernehmen mit den Anwendern 6 Leistungsbeschreibungen den aktuellen Erfordernissen angepaßt und eine neue standardisierte Leistungsbeschreibung ins ISBA aufgenommen.

Im Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein, Arbeitsgruppe Hochbau, zur Erweiterung der LB-Hochbau ist das Dezernat 5 vertreten.

Die Umstellung der bestehenden ISBA-AVA-Applikation von einer reinen VAX-VMS-Anwendung auf eine moderne Client-/Server-Lösung mit grafischer Windows-Oberfläche wurde begonnen.

Bis Ende des Jahres 1997 wurden im ISBA in 19 technischen Dienststellen (einschließlich den Wiener Stadtwerken und dem Wiener Krankenanstaltenverbund) insgesamt rund 11.960 Ausschreibungen und rund 8.210 Angebotsauswertungen mit rund 48.100 Bietern durchgeführt, wobei jeweils in der Einschulungsphase und im Zuge des Einsatzes sowie bei der Neuerstellung von Leistungsbeschreibungen laufend Anwenderunterstützung erfolgte. Das ISBA-Bauabrechnungsprogramm wurde weiterhin in den technischen Dienststellen nach erfolgter Einschulung eingesetzt. Zusätzlich wurde noch im Jahre 1997 die Massenberechnung und Kontrollfakturierung für rund 15 Bauaufträge, welche noch mittels des Vorgängersystems des ISBA durchgerechnet wurden, zu meist monatlichem Termin nach den österreichischen Richtlinien für die elektronische Bauabrechnung durchgeführt.

Die EDV-Projekte Wiener Umweltinformationssystem (WUIS) und Gebäudemanagement (GEMMA, Facility Management) wurden weiter betrieben. Dies erfolgte jeweils in Arbeitskreisen, in denen unter Leitung der MD-BD, Dezernat 5, die MA 14 und die anderen beteiligten Dienststellen vertreten waren. Das Wiener Umweltinformationssystem soll die im Bereich Umwelt vorhandenen Daten für Planung, Überwachung und Auskunftserteilung zugänglich machen. Mit der für GEMMA angewandten Technologie konnte im Zusammenhang mit dem Klimaschutzprogramm Wien (KliP) in kurzer Zeit eine prototypenhafte Anwendung für eine Energiebuchhaltung realisiert werden.

Die Anwender des CAD-Systems für den Hochbau wurden auch in diesem Jahr weiter betreut und bei der täglichen Arbeit unterstützt. Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen wurde eine Neufassung der „Richtlinien CAD-Hochbau" vorbereitet.

Darüber hinaus wurden die Dienststellen auch bei anderen, im wesentlichen abteilungsbezogenen EDV-Projekten unterstützt und beim Einsatz der EDV aus Sicht der Zusammenarbeit der technischen Dienststellen beraten. Schwerpunkte im Jahr 1997 war wieder das Wiener Friedhofsinformationssystem - WIFIS der MA 43 (Vorsitz im Lenkungsausschuß).

Die Organigramme über die „Verwaltung der Stadt Wien" wurden weitergeführt und entsprechend der jeweils gültigen Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien neu aufgelegt und an alle Dienststellen der Stadt Wien sowie interessierte Außenstehende verteilt. Diese Organigramme stellen die Organisation der Stadt Wien grafisch dar, wobei ein Organigramm den technischen Bereich besonders berücksichtigt. Sie sind auch in englischer,

französischer, japanischer und chinesischer Sprache erhältlich.

Im Rahmen der Erstellung des Voranschlags wurde wieder die Zusammenstellung der Kosten der verschiedenen Straßenbauprogramme und die im Projektausweis enthaltenen Vorhaben vorgenommen.

Weiters wurden im Bereich der Netzplantechnik in den Dienststellen Einschulungen und Beratungen bei der Netzplanerstellung durchgeführt sowie Unterstützung bei der Handhabung des EDV-Programmes geleistet.

## Magistratische Bezirksämter

Die magistratischen Bezirksämter sind bürgernahe Außenstellen des Magistrats der Stadt Wien in den Bezirken. Sie sind grundsätzlich mit jenen Aufgaben betraut, die im Bezirk - somit näher zu den Bürgerinnen und Bürgern - durchgeführt werden können.

Die sehr unterschiedlichen Aufgaben reichen von der Bedienung der Kunden durch die möglichst gute und rasche Erledigung von Anträgen der Bürgerinnen und Bürger, die Parteien eines Verwaltungsverfahrens sind, über die Organisation von Wahlen auf Bundes- und Landesebene, Volksbegehren und Volksabstimmungen, über die Mitwirkung bei Groß(Volks)zählungen bis zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung in bezug auf Nachbarschafts- und Umweltschutz. Dies kommt insbesondere im Rahmen der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren sowie in Verfahren zur Beseitigung von sanitären Übelständen zum Ausdruck. Zur Durchsetzung von in diesem Bereich ergangenen behördlichen Anordnungen ist in manchen Fällen die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren notwendig.

Den magistratischen Bezirksämtern obliegt im Interesse des Kunden- und Konsumentenschutzes die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Lebensmittelgesetzes, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung u.a in enger Zusammenarbeit mit dem Marktamt der Stadt Wien. Die strikte Überwachung dieser Konsumentenschutzbestimmungen führt zu einer beträchtlichen Anzahl von Verwaltungsstrafverfahren, die zur Folge haben, daß die bezeichneten Bestimmungen - die den hohen Standard des Lebensmittelrechtes in Österreich ausweisen - auch entsprechend eingehalten werden.

Zur möglichsten Beschleunigung des Kundendienstes für die Bürgerinnen und Bürger stehen den magistratischen Bezirksämtern moderne Büroorganisationsmittel, wie PCs, Bildschirmarbeitsplätze und Faxgeräte, zur Verfügung. Bei Augenscheinsverhandlungen außerhalb des Amtshauses werden Laptops und Notebooks verwendet. Vernetzung und wienweit wirkende Software-Programme machen es möglich, daß Gewerbeberechtigungen oder Betriebsanlagengenehmigungen äußerst rasch erteilt werden können, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (z.B. die Nachweise über die Befähigung, die Unbescholtenheit bzw. Standorteignung). So ist es zum Beispiel möglich, Gewerbeanmeldungen innerhalb von Minuten zu erledigen. Im Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen ist durch den Gesetzgeber die Einschaltung von technischen und medizinischen Sachverständigen, die Anhörung von Formalparteien, wie Arbeitsinspektorat, Umweltanwalt sowie nicht zuletzt als Vertreter der Gemeinde und der Bezirksbevölkerung der Bezirksvorsteher zwingend vorgesehen.

Ein wesentlicher Schritt in Richtung der Verfahrensbeschleunigung ist die Verbindung mit dem Zentralen Gewerberegister, das sämtlichen Gewerbebehörden in Österreich zur Verfügung steht.

Die in und zwischen den magistratischen Bezirksämtern verwendete moderne Büro- und Kommunikationstechnik ist nicht nur für das Arbeitstempo förderlich, sondern ist auch beträchtlich kostenreduzierend. Auch die immer schneller wachsende Anzahl der gesetzlichen Vorschriften führt zu einem immer komplexeren und größeren Arbeitsanfall, der aber durch gezielten Einsatz fortschrittlicher Bürotechnik sowie begleitender und ergänzender Ausbildung der Mitarbeiter/innen bewältigt werden kann. Die Kundenorientiertheit der magistratischen Bezirksämter als dezentralen Einrichtungen wird ständig verbessert. Die Verfahrensabläufe werden transparent gemacht und die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Behörden erleichtert.

Betriebswirtschaftliche Methoden, wie Projektmanagment, Controlling und Kostenrechnung sowie fachübergreifende Betrachtungsweisen, erzeugen nicht nur zentral (wie z.B. in geschäftsgruppengebundenen Abteilungen), sondern auch dezentral in den magistratischen Bezirksämtern wirkungsintensivierende Effekte.

Die magistratischen Bezirksämter erfüllen ihre Aufgaben in relativ kleinen Teams von Jurist/innen, Bediensteten des Verwaltungsdienstes (zumindest Maturant/innen) und Kanzleibediensteten unter der Leitung eines/einer rechtskundigen Bediensteten als Bezirksamtsleiter/in.

Die magistratischen Bezirksämter vollziehen inbesondere folgende Bundesgesetze:

Die Gewerbeordnung (Erteilung von Gewerbeberechtigungen und gewerbliches Betriebsanlagenrecht), das Wasserrechtsgesetz, das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das Chemikaliengesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, das Forstgesetz, das Zivildienst- und Heeresgebührengesetz (Familienunterhalt und Wohnkosten für Zivildiener), das Bäderhygienegesetz, einen Teil der Straßenverkehrsordnung und des Bundesstraßenfinanzierungsgesetzes sowie die Beurkundung des Austrittes aus einer Religionsgemeinschaft.

An zu vollziehenden Landes- bzw. Gemeindevorschriften kommen hinzu:

Die Reinhalteverordnung (betreffend die Bekämpfung von sanitären Übelständen), das Wiener Tierhalte- und Tierschutzgesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz (hier insbeson-

dere die Kehrverordnung), das Baumschutzgesetz, das Gebrauchsabgabegesetz u.a.

In all diesen Bereichen sind die magistratischen Bezirksämter auch im Bedarfsfall zur Durchführung der jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz zuständig.

Die große Anzahl der zu vollziehenden Gesetze und Verordnungen stellt höchste Anforderungen an den Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der magistratischen Bezirksämter.

Um (künftigen) Unternehmer/innen eine weitere Hilfestellung zu geben, ist in den Bezirksämtern ein eigenes „Unternehmerservice" im Entstehen. An bestimmten Tagen stehen rechtskundige Beamte, gewerbetechnische Amtssachverständige, Baupolizisten, Arbeitsinspektoren sowie Mitarbeiter der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservice gleichzeitig zur Auskunftserteilung an Unternehmer und Personen, die sich selbständig machen wollen, zur Verfügung.

Während der allgemeinen Parteienverkehrszeiten sind die Mitarbeiter/innen der magistratischen Bezirksämter bemüht, allen Rat- und Hilfesuchenden zielführende Auskünfte und Anleitungen zu geben, wie die jeweiligen Probleme - seien es Beeinträchtigungen, die von Gewerbebetrieben herrühren, wie Lärm- bzw. Geruchsbelästigungen oder Verschmutzungen der Umwelt durch Ablagerungen usw. - gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu lösen sind.

Die magistratischen Bezirksämter sind somit die kompetente Kontaktstelle für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die rasch und nahe des Wohnortes für die sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten tätig werden.

Um einen Überblick über die Tätigkeiten der magistratischen Bezirksämter zu geben, seien einige Zahlen über die in diesen Dienststellen im Jahr 1997 angefallenen Geschäftsfälle angeführt:

Administrativverfahren:

| | |
|---|---|
| Betriebsanlagengenehmigungen | 827 |
| Gewerbeanmeldungen | 10.456 |
| Gewerbeentziehungen | 2.134 |
| Religionsaustritte | 11.798 |
| Baumschutzverfahren | 2.670 |
| Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfen für Zivildiener | 1.094 |
| Sanitäre Übelstände | 2.815 |
| Buschenschankangelegenheiten | 171 |
| Einsprüche gegen Kostenvorschreibungen bei Abschleppungen von Kraftfahrzeugen | 1.274 |

Strafverfahren:

| | |
|---|---|
| Ausländerbeschäftigungsgesetz | 3.620 |
| ArbeitnehmerInnenschutzgesetz | 221 |
| Unbefugte Gewerbeausübung | 2.749 |
| Nicht genehmigte Betriebsanlagen | 465 |
| Gewerbeausübung ohne gewerberechtlichen Geschäftsführer | 598 |
| Übertretungen des Sonn- und Feiertagsruhegesetzes | 51 |
| Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz | 1.699 |
| Verstöße gegen die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung | 2.429 |
| Wiener Baumschutzgesetz | 90 |
| Bauordnung für Wien | 1.467 |
| Straßenverkehrsordnung (insbesondere Kfz, die ohne Kennzeichen abgestellt wurden) | 14.555 |
| Gebrauchsabgabegesetz | 13.178 |
| Bundsstatistikgesetz | 12.277 |

Die Aufteilung dieser beispielhaft angeführten Agenden ist naturgemäß von Bezirk zu Bezirk je nach Bevölkerungs-, Betriebs- und Baustruktur verschieden. So gibt es ausgesprochene Gewerbe- und Industriebezirke, aber auch solche mit viel Grün, vielen Bäumen und auch Forsten, Bezirke mit Altstadtbereichen sowie mit dichter und weniger dichter Besiedelung.

Dienst am Bürger ist heute für die magistratischen Bezirksämter in erhöhtem Maß Aufgabe und Pflicht. Es sollen konzentrierte Verfahren so durchgeführt werden, daß einerseits der Bürger nicht mehrere Verfahren nebeneinander durchlaufen muß, und andererseits durch geeignete Kommunikationsmittel und Zugriffsmöglichkeiten der magistratischen Bezirksämter auf den Datenbestand zentraler Dienststellen der Zugang zum Recht für die Bürgerinnen und Bürger verbessert und erleichtert wird.

# Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal

## Allgemeine Personalangelegenheiten

1. Für das Berichtsjahr 1997 sind im Bereich der allgemeinen Personalangelegenheiten als wesentliche Maßnahmen Novellierungen der Dienstordnung 1994, der Besoldungsordnung 1994, der Vertragsbedienstetenordnung 1995, der Pensionsordnung 1995, des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes 1995 sowie des Wiener Bezügegesetzes 1995 anzuführen. Weitere legistische Schwerpunkte lagen in der Neufassung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes sowie in der Änderung des Wiener Karenzurlaubszuschußgesetzes. Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch Änderungen und Ergänzungen bei den Nebengebühren, der Dienstbekleidung und in den Kollektivverträgen, die für einen Teil der Bediensteten der Gemeinde Wien gelten.
2. Zwischen dem Bund und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde am 30. September 1997 vereinbart, daß die Gehälter der Bundesbediensteten ab 1. Jänner 1998 um 466 S erhöht werden, wobei bei Teilzeitbeschäftigung der aliquote Erhöhungsbetrag gilt. Ruhegenußfähige Zulagen wurden nicht erhöht. Bei den Überstundenvergütungen ergab sich die Valorisierung aus den erhöhten Bezugsansätzen. Die übrigen Nebengebühren (z.B. Leistungsprämien, Gefahren- und Erschwerniszulagen), die in einem bestimmten Prozentsatz des Gehaltes der Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2, zustehen, wurden um 2 Prozent angehoben. Gleiches gilt für die Nebengebührenzulage, die zum Ruhegenuß gebührt. Das Karenzurlaubsgeld blieb unverändert. Beim Bund hat sich aus dieser Regelung eine durchschnittliche Erhöhung des Personalaufwandes von 1,7 Prozent ergeben.
   Die für die Bundesbediensteten geltende Regelung wurde für die Wiener Gemeindebediensteten mit einer Abweichung übernommen. Da die Besoldungsstrukturen bei der Gemeinde Wien andere sind als beim Bund (höherer Anteil von Bediensteten mit niedrigeren Gehältern), ergab sich bei der Gemeinde Wien durch den Einheitsbetrag eine durchschnittliche Gehalts- und Pensionserhöhung von über 2 Prozent. Es wurde daher mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vereinbart, die Nebengebühren, für deren Höhe nicht die einzelnen Gehaltsansätze bestimmend sind, nur um 1,7 Prozent anzuheben. Gleiches galt für die Ruhe- und Versorgungsgenußzulagen, deren Höhe von den seinerzeit im Dienststand bezogenen Nebengebühren abhängig ist.
   Die entsprechende Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgte in der 7. Novelle zur Besoldungsordnung 1994, der 3. Novelle zur Pensionsordnung 1995 und der 2. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995.
3. Eine generelle Bezugserhöhung im öffentlichen Dienst wirkt sich im Bereich der Gemeinde Wien nicht nur auf die Gehaltsansätze der Beamten und Vertragsbediensteten aus. Von einer solchen Erhöhung sind regelmäßig die in Einzelsonderverträgen und Gruppensonderverträgen normierten Entgelte, die Bezüge von Aushilfs- und Saisonbediensteten und vor allem die Nebengebühren betroffen. Hiezu mußten die zur ordnungsmäßigen Durchführung dieser Änderungen notwendigen Beschlüsse der zuständigen Organe eingeholt werden. Bei einem großen Teil der Nebengebühren (Mehrdienstleistungsvergütungen) ergab sich die Erhöhung bereits aus den geänderten Gehaltsansätzen. Daneben bestehen jedoch zahlreiche Nebengebühren, deren Höhe betragsmäßig fixiert ist. Diese Nebengebühren wurden mit 1. Jänner 1998 um 1,7 Prozent erhöht. Soweit nicht Einzelregelungen bestehen, wurden diese Maßnahmen durch den Nebengebührenkatalog 1998 mit Beschluß des Stadtsenates vom 27. Jänner 1998, Pr.Z. 127/98-M01, getroffen.
4. Durch das Gesetz über die Bezüge der Organe des Landes und der Gemeinde Wien (Wiener Bezügegesetz 1997), LGBl. für Wien Nr. 42/1997, mit dem das Wiener Bezügegesetz 1995 und die Dienstordnung 1994 geändert werden, wurden entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre die Höhe der (Aktiv-)Bezüge der Wiener Landes- und Gemeindefunktionäre, die Bezugsfortzahlung bei Ausscheiden aus der Funktion, die Ansprüche auf Dienstwagen, Auslagenersatz und Reisegebühren, die Kranken- und Unfallfürsorge, die Pensionsversicherung und die freiwillige Pensionsvorsorge durch eine Pensionskasse geregelt. Die Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1995 enthielt vor allem Übergangsbestimmungen für Politikerpensionen sowie Regelungen über die Pensionsbeiträge, welche die von den Übergangsbestimmungen erfaßten Funktionäre zu entrichten haben. Die im Wiener Bezügegesetz 1995 enthaltenen Bestimmungen über die Höhe der (Aktiv-)Bezüge blieben zwar bestehen, sind jedoch nur mehr für die Bemessung der übergangsweise gebührenden Pensionen und für die noch zu entrichtenden Pensionsbeiträge von Bedeutung. Hingegen sind die Regelungen über die Abfertigungen zur Gänze entfallen, da das Wiener Bezügerecht im Gegensatz zu dem des Bundes keine diesbezüglichen Übergangsbestimmungen vorsah. Weiters erfolgten im Bezügegesetz 1995 verschiedene Anpassungen an Bundesgesetze und Wiener Landesgesetze.

Sowohl das Wiener Bezügegesetz 1997 als auch die Übergangsbestimmungen des Wiener Bezügegesetzes 1995 gelten ab 1. Jänner 1998 auch für den Landeshauptmann sowie den Amtsführenden Präsidenten und den Vizepräsidenten des Stadtschulrates für Wien.
Die Novellierung des Wiener Bezügegesetzes 1995 machte auch die Änderung einer Bestimmung der Dienstordnung 1994 erforderlich.

5. Das Gesetz, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (7. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Pensionsordnung 1995 (3. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995 (2. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995) und die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (3. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) geändert werden, enthält neben der Gehaltserhöhung ab 1. Jänner 1998 auch Regelungen für Bedienstete, die von Organisationsänderungen betroffen werden. Diese Bediensteten sollen bei Überstellung in eine niedrigere Verwendungsgruppe hinsichtlich des Gehaltes und der ruhegenußfähigen Zulagen keine Einbußen erleiden. Beamte, die nach Vollendung des 55. Lebensjahres vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden, sollen eine Pension erhalten, als wären sie erst mit Vollendung des 60. Lebensjahres pensioniert worden. Für Vertragsbedienstete ist bei vorzeitiger und einvernehmlicher Auflösung des Dienstverhältnisses eine erhöhte Abfertigung vorgesehen.
   Der durch die MA 1 ausgearbeitete Gesetzentwurf wurde mit Beschluß des Wiener Landtages vom 12. Dezember 1997, Pr.Z. 1667, genehmigt.
6. Auf Grund des gemäß Art. 98 B-VG erforderlichen Verfahrens konnte mit der Kundmachung der unter Pkt. 2 und 5 genannten Gesetze vor dem 1. Jänner 1998 nicht gerechnet werden. Um die Auszahlung der erhöhten Bezüge mit dem nächstmöglichen Auszahlungstermin zu gewährleisten, wurde dem Gemeinderat vorgeschlagen, Vorschüsse auf die zu erwartende Erhöhung zu gewähren. Diese Vorschüsse werden auf die mit Kundmachung der genannten Novellen gebührenden erhöhten Bezüge angerechnet. Der Gemeinderat hat diese Maßnahme mit dem Beschluß vom 18. Dezember 1997, Pr.Z. 228/97-GIF, genehmigt.
7 Der Entwurf des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (4. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (8. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Pensionsordnung 1995 (4. Novelle zur Pensionsordnung 1995), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (4. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (9. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967) und das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995 (3. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995) geändert werden, sieht als Schwerpunkt die Einführung eines Freijahres im Dienstrecht der Beamten und Vertragsbediensteten vor. Die Regelung darin besteht, daß während eines fünfjährigen Zeitraumes der Bedienstete nur 80 Prozent seines Bezuges erhält, vier Jahre voll arbeitet und im fünften Jahr - eben dem sogenannten Freijahr ("Sabbatical") zur Gänze vom Dienst freigestellt wird. Mit diesem Modell soll vor allem versucht werden, den Interessen der Bediensteten durch die Möglichkeit einer Inanspruchnahme eines größeren arbeitsfreien Zeitraumes - neben dem Erholungsurlaub - unter bestimmten Voraussetzungen bei weitgehender sozialer Sicherheit entgegenzukommen, wobei das Freijahr vordringlich dazu dienen soll, bei bestimmten Bedienstetengruppen (z.B. bei Sozialarbeitern, bei Krankenpflegepersonen u.a.) Erschöpfungstendenzen (z.B. das "Burn-out-Syndrom") hintanzuhalten und allfälligen psychischen Belastungen besser entgegenzuwirken, wobei durch das Freijahr auch ein zusätzlicher Arbeitsmarkteffekt zu erwarten ist. Ähnliches gilt für die weitgehende Liberalisierung des Karenzurlaubes bzw. der Teilzeitbeschäftigung für Beamte. War noch vor wenigen Jahren das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis nur ein Dienstverhältnis in Vollbeschäftigung, so wurde dieser Grundsatz unter Bedachtnahme auf Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes bzw. des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes zusehends duchbrochen und Teilzeitbeschäftigung im beschränkten Ausmaß und unter bestimmten Voraussetzungen auch für Beamte ermöglicht. Nunmehr werden Karenzurlaube und bei Beamten Teilzeitbeschäftigungen bis zum Ausmaß von je zehn Jahren vorgesehen. Daneben enthält der Entwurf Maßnahmen, wie
   – die Umsetzung bestimmter EU-Richtlinien in Anpassung an das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 - BDG 1979
   – die Schaffung von Regelungen, die die Entsendung von Bediensteten zur Aus- und Fortbildung bzw. als Nationale Experten zu bestimmten Einrichtungen betreffen
   – die Neuregelung der Dienstfreistellung oder Außerdienststellung von Mandataren, die Bedienstete der Gemeinde Wien sind
   – die Vereinfachung der Verwaltungsabläufe in bestimmten Bereichen
   – die Anpassung einiger Bestimmungen an Änderungen im Bereich der Bundesgesetzgebung
   – die Berücksichtigung der Verordnung 1612/68/EWG (Freizügigkeit) und der Rechtsprechung des EuGH bei der Vordienstzeitberechnung
   – die Schaffung zusätzlicher Absicherungsmaßnahmen sowie die Umsetzung der Teile der Pensionsreform, die ab 1. Jänner 1998 wirksam werden sollen.
8. Durch das Gesetz, LGBl. für Wien Nr. 41/1997, mit dem die Wiener Stadtverfassung geändert wird, wurde die Wiener Stadtverfassung an Art. 1 des Bezügereformgesetzes, BGBl. Nr. 392/1996 (Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes), und an Art. 1 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997 (Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre), angepaßt.

Weiters wurde von zwei bundesverfassungsgesetzlichen Ermächtigungen (Art. 95 Abs. 4 B-VG und § 2 Abs. 5 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983) Gebrauch gemacht. Einerseits ist der Unvereinbarkeitsausschuß des Landtages nunmehr dazu berufen, die Bezüge der öffentlich Bediensteten, die Mitglieder des Landtages sind, zu kontrollieren. Andererseits wurde für den Ersten Präsidenten des Landtages, die Klubvorsitzenden des Landtages und Gemeinderates und die Bezirksvorsteher Berufsverbote festgelegt.

9. Im Zusammenhang mit dem Abschluß des EWR-Abkommens und nicht zuletzt auch mit dem Beitritt Österreichs zur EU wurden vom Bund die grundlegenden Anforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz unter Berücksichtigung der einschlägigen EU-Richtlinien und des Standes der Technik in einem Bundesgesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (ArbeitnehmerInnenschutzgesetz - ASchG), BGBl. Nr. 450/1994, neu geregelt. Damit wurde eine neue, den heutigen Erfordernissen und den einschlägigen EU-Richtlinien Rechnung tragende gesetzliche Grundlage für den Schutz der Arbeitnehmer bei der beruflichen Tätigkeit in den Betrieben geschaffen. Das ASchG ist - wie dies schon beim (alten) Arbeitnehmerschutzgesetz des Bundes der Fall war - für die weitaus überwiegende Zahl der Bediensteten der Gemeinde Wien, nämlich für jene Bediensteten, die in Betrieben beschäftigt sind (z.B. bei den Wiener Stadtwerken, im Krankenanstaltenverbund oder in der MA 44), unmittelbar anzuwenden.
   Für Bedienstete der Gemeinde Wien, die in Behörden, Ämtern oder sonstigen Verwaltungsstellen - also nicht in Betrieben - tätig sind, bedürfen die geltenden Bedienstetenschutzbestimmungen unter Bedachtnahme auf die umzusetzenden EU-Richtlinien der Anpassung. Diese Anpassung soll jedoch nicht durch eine Novelle zum bestehenden Wiener Bedienstetenschutzgesetz, sondern durch die Erlassung eines neuen Wiener Bedienstetenschutzgesetzes 1998 verwirklicht werden. Dabei soll nicht - wie im geltenden Wiener Bedienstetenschutzgesetz - ein bloßer Verweis auf sinngemäß anzuwendenden Bestimmungen des ASchG erfolgen. Vielmehr sollen die anzuwendenden Bestimmungen unter Anpassung an die bei der Gemeinde Wien in Behörden, Ämtern und sonstigen Verwaltungsstellen gegebenen Verhältnisse im vollen Wortlaut wiedergegeben werden, um einerseits den erhöhten Stellenwert des Bedienstetenschutzes auch für den Bereich der Behörden, Ämter oder sonstiger Verwaltungsstellen zu dokumentieren und andererseits im Sinne einer möglichst zweckmäßigen Verwaltung auch zur besseren Lesbarkeit und Erleichterung der Vollziehung beizutragen. Der entsprechende Entwurf wurde von der MA 1 erarbeitet.
10. Das Wiener Karenzurlaubszuschußgesetz, LGBl. für Wien Nr. 24/1996, entspricht durch die entsprechende Novellierung nunmehr in wesentlichen Belangen dem Karenzurlaubszuschußgesetz des Bundes, BGBl. Nr. 297/1995.
   Mit dem gegenständlichen Landesgesetz wurden überdies auch Regelungen des neuen Karenzgeldgesetzes, BGBl. I Nr. 47/1997, berücksichtigt.
   Als wesentliche Inhalte ergeben sich:
   – Verheiratete Mütter oder Väter gelten dann als alleinstehend, wenn der Ehegatte für den Unterhalt des Kindes erwiesenermaßen nicht sorgt. Das zusätzliche Erfordernis der Auflösung des gemeinsamen Haushaltes entfällt.
   – Als Einkommen für Zwecke der Rückzahlung des Zuschusses gilt das Einkommen des § 2 Abs. 2 EStG 1988 zuzüglich bestimmter steuerfreier Einkünfte.
   – Der Karenzurlaubszuschuß wird auf Antrag auch alleinstehenden Müttern gewährt, die den Vater des Kindes nicht angeben. Der Zuschuß ist in diesem Fall von der Mutter zurückzuzahlen.
   Der durch die MA 1 ausgearbeitete Änderungsentwurf wurde mit Beschluß des Wiener Landtages vom 12. Dezember 1997, Pr.Z. 1664, genehmigt.
11. In der "Dienstvorschrift für Aushilfs- und Saisonbedienstete" sind alle Rechte und Pflichten jener städtischen Bediensteten zusammenfassend normiert, die ausschließlich zur Erfüllung von Aufgaben, die in einer Dienststelle entweder lediglich vorübergehend aus bestimmten Anlässen oder lediglich zu bestimmten Zeiten des Jahres anfallen, in ein vertragliches Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien aufgenommen werden, soferne für sie nicht ein Kollektivvertrag gilt. Die Aushilfs- und Saisonbediensteten sind in den §§ 6 und 7 der Dienstvorschrift je nach ihrer Verwendung taxativ aufgezählt, wobei der Monatsbezug entweder in der Höhe eines bestimmten Gehaltes nach der Vertragsbedienstetenordnung 1995 oder ziffernmäßig festgesetzt ist. Auf Grund des Besoldungsabkommens 1998 werden im öffentlichen Dienst die Bezugsansätze der Gehaltsschemata ab 1. Jänner 1998 für vollbeschäftigte Bedienstete um 466 S angehoben; Teilzeitbeschäftigte erhalten entsprechend verminderte Zahlungen. Aus diesem Grund erwies es sich als notwendig, den im § 7 Abs. 2 für Aushilfstierärzte/innen festgesetzten Monatsbezug für jede Monatswochenstunde entsprechend anzuheben.
   Gleichzeitig wurde die Valorisierungsbestimmung des § 7 Abs. 3 erst ab Jänner 1999 für wirksam erklärt, um eine "Doppelerhöhung" der Monatsbezüge für Aushilfstierärze/innen hintanzuhalten.
   Die erforderliche Novellierung der Dienstvorschrift wurde auch zum Anlaß von Änderungen im § 6 Abs. 1 dieser Regelung genommen. Da sich die Altersstruktur der vereinzelt nach der Dienstvorschrift für Aushilfs- und Saisonbedienstete aufgenommenen Krankenschwestern/Krankenpfleger in letzter Zeit wesentlich geändert hat, wird künftig dem Monatsbezug statt der Gehaltsstufe 8 die Gehaltsstufe 3 der Verwendungsgruppe K 4 zugrunde gelegt werden. Entsprechendes gilt auch für die Bediensteten der gehobenen medizinisch-technischen Dienste. Die Regelung für Ärzte/innen im Rettungsdienst konnte entfallen.

Die Genehmigung der Dienstvorschrift erfolgte mit Beschluß des Gemeinderates vom 18. Dezember 1997, Pr.Z. 223/97-GIF.

12. Durch die "Dienstvorschrift für Lehrlinge 1996", Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 46/1995, erfolgte eine zusammenfassende Normierung der für das Dienstverhältnis der Lehrlinge bei der Gemeinde Wien geltenden Vorschriften.
    Da in Aussicht genommen wurde, ab 1. September 1997 auch Lehrlinge in den Lehrberufen "Elektroinstallateur/in" mit einer Lehrzeit von 3 1/2 Jahren, "Technische/r Zeichner/in" mit einer Lehrzeit von 3 1/2 Jahren, beziehungsweise "Tischler/in" mit einer Lehrzeit von 3 Jahren bei der Stadt Wien auszubilden sowie die - nach dem Berufsausbildungsgesetz mögliche - gleichzeitige Ausbildung in den beiden Lehrberufen "Gas- und Wasserleitungsinstallateur/in" und "Zentralheizungsbauer/in" mit einer Lehrzeit von 4 Jahren vorzusehen, mußte die Dienstvorschrift für Lehrlinge dahingehend ergänzt werden, daß auch diese Ausbildungen zulässig wurden.
    Diese Änderung der Dienstvorschrift wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom 29. September 1997, Pr.Z. 175/97-GIF, genehmigt.
13. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. Mai 1997, Pr.Z. 103/97-GIF, wurde die Ausgleichszulagenregelung für Bedienstete der Schemata II, IV, II K und IV K bei Verwendung auf einem höherwertigen Dienstposten genehmigt. Dies erwies sich deshalb als notwendig, da auf Grund der Ausgleichszulagenregelung vom 28. Mai 1997, Pr.Z. 103/97-GIF, die Probezeit, nach deren Ablauf Bediensteten, welche die der Bewertung ihres Dienstpostens entsprechende Einreihung noch nicht erreicht haben, eine Ausgleichszulage gebührt, einheitlich sechs Monate betragen hatte.
    Die neue Regelung sieht nunmehr vor, daß der Magistratsdirektor entweder eine Verkürzung oder gar ein Absehen von der Probezeit verfügen kann, wenn der bisherige Leistungserfolg der/des Bediensteten sowie das Ergebnis der Eignungsfeststellung für den höherwertigen Dienstposten die volle Probezeit entbehrlich erscheinen lassen.
14. Gemäß § 54 der Vertragsbedienstetenordnung 1995 können in Dienstverträgen in Ausnahmefällen Regelungen getroffen werden, die von den Bestimmungen dieses Gesetzes abweichen. Solche Dienstverträge sind als Sonderverträge zu bezeichnen und bedürfen der Genehmigung der gemeinderätlichen Personalkommission und des für Personalangelegenheiten zuständigen Gemeinderatsausschusses. Neben Einzelsonderverträgen bestehen Sonderverträge für verschiedene Gruppen von Sondervertragsbediensteten, die gleichartige Vertragsinhalte aufweisen und für die die erforderliche Genehmigung der abweichenden Regelungen gemeinsam als "Gruppensondervertragsnormen" erteilt wurde.
    Auf Grund des Ergebnisses des Besoldungsabkommens 1998 wurden im öffentlichen Dienst die Bezugsansätze der Gehaltsschemata ab 1. Jänner 1998 um 466 S angehoben. Mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wurde vereinbart, auch die Entlohnung der Sondervertragsbediensteten analog zu dieser Bezugserhöhung anzuheben.
    Da Neuaufnahmen von Sondervertragsbediensteten als Redaktionsbedienstete in Probeverwendung bereits seit längerer Zeit nicht mehr erfolgt sind, konnte die diesbezügliche Gruppensondervertragsregelung entfallen.
    Auch die mobilen Krankenschwestern/pfleger brauchen nicht mehr in den Gruppensondervertragsnormen angeführt werden, da diese Bediensteten bereits ausnahmslos in eine schemamäßige Verwendung übernommen wurden.
    Diese Neufassung der Gruppensondervertragsnormen ab 1. Jänner 1998 wurde durch den Gemeinderatsausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal in seiner Sitzung vom 3. Dezember 1997, AZ 224/97-GIF, beschlossen.
15. Der Gemeinderatsausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal hat mit Beschluß vom 3. Dezember 1997, AZ 226/97-GIF, die Erhöhung der Entschädigung für Früh- und Mittagsaufsichten durch Landeslehrer von 120 S auf 170 S pro Stunde beschlossen. Dies erwies sich vor allem deshalb als notwendig, da nunmehr von den Landeslehrern für diese Entschädigungen sowohl Sozialversicherungsbeiträge als auch die Lohnsteuer zu leisten sind.
16. Durch die Beschlüsse des Stadtsenates vom 18. März 1997, Pr.Z. 117/97, vom 5. August 1997, Pr.Z. 347/97, und vom 27. Jänner 1998, Pr.Z. 1/98-M01, wurden Änderungen der Dienstbekleidungsordnung 1975 genehmigt, die durch Änderung der Organisation und Aufgabenstellung verschiedener städtischer Dienststellen erforderlich waren.
    So wurden vor allem Arbeitsschuhe, Parkajacken mit Kapuze und ausknöpfbarem Futter für Bedienstete der MA 23 - Gruppe Rathaus vorgesehen. Des weiteren wurden auch für Saisonarbeiter/innen ab der 3. Saison in der MA 43 entsprechende Dienstbekleidungen in die DBO 1975 aufgenommen. Ebenso wurde für Saisonbedienstete der MA 44, die Arbeiten mit Rasenbearbeitungsmaschinen durchführen, Sicherheitsschuhe mit Stahlkappen, welche bisher nur für Facharbeiter vorgesehen waren, aufgenommen.
17. Durch den Beschluß des Stadtsenates vom 20. Mai 1997, Pr.Z. 225/97, wurde die "Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien (Regelung der Gebühren bei Dienstreisen, Dienstzuteilungen und Versetzungen)" in der Weise geändert, als in Anlehnung an die bundesgesetzliche "Reisegebührenvorschrift 1955" das Kilometergeld ab 1. Juni 1997 angehoben wurde.

18. Neben der unter Punkt 3 erwähnten generellen Erhöhung der Nebengebühren wurden im Jahr 1997 durch die Beschlüsse des Stadtsenates vom 18. März 1997, Pr.Z. 118/97, und vom 23. September 1997, Pr.Z. 412/97, zahlreiche Änderungen auf dem Gebiet der Nebengebühren vorgenommen. Neben formalen Anpassungen des Nebengebührenkataloges auf Grund von Organisationsänderungen waren Neuregelungen erforderlich, die veränderten oder neuen Arbeitsbedingungen bestimmter Bediensteter Rechnung tragen. Es handelte sich hiebei vor allem um die Aufnahme einer Sonderzulage für Bedienstete der MA 4/Referat 8, die überwiegend im Außendienst zur Überwachung der Einhaltung von abgabenrechtlichen Bestimmungen und der Feststellung von abgabenrechtlich relevanten Umständen in Wien herangezogen werden. Eine Schmutzzulage wird nunmehr auch den Bedienerinnen bzw. Vorarbeiterinnen der MA 60 genauso wie bestimmten Bediensteten des PKH Baumgartner Höhe gewährt. Neu ist weiters die Einführung einer "Entwesungsprämie" für Desinfektionsgehilfen des AKH für die Durchführung von Entwesungen sowie für Körperentlausungen.
    Weiters wurde für die Schulwarte der MA 56, die von April bis Oktober mit der Bewässerung von Grünflächen auf einem Schulgrundstück betraut sind, eine Zulage in den Nebengebührenkatalog aufgenommen.
19. Mit Beschluß des Stadtsenates vom 16. Dezember 1997, Pr.Z. 647/97-M01, wurde dafür vorgesorgt, daß Bedienstete die durch Organisationsänderungen in eine niedrigere Verwendungsgruppe überstellt werden, hinsichtlich des Gehaltes und der ruhegenußfähigen Zulagen keine finanziellen Einbußen erleiden. Eine aus Anlaß der Schließung des Schlachthofes St. Marx geschaffene Ausgleichszulage soll einen Abfall in den Nebengebühren vorübergehend mildern, wenn als unmittelbare Folge einer Organisationsänderung, die auf den Entfall oder die Verminderung der Aufgaben einer Dienststelle zurückzuführen sein kann, der Bedienstete seinen Dienstposten wechseln muß oder sich die ihm übertragenen Aufgaben ändern und dadurch eine Verminderung in der Höhe der bisher bezogenen Nebengebühren eintritt.
20. Die für die Beamten des Ruhestandes der Stadt Wien und ihre Hinterbliebenen geltenden Mindestsätze wurden bisher durch den Stadtsenat immer in der Höhe der Richtsätze, wie sie für den Anspruch auf Ausgleichszulage gemäß § 293 ASVG gelten, festgesetzt, zuletzt mit Beschluß vom 16. Jänner 1996, Pr.Z. 1230/95-M01, mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1996.
    Für den ASVG-Bereich wurden die bisherigen Richtsätze für die Ausgleichszulage gemäß § 293 ASVG mit 1. Jänner 1998 um 1,33 Prozent erhöht. Weiters gebührt für Jänner und Juli 1998 eine zusätzliche Ausgleichszulage, die für verheiratete Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung jeweils 975 S, sonst jeweils 650 S beträgt. Aus diesem Grund wurde die Verordnung, mit der die auf Grund des § 30 Abs. 5 der Pensionsordnung 1995 anzuwendenden Mindestsätze für die Ergänzungszulage festgesetzt werden, vom Stadtsenat am 16. Dezember 1997, Pr.Z. 673/97, beschlossen.
21. Soweit für städtische Bedienstete Kollektivverträge gelten, waren im Jahr 1997 folgende Maßnahmen erforderlich:
    a) Für die Landarbeiter der Gemeinde Wien, das sind alle Landarbeiter, Gutshandwerker (Professionisten) und Saisonarbeiter im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien, gilt ein Kollektivvertrag, der sich inhaltlich eng an entsprechende Kollektivverträge für private Gutsbetriebe anlehnt, die auf Dienstgeberebene durch den Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber vertreten werden. Die Gewerkschaft Agrar - Nahrung - Genuß hat mit dem Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber mit Wirksamkeit vom 1. März 1997 eine Änderung dieser Kollektivverträge abgeschlossen, die gegenüber den bisher geltenden Bestimmungen eine Anhebung der Löhne um 1,85 Prozent zuzüglich einer einmaligen Sonderzahlung von 1.500 S im August 1997 vorsah.
        Mit der Gewerkschaft wurde auch für die Landarbeiter der Gemeinde Wien eine Lohnerhöhung vereinbart, wobei jedoch an Stelle der einmaligen Sonderzahlung eine einheitliche prozentuelle Erhöhung der Löhne und Zulagen erfolgte. Hiebei wurde ein Prozentsatz von 1,96 als gerechtfertigt angesehen. Dies entsprach auch dem Lohnabschluß 1997 für die Forstarbeiter der Gemeinde Wien, die durch dieselbe Gewerkschaft vertreten werden.
        Außerdem wurden nach dem Wunsch der Gewerkschaft einige Bestimmungen des Kollektivvertrages zugunsten der Bediensteten verändert.
        Aus Anlaß der erforderlichen Änderung des Kollektivvertrages wurde auch die durch die Änderung des B-VG entbehrlich gewordene Bestimmung über die Dienstfreistellung von Dienstnehmern bei Bewerbung um ein politisches Mandat bzw. dessen Ausübung (§ 4 Abs. 3) aufgehoben.
        Diese Änderungen wurden durch den Gemeinderat mit Beschluß vom 28. Mai 1997, Pr.Z. 100/97-GIF, genehmigt.
    b) Für die Forstarbeiter der Gemeinde Wien gilt ein Kollektivvertrag, der sich inhaltlich eng an den Mantelvertrag für private Forstarbeiter anlehnt, die auf Dienstgeberebene durch den Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber vertreten werden. Die Gewerkschaft Agrar - Nahrung - Genuß hat mit dem Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber mit Wirksamkeit vom 1. April 1997 eine Änderung dieses Mantelvertrages abgeschlossen, die gegenüber den bisher geltenden Bestimmungen eine Anhebung der Löhne um 1,96 Prozent vorsah.

Als Verhandlungsergebnis für die Forstarbeiter der Gemeinde Wien wurde den Vertretern der Gewerkschaft in Aussicht gestellt, die im Kollektivvertrag und in der Anlage ausgewiesenen Löhne und Zulagen ab 1. April 1997 ebenfalls um 1,96 Prozent zu erhöhen. Hievon ausgenommen waren die Pauschalentschädigungen für die Kosten der Anschaffung der eigenen Motorsäge.

Aus Anlaß der erforderlichen Änderung des Kollektivvertrages soll auch die durch die Änderung des B-VG entbehrlich gewordene Bestimmung über die Dienstfreistellung von Dienstnehmern bei Bewerbung um ein politisches Mandat bzw. dessen Ausübung (§ 4 Abs. 3 ) aufgehoben werden.

Die Kollektivvertragsänderung ab 1. April 1997 wurde vom Gemeinderat am 28. Mai 1997, Pr.Z. 101/97-GIF, beschlossen.

c) Die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehenden Gutsangestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien werden nach einem Kollektivvertrag behandelt, der sich im wesentlichen an den Kollektivvertrag für die Gutsangestellten der Privatwirtschaft anlehnt. Nach Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft der Privatangestellten, Sektion Land- und Forstwirtschaft, und dem Zentralverband der land- und forstwirtschafltichen Arbeitgeber in Niederösterreich, Burgenland und Wien wurde mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1997 eine Erhöhung der Bezüge um 1,97 Prozent vereinbart. Die Verhandlung mit der Gewerkschaft ergab, die Bezüge der Gutsangestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien im gleichen Ausmaß zu erhöhen. Den Gutsverwaltern (Betriebsleitern) gebührte vor der KV-Änderung ein Mehrleistungspauschale für Sonn-, Feiertags- und Nachtüberstunden von 1.496 S monatlich, das waren im Jahresdurchschnitt rund sechs Überstunden im Monat. Da die Überstunden vor allem an den Wochenenden durch Personalreduktion im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien, durch den Verkauf von Bioprodukten, Weinpräsentationen, die Einrichtung von Selbsternteparzellen und die Durchführung von Exkursionen in die Ökonomie stark gestiegen sind, wurde dieses Pauschale mit 1. Mai 1997 um vier Stunden im Monat auf 2.565 S erhöht. Die Genehmigung dieser Kollektivvertragsänderung erfolgte durch den Beschluß des Gemeinderates vom 25. Juni 1997, Pr.Z. 117/97-GIF.

d) Für die Lehrer der Musiklehranstalten der Stadt Wien gilt ein mit der Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe, Sektion Musiker, vereinbarter Kollektivvertrag, der unter anderem die Anstellungserfordernisse für die Unterrichtserteilung am Konservatorium regelt.

Da in den Instrumentalfächern Mandoline und Zither lediglich eine Lehrbefähigungsprüfung vorgesehen ist, und die Ausbildung nicht - wie im Kollektivvertrag vorgesehen - mit einer Diplomprüfung abgeschlossen werden kann, erwies sich eine diesbezügliche Änderung als erforderlich.

Da für gewisse Tätigkeiten wie z.B. die Erstellung des Ergänzungsfach-Stundenplanes oder die Kontrolle der zu absolvierenden Ergänzungsfachstunden künstlerisch-pädagogisches Fachwissen erforderlich und eine Abdeckung dieser Agenden durch das Verwaltungspersonal nicht möglich war, ist nunmehr für den Schulerhalter die Möglichkeit geschaffen worden, einen Referenten für Ergänzungsfächer zur abteilungsübergreifenden Koordinierung zu bestellen. Diesem Lehrer können bis zu zehn Wochenstunden in die Lehrverpflichtung eingerechnet werden. Durch die Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz, BGBl. Nr. 392/1996, wurden unter anderem die Bestimmungen über die Dienstfreistellung von öffentlich Bediensteten, die Mitglieder des Nationalrates, Bundesrates oder eines Landtages sind, auf verfassungsrechtlicher Ebene geändert, wodurch sich die diesbezügliche Regelung in § 22 Abs. 2 des Kollektivvertrages erübrigt hat und entfallen konnte. Diese Kollektivvertragsänderung wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom 27. Oktober 1997, Pr.Z. 206/97-GIF, genehmigt.

22. Soweit es durch das Wiener Personalvertretungsgesetz vorgesehen ist, wurden die durch die MA 1 gesetzten Maßnahmen unter Befassung der zuständigen Personalvertretungsorgane getroffen. Hiezu gehören insbesondere auch alle Arbeitszeitregelungen. Hervorzuheben wäre hiebei beispielsweise die Einführung der gleitenden Arbeitszeit für die Bediensteten der neu eingerichteten MA 16 und der Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung bzw. Krankenanstaltenfinanzierungsfonds sowie Arbeitszeitregelungen für die Betriebsführung der MA 33.

23. Im Berichtsjahr wurde seitens der MA 1 wieder zu zahlreichen Gesetzentwürfen (Verordnungsentwürfen) im Rahmen der vorgesehenen Begutachtungsverfahren Stellung genommen, soweit unmittelbar oder mittelbar Berührungspunkte zu Personalangelegenheiten der Bediensteten der Gemeinde Wien gegeben waren. Als Beispiele seien Stellungnahmen zu folgenden Gesetzentwürfen angeführt:

Frauenausbildungsverhältnisgesetz, Änderung des Behinderteneinstellungsgesetzes, Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, 1. Budgetbegleitgesetz 1997, Familienberatungsförderungsgesetz, Neufestsetzung von verschiedenen Mindestlohntarifen, Änderung des Landarbeitsgesetzes, Novellen zum Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1997.

24. Im Berichtszeitraum hat die MA 1 des weiteren Stellungnahmen zu Verbesserungsvorschlägen im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens abgegeben und war in verschiedenen Angelegenheiten der Verwaltungsorganisation beratend tätig. Sie hat ferner an verschiedenen von der Magistratsdirektion eingesetzten Arbeitskreisen teilgenommen, in denen beabsichtigte Neukonzeptionen aus der Sicht der allgemeinen Personalangelegenheiten erörtert wurden.

25. Die MA 1 hat ferner an der Jahreskonferenz der beamteten Personalreferenten der Länder, die am 14. Mai 1997 in Bad Sauerbrunn stattfand, teilgenommen. Hauptthemen dieser Tagung waren Dienstzeitregelungen, Besoldungsmodelle, Bundesarbeitnehmergesetz sowie Pensionskassenmodelle.
26. Die MA 1 war außerdem mit Beschwerden nach dem Wiener Personalvertretungsgesetz an die gemeinderätliche Personalkommission befaßt, in denen Rechtsverletzungen bei der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen behauptet wurden, da ihr das zur Beschlußfassung der gemeinderätlichen Personalkommission erforderliche Ermittlungsverfahren obliegt.
27. An Routineangelegenheiten sind zu erwähnen:
    Beantwortung zahlreicher Anfragen in allgemeinen Personalangelegenheiten; Teilnahme an einschlägigen Amtsbesprechungen; Ermittlung und Meldung der beschäftigten Gesamtzahl und der beschäftigten Behinderten im Rahmen der Handhabung des Behinderteneinstellungsgesetzes; Abschluß von Verträgen mit Gastronomiebetrieben im Rahmen der Aktion verbilligtes Mittagessen sowie laufende Befassung mit Angelegenheiten dieser Aktion; Führung von Personalstatistiken; diverse Änderungen bei der Dienstfreistellung von gewählten Personalvertretern; Erstellen von Antwortentwürfen zu einschlägigen Anfragen der Verbindungsstelle der Bundesländer.

## Personalamt

Im Vergleich zum Berichtsjahr 1996 konnte im Jahr 1997 erstmalig keine Erhöhung, sondern eine minimale Reduzierung des Bedienstetenstandes auf 66.276 (Stand 31. Dezember 1996: 66.345 Bedienstete) festgestellt werden. Von der Abteilung wurden auf Grund der Personalfluktuation 3.494 Neuaufnahmen durchgeführt. Die Zahl der Aufnahmen von ausländischen Arbeitskräften betrug insgesamt 451. Am 31. Dezember 1997 wurden im Magistrat der Stadt Wien 876 teilzeitbeschäftigte BeamtInnen sowie 4.857 teilzeitbeschäftigte Vertragsbedienstete beschäftigt. Im Jahr 1997 wurden im Bereich des Magistrates der Stadt Wien insgesamt 3.983 ausländische Bedienstete (davon 292 Bedienstete mit EWR-Staatsbürgerschaft) beschäftigt. Generell wird bemerkt, daß im Berichtsjahr 1997 von einem Personalreferat der Abteilung im Durchschnitt 4.000 Geschäftsfälle erledigt wurden.

Für den Bereich des Magistrates der Stadt Wien ohne die Wiener Stadtwerke wurden im Berichtsjahr 1.041 Dienstunfälle (davon ein tödlicher), für den Bereich der Wiener Stadtwerke 338 Dienstunfälle gemeldet. Es wurden 26 Versehrtenrenten und eine Waisenrente gewährt sowie in 20 Fällen ein Versehrtengeld zuerkannt.

1.224 MitarbeiterInnen des Magistrates der Stadt Wien erhielten aus Anlaß eines 25- oder 40jährigen Dienstjubiläums vom Personalamt eine entsprechende Erledigung. Weiters wurden im Berichtsjahr Förderungen (Beförderungen, außerordentliche Stufenvorrückungen) und 21 Betrauungen/Bestellungen von Ärztlichen DirektorInnen, Abteilungs- bzw. Institutsvorständen sowie drei Bestellungen zu LeiterInnen des Pflegedienstes bearbeitet.

Im Vergleich zu den Pensionierungen der Vorjahre (1993: 718, 1994: 700, 1995: 892, 1996: 435) ist weiterhin ein Rückgang bei der Anzahl der Ruhestandsversetzungen zu bemerken. So wurden von der Abteilung im Berichtsjahr 344 Pensionierungen bearbeitet, wobei zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung 121 BeamtInnen das Lebensalter von 60 Jahren überschritten haben. Weiters ist festzustellen, daß sich das Pensionsdurchschnittsalter im Vergleich zu den Vorjahren erhöht hat und nunmehr 56,0 Jahre beträgt.

Hinsichtlich der Pragmatisierungen ist festzustellen, daß von der Abteilung im Berichtsjahr 1997 839 Pragmatisierungen positiv bearbeitet und 516 Pragmatisierungsansuchen negativ erledigt werden mußten. Von den durchgeführten Pragmatisierungen beträgt der Anteil der Frauen 47 Prozent.

Im Bewerbungsreferat der Abteilung konnten im Berichtsjahr 5.471 schriftliche Bewerbungen registriert werden, die von den MitarbeiterInnen des Bewerbungsreferates weiterbearbeitet wurden. Weiters wurden 5.162 persönliche Bewerberinformationsgespräche geführt sowie rund 10.000 telefonische Bewerberauskünfte erteilt.

Durch die 2. Novelle zur PO 1995, LGBl. für Wien Nr. 48/1996, wurde mit Wirksamkeit 1. Oktober 1996 die Pensionsordnung 1995 dahingehend geändert, daß bei jenen BeamtInnen, die vor Vollendung des 60. Lebensjahres aus dem Dienststand ausscheiden, die Ruhegenußbemessungsgrundlage von 80 Prozent um zwei Prozentpunkte für jedes Jahr, das zwischen dem Ausscheiden aus dem Dienststand und dem der Vollendung des 60. Lebensjahres folgenden Tag liegt, zu kürzen ist. Bedingt durch eine weitere Bestimmung kann diese Kürzung um 0,29 Prozent für jedes volle Kalenderjahr, in dem der Beamte als Bediensteter der Gemeinde Wien mindestens 40 Nachtdienste ohne Schlaferlaubnis oder mindestens 80 Nachtdienste mit Schlaferlaubnis geleistet hat, gekürzt werden. Da für die in der Vergangenheit liegenden Zeiten vielfach geeignete Unterlagen fehlen, werden seitens der Abteilung, die für die Ruhestandsversetzungen von BeamtInnen zuständig ist, im Einzelfall genaue Erhebungen durchgeführt. Diese Aufgabe sowie die organisatorische Umsetzung der neuen gesetzlichen Bestimmungen waren eine der Hauptaufgaben der Abteilung im Berichtsjahr 1997. In zahlreichen diesbezüglich geführten Gesprächen konnte unter maßgeblicher Mitwirkung der Abteilung eine reibungslose (organisatorische) Umsetzung dieser neuen gesetzlichen Bestimmungen bewirkt werden.

Im Rahmen der kontinuierlichen, abteilungsinternen Überprüfung der internen Arbeitsabläufe der Abteilung konnte bei vielen Geschäftsfällen bei der Zustellung der schriftlichen Erledigungen auf Zustellnachweise verzichtet

werden. Durch diese Maßnahme kommt es auf Grund der vereinfachten Zustellung zu einer erheblichen Kostenreduktion und zu einer Beschleunigung der internen Arbeitsabläufe.

Auf Grund einer Initiative der Abteilung ist es mit Wirksamkeit 1. Juli 1997 hinsichtlich des Erfordernisses einer Strafregisterauskunft bei Neuaufnahmen zu einer Änderung der bisher üblichen Vorgangsweise gekommen. Strafregisterauskünfte werden seit diesem Zeitpunkt grundsätzlich nicht mehr amtswegig eingeholt, sondern sind von den jeweiligen AufnahmebewerberInnen selbst zu besorgen. Durch diese Maßnahme kommt es ebenfalls zu einer wesentlichen Verfahrensbeschleunigung bzw. zu einer Vereinfachung der internen Arbeitsabläufe.

Bedingt durch den tatsächlichen Einsatz des Wiener Integrierten Personalinformationssystems (WIPIS) im Bereich der Abteilung konnte es im Jahr 1997 ermöglicht werden, daß für Neuaufnahmen keine neuen Personalkatasterblätter angelegt werden. Auch die schriftlichen Eintragungen in bestehende Personalkatasterblätter konnten eingestellt werden. Diese organisatorischen Erleichterungen wurden durch den Einsatz eines im WIPIS integrierten elektronischen "Katasterblattes" ermöglicht, das unter Mitwirkung der Abteilung entwickelt wurde.

Die in das WIPIS übernommenen elektronischen Personaldaten der Bediensteten des Magistrates der Stadt Wien mußten selbstverständlich in Form von Korrekturgeschäftsfällen kontrolliert, ergänzt und/oder abgeändert werden. Diese Aktion, die neben anderen Nacherfassungsaktionen durchgeführt wurde, konnte Ende des vergangenen Jahres beendet werden. Die MitarbeiterInnen der Abteilung führten dabei allein im Jahr 1997 rund 54.000 Korrekturgeschäftsfälle durch. Große Fortschritte konnten auch bei der Entwicklung des WIPIS-Schriftgutes erzielt werden. Die bisher in der Abteilung verwendeten 900 Markenbriefe wurden im Jahr 1997 größtenteils durch WIPIS-gesteuerte Erledigungen ersetzt. In diesem Zusammenhang ist auch die interne Neuorganisation der Dienstjubiläen zu sehen, deren Umsetzung ohne WIPIS-Unterstützung nicht möglich gewesen wäre.

Neuerungen gab es auch bei der Übermittlung von schriftlichen Erledigungen der Abteilung. Durch die mit dem WIPIS möglich gewordene elektronische Übermittlung der Geschäftsfälle konnte die herkömmliche, schriftliche Verständigung an die MD-PD aufgelassen werden. Auch andere Bereiche der Magistratsdirektion wurden im Berichtsjahr 1997 bereits in das WIPIS integriert.

## Besoldungsamt

Einen ersten Schritt in die Zukunft der Bezugsverrechnung setzte die MA 3 - Besoldungsamt mit dem erstmaligen Einsatz des neuen Bezugsverrechnungssystemes WIPIS (Wiener Integriertes Personalinformationssystem) für die Abrechnung und Zahlungsanweisung aller für April 1997 fälligen Pensionsleistungen. Durch zahlreiche logistische Absicherungen unterstützt, ist der Umstieg aus dem im Aktivverrechnungsbereich weiter verwendeten System BU3 nahezu problemlos gelungen; es werden seither über 23.000 Pensionsleistungen angewiesen. Die bei diesem "Echtbetrieb" gewonnenen Erfahrungswerte ergaben bereits wertvolle Ansätze für die Weiterentwicklung hinsichtlich der Verrechnung der Aktivbezüge. Ein sicher wesentliches Problem wird die Verkürzung der "Rechenzeit" sein. Entsprechend den bisher erreichten Zeitwerten würde im Vollbetrieb eine Rechenzeit von insgesamt 130 Stunden erforderlich sein.

Die seit 1995 bestehende Tendenz der verlangsamten Zunahme der Verrechnungskonten hat sich 1997 weiter verstärkt. Der Jahresdurchschnitt des Kontostandes 1997 liegt nur 0,53 Prozent über dem des Jahres 1996. Im Detail ergaben sich für die Bezugsverrechnung folgende Kennzahlen:

Es wurden 443 Funktionäre, 14 Beamte, 1.346 Vertragsarbeiter, 2.746 Vertragsangestellte und 2.797 Saisonarbeiter neu in Verrechnung genommen. 403 Funktionäre, 390 Beamte, 1.411 Vertragsarbeiter, 2.129 Vertragsangestellte und 2.885 Saisonarbeiter sind aus der Verrechnung ausgeschieden. 836 Vertragsbedienstete wurden pragmatisiert und 336 Beamte sind in den Ruhestand getreten.

Am 31. Dezember 1997 wurden im Stand der MA 3 (Klammerausdruck: Anteil der Frauen) 102.606 (66.593) Verrechnungskonten geführt, davon waren 1.228 (399) Funktionäre, 19.429 (14.876) Angestellte, 14.689 (8.989) Arbeiter, 32.158 (17.612) Beamte, 11.794 (9.675) Landeslehrer, 19.011 (11.702) Pensionen-Magistrat und 4.297 (3.340) Pensionen-Landeslehrer. In 2.014 Fällen wurden Fremdpensionen mit der von ha. gebührenden Ruhe(Versorgungs)leistung gemeinsam verrechnet. 1.704 Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger des Magistrates und 298 Lehrerpensionisten erhielten Pflegegeld. In 42 Fällen wurden einmalige Geldaushilfen an Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger zuerkannt und dafür 132.000 S aufgewendet. 1.948 Ansuchen auf Gewährung verzinslicher Bezugsvorschüsse an städtische Bedienstete, 58 unverzinsliche Bezugsvorschüsse an Landeslehrer und 37 Gewerkschaftsbaudarlehen an städtische Bedienstete wurden bearbeitet. 553 Ansuchen um verzinsliche Bezugsvorschüsse mußten abgelehnt werden. Im Bereich der Verbote wurden insgesamt rund 30.301 Akte bearbeitet (das sind um 11,4 % mehr als im Vorjahr), für die Berechnung und Überweisung einzubehaltender Bezugsteile wurde ein Verwaltungskostenbeitrag in der Höhe von 970.483 S vereinnahmt (das sind um 52 % mehr als im Vorjahr). Für die Ausstellung von Drittschuldnererklärungen wurden Einnahmen von 513.200 S erzielt.

Die Aufwendungen für 16.486 Dienstreisen betrugen für 2.332 Bedienstete 17,311.686 S, für Übersiedlungsgebühren (Frachtkostenersatz) waren Kosten in der Höhe von 67.670 S zu verzeichnen. Für Schulveranstaltungen wie

Wandertage, Schullandwochen, Skikurse und Exkursionen waren unter dem Titel Reisegebühren 3,600.240,50 S aufzuwenden. Für Veranstaltungen der Verwaltungsakademie, für Kurse und Seminare im Rahmen der dienstlichen Aus- und Weiterbildung bzw. für die Abnahme von Dienstprüfungen wurden an 4.396 städtische Bedienstete Vortragshonorare in der Gesamthöhe von 33,592.161,50 S ausbezahlt.

Aus dem Bereich Sozialversicherung ergaben sich folgende relevante Daten: Gemäß § 311 ASVG war in 618 Fällen für das Ausscheiden aus dem pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis zur Stadt bzw. zum Land Wien ein Überweisungsbetrag zu entrichten. 120,319.567,99 S war hiefür aufzuwenden. Für 1.391 Bediensteten, die in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen worden sind, waren gemäß §§ 308 bzw. 311 ASVG Überweisungsbeträge in Gesamthöhe von 143,894.839,55 S zu vereinnahmen. Insgesamt waren für den Personenkreis der städtischen Vertragsbediensteten an die diversen Krankenversicherungsträger Dienstnehmer- und Dienstgeberbeiträge in der Höhe von 4.554,928.690,09 S abzuführen.

Vom Bund erhielt die Stadt Wien nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes als Ersatz für die während der Dienstabwesenheit wegen Verkehrsbeschränkung an einen Bediensteten ausbezahlten Bezüge einschließlich der Dienstgeberbeiträge den Betrag von 18.348,28 S.

## Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien

Die MA 38 ist eine Untersuchungsanstalt nach § 49 Lebensmittelgesetz (LMG). Ihr Aufgabenkreis - die Untersuchung von Lebensmitteln und in bestimmten Fällen von Gebrauchsgegenständen im Sinne des LMG - ist in einem Statut geregelt.

Ihr Wirkungskreis erstreckt sich auf veterinäramtliche Untersuchungen im Rahmen der Schlachttier- und Fleischuntersuchung, Untersuchungen von Lebensmitteln und Begutachtung von amtlichen und privaten Proben, den Produkten-, Betriebs- und Umweltkontrollen (Wiener Gemüseanbaugebiete, Aktion "ständig kontrolliert" für Betriebe der Lebensmittelbranche) und Begutachtungen für Dienststellen des Magistrates, des Bundes und der Gerichte.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die an die MA 38 zur Untersuchung eingebrachten amtlichen Proben nicht den Querschnitt des Zustandes der in Wien angebotenen Lebensmittel darstellen. Sie sind vielmehr zum Teil nach Verdachtsmomenten oder besonderen Gesichtspunkten gezogen worden. Somit sind die Untersuchungsergebnisse unter diesen jeweiligen Probenziehungsschwerpunkten zu sehen. 1997 waren dennoch 62,6 Prozent der an die Lebensmitteluntersuchungsanstalt eingebrachten amtlichen Proben nicht zu beanstanden.

Lebensmitteluntersuchungen und Begutachtungen nach dem LMG wurden 1997 bei insgesamt 12.034 Lebensmittelproben tierischer oder nichttierischer Herkunft, die vom Marktamt, Veterinäramt, anderen Institutionen oder privaten Stellen (Herstellern, Händlern, Importeuren) eingesendet worden sind, durchgeführt. Davon waren 9.979 amtliche und 1.948 private Proben sowie 107 amtliche Informationsproben. Die meisten Untersuchungen entfielen auf Fleisch, Fleischwaren, Würste, Fleischkonserven, Geflügel, Fische und Gemüse. Von den 9.979 amtlichen Proben waren 37,4 Prozent zu beanstanden, und zwar als gesundheitsschädlich, verdorben, verfälscht oder falsch bezeichnet. Veränderungen gegenüber den Vorjahren sind vor allem bei Fisch (Verdorbenheit), Geflügel (Verdorbenheit und Gesundheitsschädlichkeit wegen Fäulnis), Frittierfetten und Würsten (Verfälschung) festzustellen. Die Nachweisgrenzwerte der Untersuchungen sinken ständig, daher entstehen an die Untersuchungsmethoden und an den Gesamtaufwand der Anstalt entsprechend höhere Anforderungen. Die Analysengenauigkeit wird ständig gehoben und stellt nicht zuletzt unter dem Blickwinkel der Qualitätssicherung eine unumgängliche Notwendigkeit dar. Die einzelnen analytischen Werte werden täglich mehrfach mit Standards verglichen. Alle Untersuchungen werden in echter Doppelbestimmung durchgeführt, chemische Beanstandungen von Fleischwaren durch Vierfachuntersuchung abgesichert.

Im Bereich der biochemischen Analytik verstärkt die Lebensmitteluntersuchungsanstalt die künftig immer höhere Bedeutung erlangenden molekularbiologischen Untersuchungen auf Genmanipulation (Polymerase-Chain Reaction). Der Nachweis von für den Menschen eine gesundheitliche Gefahr darstellenden Keimen in Lebensmitteln ist ein Hauptaufgabenbereich der mikrobiologischen Untersuchungen. Zu den bekannten "klassischen" Lebensmittelvergiftern kommen immer wieder neue dazu. Vor einigen Jahren waren es Campylobacter und Yersinien, heute sind es die toxinbildenden Arten von Escherichia coli (1997: 59 Fälle), von denen wegen seiner bei Kleinkindern nierenschädigenden Wirkung gefürchtete Stamm O 157 (EHEC), der bislang nur im Ausland beobachtet worden war, seit kurzem auch in Österreich nachweisbar ist. Der Nachweis von Salmonellen ging 1997 im Bereich der amtlichen Lebensmittelproben leicht zurück, dennoch ist festzustellen, daß zur Vermeidung von Schmierinfektionen sowohl bei der Verpackung als auch bei der küchenmäßigen Arbeit auf geeignete Hygienemaßnahmen zu achten ist. Steigende Bedeutung im Aufgabenbereich der Abteilung nehmen die Bereiche Lebensmittelhygiene und Konsumententelefon ein. Spezielle Kontrollen von Großküchen und Lebensmittelbetrieben erfolgen im Einvernehmen mit dem Marktamt und dem Gesundheitsamt der Stadt Wien. Die beiden Mitarbeiter des "Konsumententelefons" der Lebensmitteluntersuchungsanstalt beantworteten auf Grund des starken öffentlichen Interesses nach dem EU-Beitritt

und diverser aktueller Themen (BSE, E.coli) im Jahre 1996 insgesamt 2.046 Anrufe; das waren mehr als doppelt so viele als im Vorjahr. Die meisten Fragen bezogen sich auf die Haltbarkeit von Lebensmitteln, die Lagerbedingungen, Zusatzstoffe und Farbstoffe, sowie Campylobacter-Infektionen des Geflügels.

Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien arbeitet seit jeher intensiv an der Erstellung des österreichischen Lebensmittel-Codex in einer Reihe von Unterkommissionen, sowie auch in Fachausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes mit. Die Erfahrungen und speziellen Kenntnisse der Anstalt werden regelmäßig durch Vortragstätigkeit, Veranstaltungen anderer Dienststellen sowie der Verwaltungsakademie genutzt. So wird auch ein Teil des ärztlichen Physikatskurses an der Lebensmitteluntersuchungsanstalt gehalten. Auf mehreren Fachtagungen, z.B. an der Veterinärmedizinischen Universität Wien, TU Graz oder für die Österreichische Ärztekammer war die Lebensmitteluntersuchungsanstalt durch Referenten zu Themen der Lebensmittelhygiene eingeladen.

Die Vorbereitung der Akkreditierung der Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Übereinstimmung mit den Richtlinien des Qualitätsmanagements nach EN 45001 ist derzeit eine der Hauptaufgaben der Anstalt. Nur wenn alle Lebensmitteluntersuchungsanstalten mit gleichen Methoden und unter gleichen Bedingungen arbeiten, können Befunde dieser Anstalten europaweiter Konkurrenz standhalten. Daher ist die Akkreditierung, die für 1998 geplant ist, eine wesentliche Voraussetzung für das Weiterbestehen der Anstalt in der EU.

## Zentraler Einkauf

Der Abteilung obliegen die Bedarfsprüfung und die Beschaffung bzw. die Instandhaltung der von den städtischen Dienststellen benötigten Güter und Dienstleistungen, soweit nicht durch die Geschäftseinteilung und den Erlaß der Magistratsdirektion über Spezialerfordernisse diese Aufgaben einzelnen Dienststellen überlassen werden. Im Rahmen des Einkaufes wird zur Versorgungssicherung und Rationalisierung bei der Zustellung der Waren in 21, Oswald-Redlich-Gasse 9, ein Zentrallager betrieben. An diesem Standort wird auch der Werkstättenbetrieb geführt. Die Druckerei befindet sich in 3, Am Modenapark 1 - 2. Weiters werden für die Magistratsdirektion - Hilfmaßnahmen ein Lager in 3, Viehmarktgasse 4, in welchem Gebrauchsgüter für die Flüchtlingshilfe gelagert werden und in 21, An der oberen Alten Donau, ein Lager der MA 11 für gebrauchte Kindergartenmöbel verwaltet.

Insgesamt sind 162 Bedienstete in der Abteilung beschäftigt. Dazu kommen fünf Bürokaufmanns(frau)lehrlinge.

Die für den Zentralen Einkauf anfallenden Einnahmen und Ausgaben werden auf einem betriebsmäßig verrechneten Ansatz budgetiert.

Darüber hinaus wird von der Abteilung noch der Ansatz für den allgemeinen Sachaufwand verwaltet.

Im Jahr 1997 betrug der Gesamtumsatz einschließlich Altmaterialverkauf rund 1,2 Milliarden Schilling einschließlich USt. Durch die Zusammenfassung des magistratsweiten Bedarfes und die damit verbundene Ausschreibung von großen Mengen, sowie durch den Einkauf direkt beim Produzenten werden Preisnachlässe bis zu 60 Prozent erzielt, darüber hinaus auch beträchtliche Einsparungen bei den Personalkosten.

Die Beschaffung umweltfreundlicher Produkte ist ein wichtiger Teil umweltbewußten Verhaltens. Neben den eigentlichen Produkten werden auch die Verpackung sowie die Entsorgung bzw. mögliche Wiederverwertung in die Betrachtung einbezogen.

Wohngemeinschaften, subventionierte Gruppen, Vereine und ähnliche Institutionen, welche ihre Objekte mit finanzieller Hilfe der Stadt Wien einrichten, lassen sich auf Grund von Empfehlungen des Kontrollamtes bzw. der MA 5 von der Abteilung beraten und müssen auch Kostenvoranschläge bzw. Rechnungen zur Prüfung der angemessenen Preise vorlegen. 1997 betrug der Gesamtumsatz in diesem Bereich rund 72 Millionen Schilling. Hiefür ist ein erheblicher Zeitaufwand erforderlich. Die Hilfe der Abteilung wird von den betreuten Institutionen geschätzt, da durch die Ausnützung der Preisvorteile der Abteilung wesentliche Einsparungen erzielt werden.

Eine weitere umfangreiche Aufgabe ist die Verwertung des Altmaterials. 1997 wurden 316 Skartierungen durchgeführt, zum Teil auch in städtischen Objekten außerhalb Wiens. Skartierte Gegenstände werden entweder ab Lagerort oder im Zentrallager oder über das Dorotheum verkauft.

Im Jahr 1997 wurde vom Werkstättenbetrieb der Abteilung für Schlichtungsverfahren bei den Magistratischen Bezirksämtern 155 Gutachten über den Wert von Wohnungsinventar erstellt.

Eine komplizierte und umfangreiche logistische Tätigkeit war die Übersiedlung von neun Dienststellen, nämlich der Magistratsabteilungen 16, 23, 24, 25, 32, 41, 50, des Unabhängigen Verwaltungssenats und der Buchhaltungsabteilung 30 mit insgesamt rund 900 Bediensteten in das neue Amtsgebäude in 19, Muthgasse 62.

In einer Reihe von Baubesprechungen wurden die Übersiedlungstermine der einzelnen Dienststellen festgelegt. Als nächstes wurden die zu übersiedelnden Dienststellen von den Werkmeistern der Abteilung besichtigt und entschieden, inwieweit das vorhandene Mobiliar noch verwendungsfähig und zu übersiedeln ist bzw. welche neuen Möbel angeschafft werden müssen. Dabei konnte von den besseren Raumverhältnissen in den neuen Räumen ausgegangen werden. Die Einrichtungen wurden im Einvernehmen mit den Übersiedlungsbeauftragten der einzelnen Dienststellen festgelegt. Pro Kopf wurde im Durchschnitt ein Betrag von S 13.800 ausgegeben. Im Erdgeschoß des neuen Amtshauses wurde ein Multifunktionszentrum eingerichtet, welches eine variable Nutzung als Verhandlungs-, Vor-

trags- und Schulungszentrum ermöglicht. Die Gestaltungsmöglichkeit bezieht sich sowohl auf die Größe als auch die Art der Räume. Die Küchen wurden mit einer neuen Küchenzeile ausgestattet. Weiters wurden Teeküchen eingerichtet, sowie in den drei Kellergeschossen Registraturen mit Metallregalen.

Die Übersiedlungen wurden gestaffelt durchgeführt, im Juni begonnen und im Dezember termingerecht abgeschlossen. Pro Dienststelle wurden zuerst jeweils die neuen Möbel vom Erzeuger angeliefert und danach die vorhandenen Möbel übersiedelt.

Die beschädigten Möbel aus den alten Räumlichkeiten der Dienststellen wurden in das Zentrallager der Abteilung zum Reparieren abtransportiert oder entsorgt. Die Reinigung des Amtsgebäudes (ca. 38.000 $m^2$) wurde ausgeschrieben und an eine Privatfirma vergeben (Jahreskosten rund 4,5 Millionen Schilling).

Warengruppe 1: Lebensmittel

Insgesamt wurden Lebensmittel um einen Betrag von S 82,766.600 eingekauft. Die städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime erhielten Lebensmittel um S 22,812.300. Für die MA 12 - Bosnienhilfe wurden Lebensmittel im Gesamtwert von S 3,799.000 und für die MA 56 Schulverpflegung im Werte von S 54,758.200 gekauft. Die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien erhielten anläßlich des Weihnachtsfestes Lebensmittelpakete im Werte von S 541.500. Für die Weihnachtsfeiern in den Pensionistenklubs wurden Weihnachtsstollen und Briocheblocks im Wert von insgesamt S 303.300 beschafft, sowie für Faschingsfeiern Krapfen im Wert von S 66.600 angekauft. Für die Versorgung der Dienststellen mit Verbandsstoffen und Medikamenten im Rahmen der „Ersten Hilfe“ wurden S 1,027.200 ausgegeben.

Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergab wieder unterschiedliche Preisbewegungen. Von Preiserhöhungen betroffen waren vor allem Ananaskompott, Mahlprodukte, Rosinen, Bohnenkaffee, Feinkostsuppen, Rollgerste, Marillenkompott, Grießteigwaren und Zucker. Dem gegenüber stehen Preisreduktionen bei Pfirsich-, Birnen- und Preiselbeerkompott, Salz, Margarine, Essig, Apfelmus, Sonnenblumenöl, Instantkakao, Trockenpulvermilch, Fruchtcocktail, Süßstoff, Diab. Marmelade, Tomatenmark, Haferflocken und Haushaltsschokolade.

Gleichbleibende Preise ergaben sich bei Honig, Hülsenfrüchten, Marmelade, Reis, Rindsuppenpulver, Rum, Senf, Suppeneinlagen, Zwetschkenröster, diversen Salaten, Eierbiskotten, Frittierfett, Kartoffelpüree, Orangensaft und diversen Diab. Fruchtkonserven. Es wurden 12.580 Bestellscheine bearbeitet.

Folgende Lebensmittel wurden eingekauft:

| | Im Wert von Schilling |
|---|---|
| Backhilfen | 152.900 |
| Backwaren | 767.600 |
| Basisprodukte. | 214.900 |
| Desserts | 451.700 |
| Diabetiker Süßstoffe | 251.600 |
| Essig | 132.000 |
| Feinkostsuppen | 455.500 |
| Fischkonserven | 91.400 |
| Fleischkonserven | 212.300 |
| Fritierfette | 312.800 |
| Fruchtsäfte | 1,402.900 |
| Gemüse | 229.300 |
| Gewürze | 272.200 |
| Getränke mit Kohlensäure | 46.200 |
| Halbfertigprodukte | 379.100 |
| Honig | 164.800 |
| Hülsenfrüchte | 64.200 |
| Bohnenkaffee | 650.200 |
| Kaffee-Ersatz | 892.000 |
| Kakao | 161.300 |
| Kartoffeldauerprodukte | 374.800 |
| Kindernährmittel | 4.200 |
| Kompotte | 2,117.800 |
| Margarine | 817.600 |
| Marmelade | 1,730.700 |
| Mahlprodukte. | 571.500 |
| Mayonnaise | 10.200 |
| Reis | 996.100 |

| | |
|---|---|
| Reformkost | 197.000 |
| Rum | 148.500 |
| Salate | 65.500 |
| Salz | 119.800 |
| Saucen | 12.600 |
| Samen- und Schälprodukte | 39.500 |
| Schokoladewaren | 655.900 |
| Senf, Kapern | 48.600 |
| Speiseöle | 729.400 |
| Stärkeprodukte | 30.200 |
| Suppeneinlagen | 545.200 |
| Suppenwürze | 76.800 |
| Suppenpulver | 95.300 |
| Tee | 1,333.700 |
| Tomatenprodukte | 186.000 |
| Trockenfrüchte | 497.000 |
| Trockenmilch | 250.300 |
| Teigwaren | 1,391.800 |
| Zitronensäure | 2.300 |
| Zucker | 2,200.400 |
| Zwieback, Biskotten | 258.700 |
| MA 12 - Bosnienhilfe | 3,799.000 |
| Schulverpflegung für MA 56 | 54,758.200 |
| „Erste Hilfe“ | 1,027.200 |
| Sozialaktionen für Bedürftige | 369.900 |
| Gesamtsumme | 82,766.600 |

Warengruppe 2: Textilien und Leder

Für die städtischen Dienststellen wurden im Berichtszeitraum Waren bzw. Lohnarbeiten im Wert von S 82,153.100 laut folgender Aufstellung eingekauft:

| Fertigwaren: | | Schilling |
|---|---|---|
| 1.700 m | Woll- und Mischgewebestoffe | 191.400 |
| 13.500 Stück | Säuglings- und Kinderdecken | 939.300 |
| 21.040 m | Leinenstoffe | 1,040.522 |
| 29.508 m | Baumwollstoffe | 1,307.577 |
| 42.106 Stück | Frotteewaren | 1,128.162 |
| 108.000 Stück | Windeln | 1,548.24 |
| 3.828 m | Futter und Einlagestoffe | 94.221 |
| 3.683 kg | Garne, Spagate, Seile, Wolle | 779.035 |
| 258.210 m | Litzen, Bänder, Gurten, Schnüre | 343.155 |
| | Zwirne, Schlingwolle, Nähseide | 902.095 |
| | Nadlerwaren, Reißverschlüsse | 1,089.020 |
| 20.850 Stück | Knöpfe und Abzeichen | 572.518 |
| 145.626 Stück | Strick- und Wirkwaren (einschließlich Säuglingswäsche) | 9,629.488 |
| 19.968 Paar | Socken, Strümpfe, Strumpfhosen, Handschuhe und Hosenträger | 631.980 |
| 36.679 Stück | fertige Berufbekleidung | 8,857.804 |
| 14.472 Stück | fertige Bettwäsche | 1,924.420 |
| 5.141 Stück | fertige Oberbekleidung | 6,498.947 |
| | Textilien | 1,126.270 |
| 3.252 Stück | Pölster und Steppdecken | 754.395 |
| | Vorhangstoffe | 4,398.866 |
| | Teppiche | 600.260 |
| | Möbelstoffe | 124.977 |
| | Schuhe, Stiefel, Turn- und Hausschuhe | 7,063.305 |
| | Lederwaren, Leder in Stück | 1,045.044 |
| 3.745 Stück | Regen- und Kälteschutzbekleidung | 1,834.990 |
| 3.389 Stück | Dienstkappen | 526.065 |

| | | |
|---|---|---|
| 592 Stück | Fahnen | 416.412 |
| | Arbeitsschutz | 1,407.255 |
| 10.687 Stück | Schaumstoffmatratzen | 927.327 |
| Konfektionierung: | | |
| 2.769 Stück | Oberbekleidung | 1,503.895 |
| 16.582 Stück | Wäsche und Berufsbekleidung | 366.510 |
| | Tapeziererarbeiten (Nähen und Montage von Vorhängen) | 5,802.910 |
| | Reinigung von Vorhängen, Decken, Fahnen, Teppichen, Polstermöbeln und Uniformen | 2,074.435 |
| | Wäschereinigung für diverse Magistratsabteilungen | 10,389.700 |
| | Reparaturen von Taschen | 11.600 |
| | Überprüfung der Preisangemessenheit einschließlich Beratungen | 4,301.000 |
| Gesamtsumme | | 82,153.100 |

Durch den periodischen Einkauf der einzelnen Dienststellen ist der Umsatz im Jahr 1997 im Vergleich zu 1996 gesunken. Außerdem wurden von einigen Magistratsabteilungen die Einkäufe auf Grund der allgemeinen Sparmaßnahmen reduziert.

Die Reduktion durch den periodischen Einkauf war besonders wirksam bei Woll- und Mischgewebestoffen (1997 wurde kein Einsatzuniformstoff für die MA 68 - Feuerwehr eingekauft), Decken, fertiger Oberbekleidung, Schuhen, Regenmänteln, Kälteschutz und Konfektionierung der Oberbekleidung. Der Einkauf von Windeln, Strickwaren (Säuglingswäsche) und Windelhosen wurde auf Grund der noch vorhandenen Lagermenge reduziert.

Auf Grund von kleineren Bestellmengen haben sich die Umsätze von Leinenstoffen, Baumwollstoffen, Futter- und Einlagestoffen, Garnen, Spagaten, Seilen und Wollen verringert. Bei der fertig eingekauften Bettwäsche wurde der einmalige Mehrbedarf der MA 68 für 1996 wieder ausgeglichen, so daß sich auch diese Menge reduziert hat.

Bei Vorhangstoffen, Teppichen, Möbelstoffen, Lederwaren, Schaumstoffmatratzen und Reparaturen sind ebenfalls geringere Mengen bestellt worden.

Die erhöhte Menge und der erhöhte Umsatz bei den Frotteewaren ist durch höhere Bestellungen der Kindertagesheime der MA 11 an Lätzchen, Waschhandschuhen und Handtüchern entstanden. Außerdem wurden mehr Zwirne, Schlingwollen, Nähseiden und Nadlerwaren bestellt (MA 11, MA 56).

Durch periodischen Einkauf (nach der Dienstbekleidungsordnung) haben sich 1997 die Menge und der Umsatz bei fertiger Berufskleidung erhöht. Pölster und Steppdecken wurden im Berichtsjahr von den Spitälern vermehrt eingekauft.

Aus Sicherheitsgründen werden vermehrt Arbeitsschutzartikel wie Helme, Gehörschutz, Gesichtsschutz sowie Schutzhandschuhe eingekauft. Der Umsatz hat sich entsprechend erhöht. Leicht erhöht hat sich auch die Menge bei Dienstkappen, Fahnen, konfektionierter Wäsche und konfektionierter Berufskleidung. Bei Tapeziererarbeiten und diversen Reinigungen hat sich der Umsatz ebenfalls erhöht.

Durch die Neuausstattung der Regenbekleidung mit Reflexstreifen sind die Preise für Regenmäntel und Kälteschutzbekleidung um rund 6 Prozent gestiegen.

Bei Frotteewaren und Lederwaren sind die Preise um rund 4 Prozent gestiegen, bei Schuhen und Stiefeln um rund 2 - 3 Prozent, bei Baumwollstoffen, allgemeinen Textilien und div. Reinigungen um rund 2 Prozent.

Arbeitsschutzartikel wurden um rund 2 - 3 Prozent teurer, Nadlerwaren bis 5 Prozent teurer eingekauft. Die Preissteigerung von Frotteestoffen, Schaumstoffmatratzen und Konfektionierung von Oberbekleidung betrug etwa 1 Prozent.

Günstiger eingekauft wurden die fertige Oberbekleidung (- 2 %), die Konfektionierung der Wäsche und Berufskleidung (- 2 %) sowie Säuglings- und Kinderdecken (- 1 %).

Die übrigen Preise sind im wesentlichen gleich geblieben.

Für die MA 11 wurden 9.798 Säuglingswäschepakete und 6.656 Kleinkinderwäschepakete, zusammen 16.454 Pakete, ausgegeben. Das ergibt eine wesentliche Erhöhung gegenüber 1996.

Warengruppe 3: Wirtschaftswaren und Dienstleistungen

1997 wurden Wirtschaftswaren aller Art und Dienstleistungen (Reinigungsarbeiten, Schädlingsbekämpfungen, Transporte und Autobusbeistellungen) im Gesamtwert von S 204,349.287 eingekauft.

| | Schilling |
|---|---|
| Wasch- und Reinigungsmittel | 18,975.504 |
| Streusalz, künstl. Streumittel | 13,851.535 |
| Chemikalien und chemische Produkte | 5,482.029 |
| Eisen- und Haushaltsartikel | 15,313.334 |

| | |
|---|---|
| Geschirr aller Art, Küchengeräte | 2,899.239 |
| Glüh- und Leuchtstofflampen, Sicherungen | 4,919.908 |
| Elektrowaren | 4,257.073 |
| Gummiwaren, Beregnungsmaterialien | 1,380.699 |
| Holzwaren | 2,070.369 |
| Bürsten, Besen, Pinsel, Reinigungsmaterialien | 11,912.707 |
| Maschinen, Werkzeuge, Meßgeräte | 23,406.898 |
| Waagen, Ankauf und Reparatur | 320.983 |
| Spielwaren und Beschäftigungsmaterial | 19,609.170 |
| Feuerlöscher, Ankauf und Reparatur sowie Überprüfung | 5,992.883 |
| Reinigungsarbeiten, Schädlingsbekämpfung, Entwesung | 38,888.730 |
| Transporte, Autobusbeistellungen | 16,607.381 |
| Kunststoffartikel, Kunststoffsäcke und -folien | 11,664.408 |
| Diverse Waren | 1,296.437 |
| Summe | 198,849.287 |
| + Vereine, Institutionen | 5,500.000 |
| Gesamtsumme | 204,349.287 |

Im Vergleich zum Vorjahr gab es unter anderem Umsatzrückgänge bei Wasch- und Reinigungsmitteln (1,3 Millionen Schilling), bei Streusalz und künstlichen Streumitteln (3 Millionen Schilling), bei Bürsten, Besen, Pinseln und Reinigungsmaterialien (2,26 Millionen Schilling) und bei Kunststoffartikeln (2,4 Millionen Schilling).

In einigen Bereichen gab es dafür starke Umsatzzuwächse, wie bei Maschinen und Werkzeugen (5,4 Millionen Schilling), bei Spielwaren und Spielgeräten (7 Millionen Schilling) und Reinigungsarbeiten (10 Millionen Schilling).

Zur Versorgung der Flüchtlinge im Rahmen der Bosnienhilfe wurden Waren im Gesamtwert von rund S 80.000 eingekauft.

In mehreren neuerbauten Schulen, die mit September 1997 ihren Betrieb aufnahmen, wurden die Reinigungsarbeiten an Privatfirmen vergeben.

Anfang September 1997 wurde mit der Besiedelung des neuerrichteten Amtshauses in 19, Muthgase 62 - 64, begonnen und im Dezember abgeschlossen. Insgesamt neun Dienststellen (Unabhängiger Verwaltungssenat, Buchhaltungsabteilung 30 sowie die Magistratsabteilungen 16, 23, 24, 25, 32, 41 und 50) mit rund 900 Bediensteten zogen in das neue Amtsgebäude ein. Die Gesamtübersiedlungskosten betrugen rund 2,3 Millionen Schilling. Die Reinigung des Amtsgebäudes (rund 38.000m²) wurde ausgeschrieben und an eine Privatfirma vergeben (Jahreskosten rund 4,5 Millionen Schilling).

Für diverse Institutionen, die von der Gemeinde Wien Subventionen erhalten, wurden Beratungen und Preisprüfungen im Gesamtwert von rund 5,5 Millionen Schilling durchgeführt.

Warengruppe 4: Papier- und Bürobedarfsartikel, technische Zeichenerfordernisse, Bücher, Zeitschriften, Abonnements, Büromaschinen und Zubehör, Druckaufträge und Stampiglien, Vervielfältigungen und Buchbinderarbeiten

Der Gesamtumsatz der Warengruppe 4 betrug 1997 S 146,096.104.

Von dem angekauften Papier im Werte von S 25,317.420 entfallen auf holzfreies Schreib- und Druckpapier 821.245 kg, mittelfeines Schreib- und Druckpapier 43.245 kg, Recycling-Druckpapier 567.050 kg, auf Kartone und Deckel 68.775 kg, auf Packpapier 22.810 kg, auf Hygienepapier und Putzpapier 567.875 kg. Es wurden insgesamt 402.900 Schulhefte zu einem Betrag von S 954.680 angekauft, davon sind 166.000 aus Recyclingpapier hergestellt und 236.900 Hefte aus Bio-Top-weißem Schreibpapier erzeugt worden. Diverse Papiersorten sind bis zu 12 Prozent teurer geworden.

Für diverse Bürobedarfsartikel (z.B. Kohle- und Indigopapier, Farbbänder, Bleistifte, Kugelschreiber, Filzstifte, Radiergummis, Briefordner, Papiersäcke und -taschen, Kuverte, Aktenumschläge, Heft- und Lochmaschinen, Datumstampiglien, Stempel- und Vervielfältigungsfarben, Lineale, Schreibunterlagen, Papierscheren, Selbstklebebänder, Kleber usw.) wurden S 16,459.728 aufgewendet. Für 595 Papierhandtuchspender wurde ein Betrag von S 158.160 ausgegeben.

Für die 28 Dienststellen wurden technische Zeichenmaterialien um S 398.027 eingekauft.

Es wurden 120.223 Bücher, Broschüren, Lehrbehelfe, Setzkästen, Rechenschachteln, Arbeitsblätter, Testmaterialien, Zeitschriften, Bundesgesetzblätter u.a. zu einem Betrag von S 7,188.541 angekauft. Die Ausgaben für Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften, Bundesgesetzblättern, Verordnungsblättern, Jahrbücher, Amtskalender usw. betragen S 12,296.623. Für die Säuglingspakete wurden 32.000 Bilderbücher im Werte von S 768.000 angekauft. Für die Übersetzeraufträge wurde ein Betrag von S 1,163.711 ausgegeben.

Für den Ankauf von Büromaschinen inkl. Zubehör und Verbrauchsmaterial wurde ein Betrag von S 3,826.812 aufgewendet und zwar für 219 Schreibmaschinen, 213 Tischrechner, 172 Taschenrechner, 171 Diktiergeräte, 88 Papierschneidemaschinen, 12 Beschriftungsgeräte, 21 Aktenvernichter, 1.328 Beschriftungsbänder, 56 Laminiergeräte, 3 Bindemaschinen, 2 Stanz- und Bindegeräte, 1 Thermobindegerät, 1 Bilderstanze, 6 Elektrohefter, 1 Elektrostempler, 1 Banknotenzählmaschine, 5 Kopiergeräte, 1 Banderoliermaschine, 1 Aktenpaternoster, 1 Overheadprojektor, 1 Unterschriftenmaschine, 1 Umrüstsatz auf Teleporto, 8.473 Farbbandkassetten und Korrekturbänder, diverses Verbrauchsmaterial (Toner usw.) und diverse Zubehör (Typenräder, Minikassetten usw.).

Die Ausgabe für Reparaturen und Wartung für alle beim Magistrat befindlichen Büromaschinen belaufen sich auf S 1,029.433. Beratung und Überprüfungen der Preisangemessenheit für Ankäufe von Büromaschinen und Büroartikeln von Vereinen, die von der Stadt Wien subventioniert werden, wurden im Gesamtwert von rund S 700.000 durchgeführt.

Das Kopiervolumen betrug etwa 100,5 Millionen Kopien zu einem Gesamtbetrag von S 19,023.799. Der durchschnittliche Kopienpreis beträgt sohin S 0,19 pro Kopie.

Es wurden 2.297 Druckaufträge vergeben, davon 631 Aufträge an das Gewerbe und 1.666 Aufträge an die hauseigene Druckerei. Die 631 Aufträge an das Gewerbe ergaben einen Umsatz von S 26,238.426. Die Preise sind ab 1. September 1997 um 3 Prozent gestiegen. Für Stampiglien, Siegel und Numeratoren sind 1.113 Aufträge zu einem Gesamtbetrag von S 1,355.552 vergeben worden.

Von den 469 Buchbinderaufträgen wurden 163 Aufträge an die hauseigene Buchbinderei und 306 Aufträge an das Gewerbe vergeben, letztere zu einem Gesamtbetrag von S 3,592.721. Die Preise für Buchbinderarbeiten und Kartonagenerzeugung erhöhten sich ab 26. Juni 1997 um 1,8 Prozent.

Für Prüfberichte der Magistratsabteilung 15 - Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin wurden 785 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von S 5,109.924 angewiesen.

1.023 Vervielfältigungsaufträge sind von der hauseigenen Druckerei durchgeführt worden. Die Druckerei und Buchbinderei berechnete für die 1.666 Druck-, 1.023 Vervielfältigungs- und 163 Buchbinderaufträge S 19,704.267.

Warengruppe 5: Feste und flüssige Brennstoffe

Bedingt durch die ungewöhnlich warme Witterung im 1. Halbjahr 1997 und im November und Dezember 1997 war bei den Heizölen ein starker Minderverbrauch (bei Heizöl leicht von 16 % und bei Ofenheizöl von 17 %) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Im Laufe des Jahres 1997 fielen die Preise bei Heizöl leicht um 11 Prozent, bei Ofenheizöl um 8%. Bei den festen Brennstoffen war ein Preisanstieg im Schnitt um 4 Prozent zu verzeichnen.

An Brennstoffen wurden 5 Tonnen Polnische Steinkohle, 6 Tonnen Schmiedekohle, 13 Tonnen Rekord Briketts, 23 Tonnen Hüttenkoks, 14 Tonnen Brennholz, 1 Tonne Sägespäne, 7.325 Liter Heizöl leicht und 753.374 Liter Ofenheizöl eingekauft. Der Aufwand betrug hiefür S 31,385.000.

Für Fernwärmelieferungen der Fernwärme Wien Ges.m.b.H. an diverse Dienststellen wurden rund S 41,503.000 aufgewendet. An Stromkosten für diverse Dienststellen wurden S 40,427.000 und für Erdgaslieferungen der Wiener Stadtwerke S 7,023.000 verrechnet. Der Gesamtumsatz betrug sohin S 120,338.000.

Warengruppe 6: Möbel, Schulbedarf und Altmaterialverwertung

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung der Räumlichkeiten einzelner Dienststellen sowie der Krankenanstalten und Pflegeheime wurde fortgesetzt. Generell ist zu bemerken, daß die Auswahl der optimalen Innenausstattungen im Spannungsfeld von Nutzeranforderungen, räumlichen Vorgaben und beschränkten Mitteln oft schwierig ist. Fünf Außenbeamte der Abteilung unterstützen und beraten die Dienststellen. Sie haben auch die Entscheidung zu treffen, ob Einrichtungsstücke noch repariert werden sollen oder eine Neuanschaffung wirtschaftlicher ist. Eine weitere Aufgabe dieser Außenbeamten war die Teilnahme an den Skartierungsverhandlungen, auch in städtischen Objekten außerhalb Wiens.

Das größte Einzelprojekt im Verwaltungsjahr 1997 war die Ergänzung der Möblierung der Büroräume im neuerrichteten Bürogebäude in 19, Muthgasse 62, wobei rund 900 Bedienstete übersiedelt wurden. Ein größeres Projekt war auch die Übersiedlung der Zentrale der MA 11 in den Büroneubau in 3, Rüdengasse 11 (rund 100 Mitarbeiter).

Weiters waren für die MA 47 - Betreuung zu Hause verschiedene Außenstellen zu adaptieren.

Neu einzurichten waren die Kindertagesheime in 22, Lange Allee, 3, Hainburgerstraße, 12, Wienerbergstraße, 23, Lastenstraße, 11, Am Hofgartl, 2, Handelskai 78 und 102, 2, Engerthstraße, 9, Glasergasse, 7, Faßziehergasse und 2, Pazmanitengasse.

Reparaturen fielen ebenfalls wieder in großer Menge an und wurden größtenteils durch die Tischlerei der Abteilung erledigt. In Jugendämtern und Mutterberatungsstellen wurden Teile des Inventars ausgetauscht oder repariert. Interessant war die Ausstattung von Wohngruppen in Privathäusern sowie der Heime für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf die familiengerechte Ausstattung der Gruppenräume.

Für das Sozialamt waren soziale Stützpunkte und Beratungsstellen einzurichten. Außerdem wurde das Inventar einiger Pensionistenklubs überholt oder erneuert.

Im Auftrag der Bezirksvertretungen und der Magistratsabteilungen 24, 27, 42, 45 und 52 wurden für Garten- und Parkanlagen Tische, Bänke und Sitzkombinationen beschafft.

Die Wiener Schulen wurden mit dem notwendigen Mobiliar für Alt- und Neubauten versorgt. Außerdem wurden Reparatur- und Restaurierungsaufträge in der Höhe von S 17,305.000 vergeben. Weiters wurden Lehr- und Lernmittel angeschafft.

In verschiedenen Amtshäusern wurden desolate Möbel ausgetauscht bzw. repariert, wobei häufig EDV-gerechte Arbeitsplätze zu schaffen waren.

Die Preiserhöhungen hielten sich im Rahmen: Holzmöbel stiegen um rund 2,3 Prozent, Metallmöbel um rund 3,2 Prozent.

Umsatz der Warengruppe 6:

| | Millionen Schilling |
|---|---|
| Möbel für Kindertagesheime,Krankenanstalten, Pflegeheime,Werkstätten, Büros usw | 147,628.479 |
| Schulmöbel, Lehr- und Lernmittel | 92,430.490 |
| Reparatur von Schulmöbeln und Lehrmittel | 17,305.794 |
| Lagerwaren, Musikinstrumente und generalreparierte Möbel | 23,561.703 |
| 546 durchgeführte Preisprüfungen | 61,254.892 |
| Gesamtsumme ohne Verkauf von Altmaterial | 342,181.358 |
| Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten betrug | 3,625.860 |
| Entsorgung für 348.850 kg Altpapier kostete | 498.000 |

Warengruppe 7: Baustoffbeschaffung

Die Versorgung der städtischen Baustellen mit Leistungen (Verlege- und Montagearbeiten usw.) und Lieferung von Baustoffen aller Art konnte im Berichtsjahr klaglos und termingerecht durchgeführt werden. Engpässe traten in dem genannten Zeitraum keine auf.

Im Berichtsjahr wurden Baumaterialien mit einem Gesamtwert von S 178,074.000 gekauft.

Die angeschafften Materialien setzten sich wie folgt zusammen:

| | Millionen Schilling |
|---|---|
| Metall und Eisen | 13,7 |
| Kanalguß | 15,0 |
| Schließanlagen | 5,0 |
| Gehwegplatten | 2,5 |
| Verbundsteine | 3,8 |
| Diverse Baustoffe für den Straßenbau | 11,2 |
| Farben und Lacke | 2,4 |
| Fenster und Türen | 3,7 |
| Holzboden | 3,5 |
| Jalousien | 2,0 |
| Linol- und Kunststoffboden | 22,9 |
| Diverse Natursteine | 3,7 |
| Diverse Holzplatten | 3,2 |
| Granitrandsteine | 6,7 |
| Schnittholz | 3,8 |
| Straßenschotter | 31,2 |
| Spielsand | 5,3 |
| Hängedecken | 11,7 |
| Zement | 20,3 |
| Diverse Baumaterialien | 6,5 |

Die hautpsächlichen Bedarfsträger waren:

| | Schilling |
|---|---|
| MA 11 - Amt für Jugend und Familie | 1,923.000 |
| MA 17 - Wiener Wohnen | 6,747.000 |
| MA 23 - Amtshäuser | 32,129.000 |
| MA 24 - Hochbau | 2,169.000 |
| MA 28 - Straßenbau | 32,809.000 |
| MA 30 - Kanalbau | 12,290.000 |
| MA 31 - Wasserwerke | 16,355.000 |
| MA 42 - Stadtgartenamt | 11,018.000 |
| MA 43 - Städtische Friedhöfe | 2,162.000 |
| MA 44 - Städtische Bäder | 3,760.000 |
| MA 45 - Wasserbau | 2,295.000 |
| MA 48 - Straßenreinigung und Fuhrpark | 23,685.000 |
| MA 49 - Forstamt | 3,761.000 |
| MA 54 - Zentraler Einkauf - Zentrallager | 2,162.000 |
| MA 68 - Städtische Feuerwehr | 1,227.000 |
| Krankenanstaltenverbund | 20,147.000 |
| Sonstige Abteilungen und Unternehmungen | 3,435.000 |
| Gesamtsumme | 178,074.000 |

Bei Hinzurechnung von rund 5 Millionen Schilling für Lieferungen und Leistungen, welche die MA 17 zusätzlich direkt mit den Vertragsfirmen der Abteilung abwickelt, ergibt dies einen Jahresumsatz von rund S 183,000.000.

Die Abteilung ist ständig bemüht, den aktuellen Wissensstand durch Teilnahme und Mitarbeit an Normensitzungen über umweltfreundliche Produkte zu erweitern (Holzschutzmittel, wasserverdünnbare Lacke, Linoleum, Entsorgung von Behältern usw.) und entsprechende Produkte auszuschreiben und anzukaufen. Diese Produkte werden im verstärkten Ausmaß den Abteilungen empfohlen.

Zentrallager

Der Umsatz an Lagerwaren betrug 1997 rund S 88,042.000. Im Verwaltungsjahr 1997 wurden insgesamt 15.137 Aufträge bearbeitet, die sich aus 13.414 Warenausfolgungen, 1.679 Warenrückgaben und 44 Skartierungsabgaben zusammensetzten. Der Umsatz des Altwarenverkaufes betrug rund S 670.000. Aus Vermietungen von gebrauchten Gegenständen wurden S 17.000 eingenommen. An entsorgungspflichtigen Materialien wurden 33.281 Stück Leuchtstoffröhren sowie 1.040 kg Batterien übernommen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt.

Vom Werkstättenbetrieb wurden 785 Aufträge übernommen und ausgeführt, wobei ein Umsatz von rund 12,4 Millionen Schilling erzielt werden konnte.

Für die Schlichtungsstellen bei den Magistratischen Bezirksämtern wurden 155 Schätzgutachten über den Wert des vermieteten Inventars vom Werkstättenbetrieb des Zentrallagers erstellt.

Druckerei

In der Druckerei wurden 1997 insgesamt 3.153 Druckaufträge mit einem Gesamterlös von S 19,705.000 übernommen, reprotechnisch bzw. digital aufbereitet, gedruckt, endgefertigt und ausgeliefert. Vor allem der Einsatz digitaler Technologie im Rahmen der Informationserstellung und -weitergabe erforderte in der Vorstufe der Druckerei im Berichtszeitraum eine Systemerweiterung und -verbesserung. So wurde das in der Druckerei eingesetzte professionelle Textverarbeitungssystem nachgerüstet. Sowohl das Bearbeiten von selbstverfaßten Texten oder Fremdtexten, das Übernehmen von Graphiken, das Integrieren gescannter Bilder und das Erzeugen von hochauflösenden S/W- und Color- Bildern als auch die Ausgabe dieser Dateien, die im Farbbereich mit Farbauszugsinformationen versehen wurden, um farbseparierte Lithos zu erstellen, wurde durch die Aufrüstung verbessert. Nunmehr können die Dateien bei der typographischen Endbearbeitung in den Bereichen Formateinstellung, Auflösungs- und Belichtungsmodus und Darstellungsmaßstab mittels vereinfachter Dialogboxen rascher bearbeitet werden.

Darüber hinaus bietet die Systemverbesserung im Graphikbereich eine vollständige, vektoorientierte Designerumgebung sowie Unterstützung für Bitmapdateien. Mit den verbesserten Text- und Layoutmöglichkeiten können graphikreiche Layouts erstellt werden, die mehrere Seiten umfassen. Die neuen Funktionen ermöglichen das problemlose Ausgeben sowohl aus Laserdruckern als auch auf professionellen Highend-Imagesettern.

Diese im Bereich der Druckvorstufe stattfindende technologische Entwicklung wurde durch die starke Zunahme der elektronischen Informationsaufbereitung im Magistrat der Stadt Wien ausgelöst und wirkt sich auch im Druck aus.

Die Auftraggeber stellen immer häufiger digitale Daten zur Drucklegung zur Verfügung, die entweder über Disketten abgearbeitet oder via Netzwerk auf Papier übertragen werden. Nach eingehenden Testserien und softwaremäßiger Adaptierung nahm im Berichtszeitraum ein Digitalprinter die Produktion auf. Dieses digitale Drucksystem bietet durch erweiterte Funktionen die Übernahme variabler, digitaler Daten, deren just-in-time-Druck und eine online-Endfertigung.

Ein leistungsfähiger Rechner mit einem 128 MB Arbeitsspeicher, 2 x 1,05 GB SCSI-Festplattenspeicher, einem CD-ROM- und einem 3,5" Diskettenlaufwerk ermöglichen die Verarbeitung großer Datenmengen. Die Druckqualität mit einer Auflösung von 600 x 600 dpi bietet einen hohen Wiedergabestandard, der dem des Offsetdruckes bei S/W-Darstellung weitgehend entspricht. Der Vorteil dieser zukunftsweisenden Technologie liegt vor allem in der direkten, zeitlich sehr kurzen Umsetzung von digitalen Daten in eine vom Auftraggeber vorgegebene analoge Form.

## Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten

### Beratung und Service für Frauen in Wien

Frauentelefon

Das Frauentelefon wird von einer diplomierten Sozialarbeiterin betreut und versteht sich als Anlaufstelle für alle Anliegen aus dem Lebensumfeld von Frauen. Kompetente Auskunft bei gezielten Anfragen, Klärung und Beratung bei komplizierteren Problemstellungen sowie adäquate Weitervermittlung an zuständige und/oder spezialisierte Einrichtungen sind die Hauptaufgabenbereiche des Frauentelefons.

1997 wurde das Frauentelefon von 1.286 Personen (56 Anfragen kamen von Männern) kontaktiert. Dies bedeutet im Vergleich zu 1996 mit 1.030 Anfragen eine Steigerung von 25 Prozent und erscheint um so bemerkenswerter, als bereits von 1995 (783 Anfragen) auf 1996 (1.030 Anfragen) eine Steigerung von 30 Prozent verzeichnet werden konnte.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Anfragen standen im Zusammenhang mit:

- bevorstehender oder bereits laufender Scheidung bzw. Auflösung einer Lebensgemeinschaft
- Auskünften über Adressen, Telefonnummern und Angeboten verschiedenster Einrichtungen in Wien
- Auskünften über Veranstaltungen und Broschüren
- Arbeitsplatzsuche, Umschulungsmöglichkeiten, Wiedereinstieg, Mobbing und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- Wohnungssuche, Obdachlosigkeit, drohender Delogierung
- finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten, Schulden
- psychischen und persönlichen Problemen
- Beziehungsproblemen Gesundheit/Krankheit

24-Stunden-Frauennotruf - 71 71 9

Der Frauennotruf der Stadt Wien ist eine Kriseneinrichtung, die rund um die Uhr für Frauen und Mädchen, die von sexueller, körperlicher und psychischer Gewalt betroffen sind, Erste Hilfe und Unterstützung anbietet. Der 24-Stunden-Notruf hat mit seinem spezifischen Beratungsangebot eine wichtige Versorgungsfunktion innerhalb des Gesundheits- und Sozialwesens übernommen. Die Einrichtung verzeichnete 1997 eine Steigerung der Beratungsfrequenz um 50 Prozent. Neben der Akutberatung und der umfassenden Betreuung von Klientinnen wurde die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialbereiches sowie mit Einrichtungen der Polizei intensiviert. Es fanden Kooperationsgespräche mit allen Bezirkspolizeikommissariaten statt. Darüber hinaus wurden Fortbildungen und Workshops für SicherheitswachebeamtInnen durchgeführt. Bei einem Projekt des Wilhelminenspitals mit dem Schwerpunkt "Gewalt gegen Frauen" ist der Frauennotruf als Kooperationspartner für die Akut- und Folgebetreuung von Gewaltopfern eingebunden. Im Rahmen dieses Projektes ist der Frauennotruf auch in einer Arbeitsgruppe vertreten, die ein Beratungsmodell für im Krankenhaus behandelte Gewaltopfer entwickelt. Der 24-Stunden Frauennotruf wirkte darüber hinaus in der interministeriellen Arbeitsgruppe "Frauenhandel" mit und ist bei der Erstellung des Wiener Frauengesundheitsprogrammes mit der Koordinierung der Arbeitsgruppe "Gewalt gegen Frauen" betraut.

Frauenhäuser

Der von der Abteilung subventionierte Verein „Wiener Frauenhäuser" führt drei Frauenhäuser, eine Beratungsstelle und betreut 18 Prekariumswohnungen. 1997 haben 387 Frauen (mit 16.953 Übernachtungen) und 380 Kinder (mit 20.610 Übernachtungen) in den Frauenhäusern Aufnahme gefunden. 2.243 Frauen nahmen die Beratungsstelle für ein Beratungsgespräch in Anspruch, 1.405 Frauen holten telefonische Kurzauskünfte ein.

Wie die hohen Übernachtungszahlen von Kindern zeigen, liegt ein Tätigkeitsschwerpunkt in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen. In diesem Zusammenhang wurden Informations- und Seminarveranstaltungen in Schulen angeboten und am 10. April 1997 im Wiener Rathaus das Buch „Weil der Papa die Mama haut - Kinder aus dem Frauenhaus zeichnen und erzählen" präsentiert. Dieses Buch soll die pädagogische Arbeit unterstützen und den Kindern die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen auszudrücken und weiterzugeben. Am 22. Mai 1997 feierte der Verein „Wiener Frauenhäuser" das 5jährige Bestehen der Beratungsstelle mit einem Tag der offenen Tür im Frauenhaus im 22. Bezirk. Vom 5. bis 7. November 1997 fand in Wien ein Treffen von Vertreterinnen aller Frauenhäuser Österreichs zum Erfahrungsaustausch und richtungsweisenden Arbeitsgesprächen statt.

### Förderung von Frauenprojekten

Im Bereich der Förderung von frauenspezifischen Projekten wurden 1997: 6,998.246 S (1996: 6,850.128 S) an Subventionen vergeben. Insgesamt stellten 61 Vereine (1996: 47) Anträge an das Frauenbüro, die nach formalen, inhaltlichen und finanziellen Kriterien geprüft wurden. 24 (1996: 29) Ansuchen konnten positiv erledigt werden. Den Großteil der Subventionsmittel (75 %) erhielten Einrichtungen, die im Rahmen der Frauen- und Mädchenberatung in unterschiedlichsten Zusammenhängen tätig sind. Die restlichen Mittel wurden für Projekte aus den Bereichen Prävention bei sexuellem Mißbrauch, Arbeit, Forschung, Bildung sowie Gesundheit vergeben.

## Frauenorientierte Querschnittspolitik

### Arbeitsmarkt

### Arbeitsmarktchancen für Frauen

Der Anteil von Frauen unter den selbständig Erwerbstätigen ist relativ gering, allerdings schlagen immer mehr Frauen diesen Weg ein. Die Frauenabteilung erstellte einen Überblick über die gesamte Palette an Beratungseinrichtungen bzw. andere relevante Institutionen, die frauenspezifische Bedürfnisse und Wünsche von Betriebsgründerinnen berücksichtigen. Die Ergebnisse dieser Studie sollen im folgenden Jahr in Form einer Broschüre allen interessierten Frauen zugänglich gemacht werden.

### Gleichbehandlung und Frauenförderung in Betrieben

Das Frauenbüro war an dem von der EU kofinanzierten Projekt „Managing E-Quality" beteiligt. Es wurde ein Seminar entwickelt, das sich an EntscheidungsträgerInnen in Organisationen und Betrieben richtet und für die vielfältigen Formen der Diskriminierung von Frauen in der Berufswelt sensibilisiert und eine gezielte Förderung von Frauen sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufsarbeit und Betreuungsarbeit anregt.

### Frauenarbeitsstiftung (FAST)

Das vom Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds mit Unterstützung der Abteilung durchgeführte Projekt „FAST" hat die Integration von niedrig qualifizierten, arbeitslosen Frauen in den Arbeitsmarkt mittels Beratung, Qualifikationsmaßnahmen und einem unterstützten Eintritt in den Arbeitsprozeß zum Ziel. Das bausteinartig aufgebaute und individuell auf die spezifischen Lebenslagen abgestimmte Maßnahmenbündel wird Frauen die Chance bieten, neue und höhere Qualifikationen zu erreichen, um so den Neueinstieg und die längerfristige Verankerung in neue Berufslaufbahnen und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu ermöglichen.

### Frauengerechtes Planen und Bauen

### „Frauen-Werk-Stadt"

Das vom Frauenbüro initiierte und mitbetreute Modellprojekt für einen frauengerechten Wohnbau, die „Frauen-Werk-Stadt", wurde am 18. Oktober 1997 von Frauenstadträtin Mag. Renate Brauner und Wohnbaustadtrat Werner Faymann feierlich eröffnet. Der von der Wohnbauvereinigung für Privatangestellte errichtete Teil wurde nach der ersten österreichischen Architektin und Ehrenvorsitzenden der Jury des Modellprojektes „Margarete Schütte-Lihotzky-Hof" benannt. Die ersten Reaktionen der BewohnerInnen fallen ausgesprochen positiv aus. Besonders geschätzt werden die guten Grundrißlösungen und das hohe Sicherheitsempfinden in der Anlage.

Das Frauenbüro organisierte im Rahmen der Bezirksfestwochen gemeinsam mit den beiden Bauträgern und dem Verein „Kulturnetz" im Juni 1997 ein Fest, in dessen Mittelpunkt Information über den laufenden Bauprozeß und Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen der künftigen BewohnerInnen der „Frauen-Werk-Stadt" stand. Im September 1997 wurde gemeinsam mit der Volkshochschule Floridsdorf ein Informationstag zur „Frauen-Werk-Stadt" mit Einrichtungsberatung und Informationen der Wiener Umweltberatung zu gesundem und kindergerechtem Wohnen angeboten. Das Frauenbüro konnte seine Anliegen und sein Wissen über frauengerechten Wohnbau in den Grundstücksbeirat, der über die Förderungswürdigkeit neuer Bauvorhaben entscheidet, sowie in magistratsinternen Begutachtungsverfahren für Wohnprojekte des kommunalen Wohnbaus einbringen.

### Mädchen im öffentlichen Raum

1997 wurde das Thema Parkgestaltung und -nutzung unter dem speziellen Aspekt der Mädchenförderung aufgegriffen und Vorschläge für Verbesserungen erarbeitet. Das Frauenbüro hat 1997 im Band 5 der Schriftenreihe, „Verspielte Chancen? Mädchen in den öffentlichen Raum!", drei Studien zum Spiel- und Freizeitverhalten von Mädchen veröffentlicht. Besonderes Augenmerk wurde auf die Situation von Mädchen aus MigrantInnenfamilien gelegt. Die Publikation geht den Gründen für die geringe Präsenz von Mädchen in Parks und auf öffentlichen Plätzen nach und bietet Vorschläge für eine stärkere Förderung von Mädchen bei Parkplanungen und bei Projekten zur Freizeitbetreuung. Das Frauenbüro war weiters in das Bürgerbeteiligungsverfahren zur Neugestaltung des Yppenplatzes im 16. Bezirk eingebunden. Für einen Teil des Gartens der „Szene Wien" in Simmering, der für Jugendliche zur Verfügung gestellt wurde, hat die Frauenabteilung ein Nutzungskonzept für einen „offenen Garten" für Mädchen entwickelt. Im Jugendzentrum „Am Schöpfwerk" beteiligte sich das Frauenbüro an einem Arbeitskreis zur Verbesserung der Freiflächensituation für Jugendliche, insbesondere für Mädchen.

### Sicherheit

Prinzipiell zählt Wien zu den sichersten Hauptstädten Europas. Dennoch gibt es Bereiche, wo sich die BewohnerInnen unsicher fühlen. Mangelhaft beleuchtete Straßen oder Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel, unübersichtliche Wegführung, wucherndes Gebüsch neben dem Hauseingang und Spuren von Vandalismus können Unsicherheit und Angst auslösen. Der vom Frauenbüro herausgegebene Folder „Wien - sichere Stadt" enthält Informationen über Hilfestellungen und Beschwerdemöglichkeiten. Das Frauenbüro ist vom österreichischen Normungsinstitut zu einer vom Europäischen Komitee für Normungen eingesetzten ExpertInnengruppe zur Vorbereitung einer europäischen Norm für die "Prevention of Crime by Urban Planning" (CEN/TC 325/WG 2) entsandt worden. Das Frauenbüro hat in Kooperation mit dem Österreichischen Normungsinstitut 1997 ein Treffen der Arbeitsgruppe und eine Exkursion zu Wiener Wohnbauten zum Thema „Sicherheit" organisiert.

### Koedukation - Geschlechtssensible Pädagogik

Das Frauenbüro hat die Ergebnisse einer Untersuchung über koedukativen Unterricht in Österreichs Schulen in Form einer Broschüre, die sich an Lehrerinnen richtet, herausgegeben. Diese Broschüre soll dafür sensibilisieren, daß der koedukative Unterricht alleine nicht ausreicht, um eine Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern, sondern daß gezielte Unterrichtsmethoden und die Thematisierung des Geschlechterverhältnisses notwendig sind, um tatsächlich die Chancengleichheit von Mädchen und Buben in der Schule herzustellen und eine Veränderung der herkömmlichen Geschlechterrollen zu bewirken. Die Broschüre ist an alle Wiener Schulen verteilt worden und wird in großer Zahl nachbestellt. Im Oktober 1997 fand zum Schwerpunkt „Koedukation" eine Fachtagung mit dem Titel „Geschlechtssensible Pädagogik" statt. Die Veranstaltung richtete sich an Fachleute aus dem Kindergartenbereich, der Schule und der Freizeitpädagogik. Sie thematisierte in Vorträgen und Workshops pädagogische Konzepte und Projekte, die sich bewußt mit dem Verhältnis der Geschlechter auseinandersetzen und eine Überwindung von geschlechtstypischen Rollen zum Ziel haben. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Mädchen stärken, Buben fördern" und bot einen wichtigen Erfahrungsaustausch für Pädagoginnen, die Mädchen- und Bubenarbeit als Teil ihrer pädagogischen Aufgabe sehen. Vorbereitend für die Tagung sind Informationen über die wichtigsten bisherigen Projekte und Aktivitäten in Kindergärten, Schulen und im Freizeitpädagogikbereich gesammelt worden.

### Sprachoffensive

In Zusammenarbeit mit dem Wiener Integrationsfonds und dem Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds sowie in Abstimmung mit den bewährten Organisationen zum Spracherwerb wird das Projekt "Sprachoffensive" durchgeführt. Neben integrationspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Komponenten dieses Projektes wird besonders auf die spezielle Situation der Migrantinnen eingegangen. Diese benötigen oftmals besondere Rahmenbedingungen wie z.B. Kinderbetreuung während der Kursmaßnahmen und flexible Kursmodule, um Deutsch erlernen zu können bzw. teilweise sogar zu dürfen. Das Projekt "Sprachoffensive" gewährleistet die Installierung genannter Rahmenbedingungen und ermöglicht somit einer Vielzahl von Migrantinnen einen unbürokratischen Zugang zum Spracherwerb, der eine unabdingbare Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben darstellt. Die Kenntnis der Sprache führt zu einer Erweiterung privater, freundschaftlicher Kontakte zur Umgebung, beruflicher Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie zu einer Erweiterung des Zuganges zu höherer Ausbildung.

### Frauen und neue Technologien

#### "Frauen online"

Das Frauenbüro hat im September 1997 die Broschüre „Frauen online" herausgegeben, die als Handbuch für Internet-EinsteigerInnen gedacht ist. In sehr verständlicher Sprache werden sowohl die technischen Voraussetzungen als auch die notwendigen Schritte zum Einstieg ins Netz erläutert. Das Handbuch bietet einen Überblick über Anbieter und Software, Kosten des Netzzuganges sowie Tips und Tricks zum Mailen, Chatten

und Surfen. Außerdem beschäftigt sich das Handbuch mit Veränderungen in der Arbeitswelt und auf dem Arbeitsmarkt, die sich durch diese neue Technologie für Frauen ergeben. Das Handbuch war bereits nach kurzer Zeit vergriffen und wird im nächsten Jahr neu aufgelegt.

### Internet

Informationen über das Frauenbüro sind im Internet unter der Adresse http://www.magwien.gv.at./ma57 zu finden. Weiters hat das Frauenbüro die Frauenschwerpunkte im Rahmen des Projektes Cicero unter der Adresse http://www.vienna.cicero.net/ gestaltet.

## Grundlagenarbeit

### „Geschichte der Frauen Wiens"

Im Projekt „Geschichte der Frauen Wiens" wurde biographisches Material über Frauen in Wien in den Bereichen Wissenschaft, Emigration und Widerstand recherchiert. Ziel dieser Arbeit ist es, die Leistungen von Frauen für Wien in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Es sollen vermehrt Straßen, Plätze und Gebäude nach diesen Frauen benannt werden, oder sie für ihre Leistungen durch Ehrungen und Gedenktage gewürdigt werden.

### Kinderbetreuungseinrichtungen

Weiters beschäftigte sich die Abteilung mit Finanzierungsmodellen von öffentlichen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen als wichtige Voraussetzung der Vereinbarkeit von Berufsarbeit und Betreuungspflichten.

## Gleichbehandlung und Frauenförderung bei der Gemeinde Wien

### Gleichbehandlung

Die Abteilung ist mit zwei Vertreterinnen in der Gleichbehandlungskommission und einer Vertreterin in der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen vertreten und führt die Bürogeschäfte der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen wurde die Informationsbroschüre zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz „Mehr Chancen für Frauen" hergestellt und an alle Mitarbeiterinnen des Magistrats verteilt. Gemeinsam mit den Gleichbehandlungsbeauftragten wurden Schulungen für Kontaktfrauen zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz durchgeführt. Weiters wurde ein Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz im Sozialmedizinischen Zentrum Ost gehalten.

### Frauenförderungspläne

Im Verlauf des Jahres 1997 wurden von der Abteilung in Zusammenarbeit mit den Gleichbehandlungsbeauftragten und der Wiener Arbeitsgruppe für Gleichbehandlung die Frauenförderungspläne für den Magistrat der Stadt Wien erarbeitet. Die Frauenförderungspläne enthalten einerseits Maßnahmen für die Verbesserung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen und andererseits einen umfangreichen Tabellenteil mit einer Bestandsaufnahme und Zielzahlen des Frauenanteiles für alle Bereiche und Abteilungen des Magistrat.

### Frauenrelevante Rechtsangelegenheiten

Von der Abteilung wurden juristische Stellungnahmen im Sinne der Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu zahlreichen Entwürfen von Bundes- und Landesgesetzen, sowie Verordnungen abgegeben.

Die Juristin der Frauenabteilung führte darüber hinaus Beratungsgespräche vor allem in Scheidungsfragen.

## Internationale Aktivitäten

### Frauennetzwerk Ost-West-2000

Die Abteilung startete in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion - Internationale Beziehungen und der Magistratsdirektion - Europaförderung im Rahmen der EU Gemeinschaftsinitiative INTERREG ein Ost-West-Frauennetzwerk. Ziel dieser Initiative ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Frauenpolitik auf kommunaler und regionaler Ebene mit den an Österreich angrenzenden mittel- und osteuropäischen Staaten zu fördern. Im September 1997 fand dazu eine 3tägige Konferenz im Rathaus statt, bei der rund 150 Frauen aus Wien bzw. den größeren Kommunen der Nachbarländer Ungarn, Slowakei und Tschechische Republik teilnahmen. Die Schwerpunkte dieser Startinitiative waren die Themen Arbeitsmarkt bzw. Gleichbehandlung, Stadtplanung sowie der Bereich Gesundheit und Gewalt gegen Frauen. Bereits im November wurde der erste Folgeworkshop im Gesundheitsbereich abgehalten.

### Brustkrebsvorsorge

Im Rahmen der EU-weiten Aktionswoche gegen Brustkrebs fanden in der Zeit vom 6. bis 12. Oktober 1997 in Wien Aktionen und Informationsveranstaltungen statt, die durch eine Begleitstudie der Abteilung evaluiert wurden. Die Studie bestätigt die Notwendigkeit gezielter Präventionsveranstaltungen und gibt Anregungen für künftige Kampagnen.



*Stadträtin Mag. Renate Brauner verleiht dem Vizepräsidenten des Bundesrates Walter Strutzenberger das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.* Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle

*Im September 1997 fand ein Pressegespräch zum Thema "Integration und Bundesheer" in der Maria Theresien-Kaserne statt.* Foto: Votava / PID






*Die Stadträtin für Konsumentenschutz Mag. Renate Brauner besucht Marktstände am Naschmarkt.* Foto: Votava / PID

*Mag. Brauner in ihrer Eigenschaft als Personalstadträtin gratuliert Lehrlingen der Stadt Wien, die erfolgreich ihre Lehrabschlußprüfung bestanden haben.* Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle



EuroFEM

Das Frauenbüro ist im europäischen Netzwerk „EuroFEM“ vertreten. Das Netzwerk „EuroFEM” ist ein im Rahmen des 4. Aktionsprogrammes zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Europäischen Union finanziertes Projekt, das den europaweiten Erfahrungsaustausch von Aktivitäten im Bereich eines frauengerechten Wohn- und Städtebaus und die Förderung von Frauen in diesem Bereich zum Ziel hat. Die Wiener Arbeit wurde im Zuge eines Workshops in Finnland im März 1997 vorgestellt, speziell das Modellprojekt „Frauen-Werk-Stadt”.

Dreiländer-Bodensee-Frauenkonferenz

Die Abteilung war an der Durchführung der ersten Dreiländer-Bodensee-Frauenkonferenz vom 17. bis 19. April in Konstanz/BRD beteiligt. Im Rahmen dieser neu gegründeten Vernetzungsinitiative für grenzüberschreitende Frauenpolitik wurden vor allem die Probleme der aktuellen Arbeitsmarktlage für Frauen sowie mögliche Strategien zur Bewältigung diskutiert.

Veranstaltungen

Die Abteilung nützte die Teilnahme an Veranstaltungen zur Präsentation ihrer Arbeitsschwerpunkte, Publikationen und Serviceleistungen und war mit Informationsständen auf der „Ladies Night III” von ECHO, dem „Wiedereinsteigerinnentag” des ABZ Wien und der Messe „Senior aktiv” vertreten. Auf der Messe „Security und Safety” war die Abteilung darüber hinaus mit der Organisation des Frauensicherheitstages betraut, in dessen Rahmen eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sicherheit von Frauen” stattfand. Weiters beteiligte sich die Abteilung an der von der MA 13 veranstalteten „Jugendenquete”. Der 24-Stunden Frauennotruf präsentierte sich auf einem internationalen Symposium zum Thema „Frauen im Gesundheitswesen” und der Internationalen Konferenz „Frauen in der Exekutive”.

Die Abteilung war mit der Organisation der Landesfrauenreferentinnenkonferenz, einer Plattform für den Austausch aller beamteten und politischen Frauenbeauftragten der Bundesländer am 4. und 5. November 1997 in Wien betraut.

## Marktamt

Im Jahr 1997 traten folgende Gesetze und Verordnungen in Kraft, die für die Tätigkeit des Marktamtes von besonderer Bedeutung waren:

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Konsumentenschutz über Kontrollmaßnahmen betreffend kosmetische Mittel, BGBl. Nr. 168/1996

Bundesgesetz, mit dem das Öffnungszeitengesetz 1991 geändert wird, BGBl.I Nr. 4/1997

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsruhegesetz geändert wird, BGBl.I Nr. 5/1997

Bundesgesetz, mit dem das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Konsumentenschutzgesetz, das Versicherungsvertragsgesetz und das Bundesgesetz über den erweiterten Schutz der Verkehrsopfer geändert werden, BGBl.I Nr. 6/1997

Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 und das Firmenbuchgesetz geändert werden (Gewerberechtsnovelle 1996), BGBl.I Nr. 10/1997

Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Bankwesengesetz, das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrengesetzen 1991 und das Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert wird, BGBl.I Nr. 63/1997

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Bezeichnungen nach dem Weingesetz 1985 (Weingesetz-Bezeichnungsverordnung), BGBl.II Nr. 88/1997

Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über lebende Muscheln (Muschelverordnung), BGBl.II Nr. 93/1997

Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über das Verbot und die Beschränkung von Stoffen für kosmetische Mittel geändert wird, BGBl.II Nr. 109/1997

Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über Kondensmilch- und Milchpulverarten, BGBl.II Nr. 129/1997

Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Bestimmung des Alkoholgehaltes bei - der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung unterliegenden - Getränken (Alkoholangabenverordnung), BGBl.II Nr. 136/1997

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Vergabe der staatlichen Prüfnummer für österreichischen Qualitäts- und Prädikatswein, BGBl.II Nr. 141/1997

Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Schädlingsbekämpfungsmittel-Höchstwerteverordnung geändert wird, BGBl.II Nr. 228/1997

Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über die Zulassung von pharmakologisch wirksamen Stoffen für kosmetische Mittel (Kosmetikverordnung) geändert wird, BGBl.II Nr. 229/1997

Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über Hygienebestimmungen für das Inverkehrbringen von Fischereierzeugnissen (Fischhygieneverordnung), BGBl.II Nr. 260/1997
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Kunststoffverordnung geändert wird, BGBl.II Nr. 262/1997
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung geändert wird, BGBl.II Nr. 292/1997
Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über Speisepilze (Speisepilzverordnung), BGBl.II Nr. 386/1997
Verordnung des Wiener Gemeinderates betreffend die Abänderung des Marktgebührentarifes 1993; Amtsblatt der Stadt Wien vom 8. Mai 1997, Nr. 19/1997.
Verordnung des Wiener Gemeinderates betreffend die Abänderung des Markttarifes 1995; Amtsblatt der Stadt Wien vom 8. Mai 1997, Nr. 19/1997.
Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 1991 geändert wird; Amtsblatt der Stadt Wien vom 21. August 1997, Nr. 34/1997.

Im Jahre 1997 bestanden in Wien 19.302 Betriebe, auf die lebensmittelrechtliche Vorschriften anwendbar waren. Die Kontrolltätigkeit basierte wie alljährlich auf dem Revisions- und Probenplan des für diese Materie zuständigen Bundeskanzleramtes. Im Sinne des Lebensmittelgesetzes (LMG 1975) wurden durch die Organe der Abteilung 31.499 Revisionen durchgeführt.

Auf Grund des Lebensmittelgesetzes wurden insgesamt 16.969 Proben von Lebensmitteln, Verzehrprodukten, kosmetischen Mitteln und Gebrauchsgegenständen gezogen. In dieser Summe sind auch jene Proben enthalten, die über Ersuchen der Parteien noch vor der eigentlichen Inverkehrbringung zu Kontrollzwecken gezogen wurden (das waren 37 Importwarenproben und 92 Proben von inländischer Ware), so daß die Summe der amtlichen Proben im engeren Sinne 16.840 beträgt. Weiters wurden noch 8 Proben zwecks radiologischer Untersuchung im Sinne der Strahlenschutzvorschriften gezogen (in vorstehender Gesamtsumme nicht enthalten).

Die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien und die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien (MA 38) haben insgesamt 5.325 Proben beanstandet. Dazu ist zu bemerken, daß jede durch die genannten Anstalten bemängelte Probe, unabhängig von der Erstattung einer Strafanzeige gemäß § 44 LMG, als beanstandet gewertet wurde. Die Beanstandungsquote bei den amtlichen Proben, bezogen auf jene Proben, für die das Untersuchungsergebnis zum Jahresende bereits vorlag, betrug rund 38 Prozent. Wegen des Verdachtes strafbarer Handlungen nach dem LMG wurden auf Grund von Gutachten der Lebensmitteluntersuchungsanstalten an die Staatsanwaltschaft bei den zuständigen Gerichten 2.693 und an Verwaltungsbehörden 1.369 Anzeigen weitergeleitet. Im Berichtsjahr sind Verurteilungen durch Gerichte mit einem Strafbetrag von insgesamt S 339.900 sowie bedingt verhängte Geldstrafen in der Höhe von S 203.820 bekanntgeworden, während im Verwaltungsstrafverfahren Geldstrafen in einer Gesamthöhe von S 1,442.260 verhängt wurden.

Großbetriebe wurden vorwiegend unter Verwendung der vier für derartige Einsätze zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge revidiert. Gleichfalls, meist unter Verwendung der Dienstkraftfahrzeuge, wurden auch Abend- und Nachtrevisionen, und zwar vorwiegend in Gastgewerbebetrieben, Buschenschenken, bei Nachtwürstelständen usw. durchgeführt. Bei insgesamt 978 Dienstwagenfahrten wurden 6.629 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes gezogen und auf Grund unmittelbarer Wahrnehmungen 1.704 Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden erstattet. Außerdem wurden anläßlich von Dienstwageneinsätzen 1.746 Organstrafmandate wegen Vorliegens hygienischer Mißstände verhängt.

Die wichtigsten der insgesamt 21 im Jahre 1997 vom Bundeskanzleramt angeordneten Aktionen sind in der nachstehenden Zusammenstellung angeführt:

| Kontrollierte Betriebe bzw. Produkte | Anzahl der gezogenen Proben | davon | | |
|---|---|---|---|---|
| | | beanstadet | nicht beanstandet | Gutachten noch ausständig |
| Untersuchung von Fischen auf Genußtauglichkeit (A 11) | 201 | 32 | 169 | 0 |
| EU-Pestizidmonitoring (A 15) | 323 | 0 | 143 | 180 |
| Zusammensetzung von Kürbiskernölen (A 22) | 50 | 37 | 13 | 0 |
| Aflatoxine in Gewürzen (A 23) | 42 | 3 | 2 | 37 |
| Pestizidrückstände in Obst und Gemüse (A 36) | 75 | 0 | 0 | 75 |
| Frischobst und Frischgemüse in SB-Läden (A 55) | 67 | 41 | 25 | 1 |
| Hygiene und Schwermetalle bei Wild (A 80) | 51 | 0 | 0 | 51 |
| Unverpackter Käse in SB-Läden (A 95) | 53 | 1 | 22 | 30 |

Einige dieser zentral angeordneten Aktionen bzw. Fahndungen wurden mittelbar durch die Abteilung veranlaßt, da auf Grund von marktamtlichen Probenziehungsaktivitäten seitens des Bundeskanzleramtes bundesweite Probenziehungsaufträge erfolgten. Dies betraf im besonderen die nachstehenden Aktionen:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Tiroler Nußöl (Lichtschutzfaktor) (F 5) ..... | 189 | 66 | 113 | 10 |
| Eiswürfel in der Gastronomie (A 51) ..... | 20 | 6 | 14 | 0 |

Der verbesserte Informationsfluß innerhalb der Europäischen Union brachte es mit sich, daß Österreich weitaus häufiger über möglicherweise bedenkliche ausländische, insbesondere aus „Drittländern" stammende Produkte informiert wurde, als dies früher der Fall war. Daraus resultierten zahlreiche Fahndungen nach verdächtigen Lebensmitteln verschiedenster Art, die sich naturgemäß sehr zeitaufwendig gestalteten, wie z.B. die probenaufwendige Nachschau nach Pistazien aus dem Iran (186 Kontrollproben), Kokosraspeln aus Malaysia (125 Proben) usw. Etliche Fahndungen betrafen gefährliche Spielwaren aus dem asiatischen Raum sowie Fischprodukte aus exotischen Ländern.

Da es sich die Abteilung stets zum Ziel setzt, auf Medienmeldungen bzw. Tagesereignissen schnell und sensibel zu reagieren und auch aus eigenem, oft auch kurzfristig, interne Aktionen ansetzt, erfolgten unter diesem Blickwinkel im Jahre 1997 neben den routinemäßigen Verdachtsprobenziehungen u.a. verstärkte Kontrollen von Speiseeis, Überprüfung diverser Produkte auf Gen-Manipulation, Proben von Räucherlachs und Frischfischen, Nüsse um die Weihnachtszeit, Temperaturkontrollen auf Märkten hinsichtlich Fleisch und Fleischwaren, Gewichtskontrolle von Eiern in Supermärkten und Kontrolle von Freilandeiern auf Landparteienplätzen.

Das weitaus größte Ausmaß betraf die ganzjährige Schwerpunktsaktion der Kontrolle von verpacktem Fleisch und Geflügel in Selbstbedienungsläden. Im Rahmen dieser Aktion wurden insgesamt 1.587 Proben abgenommen, wobei bemerkenswert ist, daß die zu Beginn der Aktion relativ hohe Beanstandungsrate in weiterer Folge - zweifellos im Hinblick auf die forcierten Probenentnahmen - rückläufig war und letztendlich 18,65 Prozent (bezogen auf den gesamten Kontrollzeitraum) betrug.

Im Rahmen von Betriebsrevisionen wurden ferner nach dem Qualitätsklassengesetz 112 und nach dem Bazillenausscheidergesetz 626 Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden erstattet.

Im Laboratorium des Marktamtes wurden im Rahmen des sogenannten „Wurstparlaments" 303 Proben von Wurst- und Fleischwaren einer kommissionellen Vorbegutachtung durch Vertreter der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung sowie der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, der Wirtschaft und der Abteilung unterzogen. Besonderes Gewicht wurde dabei auch auf neu in den Handel kommende Produkte gelegt.

Rund 8,25 Prozent der Proben (= 25 Proben) wurden auf Grund der sich bei dieser Voruntersuchung ergebenden Verdachtsmomente hinsichtlich einer nicht dem lebensmittelrechtlichen Vorschriften entsprechender Beschaffenheit den genannten Lebensmitteluntersuchungsanstalten zwecks genauerer Begutachtung übermittelt.

Wie bisher wurde bei den durch die Lebensmittelaufsichtsorgane durchgeführten Kontrollen auf die Hygiene im Lebensmittelverkehr besonders Bedacht genommen. Im Jahre 1997 erfolgten in diesem Zusammenhang 407 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen die Hygienebestimmungen (§ 20 LMG) . Weiters wurden 2.455 Organstrafverfügungen wegen geringfügigerer Verstöße gegen die erwähnten Hygienevorschriften verhängt. Außerdem wurden 118 Anträge auf bescheidmäßige Verfügung von Hygienemaßnahmen und -vorkehrungen gemäß § 22 LMG bei der MA 63 gestellt. In 5 Fällen kam es infolge krasser Hygienemängel auch zu Betriebssperren. Gemeinsame Revisionen von Lebensmittelaufsichtsorganen mit Experten der beiden Lebensmitteluntersuchungsanstalten sowie bei Bedarf auch des Gesundheitsamtes wurden insbesondere in Großküchen und Küchen von Pensionistenheimen durchgeführt. Es kann als Erfolg dieser Kontrollen angesehen werden, daß im Berichtsjahr wiederum kein Salmonellenfall größeren Ausmaßes, der auf mangelnde Küchenhygiene zurückzuführen gewesen wäre, gemeldet wurde.

1997 wurden gem. § 39 Abs. 7 LMG in 297 Fällen Waren vernichtet und gemäß § 40 LMG in 40 Fällen beschlagnahmt. Insgesamt wurden auf Grund von Verfügungen der Gerichte bzw. Verwaltungsbehörden oder über Ersuchen bzw. mit Zustimmung von Parteien 4.991,93 kg animalische Lebensmittel, 64.143,95 kg vegetabilische Lebensmittel, 74,50 kg sonstige Lebensmittel und 248 Stück diverse Gegenstände aus dem Verkehr gezogen.

Wie in den vergangenen Jahren ließen sich wiederum zahlreiche Pilzsammler in den Dienststellen der Abteilung hinsichtlich ihrer Funde beraten. Insgesamt wurden in 695 Fällen Pilze mit einem Gesamtgewicht von 408,50 kg begutachtet. In 51 Fällen wurden Giftpilze und in 300 Fällen ungenießbare, wertlose oder verdorbene Pilze registriert. In 819 Amtshandlungen wurden auf Märkten 242.673 kg Pilze beschaut.

Die Überprüfung von Gemüsen hauptsächlich aus dem Wiener Raum auf Schadstoffe wurde mittels eines Monitoring-Systems durchgeführt und erbrachte den Beweis, daß die betreffende Schadstoffbelastung weiterhin als gering anzusehen ist.

Die Revisionsorgane des Marktamtes führten im Rahmen ihres Kontrolldienstes insgesamt 4.000 Überprüfungen im Sinne des Preisauszeichnungsgesetzes durch (1996: 2.500), wobei wegen Übertretungen der Bestimmungen des genannten Gesetzes insgesamt 358 Anzeigen erstattet und 534 Organmandate verhängt wurden.

Auch 1997 konnte wieder reges Konsumenten-Interesse an Verbraucherschutzangelegenheiten festgestellt werden. Die Abteilung hatte daher zahlreichen Anfragen und Beschwerden insbesondere hinsichtlich Preisauszeichnungs-

mängel zu behandeln und in verschiedenen Konsumentenschutzangelegenheiten Rat und Unterstützung zu geben. Das rege Interesse, mit dem sich das Marktamt 1997 in Konsumentenschutzfragen konfrontiert sah, ist auch aus dem Umstand zu ersehen, daß rund 2.000 Konsumentenschutzfibeln und Informationsbroschüren interessierten Bürgern ausgefolgt werden konnten.

In Vollziehung des Produktsicherheitsgesetzes wurden im Zuge von insgesamt 17 Erhebungs- und Überprüfungsaktionen Kontrollen durchgeführt. Konkret erfolgten Überprüfungen von verschiedenartigsten Produkten wie z. B. elektrischem Spielzeug , Kompressoren, Kinderbetten, Lichtdämmer, Haartrockner, Luftdruckgewehren, Trennscheiben, Dufthäuschen u.a.m.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 860 Straßenstandangelegenheiten (1996: 588) behandelt. In diesem Zusammenhang wurden 212 Augenscheinsverhandlungen abgehalten. Die Gesamtzahl der von der Abteilung genehmigten transportablen Straßenstände betrug im Jahr 1997 insgesamt 822 Stände.

Im Jahre 1997 waren insgesamt 41.758 Gewerbeangelegenheiten (1996: 39.320) anhängig. Im selben Zeitraum wurden im Zuge der gewerbepolizeilichen Überwachung und Überprüfung der einschlägigen Betriebe auch hinsichtlich der unbefugten Gewerbeausübung insgesamt 3.982 Anzeigen erstattet und 670 Organstrafmandate verhängt.

Für das Wiener Marktwesen war von besonderer Bedeutung:

Nach Eröffnung der Tiefgarage unter dem Karmelitermarkt konnte auch der „Bauernmarkt" wieder auf die neu hergestellte Marktfläche zurückkehren. Von der Marktverwaltung wurden Ver- und Entsorgungsleitungen saniert und viele Marktparteien haben ihre Marktstände instand gesetzt. Die Neugestaltung der Marktfläche, die Neuorganisation des „Bauernmarktes" und die Verringerung der stabilen Marktstände haben sich positiv auf den Marktbetrieb ausgewirkt.

Als Vorbereitung für die Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken 4 und 5 wurde die Marktfläche des Flohmarktes, die von Sonntag bis Freitag als Parkplatz dient, niveaugleich hergestellt, die Markt- und Parkplätze wurden neu markiert. Die nunmehr niveaugleiche Oberfläche ermöglicht eine schnellere maschinelle Reinigung nach Marktschluß und bietet höheren Komfort für die Marktparteien und Marktbesucher.

Zur Verbesserung der klimatischen Verhältnisse auf dem Meiselmarkt im 15. Bezirk wurden die offenen Gittertore verglast.

Die Abteilung war auch in ein Bürgerbeteiligungsverfahren betreffend die Umgestaltung des Yppenmarktes und des Yppenplatzes im 16. Bezirk eingebunden. Für die Umsiedlung und Renovierung der Marktstände, Verbesserung der Infrastruktur und Verlegung des Abfallsammelplatzes sollen in den nächsten Jahren EU-Förderungsmittel, öffentliche Mittel und Eigenmittel der Marktparteien aufgewendet werden.

Die Absiedlung der Marktstände auf dem Dornermarkt im 17. Bezirk konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die bisherige Marktfläche wird künftig für eine entsprechende Oberflächengestaltung und für die Errichtung einer Tiefgarage zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der Marktverwaltung war die Abteilung im Jahre 1997 zuständig für den Großmarkt Wien-Inzersdorf, 24 Detailmärkte (Offene Märkte und Markthallen), 9 temporäre Märkte, den Flohmarkt und die Antiquitätenmärkte sowie die alljährlich wiederkehrenden Märkte wie Fastenmarkt, Allerheiligenmarkt, Christkindlmarkt, die Gelegenheitsmärkte (Kirchweihmärkte, Ostermärkte, Adventmärkte, Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkte), weitere Gelegenheitsmärkte und zwei öffentliche Brückenwaagen.

Im Jahre 1997 wurden von der Abteilung 308 Veranstaltungen, die von Privaten als sogenannte „Weitere Gelegenheitsmärkte" abgehalten wurden, genehmigt. Dazu zählten die Straßenfeste in Einkaufsstraßen, wie z.B. der Flohmarkt Neubaugasse, diverse andere Veranstaltungen wie Sonnwendfeste, Jubiläumsfeste, Adventmärkte, Kunstmärkte auf dem Spittelberg und im Heiligenkreuzerhof, Silvestermarkt vor dem Rathaus u.a.m. Jede einzelne Veranstaltung mußte gesondert kommissioniert und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen und Auflagen der sicherheitstechnischen und verkehrsrechtlichen Dienststellen bescheidmäßig abgehandelt werden. Damit konnte eine wesentliche Verbesserung des Standards, insbesondere durch Versorgungsleitungen für Strom, hinsichtlich der Verwendung von Gasgeräten, aber auch bezüglich der notwendigen Verkehrsmaßnahmen und nicht zuletzt im Hinblick auf die Gestaltung der Marktstände erreicht werden.

Für die Erhaltung der Wiener Märkte wurden im Jahre 1997 rund 26,5 Millionen Schilling aufgewendet.

Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang:

Im Anschluß an die Errichtung bzw. Fertigstellung der Tiefgarage auf dem Karmelitermarkt wurde auch die verbleibende Marktfläche, das Abwasser- und Wassersystem sowie die Stromversorgung, um insgesamt rund S 3,000.000 saniert.

Im Rahmen des genehmigten Sachkredites von S 27,000.000 wurde die Sanierung der gemeindeeigenen Marktstände auf dem Naschmarkt unter vollständiger Ausnutzung der letzten Baurate in Höhe von S 6,000.000 beendet.

Im Jänner 1997 mußten auf Grund der extremen und lang anhaltenden Kälte auf dem Naschmarkt großflächige Wassergebrechen behoben werden, wobei auch eine elektrische Frostfreihaltung der Wasserleitungsrohre installiert wurde. Die Kosten dafür betrugen rund S 600.000 .

Auf dem Flohmarkt wurde in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung für den 6. Bezirk die Marktfläche saniert und neue Markierungen die sowohl dem Fahrzeugverkehr als auch den Erfordernissen des Marktbetriebes entsprechen, angebracht; diese Kosten betrugen rund S 1,200.000 .

Die Fahrbahn der Brunnengasse im Bereich des Brunnen- und Yppenmarktes wurde auch im letzten Abschnitt mit einem Kostenaufwand von S 350.000 endgültig instand gesetzt.

Der Landparteienplatz des Hannovermarktes wurde nach den Wünschen der Bezirksvorstehung umgestaltet und für die Landparteien eine entsprechende Infrastruktur errichtet (Kosten rund S 800.000).

Das Abwassersystem des Großmarktes Wien-Inzersdorf wurde mit einem Kostenaufwand von rund S 1,500.000 weiter verbessert.

Für die Instandsetzung von Amtsgebäuden und -räumen wurden insgesamt S 3,200.000 aufgewendet.

Wegen Übertretung der Bestimmungen der Marktordnung für die Stadt Wien wurden im Jahre 1997 3.707 Strafanzeigen erstattet und 1.392 Organstrafverfügungen verhängt.

Zum Großmarkt Wien-Inzersdorf ist ergänzend zu bemerken: 1997 waren 100 Großhandels- und Importfirmen etabliert, die nachstehenden Sparten zuzurechnen waren: Obst- und Gemüsegroßhandel: 74 Betriebe, Kartoffel- und Zwiebelgroßhandel: 4 Betriebe, Pilzgroßhandel: 4 Betriebe, Eier- und Geflügelgroßhandel: 5 Betriebe, Molkereiproduktengroßhandel: 1 Betrieb, Fleisch- und Wurstwarengroßhandel: 1 Betrieb, Obst- und Gemüsekonservengroßhandel: 1 Betrieb, allgemeiner Lebensmittelgroßhandel: 7 Betriebe und Nichtlebensmittelgroßhandel: 3 Betriebe.

Der Anschlußbahnbetrieb des Großmarktes verzeichnete mit 771 Einheiten ein gegenüber 1996 um 298 Einheiten geringeres Waggonaufkommen. Der Verschub auf der Anschlußbahn des Großmarktes Wien-Inzersdorf wird nunmehr von den Österreichischen Bundesbahnen direkt durchgeführt. Die Verrechnung erfolgt direkt zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und den Marktbetrieben. Bei annähernd gleichen Kosten für die Marktbetriebe erspart sich die Marktverwaltung die Kosten für den Personalaufwand der Wiener Linien.

Im Jahre 1997 wurden rund 202.085,32 t Viktualien angeliefert, d.s. um 13.974,80 t (6,47 %) weniger als im Vorjahr.

| Viktualien | Zufuhren 1997 in t | + / - in t ggü. 1996 | + / - in % ggü. 1996 |
|---|---|---|---|
| Gemüse | 76.094,02 | - 1.297,78 | - 1,68 |
| Obst | 73.290,50 | - 14.639,50 | - 16,65 |
| Agrumen | 26.088,60 | + 2.347,90 | + 9,89 |
| Pilze | 1.843,50 | + 287,70 | + 18,49 |
| Kartoffeln | 14.154,50 | - 870,00 | - 5,79 |
| Zwiebel u. Knoblauch | 10.614,20 | + 196,90 | + 1,89 |

Im Rahmen der Kontrolltätigkeit wurden im Berichtsjahr die im eichpflichtigen Verkehr verwendeten Meßgeräte (einschließlich Waagen, Gewichte, Maßstäbe usw.) hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes überprüft und dabei wegen Übertretung dieser Norm 128 Strafanzeigen (1996: 133) erstattet und 152 Organstrafmandate verhängt.

Die Abteilung ist für die Vollziehung eines Großteils der umfangreichen Vorschriften des Weingesetzes zuständig und hat auf Grund dieser Bestimmungen u.a. die Führung des Weinbaukatasters, die Verwaltung von Ernte- und Bestandsmeldungen sowie von Transportbescheinigungen durchzuführen. Außerdem ist ein Mitarbeiter der Abteilung auch im Fachbeirat zur Festsetzung von Wein-Analysenwerten vertreten. Folgende statistische Daten sind im Zusammenhang mit der Vollziehung des Weingesetzes in Wien bemerkenswert:

| | |
|---|---|
| Zahl der Winzer | 305 |
| Zahl der Weinhändler | 16 |
| Zahl sonstiger Betriebe | 122 |
| Ertragsfähige Weingartenfläche | 503 ha |
| Gesamte Weingartenfläche | 552 ha |
| Weinernte | 1,850.118 l |
| davon Prädikatswein, rund | 117.417 l |
| Anzeigen wegen Übertretung des Weingesetzes | 27 |
| Bearbeitete Transportbescheinigungen: | 3.062 Stück |
| Ernte- und Bestandsmeldungen: | 1.268 Stück |

Die automatisationsunterstützte Datenverarbeitung wurde im Jahre 1997 weiter ausgebaut. Im Jahr 1997 konnte das EDV-Netz der Abteilung nahezu fertiggestellt werden. Nach Abschluß der Anbindungsarbeiten durch die MA 14 kann voraussichtlich ab 1. April 1998 mit dem Einsatz netzwerkfähiger, auf die Bedürfnisse der

Abteilung abgestimmter Applikationen begonnen werden. Die neue elektronische Datenverwaltung im lebensmittelpolizeilichen Aufgabenbereich (Betriebs- und Probendaten) wird bereits in der Marktamtsdirektion und ausgewählten Marktamtsabteilungen unter den Bedingungen der praktischen Arbeit erprobt.

Neue, immer umfangreichere Software verlangt den Einsatz leistungsfähiger Rechnersysteme. Um diese hardwaremäßigen Voraussetzungen zu erfüllen, wurden im Jahr 1997 mehrere neue PCs beschafft, auch veraltete Drucksysteme konnten durch neue, leistungsfähige ersetzt werden.

Das Beitragsangebot der Abteilung im Internet-Dienst des Magistrats „Wien-Online" wurde verbessert und erweitert. Bereits eingerichtete Seiten wurden inhaltlich vertieft, neue Seiten betreffend den Weinbau in Wien und den Großmarkt Wien-Inzersdorf, wurden gestaltet. In einem sehr umfangreichen Vorhaben hat das EDV-Referat mit der Gestaltung von Informationsseiten über Pilze, die mit aussagekräftigem Fotomaterial versehen werden, begonnen.

Bei den im Rahmen der vom Österreichischen Städtebund, Fachausschuß für Marktamtsangelegenheiten, am 13. und 14. Mai 1997 in Innsbruck und am 8. und 9. Oktober 1997 in Villach veranstalteten Tagungen wurden aktuelle lebensmittelpolizeiliche Probleme sowie Angelegenheiten der Marktverwaltung durch die Tagungsteilnehmer (Vertreter der Marktämter aller östrreichischen Städte) beraten.

Weiters nahmen Vertreter des Wiener Marktamtes auch an dem am 5. Juni 1997 und 13. November 1997 stattfindenden Expertenbesprechungen der leitenden Beamten der Lebensmittelaufsicht teil. Auch bei diesen Besprechungen wurden Themen aus dem Bereich des Lebensmittelgesetzes beraten.

Die ständige Ausstellung des Marktamtes in der Direktion, wurde auch 1997 von diversen Gruppen besucht. Durch die von Bediensteten der Direktion gehaltenen Lichtbildvorträge über die Tätigkeit des Marktamtes und über betriebliche Hygiene wurden rund 500 Personen mit den Aufgaben der Dienststelle, insbesondere mit den Problemen des Lebensmittelverkehrs, vertraut gemacht. An den Vorträgen nahmen vor allem Schüler berufsbildender mittlerer und höherer Schulen (rund 350 Fachschüler) und Kindergartenbedienstete (95 Personen) sowie sonstige Gruppen teil.

Wie bereits in den vorangegangen Jahren wurden die der Abteilung zugeteilten Lehrlinge über die Aufgaben des Marktamtes jeweils in Form diverser Gespräche und von Lichtbildvorträgen ausführlich informiert. Im Zuge dieser zusätzlichen Ausbildung wurden die Lehrlinge anläßlich von Exkursionen mit den Einrichtungen des Großmarktes Wien-Inzersdorf vertraut gemacht.

## Veterinäramt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx

Die Magistratsabteilung 60 vollzieht auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien im Bundesland alle veterinärbehördlichen Agenden, die sich aus den Bundes-, Landes- und Gemeindekompetenzen ergeben.

Die Magistratsabteilung 60 gliederte sich im Jahre 1997 in das Veterinäramt und den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx.

Das Veterinäramt hat alle veterinärbehördlichen Aufgaben, welche den Veterinärabteilungen der Ämter der Landesregierungen und in fachlicher Hinsicht den politischen Bezirksbehörden und den Gemeinden zukommen, zu erfüllen.

Im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx, bestehend aus dem Viehmarkt, dem Schlachthof und dem Fleischgroßmarkt, waren außer der Betriebsführung, der Verwaltung und den veterinären Tätigkeiten auch die technische Betreuung der städtischen Anlagen, die Lebensmittelüberwachung, die Preisermittlung und die Preiskontrolle durchzuführen.

Der Viehmarkt wurde in der 24. Betriebswoche 1997 zum letzten Mal beliefert.

Der Schlachthof wurde mit Ende des Jahres 1997 geschlossen. Der Schließung war eine externe Studie über Marktchancen, Stellenwert, Entwicklungschancen und betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen des Schlachthofes und des Fleischgroßmarktes vorangegangen. Am 17. Dezember 1997 war der letzte Schlachttag und am 19. Dezember 1997 fand die letzte Fleischverladung ab dem Schlachthof statt. Gleichzeitig wurde der Betrieb der Autodesinfektionsanlage eingestellt.

Am 31. Dezember 1997 wurde das Abfertigungsgebäude in der Viehmarkthalle geschlossen. Die Schließung des Schlachthofes St. Marx machte auch personelle Veränderungen notwendig. 96 Bedienstete wurden in andere Dienststellen, 26 Mitarbeiter in den Ruhestand versetzt. In 19 Fällen wurde das Dienstverhältnis einvernehmlich aufgelöst.

Von den im Berichtsjahr erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, die sich auf die Tätigkeit der Abteilung auswirkten oder deren Kenntnis für die Dienstausübung notwendig ist, sind anzuführen:

93. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über lebende Muscheln (Muschelverordnung), BGBl. Nr. 93/1997

178. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über besondere Hygienebedingungen für Großmärkte, in denen frisches Fleisch oder Fleischerzeugnisse in Verkehr gebracht werden (Großmarkt-Fleischverordnung), BGBl. Nr. 178/1997

223. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Futtermittelverordnung 1994 geändert wird, BGBl. Nr. 223/1997
260. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über Hygienebestimmungen für das Inverkehrbringen von Fischereierzeugnissen (Fischhygieneverordnung), BGBl. Nr. 260/1997
280. Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend das Verbot von Arzneimitteln, die bestimmte Stoffe mit hormonaler oder thyreostatischer Wirkung oder β-Agonisten enthalten, BGBl. Nr. 280/1997
369. Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Kennzeichnung von Schweinen, Schafen und Ziegen sowie über die Führung von Registern und Aufzeichnungen betreffend diese Tiere (Tierkennzeichnungsverordnung 1997), BGBl. Nr. 369/1997
408. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Kennzeichnung und Registrierung von Rindern (Rinderkennzeichnungs-Verordnung 1998), BGBl. Nr. 408/1997
419. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über Handelsklassen für Schweineschlachtkörper, BGBl. Nr. 419/1997
420. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Verordnung über Qualitätsklassen für Rinderschlachtkörper geändert wird, BGBl. Nr. 420/1997
11. Verordnung des Landeshauptmannes von Wien über die Beseitigung von tierischen Abfällen, LGBl. für Wien Nr. 11/1997
17. Verordnung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die periodischen Untersuchungen von Rinderbeständen auf Rinderleukose, LGBl. für Wien Nr. 17/1997
18. Verordnung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die periodische Untersuchung von bangfreien Rinderbeständen auf Brucellose (Abortus-Bang), LGBl. für Wien Nr. 18/1997
19. Verordnung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die periodische Untersuchung von Rinderbeständen auf Infektiöse Bovine Rhinotracheitis und Infektiöse Pustulöse Vulvovaginitis (IBR/IPV), LGBl. für Wien Nr. 19/1997
22. Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die 1. Wiener Tierschutz- und Tierhalteverordnung geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 22/1997
32. Verordnung der Wiener Landesregierung über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung, LGBl. für Wien Nr. 32/1997

Im Rahmen des Tierseuchengesetzes gelangten an anzeigepflichtigen Tierseuchen im Berichtszeitraum in Wien die Psittakose, die NCD (New Castle Disease) bei Tauben und IBR/IPV (Infektiöse Bovine Rhinotracheitis und Infektiöse Pustulöse Vulvovaginitis) amtlich zur Kenntnis.

Psittakose, eine auch auf den Menschen übertragbare Krankheit der Papageienvögel, wurde in 9 Beständen festgestellt. Insgesamt waren 88 Vögel von der Seuche betroffen. 7 Tiere verendeten an Psittakose. Die NCD bei Tauben trat in einem Bestand auf. Ein Tier wurde als krank getötet, eines verendete. Ein Rind der Veterinärmedizinischen Universität Wien hatte sowohl bei der Erstuntersuchung als auch bei den folgenden Wiederholungsuntersuchungen das Ergebnis „zweifelhaft" und wurde somit als IBR/IPV-Reagent geführt.

Im Rahmen der staatlichen Bekämpfung der Rinderbrucellose, der Enzootischen Rinderleukose und der IBR/IPV wurden im Berichtsjahr 43 Rinder in insgesamt 10 landwirtschaftlichen Betrieben untersucht. Die Untersuchungskosten beliefen sich auf 5.807,80 Schilling, die zur Gänze vom Bund getragen wurden.

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wurde im März 1995 die Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde 192/94/KOL über zusätzliche Garantien für Österreich betreffend die Aujeszky´sche Krankheit (AK) von der Entscheidung der Kommission 95/72/EG vom 9. März 1995 abgelöst. Auf Grund des im Jahre 1995 in ganz Österreich durchgeführten Screenings betreffend die Aujeszky´sche Krankheit gemäß der Entscheidung der Kommission 95/59/EG vom 2. März 1995 sind im Bundesland Wien die Voraussetzungen für die Erlangung zusätzlicher Garantien gemäß Artikel 10 der Richtlinie 64/432/EWG gegeben. Damit wurde die Anerkennung der Freiheit Wiens von Aujeszky´scher Krankheit erreicht.

Zur Aufrechterhaltung der Artikel 10-Freiheit wurde in Wien ein Überwachungsprogramm durchgeführt. Im Zuge dieses Überwachungsprogrammes wurden im Jahre 1997 von den Amtstierärzten der Stadt Wien Blutproben von 57 Zuchtschweinen und 2 Zuchtebern an die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling eingesandt und auf die Aujeszky´sche Krankheit untersucht.

Die Blutentnahme erfolgte bei 27 Tieren durch Punktion der Ohrrandvene, bei den übrigen Tieren wurden die Proben bei der Entblutung im Zuge des Schlachtvorganges gewonnen. Alle untersuchten Tiere wiesen ein negatives Untersuchungsergebnis auf.

Der Erfolg der Impfkampagnen 1995 sowie die Seuchensituation in Niederösterreich und im Burgenland ließen es als gerechtfertigt erscheinen, daß im Bundesland Wien auch im Jahre 1997 die orale Immunisierung der Füchse gegen Tollwut ausgesetzt wurde. Um jederzeit einen Überblick über die Tollwutsituation im Bundesland Wien zu haben, wurden im Berichtszeitraum 4 Dachse, 9 Füchse, 11 Marder, 1 Hund und 2 Katzen zur Untersuchung auf Wutkrankheit an die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling übermittelt. Alle Wutuntersuchungen waren negativ.

Im März 1996 wurde im Veterinäramt das ANIMO-Informationssystem (ANIMO ist die Abkürzung für Animal Movement) installiert. Jede Landesveterinäreinheit ist über eine zentrale Stelle (für Wien ist dies die Veterinärverwaltung im Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz) mit einem Zentralcomputer in Dublin verbunden. Der Zweck des ANIMO-Systems besteht in der Information der jeweiligen Landesveterinäreinheit über stattfindende Tier- oder Tierprodukttransporte, die im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Veterinärbehörde enden.

Im Jahre 1997 erhielt das Veterinäramt 1.679 ANIMO-Meldungen über stattgefundene Transporte von Tieren und Produkten tierischer Herkunft. Dabei wurden vor allem Tiere folgender Spezies nach Wien transportiert: Pferde, Fische (Zier- und Speisefische), Hunde, Katzen, Labortiere (Kaninchen, Mäuse, Ratten), diverse Exoten, Fleisch und Innereien zur Futtermittelherstellung, sowie Jagdtrophäen.

Aus Wien wurden von den Amtstierärzten 207 Exporte abgefertigt und mittels ANIMO-System nach Dublin gemeldet.

Die gesetzlich vorgeschriebene Kraftfahrzeug- und Bahnbeschau wurde an rund 49.800 Tieren durchgeführt. Ziel dieser behördlichen Maßnahme ist es, Tierseuchen rechtzeitig zu erkennen und sicherzustellen, daß kranke oder transportunfähige Tiere nicht zum Versand gelangen.

Auf der Grundlage des Fleischuntersuchungsgesetzes und der darauf erlassenen Verordnungen ist eine zentrale Aufgabe des Veterinäramtes die Schlachttier- und Fleischuntersuchung. Diese wird im öffentlichen Schlachthof des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx und in zwei privaten gewerblichen Schlachtstätten im 21. und 23. Wiener Gemeindebezirk vorgenommen.

Im Jahre 1997 wurden in Wien insgesamt 25.053 Rinder, 4.847 Kälber, 18.982 Schweine, 466 Einhufer und 72 Stück sonstiges Stechvieh mit einer Gesamtkilogrammenge von 10,903.722 kg geschlachtet.

Der Hauptteil, nämlich 119 Ochsen, 16.498 Stiere, 3.927 Kühe, 4.447 Kalbinnen, 4.719 Kälber, 17.905 Schweine sowie 26 Stück sonstiges Stechvieh, entfiel dabei auf den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx. In den gewerblichen Schlachtstätten in den Bezirken wurden insgesamt 466 Einhufer, 62 Rinder, 128 Kälber und 1.077 Schweine der Schlachtung zugeführt. Alle geschlachteten Schweine und Einhufer wurden auch der Trichinenuntersuchung unterzogen. Insgesamt mußten 28 Rinder, 13 Kälber, 112 Schweine, 42 Lämmer, 1 Kitz und 1 Pferd als untauglich beurteilt werden. 11 Rinder und 5 Kälber wurden als Tierfutter abgeführt. Bei 22 schwachfinnigen Rindern ging der Tauglichkeitserklärung eine Brauchbarmachung in Form einer Kältebehandlung voraus. Außerdem wurden 36.805 kg Tierkörperteile von Schweinen, 89.269 kg Tierkörperteile und 101 Stück Magen und Darm von Schlachtrindern sowie 4.155 kg Tierkörperteile und 1 Stück Magen und Darm von Kälbern als für den menschlichen Genuß untaugliche Konfiskate an die Tierkörperbeseitigung Wien abgeführt. Weiters wurden 634 kg Lammfleisch und -fett, 523 kg Fleischerzeugnisse, 15 kg Pökelsalz und 3.000 Stück Styroportassen für Fleischerzeugnisse beanstandet.

Die Gründe, die dazu führten, daß die Tierkörper für untauglich erklärt werden mußten, waren unter anderen hochgradige Geruchs- und Geschmacksabweichung, hochgradige Abmagerung, Gelbsucht, hochgradige bakterielle Durchsetzung, multiple Abszesse sowie unvollkommene Ausblutung.

42 Pferde, 11 Rinder und 7 Schweine mußten im Berichtszeitraum der Notschlachtung zugeführt werden. Die Tierkörper dieser Tiere wurden der bakteriologischen Fleischuntersuchung unterzogen.

Mit Beitritt Österreichs zum Europäischen Wirtschaftsraum wurde die Fleischuntersuchung für Wild aus freier Wildbahn verpflichtend. Im Jahre 1997 wurden von den Amtstierärzten der Stadt Wien in drei Wildbearbeitungsbetrieben insgesamt 3.818 Stück Rotwild, 45.727 Stück Rehwild, 1.513 Stück Gamswild, 139 Stück Muffelwild, 2.630 Stück Schwarzwild und 1 Stück Steinwild der Wildfleischuntersuchung unterzogen. 388 Stück Wild wurden als untauglich befundet.

Infolge des Auslaufens der Übergangsfristen (31. Dezember 1997) für Betriebe, die der Frischfleisch-Hygieneverordnung 1994, der Fleischverarbeitungsbetriebe-Hygieneverordnung 1994 und der Geflügelfleisch-Hygieneverordnung 1994 unterliegen, mußten umfangreiche Beratungstätigkeiten hinsichtlich der verordnungskonformen Umbauten und Einrichtungen der Betriebe durchgeführt werden. Zahlreiche Informationen wurden daher in Fortbildungsveranstaltungen an die Fleischuntersuchungstierärzte und Amtstierärzte und ebenso an die rechtsunterworfenen Fleischer und Betriebsverantwortlichen von fleischbe- und verarbeitenden Betrieben weitergegeben. Die dem Fleischuntersuchungsgesetz 1982 unterliegenden Betriebe wurden entsprechend der Verordnungen zum Fleischuntersuchungsgesetz in die vorgesehenen verschiedenen Typen eingeteilt und dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz gemeldet. Derzeit sind in Wien 508 fleischbe- und verarbeitende Betriebe registriert. Davon sind 394 „Fleischbearbeitungsräume in Kleinverkaufsstellen", 4 Betriebe mit geringer Produktion, die ständige Erleichterungen in Anspruch nehmen (davon 3 Schlachtbetriebe, die an landwirtschaftliche Betriebe angeschlossen sind), 53 Betriebe, die Ausnahmen in Anspruch nehmen und 57 Betriebe, die zum innergemeinschaftlichen Handelsverkehr zugelassen sind. Gemäß Fleischuntersuchungsgesetz 1982 wurden 15 Anzeigen bei Bezirksverwaltungsbehörden erstattet.

Im Rahmen der Kontrolltätigkeit wurde auch eine Probe nach dem Lebensmittelgesetz gezogen. Diese wurde als „kraß ekelerregend", (geeignet bei Menschen Gesundheitsschädlichkeit zu bewirken) beurteilt.

Wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes 1975 wurde eine Anzeige erstattet.

Gemäß Satzungen für die Verleihung des „Gütezeichens für Fleischwaren" der Stadt Wien wurden in 3 Betrieben 12 Hygienekontrollen durchgeführt.

In 42 einschlägigen Betrieben wurden 79 Kontrollen gemäß § 15 des Futtermittelgesetzes 1994 durchgeführt.

Gemäß Milchhygieneverordnung wurden 27 Be- und Verarbeitungsbetriebe und 3 Erzeugerbetriebe insgesamt 49mal revisioniert. 10 Betrieben wurde die Kontrollnummer zuerkannt. In den 3 Erzeugerbetrieben wurden 17 Milchproben zur Feststellung der Eignung zum Ab-Hof-Verkauf gezogen. Es wurden 4 Betriebe gemäß Fischhygieneverordnung auf Antrag der Parteikontrolliert. 2 Betriebe konnten für den innergemeinschaftlichen Handel zugelassen werden. 1 Betrieb wurde gemäß Eiprodukteverordnung 1996 kontrolliert und dabei die Zulassung zur Herstellung von pasteurisiertem Ei untersagt.

Gemäß Erlaß BMGSK 39.190/0-III/A/3/94 wurden 4 Betriebe, Erzeuger von Heimtierfutter, auf Einhaltung der Bestimmungen der „Richtlinie 90/667/EWG vom 27.11.1990 zum Erlaß veterinärrechtlicher Vorschriften für die Beseitigung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer Abfälle und zum Schutz von Futtermitteln tierischen Ursprungs, auch aus Fisch, gegen Krankheitserreger sowie zur Änderung der Richtlinie 90/425/EWG" kontrolliert.

Im Jahre 1997 wurden gemäß § 16 und § 17 des Fleischuntersuchungsgesetzes vom Veterinäramt 16.558 Einzelkontrollen in Fleischbe- und verarbeitungsbetrieben durchgeführt. Gemäß § 44 Abs. 4 des Fleischuntersuchungsgesetzes wurden 129 Kontrollen, als Zulassungserfordernis für die Exportberechtigung in die USA und in die Schweiz, durchgeführt. Im Rahmen der Rückstandsuntersuchungen gemäß Erlaß des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz, GZ. 39.186/3-III/A/3/95, wurden 305 Einzelproben entnommen und zur Untersuchung eingesandt. Sämtliche Untersuchungsergebnisse lagen unter den Grenzwerten.

Im Rahmen der Fleischuntersuchung wurden in 65 Fällen Proben zur bakteriologischen Untersuchung und zur Hemmstoffuntersuchung abgenommen und an die Magistratsabteilung 38, Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, zur Untersuchung übermittelt.

Im Rahmen der Vollziehung des Tierschutzgesetzes und der darauf begründeten Verordnungen wurden von den Amtstierärzten der Stadt Wien 568 Revisionen, 1.252 Kontrollen, 34 Soforteinsätze durchgeführt und 614 Stellungnahmen abgegeben. In 32 Fällen wurden von den Amtstierärzten selbst Anzeige wegen Verdachtes der Übertretung tierschutzrelevanter Bestimmungen erstattet. 48 Haltungen von Wildtieren, die besondere Ansprüche an Haltung und Pflege stellen, wurden einer Revision unterzogen. In 47 derartigen bereits bestehenden Tierhaltungen wurden Kontrollen durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Haltung von Wildtieren, die besondere Ansprüche an Haltung und Pflege stellen, bzw. mit der Haltung von Tieren, von denen eine Gefahr für die Gesundheit von Menschen ausgeht, mußten 7 Soforteinsätze getätigt werden.

Infolge eines allgemeinen Gesinnungswandels der Bevölkerung gegenüber tierschutz- und tierhaltungsrechtlichen Angelegenheiten kam es zu einer stark gestiegenen Inanspruchnahme der Amtstierärzte als Sachverständige in Tierschutzfragen. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei Tierschutzangelegenheiten kommt auch in einer immer kritischeren Haltung gegenüber Veranstaltungen mit Tieren zum Ausdruck. Im Jahre 1997 mußten bei 37 Veranstaltungen, bei denen Tiere mitwirkten, aus Gründen des Tierschutzes Aufträge erteilt werden.

Auf Grund der beim Veterinäramt vermehrt eingegangenen Anzeigen und Beschwerden betreffend den Gesundheitszustand der von den Fiakerunternehmen verwendeten Pferde wurden auf den Standplätzen vermehrt amtstierärztliche Kontrollen durchgeführt, die auch zu Anzeigen im Sinne des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes führten.

Gleichzeitig wurden von der Magistratsabteilung 7 - Kultur - als die für die Fiaker zuständige Konzessionsbehörde Augenscheinsverhandlungen für alle 20 Fiakerstallungen ausgeschrieben. Die Leitung dieser Verhandlungen wurde in den meisten Fällen der Abteilung übertragen. Im Rahmen dieser Verhandlungen wurden die Pferdestallungen von Fiakerkonzessionsinhabern auf deren Übereinstimmung mit den veranstaltungsrechtlichen Bestimmungen unter Miteinbeziehung tierschutz-, umweltschutz-, baurechtlicher und feuerpolizeilicher Aspekte überprüft.

Am 11. Dezember 1997 wurde eine Verordnung über die „Eignungsvoraussetzungen für die im Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienst tätigen Personen (Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienstprüfungsverordnung)", LGBl. für Wien Nr. 35/1997, erlassen. Damit kann künftig die fachliche Befähigung der Kutscher im Rahmen einer Prüfung festgestellt werden.

Die drei in Wien gemäß § 17 Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz genehmigten Tierheime wurden laufend überwacht.

In Vollziehung des Tierversuchsgesetzes 1988 wurden alle in Wien genehmigten Tierversuchseinrichtungen einer Überprüfung unterzogen. Diese Überprüfungen sollen gewährleisten, daß alle erforderlichen Anlagen, Geräte und Räumlichkeiten für eine der Gesundheit und dem Wohlbefinden förderlichen Haltung und Pflege der jeweiligen Versuchstiere und für eine fachgerechte Durchführung der Tierversuche zur Verfügung stehen. Weiters wurden die Aufzeichnungen, die gemäß § 15 Tierversuchsgesetz für alle genehmigten und bewilligten Tierversuche zu führen sind, kontrolliert.

Die Betreiber von Tierversuchsanlagen wurden weiterhin dazu angehalten, die Haltungsbedingungen durch sogenanntes "Behavioural Enrichment" zu verbessern. Diese Erweiterung des Reizangebotes für die Tiere betrifft die Struktur der Tierhaltungseinrichtungen, das Angebot verschiedener Objekte bzw. Spielgegenstände sowie die Methoden der Futterdarreichung.

Gemäß § 8 und § 9 Tierversuchsgesetz 1988 wurden insgesamt 72 Meldungen und Anträge auf Grund des Tierversuchsgesetzes bearbeitet, um sicherzustellen, daß die Tierversuche mit der im Verhältnis zum Versuchsziel geringstmöglichen Belastung und der kleinstmöglichen Anzahl von Versuchstieren durchgeführt werden. Ganz besonders sind sowohl beantragte Tierversuche wie auch bereits bewilligte oder genehmigte Tierversuche dahingehend zu überprüfen, ob die Methoden der Durchführung nach dem anerkannten Stand der Wissenschaft nicht bereits als überholt und daher als unzulässig anzusehen sind.

In gewerblichen Tierhaltungen wurden auf der Grundlage der Bestimmungen der Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Schutz von Tieren gegen Quälereien und das artgemäße Halten von Tieren im Rahmen gewerblicher Tätigkeiten 26 schriftlich festgehaltene Revisionen und 186 Kontrollen durchgeführt.

Vom Veterinäramt sind auch die freiberuflich tätigen Tierärzte in Evidenz zu halten. In Wien gab es mit Stichtag 31. Dezember 1997 insgesamt 377 aktive Tierärzte. Davon waren 226 Tierärzte freiberuflich tätig. Die Anzahl der Tierkliniken in Wien ist auf insgesamt 13 gestiegen. 134 Praxen und Tierkliniken haben eine tierärztliche Hausapotheke angemeldet. 35 Hausapotheken wurden einer Revision unterzogen.

Von der Tierkörperbeseitigung Wien wurden im Jahre 1997 insgesamt 90.855 Tierkadaver zur unschädlichen Beseitigung übernommen. Diese Zahl inkludiert auch die abgelieferten Versuchstiere, die ebenfalls in Stück angeführt werden. 361 Tiere wurden vom überwachenden Amtstierarzt einer Sektion unterzogen. An die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung wurden 4 Dachse, 9 Füchse, 11 Marder, 1 Hund und 2 Katzen zur Wutuntersuchung weitergeleitet. Bei allen untersuchten Tieren war der Befund negativ.

An Äsern, Konfiskaten und Schlachtabfällen fiel im Jahre 1997 eine Menge von 1,580.229 kg an. Vom Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx wurden zusätzlich 736.130 kg Schlachtabfälle, 407.360 kg Tierblut und 6.300 kg Schweineborsten übernommen. Alle Konfiskate wurden an die Burgenländische Tierkörperverwertung zur Verarbeitung abgeliefert.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1997 waren in der Quarantänestation der Tierkörperbeseitigung Wien 15 Hunde und 1 Affe eingestellt.

Auch im Jahre 1997 wurde im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx die Klassifizierung und Verwiegung von Schweine- und Rinderhälften von der Servicestelle für Tierproduktion in NÖ Ges.m.b.H. durchgeführt. Weiters wurden 1 Rinder- und 1 Schweineklassifizierungskurs sowie 2 Vergleichsklassifizierungen für Rindfleisch in St. Marx abgehalten. Im Rahmen des Veterinärpraktikums fanden 2 Schlachthofkurse statt.

Im Europa-Fleischgroßmarkt waren im Jahre 1997 12 Firmen eingemietet, der Auslastungsgrad betrug nahezu 100 Prozent. Im Inlandsfleischgroßmarkt wurden die Marktstände an 31 Firmen zugewiesen, der Auslastungsgrad betrug rund 80 Prozent.

Da der Fleischgroßmarkt auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen bis Ende 1997 einer gänzlichen Modernisierung und Renovierung unterzogen werden mußte, fanden 1997 intensive Planungsbesprechungen statt. Anfang November begannen die Bautätigkeiten, die im Europafleischgroßmarkt Ende Februar 1998 endgültig abgeschlossen sein werden. Parallel dazu mußten auch die Marktordnung und die Entgeltetarife überarbeitet bzw. neu gefaßt werden.

Die Wagenreinigungs- und -entseuchungsanlage des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx (Autodesinfektion) wurde im Berichtsjahr von 4.734 Fahrzeugen, und zwar von 3.795 Viehtransportfahrzeugen und 939 Kühltransportfahrzeugen, frequentiert. An Einnahmen sind 1,34 Millionen Schilling (inkl. 20 % USt) zu verzeichnen. Obwohl der Rückgang an Schlachtungen eine Reduktion der Viehtransporter nach sich zog, hat dies infolge einer Entgelteumstellung zur Jahresmitte einnahmenseitig zu keiner Verminderung geführt.

## Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten

1. Einbürgerungsgruppe:

Im Jahr 1997 wurde in Wien an insgesamt 8.972 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 3,8 Prozent. Der Parteienverkehr in der Einbürgerungsgruppe nahm im Berichtszeitraum mit 62.120 Vorsprechenden gegenüber dem Jahr 1996 um 1,7 Prozent ab.

Die Gesamtzahl der Eingebürgerten - von denen 8.624 ihren Hauptwohnsitz in Wien hatten - teilt sich auf 4.799 Eingebürgerte weiblichen Geschlechts sowie auf 4.173 männliche Antragsteller auf.

1.791 Einbürgerungswerbern wurde 1997 die österreichische Staatsbürgerschaft nach einem mindestens zehnjährigen, ununterbrochenen Inlandswohnsitz verliehen. Bei 1.680 BewerberInnen konnte die Einbürgerung früher erfolgen, weil ein besonders berücksichtigungswürdiger Grund für die Verleihung der Staatsbürgerschaft vorlag.

48 Antragstellern wurde die Staatsbürgerschaft auf Grund eines Staatsinteressebeschlusses der österreichischen Bundesregierung wegen außerordentlicher Leistungen für die Republik verliehen. 1.884 Personen - meist EhegattInnen von österreichischen StaatsbürgerInnen - erwarben die Staatsbürgerschaft auf Grund eines Rechtsanspruches.

Diese obzitierten Staatsbürgerschaftsverleihungen wurden auf 730 Ehegattinnen bzw. Ehegatten (- 13 %) und auf 2.836 minderjährige Kinder (- 20,3 %) sowie 3 bereits volljährige, jedoch erheblich behinderte Kinder erstreckt.

Von allen Eingebürgerten waren 3.323 Personen jünger als 19 Jahre (- 15,5 % gegenüber dem Jahr 1996), 86 Eingebürgerte hatten zum Zeitpunkt der Staatsbürgerschaftsverleihung das 60. Lebensjahr bereits vollendet (1996 waren 85 Eingebürgerte älter als 60 Jahre).

Selbstverständlich mußten bei allen positiv abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren die gesetzlichen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sein, was bei 1.513 Ansuchen, die wegen zu kurzen Inlandswohnsitzes, wegen Vorstrafen, wegen ungesicherten Lebensunterhaltes oder aus anderen Gründen negativ erledigt werden mußten, nicht der Fall war.

Bei den Herkunftsländern der neuen österreichischen Staatsbürger liegt - wie auch in den vergangenen Jahren - die Türkei mit 2.321 Eingebürgerten an der Spitze. Gegenüber dem Jahr 1996 sank die Zahl der eingebürgerten Türken jedoch um 49 Prozent, von sämtlichen positiven Erledigungen des Jahres 1997 betrafen 25,9 Prozent türkische Staatsangehörige. Den 2. Platz der Einbürgerungsstatistik hält - ebenfalls wie in den letzten Jahren - die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) mit 1.468 Eingebürgerten; an 3. Stelle findet sich Polen mit 474 Eingebürgerten; den 4. Platz der Länderwertung nimmt Indien ein (442 Eingebürgerte); an 5. Stelle findet sich Bosnien und Herzegowina mit 435 Personen, gefolgt von Kroatien an 6. Stelle mit 429 Eingebürgerten. Auf Platz 7 folgen die Philippinen (396 Eingebürgerte), an 8. Stelle Rumänien (288 Eingebürgerte), an 9. Stelle Ägypten (272 Eingebürgerte) und die 10. Position besetzt der Iran mit 262 Personen.

Durch Abgabe einer Anzeige erwarben im Jahr 1997 116 ehemalige Österreicherinnen und Österreicher, die ihre Heimat vor dem 9. Mai 1945 aus rassischen oder aus politischen Gründen verlassen mußten, die österreichische Staatsbürgerschaft auf vereinfachtem Wege wieder; gegenüber dem Vorjahr stellt dies einen Rückgang um 61 Prozent dar. Zum Zeitpunkt des Wiedererwerbes ihrer Staatsbürgerschaft besaßen 35 Personen die US-Staatsangehörigkeit, 30 Personen waren israelische Staatsangehörige und 15 Personen besaßen die britische Staatsangehörigkeit. In 24 Fällen führte die abgegebene Staatsbürgerschaftsanzeige mangels Vorliegens sämtlicher gesetzlicher Voraussetzungen nicht zum Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft für den Fall des Erwerbes einer fremden Staatsangehörigkeit wurde im Berichtszeitraum 24 Personen - meist mit Auslandswohnsitz - bescheidmäßig bewilligt, nachdem in den Ermittlungsverfahren jeweils das hiefür erforderliche Staatsinteresse festgestellt worden war.

Von der Möglichkeit, auf die österreichische Staatsbürgerschaft zu verzichten, machten 10 Personen Gebrauch, die neben der österreichischen Staatsbürgerschaft gleichzeitig auch eine fremde Staatsangehörigkeit besaßen; sie erhielten Bescheide über den rechtskräftig gewordenen Verlust der Staatsbürgerschaft.

Den Bereich der Feststellung der Staatsbürgerschaft betrafen 425 Aktenvorgänge. Es handelte sich hiebei vielfach um klärungsbedürftige Fragen betreffend den Besitz oder den Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft, die durch Parteiansuchen, Anfragen von Behörden usw. an die Abteilung herangetragen wurden und zum Teil aufwendige Ermittlungsverfahren erforderlich machten. Besonders komplizierte Rechtsfragen wurden durch die Erlassung von feststellenden Bescheiden rechtskräftig entschieden.

2. Staatsbürgerschaftsevidenz:

Im Jahr 1996 wurde die Staatsbürgerschaftsevidenzstelle im Parteienverkehr von 39.666 Bürgerinnen und Bürgern aufgesucht; dies stellt gegenüber dem Jahr 1996 einen Rückgang um 3,5 Prozent dar. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 42.824 Staatsbürgerschaftsnachweise (+ 9 % gegenüber 1996) ausgestellt, wobei anzuführen ist, daß dies organisatorische Veränderungen in der Abteilung insofern zur Folge hatte, als seit 2. Juni 1997 auf den zehn Wiener Standesämtern im Zuge von Geburtsanmeldungen sowie Eheschließungen ebenfalls Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt werden können. Somit besteht nunmehr die Möglichkeit, sowohl im Wiener Rathaus als auch in elf dezentralen Außenstellen (Standesämter und Bürger-Service-Zentrum Donaustadt) Staatsbürgerschaftsnachweise zu erhalten. Von den oben genannten Staatsbürgerschaftsnachweisen wurden 35.294 von der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle, 5.588 von den Wiener Standesämtern und 1.942 vom Bürger-Service-Zentrum Donaustadt ausgefolgt. Von der Staatsbürgerschaftsevidenz wurden im Jahr 1996 auch weitere 690 Staatsbürgerschaftsbestätigungen (+ 22 %) zum Amtsgebrauch für diverse Behörden und Ämter ausgefertigt. 6.240 protokollierte Posteinlaufstücke wurden von den Referentinnen und Referenten der Evidenzstelle beantwortet.

Die EDV-unterstützt geführte Staatsbürgerschaftsevidenz umfaßte am Ende des Berichtsjahres 1,355.104 Datensätze. Aus der noch in Karteiform geführten alten Staatsbürgerschaftsevidenz werden laufend Staatsbürgerschaftsdaten in die Datenspeicher eingegeben - insgesamt konnten 1997 zu diesem Zweck 14.720 Karteiblätter (-25,3 %) ausgewertet werden. Überdies wurden 54.754 Mitteilungen (+ 3 %) von Staatsbürgerschaftsevidenzstellen anderer Bundesländer über ausgestellte Staatsbürgerschaftsnachweise und Staatsbürgerschaftsbestätigungen, von Standesämtern über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle und auch von anderen Behörden über staatsbürgerschaftsrechtlich relevante Vorgänge EDV-mäßig erfaßt.

Durch eine weitere abteilungsinterne Organisationsänderung wurde die bisher von der Einbürgerungsgruppe behandelte Überwachung des Ausscheidens Eingebürgerter aus ihren bisherigen Staatsverbänden per 1. August 1997 in den Zuständigkeitsbereich der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle verlagert. Bis Jahresende wurden den Referentinnen und Referenten der Evidenzstelle 1.354 Aktenvorgänge zur Einleitung der erforderlichen Schritte zugeteilt; hiezu kamen noch weitere 567 Aktenstücke, die in der Einbürgerungsgruppe bis zum 31. Juli 1997 nicht mehr abgeschlossen werden konnten.

3. Standesämter:

Die zehn Wiener Standesämter beurkundeten im Jahr 1997 17.909 Geburten, somit gingen im Berichtsjahr die Geburtsfälle gegenüber 1996 um 2,3 Prozent zurück. Weiters wurden 1997 8.157 Eheschließungen (- 1 %) sowie 18.906 Sterbefälle (- 4,2 %) in den Registern vermerkt. Die meisten Eheschließungen erfolgten 1997 im Monat Juni (982 Fälle), die geringste Zahl an Eheschließungen wurde im Jänner 1997 mit 356 Fällen registriert. Die Eintragungen in den von den Standesämtern verwahrten Personenstandsbüchern wurden durch 7.697 Vermerke über Veränderungen von Beurkundungen und durch 21.179 Hinweismitteilungen, die den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Eintragungen herstellen, auf den jeweils aktuellen Stand gebracht.

1.476 Ehefähigkeitszeugnisse (+ 4,8 %) wurden für Österreicherinnen und Österreicher ausgestellt, die im Ausland eine Ehe eingehen wollten.

Im Berichtsjahr wurde von der Abteilung in 901 Fällen die Änderung eines Familiennamens (- 42,4 %) sowie in 283 Fällen (- 11,3 %) die Änderung eines Vornamens bescheidmäßig bewilligt.

Die 1997 am häufigsten gewählten Vornamen für in Wien geborene Kinder waren

| für Knaben: | | für Mädchen: | |
|---|---|---|---|
| Alexander | 260 | Julia | 229 |
| Daniel | 231 | Katharina | 183 |
| Lukas | 218 | Lisa | 156 |
| Michael | 189 | Sarah | 151 |
| Florian | 186 | Melanie | 129 |
| Stefan | 182 | Anna | 128 |
| Dominik | 181 | Sophie | 128 |
| Maximilian | 176 | Michelle | 113 |
| David | 153 | Jennifer | 101 |
| Sebastian | 149 | Nicole | 99 |

## Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

Das Jahr 1997 brachte sowohl im Frühjahr als auch im Herbst jeweils zwei Volksbegehren.

Mit Entscheidung des Bundesministers für Inneres vom 6. Dezember 1996 wurde dem Antrag vom 15. November 1996 auf Einleitung des Verfahrens für ein „Gentechnik-Volksbegehren" stattgegeben. Mit Entscheidung des Bundesministers für Inneres vom 18. Dezember 1996 wurde dem Antrag vom 29. November 1996 auf Einleitung des Verfahrens für ein „Frauen-Volksbegehren" stattgegeben.

Für beide Volksbegehren wurde der Stichtag mit 12. März 1997 und der Eintragungszeitraum mit 7. - 14. April 1997 festgesetzt. Insgesamt waren 1,102.819 WienerInnen (490.458 Männer und 612.361 Frauen) stimmberechtigt. Für das „Gentechnik-Volksbegehren" wurden 4.333 Stimmkarten ausgestellt, für das „Frauen-Volksbegehren" 3.186 Stimmkarten.

In den insgesamt 94 Eintragungslokalen erfolgten für das „Gentechnik-Volksbegehren" 243.313 Eintragungen, das sind 22,06 Prozent aller Stimmberechtigten (davon 82.403 Eintragungen von Männern, das sind 16,80 % der männlichen Stimmberechtigten und 160.910 Eintragungen von Frauen, das sind 26,28 % der weiblichen Stimmberechtigten).

Für das „Frauen-Volksbegehren" erfolgten 163.115 Eintragungen, das sind 14,79 Prozent aller Stimmberechtigten (davon 43.162 Eintragungen von Männern, das sind 8,80 % der männlichen Stimmberechtigten und 119.953 Eintragungen von Frauen, das sind 19,59 % der weiblichen Stimmberechtigten). Mit Entscheidung des Bundesministers für Inneres vom 9. September 1997 wurde dem Antrag vom 19. August 1997 auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren „Schilling-Volksabstimmung" stattgegeben. Mit Entscheidung des Bundesministers für Inneres vom 17. September 1997 wurde dem Antrag vom 2. September 1997 auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren „Atomfreies Österreich" stattgegeben.

Für beide Volksbegehren wurde der Stichtag mit 29. Oktober 1997 und der Eintragungszeitraum 24. November bis 1. Dezember 1997 festgesetzt. Am Stichtag waren insgesamt 1,092.775 WienerInnen (485.953 Männer und 606.822 Frauen) stimmberechtigt. Für das Volksbegehren „Schilling-Volksabstimmung" wurden 927 Stimmkarten ausgestellt, für das Volksbegehren „Atomfreies-Österreich" 973 Stimmkarten.

In den insgesamt 94 Eintragungslokalen erfolgten für das Volksbegehren „Schilling-Volksabstimmung" 62.457 Eintragungen, d.s. 5,07 Prozent aller Stimmberechtigten.
Für das Volksbegehren „Atomfreies Österreich" erfolgten 59.644 Eintragungen, das sind 4,75 Prozent aller Stimmberechtigten. Eine Aufschlüsselung in Eintragungen von Männern und Frauen fand hier nicht statt.

Für die Personendatenbank wurden im Laufe des Jahres 548.163 Belege verarbeitet. Davon entfielen bei österreichischen Staatsbürgern 135.979 auf Anmeldungen, 184.247 auf Abmeldungen, 16.115 auf Zuzugsmitteilungen anderer Gemeinden, 1.180 betrafen Sterbefälle, 4.277 auf Pflegeheim-Ein- und Austritte, 2.016 auf Eheschließungen und 3.927 auf sonstige Bearbeitungsfälle. Bei ausländischen Staatsbürgern wurden insgesamt 200.373 Belege verarbeitet, davon 70.759 An- und 129.614 Abmeldungen.

Im Berichtszeitraum waren in 48 Fällen Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen abzugeben. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Fremdengesetz 1997, dessen volles Inkrafttreten im Jänner 1998 eine Überfülle von dank der Mithilfe aller Kolleginnen und Kollegen letztlich reibungslos bewältigten Umstellungsproblemen brachte.

Die nachfolgenden Zahlen der im Jahre 1997 anhängig gewordenen und wegen ihrer Bedeutung bzw. Häufigkeit hervorzuhebenden Verfahren weichen von jenen des Vorjahres mitunter beträchtlich ab, so daß nachstehende Gegenüberstellung angezeigt erscheint:

| | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Berufungen | 117 | 134 |
| Ausländergrunderwerb | 1.080 | 982 |
| Ausspielungen | 14 | 15 |
| Stellungnahmen zu Vereinsbildungen | 759 | 841 |
| Anträge auf Bewilligung von Sammlungen | 23 | 18 |
| Religionsfeststellungen | 232 | 401 |

Von den Berufungsverfahren betreffen 62 Anträge auf Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe, 49 Verunreinigungen und 23 sonstige Rechtsgebiete. In 3 Fällen waren Gegenschriften zu Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof und in fünf Fällen Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof zu erstatten. Bei den Berufungsverfahren wurden Anträge auf Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe besonders rasch erledigt, da es sich bei diesen Verfahren um die Zuerkennung von Beihilfen handelt und es wünschenswert erscheint, den Zivildienstleistenden ehestens zu den ihnen zustehenden Leistungen zu verhelfen.

Am 26. und 27. Februar 1997, am 25. und 26. Juni 1997 sowie am 29. und 30. Oktober 1997 wurden Wahlen der Vertrauensmänner der Zivildienstleistenden durchgeführt, wobei im Februar 1997 1.440, im Juni 1997 1.351 und im Oktober 1997 1.370 Zivildienstleistende bei Einrichtungen bzw. Einsatzstellen mit mindestens drei Zivildienern tätig und daher wahlberechtigt waren. Von ihrem Wahlrecht haben beim jeweiligen Wahltermin nur wenige Zivildienstleistende Gebrauch gemacht. Im Jahre 1997 wurden 11 neue Einrichtungen des Zivildienstes mit 91 zusätzlichen Zivildienstplätzen anerkannt. Bei 6 bereits anerkannten Einrichtungen des Zivildienstes erfolgte eine Erhöhung um 25 Plätze. Dadurch wurden im Berichtszeitraum 116 Zivildienstplätze geschaffen. Bei 14 weiteren Einrichtungen erfolgten sonstige Änderungen der Anerkennung (Adressenänderungen, Änderungen bzw. Erweiterung der Tätigkeitsbereiche der Zivildienstpflichtigen, Einbeziehung bzw. Widerruf von Einsatzstellen). 4 Einrichtungen des Zivildienstes wurden im Berichtszeitraum widerrufen. Im Berichtszeitraum langten 5.635 Krankmeldungen von Zivildienstleistenden ein.

Die Anzahl der genehmigten Ausspielungen im Jahre 1997 (15 Glückshäfen und Juxausspielungen) ist gegenüber 1996 angestiegen, das Gesamtspielkapital ist von 5,715.000 S auf 6,143.000 S gestiegen.

Von den 18 Anträgen auf Bewilligung von Sammlungen wurden 15 positiv erledigt. Beim Großteil der bewilligten Sammlungen handelt es sich um jährlich wiederkehrende Aktionen (Schwarzes Kreuz, Dombausekretariat St. Stephan). Die Anzahl der zu behandelnden Anträge gibt nur teilweise den mit Sammlungen verbundenen Arbeitsaufwand wieder, da insbesondere zur Weihnachts- und zur Osterzeit, in Zusammenhang mit zumeist telefonischen Anfragen, betreffend die Bewilligung von Sammlungen, eine umfangreiche Auskunftstätigkeit erforderlich ist.

## Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens

Auf legistischem Gebiet wirkte die gewerbliche Fachabteilung unter anderem in Form von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen mit und konnte auf diese Weise nicht nur vielfach die Interessen des Landes wahren, sondern auch zahlreiche Anregungen geben.

Zur Begutachtung standen die Entwürfe folgender Vorschriften:

Bundesgesetz, mit dem ein Karenzgeldgesetz erlassen und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Karenzurlaubszuschußgesetz, das Karenzurlaubserweiterungsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Betriebshilfegesetz und das Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete geändert werden; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Vergabe von staatlichen Prüfnummern; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Weinverordnung geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit- und Konsumentenschutz über Hygienebestimmungen für das Inverkehrbringen von Fischereierzeugnissen (Fischhygieneverordnung); Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Hohlglasveredler (Hohlglasveredler-Ausbildungsverordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Betonfertiger (Betonfertiger-Ausbildungsverordnung); Bundesgesetz über die Revision von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Änderungen des Gesetzes über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, des Firmenbuchgesetzes und des Gerichtsgebührengesetzes (Genossenschaftsrevisionsrechts-Änderungsgesetz 1997 - GenRevRÄG 1997); Bundesgesetz über den Erwerb von Teilnutzungsrechten an unbeweglichen Sachen (Teilnutzungsgesetz - TNG); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Umsetzung des Art. 7 der Richtlinie des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (90/314/EWG) im österreichischen Recht (Reisebürosicherungsverordnung - RSV); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Gewährung einer zusätzlichen nationalen Prämie für die Erhaltung des Mutterkuhbestandes im Jahr 1997 (Mutterkuhzusatzprämienverordnung 1997); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Fotograf (Fotograf-Ausbildungsverordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Patent-Gebrauchsmuster-, Marken- und Musterverordnung geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Herausgabe amtlicher Publikationen des Patentamtes; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Verordnung über die Hopfenbeihilfe geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz über besondere Hygienebedingungen für Großmärkte, in denen frisches Fleisch oder Fleischerzeugnisse in Verkehr gebracht werden (Großmarkt-Fleischverordnung); Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert werden; Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, mit der die Bundeshöchstzahlenüberziehungsverordnung (BH-ZÜV) geändert wird; Bundesgesetz, mit dem Regelungen über Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Vorläuferstoffe getroffen sowie das AIDS-Gesetz 1993, das Arzneimittelgesetz, das Arzneiwareneinfuhrgesetz, das Chemikaliengesetz, das Hebammengesetz, das Rezeptpflichtgesetz, das Sicherheitspolizeigesetz, das Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung 1975 geändert werden; Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über die Führung von Fahrzeugen auf Binnengewässern (Schiffsführerverordnung); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz betreffend die Angabe des Alkoholgehaltes als Volumenkonzentration in der Kennzeichnung von alkoholhaltigen, für den Letztverbraucher bestimmten Lebensmitteln (Alkoholkennzeichungsverordnung); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Vorbildung von Lebensmittelgutachtern (Lebensmittelgutachterverordnung); Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen 1987 und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden; Bundesgesetz, mit dem das Berufsausbildungsgesetz geändert wird (Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1997); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über ein Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler Wirkung in der tierischen Erzeugung sowie über Kontrollmaßnahmen betreffend bestimmte Stoffe und deren Rückstände in lebenden Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs (Hormonverbots- und Rückstandskontrollverordnung); Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelgesetz 1975 geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über das Inverkehrbringen von mindergefährlichen Schußwaffen (mindergefährliche Schußwaffenverordnung); Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, mit der Eichvorschriften für selbsttätige Gleiswaagen (Gleiswaagen für Wägung in Fahrt) erlassen werden; Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, mit der Eichvorschriften für einfache Flüssigkeitsmaße erlassen werden; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über frische und getrocknete Speisepilze (Speisepilzverordnung); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über die Zulassung von pharmakologisch wirksamen Stoffen für kosmetische Mittel (Kosmetikverordnung) geändert wird; Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz - UVP-G); Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Fachinformation (Zusammenfassung der Produkteigenschaften) für Arzneispezialitäten; Verordnung des Landeshauptmannes von Wien über die Badegewässer und Badestellen in Wien; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über eine Allgemeine Viehzählung im Jahre 1997 (Stichprobe); Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, mit der die Verordnung über

Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Berufsausbildungsgesetz geändert wird (Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1997); Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz - GuKG) erlassen wird, sowie das Krankenpflegegesetz, das Ausbildungsvorbehaltsgesetz und das Ärztegesetz 1984 geändert werden; Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Luftverkehr 1997 (BGzLV 1997); Bundesgesetz, mit dem das Luftfahrtgesetz geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Kunststoffverordnung geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur 1. Änderung der Rinder- und Schafprämien-Verordnung 1996; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Änderung der Lehrberufsliste; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Bekleidungsfertiger-Ausbildungsordnung; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Betonfertigungs-Ausbildungsordnung; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Hohlglasveredelungs-Ausbildungsordnung; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Kommunikationstechnik-Ausbildungsordnung; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Sanitär- und Klimatechnik-Ausbildungsordnung; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft und des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Erhebung der Gartenbaubetriebe; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Erhebung des Feldgemüseanbaues; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über Begleitpapiere und sonstige Formblätter nach dem Weingesetz 1985 (Weingesetz-Formularverordnung) geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über die Kennzeichnung gentechnisch hergestellter Zusatzstoffe (Gentechnik-Zusatzstoff-Kennzeichnungsverordnung); Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über die Befreiung des grenzüberschreitenden kombinierten Verkehrs von Bewilligungen und Kontingenten (Kombifreistellungs-Verordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Verordnung betreffend Kalibrierstellen (Kalibrierdienstverordnung) geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert wird; Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr über die Anerkennung von Beförderungspapieren für bestimmte Beförderungstätigkeiten von Eisenbahnunternehmen; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über Analysenmethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (Kosmetik-Analysenverordnung) geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über Lebensmittel für kalorienarme Ernährung zur Gewichtsverringerung; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Untergrenzen einer großen Menge bezüglich der psychotropen Stoffe (Psychotropen-Grenzmengenverordnung - PVG); Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Untergrenzen einer großen Menge bezüglich der Suchtgifte (Suchtgift-Grenzmengenverordnung - SGV); Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den Verkehr und die Gebarung mit psychotropen Stoffen (Psychotropenverordnung - PV); Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den Verkehr und die Gebarung mit Vorläuferstoffen (Vorläuferstoffe-Verordnung - VorlV); Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den Verkehr und die Gebarung mit Suchtgiften (Suchtgiftverordnung - SV); Gesetz, mit dem das Wiener Kinogesetz 1995 geändert wird (Kinogesetznovelle 1997); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Friseure und Perückenmacher (Friseure-Meisterprüfungsordnung); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über Aromen und deren Ausgangsstoffe (Aromaverordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Befähigungsnachweis für das Gewerbe der Erzeugung von kosmetischen Artikeln (Kosmetikartikelerzeuger-Befähigungsnachweisverordnung); Bundesgesetz, mit dem das AMA-Gesetz 1992 geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Verordnung über die tarifmäßige Festlegung der Gebühren für die von den Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung vorzunehmenden Untersuchungen und Begutachtungen (Gebührentarifverordnung) geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Durchführung der statistischen Erhebung über Struktur und Verteilung der Verdienste; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Anhörungsverordnung geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Lehrberufsliste geändert wird; Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen 1997, mit der die Eichvorschriften für Wasserzähler erlassen werden; Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Karenzgeldgesetz und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz betreffend Gesundheitskontrollen und Hygienemaßnahmen in Geflügel-Betrieben (Geflügel-Hygieneverordnung 1997); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Geflügel-Fleischuntersuchungsverordnung geändert wird; Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, mit der die Eichvorschriften für Messanlagen mit Flüssigkeitsvolumen mit beweglichen Trennwänden

für Flüssigkeiten außer Wasser geändert werden; Bundesgesetz, mit dem das AMA-Gesetz 1992 geändert wird (AMA-Gesetz-Novelle 1997); Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Frischfleisch-Hygieneverordnung geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, mit der die Fleischuntersuchungsverordnung geändert wird; Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Betriebspensionsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik- Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Karenzgeldgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Betriebshilfegesetz, das Beamten-Kranken-und Unfallversicherungsgesetz, das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, das Heeresversorgungsgesetz und das Verbrechensopfergesetz geändert werden (Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz 1997 - ASRÄG 1997); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Sitz der Eichämter und den Umfang ihrer fachlichen Befugnisse; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Gleichhaltung von Prüfungen mit der Ausbilderprüfung; Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz und das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz geändert werden; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Befähigungsnachweis für das Gewerbe der Lebens- und Sozialberatung; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über eine Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen (Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungsverordnung - KPA Verordnung 1997); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Lehrberufsliste geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Bankwesen (Bankwesen-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung in der Straßenerhaltung (Straßenerhaltungs-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Vermessungstechniker (Vermessungstechnik-Ausbildungsver-ordnung); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Kennzeichnung und Registrierung von Rindern, zur 2. Änderung der Rinder- und Schafprämienverordnung 1996 und zur 2. Änderung der Frühvermarktungsprämienverordnung; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über Getreidebeikost und andere Beikost für Säuglinge und Kleinkinder (Beikostverordnung); Bundesgesetz mit dem das Börsegesetz 1989, das Börsefondsgesetz 1993, das Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung, das Wertpapieraufsichtsgesetz, das Aktiengesetz 1965 und das Bankwesengesetz geändert werden; Verordnung des Magistrats der Stadt Wien über die Betriebszeiten und den Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Ausbildung gewerblicher Masseure zur Vornahme von Heilmassagen; Frauenausbildungsverhältnisgesetz; Verordnung der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz über das Verbot der Verwendung bestimmter Azofarbstoffe und Azopigmente bei Gebrauchsgegenständen (Azofarbstoffeverordnung); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über Handelsklassen für Schweineschlachtkörper; Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, mit der die Verordnung über Qualitätsklassen für Rinderschlachtkörper geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der der Ausbildungsversuch im Lehrberuf Recycling- und Entsorgungstechniker geändert wird; Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe (Verordnung biologische Arbeitsstoffe - VbA); Bundesgesetz über die Regelung des kardiotechnischen Dienstes und der Ausbildung zum diplomierten Kardiotechniker (KardiotechnikerG - KTG); Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über Absatzmaßnahmen für Butter, Butterfett und Rahm für die Herstellung von Backwaren, Speiseeis und anderen Lebensmitteln (Milchfett-Verarbeitungs-Verordnung 1998); Bauarbeitenkoordinationsgesetz (BKG); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Textilkennzeichnungsverordnung 1993 geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Karosseriebauer einschließlich Karosseriespengler und Karosserielackierer (Karosseriebauer-Meisterprüfungsordnung); Bundesgesetz mit dem das Gentechnikgesetz 1994 geändert wird (Gentechnikänderungsgesetz); Bundesgesetz, mit dem im Zivilrecht begleitende Maßnahme für die Einführung des Euro getroffenen, das Handelsgesetzbuch, die 4. handelsrechtliche Einführungsverordnung, das Aktiengesetz, das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, das Kapitialberichtigungsgesetz, das Spaltungsgesetz, das Privatstiftungsgesetz und das Firmenbuchgesetz geändert sowie einige Bestimmungen über Fremdwährungs- und Goldklauseln aufgehoben werden (1. Euro-Justiz-Begleitgesetz - 1. Euro-JuBegG); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Lehrberufsliste geändert wird; Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Berufskraftfahrer (Berufskraftfahrer-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Fassader (Fassader-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Immobilienkaufmann (Immobilienkaufmann-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Kommunikationskaufmann (Kommunikationskaufmann-Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Sportartikelmonteur (Sportartikelmonteur-




*Pressekonferenz mit Bgm. Dr. Michael Häupl, der neuen Amtsführenden Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke Mag. Brigitte Ederer, KR Walter Nettig und Mag. Klaus Fischbacher zum Thema "Weichenstellung für die Zukunft der Wiener Wirtschaft."*

Foto: Votava / PID

*Im April 1997 besuchte Stadträtin Mag. Ederer die Firma Inzersdorfer.*

Foto: Votava / PID






*Tunnelanschlag im U-Bahn-Bauabschnitt U3/20 "Zippererstraße" mit Tunnelpatin Mag. Brigitte Ederer.* Foto: Votava / PID

*Die Eröffnung des neuen Hauses "Wien Energie" in der Mariahilfer Straße 63 im September 1997 durch Stadträtin Mag. Ederer fand reges Publikumsinteresse.* Foto: Haslinger



Ausbildungsordnung); Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Berufsausbildung im Lehrberuf Tiefbauer (Tiefbauer-Ausbildungsordnung).

Der Fremdenführertarif in Wien wurde der Kostenentwicklung des Jahres 1996 angepaßt. Die Änderung erfolgte im Einvernehmen mit allen in Betracht kommenden Interessenvertretungen (Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, mit der der Fremdenführertarif 1984 geändert wird, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 6/1997). Die Anpassung ist mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 8. Februar 1997, in Kraft getreten. Allerdings wurde die bundesgesetzliche Grundlage für den Fremdenführertarif in Wien mit der Abänderung der Gewerbeordnung 1994 durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 63/1997 aufgehoben. Der Fremdenführertarif 1984 wurde daher mit 1. Juli 1997 gegenstandslos.

Eine Anhebung des Wiener Taxitarifs war nach über zwei Jahren vor allem durch die eingetretene Indexentwicklung begründet. Gegenüber der Möglichkeit, den Wiener Taxitarif 1982 abzuändern, wurde jedoch einer gänzlichen Neuerlassung als Wiener Taxitarif 1997 der Vorzug gegeben, um auf diese Weise die Rechtslage im Interesse des Bürgers möglichst übersichtlich zu gestalten. Der Wiener Taxitarif 1997 wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 48/1997 verlautbart.

Wegen der bundesgesetzlichen Änderungen im Bereich der Öffnungszeiten war auch eine Anpassung der aus dem Jahr 1990 stammenden Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 25. September 1990 über die Ladenöffnungszeiten an Werktagen (Wiener Öffnungszeitenverordnung) notwendig. Auch hier wurde im Interesse der Übersichtlichkeit für den Bürger einer gänzlichen Neuregelung der Vorzug gegeben. Die Öffnungszeitenverordnung 1997 wurde im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 39/1997 verlautbart und ist mit 1. Jänner 1998 in Kraft getreten.

Auf dem Sektor des Marktrechts wurde eine Novelle zur Marktordnung 1991 erlassen. Mit dieser Novelle wurde insbesondere das Marktgebiet des Karmelitermarktes nach Beendigung der Bauarbeiten zur Errichtung einer Tiefgarage und Wiederherstellung der Oberfläche neu festgelegt, so daß die Rücksiedlung der Marktplätze auch für landwirtschaftliche Produzenten und Marktfahrer erfolgen konnte. Darüber hinaus wurden durch diese Novelle die rechtlichen Voraussetzungen für die Anbringung von Bodenmarkierungen zur Kennzeichnung der Marktplätze auf dem sonst als öffentlicher Parkplatz dienenden Flohmarkt geschaffen. Die Novelle wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 34/1997 verlautbart.

Mit der Ostermärkteverordnung 1997 wurden jene Marktgebiete und Markttage von Ostermärkten bestimmt, die sich jährlich ändern. Die Ostermärkteverordnung 1997 wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 11/1997 verlautbart. Weiters wurde die Kirchweihmärkteverordnung 1997 (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 19/1997) erlassen. Darin sind die sich jährlich ändernden Marktgebiete und Markttage der Kirchweihmärkte auf dem Gebiet der Stadt Wien festgelegt. Schließlich wurden durch die Adventmärkteverordnung 1997 (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 47/1997) und die Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkteverordnung 1997 (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 50/1997) die Marktgebiete für die genannten Gelegenheitsmärkte, die ebenfalls jährlich Änderungen unterliegen, listenmäßig erfaßt und für das gesamte Stadtgebiet festgelegt.

In Entsprechung des bundesgesetzlichen Auftrages wurde die Führung des Wiener Gewerberegisters auf automatische Datenverarbeitung umgestellt. Der Gewerbeverwaltung steht damit seit 13. Jänner 1997 die ADV-Applikation Wiener Gewerberegister zur Verfügung und kann die Bearbeitung von Gewerbeangelegenheiten - die selbstverständlich bisher automationsunterstützt erfolgt ist - nunmehr in dieser Applikation durchgeführt werden.

Die Gewerbereferententagung, die unter dem Vorsitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten jeweils im Herbst stattfindet und an der neben Vertretern aus den Bundesministerien die leitenden Gewerbereferenten der Bundesländer teilnehmen, war turnusgemäß für das Jahr 1997 vom Land Wien durch die hiesige Dienststelle auszurichten. Diese Tagung wurde am 6. Oktober 1997 durch die Frau Amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal, Mag. Renate Brauner, eröffnet. In den darauf folgenden drei Tagen konnten mit den Teilnehmern in diesem Rahmen zahlreiche für die Vollzugspraxis wesentliche Fragen des Gewerberechts erörtert werden.

Auch im Bereich des gewerblichen Prüfungswesens war für 1997 eine starke Belastung der Gewerbeverwaltung festzustellen. In den Gewerben der Berufsdetektive, Bewachungsgewerbe, Großhandel mit Arzneimitteln, Großhandel mit Giften, Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen im Nah- und Fernverkehr, Kontaktlinsenoptiker, Lebens- und Sozialberater, Reisebürogewerbe, Technische Büros, Bauträger, Personalkreditvermittlung und Überlassung von Arbeitskräften wurde je ein Prüfungstermin angesetzt. Für das Immobilienmakler-, das Immobilienverwaltergewerbe, das mit Omnibussen betriebene Mietwagen-Gewerbe, das mit Personenkraftwagen betriebene Mietwagen-Gewerbe sowie das Taxigewerbe wurden zwei und für die Gastgewerbe vier Prüfungstermine festgesetzt.

Die Prüfungen sind vor Kommissionen abzulegen, die vom Landeshauptmann zu bestellen sind. Sie bestehen üblicherweise aus einem mit einschlägigen Angelegenheiten befaßten Beamten des höheren Verwaltungsdienstes und, je nach Zahl der besonderen Gebiete des Gewerbes, aus zwei bis fünf anderen Fachleuten, von denen mindestens zwei Personen im betreffenden Gewerbe tätig sein müssen. Vor der bescheidmäßigen Zulassung der Kandidaten muß in jedem Einzelfall das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen geprüft werden. Dies ist bei den vorangeführten Gewerben im Jahr 1997 in insgesamt 1.215 Zulassungsverfahren geschehen. Es traten 832 Kandidaten zu den schriftlichen und mündlichen Prüfungen an. Hiervon entfiel der größte Teil, nämlich 358 Kandidaten auf die Gastgewerbe. Von den angetretenen Kandidaten haben 558, das sind rund zwei Drittel, die Prüfung bestanden.

Im Zentralgewerberegister wurden im Jahre 1997 8.972 neu gegründete Gewerberechte eingetragen und in 6.046 Fällen eine Endigung vorgemerkt. Änderungen an bestehenden Gewerberechten (Standortverlegungen, weitere Betriebsstätten, integrierte Betriebe, Geschäftsführerbestellung und -änderungen, Übertragungen an Pächter, Fortbetriebsberechtigung usw.) haben sich in 37.903 Fällen ergeben. Im handelsrechtlichen Bereich wurden 31.443 Zentralblattverlautbarungen behandelt. Es wurden insgesamt 56.348 schriftliche Anfragebeantwortungen vorgenommen, hievon 12.416 auf handelsrechtlichem Gebiet. Der Sozialversicherungsanstalt wurde in 404 Fällen Rechtshilfe gewährt. Aus den Aufzeichnungen des Verwaltungsstrafkatasters wurden 21.415 Auskünfte gegeben. Für die Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Wien wurden 9.312 Bescheide bearbeitet und druckreif gemacht. Im Zusammenhang mit gerichtlichen Verurteilungen wurden bei 1.597 Personen Nachforschungen angestellt, ob sie im Besitz einer aufrechten Gewerbeberechtigung sind, um gegebenenfalls ein Gewerbeentziehungsverfahren in die Wege zu leiten.

# Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

## Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben

Die Erstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1997 erfolgte gemäß § 86 WStV und der Haushaltsordnung (MD-2349-1/85, MD-1624-1/87 und MD-1588-1/89). Er wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 16. - 18. Dezember 1996 genehmigt. Bei der Festlegung der Einnahmen- und Ausgabenpositionen wurde einerseits auf das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres und andererseits auf die Vereinbarung von Bund, Ländern und Gemeinden über einen Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte zur Einhaltung der sogenannten „Maastricht-Kriterien" Bedacht genommen.

Unter diesen Voraussetzungen sah der Voranschlag 1997 folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

| | Schilling |
|---|---|
| Einnahmen | 122.993,787.000 S |
| Ausgaben | 132.986,250.000 S |
| Abgang | 9.992,463.000 S |

Damit konnte zum Voranschlag 1997 das als Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vorgegebene „Maastricht-Defizit" mit einem Wert von 4.497 Millionen Schilling eingehalten werden.

Die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen zeigt folgende Übersicht:

| | Schilling | Anteil in Prozent |
|---|---|---|
| Eigene Steuern und Abgaben | 18.562,105.000 | 15,1 |
| Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben | 35.337,000.000 | 28,7 |
| Einnahmen aus Leistungen | 20.881,594.000 | 17,0 |
| Beiträge des Bundes für den Lehrerpersonalaufwand | 7.076,811.000 | 5,8 |
| Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse | 10.818,154,000 | 8,8 |
| Eigene Fremdmittelaufnahmen | 4.348,758.000 | 3,5 |
| Fremdmittelaufnahmen für Dritte | 119,827.000 | 0,1 |
| Beiträge Dritter zum Schuldendienst | 155,951.000 | 0,1 |
| Sonstige Einnahmen | 25.693,587.000 | 20,9 |
| Summe | 122.993,787.000 | 100,0 |

Eine Gliederung der Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabegruppen zeigt die nachstehende Tabelle:

| | Schilling | Anteil in Prozent |
|---|---|---|
| Leistungen für das Personal | 33.921,565.000 | 25,5 |
| Pensionen und sonstige Ruhebezüge | 8.362,342.000 | 6,3 |
| Instandhaltungsaufwand | 8.066,128.000 | 6,1 |
| Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung | 9.215,762.000 | 6,9 |
| Fremdmittel für Dritte, Weitergabe | 119,827.000 | 0,1 |
| Eigener Schuldendienst | 9.197,301.000 | 6,9 |
| Schuldendienst für Dritte | 155,951.000 | 0,1 |
| Investitionen, Investitionsbeiträge und sonstige Kapitaltransfers | 16.826,716.000 | 12,7 |
| Sonstige Ausgaben | 47.120,658.000 | 35,4 |
| Summe | 132.986,250.000 | 100,0 |

Der prozentuelle Anteil der Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstiger Ruhebezüge an den Gesamtausgaben sank gegenüber dem Jahr 1996 um 0,7 Prozent auf 31,8 Prozent.

Für den eigenen Schuldendienst waren 9.197 Millionen Schilling vorgesehen, das ist um 1.199 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Hauptgrund für diesen Anstieg war sowohl ein vermehrter Tilgungs- als auch Verzinsungsaufwand für Auslandsanleihen. Der prozentuelle Anteil dieser Ausgabengruppe stieg von 6,2 Prozent auf 6,9 Prozent. Für Tilgungen waren insgesamt 6.595 Millionen Schilling (gegenüber 5.601 Millionen Schilling für 1996) und für die Verzinsung 2.602 Millionen Schilling (Vorjahr: 2.397 Millionen Schilling) vorgesehen.

Der Schuldendienst für Dritte, der zur Gänze ersetzt wird, sank insgesamt um rund 1 Milliarde Schilling auf 156 Millionen Schilling (Vorjahr: 1.156 Millionen Schilling).

Bei den Investitionen, Investitionsbeiträgen und Kapitaltransfers ergab sich im Vergleich mit dem Vorjahr ein nomineller Anstieg um 496 Millionen Schilling auf 16.827 Millionen Schilling, womit der hohe Investitionsrahmen der letzten Jahre weiterhin gehalten wurde.

Die sonstigen Ausgaben stiegen nominell um 2.454 Millionen Schilling und erreichten 47.121 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben betrug 35,4 Prozent (Vorjahr 34,6 %). Dieser Anstieg ist vor allem auf die Beitragsleistung an den Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds mit 2.684 Millionen Schilling zurückzuführen.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 23. bis 24. Juni 1997 genehmigte Rechnungsabschluß für das Jahr 1996 ergab bei Gesamteinnahmen von 129.597 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 135.172 Millionen Schilling einen Abgang von 5.575 Millionen Schilling. Zur Deckung des Abganges wurden 5.184 Millionen Schilling aus Fremdmittelaufnahmen und der restliche Fehlbetrag von 391 Millionen Schilling aus einer Rücklagenentnahme aus der Sonderrücklage „Vorzeitige Fremdmittelaufnahmen zur Deckung künftiger Abgänge“ herangezogen.

Der Voranschlag 1998 rechnet bei Gesamteinnahmen von 126.009 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 135.756 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 9.747 Millionen Schilling, d.s. 7,2 Prozent der Gesamtausgaben. Das sogenannte Maastricht-Defizit, in welchem beispielsweise Schuldentilgungen keine Berücksichtigung finden, beläuft sich auf 4.072 Millionen Schilling. Es liegt damit unter dem in der Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung des insgesamt zulässigen Maastricht-Defizites errechneten Wert. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag künftiger Verwaltungsjahre zu veranschlagen.

Einer im Rahmen des 2. Budgetbegleitgesetzes 1997 verabschiedeten Novelle zum Finanzausgleichsgesetz 1997 gingen intensive Beratungen der Finanzausgleichspartner voraus. Schwerpunkte waren das weitere Schicksal der Landwirtschaftsförderung, die Beteiligung der Länder und Gemeinden an den aus steuerlichen Maßnahmen des Bundes erfließenden Mehreinnahmen, die finanziellen Auswirkungen der geplanten Bundesstaatsreform und die Änderungen beim Katastrophenfonds. Auch wurden Vorarbeiten für die Schaffung eines einheitlichen Aufteilungsschlüssels für alle Ertragssteuern geleistet. Die auf die Gemeinden Bezug habenden Aspekte wurden auch in der Finanzkommission des Österreichischen Städtebundes ausführlich behandelt.

Sowohl im externen als auch im internen Bereich brachten die Vorbereitungen der Euro-Einführung einen neuen Schwerpunkt, wobei der Abteilung die Leitung der Arbeitsgruppe „Budget und Haushaltswesen“ übertragen wurde.

Generell haushaltsrechtliche Grundsätze für die Euro-Umstellung wurden, basierend auf dem Aktionsplan des Bundes, im Arbeitskreis des Österreichischen Städtebundes für das Gemeindehaushaltswesen behandelt und eine Unterlage für die weitere Behandlung im Voranschlags- und Rechnungsabschlußkomitee verabschiedet, deren Hauptpunkt darin besteht, daß eine Umstellung der Länder- und Gemeindehaushalte auf den Euro erst mit dem Jahr 2002 vorgenommen werden und der Schilling generell bis 31. Dezember 2001 die Verrechnungseinheit bilden soll, unabhängig von der Möglichkeit, schon früher Überweisungen in Euro zu tätigen.

Um die Einhaltung des Meldetermines 15. Februar für das vorläufige Ergebnis des abgelaufenen Jahres an das Finanzministerium gewährleisten zu können, wurden durch eine Änderung der Haushaltsordnung verschiedene Ausnahmeregelungen beseitigt und das Einlangen der geprüften Rechnungen in den Buchhaltungsabteilungen im Rahmen des Auslaufmonats generell mit 31. Jänner befristet.

Bei der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden die Arbeiten im Industriepark Nord schwerpunktmäßig fortgesetzt. Im Gewerbepark Stadlau konnte die zweite Ausbaustufe in Angriff genommen werden. Mit diesen Aufschließungsmaßnahmen können ca. 15 Betriebe angesiedelt und rund 700 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich am 13. November 1996 über den Text einer Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften geeinigt. Bei der Unterzeichnung im Dezember 1996 war gleichzeitig das Einvernehmen darüber hergestellt worden, daß die Inhalte des Konsultationsmechanismus politisch bereits ab November 1997 als vereinbart gelten und gehandhabt werden sollen. Es ist daher seit damals bei jedem legistischen Vorhaben des Bundes zu prüfen, ob im Falle dessen Verwirklichung für die Stadt Wien zusätzliche Ausgaben - einschließlich zusätzlicher Personalkosten - anfallen und daher Verhandlungen mit dem Bund unter Berufung auf die Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus verlangt

werden müssen. Es ist somit im Bereich der Abteilung zu einer massiven Ausweitung der Gesetzesbegutachtungstätigkeit gekommen.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung einer neuen Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds, die mit 1. Jänner 1998 einzurichten war und in welche die bislang in der Gruppe „Spitalsfinanzierung" in der Abteilung abgedeckten Agenden zu überführen waren, wurden die erforderlichen Vorarbeiten durchgeführt.

Im Bereich der Revisionsstelle der Abteilung wurden im Jahre 1997 insgesamt rund 34.400 Abgabenprüfungen durchgeführt. Der fiskalische Erfolg dieser Überprüfungen beträgt insgesamt rund 433 Millionen Schilling.

Im Rahmen der gemeinsamen Aktion der Stadt Wien mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (U-Bahnhilfsaktion) wurden diverse Ansuchen von Gewerbetreibenden, die sich durch den U-Bahn-Bau in ihrer Existenz bedroht sahen, überprüft und entsprechende Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Die Tätigkeit des Referates 3-Budgetkontrolle und Kollaudierung umfaßte insgesamt rund 460 Baustellen, wobei etwa 14.600 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 10 Milliarden Schilling geprüft wurden. Dabei wurden Einsparungen in Höhe von rund 720 Millionen Schilling erzielt.

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 12. April 1997, Zl. G 400/96-35 und G 44/97-23, die im § 8 Z 1 des Kommunalsteuergesetzes beinhaltete Steuerbefreiung der Österreichischen Bundesbahnen als verfassungswidrig aufgehoben.

Hinsichtlich der Besteuerung von Urlaubsentschädigungen und Urlaubsabfindungen hat der Verwaltungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 28. Oktober 1997, Zl. 97/14/0045, die von der Abteilung vertretene Rechtsansicht, daß Urlaubsentschädigungen und Urlaubsabfindungen der Kommunalsteuer unterliegen, bestätigt.

## Finanzwirtschaft und Haushaltswesen

Wichtige Veränderungen sind in der Gesetzgebung, wie folgt, eingetreten:

BGBl. Nr. 59/1997 (ausgegeben am 19. Juni 1997)
Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird (Wasserrechtsgesetznovelle Deponien)

BGBl. Nr. 74/1997 (ausgegeben am 11. Juli 1997)
Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 und das Hydrographiegesetz geändert werden (Wasserrechtsgesetz-Novelle 1997 - WRG-Novelle 1997)

BGBl. Nr. 96/1997 (ausgegeben am 14. August 1997)
Bundesgesetz, mit dem das Umweltförderungsgesetz, das Wasserbautenförderungsgesetz 1985 sowie das Altlastensanierungsgesetz geändert werden

BGBl. Nr. 111/1997 (ausgegeben am 22. August 1997)
Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000

BGBl. Nr. 130/1997 (ausgegeben am 28. November 1997)
2. Budgetbegleitgesetz 1997

LGBl. für Wien Nr. 2/1997 (ausgegeben am 20. Jänner 1997)
Verordnung der Wiener Landesregierung über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen, Heimen, Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989; Änderung

LGBl. für Wien Nr. 9/1997 (ausgegeben am 18. März 1997)
Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000

LGBl. für Wien Nr. 13/1997 (ausgegeben am 25. April 1997)
Wiener Krankenanstaltengesetz 1987; Änderung

LGBl. für Wien Nr. 16/1997 (ausgegeben am 12. Juni 1997)
Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Förderungen im Rahmen des II. Hauptstückes des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (Sanierungsverordnung 1997)

## Bezirksbudgets

Für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, standen im Verwaltungsjahr 1997 rund 1.070 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar rund 835 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Kommunalsteuer und 235 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Dienstgeberabgabe (für die Errechnung der Höhe der Bezirksmittel sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Verwaltungsjahres heranzuziehen, für die Bezirksmittel 1997 also die Aufkommen des Jahres 1995).

Daneben wurden den Bezirken auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 24. Mai 1996 im Jahre 1997 - wie in den vorangegangenen Jahren - 80 Millionen Schilling für die bauliche Instandhaltung der Kindertagesheime und der allgemeinbildenden Pflichtschulen bereitgestellt. Allerdings können die Bezirke diese zusätzlichen Mittel nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie für solche bauliche Instandhaltungsmaßnahmen ein festgelegtes Mindestmaß aus eigenen Bezirksmitteln aufwenden.

Die Bezirksrechnungsabschlüsse 1996 wurden Mitte März des Berichtsjahres erstellt. Diese zeigten, daß bei Bezirksmitteln von rund 1.049 Millionen Schilling Ausgaben (für Vorhaben) von rund 1.201 Millionen Schilling getätigt wurden. Obwohl dies jahresbezogen einen Abgang von rund 152 Millionen Schilling bedeutet, wies die Bezirksrücklage für insgesamt 18 Bezirke mit Stichtag 31. Dezember 1996 einen Rücklagenstand von rund 266 Millionen Schilling aus - resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln der Vorjahre, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Allerdings mußten 5 Bezirke zum Bezirksrechnungsabschluß 1996 einen Vorgriff von insgesamt rund 7,8 Millionen Schilling tätigen.

Im September 1997 hat der Wiener Landtag eine Ausweitung mit 1. Jänner 1998 jener Angelegenheiten beschlossen, die in die budgetäre Eigenverantwortung der Bezirke fallen. In weiterer Folge hat der Gemeinderat eine neue Verordnung über die Festlegung und über die bezirksweise Aufteilung der durch die Organe der Bezirke verwalteten Haushaltsmittel (Bezirksmittelverordnung) beschlossen.

Solchermaßen stehen den Bezirken im Jahre 1998 Mittel in der Höhe von rund 1.871 Millionen Schilling für die in ihre finanzielle Verantwortung übertragenen Angelegenheiten zur Verfügung.

## Finanzwirtschaft

### Geld- und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 1997 wurden auf Grund der beschlußmäßigen Ermächtigungen des Gemeinderates seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktionen durchgeführt:

300 Millionen DEM - Anleihe 1997 - 2003 mit anschließenden SWAP in den CHF
150 Millionen CHF - Anleihe 1997 - 2003 (öffentliche Anleihe)

Diese Transaktionen erbrachten einen Gesamtbetrag von rund 3,34 Milliarden Schilling.

### Wohnbau

Im Jahre 1997 wurden zur teilweisen Finanzierung des städtischen Wohnhausneubaues Hypothekardarlehen in der Höhe von S 201,001.200 aufgenommen, wovon ein für die Baufinanzierung erforderlicher Anteil von zwei Dritteln der Darlehen, das sind S 134,000.800 zuzählbar sein wird.

Im Bereich WWFSG 1989 Neubau Art. II BGBL.Nr. 32/1992 Nachträge zu ehemaligen Landesdarlehen wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von S 11,067.700 aufgenommen.

Die Zuzählungen für den Wohnhausneubau lassen sich folgendermaßen darstellen:

| | |
|---|---|
| WWFSG 1989 - Neubau Kletterdarlehen | 1.148,058.800 S |
| WWFSG 1989 - Art. II - Vordarlehen Landesdarlehen | 25,104.200 S |
| WBF 84 | 1,213.200 S |

Nach Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989 konnten heuer wieder WBF 1968 Darlehen konvertiert werden. Dies bedeutet, daß die Konditionen der Hypothekardarlehen, die gemäß den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 aufgenommen wurden und für die keine Annuitätenzuschüsse seitens des Landes Wien mehr geleistet werden, so geändert werden, daß

1. die Verzinsung von antizipativ auf dekursiv umgestellt wird
2. ab dem Zeitpunkt der Umstellung der Zinssatz gemäß § 2 Abs. 3 Z 4 der Verordnung LGBl. für Wien Nr. 44/1994 zum WWFSG 1989 höchstens 0,5 Prozent über der Sekundärmarktrendite des vorangegangenen Jahres für Anleihen im weiteren Sinne liegt und

3. die neue Laufzeit des Darlehens laut § 10 der Verordnung LGBl. für Wien Nr. 44/1994 mit 25 Jahren festgesetzt wird.

Insgesamt wurden somit im Jahre 1997 Darlehen in der Höhe von S 555,103.650,64 konvertiert.

### Wohnhaussanierung

Im Sanierungs- und Instandhaltungsbereich wurde im Jahre 1997 von der Abteilung insgesamt S 1.072,202.088 an Darlehen aufgenommen, die Zuzählung in diesen Bereichen betrug S 1.011,703.335.

Für die Einzelverbesserungen - den nachträglichen Fernwärmeanschluß von Wohnungen betreffend - wurden Darlehen in Höhe von S 176,054.000 aufgenommen und mit gleicher Valuta zugezählt.

Für einen Umbau im Rahmen der Wohnhaussanierung 1984 wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von S 22,043.550 aufgenommen. Die Zuzählung in diesem Bereich betrug S 24,511.900.

### Bürgschaften

Im Jahre 1997 wurden auf Grund entsprechender organmäßiger Genehmigungen folgende Bürgschaften übernommen: Im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 in 34 Fällen einschließlich Nachtragsdarlehen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von S 60,221.000 und im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, in 97 Fällen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von S 266,225.295.

### Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Im Rahmen dieser im Jahre 1989 ins Leben gerufenen Aktion wurden im Rechnungsjahr 1997 für 808 Antragsteller S 44,086.419, das sind 96 Prozent der vom Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern in Wien den Eigentümern vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer, und für 125 Antragsteller S 5,418.355, das sind vorerst - auf Grund der Vorlage des Anwartschaftsvertrages - 86 Prozent der vom Finanzamt den Eigentümern vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer, ausbezahlt.

Insgesamt kamen im Rechnungsjahr 1997 im Rahmen der Aktion S 49,504.774 für 933 Antragsteller zur Auszahlung.

Vier im Rahmen dieser Aktion eingereichten Objekte konnten 1997 endabgerechnet werden.

### Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

a) Bundesförderung gemäß Wasserbauten- bzw. Umweltförderungsgesetz:

Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten auf Grund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlußzuzählungen für Investitionen der MA 30 und 31 in einer Höhe von rund 16 Millionen Schilling lukriert werden.

Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 1997 29 neue Projekte der Fachdienststellen mit Baukosten von rund 683 Millionen Schilling eingereicht und 14 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rund 52 Millionen Schilling angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen konnten nach dem neuen Förderungssystem rund 43 Millionen Schilling vereinnahmt werden.

b) Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft

Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 1997 14 Darlehen, die zur Erlangung von Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie den dazugehörigen Förderungsrichtlinien - Siedlungswasserwirtschaft aufgenommen werden müssen, von über 528 Millionen Schilling zugesagt werden. Auf Grund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 1997 rund 379 Millionen Schilling und somit insgesamt bereits mehr als 1,9 Milliarden Schilling an Darlehensbeträgen ausbezahlt.

2. Altlasten

1997 wurde nicht nur das Altlastensanierungsgesetz geändert, sondern auch neue Förderungsrichtlinien erlassen. Die neuen Förderungsrichtlinien sehen eine stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzipes vor. Weiters ist eine Neuregelung für Wettbewerbsteilnehmer nach den Vorgaben des EU-Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen enthalten.

Insgesamt wurden 1997 rund 12,8 Millionen Schilling an Förderungsmittel zugezählt.

### Katastrophenfonds

Zur Abdeckung der durch das Hochwasser im Sommer 1997 in Wien eingetretenen Schäden gewährt das Land Wien gemäß des Beschlusses der Wiener Landesregierung vom 5. August 1997, Pr.Z. 1153/97-MDBLTG, einen Kostenbeitrag in Höhe von 25 Prozent der festgestellten Schäden, die nicht durch eine Versicherung abgedeckt sind.

Für den im Jahre 1997 ausbezahlten Kostenbeitrag gemäß § 3 Ziffer 3 Katastrophenfondsgesetz 1996 in Höhe von S 376.380 wurde bereits der 60prozentige Anteil des Bundes (das sind S 225.828) refundiert.

### Krankenanstaltenfinanzierung

Mit 1. Jänner 1997 erfolgte die Umstellung der Krankenanstaltenfinanzierung auf die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung. Organisatorisch wurde diese Finanzierung vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, der per 31. Dezember 1996 ausgelaufen ist, auf Landesfonds, in Wien auf den Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds übertragen.

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden im Jahr 1997 für die städtischen Spitäler nur mehr die Dezemberrate 1996 sowie Zwischenabrechnung 1996 für Betriebs- und sonstige Zuschüsse und Investitionszuschüsse, eine Jahresausgleichszahlung, Kostenersätze für Leistungen der Organgewinnung, sowie Strukturreformmittel in Höhe von insgesamt rund S 1.450,000.000 angewiesen.

Auch die Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten wird auf Grund der erwähnten Umstellung in Hinkunft, beginnend mit dem Rechnungsabschluß 1997, vom Wiener Krankenanstalten Finanzierungsfonds abgewickelt werden.

### Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Im Jahr 1997 wurde den Rechtsträgern des St. Josef-Krankenhauses, des Krankenhauses St. Elisabeth, des Hartmannspitals, des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern, des Herz Jesu-Krankenhauses und der Krankenanstalt des Göttlichen Heilandes sowie des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder die vertraglich vereinbarten Akontozahlungen in Höhe von insgesamt 64,4 Millionen Schilling geleistet. Für Nachzahlungen, die auf Grund der Differenz zwischen den Akontoleistungen und den geprüften Betriebsabgängen aus dem Jahr 1996 entstanden, wurden rund 6,5 Millionen Schilling angewiesen.

Gleichzeitig wurden mit den Vertretern der Ordensspitäler Verhandlungen über eine Adaptierung beziehungsweise Neufassung der bestehenden Vereinbarungen unter Berücksichtigung der seit 1. Jänner 1997 bestehenden neuen Form der Krankenanstaltenfinanzierung geführt.

### Fonds

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der von den Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem Wiener Integrationsfonds Barmittel in Höhe von 70 Millionen Schilling und dem Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds Barmittel in Höhe von 125 Millionen Schilling im Wege von Nachdotationen zugeführt.

### Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der Abteilung werden vor allem private Organisationen und Einrichtungen gefördert, die sich mit sozialen Projekten und Aufgabenstellungen befassen, insbesondere mit dem Bereich der Krankenpflege und Nachbarschaftshilfe, der Hilfe und Betreuung von Behinderten, allgemeiner Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe usw.

Herauszuheben sind beispielsweise die Tragung der Geschäftsstellenkosten des Fonds „Kuratorium Wiener Jugendheime“ und die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Behinderte - neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen - sowie von Projekten der im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not zusammengefaßten Organisationen.

Darüber hinaus werden wirtschafts- und berufsfördernde Organisationen (so z.B. der Wiener Zuwandererfonds bezüglich der Geschäftsstellenkosten) und wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. In Zusammenwirken mit dem Arbeitsmarktservice Wien wurden auch 1997 mehrere Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Frauen gefördert. Die Wiener Landwirtschaft wurde im Rahmen der neustrukturierten Förderung mit EU-kofinanzierten und nationalfinanzierten Spartenförderungsmaßnahmen unterstützt, wozu noch die bisherigen Zuschüsse für den Kammerbetrieb der Wiener Landwirtschaftskammer kamen.

Des weiteren ist die Förderung des Ausbaues von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien hervorzuheben.

In den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Finanzen und Wirtschaftspolitik und des Gemeinderates, welche Organe verfassungsmäßig für die Genehmigung von Förderungsausgaben der Finanzverwaltung zuständig sind, wurden Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 273,08 Millionen Schilling bewilligt, wovon auf die Förderung von Investitionsvorhaben rund 78,97 Millionen Schilling entfielen.

Auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und

Ausland und für sonstige laufende Förderungsbeiträge im Jahre 1997 insgesamt rund 300,85 Millionen Schilling ausgegeben. Auf Investitionen entfielen davon rund 75,07 Millionen Schilling.

### Beteiligungen

In Vollziehung des Beschlusses des Wiener Gemeinderates über den Verkauf der im Besitz der Stadt Wien befindlichen Aktien der Chemosan-Union Aktiengesellschaft wurden diese Aktien an die HERBA Apotheker Aktiengesellschaft verkauft. Dies erbrachte der Stadt Wien einen Erlös in Höhe von S 8,662.500.

Über Beschluß des Wiener Gemeinderates wurde bereits 1996 eine Beteiligung der Stadt Wien an der SB-Tiefgaragen Bau- und Betriebsgesellschaft m.b.H. in Höhe von 10 Prozent genehmigt. Der Abschluß des diesbezüglichen Vertrages ist nunmehr per 8. Juli 1997 erfolgt.

### Wissenschafts- und Technologiepark Wien

Basierend auf einer Vereinbarung zwischen der Republik Österreich und dem Land Wien, deren Thema unter anderem die Verbesserung der industriellen und technologischen Standortinfrastruktur war, wurden die Weichen für die Errichtung eines Wissenschafts- und Technologiepark, Wien gestellt. Nach Vorliegen eines - den Erwartungen voll - entsprechenden diesbezüglichen Forschungsberichtes wurde in einer Arbeitsgruppe eine Machbarkeitsanalyse und ein Realisierungskonzept erstellt, wobei um die Grundkonzeption - „Stadttechnologien des 21. Jahrhunderts" - mit ihren unterschiedlichen Funktionen verwirklichen zu können, sich ein Twinkonzept in bezug auf die Standortwahl (Donau-City und Paukergründe) empfahl.

Da von vornherein die Absicht bestand, dieses Projekt nur mit privater Beteiligung durchzuführen bzw. zu starten, war es daher nunmehr notwendig, einen privaten Investor zu finden und dieser konnte auch gefunden werden. Da dieser Investor auch ein - bei anderen Projekten - bereits erprobtes Finanzierungs- und Beteiligungsmodell anbieten konnte, waren Ende 1997 die Voraussetzungen geschaffen, um einen konkreten Beschluß der Wiener Landesregierung hinsichtlich der Finanzierung des ersten Bauteiles auf der „Platte" in der Donau-City herbeizuführen. Dieser Beschluß erfolgte am 16. Dezember 1997; damit waren seitens des Landes Wien die Voraussetzungen geschaffen worden, um mit der Umsetzung des Projektes Techgate Wissenschafts- und Technologiepark Wien zu beginnen.

### Wirtschaftsförderung

1. In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderungsaktionen wurden z.B. 486 Kreditanträge für die Gemeinsame Kreditaktion verzeichnet, wovon 473 Anträge positiv erledigt werden konnten. Bedingt durch das verstärkte Engagement des Bundes und der Wiener Wirtschaftskammer sowie im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge wurde der finanzielle Beitrag der Stadt Wien mit Gemeinderatsbeschluß vom 31. Jänner 1997 wieder mit 15 Millionen Schilling festgesetzt. Im Rahmen der Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien kam es zu 17 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von 5,1 Millionen Schilling.
2. Der BÜRGES Förderungsbank wurden für ihre Prämienaktion „Komfortzimmer und Sanitärräume" im Jahre 1997 zwei überprüfte Anträge zur positiven Erledigung übermittelt, die ein Zuschußvolumen von insgesamt S 112.000 auslösten.
3. Auch hinsichtlich jener Förderungsaktionen, die im Interesse einer Zentralisierung des Förderungswesens beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beantragt und geprüft werden, ist neuerlich eine starke Inanspruchnahme im Jahre 1997 festzustellen. So wurden im Rahmen der „Wiener Struktur- und Umweltverbesserungsaktion" - STUVA 34 Zuschüsse in Höhe von insgesamt S 64,188.100 gewährt.
   Im Rahmen der Hotelmodernisierungsaktion wurden fünf Zuschüsse in Höhe von insgesamt S 377.200 und im Rahmen der Aktion zur Förderung von Investitionen im Bereich der C-Techniken 65 Zuschüsse in Höhe von insgesamt S 27,727.600 vergeben. Bei der mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. Oktober 1988 geschaffenen Aktion zur Förderung zusätzlicher hochqualifizierter Mitarbeiter in Wiener Klein- und Mittelbetrieben (Initiative „Qualifizierte Mitarbeiter") wurden 1997 19 Zuschüsse vergeben, die ein Gesamtvolumen von S 5,128.680 auslösten. In der von Aktion zur Vermeidung von (F)CkW-Emissionen in Altlastensanierungsaktion geänderten Aktion wurde ein Fall mit einem Zuschußvolumen von S 165.000 positiv erledigt, im Rahmen der Nahversorgungsförderungsaktion 97 konnten 165 Fälle mit einem Volumen von S 23,389.500 positiv erledigt werden und im Rahmen der Aktion „Wiener Traditionsgasthaus" waren es 26 Fälle mit einem Volumen von S 4,221.650.
   Im abgelaufenen Jahr konnten im Rahmen der bereits auslaufenden Druckereiförderung noch zwei Förderungsfälle mit einem Volumen von S 557.200 erledigt werden, und im Rahmen der im Jahre 1996 erstmals abgewickelten Zuschußaktion für Kleinunternehmer in der URBAN-Zone konnten im Jahre 1997 82 positiv erledigte Anträge mit einem Volumen von S 9,660.280 verzeichnet werden.
   In Erweiterung der Förderungstätigkeit durch die Stadt Wien wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. Mai 1997 eine neue Förderungsaktion geschaffen:
   Wiener Unternehmensgründungsaktion
   Für die Entwicklung der Stadtwirtschaft ist in Zeiten eines stark beschleunigten Strukturwandels eine große An-

zahl erfolgversprechender junger Unternehmen von besonderer Bedeutung. Daher gewährt die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Wien Zuschüsse an Unternehmer, die beabsichtigen, zur erstmaligen selbständigen Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit in Wien ein Unternehmen zu gründen.
Im Rahmen dieser neugeschaffenen Aktion konnten im Jahre 1997 bereits 42 Fälle mit einem Förderungsvolumen von S 6,008.800 positiv erledigt werden.

4. Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurde im Jahre 1993 die Innovationsförderungsaktion zu einer „Wiener Innovations- und Technologieförderung" modifiziert. Im Rahmen dieser neuen Aktion wurden im Jahre 1997 21 Fälle mit einem Gesamtbetrag von S 48,872.600 positiv erledigt. Davon entfallen auf die einzelnen Projektsphasen folgende Beträge:

Forschung + Entwicklung ..... 45,685.900 S
Wirtschaftliche Umsetzung ..... 3,186.700 S

5. Auch im Zuge der Förderung im Rahmen der Wiener Kleinbetriebezuschußaktion war eine rege Investitionstätigkeit festzustellen. Es gelangten 491 Förderungszuschüsse in Höhe von insgesamt S 34,420.420 zur Auszahlung, die sich in Investitionsförderung mit S 24,694.722, Neugründungsförderung mit S 808.363, Nahversorgungsförderung mit S 6,967.044 und Jungunternehmerförderung mit S 1,950.291 gliedern. Das gesamte Investitionsvolumen inklusive der Bundesförderung betrug für das Jahr 1997 423,42 Millionen Schilling.
Neben den genannten Förderungsaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.
– Der Firma Georg Coch-Platz Tiefgaragen Bau- und Betriebsgesellschaft Breiteneder & Co wurde zur Errichtung einer Tiefgarage in 16, Herbststraße 101 (Pirquethof), mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 24. April 1997, Pr.Z. 48/97-GFW, ein Investitionszuschuß in Höhe von maximal S 6,825.000 gewährt.
– Zur Errichtung einer mechanischen Garage in 7, Wimbergergasse 40, wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 29. September 1997, Pr.Z. 105/97-GFW, der Firma Park Tec Parkgaragen Technik GmbH. ein Investitionszuschuß in Höhe von maximal S 5,000.000 gewährt.
– Mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 18. Dezember 1997, Pr.Z. 152/97-GFW, wurde zur Unterstützung der Umsetzung des Projektes „Virtueller Technologiepark - ressourcenschonendes Bauen" ein Zuschuß in der Höhe von maximal S 3,000.000 gewährt.

### Sektorplanförderung

Bei der Sektorplanförderung handelt es sich um eine gemeinsame Maßnahme der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes und des jeweiligen Bundesland, die Investitionen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützt.

– Der Firma Gustana Menüservice GmbH. wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 22. April 1997, Pr.Z. 0631/97-MDPLTG, ein Zuschuß von S 6,200.000 (Anteil Land: S 1,802.960/Bund: S 2,704.440/EU: S 1,692.600) zur Anpassung an EU-Normen am Standort Großgrünmarkt Inzersdorf gewährt.
– Der Firma Raiffeisen Ware Austria GmbH. wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 11. November 1997, Pr.Z. 1514/97-MDBLTG, ein Zuschuß für den Bereich Getreide in Höhe von S 18,288.000 (Anteil Land: S 5,318.150/Bund: S 7,977.226/EU: S 4,992.624) und für den Bereich Saatgut in Höhe von S 2,956.000 (Anteil Land: S 859.605/Bund: S 1,289.407/EU: S 806.988) zur Einführung einheitlicher Warenwirtschaftssysteme in den Bereich Getreide und Saatgut zuerkannt.
– Der Firma Pöhl OHG wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 16. Dezember 1997, Pr.Z. 1814/97-MD BLTG, ein Zuschuß von S 1,910.000 (Anteil Land: S 555.428/Bund: S 833.142/EU: S 521.430) für bauliche und maschinelle Investitionen zur Erlangung der EU-Zulassung im Fleischverarbeitungsbereich gewährt.
– Der Firma Cerny Fischhandelsgmbh. wurde nach dem Fischereistrukturplan mit Beschluß der Landes regierung vom 22. April 1997, Pr.Z. 0632/97-MDPLTG, ein Zuschuß in Höhe von S 6,871.551 (Anteil Land: S 1,933.551/Bund: S 2,900.000/EU: S 2,038.000) zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte ge währt.

### Zinsenfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser - im gesundheits-, umwelts- und sozialpolitischen Interesse gelegenen - Aktion kann die Stadt Wien zinsenfreie Darlehen für die Dauer von fünf Jahren gegen grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluß bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren.

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Rechnungsjahr 1997 fünf Ansuchen positiv erledigt, für die insgesamt S 371.576,67 zugezählt wurden.

Es wurde eine leichte Steigerung der Anträge verzeichnet, da das Kleingartengesetz mit 1. Jänner 1997 wie folgt geändert wurde:

„Von Baulichkeiten im „Grünland - Erholungsgebiet - Kleingartengebiet" sowie „Grünland - Erholungsgebiet - Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen" müssen alle Schmutzwässer unterhalb der Verkehrsfläche in den Kanal eingeleitet werden, wenn ein einzelner Kleingarten oder eine Kleingartenanlage von einem bei der Bauführung bereits bestehenden Straßenkanal ohne Verbindung über eine andere Liegenschaft nicht mehr als 30 m entfernt ist."

Ersatzvornahmen

Der Abteilung obliegt es auf Grund der jeweiligen Rechtsgrundlage in Zusammenarbeit mit der MA 6 - Erhebungs- und Vollstreckungsdienst, der MA 6 - Buchhaltungsabteilung 2 und 5, der Magistratsdirektion - Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und den Magistratischen Bezirksämtern (Erstellung der Kostenbescheide), die Erledigung der Ersatzvornahmen durchzuführen.

Im Rechnungsjahr 1997 wurden 61 neue Verstöße gegen die Reinhalteverordnung bearbeitet. Insgesamt wurden S 620.092,31 zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt und der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. S 559.863,55 konnten auf der Einnahmeseite als einlangende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 1996 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von S 1,715.291,02. Nach Hinzurechnung von S 620.092,31 an Ausgaben und Abzug von S 559.863,55 an Einnahmen ergibt sich für 1997 ein Saldo in der Höhe von S 1,775.519,78.

## Rechnungsamt

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einführung des Euro wurden einzelne Mitarbeiter in die Arbeitsgruppen „Verwaltung" bzw. „Budget und Haushaltswesen" entsandt. Im Zuge des Begutachtungsverfahrens mußte zu Euro-relevanten Rechtsnormen (z.B. doppelte Preisauszeichnung) Stellung genommen werden. Auch eine Reihe von Dienstvorschriften (Haushaltsordnung, Kassenvorschrift, Buchführungsvorschrift) mußte „Euro-gerecht" abgeändert werden.

Des weiteren wurde ein detaillierter Aufgabenkatalog hinsichtlich der erforderlichen Umstellungserfordernisse hinsichtlich Haushaltsverrechnung, Zahlungsverkehr, Rechnungslegung usw. erstellt. Auch die Logistik bezüglich des erforderlichen Bargeldumtausches wurde überdacht.

Nicht zuletzt wirkten Mitarbeiter des Rechnungsamtes an Informationsveranstaltungen für die Euro-Beauftragten der einzelnen Dienststellen mit. Aber auch abteilungsinterne Schulungsveranstaltungen wurden abgehalten.

Das Berichtsjahr war für die Buchhaltungsabteilungen wieder durch eine Reihe von neuen Aufgaben und Aufgabenerweiterungen gekennzeichnet:

Die Leistungsbezogene Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) hat die Schaffung neuer Programme und die Einrichtung einer die Fonds-Interessen wahrnehmenden Gruppe erforderlich gemacht.

Das Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfengesetz hat EDV-mäßige Vorkehrungen notwendig gemacht und Belastungen für alle unecht von der Umsatzsteuer befreiten Bereiche mit sich gebracht.

Die zahllosen Prüfungen durch Kontrollamt, Wirtschaftspolizei, Rechnungshof und vor allem durch das Finanzamt für Körperschaften im Zuge der Großbetriebsprüfung haben die Buchhaltungsabteilungen beträchtlich belastet.

Hervorzuheben ist die Doppelbelastung im Zuge der Voranschlagserstellung, wo unter erhöhtem Termindruck die Mittelanmeldung für zwei Verwaltungsjahre (1998 und 1999) zu bewältigen waren.

Die weitere Dezentralisierung des Wiener Wohnens hat umfassende organisatorische und EDV-bezogene Schritte notwendig gemacht.

Für die weitere Bezirksdezentralisierung mußten aufwendige EDV-Lösungen in Angriff genommen werden.

Auf dem Sektor der Dokumentation und Anpassung der Vorschriften wurden beachtliche Fortschritte erzielt. Die Buchführungsvorschrift wurde komplett überarbeitet und beim Büro des Magistratsdirektors zur Veröffentlichung in Form eines Erlasses beantragt. An den Änderungen der Haushaltsordnung und an der neuen Kassen- und Verlagsvorschrift wurde verantwortlich und federführend mitgearbeitet.

Zu zahlreichen Stellungnahmen und Gutachten wurde die fachliche Ansicht des Buchhaltungsdienstes eingeholt. Einige Mitarbeiter des Buchhaltungsdienstes wurden als Rechnungsprüfer in Gremien entsendet.

Weitere Mitarbeiter des Buchhaltungsdienstes waren im Auftrag der MD-VA bei zahlreichen Einzelveranstaltungen als Vortragende sowie bei Dienstprüfungskursen und bei sonstigen Schulungen tätig.

Die Mehraufgaben konnten durch EDV-Rationalisierungserfolge abgedeckt werden. Ausschlaggebend hiefür sind die überaus effizienten Leistungen der Programmierergruppen der Zentralbuchhaltung. Dank ihrer fachlichen Kompetenz konnten problemangepaßte Lösungen eingesetzt werden, die bei bedeutendem Qualitätsgewinn Personaleinsparungen möglich gemacht haben. Die erfolgreichsten EDV-Produkte waren der nunmehr flächendeckende Einsatz von REBLAUS (Rechnungs- und Belegaufzeichnungssystem), der Ausbau von EVA (Einnahmenverrechnung mit Abstattungsautomatik), die Gerichtsdatenleitung, der Ausbau des Controlling-Reports im Rahmen des CAT

(Controlling-Auswertungen, tabellengesteuert), der weitere Einsatz von KNAST (Kostenrechnung mit Nachweisung der Kosten -Art, -Stelle und -Träger) und erste Einbauten von Euro-Umrechnungsmodulen.

Die Buchhaltungsabteilung 1 hat mit dem neuen Bereich „Städtekontakte und Partnerschaften" wesentliche zusätzliche Aufgaben übernommen. Der Einsatz des WIPIS für Landeslehrer hat einen entsprechenden Umstellungsaufwand ausgelöst. Der Bedarf nach betrieblichen Controllingwerkzeugen wächst auch bei Hoheitsdienststellen und wirkt sich gerade in den Buchhaltungen mit Sammelansätzen in einer ungeheuren Vermehrung der Buchungen durch den stark zunehmenden Detaillierungsgrad aus.

Die Buchhaltungsabteilung 2 hat mit der Einrichtung der Gruppe WIKRAF die Abrechnung der Spitalsleistungen an Hand des vom Bund vorgegebenen Scoringprogrammes (Prüfungs- und Bewertungsprogramm) ermöglicht. Diese Dienstleistungsaufgabe für den Fonds wird von diesem voll finanziert.

Die Buchhaltungsabteilung 3 wurde unter anderem mit der Einführung von Taxiverlägen für die Bezirksvorsteher zusätzlich belastet. In Erfüllung betrieblicher Anforderungen für die Modeschule und die Büchereien wurde das EDV-System HANSY (Haushaltsverrechnung- Anlagennachweissystem) eingeführt. Ein Vertreter wurde in das Projekt PUMA (Umweltmanagement) entsendet. Hervorzuheben ist die koordinierende und regelnde Funktion des Leiters im Rahmen seiner Sonderaufgaben auf dem Gebiet des mehrmals geänderten Arbeits- und Sozialversicherungsrechts (Werkvertragsregelung).

Die Buchhaltungsabteilung 4 konnte durch gezielte Rationalisierungsmaßnahmen und Einsatz neuer EDV-Werkzeuge, wie UHU (Universelle Haushaltsbuchführung auf UNIX), zwei Mitarbeiter einsparen, obwohl auch hier der Wunsch nach detaillierten Aussagen zu einer tieferen Gliederung und damit zu mehr Buchungen geführt hat.

Die Buchhaltungsabteilung 5 war von einer Reihe von Organisationsänderungen betroffen. Hervorzuheben ist die Übertragung (Privatisierung) der Verwaltung und Erhaltung der Autobahnen an die ASFINAG, wobei das Land Wien als echter Dienstleister unter anderem die Buchführung für die ASFINAG im Rahmen eines Werkvertrages zu vollziehen hat. Auch hier erfolgt der vollständige Ersatz der Personalkosten durch die ASFINAG. Die Installierung einiger bewährter EDV-Werkzeuge durch die Operatoren der Buchhaltungsabteilung 5 führt nunmehr auch in den anordnungsbefugten Dienststellen zu Erleichterungen.

Die Buchhaltungsabteilung 6 bewährt sich als EDV-Test- und -Abnahme-Buchhaltung ausgezeichnet. Sie nutzt neue EDV-Werkzeuge daher auch als erste Dienststelle und unterstützt mit der daraus gewonnenen Erfahrung die Verbesserung der Programme. Im Berichtsjahr wurden erfolgreich die neue „Korrespondenzdatei", das Gerichtsprogramm, SAUDI (System zur Aufzeichnung des Inventars) und HANSY eingesetzt, sowie die organisatorischen Voraussetzungen für die geplante Datenübermittlung bei Abschleppungen vorbereitet.

In der Buchhaltungsabteilung 7 wurde mit einer Zunahme von 6 Prozent ein überdurchschnittlicher Rechnungszuwachs verzeichnet. EVA wurde für die Vorschreibung und Einbringung der Einnahmen installiert. Die Leiterin wurde in einen Controller-Lehrgang der Wirtschaftsuniversität entsendet und mit der Sonderaufgabe „Einführung von Kostenrechnung und Controlling in Buchhaltungsabteilungen" betraut.

Die Buchhaltungsabteilung 8 konnte durch die Umsetzung wirksamer Rationalisierungsmaßnahmen und Einsatz von Programmpaketen wie REBLAUS und EVA einen Dienstposten einsparen.

Die Buchhaltungsabteilung 9 ist in die Bestrebungen der MA 43 betreffend Ausbau des betrieblichen Rechnungswesens beratend und ausführend eingebunden. Die Anwendbarkeit von KNAST wurde untersucht. REBLAUS wurde erfolgreich eingeführt.

Die Buchhaltungsabteilung 10 war von der Umstellung der Krankenanstaltenfinanzierung sowohl als abrechnende Buchhaltungsabteilung für das AKH als auch als Organisations-, Programmierungs- und Betreuungsgruppe für alle Anstaltsbuchhaltungen betroffen. Darüber hinaus wurde mit einem Probelauf bei der Überrechnung der verrechenbaren Ambulanzleistungen begonnen. Bei REBLAUS wurden erste Versuche des Outsourcens gemacht.

Die Buchhaltungsabteilung 11 war insbesondere von den umfassenden Reformen des Wiener Wohnens betroffen (Wegfall der Hausinspektoren, Umstellung des Mieteninkassos, Übernahme der gerichtlichen Einbringung, weitere Dezentralisierung). Dazu war ein überdurchschnittliches Anwachsen der Zahl der Eingangsrechnungen um 6 Prozent, der Buchungen um 525.098 Sätze, sowie der Kundenbetreuung (417 Mietereinsichtnahmen, 28 Endabrechnungen, 119 manuelle Hauptmietzinsabrechnungen für § 18 Verfahren, 24 Darlehenskonvertierungen) zu verzeichnen. Die Einführung einer „echten" Doppik mit Anlageverzeichnis usw. konnte EDV-unterstützt realisiert werden. Trotz Einführung moderner Werkzeuge wie KESCH (Kassen- Erfassungssystem mit chronologischer Journalführung), EVA und HANSY mußte ein Personalmehrbedarf aus Rationalisierungsgewinnen anderer Buchhaltungsabteilungen abgedeckt werden.

Die Buchhaltungsabteilung 12 war von der Privatisierung der Post-Telekom betroffen, da nunmehr, anstatt der vollautomatisierten Fernmeldegebührenüberrechnung über EDIFACT, mit den neuen Geschäftspartnern (Maxmobil usw.) zunächst zur Papierrechnung zurückgekehrt werden mußte. Der Aufbau einer automatisierten Verrechnung mit den neuen Anbietern erfordert zusätzliche organisatorische Investitionen. Die Auflösung der MA 20, des Schlachtbetriebes, die Umorganisationen von MA 14 bzw. KAV-ADV sowie der MA 54 haben verrechnungsrelevante Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der betrieblichen Erfordernisse, auf die Buchhaltungsabteilung 12 gehabt.

Die Buchhaltungsabteilung 13 mußte das weitere Anwachsen der Verrechnung der Betreuungs- und Essens-

gelder in Ganztagsschulen verkraften. Dabei ist die Menge einerseits infolge der Ausdehnung auf die 4. Klassen um 25 Prozent, andererseits die Zahl der Ganztagsschulen auf nunmehr 74 gestiegen.

Eine weitere Belastung ist durch die Ausdehnung der Warenkorbverrechnung (pauschale Gelder für die eigenverantwortliche Verwendung durch die Schulen) entstanden. Die Anzahl der Belege beträgt bereits 83.000. Die Zahl der Eingangsrechnungen ist hier um 5 Prozent gestiegen.

Die Buchhaltungsabteilung 14 hat für den Bereich „Serviceeinheit Wäsche und Reinigung" die Kostenrechnung KNAST erfolgreich eingeführt und für den Bereich der MA 70 die Einführung vorbereitet. Weiters ist es gelungen, im Bereich der MA 70 die Rückstandsverfolgung durch Nutzung des Gerichtsweges effizienter zu gestalten und im Rahmen des Datenaustausches mit der anordnenden Dienststelle eine beschleunigte Rechnungslegung zu erreichen.

Der Buchhaltungsabteilung 15 ist es gelungen, durch weitere Rationalisierungen, trotz Anwachsen des Rechnungsvolumens um 3 Prozent, einen Dienstposten einzusparen. In Hinblick auf die Einführung eines betrieblichen Rechnungswesens in der MA 49 wurde an beratenden Gesprächen teilgenommen, auch mußten diverse Beurteilungen und Gutachten abgegeben werden. Bei der MA 69 wurde SAUDI installiert.

Die Buchhaltungsabteilung 16 konnte durch weitere Rationalisierungsschritte, wie Einsatz von EVA für die Einnahmenverrechnung, einen Dienstposten einsparen. Die Transparenz und Aussagefähigkeit wurde durch zusätzliche Kontengliederungen erhöht.

Die Buchhaltungsabteilung 18 hat im Kaiserin-Elisabeth-Spital die bewährten Abfragewerkzeuge BIS und BES installiert und die Vorarbeiten für die Umstellung der Mietenverrechnung auf EVA abgeschlossen. Erste Versuche zur CD-Archivierung von Pflegegebührenakten sind erfolgreich verlaufen.

Die Buchhaltungsabteilung 19 hat die Datenüberleitung aus dem KIWI-Paket der Anstalt realisiert. Weiters wurden ZABF (Zentrale Abfrage) und REBLAUS auf mehreren Arbeitsplätzen des Wilhelminenspitals eingerichtet. Für die künftige Parkraumbewirtschaftung im Anstaltsareal wurden die verrechnungstechnischen Voraussetzungen geschaffen.

In der Buchhaltungsabteilung 20 war ein Rechnungszuwachs von über 5 Prozent festzustellen. Erstmalig wurden die mit den Pflegeentgelten im Zusammenhang stehenden Belege elektronisch archiviert. Die Auswirkungen der unechten Umsatzsteuerbefreiung führten auch in diesem Bereich zu hohen zusätzlichen Belastungen.

Die Buchhaltungsabteilung 21 hat die automatische Übernahme der verrechenbaren Ambulanzleistungen getestet. Diese Anwendung könnte künftig auch in allen anderen Spitälern Erleichterung bringen. Durch Rationalisierungserfolge konnte ein Dienstposten eingespart werden.

Die Buchhaltungsabteilung 22 hat als weitere Dienstleistung die Abrechnung der Taschengelder (inklusive Sozialversicherung und Finanzamtsbestätigung) vom Krankenhaus Lainz übernommen. In Teilbereichen wurden erste Kostenstellen eingeführt. Für die Verrechnung der Krankengeschichten wurde EVA eingesetzt.

Die Buchhaltungsabteilung 23 hat Anstalten ihres Zuständigkeitsbereiches mit der Installierung von KESCH sowie zahlreichen Abfrageusern unterstützt. Die Anzahl der Eingangsrechnungen ist weit überdurchschnittlich um 15 Prozent gestiegen.

Die Buchhaltungsabteilung 24 hat einen Rechnungsanstieg um 9 Prozent und einen Anstieg der Aufnahmen um 12 Prozent zu verzeichnen. Die Buchhaltungsabteilung 24 wirkt sehr positiv an der Koordinierung der Spitalsbuchhaltungen mit.

Die Buchhaltungsabteilung 25 bewährt sich im Rahmen ihrer Sonderaufgabe außerordentlich bei der Koordinierung der Einnahmenverrechnung der Spitäler. Die neuen Belastungen durch LKF, Kostenvorschreibungen für Ausländer, Krankenscheingebühr, Werkverträge, Beihilfengesetz usw. konnten durch Rationalisierung in anderen Bereichen wettgemacht werden.

Die Buchhaltungsabteilung 26 hat die Datenübernahme aus KIWI realisiert und damit Kapazität für die neuen Aufgaben (LKF usw.) gewonnen.

Die Buchhaltungsabteilung 30 wurde im Zuge des zweiten Bezirks-Dezentralisierungsschrittes mit folgenden neuen Verrechnungsbereichen betraut:

- Sonstige kulturelle Maßnahmen (MA 7)
- Musiklehranstalten (MA 13)
- Kulturelle Jugendbetreuung (MA 13)
- Stadtentwicklung, Stadtplanung (MA 18)
- Amtsgebäude - Errichtung und Erhaltung (MA 23)
- Friedhöfe (MA 43)
- Bäder (MA 44)
- Straßenreinigung (MA 48)
- Bedürfnisanstalten (MA 48)
- Information und Öffentlichkeitsarbeit (MA 53)
- Allgemeiner Sachaufwand (MA 54)
- Märkte (MA 59)

Das daraus resultierende Personalerfordernis wurde durch Postenverlagerung aus anderen Buchhaltungsabteilungen aufgebracht. Insgesamt stellt die Bezirksdezentralisierung verrechnungsmäßig jedoch fast den doppelten Aufwand dar. Während seitens der Buchhaltungsabteilung 30 die Gliederung der Aufzeichnungen sowie die Vorgangsweise den Bezirkserfordernissen (Bezirkshaushaltsordnung) anzupassen sind, hat die Nachweisung der Mittel in den funktionell zuständigen „Stammabteilungen" nach deren sachlichen bzw. betrieblichen Erfordernissen zu erfolgen. Die Bezirksdezentralisierung stellt daher nicht bloß eine Verlagerung, sondern eine echte Doppelbelastung dar.

Der Abgabenerfolg der Landes- und Gemeindeabgaben entwickelte sich wie in den letzten Jahren weiter leicht positiv. Der Gesamtertrag inklusive Gebühren (ohne Ertragsanteile) stieg um 2,27 Prozent.

Diese Steigerung ist im wesentlichen auf die vermehrten Vorschreibungen der Kommunalsteuer (z.B. Besteuerung ausgegliederter und privatisierter Bundesbetriebe), der Parkraumbewirtschaftung (Ausweitung auf die Bezirke 4 und 5), sowie der Anzeigenabgabe und Ankündigungsabgabe (vermehrte Werbung) zurückzuführen.

Weiterhin unbefriedigend ist der Zahlungseingang, so daß die Rückstände bei einigen Abgaben weiter anstiegen. Die Gründe liegen nach wie vor in:

– Strukturanpassungsproblemen
– Insolvenzen
– Grundstücksspekulationen
– schlechter Zahlungsmoral.

Die Anzahl der Insolvenzen (Firmen- und Privatkonkurse) ist weiterhin steigend, wobei rund die Hälfte der Anträge mangels Masse abgewiesen werden mußte. Nur 5 Prozent aller Verfahren führten zu einem Ausgleich und somit zur Fortführung des Betriebes.

Der Gesetzgeber versucht dieser Entwicklung mit dem ab 1. Oktober 1997 in Kraft getretenen Insolvenzrechtsänderungsgesetz entgegenzuwirken. Auswirkungen sind noch keine erkennbar.

Besonders arbeitsintensiv entwickeln sich die Privatkonkurse, über die sich ehemalige Unternehmer bzw. haftbar gemachte Geschäftsführer zu entschulden versuchen. Die Verfahren dauern 5 bis 7 Jahre, wobei die Einnahmen teilweise in keiner Relation zum Aufwand stehen.

Grundstückspekulationen führen vor allem in Verbindung mit Umwandlung in Alteigentum zu großen Problemen bei der Eintreibung der Grundsteuer, Müllabfuhrabgabe und Wasser- Abwassergebühr. Die Anwendung der Solidarhaftung bei den Minderheitseigentümern führt fast immer zu Beschwerden und langwierigen Verhandlungen.

Im Bereich des Erhebungs- und Vollstreckungsdienstes konnte die Anzahl der Vollstreckungshandlungen um rund 3,5 Prozent gesteigert werden. Diese Maßnahme war nur durch eine interne Organisationsänderung möglich. Anträge fremder Behörden, soweit sie anderwärtig (z.B. durch Gerichte) erledigt werden konnten, wurden zugunsten eigener Vollstreckungen zurückgewiesen. Die verbleibenden Akten wurden auf alle Bezirke aufgeteilt, so daß eine bessere Auslastung erzielt werden konnte.

Obwohl die Anzahl der Vollstreckungshandlungen anstieg, sanken die eingehobenen Beträge um rund 5 Prozent. Dies führt auch im Strafvollzug zu vermehrten Aufforderungen bzw. Vorführungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe.

Auffallend dabei ist die Tatsache, daß zwar durch Einführung von Anonymverfügungen die Anzahl der Strafbescheide stark zurückgeht, der verbleibende Rest aber dafür alle Schritte des Strafvollzuges durchläuft und daher besonders arbeitsintensiv ist.

Mit Hilfe betriebswirtschaftlich üblicher Methoden (z.B. monatliches Berichtswesen, zentrale Verfolgung von Arbeitsbelastungen, leistungsbezogene Remunerationen, interne Schulungen) und einer ausgeprägten EDV-Unterstützung gelingt es weitgehend, die Mehrarbeiten ohne Personalvermehrung zu bewältigen.

Im Abgabenrechnungs- und Kassendienst gelang es erstmals, alle Dienststellen mit einer einheitlichen EDV-Hardware auszustatten. Jeder Mitarbeiter verfügt über einen eigenen Bildschirm (VT420 bzw. PC), die zur Gänze vernetzt sind, wobei bei den PCs generell als Betriebssystem Windows 95 verwendet wird. Dadurch wird der Dienststelle der Zugriff auf Informationen aus dem Internet ermöglicht.

Zusätzlich wurde zum Zwecke des Datenaustausches innerhalb der Abteilung ein internes File-Servicesystem aufgebaut.

Das Konzept einer magistratsweiten, zentralen Drucksortenverwaltung über File-Service und Zugriffe für dezentrale Benutzer wurde im Bereich des Abgabenrechnungs- und Kassendienstes bereits eingesetzt. Es wurden 170 Rahmenschriftstücke erstellt. Da auch ein Blankodruck vor Ort möglich ist, entfällt für diese Drucksorten sowohl die zentrale als auch dezentrale Lagerhaltung und das gesamte Bestellwesen. Auf eventuelle Gesetzesänderungen (z.B. Stempelmarken von S 120 auf S 180) kann jetzt kurzfristig reagiert werden. Die bisher übliche Skartierung überholter Auflagen von Formularen entfällt damit. Derzeit werden von rund 160 Stellen EDV-Drucksorten verwendet.

Auch die in Verwendung stehende Software zur Verrechnung der Abgaben und Strafen wurde weiter ausgebaut. Mit Übernahme der Abgabenstrafen in das bestehende System wurde die Neukonzeption abgeschlossen. Es steht nun ein einheitliches, rasches und leistungsstarkes Verrechnungssystem zur Verfügung, das sich durch hohe Automationsunterstützung und besondere Flexibilität auszeichnet.

Notwendige Anpassungen auf Grund organisatorischer oder gesetzlicher Änderungen wie z. B.
- Datensatzaufbau bei Bankeinzügen
- Erhöhung der Jahresfälligkeit bei Grundsteuer
- Datenträgeraustausch mit Großkunden
- automationsunterstützte Verrechnung von Zwangsstrafen
- Vorbereitung zur Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr

konnten problemlos und rasch verwirklicht werden.

Daten, die nicht mehr im Direktzugriff benötigt werden, wurden auf CD-ROM ausgelagert. Gegenüber der bisherigen Microverfilmung ergibt sich eine jährliche Ersparnis von rund 1,5 Millionen Schilling.

Erstmals wurden die Bilanzen für alle Abgaben und Strafen vollautomatisch erstellt.

Zusätzlich zu diesen Änderungen, von denen die gesamte Verrechnung betroffen war, sind im Berichtsjahr eine Reihe von abgabenspezifischen Problemen erwähnenswert.

### Hundeabgabe

Der Gemeinderat beschloß für Hundehalter, deren Hunde eine erfolgreiche Gehorsamsprüfung abgelegt haben, eine Steuerbefreiung in der Höhe einer Jahresgebühr. Für rund 500 Hundebesitzer, die davon Gebrauch machten, bedeutet dies eine Steuerersparnis von rund 300.000 S.

### Senkgrubenräumungen

Im Einvernehmen mit der MA 30 wurde Senkgrubenbesitzern die Möglichkeit geboten, das Entgelt für Räumungen - ungeachtet der geräumten Menge - auf Grund der bezogenen Wassermenge zu entrichten. Die Verrechnung erfolgt auf privatrechtlicher Basis an Hand eines Vertrages. Bis Ende des Jahres machten bereits rund 2.600 Personen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Sie sind somit gebührenrechtlich jenen Abgabepflichtigen, deren Liegenschaft über einen Kanalanschluß verfügt, gleichgestellt.

### Lohnsummensteuer

Der Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, daß bestimmte Bezüge nach § 68 EStG nicht der Lohnsummensteuer unterliegen. Es wurden daher mit Jahresende vermehrt Berichtigungserklärungen eingebracht und Rückzahlungsersuchen gestellt. Da die Lohnsummensteuer bereits seit 1. Jänner 1994 durch die Kommunalsteuer ersetzt wurde, gehen diese Ansprüche auf die Jahre 1992 und 1993 zurück. Die Bearbeitung wurde durch den Umstand erschwert, daß die dazugehörigen Buchungen bereits ausgelagert wurden.

### Getränkesteuer

Zur Sicherung der Abgabenansprüche bei unbefugten Gewerbebetrieben wurden gemeinsam mit der MA 4 - Referat 2 Aktionen durchgeführt, bei denen auf Grund einer unvermuteten Überprüfung eine Grobschätzung des Steueraufkommens vorgenommen und gleichzeitig durch einen Exekutor ein Sicherstellungspfand erworben bzw. ein Barinkasso getätigt wurde.

### Parkometerabgabe

Mit 1. Juni 1997 wurden die Bezirke 4 und 5 in die Parkraumbewirtschaftung mit einbezogen. Die Parkometerabgabe konnte dabei pauschaliert entrichtet werden. Aus diesem Titel wurden 33 Millionen Schilling im Berichtsjahr eingenommen und in der Abgabenhauptverrechnung verrechnet. Zu diesem Zweck wurde das MBA 4/5 bei der Errichtung einer Kassenstelle beratend unterstützt.

### Verwaltungsstrafen

Durch Wahrnehmung neuer Strafdelikte durch den Magistrat der Stadt Wien wie
- Übertretung der Mautpflicht
- Übertretung des Bundesstatistikgesetzes
- Übertretung wegen Nichterteilung der Lenkerauskunft

wurde sowohl die Verrechnung als auch der Vollzug der Strafen erheblich ausgeweitet.

Im Bereich des Strafvollzuges verwies der Verfassungsgerichtshof in jenen Fällen, in denen gegen Bescheide 1. Instanz gemäß § 54 c VStG kein Rechtsmittel gegeben war, die Beschwerdeführer an die Unabhängigen Verwaltungssenate. Mit diesem Erkenntnis wurde von einer jahrelangen Spruchpraxis abgegangen. Da derzeit noch nicht feststeht, ob dadurch auch das Recht zur Verfolgung neuerlich gehemmt wird, wird der Strafvollzug wesentlich erschwert.

Intensive Schulungsmaßnahmen - sowohl intern als auch im Rahmen der Verwaltungsakademie - waren im Jahre 1997 erforderlich, um den zahlreichen Anforderungen gerecht zu werden.

Die nachstehende Arbeitsstatistik soll die Leistungen der Dienstgruppen des Rechnungsamtes dokumentieren:

## Buchhaltungsdienst

| | |
|---|---|
| Eingangsrechnungen | 976.927 |
| Ausgangsrechnungen | 828.210 |
| Einnahmegebührstellungen | 676.858 |
| Ausgabegebührstellungen | 1,694.479 |
| Buchungen | |
| – der Haushaltsverrechnung | 5,019.218 |
| – der dienststellenbezogenen Gebarung | 1,262.294 |
| Stammdatensätze | 646.656 |
| Bildschirmabfragen | 844.868 |
| Mahnungen | 217.392 |
| Weitere Einhebungsschritte | 83.285 |
| Gesamtumsatz aller Buchungen | S 2,161.928,412.844,96 |

## Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

| | |
|---|---|
| Kontenanzahl | 825.750 |
| Eingelangte Einzahlungsbelege | 1,448.941 |
| Eingelangte Abgabenerklärungen | 169.803 |
| Mahnungen | 120.290 |
| Vollstreckungsanträge | 48.299 |
| Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichtbezahlung bzw. Nichteinbringung von Steuererklärungen | 76.340 |
| Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen | 4.604 |
| Zwangsstrafen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen | 2.980 |
| Erfaßte Buchungen über Bildschirm | 830.229 |
| Stammdatenänderungen über Bildschirm | 333.047 |
| Ausgesandte Kuverts für Zahlscheine | 250.460 |
| Erklärungen | 69.691 |
| Lastschriften | 703.360 |
| Bescheide, Kostenersätze | 30.258 |

## Abgabenstrafenverrechnung

| | |
|---|---|
| Kontenanzahl | 772.788 |
| (Anstieg durch Übernahme aller Verfahren der letzten 5 Jahre in die aktuelle Datenbank) | |
| Eingelangte Einzahlungsbelege | 86.341 |
| Mahnungen | 45.984 |
| Vollstreckungsanträge | 26.976 |
| Aufforderungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe | 15.839 |
| Anträge auf Vorführung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe | 12.965 |
| Gerichtliche Exekutionen (inkl. Lohnpfändungen) | 3.998 |

## Verkehrsstrafenverrechnung

| | |
|---|---|
| Kontenanzahl | 510.002 |
| Eingelangte Einzahlungsbelege | 130.072 |
| Mahnungen | 53.964 |
| Vollstreckungsanträge | 27.833 |
| Aufforderungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe | 16.467 |
| Anträge auf Vorführungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe | 13.411 |
| Gerichtliche Exekutionen (inkl. Lohnpfändungen) | 4.015 |

## Stadthauptkasse

| | |
|---|---|
| Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen | 1,087.489 |
| Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen) | 98.591 |
| Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben) | 16.663 |
| Einzahlungen Auslandskonto | 4.494 |
| Bearbeitete Verbote | 102.469 |
| Ausgefertigte Bar-Einnahmen und -Ausgaben | 10.668 |

| | |
|---|---|
| Unbare Einnahmen - Ausgaben | 3.525 |
| Eingelöste Schecks | 4.722 |
| | |
| Bargeldumsätze in der Kassenstelle: | Schilling |
| Geldgebarung | 944,405.000 |
| Wertmarkenverkauf (5.354 Parteien) | 294,230.000 |
| Drucksortenverkauf an Parteien | 1,078.000 |
| Gebarung in der Drucksortenstelle: | Schilling |
| Verwaltungsabgabemarken und Wertdrucksorten an Dienststellen im Wert von | 133,278.000 |
| An Dienststellen abgegebene Straßenbahnfahrscheine im Werte von | 6,367.000 |
| | Stück |
| Ausgegebene allgemeine Drucksorten | 9,118.000 |

Erhebungs- und Vollstreckungsdienst

| | |
|---|---|
| Aktenzugang | 207.155 |
| Erledigungen | 217.028 |
| Tagesdurchschnitt | 26,3 |
| Einhebungen | 232 Mio. S |
| Ersatzvornahmen | 150 |

## Städtische Friedhöfe

Im Jahre 1997 wurde der Tarif für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien nicht abgeändert. Die letzte Adaptierung des Tarifes erfolgte mit Gemeinderatsbeschluß vom 9. Februar 1996; (Pr.Z. 155/95-GBIWST). Der Wirksamkeitsbeginn dieser Tarifanpassung war der 15. Februar 1996.

Im Jahre 1997 wurden auf den Wiener Städtischen Friedhöfen 19.113 Bestattungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahr 1996 eine Verringerung um 771 Fälle oder um rund 4,0 Prozent bedeutet. Es wurden 15.877 Sarg- und 3.236 Leichenaschenbestattungen vorgenommen, wobei bei den Sargbestattungen eine Verringerung um 855 Fälle (- 5,4 %) und bei den Leichenaschenbestattungen eine Zunahme um 124 Fälle oder 3,8 Prozent zu verzeichnen war.

Der Anteil der Urnenbeisetzungen an der Zahl der Gesamtbestattungen erhöhte sich von bisher zuletzt 15,7 Prozent auf 16,9 Prozent.

Von den insgesamt 19.113 Bestattungen fielen 15.539 oder 81,3 Prozent auf Beilegungen in bestehende Sarg- und Urnengräber, 1.641 oder 8,6 Prozent auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 448 oder 2,3 Prozent auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 644 oder 3,4 Prozent auf Beerdigungen von Verstorbenen gemäß § 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes in einfache Gräber des Wiener Zentralfriedhofes (1996 : 650); weiters wurden 1997 insgesamt 559 oder 2,9 Prozent Sargbeilegungen mit Verstorbenen, die ihren Körper wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt haben, durchgeführt und 282 oder 1,5 Prozent Sammelsärge mit bei Operationen entfernten Körperteilen bestattet.

Die Anzahl der 1997 erteilten Deckplattenbewilligungen ist gegenüber dem Jahr 1996 um 229 auf 1.360 gesunken.

In 21.607 Fällen wurden Benützungsrechte an Grabstellen verlängert, was eine Verringerung von 1.947 oder 9 Prozent entspricht; in 1.614 Fällen wurden insgesamt 4.181 Verstorbene exhumiert.

Was das bautechnische Gebiet betrifft, so wurden auf sämtlichen städtischen Friedhöfen bzw. in der Leichenkammer im 10. Bezirk laufend die notwendigen Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Verwaltungsgebäuden, Einfriedungen, Straßen und Wegen, dem Wasserleitungsnetz sowie an den elektrischen Leitungen, Kühlanlagen und Heizungsanlagen durchgeführt.

Es wurden insgesamt 1.158 komplette Grabfundamente, 149 Grabsteinfundamente, 112 Einfassungsfundamente, 170 Piloten und 89 Grüfte von der Abteilung in Auftrag gegeben und auf den Eigenregiefriedhöfen errichtet.

Im Detail wurden auf den nachstehend angeführten Friedhöfen folgende mittlere bis größere Vorhaben ausgeführt:

Im Amtshaus wurden Fenster instand gesetzt sowie Maler- und Anstreicherarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Altmannsdorf wurde das Eingangstor repariert, auf dem Friedhof Atzgersdorf Wege und Straßen instand gehalten, auf dem Friedhof Aspern Straßen und Wege sowie die Holzeinfriedung und Kamine über dem Verwaltungsgebäude instand gesetzt. Auf dem Friedhof Baumgarten wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt, 74 lfm Kanalrohrleitungen und 100 m² Straße in den Gruppen 23, H1, und 18 instand gesetzt, 79 lfm Randbegrenzung und 79 lfm Drainagerohrleitung in der Gruppe F1 errichtet, weiters 57 lfm Wasserleitungsrohre ausgetauscht

zwischen Gruppe D1 und S, eine Überdachung für Streuriesel errichtet, Einfriedungen repariert, Baumscheiben hergestellt sowie aufgelassene Gräber abgetragen. Auf dem Friedhof Dornbach wurden Malerarbeiten im Priester-, Abstell- und Trägerraum durchgeführt und das Blechdach über der Aufbahrungshalle sowie Straßen und Wege instand gesetzt. Auf dem Friedhof Döbling wurden fünf Grüfte hergestellt, das Dach des Verwaltungsgebäudes repariert sowie Anstreicherarbeiten an Fenster und Türen im Verwaltungsgebäude durchgeführt. Auf dem Friedhof Eßling wurden eine Lüftungsanlage für die Beisetzkammer errichtet, eine Holzeinfriedung sowie Straßen und Wege instand gesetzt; Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt. Auf dem Friedhof Gersthof wurden das Dach der Aufbahrungshalle sowie Planken repariert. Auf dem Friedhof Grinzing Ehrengräber, Straßen und Wege sowie Planken instand gesetzt sowie vier Grüfte und Gneisplattenweg hergestellt. Auf dem Friedhof Großjedlersdorf wurden 2 Sickerschächte in der Gruppe 13 sowie Grabstein- und Einfassungsfundamente in der Gruppe 31 errichtet, rund 1.000 m² Straße, Wege und Waschbetonplattenwege in den Gruppen 19 und 33 sowie die Fassade an der Straßenseite instand gesetzt und beim Haupttor ein Schiebetor eingebaut. Auf dem Friedhof Hadersdorf Weidlingau wurde die Kanzlei ausgemalt und die Fresken in der Kapelle restauriert, auf dem Friedhof Heiligenstadt die Holzeinfriedung instand gesetzt. Auf dem Friedhof Hernals wurden die Kanzleiräume in der Verwaltung, im Erdgeschoß und 1. Stock generalsaniert, die Umbauarbeiten in der Arbeiterunterkunft Objekt 4 und 5 im August 1997 beendet, in der Gärtnerei ein Folientunnel errichtet und der Mistbeetkasten erneuert, Kanäle und Schächte rund um die Verwaltung saniert bzw. erneuert sowie Grabstein- und Einfassungsfundamente, Straßen, Wege und Wasserleitung hergestellt. Instand gesetzt wurden auf dem Friedhof Hetzendorf die Einfriedung, auf dem Friedhof Hietzing das Unterkunftsgebäude sowie das Obergeschoß und das Japanglashaus in der Gärtnerei. Weiters wurden Frostschäden und Kanalgebrechen behoben, Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt. Auf dem Friedhof Hirschstetten wurden eine Mistbox und eine Straßenüberfahrt hergestellt, die Holzeinfriedung instand gesetzt, auf dem Friedhof Hütteldorf Wasserleitungsrohre in der Gruppe 4 und ein Rohrbruch in der Gruppe 13 instand gesetzt, zwei Mistboxen in der Gruppe 15 sowie bei der Aufbahrungshalle errichtet. Auf dem Friedhof Inzersdorf wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente angelegt, Schäden auf Wegen und Straßen sowie Einfriedungen behoben. Auf dem Friedhof Jedlesee wurde der Kanzleikiosk von Juli bis Dezember 1997 abgebrochen und neu errichtet, das Eingangstor neu gestaltet, 50 lfm schadhafte Wasserleitungsrohre zwischen der Gruppe 6 und 9 ausgetauscht, 400 m² Straßen und Wege zwischen der Gruppe 6 und 9 und beim Eingang sowie 130 lfm Einfriedung aus Holz instand gesetzt. Auf dem Friedhof Kagran wurde die Dacheindeckung über dem Kiosk hergerichtet, die Fassade gestrichen, rund 450 m² Straßen im Kreuzungsbereich und den Gruppen 12 und 14, sowie 25 lfm Einfriedung aus Holz instand gesetzt, auf dem Friedhof Kaiserebersdorf das Seitentor sowie ein Teil der Einfriedungsmauer renoviert. Auf dem Friedhof Kalksburg wurden 3 Grüfte für je 4 Särge hergestellt, auf dem Friedhof Lainz mit dem Umbau der Aufbahrungshalle und der Nebenräume im November 1997 begonnen. Auf dem Friedhof Leopoldau wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente sowie 3 Grüfte für 6 Särge hergestellt, auf dem Friedhof Liesing die Holzeinfriedung instand gesetzt. Auf dem Friedhof Mauer wurden die Einfriedung und das Tor in der Franz-Grassler-Gasse komplett saniert, weiters Fundamente für Grabsteine und Einfassungen hergestellt sowie Straßen und Wege ausgebessert. Auf dem Friedhof Meidling wurden Abfallboxen hergestellt, das Eingangstor renoviert. Auf dem Friedhof Neustift wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente sowie Grüfte hergestellt, Stützmauer, Straßen und Wege instand gesetzt, diverse Wassergebrechen behoben, Rinnen und Blecheindeckung der Aufbahrungshalle II saniert sowie Dachdeckerarbeiten (Schneefang) auf der Halle I durchgeführt. Auf dem Friedhof Oberlaa wurden Wege und die Holzeinfriedung instand gesetzt, eine Abfallbox hergestellt sowie der Lagerplatz saniert. Auf dem Friedhof Ottakring wurde Mitte August 1997 mit den Umbauarbeiten des Verwaltungsgebäudes begonnen, zuvor ein provisorisches Verwaltungsgebäude instand gesetzt. Weiters wurde eine Stiegenanlage, und zwar der Zugang zum neuen Urnenhain in der Funkengerngasse, hergestellt, 296 m² Straßen im Friedhofsgelände instand gesetzt, 667 m² Straßenoberfläche mit Asphaltbeton zwischen der Gruppe 1 und 2 überzogen, 29 lfm Einfriedung aus Holz instand gesetzt sowie 8 Erd- und Mistboxen im Friedhofsgelände hergestellt. Auf dem Friedhof Sievering wurden Anstreicherarbeiten an den gußeisernen Gruppen- und Reihenständer sowie an Toren und Geländern durchgeführt, Wassergebrechen in der Abteilung I behoben und der Plankenzaun instand gesetzt, Straßen und Wege in den Gruppen Abteilung I und II erneuert, die Stiegenanlage in der Gruppe 39 und die Mistbox in der Gruppe 15 hergestellt, Verputzarbeiten im WC und Reparaturarbeiten an den Fliesen im WC durchgeführt. Auf dem Friedhof Simmering wurden Straßen und Wege instand gesetzt, auf dem Friedhof Stadlau der Dachstuhl der Aufbahrungshalle, Kühlanlage und Planken hergerichtet. Auf dem Friedhof Stammersdorf Ort wurden eine Mist- und Erdbox aus Beton sowie 21 lfm Einfriedung instand gesetzt, auf dem Friedhof Stammersdorf Zentral Ende August 1997 mit der Herstellung eines Portierhäuschens begonnen, das Mitte Dezember 1997 fertiggestellt werden konnte. Ferner wurden die Blecheindeckungen über dem Verwaltungsgebäude gestrichen, Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt, rund 850 m² Straßen und Wege in den Gruppen 17, G, M, N, 43, und 1 instand gesetzt, 5 Mistboxen errichtet sowie 13 lfm Einfriedung aus Holz saniert. Auf dem Friedhof Strebersdorf wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt, 30 lfm Wasserleitungsrohre verlegt zur Gruppe 17, das Friedhofskreuz instand gesetzt, 150 lfm Friedhofzaun und eine Erdbox in der Gruppe 17 hergestellt. Auf dem Friedhof Südwest wurden Straßen und Wege saniert, Grabstein- und Einfassungsfundamente errichtet, rund 1.300 aufgelassene Gräber abgeräumt und das Gelände gerodet und einplaniert. In der Simmeringer Feu-

erhalle wurden 15 Grabsteinfundamente und 23 Steinfundamente gebaut, die Kremationshallen (Keller, Erdgeschoß) ausgemalt, die Reparatur der Dachrinnenheizung fertiggestellt (2. Hälfte), die Urnenwandnischen instand gesetzt sowie in der Gruppe 4 bei der Portierloge und dem WC der Gehweg saniert. Weiters wurden sämtliche Wartungsarbeiten an den Aufzügen und den Öfen 1 und 2 durchgeführt. Vom Nutzwasserbrunnen erfolgte die Ausspeisung. In der Städtischen Steinmetzwerkstätte wurden die Reparaturen an den Werkstätten und Bürogebäuden fortgesetzt und abgeschlossen, die Türen zu den Arbeitsräumen frostsicher gemacht. Es wurden weiters als Provisorium zwei Container mit sämtlichen Anschlüssen und Ausstattung für neu auszubildende Lehrlinge aufgestellt, Gitterzäune wurden ausgebessert, der Ausstellungshügel abgetragen und Streifenfundamente für eine Musteranlage hergestellt. Auf dem Wiener Zentralfriedhof wurden 386 komplette Grabsteinfundamente, 43 Grabsteinfundamente und 97 Einfassungsfundamente hergestellt. In der Städtischen Friedhofsgärtnerei wurden die Fassade und die Nebengebäude komplett renoviert (Baumeister-, Maler und Anstreicherarbeiten). Im Zuge des Tiefbehälterbaues für das Nutzwasserleitungsprojekt wurde der Holzplatz verlegt. Die Wege und Zufahrtsstraßen wurden asphaltiert. Im Magazin wurde ein neuer Betonfußboden hergestellt. Im 1. Stock des Verwaltungsgebäudes wurde ein Schulungszimmer für Lehrlinge geschaffen. Maurer- und Malerarbeiten wurden durchgeführt, die Fenster neu gestrichen, der Fußboden instand gesetzt. Die Dächer wurden gereinigt, repariert und gestrichen. Die Blechteile des Daches des Objektes 7 und des Sandlagers wurden gestrichen. Die Wasserrohrleitungen von der Feuerhalle mit Querung der Simmeringer Hauptstraße bis Gärtnerei zum Tiefbehälter wurden zu 90 Prozent hergestellt. Die Straßen auf dem Friedhof wurden laufend instand gehalten. Die Renovierungsarbeiten an der Luegerkirche wurden zügig fortgesetzt. Die Arbeiten der I. Bauphase (d.h. Die Sicherungsarbeiten) wurden abgeschlossen. In der Aufbahrungshalle II wurde die Hauskanalanlage komplett renoviert, weiters wurde die Rampe abgedichtet. In der Halle II wurde die Glocke erneuert. Im Haus 236 wurden die Fenster und Türen gestrichen. In der technischen Werkstätte wurde eine Sägespänepressanlage installiert. An der Friedhofsmauer zwischen Tor 9 und Zentralwerkstätte und zwischen Tor 2 und 3 wurden die notwendigsten Instandsetzungen durchgeführt.

In Fortsetzung des Programmes zur Reduzierung der Schadstoff - und Lärmemission durch zweitaktbetriebene Motorkarren wurden 1997 drei weitere Elektrokarren angeschafft, von denen alle in den städtischen Gärtnereien zum Einsatz kommen.

Was das gartenbautechnische Gebiet betrifft, so wurden bei der Ausgestaltung und Begrünung von Friedhofsflächen 350 Bäume und 2.990 lfm Hecken gepflanzt. Heimgefallene Grabstellen, auf denen seltene oder schöne Bäume stehen, wurden nicht zur Wiedervergabe freigegeben, sondern im Sinne der Umwelterhaltung zu Baumplätzen umgewidmet, um somit einen dendrologisch wertvollen Baumbestand zu erhalten. Weiters wurden 3.580 Bäume durch Kronenschnitte fachgerecht ausgelichtet sowie 330 Bäume aus dem Bestand genommen, da sie die physiologische Altersgrenze erreichten. Gleichzeitig wurden 3.590 lfm Hecken wegen Überalterung gerodet. Ferner erfolgte bei 500 lfm Hecken ein fachgerechter Verjüngungsschnitt. Ein Formschnitt erfolgte bei 162.560 lfm Hecken. Für die Freigabe zur Wiedervergabe von 276 heimgefallenen Grabstellen waren umfassende Rodungsarbeiten nötig. Weiters erfolgte die Fortsetzung der amtswegigen Verlegung von Urnengrabstellen unter 1 m² auf dem Gelände der Simmeringer Feuerhalle, des Friedhofes Meidling, Liesing und Ottakring im Tausch gegen 1 m² große Grabstellen.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres wurden die Instandsetzungsarbeiten des Steininventares der Kriegsgräberanlagen in der Simmeringer Feuerhalle und des Friedhofes Atzgersdorf besprochen.

Die jährlich durchgeführte Säuberung des Wiener Zentralfriedhofes umfaßte im Jahr 1997 eine Gesamtfläche von 1,138.700 m². Die mechanische Unkrautbekämpfung auf den Friedhofswegen des Wiener Zentralfriedhofes umfaßte eine Fläche von 398.462 m². Die verwahrlosten Grabstellen des Wiener Zentralfriedhofes wurden ebenfalls mechanisch vom Unkrautbewuchs gesäubert und dreimal gemäht, um eine Verbesserung des Friedhofsbildes zu erreichen. Ebenso wurden 38.849 Pflegeaufträge an Grabstellen durchgeführt sowie in allen Friedhöfen der erforderliche Baum- oder Heckenschnitt und die erforderlichen Pflegearbeiten durchgeführt.

Die Kundenpreise für friedhofsgärtnerische Leistungen (Grabschmückungen) wurden für 1997 gegenüber den Preisen von 1996 nicht verändert. Neben der Erfüllung von 38.849 Grabpflegeaufträgen und den diversen Grabschmückungsaufträgen sowie der Herstellung von Kranzgebinden wurde von der städtischen Friedhofsgärtnerei die Aufzucht von rund 1,56 Millionen Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, Kriegergräber und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

Nachstehende Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber auf Friedhofsdauer vergeben bzw. ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet und in Obhut der Stadt Wien übernommen oder ehrenhalber auf Friedhofsdauer ohne Inobhutnahme gewidmet:

Zugang an ehrenhalber gewidmeten (nicht in Obhut übernommenen) Grabstellen im Jahre 1997:

Friedhof Hietzing: *Böhm*, Carol, Schauspieler; ehrenhalber gewidmet; Gruppe 74 - Reihe 6 - Nr. 9;

*Moravec*, Prof. Ing. Fritz, Schriftsteller, Forschungsreisender; ehrenhalber gewidmet; Gruppe 18 - Reihe 7 - Nr. 225;

Friedhof Neustift: *Birkmayer*, DDr. Walter, Universitätsprofessor, Neurologe; ehrenhalber gewidmet; Gruppe 20 - Reihe 4 - Gft Nr 8;

*Seefehlner*, Prof. Dr. Egon; ehemaliger Direktor der Wiener Staatsoper; ehrenhalber gewidmet; Guppe N - Reihe 1 - Nr. 44

Wiener Zentralfriedhof: *Wörle*, Prof. Egon, Architekt; ehrenhalber gewidmet; Gruppe 40 - Nr. 60.

# Statistisches Amt der Stadt Wien

Im Jahre 1997 wurde mit den Vorbereitungsarbeiten für die Großzählung 2001 begonnen. Die Großzählung 2001 soll wieder wie 1991 eine Volkszählung, eine Gebäude- und Wohnungszählung sowie eine Arbeitsstättenzählung umfassen. Die Volkszählung soll als melderegistergestützte Volkszählung durchgeführt werden. Da - wie vom Österreichischen Statistischen Zentralamt geplant - das Meldewesen als Basis für die Volkszählung 2001 herangezogen werden soll, ist eine Person dort zu zählen, wo sie auf Grund des Meldewesens den Hauptwohnsitz hat. Eine solche Vorgangsweise ist aber nur dann gerechtfertigt, wenn a) der § 17 des Meldegesetzes (Reklamationsverfahren) novelliert wird (Mitwirkungspflicht der Betroffenen, Ausweitung der Beweisführung durch die Gemeinde) und b) das erst zu schaffende Zentrale Melderegister als Grundlage für die Volkszählung herangezogen wird. Sollte dies bis zur Volkszählung 2001 nicht erreichbar sein, so ist aus Wiener Sicht neuerlich ein Reklamationsverfahren im Rahmen der Volkszählung vorzusehen. Von seiten des Bundesministeriums für Inneres wurde eine österreichweite Bereinigung der Meldedaten und die Schaffung eines Art „Zentralen Melderegisters light" zugesagt. In einer Reihe von Arbeitsgruppen wurden die Fragebögen, die bei der Großzählung 2001 verwendet werden sollen, diskutiert. Es wurde das Frageprogramm für das Personenblatt, das Gebäudeblatt, das Wohnungsblatt und das Arbeitsstättenblatt festgelegt. In einer ersten Probezählung im Frühjahr 1998 sollen der Inhalt der Fragen, aber auch die Formulierung der Fragen auf ihre Akzeptanz überprüft werden. Bei der Probezählung ist weiters zu klären, ob das lokale Melderegister als Erfassungsgrundlage für die Volkszählung brauchbar ist.

Die Hauptaufgabe der Abteilung bestand im Jahre 1997 in der Beschaffung umfangreichen Datenmaterials einerseits im Zuge von Erhebungen (Primärdaten), andererseits durch den Verwaltungsvollzug (Sekundärdaten).
Die Erhebungstätigkeit der Abteilung umfaßte eine Reihe von periodisch durchzuführenden Erhebungen.

Im Bereich der Agrarstatistik waren 1997 folgende agrarstatistische Erhebungen durchzuführen:

– zwei Schweinezwischenzählungen mit Stichtag 1. April und 1. August (Stichprobenerhebung bei jeweils 63 Betrieben)
– Rinderzwischenzählung mit Stichtag 1. Juni (Stichprobenerhebung bei 38 Betrieben)
– Allgemeine Viehzählung mit Stichtag 1. Dezember (Stichprobenerhebung bei 57 Betrieben)
– Agrarstrukturerhebung mit Stichtag 1. Juni (Stichprobenerhebung bei 330 Betrieben)

Die Stichprobenerhebungen des Mikrozensus wurden wie jedes Jahr vierteljährlich an rund 4.200 Adressen durchgeführt. Zweck dieser seit 1967 österreichweit bestehenden Erhebung ist es, im Zeitraum zwischen den Großzählungen aktuelle Daten über Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur zu erhalten. 125 InterviewerInnen suchten in den Monaten März, Juni, September und Dezember die ihnen vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖSTAT) zugewiesenen Adressen auf. Die in diesen Haushalten lebenden Personen gaben Auskunft über Fragen des Grundprogrammes zu Personen-, Haushalts- und Wohnungsmerkmalen, sowie zu aktuellen Themen der von Quartal zu Quartal wechselnden Sonderprogramme.

Folgende Themen wurden 1997 behandelt:

März – Arbeitskräfteerhebung im Auftrag der Europäischen Union
Juni – Erweiterte Wohnungserhebung, Energieverbrauch
September – Arbeitszeitformen
Dezember – Sport-, Freizeit-, Haushaltsunfälle, Rauchgewohnheiten

Für den Mikrozensus stellt das ÖSTAT die Erhebungsunterlagen zur Verfügung. Die ordnungsgemäße Durchführung obliegt jedoch der Abteilung und beinhaltet die Anwerbung und Einschulung der neuen sowie die Nachschulung der aktiven InterviewerInnen. Weitere Aufgaben sind die Betreuung des Interviewerstabes vor und während der Mikrozensusbefragungen sowie telefonische Befragungen in komplizierten Fällen als auch die Kontrolle der Erhebungsbelege. Die Kontrollarbeiten für die Arbeitskräfteerhebung dienten auch als Grundlage für die Berechnung des Entgeltes der InterviewerInnen.

Im März konnten die Befragungen an 3.306 Adressen (79 %), davon entfielen 2.146 auf die Arbeitskräfteerhebung, im Juni an 3.217 (77 %), im September an 3.142 (76 %) und im Dezember an 3.306 (74 %) durchgeführt werden.

Die Revisionsarbeiten für den Österreichischen Verbraucherpreisindex (VPI) und den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI=EU-Index) wurden Mitte des Jahres 1997 abgeschlossen. Die monatliche Preiserhebung wurde in 294 Geschäften und Betrieben durchgeführt, wobei rund 5.600 Einzelpreise erhoben wurden. Die ausführlichen Warenbeschreibungen wurden auch nach der Revisionsphase beibehalten. Einen großen Zeitaufwand erforderte die begonnene Umstellung auf die EDV-mäßige Weiterverarbeitung der Preismeldungen. Das dazu benötigte Programm lag nur in einer Testversion vor. In den letzten Monaten des Jahres wurde trotzdem mit der Übernahme einzelner Branchen begonnen. Die EDV-mäßige Umstellung hatte auch ein Ausdrucken der für die Preiserhebung benötigten Formulare und die EDV-mäßige Erstellung der für das örtliche Komitee benötigten Preiskartei zur Folge. Die Vertretung der Stadt Wien bei den monatlichen Sitzungen des Zentralen Redaktionskomitees, Indexauskünfte, sowie Berechnungen für Verträge mit Wertsicherungsklauseln zählen zu den weiteren Aufgaben. Infolge des hohen Personaleinsatzes bei der Preiserhebung wurde von Wien eine Erhöhung der Entschädigungsleistungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes verlangt.

Die Fremdenverkehrsstatistik wurde monatlich erstellt und erfaßte die Ankünfte und Übernachtungen der Gäste in den Wiener Fremdenverkehrsbetrieben. Die Daten über den Fremdenverkehr wurden dem ÖSTAT sowie einer Reihe anderer interessierter Institutionen zur Verfügung gestellt. Für die Betriebe besteht Meldepflicht. Einmal jährlich mit Stichtag 31. Mai erfolgt die Erhebung über die Art, Kategorie und Öffnungszeiten der Fremdenverkehrsbetriebe sowie die Zahl und Ausstattung der Fremdenzimmer. 1997 wurden in Wien 340 Fremdenverkehrsbetriebe gezählt, davon waren 220 Hotels, 100 Pensionen und 20 Studentenheime (Saisonhotels). Auf Grund der ab 1. November 1997 geänderten Länderauswahl (5 Streichungen, 7 Neuaufnahmen) wurden die erforderlichen Programmänderungen durchgeführt.

Zur Erfassung der Wohnungsneubauten und der neu errichteten Wohnungen durch Umbauten wurden in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 24, 35 und 37 die hiefür notwendigen statistischen Erhebungsformulare verarbeitet. Dazu waren wiederholt zahlreiche Kontrollarbeiten, sowie mündliche und schriftliche Kontakte herzustellen, um die teils mangel- oder fehlerhaft ausgefüllten Erhebungsformulare zu ergänzen bzw. richtigzustellen. Danach wurden die statistischen Zählblätter dem ÖSTAT zur Erfassung übermittelt. Um ein entsprechend abgestimmtes Zusammenarbeiten mit allen für die Wohnbaustatistik befaßten Dienststellen zu gewährleisten, waren zahlreiche Koordinierungsbesprechungen durchzuführen. Im Jahre 1997 wurde die Umstellung der Wohnbaustatistik auf EDV-mäßige Bearbeitung größtenteils abgeschlossen. Gleichzeitig mit der EDV-mäßigen Erfassung der fertiggestellten Wohngebäude wurden Adreßkorrekturen durchgeführt. Im Hinblick auf den vom ÖSTAT angestrebten Aufbau eines Gebäuderegisters werden bei allen Adressen ohne gültigen Adresscode (ACD), nachträglich manuelle Korrekturen mittels Adresslisten (Dateien), gegebenenfalls unter Mithilfe der Magistratsabteilung 21 B, durchzuführen sein. Die für das Jahr 1997 gemeldeten Wohnungszugänge, 9.636, wurden nach unterschiedlichen Merkmalen, wie Lage des Bauplatzes, Bauherr, Ausstattung der Wohnung usw., statistisch ausgewertet. Die Zahl der von den Außenstellen der Baupolizei gemeldeten Wohnungsabgänge betrug 2.807.

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik wurden alle Wiener Standesfälle (Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle) bearbeitet. Ergänzend zu den Standesamtsdaten wurden die gesundheitsstatistischen Daten zu den Geburten und die Todesursache, die nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) zu vercoden ist, zu den Sterbefällen erfaßt, wofür zahlreiche Nacherhebungen bei Hebammen, Spitälern, Standesämtern und dem gerichtsmedizinischen Institut durchgeführt werden mußten. Besondere Aufmerksamkeit galt den Totgeborenen, verstorbenen Säuglingen und Verkehrsopfern, da diese Daten Arbeitsgrundlagen für andere Abteilungen (MA 15, MA 46) sind. Die laufende Bevölkerungsfortschreibung, die auf den Ergebnissen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik basiert, wird seit 1997 auch nach dem Geschlecht differenziert vorgenommen.

Mit der Auswertung der Ergebnisse des 1996 unter Federführung des Österreichischen Instituts für Familienforschung im Rahmen des international akkordierten Projektes „Family and Fertility Survey" wurde 1997 begonnen. Zur Spezifizierung der Annahmen für eine kleinräumige Bevölkerungsprognose für Wien wurde eine umfangreiche Analyse der Wanderungsdaten der Jahre 1994 - 1996 durchgeführt. Für den Arbeitskreis „Senior 21" des Seniorenbeauftragten wurden verschiedene Datenaufbereitungen und Analysen zur demographischen Entwicklung und deren Konsequenzen für den Gesundheits- und Pflegebedarf vorgenommen und präsentiert.

Die Umweltstatistik konnte 1997 durch Angaben über die Altlasten wesentlich erweitert werden. Es wird ein Überblick über bereits abgesicherte bzw. sanierte Altlasten geboten sowie über Altlasten, die im Altlastenkataster als solche ausgewiesen sind, für die aber erst Maßnahmen geplant werden. Die Beseitigung dieser erheblichen Gefahren für Mensch und Umwelt stellt eine große und sich auf viele Jahre erstreckende Aufgabe der Gemeinde Wien dar.

Weiters wurden die Ergebnisse des Mikrozensus-Sonderprogrammes vom Dezember 1994 betreffend die Umweltbedingungen im Wohnbereich (Beeinträchtigungen des Wohnens durch Staub und Ruß, Lärm und Geruchsbelästigungen) und das Umweltverhalten (erhöhte Zahlungsbereitschaft für umweltschonende Produkte) überarbeitet und publiziert.

In Form von Grafiken wurde die Entwicklung der Problemstoffe in den Jahren 1991 bis 1996 aufbereitet, ebenso die beachtenswerte Emmissionsverringerung von Schwefeldioxid und Stickoxid bei den Wienstrom Kraftwerken von 1980 - 1996, die trotz steigender Strom- und Fernwärmeproduktion erzielt werden konnte.

In der Gesundheitsstatistik wurden die Zeitreihen in den einzelnen Fachbereichen wie bisher weitergeführt und ab 1997 berufsbezogene Daten wie ÄrzteInnen, Pflegepersonal, ApothekerInnen usw. so weit als möglich geschlechtsspezifisch ausgewiesen. In den von der Magistratsabteilung 15 (Dezernat III - Gesundheitsplanung) ins Leben gerufenen Internationalen Beirat für die Erarbeitung von Datengrundlagen eines Gesundheitsförderungs- und Präventionsplanes (GEFÖP) wurden auch zwei Mitarbeiter des Statistischen Amtes nominiert. Zu einem Zwischenbericht über den Stand des GEFÖP wurde eine Stellungnahme abgegeben und an der Konzeption eines Gesundheitssurveys für Wien wird weiterhin mitgearbeitet werden.

Die Arbeiten im Bereich der Sozialstatistik waren 1997 durch den Umstand begünstigt, daß das Datenmaterial vom ÖSTAT in bereinigter Form und in wesentlich kleinerem Umfang zur Verfügung gestellt wurde. Weiters konnten in der offenen und geschlossenen Fürsorge des öffentlichen und privaten Sektors durch Verbesserung bzw. Verkürzung des organisatorischen Ablaufes weitere Strukturdaten verwendet werden. Es wurden Vorarbeiten durchgeführt, um die Mikrozensus-Sonderprogramme im Sozialbereich in die Publikationen des Amtes einfließen zu lassen. Die Strukturänderungen im Bereich der bestehenden Organisation der öffentlichen Heime für Kinder und Ju-

gendliche erforderten ebenfalls statistische Vorerhebungen, die die Grundlage für die künftige Einteilung der Fremdunterbringung auf Regionen und Überregionen darstellen.

Um besonders rasch auf die immer zahlreicheren Anfragen nach Daten aus der Arbeitsmarktstatistik reagieren zu können, wurde 1997 endgültig die Anbindung an die Datenbank SAMIS des Arbeitsmarktservice Wien beantragt. Die Realisierung ist für das Jahr 1998 vorgesehen.

Neben der routinemäßigen Redaktionsarbeit im Kulturbereich wurden weitgehend alle Datenerhebungs- und verarbeitungsvorgänge verkürzt und konzentriert. Weiters wurde die Kompatibilität der Daten der verschiedenen Kultureinrichtungen mit dem hauseigenen Daten hergestellt, die Amtshilfen bzw. Bundes- und Ländereinrichtungen geklärt, die Vergleichbarkeit und Harmonisierung der Kulturdaten in den verschiedenen Publikationen überprüft und auf Plausibilität kontrolliert. Aus den Anforderungen an die kommunale Kulturstatistik ergab sich ein gesteigerter Bedarf an Bezirkskulturdaten. Die organisatorischen und erhebungstechnischen Grundlagen für diese weitreichende Aufgabe mußte erst geschaffen werden. Schließlich wurde 1997 die bis dahin manuell erfolgte Zählung der Gebäude in den Schutzzonen auf der Grundlage der Plandokumente der MA 21 von einer digitalen Erfassung durch die MA 14 abgelöst. Damit wird nicht nur Zeit eingespart, die Ergebnisse sind auch verläßlicher, da die Gebäudedaten aus der Adreßdatenbank des Räumlichen Bezugssystems Wien stammen, in dem jedem Gebäude ein eindeutiger Adreßcode zugewiesen ist. Außerdem werden als Bezugsgröße für den Anteil der Häuser in den Schutzzonen an allen Häusern nicht mehr die Ergebnisse der nur alle 10 Jahre durchgeführten Großzählungen verwendet, sondern Jahresendzahlen.

In der Schulstatistik wurden erstmals Daten über die Fachhochschulstudiengänge aufgenommen. Im Bereich der 5. - 8. Schulstufe (Schule der 10 bis 14jährigen), die in der schulpolitischen Diskussion eine herausragende Rolle spielt, wurde die Zeitreihe nach einer Pause von mehreren Jahren um die Daten des Schuljahres 1996/97 ergänzt. Andererseits wurde auf zu detaillierte Daten über die Religions-, Arbeits- und sonstigen LehrerInnen verzichtet.

Die wichtigste Neuerung in der Verwaltungs- und Rechtspflegestatistik war 1997 die geschlechtsspezifische Aufbereitung der Personaldaten des Magistrats. Außerdem wurde auf die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten verzichtet. Damit sind nun alle Personaldaten der Stadt Wien (Magistrat, Landeslehrer, Wiener Verkehrsbetriebe) im „Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien" - nach Männern und Frauen gegliedert. Im Rahmen der Verwaltungs- und Rechtspflegestatistik wurden weiters vier Tabellen aufgelassen, da keine Nachfrage bestand und es sich vorwiegend um Statistiken von Geschäftsfällen handelt, wie etwa im Fall der Zivilgerichtsbarkeit.

Der zweite große Hauptaufgabenbereich der Abteilung bestand in der Veröffentlichung der durch Erhebung (Primärdaten) oder aus dem Verwaltungsvollzug (Sekundärdaten) gewonnenen Daten.

Das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien" nimmt die bedeutendste Rolle in der Publikationsreihe des Statistischen Amtes der Stadt Wien ein. Dieses Werk ist das wichtigste jährliche Datennachschlagewerk über Wien. Diese Publikation ist eine umfangreiche Statistiksammlung, auf 415 Tabellenseiten - in 26 Kapiteln gegliedert - enthält es nicht nur Statistiken über Wien als Ganzes, sondern auch über die einzelnen Wiener Bezirke werden eine Vielzahl von Daten publiziert. Die Ausgabe 1996 des Statistischen Jahrbuches bringt eine Datenübersicht über das Jahr 1996 mit einem Vergleich zu den fünf vorangegangenen Jahren. Die bestehenden Tabellen werden je nach Bedeutung auch bei dieser Ausgabe durch Schwarz-Weiß-Graphiken ergänzt. Eine Reihe von Farbgraphiken (Wiens Lage, Witterung, Bevölkerung, Umwelt, Wohnungswesen, Verkehr, Fremdenverkehr, Arbeitsmarkt und Preise in Wien) erhöht die Anschaulichkeit des Zahlenwerkes. Das Statistische Jahrbuch erschien im Dezember 1997 in einer Auflage von 1.000 Stück. Auch dieses Jahr, so wie im Vorjahr, ist das Statistische Jahrbuch auch auf Disketten erhältlich und magistratsintern im Intranet abrufbar.

Das „Statistische Taschenbuch" präsentiert gegenüber dem Statistischen Jahrbuch in kleinerem Umfang die wichtigsten Daten über Wien. Im handlichen DIN A6-Format konnte die Ausgabe für 1996 bereits im Juli 1997 in einer Auflage von 1.200 Stück herausgegeben werden. Diese Publikation enthält auf rund 140 Seiten, in 24 Kapiteln gegliedert, neben den auch im Jahrbuch enthaltenen Themenbereichen einen Vergleich Wiens mit anderen österreichischen und europäischen Städten. 22 Farbgraphiken und einige Schwarz-Weiß-Graphiken ergänzen das angebotene Datenmaterial.

Die vierteljährlich erscheinende Publikation „Statistische Mitteilungen" enthält neben Fachartikeln, die von Mitarbeitern der Abteilung, aber auch von Gastautoren verfaßt werden, einen umfangreichen Tabellenteil. Im Jahre 1997 erschienen die Artikeln „Die Europawahl, die Gemeinderatswahl und die Bezirksvertretungswahlen am 13. Oktober 1996 in Wien", „Die Systematik der Wirtschaftstätigkeiten (ÖNACE 1995) im System der europäischen und internationalen Wirtschaftsklassifikationen", „Städtevergleich: Berlin - Wien", „Lebens- und Familienformen" (Ergebnisse des Familien- und Fertilitätssurveys) sowie „Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Wien 1983 - 1996". Die Zeitschrift wurde pro Quartal in einer Auflage von 800 bis 1.500 Stück hergestellt.

Die Broschüre „Wien in Zahlen" wurde in deutscher, englischer, französischer, italienischer, ungarischer und tschechischer Sprache aufgelegt. Diese Zahlenübersicht bringt auf 16 Seiten grundlegende Informationen über die

wichtigsten Lebensbereiche dieser Stadt zur Kenntnis. Die Broschüre erschien im Herbst 1997 in einer Auflage von 22.000 Stück.

Parallel zu diesem Datenangebot in den Printmedien existiert seit 1995 eine ausgewählte Datenübersicht über Wien im Internet. „Wien in Zahlen" ist in einer erweiterten Version im Internet abrufbar. Ebenso werden die Wahlergebnisse der Nationalrats-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen im Internet angeboten. Die neuesten Kennzahlen über die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung können infolge eines wöchentlichen Updates über „Statistik aktuell" in Erfahrung gebracht werden. Für magistratsinterne Internetbenutzer sind alle Tabellen des Statistischen Jahrbuches ab dem Jahrgang 1996 im Intranet abrufbar. Die Nachfragefrequenz des statistischen Informationsangebotes im Internet zeigt, daß der laufenden Erweiterung und Verbesserung dieses Angebotes aus heutiger Sicht der Vorrang vor dem Aufbau eines Statistischen Informationssystems eingeräumt werden muß. Der Entwicklungsaufwand von Statistischen Informationssystemen ist derzeit noch sehr personal- und kostenintensiv und in der Anwendung nur für Spezialisten geeignet.

Neben der umfangreichen Veröffentlichung statistischer Daten sowohl in Printpublikationen als auch im Internet bzw. Intranet gibt die Abteilung noch den Tätigkeitsbericht der Stadt Wien heraus.

Die Publikation „Die Verwaltung der Stadt" Wien wurde in einer Auflage von 700 Exemplaren veröffentlicht. Der Verwaltungsbericht über das Jahr 1996, der mit zahlreichen Fotos und einem Sachregister ausgestattet ist, gibt auf rund 480 Seiten Auskunft über die Maßnahmen der Stadtverwaltung, der städtischen Unternehmungen, des Wien-Tourismus sowie der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien. Aufgenommen wurden auch die Berichte des Kontrollamtes der Stadt Wien, des Unabhängigen Verwaltungssenates, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Wiener Patientenanwaltschaft und der Wiener Umweltanwaltschaft.

Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die von der Abteilung herausgebrachten Publikationen wurde auch im Jahr 1997 auf breiter Ebene durchgeführt. In einer Reihe von U-Bahnhaltestellen sind in Schaukästen die Titelseiten der statistischen Publikationen ausgestellt. Andererseits wird mit einer Bestellkarte, die in der kostenlos erhältlichen Broschüre Wien in Zahlen integriert ist, auf das Publikationsangebot des Statistischen Amtes aufmerksam gemacht. Diese Broschüre - „Wien in Zahlen" - wurde in der Stadtinformation, in den Bürgerdienstaußenstellen und in allen Magistratischen Bezirksämtern aufgelegt. Um auch im Ausland präsent zu sein, wurden dem Wien-Haus in Brüssel etliche Exemplare in allen sechs Sprachen und auch dem Tourismusverband rund 3.500 Exemplare - die überwiegende Anzahl in englisch - übermittelt. Durch diese Aktionen - weitere, wie eine Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat, sind noch geplant - und das Angebot im Internet brachten steigende Verkaufszahlen. So konnten auch schon Publikationen an Schüler und Lehrer ausländischer Schulen, die sich auf Wien-Besuch befanden, verkauft werden.

Ein vom Zeitaufwand her nicht zu unterschätzender Aufgabenbereich des Statistischen Amtes ist der Bereich der Anfragebeantwortung. Der stetige Anstieg der Anzahl an Anfragen - ob telefonisch, schriftlich oder über E-mail, ob aus dem Inland oder Ausland - bindet immer mehr an Personal- und Zeitkapazität. Am intensivsten nachgefragt werden Daten aus dem Bevölkerungsbereich, aber auch Zahlen über Gebäude und Wohnungen, weiters Daten aus der Arbeitsmarktstatistik und der Wirtschaft. Detaillierte Wahlergebnisse und Angaben über den Verbraucherpreisindex sind ebenso von großem Interesse. Im Zuge der Dezentralisierung werden immer mehr Statistikdaten zumindest auf Bezirksebene oder noch kleinräumiger gewünscht.

Der Bücherbestand in der Statistischen Fachbibliothek betrug Ende des Jahre 6.828 Bände, wobei während des Jahres 1997 allein 310 Bücher und Zeitschriften katalogisiert wurden. Nur ein geringer Teil dieser Neuerwerbungen gelangte durch Kauf, der überwiegende Teil durch Tausch in den Besitz der Abteilung. Mit 150 Stellen des In- und Auslandes wurde regelmäßig ein Tauschverkehr unterhalten, der zur Aktualisierung der Bestände noch weiter beitrug.

Im statistischen Archiv wurden die Unterlagen für die Publikationen der Abteilung sowie zur Information öffentlicher Dienststellen, Mandatare und privater Personen gesammelt und bei den jeweiligen Referenten abgelegt.

Die Schulung von Bediensteten und die Entsendung zu Fortbildungsseminaren wurde fortgesetzt. An den Sitzungen der statistischen Beratungsgremien des ÖSTAT, der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil. Bedienstete der Abteilung nahmen im Jahr 1997 an folgenden Tagungen teil:

– Koordinierungsbesprechung von Bundes- und Landesstatistikern am 15. April in Wien
– 92. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 21. und 22 April in Bregenz
– 8. Deutsch-österreichisch-schweizerisches Demographentreffen vom 13. bis 15. Mai im Rüttihubelbad bei Bern
– Arbeitstagung über den Verbraucherpreisindex am 17. und 18. September in Wien
– Statistische Woche 1997 vom 22. bis 26. September in Bielefeld
– 93. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundesam 13. Oktober in St. Pölten
– 29. Kommunalstatistische Tagung am 14. und 15. Oktober in St. Pölten

Am 2. Dezember fand die 8. Sitzung des Statistischen Beirates für Wien statt. Als Tagesordnungspunkte wurden behandelt: Ergebnisse des Familien- und Fertilitätssurveys für Wien, Tätigkeitsbericht über die vergangenen und künftigen Aktivitäten der Abteilung und Ausblick auf die erste Testerhebung im Frühjahr 1998 für die Großzählung 2001.

# Wiener Stadtwerke

## Personalia

Im Berichtsjahr 1997 ergab sich eine Änderung der politischen Zuständigkeit für die Wiener Stadtwerke, da der amtsführende Stadtrat Rudolf Edlinger in die Bundesregierung berufen wurde. Ihm folgte Brigitte Ederer als Finanzstadträtin nach. In der Geschäftsleitung der Wiener Stadtwerke gab es eine Änderung bei der BESTATTUNG WIEN: Direktor Dr. Alfred Wurst trat mit 31. Dezember 1996 in den Ruhestand. Ihm folgte Dkfm. Mag. Arno Molinari als Direktor nach.

## Beteiligungen

Die Wiener Stadtwerke sind per 31. Dezember 1997 an folgenden Unternehmen beteiligt:

AG der Wiener Lokalbahnen, Austria Ferngas GmbH, Einkaufsgenossenschaft der Österreichischen Elektrizitätswerke, ENCOM GmbH, EnergieComfort GmbH, Entsorgungsbetriebe Simmering GmbH, Fernwärme Wien GmbH, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener Stadtwerke mbH, Gemeinschaftskraftwerke Stein GmbH, Importkohle GmbH, Leopold Wolf & Co, Lischkar & Co GmbH, Österreichische Donaukraftwerke AG, Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG, Österreichische Erdgaswirtschaft GmbH, Payer, Schmutzer & Co GmbH, Tauernkraftwerke AG, Teerag Asdag AG und Wiener Stadtwerke Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH.

## Wirtschaftliches Umfeld

Wie in anderen EU-Ländern gewann in Österreich der Konjunkturaufschwung im Jahr 1997 an Dynamik und Breite. Das Wachstum erreichte real 2,5 Prozent gegenüber 1,6 Prozent im Vorjahr.

Der Warenexport bildete dabei den Konjunkturmotor. Er profitierte von steigender Nachfrage in Europa sowie von einer verbesserten preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit. Zudem stabilisierte sich die inländische Konsumnachfrage.

Die wirtschaftliche Prognose für die nächsten zwei Jahre geht auf Grund weiter verbesserter internationaler Rahmenbedingungen und einem sich dynamisch entwickelnden Außenhandel von einer Beschleunigung des Wachstums von 2,7 bzw. 3,0 Prozent aus.

## Energiewirtschaftliches Umfeld

Die österreichische Stromerzeugung betrug im Berichtsjahr 56,8 Terawattstunden, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 3,6 Prozent bedeutet. Auf Grund der vorherrschenden günstigen Bedingungen stammt dieser Zuwachs zum Großteil aus einer Zunahme der hydraulischen Stromproduktion.

Im Jahr 1997 wurde der politische Diskussionsprozeß zur Begutachtung der Gesetzentwurfsvorschläge des ELWOG (Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz) zur Neuordnung und Liberalisierung der österreichischen Energiewirtschaft im Sinne der EU-Elektrizitätsrichtlinie eingeleitet.

Der Verbrauch von Erdgas betrug im Berichtsjahr in Österreich 7.439 Millionen $m^3$ (- 4,2 % gegenüber 1996). Dieser Rückgang ist auf einen witterungsbedingten Minderverbrauch zurückzuführen, welcher durch die weitere Ausbautätigkeit der Erdgasversorgung nicht ausgeglichen werden konnte.

## Witterungsentwicklung

Im Berichtsjahr lag die Durchschnittstemperatur mit + 10,2° C um 1,3° C über dem Vorjahr und um 0,1° C über dem langjährigen Durchschnitt. Auf einen kalten Jänner folgte ein milder Februar, ebenso auf einen kalten Oktober ein warmer November und Dezember, so daß in Summe die Jahresdurchschnittstemperatur nahezu auf dem Niveau des langjährigen Mittelwertes lag. Dies wirkte sich entsprechend auf die Abgabemengen der Energieversorgungsunternehmen aus.

## Primärenergiepreise

Der Durchschnittspreis für Rohöl der Sorte "Brent" schwankte am Rotterdamer Spotmarkt im Jahr 1997 innerhalb einer Bandbreite von 17,3 US$ und 23,5 US$. Im Jahresdurchschnitt verminderte sich der Preis gegenüber dem Vorjahr um 1,5 US$ auf 19,2 US$.

Die Erdgas-Bezugspreise vollziehen diese Entwicklung zeitversetzt nach, denn Rohölpreise stellen eine wichtige Basketgröße bei der Preisgestaltung von Erdgas dar.

## Leistungsdaten

Der geringe Anstieg des Stromverkaufes um 0,4 Prozent ergibt sich durch Zuwächse bei Industriekunden, die durch witterungsbedingte Rückgänge bei Nachtstromspeicherheizungen abgeschwächt wurden.

Beim Gasverkauf mußte auf Grund der durchschnittlichen Heizperiode im Vergleich zur kalten Witterung des Vorjahres ein Rückgang um 8,6 Prozent verzeichnet werden.

Bei den Fahrgästen ergab sich durch Zuwächse beim Verkauf der Jahresnetzkarte sowie der Einführung der Studentenkarte im Wintersemester 1997/98 eine Steigerung im Ausmaß von insgesamt 0,3 Prozent.

Der österreichweite Trend einer sinkenden Sterblichkeit setzte sich im Rückgang der Bestattungsdienstleistungen mit 5,2 Prozent weiter fort.

### Entwicklung der Umsatzerlöse

1997 verzeichneten die Wiener Stadtwerke einen Gesamtumsatz von 20.902 (1996: 21.564) Millionen Schilling. Davon entfielen auf WIENSTROM 12.266 (1996: 12.520) Millionen Schilling, auf WIENGAS 4.123 (1996: 4.524) Millionen Schilling, auf die WIENER LINIEN 3.838 (1996: 3.817) Millionen Schilling und auf die BESTATTUNG WIEN 675 (1996: 703) Millionen Schilling.

Die Veränderungen der Leistungsdaten in den vier Geschäftsfeldern korrespondieren mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, allerdings zusätzlich verstärkt durch jene tarifliche Maßnahmen, welche die Wiener Stadtwerke 1997 gesetzt haben:

Mit Wirkung 1. Dezember erfolgt bei WIENGAS die Verrechnung des Gasverbrauches nach einem neuen Tarifsystem, das vor allem das Heizen mit Gas verbilligt.

WIENSTROM führte per 1. September eine Strompreissenkung für Großkunden durch. Weitere Maßnahmen umfassen u.a. preisliche Anreize für einen gleichmäßigen Stromverbrauch.

Die WIENER LINIEN bieten seit 1. Oktober eine vergünstigte Netzkarte für die Wiener Studenten an.

### Ertragsstruktur

In einer zusammengefaßten Gewinn- und Verlustrechnung leitet sich der Bilanzverlust wie folgt ab:

Betriebserträge 27.304 Millionen Schilling – Betriebsaufwendungen 28.121 Millionen Schilling = Betriebsergebnis – 817 Millionen Schilling + Finanzergebnis 340 Millionen Schilling = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit – 477 Millionen Schilling + Ertragssteuern 5 Millionen Schilling = Jahresfehlbetrag – 482 Millionen Schilling + Rücklagenbewegung – 136 Millionen Schilling + Verlustvortrag – 479 Millionen Schilling = Bilanzverlust – 1.097 Millionen Schilling.

Das verbesserte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit resultiert aus zwei gegenläufigen Entwicklungen: Im Betriebsbereich ist der Rückgang auf geringere Umsatzerlöse sowie auf die außerplanmäßigen Abschreibungen (Kraftwerk Freudenau, Gaszähler) zurückzuführen. Demgegenüber steht das deutlich verbesserte Finanzergebnis, welches auf den Verkauf von Aktien der Bank Austria AG und generell erhöhten Zinsen basiert. Die Bilanzsumme ist von 101.209 Millionen Schilling auf 103.561 Millionen Schilling im Berichtsjahr gestiegen. Die Zunahme des Anlagevermögens um 2.216 Millionen Schilling auf 90.397 Millionen Schilling (87,3 %) ist auf die weiterhin hohen Investitionen im U-Bahn-Bau zurückzuführen.

Infolge der Rücklagenzuführung erhöhte sich das Eigenkapital von 72.161 Millionen Schilling um 1.798 Millionen Schilling auf 73.959 Millionen Schilling (71,4 %).

### Investitionen

Die Wiener Stadtwerke investierten im Berichtsjahr insgesamt 5.975 (1996: 5.967) Millionen Schilling. Davon entfielen auf WIENSTROM 1.956 (1996: 1.869) Millionen Schilling, auf WIENGAS 695 (1996: 292) Millionen Schilling, auf die WIENER LINIEN 3.312 (1996: 3.792) Millionen Schilling und auf die BESTATTUNG WIEN 12 (1996: 14) Millionen Schilling. Damit konnte das Investitionsvolumen gegenüber dem Vorjahr trotz Rückganges beim U-Bahn-Bau auf hohem Niveau gehalten werden.

### Personal

Per 31. Dezember 1997 waren bei den Wiener Stadtwerken 15.086 (1996: 15.222) Personen beschäftigt. Davon entfielen auf WIENSTROM 4.196 (1996: 4.221), auf WIENGAS 1.366 (1996: 1.381), auf die WIENER LINIEN 8.868 (1996: 8.963), auf die BESTATTUNG WIEN 462 (1996: 456) und auf die Zentralverwaltung einschließlich Generaldirektion 194 (1996: 202) Personen. Der Stand an Pensionsparteien verringerte sich von 12.389 im Jahr 1996 auf 12.209 im Berichtsjahr.

### Lehrlinge

Ende 1997 standen bei den Wiener Stadtwerken insgesamt 312 (1996: 292) Lehrlinge in Ausbildung, was eine Zunahme um 20 Lehrlinge bedeutet. Damit leisten die Wiener Stadtwerke einen bedeutenden Beitrag zur Jugendbeschäftigung und zur Ausbildung von Fachpersonal für die verschiedensten Unternehmensbereiche.

### Datenverarbeitung

Im Netzwerk der Wiener Stadtwerke werden derzeit rund 2.000 PCs und 800 Datensichtgeräte mit angeschlossenen Druckern betreut, wobei auf Grund der Automatisierung und der eingesetzten Managementtools ein hoher Sicherheitsstandard gegeben ist.

Kundeninformations- und –abrechnungssysteme zu bestmöglicher Betreuung der 1,3 Millionen Strom- und rund 700.000 Gaskunden, interne Verrechnungssysteme für rund 15.000 Bedienstete und technische Datenbanken für

Versorgungsnetze erfordern die permanente Verfügbarkeit von rund 470 Gigabyte Speicherkapazität und eine Rechnerleistung von 132 MIPS der beiden Mainframe-Rechner im Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke.

Anwendungen des Intranet, der Zugang zu Internet, eine weitestgehend einheitliche Hard- und Softwaretechnologie und der Auf- und Ausbau einer durchgängigen Kommunikationsplattform im Unternehmen schafft rasche und ortsunabhängige Verfügbarkeit von Informationen.

### Schulungs- und Ausbildungszentrum

Das Schulungs- und Ausbildungszentrum der Wiener Stadtwerke (SAZ) ist im Jahr 1997 auf einen EDV-gestützten Schulungsbetrieb umgestiegen. Dies eröffnet die Möglichkeit einer umfangreichen Dokumentation und statistischen Auswertung der Schulungstätigkeit.

1997 haben 4.752 MitarbeiterInnen der Wiener Stadtwerke sowie 7 Externe an 7.518 Bildungstagen insgesamt 662 Veranstaltungen des SAZ besucht.

Im Berichtsjahr wurden im SAZ im Hinblick auf das Wiener Gleichbehandlungsgesetz und die daraus resultierenden Frauenförderungspläne erstmals Seminare speziell für Frauen im Unternehmen angeboten.

### Energiekoordinierung

Seit der Gründung im Jahr 1972 hat der Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE) bis Ende 1997 in 334 Sitzungen 6.845 Empfehlungen für die Energieversorgung von Bauvorhaben mit einem Gesamtanschlußwert von fast 8.000 Megawatt beschlossen. Von dem genannten Anschlußwert entfallen insgesamt rund 60 Prozent auf Fernwärme, 39 Prozent auf Erdgas und jeweils 0,5 Prozent auf Strom und sonstige Brennstoffe.

Für alle 1997 im AKE behandelten Bauvorhaben bzw. Heizungsumstellungen konnte eine umweltfreundliche leitungsgebundene Energieversorgung angeboten werden. Der AKE hat somit an der im Energiekonzept der Stadt Wien geforderten Substitution von festen und flüssigen Brennstoffen durch Fernwärme und Erdgas erheblich mitgewirkt, die Anteile der emissionsarmen leitungsgebundenen Energieträger zu Lasten von Heizöl und festen Brennstoffen zu erhöhen.

Anläßlich des 25jährigen Bestehens des AKE hat Generaldirektor Dr. Karl Skyba im Rahmen einer Festveranstaltung den 32 ehemaligen und 15 aktiven AKE-Mitgliedern seinen Dank für ein Vierteljahrhundert Energiekoordinierung in Wien ausgesprochen.

### Neues Wiener Energiekonzept

Im Auftrag der zuständigen politischen Gremien haben die Wiener Stadtwerke im Laufe der Jahre 1996 und 1997 eine 3. Fortschreibung des Energiekonzeptes der Stadt Wien ausgearbeitet. Die redaktionelle Gesamtleitung oblag wie in den vergangenen Jahren dem Energiereferat der Generaldirektion.

Unter Mitwirkung von WIENSTROM, WIENGAS, FERNWÄRME WIEN, WIEN ENERGIE, WIENER LINIEN und der Firma ENCOM konnten die Arbeiten im Herbst 1997 abgeschlossen werden. Im Rahmen der anschließenden magistratsinternen Abstimmung wurden Vorschläge und Anregungen der Stadtverwaltung und der Wiener Umweltanwaltschaft in die Rohfassung des neuen Energiekonzeptes eingearbeitet.

Die 3. Fortschreibung des Energiekonzeptes der Stadt Wien mit dem Titel "Energie als Dienstleistung – Ressourcenschonung in einem geöffneten Markt" wird im März 1998 dem Wiener Gemeinderat vorgelegt.

Auf 140 Seiten geben die Umwelt-, Energie- und Verkehrsexperten der Stadt Wien eine umfassende Darstellung der Wiener Energiesituation, wobei hier vor allem der Raumwärmemarkt im Mittelpunkt steht, da dort – neben dem Verkehr – die größten Entlastungspotentiale für die Umwelt liegen.

Diese 3. Fortschreibung zeigt die Entwicklung hin zu einem Energiemarkt, auf dem sowohl den Wünschen der BürgerInnen nach Umweltschutz als auch der Befriedigung der Kundenbedürfnisse mit den Zielsetzungen „Schonung von Umwelt und Ressourcen", „Rationeller und sparsamer Umgang mit Energie", „Sichere, preis- und bedarfsgerechte Versorgung", „Soziale Verträglichkeit und zufriedene KundInnen", „Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit" Rechnung getragen wird.

## WIEN ENERGIE

WIEN ENERGIE, die gemeinsame Initiative von WIENSTROM, WIENGAS und FERNWÄRME WIEN bietet der Wiener Bevölkerung eine objektive, kompetente und kostenlose Energieberatung an. WIEN ENERGIE ist daher der Partner für alle Energiefragen und Lieferant maßgeschneiderter Lösungen.

Seit der Gründung im Jahr 1985 wurden über 122.500 Interessenten beraten.

Mit der Eröffnung des neuen Ausstellungs-, Beratungs- und Veranstaltungszentrums, dem Haus WIEN ENERGIE, beschreitet WIEN ENERGIE neue Wege in der Kommunikation mit den KundInnen der Wiener Stadtwerke.

1997 wurden 14.000 Energieberatungen durchgeführt, davon 56 Prozent über leitungsgebundene Energieträger, 34 Prozent über Sanierungsmaßnahmen und Energiesparmöglichkeiten und 10 Prozent EDV-gestützte Berechnungen über Heizlast und Heizkosten. Weiters wurden 10.100 Haushaltsberatungen durchgeführt, wovon 28 Prozent über Küchengeräte, 13 Prozent über Wäschepflege, 24 Prozent über Heiz- und Warmwassergeräte und 35 Prozent über Tarife, Licht und Sonstiges erfolgten.

WIEN ENERGIE war im Berichtsjahr auf folgenden Veranstaltungen vertreten: Energiesparmesse Wels, Bauen und Wohnen Wien, Senior aktuell Wien, Veranstaltungsserie „Konsumententag" in sieben Wiener Einkaufszentren.

## Haus WIEN ENERGIE

Das Haus WIEN ENERGIE in der Mariahilfer Straße 63 öffnete am Samstag, den 27. September 1997 seine Pforten. In der größten interaktiven Energieausstellung Mitteleuropas bieten WIENSTROM, WIENGAS und FERNWÄRME WIEN moderne Energieberatung mit Erlebnischarakter.

## Was ist das Haus WIEN ENERGIE?

Energie ist zwar das meistverwendete Produkt, wird jedoch am wenigsten wahrgenommen. Das Haus WIEN ENERGIE macht Energie zum Thema. Ressourcenschonung, effizienter Energieeinsatz und neue Technologien sind Fragen, deren Diskussion nur auf der Basis eines entsprechenden Wissensstandes sinnvoll ist.

Das Haus WIEN ENERGIE soll hier zum Informations- und Diskussionszentrum werden. Neben Ausstellungen und Beratungen ist auch ein Veranstaltungsbereich aufgebaut – als Forum für den Dialog mit Energie.

## Die Energie-Erlebniswelt

Für Eltern mit Kindern, aber vor allem für Schulklassen bietet das Haus WIEN ENERGIE eine interessante Begegnung mit dem Thema Energie. Über eine Brücke betritt man das Haus. Ein Wasserfall symbolisiert jene erneuerbare, umweltfreundliche Energiequelle, aus der Österreich 70 Prozent des elektrischen Stromes erzeugt. Der Rundgang durch die interaktive Ausstellung beginnt mit Blitz und Donner. Unser Planet Erde erscheint in einem Hologramm. In der Folge wird unter dem Motto „Der weite Weg" gezeigt, welche Energiequellen wir nutzen und wieviel technischer Aufwand nötig ist, um die Energie in jeden einzelnen Haushalt zu bringen.

## „Tips mit Grips"

Durch den Standort in einer der meistfrequentierten Einkaufsstraßen der Stadt kommt WIEN ENERGIE zu den Kunden. Die bisherigen dislozierten Beratungsstellen der Energieunternehmen werden nun an der neuen, attraktiven Adresse konzentriert. Wer Energieberatung möchte, erhält kompetente „Tips mit Grips" über Strom, Gas und Fernwärme im Haus WIEN ENERGIE.

## Chronik

### Jänner

Am 24. Jänner erfolgt die gewerberechtliche Genehmigung für die Kernzone im Gaswerk Leopoldau.

Vor 100 Jahren, am 28. Jänner 1897, nahm die erste „Elektrische Straßenbahn" ihren Betrieb auf.

### März

Am 10. März erfolgte der Tunnelanschlag für die erste der beiden neuen Tunnelröhren für die U3 im Bauabschnitt „Zippererstraße" im Zuge der Verlängerung der Linie nach Simmering.

In der Wiener Börse wird am 12. März das Wiener Energieforum 1997 zum Thema „Energiefalle Mobilität" veranstaltet.

Am 19. März werden die beiden neuen Stiegenaufgänge sowie die Personenaufzüge in der U4-Station Schönbrunn in Betrieb genommen.

### April

Am 25. April wurde die neugestaltete Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Hirschstetten wieder in Betrieb genommen.

### Mai

Für die Erneuerung der 110-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Leopoldstadt erfolgte am 23. Mai der Baubeginn.

Am 24. Mai wurde die alte 110-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Gresten stillgelegt.

### Juli

Die BESTATTUNG WIEN feierte am 1. Juli ihr 90jähriges Bestandsjubiläum

Auf der Wiener Donauinsel begann am 1. Juli der Probebetrieb für die Windkraftanlage.

### August

Am 4. August wurde zwischen OMV AG, Austria Ferngas und den Landesgesellschaften ein Inlandgasvertrag mit einer Laufzeit von 10 Jahren unterzeichnet. Die Wiener Stadtwerke erhalten aus diesem Vertrag eine Jahresmenge von 280 Millionen $m^3$ Erdgas aus der Inlandsförderung.

September

Am 1. September begann der Probebetrieb für Rufbusse auf zwei Linien im 22. Wiener Gemeindebezirk.

Ebenfalls am 1. September nahm das ASTAX (Anrufsammeltaxi) seinen Probebetrieb auf. Nach 21 Uhr wird die Autobuslinie 99B in der Donaustadt durch Anrufsammeltaxis ersetzt.

Am 20. September fand ein großer Tramwaykorso anläßlich der Abschlußveranstaltung „100 Jahre Elektrische Straßenbahn in Wien" statt.

Die nachgerüstete DENOX-Anlage im Block 1 / 2 des Kraftwerkes Simmering wurde am 24. September in Betrieb genommen.

Am 27. September wurde das Haus WIEN ENERGIE eröffnet.

Oktober

Die neue Erdgas-Haupttransportleitung von Auersthal nach Leopoldau wurde am 1. Oktober in Betrieb genommen.

Die Autobuslinie 34A nahm am 27. Oktober den Betrieb zwischen U4 Heiligenstadt und dem neuen Amtshaus Muthgasse in Döbling auf.

Am 31. Oktober erfolgte der Spatenstich für die Errichtung der Kernzone, die Zentralwerkstätte und das Zentrallager auf dem Gelände des Gaswerkes Simmering.

November

Im Umspannwerk Gresten wurde am 5. November die neue 110-kV-Freiluftschaltanlage in Betrieb genommen.

Am 6. November wurde das erste Gerät zur Funkablesung des Gaszählerstandes bei einem Industriekunden von WIENGAS installiert.

Am 25. November wurden die ersten Serienfahrzeuge der Niederflurstraßenbahn ULF an die WIENER LINIEN ausgeliefert.

## WIENSTROM

### Stromaufbringung

Die gesamte Stromaufbringung betrug im Berichtsjahr 9.702,9 Gigawattstunden (1996: 9.712,2 GWh). Davon entfiel auf die kalorischen Kraftwerke 3.990,2 GWh (1996: 4.202,4 GWh), auf Co-Generation-Anlagen 45,6 GWh (1996: 2,6 GWh), auf eigene Wasserkraftwerke 112,6 GWh (1996: 106,7 GWh), auf die Windkraftanlage Donauinsel 0,1 GWh, auf Bezugsrechte an den Donaukraftwerken Greifenstein und Freudenau 216,7 GWh (1996: 206,4 GWh) sowie auf den Fremdstrombezug 5.337,7 GWh (1996: 5.194,1 GWh).

Der Anteil der Eigenerzeugung an der Gesamtstromaufbringung betrug im Berichtsjahr 45 Prozent (1996: 46,5 %). Gegenüber 1996 konnten im Berichtsjahr auf Grund der guten Wasserführung der Donau seitens der Verbundgesellschaft wieder höhere Sonderlieferungen angeboten werden, so daß sich der Anteil der kalorischen Stromerzeugung entsprechend verringert hat.

Der Anteil von WIENSTROM am gesamtösterreichischen Strombedarf betrug im Berichtsjahr 17,1 Prozent.

Die Jahreshöchstlast 1997 betrug 1.753 Megawatt (1996: 1.711 MW).

Zur Strom- und Fernwärmeerzeugung wurden von WIENSTROM im Berichtsjahr 192.952 t Heizöl (1996: 141.013 t) und 844 Millionen $m^3$ Erdgas (1996: 964 Millionen $m^3$) eingesetzt. Damit erhöhte sich der Heizölanteil von 14,1 Prozent im Jahr 1996 auf 20,5 Prozent im Berichtsjahr. Im gleichen Ausmaß verringerte sich der Erdgasanteil von 85,9 auf 79,5 Prozent.

### Stromabgabe

An Tarifkunden von WIENSTROM wurden 1997 insgesamt 4.329,7 GWh (1996: 4.411,3 GWh) Strom abgegeben. An die Sonderabnehmer wurden 4.691,9 GWh (1996: 4.575,4 GWh) geliefert. Die gesamte Stromabgabe erhöhte sich von 8.986,7 GWh 1996 auf 9.021,6 GWh 1997.

### Fernwärmeabgabe

Die Fernwärmeabgabe aus den Kraft-Wärme-Kupplungen von WIENSTROM in das Netz der FERNWÄRME WIEN verringerte sich witterungsbedingt von 2.776,9 GWh 1996 auf 2.753,7 GWh im Berichtsjahr.

Ende 1997 waren im Versorgungsgebiet 1,396.715 Stromzähler installiert (1996: 1,387.787).

### Aktivitäten auf dem Kraftwerkssektor

Im Kraftwerk Simmering wurde der Block 1 / 2 mit einer Entstickungsanlage nachgerüstet. Die Blöcke 4 und 5 wurden stillgelegt und mit den Rückbauarbeiten wurde begonnen.

Für die Errichtung eines neuen Kombiblockes im Kraftwerk Donaustadt wurde der Auftrag an einen Generalplaner vergeben sowie die Erstellung von 15 Einzelgutachten veranlaßt, da dieses Projekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden muß.

Auf dem Gelände der Firma Semperit in Traiskirchen wurde eine Co-Generation-Anlage in Betrieb genommen.

Auf der Wiener Donauinsel in der Nähe des Einlaufbauwerkes Langenzersdorf wurde eine Windkraftanlage errichtet und probeweise in Betrieb genommen.

### Leitungsnetz

Das Leitungsnetz von WIENSTROM wies Ende 1997 eine Länge von insgesamt 21.549,7 km (1996: 21.325,3 km) auf. Davon waren 17.780,7 km Kabel und 3.769 km Freileitungen.

Im 380-kV-Netz erfolgte im Berichtsjahr die Revision von 3 Kabelsystemen sowie die Revision aller Kühlrohrsysteme. Für die Nordeinspeisung wurden Planungsarbeiten weitergeführt.

Im 110-kV-Netz wurde die Kabellegung zwischen dem Kraftwerk Freudenau und dem Umspannwerk Kaiserebersdorf abgeschlossen. Nach einem starken Hochwasser im Frühjahr mußten Schäden an der Kabeltrasse Umspannwerk Baden – Umspannwerk Enzesfeld – Umspannwerk Traiskirchen repariert werden.

Das City-Netz von WIENSTROM wurde weiter ausgebaut.

### Umspannwerke

Im UW Gresten wurde mit den Bauarbeiten für die Erneuerung der 110-kV-Freiluftschaltanlage begonnen.

Im UW Kaiserebersdorf wurden die 110-kV-Kabelschaltfelder für den Energieabtransport des Kraftwerkes Freudenau fertiggestellt.

Für das UW Leopoldau wurde ein neues 110-kV-Gebäude errichtet.

### Telekommunikation

Mit der Erstellung des Verwaltungsübereinkommens über die Errichtung und des Betriebes des Citynetzes für den Magistrat und den Krankenanstaltenverbund im Dezember 1995 wurden nach einjähriger Verhandlung und einem einfach konfigurierten Probebetrieb sowohl der Zeitpunkt der Inbetriebnahme als auch die Erlössituation festgelegt. Bis zum Ende des Jahres 1997 konnten von WIENSTROM alle im Übereinkommen festgelegten Standorte des Magistrates an das Citynetz angeschlossen werden.

Im Zuge des Ausbaues des neuen Datenübertragungsnetzes von WIENSTROM wurden 62,6 km Lichtwellenleiter-Rohre verlegt. Außerdem wurden mehrere Dienststellen von WIENSTROM, WIENGAS, der BESTATTUNG WIEN, das neue Haus WIEN ENERGIE sowie 16 Betriebsbahnhöfe der WIENER LINIEN an das Datenhochleistungsnetz angeschlossen.

Für das Citynetz wurden 17 und für Privatkunden 38 LWL-Verbindungen hergestellt. Für max.mobil wurden 6 LWL-Standorte geschaffen.

## WIENGAS

### Erdgasbezug

Im Jahr 1997 hat WIENGAS 220,9 Millionen $m^3$ (1996: 254,5 Millionen $m^3$) aus inländischer Förderung, 1.382,0 Millionen $m^3$ (1996: 1.800,6 Millionen $m^3$) aus Rußland und 80,7 Millionen $m^3$ (1996: 61,7 Millionen $m^3$) aus Norwegen bezogen.

In die Untertagespeicher wurden 1997 311,3 Millionen $m^3$ (1996: 615,9 Millionen $m^3$) Erdgas eingepreßt. Entnommen wurden 452,2 Millionen $m^3$ (1996: 537,3 Millionen $m^3$), so daß per 31. Dezember 1997 insgesamt 455,3 Millionen $m_3$ (1996: 596,2 Millionen $m^3$) Erdgas mit einem Gesamtwert von 566,4 Millionen Schilling (1996: 698,0 Millionen Schilling) in den Untertagespeichern gelagert sind.

### Erdgasabgabe

An Tarifkunden wurden 1997 insgesamt 730,1 Millionen $m^3$ (1996: 813,7 Millionen $m^3$) Erdgas abgegeben. Die Abgabe an Großkunden verringerte sich von 255,7 Millionen $m^3$ im Jahr 1996 auf 247,5 Millionen $m^3$ im Berichtsjahr. Die gesamte Gasabgabe betrug 977,6 Millionen $m^3$ (1996: 1.069,4 Millionen $m^3$).

Der Anteil von WIENGAS an der gesamtösterreichischen Erdgasabgabe betrug 1,31 Prozent (ohne Erdgaseinsatz bei WIENSTROM).

### Aktivitäten in den Dienststellen

In der Dienststelle Simmering wurden die Umbauarbeiten an der ehemaligen Schmiede zum neuen Qualitätssicherungslabor abgeschlossen. Der Umbau der Großregelstation wurde fortgeführt. Mit Vorarbeiten zur Errichtung der Zentralwerkstätte wurde begonnen.

In der Dienststelle Leopoldau wurde der Behälter 5 abgebrochen. Für die Errichtung der Kernzone wurden diverse Arbeiten durchgeführt. Für die Modem-Verbindung zwischen den Dienstellen Simmering und Leopoldau wurden Installationsarbeiten durchgeführt.

In der Prüf- und Versuchsanstalt wurden 175 Gasgeräte und Armaturen überprüft. Im gesamten Rohrnetz wurden 462 Gasproben entnommen und analysiert.

### Rohrnetz

Das Rohrnetz von WIENGAS wies Ende 1997 eine Gesamtlänge von 3.322,7 km (1996: 3.334,5 km) auf. Der Rückgang ist auf eine statistische Bereinigung der Leitungsdaten zurückzuführen.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 49.882 m Rohrnetz neu verlegt (1996: 40.082 m).

Gewechselt wurden 1997 insgesamt 57.276 m (1996: 71.379 m).

Im Versorgungsgebiet waren 1997 insgesamt 724.485 Gaszähler montiert (1996: 725.415).

## WIENER LINIEN

### Betriebsleistungen

Die WIENER LINIEN haben 1997 insgesamt 698,7 Millionen Fahrgäste befördert, um 0,3 Prozent mehr als 1996 (696,5 Millionen).

Davon entfielen auf die Straßenbahn 211,8 Millionen, auf die U-Bahn 375,7 Millionen und auf den Autobus 111,2 Millionen.

Im Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) wurden 1997 insgesamt 762,7 Millionen Fahrgäste befördert. Der Anteil der WIENER LINIEN betrug 91,1 Prozent.

Die Nutzkilometerleistung erhöhte sich von 107,4 Millionen 1996 auf 108,7 Millionen im Berichtsjahr.

Die Platzkilometerleistung war 1997 ebenfalls höher als ein Jahr zuvor: 1997 13.881,0 Millionen gegenüber 13.697,0 Millionen 1996.

Die Zunahme der Kilometerleistung ist vor allem auf den ganzjährigen Betrieb der Linie U6 bis Floridsdorf zurückzuführen.

### Straßenbahn

1997 gab es 33 Straßenbahnlinien mit einer Gesamtlinienlänge von 237,0 km und 1.147 Haltestellen.

Der Fuhrpark umfaßte 549 Triebwagen, 428 Beiwagen und einen Niederflurtriebwagen.

In der Wiedner Hauptstraße wurde eine sogenannte "Zeitinsel" bei der Haltestelle Mayerhofgasse eingerichtet. Dabei handelt es sich um eine Lichtsignalanlage, die dem nachfolgenden Fahrzeugverkehr mittels zuggesteuerten Signalen „Halt" zeigt, wenn sich ein Zug in der Haltestelle befindet. Dadurch soll ein sicherer und rascher Fahrgastwechsel ermöglicht werden.

Bei den Linien N, D, 5, 10, 31, 33, 43, 49, 58, 60 und 71 wurden Haltestellenkaps, Haltestelleninseln und befahrbare Haltestellenaufdopplungen errichtet.

### U-Bahn

1997 waren 5 Linien mit einer Gesamtlinienlänge von 56,4 km und 79 Haltestellen in Betrieb.

Der Fuhrpark umfaßte 68 Niederflurtriebwagen der Serie T, 48 Triebwagen der Serie E6, 46 Beiwagen der Serie c6 sowie 253 Doppeltriebwagen der Serien U, U1 und U11.

8 Doppeltriebwagen wurden im Berichtsjahr angeschafft.

Auf verschiedenen Linien wurden taktile Bahnsteigwarn- und –leiteinrichtungen für Sehbehinderte hergestellt. Außerdem wurden in mehreren Stationen die Aufzugstaster mit tastbaren Zeichen nachgerüstet.

Für die Verlängerung der Linie U3 wurden die Rohbauarbeiten im Bauabschnitt Kendlerstraße fertiggestellt. Im Bauabschnitt Zippererstraße erfolgte der Tunnelanschlag. Im Bereich Ottakring bis Hütteldorfer Straße wurden die Gleisbauarbeiten beendet.

Auf der Linie U4 wurde in den Stationen Hietzing und Kettenbrückengasse mit dem Einbau von Aufzugsanlagen begonnen. In der Station Schönbrunn wurde der zweite Ausgang mit Personenaufzügen in Betrieb genommen. In Heiligenstadt wurde mit dem Bau der neuen Wendeanlage begonnen.

In Zusammenarbeit mit der Stadtplanung wurden Varianten für U-Bahn-Verlängerungen nach Leopoldau (U1) und Aspern (U2) untersucht.

### Autobus

Der Autobusbetrieb umfaßte 1997 insgesamt 81 Linien (inkl. Nachtautobus) mit einer Gesamtlinienlänge von 629,8 km und 3.095 Haltestellen.

Im Berichtsjahr wurden 8 Niederflur-Normalbusse und 24 Niederflur-Gelenkbusse angeschafft. Ausgeschieden wurden 21 Normalbusse und 20 Gelenkbusse.

Per Ende 1997 umfaßte der Autobusfuhrpark 183 Normalbusse, 132 Gelenkbusse, 21 Niederflur-Midibusse, 148 Niederflur-Normalbusse und 26 Niederflur-Gelenkbusse.

Anläßlich der längeren Geschäftsöffnungszeiten wurden die Betriebszeiten der Linien 1A, 2A und 3A an Samstagen bis etwa 19.00 Uhr verlängert.

Auf der Linie 24A erfolgte der Start eines Probebetriebes für Rufbusse zwischen Breitenlee Ort und Invalidensied-

lung bzw. Teufelsfeldsiedlung sowie auf der Linie 67A zwischen Kolbegasse und Birostraße.

Probeweise wurde auch das Anrufsammeltaxi eingeführt, welches nach 21 Uhr die Linie 99B ersetzt.

### Zentralwerkstätte

1997 wurden in der Zentralwerkstätte der WIENER LINIEN 953 Schienenfahrzeuge (1996: 994) und 3.164 Kraftfahrzeuge (1996: 2.806) repariert bzw. untersucht. Außerdem wurden 1.408 (1996: 1.616) Drehgestelle serviciert.

In 75 Straßenbahntriebwagen wurde das integrierte Bordinformationssystem "IBIS" installiert. In 81 Straßenbahntriebwagen erfolgte der Einbau des rechnergesteuerten Betriebsleitsystems "RBL". 48 Drehgestelle wurden mit Schallschutzeinrichtungen ausgerüstet.

## BESTATTUNG WIEN

### Bestattungsleistungen

Der BESTATTUNG WIEN wurden 1997 insgesamt 22.096 Aufträge erteilt (1996: 23.313). Davon entfielen auf Erdbestattungen 12.279 (1996: 13.052), auf Feuerbestattungen 2.797 (1996: 2.859), auf Exhumierungen, Überführungen und diverse Leistungen 4.575 (1996: 4.980), auf Leistungen für andere Bestatter 1.799 (1996: 1.772) sowie auf Bestattungen auf Anordnung der Sanitätsbehörde 646 (1996: 650).

### Sargerzeugung und -verkauf

Der Sargerzeugungsbetrieb erzeugte 1997 33.192 (1996: 35.931) Särge. Davon wurden in Wien 19.282 Stück (1996: 20.303) und in den Bundesländern 14.669 (1996: 15.114) verkauft.

### Fuhrpark

Der Fuhrpark der BESTATTUNG WIEN umfaßte 1997 18 Fourgons, 13 Glas- und Blumenwagen, 8 Konduktwagen sowie 15 sonstige Fahrzeuge.

### Aufbahrungshallen

Am Friedhof Hirschstetten wurde die nach Plänen von Architekt Riccabona neu errichtete Aufbahrungshalle eröffnet.

### Filialen

Im Berichtsjahr wurde die Filiale 4 im Zentralgebäude nach Adaptierungsarbeiten wieder für den Publikumsverkehr geöffnet.

Die Arbeiten an der Ausgestaltung eines Sarg-Ausstellungsraumes wurden nahezu abgeschlossen.

### Bestattungsmuseum

1997 wurde das Wiener Bestattungsmuseum von 3.340 Personen (1996: 3.276) besucht.

# Jugend, Soziales, Information und Sport

## Amt für Jugend und Familie

Erstmals führte das Amt für Jugend und Familie gemeinsam mit dem Presse- und Informationsdienst eine Medienkampagne für einen „gewaltfreien Umgang mit Kindern" durch. Die Kampagne sollte die Bewußtseinsbildung und Diskussion über diese Thematik anregen sowie über das Spektrum an Hilfestellungen informieren und dazu auffordern, diese auch in Anspruch zu nehmen. Es sollte klar werden, daß die Stadt Wien eindeutig für gewaltlose Erziehung und den gewaltfreien Umgang mit Kindern eintritt, wobei auch die Solidarität mit und zwischen gewaltlos Erziehenden gefördert werden sollte.

In einem weiteren Schritt schien es wichtig, die Wurzeln und Ursachen von Gewalt näher darzustellen, um gewaltlose Erziehung in einer praktischen Weise vorzustellen und zu propagieren. Vizebürgermeisterin Grete Laska informierte bei der Sitzung des Wiener Familienforums am 12. Mai 1997 erstmals über die beabsichtigte Kampagne und ersuchte die Mitglieder des Familienforums um Vorschläge, worauf in erster Linie die Aufmerksamkeit gelenkt werden sollte. Auf der Basis dieser Vorschläge formulierte das Amt für Jugend und Familie die Grundsätze der Kampagne, die der Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Auswahl der durchführenden Agentur zugrunde lagen. Die Vorschläge der Agenturen gingen in zwei Richtungen: Das Problem Gewalt provozierend aufzuzeigen bzw. den Schwerpunkt darauf zu legen, wo wirklich Hilfe zu bekommen ist. Das schließlich ausgewählte Sujet reduzierte die Grundaussage auf das ganz Wesentliche („G'sunde Watsch'n?", „Zucht und Ordnung?", „Guter Onkel?") und hob die Servicekompetenz des Amtes für Jugend und Familie hervor, um den Weg zur Hilfe zu zeigen („Wählen Sie den Ausweg. Tel. 4000-8011, Amt für Jugend und Familie"). Bei der Präsentation im Wiener Familienforum fand die Kampagne große Zustimmung und Lob. Die Kampagne startete mit einem Pressegespräch von Vizebürgermeisterin Grete Laska am 1. Oktober 1997. Vom 5. Oktober bis Ende November lief die Kampagne insbesondere durch Plakate und Einschaltungen in Printmedien sowie durch eine Reihe zusätzlicher Beiträge in verschiedenen Medien. City-Light-Plakate erschienen in der Zeit von 16. bis 29. Oktober 1997 an insgesamt 710 Stellen in Wien. Eine Ausgabe von „Unser Wien" war der Thematik gewidmet und ging an jeden Haushalt. 15.000 Poster wurden an kinder- und familienrelevante Einrichtungen verteilt. Die Hauswandzeitungen in städtischen Wohnhäusern und Genossenschaftshäusern behandelten das Thema im November und Dezember. Zwei Broschüren an Eltern bzw. Pädagogen wurden herausgegeben und in der Auflage von je 20.000 Stück an familienrelevante Einrichtungen und Interessenten verteilt. Weiters gab es „Giveaways" (Kleber, Poster, Anhänger), die insbesondere auf das Amt für Jugend und Familie hinwiesen.

Zwei Aufführungen des „Forumtheaters" im Donauzentrum und am Meiselmarkt behandelten die Thematik und boten Mitspielmöglichkeiten für die Zuschauer. Bei diesen und anderen Veranstaltungen wurden Info-Stände eingerichtet.

Kindertagesheime, Schulen, Eltern-Kind-Zentren und andere ergriffen in ihrem Wirkungsbereich Initiativen zur Thematik. Verschiedene Printmedien griffen das Thema auf und brachten Beiträge.

Mit Beginn der Kampagne richtete das Amt für Jugend und Familie ein eigenes Servicetelefon (4000/8011) ein. Während der Kampagne stand das Telefon täglich 12 Stunden zur Verfügung. Seit Dezember werden die Dienste des Servicetelefons Montag bis Freitag werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr angeboten. Das Servicetelefon gibt Auskünfte und Informationen in Familien- und Erziehungsfragen, bietet Beratung bei familiären Problemstellungen oder in akuten Krisensituationen an und vermittelt weiterführende Möglichkeiten, informiert insbesondere über die Serviceangebote der Ämter für Jugend und Familie und anderer Einrichtungen.

Während der Kampagne erhielt das Servicetelefon 878 Anrufe, davon 47 aktuelle Hinweise auf Gefährdungen von Kindern durch Gewalt. Die Anrufe bezogen sich in erster Linie auf allgemeine Kinder- und Familienfragen, weiters auf Erziehungsprobleme, Obsorge-, Besuchsrecht und andere familienbezogene Rechtsfragen, Mißhandlung/Mißbrauch/Vernachlässigung und finanzielle Probleme.

In einer Kurzevaluation im Anschluß an die Kampagne beurteilten Ämter für Jugend und Familie und diverse Beratungseinrichtungen die Durchführung der Kampagne positiv. Hervorgehoben wurde die Wichtigkeit des öffentlichen Herangehens an das Thema „Gewalt an Kindern", die Sensibilisierung breiter Bevölkerungskreise und die Information über das Leistungsangebot des Amtes für Jugend und Familie.

Bereits vor dem Start der Kampagne kam es in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsdienst zur Entwicklung eines neuen Erscheinungsbildes bzw. eines Logos (Wort-Bild-Marke) für das Amt für Jugend und Familie. Ein renommiertes Grafikerteam entwickelte das neue Logo, das neben einem charakteristischen Bild die Bezeichnung MAG ELF vorsieht.

Es galt, für eine Magistratsabteilung mit über 7.000 MitarbeiterInnen ein charakteristisches Logo zu finden. In erster Linie handelt es sich um eine große Dienstleistungseinrichtung, die Familien bei Kinderbetreuung und Kindererziehung unterstützt. Die MAG ELF besteht aus der Zentralstelle und rund 650 speziellen bzw. regionalen Einrichtungen (davon 367 Kindertagesheimen).

Am 30. September 1997 wurde das neue Logo einer abteilungsinternen Öffentlichkeit vorgestellt. Die Kampagne „Gewaltfreier Umgang mit Kindern" bot die Möglichkeit, das neue Logo einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Rückmeldungen, sowohl aus dem Kreis der MitarbeiterInnen als auch der Bevölkerung in der Öffentlichkeit, sind sehr positiv.

Arbeitsschwerpunkte waren weiters die Vorbereitung der Übersiedlung der Zentralstelle der MAG ELF in ein neu adaptiertes Bürohaus in 3, Rüdengasse 11, mit Jahresbeginn 1998 und die Vorbereitung von Umstrukturierungen, die auf Grund zeitgemäßer Ansprüche an eine große Dienstleistungsorganisation erforderlich waren.

In Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie startete ein Führungskräftelehrgang „Sozialmanagement" für leitende MitarbeiterInnen im Bereich der MAG ELF. Die Zielsetzungen des Lehrganges sind: die Qualifikationen der TeilnehmerInnen zur Wahrnehmung von Führungsaufgaben zu erhöhen, Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten aus Managementlehre und Sozialmanagement zu vermitteln und die interprofessionelle Kooperation sowie die Ausformung einer gemeinsamen Identität zu fördern.

I.

Arbeitsgruppen der Rechtsfürsorge testeten ein Gesamtprogramm für die Aktenbearbeitung der Rechtsfürsorge im Rahmen elektronischer Datenverarbeitung und prüften die Umsetzung des Programmes in die Praxis.

Für 13 Jugendliche (1996: 9) übernahmen MitarbeiterInnen der Rechtsfürsorge die Vertretung minderjähriger Fremder gemäß § 71 Abs. 3 Fremdengesetz. Besonders geschulte MitarbeiterInnen vertraten 147 jugendliche Asylwerber (1996: 61) im Zuge des Asylverfahrens gegenüber dem Bundesasylamt.

Die Zahl der Familien, die zum Jahresende einen Wiener Familienzuschuß in der Höhe von S 700 bis S 2.100 pro Monat bezogen, erhöhte sich von 2.780 (1996) auf 2.976. Die Zahl der im Laufe des Jahres gestellten Anträge betrug 3.635 (1996: 3.328), die Gesamtsumme der Auszahlungen betrug rund S 66,504.000 (1996: S 61,935.000).

Die 28.767 Betreuungsfälle der Rechtsfürsorge (Stand zum Jahresende) setzten sich zusammen aus 260 Übertragungen der Obsorge (§ 176 a ABGB), 253 gesetzlichen und 345 bestellten Vormundschaften, 24.467 Sachwalterschaften, 120 Amtshilfen für Jugendwohlfahrtsträger außerhalb Wiens, 3.322 Fällen der Einbringung von Kostenersatz für die Unterbringung von Kindern in „voller Erziehung" (in Pflegefamilien, Heimen oder sonstigen Einrichtungen). Bei 42,6 Prozent der Obsorge-, Vormundschafts- und Sachwalterschaftsfälle war es notwendig, Unterhaltsvorschüsse zu beantragen.

Die Gesamtsumme der durch die Tätigkeit der Rechtsfürsorge hereingebrachten Unterhaltszahlungen betrug S 566,472.963,38, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 4 Prozent entsprach (1996: 1,73 %).

Die Fortbildung für die MitarbeiterInnen bezog sich auf die Themen „Exekution auf unbewegliches Vermögen - Realexekution - Grundbuch", „Asylgesetz" und die „Sachwalterschaft für Behinderte".

Die Fortbildungsveranstaltung für Leiterinnen und Leiter der Ämter für Jugend und Familie war dem „Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie" gewidmet.

II.

Im Bereich der Sozialarbeit für Kinder, Jugendliche und Familien standen die Informationsbroschüren „Rund um das Baby - nützliche Informationen für junge Eltern" und „Will schon! Kann schon? - Ihr Kind nach dem 1. Lebensjahr" weiterhin zur Verfügung.

An 16 Standorten können sich werdende Eltern im Rahmen der Elternschule auf die Geburt eines Kindes vorbereiten und Kompetenz und Sicherheit im Umgang mit dem Kind erwerben. Die Kurse bestehen aus 4 bis 7 Kursabenden. Die Elternschulen geben Tips und Hinweise für das Alltagsleben mit dem Säugling und Kleinkind und informieren, wie Eltern Überforderungsreaktionen vermeiden und Entlastung und Hilfestellungen finden können. Einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt hat der an einem Standort durchgeführte Kurs „Elternschule für Adoptivelternwerber".

An den 493 Kursabenden nahmen insgesamt 4.262 HörerInnen teil, was einer Frequenz von 9 Besuchern pro Abend entspricht (1996:10). Den meisten Zuspruch haben die Elternschulen in den Eltern-Kind-Zentren im 10., 16., 21. und 22. Bezirk mit fast der Hälfte aller KursteilnehmerInnen.

Mehr Mütter und Väter als im Vorjahr kamen zu den Elternrunden an 5 Standorten, wo nach der Geburt mit Kinderpflegerinnen und Psychologen Erziehungsfragen besprochen werden. 1.330 Mütter und Väter von insgesamt 1.322 Kindern nahmen daran teil (1996: 1.139 Mütter und Väter mit 1.165 Kindern).

Rund ein Drittel aller in Wien geborenen Kinder werden in den Elternberatungsstellen vorgestellt. Die Eltern schätzen das Angebot des interdisziplinären Teams, bestehend aus Ärzten bzw. Ärztinnen und SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen. Neben Beratung und Information werden kostenlose Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen angeboten.

Dolmetscher für Türkisch und Serbisch bzw. Kroatisch tragen dazu bei, daß die prophylaktische Hilfe der Elternberatung auch vielen ausländischen Familien zugute kommt.

Insgesamt wurden in den 57 Elternberatungsstellen 77.972 Säuglinge bzw. Kleinkinder vorgestellt, und zwar an 3.614 Beratungstagen. Der Durchschnittsbesuch betrug 22 Säuglinge bzw. Kleinkinder (1996: 21). Meist sind es die

Mütter, die mit ihren Kindern zur Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen in die Elternberatungsstellen kommen. Auch einige Väter stellen ihre Kinder in den Elternberatungsstellen vor und lassen sich beraten, ihre Zahl betrug 6.644.

Durch die Eröffnung zweier neuer Eltern-Kind-Zentren erhöhte sich deren Zahl auf 9. Das Eltern-Kind-Zentrum 21, Ocwirkgasse 3, liegt im Neubaugebiet der Brünner Straße und umfaßt u.a. Elternberatung, Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle, Besuchscafé, Stillgruppe, Sprechstunden von SozialarbeiterInnen und RechtsfürsorgerInnen, Scheidungsberatung, Elterncafé. Das neue Eltern-Kind-Zentrum in Wien 11, Rosa-Jochmann-Ring 5/13, umfaßt u.a. Elternberatung, Besuchscafé, Elterncafé, Elternschule, psychologische Beratung, Pflegeelternrunde, Stillgruppe und Sprechstunden von SozialarbeiterInnen.

Die Gesamtbesucherzahl der Eltern-Kind-Zentren betrug 69.025 (1996: 59.440). 27.943 Mütter, Väter und Kinder nahmen Angebote der SozialpädagogInnen in Anspruch, 7.302 Mütter und Väter kamen in die Sprechstunde der SozialarbeiterInnen, 6.940 nützten Informations- und Beratungsangebote anderer Berufsgruppen.

2.755 Ratsuchende kamen in die Eltern-Kind-Zentren, um sich über Babypflege und Ernährung zu informieren, 7.599 suchten darüber ausführliche telefonische Auskunft. Ein besonderer Anziehungspunkt sind die Mütter- und Elterncafes; sie verzeichneten 10.050 BesucherInnen. An Stillgruppen nahmen 7.802 Mütter teil.

1.087 Mütter und 1.224 Kinder besuchten die kreativen Vormittage, die in 5 Eltern-Kind-Zentren angeboten wurden. 967 BesucherInnen verzeichneten die beiden Spielgruppen. 2.597 Mütter und Väter nahmen die Beratungsangebote der Familienhebammen in Anspruch; die Nachfrage nach diesem Angebot ist steigend.

Nachdem das Schwangerenturnen im Eltern-Kind-Zentrum 21, Freytaggasse 32, wieder aufgenommen wurde, nahmen 644 Frauen daran teil.

Die muttersprachliche Beratung für türkische Familien sowie der Deutschkurs für türkische Frauen bildeten im Eltern-Kind-Zentrum 10, Quellenplatz 4, weiterhin ein bewährtes Angebot, bei dem neben dem Sprachunterricht auch die Informationsweitergabe über Beratungseinrichtungen und Hilfen sowie die Gesprächsmöglichkeit der Frauen untereinander eine wesentliche Rolle spielen.

An den Treffen von Müttern mit Zwillingen in 3 Eltern-Kind-Zentren nahmen 198 Mütter und 328 Kinder teil.

Das Familienberatungsangebot der Konfliktberatungsstelle nahmen 293 Ratsuchende in Anspruch, die Familienberatung mit Psychosomatik 593. In die Sprechstunden der PsychologInnen kamen 786 KlientInnen.

Die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zu den Geburtenspitälern informieren und beraten jede Wöchnerin über die Serviceangebote des Amtes für Jugend und Familie und bieten konkrete Hilfestellungen bei familiären bzw. sozialen Problemen an.

Insgesamt führten die Sozialarbeiterinnen 19.730 Gespräche.

Bei 2.460 Wöchnerinnen bzw. von den Ambulanzen zugewiesenen Schwangeren waren neben der Beratung auch weitergehende Hilfestellungen und Interventionen erforderlich. Davon lebten 725 Frauen in einer sozialproblematischen Situation, 444 Frauen hatten wirtschaftliche und finanzielle Probleme, 543 waren Alleinerzieherinnen. Bei 424 Frauen lagen der Intervention problematische Mutter-Kind-Interaktionen zugrunde. 333 Wöchnerinnen waren noch minderjährig. Für 1.024 Frauen wurde eine weitergehende Betreuung initiiert.

Erstmals offerierte eine Sozialarbeiterin des Verbindungsdienstes zu den Geburtenspitälern ein Informationsangebot bei der Geburtsvorbereitung im Geburtshaus Nußdorf. Es fanden insgesamt 8 Informationsabende statt, die von 23 Paaren und 21 Frauen besucht wurden. In der Folge ergaben sich aus den Kontakten beim Informationsabend intensivere sozialarbeiterische Betreuungen. 85 Prozent der Teilnehmerinnen waren Erstgebärende mit den für diesen Lebensabschnitt signifikanten Informationswünschen nach finanziellen und rechtlichen Ansprüchen, Ressourcen, Serviceeinrichtungen der Stadt Wien sowie Anlaufstellen für Hilfestellungen und Krisenbewältigung.

Sozialarbeiterinnen des Verbindungsdienstes wirkten in der Hebammenschulung mit, um zum Zweck einer guten Vernetzung über Problembereiche und Unterstützungsmöglichkeiten der Sozialarbeit zu informieren.

Die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zu den Kinderspitälern informieren bei Bedarf Eltern von aufgenommenen Kindern über Hilfsmöglichkeiten und finanzielle Ansprüche und begleiten Angehörige auch bei der Bewältigung besonders belastender Krankheits- und Krisensituationen.

Die Sozialarbeiterinnen begannen insgesamt 1.627 Betreuungen neu, wobei insgesamt 8.063 Befassungen erfolgten. Die Zahl der notwendigen Gespräche mit verschiedenen Institutionen und dem medizinischen, pflegerischen und psychologischen Mitarbeitern betrugen 14.790.

Die Zahl der persönlichen Gespräche mit Angehörigen oder Kindern betrug 3.052. Bei 786 Kindern bestanden soziale Schwierigkeiten, 376 Kinder wiesen Behinderungen auf oder waren von Behinderung bedroht, bei 147 Kindern bestand der Verdacht auf Mißhandlung oder Mißbrauch (im Preyer'schen Kinderspital allein bei 49 Kindern). Bei 64 Kindern stellte die Drogen- oder Alkoholabhängigkeit der Mutter ein Problem dar.

Die Sozialarbeiterinnen im Verbindungsdienst zur Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters und zur Heilpädagogischen Station der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde waren weiterhin in die jeweiligen interdisziplinären Teams integriert, wobei ihr Beitrag insbesondere in der psychosozialen Familiendiagnostik und im Aufzeigen und Erschließen entsprechender Unterstützungsressourcen für die Kinder besteht.

Weiterhin wirkten 25 Sozialpädagoginnen (Kinderpflegerinnen) in Ämtern für Jugend und Familie, Elternschulen, Elternberatungsstellen und Eltern-Kind-Zentren mit. Sie führten auch 3.273 Hausbesuche zur Beratung über Ernährung und Pflege von Kindern durch.

Die Zahl der Geburten in den Wiener Spitälern betrug 16.598, davon 8.231 Erstgeburten und 3.902 uneheliche Geburten. Die SozialarbeiterInnen gaben 8.125 Säuglingsausstattungen und 5.076 Kleinkinderausstattungen aus. Außerdem erhielten Eltern 966 Säuglingsausstattungen und 944 Kleinkinderausstattungen über die Ämter für Jugend und Familie bzw. die Adoptionsstelle.

Zum Jahresende standen den Ämtern für Jugend und Familie für muttersprachliche Beratungsdienste 7 DolmetscherInnen für Türkisch, Serbisch, Bosnisch und Kroatisch zur Verfügung.

Für die Tätigkeit der SozialarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie wurde ab September 1997 eine neue Dokumentationsform erprobt. Diese unterscheidet präziser zwischen den im Jugendwohlfahrtsgesetz vorgesehenen Kategorien „Soziale Dienste" und „Hilfen zur Erziehung". Erziehungshilfen umfassen einerseits die Unterstützung der Erziehung durch Beratung, Förderung der Erziehungskraft der Familie, Förderung der Entwicklung des Minderjährigen, Hilfe in Notsituationen u.a. und „volle Erziehung" durch Erziehung eines Minderjährigen in einer Pflegefamilie, in einem Heim oder in einer sonstigen Einrichtung. Erziehungshilfen, mit denen die Erziehungsberechtigten einverstanden sind, bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Erziehungsberechtigten und dem Amt für Jugend und Familie. Stimmen die Erziehungsberechtigten einer notwendigen Erziehungshilfe nicht zu, so hat das Amt für Jugend und Familie zur Wahrung des Wohles des Minderjährigen entsprechende gerichtliche Verfügungen zu beantragen.

Nach dem neuen Dokumentationssystem werden als Hilfen zur Erziehung nunmehr nur jene Betreuungsformen gezählt, die auf Grund einer schriftlichen Vereinbarung bzw. einer gerichtlichen Verfügung durchgeführt werden.

Die im Rahmen der Sozialen Dienste durchgeführten Aktivitäten wurden bisher nicht gesondert dokumentiert. Als „Soziale Dienste" sind jene Hilfen zu verstehen, die der Entwicklung und Förderung der Familie dienen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Es handelt sich dabei um allgemeine und besondere Beratungsangebote, vorbeugende und therapeutische Hilfen sowie Hilfen für die Betreuung und Erziehung von Kindern, wobei diese Dienste Vorbeugung zum Ziel haben. Die entsprechenden Aktivitäten beinhalten insbesondere Service- und Informationsdienste, weiters Hilfe bei finanziellen Problemen und Wohnungsproblemen, Hilfe bei Erziehungsproblemen und bei Gewalt in der Familie, Aktivitäten bei Scheidung, Trennung, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen, Hilfen bei gesundheitlichen und psychischen Problemen, bei Schulproblemen, bei Problemen mit der Arbeit und Lehre, bei Abhängigkeit und Sucht sowie bei Fragen der Aufenthaltsbewilligung und der Staatsbürgerschaft.

Auf der Basis der neuen Dokumentationsform bestanden zum Jahresende 4.125 Hilfen zur Erziehung (auf Grund einer Vereinbarung) und 5.196 aktuelle Betreuungen im Sinne Sozialer Dienste.

Seit der probeweisen Anwendung des neuen Dokumentationssystems mit September 1997 wurden insgesamt 26.716 Soziale Dienste abgeschlossen, was einem Durchschnitt von rund 6.700 abgeschlossenen Sozialen Diensten pro Monat entspricht. Die Sozialen Dienste wurden unabhängig von der Dauer der jeweiligen Betreuung gezählt.

Hilfen zur Erziehung auf Grund einer gerichtlichen Vereinbarung bestanden zum Jahresende 1.277 (1996: 13.335).

Nach den Daten der MA 14 - ADV sank die Zahl der Minderjährigen in Wien um rund 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 301.262. Im Durchschnitt waren damit pro Sozialarbeitssprengel (1 Sozialarbeiter) 1.293 Kinder zu betreuen (1996: 1.310).

Für SozialarbeiterInnen bestanden 329 ganztägige Posten (inklusive 3 Posten im Rahmen der Personalausgleichsstelle und 1 Personalvertreterposten) und 18 systemisierte Teilzeitposten. Von den ganztägigen Posten waren 19 Posten geteilt. Insgesamt waren 368 SozialarbeiterInnen ganztägig oder teilbeschäftigt und 3 SozialarbeiterInnen im Rahmen der Personalausgleichsstelle tätig.

Die Zahl der Stellungnahmen in pflegschaftsbehördlichen und strafgerichtlichen Verfahren betrug 4.265 (1996: 3.831).

Informationsgespräche gemäß § 2112 Abs. 1 ABGB über die elterlichen Rechte und Pflichten und die möglichen Hilfestellungen der Jugendwohlfahrt fanden 11.966 statt (1996: 13.335).

Die SozialarbeiterInnen stellten insgesamt 19.226 Anträge auf Aushilfen für Familien nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (1996: 18.867). Außerdem vermittelten die SozialarbeiterInnen 7.366 weitere finanzielle Hilfen, wie z.B. wirtschaftliche Krisenhilfen u.a.

Für die Wirtschaftliche Krisenhilfe für Familien, Schwangere und AlleinerzieherInnen in Krisensituationen standen weiterhin S 14,500.000 zur Verfügung. Von 1.083 eingelangten Ansuchen konnten 807 positiv erledigt werden, 197 wurden abgelehnt, bei 47 änderte sich die Situation, 32 befanden sich in Bearbeitung. Vermehrt, und zwar zu 46 Prozent im Vergleich zu 41 Prozent im Vorjahr, dienten die Unterstützungen der Sicherung bzw. Schaffung einer Wohnmöglichkeit (Mietzinsrückstände und Baukostenzuschüsse für Gemeindewohnungen 36 %, private Mietrückstände 2 %, Wohnraumbeschaffung am privaten Markt 8 %). 13 Prozent der Unterstützungsmittel wurden zur Sicherung der Strom-, Gas- und Heizversorgung bewilligt, 38 Prozent zur Anschaffung notwendiger Möbel bzw. für Installationen und 3 Prozent zur Hilfe bei sonstigen Notständen.

Weiters standen aus Mitteln der Odescalchi-Stiftung S 321.000 zur Verfügung, womit 110 Familien bzw. Jugendliche unterstützt wurden. Weitere 10 Unterstützungen kamen aus Mitteln der Geiter-Goos-Stiftung in der Gesamthöhe von S 30.000 und der Stadtrat Leopold-Thaller-Hilfe in der Gesamthöhe von S 49.997,60.

Die Zahl der Meldungen über Maßnahmen bei Gewaltanwendung in Familien (Mißhandlung, Vernachlässigung, Mißbrauch) stieg gegenüber dem Vorjahr stark an, offenbar dadurch, daß die Thematik in der Öffentlichkeit stark behandelt wurde. Nach dieser Statistik waren die Ämter für Jugend und Familie insgesamt mit 319 Fällen von Gewalt in Familien intensiver befaßt (1996: 144), und zwar in 232 Fällen von Mißhandlung bzw. Vernachlässigung und 87 Fällen von sexuellem Mißbrauch.

Die Mißhandlungen betrafen 14 Säuglinge, 62 Kleinkinder, 123 Schulkinder und 33 Jugendliche, sexueller Mißbrauch 1 Säugling, 16 Kleinkinder, 54 Schulkinder und 16 Jugendliche. Täter waren oder wurden vermutet 109 Väter (Mißhandlung 79, Mißbrauch 30), 89 Mütter (83, 6), 10 Eltern (8, 2), 21 Stiefeltern (12, 9), 12 Lebensgefährten (10, 2), 3 Pflegeeltern (2, 1), 41 Verwandte/Bekannte (12, 29) und 42 unbekannte Täter (26, 16).

Zu den Mißhandlungen kam es in 95 Fällen mit vermeintlicher erzieherischer Absicht, in 72 Fällen im Affekt u.a. Die Meldungen erfolgten vor allem durch Schulen: 73 Mißhandlungen, 30 Mißbrauchsfälle, Kindertagesheime: 34, 14, Mütter: 17, 12, Väter: 10, 2, Minderjährige selbst: 19, 8, Hausparteien: 14, 1, Spitäler/Ärzte: 9, 1, Sozialarbeiter: 20, 3, Verwandte/Bekannte: 24, 8, Polizei: 24, 8, anonym: 3, 1.

Die SozialarbeiterInnen mußten folgende Maßnahmen veranlassen: 14 Spitalsaufnahmen, 11 Vorstellungen in einer Spitalsambulanz oder bei einem Arzt, 59 stationäre Unterbringungen (volle Erziehung) zum Schutz der Kinder, 18 Pflegewechsel, 171 weitere sozialarbeiterische Betreuungen, 72 weitere Betreuungen durch Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen, 57 Unterbringungen in Krisenzentren, 16 Therapiezuweisungen, 31 Unterbringungen in Kindertagesheimen.

Die Zahl der Aktivitäten der sozialen Gruppenarbeit betrug 42. Insgesamt nahmen daran 3.200 Erwachsene und 6.956 Kinder teil. Rund 80 GruppenleiterInnen, insbesondere SozialarbeiterInnen, organisierten 1.039 Veranstaltungen.

Die Zahl der Gruppen für Kinder und Jugendliche betrug 12, Aktivitäten für Eltern bzw. Familien und Kinder fanden 10 statt, weiters 10 Besuchscafes, 8 Aktivitäten für Pflegeeltern, Stiefeltern und andere, 2 Volkshochschulkurse für Pflegeeltern.

Besuchscafés zur Besuchsbegleitung bei schwierigen Scheidungs-, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen bestanden in den Ämtern für Jugend und Familie 1/8/9, 3, 10, 11, 12, 13/14, 16, 21, 22 und 23. In den Besuchscafes wird auf Grundlage einer Vereinbarung mit dem/der zuständigen Sozialarbeiter/in oder eines pflegeschaftsgerichtlichen Beschlusses versucht, zu einem Kind oder zu Kindern mit Unterstützung durch SozialarbeiterInnen nicht bestehende oder abgerissene Besuchskontakte aufzubauen. Ziel ist, möglichst konfliktfreie, konstruktive und kindorientierte Kontakte zu entwickeln, wobei schließlich die Eltern selbst die Verantwortlichkeit für Kontakte übernehmen sollen.

Rund 20 SozialarbeiterInnen waren mit der Organisation und fachlichen Arbeit in den 10 Besuchscafes beschäftigt. An 267 Terminen nahmen 479 Erwachsene und 450 Kinder das Angebot wahr. Die Familienintensivbetreuung wurde in drei regionalisierte Teams umstrukturiert, analog der Reform Heim 2000. Außerdem erweiterte die Familienintensivbetreuung auf Wunsch einiger Ämter für Jugend und Familie ihre Arbeit auf Krisenintervention mit Familien. Durch die Schließung des FIDUZ war es möglich, die Familienintensivbetreuung um drei MitarbeiterInnen aufzustocken.

Die Familienintensivbetreuung war während des Jahres mit 124 Familien befaßt. 76 Betreuungen konnten abgeschlossen werden. 100 Betreuungsanfragen langten von den Ämtern für Jugend und Familie ein, bei 77 kam es zu einem Informationsgespräch zwischen Familie, SprengelsozialarbeiterIn und der Familienintensivbetreuung. In der Folge wurden 61 Familien in Betreuung übernommen und 11 Familien auf die Warteliste gesetzt.

Neben der Betreuungsarbeit führten die MitarbeiterInnen regelmäßige Vernetzungsgespräche mit den Ämtern für Jugend und Familie, Kooperationsgespräche mit BeratungslehrerInnen und PsychagogInnen und MitarbeiterInnen des außergerichtlichen Tatausgleiches der Bewährungshilfe sowie Kontakttreffen mit Einrichtungen Sozialpädagogischer Familienhilfe (entspricht methodisch der Familienintensivbetreuung).

Am 13. November organisierte die Familienintensivbetreuung aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens ein Fest, an dem viele wichtige Persönlichkeiten teilnahmen, die an der Entwicklung der Familienintensivbetreuung mitbeteiligt waren.

Das Team der Jugendintensivbetreuung besteht aus 3 Sozialarbeiterinnen und 3 Sozialarbeitern und betreut Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren auf Ersuchen der zuständigen Ämter für Jugend und Familie. Die Betreuung ist auf langfristige Begleitung (durchschnittlich 2 Jahre) ausgerichtet und beruht auf engmaschiger Betreuungsfrequenz mit der Methode der Einzelfallhilfe.

Das Team der Jugendintensivbetreuung leitet eine Volleyballgruppe im Rahmen des Wiener Berufsschulverbandes, an der Lehrlinge und die betreuten Jugendlichen teilnehmen können. Während des Jahres werden Aktionstage (Ausflüge, Sport u.a.) und Turniere (Billard, Darts usw.) abgehalten, wobei die betreuten Jugendlichen vor allem auch Gruppenerfahrungen sammeln können.

Insgesamt bezog sich die Betreuungsarbeit auf 73 Jugendliche. 23 Betreuungen wurden neu begonnen, in 9 Fällen kam schließlich keine längere Betreuung zustande. Die betreuten Kinder und Jugendlichen waren zu 59 Prozent

männlich und zu 37 Prozent weiblich. Bei 4 Prozent handelte es sich um Familien. Bei 20 Jugendlichen diente die Betreuung dazu, eine sonst notwendige Maßnahme der vollen Erziehung zu verhindern.

Hauptprobleme lagen im Schul- und Erziehungsbereich, gefolgt von aggressivem Verhalten und Problemen bei der Verselbständigung. Ein weiteres großes Problem stellte für viele Jugendliche die Arbeitssuche dar.

14 BetreuerInnen begleiteten 19 Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 19 Jahren im Rahmen der nebenberuflichen Intensivbetreuung. 10 Betreuungen wurden neu begonnen.

Im Bereich der Mutter-Kind-Unterbringungen wurde der Grundsatzbeschluß gefaßt, daß in Unterkünften des Amtes für Jugend und Familie nur jene Frauen (Männer) mit Kind untergebracht werden sollen, die eng betreut werden müssen, während der Mutter-Kind-Krisenbereich mit teilweiser Betreuung von freien Trägern abgedeckt werden soll. Die Notwendigkeit für die Umstrukturierung ergab sich im Zuge der Reform Heim 2000; außerdem soll dadurch die Kapazität der engbetreuten Mutter-Kind-Unterbringungen erweitert werden.

Im Laufe des Jahres wurden 44 Frauen (Väter) mit 50 Kindern neu aufgenommen und 63 Frauen (Väter) mit 73 Kindern entlassen. Von den entlassenen Müttern (Vätern) konnten 35 in eine Gemeindewohnung einziehen, 13 kehrten nach meist kurzem Aufenthalt in ihre Herkunftsfamilie bzw. zu ihren Partnern zurück. 10 Kinder wurden fremduntergebracht (Pflege, Adoption, Heim). 15 übersiedelten in eine andere Einrichtung u.ä. Das Dezernat II - Jugendwohlfahrt bearbeitete in Kooperation mit den Ämtern für Jugend und Familie 1.043 schriftlichen Eingaben und persönliche Interventionen, und zwar 408 schriftliche Eingaben und 635 telefonische bzw. persönliche Interventionen.

Die Zahl der Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt, deren Eignung gemäß § 8 des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes von der Wiener Landesregierung festgestellt wurde, beträgt weiterhin 9. Das Wohnungsreferat erhielt 503 Ersuchen um Unterstützung bei der Erlangung einer Gemeindewohnung für Klienten aus verschiedenen Bereichen der MAG ELF. Auf Grund der Befürwortung durch das Wohnungsreferat wurden daraufhin 296 Gemeindewohnungen von der MA 17 an Klienten vergeben. 87 Wohnungen davon entfielen auf Jugendliche, die aus der Pflege der Stadt Wien entlassen wurden, 45 auf Familien, die nach Obdachlosigkeit reintegriert wurden, 164 auf Familien in gefährdeten Wohnverhältnissen zum Zweck der Verhinderung von Obdachlosigkeit oder Gesundheitsschädigung von Kindern.

Der Expertenkreis, der soziale Aspekte bei Anträgen auf Gemeindewohnungen zu beurteilen hat, entschied über 1.666 Anträge auf Gemeindewohnungen, wobei in vielen Fällen Erhebungen über die Ämter für Jugend und Familie notwendig waren. 521 der bearbeiteten Wohnungsansuchen konnten positiv erledigt werden; die zugewiesenen Gemeindewohnungen wurden nicht vom jeweiligen Kontingent der vertretenen Institutionen abgezogen.

Das Frühwarnsystem zur Delogierungsverhinderung war bei 1.431 Räumungsklagen, 699 Anträgen auf zwangsweise Räumung und 491 Delogierungsterminen aktiv. Die Zahl der Delogierungsbesprechungen zwischen städtischer Wohnhäuserverwaltung, Sozialamt und Amt für Jugend und Familie betrug 36.

Die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) dehnte mit Februar ihren Wirkungskreis auf den 2. Bezirk aus. An der FAWOS arbeitet ein Sozialarbeiter der MAG ELF mit. Im Herbst begannen die Vorbereitungen für ein neues Präventionsmodell, das ab 1998 umgesetzt werden soll und vorsieht, daß FAWOS die Präventionsarbeit für private Wohnungen für ganz Wien übernimmt, während die MAG ELF für Familien und die MA 12 für Erwachsene in Gemeindewohnungen zuständig sein werden.

Die 4 SozialarbeiterInnen der Jugendberufshilfe hielten Kontakt zu 2.013 Jugendlichen, zumeist Lehrlingen, wovon 70 intensiver betreut wurden. Der überwiegende Teil der Kontakte erfolgte im Rahmen des Verbindungsdienstes zu den Wiener Berufsschulen, teilweise auch in den Referatsräumen und an Arbeitsplätzen der Jugendlichen. In 79 Fällen wurde auch zu den Eltern Kontakt aufgenommen, 198mal mit Lehrfirmen verhandelt. Die Zahl der Kontakte zu Ämtern für Jugend und Familie, dem Arbeitsmarktservice und anderen Einrichtungen betrug 1.508.

In der Problemstatistik standen Partnerprobleme, Spannungen mit Gleichaltrigen und Schwierigkeiten mit der Familie an der Spitze, gefolgt von Problemen in den Lehrstellen, finanziellen Problemen und Wohnfragen. Eine schwierige Arbeitsmarktsituation für Jugendliche erforderte zusätzliche Betreuungsarbeit.

Die Bearbeitung und Administration von Lehrlingsbeihilfen in der Gesamthöhe von S 650.000 nahm eine Sachbearbeiterin wahr. Unterstützungen erhielten Lehrlinge, die sich in besonderer finanzieller Notlage befanden.

Weiters wurden 79 Ansuchen um Auftrittsgenehmigungen nach dem Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat, der Arbeiterkammer, Schulleitungen, Bezirksgesundheitsämtern und Theaterdirektionen bearbeitet. 1.370 Einzelfahrscheine und 24 Umweltstreifenkarten wurden vorwiegend an arbeitsuchende Jugendliche ausgegeben.

Die Sozialarbeiterin im Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien verständigte die Ämter für Jugend und Familie über 183 Strafverfahren gegen Jugendliche. Ab Juni wurde ein eigenes Rückmeldesystem eingeführt, worauf 42 Rückmeldungen durch die Ämter erfolgten und 7 ausführliche Berichte zu Betreuungsfällen einlangten.

Weitere Arbeitsbereiche waren Straf- und Pflegschaftsakten, die teilweise direkt bearbeitet und teilweise an die Ämter für Jugend und Familie weitergeleitet wurden, und intensive Kontakte mit den Jugendrichtern und der Jugendgerichtshilfe.

Die Zahl der Anträge an den Jugendgerichtshof auf Verfügungen von Hilfen zur Erziehung ist auf 316 angestiegen (1996: 231, 1995: 177).

Da nunmehr in jeder sozialpädagogischen Region eigene Krisenzentren eingerichtet wurden, wurde im Zuge der Reform Heim 2000 das FIDUZ - Regionales Krisenzentrum und Kinderwohngruppe geschlossen. In den Räumlichkeiten wurde eine Wohngemeinschaft eingerichtet.

Die Zahl der Neuaufnahmen in Heime oder Pflegefamilien ging nach einem beträchtlichen Anstieg im Vorjahr etwas zurück auf 644 (1996: 686, 1995: 544).

Bei den Unterbringungsgründen nahm der Grund „Gefährdung" gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zu und steht nun gemeinsam mit den Erziehungsproblemen mit je 23 Prozent an der Spitze, gefolgt von Unvermögen der Pflegeperson, Wunsch des Minderjährigen, Ausfall der Pflegeperson, Mißhandlung u.a.

In der Altersverteilung der aufgenommenen Kinder bzw. Jugendlichen stieg der Anteil der unter Sechsjährigen auf 31 Prozent (1996: 28 %). Im Pflichtschulalter befanden sich 47 Prozent (gleich), über 15 Jahre alt waren 22 Prozent (1996: 25 %).

Die Zahl der Entlassungen ging weiter zurück, und zwar auf 541 (1996: 638). Bei den Entlassungsgründen stand ebenso wie im Vorjahr die Verselbständigung von Jugendlichen mit 35 Prozent an der Spitze, gefolgt von Entlassungen auf Verlangen des Minderjährigen bzw. der Angehörigen (18 %), Wegfall der Unterbringungsgründe (14 %) u.a.

Die Gesamtzahl der Kinder bzw. Jugendlichen in Gemeindepflege blieb ziemlich konstant und betrug zum Jahresende 2.619 (1996: 2.634), wovon 262 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Pflegefamilien blieb mit 47 Prozent gleich gegenüber dem Vorjahr. In Wiener Pflegefamilien befanden sich 596 (1996: 617), in Pflegefamilien anderer Bundesländer 628 (1996: 610).

Im Laufe des Jahres erteilten die Ämter für Jugend und Familie 49 Bewilligungen zur Übernahme in fremde Pflege für Pflegekinder (1996: 56) und 64 für Pflegeverhältnisse mit Adoptionsabsicht (1996: 79). Zum Jahresende besaßen 581 Tagesmütter die Bewilligung zur Übernahme von Tageskindern, 445 freiberuflich tätige und 136 bei Vereinen angestellte Tagesmütter. Insgesamt waren damit 1.615 Betreuungsplätze bewilligt. Diese Zahl gibt die maximal mögliche Betreuungskapazität an, wobei zu beachten ist, daß die Entscheidung über die tatsächlich betreuten Tageskinder von den Tagesmüttern selbst getroffen wird und während bestimmter Zeiten, einer Schwangerschaft, Karenz u.a., die Betreuungstätigkeit eingeschränkt oder eingestellt werden kann. Für die Anstellung von 150 Tagesmüttern waren finanzielle Förderungen durch die Stadt Wien budgetiert.

Zum Jahresende bestanden 89 Kindergruppen. 202 KindergruppenbetreuerInnen besaßen von den Ämtern für Jugend und Familie ausgestellte Tagespflegestellenbewilligungen, die zur Gruppenbetreuung von bis zu 12 Kindern berechtigen. Eine Förderung durch die Stadt Wien in Form monatlicher finanzieller Zuschüsse war für 60 Kindergruppen budgetiert.

In der Adoptionsstelle waren zum Jahresende 232 Paare für eine Adoptionsvermittlung vorgemerkt, von denen 211 Paare in Wien und 21 Paare in Niederösterreich leben. Die Ehepaare aus Niederösterreich haben sich bereits vor dem April 1994 um ein Adoptivkind beworben, bevor dazu übergegangen wurde, nur noch Paare aus Wien in Vormerkung zu nehmen  oder es sind Paare, die von Wien nach Niederösterreich übersiedelt sind. Dieser großen Nachfrage standen 21 Kinder (1996: 46) gegenüber, die tatsächlich vermittelt werden konnten (9 Knaben und 12 Mädchen). Es handelte sich dabei ausschließlich um Säuglinge, die bis auf ein Kind von den Adoptiveltern direkt aus den Geburtenstationen übernommen werden konnten. Ein Kind war vorher kurzfristig bei passageren Pflegeeltern untergebracht.

Insgesamt haben 34 Mütter/Eltern die Freigabe ihres Kindes konkret überlegt und entsprechende Gespräche mit der Adoptionsstelle geführt, jedoch kam es schließlich in 13 Fällen zu keiner Vermittlung, vor allem weil die Mütter sich doch nicht zur Freigabe ihres Kindes entschlossen. Ein Kind mußte wegen großer gesundheitlicher Probleme bei Pflegeeltern untergebracht werden und bei einem Kind gab es schwerwiegende rechtliche Probleme, die eine Vermittlung unmöglich machten.

Die Adoptionsstelle führte weiterhin die Fachaufsicht über die Adoptionsvermittlungstätigkeit des Vereins Initiative Pflegefamilien durch. Dieser Verein vermittelte die Adoption von zwei in Österreich geborenen Kindern und fünf Kindern aus Rumänien.

Die Zahl der Vermittlungen in Pflegefamilien durch das Pflegefamilienreferat stieg auf 189 an (1996: 178). Die Direktvermittlungen von der Herkunftsfamilie in eine Pflegefamilie betrugen 120; 46 Pflegekinder kamen aus Heimen, bei 23 handelte es sich um einen Pflegewechsel. Von den vermittelten Kindern befanden sich 54 im Alter von 0 bis 6 Monaten, 22 von 6 Monaten bis 1 Jahr, 38 von 1 bis 3 Jahren, 26 von 3 bis 6 Jahren, 18 von 6 bis 10 Jahren, 16 von 10 bis 15 Jahren und 15 über 15 Jahren.

Zum Jahresende standen in Wien 463 Pflegeplätze zur Verfügung, wovon 12 Familien Großpflegefamilien bzw. sozialpädagogische Pflegefamilien waren, 20 passagere Pflegefamilien, 12 professionelle Pflegefamilien und 101 Pflegeplätze bei Verwandten des Kindes.  In den Bundesländern bestanden für Wiener Kinder 495 Pflegeplätze, davon 10 Großpflegefamilien bzw. sozialpädagogische Pflegefamilien, eine passagere Pflegefamilie und 14 Pflegeplätze bei Verwandten.

Wesentliche Probleme für Pflegeeltern bestehen in der Unsicherheit über das Verbleiben eines Kindes in der Pflegefamilie und im Umgang mit intensiven und/oder konfliktreichen Elternkontakten. SozialarbeiterInnen des Pflegefamilienreferates unterstützen Pflegefamilien zunehmend bei Besuchskontakten.

Eine wichtige Ressource bei der Unterbringung von Kindern aus ungeklärten Problemsituationen sind die passageren Pflegefamilien. Passagere Pflegeeltern verstehen sich als „Hilfe für Familien in Krisensituationen", sie sind daher auch zu intensiven Elternkontakten und zu einer engen Zusammenarbeit mit der Jugendwohlfahrt bereit. Wegen der hohen psychischen Belastung, die passagere Pflegeverhältnisse mit sich bringen (z. B. durch die wiederholten Trennungserlebnisse), braucht gerade diese Gruppe von Pflegeeltern besondere fachliche Begleitung und Beratung. Durch die Angebote des Pflegefamilienreferates (Hausbesuche, engere Begleitung der Pflegefamilie, Vereinbarungen über und Begleitung von Besuchskontakten, im Bedarfsfall Einbeziehung von Psychologen u.a.) fühlen sie sich unterstützt und sind daher bereit, schwierige Situationen auf sich zunehmen.

Im Laufe des Jahres konnten 58 Kinder bei passageren Pflegefamilien untergebracht werden. Von den Kindern, die 1997 in passageren Pflegefamilien lebten, verblieben 10 Kinder als Langzeitpflegekinder, 18 Kinder wechselten in eine Langzeitpflegefamilie, 27 konnten zu den leiblichen Angehörigen entlassen werden, 1 passagere Pflege endete durch Adoption.

Von den unbefristeten Pflegeverhältnissen (Langzeitpflege) endeten 80 mit der Selbsterhaltungsfähigkeit der Jugendlichen, 17 mit der Entlassung zu leiblichen Angehörigen, 31 durch Adoption und 5 auf andere Weise.

Die Aufnahme von Pflegekindern in einem Heim (Pflegerückstellungen) gingen auf 18 zurück (1996: 44). Es handelte sich um 2 im Alter von 6 bis 10 Jahren, 5 10 bis 15jährige und 11 über 15jährige. Gründe für die Rückstellungen waren vor allem Erziehungsprobleme, gefolgt von Erfordernissen der Schul- und Lehrausbildung u.a.

Im Rahmen des Projektes „Professionelle Pflegeeltern" kam es zu drei neuen Anstellungen mit insgesamt 5 Pflegekindern. Zum Jahresende waren 12 Pflegepersonen (11 Pflegemütter und 1 Pflegevater) angestellt. In „Professionellen Pflegefamilien" lebten 22 Pflegekinder, für 17 davon wurde ein Gehalt bezogen, und zwar 13mal ein Gehalt der Stufe 1 (S 4.745 Brutto) und 4mal ein Gehalt der Stufe 2 (S 5.745 Brutto). Die unterschiedlichen Gehaltseinstufungen ergeben sich aus dem notwendigen Betreuungsbedarf.

2 SozialpädagogInnen unterstützten Wiener Pflegefamilien z.B. durch Begleitung des Pflegekindes zur Therapie, gezielte Lernförderung bzw. pädagogische Betreuung und stundenweise Entlastung der Pflegemutter. Auf diese Weise wurden 17 Pflegefamilien betreut.

Im Rahmen der Beratungsstelle für Pflegefamilien werden Pflegeeltern an einem Abend der Woche Information und Beratung angeboten. Bei Bedarf sind Gespräche mit Psychologen bzw. einem Kinderpsychiater, psychologische Tests und psychiatrisch-neurologische Untersuchungen möglich.

Weitere Aktivitäten waren die Aktion Familienurlaub für 10 Wiener Großpflegefamilien mit 33 Kindern, die Weihnachtsaktion mit Spielwarengutscheinen für 12 Wiener Großpflegefamilien und 8 Pflegefamilien aus den Bundesländern und die Gutscheinaktion für den Besuch von Veranstaltungen der Wiener Stadthalle nach eigener Wahl für 12 Wiener Großpflegefamilien, die Mitwirkung von SozialarbeiterInnen des Pflegefamilienreferates bei den Vorbereitungskursen für Pflegefamilien an drei Wiener Volkshochschulen und die Gestaltung eines Wochenendseminars zum Thema „Phantasie und Realität in bezug auf das Pflegekind, die leiblichen Eltern und die Pflegefamilie" und die Pflegeelternehrung für 39 Pflegefamilien, die 10 Jahre hindurch Pflegekinder betreuten.

Die SozialarbeiterInnen des Heimreferates hielten die Verbindung zu 11 Vertragsheimen, 6 in Wien und 5 außerhalb von Wien, und 2 Privatwohngemeinschaften aufrecht. Außerdem bestanden Einzeleinweisungen von insgesamt 205 Kindern bzw. Jugendlichen in 50 verschiedene Einrichtungen. Der Bedarf der Erziehung einzelner Kinder in hochspezialisierten, therapeutisch ausgerichteten Einrichtungen ist angestiegen.

Die Schuldnerberatung verzeichnete 2.555 neue Klienten. Inkludiert man die Zahlen der 2. bevorrechteten Schuldnerberatung der Kredit- und Wiedergutmachungshilfe, dann sind es etwa 4.500 Klienten, die in Wien pro Jahr erstmals eine Schuldnerberatung kontaktieren.

Weiterhin stand die Unterstützung bei der Durchführung von Privatkonkursen im Mittelpunkt. Etwa die Hälfte aller in Wien eröffneten Privatkonkursverfahren wurden von einer Schuldnerberatung vorbereitet bzw. begleitet, wobei insbesondere die Schuldnerberatung der Stadt Wien involviert ist, da die Schuldnerberatung der Kredit- und Wiedergutmachungshilfe auf Arbeitslose und Notstandshilfebezieher spezialisiert ist und diese Gruppe naturgemäß erschwerte Zugangsbedingungen zum Privatkonkurs hat. Die andere Hälfte der eröffneten Privatkonkursverfahren entfallen auf Gläubigeranträge und Anträge von Schuldnern, die sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen.

Weiterhin ist ein relativ hoher Anteil von ehemals Selbständigen unter den Ratsuchenden, was damit zusammenhängt, daß vor allem junge Leute, die Schwierigkeiten haben, eine für sie akzeptable Arbeitsstelle zu finden, einen Ausweg in einer selbständigen Tätigkeit suchen und nicht selten an dieser Aufgabe scheitern.

In den vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie finanziell geförderten Familienberatungsstellen kam es zur Einführung eines EDV-unterstützten Dokumentationssystems. Danach betreute die Beratungsstelle für Familienplanung, in 19, Heiligenstädter Straße 82 - 84, 1.127 Klienten und führte 2.125 Beratungen durch, die Ehe- und Familienberatungsstelle in 1, Neutorgasse 15, 1.438 Klienten und 2.175 Beratungen, die Ehe- und Familienberatungsstelle in 12, Schönbrunner Straße 295, 529 Klienten und 808 Beratungen, die Konfliktberatungsstelle in 10, Quellenplatz 4, 188 Klienten und 637 Beratungen.

Insgesamt wurden 5.745 Beratungen durchgeführt. Auf Fragen der Familienplanung bezogen sich 2.240, die mei-

sten (734) auf den Wunsch nach einem Schwangerschaftsabbruch, gefolgt von Empfängnisverhütung (648), Kinderwunsch (203), gynäkologischen Fragen (255) u.a.

Partnerschaftsprobleme standen im Mittelpunkt von 1.471 Beratungsgesprächen. An der Spitze standen Partnerkonflikte (671), gefolgt von Trennungsproblemen (337), Entwicklungsproblemen in der Partnerschaft (305), Seitensprung (76), sexuelle Probleme (81).

Familienprobleme behandelten 478 Beratungsgespräche. Hier überwogen Familienkonflikte (132) vor Trennungsproblemen in Familien (127), Erziehungsproblemen (79), u.a. 245 Beratungsgespräche betrafen individuelle Probleme von Ratsuchenden, hauptsächlich Lebensschwierigkeiten (48), psychosoziale Krisen (44), Depressionen (38), Alkoholismus (29), Ängste (20) u.a.

Die Zahl der Rechtsberatungen betrug 1.199. Sie bezogen sich insbesondere auf Rechtsprobleme bei Scheidungen (562), gefolgt von Kinderunterhaltsproblemen (133), Erwachsenenunterhaltsproblemen (97), allgemeinen Familienrechtsproblemen (87), allgemeinen Eherechtsproblemen (69), Besuchsrechtsfragen (51) u.a. Bereits vor dem Eingehen einer Ehe bzw. einer Lebensgemeinschaft ließen sich 51 Ratsuchende über rechtliche Fragen informieren.

Das Institut für Ehe- und Familientherapie erhielt 374 Zuweisungen, 24 Prozent von kinder- und jugendzentrierten Institutionen wie Ämtern für Jugend und Familie u.a., 21 Prozent von allgemeinen Sozial- und Informationseinrichtungen, 18 Prozent von ehemaligen Klienten und Bekannten und 37 Prozent von psychotherapeutischen bzw. medizinischen Einrichtungen.

Die Zahl der psychotherapeutischen Sitzungen betrug 1.622, davon 189 in Kotherapie (1996: 1.281 und 126), die Zahl der Einzel-, Gruppen- und Teamsupervisionen sowie Helferkonferenzen 308 (1996: 342).

Das Institut für Ehe- und Familientherapie, eine von der Stadt Wien finanziell geförderte Einrichtung des Vereins „Wiener Sozialdienste", führte weiters eine Fortbildungsreihe mit Kurzseminaren für MitarbeiterInnen der Ehe- und Familienberatung, eingeladene Gäste und die MitarbeiterInnen des Institutes durch.

Die 5 Institute für Erziehungshilfe betreuten im Laufe des Jahres insgesamt 1.004 Klienten, und zwar 217 durch Kindertherapie bei gleichzeitiger Betreuung der Eltern, 180 durch Elternarbeit ohne Kindertherapie. 587 Kinder wurden neu vorgestellt und die Eltern beraten. 20 Klienten erhielten Familientherapie.

Die Kindertherapien fanden zumeist einmal wöchentlich statt (156), zum Teil zweimal in der Woche (51) bzw. dreimal in der Woche (8). Die Elterngespräche erfolgten zumeist 14tägig (60), einmal wöchentlich (53), einmal monatlich (14) oder fallweise (180). Die therapiebegleitende Elternarbeit fand für 128 Klienten einmal wöchentlich statt, für 46 14tägig, für 3 einmal monatlich und für 13 fallweise.

In dem von der Stadt Wien finanziell geförderten Angebot Streetwork Dreihackengasse unterstützten die SozialarbeiterInnen Austria-Fans bei der Gründung einer Zeitschrift, des Fanzines „100 % Violett", und wirkten dabei mit, einen „Fan-Bus" speziell für Mädchen zur Fahrt zu Auswärtsspielen zu initiieren. In den Räumen des Streetworklokals treffen sich Jugendliche in einem vereinsübergreifenden Fanclub zur Unterstützung der Nationalmannschaft. Weiters wurde ein rechtlicher Informationsabend veranstaltet.

In der Arbeit mit Gruppen junger Skinheads stehen neben politischen Diskussionen und dem Aufzeigen von Problemlösungsstrategien als Alternative zur Gewalt auch die Unterstützung bei alltäglichen Problemen der Jugendlichen am Programm.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Arbeit mit ausländischen Jugendlichen, die im Abhalten von Infoabenden zu Fragen Beruf, Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsbewilligung, in Clubarbeit und in der Mitarbeit zur Vorbereitung einer großen Show im Metropol, an der schließlich 8 ausgewählte Jugendliche teilnahmen.

Das von der Stadt Wien geförderte Unabhängige Kinderschutzzentrum, in 7, Kandlgasse 37, zählte 2.273 Klientenkontakte, wovon 34 Prozent für Therapie, Verhaltensbeobachtung und Beratung von Kindern und Jugendlichen persönlich oder telefonisch dienten, ebenso viele Prozente für Beratung von Erwachsenen persönlich und telefonisch, 15 Prozent der Beratung von HelferInnen, 12 Prozent der persönlichen Therapie und Beratung von Paaren und Familien und 5 Prozent der persönlichen Einzeltherapie von Erwachsenen. Die Fallzahl betrug insgesamt 524.

Im familienpolitischen Bereich fand am 23. und 24. Mai 1997 eine Landesfamilienreferentenkonferenz in Salzburg statt, bei der u.a. ein von Wien vorgeschlagener Beschluß zur stärkeren Bewußtmachung der Problematik der Gewalt gegen Kinder bzw. Gewalt in der Familie gefaßt wurde, mit dem Hinweis darauf, daß es wichtig scheine, ausreichende finanzielle Mittel für bewußtseinsbildende Medienkampagnen zur Verfügung zu stellen (Prävention ist ökonomischer als „Reparatur im nachhinein"), Familien nicht generell als einen Ort der Gewalt erscheinen zu lassen, sondern vielmehr die Reflexion persönlicher Gewalterfahrungen und die Möglichkeiten, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen (z.B. durch Inanspruchnahme von angebotenen Hilfestellungen zur Aufarbeitung) in den Mittelpunkt zu stellen.

Das „Wiener Familienforum" befaßte sich in einer Sitzung am 12. Mai 1997 unter Leitung von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska mit aktuellen Entwicklungen in den Kinderbetreuungsangeboten und dem Thema „Gewalt gegen Kinder - Prävention und Information". Unter anderem kündigte Vizebürgermeisterin Laska eine öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen Gewalt in der Erziehung an und ersuchte um Vorschläge und Mitarbeit. Bei einer weiteren Sitzung des Familienforums am 15. September 1997 wurde die Kampagne „Keine Gewalt gegen Kinder" präsentiert.

III.

Im Psychologischen Dienst waren 37 MitarbeiterInnen tätig, davon 7 teilzeitbeschäftigt. Sie waren mit insgesamt 8.139 Kindern und Jugendlichen befaßt (1996: 7.491), wobei insgesamt 45.058 Befassungen (psychologische Beratungen, Behandlungen, diagnostische Testverfahren, Psychotherapien) stattfanden (1996: 46.362).

Zum Jahresende bestanden 35 Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen, die im Laufe des Jahres insgesamt 4.201 Kinder und Jugendliche und deren Familien betreuten (1996: 3.907 Kinder und Jugendliche). Die Zahl der Befassungen betrug 21.113 (1996: 22.111). Es wurden 1.736 testdiagnostische Verfahren durchgeführt und 1.217 psychologische Gutachten bzw. Stellungnahmen abgegeben. Psychotherapie bzw. psychologische Behandlung erhielten 553 Kinder, Jugendliche und deren Familien (1996: 739). Die gegenüber dem Vorjahr gesunkene Zahl von psychologischen Behandlungen und Psychotherapien ist mit der insgesamt gestiegenen Fallzahl und der dadurch geringer werdenden zeitlichen Kapazität für längerfristige Behandlungen zu erklären.

In 489 Fällen wurde Familien mit Hilfe von Mediation ermöglicht, Lösungen in Konfliktsituationen zu erarbeiten, ein Drittel davon im Rahmen der Beratungsstellen für Scheidungsfragen bzw. in den beiden Beratungsstellen für Mediation und Konfliktlösung. In diesen spezialisierten Beratungsstellen wurden insgesamt 382 Kinder, Jugendliche und deren Familien betreut.

Das Institut für Konzentrations- und Bewegungstraining betreute 27 Kinder (21 Buben, 6 Mädchen).

Der Fachbereich „Kindertagesheime" umfaßt Begutachtung und Beratung in sämtlichen städtischen Kindertagesheimen (inklusive Hortgruppen und Integrationsgruppen) sowie in den derzeit 12 Sonderpädagogischen Ambulanzen. 2.866 Kinder wurden vorgestellt, davon 1.773 in Kindertagesheimen und 1.093 in den Sonderpädagogischen Ambulanzen.

Schwerpunkte der psychologischen Arbeit waren die Beratung von Eltern, vor allem bei Erziehungsschwierigkeiten und bei unterschiedlichsten Behinderungen von Kindern, und die Unterstützung von Erzieherinnen in der Betreuung von behinderten und verhaltensauffälligen Kindern.

Die PsychologInnen nahmen an 341 Teamsitzungen teil bzw. leiteten diese. Zahlreiche Besprechungen und Beratungen mit SozialarbeiterInnen, KindergärtnerInnen sowie mit Schulen, Kliniken, ARGE Frühförderung u.a. fanden statt. Die PsychologInnen hielten auch 146 Supervisionssitzungen für MitarbeiterInnen von Kindertagesheimen ab.

Im Fachbereich „Fremdunterbringung" betrug die Zahl der psychologisch betreuten Kinder 1.072. Die Aufgabenstellungen für PsychologInnen im Fremdunterbringungsbereich sind vielfältig und nicht nur auf die klinisch-psychologische Diagnosestellung bzw. psychologische Behandlung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen beschränkt. Systemorientierte psychologische Arbeit hat sich im Heimbereich weitgehend etabliert. Die PsychologInnen können durch ihr Wissen über Strukturen, Beziehungsnetzwerke und individuelle psychische und soziale Zusammenhänge Beratung, Mediation, Konfliktmanagement, Coaching, Moderation, Supervision und Fortbildung für SozialpädagogInnen anbieten.

Die Kinderpsychologische Station betreute 85 Kinder und deren Familien. Im Zuge der Reform Heim 2000 kam es zu einer Reduktion von stationären Unterbringungsmöglichkeiten im Julius-Tandler-Heim. Die PsychologInnen der Kinderpsychologischen Station waren zunehmend mit ambulanten Begutachtungen und psychologischen Behandlungen von Kleinkindern, Schulkindern und Jugendlichen befaßt.

Bei 49 Prozent aller an die kinderpsychologische Station überwiesenen Kinder stand die Aufnahme im Zusammenhang mit Selbst- bzw. Fremdgefährdung (Verwahrlosung, Devianz, Aggressionsdurchbrüche, Vagabundieren, Mißhandlung), 15 Prozent zeigten massive Verhaltensauffälligkeiten und soziale Anpassungsschwierigkeiten, 24 Prozent kamen wegen eines erwiesenen oder vermuteten sexuellen Mißbrauchs, 12 Prozent nach einer Pflegerückstellung.

Bei 36 Kindern konnte eine Entlassung zu ihren Angehörigen erreicht werden, 44 Kinder mußten fremduntergebracht werden. 5 Kinder verblieben in Behandlung im Psychologisch-pädagogischen Zentrum.

Die telefonische Erziehungsauskunft erhielt 318 Anrufe, insbesondere über Erziehungsprobleme, gefolgt von Familienproblemen und Verhaltensschwierigkeiten. Zumeist betrafen die Anfragen Säuglinge und Kleinkinder (43 %), weiters zu 30 Prozent Schulkinder und der Rest Jugendliche. Drei Viertel aller Anrufe kommen von Müttern, die Beratung und Information suchen. Mehr als die Hälfte der Ratsuchenden wird an entsprechende Einrichtungen weiterverwiesen.

Die Sozialpädagogische Grundlagenforschung war mit folgenden Projekten befaßt: Studie „Sozialisationschancen und Betreuungsstrukturen", Studie „Beruf Psychologe, Psychologin, Selbst- und Fremdbild", Entwicklung eines Dokumentationssystems für die Sozialarbeit, wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs in der Sozialarbeit des Amtes für Jugend und Familie 16. Bezirk, Evaluation des Krisenzentrums Nußdorf u.a. Die 44. Tagung der österreichischen JugendamtspsychologInnen behandelte das Thema „Globalisierung - Chance oder Risiko - Zukunftsperspektiven für die Jugendwohlfahrt". In einer durch neue Technologien, durch Liberalisierung und Globalisierung gekennzeichneten Weltwirtschaftsordnung stellen sich auch für die psychologischen Hilfestellungen neue Anforderungen, die in dieser Tagung diskutiert wurden.

Die PsychologInnen waren weiters in der Fortbildung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen sowie von SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen tätig und gestalteten zahlreiche Seminare und Einschulungskurse im Rahmen der MD - Verwaltungskademie.

Mit September nahm das neue Psychologisch-pädagogische Zentrum (PPZ) seinen Betrieb auf, das bis zu 8 Wohnplätze für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren umfaßt. 5 Kinder konnten bis zum Jahresende aufgenommen werden. Kriterien für die stationäre Aufnahme eines Kindes sind: Mißhandlung oder Mißhandlungsverdacht, sexueller Mißbrauch oder Mißbrauchsverdacht, Pflegerückstellung mit massiver Trennungsproblematik, neurotische Symptomatik im Zusammenhang mit häufig auftretenden familiären Konfliktsituationen. Die Bereitschaft der Familie zur aktiven Mitarbeit an der Problemlösung stellt eine wesentliche Voraussetzung dar. Prinzipiell sollte die Rückkehr des Kindes in die Familie sowohl aus der Sicht des/der fallführenden Sozialarbeiters/in als auch nach Meinung der Familie denkbar sein.

Die geplante durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 6 Monate. Dieser zeitliche Rahmen ergibt sich aus langjähriger Erfahrung in der psychologischen Arbeit mit Problemfamilien im stationären Bereich und wird auch in international vergleichbaren Einrichtungen als Richtwert für ein zielführendes Behandlungskonzept angesehen.

Ziele der Aufnahme des Kindes im Psychologisch-pädagogischen Zentrum sind hinsichtlich des Kindes die Gewährleistung der Sicherheit des Kindes und die Entlastung und Beruhigung in und nach einer Krisensituation, hinsichtlich der Eltern/Familie die Entlastung der Familie in einer Krisensituation, die Perspektivenerweiterung hinsichtlich der Problemlage und die Möglichkeit zum Erwerb und zur Erprobung von Handlungsalternativen und der Nutzung vorhandener persönlicher und familiärer Ressourcen.

## IV.

Die im Vorjahr begonnene Realisierungsphase der Reform „Heim 2000" wurde fortgesetzt. Ziel der Reform ist es, soziale Probleme möglichst dort zu lösen, wo sie entstehen. Durch die Herstellung von regionaler Fachkompetenz wird die Gesamtverantwortung für die Probleme einer Region übernommen und versucht, durch milieubezogene und regionale Hilfen rascher, effizienter und unbürokratischer zu helfen. Jede Fremdunterbringung soll dabei als zeitlich begrenzter Prozeß definiert werden, dessen Ziel die Reintegration von Kindern und Jugendlichen mit sozialen Schwierigkeiten in die Herkunftsfamilie bzw. ihre sonstigen Beziehungssysteme, wie Freundeskreis und Schule, ist. Alle in der Region vorhandenen sozialen Hilfssysteme, ambulante und stationäre Einrichtungen, sollen koordiniert zusammenarbeiten, um die gesteckten Ziele zu erreichen. In neu entstehenden oder im Rahmen der Stadtentwicklung erweiterten Siedlungsgebieten sollen entsprechende soziale Stützpunkte ambulanter und stationärer Art eingeplant werden. Eine wesentliche Einrichtung sind die neu geschaffenen regionalen Krisenzentren, die durch Spezialangebote wie Beratungsstellen, therapeutische Angebote, Wohngemeinschaften u.a. ergänzt werden.

Regionale Krisenzentren dienen als erste Clearingstelle. Während des maximal sechswöchigen Aufenthaltes eines Kindes im Krisenzentrum wird versucht, die bestehenden Probleme zu analysieren und Lösungsstrategien zu entwickeln, insbesondere adäquate Unterstützung für die Familie zu aktivieren, damit diese ihre Erziehungskompetenz wieder wahrnehmen kann. Nur wenn dies nicht möglich ist, wird das Kind in einer Folgeeinrichtung untergebracht.

Im Laufe eines Jahres werden durchschnittlich 115 Kinder der Altersgruppe 2 bis 15 Jahre in einem Krisenzentrum aufgenommen. Die Zuweisung ins Krisenzentrum erfolgt über die zuständigen SozialarbeiterInnen des Amtes für Jugend und Familie des Bezirkes, außerhalb der Amtsstunden eventuell über die Polizei. Eltern und Kinder können auch direkt ins Krisenzentrum kommen. Pro Krisenzentrum stehen 8 bis 10 Plätze zur Verfügung.

Für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr bestehen überregionale Krisenzentren, für Mädchen das KRIZ Nußdorf, für Burschen das KRIZ Augarten.

Am 1. April 1997 bewilligte die Magistratsdirektion den Regionalisierungsschritt der Reform „Heim 2000". Das Stadtgebiet ist nunmehr in 6 Sozialpädagogische Regionen für Kinder und 2 „Überregionen" für weibliche und männliche Jugendliche aufgeteilt.

Zum Jahresende standen für die Krisen- bzw. stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen 1.053 Plätze zur Verfügung, 953 im stationären Bereich und 100 Krisenplätze. Aufgegliedert nach Regionen befinden sich in der Region I (Bezirke 1, 4 bis 9, 20) 98 Plätze, in der Region II (21, 22) 98, Region III (2, 3, 11) 66, Region IV (10, 23) 82, Region V (12, 13, 14) 188, Region VI (15 bis 19) 152, in der Überregion weibliche Jugendliche 150 und in der Überregion männliche Jugendliche 219.

In der Region II nahmen die Krisenzentren 21 und 22 ihren vorläufigen Betrieb im Heim Hohe Warte auf, weiters 5 Wohngemeinschaften, und zwar in 22, Ullreichgasse 12/6/2, Melangasse 1/86/2, Lange Allee 13/2/19, in 21, Hanreitergasse 3/3/42 - 43 und Hanreitergasse 3/6/43 - 44.

In der Region III wurde der Verwaltungsstützpunkt in 11, Pleischlgasse 2, eingerichtet, das Krisenzentrum 3 interimsmäßig im Charlotte-Bühler-Heim untergebracht und eine neue Wohngemeinschaft in 11, Rosa-Jochmann-Ring 5/9/13 - 14, eröffnet.

In der Region IV nahmen der Verwaltungsstützpunkt in 10, Puchsbaumgasse 30 - 36, und die Wohngemeinschaft in 10, Quellenstraße 24 B/25/25 - 26, ihren Betrieb auf.

In der Region V wurde das Krisenzentrum 12 vorläufig in der Stadt des Kindes installiert.

Jeder der sechs sozialpädagogischen Regionen steht ein(e) RegionalleiterIn vor, der/die für die in der Region notwendigen Unterbringungen bzw. Krisenaufnahmen verantwortlich ist. Von einem Verwaltungsstützpunkt aus wird

die Leitung und Verwaltung der in der Region tätigen sozialpädagogischen Einrichtungen wahrgenommen. Die Zuständigkeit für die beiden überregionalen Bereiche für Jugendliche werden ebenfalls von RegionalleiterInnen wahrgenommen.

Die RegionalleiterInnen sind Vorsitzende der regionalen Leitungsteams, bestehend aus HeimleiterInnen/Pädagogischen LeiterInnen und KrisenzentrumskoordinatorInnen einer Region.

Das Heim Biedermannsdorf, das administrativ zur Region IV gehört und dessen Platzangebot zur Hälfte der Region zur Verfügung steht, richtete eine Lehrküche ein, was auf Grund der schwierigen Lehrstellensituation eine große Hilfe für betreute Jugendliche darstellt. 8 Jugendliche aus verschiedenen sozialpädagogischen Einrichtungen der MAG ELF absolvieren hier ihr erstes Lehrjahr.

Im Schulheim Gaaden wurde das Angebot an Freizeitaktivitäten erweitert und ein „Fun-Court" errichtet. Pro Schuljahr werden in 3 Turnussen schwierige Schulkinder betreut. Während jedes Turnusses fand ein Tag der offenen Tür statt, um verschiedenen Institutionen und der Öffentlichkeit das Schulheim vorzustellen und die Kontakte zum Umfeld zu verbessern.

Ein wichtiges Ziel der Reform „Heim 2000" ist es, Großheime zu schließen. 4 Wohngruppen des Charlotte-Bühler-Heimes konnten zu diesem Zweck in Wohngemeinschaften ausgelagert werden. Auf Grund der geplanten Schließung des Charlotte-Bühler-Heimes wurde auch eine Umstrukturierung des seit 1987 bestehenden Freizeitvereins notwendig. Dieser Verein steht nun als „Verein zur Förderung der Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen in Fremdunterbringung in den Bereichen Kunst, Kultur und Erlebnispädagogik" als überregionale Einrichtung allen zur Verfügung.

Durch eine Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung bestehen nun für den Jugendlichenbereich zusätzliche Informationsangebote. In den jeweiligen Krisenzentren finden 2mal monatlich Beratungen zu den Themen Sexualität, Aufklärung, Verhütung und Beziehungen statt („Boys only - Information, Beratung und Untersuchung für Burschen" und „Body talk" für weibliche Jugendliche).

Das Gesellinnenheim Aichhorngasse gehört nunmehr der Überregion für weibliche Jugendliche an; ein neues Konzept befindet sich in Ausarbeitung. Ab Mai erfolgte keine Nachbesetzung der 6 Krisenplätze für Mütter mit Kindern im Heim.

Das Krisenzentrum Nußdorf untersuchte in Zusammenarbeit mit der Sozialpädagogischen Grundlagenforschung die Auswirkungen der Verlängerung der Krisenunterbringung von 14 Tagen auf 6 Wochen. Das Ergebnis zeigt, daß die Verlängerung der stationären Krisenaufenthaltsdauer eine differenziertere Krisenarbeit ermöglicht. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verlängerte sich auf 16,5 Tage. Trotz steigender Aufnahmezahlen sind durch engagierte und professionelle Krisenarbeit die weiterführenden Heimunterbringungen rückläufig.

Das Gesellenheim Zohmanngasse kam zur Überregion männliche Jugendliche.

Das Heim Lindenhof, das ebenfalls der Überregion für männliche Jugendliche angehört, bietet Burschen aus Wiener Heimen und Wohngemeinschaften eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen handwerklichen Beruf zu erlernen.

Um Jugendlichen ohne Lehrstelle bzw. Arbeitsplatz den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wurde das Projekt „Sozialpädagogische Berufsvorbereitung (SBV)" im Krisenzentrum „Am Augarten" gestartet. Die SBV unterstützt Jugendliche, die „eine Arbeit" wollen, aber nur diffuse Vorstellungen haben, wie diese aussehen könnte, weiters Jugendliche, die noch nicht „reif" für eine Arbeitssituation oder enttäuscht und entmutigt sind, weil mehrere Arbeitsversuche fehlgeschlagen sind. Die SBV besteht in begleitender oder nachgehender Einzelbetreuung. Es wird versucht, eine adäquate Lehrstelle oder ein Arbeitsangebot zu vermitteln.

Der Mutter-Kind-Bereich sieht eng betreute Formen der Unterbringung für Mutter und Kind nunmehr an drei Standorten vor: Mutter-Kind-Heim 2, Pleischlgasse 11, „Wendepunkt" - Charlotte-Bühler-Heim, 18, Bastiengasse 36 - 38, Ausbildungszentrum für Sozialberufe, 21, Freytaggasse 32. Die Leiterin des Mutter-Kind-Heimes Pleischlgasse übernahm die personelle und fachliche Leitung der in diesem Bereich tätigen 14 Sozialpädagoginnen. An jedem Standort steht eine Sozialarbeiterin mit 20 Wochenstunden für die sozialarbeiterische Betreuung zur Verfügung. Zu jedem Standort gehört auch eine Krisenwohnung.

Als Sonderförderung konnten 7 Kinder und Jugendliche aus Heimen über die Anglo Austrian Society in den Sommerferien an einem Englandaufenthalt zur Verbesserung ihrer Englischkenntnisse teilnehmen.

Zur Unterstützung der Wohnungsgründung und zur Verselbständigung erhielten 20 Jugendliche aus Heimen und Wohngemeinschaften der Stadt Wien Beträge aus den Mitteln der Odescalchi-Stiftung in der Höhe von S 10.000 bis maximal S 20.000 ausbezahlt (insgesamt: S 379.000).

Das Erlebnispädagogische Zentrum - EPZ nahm seine Tätigkeit mit 3 Sozialpädagogen mit einer Zusatzausbildung für „Outward bound" auf. Im Mittelpunkt standen die Projekte „Flußwandern auf der Moldau" sowie „Ein Fluß ist unser Weg" in Schweden. Ziel solcher erlebnispädagogischen Projekte ist es, bei sehr schwierigen, verhaltensauffälligen Jugendlichen aus verschiedenen Einrichtungen durch neue Erfahrungs- und Lernformen positive Verhaltensänderungen zu erreichen. Bei diesen Reisen in einsam gelegenen Gebieten mit besonderen Mitteln (Kanu, Tracking) ist jeder einzelne Teilnehmer sowie die ganze Gruppe gefordert, Mitverantwortung für die Routenplanung, Lebensmittelplanung, Camporganisation und das Gruppenklima zu übernehmen, damit in der zur Verfügung stehenden Zeit mit den zu erlernenden Fertigkeiten und Fähigkeiten das Ziel erreicht wird.

Im Rahmen des „Sportcercle 11" werden regionsübergreifende Sportveranstaltungen organisiert: eine Turnierreihe Tennis, ein Volleyballturnier und eine Turnierreihe Fußball.

Die Heime und Wohngemeinschaften veranstalteten zahlreiche ein- und mehrtägige Ausflüge sowie Erholungsaktionen in den Sommer- und Wintermonaten (Surf-, Segel-, Kletterkurse; Schi- und Snowboardkurse). Die Kinder und Jugendlichen der Heime und Wohngemeinschaften konnten selbstverständlich auch an den sportlichen und kulturellen Aktivitäten teilnehmen, die von ihren Schulen angeboten wurden. Viele Kinder und Jugendliche hatten die Möglichkeit, mittels kostenlos von Veranstaltern zur Verfügung gestellter Karten verschiedene kulturelle Veranstaltungen zu besuchen.

Die Fachtagung „Übergänge - Entwicklungen und Grenzen" am 15. Oktober 1997 im Ausbildungszentrum für Sozialberufe der Stadt Wien behandelte die Reform der Sozialpädagogik „Heim 2000", die von allen beteiligten Berufsgruppen neue Definitionen ihrer Arbeitsfelder und erhöhte Vernetzungsbereitschaft erfordert. Die Tagung diente dazu, eine Zwischenbilanz zu ziehen, Vergangenes und Zukünftiges zu verbinden und die nächsten Schritte der Reformumsetzung zu diskutieren und zu erarbeiten.

Die MAG ELF beteiligte sich an der Enquete am 21. Oktober 1997 im Wiener Rathaus mit dem Titel „v.i.p.j.a. - Vernetzungs-Initiative professionelle Jugend-Arbeit", die unter der Schirmherrschaft von Vizebürgermeisterin Grete Laska stattfand. Dabei wurden Probleme der Jugendarbeit und neue Lösungsangebote diskutiert.

Nach dem Konzept „Heim 2000" sind die Sozialpädagogischen Beratungsstellen und Institute für Sozialtherapie den jeweiligen sozialpädagogischen Regionen zugeordnet. Ihre neu definierte Aufgabe ist die sozialpädagogische Betreuung und Beratung im Vorfeld einer Fremdunterbringung, nach einer Krisen- oder stationären Unterbringung und während einer stationären Unterbringung.

Das FOCUS-Team, das direkt dem Drogenkoordinator der Stadt Wien unterstellt ist, führte Erhebungen über verschiedene Gebiete im 9., 10. und 22. Bezirk durch. Ziel der Focus-Aktivitäten ist es, regional-soziale Problembereiche zu analysieren und zu dokumentieren, um Veränderungen der Situation zu erreichen und verhandene Ressourcen zu vernetzen. Die Ergebnisse werden über die amtsführende Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport den Bezirksgremien übermittelt und in den Bezirksvorstehungen diskutiert.

Das Kindertelefon 319 66 66 erhielt 5.953 Anrufe, insbesondere zu Fragen der Gewaltanwendung, des Mißbrauchs und Sorgen im zwischenmenschlichen Bereich, weiters zu schulischen Belangen, zu allgemeinen Themen und zur Freizeitgestaltung.

In Vertragsheimen waren zum Jahresende 436 Plätze belegt und 15 Plätze wegen Umbauarbeiten usw. gesperrt. Die Zahl der systemisierten Plätze von 428 wurde damit überschritten.

Das Kinderheim St.Raffael erhielt von der Stadt Wien eine außerordentliche finanzielle Unterstützung in der Höhe von S 500.000 für Umbauarbeiten, durch die abgeschlossene Wohneinheiten mit 2- bis maximal 3-Bettzimmern geschaffen werden. Auch im Kinderheim St. Benedikt werden durch Umbauten Wohngruppen mit 2-Bettzimmern geschaffen.

Das Clara-Fey-Kinderdorf hat aus Eigenmitteln ein Therapiezentrum mit Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie, Psychagogik und Sprachheillehrerinnen eingerichtet. Als besondere Attraktion steht auch ein „Kugelbad" zur Verfügung.

## V.

Im Laufe des Jahres wurden 13 neue Kindertagesheime mit 55 Gruppen errichtet, und zwar an folgenden Adressen: 3, Hainburger Straße 29, 11, Wopenkastraße 6, 13, Gallgasse 71, 14, Kendlerstraße 10, 14, Linzer Straße 386, 21, Carminweg 6, 21, Rittingergasse 29a, 21, Gerspergasse 7, 22, Lange Allee 11, 22, Hammerfestweg 3, 22, Doeltergasse 3, 22, Schödelbergergasse 7/II, 22, Rosenbergstraße 35.

In 15 Kindertagesheimen kam es zu Gruppenvermehrungen, insgesamt um 16 Gruppen. Dem stand die Schließung von 9 Gruppen gegenüber. Nach einer Generalrenovierung konnten die Kindertagesheime 12, Wienerbergstraße 16, mit 4 Gruppen und 23, Lastenstraße 15, mit 5 Gruppen neu in Betrieb genommen werden.

Zum Jahresende betrug die Zahl der städtischen Kindertagesheime 367 (1996: 355). Insgesamt standen 37.101 Plätze zur Verfügung (1996: 35.911), 5.030 in Krippen (Vermehrung um 306), 21.715 in Kindergärten (Vermehrung um 641), 10.356 im Hort (Vermehrung um 243).

Die Zahl der Integrationsgruppen konnte im Arbeitsjahr 1997/98 weiter erhöht werden, und zwar von 62 auf 86 (13 Kindergartengruppen, 11 Hortgruppen). Die Integrationsgruppen ermöglichen die gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder.

Die Betreuung von Kindern aus ganztägig geführten Schulen, Lern- und Freizeitclubs und offenen Schulen während der Semester-, Oster- und Hauptferien in Hortgruppen der Kindertagesheime wurde von insgesamt 586 Kindern in Anspruch genommen.

Erstmals kam es zur Ausschreibung des Betriebes von neu errichteten Kindertagesheimen. 4 Kindertagesheime wurden im Zuge dieser Ausschreibung an gemeinnützige Träger vergeben.

Zur Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte bei der Betreuung verhaltensauffälliger und/oder behinderter Kinder in Regelgruppen sind mobile SonderpädagogInnen von großer Wichtigkeit. Die Gruppe der mobilen SonderhorterzieherInnen konnte um eine Mitarbeiterin aufgestockt werden.

Für die Essensversorgung für die Kinder in den Kindergarten- und Hortgruppen sorgte die Firma Gustana, von der insgesamt 4,339.132 Essensportionen bezogen wurden. Weitere 694.385 Essensportionen stellten Kindertagesheime mit Kleinkinderkrippen selbst her. Im Rahmen des Kinder- und Schüleressens erhielten 280 SchülerInnen insgesamt 50.400 Fertigmenüs.

Der volle Kindergartenbeitrag wurde für rund 29 Prozent der Kinder in Kindertagesheimen bezahlt. Rund 3 Prozent der Kinder in Krippen waren vom Besuchsbeitrag gänzlich befreit, 15 Prozent der Kinder in Kindergärten, 4,5 Prozent der den Kindergarten halbtags besuchenden Kinder und 23 Prozent für Kinder im Hort.

## VI.

Nach einer Untersuchung durch das Kontrollamt kam es zur Auflösung des Fonds „Wiener Jugendhilfswerk" mit 30. Juni 1997, da sich seit der Gründung des Fonds im Jahre 1956 die soziale und wirtschaftliche Situation wesentlich verändert hat und die vom Fonds getätigten Zuschußzahlungen für Erholungsaktionen nicht mehr sinnvoll schienen, insbesondere da sie nur einen sehr geringen Teil der tatsächlichen Kosten abdecken konnten. Um die Organisationen, die im Fonds vertreten waren, bei der Durchführung von Erholungsaktionen weiterhin zu unterstützen, wird eine neue Form der Förderung ausgearbeitet.

Der von der Stadt Wien geförderte Verein „Wiener Jugenderholung" organisierte gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie Erholungsaktionen für Kinder und teilweise Familien. Das Angebot bot mehrere Wahlmöglichkeiten, von erlebnisreichen Erholungsaufenthalten mit Spiel und Spaß für Kinder aus Familien mit schwieriger sozialer Situation bis zu Erholungsaktionen mit besonderen Schwerpunkten. Die meisten Erholungsaktionen finden während der Sommerferien statt. Während des Schuljahres stehen Schullandwochen und Aktionen für Kinder und Jugendliche aus städtischen Kindertagesheimen und Heimen am Programm. An den insgesamt 409 Erholungsaktionen nahmen 11.885 Kinder bzw. Familienangehörige teil (1996: 428, 11.955).

Das Angebot während der Sommerferien umfaßte neben den Standarderholungsaktionen Kinderurlaube auf dem Bauernhof, Behindertenaktionen, Lernferien, einen Badeaufenthalt, Sportferien und spezielle Aktionen für Jugendliche.

Zwei Familienurlaubsaktionen gestalteten SozialarbeiterInnen für Familien der Obdachlosenherberge Gänsbachergasse, weitere 45 für Familien aus sozial schwierigen Verhältnissen fanden mit vom Verein bereitgestellten BetreuerInnen statt. Außerdem gab es 10 Familienurlaubsaktionen für groß- und sozialpädagogische Pflegefamilien.

Für die pädagogischen BetreuerInnen fanden eine ganztägige Schulung, eine Heimleitertagung und verpflichtende Teambesprechungen statt. Unangemeldete Kontrollen durch MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle dienten zur Überprüfung der Heimsituation. In den Kindererholungsheimen Sulzbach-Bad Ischl und Lehenhof wurden Tage der offenen Tür veranstaltet.

Die von den Krankenkassen bewilligten Zuschüsse erreichten eine Höhe von S 2,358.880.

## VII.

Für die Akademie der Sozialarbeit der Stadt Wien reformierte eine neue „Prüfungsvorschrift für die Diplomprüfung an der Akademie für Sozialarbeit" (Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst) die Durchführung der Diplomprüfung, regelte die Zusammensetzung der Prüfungskommission neu und räumte dem Direktor auch ein höheres Maß an Mitwirkung und der Regulativkompetenz bei der Beurteilung bzw. Approbation der Diplomarbeiten ein.

Dem Anliegen einer weiteren Durchlässigkeit und Öffnung des Bildungssystems dient die neue „Berufsreifeprüfung" (BGBl. Nr. 68/1997). Die Berufsreifeprüfung berechtigt Personen ohne Reifeprüfung aber mit absolvierter Lehrabschlußprüfung oder mittlerer Schule zum Studium auch an der Akademie für Sozialarbeit, die Notwendigkeit der Eignungsfeststellung bleibt davon unberührt. Die Durchführung der Berufsreifeprüfung obliegt dem AHS oder BHS. Somit bestehen nun zwei Möglichkeiten, ohne Reifeprüfung an der Akademie zu studieren, die schon länger existierende Studienberechtigungsprüfung und die neue Berufsreifeprüfung.

Im Unterricht wurde der Bereich der offenen Jugendarbeit weiter ausgebaut, und zwar durch die Einbeziehung sozialpädagogischer Handlungsfelder wie „Parkbetreuung" und „Out reaching" bei Jugendveranstaltungen („Raves"). Bei der Erstellung eines Systems neuer erforderlicher Interventionstechniken wurde mit dem Landesjugendreferat kooperiert.

Im Handlungsfeld Familie fand eine eigene Lehrveranstaltung mit GastreferentInnen zur Neuorganisation der Fremdunterbringung (Heim 2000) statt, um alle Studierenden über den aktuellen Stand der Reform zu informieren.

Im Handlungsfeld Bildung behandelt ein zentraler Schwerpunkt die Thematik „Arbeit schaffen - Arbeit finden", wobei ExpertInnen des Berufsförderungsinstitutes als Vortragende gewonnen wurden.

In der Projektarbeit bestand die Möglichkeit der „innovativen Mitarbeit" von StudentInnen in verschiedenen sozialen Einrichtungen mit dem Ziel, innerhalb einer bestehenden Einrichtung einen neuen methodischen Ansatz bzw. ein neues Angebot zu entwickeln, so etwa ein Arbeitsintegrationsprojekt für KlientInnen der Bewährungshilfe in Kooperation mit dem WUK.

Ein Projekt befaßt sich mit der Erstellung eines Verzeichnisses sozialer Einrichtung in Form einer Datenbank.

Weitere Projekte bestanden in sozialer Gruppenarbeit mit obdachlosen Frauen, animativer Kulturarbeit in einem Jugendzentrum (Videoprojekt), Aufklärung illegaler Prostituierter in Hinsicht auf gesundheitliche und rechtliche Risikofaktoren, Arbeit mit jugendlichen Strafgefangenen, Schutz geistig- oder mehrfachbehinderter Frauen vor sexueller Gewalt, animatorische Arbeit mit Kindern von Einwanderern („Ganz Wien als Heimatstadt") u.a.

Die Diplomarbeiten behandelten Fragestellungen der Sozialarbeit wie z.B. Kinder- und Jugendarbeit, Innovationen, Probleme von Randgruppen, Fragen der Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit u.a.

Das Fortbildungsangebot beinhaltete 32 Seminare, von denen auf Grund der Anmeldungen 26 stattfanden. Insgesamt nahmen daran 382 MitarbeiterInnen der Stadt Wien teil. Inhaltliche Schwerpunkte waren u.a. Schulverbindungsdienst, Suchtproblematik, Erlebnispädagogik, Privatverschuldung, sexueller Mißbrauch, Umgang mit nicht motivierten Klienten, Pflegefamilien, Mediation, Sozialplanung, Öffentlichkeitsarbeit, Konzepte aus dem psychotherapeutischen Bereich, Finanzplanung und ein Auslandsseminar in Meran/Italien.

Fortbildungsveranstaltungen fanden auch für andere Berufsgruppen, wie die in den Ämtern für Jugend und Familie tätigen DolmetscherInnen und Sozialpädagoginnen (Kinderpflegerinnen), statt.

Der dreijährige Fachkurs „Supervision und Organisationsentwicklung" konnte abgeschlossen werden. 27 TeilnehmerInnen erhielten das Diplom. Ein neuer Fachkurs dieses Inhalts wurde begonnen. Ebenso startete nach Abschluß des ersten Jahrgangs ein neuer Lehrgang für Krisenintervention.

Die Akademie nahm weiterhin am Programm der europäischen Bildungskooperation teil. 6 Studierende konnten ein Auslandspraktikum bzw. ein Studiensemester im Ausland absolvieren, 12 Gaststudierende aus verschiedenen Ländern kamen an die Akademie. Die Akademie empfing auch eine Reihe von Delegationen, die sich über das österreichische Ausbildungssystem informieren wollten. Ein eigenes Projekt „Studienreisen" befaßte sich mit deren Betreuung.

Der Diplomjahrgang 1997 umfaßte 39 Personen, von denen 32 im Laufe des Jahres abschließen konnten. Weitere 23 StudentInnen aus früheren Jahrgängen legten die Prüfung ab. Die durchschnittliche Ausbildungsdauer stieg auf etwa 3 3/4 Jahre, die Drop-out-Rate ist weiter gestiegen und liegt bei 21 Prozent.

Die Berufsintegration hat in Vergleich zu den Vorjahren etwas abgenommen.

Der Eignungsuntersuchung unterzogen sich 301 BewerberInnen, davon 20 StudienberechtigungsprüfungskandidatInnen. 55 BewerberInnen erhielten einen positiven Aufnahmebescheid.

Insgesamt besuchen derzeit 153 Studierende die Akademie (103 Frauen, 50 Männer).

Das Institut für Sozialpädagogik führte im Kolleg für Sozialpädagogik zwei Jahrgänge. 28 Studierende schlossen die Diplomprüfung mit Erfolg ab. Zur Eignungs-/Aufnahmsprüfung traten 181 BewerberInnen an, 26 Personen konnten in den neuen Ausbildungskurs aufgenommen werden.

Im Lehrgang für Behindertenarbeit für Berufstätige werden laufend zwei Jahrgänge geführt. Der Bedarf für diese Ausbildung im Bereich Behindertenpädagogik ist sehr hoch.

Das Fortbildungsprogramm umfaßte 28 Seminare. Im Zuge der Umstellung der Sozialpädagogik in der Reform Heim 2000 fanden zahlreiche mehrtägige „Teamentwicklungen" für die einzelnen neuen Wohngemeinschaften statt. Weiters übernahm das Institut Krisenintervention und eine Reihe von Beratungen.

Die zwei Lehrgänge für Krisenintervention hatten je 16 TeilnehmerInnen aus den Bereichen Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Die Lehrgänge werden gemeinsam mit der Akademie für Sozialarbeit geführt.

Weiters nahm das Institut die Supervision für sozialpädagogische Einrichtungen der MAG ELF wahr. Es fanden 71 Einzelsupervisionen und 64 Gruppensupervisionen sowie Coaching für Leitungsfunktionen statt.

Für die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik trat an die Stelle der bisherigen Reife- und Befähigungsprüfung durch gesetzliche Änderung eine Reife- und Diplomprüfung. Zum Jahresende besuchten die Bildungsanstalt 465 Schülerinnen und 12 Schüler, weiters 153 Schülerinnen und 5 Schüler in Assistentenkursen und 27 Kandidatinnen in der Ausbildung zu SonderkindergärtnerInnen.

72 KandidatInnen bestanden die Reife- und Befähigungsprüfung, weiters 68 KandidatInnen aus den Assistentenkursen. Die Befähigungsprüfung im Rahmen der Kolleg-Ausbildung bestanden 20 KandidatInnen.

Die Eignungsprüfung absolvierten 143 KandidatInnen mit Erfolg, weiters 43 für die Kolleg-Ausbildung, wovon auf Grund der zur Verfügung stehenden Zahl der Ausbildungsplätze nicht alle aufgenommen werden konnten.

## Sozialamt

In der Allgemeinen Sozialhilfe blieben die Richtsätze für Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes analog den Richtsätzen der Pensionen mit Ausgleichszulage unverändert:

Sie betrugen für Alleinunterstützte S 4.880, für Hauptunterstützte S 4.759, für Mitunterstützte ohne Anspruch auf Familienbeihilfe S 2.443 und für Mitunterstützte mit Anspruch auf Familienbeihilfe S 1.464 . Der zur Angleichung der Dauerleistungen an die Bezüge der Ausgleichszulagenempfänger gewährte Zuschlag wurde in Anpassung an die Erhöhung des Krankenkassenbeitrages für Pensionen (von 3,5 % auf 3,75 %) mit S 2.711 für Alleinstehende und S 3.629 für ein Ehepaar festgesetzt. Außerdem wurden an Dauersozialhilfebezieher - ebenfalls analog den Pen-

sionen mit Ausgleichszulage - in den Monaten Jänner und Juli 1997 zusätzliche Zahlungen von jeweils S 963 für Alleinstehende und S 1.444 für Ehepaare geleistet.

Sozialhilfe als Dauerleistung für alte oder erwerbsunfähige Personen wurde im Dezember 1997 in 3.539 Fällen für 3.723 Personen gewährt. Im Vergleich zu 1996 sank die Zahl der Fälle um 80 und die der Personen um 90. Von diesen 3.723 Personen waren 9 Kriegsgeschädigte, 639 Bezieher von Sozialversicherungspensionen, 5 Kleinrentner, 182 Ausländer und 2.888 sonstige Dauerleistungsempfänger. Bemerkenswert ist, daß nicht weniger als 617 Pensionisten eine Dauerleistung erhielten, weil sie eine Miete von mehr als S 812 pro Monat zu zahlen hatten.

Geldaushilfen zur Deckung des Lebensunterhaltes wurden in 113.749 Fällen ausbezahlt. Unter anderem entfielen 7.199 Fälle auf Pensionsbewerber, 2.333 auf AlleinerzieherInnen, und in 922 Fällen handelte es sich um eine Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Zahl der Geldaushilfen stieg um 5.678, das sind 5,25 Prozent. Die Aufwendungen erhöhten sich um 5,15 Prozent und betrugen S 470,048.836,81.

An die Wiener Stadtwerke - Städtische Bestattung wurden für nicht bzw. nicht zur Gänze in Verlassenschaftsverfahren eingebrachte Bestattungsdurchführungskosten S 5,086.146,07 für 718 Fälle überwiesen (§ 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes). Im Jahr 1997 wurden an bedürftige Hinterbliebene Beträge zum Bestattungsaufwand in der Höhe von S 431.608 gewährt.

Im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährte die Abteilung in 922 Fällen einmalige Aushilfen und monatlich durchschnittlich 11 Aushilfen an die in Wien wohnhaften und durch HIV infizierten Personen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände. Im Jahr 1997 betrug der Aufwand S 6,770.344,92.

Weitere Hilfen und Zuschüsse umfaßten folgende Bereiche:

Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung wurden im Rahmen der Krankenhilfe S 72,910.623,89 zur Verfügung gestellt, der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von Zahnärzten und Dentisten betrug S 8,406.666,60 (alle Aufwendungen ohne Flüchtlingshilfe).

Da die Wiener Gebietskrankenkasse die Leistungen für Hilfsmittel an sozialversicherte Personen sehr eingeschränkt bzw. in vielen Fällen eingestellt hat, ist eine bemerkenswerte Zunahme von Fällen eingetreten, bei denen die Gewährung eines Zuschusses oder die Übernahme der Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe zu prüfen ist.

Die Mutter-Kind-Heime der Caritas, des Kolpingwerkes, des Vereines Rat und Hilfe, der Caritas Socialis, des Hauses Sarepta und der Hilfskette Nachbarschaft für werdende Mütter erhielten Zuschüsse zu den Betriebskosten.

Das Angebot der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not wurde im Jahr 1997 um 39 auf 584 Wohneinheiten ausgeweitet. Pro betreutem Wohnplatz betrug der Monatssatz S 5.421, in den Frauenwohngemeinschaften des Wiener Hilfswerkes S 6.506 monatlich und für die Unterbringung in den Notschlafstellen des Vereines für Bewährungshilfe S 412 täglich.

Im Dezember 1995 wurde das Abkommen von Dayton unterzeichnet, womit der seit Frühjahr 1992 dauernde Krieg in Bosnien beendet werden soll.

Die Bosnienhilfeaktion im Rahmen der Bund- Ländervereinbarungen endete am 31. August 1997. Im Bundesgesetzblatt Nr. 215/1997 wurden die Kriterien eines weiteren Aufenthaltsrechtes bis 31. Juli 1998 für schutzbedürftige Gruppen festgelegt. Die weitere Betreuung im Rahmen der Bund-Länderaktion Bosnienhilfe war von einer Antragstellung der de-facto-Flüchtlinge abhängig. Im Frühjahr 1997 wurden alle in Betreuung stehenden Personen von der Notwendigkeit einer Beantragung auf Weiterbetreuung nach dem 31. August 1997 zweisprachig in Kenntnis gesetzt. Die gestellten Anträge auf Weiterbetreuung und/oder Rückkehrhilfe, Teilnahme an Reintegrationsprojekten sowie Ansuchen um Wiederaufbauhilfe vorort wurden bearbeitet bzw. an die entsprechenden Stellen weitergeleitet. Nach Kundmachung der diesbezüglichen Verordnung wurden alle am 31. August 1997 in Betreuung stehenden de-facto-Flüchtlinge schriftlich von der Entscheidung betreffend ihre Anträge auf Wiederaufnahme in die Bosnienaktion in Kenntnis gesetzt.

Viele Flüchtlinge fanden Arbeit und Wohnung und wurden von der Hilfe durch die Bosnienaktion unabhängig. Die angebotene Rückkehrhilfe wurde im Jahr 1997 von gesamt 229 Personen in Anspruch genommen.

Zu Jahresende 1997 waren noch insgesamt 1.190 (1996: 2.145) Personen, davon 780 (1996: 1.251) in Privatunterkünften und 410 (1996: 894) in Großquartieren, in Betreuung der Bosnienhilfe.

Die Flüchtlingsbetreuung im Rahmen der Bosnienhilfe im Flüchtlingslager Triester Straße und in der Beratungsstelle Rösslergasse wurde 1997 von zwei SozialarbeiterInnen durchgeführt. Die Sozialarbeiterin der Beratungsstelle war Anlaufstelle für bosnische de-facto Flüchtlinge, die im Rahmen der Aktion Bosnienhilfe unterstützt wurden. Neben Information, Beratung und Betreuungsarbeit wurde auch wieder bei anderen Behörden wie etwa der MA 62, Arbeitsamt usw. vermittelt und interveniert. Weitere Aufgabengebiete waren Unterstützung bei der Wohnungssuche, Aus- und Weiterbildung, Lehrstellensuche usw. Im Flüchtlingslager Triester Straße war 1997 ein Sozialarbeiter tätig. Das Aufgabengebiet umfaßte die Leitung des Lagers sowie die Betreuung der BewohnerInnen des Lagers. Mit Stand vom 31. Dezember 1997 waren im Lager Triester Straße 69 Personen untergebracht.

Es erfolgten zwar nur mehr wenige Neuaufnahmen, hauptsächlich Neugeborene und Übernahme von Personen aus anderen Bundesländern, andererseits benötigten die bereits hier befindlichen Flüchtlinge zunehmend mehr Beratung und zum Teil psychotherapeutische Betreuung. Auch die Kosten der Krankenhilfe sind wegen des immer höher werdenden Anteiles an älteren Flüchtlingen sehr hoch geblieben.

Mitte des Jahres 1993 wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt für die de-facto-Flüchtlinge ermöglicht, wodurch bis Ende 1997 5.504 Menschen (Vergleichswert per Ende 1996: 5.297) von der Hilfe durch Bund und Land unabhängig wurden.

Bis 31. Dezember 1997 wurden in Wien seit Beginn der Aktion 27.173 (EDV-Stand 30.12.97) de-facto Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina registriert; davon waren Ende 1997 1.190 Personen (Vergleichswert Ende 1996: 2.145) in Betreuung der Stadt Wien.

Die Kosten der Krankenhilfe sind im Vergleich zur gleichen Zahl von Österreichern sehr hoch geblieben. Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden im Rahmen der Krankenhilfe S 9,179.850,96 zur Verfügung gestellt. Der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von Zahnärzten und Dentisten betrug S 1,092.642,83. Der Sozialhilfeaufwand in städtischen und nichtstädtischen Anstalten betrug S 26,127.957,91.

Für Unterkunftskosten an private Quartiergeber bzw. für Versorgung und Unterbringung in städtischen und privaten Einrichtungen entstand ein Aufwand von S 38,416.712,76.

An Konventionsflüchtlinge wurden 2.893 Aushilfen mit einem Gesamtbetrag von S 16,533.471 ausbezahlt, auf österreichischen Staatsbürgern gleichgestellte Personen, ausgenommen Konventionsflüchtlinge, fielen 379 Fälle mit S 1,554.909,20 und auf österreichischen Staatsbürgern nicht gleichgestellte Personen 1.358 Fälle mit S 7,549.518,40.

Gemäß der Übertragungsverordnung vom 16. Juli 1992, BGBl. Nr. 412/1992, sind nach Maßgabe der Weisungen des Bundesministeriums für Inneres Verträge über die Unterbringung von bundesbetreuten Asylwerbern mit privaten humanitären und kirchlichen Einrichtungen oder Institutionen der freien Wohlfahrt abzuschließen und diese Unterkünfte und die vereinbarten Leistungen regelmäßig zu kontrollieren (mindestens 2 x jährlich). Am 31. Dezember 1997 waren in Wien 85 Asylwerber untergebracht.

Auf dem Gebiet des Sozialhilfekostenersatzes wurden 5.870 neue Erstattungsanträge in der offenen und geschlossenen Sozialhilfe bearbeitet. Es wurden 1.487 neue Kostenanerkenntnisse gegenüber nichtstädtischen Krankenhäusern und anderen Sozialhilfeträgern abgegeben. Zur laufenden Verrechnung waren im Jahre 1997 mit nichtstädtischen Krankenanstalten 764 Fälle, mit nichtstädtischen psychiatrischen Krankenanstalten 58 Fälle, mit Kur- und Rehabilitationsanstalten 18 Fälle und mit TBC-Heilstätten 13 Fälle anhängig. In 906 Fällen wurden Ambulanzgebühren für nichtstädtische Anstalten, in 5.944 Fällen Transportkosten für nichtstädtische Krankenbeförderungsdienste (Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Die Johanniter, Malteser Hilfsdienst u.a.) übernommen. In 665 Fällen wurden aufgelaufene Sozialhilfekosten wie Dauerleistungen, Pflegegebühren in Krankenanstalten, Mietbeihilfen usw. zur Verlassenschaft angemeldet und in 75 Fällen Regreß gegen Erben geltend gemacht. Sozialhilfekosten wurden in 300 Fällen mit einem fremden Sozialhilfeträger verrechnet. Die Einnahmen aus der Verrechnung mit fremden Sozialhilfeträgern bzw. aus Vorschreibungen in Verlassenschaftsverfahren (statistisch erfaßt erst seit Juli 1997) betrugen S 10,145.100,03. In das Referat Sozialhilfekostenersatz fiel auch die Überprüfung des Vorliegens von Fremdverschulden bei Verletzungen, Verkehrsunfällen usw., sowie die Einhebung des 80prozentigen Pensionsanteiles bei Asylierungsfällen. Weiters wurden Pensionsansprüche überprüft, Feststellungen über den endgültig verpflichteten Sozialhilfeträger durchgeführt, Amtshilfeersuchen bearbeitet und die Aufrechnungen fremder Sozialhilfeträger kontrolliert.

Auf Grund des Tuberkulosegesetzes wurden mangels eines anderen Kostenträgers im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung die Kosten der Behandlung einer aktiven Tuberkulose, bzw. die Kosten der Behandlung anderer Erkrankungen, sofern diese im Zusammenhang mit der Erkrankung an Tuberkulose notwendig sind, übernommen. Die Behandlungskosten anderer, gleichzeitig mit einer Tuberkulose auftretenden, nichttuberkulösen Erkrankungen wurden ebenso aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen, wie die Kosten der Behandlungen der Angehörigen der Tuberkulosekranken.

Im Schnitt wurden im Jahr 1997 monatlich für 69 Personen Behandlungskosten aus Bundesmitteln und für 21 Personen aus Sozialhilfemitteln mit Bescheid übernommen. In Zweifelsfällen wurden vor der Übernahme der Behandlungskosten amtsärztliche Sachverständige befragt, ob ein Zusammenhang zwischen den zu übernehmenden Behandlungskosten und der Tuberkulose vorliegt, um den Kostenträger (Bund oder Land) feststellen zu können. Aus Mitteln der Sozialhilfe wurden im Schnitt im Jahr 1997 monatlich 36 Personen als Hauptbezieher und 9 Personen als Mitbezieher finanziell unterstützt. Die Unterstützung erfolgt unter Berücksichtigung des krankheitsbedingten Mehrbedarfes auf die Dauer des Vorliegens einer aktiven Tuberkuloseerkrankung zuzüglich einer dreimonatigen Übergangsfrist.

Vom Referat Kur- und Rekonvaleszentenaufenthalte sind im Jahr 1997 48 Anträge um Bewilligung von Kur- und Rekonvaleszentenaufenthalte eingegangen, davon wurden 14 Bewilligungen für die Kostenübernahme eines Kur- oder Rekonvaleszentenaufenthaltes erteilt. Anspruchsberechtigt sind nur Sozialhilfebezieher; bezweckt wird vor allem die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit bzw. bei dauernd arbeitsunfähigen Sozialhilfebeziehern eine längerdauernde Linderung von Schmerzzuständen.

Im Laufe des Jahres mußten 32 Anträge abschlägig erledigt werden; die überwiegende Zahl der Abweisungen erfolgte nach amtsärztlicher Begutachtung, weil die medizinischen Voraussetzungen für einen Kur- oder Rekonvaleszentenaufenthalt nicht vorlagen bzw. weil keine Kurfähigkeit gegeben war (z.B. bei Bezug von Pflegegeld).

Dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen standen mit Dezember 1997 93 SozialarbeiterInnen zur Verfügung. Die im Referat tätigen SozialarbeiterInnen boten auch 1997 Personen ab dem 19. Lebensjahr Hilfestellungen an, die von einmaligen Informations- und Beratungsgesprächen über Vorschläge zur Bewältigung von Krisensituationen bis zu längerfristigen Intensivbetreuungen reichten.

Ein zusätzliches Aufgabengebiet des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen stellt die Teilnahme am „Expertenkreis", der sich aus je einem Vertreter der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not, der Caritas, der MA 11, der MA 12, der MA 17 und - seit September 1997 - auch des Vereines Wiener Frauenhäuser, zusammensetzt, dar. In 23 Sitzungen wurden 1.666 Fälle (manche auch mehrmals), die von Obdachlosigkeit bedroht oder obdachlos waren und von keiner sozialen Institution betreut wurden, behandelt.

Die SozialarbeiterInnen der sechs Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen boten für Erwachsene ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt Information, Beratung und Betreuung bei sozialen Anliegen und in Krisensituationen, die durch Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Suchtverhalten, Behinderung, Krankheit, finanzielle Schwierigkeiten, Beziehungskonflikte und dergleichen verursacht wurden. 1997 fielen in den Außenstellen 13.160 Fälle an. Insgesamt wurden 3.598 Hausbesuche und 1.823 Dienstwege durchgeführt. In 4.717 Fällen wurden im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfes gewährt. Die Möglichkeit eines Beratungsgespräches wurde 1997 von 1.537 Personen in Anspruch genommen.

Die aus vier SozialarbeiterInnen bestehende Projektgruppe der Außenstelle I, zuständig für die Bezirke 1, 2, 6, 7, 8 und 9, bot intensive Betreuung des 2. Bezirkes durch verstärkte Kontakte zu Institutionen der Leopoldstadt und mehr KlientInnennähe an. Die geplante Projektdauer von einem Jahr ist Mitte 1997 abgelaufen. Die mit Juni 1996 für den 8. Bezirk eingerichtete Soziale Servicestelle in 8, Schlesingerplatz 2, in der jeden Donnerstag von 14.00 bis 17.30 Uhr unter anderen auch eine Sozialarbeiterin der Außenstelle I Sozialberatung anbot, wurde wegen mangelnder Inanspruchnahme eingestellt.

Die Außenstelle V, zuständig für den 10. Bezirk, bietet zusätzlich in Zusammenarbeit mit der MA 17 Delogierungsprävention für erwachsene GemeindewohnungsmieterInnen im Bezirk. Dieses Projekt besteht mit Ablauf des Jahres 1997 bereits das vierte Jahr.

1997 befanden sich im Bereich des 10. Bezirkes 259 Personen auf den Delogierungslisten der MA 17, die von der Außenstelle V kontaktiert wurden. Das Beratungsangebot wurde von 140 Personen angenommen.

Die Anzahl der dem Sozialamt zur Verfügung stehenden Prekariumswohnungen, die nach wie vor ein wichtiges Instrument für die zeitlich begrenzte Unterbringung von Obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen, die von den Außenstellen betreut werden, darstellen, belief sich 1997 auf 77. Insgesamt waren 1997 87 Personen untergebracht, wovon 30 im Laufe des Jahres aufgenommen wurden und 30 wieder ausgezogen sind. In 19 Fällen konnten die Personen im Anschluß an das „Probewohnen" in eine ihnen zugewiesene Gemeindewohnung ziehen. Mit 31. Dezember 1997 wohnten insgesamt 57 Personen in Prekariumswohnungen.

Die beiden Tageszentren für Obdachlose wiesen 1997 eine Besucherzahl von insgesamt 50.840, davon 12.252 im Tageszentrum Pazmanitengasse (pro Tag durchschnittlich 50 Personen) und 38.588 im Tageszentrum Josefstädter Straße (pro Tag durchschnittlich 156 Personen) auf. Von der SozialarbeiterInnen wurden 1997 935 Beratungsgespräche durchgeführt.

Ebenso wie im Vorjahr war auch 1997 das Tageszentrum Josefstädter Straße während der Weihnachtsfeiertage geöffnet, und zwar am 24., 25. und 26. Dezember 1997 von 9 bis 17 Uhr. Das Tageszentrum Pazmanitengasse war am 24. Dezember 1997 von 9 bis 13 Uhr geöffnet. An diesen Tagen wurden Speisen, alkoholfreie Getränke und Winterbekleidung kostenlos an die 637 BesucherInnen ausgegeben.

Im Rahmen der Straßensozialarbeit, die von den SozialarbeiterInnen beider Tageszentren wahrgenommen wird, wurden 471 Einsätze durchgeführt, wobei 641 Einzelgespräche geführt wurden. Aufgesuchte Plätze waren: Karlsplatz, Stephansplatz, Schwedenplatz, Bahnhof Wien Mitte, Westbahnhof, Südbahnhof, Franz-Josef-Bahnhof, Schottentor, Votivpark, Graben, Kärntner Straße, Praterstern, diverse Parks, Donauinsel, Donaukanal sowie Teile der U1, U2, U3, U4, U6 und andere. Das Angebot des medizinischen Betreuungsbusses „Louise" für die Erst- und Notversorgung Obdachloser wurde 1997 pro Monat von rund 480 obdachlosen Personen in Anspruch genommen.

Im Sozialtherapeutischen Wohnheim für Obdachlose belief sich der Bewohnerstand mit 31. Dezember 1997 auf 220 Personen (172 Männer, 48 Frauen). 165 Personen (129 Männer, 36 Frauen) wurden im Laufe des Jahres aufgenommen und 173 Personen (140 Männer, 33 Frauen) haben es wieder verlassen. 52 Personen (30,6 %) konnten in Gemeindewohnungen untergebracht werden, ein Teil fand eine anderweitige Unterkunft. 1997 haben sich insgesamt 296 Personen (210 Männer, 86 Frauen) um Aufnahme beworben. 159 Personen wurden aufgenommen, 20 davon sind nicht ins Sozialtherapeutische Wohnheim eingezogen.

1997 wurden in Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Wien und dem Verein Wiener Sozialdienste wieder drei Informations- und Trainingskurse für langzeitarbeitslose SozialhilfeempfängerInnen und NotstandshilfebezieherInnen durchgeführt. Die sozialarbeiterische Tätigkeit bestand in organisatorischer Planung, sozialarbeiterischer Beratung der KursteilnehmerInnen während der Kurszeit, Öffentlichkeitsarbeit und Nachbetreuung der KursteilnehmerInnen. Die Dauer der Kurszeit belief sich auf jeweils 12 Wochen. Von den 1997 an die Kursleitung verwiesenen 234 InteressentInnen kamen 106 zum Informationstag. 94 Personen kamen

zum Vorstellungsgespräch. Insgesamt begannen 42 Personen die Kurse, 23 davon haben abgeschlossen. Im Anschluß an die Kurse wurden 244 Bewerbungsschreiben an den 1. Arbeitsmarkt gerichtet, 13 an diverse Sozial- und Beschäftigungsprojekte. Bei 10 Personen bestand Aussicht auf Weiterbildung. Weitere 8 Personen konnten dazu motiviert werden, einen Alkohol- bzw. Drogenentzug zu machen. Die von der Kursleitung angebotene Nachbetreuung, um die im Kurs erreichte Stabilisierung zu erhalten, wurde von 63 ehemaligen KursteilnehmerInnen in Anspruch genommen.

Die Schuldnerberatungsstelle der Stadt Wien wurde 1997 von 2.555 Haushalten in Anspruch genommen. Der im Jänner 1995 eingeführte „Privatkonkurs" konnte auch im dritten Jahr seines Bestehens von der Schuldnerberatung äußerst positiv eingesetzt werden. Etwa die Hälfte aller in Wien eröffneten Privatkonkursverfahren wurde von der Schuldnerberatungsstelle vorbereitet bzw. begleitet, die andere Hälfte entfiel auf Gläubigeranträge und Anträge von Schuldnern, die sich durch RechtsanwältInnen vertreten lassen. Mit Inkrafttreten des Verfahrens nahmen besonders viele ehemals Selbständige die Beratung und den Privatkonkurs in Anspruch. Mittlerweile steigt nun auch der Anteil der Privathaushalte.

Im Bereich der Behindertenbetreuung waren SozialarbeiterInnen im Rahmen des Sachverständigenteams im Behindertenzentrum der Stadt Wien, in den Trainingswohnungen, im „Club 21" und der Betreuung der im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen tätig.

Im Bereich des Sachverständigenteams wurden 1997 insgesamt 1.542 Personen beraten und betreut. Davon waren 353 Intensivbetreuungen und 903 Kontakte bzw. Beratungen mit Angehörigen sowie 508 Kontakte zu diversen Institutionen zu verzeichnen.

Für die im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen wurden ebenfalls Beratung und Betreuung angeboten. Mit Dezember 1997 waren insgesamt 640 MitarbeiterInnen im Rahmen der Sonderaktion in 66 Dienststellen beschäftigt. Primäre Aufgabe der zuständigen SozialarbeiterInnen ist es, die akuten Probleme zu lösen. Aber auch die Kontaktaufnahme mit den behinderten MitarbeiterInnen, die über die Sonderaktion beschäftigt sind und einen befristeten Dienstvertrag haben, ist ebenso wichtig wie das längerfristige Kennenlernen aller im Rahmen der Sonderaktion tätigen MitarbeiterInnen und deren Arbeitsumfeld. Im Jahr 1997 fanden 1.143 Kontakte mit KollegInnen aus der Sonderaktion statt, 266 davon wurden intensiv betreut. 1.886 Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der im Rahmen der Sonderaktion beschäftigten MitarbeiterInnen fanden statt. Um die Chance auf Integration in die jeweiligen Dienststellen möglichst gut vorzubereiten, wurden die SozialarbeiterInnen in einzelnen Fällen bereits in das Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen.

Im Laufe des Jahres 1997 fanden auch regelmäßige Besprechungen zwischen den SozialarbeiterInnen und der Vertreterin der MD-PD statt.

Im Club 21 konnten im 1. Quartal monatlich durchschnittlich 320, im 2. Quartal 565, im 3. Quartal bedingt durch die Sommerpause 195 und im 4. Quartal 527 BesucherInnen verzeichnet werden. Es wurden verschiedenste Aktivitäten, wie Tanz und Bewegung, Theatergruppen, Besuche von Ausstellungen, Sport und Entspannungsübungen sowie Ausflüge, angeboten.

Im Bereich der Trainingswohnungen für Behinderte wurde auch im Jahr 1997 mit den BewohnerInnen intensiv an der Verselbständigung im Sinne einer Unterbringung in einer eigenen Wohnung gearbeitet.

FOCUS, dessen Arbeitsauftrag soziale Erhebungen im öffentlichen Raum umfaßt, besteht seit nunmehr fünf Jahren und war 1997 in unterschiedlichen Regionen der Stadt Wien präsent (Jänner bis April 1997 im 22. Wiener Gemeindebezirk, Mai bis Juli 1997 im 9. Wiener Gemeindebezirk, August bis Oktober 1997 im 10. Wiener Gemeindebezirk und ab November 1997 im 4. Wiener Gemeindebezirk). Die Schwerpunkte der Tätigkeitsfelder umfaßten Kontaktaufnahme zu Institutionen vor Ort, Kontaktaufnahme zum Klientel, Analyse der örtlichen Situation und Problemlage, Erarbeitung und Skizzierung präventiver Maßnahmen sowie Projektideen, Erstellung und Präsentation eines Abschlußberichtes sowie Vernetzung der Institutionen vor Ort.

Die Anfang 1996 eingerichtete Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) für den 20. Bezirk, ein Projekt der Volkshilfe Wien in Zusammenarbeit mit den MA 11 und 12 sowie dem Wiener Integrationsfonds, wurde nach den Erfolgen des Projektes auch auf den 2. Bezirk ausgedehnt. FAWOS war 1997 somit eine zentrale Anlaufstelle für alle BewohnerInnen des 2. und 20. Bezirkes, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht waren. Das Aufgabengebiet umfaßte die nachgehende Kontaktaufnahme mit allen Betroffenen, mietrechtliche und sozialarbeiterische Information und Beratung, Krisenintervention, Vermittlung zwischen MieterIn und VermieterIn und gegebenenfalls finanzielle Unterstützung. Das Angebot richtete sich an In- und AusländerInnen und an die MieterInnen aller Wohnungen (Gemeinde-, Privat- und Genossenschaftswohnungen). 1997 wurden FAWOS 1.297 Haushalte im 2. und 20. Bezirk, die von Delogierung bedroht waren, bekannt. 60 Prozent der Haushalte waren ohne Kinder, 40 Prozent mit Kindern. In 653 Fällen lag ein Räumungstermin vor, wobei in 496 Fällen eine Wohnungssicherung erreicht werden konnte. Bei den 157 durchgeführten Räumungen ist es in 63 Fällen trotz Hausbesuch nicht gelungen, Kontakt mit den Betroffenen aufzunehmen. In 84 Fällen handelte es sich um Firmen, Zweitwohnsitze oder Verlassenschaften. Nur in 10 Fällen war es FAWOS nicht möglich, die Wohnung zu sichern. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Fachstelle zur Verhinderung von Delogierungen war in 124 Fällen erforderlich.

Die Angebote Fort- und Weiterbildung wurden auch 1997 von den SozialarbeiterInnen rege in Anspruch genommen. Als Vortragende waren sie an den Akademien für Sozialarbeit und in den Krankenpflegeschulen tätig. Zahlreiche Studierende der Akademien für Sozialarbeit absolvierten ein Praktikum (einige davon in Form eines 17wöchigen Langzeitpraktikums) in den verschiedenen Einrichtungen des Referates.

## Behindertenhilfe

### Frühförderung

Die ARGE Frühförderung wurde im Jahre 1991 mit der Zielsetzung gegründet, die Schaffung und den Ausbau von Einrichtungen der Frühförderung (Früherkennung - Entwicklungsförderung - Familienbegleitung) für in Wien lebende Behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder sowie die Koordination und Unterstützung vorhandener Angebote der Frühförderung bis hin zur flächendeckenden Versorgung Wiens zu ermöglichen.

Im Jahr 1997 wurde ein Konzept für den weiteren Ausbau dieser Frühförderangebote erstellt.

Im Budget der Abteilung für das Jahr 1997 wurden daher die Gehaltskosten von acht zusätzlichen Hausfrühförderinnen budgetiert. Die ARGE Frühförderung hat ferner ein Curriculcum für die Ausbildung von Hausfrühförderinnen erarbeitet.

Das von der Stadt Wien in 22, Langobardenstraße 189, errichtete „Zentrum für Entwicklungsförderung" hat Ende 1997 seinen Betrieb aufgenommen. In der in der Rechtsform eines Ambulatoriums geführten Einrichtung werden behinderte Kinder bis zu 6 Jahren betreut.

Im Interesse einer besseren Vernetzung von Maßnahmen der Frühförderung haben Gespräche mit den MA 11 und 15, dem Wiener Krankenanstaltenverbund und einem großen privaten Träger, der in Wien drei Ambulatorien für die Behandlung körper- und mehrfachbehinderter Kinder und Jugendlicher führt, stattgefunden. Darüber hinaus ist beabsichtigt, an allen gynäkologisch/geburtshilflichen Abteilungen des Krankenanstaltenverbundes Schritte zu setzen, um die Erstinformation der Mutter bzw. Eltern über eine Behinderung ihres neugeborenen Kindes mit der nötigen Sensibilität und verbunden mit entsprechenden Informationen zu gestalten.

Beschäftigungstherapie und berufliche Eingliederung von Besuchern von Beschäftigungstherapieeinrichtungen:

Das Sozialamt richtet sein Hauptaugenmerk auf Bemühungen, behinderte Menschen soweit zu fördern, daß sie eine reelle Chance auf eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben. Schätzungsweise können rund 10 Prozent der in Beschäftigungstherapiewerkstätten betreuten behinderten Menschen beruflich integriert werden.

Über Wunsch von Frau Vizebürgermeisterin Laska wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1996 der Arbeitskreis „Berufliche Integration behinderter Menschen" eingerichtet. Aus diesem Arbeitskreis haben Fachleute aus verschiedenen Bereichen (Bundessozialamt, Arbeitsmarktservice, Behindertenorganisationen, Stadtschulrat für Wien, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Berufsbildungszentrum usw.) teilgenommen. Zielsetzung dieses Arbeitskreises war, Maßnahmen zu überlegen, die behinderten Menschen in Beschäftigungstherapieeinrichtungen, die in der freien Wirtschaft arbeiten könnten, einen entsprechenden Zugang zu diesen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen.

### EU-Projekte

1996 sind einige aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderte Projekte gestartet worden, in die die Abteilung eingebunden ist. Es sind dies Modellversuche, die der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt gewidmet sind und auch 1997 mitfinanziert wurden. Auf nationaler Basis (ohne ausländische Projektpartner) laufen folgende Vorhaben:

- Arbeitsassistenz für psychisch behinderte Menschen
- Arbeitsassistenz für Gehörlose
- Einstellungsbeihilfen
- Ausbildung Gehörloser zum Schwachstromtechniker
- Housekeeping (Hotel- und Zimmerreinigung)

Bei den folgenden Vorhaben arbeiten die Projektträger mit je zwei Partnern in anderen EU-Ländern zusammen:

- ALPHA Fertigungstechnik (Qualifizierung in betrieblichen Tätigkeitsbereichen und im Dienstleistungsbereich)
- SYMBIOSYS Arbeitstraining von in Wirtschaftsbetrieben integrierten Kleingruppen.

### Wohnplätze

Das Programm der „ARGE Wohnplätze für behinderte Menschen", das bis 2003 läuft, ist auch 1997 planmäßig fortgesetzt worden. Es konnten 7 vollbetreute Wohngemeinschaften mit insgesamt 67 Plätzen und 11 mobil, d.h. nur teilweise betreute Wohnplätze, neu in Betrieb genommen werden. Im Rahmen des Sonderprogrammes der Ausgliederung geistig behinderter Menschen aus dem psychiatrischen Krankenhaus wurden 3 Wohngemeinschaften mit je 8 Plätzen, also für 24 ehemalige Patienten, geschaffen.

### Bedarfs- und Entwicklungsplan

Die Arbeiten an dem von den Geschäftsgruppen „Gesundheits- und Spitalswesen" sowie „Jugend, Soziales, Information und Sport" gemeinsam zu verfassenden „Bedarfs- und Entwicklungsplan der Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen" sind 1997 fortgesetzt worden. Nach Fertigstellung der Bestandsanalyse sind als nächste Arbeitsschrit-

te eine Strukturanalyse sowie die Planung des künftigen Bedarfes in Angriff genommen worden. Auf Grund des den Mitgliedern des Lenkungsausschusses vorzulegenden Endberichtes werden an Hand eines Maßnahmenkatalogs Umsetzung, Finanzierung und Erfüllungszeitpunkte festzulegen sein.

Unterstützungsbeiträge an Behindertenorganisationen

1997 wurden für die von privaten Vereinen geleisteten Beratungs- und Betreuungsdienste an 10 Organisationen Zuschüsse in der Höhe von S 6,359.000 gewährt.

Dem Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien, das die ambulante psychiatrische und psychosoziale Versorgung der Wiener Bevölkerung wahrnimmt, wurden für den Betrieb seiner Wohnheime Kosten im Ausmaß von S 18,149.980 vergütet.

Der Wiener geschützten Werkstätten und Rehabilitationseinrichtungen GesmbH., deren Aufgabe in der beruflichen Rehabilitation psychisch Kranker liegt, wurde ein Aufwand von S 31,800.000 ersetzt.

Aufsichtsrecht

Im Rahmen der behördlichen Aufsicht über die Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Beschäftigungstherapie, Wohnheime und geschützte Werkstätten wurden 18 Behinderteneinrichtungen überprüft.

Der Fonds zur Förderung von Selbsthilfegruppen konnte 47 Gruppen eine finanzielle Unterstützung in der Gesamthöhe von S 860.000 ermöglichen.

1997 wurden im Referat Behindertenhilfe 1.179 Neuanträge auf Leistungen nach dem Wiener Behindertengesetz eingebracht.

Im Rahmen der Behindertenhilfe wurden 1997 weiters folgende Leistungen erbracht: Für 1.418 Personen wurden die Kosten für die Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln übernommen, 1.300 Personen nahmen die Beförderung im Rahmen des Regelfahrtendienstes in Anspruch, 228.736 Fahrten wurden im Rahmen des Freizeitfahrtendienstes durchgeführt. 1.733 Personen nahmen Maßnahmen der Eingliederungshilfe in Anspruch. 481 Landeszuschüsse zur geschützten Arbeit wurden ausbezahlt, 2.848 Personen besuchten die Beschäftigungstherapie (einschließlich Wiener geschützte Werkstätten), 1.094 Personen wird Hilfe zur Unterbringung gewährt, 384 Personen wird Hilfe am geschützten Wohnplatz (mobile Betreuung) gewährt, 103 Personen wurde Drogentherapie übernommen sowie 89 Maßnahmen der persönlichen Hilfe (Hilfsmittel) und 48 Ausweise für behinderte Personen aufgestellt.

Im Rahmen der Wohngemeinschaft Villa Kellermann wurden in diesem Jahr 22 junge Burschen betreut, davon 10 stationär, 11 ambulant und ein Bursch in der Trainingswohnung Meiselstraße. 1997 wurde die Villa Kellermann von 1.119 ambulant bzw. ehemals Betreuten besucht.

Seit März 1997 ist in der Abteilung ein Dezernat VI eingerichtet, zu dessen Geschäftsbereich folgende Aufgaben gehören:

- Zusammenstellung und Aufbereitung von sozial-, behinderten- und pflegegeldrechtlichen Entscheidungen
- bescheidmäßige Erledigung von Rückforderungen und bescheidmäßige Zurückweisung von Pflegegeldanträgen
- Mitwirkung bei der Vertretung des Landes Wien bei Verhandlungen in Pflegegeldangelegenheiten vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien sowie dem Oberlandesgericht Wien
- Bearbeitung von Berufungen gegen Entscheidungen des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien sowie Revisionen gegen Urteile des Oberlandesgerichtes Wien an den Obersten Gerichtshof (Pflegegeldangelegenheiten)
- Berufungen gegen Bescheide betreffend die Ausstellung von Behindertenpässen nach dem Bundesbehindertengesetz
- legistische Tätigkeit

In Zusammenhang mit obenerwähntem Aufgabenbereich wurden vom Dezernat VI in der Zeit von März bis Dezember 1997 67 Klagebeantwortungen erstellt und in 47 Tagsatzungen vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien vertreten sowie 6 Berufungsschriften und 1 Entwurf für eine Revision vor dem Obersten Gerichtshof verfaßt und 6mal vor dem Oberlandesgericht Wien vertreten. Weiters konnten 23 der genannten 47 gerichtsanhängigen Verfahren mit einer vergleichsweisen Bereinigung abgeschlossen werden. In Erledigung der angefallenen Aktenfälle erteilte das Dezernat VI 30 Nachsichten, davon 22 Nachsichten vom Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft gemäß § 3 Abs. 4 WPGG sowie 8 Nachsichten gemäß § 4 Abs. 1 WPGG betreffend die Gewährung von Pflegegeld vor Vollendung des dritten Lebensjahres, erließ fünf Zurückweisungsbescheide in Pflegegeldsachen, erlangte 17 Einigungen über eine Ratenvereinbarung bezüglich der Rückforderung zu Unrecht empfangener Pflegegelder und entschied 16mal als Berufungsinstanz in Behindertenpaß-Angelegenheiten. Darüber hinaus wurde in zwei Fällen (Verlassenschaft) eine Abschreibung offener Forderungen durchgeführt. Neben einem Vortrag zum Thema „Pflegegeld in Theorie und Praxis“ in der Verwaltungsakademie wurden auch Vorträge zu den Themen „Wiener Pflegegeld und Wiener Behindertenrecht“ im Bundesblindeninstitut und „Bundesbehindertenpässe“ bei der Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen gehalten. Außerdem erstellte das Dezernat VI ein Verzeichnis über die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes in Pflegegeldangelegenheiten, welches bisher bereits dreimal aktualisiert wurde und weiterhin laufend ergänzt wird. Ferner arbeitete dieses Dezernat den ersten Teil einer dreiteiligen Skriptenreihe für die Verwaltungsakademie, das Skriptum „Wiener Pflegegeldrecht“, aus, welches sich bereits in Druck befindet und Ende März 1998 als Arbeitsunterlage zur Verfügung stehen soll. Der zweite und dritte Teil des Skriptums, „Sozialhilferecht“ und „Behindertenhilferecht“, sind in Vorbereitung.

Im Jahre 1993 wurde zur Neuordnung der Pflegevorsorge auf Bundes- und Landesebene eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen abgeschlossen, in der sich Bund und Länder verpflichten, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen zu regeln.

Dem Referat Pflegegeld obliegt, ebenso wie der MA 3 und der Pensionsabteilung der Wiener Stadtwerke, die Vollziehung des Wiener Pflegegeldgesetzes (WPGG). Dieses stimmt in den wesentlichen Regelungsinhalten, wie etwa bei den Beurteilungskriterien der Pflegebedürftigkeit, der Höhe des Pflegegeldes und den Übergangsregelungen, mit den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes überein. Pflegegeld wird jenen Personen geleistet, die infolge ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung einen ständigen Betreuungs- und Hilfsbedarf (Pflegebedarf) haben. Dieser durch Behinderung oder Krankheit bedingte Pflegebedarf muß während eines Zeitraumes von mehr als sechs Monaten gegeben sein.

Das Pflegegeld gebührt zwölfmal jährlich und betrug im Jahr 1997 monatlich in Stufe 1 S 2.000, Stufe 2 S 3.688, Stufe 3 S 5.690, Stufe 4 S 8.535, Stufe 5 S 11.591, Stufe 6 S 15.806 und in Stufe 7 S 21.074.

Die Einstufung stützt sich auf ein ärztliches Sachverständigengutachten. Die Beurteilung erfolgt grundsätzlich nicht diagnosebezogen, sondern funktionsbezogen, unter Berücksichtigung der individuell erforderlichen Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Richtlinien der Verordnung der Wiener Landesregierung zum Wiener Pflegegeldgesetz.

Im Bereich der Abteilung wurden im Jahr 1997 2.724 Anträge auf Gewährung bzw. Erhöhung von Pflegegeld gestellt, 3.297 Akten konnten mit Bescheid erledigt werden. Seit Einführung des Pflegegeldgesetzes per 1. Juli 1993 ergibt sich somit eine Gesamtzahl von 16.615 Anträgen und demgegenüber eine Gesamtzahl von 16.669 Erledigungen per 31. Dezember 1997 (dazu zählen auch amtswegige Erledigungen ohne eigenen Antrag).

Zum Stichtag 31. Dezember 1997 wurde Pflegegeld an insgesamt 7.814 Personen angewiesen. Der Aufwand für Pflegegelder betrug im Jahr 1997 insgesamt S 500,977.191,47.

Das Behindertenzentrum der Stadt Wien ist eine Einrichtung für behinderte Menschen, die von der Stadt Wien selbst betrieben wird. Die Integration ins gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben steht im Mittelpunkt der Bemühungen des Hauses.

Das Sachverständigenteam hat im Jahr 1997 1.405 Teamanfragen beantwortet. 680 Klienten wurden eingeladen und an 85 Tagen begutachtet. 725 Teamanfragen konnten auf Grund vorliegender oder eigens angeforderter, aktueller und schlüssiger Befunde aktenmäßig bearbeitet werden. Die aktenmäßige Bearbeitung einer Teamanfrage ist eine Serviceleistung für die Antragsteller, denen weite Wege und Mehrfachbegutachtungen erspart werden sollen, und wird als solche von den Klienten geschätzt. Bei Erstanträgen erfolgt üblicherweise eine Einladung zum Sachverständigenteam, um die Antragsteller über die Möglichkeiten der Behindertenhilfe allgemein zu informieren und individuell zu beraten. Darüber hinaus dient das Sachverständigenteam als Informationsdrehscheibe für andere Institutionen und Konsumenten über Maßnahmen der Behindertenhilfe und hat mit zahlreichen Kontaktbesuchen an einer besseren Zusammenarbeit und Vernetzung mitgewirkt. Durch die Teilnahme an Fach- und Weiterbildungsveranstaltungen wird die fachliche Kompetenz der Teammitglieder aktualisiert und erweitert; diese fließt durch projektive und konzeptive Mitarbeit bei der Schaffung neuer Maßnahmen und Einrichtungen im Behindertenwesen ein.

Im Jahre 1997 wurde von der Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen, die bisherigen Tätigkeiten sowie die seit 1. Juli 1997 in der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien verankerten erweiterten Aufgaben „Beratung, Begutachtung, Überprüfung und Koordination in den Belangen des barrierefreien, behinderten- und generationsgerechten Planen, Bauen und Wohnen" wahrgenommen.

Darüber hinaus sind einige Schwerpunkte der Tätigkeit zu erwähnen:

- Durch die vorgegebene Aufgabenstellung wurde der Tätigkeitsbereich auf generationsgerechte Maßnahmen (Beratung udgl.) erweitert
- Weiterführung der Koordination der Arbeitsgruppe „Behindertenfreundliche Kultureinrichtungen"
- Mitarbeit als Experte im Beirat zur Erarbeitung eines Wiener Unfallverhütungsprogrammes für Senioren, die vom amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen eingesetzt wurde
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Österreichischen Normungsinstitut insbesondere in den Fachnormenausschüssen FNUA 011f „Barrierefreies Planen und Bauen" (z.B. barrierefreie Schul- und Ausbildungsstätten) und FNA 196 „Technische Hilfen für behinderte Menschen" sowie in den Unterausschüssen und Arbeitsgruppen 017.1 „Aufzüge", 196.01 „Pflege und Mobilitätshilfen und 196.6 „Blindenhilfsmittel"
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Netzwerk der österreichischen Beratungsstelle für barrierefreies Planen und Bauen. So wurden technische Informationsblätter hinsichtlich Aufstiegshilfen erarbeitet
- Weiterführung der Arbeiten zur Erstellung eines taktilen Leitsystems für sehbehinderte und blinde Menschen sowie Koordination und Konsensbildung mit den Vertretern der Insitution für sehbehinderte und blinde Menschen
- Weiterführende Arbeiten im Arbeitskreis „Behindertengerecht zugängige Verkehrsmittel" mit Sichtung aller technischen Hilfsmittel bzw. Sichtung der nationalen und internationalen Einstiegshilfen für öffentliche Verkehrsmittel

- Konsulententätigkeit hinsichtlich der von Architekten und Planern an die Fachstelle herangetragenen Planungen, wobei die Abstimmung der behindertengerechten Maßnahmen mit den Planern (Architekten) und Ausführenden sowie Vidierung der planlichen Unterlagen erfolgte
- Konsulententätigkeit innerhalb des Magistrates hinsichtlich der Erstellung und Ausführung von behindertengerechten Maßnahmen im Planungs-, Ausführungs- und Finanzierungs- bzw. Förderungsbereich sowie Weiterführung der Prüfungstätigkeit im Rahmen der Eignungsfeststellung von Veranstaltungsstätten
- Teilnahme als Mitglied in der Theaterkommission
- Im Jahre 1997 wurde die in der Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen eingerichtete Wohnungsberatung von 137 Betroffenen, Angehörigen oder Planern aufgesucht, wobei im Regelfall eine Betreuung von mindestens ein bis zwei Jahren pro Beratungsfall notwendig werden
- Weiters wurden im Jahre 1997 von der Fachstelle der Stadt Wien 2.411 Geschäftsfälle (Aktivitäten) betreut und bearbeitet.

Die im Referat Behindertenbetreuung im Rahmen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen aus dem Leiter und sechs SozialarbeiterInnen bestehende Gruppe, ist in folgenden Bereichen der MA 12 - Behindertenarbeit tätig: Zwei SozialarbeiterInnen arbeiteten im Sachverständigenteam der Abteilung, vier SozialarbeiterInnen beraten und betreuen die behinderten Mitarbeiter bei der Stadt Wien, die im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt sind.

Im Jahre 1997 nahmen 1.542 Klienten den Dienst der SozialarbeiterInnen des Sachverständigenteams der Abteilung in Anspruch. Davon waren 353 Intensivbetreuungen und 903 Kontakte beziehungsweise Beratungen mit Angehörigen.

Mit Dezember 1997 waren 640 behinderte KollegInnen im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt.

Mit Februar 1997 kam ein neuer Statistikerhebungsbogen zur Anwendung. Im Zeitraum Jänner bis Dezember 1997 fanden 1.143 Betreuungskontakte mit Kollegen aus der Sonderaktion statt. Davon waren 266 Intensivbetreuungskontakte, 565 Betreuungskontakte und 312 Wahrnehmungskontakte. Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der Sonderaktionsmitarbeiter fanden 1.886 statt. Im Jahr 1997 gab es regelmäßige Besprechungen zwischen der Vertreterin der MD-PD und den Sozialarbeitern der Sonderaktionsbetreuung. Um die Chance auf Integration in den Dienststellen möglichst gut vorzubereiten, wurden die Sozialarbeiter in einzelnen Fällen bereits in das Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen. Im November 1997 hat ein neues „Gärtnerprojekt" begonnen. Im Rahmen dieses von der Stadt Wien und des Arbeitsmarktservice finanzierten Projektes werden 8 behinderte Jugendliche von zwei Gärtnern der MA 42 über einen Zeitraum von zwei Jahren angelernt. Eine Sozialarbeiterin des Referates begleitet das Projekt.

Im Referat Sozialplanung für behinderte Menschen war 1997 die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von gehörlosen Menschen ein wichtiges Thema. Der vom Referat angeregte Kurs über „Umgang, Verhalten und Kommunikation mit gehörlosen Mitarbeitern" wurde im Rahmen der Verwaltungsakademie wieder angeboten. Der geplante Gebärdenkurs für die SozialarbeiterInnen der Beratung und Betreuung behinderter MitarbeiterInnen bei der Stadt Wien im Rahmen der Sonderaktion hat im Oktober 1997 begonnen. Das Ziel, den behinderungsbedingten Mehraufwand bei gehörlosen Menschen über den Zugang zur Gebärdendolmetscherleistung und deren finanzielle Absicherung auszugleichen, wurde weiter verfolgt.

Die Anregungen des vom Referat 1996 geleiteten Arbeitskreises zum Thema „Berufliche Integration behinderter Menschen" wurden aufgegriffen und werden ab 1998 im Rahmen einer ARGE Beruf umgesetzt werden. Für Lehrer an Polytechnischen Lehrgängen, die verstärkt mit den Problemen von Integrationskindern konfrontiert sind, wurde ein Jour fixe zwecks Informationsaustausch und gegenseitiger Vernetzung angeregt und ist auch aufgegriffen worden.

Zum Thema Aufnahme von behinderten Mitarbeitern bei der Stadt Wien auf Fixposten wurden Stellungnahmen abgegeben.

Die Zuerkennung einer Mietbeihilfe erfolgt als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Unterkunft) nach den Bestimmungen der §§ 8, 12 und 13 des Wiener Sozialhilfegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 11/1973, i.d.g.F. Jedes Jahr muß ein Antrag auf Weitergewährung der Mietbeihilfe gestellt und die weitere Anspruchsberechtigung geprüft werden. Auf Grund von Änderungen des Mietzinses, des Einkommens, des Familienstandes usw. ist es sehr oft notwendig, innerhalb eines Jahres einen Akt mehrmals durchzurechnen und entsprechende Bescheide zu erlassen. Von den im Jahr 1997 eingebrachten 12.139 Anträgen wurden in 10.795 Fällen eine Beihilfe zuerkannt, weitergewährt oder neu bemessen. In 1.011 Fällen mußten Ansuchen - mangels Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen - abgewiesen oder der Bezug eingestellt werden. Mit 31. Dezember 1997 bezogen 6.270 Personen eine Mietbeihilfe, für die ein Betrag von S 76,962.586,06 aufgewendet wurde. Im Jahre 1997 waren es durchschnittlich 6.107 Personen. Gleichbleibende Einkommensgrenzen für die Mietzinsbeihilfen des Bundes zogen sowohl ein weiteres Ansteigen der bescheidmäßigen Erledigungen als auch eine weitere Erhöhung der Anzahl der Mietbeihilfenbezieher nach sich.

Die Opferfürsorge gehört zu den Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung. Durch richtungsweisende Verwaltungsgerichtshofentscheidungen bzw. bei der Berechnung der einkommensabhängigen Rentenleistungen durch Erlässe des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales sind in gewissen Fällen Änderungen entstanden.

Durch Änderungen der ausländischen Pensionen und Lohnsteueränderung wurden Rentenleistungen teilweise abgeändert; daher mußten vom 1. Jänner 1997 bis 31. Dezember 1997 für Unterhaltsrenten- und Beihilfenbezieher 108 Rentenänderungsbescheide erlassen werden. Außerdem wurden 140 Rentenkontrollen bei einkommensabhängigen Leistungen durchgeführt, da die Pensionen im Jahre 1997 nicht valorisiert wurden. Im Jahre 1997 wurden 104 Rentenanträge einschließlich 54 Neuzuerkennungen von Opferrenten und Verschlimmerungsanträgen (Anträge von Opferrentenbeziehern auf Erhöhung der Minderung der Erwerbsfähigkeit auf Grund eines verschlimmerten Gesundheitszustandes) eingebracht. Es wurden 1997 129 Rentenanträge erledigt (inklusive amtswegig gewährte Rentenleistungen). Rentenänderungs- und Erledigungsbescheide wurden insgesamt 237 ausgestellt. Das ergibt zusammen mit den Rentenkontrollen 377 Rentenänderungen.

Die Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes sind auch im Rahmen der Opferfürsorge anzuwenden. Im Zeitraum von 1. Jänner 1997 bis Jahresende wurden 26 Pflegegeldanträge erledigt.

Im Jahre 1997 wurden 29 Anträge auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung und 37 Anträge auf Ausstellung eines Opferausweises sowie 33 Anträge auf Zuerkennung von Entschädigungen eingebracht, also insgesamt 99.

32 Amtsbescheinigungsanträge, 50 Opferausweisanträge und 56 Anträge auf Entschädigungen (insgesamt 138) wurden erledigt. Insgesamt waren mit 31. Dezember 1997 12.803 Amtsbescheinigungen und 18.591 Opferausweise ausgestellt.

Im Jahre 1997 sprachen 695 Personen vor. Die Zahl der Zwischenerledigungen betrug 4.846.

Im Bereich der Rentenfürsorge wurden von der Abteilung 145 Erhebungen durchgeführt.

Die Anzahl der Pensionistenklubs betrug in der Periode Jänner bis April 187 und in der Periode Oktober bis Dezember 186. Von den 187 Pensionistenklubs waren insgesamt 45 länger in Betrieb (Mai 45, Juni 2, Juli und August je 1). Die durchschnittliche tägliche Besucherzahl betrug in der Periode Jänner bis April 13.039 (pro Klub rund 70) und von Oktober bis Dezember 12.787 (pro Klub rund 69). Die Pensionistenklubs waren wie im Vorjahr von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Wie im vergangenen Jahr wurden bunte Nachmittage vom „Sozialwerk für österreichische Artisten" gestaltet. In einigen Pensionistenklubs wurden unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt. Eine tägliche kostenlose Kaffeejause mit Mürbgebäck bzw. Mehlspeisen und zweimal im Monat ein Mittagessen wurden den Besuchern weiterhin geboten. Die Teilnahme am Mittagessen ist an die Entrichtung eines Kostenbeitrages gebunden. Das gesamte Klubpersonal wurde im Rahmen eines Einführungsvortrages vor Beginn der Klubperiode über die zu verrichtende Obliegenheiten informiert. Zusätzlich führten die Mitarbeiter des Referates für alle neuen Betreuerinnen Schulungsveranstaltungen durch. Diese Weiterbildung erfolgte in Form einer Seminarveranstaltung, in der vor allem die Problematik der Kommunikation mit alten Menschen dargelegt und Informationen über Soziale Dienste vermittelt wurden.

Zur leichteren Inanspruchnahme der Sozialen Dienste wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 der Sozialpaß geschaffen. Alle Wiener, die Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nehmen, können einen Sozialpaß erhalten. Bis zum 31. Dezember 1997 wurden insgesamt 150.336 Sozialpässe, davon 84.661 Sozialpässe mit „P", die zur ermäßigten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigen, ausgestellt. Außerdem wurde in 9.566 bereits ausgestellten Sozialpässen der Vermerk „P" nachgetragen.

Im Rahmen der Landaufenthaltsaktion wurde im Jahre 1997, und zwar in der Zeit vom 21. Mai bis 1. Oktober, in 52 Turnussen 28 Dauersozialhilfebeziehern, 1.223 Pensionistenklubbesuchern und 12 Pensionisten, insgesamt 1.263 Personen, in sechs verschiedenen Orten ein zweiwöchiger Erholungsurlaub ermöglicht.

Für die Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher wurden je Bezirk bzw. Klub vier Ausflüge zu 43 Orten in den Monaten Mai bis Oktober durchgeführt. An allen Ausflügen für Dauersozialhilfebezieher, die keine Klubbesucher sind, nahmen insgesamt 417 Personen teil. An allen Ausflügen der Klubbesucher beteiligten sich insgesamt 16.870 Personen. Darüber hinaus wurden mit Pfleglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Liesing, St. Andrä, Geriatriezentrum am Wienerwald, des Pulmologischen Zentrums, Sozialmedizinischen Zentrum Ost, Pflege- und Therapiezentrum Ybbs sowie des Pflegezentrums Sophien-Spital Ausflüge durchgeführt. In der Zeit von Mai bis Oktober nahmen an diesen Ausflügen 1.128 Pfleglinge teil. Die Teilnehmer der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse nahmen an zwei Ausflügen mit 84 Personen teil.

Die Aktion „Fahrt ins Grüne" wurde auch in diesem Jahr für alle älteren Mitbürger der grünflächenarmen Bezirke 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertag) in der Zeit von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr mit folgenden Ausflugszielen durchgeführt: Altlengbach, Bad Vöslau, Dopplerhütte, Eckartsau, Hintersdorf, Heiligenkreuz, Hochramalpe, Irenental, Klosterneuburg, Laxenburg, Mayerling, Niederkreuzstetten, Oberrohrbach, Wilhelminenberg, Wienerhütte, Wöchnerin, Wolfsgraben und Würnitz. An diesen Fahrten nahmen täglich rund 388 Personen, insgesamt 16.675 Personen, teil.

Die gemeinsame Abschlußfeier für die Landaufenthaltsaktion 1997 und die Eröffnungsfeier der Betriebsperiode 1997/98 für die Pensionistenklubs fanden im Oktober, November und Dezember in der Wiener Volksoper statt. Rund 5.250 Personen haben fünf verschiedene Vorstellungen besucht.

Im Rahmen der kulturellen Betreuung wurden am 22. Jänner zu „Holiday on Ice" rund 6.000 Personen, am 6. Dezember zu „100 Jahre Wiener Operette" 2.300 und am 15. Februar zu einer Generalprobe des Musikantenstadls 4.000 Pensionistenklubbesucher in die Wiener Stadthalle eingeladen. An der traditionellen Seniorenmesse des Wie-

ner Handels „Senior Aktuell" hat das Sozialamt der Stadt Wien teilgenommen und in der Zeit vom 8. bis 12. April einen Informationsstand geführt. An der 1. Wiener Herbst-Seniorenmesse am Messegelände wurde in der Zeit vom 20. bis 23. November ebenfalls ein Informationsstand geführt. In das Wiener Volkstheater wurden an den Tagen 20., 25., 27. und 28. November sowie 1. Dezember zu „Der Zimmerheld" je 868 Pensionistenklubbesucher eingeladen. An den fünf Vorstellungen haben insgesamt 4.340 Personen teilgenommen.

Im Rahmen der Weihnachtspaketaktion wurde an 3.416 Erwachsene und 604 Kinder je ein Paket verteilt.

Am 24. Dezember wurden in 12 Pensionistenklubs bzw. Festsälen für 643 Personen Feiern abgehalten.

Anläßlich des Muttertages wurden an 683 Mütter, die über 60 Jahre alt sind und eine Dauersozialhilfeleistung beziehen, je ein Golddukaten ausgegeben.

Aus dem Zinsertrag der von der Abteilung verwalteten Stiftungen wurden im Jahr 1997 S 3,506.180,18 verwendet, und zwar S 730.000 für die Magistratsabteilung 11, S 2,053.000 für den Krankenanstaltenverbund, S 50.000 für das Allgemeine Krankenhaus und S 673.180,18 für die eigene Abteilung.

Die Fachaufsicht hat schriftliche und mündliche Beschwerden von Klienten zu bearbeiten. Es wurden einerseits zahlreiche klärende Gespräche mit den Parteien geführt, andererseits die von den Klienten vorgetragenen Anliegen und Probleme mit den jeweils zuständigen ReferentInnen besprochen und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Bei schriftlichen Beschwerden wurden Erhebungen durchgeführt, Bericht und Antwortschreiben verfaßt.

Zur Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfe- und NotstandshilfebezieherInnen des 6., 7., 8., 9., 12., 15., 16., 17. und 18. Bezirkes (Urban-Gebiet) wurde das Projekt „comeback" des WAFF - Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds eingerichtet. „Comeback" bietet Kursmaßnahmen, Berufsweg-, Ausbildungsplanung und Nachbetreuung bei Arbeitsantritt. Das Projekt läuft seit März 1997. Im Jahre 1997 wurden von den Sozialreferaten 122 SozialhilfeempfängerInnen und von den Außenstellen 12 Personen an „comeback" verwiesen.

Für ein weiteres Projekt (Beginn 1998 geplant) zur Vermittlung und dauerhaften Eingliederung von arbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen in den allgemeinen Arbeitsmarkt wurden Vorbereitungen getroffen und der Zuweisungsvorgang, die entsprechenden Formulare und die EDV-mäßige Vercodung ausgearbeitet.

Im August 1996 wurde eine außerordentliche Unterstützung für in Wien wohnende StudienbeihilfenbezieherInnen für das Studienjahr 1996/97 beschlossen. Die Höhe der Unterstützung für das Studienjahr 1996/97 beträgt einmalig S 2.000. Für Studienanfänger im Sommersemester 1997 sind einmalig S 1.000 vorgesehen.

Im Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1997 langten 494 Neuanträge und 86 Zweitanträge ein. Von den Neuanträgen konnten 414 positiv erledigt werden, 395 StudentInnen bekamen eine Unterstützung von S 2.000 und 19 erhielten S 1.000.

In allen Sozialreferaten wurden vom Finanzreferat und der Buchhaltungsabteilung 4 Kassenskontrierungen durchgeführt, wobei auch die Fachaufsicht in mehreren Referaten mitwirkte.

Die Fachaufsicht nahm an regelmäßigen Delogierungsbesprechungen zur Verhinderung von Delogierungen aus Gemeindewohnungen teil, die mit Vertretern der MA 17, MA 50 und MA 11 abgehalten wurden. Die Fachaufsicht ist für die Akten der delogierungsgefährdeten Personen ohne minderjährige Kinder im Haushalt für ganz Wien zuständig, ausgenommen sind der 2. und 20. Bezirk.

Die Abteilung arbeitet im Bereich der Behindertenhilfe mit zahlreichen (1997: 44) privaten Rechtsträgern zusammen, die für erbrachte Leistungen Kostensätze aus dem Budget des Sozialamtes erhalten.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1996 wurde die Rechnungskontrolle der laufenden Monats- bzw. Quartalsabrechnungen der privaten Träger bzw. privater Unternehmen dem Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen übertragen.

Schwerpunkte der Prüfungen im Berichtsjahr waren:

- Leistungs-, Aufwands- und Ertragskontrolle, Prüfung nach dem Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit bzw. Berechnung der Kostendeckung durch Zahlungen des Sozialamtes
- Überprüfung von Kalkulationen und Berechnung der erforderlichen Kostensätze bzw. budgetär möglichen Kostensätze nach den Richtlinien der mit den privaten Rechtsträgern geschlossenen Verträge und Übereinkommen bzw. nach dem Wiener Behindertengesetz.
- Erhebung signifikanter Zahlen hinsichtlich des Personal-, Sach- und Verwaltungsaufwandes, sowie die Erstellung von Kennzahlen, um einen Vergleich zwischen privaten Rechtsträgern, die gleichartige Leistungen erbringen, zu ermöglichen.

Die bereits im Jahr 1993 begonnene Ausarbeitung einheitlicher Kriterien für die Beibringung der notwendigen Unterlagen für die Bearbeitung der Ansuchen auf Erhöhung der Kostensätze bzw. Prüfungen wurde fortgeführt und ergänzt, um die Prüftätigkeit bzw. die Abstimmung mit den budgetären Mitteln effizienter gestalten zu können, die finanzielle Situation der Vereine überschaubarer zu machen und die Bearbeitung zeitgerechter durchführen zu können.

Im Jahr 1997 wurden insgesamt 63 verschiedene Kostensätze überprüft und berechnet sowie 79 Jahresabrechnungen und Kalkulationen nach der widmungsgemäßen und zweckgebundenen Verwendung der Kostensätze, wobei als Grundlage die zwischen den privaten Trägern und der Abteilung geschlossenen Verträge bzw. Vereinbarungen sowie die Bestimmungen des Wiener Behindertengesetzes dienten. Zusätzlich wurden 3.916 Abrechnun-

gen im Bereich Behindertenhilfe und 156 Abrechnungen der Vereine Arge Bürger in Not kontrolliert, wobei besonderes Augenmerk auf schriftliche Bewilligungen und Kostensatzbestätigungen der diversen Landesregierungen gelegt wurde.

Im Jahre 1997 wurde die EDV des Sozialkontos erheblich verbessert.

## Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

Zu den Aufgaben der Magistratsabteilung 13 - Bildung und außerschulische Jugendbetreuung gehört unter anderem die Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie von Jugendorganisationen. Darüber hinaus obliegt ihr die Führung des Landesjugendreferates, der Städtischen Büchereien, der Landesbildstelle Wien, der Musiklehranstalten (Konservatorium, Musikschulen, Kindersingschule) und der Modeschule der Stadt Wien.

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich Volksbildung insgesamt 54 Subventionsfälle positiv behandelt.

Einschließlich des Alternativsektors erhielten Vereine, Gruppen und Institutionen Mittel im Ausmaß von 289,363.858,95 S.

Wie in den vergangenen Jahren war wieder der Verband Wiener Volksbildung, die Dachorganisation der Wiener Volkshochschulen, größter Subventionsempfänger. Ihm wurde eine Betriebssubvention in der Höhe von 231,404.000 S gewährt.

Der Verband Wiener Volksbildung umfaßt die seit den Anfängen vor mehr als 100 Jahren auf Vereinsbasis arbeitenden Wiener Volkshochschulen als Mitglieder. Ihre Bildungsprogramme, die sich grundsätzlich über alle Wissensgebiete erstrecken, beinhalten auch die Erlernung und Förderung künstlerischer und handwerklicher Fertigkeiten. Einige Sondereinrichtungen ergänzen das vielfältige Angebot, das auch über Österreichs Grenzen hinaus Anerkennung findet. Dazu zählen das Planetarium, die Urania- und die der Volkshochschule Ottakring als Zweigstelle angeschlossene Kuffner-Sternwarte, die Kleine Galerie der Gesellschaft für Kunst und Volksbildung und die Künstlerische Volkshochschule. Die vor einigen Jahren aus dem ehemaligen Bildungszentrum Aktiv durch Vereinigung mit einer Zweigstelle der Volkshochschule Ottakring hervorgegangene Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus bietet neben einem vollwertigen Volkshochschulprogramm weiterhin ein spezielles Bildungsangebot für Behinderte.

Im Studienjahr 1996/97 gab es 14.049 Kurse, die von 146.140 HörerInnen (inkl. Gastkarten) besucht wurden. In 5.111 Veranstaltungen wurden 445.168 BesucherInnen gezählt. Etwa 665.000 TeilnehmerInnen kamen zu über 17.200 Veranstaltungen hausfremder Mieter in den Häusern der Begegnung. An Angeboten der MitarbeiterInnenaus- und -weiterbildung nahmen 2.622 Personen teil.

Darüber hinaus führt der Verband Wiener Volksbildung die von der Stadt Wien errichteten und der Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellten Volksbildungsbauten - Volkshochschulen, Volksheime und Häuser der Begegnung. Die Raumkapazität, die der Wiener Volksbildung damit zur Verfügung steht, kann sich auch im europäischen Vergleich sehen lassen.

Im allgemeinen sind in den Häusern der Begegnung und - soweit es die räumliche Situation zuläßt - in den Volksheimen neben den Volkshochschulen bzw. ihren Zweigstellen auch andere Bildungseinrichtungen wie Städtische Büchereien oder Musikschulen untergebracht, so daß synergetische Effekte genutzt werden können. Viele der Räumlichkeiten in den Häusern der Begegnung und Volksheimen stehen entsprechend ihrer Bestimmung als Bildungs-, Kultur- und Veranstaltungszentren stunden- und tageweise auch Vereinen, politischen Parteien, Konfessionsgemeinschaften, Firmen usw. zur Verfügung.

In der Absicht, die geschaffenen Werte für die Zukunft zu erhalten, wurden dem Verband Wiener Volksbildung im Rahmen eines bereits etliche Jahre laufenden Sanierungsprogrammes Förderungsmittel in der Höhe von 14,000.000 S zur Instandhaltung dieser Bauten bzw. zur Behebung aufgetretener Schäden zur Verfügung gestellt.

Für Baukostenbeiträge für die bereits 1996 ihrer Bestimmung übergebene Volkshochschule Landstraße und für die Volkshochschulzweigstelle Eibengasse in Wien 22, deren Fertigstellung für 1998 vorgesehen ist, sowie für erforderliche Adaptierungen waren zusätzliche Mittel in der Höhe von 22,004.000 S vorgesehen.

In Wien 12 konstituierte sich die Volkshochschule Meidling; ihr neues Haus am Standort Längenfeldgasse konnte im Herbst 1997 seiner Bestimmung übergeben und damit eine Lücke im Netz der Wiener Volksbildungsbauten geschlossen werden.

Der Verband Wiener Volksbildung erhielt weiters eine Projektförderung im Ausmaß von 2,100.000 S sowie eine Subvention in der Höhe von 150.000 S für die Aktivitäten des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung im Bereich der Wiener Volkshochschulen.

Auf dem Sektor der konfessionellen Erwachsenenbildung wurden das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien, das Katholische Familienwerk der Erzdiözese Wien, das Evangelische Bildungswerk A.B. Wien und das Evangelische Bildungswerk H.B. Wien gefördert.

Die Vereine der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien und der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien unterstützten entsprechend ihrer Aufgabenstellung wieder erfolgreich die Arbeit der Institutionen. Insgesamt wurden ihnen dafür Förderungsmittel in der Höhe von rund 1,913.000 S zur Verfügung gestellt.

Das Wiener Volksliedwerk erhielt eine Förderung im Ausmaß von 1,100.000 S. Die sowohl aus inhaltlichen als auch aus organisatorischen Gründen unabdingbare Einheit der wertvollen Archivbestände konnte durch die seinerzeitige Unterbringung des Wiener Volksliedwerkes sowie des Österreichischen und des Niederösterreichischen Volksliedwerkes im von der Stadt Wien angekauften und adaptierten Objekt in 16, Gallitzinstraße 1, („Bockkeller") auch für die Zukunft gesichert werden. Der Aufbau einer eigenen Sammlung „Wiener Musik Archiv" wurde zügig fortgesetzt.

Die Förderung für den Verein der Freunde der Musikschule Hietzing betrug 463.000 S; dem Franz Schubert Konservatorium für Musik und darstellende Kunst wurden 350.000 S an Förderungsmitteln zur Verfügung gestellt.

Gefördert wurden unter anderem auch die Wiener Kunstschule mit 2,800.000 S, die Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes mit 1,290.000 S und das Haus des Meeres mit 1,200.000 S.

Auf die Bedürfnisse und Anforderungen bestimmter Zielgruppen abgestimmte Förderungen im Wege des Referats für Bildungsprojekte der Abteilung ermöglichten es den Wiener Volksbildungseinrichtungen auch im Berichtsjahr wieder, eine Vielzahl von innovativen Vorhaben durchzuführen und als Folge davon längerfristig wirksame Veränderungen der jeweiligen Programmangebote zu erreichen.

1997 war zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus" erklärt worden. Die Volkshochschulen in Wien und der Verband Wiener Volksbildung haben sich daran mit zahlreichen Veranstaltungen - einer „Pädagogischen Konferenz", Vorträgen und Ausstellungen sowie einer künstlerischen Aktion „Mail art against racism" - beteiligt. Bei etlichen der von der Stadt Wien finanziell unterstützten Bildungsprojekte kam antirassistischen Themen ebenfalls eine wichtige Rolle zu.

So hat etwa die Volkshochschule Simmering unter dem Motto „Toleranz - Rassismus" mehrere Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt. Zu den erfolgreichsten gehörte die Ausstellung „Kündigungsgrund Nichtarier", die 1998 auch in anderen Bezirken gezeigt werden wird. Die Ausstellung befaßt sich mit der Vertreibung jüdischer MieterInnen aus den Gemeindebauten und die Reaktion der „Arier", die von Denunziation - um selbst an eine Wohnung zu kommen - bis hin zum aktiven Engagement von GemeindebaubewohnerInnen und ihren Versuchen, bedrängten NachbarInnen zu helfen, reichte.

An der Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus - Bildungszentrum Aktiv fand das Symposium „Psychoanalyse der Rechten" statt. Ziel war es, über die unbewußten Wurzeln des Rechtsextremismus aufzuklären. So referierte unter anderem Univ.-Prof. Dr. Alfred Springer unter dem Titel „Reinheitsmythos und Fremdenhaß" über den Wunsch nach einer heilen Welt. Weitere Themen bildeten unter anderem die religiöse Komponente bei ethnischen Säuberungen, Magie und Politik, die Krise der Moderne und mögliche Auswege daraus, aber auch die Genese antisemitischer Vorurteile.

Die Volkshochschulen Meidling und Favoriten befassen sich schon seit längerem mit antirassistischen Weiterbildungsmaßnahmen. So hat die Volkshochschule Meidling bedarfsorientierte und maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote erarbeitet, die einerseits das schulische Fortkommen ermöglichen und andererseits eine Hilfestellung für die berufliche Tätigkeit bieten. Der Beitrag zur Verbesserung der konkreten Chancen von Kindern aus MigrantInnenfamilien basiert auf einem integrativen Ansatz; es werden auch Lehrlinge aus heimischen Kulturen angesprochen, was einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen zwischen BerufsschülerInnen aus verschiedenen Kulturen darstellt.

Die Volkshochschule Favoriten bietet Antirassismustraining unter anderem für Menschen, die beruflich mit Personen aus verschiedensten Kulturen zusammenarbeiten, sei es als Beamte oder als Angestellte von Beratungsorganisationen. Als Ergebnis dieser Arbeit und der dabei gewonnenen Erfahrungen wird nunmehr ein kompakter Lehrgang in diesem Bereich entwickelt.

Unter dem Titel „Sprachen - Brücken zum Fremden" wurde ein Symposium in der Volkshochschule Brigittenau durchgeführt. Der Grundgedanke dabei war, daß Fremdsprachenunterricht mehr als die Vermittlung von Sprachkenntnissen beinhaltet. Ein erfolgreicher Erwerb der gewählten Sprache sollte ein Kennenlernen der Kultur, die Sensibilisierung gegenüber dem Anderen, Neuen und ein Verständnis für unterschiedliche Facetten kultureller und sozialer Ausdrucksvarianten ermöglichen.

Die Wiener Volkshochschulen führen seit Jahren Bildungsprogramme gerade für Zielgruppen durch, die unter üblichen organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen am Bildungsgeschehen nicht oder nur in geringem Ausmaß teilnehmen könnten.

Behinderte Menschen werden in der Regel kaum als potentielle TeilnehmerInnen der Erwachsenenbildung gesehen. Gerade einer integrativen Erwachsenenbildung kommt aber die Aufgabe zu, sich an alle möglichen Zielgruppen mit bedarfsgerechten Angeboten zu wenden. Daher hat die Volkshochschule Meidling im Rahmen des Bildungsprojektes „Bedarfsorientierte Bildungsarbeit mit geistig Behinderten" Kurse speziell für Behinderte entwickelt, durchgeführt und evaluiert.

Schon seit 1987 existiert das Projekt „Kunst und Kreativität". Es läuft mit dem Ziel, kulturelle Angebote für Psychiatriebetroffene zu schaffen. Diesem Personenkreis, der nicht oder nur eingeschränkt in der Lage ist, kulturelle Angebote außerhalb des Krankenhauses wahrzunehmen, soll durch das Projekt Zugang zur Welt der Kunst und der Kreativität ermöglicht werden. Das Angebot umfaßt Anregungen zu Bewegung, Tanz, Musik und bildender Kunst.

Ebenfalls Schwierigkeiten, als Zielgruppe der Erwachsenenbildung ernst genommen zu werden, haben ältere Menschen, die dem konsumorientierten Ideal des lebensfrohen, ausgabefreudigen, kreativen Seniors nicht mehr entsprechen. Eines der ersten Projekte, dem eine sinnvolle Verknüpfung zwischen bildungspolitischem Anspruch und dem Entgegensteuern von Vereinsamungsprozessen bei alten Menschen gelang, ist das in Zusammenarbeit mit der Bank Austria, der Wiener Städtischen Versicherung und dem Neuen Radio Wien durchgeführte unterhaltsame Bildungsquiz für Junggebliebene „Wer weiß, gewinnt". Diese von Günter Tolar moderierte, mit einem attraktiven künstlerischen Rahmenprogramm ausgestattete und durch wiederholte Hinweise, Berichte sowie Übertragungen im Hörfunk über erhebliche Popularität verfügende Veranstaltungsreihe bietet sowohl Bildung wie Begegnung und dient somit der Aktivierung von geistigen Ressourcen. Ein Motiv für die Teilnahme zahlreicher InteressentInnen ist das Testen des eigenen Wissensstandes. Freude an sinnvoller Betätigung und das Knüpfen sozialer Kontakte stellen unbestritten Garanten für ein aktives Altern dar. Die Quizserie schafft somit die Möglichkeit, vom Prozeß des Alterns relativ unabhängig geistig agil bzw. rege bleiben zu können. Einen Höhepunkt im Veranstaltungsjahr 1997 bildete einmal mehr die gutbesuchte Abschlußveranstaltung im großen Festsaal des Wiener Rathauses, bei dem in Anwesenheit von Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur das Siegerteam ermittelt wurde.

Ebenfalls vorrangig an ältere Menschen richteten sich die beiden Projekte „Bild des Monats" und „Bildungsarbeit in Häusern für Pensionisten", die vor allem durch ihre künstlerische Ausrichtung versuchen, die Freude am kulturellen Schaffen, aber auch am Rezipieren von Kunst bis ins hohe Alter zu erhalten.

Das Bildungsangebot „Alphabetisierung/Basisbildung" an der Volkshochschule Floridsdorf, das im Berichtsjahr wieder zu den speziell geförderten Vorhaben zählte, erfüllt als erste Stufe im Gesamtkonzept der Schulabschlüsse im Zweiten Bildungsweg eine wesentliche Aufgabe, werden doch jene elementaren Kenntnisse vermittelt, die für das Bestehen im Alltag und für die berufliche Anpassung von Bedeutung sind. Das Kursangebot hilft durch seine Offenheit vielen TeilnehmerInnen als Orientierung bei gewünschter Veränderung. So entscheiden sie sich im Verlauf des Kurses oft bewußt für eine Weiterqualifizierung (Hauptschulabschluß, berufsbezogene Lehrgänge). Durch das Erleben eigenen Könnens und eigener Lernfähigkeit kann ausweichendes Verhalten in Situationen, die Schriftlichkeit erfordern, überwunden werden. 1997 angeboten wurden allgemeine Kurse zum Lesen und Schreiben für Anfänger wie Fortgeschrittene sowie Rechenkurse. Parallel dazu erhielten die KursteilnehmerInnen bei Interesse auch Anleitungen im Umgang mit den neuen Medien, indem diverse Softwareprogramme zum Einsatz kamen.

Ein wichtiger Bestandteil im Bereich des massiv geförderten „Zweiten Bildungsweges" sind die sogenannten „Vorbereitungslehrgänge zur Studienberechtigungsprüfung". An den Volkshochschulen durchgeführt werden Vorbereitungskurse für die Pflichtfächer für alle Universitätsstudien bzw. Ausbildungen an Akademien, Kollegs und Fachhochschulen. Zudem steht eine Reihe von Wahlfächern in verschiedenen Studienzweigen wie Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Psychologie u.ä.m. auf dem Programm. Die durchschnittliche Vorbereitungszeit auf die Prüfungen beträgt zwei Semester. Das Gros der TeilnehmerInnen, rund 60 Prozent, ist zwischen 22 (dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestalter) und 30 Jahre alt. Die meisten üben einen Beruf aus, leben in Partnerschaften und haben nicht selten schon eine Familie. Die Belastungen in der Vorbereitungszeit sind daher enorm. Die Volkshochschulen bemühen sich, diesen unterschiedlichen zeitlichen Bedürfnissen entgegenzukommen. Es werden Vormittags- und Abendkurse, Wochenendkurse, Fernlehrgänge und autonome Lernphasen mit Tutorials angeboten. Weiters gibt es immer wieder Kurzkurse, bei denen die TeilnehmerInnen vermittelt bekommen, wie effektiv gelernt werden kann. Das Eingehen auf Bedürfnisse hat sich gelohnt: Seit rund 5 Jahren ist nämlich ein steter Anstieg der Zahl von TeilnehmerInnen zu beobachten. Im letzten abgeschlossenen Jahr haben insgesamt 1.574 Personen an den Vorbereitungskursen teilgenommen.

Gründe für die Beliebtheit und den ständigen Zuwachs an TeilnehmerInnen liegen insbesondere in:
- der Prüfungskompetenz der Volkshochschulen,
- dem umfassenden Angebot: nirgends sonst werden so viele Fächer von einer Institution angeboten,
- der zeitlichen Flexibilität und
- der guten Beratung.

Auf dem Gebiet der neuen Technologien und ihres Einsatzes im gesamten Zweiten Bildungsweg wurde im vergangenen Jahr ebenfalls einiges geleistet. So diskutierte und testete z.B. eine eigens gegründete Arbeitsgruppe deren Verwendbarkeit unter anderem auch für die Vorbereitungslehrgänge zur Studienberechtigungsprüfung.

Der Umgang mit und die Einsatzmöglichkeiten bei innovativen Errungenschaften waren auch Schwerpunkt des Projektes „Bildung und neue Technologien". In diesem Zusammenhang wurden folgende Arbeitsschritte realisiert:
- die Schaffung eines verbesserten Zugangs zu internationaler und nationaler Information in bezug auf Weiterbildungsmöglichkeiten,
- eine kompetente Beratung im Zusammenhang mit den Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien für Angestellte und KursleiterInnen, die an der Volkshochschule arbeiten, und
- die Einrichtung einer allen zugänglichen Arbeitsstation, um Lehr- und Lernprogramme (CBT = Computer Based Training und CALL = Computer Assisted/Aided Language Learning) abzurufen, zu erproben und zu evaluieren.

Darüber hinaus wurde bzw. wird auch die Teilnahme an internationalen Bildungsprojekten ermöglicht, bei denen E-Mail und ODL = Open Distance Learning bereits fixer Bestand oder gerade im Aufbau begriffen sind.

Angekauft und für den Einsatz im Unterricht aufbereitet hat man schließlich auch noch eine Reihe von Lernsoftware auf der Basis einer unter pädagogischen Gesichtspunkten erfolgten Sichtung und Bewertung.

Im Rahmen des Projektes „Vermittlung von Rollenbildern im Sprachunterricht" führten die Volkshochschulen Simmering, Donaustadt und Brigittenau 1997 folgende Aufgaben durch:

- Erstellung eines Kriterienkataloges für die Beobachtungsbögen und die Analyse der Unterrichtsmaterialien und Lehrbücher,
- Durchführung der Lehrbuchanalyse,
- Sichtung der von den KursleiterInnen individuell zusammengestellten Unterrichtsmaterialien,
- Erstellung der Unterrichtsbeobachtungsbögen nach festgelegten Kriterien und
- Unterrichtsbeobachtung in den Sprachen Englisch und Italienisch.

Die Gesellschaft für Kunst und Volksbildung hat wiederholt bewiesen, daß der Anspruch, bildender Kunst einen Platz in öffentlichen Räumen, weg von Museen, zu geben, erfolgreich verwirklicht werden kann. Dem Projekt „Kunstvermittlung an kunstfernen Orten" kam daher auch im Berichtszeitraum neuerlich wie schon in der Vergangenheit große Bedeutung zu.

Die Wiener Urania, eines der traditionsreichsten Häuser der Wiener Volksbildung, wurde am 16. April 1897 von Reformkräften des „Niederösterreichischen Gewerbevereines" gegründet. Diesem Anlaß gedachte man im Frühjahr 1997 mit einer Reihe von informativen Veranstaltungen. Die Feierlichkeiten begannen mit einem offiziellen Festakt; am Eröffnungsabend fand dann eine Galafilmpremiere statt, und im Foyer der Urania war eine informative Ausstellung „100 Jahre Wiener Urania" zu sehen, die auch aktuelle Pläne für ein Umbaukonzept beinhaltete. Im Rahmenprogramm wurden Filme gezeigt - darunter sehr viele aus der ersten Zeit der Wiener Urania -, Jubiläumsvorträge gehalten und große Straßenfestivitäten abgewickelt. Die TeilnehmerInnen hatten auch die Möglichkeit, jene speziellen Institutionen der Wiener Urania zu besuchen, die sie von anderen Volksbildungseinrichtungen abheben, wie die Urania-Sternwarte, das Puppentheater und die Urania Menschenbühne. Anläßlich der 100-Jahr-Feier wurde auch eine Festschrift herausgegeben, in der eine Reihe von AutorInnen die Urania betreffende Themenstellungen erarbeiteten.

Im Rahmen des Projektes „Kulturvermittlung in Volkshochschulen" wurden Lehrgänge sowie Vorträge im Bereich der Kulturvermittlung unter ein Gesamtkonzept gestellt und in Pilotveranstaltungen an der Volkshochschule Meidling getestet bzw. evaluiert.

Die Künstlerische Volkshochschule, die im Jahr 1947 in den Kellerräumlichkeiten der Akademie der Bildenden Künste von Frau Prof. Matejka-Felden gegründet wurde, sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Gründungsgedanken ihrer ersten Leiterin zu tradieren und die Erwachsenenbildung auf dem Gebiet der bildenden, angewandten und darstellenden Künste zu pflegen. Im Rahmen des Jubiläums des fünfzigjährigen Bestehens 1997 wurde neben Ausstellungsvorhaben auch damit begonnen, die Präsentation von Kunst der Zeit ebenso wie dem Gegenstand gemäß zu überdenken und zu diskutieren.

Die Wiener Urania bietet im Rahmen ihres im Wege der Abteilung finanziell unterstützten „Musiktheater-Workshops" seit einigen Jahren eine musikdramatische Grundschulung für das Unterhaltungstheater. Die Nachfrage nach diesem Projekt ist zuletzt kontinuierlich gestiegen, da es sich an junge Menschen richtet, die eine vertiefte Schulung in dieser Richtung anstreben. Der Kurs bewährt sich darüber hinaus als Vorbereitung für die Aufnahmeprüfung an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, vor allem für sozial schlechtergestellte KursteilnehmerInnen.

Von der Volkshochschule Favoriten wurde im Herbst 1997 das Symposium „Das Kind zwischen Liebe und Gewalt - Ausprägungsformen der Gewalt" durchgeführt. Ziel war es, die TeilnehmerInnen wieder verstärkt für das gesellschaftspolitisch notwendige Vorhaben der Gewaltlosigkeit und hier vor allem für die Formen struktureller Gewalt, die sich gegen Kinder richtet, zu sensibilisieren.

Die Volkshochschule Hietzing hat im Berichtsjahr das Thema „Aids" unter dem Motto „Aids geht uns alle an" zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte gemacht. Veranstaltet wurden Theateraufführungen, Workshops, Informationsabende und Videovorführungen für verschiedene Zielgruppen (MultiplikatorInnen - vor allem KursleiterInnen der Volkshochschule und LehrerInnen -, SchülerInnen und interessierte TeilnehmerInnen). Darüber hinaus versuchten die Organisatoren mit Hilfe einer Ausstellung weitere BesucherInnen auf das Thema aufmerksam zu machen.

„Kultur und Bildung im Gemeindebau" ist ein dezentrales Bildungsprojekt, mit dem die BewohnerInnen in ihrem unmittelbaren Umfeld angesprochen werden und eine Auseinandersetzung mit Bildungsinhalten sowie Kultur provoziert bzw. herbeigeführt werden soll. Folgende Aktionen fanden 1997 dabei statt:

- ein Zeitungsprojekt „Treffpunkt Leberberg. Ein Stadtteil macht Zeitung",
- Kinderaktionen im Rahmen von Grätzl- und Gemeindebaufesten und
- ein lateinamerikanisches Fest mit Musik und Ausstellung.

Viele solcher als Bildungsprojekte begonnenen inhaltlichen oder methodisch-didaktischen Innovationen liefern immer wieder wertvolle Impulse für das Programm der Wiener Erwachsenenbildung. Außerdem sprechen zahlreiche Veranstaltungen InteressentInnen weit über den unmittelbaren Einzugsbereich einzelner Volkshochschulen hinaus an und stoßen oft auch auf beachtliche Resonanz in den Medien.

Für die Realisierung von Vorhaben wie den beschriebenen wurde der Volksbildung im Jahr 1997, wie bereits ein-

gangs erwähnt, auf Antrag der Abteilung ein Förderungsbeitrag in der Höhe von insgesamt 2,100.000 S zur Verfügung gestellt.

Neben der Initiierung, Unterstützung und begleitenden Kontrolle von Aktivitäten der Wiener Volkshochschulen bestand die Tätigkeit des Referats für Bildungsprojekte im Berichtszeitraum unter anderem auch in der Subventionsabwicklung bei Projekten im Büchereiwesen.

In diesem Zusammenhang zu nennen sind insbesondere die Tätigkeit des Vereins der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien (subventioniert mit 750.000 S), zu der unter anderem die Herausgabe der LeserInnenzeitschrift „Neue Wiener Bücherbriefe" sowie ein „Hausbesuchsdienst" für Kranke und Gehbehinderte gehören, das mit 398.000 S in Form einer Ausfallshaftung separat unterstützte, dezentral veranstaltete „12. Lesofantenfest" desselben Vereins - bei dem wieder namhafte Kindertheatergruppen aus dem In- und Ausland mitwirkten -, die während der Sommermonate für junge Menschen im Rahmen des Wiener Ferienspiels an mehreren attraktiven Standorten durchgeführte animative Aktion „Lesen im Park" des Internationalen Instituts für Jugendliteratur und Leseforschung (Subventionsausmaß: 230.000 S) und die Betreuung von Krankenhaus- bzw. Pflegeheimbüchereien im Wilhelminenspital, im Mautner-Markhof-Kinderspital und im Sozialmedizinischen Zentrum Ost durch den Büchereiverband Österreichs (Förderungsbeitrag: 130.000 S).

Ergänzt wurden die angeführten Projekte noch durch vielfältige Vorhaben zur Versorgung bestimmter Bevölkerungsteile mit Bildungsinhalten, die einschlägig tätige Vereinigungen, materiell und ideell unterstützt durch die Abteilung, umsetzten und denen grundsätzlich der Anspruch auf Verwirklichung wesentlicher Aufgaben im Bereich von Bildung und außerschulischer Jugendbetreuung zukommt.

Als Beispiele seien hier etwa

- die Tätigkeit der Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes,
- der Betrieb des Franz-Schubert-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst und der Ersten privaten Musikschule Hietzing,
- die mannigfaltigen Aktivitäten des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen - ÖsterreichischesVolkshochschularchiv,
- diverse Schulungsprogramme für Pflegefamilien,
- Lehrgänge des Österreichischen Stenografenverbandes zur Ausbildung auf den Gebieten Kurzschrift und Maschinschreiben bzw. Tastschreiben auf Computern,
- sogenannte „Mütterseminare" des Katholischen Familienwerkes der Erzdiözese Wien,
- der vom Burgenländisch-Kroatischen Kulturverein in Wien gestaltete Elementarunterricht in der burgenländisch-kroatischen Muttersprache für Schul- und Vorschulkinder in Wien lebender burgenländischer Kroaten,
- Italienischkurse der Società Dante Alighieri/Wien,
- einschlägige Bildungsprogramme der Evangelischen Bildungswerke A.B. und H.B. Wien sowie
- die Aktivitäten der in der ARGE Esperanto zusammengeschlossenen Vereinigungen

genannt.

Durch das Setzen neuer Akzente im inhaltlichen Bereich, aber ebenso in der Form der grafischen Aufbereitung war es dem Landesjugendreferat möglich, viele der gemeinsam mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" realisierten Aktivitäten attraktiver zu gestalten.

Den grundsätzlichen Überlegungen zu einzelnen Aktivitäten und Veranstaltungen entsprechend, waren vor allem Angebote mit eher konsumtivem Charakter - bedingt durch das Selbstfinanzierungsprinzip - mit für die Bevölkerung leistbaren finanziellen Beiträgen der Teilnehmenden verbunden; viele der pädagogisch wertvollen Aktivitäten konnten wie bisher kostenfrei angeboten werden. Die eingangs erwähnte Attraktivität und vor allem der Bekanntheitsgrad der zusammen mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" umgesetzten Veranstaltungsreihen ermöglichte wieder eine nennenswerte Aufbringung von Sponsorleistungen seitens diverser Firmen und Organisationen.

Durch neue und den aktuellen Trends gemäße Veranstaltungen konnten attraktive Ergänzungen der bewährten Angebote erreicht werden. Durch die Installierung einer eigenen „Koordinationsstelle für aufsuchende/mobile Jugendarbeit & freizeitpädagogische Betreuung" wurde dieser in den letzten Jahren immer stärker werdende Bereich der Jugendarbeit in Wien auf eine neue Basis gestellt. Wichtige Akzente im Interesse der zahlreichen jungen Initiativen, der neuentstandenen Gruppierungen usw. ließen sich auch durch die Einrichtung des „Aktionsfonds Jugend" und des „Jugendlokalfonds" setzen.

Mit Aktivitäten wie z.B. der „Jugendenquete 1997" wurde ebenso versucht, eine Basis für verstärkte Kontakte unter den jugendbetreuenden Organisationen und Gruppen zu schaffen und Ansätze für in die Zukunft führende Vernetzungsbemühungen zu schaffen.

Durch entsprechende legistische Änderungen wurden auch die früher unter dem Titel „Parkbetreuung" von dem Landesjugendreferat im Zusammenwirken mit den Bezirken und der MA 42 erbrachten Leistungen auf eine neue Basis gestellt und in den Bereich der dezentralisierten Maßnahmen der Bezirke übertragen.

Die Vielfalt der insgesamt angebotenen Aktivitäten, durch die im Berichtsjahr statistisch gesehen rund 1,5 Millionen Wiener Kinder, Jugendliche und Erwachsene angesprochen werden konnten, wird durch den nachfolgenden Bericht näher dokumentiert; dieser erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit und versucht nur, auf die von

Umfang und Bedeutung her wesentlichsten Aktivitäten des Referates, die hauptsächlich in Kooperation mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" umgesetzt wurden, einzugehen.

Das seit 1973 regelmäßig durchgeführte „Wiener Ferienspiel" feierte im Jahr 1997 sein 25jähriges Jubiläum. Die Veranstaltungsreihe, die jenen Kindern, die ihre Ferien teilweise oder zur Gänze in Wien verbringen, eine aktive und sinnvolle Freizeitbetätigung innerhalb des Stadtgebietes offeriert, ist in diesen Jahren fixer Bestandteil der Freizeitgestaltung für alle Wiener Kinder von der 1. bis zur 6. Schulstufe geworden.

In rund 110 einzelnen Angeboten (Aktionen) werden dabei auf spielerische Art und Weise Wissensinhalte vermittelt, soziales Lernen gefördert und toleranzfördernde Maßnahmen unterstützt. Dabei wird auch versucht, fremdsprachigen oder behinderten Kindern durch besondere Vorkehrungen den Zugang zu den einzelnen Angeboten zu erleichtern und damit auch notwendige Akzente im integrativen Bereich zu setzen.

Das „Sommerferienspiel" startete mit einer Festveranstaltung am 29. Juni 1997 im Wiener Stadtpark; daran anschließend wurde der Stadtpark in eine einzige große „Kinderstadt" umfunktioniert und bot allen interessierten Kindern in Workshops, durch Sportaktivitäten und Kreativangebote usw. eine Menge Möglichkeiten, ihre Phantasie und ihren Tatendrang auszuleben. Allein diese „Kinderstadt-Aktivitäten" hatten vom 29. Juni bis zum 26. Juli 1997 rund 43.000 BesucherInnen aufzuweisen. Als zweite große Neuheit im Rahmen der Jubiläumsaktivitäten wurde das Ferienspiel in das „Internet" aufgenommen, wo die einzelnen Angebote nach Kapiteln abgerufen werden konnten. Wurden bei anderen Sommerferienspielen bereits mehr als eine halbe Million BesucherInnen gezählt, konnte 1997 mit 798.028 BesucherInnen ein neuer Rekordwert verzeichnet werden.

Im Rahmen des „Winter-Ferienspiels 1996/97" fanden an 17 Ferientagen bei 48 Aktionen insgesamt 389 Einzelveranstaltungen an 93 verschiedenen Veranstaltungsorten statt; das waren im Schnitt 23 Veranstaltungen täglich.

Auch die im Rahmen des „Semester-Ferienspiels 1997" gezählten 76.144 BesucherInnen stellen gegenüber dem Vorjahr einen Frequenzanstieg von rund 22 Prozent dar. Erreicht wurde die wieder konstatierbare Steigerung der TeilnehmerInnenzahlen durch die eingangs erwähnten Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Angebote, mit neuen Attraktionen wie z.B. „Schnupperwochen" oder „Musical-Dance" sowie mit besonderen Filmerlebnissen im Imax-Kino.

Die 1991 erstmals umgesetzten dezentralen „Wien spielt"-Aktivitäten konnten ausgeweitet werden und umfaßten 1997 bereits alle 23 Wiener Bezirke. Das somit flächendeckend veranstaltete Programm wurde mit seinen 2.293 Einzelaktionen von insgesamt 54.081 BesucherInnen genutzt.

Über die Angebote der Veranstaltungsreihe „Jugend in Wien", die auf die aktuellen Bedürfnisse und Trends der Jugendlichen ausgerichtet ist, informierte das monatlich erscheinende gleichnamige Programmheft, das 1997 bereits in einer Auflage von rund 40.000 Stück, bzw. 145.000 Stück in den Ferienmonaten, erschien. Die Programme wurden von den jungen WienerInnen im Alter zwischen 13 und 25 Jahren wieder intensiv genutzt (rund 600.000 TeilnehmerInnen). Im Rahmen der Trendprogramme wurden „Internet-Aktivitäten" für EinsteigerInnen im „Café Stein", das Modeprojekt „Kids in Fashion" in Zusammenarbeit mit den Wiener Jugendzentren, Kabarett-Newcomer-Austausch-Programme oder das Kunstprojekt „Connected" mit Jugendlichen aus Wien und Berlin geboten. Die innerhalb dieser Veranstaltungsreihe geschaffene, in den Monatsprogrammen installierte Aktion „Pinwand" - 4 bis 8 Textseiten ausschließlich für Gedichte/Texte von Jugendlichen - wies einen unerwartet hohen Zuspruch auf.

Die 23. Saison des Bandwettbewerbs „Pop-odrom" verzeichnete das zweitbeste Beteiligungsresultat seiner langen Geschichte. Mit 239 Gruppen, die in 30 Einzelveranstaltungen ihr Talent unter Beweis stellten, wurde die Attraktivität dieses Bewerbs neuerlich dokumentiert. Konnten bei den zumeist im „Rockhaus" durchgeführten Vor-Semifinal- und Supersemifinalrunden rund 8.000 BesucherInnen gezählt werden, spendeten den Finalisten „Guananko" bzw. „Latzrock & Art" in der „Libro-Music-Hall" rund 2.500 junge BesucherInnen viel Beifall. Ergänzt wurde die Veranstaltungsreihe „Pop-odrom 1997" durch verschiedene Fortbildungsveranstaltungen in Form von Seminaren für junge MusikerInnen.

Die Bandproberäume in den Stadtbahnbögen, Währinger Gürtel 170 - 172, wurden auch im Berichtsjahr wieder von vielen jungen MusikerInnen genutzt, die auf Grund der örtlichen Gegebenheiten keine Rücksicht auf eventuelle Störungen von Nachbarn, Anrainern usw. nehmen mußten. 1997 nahmen insgesamt 7 Bands die angebotenen Proberäume längerfristig in Anspruch.

Die nun unter dem Sammelbegriff „Familien-Tage" zusammengefaßten und in neuer Optik angebotenen Programme für Familien wurden erstmals auch im „Internet" bzw. in der „Black Box" angeboten und fanden durch das Einbinden in neue Medien, und auch durch die neue, gefälligere Gestaltung der Programme, weitere InteressentInnen.

Durch die erwähnten Bemühungen im Rahmen der Aktion „Familien-Tage" konnte die Anzahl der Aktionskarten-Inhaber von rund 12.000 zum Jahresende 1996 im Berichtszeitraum auf rund 17.000 gesteigert werden. Im Rahmen der „Familien-Tage" 1997 wurden an 264 Aktionstagen 127.399 BesucherInnen verzeichnet.

In den letzten Jahren ist in Wien ein relativ flächendeckendes Netz von betreuten Parks und Spielplätzen entstanden. 1997 wurde in 21 Wiener Gemeindebezirken bereits in 80 Parkanlagen und in einer Schulsportanlage freizeit-

pädagogische Betreuung angeboten. Die „Parkbetreuung" reichte von Spiel- und Sportanimation bis zu Kreativangeboten, die der Verbesserung des sozialen Klimas und damit auch der Akzeptanz zwischen den verschiedenen Nutzergruppen, der Förderung der Spielfähigkeit und der sozialen Kompetenz sowie der Förderung von Eigeninitiativen, der Angebotserweiterung und der Stärkung der Identifikation mit dem Park dienen.

Auf Grund der enormen Ausweitung dieser Freizeitaktion und durch das zusätzliche Angebot von Sonderaktionen, wie Parkfeste, Parkdiscos, bezirksübergreifende Ballspielturniere, Informationsveranstaltungen usw., wurden inzwischen bis zu 80 Prozent der Parkbetreuung aus den Bezirksbudgets finanziert.

Ab 1998 werden die Mittel für die freizeitpädagogische Betreuung schließlich endgültig in den Bezirksbudgets veranschlagt; die administrative Abwicklung soll über das Landesjugendreferat erfolgen.

Ein neues Vernetzungssystem, die 1997 installierte „Koordinationsstelle für aufsuchende/mobile Jugendarbeit & freizeitpädagogische Betreuung", soll alle bestehenden und zukünftigen ganzjährigen aufsuchenden/mobilen Projekte Wiens, unabhängig von ihrer Trägerschaft, koordinieren. Mit den Teams der 11 vorwiegend vom Landesjugendreferat subventionierten Vereine werden Zielsetzungen erarbeitet und die Projekte im laufenden Projektprozeß begleitet bzw. kontrolliert. Die Organisation und Durchführung (Wahl der Mittel und Methoden) obliegt - unter Berücksichtigung der Rahmenrichtlinien der Abteilung - den einzelnen Vereinen. Die Teams erheben quantifizierbare Daten und reflektieren prozeßorientiert die unterschiedlichen Phasen und Schwerpunkte ihrer Tätigkeit. Die daraus entstehende Dokumentation dient zur Überprüfung der Zielerreichung, um erfolgreiche Konzepte weiterzuentwickeln oder weniger erfolgreiche zu modifizieren.

Durch Angebote wie z.B. Streetwork, Einzelfallhilfe, Klubbetrieb, Gruppenarbeit sowie Informations-, Beratungs- und Freizeitangebote werden viele tausend Kinder und Jugendliche erreicht und läßt sich ein hohes Maß an Präventions- und Integrationsarbeit leisten.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bildet die stadtteilbezogene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, wodurch auch Modelle der Partizipation umgesetzt und damit individuelle Motivationen zur Identifikation mit dem unmittelbaren Lebensumfeld gesteigert werden können.

Ziel dieser neu eingerichteten Stelle sind der Aufbau und die Pflege von regionalen bzw. überregionalen Netzwerken, wodurch neue Kooperationsbeziehungen entstehen und damit optimalere Bedingungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ím öffentlichen Raum gewährleistet werden.

Die insgesamt 11.382 jungen WienerInnen des Geburtsjahrganges 1978 wurden 1997 anläßlich ihres „politischen Geburtstages" zu Jungbürgerveranstaltungen ins Wiener Rathaus eingeladen. Bei den Veranstaltungen „Classic Stars - Ball der Bälle" am 10. Oktober und „Future Stars - Party der Zukunft" am 11. Oktober 1997 wurden insgesamt 4.874 BesucherInnen in den Festsälen des Wiener Rathauses gezählt. Zu den parallel dazu auf dem Wiener Rathausplatz präsentierten aktuellen Fun- und Trendsportangeboten im Rahmen von „Young Stars - Sports & Fun" kamen an beiden Tagen rund 8.000 BesucherInnen.

Zusätzlich wurden die JungbürgerInnen am Nationalfeiertag zu einer Baumpflanzung im Aufforstungsgebiet Heubergstätten beim Verteilerkreis Favoriten eingeladen; ihr Umweltbewußtsein und ihr Engagement für ein grünes Wien stellten dabei rund 3.800 WienerInnen aktiv unter Beweis.

Der in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium „Österreichischer Jugendredewettbewerb" im Rahmen der „Schulaktionen" veranstaltete Redewettbewerb bot 100 TeilnehmerInnen die Möglichkeit, vor Publikum in freier Rede zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen. Unter dem Titel „Neues Sprachrohr" waren die TeilnehmerInnen in der Lage, unter Einsatz von optischen und akustischen Hilfsmitteln einzeln oder in Kleingruppen ihre Meinung zu aktuellen Themen zu äußern. Die „Österreich Woche" als Abschluß dieser Veranstaltungsreihe fand von 7. bis 12. Juli 1997 in Salzburg statt.

Im Rahmen der Aktionen „Musik aktiv" (2.181 SchülerInnen aus 77 Schulen), „Bezirks-Jugendsingen" (36.988 Mitwirkende) und „Chortage" (16 Chöre mit 424 Teilnehmenden) sowie beim „Schulspiel aktiv" (12 Gruppen mit 225 TeilnehmerInnen) konnten die Wiener SchülerInnen ihr musisch-kreatives Talent unter Beweis stellen.

Die „Berufsschülertage" fanden 1997 erstmals in Form von Podiumsdiskussionen an den Zentralberufsschulgebäuden statt; an den Veranstaltungen, bei denen Themen wie Freizeit und Verkehr, Wohnen und Freizeit und dergleichen diskutiert wurden, nahmen MandatarInnen aller im Rathaus vertretenen Fraktionen teil. Bei der Veranstaltungsreihe „Junger Gemeinderat" diskutierten junge WienerInnen zwischen 15 und 20 Jahren den Themenbereich „Jugendliche planen ihre Stadt". Für fachliche Beratung und Auskünfte standen Experten zur Verfügung. Im Rahmen der „Partizipationsmodelle" wurden in einigen Bezirken Wiens Schülerparlamente oder ähnliche Veranstaltungen, bei denen SchülerInnen zu aktuellen Bezirksthemen Stellung nehmen konnten, abgehalten.

Die Veranstaltungsreihe gegen den Mißbrauch von Kindern „Laß Dir nichts gefallen" mit den City Cops konnte erfolgreich weitergeführt werden (209 Volksschulen mit 10.300 teilnehmenden SchülerInnen).

Erstmals wurde die Aktion „Connected - junge Kunst aus Wien und Berlin" als Malwettbewerb zwischen den beiden Städten mit einem anschließenden Austauschprogramm durchgeführt. Für 1998 ist eine Fortsetzung dieses erfolgreich begonnenen Projektes geplant.

Die im Bereich „Pädagogik und Jugendpolitik/Internationale Kontakte" angesiedelten 6. Wiener Internationalen Jugendfachgespräche standen unter dem Thema „Jugendaustausch als Basis und Motor eines 'Europas der Zukunft'"

und brachten TeilnehmerInnen aus Deutschland, Finnland, Israel, Italien, Kroatien, Lettland, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Rußland, Ungarn, Slowenien usw. nach Wien. Mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie sowie dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien fanden weitere Kontakte betreffend den „Europäischen Freiwilligendienst" statt und konnten mit Herbst 1997 erste Aktivitäten zur konkreten Umsetzung dieses zukunftsweisenden Programmes gesetzt werden. Mit Ende des Berichtszeitraumes waren 6 Teilnehmende am Europäischen Freiwilligendienst bereits in Wien; die Kosten für Aufenthalt und Verpflegung dieser bei verschiedenen Jugend- und Umweltorganisationen untergebrachten TeilnehmerInnen werden über das Landesjugendreferat getragen.

Schwerpunkt der jugendpolitischen Kontaktmaßnahmen in diesem Jahr war die Abhaltung der „1. Wiener Jugendenquete" am 21. Oktober 1997 in den Festsälen des Rathauses. Bei dieser erstmals auf einer derart weitreichenden Ebene realisierten Veranstaltung fanden viele Erstkontakte, aber auch weiterführende Gespräche zwischen nahezu allen mit Jugendbelangen in Wien befaßten Stellen statt; entsprechende Ansätze für Vernetzungsnotwendigkeiten wurden initiiert. Die überaus gut besuchte Enquete war damit richtunggebend für künftige kommunikative Aktivitäten auf diesem Sektor.

Die Kontaktveranstaltungen wurden im Berichtszeitraum im Bereich des Austauschs von ExpertInnen sowie MitarbeiterInnen aus der kommunalen Jugendarbeit weitergeführt. Zu den unterschiedlichsten Themenbereichen wurden in zahlreichen Ländern, darunter Weißrußland, Ungarn, die USA, Deutschland, Finnland, Libanon, Großbritannien u.a.m., Kontakte geknüpft und Begegnungen ermöglicht. Mit Palästina wurde eine Ausbildungsaktivität für JugendleiterInnen, ausgerichtet nach dem in Wien erprobten Modell, begonnen.

Zu den Sonderaktionen des Referats, von denen viele seinerzeit im „Internationalen Jahr der Jugend" initiiert wurden, zählt auch die Aktion „Bunte Stadt", in deren Rahmen wieder viele junge WienerInnen dazu beitragen konnten, das Stadtbild durch verschiedene Flächenbemalungen bunter zu gestalten. Die „Umweltaktionen" wurden durch die Aufforstung einer Fläche im 10. Bezirk sowie durch die wieder gemeinsam mit dem Forstamt veranstaltete Aktion „Schulwald" weitergeführt. Die „bezirksorientierten Aktivitäten" sowie die „externen Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen" wurden wie bisher in Anspruch genommen.

Im Rahmen der Aktion „Miteinander" konnten 1997 26 eingereichte Projekte genehmigt werden, darunter z.B. integrative Veranstaltungen, Spielefeste oder jahreszeitlich orientierte Kleinveranstaltungen.

Die Materialverwaltung nahm nach Ende der Umbauphase Anfang 1997 ihre Tätigkeit in neuadaptierten Räumen mit neugeordneten Systemen wieder voll auf. Bei der Entlehnung von Materialien an Organisationen, Schulen, Elternvereine usw. konnte im Berichtsjahr ein weiteres Ansteigen verzeichnet werden (400 Organisationen/160 Schulen/6.057 Entlehnungen).

Inhabern der Familienaktions-Karte wurde erstmals auch die Möglichkeit geboten, für diverse Privatveranstaltungen Spielgeräte auszuborgen („Hits for Kids"). Das im Rahmen des Wiener Ferienspiels in der „Kinderspielstadt" am Stadtpark erstmals präsentierte Programm wurde sehr positiv aufgenommen und allein im letzten Quartal des Berichtsjahres 23mal genutzt. Für Eigenveranstaltungen stellte die Materialverwaltung über 800 Artikel bei.

Die nachstehend angeführten Institutionen bzw. Außenbetriebe, die durch Förderungsmittel des Landesjugendreferates über den Trägerverein „Wiener Jugendkreis" geführt werden, konnten generell ihre Tätigkeitsfelder stärker strukturieren, die bewährten Aktivitäten fortsetzen und in ihren jeweils spezifischen Bereichen auf die dort aktuellen Trends in verstärktem Ausmaß eingehen.

Im 8. Jahr des Bestehens der Jugend-Info-Wien führte diese Einrichtung ihr bewährtes Konzept „Infos - Tickets - Beratung" weiter, wobei von den MitarbeiterInnen insgesamt rund 47.000 Anfragen zu den genannten drei Bereichen beantwortet wurden. Mit der Veranstaltungsreihe „Check it out-days" wurden Schwerpunktberatungen zu Themenstellungen wie Berufswunsch, Berufswahl, Ausbildungsberatung und ähnlichem mehr durchgeführt.

Im Kinder- und Jugendfilmzentrum „Kosmos-Kino" konnte die Veranstaltungsreihe „Schule im Kino" mit anspruchsvollen und abwechslungsreichen Programmen den Wiener SchülerInnen im Zuge der Vormittagsveranstaltungen diverse medienpädagogische Inhalte vermitteln. Die Reihe „Filme in Diskussion" fand bei den Jugendlichen weiter steigenden Anklang, wobei das Interesse auch Filme abseits vom „Mainstream" umfaßte.

An den insgesamt 342 Veranstaltungen im Berichtszeitraum nahmen insgesamt 71.179 Kinder, Jugendliche und Begleitpersonen teil.

Die Zielsetzung, im Jahr 1997 die Serviceleistungen für alle Entlehner, darunter die Beratung sowohl im Brett- als auch im Computerspielbereich, zu verbessern, konnte das Team der „Spielebox Wien" durch vielfältigste Bemühungen erreichen. Die Kooperationen mit Partnerorganisationen wie z.B. den Städtischen Büchereien wurden ausgebaut und thematische Schwerpunktsetzungen im Aktionsbereich getätigt. An 156 Tagen veranstalteten die MitarbeiterInnen der Spielebox insgesamt 103 Aktionen, bei denen rund 14.000 BesucherInnen gezählt wurden. Bei den verschiedenen Einsätzen der Spielebox wurden 11.913 Spielexemplare verwendet, an Gruppierungen und Einzelpersonen rund 5.000 Spiele verliehen. Das Schulungs- und Informationsprogramm der „Spielebox Wien" für MultiplikatorInnen wies zahlreiche Info-Abende, 10 Seminar- und 6 Workshop-Veranstaltungen auf.

Zu den Arbeitsschwerpunkten des Medienzentrums im Berichtsjahr zählten die „4. Wiener Video- & Filmtage", die wieder im Zusammenwirken mit der Landesbildstelle Wien umgesetzt wurden und eine rege Beteiligung er-




*Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport Grete Laska präsentiert die Kampagne "Keine Gewalt an Kindern" sowie das neue Logo des Amtes für Jugend und Familie (MA 11).* Foto: Votava / PID

*Vizebürgermeisterin Laska unterhält sich mit Vertreterinnen der 6. internationalen Landesjugendreferenten-Fachgespräche.*
Foto: Votava / PID





*In der Betriebshalle der AEG in der Brünner Straße wurde die "Initiative Lehrling" vorgestellt.* Foto: Votava / PID

*Vizebürgermeisterin und Sportstadträtin Grete Laska dreht bei der Eröffnung des "Wiener Eistraums" auf dem Eislaufplatz vor dem Rathaus die ersten Runden.* Foto: Votava / PID



brachten. Im Bereich der MultiplikatorInnenausbildung konnten die bisherigen Programme durch den Grundkurs „Medienerziehung" sowie durch Seminare und Methodentage fortgeführt werden. Trotz Adaptierungsarbeiten im Bereich Seminarraum und Bibliothek betreuten die MitarbeiterInnen des Medienzentrums im Berichtsjahr bei den diversen Aktivitäten einschließlich Verleih und Großveranstaltungen rund 7.700 Personen bei 809 Einzeleinsätzen. Mit Beiträgen wie „Young Women in Action" wurde versucht, Mädchen verstärkt für die Produktion von Beiträgen zu den „Video- & Filmtagen" zu interessieren. Im Bereich der sonstigen Serviceleistungen, wie dem Verleih bzw. dem eigenhändigen oder teilbetreuten Schnitt, konnte trotz der erwähnten Umbauarbeiten eine Zuwachsrate von 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden.

Das praxisnahe und an den Bedürfnissen der außerschulischen Jugendarbeit orientierte Bildungskonzept der JugendleiterInnenschule im Rahmen des Instituts für Freizeitpädagogik versuchte man in insgesamt 15 Fachkursen, 21 Info- und 7 Werkstättenabenden sowie in einer Grundkursveranstaltung umzusetzen. Diese Fortbildungsstelle für die ehrenamtliche Jugendarbeit in Wien, die nun seit 24 Jahren besteht, wurde 1997 von 8.811 KursbesucherInnen in Anspruch genommen.

Die seit 1992 als eigene Abteilung bestehenden Studiengänge, deren Programme vor allem auf die Zielgruppe der LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, PädagogInnen, AnimatorInnen usw. gerichtet sind, erfaßten mit Veranstaltungen zu den Bereichen Tanz, Management, Musik, Sport usw. rund 1.400 TeilnehmerInnen.

Die von der MA 51 - Sportamt organisierten Wintersportaktivitäten, darunter z.B. Weihnachts- und Semesterschikurse, Tages- und Sonntagsschikurse, boten 1.345 jungen WienerInnen kostengünstige Möglichkeiten zum Wintersport; die vor allem für Wiener Pflichtschulen und Kinderheime betriebene Schiverleihstelle „Schistall" konnte insgesamt 8.136 Entlehnungen von Wintersportgeräten verzeichnen.

Im Bereich der außerschulischen Jugendbetreuung wurden für 1997 Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 251,615.000 S veranschlagt. Größter Förderungsnehmer in diesem Bereich war der für die Führung und den Betrieb der bestehenden kommunalen Jugendzentren in Wien zuständige „Verein Jugendzentren der Stadt Wien", der damit auch Objekterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen in den von ihm betreuten Jugendzentren durchführen konnte. Für verschiedene weitere bzw. neue Vorhaben, darunter z.B. Projekte der mobilen Jugendarbeit im 2. („Alte Trafik"), im 5. bzw. im 11. Bezirk (Zippererstraße) sowie diverse Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen in insgesamt neun weiteren Objekten, erhielt der Verein zusätzlich Förderungsmittel in der Höhe von 8,076.000 S.

Dem Verein „Wiener Jugendkreis" wurden im Berichtsjahr zur organisatorischen Unterstützung und finanziellen Abwicklung der vom Landesjugendreferat mitorganisierten Aktionen, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 56,354.000 S zuerkannt. Dadurch wurde dem Verein die Umsetzung der zahlreichen für Kinder, Jugendliche und Familien konzipierten Aktivitäten ermöglicht. Für Präsentationen und Sonderaktionen wurden weitere Förderungsmittel in der Höhe von 1,131.000 S zur Verfügung gestellt; damit konnten etwa verschiedene Sonderaktionen im Umwelt- und MultiplikatorInnenbildungsbereich wie auch in logistischen und musischen Bereichen unterstützt und diverse Schüleraustauschprogramme o.dgl.m. fortgeführt werden.

Bei den Wiener Städtischen Büchereien wurden im Berichtszeitraum 5,309.500 Entlehnvorgänge registriert; gegenüber 1995 (5,124.607) bedeutet das einen Anstieg der Lesefrequenz um 3,6 Prozent und gegenüber 1996 (5,279.553) eine Erhöhung um 0,6 Prozent.

Die Einnahmen bei den Benützungsgebühren sind - trotz renovierungsbedingter Sperre einiger großer Zweigstellen über mehrere Monate hinweg - gegenüber 1995 (3,939.983 S) um 4,9 Prozent und gegenüber 1996 (3,979.800 S) um 3,9 Prozent auf 4,133.133 S gestiegen.

Die Kostenersätze für Mahnungen sind gegenüber 1995 (1,483.055 S) um 13,57 Prozent und gegenüber 1996 (1,563.152 S) um 7,8 Prozent auf 1,684.260 S gestiegen.

Die Einnahmen aus Benützungsgebühren und Kostenersätzen für Mahnungen sind gegenüber 1995 (5,423.038 S) um 7,3 Prozent und gegenüber 1996 (5,542.952 S) um 4,95 Prozent auf 5,817.393 S gestiegen.

Die Subvention des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten für den Ankauf von Büchern betrug 1,400.000 S.

Im 11. Bezirk wurde das neue Zweigstellenlokal am Leberberg (neben dem Gebäude der Volkshochschule) als Ersatz für das zu kleine und in Randlage befindliche alte Zweigstellenlokal besiedelt; es hat 1997 den EDV-Entlehnbetrieb aufgenommen.

In Penzing soll am Standort Hütteldorfer Straße/Ameisbachzeile ein neues Büchereilokal entstehen und die Medienbestände der Zweigstelle in 14, Hickelgasse 4 - 6, aufnehmen. Der Baubeginn war Ende 1997, mit der Fertigstellung des Objekts ist voraussichtlich Ende 1998 zu rechnen.

Für die Hauptbücherei konnte der Ankauf einer Mediensicherungsanlage realisiert werden. Mit diesem elektronischen Warnsystem ist gewährleistet, daß vor allem die teuren Medien CDs, CD-ROMs und Videos vor Diebstählen geschützt sind.

Im Büchereilokal 10, Hasengasse 38, wurden sowohl bauliche Verbesserungen vorgenommen als auch diverses neues Mobiliar angeschafft. Um Rollstuhlbenützern und LeserInnen mit Kinderwagen den Zugang zum Ausleiheraum zu ermöglichen, mußte ein Umbau des Büchereieinganges (Windfanges) durchgeführt werden.

1997 wurde der EDV-Betrieb in folgenden Zweigstellen aufgenommen: 11, Simmeringer Hauptstraße 96a (EKZ

Simmering), 10, Ada-Christen-Gasse 2, 19, Billrothstraße 32. Gemäß den im EDV-Systemisierungsplan festgelegten Gerätemengen wurden die Zweigstellen 2, Engerthstraße 197, 11, Rosa-Jochmann-Ring 5 (Leberberg), und 17, Hormayrgasse 2, an das Büchereinetz angeschlossen.

Drei weitere Bürgerservice-Terminals wurden aufgestellt, und zwar in 3, Erdbergstraße 5 - 7, 11, Simmeringer Hauptstraße 96 a, und 21, Brünner Straße 36. Damit ist es den BesucherInnen möglich, Informationen aus der und über die Wiener Stadtverwaltung und sonstige WWW-Informationen über Touch-Screens abzurufen.

Der RAM (Arbeitsspeicher) des Büchereiservers wurde auf 256 MB aufgestockt; die Harddisks (Speicherplatten) wurden um 2 GB aufgestockt, um den EDV-Betrieb der neu angeschlossenen Zweigstellen zu gewährleisten.

1997 wurde die Vernetzung der Zentrale der Städtischen Büchereien mit dem Rathaus-PC-Netz mittels Netzserver von der zuständigen Fachabteilung (Magistratsabteilung 14 - ADV) in Angriff genommen.

Die Ausschreibung eines neuen Büchereisystems (Client/Server-System) wurde vorbereitet.

Die Anzahl aller verfügbaren Medien per Stand 12/1997 betrug 1,318.513 Exemplare (Bücher, Zeitschriften, CDs, audiovisuelle Medien). 1997 konnten um 13,377.000 S Bücher und Zeitschriften angekauft werden; das bedeutet eine Steigerung von 1,441.000 S gegenüber dem Vorjahr. Für den Ankauf von audiovisuellen Medien stand ein Betrag von 1,716.000 S zur Verfügung.

Im Bereich Werbung und Öffentlichkeitsarbeit wurden vermehrt Werbemittel in Form von Aufklebern zur Auslagengestaltung und Lesezeichen für Kinder eingesetzt. Die größte Leseanimations- und Werbeveranstaltung der Städtischen Büchereien für Kinder, das „12. Lesofantenfest", fand in der Zeit vom 17. bis zum 28. November 1997 statt. Insgesamt wurden 54 Programmpunkte in vier Zweigstellen angeboten; 11.000 BesucherInnen konnten gezählt werden.

Einen Schwerpunkt bei der Landesbildstelle Wien bildete im Berichtsjahr 1997 die Fortführung der Veranstaltungsreihe „Klix - Das Jahr der Medien" für die Wiener Pflichtschulen, wobei es gelang, zwei Bereiche, nämlich das Schülerradio und den Schülerzeitungspreis, zu langfristigen Projekten auszubauen. Weitere Schwerpunkte waren ein Lomografiewettbewerb für Pflichtschulen mit dem Motto „Unsere Plätze" sowie die „Video- und Filmtage", die gemeinsam mit dem Medienzentrum in Form eines Festivals durchgeführt wurden.

Für die Volksschulen wurde der Film „Wien - Bilder einer Stadt" produziert. Mit Digitaltechnik und Computeranimation wird dabei eine lehrreiche, aber auch vergnügliche Reise durch unsere Stadt visualisiert. Erstmals wurde auch eine Audio-CD für den Englischunterricht in der Grundschule hergestellt: „Songs for Kids" erfreut sich großer Nachfrage. Es wurden bereits über 800 CDs bestellt.

Im Bereich der Videoproduktion wurde die Digitalisierung weiter ausgebaut und die Konzeption für ein neues Videostudio erstellt. Im Bereich EDV und Telematik wurde eine eigene Homepage der MA 13 - Landesbildstelle sowohl für den Bildungsserver als auch für „Wien Intern" erstellt, in der, neben einem Überblick über die Serviceangebote der Dienststelle, auch die Möglichkeit eingerichtet wurde, sich den Medienkatalog auf den eigenen PC oder auf Diskette zu kopieren. Weiters wurde im Berichtsjahr die Vernetzung der in der Dienststelle befindlichen PCs sowie deren Anschluß an das Intranet der Stadt Wien in Angriff genommen.

Die Höhepunkte der Film- und Videoproduktion waren die Anfertigung eines Wien-Filmes (für den auch Sponsoren gewonnen werden konnten) weiters die Betreuung einer eigenen Sendeleiste mit dem Titel „Wieniversum" über das Regionalfernsehen, wobei zu einer sehr attraktiven Sendezeit (20.15 Uhr) die Highlights der Videoedition „Stadt im Spiegel" ausgestrahlt wurden.

Weitere Produktionen:

„Wasser ist zum Waschen da" (Koproduktion mit dem Krankenanstaltenverbund)
„Silberpfeil für Simmering - die Baumethoden" (Auftraggeber Wiener Linien)
„Anprallversuche" (Wiener Linien)
„Rigoletto" (Konservatorium der Stadt Wien)
„In the woods" (Konservatorium der Stadt Wien)

Bearbeitungen:

„Gefährliche Stoffe" (Koproduktion mit dem Krankenanstaltenverbund)
„Eleven - Berufsbild Tanzpädagoge" (Konservatorium der Stadt Wien)

In Vorbereitung:

Arbeitstitel „Wie wird Theater gemacht - Ein Blick hinter die Kulissen": eine Koproduktion mit dem Theater der Jugend für den Schulbereich

Zu weiteren Produktionen, wie z.B.: Werbefilm - Wiener Linien, Bezirksfilme (ORF), Karl-Kraus-Film usw., wurden wesentliche Beiträge aus dem eigenen Filmarchiv zur Verfügung gestellt.

Durch Mitarbeit auf Werkvertragsbasis konnte das Tonarchiv des Filmreferates von Schmalband auf DAT (Digitale Tonaufzeichnung) überspielt werden.

Die zeitaufwendigsten Aufträge des fotografischen Dienstes 1997 waren die Dokumentationsaufnahmen aller Brücken in Wien, Aufnahmen sämtlicher Bäder (Sommerbäder, Hallenbäder, Tröpferlbäder) sowie die Ausarbeitung des im Jahr der Medien veranstalteten LOMO-Projektes. 1997 konnte eine Bezirksdiareihe über den 8. Bezirk fertiggestellt werden.

Für die Bezirksdiareihen Josefstadt und Floridsdorf wurden die Begleittexte erstmals in Form eines Bezirkskulturführers angefertigt. Die Diareihen werden wie bisher allen Volksschulen des jeweiligen Bezirkes kostenlos zur Verfügung gestellt.

Für das Projekt „Digitale Bildarchive" wurden in Zusammenarbeit mit der MA 14 und anderen interessierten Abteilungen in Arbeitsgruppen Modelle für einen Thesaurus sowie Verrechnung und Copyright für eine allfällige Einbindung in das Internet erarbeitet. Ebenso wurde ein von der MA 14 erstellter Prototyp für ein Bildarchivierungsprogramm getestet.

Höhepunkte der Fotodokumentation waren:
Bürgerurkunde an Magistratsdirektor i.R. Dr. Bandion
Goldene Ehrenmedaille an Univ.-Prof. Dr. Antal Festetics
Eintragung in das Goldene Buch: Deutscher Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog
70. Geburtstag von Altbürgermeister Dr. Zilk
Eintragung in das Goldene Buch: König Albert von Belgien
Goldenes Ehrenzeichen an US-Botschafterin Swanee Hunt
Großes Goldenes Ehrenzeichen an Kommerzialrat Walter Nettig
Goldenes Ehrenzeichen an Bundesminister Edlinger
Nestroy-Ring an H. C. Artmann
Ehrenring an Otto Schenk
Goldenes Ehrenzeichen an Kammersängerin Christa Ludwig

Im Bereich des Technischen Dienstes konnte die Zahl der hochwertigen Audio- und Videoreparaturen weiter gesteigert werden. Es wurden 833 Altgeräte repariert sowie 702 neue Geräte adaptiert, justiert und ausgeliefert. Die Anzahl der Geräteentlehnungen hat sich fast verdoppelt.

Für die Projektoren der Kinokabine wurde eine automatische Überblendeinrichtung gebaut, wobei sowohl die Mechanik als auch die Elektronik zur Gänze vom Technischen Dienst gebaut und installiert wurden.

Im Medienverleih konnte gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 20,7 Prozent erreicht werden. Die größten Steigerungsraten gab es im Bereich Video- und Overheadtransparente. Dieser erfreuliche Anstieg der Verleihzahlen ist außer auf die zahlreichen Veranstaltungen anläßlich des „Jahres der Medien" auch auf ein verbessertes Service- und Informationsangebot zurückzuführen.

1997 wurden 88 Titel - davon 84 Videos, 1 Diaserie, 1 Overhead-Transparentserie und zwei CD-ROMs - angekauft. Themenschwerpunkte waren: Informatik, Physik, Chemie, Medienpädagogik und Sozialkunde.

Im Schulbereich fand eine schwerpunktmäßige Aufrüstung mit Overheadprojektoren, TV-Geräten, Videorecordern und Stereoanlagen statt. Für die Dienststellen der Stadt Wien wurden neben Overheadprojektoren verstärkt LCD-Projektoren für Präsentationen und Digital-Fotoapparate für Bilddokumentationen angekauft. Mit der Auflösung der MA 20 ist 1997 der Einkauf von Kleinbild- und Polaroidfilmen durch die Landesbildstelle beträchtlich gestiegen. Stark in Anspruch genommen wurde auch die Beratung hinsichtlich technischer und preislicher Entwicklungen vor allem digitaler Geräte.

Der fortschreitenden Entwicklung auf dem technischen Sektor wurde sowohl bei der Hausausstattung als auch bei den Verleihgeräten nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten Rechnung getragen. Insgesamt ist ein starkes Ansteigen im Ausschreibungs- und Rechnungswesen zu verzeichnen.

Auf dem Sektor Telematik und Neue Medien lag der Schwerpunkt des Jahres 1997 im Bereich der Telekommunikation. Im Projekt „Wiener Bildungsnetz" übernahm die Landesbildstelle eine tragende Rolle. So wurden (und werden fortlaufend) für die Wiener LehrerInnen E-Mail-Adressen eingerichtet sowie pädagogische Inhalte und virengeprüfte Software im Intranet der Schulen aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Internet Center for Education (ICE)" wurden zahlreiche Schulungen und Kurse abgehalten und ein umfangreicher Support für LehrerInnen der vernetzten Schulen eingerichtet.

Seit Sommer 1997 präsentiert sich die Landesbildstelle im „Wiener Bildungsnetz". Die service-orientierte Web-Site wird durch Informationen und attraktive Angebote für die Wiener Schulen laufend aktualisiert.

Im Haus wurde das vorhandene PC-Netz revitalisiert und über entsprechende Erweiterungen der Anschluß ans Internet ermöglicht.

Im Intranet des Magistrats „Wien Intern" wurde ebenfalls über eine Homepage eine weitere Kommunikationsmöglichkeit eingerichtet.

Die Ergänzungen des Medienkataloges für die Grund- und Mittelstufe wurden fertiggestellt und verteilt. Weiters sind zwei Updates der Katalogdiskette erschienen und an alle Schulen und Interessenten verschickt worden.

Korrespondierend mit den qualitativ und quantitativ wachsenden PC-Ausstattungen an Wiener Schulen nahm auch die unterstützende Tätigkeit in den Bereichen Telematik, Neue Medien und Unterrichtssoftware deutlich zu. Die Zusammenarbeit mit diversen Arbeitsgruppen (Informelle Arbeitsgruppe ABC-DOS, Zentralarbeitsgemeinschaft Informatik, ...) konnte intensiviert werden. Die Informationszeitung „LaBi-richt" wurde auch 1997 wieder planmäßig dreimal erstellt.

Bei einer Tagung der deutschsprachigen Landesbildstellenleiter wurden der Wiener „LaBi-richt" sowie die Homepage der Landesbildstelle Wien als besonders gut gelungen und innovativ hervorgehoben.

Im Pädagogischen Referat der Landesbildstelle bzw. auf dem Sektor der Projektbetreuung bestimmten im ersten Halbjahr 1997 vor allem die Aktivitäten im Rahmen von „Klix - das Jahr der Medien" (Schuljahr 1996/97) die Tätigkeit. Im zweiten Halbjahr wurden die Ergebnisse von „Klix" organisatorisch und inhaltlich aufgearbeitet, und es gelang, wie bereits erwähnt, zwei Schwerpunkte (Schülerradio, Schülerzeitungspreis) zu langfristigen Projekten auszubauen. Die Zahl der LehrerInnen, die sich für die Serviceangebote im medienpädagogischen Bereich interessieren und diese auch in Anspruch nehmen, verdoppelte sich im Berichtszeitraum. Das läßt sich sowohl an der Zahl der AbonnentInnen von Informationszusendungen als auch an dem Jahresbericht des Geräteverleihs ablesen. Zusätzlich ergibt sich ein steigendes Interesse der im Rahmen der Schulautonomie entstandenen Schwerpunktschulen im Medienbereich.

Auf Grund der verstärkten Nachfrage ist es permanent notwendig, auch die organisatorische Struktur anzupassen. Es gilt, die Ressourcen - sowohl im personellen wie auch im technischen Bereich - optimal zu nutzen und zu erweitern, um der Nachfrage gerecht zu werden. In weiten Bereichen kann die Informationstätigkeit nur per Massenkommunikation erfolgen, weshalb das Direkt-mailing-System verbessert wurde. Interessierte KollegInnen erhalten spezifische Informationen entsprechend ihren Anfragen kontinuierlich zugesandt. Dafür wurde eine eigene Datenbank angelegt. Der Aufbau dieses Systems ist noch nicht abgeschlossen, da der dafür notwendige PC-Platz erst seit kurzem zur Verfügung steht. In Zukunft gibt es monatlich auch eine Aussendung mit aktueller Kurzinformation an alle KustodInnen und AbonnentInnen.

Sozusagen als Standard-Serviceangebot ist die telefonische Medienberatung anzusehen. Fast täglich gibt es Anfragen bezüglich Geräteeinsatz oder Methoden zur Umsetzung. Sehr oft können die Probleme telefonisch oder per E-Mail gelöst werden. Bei komplexeren Anliegen wurden eigene Besprechungstermine - immer öfter auch vor Ort - notwendig.

1997 konnten 45 Medienprojekte an Schulen begleitend betreut werden. Die Betreuung umfaßte die Unterstützung bei der Projektkonzeption, der Projektorganisation und zum Teil auch bei der Projektdurchführung. Die Betreuung vor Ort wurde durch freie MitarbeiterInnen besorgt. Deren Finanzierung ließ sich zu etwa 50 Prozent durch Sponsorenbeiträge abdecken.

„Klix - das Jahr der Medien"

Im Rahmen dieses Projektes wurde eine Vielzahl von Aktivitäten im Wiener Pflichtschulbereich durchgeführt.

Lomografisches Projekt - „Unsere Plätze"

20.1.1997: Einstiegsworkshop - Lomografie

Dieses Projektangebot wurde weit über die Erwartungen hinaus genutzt. Rechneten die Veranstalter mit der Beteiligung von rund 10 Schulen, so überraschten sie an die 30 Anmeldungen. Dies sprengte trotz Sponsoring beinahe die Budgetmittel für die Ausarbeitung (rund 12.000 Fotos). Die geplante Projektdauer mußte um zwei Monate verlängert werden, da die LOMO-Kameras durchgehend verliehen waren. Dadurch erhielten 20 Schulklassen die Möglichkeit mitzumachen. Eine große Ausstellung mit den Ergebnissen dieses Projekts fand im Jänner 1998 in der „Alten Schiebekammer" am Meiselmarkt statt.

Exkursionen

In Zusammenarbeit mit der Zentralarbeitsgemeinschaft für Audiovisuelle Medienerziehung wurde eine Reihe von Exkursionsangeboten für Schulklassen organisiert, z.B.: Besuch im Vorführraum des Gartenbaukinos, beim Kinder-Kurier, im Haus des Buches, im ORF usw.

22. - 24.4.1997 Workshoptage - „Ohrenweide '97" Hörspielwerkstatt

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Freies Radio Wien" lud man je eine Volksschulklasse und eine Hauptschulklasse ein, mit Profis Hörspiele aufzunehmen. Es wurden Klassen ausgesucht, die bereits erste Erfahrungen gemacht hatten und an der Weiterarbeit interessiert waren. Eine Klasse der VS 17, Halirschgasse, und eine Klasse der HS 12, Singrienergasse, produzierten mit Betreuung in je zwei Gruppen insgesamt vier Hörspiele. Ein Teil dieser Produktionen war im Rahmen der Workshoptage öffentlich zugänglich. Interessierte LehrerInnen konnten die Entwicklung des Projekts verfolgen und daher immer wieder „vorbeischauen". Am Nachmittag gab es Hörspielwerkstätten für Schulklassen. Täglich kam eine Klasse, um in einer „Fast-live"-Produktion ein Hörspiel aufzunehmen. Dieses Einstiegsangebot war sehr rasch ausgebucht. Aus den an den Workshoptagen beteiligten LehrerInnen entwickelte sich zuletzt die Arbeitsgruppe „Wiener RADIO-BANDe".

12. - 15.5.1997 „media kids" - Präsentationen des Stadtschulrates für Wien

In der Aula des Stadtschulrates für Wien wurde eine Woche lang ein Einblick in die medienpädagogische Arbeit an Wiener Schulen geboten. Die Ausstellung war öffentlich zugänglich und wurde von fast 500 SchülerInnen und LehrerInnen besucht. An Wandtafeln stellten mehrere Schulen medienpädagogische Projekte vor. Erste „Lomo-Walls" vom Projekt „Unsere Plätze" waren ausgestellt. In der „Hör-Bar" gab es die Hörspiele aus den „Ohrenweide"-Projekten; beim „MiniVideo" wurde eine Auswahl der besten SchülerInnenproduktionen gezeigt; der Verein „Zeitschrift in der Schule" präsentierte sein Angebot für den Unterricht, und in der „Schatzkiste im Dschungel" befanden sich die zum Wiener Schülerzeitungspreis eingereichten Zeitungen. Während die einen hier schmökerten, produzierten die anderen bereits neue Geschichten in der „Virtuellen Schreibwerkstatt". Täglich wechselnde Aktivitäten gaben der Ausstellung „media kids" thematische Schwerpunkte.

1. Wiener Schülerzeitungspreis

Im Rahmen von „Klix" gelang es, in Wien einen Schülerzeitungspreis auszuschreiben. Das Interesse überstieg bei weitem die Erwartungen. 52 Einreichungen - bis auf drei waren alle Zeitungen kontinuierlich erscheinende Ausgaben - gaben ein deutliches Bild der Schülerzeitungsszene in Wien. Sicherlich existieren noch mehr Schülerzeitungen in Wien, denn es meldete sich nach Einsendeschluß noch eine Reihe von InteressentInnen, und viele werden wohl auch gedacht haben, daß ihre Zeitung „nicht gut genug" ist. Überraschend war die hohe Zahl an Schülerzeitungen im Grundschulbereich. Dank der Sponsoren (Bank Austria, Siemens, Wiener Städtische Versicherung) konnten Preisgelder in der Höhe von 51.000 S vergeben werden. Eine Ausschreibung des Wiener Schülerzeitungspreises für das Schuljahr 1997/98 ist in Arbeit.

4. Video- und Filmtage

Die Landesbildstelle Wien organisierte am Vormittag je zwei Vorstellungen für Schulklassen. In dem etwa eineinhalbstündigen Programm wurden Produktionen aus dem abendlichen Festivalprogramm, aber auch nicht zum Festival eingereichte Videos vorgestellt. Die zwischen den Vorführungen angesetzten Gespräche und Diskussionen boten Einblicke in die Produktionsabläufe und versuchten die ZuschauerInnen zur aktiven Nutzung der Medien zu motivieren. Insgesamt besuchten fast 500 SchülerInnen aus allen Schultypen die Vorstellungen für Schulklassen. Die nächsten Video- und Filmtage sollen 1999 veranstaltet werden.

Die „Wiener RADIO-BANDe"

Wie bereits zuvor angeführt, entwickelte sich aus den „Ohrenweide"-Veranstaltungen eine kontinuierliche Arbeitsgruppe. Jeden Monat entsteht eine halbstündige Radiosendung an einer der beteiligten Schulen. Die Sendungen werden derzeit im Rahmen der Schülerradioleiste auf Mittelwelle gesendet und stehen als Hörbeispiele zur Verfügung. Zur Unterstützung der Aktivitäten wurde der Geräteverleih im Audiobereich erweitert. Für die Fertigstellung der Beiträge steht ein einfaches mobiles Tonstudio in der Landesbildstelle zur Verfügung. Die inhaltliche und technische Betreuung übernimmt ein freier Mitarbeiter.

CD Produktion - „Songs for Kids"

Die CD Produktion „Songs for Kids" konnte erfolgreich zu Ende gebracht werden. Von der für den Englischunterricht in der Grundschule enwickelten CD wurden bereits 800 Stück verkauft. Weitere Bestellungen - auch aus den Bundesländern - machen eine Nachproduktion notwendig.

Kino für Schulklassen (KiS)

Dieses bereits seit vielen Jahren bestehende Angebot bietet Schulklassen die Möglichkeit zum Kinobesuch während der Unterrichtszeit. Jeden Freitag werden im Kinosaal der Landesbildstelle ausgewählte Filme für Kinder und Jugendliche gespielt. Das Programm ist auf die jeweilige Alterstufe abgestimmt und bot in diesem Jahr neben österreichischen Kinderfilm-Produktionen international preisgekrönte Kinder- und Jugendfilme und vereinzelt auch aktuelle Neuproduktionen. Insgesamt besuchten rund 2.400 SchülerInnen die Vorstellungen.

Das Konservatorium der Stadt Wien, die 17 Wiener Bezirksmusikschulen und die Kindersingschule, sind in den Musiklehranstalten der Stadt Wien zusammengefaßt.

Am Konservatorium gab es 1.664 Studierende (nach Fächern), davon 436 aus 62 Ländern. Die Musikschulen besuchten 4.362 Schüler, die Kindersingschule 2.936. Die Gesamtschülerzahl der Musiklehranstalten betrug 8.962. Am Konservatorium wurden 85 Diplom- und 37 staatliche Lehrbefähigungsprüfungen sowie 2 Lehrgangsprüfungen in Ensembleleitung mit Erfolg abgelegt. Besonders erfreulich war die steigende Anzahl an musikinteressierten Kindern an der Kindersingschule.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungsprogramme an den Musiklehranstalten sind die öffentlichen Veranstaltungen, in denen sich Studenten und Schüler einem Publikum präsentieren müssen. Stellvertretend für alle anderen Aufführungen seien hier das traditionelle Chor- und Orchesterkonzert des Konservatoriums unter der Leitung von Prof. Kurt Richter im Großen Musikvereinssaal und das „Festliche Singen" der Kindersingschule unter der Leitung von Prof. Otto Partmann im Konzerthaus erwähnt.

Viele Aktivitäten, wie etwa die Abhaltung von Workshops für mehrere Abteilungen des Konservatoriums, unter anderem durch Martha Eggerth („Die silberne Operette"), Paul Hailperin („Barockoboe"), Mike van der Sluis („Barockgesang") und Gerd Last („Zither"), sowie von Seminaren, wie etwa mit William Christie und Hanspeter Horner, ergänzten den praxisorientierten Unterricht.

In Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien haben Klangkörper, Ensembles und Abteilungen eine Vielzahl von Veranstaltungen im Rahmen der Aktion „Musik hören - Musik verstehen" für die Wiener Schuljugend bestritten.

Vom Veranstaltungsreferat des Konservatoriums wurden im Berichtsjahr etwa 318 Konzerte und Aufführungen in den eigenen oder in repräsentativen angemieteten Konzertsälen organisiert. In diesen öffentlichen Vortragsabenden der einzelnen Klassen und Abteilungen, die im Lehrplan vorgeschrieben sind, wurden immer wieder der hohe Ausbildungsstand und die ausgezeichnete Qualität des gebotenen Unterrichts von Schülern und Studenten der Musiklehranstalten eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Großen Erfolg hatten die Aufführungen der Schauspielabteilung „Krankheit der Jugend" (Bruckner), „Arbeitstitel Liebe" (Regie: Kammerschauspielerin Prof. Elfriede Ott), „Der Selbstmörder" (Erdmann) und die Collage „Wir alle

sind Tote auf Urlaub" unter der Regie von Thomas Birkmeir. Sowohl die Aufführungen der Abteilung für Musikalisches Unterhaltungstheater („Das Dingsbums, das man Liebe nennt" und „Showtime '97") als auch der Opernabteilung („Rigoletto") und des Operettenlehrganges („Die Gondoliere") zeigten wieder die Vielseitigkeit und das hohe Ausbildungsniveau am Konservatorium. Für diese öffentlichen Aufführungen wurden Ermäßigungen von 30 S auf den Eintrittspreis für Pensionisten, Jugendgruppen und Studenten gewährt.

Veranstaltungssäle und Unterrichtsräume des Konservatoriums wurden, wie etwa zur Abhaltung der Wiener Meisterkurse oder für einen Akkordeonwettbewerb des Verbands der Amateurmusiker und -vereine Österreichs (VAMÖ), gegen Entgelt zur Verfügung gestellt.

Die alljährlichen, bereits zur Wiener Tradition gewordenen Modeschauen der Modeschule der Stadt Wien fanden vom 12. bis zum 23. Juni 1997 im Schloßpark Hetzendorf statt.

Auch im vergangenen Jahr wurde die qualitativ hochwertige Arbeit durch Erwähnungen in diversen Medien (Rundfunk, Fernsehen, Printmedien) honoriert.

Von der Teilnahme an verschiedenen Ausstellungen sei hier als Beispiel die Studien- und Berufsinformationsmesse (Messestand) erwähnt.

Im Rahmen der Preisverleihung des „BUNDY & BUNDY Creative Award" wurde die Modeschule zu einer Präsentation im Semper-Depot eingeladen.

Bei der IMOTA (Internationale Modetage im Museum für Angewandte Kunst) konnten AbsolventInnen den ersten Preis erreichen.

Im Lauf des Jahres wurde eine Homepage im World Wide Web eingerichtet, so daß die Modeschule nunmehr auch in diesem neuen Kommunikationsmedium entsprechend vertreten ist.

Neben der laufenden Instandhaltung und der notwendigen Erneuerung der Installationen in diversen Werkstättenräumen wurde im zweiten Halbjahr 1997 die Gesamtrestaurierung eines historischen Raumes unter Aufsicht des Bundesdenkmalamtes durchgeführt. Nach Bewilligung zusätzlicher Budgetmittel wurde mit der Renovierung der Fresken und Bilder in der Schloßkirche begonnen.

Diese Instandhaltungsarbeiten haben Aufwendungen in der Höhe von etwa 6,000.000 S erforderlich gemacht.

An der Modeschule waren Ende 1997 45 LehrerInnen (23 vollbeschäftigt und 26 teilbeschäftigt) sowie 15 Bedienstete als Verwaltungspersonal beschäftigt. Die Anzahl der SchülerInnen betrug im Jänner 1997 154 und im Dezember 1997 142. Hiervon kamen 68 (48 %) aus Wien, 40 (28 %) aus den Bundesländern und 34 (24 %) aus dem Ausland.

## Sportamt

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Das 1991 begonnene Sanierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Fußballverband ausgearbeitet wurde, um die Wiener Fußballplätze in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, wurde auch 1997 fortgesetzt. Die Sanierungsarbeiten umfaßten je nach Notwendigkeit die Sanierung des Rasenspielfeldes, die Errichtung von Kunstrasenfeldern oder die Neuerrichtung von Kabinengebäuden.

Insgesamt wurden bisher 33 Sportanlagen fertiggestellt, weitere drei Anlagen sind derzeit in Bau bzw. in Vorbereitung.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuß) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich S 800.000. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt - S 200.000 - wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern, Nachwuchssportlern und Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1997 S 2,500.000 aufgewendet. Die Abteilung betrieb im Jahre 1997 17 Jugendspielplätze und 14 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen

wurden. Die 10 von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 8 Spielplätze und 109 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in Wien 10, Triester Straße, 10, Laxenburger Straße - Heuberggstättenstraße, 10, Franz-Koci-Straße, 10, Eibesbrunnergasse, 16, Kendlerstraße 38, 16, Roterdstraße und 20, Lorenz-Müller-Gasse werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neuerrichtete Kanu- und Ruderzentrum auf der Donauinsel. Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Wegen der großen Akzeptanz wurden in den letzten Jahren auch mehr als 10 Millionen Schilling aufgewendet und die Schlepplift- und Beschneiungsanlage auf den letzten Stand gebracht. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee- Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die 460 städtischen Turnsäle, 12 Schwimmhallen und Sporthallen sowie die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen. Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür", „Jugendeislaufaktion", „Fahrt zum Schnee", „Spielschwimmen", „Talent-Leistungsschwimmen", „Talent-Spezial" und „Talent-Turnen" wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht.

Sehr gut angenommen wurde die vor allem für Hausfrauen gedachte Aktion „Frau und Sport in Wien". Sie findet an Vormittagen und frühen Nachmittagen statt, und das Angebot reicht von Tennis, Squash, Schwimmen u.v.a.m. bis hin zur Selbstverteidigung. Für die Kinder wird eine eigene Betreuung angeboten. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis und diversen Sportverbänden durchgeführt.

Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

## Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

Über das elektronische Informationsnetz (OTS) der Austria-Presse-Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 3.501 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 900 Stück umfaßte 3.080 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, den Wiener Kabel Text, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Die Rathaus-Korrespondenz wird auf elektronischem Weg über das magistratsinterne IBS-Netz (VTX) auch rund 12.000 Usern im Bereich der Stadt Wien zur Verfügung gestellt (seit 1994 auch mit Volltextsuche) und trägt damit wesentlich zu einer Verbesserung des Informationsflusses innerhalb der Stadtverwaltung bei. Seit 1995 werden RK, Pressespiegel, Auslands-Pressespiegel und Auslands-Magazinspiegel auch im Internet über die Wien Online-Homepage angeboten.

Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur der Rathaus-Korrespondenz ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der Amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft. Im Jahr 1997 wurden vom PID 307 Pressekonferenzen veranstaltet. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 480 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Steinsaal des Wiener Rathauses statt. Zusätzlich waren 442 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, von RedakteurInnen des PID wahrzunehmen. Zweiwöchentlich wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern" wurde in rund 2.300 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen 35 „RK-Spezial" mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar:

„Wiener Kulturkalender 1997", „Vor 45 Jahren in der RK - Jänner 1952", „Vor 45 Jahren in der RK - Februar 1952", „Wien Personell und Organisatorisch", „Miteinander in Wien", „Stadtplanung und Zukunft", „Vor 45 Jahren

in der RK - März 1952", „Arbeitsprogramm der Wiener Stadtregierung - Maßnahmen für den Standort Wien", „Frauen-Volksbegehren" - „Gentechnik-Volksbegehren", „Vor 45 Jahren in der RK - April 1952", „Baustellensaison 1997", „Gentechnik-Volksbegehren und Frauen-Volksbegehren - Ergebnisse", „Vor 45 Jahren in der RK - Mai 1952", „Stadtaußenpolitische Jahresbilanz 1996", „Mehr Rechte für die Bezirke - Zweiter Dezentralisierungsschritt ab 1. Jänner 1998", „10 Jahre Wiener Vorlesungen", „Vor 45 Jahren in der RK - Juni 1952", „Frauenbericht 1997", „Vor 45 Jahren in der RK - Juli 1952", „Wiener Baustellensommer", „Euro und Cent: Europas neue Währung", „Wien Personell und Organisatorisch", „Internationales Presseecho auf die Wiener Festwochen 1997", „Schwerpunkte der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft 1997", „Vor 45 Jahren in der RK - August 1952", „Vor 45 Jahren in der RK - September 1952", „Vor 45 Jahren in der RK - Oktober 1952", „Die Dritte Ausbauphase der Wiener U-Bahn", „Vor 45 Jahren in der RK - November 1952", „Wien und Europa - Deklaration des Wiener Landtages zu aktuellen europäischen Fragen", „Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1998", „Klausurtagung der Wiener Stadtregierung am 6. und 7. November 1997", „Volksbegehren II 1997 - Volksbegehren 'Schilling - Volksabstimmung', Volksbegehren 'Atomfreies Österreich'", „Memorandum der Hauptstädte der EU zur Beschäftigungspolitik", „Vor 45 Jahren in der RK - Dezember 1952".

Die Erstellung von EDV-gestützten Indizes der Rathaus-Korrespondenz wurde fortgesetzt. Derzeit liegen die Jahrgänge 1945 bis 1952 und 1985 bis 1996 vor.

Insgesamt wurden Periodika, Flugblätter und Presseinformationen in einer Auflagenhöhe von 7 Millionen Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt und seit 1993 über das magistratsinterne IBS-Netz (VTX) rund 12.000 Usern (seit 1994 auch mit Volltextsuche) zur Verfügung gestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung sowie auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt wurden. Für diesen Zweck wurden zum einen die in Wien erscheinenden bzw. vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung", der „Kurier", „Die Presse", die „Kronen-Zeitung", „Der Standard", „Salzburger Nachrichten" und „täglich Alles" sowie das „Wirtschaftsblatt", zum anderen die Bundesländerzeitungen „Oberösterreichische Nachrichten", „Volksblatt", „Kleine Zeitung", „Neue Zeit", „Vorarlberger Nachrichten", „Tiroler Tageszeitung", „Kärntner Tageszeitung" und „Niederösterreich-Kurier". Ferner wurden Artikel aus den Wochen- und Monatszeitungen „profil", „Neue Freie Zeitung", „Die Furche", „trend", „Wiener", „Wienerin", „Falter", „Die ganze Woche" und „News" ausgewertet. Der Pressespiegel wurde durch Hinweise auf kommunalpolitische Beiträge in ORF-Nachrichtensendungen ergänzt. Aufgezeichnet und ausgewertet wurden regelmäßig die Sendungen „Wien heute", „Österreich heute", „Österreich-Bild" (Studio Wien), „Zeit im Bild mit Kultur/19.30 Uhr", „Zeit im Bild 2", „Stadtjournal Radio Wien 12.30 Uhr" und „Stadtjournal Radio Wien 16.30 Uhr". Mitgeschnitten - und bei Bedarf Interessenten für den Dienstgebrauch zur Verfügung gestellt - wurden die Sendungen „Morgenjournal", „Mittagsjournal", „Abendjournal", Ausschnitte aus dem „Wiener Stadtradio" (9 bis 19 Uhr), „help", „Heimat, fremde Heimat", „Pressestunde", „Europa-Studio", „Schilling", „thema", „help-TV", „Vera", „Am Schauplatz", „Treffpunkt Kultur", „Der Report", „Schiejok täglich", „Konflikte", „Willkommen Österreich", „Seitenblicke", „Zur Sache" sowie die „Mini-ZiB".

Mit Sendungsbeginn von W 1 (April 1997) im Telekabel wurden zu Beobachtungszwecken die Sendungen „Wien total" und „Wiener G'schichten" aufgezeichnet.

Ziel des Auslandspressespiegels ist es, über das Auffinden von Wien-Berichten in ausländischen Medien hinaus vor allem den interessierten Stellen im Magistrat Hintergrundberichte, internationale Trends und Neuheiten aus ihrem Arbeitsbereich anzubieten. Das Angebot des Auslandspressespiegels umfaßt die Auswertung von 30 Tageszeitungen aus Deutschland (Süddeutsche Zeitung, Die Welt am Sonntag, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, Hamburger Morgenpost, taz), der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung), Frankreich (Le Monde, Liberation, Le Figaro), Spanien (El Pais), Belgien (Le Soir), Italien (Corriere della Sera), Großbritannien (The Times, The Guardian, Independent, Daily Mail), Irland (The Irish Times), Schottland (The Scotsman), Japan (Asahi Shimbun), Skandinavien (Politiken, Dagens Nyheter) und den USA (International Herald Tribune, The Financial Times, Wall Street Journal, The New Yorker Times) sowie 17 Wochenzeitungen aus Deutschland (Die Zeit, Wirtschaftswoche, Woche, Focus, Spiegel, Der Journalist, Kommunale/Ökologische Briefe), der Schweiz (Weltwoche), Rußland (St. Petersburg Times), Großbritannien (European, Observer), Tschechien (Prager Zeitung), Ungarn (Pester Lloyd) und den USA (Time, Newsweek, Economist, New Yorker).

Der Auslandspressespiegel wird täglich über das Interne Bürosystem (IBS) sowie über das Internet mit Volltextsuche und e-mail-Bestellmöglichkeit angeboten. Mittels der jeder Kurzfassung nachgestellten Nummer kann jeder Artikel über e-mail oder Fax im Volltext kopiert bestellt werden.

Über Internet und IBS wurden von den 1997 insgesamt aufbereiteten 14.622 Artikeln 13.364 auch in Originalkopie bestellt und zur Verfügung gestellt. Die Bestellquote betrug daher 91,39 Prozent.

Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz" und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

„WIEN ONLINE", das Web-Service der Stadt Wien unter http://www.magwien.gv.at/ hat sich seit seinem Start

im Sommer 1995 zum größten Angebot einer Gebietskörperschaft in Österreich, aber auch zu einem der größten Bürger-Informationssysteme weltweit entwickelt. Das beweist sich sowohl im Umfang von inzwischen mehr als 4.000 Seiten (exklusive Rathaus-Korrespondenz und Pressespiegel) und einer großen Anzahl von Datenbanken, als auch in der Zahl der Seitenzugriffe von mehr als 75.000 pro Woche, wobei Proxy-Zugriffe bei Providern und Cache-Aufrufe in Firmennetzen nicht mitgezählt sind.

Dieser Internet-Dienst der Stadt Wien versteht sich als Informationsmedium für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, aber auch als Wiener Schaufenster zur Welt. Tatsächlich wird eine Vielzahl von Zugriffen auch aus anderen Städten und Ländern rund um den Globus registriert.

Beratung und Betreuung der verschiedenen Fachdienststellen, Design, Organisation und Koordination dieses Internet-Services der Stadt Wien liegen bei einem kleinen Team des Presse- und Informationsdienstes (für die technische Umsetzung sind die Rechenzentren der MA 14, des Krankenanstaltenverbundes und der Wiener Stadtwerke zuständig, der Content kommt hauptsächlich aus den einzelnen Fachabteilungen der Stadt Wien).

Viele Inhalte sind tagesaktuell, wie die Berichte aus der Rathaus-Korrespondenz (verantwortlich: MA 53) oder die zweimal täglich aktualisierten Luftmeßwerte (verantwortlich: MA 22). Man kann sich weiters z.B. in den Beständen der städtischen Büchereien oder des Stadt- und Landesarchivs umschauen, im elektronischen Wiener Schulführer suchen oder eine passende freie Wohnung auswählen. Hilfs- und Auskunftseinrichtungen sind per Mausklick erreichbar, und aus jeder einzelnen WIEN-ONLINE-Seite heraus kann direkt ein elektronischer Brief an einen kompetenten Sachbearbeiter geschickt werden. Viele Links erlauben es den Usern, die Stadt Wien im World Wide Web über die Verwaltung hinaus, in ihrer Vielfalt zu betrachten.

Im Jahr 1996 wurden Vorbereitungen für ein neues, dem aktuellen Webstyle entsprechendes Erscheinungsbild getroffen und die Strukturen zur Optimierung der Userfreundlichkeit überarbeitet.

„Wien aktuell", das MitarbeiterInnenjournal der Stadt Wien, wurde mit Jahresbeginn 1997 völlig neu gestaltet. Um der Zielsetzung „Ausbau der corporate identity" auch in Zukunft gerecht werden zu können, wurden das äußere Erscheinungsbild und der innere Aufbau der Zeitung einer grundlegenden Revision unterzogen. Im Berichtsjahr ist die Zeitung 21mal in Vierfarbendruck erschienen, der Umfang je Ausgabe wurde um ein Drittel auf 24 Seiten erhöht. Die Ressorts sind mit Leitfarben klar gekennzeichnet. Angebote wie Jobbörse, innerbetriebliches Vorschlagswesen, Fort- und Weiterbildung wurden neu eingerichtet oder ausgeweitet. Reportagen und Berichte aus den Abteilungen bzw. über besondere Leistungen von MitarbeiterInnen finden breiten Raum. Sie sollen mit dazu beitragen, die Message zu transportieren, daß die MitarbeiterInnen ihr Bestes leisten, um die Stadtverwaltung zu einem hochqualifizierten Serviceunternehmen für die Bürgerinnen und Bürger auszubauen.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien" erschienen 52 Nummern in einer Auflage von rund 6.500 Stück mit insgesamt 2.912 Seiten. Weiters erschienen im Rahmen des Amtsblattes die Geschäftseinteilung und ein Sonderheft betreffend Verordnung gemäß § 23 Abs.7 des Wiener Kleingartengesetzes 1996 mit einer Auflage von jeweils 6.700 Stück.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien" wurden im Jahr 1997 insgesamt 49 Stück mit 242 Seiten herausgegeben.

„Unsere Wiener Hauswandzeitung" erschien im Jahr 1997 in zwölf verschiedenen Ausgaben.

Im Rahmen des Bezirksservice wurden 61 Projekte durchgeführt. Ein Bezirksreferent stand den 23 Bezirksvorstehern als Ansprechpartner zur Verfügung und koordinierte die ausführenden Arbeitsgruppen des Presse- und Informationsdienstes. Die Wünsche der Bezirksvorsteher umfaßten die Produktion von Druckwerken und die Ausrichtung von Ausstellungen und anderen Veranstaltungen, wie Bürgerversammlungen und Informationsabende. Weiters wurde Bildmaterial für die Bezirksmedien bereitgestellt und bedarfsweise Pressearbeit geleistet. Künftig zählt die Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des Bezirkes zu den Eigenzuständigkeiten der Bezirksorgane, und aufgrund dieser Neuerung wird der Presse- und Informationsdienst an Stelle der bisherigen Betreuungsform eine spezielle Arbeitsgruppe für die dezentrale Öffentlichkeitsarbeit einsetzen.

Im Jahr 1997 wurden Aktionen zum Thema „Gewaltfreier Umgang mit Kindern" und „Integration" im Rahmen von Kampagnen und folgende Groß-Events organisiert: „Internationales Schubert-Chor-Fest", „ 2.Theodor-Herzl-Symposion", „Filmfestival auf dem Rathausplatz", Veranstaltungsreihe „Club Nixe" in den Wiener Bädern, „Wiener Konsumententage" und „Wiener Stadtsilvester 1997/98".

Des weiteren organisierte bzw. beteiligte sich die MA 53 an diversen Veranstaltungen und Ausstellungen. Sowohl vom Aufwand als auch von den Budgetmitteln kann man von 16 größeren und 43 Kleinveranstaltungen sprechen. Zur ersten Kategorie zählen die Bezirksausstellungen wie etwa „Urban Plus", „Zwischenbrücken" und „Favoritenstraße 2000" ebenso wie auch die Volleyball-Gala im Festsaal des Wiener Rathauses, der Zivilschutztag und die Ausstellung „Security & Safety". In den Bereich der Kleinveranstaltungen fallen der Großteil der bezirksbezogenen Events wie z.B. die Namensgebung „Kurt-Heller-Hof", die Gedenktafelenthüllung „Dr.Posaner", die Platzbenennung „Dr.Heinrich-Drimmel-Platz" und die Bürgerversammlung „Hundertwasserhaus". Ebenso sind auch diverse Schul- und Kindergarteneröffnungen (Rittingergasse, Neustiftgasse, usw.), Festakte (Wien im Blumenschmuck, Markteröffnung, usw.) und Infostände (Wolfersberger Wiesenfest, usw.) hier zuzuordnen.

1997 wurden u.a. zu folgenden Themen Broschüren und Folder sowie Plakate und/oder Kleber herausgegeben bzw. produziert:

„4. Wiener Faschingsumzug“, „Berufsmesse“, „Internationales Chorfest“, „Leitfaden für die Wien-Aktion“, „Wien erleben“, „Steig ein auf Wien“, „Wenn Steine sprechen“ (Deutsch und Englisch), „Filmfestival“, „Service- und Beratungsstellen der Stadt Wien“, „Wanderbares Wien“ (Neuauflage), „Vienna is different“, „10. Wiener Feuerwehrfest“, „Ausflug in den Herbst“, „Schuldnerberatung“, „Nationalpark Donauauen“ (Deutsch und Englisch), „Trinkwasserversorgung“ (Deutsch und Englisch), „Abfallwirtschaft“ (Deutsch und Englisch), „Grundwassermanagement“ (Deutsch und Englisch), „Kastanienminiermotte“ (Deutsch und Englisch), „Abwassermanagement“ (Deutsch und Englisch), „Umweltschutz“ (Deutsch und Englisch), „Ich mag elf“, „Brustkrebsvorsorge“, „G'sunde Watschn?“, „Zucht und Ordnung?“, „Geschäftseinteilung der Stadt Wien“, „Sicher ist sicher“, „Willkommen in Wien“, „Silvester in Wien“, „ViennaALive“, „Handbuch der Behindertenhilfe“ (11. Austauschlieferung).

Folgende Printprodukte wurden für andere Dienststellen produziert:

„Praterbrücke“, „Regenwasser in der Stadt“ (Nachdruck), „Treffpunkt Kanaldeckel“ (Nachdruck), „Der dritte Mann“ (Nachdruck in Englisch), „Kanalanschluß für Baugründe“ (Nachdruck), „Wohnungsanzeiger“, „Wiener Wohnen - aktuell“, „Wien leuchtet“ (Nachdruck), „Essen und Trinken“, „Nationalpark Donauauen“, „Naturlehrpfad Lobau“, „Quellschutzwälder“, „Club Nixe“, „Die richtige Hundehaltung in Wien“, „Altglas“, „Kindertelefon“, „Urlaub, Freizeit und Sport“, „City-Biking in Wien“, „Junge WienerInnen für 14jährige (Neuauflage), „Junge WienerInnen für 18jährige“ (Neuauflage), „Frischer geht's nicht“, „Der Kanal ist für alle da“, „Alte Donau“, „Altlasten (Deutsch und Englisch), „Danke für 85.000 Biotonnen“, „Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik“, „Sicher in Wien“, „Sicher durch den Tunnel“, „Die Wiener Städtischen Friedhöfe“, „Wiens Baugrund in sicherer Hand“, „Nicht jede Verpackung macht Weihnachten schöner“, „Großmarkt Inzersdorf (neunsprachig).

Stadteinfahrtstafeln wurden zu den nachstehenden Themen erstellt:

„Frühling in Wien“, „Im Summa samma in der City“, „Winter in Wien“.

Im Jahr 1997 wurden vom Lager- und Versandbüro des Presse- und Informationsdienstes rund 75.000 Broschüren, Zeitschriften, Plakate und Bücher versandt. Diese Druckwerke wurden in erster Linie über „Unser Wien“, Telefonanrufbeantworter und Internet bestellt.

Für die Veranstaltungen und Ausstellungen des Presse- und Informationsdienstes sowie für magistratsbezogene Aktionen erfolgte auch 1997 eine lagermäßige Betreuung mittels Ausgabe und Rücknahme des Veranstaltungsmaterials in den verschiedenen Lagern des PID.

Bei 76 Gewinnspielen in der Zeitschrift „Unser Wien“ wurden rund 175.000 Einsendungen gezählt.

Die Postwurfsendung „Unser Wien“ erschien 1997 20mal, wobei zu diversen Themen (zum Teil auf Kosten anderer MAs) wie „Aktuelle Wien-Info“, „Ein Hauch von Frühling“, „Vom Einkaufsparadies zum Gourmettempel“, „Ostermärkte“, „Frühjahrsputz in unserer Stadt“, „Franz Schubert - Das Festjahr 1997“, „Wiener Festwochen“, „Saubere Stadt“, „Klangbogen Wien“, „Unser Wasser“, „Im Summa samma in der City“, „Bad & Rad“, „Unsere elektronische Welt“, „Schubert - Musikalischer Bote Wiens in aller Welt“, „Sprache verbindet“, „Gewaltfreier Umgang mit Kindern“, „Zivilschutz“, „Winterdienst“, „Bürgerdienst“, „Silvester/Weihnachten“ Beilagen sowie zum Thema „Wien macht auch im Winter Spaß“ jeweils Sonderhefte produziert wurden.

Im Jahr 1997 wurden vom PID insgesamt rund 770 Inserate und PR-Artikel in rund 220 Tages-, Wochen- und Monatszeitungen sowie in diversen unregelmäßig erscheinenden Publikationen veröffentlicht.

Durch diese Inserate wurden Service- bzw. Freizeiteinrichtungen der Stadt Wien beworben, sie thematisierten aber auch spezielle Anliegen diverser Ressorts wie Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Gesundheit u.a. Konkrete Ankündigungen erschienen zu den Großveranstaltungen „Filmfestival vor dem Rathaus“, „Jahreswechsel 1997/98“, „Konsumentenschutz“ und „Euviron“. Informationskampagnen wurden unter anderem zu den Themenbereichen „Integration“, „Gewalt gegen Kinder“, „Kanal“, „Wasser“, „Club Nixe“, „Radfahren“, „Zivilschutz“, „City Marketing“, „Schubert“ und zu einigen Aufgabenstellungen der MA 48 durchgeführt.

Für die allgemeine Personalsuche der Stadt Wien und fachspezifische Postenausschreibungen des Krankenanstaltenverbundes wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazinen geschaltet.

Überdies wurde durch eine Reihe von Aktivitäten Wien-Imagewerbung im In- und Ausland betrieben. Besonders hervorzuheben wären die Veranstaltungen „Christmas in Vienna“ und „Wiener Eistraum“ und die Wien-Beiträge in der Sendereihe „Hello Austria - Hello Vienna“.

Das Wiener Filmbüro konnte auch 1997 wesentlich dazu beitragen, das Image der Bundeshauptstadt als Filmstadt zu fördern. Zahlreiche in- und ausländische Filmproduktionen nutzten den Service des Wiener Filmbüros speziell im Hinblick auf die Koordination der Dreharbeiten im Bereich der Wiener Stadtverwaltung.

Über 278 Film- und Fernsehprojekte in- und ausländischer Produktionsfirmen und Fernsehstationen sowie der Filmakademie langten im Wiener Filmbüro ein. Dafür wurden Foto- und Drehgenehmigungen für über 390 Motive auf unbürokratischem, serviceorientiertem Weg erteilt.

Zu den nennenswertesten Fernsehproduktionen 1997 zählen:

„Kaisermühlen Blues“, „Kommissar Rex“, „Single-Bells“, „Hinterholz 8“, „Opernball“, „Beasti-Girl“, „Bezirksvideos“, „Ritter der Lüfte“, „Clarissa“ und „Confetti TiVi“.

Erwähnenswerte Kinofilmproduktionen mit der Location Wien waren:

„Blutrausch“, „Comedian Harmonists“, „Der Unfisch“, „The Red Violin“.

Das Rundfahrtenbüro befaßt sich mit der Abwicklung der Rundfahrten und Führungen „Modernes Wien". Im Jahr 1997 wurden 2.830 dieser mehrstündigen Touren und Fachführungen organisiert. Dabei konnten 91.521 Teilnehmer Wissenswertes über die Bundeshauptstadt Wien erfahren. Zur Hälfte handelte es sich bei den Gästen um SchülerInnen aus Wien und den übrigen Bundesländern. Im Zuge der Gruppenführungen für andere Interessierte wurden auch Sonder- und Fachführungen gestaltet. 78 Führungen wurden für Gäste aus dem Ausland fremdsprachig abgehalten. Im Rahmen der Aktion „Steig ein auf Wien" wurden 1.407 Einzelkarten für 12 Routen verkauft.

Ende 1996 hat der Presse- und Informationsdienst das Referat Auslandsdienst eingerichtet. In das Aufgabengebiet dieses neuen Referates fallen u.a. die Organisation der Wien-Bälle im Ausland, die im Auftrag der Stadt Wien von einer PR-Agentur eingerichteten Repräsentanzen in mittel/osteuropäischen Städten, die Betreuung der in Wien akkreditierten bzw. Wien besuchenden Auslandsjournalisten, der gesamte Themenkomplex Europa, der Übersetzungsdienst und die Betreuung von BesucherInnen bzw. die Organisation von diversen Fachbesuchergruppen.

Die Koordination der Aktivitäten der Stadt Wien anläßlich der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 wird zum größten Teil vom Referat Auslandsdienst abgewickelt. Im Zuge der Vorbereitungen gab es eine Vielzahl an Sitzungen mit Bundesstellen, aber auch Dienstreisen zu EU-Gipfeltreffen.

In den Städten Prag, Bratislava, Budapest, Ljubljana, Zagreb, Belgrad und Sarajevo bestehen Repräsentanzen. Diese Repräsentanzen sollen Wien-PR vor Ort betreiben und gute Kontakte zu den jeweiligen Stadtverwaltungen aufbauen, um allenfalls Projekte umzusetzen. Weiters wurden Besuchsdelegationen der jeweiligen Stadtverwaltungen betreut.

In großen Städten beteiligte sich der PID aus Imagegründen an einer Reihe von Wien-Bällen. Es wurde dadurch ein großes internationales Medienecho für Wien erzielt:

Detroit (25.1.), New York (31.1.), München (31.1.), Brüssel (31.1.), Berlin (1.2.), Den Haag (7.2.), , Berlin (8.2.), Ottawa (22.2.), Mailand (22.2.), Athen (1.3.), Washington (14.3.), Hamburg (15.3.), Peking (14.4.), Shanghai (18.4.), Lissabon (18.4.), Porto (19.4.), Brasilia (21.4.), Bologna (3.5.), London (6.5.), Hongkong (9.5.), Brisbane (24.5.), Budapest (24.5.), Prag (31.5.), Singapore (13.9.), Kuala Lumpur (14.9.), Johannesburg (24.10.), Montreal (Nov.), Straßburg (6.12.), Oslo (31.12.).

Neben diesen Imagemaßnahmen betreut der Auslandsdienst ein Radioprojekt, bei dem eine Kooperation mit Triest und Sarajevo sowie eine eventuelle EU-Förderung angestrebt wird.

Die Gesamtzahl der vom Übersetzungsdienst im Jahre 1997 bearbeiteten Geschäftsstücke (einschließlich Dokumentationen, Gesetzestexte und Broschüren) und Dolmetschbeauftragungen aus dem gesamten Magistratsbereich betrug 3.001, wobei 49 Sprachbereiche vertreten waren. Wie in den vergangenen Jahren sorgte der Übersetzungsdienst auch 1997 für Dolmetschleistungen bei Empfängen, Konferenzen, offiziellen Besuchen, Fachgesprächen, Verhandlungen usw.

## Bürgerdienst

Der Bürgerdienst wurde 1997 in 281.641 Fällen von der Wiener Bevölkerung in Anspruch genommen, und zwar für Information, Beratung, zur Weiterleitung von Schadensmeldungen und für Anliegen, die von „Kleinigkeiten" bis zu schwerwiegenden persönlichen Problemen reichen. Von diesen Bürgerkontakten entfielen 253.670, das sind rund 90 Prozent, auf Information und Beratung. Diese Hilfeleistungen konnten zumeist in Telefonaten oder persönlichen Gesprächen umgehend erledigt werden.

28.280mal wurden Anliegen behandelt, die vom Bürgerdienst entgegengenommen, an die zuständigen Stellen weitergeleitet und bis zur Erledigung weiterverfolgt wurden. Bei diesen Anliegen handelte es sich vor allem um Probleme im Wohnbereich und um Probleme im Straßenbereich. 5.425 Fälle betrafen Verunreinigungen im Straßen- und Wohnbereich, 5.356 Fälle diverse Gebrechen, 2.861 Fälle Verkehrsprobleme, 1.940 Fälle verschiedene rechtliche Probleme. 1.641mal wurden Straßenschäden gemeldet, 1.174 Meldungen betrafen in den Straßen abgestellte Fahrzeuge ohne Kennzeichen. Probleme betreffend Grünanlagen und Parks wurden 1.475mal behandelt, Lärmprobleme 741mal. Um Probleme mit Baustellen ging es in 576 Fällen, um Gerüche/Luftschadstoffe in 339 Fällen.

Die Stadtinformation verzeichnete 1997 132.534 Kundenkontakte:

83.258 Anfragen wurden telefonisch, 3.391 schriftlich gestellt, 45.022 Kunden wurden bei einem persönlichen Besuch in der Schmidt-Halle informiert. 10.170 Anrufe sind im Rahmen des „Telefon-Service" an Wochenenden und Feiertagen eingelangt. In 442 Führungen durch die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses wurde 14.790 Personen (Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung) die Geschichte des Hauses nähergebracht.

Sonderaktionen und Ausstellungen:

- Im Jänner konnte die Bevölkerung in den Rechnungsabschluß Einsicht nehmen. Wie alljährlich wurden kostenlose Zählkarten für eine große Faschingsveranstaltung ausgegeben.
- Vom 12.5. - 5.6. fand die Ausstellung der MA 49 - Forstamt der Stadt Wien ("Der Wald der Wiener") statt.

– Im Juli und August konnten im Rahmen des Wiener Ferienspiels Kinder und Jugendliche im Internet surfen.
– Ein Probealarm aller Warn- und Alarmsysteme wurde am 26. Oktober durchgeführt. Unter Mithilfe der Bevölkerung wurden mit zusätzlich eingerichteten Telefonleitungen technische Probleme des Alarmsystems aufgezeigt.
– Im November wurde der Entwurf zum Budgetvoranschlag zur Einsichtnahme in der Stadtinformation aufgelegt.
– Vom 10.12. - 19.12. fand die Weihnachtsausstellung des Österreichischen Hilfwerkes für Taubblinde und hochgradig Hör- und Sehbehinderte mit einem einwöchigen Abschlußbasar statt.

Unter dem Motto „Wir sind immer dort, wo uns die Bürgerinnen und Bürger brauchen" fungierten die drei Mobilbüros des Bürgerdienstes in Wohngemeinden, an frequentierten Plätzen und bei Verkehrsknotenpunkten als mobile Anlaufstellen für Wünsche, Anliegen, Beschwerden und Informationen.

Zusätzlich zur eigentlichen Bürgerdiensttätigkeit wurden noch folgende Aktionen durchgeführt:

– Gemeinsame Beratungsaktion mit Frau Vizebürgermeisterin Laska
– Unter dem Motto „Rathausmänner unterwegs" wurden in Zusammenarbeit mit dem mobilen Bürgerdienst der Magistratsdirektion - Hilfsmaßnahmen Bezirke auf Mißstände untersucht. Der mobile Bürgerdienst war in den Bezirken unterwegs und fahndete nach Unzukömmlichkeiten im Straßenbereich. Die Mobilbüros waren stationär im Einsatz und dienten als Anlaufstelle für Probleme im unmittelbaren Wohnbereich der Bürger. Schäden, die einer sofortigen Behebung bedurften, wurden per Funk an den mobilen Bürgerdienst zur sofortigen Überprüfung übermittelt.
– Aktion „Sicherer Schulweg"
– Es erfolgte eine Entschärfung von Problemzonen auf dem Schulweg, wie z.B. verstellte Kreuzungsbereiche, unklare Verkehrssituationen, Baustellen ohne Ersatzgehsteig. Bei dieser Aktion konnten sich Eltern gemeinsam mit dem Bürgerdienst Gefahrenzonen an Ort und Stelle anschauen.
– Informationsveranstaltungen im Zusammenarbeit mit dem Wiener Zivilschutzverband, insbesondere bei Schulen zur direkten Information von Schülern und Lehrern.
– Teilnahme an Großveranstaltungen wie Donauinselfest, Feuerwehrfest, Veranstaltungen im Rahmen der Bezirksfestwochen usw.
– Mithilfe bei der Evakuierung von Anrainern nach Bombenfund im 21. Bezirk
– Gemeinsame Kontrolle der Donauinsel und der Lobau mit dem Büro für Sofortmaßnahmen
– Hilfeleistung bei Wohnhausbränden im 21. und 22. Bezirk
– Terrorbekämpfungsübung bei Wasserbehälter in der Wittgensteinstraße, 23. Bezirk
– Katastrophenübung in Wien 22, Lobau
– Amtshilfeverfahren für den Drogenkoordinator
– Kanalaufschließung im Kahlenbergerdorf

Die Zentrale des Bürgerdienstes, die Außenstellen und die Mobilbüros wurden in 140.866 Fällen in Anspruch genommen. 2.833 Fälle entfielen auf die Bürgerdienstzentrale, 5.245 Fälle auf die Mobilbüros, 5.330 Fälle auf den Bürgerdienst für den 1. und 8. Bezirk, 8.385 Fälle auf den Bürgerdienst für den 2. und 20. Bezirk, 6.095 Fälle auf den Bürgerdienst für den 3. Bezirk, 7.580 Fälle auf den Bürgerdienst für den 4. und 5. Bezirk, 5.580 Fälle auf den Bürgerdienst für den 6. und 7. Bezirk, 6.939 Fälle auf den Bürgerdienst für den 9. Bezirk, 7.542 Fälle auf den Bürgerdienst für den 10. Bezirk, 5.017 Fälle auf den Bürgerdienst für den 11. Bezirk, 1.371 Fälle auf den Bürgerdienst für das Stadtentwicklungsgebiet Leberberg, 6.719 Fälle auf den Bürgerdienst für den 12. Bezirk, 8.585 Fälle auf den Bürgerdienst für den 13. und 14. Bezirk, 7.359 Fälle auf den Bürgerdienst für den 15. Bezirk, 6.126 Fälle auf den Bürgerdienst für den 16. Bezirk, 6.471 Fälle auf den Bürgerdienst für den 17. Bezirk, 6.020 Fälle auf den Bürgerdienst für den 18. Bezirk, 9.295 Fälle auf den Bürgerdienst für den 19. Bezirk, 9.827 Fälle auf den Bürgerdienst für den 21. Bezirk, 1.270 Fälle auf den Bürgerdienst für das Stadtentwicklungsgebiet Brünner Straße, 9.661 Fälle auf den Bürgerdienst für den 22. Bezirk, 1.888 Fälle auf den Bürgerdienst Stadtentwicklungsgebiet Langobardenstraße, 5.728 Fälle auf den Bürgerdienst für den 23. Bezirk.

Im Bürger-Service-Zentrum Donaustadt wurden 1997 3.380 Anträge eingebracht, davon 1.957 auf Ausstellung eines Staatsbürgerschaftsnachweises und 1.060 auf Austritt aus einer Religionsgemeinschaft. Im Zusammenhang mit der Antragsentgegennahme wurden 4.861 Informations- und Beratungsgespräche geführt.

## Städtische Schulverwaltung

Im Schuljahr 1996/97 wurden 369 öffentliche allgemeinbildende Pflichtschulen mit 4.032 Klassen und 80.128 SchülerInnen geführt, und zwar 224 Volksschulen (2.360 Klassen und 50.057 SchülerInnen), 96 Hauptschulen (1.059 Klassen und 24.425 SchülerInnen), 42 Sonderschulen (515 Klassen und 3.533 SchülerInnen) und 7 Polytechnische Lehrgänge (nunmehr: Polytechnische Schulen) (98 Klassen und 2.113 SchülerInnen). In den Volksschulen betrug die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse 21,21, in den Hauptschulen 23,06, in den Sonderschulen 6,86 und in den Polytechnischen Lehrgängen (nunmehr: Polytechnische Schulen) 21,56.

Am 31. Dezember 1997 befanden sich 332 Gebäude in Verwaltung der Abteilung, und zwar 310 Gebäude, die

Zwecken der allgemeinbildenden Pflichtschulen dienen, 12 Gebäude, die verschiedenen Zwecken dienen (z.B. Bundesschulen) sowie 4 Gebäude, die dem Bund für Schulzwecke überlassen wurden (Widmungsgebäude). In 24 teils städtischen, teils privaten Gebäuden wurden Räume für Zwecke der allgemeinbildenden Pflichtschulen gemietet.

Im Jahr 1997 wurden für Bauarbeiten rund 850 Millionen Schilling aufgewendet.

Fertiggestellt wurden: ein 6klassiger Zubau zur Volksschule 2, Aspernallee 5; eine 12klassige Polytechnische Schule in 3, Maiselgasse 1/Baumgasse mit 2 Turnsälen; ein Turnsaalzubau zur Hauptschule 7, Neubaugasse 42; ein 8klassiger Zubau zur Volks- und Hauptschule 7, Neustiftgasse 100 mit einem Normturnsaal; eine 12klassige Hauptschule mit Dreifachturnhalle in 11, Svetelskystraße 4 - 6; eine 13klassige Volksschule mit Turnsaal in 21, Rittingergasse 29a; eine 10klassige Volksschule mit Turnsaal in 22, Schukowitzgasse 89/Breitenleer Straße und ein 4klassiger Zubau zur Volksschule 22, Konstanziagasse 24.

In Bau befinden sich: ein 8klassiger Zubau und 1 Turnsaal zum Schulgebäude 2, Kleine Sperl-Gasse 2a; eine 12klassige Hauptschule, ein Turnsaal und ein Gymnastikraum in 21, Peitlgasse/Rudolf-Schön-Weg; ein Turnsaalzubau zur Hauptschule 21, Reisgasse 1 sowie eine 9klassige Volksschule und ein Turnsaal in 22, Wagramer Straße 45.

Bei folgenden Schulneu- und -zubauten wurde 1997 mit den Bauarbeiten begonnen:

In der Hauptschule 9, Glasergasse 8 erfolgt ein Dachbodenausbau zur Schaffung von Räumlichkeiten für die ganztägige Betreuung. Die Hauptschule 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, erhält 2 neue Klassentrakte, welche als Ersatz für die abgebrochenen Trakte dienen. Das ehemalige AHS-Schulgebäude 11, Braunhubergasse, wird adaptiert, um 7 Expositurklassen für die Volksschule Braunhubergasse 3 und die Hauptschule Enkplatz 4 unterbringen zu können. Die Volksschule 11, Wilhelm-Kreß-Platz 32, wird um 5 Klassen und einen Gymnastikraum erweitert. Das Gebäude 20, Vorgartenstraße 50, wird für die Unterbringung einer 9klassigen Volksschule adaptiert. In 20, Stromstraße/Engerthstraße, werden eine 12klassige Polytechnische Schule, eine 9klassige Volksschule und 2 Turnsäle errichtet. Die Volksschule 20, Dietmayrgasse 3, wird aufgestockt, so daß am Standort eine 13klassige Volksschule geführt werden kann; außerdem wird ein Gymnastikraum errichtet. Eine 9klassige Volksschule sowie ein Turnsaal werden in 22, Donaucity gebaut. In 22, Am Kaisermühlendamm, entstehen eine 9klassige Volksschule, eine 12klassige Hauptschule, 2 Turnsäle und ein Gymnastikraum. Die Hauptschule 23, Steinergasse 25, erhält einen 12klassigen Zubau.

Für weitere 20 Schulneu- und -zubauten wurden Planungs- bzw. Bauvorbereitungsarbeiten geleistet.

In 6 Schulgebäuden wurden die veralteten Heizungen umgebaut bzw. diese Schulen an die Fernwärme angeschlossen.

Die Instandsetzung der Schulgebäude erfolgte auch 1997 im Rahmen der Dezentralisierung über Bezirksbudgets. In Summe wurden von den Bezirken für Instandsetzungsarbeiten und laufende Erhaltungsarbeiten rund 320 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. So wurden in 184 Schulen Modernisierungsarbeiten durchgeführt, in 20 die Dächer instand gesetzt, in 12 die Fassaden, in 40 die Fenster, in 7 die Fußböden, in 4 die Spielplätze, in 18 die Turnsäle und in 20 die WC-Anlagen.

Die Ausstattung der Schulen mit Einrichtungsgegenständen, Büchern, Lehrmittel usw. erforderte erhebliche Mittel.

Für bestehende Schulgebäude wurden 230 Buchwandtafeln, 270 Kästen, 4.600 Schülertische, 9.200 Schülersessel, 180 Schiebetürschränke, 700 Regale, 200 Lehrerzimmertische und 400 Lehrerzimmersessel angeschafft. Die Möbel waren unter anderem bestimmt für 307 Klassenzimmer, 3 Werkstätten, 2 Schulküchen, 3 Physik-Chemie-Säle. Dafür wurde ein Betrag von 59,200.000 S ausgegeben.

Weiters wäre die Ausstattung von 24 Schulstandorten mit versperrbaren Garderobespinden für die Schüler und die Beistellung von versperrbaren Einbaukästchen für 615 Klassen hervorzuheben.

Besonders wäre die Einrichtung der Schulneu- und -zubauten in 2, Aspernallee 5, 3, Maiselstraße 1, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 21, Rittingergasse 29a, und 22, Schukowitzgasse 81, mit Schulmobiliar, Lehrmittel und Geräten in der Gesamthöhe von 63,171.000 S hervorzuheben.

Für Möbelinstandsetzung und -ergänzung sowie für Lehrmittel- und Gerätereparaturen wurden 24,823.000 S ausgegeben. Der Aufwand an Verbrauchsmaterialien, die den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, betrug 41,976.000 S. Im einzelnen wurden für Schreib- und Zeichenrequisiten, darunter 3,446.500 verschiedene Hefte, 7,000.000 Blatt Zeichenpapier, 380.000 Bleistifte und 120.000 Farbstifte 18,499.000 S, für Mädchenhandarbeitsmaterial, darunter 53.250 Meter Stoffe, 179.650 Strähne Strick- und Häkelgarn, sowie für Material für technisches Werken 10,837.000 S bezahlt. Der Aufwand für die Schulpauschalien betrug 12,640.000 S.

Die Stadt Wien stellte den Schülern der 4. Haupt- und Sonderhauptschulklassen sowie den 4. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen die Broschüre „Die jungen WienerInnen“ mit 17.100 Exemplaren im Wert von 135.000 S zur Verfügung. Für Klassenlesestoff, Gruppenlektüre sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrerbücherei wurden 1,986.000 S aufgewendet. Im Jahre 1997 wurden für die allgemeinbildenden Pflichtschulen Lehrmittel (Physik, Geographie, Biologie usw.) Werkzeuge, audiovisuelle Geräte und Musikinstrumente mit einem Kostenaufwand von 14,702.000 S angeschafft. Besonders hervorzuheben wäre die Ausstattung der Verwaltungen mit zeitgemäßen EDV-Geräten, die Beistellung von im Unterricht eingesetzten Computernetzen mit einem Betrag von 15,700.000 S, die Modernisierung der Ausstattung der Schulen mit audio-visuellen Geräten mit einem Betrag von 3,928.000 S und die Einhausung von 5 Stopfpräparaten pro Schule mit einem Betrag von

2,341.000 S. Den ganztägig geführten Schulen wurde für die Führung der Hobbygruppen Bargeld in der Höhe von 1,150.000 S zur Verfügung gestellt.

An 154 Volks- und Sonderschulen wurde eine Frühaufsicht eingerichtet, damit die Kinder auch schon vor 7.45 Uhr zur Schule gebracht werden können, ohne daß sie den Gefahren des Verkehrs und der Witterung ausgesetzt sind. Im Rahmen der Frühaufsicht werden die Kinder von 7.15 bis 7.45 Uhr von LehrerInnen beaufsichtigt. An 70 Haupt- und Sonderschulen sowie an sieben Polytechnischen Schulen wurde eine Mittagsaufsicht eingerichtet, in deren Rahmen die SchülerInnen an den Schulen ein Mittagessen unter Aufsicht von LehrerInnen einnehmen und somit die Zeit bis zu einem allfälligen Nachmittagsunterricht überbrücken können.

Die ganztägige Betreuung an Pflichtschulen kann entweder als „Ganztagsschule" (Unterricht und Freizeit verschränkt) oder als „Offene Schule" (Unterricht und Freizeit in getrennter Abfolge) durchgeführt werden.

Die Höhe des Betreuungsbeitrages für das Schuljahr 1996/97 wurde vom Gemeinderat der Stadt Wien mit täglich 55 S festgesetzt, der allerdings - auf Grund einer sozialen Staffelung - erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von 24.880 S in dieser Höhe zu entrichten ist.

Unter Ausnützung der in der Ganztagsschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung werden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die insgesamt eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. In der Ganztagsschule werden bildungswirksame Phasen des weitgehend individualisierten Übens und Wiederholens so weit in die Unterrichtsarbeit einbezogen, daß sich schriftliche Hausübungen im herkömmlichen Sinne erübrigen. Eine tägliche Lern- und Übungsstunde gibt dem Schüler die Möglichkeit des individuellen Lernens und der Fertigung des erarbeiteten Lehrstoffes unter der pädagogischen Leitung von LehrerInnen. Ein umfangreiches und vielfältiges Freizeitangebot bietet den SchülerInnen die Möglichkeit eines sinnvollen Freizeiterlebens. Dabei werden möglichst viele Bereiche der Persönlichkeit angesprochen und Gelegenheit zum aktiven Tun und schöpferischen Gestalten sowie zu gesundheitsfördernder, körperlicher Betätigung geboten. Der Schüler erhält dabei die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen.

In der Regel beginnt die Schulzeit um 8.00 Uhr und endet um 16.00 Uhr, an manchen Standorten um 17.30 Uhr.

An folgenden Standorten sind ganztägig geführte Schulen eingerichtet:

Volksschulen

2, Aspernallee 5, 3, Kleistgasse 12, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 4, Phorusgasse 4, 5, Stolberggasse 53, 7, Zieglergasse 21, 8, Zeltgasse 7, 10, Carl-Prohaska-Platz 1, 10, Jagdgasse 23, 11, Fuchsröhrenstraße 23, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 12, Am Schöpfwerk 27, 12, Rohrwassergasse 2, 14, Diesterweggasse 30, 14, Hadersdorf Hauptstraße 70, Hochsatzengasse 22 - 24, 14, Märzstraße 180, 15, Ortnergasse 4, 15, Reichsapfelgasse 30, 16, Grundsteingasse 56, 18, Köhlergasse 9, 20, Robert-Blum-Gasse 2, 20, Spielmanngasse 1, 21, Christian-Bucher-Gasse 14, 21, Dopschstraße 25, 21, Hanreitergasse 2, 21, Irenäusgasse 2, 21, Schumpeterweg 3, 21, Zehdengasse 9, 22, Hammerfestweg 1, 22, Pastinakweg 10, 22, Viktor-Wittner-Gasse 50, 23, Anton-Baumgartner-Straße 44/I.

Hauptschulen

2, Max-Winter-Platz 2, 2, Wittelsbachstraße 6, 3, Kölblgasse 23, 7, Neustiftgasse 100, 9 Glasergasse 8, 10, Absberggasse 50, 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, 11, Enkplatz 4/I, 11, Enkplatz 4/II, 11, Hasenleitengasse 7, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 12, Hermann-Broch-Gasse 2, 13, Veitingergasse 9, 14, Hadersdorf Hauptstraße 80, 14, Kinkplatz 21/I, 15, Selzergasse 25, 16, Koppstraße 110/I, 16, Koppstraße 110/II, 16, Roterdstraße 1, 19, In der Krim 6, 21, Aderklaaer Straße 2, 21, Deublergasse 21, 21, Hanreitergasse 2, 21, Roda-Roda-Gasse 3, 22, Anton-Sattler-Gasse 93, 22 Eibengasse 58, 22, Simonsgasse 23.

Sonderschulen

2, Schwarzingergasse 4, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 3, Paulusgasse 9 - 11, 14, Kienmayergasse 41, 15, Zinckgasse 12 - 14, 17, Hernalser Hauptstraße 220 (ASO), 17, Hernalser Hauptstraße 220 (Sonderschule für körperbehinderte Kinder), 18, Währinger Straße 173 - 181 (VS), 18, Währinger Straße 173 - 181 (HS), 21, Herchenhahngasse 6, 22, Hammerfestweg 1, 22, Steinbrechergasse 6, 23, Kanitzgasse 8.

An jenen Schulstandorten, an denen die räumliche oder personelle Situation eine ganztägige Schulform nicht oder nicht kurzfristig zuläßt, sind durch den von der Stadt Wien beauftragten Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung" Lern- und Freizeitklubs eingerichtet. Diese werden in vier Varianten angeboten: Betreuung von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 400 S pro Monat), Betreuung von 13.00 bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 500 S pro Monat).

Betreuung ab Unterrichtsschluß bis 17.00 Uhr ohne Mittagessen (Elternbeitrag 600 S pro Monat) und Betreuung ab Unterrichtsschluß bis 17.00 Uhr mit Mittagessen (Elternbeitrag 600 S pro Monat plus Essensbeitrag). Die angeführten Elternbeiträge unterliegen einer sozialen Staffelung und sind erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von 24.880 S in dieser Höhe zu entrichten. Lern- und Freizeitclubs sind an 38 Standorten eingerichtet.

Den Integrationsmaßnahmen zur Betreuung ausländischer Kinder liegt die Überlegung zugrunde, daß über den Weg der speziellen, zumeist additiven Förderung Deutschkenntnisse vermittelt werden, die eine effektive Teilnahme am Unterrichtsgeschehen gewährleisten sollen.

Die Betreuung der ausländischen Kinder im Sinne integrativer Maßnahmen an den Wiener Pflichtschulen erfolgt in vier Abstufungen. Jene SchülerInnen, die schon über fundierte Deutschkenntnisse verfügen, erfahren im Rahmen der sprachlichen Förderkurse für SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache eine entsprechende Betreuung, in der die Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit gefördert wird. SchülerInnen, die mit großen Sprachschwierigkeiten zu kämpfen haben oder überhaupt keine Kenntnisse der deutschen Sprache aufweisen, werden durch eigens ausgebildete BegleitlehrerInnen betreut. Die BegleitlehrerInnen werden neben dem Klassenlehrer eingesetzt und betreuen die genannten SchülerInnen in eigenen Gruppen.

Das Projekt integrative Ausländerkinderbetreuung wird an Volks- und Sonderschulen durchgeführt, an denen sehr viele ausländische Kinder ohne Kenntnisse der deutschen Sprache die Schuleingangsphase (Grundstufe I erste und zweite Volksschulklasse) besuchen. Es handelt sich hiebei um eine Intensivförderung, in der durch den Einsatz zweier LehrerInnen (KlassenlehrerIn und BegleitlehrerIn) im Rahmen des Klassenunterrichtes der Erwerb elementarer Kenntnisse der deutschen Sprache erleichtert wird.

Die Betreuung von SeiteneinsteigerInnen in der dritten und vierten Volksschulklasse sowie an Hauptschulen hat zum Ziel, SchülerInnen, die sich erst kurz in Österreich aufhalten und demzufolge der Unterrichtssprache nicht oder kaum mächtig sind, auf dem Weg intensiven, sprachlichen Lernens zu möglichst raschem Spracherwerb zu verhelfen. Hiezu werden die Kinder in eigenen Kursen zusammengefaßt.

Auf Grund bundesgrundsatzgesetzlicher Vorgaben wurde mit der 13. Novelle zum Wiener Schulgesetz, LGBL. für Wien Nr. 33/1997, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der fünften bis achten Schulstufe aufsteigend im Regelschulwesen eingeführt. Damit wurde die Weiterführung des integrativen Unterrichts im Regelschulwesen über die vierte Schulstufe hinaus ermöglicht. Grundanliegen der Bildung von Integrationsklassen an Volks- und Hauptschulen war es, die Ausgliederung physisch bzw. psychisch behinderter Kinder aus Wiener Volks- und Hauptschulen zu vermeiden. Dabei wird auf die sonderpädagogische Förderung der behinderten Kinder durch dafür ausgebildete SonderschullehrerInnen nicht verzichtet. Für jedes behinderte Kind ist daher eine individuelle Planung vorgesehen, der zu entnehmen ist, nach welchem Lehrplan bzw. welchen Lehrplänen es unterrichtet wird. Im Schuljahr 1996/97 wurden an Volksschulen 193, an Hauptschulen 117, an Sonderschulen 17 und an Polytechnischen Schulen 5 Integrationsklassen geführt.

Die „Integrative Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen" hat sich zur Aufgabe gestellt, spezifische Wege zu finden, um Verhaltensauffälligkeiten abzubauen. Dabei kommt einer spezifischen Beratung in Verbindung mit verschiedenen Fördereinrichtungen sowie sozialpädagogisch-therapeutisch orientierten Angeboten wesentliche Bedeutung zu. Der Beratungslehrer nimmt innerhalb eines Bezirkes eine wesentliche Mittlerfunktion zwischen Bezirksjugendamt, SchulpsychologInnen, SchulärztInnen, Erziehungsberatungsstellen, Kliniken, Elternhaus und Schule ein.

Bei diesen Gesprächen wird ein Betreuungsplan erstellt, der sich nach den jeweiligen Erfordernissen und Möglichkeiten richtet. Im Hinblick darauf, daß eine erziehungswirksame Veränderung der Umweltgegebenheiten des Schülers erzielt werden soll, muß das Programm alle beteiligten Personen und Institutionen erfassen. Die Betreuung der Kinder ist individuell vorgesehen, wobei jedoch mindestens einmal pro Woche eine Kontaktaufnahme stattfindet. Zusätzlich sind noch Förderklassen eingerichtet, die - bedingt durch die niedrigen Schülerzahlen (Durchschnitt 6 SchülerInnen pro Klasse) - ein intensives Eingehen auf die psychische Situation der Schülerpersönlichkeit mit der Zielsetzung einer baldigen Rückführung in die Stammklasse erlauben.

Das Projekt „Psychagogische Betreuung an Pflichtschulen" dient der Behandlung schulschwieriger Kinder, das sind SchülerInnen mit Lernstörungen, Leistungsstörungen und Teilleistungsstörungen sowie Verhaltensauffälligkeiten. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendneuropsychiatrie entwickelt und wird in einer großen Zahl von Bezirken durchgeführt. LehrerInnen mit mindestens vierjähriger Unterrichtspraxis erhalten an der Universitätsklinik eine zweijährige Ausbildung zum psychagogischen Betreuer. Die Ausbildung garantiert ein tiefen- und entwicklungspsychologisches Verständnis und vermittelt nicht nur tiefenpsychologische Kenntnisse, das Wissen um diagnostische Zuordnung und therapeutische Konsequenzen, Techniken zur Einzelfallhilfe, sondern auch die Beherrschung der Kriseninterventionstechniken und der assistierten Problemkonfrontation bei Kindern, Eltern und LehrerInnen. Nicht zuletzt werden die Kenntnisse über Arbeitstechniken der Verhaltensmodifikation, funktionell-therapeutische Übungen, Gruppentherapie sowie herkömmliche Beratungstechniken und fallbegleitende Führung vermittelt.

Der psychagogische Betreuer, der einer Pflichtschule zugeteilt wird, beschäftigt sich ausschließlich mit der Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen einer Schule oder eines Schulblockes, führt regelmäßig Beratungsgespräche mit Eltern, LehrerInnen sowie anderen mit den Kindern befaßten Personen und arbeitet mit den betroffenen Institutionen, wie etwa dem Amt für Jugend und Familie, zusammen. Ziel dieser Arbeit ist es, Schwierigkeiten und deren Ursachen bei den Kindern möglichst rasch zu erkennen, geeignete Maßnahmen für ihren Abbau einzuleiten bzw. durch die Betreuung die Probleme schulschwieriger Kinder abzubauen. Die Betreuung erfolgt während der Unter-

richtszeit, und zwar ein bis zwei Stunden einzeln und/oder in einer Kleingruppe. Sie umfaßt insbesondere Aspekte der Gesprächs-, Spiel-, Bewegungs- und Musiktherapie. Außerdem hilft der psychagogische Betreuer bei Entscheidungen, die die Situation des Kindes erleichtern oder verändern. Bei der Betreuung handelt es sich nicht um eine Beratungsfunktion, sondern um eine Einzelfallhilfe, die darauf abgestimmt ist, nicht in medizinische und/oder soziale Bereiche einzudringen, sondern vielmehr den gesellschaftlichen und gesetzlichen Auftrag der Schule erfüllen zu helfen.

Im Wiener Pflichtschulwesen wurden im Schuljahr 1996/97 verschiedene Schulversuche durchgeführt. In Anbetracht der relativ großen Zahl und der verschiedenen Wertigkeit der einzelnen Vorhaben können an dieser Stelle nur die wesentlichsten Schulversuche eingehender dargestellt werden.

Der Schulversuch „Neue Grundschule" soll durch organisatorische und pädagogische Maßnahmen die Schwierigkeiten vieler Kinder beim Schulstart mildern, indem den SchülerInnen für das Durchlaufen der Grundstufe I zwei bis drei Jahre Zeit gegeben wird. Im Schulversuch kommt es zur Auflösung der üblichen Jahrgangsklassen. An deren Stelle werden heterogene Lerngruppen gebildet, wobei je zwei Lerngruppen von einem Lehrteam (zwei Klassenführende, ein(e) VorschulklassenlehrerIn) betreut werden. Im Zuge des Durchlaufens der Grundstufe I wird auf jegliche Selektionsmaßnahmen (Rückstellung, Repetieren) verzichtet. Der Schulversuch sieht vor, daß aus den AbsolventInnen der Grundstufe I altershomogene Jahrgangsklassen gebildet werden. Der Schulversuch lief im Schuljahr 1996/97 an 17 Volksschulstandorten. Außerdem wurden ähnliche Schulversuche im Schuleingangsbereich an weiteren 50 Volksschulstandorten durchgeführt. Ziel des Schulversuches „Mittelschule" ist die Erprobung eines neuen Schulmodells für den Bereich der 5. bis 8. Schulstufe, wobei insbesondere eine Verbesserung der Chancengleichheit der SchülerInnen angestrebt wird sowie das schulische Lernen lebenspraktischer, problemorientierter und verstärkt als selbständiges Handeln verstanden werden soll. Im Schulversuch „Mittelschule" kommt es zum wechselseitigen Einsatz von Hauptschul- und AHS-LehrerInnen. Der Unterricht erfolgt systematisch fächerübergreifend und themenorientiert, wobei rund 70 Prozent der Unterrichtsstunden von zwei LehrerInnen (Team-teaching) gehalten werden. Das Bildungsangebot ist für Knaben und Mädchen ident. Es findet grundsätzlich keine geschlechterspezifische Trennung in den Unterrichtsstunden statt. Lediglich in Leibesübungen kann eine geschlechterspezifische Teilung erfolgen. Dieser Schulversuch wird an folgenden Hauptschulen durchgeführt: 3, Hörnesgasse 12, 11, Florian-Hedorfer-Straße 26, 13, Veitingergasse 9, 14, Kinkplatz 21/I, 16, Roterdstrasse 1, 21, Adolf-Loos-Gasse 2, 21, Aderklaaer Straße 2, 22, Anton-Sattler-Gasse 93, 23, Anton-Baumgartner-Straße 119, 23, Bendagasse 1 - 2, 23, Dirmhirngasse 29, und 23, Steinergasse 25.

Ein weiterer Schwerpunkt des Wiener Schulwesens ist die Förderung der Fremdsprachen. An 97 Volksschulen wird Englisch ab der ersten Klasse angeboten. Außerdem wird das Konzept der „Vienna Bilingual Schooling" an vier Volksschulen und einer Hauptschule umgesetzt. Dabei wird das Ziel verfolgt, sowohl die deutsche als auch die englische Sprache als Arbeitssprache im Unterricht zu verankern, wobei je zur Hälfte SchülerInnen mit deutscher und englischer Muttersprache eine Klasse bilden. In diesem Modell kommen verstärkt Lehrerinnen und Lehrer mit englischer Muttersprache zum Einsatz. Ziel des Versuches „Fachintegratives Lernen am Polytechnischen Lehrgang" (nunmehr: Polytechnische Schule) ist die Ausarbeitung und Erprobung eines Modells für SchülerInnen der 9. Schulstufe im Hinblick auf eine bessere Orientierung innerhalb verschiedener Berufsfelder. Den SchülerInnen wird durch themenzentriertes, fächerübergreifendes Aufarbeiten der verschiedenen Inhalte die Möglichkeit für einen zusammenhängenden Wissenserwerb geschaffen. Lernen soll somit nicht nur als schulischer Prozeß verstanden werden, sondern laufendes Erleben im Praxisbezug soll zu kompetenter Denk- und Handlungsfähigkeit führen. Eine Überleitung aus dem Bereich der Mittelstufe zu einer berufsbezogenen Weiterbildung soll erreicht werden, ohne die Anliegen der Allgemeinbildung zu vernachlässigen.

Beim Schulversuch „Integrativer Hausunterricht im Rahmen der Heilstättenschule" sollen schulpflichtige Wiener Kinder mit Tumoren und an Leukämie erkrankte Kinder - sie werden im Rahmen des Therapieverfahrens nur teilweise bei einem stationären Aufenthalt behandelt, teilweise erfolgt die Betreuung zu Hause - während des häuslichen Aufenthaltes im Rahmen der Gesamttherapie einen der Unterrichtserteilung an der Krankenanstalt vergleichbaren Unterricht erhalten. Der Unterricht dieser Kinder erfolgt entweder in Form eines Einzelunterrichtes oder durch Zusammenfassen von zwei oder drei SchülerInnen gleichen Krankheitsbildes in Form eines Hausunterrichtes. Die Zusammenfassung von zwei oder drei Patienten zu kleinen Lerngruppen setzt das Einverständnis der Eltern voraus. Der Hausunterricht schließt nahtlos an den Krankenhausunterricht an und ist Bestandteil der Betreuung im Rahmen der Heilstättenschule. Der Unterricht wird von speziell vorbereiteten LehrerInnen der Heilstättenschule erteilt.

Insgesamt erwuchsen der Stadt Wien im Jahre 1997 für die Erhaltung der allgemeinbildenden Pflichtschulen Kosten von 7,862.977.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, der vom Bund zur Gänze der Stadt Wien refundiert wird. Im Schuljahr 1996/97 wurden in 31 öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen 741 Klassen mit 17.992 SchülerInnen geführt. Die Gesamtschülerzahl der Berufsschulen hängt nicht nur mit der Stärke der entsprechenden Geburtsjahrgänge, sondern auch mit der Arbeitsmarktlage zusammen. Die für den Bereich der Berufsschulen typischen, zumeist nicht vorhersehbaren Umschichtungen innerhalb der einzelnen Berufssparten, das Aussterben und die Entstehung neuer Berufe stellen die Stadtverwaltung bei der Schulraumvorsorge, insbesondere bei den Unterrichtsräumen für den praktischen Unterricht, vor große Schwierigkeiten. Die speziellen




*Am 200. Geburtstag von Franz Schubert, den 31. 1. 1997, legte Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe im Namen der Bundeshauptstadt Wien einen Kranz vor Schuberts Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof nieder.* Foto: Votava / PID



*Pressefoto nach der konstituierenden Sitzung der Arnold Schönberg Privatstiftung mit Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe, Nuria Schoenberg-Nono, Lawrence Schoenberg, Ronald Schoenberg und dem Generalsekretär der Schönbergstiftung Christian Meyer vom Balkon des Palais Fanto, wo das Schönbergzentrum seinen Sitz hat.* Foto: Votava / PID

*Stadtrat Dr. Marboe überreicht dem Schriftsteller H.C. Artmann den Johann-Nestroy-Ring der Stadt Wien.*

Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle



Raum- und Ausstattungserfordernisse der einzelnen Berufssparten stehen der erforderlichen Mobilität in der Raumverwendung manchmal entgegen oder bedingen zumindest größere Kosten bei den notwendigen Umwidmungen.

Im Jahr 1997 wurden an 5 Berufsschulgebäuden Bauarbeiten größeren Umfanges durchgeführt.

Im 1. Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, das aus dem Jahre 1908 stammt, wurde in den Jahren 1988 bis 1994 ein umfangreiches Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsprogramm vom Hochparterre bis zum Mansardengeschoß, ausgenommen den Gymnastikraumbereich im 4. Stock, zur schrittweisen Anpassung an die heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichtes durchgeführt und mit Kosten in der Höhe von rund 256 Millionen Schilling abgeschlossen.

Im Jahre 1995 wurde mit der 2. Etappe der Generalmodernisierung begonnen. Bis Ende 1996 wurden für die Berufsschule Sanitär- und Heizungstechnik die Räumlichkeiten des ehemaligen Gymnastikraumbereiches im 4. Stock für Schulzwecke (Laborräume) umgebaut und die Halle 2 als Werkstättenhalle adaptiert sowie rund zwei Drittel der Gänge im Tiefgeschoß instand gesetzt. Im Jahre 1997 wurden die Planungsarbeiten für die Errichtung einer Turnhalle und die vorbereitenden baulichen Maßnahmen dafür, wie Abbruch der Halle 3, Herstellung eines begehbaren Kollektorganges, Errichtung der Turnsaalnebenräume im Tiefgeschoß, mit einem Betrag von 20 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt 119,6 Millionen Schilling.

Weiters wurde mit der Erneuerung der restlichen Dächer und der Gassenfassadenflächen an den Fronten Linke Wienzeile - Hornbostelgasse - Mollardgasse mit einem Betrag von 2,5 Millionen Schilling begonnen. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt 30 Millionen Schilling.

Die Gesamtbaukosten der gesamten Instandsetzung und Modernisierung des 1. Zentralberufsschulgebäudes werden somit voraussichtlich insgesamt 405,6 Millionen Schilling betragen.

Im 2. Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7 - 17, wurden die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1997 mit einem Betrag in der Höhe von 34 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 423 Millionen Schilling betragen.

Im 3. Zentralberufsschulgebäude in 12, Längenfeldgasse 13 -15, konnte in den Jahren 1992 bis 1997 der Neubau der Berufsschule für Bäcker und Konditoren, die Aufstockung des bestehenden Klassentraktes einschließlich der Generalmodernisierung des Gebäudes und des Festsaaltraktes sowie der Neubau der Volkshochschule und des Bezirksmuseums zur Gänze abgeschlossen werden. Weiters wurde mit der Modernisierung des Küchentraktes der Berufsschule für Gastgewerbe (Stiege 6) begonnen. Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf voraussichtlich insgesamt rund 540 Millionen Schilling. Zur Abdeckung des zusätzlich erforderlichen Pflichtschulbedarfes im 15. Bezirk wird die derzeitige Berufsschule für Einzelhandel IV, 15, Goldschlagstraße 113, in das zu adaptierende Schulgebäude in 10, Kempelengasse 20, übersiedeln. Mit den Bauarbeiten wurde im Herbst 1997 mit einem Betrag von 3 Millionen Schilling begonnen. Die Baukosten dafür werden voraussichtlich 60 Millionen Schilling betragen.

Im Berufsschulgebäude in 14, Goldschlagstraße 137, wurden die im Jahre 1995 begonnenen Bauarbeiten zur etappenweisen Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1997 mit einem Betrag in der Höhe von rund 12 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich rund 70 Millionen Schilling betragen.

Im Berufsschulgebäude in 22, Wagramer Straße 65, wurden die im Jahr 1993 begonnenen Bauarbeiten zur etappenweisen Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1997 mit einem Betrag in der Höhe von rund 2,7 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich rund 23 Millionen Schilling betragen.

Im Schuljahr 1996/97 wurde die Ausstattung der Berufsschulen fortgesetzt. Besonders wäre die Einrichtung von Klassen und Verwaltungsräumen für die Berufsschule für Friseure II mit einem Aufwand von 1,118.000 S hervorzuheben.

Neben der fortlaufenden Modernisierung von Einrichtungsgegenständen in Direktionen, Lehrerzimmern, Klassen sowie Labors und Werkstätten wurde auch die Ausstattung der Berufsschulen mit Maschinen und Geräten modernisiert. So wurden folgende Anschaffungen getätigt:

Für die Berufsschulen für Bürokaufleute 17 Computer, 2 Drucker, 1 Notebook, 1 Datadisplay, diverse Hard- und Software S 413.000; Büro- und Industriekaufleute 1 Computer, 2 Drucker, 1 komplette EDV-Saal-Ausstattung einschließlich Verkabelung, 1 Scanner, S 234.000; Büro-, Industrie- und Speditionskaufleute 2 Drucker, 2 komplette EDV-Saal-Ausstattungen einschließlich Verkabelung S 1,018.000; Chemie, Grafik und gestaltende Berufe 6 Computer, 1 Server, 4 Drucker, diverse Hard- und Software S 232.000; Einzelhandel I 2 Computer, 1 Drucker S 59.000; Einzelhandel II 9 Computer, 1 Drucker S 202.000; Einzelhandel III 1 EDV-Saal-Aufrüstung mit Verkabelung S 95.000; Einzelhandel IV 2 Drucker, 1 Datadisplay S 49.000; Elektromechanik 1 Computer, 5 Drucker, 2 Scanner, 1 Server, diverse Hard- und Software, diverses Laborzubehör S 324.000; Elektrotechnik I 1 Scanner, diverse Hard- und Software S 25.000; Elektrotechnik II 1 Computer, 4 Notebooks, 1 komplette EDV-Saal-Ausstattung, diverse Meßgeräte, Erdungsmesser, Prüfgeräte, Leistungsanalysatoren S 863.000; Friseure I 3 Computer, 6 Drucker, diverse Hard- und Software S 98.000;Friseure II 5 Computer, 8 Drucker S 157.000; Friseure III 1 Datadisplay S 30.000; Gastgewerbe 1 Computer, 1 Drucker, 1 Modemschrank, diverse Software, diverse Küchenmaschinen S 279.000; Großhandel diverse Hardware S 17.000; Holzbearbeitung 1 Computer, diverse Hard- und Software, 1 Breitbandschleifmaschine S 299.000; KFZ-Technik I 1 komplette EDV-

Saal-Ausstattung mit Verkabelung, 1 Drucker, 1 Motortester S 429.000; KFZ-Technik II 1 Computer, 1 Drucker, 1 Scanner, diverse Hard- und Software S 136.000; Maschinenschlosser 1 Computer, diverse Software S 47.000; Mechaniker und Optiker 2 Drucker, diverse Hard- und Software S 108.000; Nachrichtentechnik 1 komplette EDV-Saal-Ausstattung mit Verkabelung, 1 Notebook, 2 Drucker S 673.000; Sanitär- und Heizungstechnik 1 Computer, 1 Drucker S 45.000; Schlosser und Glaser 3 Computer, 1 Drucker, diverse Hard- und Software S 115.000; Spengler und Karosseure 1 Schweißanlage S 115.000; Technische Zeichner 1 Computer S 22.000.

Im Zuge der Instandsetzung und Modernisierung der Berufsschulen für Friseure I und II wurden Werkstätteneinrichtungen in der Höhe von S 4,466.000 getätigt.

Insgesamt wurden 1997 für die Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen 16,925.000 S aufgewendet. Für den praktischen Unterricht im Jahre 1997 waren 9,043.000 S, für den theoretischen Unterricht 2,359.000 S erforderlich. Der Stadt Wien erwuchsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von 802,044.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, von dem 50 Prozent auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes vom Bund der Stadt Wien rückerstattet werden.

Der Unterricht an den Wiener Berufsschulen wird in unterschiedlichen Organisationsformen angeboten:

Berufsschule für Baugewerbe

Für die Berufe Maurer und Schalungsbauer, Isoliermonteur, Stukkateur und Trockenausbauer, Hafner, Pflasterer, Platten- und Fliesenleger gelten folgende Bestimmungen: 1., 2. und 3. Klassen jeweils drei Blöcke pro Schuljahr.

Berufschule für Maler und Kunstgewerbe

Im Lehrberuf Maler und Anstreicher ist man komplett auf Blockunterricht umgestiegen (September 1995). Die Schilderhersteller werden im zweiten Semster der dritten Klasse 2x2 Wochen unterrichtet.

Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik

Komplett auf geblockten Unterricht umgestiegen (September 1996)

Ein österreichisches Unikat gibt es im Elektro-Starkstrombereich für die ausbildenden Gewerbebetriebe mit dem Lehrberuf Elektroinstallateur, nämlich eine Wahlmöglichkeit aus drei verschiedenen Organisationsformen:

Berufsschule für Elektrotechnik I

Im ersten Semester des ersten Schuljahres - 1 Schultag; im zweiten Semester - 2 Schultage; im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag. Diese Form wird überwiegend für den industriellen Bereich angeboten (vereinzelt auch im Gewerbe). Für den gewerblichen Bereich wird im ersten Schuljahr an 1 fi Schultagen durchgehend (1. und 2. Semester) unterrichtet, im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag. Bei den Anlagenmonteuren im vierten Lehrjahr wird geblockter Unterricht durchgeführt.

Berufsschule für Elektrotechnik II

Generell geblockter Unterricht seit September 1996.

Berufsschule für Spengler und Karosseure

Ab dem Schuljahr 1997/98 für den Lehrberuf „Blechschlosser, Spengler, Kupferschmied" wird ein geteilter Lehrgang (Blockunterricht) durchgeführt.

Berufsschule für Nachrichtentechnik

Ganzjähriger Unterricht. Allerdings werden auch Lehrplaninhalte (Hochtechnologie) der Berufsschulzeiterweiterung (120 Unterrichtseinheiten Laborunterricht) in geblockter Form unterrichtet.

Berufsschule für Bäcker, Konditoren und Fleischer

Für den Lehrberuf Fleischer erfolgt geblockter Unterricht im Gegenstand „Praktische Arbeit".

Berufsschule für Chemie, Graphik und gestaltende Berufe

Der Unterricht im Gegenstand Praktische Arbeit erfolgt für die Lehrberufe Reprotechniker, Drucker, Druckvorstufentechniker und Fotograf in geblockter Form.

Berufsschule für Mechaniker und Optiker

Lehrgangsmäßiger Unterricht wird für den Lehrberuf Verpackungsmittelmechaniker vorgenommen.

Berufsschule für Gärtner und Floristen

Es erfolgt ein lehrgangsmäßiger Unterricht. Nur für die Wiener Gärtnerlehrlinge wird ein Jahresunterricht erteilt.

Berufsschule für Einzelhandel III

Ein lehrgangsmäßiger Unterricht wird bei den Reisebüroassistenten durchgeführt.

Berufsschule für Bekleidung, Textil, Technische Zeichner und Zahntechniker

Lehrgänge werden für Textilmechaniker, Gerber, Kürschner, Hutmacher, Modist, Tierpfleger, Präparatoren abgehalten und ab September 1997 auch für Schuhmacher, Orthopädieschuhmacher.

Berufsschule für Holzbearbeitung und Musikinstrumentenerzeuger

Es erfolgten Lehrgänge für Musikinstrumentenerzeuger, Klaviermacher und Orgelbauer, Drechsler, Bildhauer.

Einzelhandelskaufmann, Waffen- und Munitionshändler: Der Unterricht erfolgte in den 1. Klassen: im 1. Semester an zwei Tagen zu je 8 Unterrichtseinheiten, im 2. Semester an zwei Tagen mit 8 bzw. 7 Unterrichtseinheiten. 2. Klassen: ganzjährig ein Tag mit 8 Unterrichtseinheiten. 3. Klassen: gangzjährig ein Tag mit 8 Unterrichtseinheiten.

Alle anderen Handelsberufe:

Ganzjährig an zwei Schultagen (Halbtagen) mit je 6 Unterrichtseinheiten.
In den anderen Berufsgruppen unterschiedliche Formen:
Zumeist:

1. Klassen: 1.Semester - 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten.
2.Semester - 2 Schultage mit 9 Unterrichtseinheiten
2., 3. und 4. Klasse: ganzjährig - 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten
oder
1. Klassen: ganzjährig - 1 ½ Schultage.
2., 3. und 4. Klasse: ganzjährig - 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten.

Das Ziel der Verfachlichung wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen Lehrberufen wurden in den fachtheoretischen Gegenständen Gruppenteilungen eingerichtet, nur in wenigen Gewerben werden auf Grund der geringen Schülerzahl mehrere Schulstufen in einer Klasse zusammengefaßt. Darüber hinaus werden Lehrlinge aus mehreren Bundesländern, die in Splitterberufen ausgebildet werden, auf Grund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht bis zwölf Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Schuljahr 1996/97 insgesamt 59 Lehrgangsklassen mit Schülern der oben zitierten Lehrberufe. Andererseits besuchten rund 1 Prozent der Wiener Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher und Vulkaniseure, Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Im Oktober 1997 bekannten sich etwa 25 Prozent der Berufsschüler zu einer nichtdeutschen Muttersprache. Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist jedoch gegenüber den letzten Jahren wieder deutlich angestiegen. In jenen Klassen, in denen es noch sprachliche Probleme gibt, wird mittels eines Schulversuches dieses Manko ausgeglichen.

Weitere Schulversuche beschäftigen sich mit der qualitativen Anhebung der fachlichen Ausbildung von Berufsschülern, so zum Beispiel im Bereich der Fotovoltaik, der Optiker, Grafiker, Lüftungsanlagenbauer und der Fremdsprachen. Im Sinne der Fortsetzung von Integrationsmaßnahmen für behinderte Lehrlinge werden Schulversuche in 20 Klassen geführt. Andere dienen der Erprobung neuer Fachrichtungen, wie z.B. an der Berufsschule für Büro-, Industrie- und Speditionskaufleute („Bankkaufmann") oder an der Berufsschule für Einzelhandel IV („Einzelhandelskaufmann - Fachrichtung EDV").

An der Berufsschule für Büro- und Industriekaufleute wird ein Schulversuch für Lehrlinge im Lehrberuf „Bürokaufmann" durchgeführt, der die Ausweitung und Neueinführung von Pflichtgegenständen beinhaltet, um den durch den vermehrten Einsatz der EDV im Verwaltungsbereich geänderten Anforderungen Rechnung zu tragen. In diesem Schulversuch wird die Unterrichtszeit von 9 auf 14 Unterrichtseinheiten pro Woche, das sind somit 560 Jahreswochenstunden pro Schulstufe, ausgeweitet. Darüber hinaus wird in 2 Klassen im Gegenstand „Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr" Englisch als Arbeitssprache verwendet.

Die Ausstattung der Wiener Berufsschulen mit Funktionsräumen und die weitere bauliche Erneuerung machen es möglich, daß die Wiener Berufsschüler auch ein vermehrtes Angebot an Freigegenständen erhalten. Im Angebot befinden sich Fremdspachen (Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch), Kurzschrift und Religion, sowie Unverbindliche Übungen (Leibesübungen).

Mit 1. Dezember 1997 wurden 300 Lehrlinge der Besonderen Selbständigen Ausbildungsstätte Jugend am Werk in mehrere Berufsschulen aufgenommen. Unter dem Arbeitstitel „Lehrlingsstiftung" wurden in Zusammenarbeit mit Jugend am Werk, AMS Jugendliche und der Arbeiterkammer Wien für lehrstellensuchende Jugendliche Ausbildungsplätze geschaffen.

Die Teilnahme an EU-Projekten wurde zu einem fixen Bestandteil der Arbeit an den berufsbildenden Pflichtschulen. Sowohl der Schüleraustausch, in Übereinstimmung mit den Lehrbetrieben, als auch der Erfahrungsaustausch von LehrerInnen und DirektorInnen wird in den nächsten Jahren eine Fortsetzung finden.

Das pädagogische Konzept der Wiener Berufsschulen ist darauf ausgerichtet, durch Bereitstellen optimaler Lernbedingungen und durch eine bestmögliche Lehreraus- und -fortbildung die im § 46 Schulorganisationsgesetz festgelegten Aufgaben der Berufsschule zu erfüllen. Ein vielfältiges Freizeitprogramm bietet das Schulgemeindereferat in Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen. Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen,Sprach- und Bildungsreisen, Lernhilfen usw. sollen den über den schulischen Bereich hinausgehenden Teil der Erziehungsarbeit an den Wiener Berufsschulen unterstützen.

Die Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Berufe sind in erster Linie mittlere berufsbildende Schulen mit einer gut fundierten praktischen Ausbildung für Großhaushalte und Fremdenverkehrsbetriebe sowie für kaufmännische Berufe. Als zweite Ausbildungsmöglichkeit wird eine einjährige Haushaltungsschule, die das 9. Schuljahr ersetzt, angeboten.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 9, Hahngasse 35, führt den Ausbildungsschwerpunkt Ernährungs- und Betriebswirtschaft.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 12, Dörfelstaße 1, führt die Ausbildungszweige zweite Lebende Fremdsprache (Französisch) sowie Gesundheit und Soziales.

An der Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik wird seit dem Schuljahr 1995/96 der Ausbildungsschwerpunkt Modedesign, der den Schulversuch gleichen Namens ablöst, geführt. Im Kernbereich wird neben allgemeinbildenden Fächern unter anderem Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Textverarbeitung unterrichtet. Im Gegenstand Werkstätte wird je nach Ausbildungsschwerpunkt differenziert unterrichtet. Es kann zwischen vier Ausbildungsschwerpunkten gewählt werden. Die vierjährige Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik wurde nur mehr auslaufend geführt (bis 1996/97).

Die Fachschule 9, Hahngasse 35, wurde im Jahre 1997 an die Fernwärme angeschlossen, die Dacheindeckung und die Hoffenster wurden erneuert, die Gassenfassade instand gesetzt, die Gangverteiler in allen Geschossen erneuert und die Steigleitung verstärkt sowie die Modernisierung der Lehrküche und des Hauswirtschaftsraumes im Erdgeschoß mit einem Gesamtbetrag von insgesamt rund 11 Millionen Schilling durchgeführt.

In der Fachschule 15, Siebeneichengasse 17, wurden im Jahre 1997 sämtliche Gangverteiler erneuert und die Steigleitung mit einem Aufwand von S 1,075.000 verstärkt.

Der Sachaufwand betrug für die Fachschule 9, Hahngasse 35, (Ausstattung einer Lehrküche und diverse Küchengeräte) 309.000 S, für die Fachschule 12, Dörfelstraße 1, (1 Computer, 1 komplette EDV-Saal-Ausstattung mit Verkabelung, 1 Drucker, 1 Waschmaschine, 1 Trockner) 553.000 S und für die Fachschule 15, Siebeneichengasse 17, (1 Server, 1 Drucker, diverse Hard- und Software) 74.000 S.

Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahre 1997 rund 80 Millionen Schilling. Auf Grund einer Subventionsvereinbarung werden 80 Prozent des Lehrerpersonalaufwandes (Aktivbezüge) vom Bund der Stadt Wien refundiert. Die Abteilung deckt auch den LehrerInnenbedarf für das erste Ausbildungsjahr an den drei Krankenpflegeschulen der Stadt Wien.

Das Pädagogische Institut (PI) der Stadt Wien ist eine von der Stadt Wien erhaltene Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und dient der Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen an allgemeinbildenden Pflichtschulen und an allgemeinbildenden höheren Schulen sowie der KindergärtnerInnen und HorterzieherInnen. Ferner beschäftigt sich das Institut mit pädagogischer Tatsachenforschung, die Aufgaben der Schulforschung und Schulentwicklung wahrnimmt. Am Institut bestehen weitere Einrichtungen (Projektzentren), zum Unterricht in Umweltfragen ein MitweltBüro, ein Gesundheitsförderungszentrum und eine Studienbücherei (Pädagogische Zentralbücherei).

Das PI arbeitet mit Universitäten, anderen Pädagogischen Instituten, der Stadt Wien, der Arbeiterkammer, dem Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (OIE), Einrichtungen der Kindergartenpädagogik, den Pädagogischen Akademien und anderen Instituten der Erwachsenenbildung zusammen.

Schwerpunkte lagen in der aktiven Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Gesellschaft; Integration, Suchtprävention, AIDS-Aufklärung, Umgang mit Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, Hilfen bei Verhaltensauffälligkeiten u. a. m. Gleichzeitig wurde Hauptaugenmerk auf neue Lehr- und Lernformen und auf lebensbegleitendes Lernen gelegt.

Das PI hat seine Verwaltungsstruktur auf einen modernen EDV-gestützten Betrieb für mehr als insgesamt 17.000 Wiener LehrerInnen umgestellt. Mit dieser Maßnahme konnte auch das PI den Schritt an Schulen im Sinne von „Schulinterner Lehrerfortbildung" setzen. Diese neue Qualität der Fortbildung wird dazu beitragen, Innovationen und Organisationsentwicklung an der einzelnen Schule zu ermöglichen.

Das PI ist aber auch kulturelles Zentrum im 7. Wiener Gemeindebezirk, hat Lesungen, Musikvorführungen, Kunstausstellungen und Präsentationen geboten.

1997 wurden 8.514 Inskriptionen vorgenommen. Es wurden 1.616 (1.079 APS, 537 AHS) Veranstaltungen angeboten; insgesamt haben daran 1.303 DozentInnen für das Pädagogische Institut der Stadt Wien gearbeitet und 49.189 TeilnehmerInnen betreut.

Der Bücherzuwachs 1997 der Pädagogischen Zentralbücherei betrug im Zeitraum 1.1. bis 31.12.1997 666 Bände, wodurch der Bücherbestand Ende 1997 auf rund 193.550 Bände (Bücher und gebundene Zeitschriften) anwuchs. Im Lesesaal liegen 165 Zeitschriften auf.

Im Jahre 1997 besuchten 6.249 Personen die Bücherei. Davon entlehnten 3.651 EntlehnerInnen 16.089 Bücher und Zeitschriften. Der Lesesaal wurde von 1.815 LeserInnen besucht, die 8.392 Bücher und Zeitschriften benutzten. Die gesamte Buchbewegung umfaßte somit 24.481 Bände.

# Kultur

## Kultur

Wie bereits im Verwaltungsbericht 1996 zu Punkt 1) angemerkt, wurde das Wissenschaftsreferat auf Grund der neuen Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien mit Wirksamkeit vom 29. November 1996 unter Beibehaltung seiner bisherigen Agenden als Gruppe Wissenschaft in die Magistratsabteilung 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung eingegliedert. Der gegenständliche Verwaltungsbericht der Kulturabteilung umfaßt daher diesen Bereich nicht mehr.

Der folgende Tätigkeitsbericht der Kulturabteilung für das Verwaltungsjahr 1997 ist nach der abteilungsinternen Referatseinteilung gegliedert und bietet einen detaillierten Überblick über das - trotz Entfall des Bereiches Wissenschaft - nach wie vor vielfältige Tätigkeitsfeld dieser Dienststelle und das breite Spektrum der Aktivitäten und Maßnahmen des abgelaufenen Jahres. Der Bericht versteht sich wie bisher auch als Dokumentation der steten Ausrichtung auf ein modernes und effizientes Kulturmanagement.

Im Rahmen der budgetären Vorgaben und der damit verbundenen Einsparungs- bzw. Umverteilungsmaßnahmen konnte eine auf die Interessen der Bevölkerung bezogene sowie effektive und dem guten Ruf Wiens als Kulturstadt entsprechende Kulturpolitik weitgehend realisiert werden.

Im Jahr 1997 sind wieder eine große Anzahl von Projekten, die diesem Grundsatz folgen, gefördert worden.

Besonders hervorzuheben ist der 200. Geburtstag von Franz Schubert, der 1997 den künstlerischen Schwerpunkt im Bereich der Musik darstellte.

Im einzelnen ist folgendes festzuhalten:

1.) Musik

1997 stand künstlerisch ganz im Zeichen der Feiern des „200. Geburtstages von Franz Schubert". Der Österreichische Sängerbund veranstaltete ein großes Schubert-Chorfest im Musikverein. Der Schubertbund und die Schubertgesellschaft Wien gestalteten interessante Programme mit bekannten und unbekannten Werken. Neben Franz Schubert feierte man aber auch noch andere große Komponisten: Der Dommusikverein St. Stephan gedachte mit dem „Deutschen Requiem" Johannes Brahms (100. Todestag) und die Evangelische Kantorei mit dem Oratorium „Elias" Felix Mendelssohn Bartholdys (150. Todestag). Einem in Vergessenheit geratenen österreichischen Komponisten - Erich Wolfgang Korngold (100. Geburtstag) - widmete das Konzerthaus ein Jubiläumskonzert.

In Wien sind es drei große Gesellschaften, die als Konzertveranstalter den Schwerpunkt traditioneller Musik in Wien präsentieren. Die Gesellschaft der Musikfreunde, die Wiener Konzerthausgesellschaft und die Musikalische Jugend Österreichs. Letztere ist besonders bemüht, für Jugendliche zu günstigen Einzelpreisen oder Abonnements (16.000) ein erstes „Kennenlernen" mit Musik zu ermöglichen. Aber nicht nur die Jugend zur Musik zu führen, sondern jungen Künstlern, die aktiv Musik machen wollen, bietet die Musikalische Jugend Österreichs ein erstes Podium.

Es ist besonders wichtig, so früh als möglich mit der Musikerziehung zu beginnen, das Interesse an einem Instrument zu wecken, aber gleichzeitig jungen Künstlern die Möglichkeit zu bieten, Erfahrungen zu sammeln und im praktischen Arbeiten ihr Können zu erweitern. Der Verein Musica Juventutis, das Wiener Jeunesse-Orchester und das Gustav Mahler Jugendorchester nehmen sich mit großem Erfolg dieser Aufgabe an. Das Gustav-Mahler-Jugendorchester, von Claudio Abbado ins Leben gerufen, setzt sich, nach Probespielen in diversen Städten, für zwei Tourneen (Oster-und Sommertournee) pro Jahr immer neu zusammen. Bekannte Dirigenten erarbeiten mit den jungen Musikern in mehrwöchigen Probephasen ein Programm, mit dem sie dann auf Tournee gehen. Die jährlich steigenden Anmeldungen bei den Probespielen sind Zeichen dafür, daß dieser eingeschlagene Weg von den Jugendlichen angenommen wird und unbedingt weitergeführt werden soll. Die internationale Bedeutung wird dadurch unterstrichen, daß das Orchester unter der Patronanz des Europarates steht und daß verschiedene Städte (Wien, Bozen, Paris, Valencia) „Residenzen" gründen, d.h. sie stellen erhebliche finanzielle Mittel für die Probephasen zur Verfügung.

Das Musikreferat unterstützt finanziell auch Wettbewerbe. Für Sänger ist zweifellos der Belvedere-Hans-Gabor-Gesangswettbewerb (seit 1995 steht dieser Name in Erinnerung an den langjährigen Direktor der Kammeroper Hans Gabor und Gründer dieses Wettbewerbes), durchgeführt von der Wiener Kammeroper, ein ganz wichtiger Schritt auf die Bretter, die die Welt bedeuten. Bei diesem Wettbewerb wird nicht nur die Oper, sondern auch die Operette in einer eigenen Ausscheidung gefördert. Vorausscheidungen in diversen Großstädten Europas und den USA bringen für das Finale in Wien schon ein unglaublich hohes Niveau von Künstlern. Das besondere an dieser Veranstaltung ist die Tatsache, daß durch die Jury, zusammengesetzt aus Intendanten bekannter Opernhäuser, nicht nur Geldpreise, sondern auch Engagements an die Sieger vergeben werden. Ein Beispiel dafür ist Angelika Kirchschlager, die neben ihrer Mitwirkung bei den Salzburger Festspielen ein Engagement an der Wiener Staatsoper erhalten hat. 1997 ist sie auch an der Mailänder Scala und an der Metropolitan Opera in New York engagiert gewesen. Für Sänger mit abgeschlossener Ausbildung ist zweifellos das Wiener Musikseminar und die Wiener Meisterkurse eine Möglichkeit, bei renommierten internationalen Künstlern den letzten Schliff zu bekommen.

Aber auch für die Instrumentalisten bietet Wien als Austragungsort des Fritz-Kreisler-Violinwettbewerbes (alle vier Jahre; nächster Termin 2000) und des Beethoven-Klavierwettbewerbes (1997 fand der 10. Wettbewerb statt) große Chancen. Sieger finden oft nach erfolgreich absolviertem Probespiel Aufnahme im Orchester der Stadt Wien, den Wiener Symphonikern, oder starten eine Solokarriere, wie beispielsweise Stefan Vladar.

Die Hinführung zur Musik kann nicht früh genug erfolgen. Und da kommt dem Kunstverein Wien besondere Bedeutung zu. In unzähligen Veranstaltungen, die den diversen Altersstufen der Kinder angepaßt sind, wird nicht nur präsentiert, sondern auch zum aktiven Mitmachen animiert. Z.B. die Kindermusikwoche in den Semesterferien oder die Kinderkonzerte, in denen immer ein zeitgenössischer Komponist vorgestellt wird. Im Juni findet immer das große Kinderfestival „Kinderklang" statt, eine Veranstaltung, die der Kunstverein in Zusammenarbeit mit der Musikalischen Jugend Österreichs durchführt.

Die in der Hauptsache vom Musikreferat geförderten Ensembles haben in ihren Programmen die Klassik als Schwerpunkt, z.B. die Wiener Symphoniker, die Wiener Akademie oder das 1. Frauenkammerorchester von Österreich. Das Clemencic Consort nimmt sich besonders den Werken der Renaissance und des Barock an. Aber auch die zeitgenössischen Werke und ihre Komponisten werden durch die verschiedensten Ensembles in höchster Qualität präsentiert. Neben dem Ensemble 20.Jhdt, dem Ensemble „die reihe" und dem Ensemble Kontrapunkte ist es das Klangforum Wien, das in den letzten vier Jahren neben inländischen Erfolgen, besonders im Ausland Ansehen und Anerkennung finden konnte. Das Ensemble Wiener Collage feierte 1997 sein 10jähriges Bestandsjubiläum.

Immer größer wird die Gruppe derer, die sich der Jazzmusik verschrieben haben und es zu schätzen wissen, daß auch hier in Wien, neben dem großen Jazzfest im Sommer, immer wieder die verschiedensten aktuellen Strömungen dieser Musikrichtung präsentiert werden. Ob durch das Jazzland, das Vienna Art Orchestra oder den Verein Porgy & Bess, das Programm ist vielfältig und interessant.

Wenn man von Wien spricht, denkt man vielleicht in erster Linie an die traditionelle Wiener Musik von Strauß, Lanner, Lehár, Ziehrer und Stolz. Ein Ensemble, das 1997 sein 52jähriges Bestandsjubiläum feiert und unter dem großen persönlichen Einsatz seines Leiters, Prof. Eduard Macku, sich diesem Genre verschrieben hat, ist das Franz-Lehár-Orchester. In den Sonntagnachmittagskonzerten bringt der 96jährige Prof. Macku Schwung und Begeisterung über die Bühne.

Besonderen Erfolg beim Publikum konnten die Freiluftaufführungen von Mozartopern in Schönbrunn („Die Zauberflöte") vor der Römischen Ruine verzeichnen, veranstaltet von der Wiener Kammeroper. Besonders zu erwähnen sind die Eigenveranstaltungen des Musikreferates „KlangBogen Wien". In diesem Zusammenhang wird folgendes näher ausgeführt:

KlangBogen Wien

28. Juni bis 7. September 1997

Mit mehreren spannenden und auch ungewöhnlichen Spielorten, einem neuen musikprojektbezogenen Blocksystem und einem kontroversiell ausgerichteten Programm versuchte der KlangBogen '97, das Wiener Sommer-Kulturleben neu zu strukturieren. Das Festival stand unter dem Motto „Sommer(t)räume".

Sowohl Open-Air- als auch Indoor-Musiktheaterprojekte standen auf dem Programm. Sie öffneten Wiens Vergangenheit, ließen Wolfgang Amadeus Mozart wie Johann Strauß wiederkehren und brachen Grenzen für Neues und Fremdes. Der neue KlangBogen schaffte der Jungen Szene eine Plattform und bot dem Kulturtourismus ein faszinierendes Instrument.

Schloß Schönbrunn, Theater an der Wien, Musikverein, Konzerthaus, Augustinerkirche und das Schubert-Geburtshaus waren die wichtigsten Standorte des Wiener Sommerfestivals 1997.

Kartenverkauf

Einzelkarten

Die Einzelkarten für den KlangBogen 1997 wurden in folgenden Preiskategorien aufgelegt:

| | |
|---|---|
| „Die Fledermaus" vor dem Schloß Schönbrunn: | 650 S, 550 S, 400 S, 250 S. |
| Ballett im Theater an der Wien: | 1.200 S, 1.100 S, 980 S, 890 S, 690 S, 490 S. |
| Mozartopern im Theater an der Wien: | 750 S, 650 S, 550 S, 250 S, 100 S. |
| „Simplicius Simplicissimus" im Semper Depot: | 300 S. |
| Orchesterkonzerte im Musikverein und Konzerthaus: | 680 S, 580 S, 480 S, 400 S, 300 S, 150 S. |
| Wiener Philharmoniker - Abschlußkonzert: | 950 S, 80 S, 700 S, 600 S, 450 S, 200 S. |

Ermäßigungen

Abonnements

Das Mozart-Abonnement beinhaltete drei Opernvorstellungen des Zyklus Mozart von A-Z nach freier Wahl zum Preis von S 990,-.

Das Shakespeare-Abonnement beinhaltete drei Konzertvorstellungen des Zyklus Shakespeare in der Msuik nach freier Wahl zum Preis von S 990,-.

Das Brahms-Abonnement umfaßte vier Orchesterkonzerte (10.8., 16.8., 22.8., 7.9.) zum Preis von S 1.320,-.

Double Ticket
Bei Bestellung von zwei Karten für zwei verschiedene KlangBogen-Aufführungen im Vorverkauf wurden die Karten um 10 Prozent ermäßigt.
Restkarten
Ermäßigte Restkarten für Schüler, Studenten, Pensionisten und Präsenzdiener wurden nach Maßgabe an der Abendkasse angeboten.
Gesamtbesucheranzahl: 28.972 (Eigenveranstaltungen)

Eigenveranstaltungen:

| | |
|---|---|
| „Die Fledermaus“: | 21 Vorstellungen, davon wetterbedingt 7 Vorstellungen abgesagt |
| Orchesterkonzerte: | 15 Konzerte, davon zwei Konzerte auf Grund Erkrankung von M. Rostropowitsch abgesagt. |
| Schubert-Geburtshaus: | 10 Konzerte |
| Mozartopern im Theater an der Wien: | 17 Abende |
| Veranstaltungen im Semper Depot: | 6 Veranstaltungen |
| Fremdveranstaltungen: | 21 (11 Ballettabende im Theater an der Wien und 10x Orgelkunst in der Augustinerkirche) |

Kartenerlös - Eigenveranstaltungen: S 6,926.418,-

OsterKlang
22. März bis 1. April1997
Das vom 22. März bis 1. April 1997 erstmals stattgefundene Festival OsterKlang Wien konnte sich sowohl im heimischen als auch internationalen Musikleben erfolgreich etablieren. Die große Anerkennung, die das Festival OsterKlang von Beginn an erringen konnte, dokumentieren die hohe Gesamtauslastung von 92 Prozent und das rege Interesse der Medien.
Dementsprechend hoch sind die Erwartungen gegenüber der zukünftigen Entwicklung von OsterKlang. In seiner programmatischen Ausrichtung wird der OsterKlang auch weiterhin sehr der Osterzeit verpflichtet sein.
Kartenverkauf
Einzelkarten

| | |
|---|---|
| Wr. Philharmoniker im Musikverein: | 950 S, 850 S, 750 S, 650 S, 550S, 450 S, 200 S. |
| „Lazarus“: | 450 S, 350 S, 250 S. |
| „Parsifal“: | 1.600 S, 1.200 S, 900 S, 450 S. |
| „La Desposizione“: | 350 S, 200 S. |
| Osternachtskonzert: | 180 S. |
| Wr. Symphoniker: | 450 S, 410 S, 350 S, 300 S, 210 S. |
| Keith Jarett, „Paulus“: | 750 S, 650 S, 550 S, 450 S, 400 S, 250 S, 130 S. |
| Ostermesse: Schubert, Messe in B-Dur im Stephansdom | Freier Eintritt |

Abonnements
JLP: 23.3. Johannespassion und 25.3. oder 26.3. Lazarus und 1.4. Paulus zum Preis: S 1.800,- 1.350,- 1.000,-
Osterpromenade: 28.3. Desposizione und 29.3. Lazarus und 1.4. Paulus zum Preis: S 2.000,- S 1.650,- 700,-
Goldene Ostern: 30.3. Wiener Symphoniker und 31.3. Jarett und 1.4. Paulus zum Preis: S 1.700,- 1.250,- 600,-
Double-Ticket
Bei Bestellung von 2 Karten (Double-Ticket) für 2 unterschiedliche OsterKlang-Ereignisse wurden die Karten um 10 Prozent ermäßigt. Die Anzahl der bestellten Karten muß bei beiden Veranstaltungen jeweils gleich sein. Double-Tickets waren im Vorverkauf erhältlich (per schriftlicher/telefonischer Bestellung sowie an den Tageskassen).
Sonstige Ermäßigungen
Ermäßigte Restkarten gab es zum Preis von S 100,- an der Abendkasse für Schüler, Studenten, Pensionisten und Präsenzdiener (jeweils mit Ausweis) nach Maßgabe 10 Minuten vor Vorstellungsbeginn.
Veranstaltungen

| | |
|---|---|
| Eigenveranstaltungen: | 9 |
| Fremdveranstaltungen: | 4 |
| Orchesterkonzerte: | 7 davon ein Konzert krankheitsbedingt (Keith Jarett) abgesagt |
| Szenische Aufführungen: | 5 Aufführungen |

Gesamtbesucheranzahl: 18.972
Karteneinnahmen Eigenveranstaltungen : S 2,285.810

Aber nicht nur die Förderung der Künstler liegt der Stadt Wien am Herzen, auch den „Konzertraum" zu erhalten ist Aufgabe der Subventionspolitik. Baukostenzuschüsse tragen viel für die Erhaltung dieser Bauwerke bei. Ebenso wird bei Orgelrenovierungen einzigartiges Kulturgut erhalten.

Unter den zahlreich genannten Förderungen gibt das Musikreferat immer wieder Subventionen zur Durchführung diverser Festivals, z.B. Jazzfest Wien, Wien Modern (dem Festival wurde durch eine internationale Jury der Titel „The Best Festival or Concert Series" verliehen), Herbstfestival der Musikalischen Jugend Östereichs und für das Frühlingsfest (abwechselnd im Konzerthaus und im Musikverein).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Förderungen einen Bogen von traditioneller Musik über sakrale Musik bis hin zum Avantgardefestival schlägt. Vielfalt und Innovation sind dem Musikreferat oberste Maxime.

## 2.) Theater, Film und Video

Die bisherige Subventionstätigkeit für die Wiener Privattheater wurde im üblichen Rahmen fortgeführt. Den Mitgliedsbühnen des Wiener Bühnenvereins - einschließlich des Theaters der Jugend und des Raimundtheaters - wurden Betriebssubventionen in der Höhe von S 322,750.000,- gewährt.

Dem Theater an der Wien sind im Jahr 1997 eine Abgangsdeckung in der Höhe von S 148,212.000,- zur Verfügung gestellt worden.

Für die Wiener Privattheater standen im Jahr 1997 S 69,000.000,- zur Verfügung.

Für Zwecke von Entschuldungen wurden 1997 S 500.000,- an die Gruppe 80, S 1,100.000,- an das Interkult Theater, S 3,000.000,- an die Kleine Komödie, S 3,500.000,- an das ODEON, S 2,000.000,- an das Schauspielhaus, S 450.000,- an das Schönbrunner Marionettentheater, S 500.000,- an das Tanzatelier Sebastian Prantl, S 750.000,- an das Tanztheater Homunculus, S 1,100.000,- an das Theater beim Auersperg, S 600.000,- an das Theater bureau, S 550.000,- an das Totale Theater, S 4,000.000,- an das Ensembletheater sowie S 2,500.000,- an das Wiener Ensemble vergeben.

Der Gesellschaft für Musiktheater, dem Verein Pradler Ritterspiele, der Österreichischen Länderbühne - Wiener Tourneetheater und der Komödie am Kai wurden im Jahr 1997 Jahressubventionen von insgesamt S 1,250.000,- zur Verfügung gestellt.

Der Verein Blickdicht erhielt für die Durchführung des Projektes „Wanda Tura" eine Subvention in der Höhe von S 300.000,-.

Der Verein Ecce homo wurde für die Festivals „Wien ist andersrum 2" und das „Festival des schlechten Geschmacks" mit insgesamt S 850.000,- unterstützt.

Dem Internationalen Musikzentrum ist für die Organisation der Wien-Woche in Budapest eine Subvention in der Höhe von S 700.000,- gewährt worden.

Für die Organisation des Mulitkids Festivals 1997 erhielt das Interkult Theater eine Subvention von S 350.000,-.

Der Kulturverein Alsergrund bekam für die Durchführung des Modeevents „Fashion in Vienna" eine Subvention von S 350.000,-.

Der Verein Via lana wurde für die „Internationalen Modetage" im Frühjahr und im Herbst 1997 mit S 700.000,- unterstützt.

Der Theaterverein „Zirkus für einen aufgebundenen Bären" wurde für das Projekt „Don Quijote, Ritter von der traurigen Gestalt" mit S 494.000,- gefördert.

Der Verein Kulturkonzepte - Institut zur wissenschaftlichen Erforschung, Erstellung und Vermittlung kultureller Konzepte hat wieder Seminare für freie Kulturschaffende angeboten. Dieses Projekt wurde mit S 360.000,- unterstützt.

Auch für bauliche Renovierungen und Verbesserungen des Sicherheitsstandards der Wiener Bühnen wurden im Jahr 1997 Baukostenbeiträge in der Gesamthöhe von S 26,344.490,- zur Verfügung gestellt.

Die Aktivitäten der Wiener Festwochen wurden von der Stadt Wien durch Subventionen in der Höhe von S 89,500.000,- ermöglicht. Weiters ist dem Verein für die Produktion Così fan tutte im Theater an der Wien eine Ausfallshaftung bis zu S 1,978.000,- gewährt worden.

Der Arnold Schönberg Stiftung wurde für die Errichtung eines Arnold Schönberg Centers in Wien ein einmaliger Stiftungsbeitrag von S 5,000.000,-, eine Jahressubvention von S 6,200.000,- sowie eine Ausfallshaftung bis zu S 4,000.000,- zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden zur Abdeckung der anfallenden „Startup Kosten" S 14,000.000,- und eine Ausfallshaftung für die Bundesleistung von S 6,500.000,- genehmigt.

Das Wiener Integrationsforum wurde für die Durchführung des „Festivals der Kulturen" im Jahr 1997 mit S 500.000,- unterstützt.

Die Internationale Kunstkritiker Vereinigung AICA, Sektion Österreich erhielt für die multimediale Veranstaltung „Recycling the future" eine Subvention von S 500.000,-.

Das Cafe de Chinitas wurde für sein Portrait über die letzten Dudlerinnen Wiens mit S 500.000,- unterstützt.

Dem Verein zur Förderung des künstlerischen Ausdruckstanzes wurden für die Abhaltung der Internationalen Sommertanzwochen und der Performancereihe „IM PULS" im Jahr 1997 S 6,700.000,- gewährt. Weiters wurden dem Verein ein Mietkostenzuschuß in der Höhe von S 200.000,-, sowie S 6,500.000,- zur Abdeckung der Vorlaufkosten für das „IM PULS Festival 1998" zur Verfügung gestellt.

Der Verein zur Förderung des internationalen Kulturaustausches im Bereich der Darstellenden Künste wurde für sein Stipendienprogramm für TänzerInnen „danceWEB“ mit S 600.000,- unterstützt.

Der Theatererhalterverband Österreichischer Bundesländer und Städte erhielt für die Mitgliedschaft Wiens einen Mitgliedsbeitrag in der Höhe von S 26.760,-.

Für den Erwerb der Verwertungsrechte von Produktionen mit thematischen Bezug auf Wien erhielt die Kulturmanagement- und VeranstaltungsgesmbH einen Betrag von S 39,600.000,-.

Das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung wurde mit einem Kostenzuschuß in der Höhe von S 150.000,- für die Organisation der Jiddischen Theaterwoche gefördert.

Der Jura Soyfer Gesellschaft wurde für die Aufführung „Astoria“ des Théâtre Averse im Ensemble Theater ein Kostenzuschuß in der Höhe von S 75.000,- gewährt.

Mit einem Kostenzuschuß von S 50.000,- konnte ein Gastspiel des K & K Experimentalstudios in St. Petersburg mit der Produktion „Sieg über die Sonne“ ermöglicht werden.

Dem Verein „Pilot tanzt“ wurde für die Teilnahme am Florenzer Festival „Guarda de l'Europa“ ein Reisekostenzuschuß in der Höhe von S 35.000,- zur Verfügung gestellt.

Für die Freien Gruppen stand im Jahr 1997 ein Budget von 58,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Mit diesem Betrag konnten rund 200 Gruppen unterstützt werden, wobei die Einzelsubventionen zwischen S 5.000,- und S 4,700.000,- betrugen. Für den Bereich Sprechtheater standen 19 Millionen Schilling zur Verfügung, die unter Mithilfe eines Beirates vergeben wurden. Etwa 36 Gruppen sind mit Jahressubventionen bis zu 4,7 Millionen Schilling bzw. mit Produktionskostenzuschüssen bis zu S 700.000,- unterstützt worden.

Die Freien Tanzschaffenden wurden 1997 mit 9,0 Millionen Schilling unterstützt, wobei ein 6köpfiges Fachgremium mehr als 30 Tanztheatergruppen für eine Förderung empfahl.

Seit 1993 ist auch für das Kindertheater ein Beirat installiert worden. Das Budget für diesen Bereich betrug 4,5 Millionen Schilling und ermöglichte die Unterstützung von 40 Kindertheatergruppen und verschiedene Strukturmaßnahmen.

Dem freien Musiktheater standen 12 Millionen Schilling zur Verfügung. Neben den vier großen Freien Musiktheatergruppen konnten mit diesem Budget auch kleinere Musiktheaterprojekte unterstützt werden. Einem internationalen Trend Rechnung tragend wurden auch für interdisziplinär arbeitende Gruppen eigene Mittel zur Verfügung gestellt.

Weiters erhielten in diesem Bereich die Gruppe Netzzeit für die Produktion „Simplicissimus“ und das Wiener Operntheater für „Nixon in China“ je S 1,000.000,-. Für die Abdeckung der anfallenden Mietkosten der Freien Opernproduktionen wurde ein Betrag von S 2,500.000,- gewährt.

Zusätzlich wurden noch das Wiener Operntheater mit S 300.000,- sowie die Neue Oper Wien mit S 400.000,- unterstützt.

Der Theaterverein Wien, der Trägerverein der beiden Häuser für die Freien Gruppen, Theater im Künstlerhaus und Theater im Konzerthaus wurde insgesamt mit 8 Millionen Schilling gefördert. Das Theater des Augenblicks ist eine weitere wesentliche Aufführungsstätte für Freie Gruppen und wurde mit 2,6 Millionen Schilling unterstützt.

Das Interkult Theater erhielt eine Betriebssubvention von S 3,257.000,-, das Kabarett Niedermair eine Betriebssubvention von S 1,200.000,-.

Dem Verein Metropol wurde für seine Tätigkeiten im Jahr 1997 eine Jahressubvention in der Höhe von S 8,600.000,- zur Verfügung gestellt.

Der IG Freie Theaterarbeit wurde eine Betriebssubvention in der Höhe von S 600.000,- gewährt. Das von der IG initiierte kontinuierliche Tänzertrainingsprojekt T - Junction wurde weitergeführt und mit S 1,100.000,- unterstützt.

Der Verein Szene Bunte Wähne wurde für die Durchführung des „Tanzfestivals für ein junges Publikum“ mit S 550.000,- unterstützt.

Dem Theater ohne Grenzen wurde für die Durchführung des Internationalen Puppentheaterfestivals „Die Macht des Staunens“ eine Förderung von S 500.000,- gewährt.

Das Theater des Kindes wurde für die Produktion eines Kindermusicals mit S 100.000,- gefördert.

Das Puppentheater Lilarum erhielt für sein neu eröffnetes Haus in 3, Göllnergasse, eine Betriebssubvention in der Höhe von S 500.000,-.

Das Wiener Werkstätten- und Kulturhaus erhielt für seine vielfältigen Tätigkeiten eine Betriebssubvention von 13,5 Millionen Schilling plus einer Zusatzsubvention in der Höhe von S 1,150.000,-.

Das Kiskililla Theater wurde für sein Projekt „Oudeis“ mit S 400.000,- unterstützt, zusätzlich erhielt der Verein noch eine Betriebssubvention in der Höhe von S 500.000,-.

Dem Verein Klein Kunst wurde ein Produktionskostenzuschuß in der Höhe von S 600.000,- gewährt.

Der Verein Wiener Kultur- und Werkstättenhaus (WUK) wurde im Jahr 1997 mit S 14,600.000,- unterstützt.

Dem Verein Vienna Acts wurde für die Durchführung der Tanzplattform. „Wien 1998“ im Jahr 1997 ein Kostenzuschuß von S 400.000,- gewährt.

Dem sehr erfolgreich arbeitenden Verein Wiener Filmfestwochen sind 1997 für die Durchführung der VIENNA-

LE eine Subvention in der Höhe von S 14,000.000,- sowie eine Sondersubvention für die VIENNALE-Specials von S 4,160.000,- gewährt worden.

Das Österreichische Filmmuseum wurde mit S 900.000,- Jahressubvention unterstützt. Zusätzlich wurde für die Durchführung der „Rossellini - Retrospektive" eine Subvention von S 1,200.000,- gewährt.

Das Österreichische Filmarchiv erhielt eine Jahressubvention in der Höhe von S 600.000,-, weiters wurde diese Institution mit S 1,000.000,- für das neu eröffnete Audiovisuelle Zentrum in 2, Augartenstraße 1, gefördert.

Der Verein zur Veranstaltung kultureller Aktivitäten im öffentlichen Raum - St. Balbach Art Produktion erhielt für die Realisierung des Projektes „Justizpalast 27/97" eine Subvention in der Höhe von S 300.000,-.

Für die Jungfilmer- und Videoförderung stand 1997 ein Betrag von S 4,000.000,- zur Verfügung. Mit diesem Betrag konnten mehr als 80 Künstler mit Beträgen bis zu S 250.000,- gefördert werden.

Die Österreichische Gesellschaft für Filmwissenschaft wurde mit S 50.000,-, der Verein Six Pack Film mit S 450.000,-, die Medienwerkstatt mit S 350.000,- unterstützt.

Das von der Aktion Film Österreich/Wiener Filmladen durchgeführte Kinderfilmfestival wurde mit S 250.000,- gefördert.

Dem Verein Freiluftkino wurden für das Projekt „Kino unter den Sternen" S 1,874.000,- zur Verfügung gestellt.

Das Institut für Kulturstudien erhielt für seinen Dokumentarfilm über das Vienna Art Orchestra einen Kostenzuschuß in der Höhe von S 300.000,-.

### 3.) Bildende Kunst

Im Bereich der bildenden Kunst standen 1997 für den Bildankauf insgesamt S 6,737.298,- zur Verfügung. Damit konnten 200 Kunstwerke (Bilder, Plastiken, Objekte, Fotos) erworben werden. Zum fünften Mal wurden dabei Bilder aus Galerien, 1997 im Wert von S 1,890.298,-, angekauft, um einerseits die derzeit meist in kritischer finanzieller Situation befindlichen Wiener Galerien zu unterstützen und andererseits, um gravierende Lücken der Sammlung zu schließen. Ziel des Kunstreferates ist es auch künftighin, qualitätvollere und daher teurere Kunstobjekte im Sinne einer musealen Sammlung zu erwerben. Mit Hilfe von Werkverträgen wurde die fotografische Dokumentation der Neuankäufe sowie jener Kunstwerke, die in externen Magistratsdienststellen als Zimmerschmuck Verwendung finden, fortgesetzt, und die Neuordnung des Depots wurde durch Neupassepartourierung weiterer Teile der musealen Grafikbestände vorangetrieben. Außerdem wurde die EDV-Erfassung der Neuankäufe und der alten Inventarbestände mit einem Programm der MA 14-ADV weitergeführt.

Im Rahmen der Plakatwertungsaktion wurden heuer zwei Preise der Kulturabteilung der Stadt Wien, jeweils zu S 30.000,- vergeben.

Die Materialkosten für das großformatige Bild von Judith Dolleschka in der U-Bahn-Station Schottentor wurden auch 1997 vom Kunstreferat übernommen.

Von Prof. Tasquil konnte in Übereinstimmung mit der Hochschule für angewandte Kunst im Jahr 1996 eine Schenkung übernommen werden, die sich aus Kunstwerken seiner Studenten zusammensetzt. Die Archivierung und Inventarisierung wurde 1996 begonnen und 1997 fortgesetzt.

Die Prämienaktion für Kleingalerien wurde auch 1997 unter dem Titel „Das engagierte Auge" weitergeführt. Bei der ersten Sitzung wurden die mit je S 30.000,- dotierten Preise an die Galerie Hummel und den Raum aktueller Kunst vergeben. Je S 20.000,- erhielten die Galerien Lindner, Donauraum und die Fotogalerie Wien. Bei der zweiten Sitzung gingen die zwei ersten Preise an die Galerien Christine König und Knoll, die zweiten Preise wurden den Galerien Faber, Lang und der Kunsthalle Exnergasse zugesprochen.

Bereits zum zwölften Mal konnte für gemeinnützige Wiener Kunstvereine ein Rahmenbetrag, diesmal S 1,700.000,-, zur Verfügung gestellt werden, mit dem hauptsächlich kleinere Projekte rasch und unbürokratisch gefördert werden. Auf diese Weise wurden 53 Künstlervereinigungen mit insgesamt 73 Projekten unterstützt.

Für Buchankäufe standen S 193.650,- zur Verfügung, für Restaurierungen von beschädigten Kunstwerken S 261.864,-.

Zum zweiten Mal gab es 1997 die Möglichkeit, Künstlern, die sich in einer schwierigen sozialen Notsituation befanden, möglichst unbürokratisch mit einer sogenannten einmaligen sozialen Beihilfe zu helfen. Hier wurden insgesamt S 129.000,- ausgegeben.

1997 wurde in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein Wien die Förderungsgalerie in der Alten Schmiede betreut. Es fanden sieben Ausstellungen statt, zu denen jeweils Informationsblätter über die ausstellenden Künstler erschienen sind.

Die Artothek, die Bilder aus dem Grafik-Bestand der Abteilung an Privatpersonen entlehnt, erfreute sich auch 1997 großer Beliebtheit.

Aus dem vielfältigen und auf hohem internationalen Niveau stehenden Ausstellungsangebot, das von der Stadt Wien 1997 gefördert werden konnte, seien folgende herausragende Angebote hervorgehoben:

Der Verein Kunsthalle Wien realisierte durch Subventionen der Kulturabteilung u.a. die Ausstellungen „Engel, Engel", „Notfalls leben wir auch ohne Herz" (Sammlung Speck), „Lust und Leere" (Japanische Kunst und Fotografie der Gegenwart) und „Alpenblick". Die Kunsthalle Wien hat sich seit ihrer Eröffnung im Herbst 1992 zu einer der

wichtigsten Institutionen in Wien entwickelt, die sich erfolgreich mit der Vermittlung von zeitgenössischer, innovativer Kunst beschäftigt. In der Halle F des Museumsquartiers, einem weiteren Ausstellungsort der Kunsthalle, wurden Retrospektiven der Künstler Heinz Gappmayr und Matthew Barney gezeigt. Im Dezember 1997 erfolgte der Spatenstich für die zukünftige Kunsthalle im Museumsquartier.

Weiters unterstützte die Kulturabteilung die Ausstellungen der Wiener Secession: z.B. Its a better world (Russischer Aktionismus), James Coleman, Thomas Reinhold, Maurizio Cattelan, X-squared, Julian Wearing, Nobuyoshi Araki und Zoe Leonard.

Folgende Vereine erhielten für ihre Jahresprogramme Subventionen der Kulturabteilung: Kunstverein Wien, Fotogalerie Wien im WUK, Berufsverband bildender Künstler Österreichs für dessen Galerie station3, das Architektur Zentrum Wien sowie das Interaktive Kindermuseum im Museumsquartier.

Zur Durchführung einzelner Projekte wurden u.a. folgende Vereine unterstützt: Gesellschaft bildender Künstler Österreichs, Künstlerhaus („China", „Alfred Hrdlicka", „Das neue Schulhaus"), Kunst im Museumsquartier (Xenia Hausner), Domerhaltungsverein St. Stephan (Alexej Jawlensky), Verein der Freunde der Galerie Krinzinger (Meret Oppenheim) und der Kunstverein Art Phalanx (The medium is the message).

Im Ausland konnten folgende Ausstellungen unterstützt werden: Margarete Schütte-Lihotzky (zum 100. Geburtstag) in Brüssel und Viktor Frankl in Nürnberg.

Die Kulturabteilung der Stadt Wien konnte 1997 die aus den eigenen Grafikbeständen zusammengestellte Ausstellung „Zu Papier gebracht" in drei Städten in Kanada (Montreal, Drummondville, Vancouver) zeigen.

## 4.) Literatur

Im Rahmen der Förderung zeitgenössischer Literatur wurden 1997 insgesamt 5.333 Bücher (97 verschiedene Titel) angekauft und 19 Zeitschriften durch Jahresabonnements (1.662 Exemplare) bezogen. Für den Buchankauf wurden S 1,263.014,40, für Zeitschriften S 536.525,- aufgewendet. 23 Verlagen wurden für die Herausgabe von Druckwerken eine Gesamtsumme von S 1,500.000,- zur Verfügung gestellt. An literarische Vereinigungen und Veranstalter wurden Subventionen in der Höhe von insgesamt S 9,465.000,- vergeben (darunter an die Grazer Autorenversammlung, den Österreichischen Schriftstellerverband, die Österreichische Gesellschaft für Literatur, den Österreichischen P.E.N.-Club und an den Hauptverband des Österreichischen Buchhandels). Neben zahlreichen Einzelveranstaltungen, die von verschiedenen Schriftstellervereinigungen durchgeführt wurden, konnten mehrere Symposien und Großveranstaltungen gefördert werden.

Mit S 3,500.000,- wurde die Durchführung der Veranstaltungsreihen „Literatur im März" und „Literatur für junge Leser", die zwischen 13. und 16. März bzw. zwischen 24. und 30. April im Museumsquartier bzw. im Palais Auersperg stattfanden, unterstützt. Dabei kamen wieder prominente Autorinnen und Autoren aus dem In- und Ausland zu Wort. Großes Interesse des Publikums und der Medien fanden auch die „Tschechischen Literaturtage", die zwischen 24. und 26. Oktober 1997 im Schauspielhaus stattfanden. Unterstützt wurde ferner u.a. das Canetti-Symposion, das von der Gesellschaft für Masse und Machtforschung organisatorisch betreut wurde. Große Beachtung fanden zudem die Aktivitäten der Schule für Dichtung in Wien, die Veranstaltung „Rund um die Burg" sowie die von der Österreichischen Gesellschaft für Literatur durchgeführten Veranstaltungen zum 100. Geburtstag von Alexander Lernet-Holenia.

Überaus positiv wurde auch 1997 die Plakataktion „Zeit für ein Gedicht" aufgenommen. Unterstützt wurde ferner die Veranstaltungsreihe „Zeitgenössische Autoren der Universität Wien", die vom Club der Universität Wien durchgeführt wurde, sowie Aktivitäten der AG Literatur, der Internationalen Albert Drach Gesellschaft und des Vereins Gruppe „Wespennest".

Im Rahmen der Canetti-Stipendien wurde an drei Wiener Schriftsteller ein Betrag von S 540.000,- vergeben. Für das „Wiener Autorenstipendium" stand ein Betrag von S 360.000,- zur Verfügung. Unter dem Titel „Literatenförderung" wurden S 680.000,- vergeben.

## 5.) Kulturelle Bezirksaktivitäten, Ehrungen

Aus dem Budget für ständige finanzielle Unterstützungen wurden 1997 etwa 100 (Zahl während des Jahres durch Todesfälle und Neugenehmigungen fluktuierend) laufende außerordentliche Zuwendungen und Ehrenpensionen an Künstler oder deren Witwen ausbezahlt.

Für einmalige Beihilfen exklusive der alljährlichen Weihnachtsaktion (S 651.000,-) wurden S 255.000,- aufgewendet, die Personen, welche sich in einer momentanen Notsituation befanden, zugute gekommen sind. Wie auch in den Vorjahren wurde die Aktion „Künstler helfen Künstlern" mit einem Betrag in der Höhe von S 750.000,- unterstützt, der den Kosten von sechs Heimplätzen in Baden entspricht.

Im Subventionsbereich sind dem Wiener Volksbildungswerk wieder drei Beträge (Grundsubvention S 9,500.000,-, Projektförderung S 4,610.000,- und für die Bezirksfestwochen S 7,500.000,-) für seine Aktivitäten zur Verfügung gestellt worden.

Im Bereich der Bezirksaktivitäten war und ist die Zielsetzung die ständige Verbesserung der kulturellen Infrastruktur und die damit verbundene Förderung der unterschiedlichsten Aktionen einer Reihe von Kulturvereinen, Gebiets-

betreuungen und ähnlichen Institutionen. Damit konnte 1997 eine besonders große Vielfalt an Angeboten für die Bevölkerung erreicht werden. Grätzlfeste, Ausstellungen und Lesungen zählten ebenso wie multikulturelle Veranstaltungen zu den geförderten Aktivitäten. Im Vordergrund stand die Unterstützung neuer Projekte, die eine kontinuierliche und qualitativ hochwertige Basiskultur gewährleisten. Damit sollte die Bevölkerung in den Bezirken in ihrer unmittelbaren Umgebung angesprochen werden.

Darüber hinaus wurden vor allem Bezirksaktivitäten gefördert, die zur Bewältigung der Fremdenfeindlichkeit und zum Kennenlernen anderer Kulturkreise beitrugen. Zu den weiteren Schwerpunkten zählte auch die Unterstützung neuer Stadtteilzentren, da gerade diese Einrichtungen in der Lage sind, rasch auf die Wünsche und Anregungen der Bevölkerung zu reagieren. Das Projekt des Vereines „Kulturnetz", das für 1995, 1996 und 1997 geplant und 1998 auf die Betreuung der Bezirke 2 und 20 ausgeweitet werden soll, bietet ein zusätzliches Service für die neuen Stadterweiterungsgebiete und Kulturinitiativen im 21. und 22. Bezirk. Die Erfolge haben bereits die Erwartungen bei weitem übertroffen und eine besonders effektive Einbindung der Bezirke in Zusammenhang mit der Initiierung neuer Vorhaben erreicht.

Eine weitere Zielsetzung bestand auch 1997 in der Förderung von Vereinen, die insbesondere für Jugendliche attraktive Veranstaltungen anbieten und ihnen damit neue Interessensgebiete eröffnen.

Da seitens der Bezirke nach wie vor die Forderung nach eigenen Kulturbudgets bestand (nunmehr wurde die gewünschte Dezentralisierung vom Gemeinderat beschlossen), wurde verstärkt auf deren Wünsche Rücksicht genommen und durch die vermehrte Gewährung von Jahressubventionen eine individuelle Gestaltung des Programmes der Kulturvereine ermöglicht.

Der Bereich der Ehrungen und Gedenktagepublizistik wurde wie im Vorjahr betreut; die Vergabe des Johann-Nestroy-Ringes, der Josef-Kainz-Medaille und der verschiedenen Preise konnte ebenso wie die Beantragung von sichtbaren Auszeichnungen auf Grund von Vorschlägen der Gedenktagebesprechungen in der üblichen Form erfolgen. Es wurden vier Ehrengräber bzw. ehrenhalber gewidmete Gräber genehmigt.

Neben der Publizierung von Gedenktagen, Kranzniederlegungen sowie der Würdigung runder Geburtstage prominenter Persönlichkeiten wurde dem Auftrag der Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und des Informationsangebotes Rechnung getragen.

### 6.) Veranstaltungsreferat, Prüfungsreferat

Im Zusammenhang mit diesen Aufgabenbereichen sind bezüglich des Berichtsjahres folgende Tätigkeiten und Aktivitäten zu erwähnen:

13. Februar bis 9. März 1997: UNESCO - Seminare: 4 Blockseminare der UNESCO-Arbeitsgemeinschaft Wien zum Thema „Schubert und seine Zeit".

15. März 1997: Internationaler Wettbewerb im Maschinschreiben.

13. bis 21. März 1997: Befähigungsprüfung für Fremdenführer.

10. bis 22. April 1997: Befähigungsprüfung für Fremdenführer.

23. bis 27. April 1997: Südtiroltage in Wien: Dabei traten die Musikkapellen Schalders, Enneberg und die Volkstanzgruppe Klobenstein im Ehrenhof des Schlosses Schönbrunn und in verschiedenen Pensionistenheimen auf. Ein Platzkonzert wurde am Michaelerplatz durchgeführt. Ein Südtirolabend mit Musik und der Präsentation von Weißweinen des Weingutes der Stadt Wien und von Rotweinen aus Südtirol fand im Festsaal des Österreichischen Volksliedwerkes mit den Gebrüdern Unterhofer und dem Malser Viergesang statt. Im Literarischen Quartier der Alten Schmiede gab es Lesungen der jungen Südtiroler Autoren Bettina Galvagni, Sabine Gruber und Kurt Lanthaler.

5. bis 7. Juni 1997: 18.Österreichisches Blasmusikfest: Insgesamt nahmen daran 35 Musikkapellen aus ganz Österreich, aus Japan, Spanien, Italien, Liechtenstein und der Slowakei teil. Am 6. Juni 1997 fand im Rahmen dieser Veranstaltung eine Marschmusikbewertung und im Anschluß daran ein Konzert im Ehrenhof des Schlosses Schönbrunn statt. Am Vormittag des 7. Juni 1997 wurden in allen Bezirken Wiens Platzkonzerte mit den teilnehmenden Kapellen durchgeführt. Am Nachmittag zogen alle Musikkapellen in einem großen Festzug vom Heldenplatz über den Ring zum Rathausplatz, wo ein gemeinsames Abschlußkonzert der Kapellen stattfand.

6. bis 7. Oktober 1997: UNESCO-Seminar: Ein Seminar der UNESCO-Arbeitsgemeinschaft Wien in Prag zum Thema „Möglichkeiten kultureller Kooperationen zwischen Wien-Prag-Brünn-Preßburg im neuen Europa" wurde durchgeführt.

3. bis 14. November 1997: Befähigungsprüfung für Fremdenführer.

8. November 1997: Faszination der Blasmusik: Bei dieser Veranstaltung in der Kurhalle Oberlaa, die gemeinsam mit dem Wiener Blasmusikverband durchgeführt wurde, zeigten 10 Blasmusikkapellen bzw. Gruppen des Wiener Blasmusikverbandes ihr Können und präsentierten speziell ihre Jugend- bzw. Nachwuchsarbeit.

14. bis 16. November 1997: 31. Wiener Walzerkonkurrenz: Das „Austrian Open 1997" des Wiener Tanzsportverbandes mit Unterstützung des Veranstaltungsreferates wurde durchgeführt.

15. November 1997: Illumination des Weihnachtsbaumes auf dem Wiener Rathausplatz: Der Baum stammte diesmal aus dem Bundesland Kärnten. Die Organisation dieser Aktion und Gestaltung des Festaktes mit der Gardemusik Wien und der Schützenmusik Metnitz, Jagdhornbläsergruppe „Ferlacher Horn", Privilegiertes Schützenkorps Metnitz, Männergesangsverein Metnitz und den Trachtenfrauen aus Metnitz wurde vom Veranstaltungsreferat durchgeführt.

28. November bis 24. Dezember 1997: Internationales Adventsingen: Dabei traten an den Adventwochenenden in den Festräumen des Rathauses jeweils am Freitag, Samstag, Sonn- und Feiertag Chöre aus Österreich, Deutschland, Spanien, Belgien, Schweiz, USA, Ukraine, Weißrußland, Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Norwegen und Großbritannien auf.

Zwischen Februar und Oktober 1997: Reihe „Treffpunkt Wien": Dabei fanden vier Veranstaltungen statt, bei denen sich jeweils eine Gruppe aus den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich, Kärnten sowie Tirol und jeweils eine Gruppe aus Wien konfrontierten und authentische Volksmusik zu Gehör brachten.

2. bis 9. Dezember 1997: Befähigungsprüfung für Tanzlehrer. Von Jänner bis Dezember 1997: Gruppenbetreuungen: Dabei wurden zahlreiche Aktivitäten bzw. Gruppenbetreuungen an verschiedenen Örtlichkeiten Wiens durchgeführt (z.B.: Auftritte von Musikkapellen und Chören an verschiedenen Plätzen in Wiener Bezirken). Dabei wurden Gruppen aus den Bundesländern und dem Ausland registriert.

Von Jänner bis Dezember 1997: Tourismusförderung: Im Rahmen der Tourismusförderung wurden etliche fremdenverkehrspolitische Gutachten für Kreditanträge von Gastgewerbebetrieben bzw. Stellungnahmen zu Fremdenverkehrsfragen abgegeben.

Von Jänner bis Dezember 1997: Auslandsaktivitäten: Dabei wurden im Rahmen der von der Abteilung unterstützten Auslandsaktivitäten Koordinationsaufgaben durchgeführt.

### 7.) Stipendienwerk der Stadt Wien

Im Rahmen des Stipendienwerkes der Stadt Wien wurden auf Grund ausführlicher Informationsgespräche mit Schülern und deren Eltern sowie mit Studierenden zahlreiche Schul-, Studienbeihilfen und Stipendien im Gesamtbetrag von S 999.000,- vergeben, wovon S 360.000,- auf 18 Arbeitsstipendien für Literatur, bildende Kunst und Komposition entfielen.

### 8.) Objekts- und Verkehrsflächenbenennungen

Von den rund 200 Geschäftsstücken, die 1997 im Referat für Verkehrs- und Objektbenennungen bearbeitet wurden, konnten 55 Anträge dem Gemeinderatsausschuß für Kultur zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

### 9.) Servicestelle für Kulturarbeit

Diese Beratungsstelle der Kulturabteilung versteht sich als Informations- und Beratungsbüro für Kulturschaffende und Veranstalter jeder Art. Diese unkonventionell und unbürokratisch agierende Servicestelle informiert über alle Förderungsmöglichkeiten, leistet Hilfe bei Projekteinreichungen und erleichtert den Kontakt mit der Kulturverwaltung. Darüber hinaus unterstützt sie durch gezielte Projektberatung die dezentrale Kulturarbeit in den Bezirken und wirkt in fachlicher Hinsicht auch bei einigen EU-Kulturprojekten mit. Erreichbar ist diese Stelle unter Telefon-Hotline 4000/Kl. 81174.

### 10) Veranstaltungsbehörde

Eine weitere wichtige und für einen geordneten Ablauf von Veranstaltungen wesentliche Tätigkeit ist jene des Behördenreferates der Abteilung. Im Jahre 1997 wurden in Vollziehung des Wiener Veranstaltungsgesetzes, des Wiener Kinogesetzes, des Wiener Tanzschulgesetzes und des Gesetzes betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens zahlreiche Verwaltungsverfahren und Verwaltungsstrafverfahren durchgeführt. Darüber hinaus mußten auf Grund von Beschwerden über Lärmbelästigungen, insbesondere verursacht durch Veranstaltungen im Freien, eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz der Anrainer gesetzt bzw. veranlaßt werden.

In Zahlen gefaßt, ergibt sich für die behördliche Tätigkeit der Abteilung im Berichtszeitraum folgendes Bild:

- Administrativakte: rd. 6.500 (hievon entfallen auf Fälle der Anmeldestelle: rd. 2.500)
- Verwaltungsstrafakte: rd. 3.200

Hinzu kommt noch eine Vielzahl von Anfragebeantwortungen und Beratungen, die zusammen mit den Aktenerledigungen auf Grund der vorhandenen Kapazitäten kaum mehr zu bewältigen sind.

Wie schon in den Vorjahren war auch 1997 das Straßenmusizieren auf bestimmten, vornehmlich den Fußgängern vorbehaltenen Flächen im Freien auf Grund einer Verordnung des Magistrates der Stadt Wien möglich. Dafür wurden von der Anmeldestelle der Abteilung mehrere tausend Platzkarten ausgestellt.

### 11) Denkmalpflege und Verwaltung

Die Objektverwaltung freiplastischer Objekte (Denkmäler, freistehende Skulpturen, Bildsäulen, Kriegerdenkmäler, Grabdenkmäler) und Gedenktafeln schließt auch die Verpflichtung zu ihrer Erhaltung ein. Diese Objekte befinden sich im Freien. Allein die Witterung macht Zeitschäden verstärkt sichtbar. Außerdem ereignen sich häufig Vandalenakte.

Es war daher auch 1997 eine Reihe restauratorischer Maßnahmen zu setzen, die im einzelnen nicht immer sehr kostenintensiv sein mußten, in der Gesamtheit aber doch einen großen finanziellen Aufwand verursachten.

Restaurierungen, Reinigungen und Wartungsarbeiten werden im Auftrag der Abteilung durch die MA 24 erledigt, die Budgetierung erfolgt durch die Abteilung.

Von der MA 24 wurden aufgewendet:

| | |
|---|---|
| S 4,010.488,46 ..... | für die Restaurierung, Sanierung, Instandhaltung und Sicherheitsüberprüfung von Denkmälern. |
| S 1,655.899,61 ..... | für die Restaurierung von Grabdenkmälern und Grabmalhainen. |
| S 335.325,60 ..... | für die Reinigung von Denkmälern. |
| S 245.172,00 ..... | für die Reinigung und Auffrischung von Gedenktafeln. |
| S 6,246.885,67 | |

## 12.) Arbeitsgemeinschaft Bezirksmuseen

Die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksmuseen wurde 1997 mit S 2,350.000,- unterstützt. Davon dienten S 1,400.000,- als Arbeitssubvention, S 950.000,- waren zur Abdeckung der Energiekosten vorgesehen.

Zusätzlich standen der Arbeitsgemeinschaft 1997 unter dem Titel „Projektförderung" S 1,100.000,- zur Verfügung. Dadurch konnten Sondervorhaben verwirklicht werden, welche die Finanzkraft der einzelnen Bezirksmuseen bei weitem überschritten hätten.

Die einzelnen Projekte in einer knappen Auflistung:

| Bezirksmuseum | Projekt | Förderung |
|---|---|---|
| Wieden | Sonderausstellung „200. Geburtstag Franz Schuberts" ..... | 40.000,- |
| Josefstadt | Der jüdischen Bevölkerung gewidmete Ausstellung „Verlorene Nachbarschaft" ..... | 30.000,- |
| Alsergrund | Veranstaltungsreihe zur Erinnerung an den 1942 im KZ Ausschwitz ermordeten Dichter und Kabarettisten Peter Hammerschlag ..... | 50.000,- |
| Favoriten | Museale Präsentation der archäologischen Grabungen um die Johanneskirche ..... | 114.500,- |
| Meidling | Übersiedlung des Bezirksmuseums Meidling ..... | 200.000,- |
| Rudolfsheim-Fünfhaus | Ausstellung „Vergnügungsstätten rund um die Mariahilfer Straße" ..... | 29.500,- |
| Hernals | Sonderausstellung „200 Jahre Lutherkirche für Währing und Hernals" ..... | 21.492,- |
| Brigittenau | Installierung der Dauerausstellung „Donaudokumentation - Wir und unsere Donau" ..... | 20.000,- |
| Donaustadt | Sonderausstellung „Schubert" ..... | 27.000,- |
| Museum Aspern - Eßling 1809 | Feier und Sonderausstellung aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens des Deutschmeister Schützenkorps ..... | 56.000,- |
| Liesing | Neugestaltung des Bezirksmuseums Liesing ..... | 30.000,- |
| ARGE | Mieten für das Bezirksmuseum Neubau und einen Arbeitsraum des Phonomuseums ..... | 170.400,- |
| ARGE | Sonderausstellungen „Krakau in alten Photographien" und „Das Schtetl" ..... | 65.400,- |
| ARGE | Anschaffung von 30 Exemplaren „Felix Czeike Historisches Lexikon" V. und letzter Band ..... | 23.520,- |
| ARGE | Auflage eines neuen Folders für die Museen der ARGE ..... | 48.940,- |
| ARGE | Herausgabe eines Ergänzungsbandes über die der ARGE angeschlossenen Sondermuseen im Anschluß an das bereits vorliegende Handbuch über die Wiener Bezirksmuseen ..... | 173.248,- |
| | | 1,100.000,- |

Die Tätigkeit der Bezirksmuseen umfaßt neben der eigentlichen Museumsarbeit auch weitere Bereiche im Veranstaltungssektor. Viele Künstler aller Sparten erhalten sehr oft zum ersten Mal die Gelegenheit, ihr Schaffen der Öffentlichkeit zu präsentieren.

## 13.) Altstadterhaltung

Seit mehr als 25 Jahren besteht die Möglichkeit, stilgemäße Wiederherstellungen und historisch materialgerechte Instandsetzungen an Häusern in Schutzzonen oder unter Denkmalschutz aus Mitteln des Wiener Altstadterhaltungsfonds zu fördern.

Jene Maßnahmen, die über eine den allgemeinen baurechtlichen Vorschriften entsprechende Erhaltung hinausgehen, stellen für den Altstadterhaltungsfonds förderbare Kosten dar. Die Förderung erfolgt im überwiegenden Teil durch Subventionen, die meist bis zu 80 Prozent, manchmal auch die Gesamtheit dieser Kosten umfassen. Ein Zuschlag zur Rundfunk- und Fernsehgebühr, der sogenannte Kulturschilling, eine Landesabgabe, ist die finanzielle Grundlage für diese Unterstützungen.

Von den bereits mit insgesamt 1,874 Millionen Schilling geförderten 3.448 Objekten wurden 1997 93 Gebäude mit einer Gesamtsumme von 122,8 Millionen Schilling bedacht.

Die Förderungsanträge werden nach einer Vorprüfung durch die Kulturabteilung einem Beirat vorgelegt, der aus Fachleuten für Denkmalpflege, Finanzfachleuten und Politikern besteht. Unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates für Kultur empfiehlt dieser dem Gemeinderat die Genehmigung der einzelnen Beiträge.

1997 bezogen sich die Förderungen in der Innenstadt nicht nur auf prominente Gebäude wie den Musikverein (Fassade Canovagasse), den Schottenhof auf der Freyung und Kirchen und Klöster, wie Franziskanerplatz 4, die Minoritenkirche, und den Stephansdom, dessen Jahresrate auf 1 Million Schilling (allein aus dem Altstadterhaltungsfonds) erhöht wurde, sondern auch auf typische Innenhöfe wie in der Dorotheergasse 12 oder auf die Unterstützung der Anfertigung altstadtgerechter Kandelaber am Heldenplatz oder die Bestandserhebung der berühmten Wienflußüberbauung im Bereich des Stadtparks. Eine erste Rate für die Bestandserhebung und Ausarbeitung von Restaurierungsvorschlägen für die Grabdenkmäler des St. Marxer Friedhofs im 3. Bezirk wurde ebenso genehmigt, wie Beiträge für die Komplettierung der Fassaden der Kirche und des Pfarrhofs am St.-Elisabeth-Platz auf der Wieden. Margareten stand 1997 im Zeichen der Renovierung der großen Gemeindebauten am Margaretengürtel, für deren stilgemäße Instandsetzung ebenso Beiträge genehmigt wurden, wie für das Haus des ehemaligen Vorwärts-Verlages in der Rechten Wienzeile. Neben Zinspalais und Bürgerhäusern in den Bezirken 6 bis 9 wurde auch die Instandsetzung der Fresken in der Lichtentaler Kirche sowie der original mit Malereien verzierten Decke des Festsaales der Bezirksvorstehung Alsergrund und der Abschluß der Instandsetzung der Markthalle in der Nußdorfer Straße (durch eine adäquate Pflasterung des Platzes daneben) mit Zuschüssen unterstützt. Die bereits dringend notwendige Instandsetzung hauptsächlich der Terrakottateile der evangelischen Pfarrkirche am Matzleinsdorfer Platz, sowie die Restaurierung weiterer Grabdenkmäler im Grabmalhain Waldmüllerpark setzten neben dem Zuschuß für eine Stadt-Wien-Wohnhausanlage die Reihe der geförderten Maßnahmen in Favoriten fort.
Der Zentralfriedhof wurde in Form einer weiteren Rate für die Dr. Karl Lueger-Gedächtniskirche berücksichtigt und in Meidling, Hietzing und Penzing wurden teilweise kleine im Stadtbild besonders romantisch wirkende Häuser unterstützt. Die besonders aufwendige Erhaltung der Backsteinfassade der Nebengebäude des Friedhofs Hernals war ebenso wie kleinere Objekte in den Bezirken Währing und Döbling ein besonderes Anliegen. Floridsdorf war in förderungsmäßiger Hinsicht besonders durch seine Pfarrkirchen Jedlersdorf und Donaufeld sowie durch den Pfarrhof Stammersdorf vertreten. Eine weitere Kirchenförderung erfolgte in der Donaustadt mit der Pfarrkirche Kagran und einem Haus im noch geschlossenen dörflichen Ensemble von Hirschstetten.

Die zukünftigen Projekte des Fonds umfassen nicht nur weitere Palais, Bürgerhäuser und dörfliche Objekte, sondern auch besonders dringende Instandsetzungen an Kirchen, wie der Otto-Wagner-Kirche auf der Baumgartner Höhe, der Votivkirche oder der Kirche St. Peter, wo durch eine Hilfe aus den Altstadterhaltungsmitteln nicht wieder gutzumachende Schäden am Kuppelfresko verhindert werden sollen.

Ein weiterer großer Teil der Mittel wird den noch immer voll im Gang befindlichen Instandsetzungen an Zwischenkriegszeit-Gemeindebauten zugute kommen, die als zum Teil einmalige, aber in jedem Fall bedeutende architekturgeschichtliche Denkmäler ihr ursprüngliches Aussehen erhalten oder wiedererlangen sollen.

## 14.) Stadtarchäologie

### A) Ausgrabungen:

#### 1) Ausgrabung Wien 1, Judenplatz

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Geschäftsgruppe Kultur- Stadtarchäologie lag wieder auf dem Judenplatz, wo im Vorjahr für die Errichtung des Mahnmals für die 65.000 ermordeten Juden Österreichs die mittelalterliche Synagoge Wiens entdeckt worden war. Die Ausgrabungsarbeiten konzentrierten sich auf die nördlichen Räume der Synagoge, die in einem unerwartet guten Erhaltungszustand vorgefunden wurden und auf das Umfeld der Synagoge. Hier waren es vor allem der eigentliche Schulhof, d.i. die Fläche zwischen den Häusern Judenplatz 7, 8 und 9 und die bei

der Ausgrabung der Synagoge zurückgestellten römischen Schichten. Parallel dazu wurden im Untergeschoß des für einen Ausstellungsraum in Betracht gezogenen Hauses Judenplatz 8 Bauuntersuchungen begonnen, mit denen die Baugeschichte des Gebäudes erfaßt werden soll. Gleichzeitig wurden die Auswertung der Befunde und die Restauration der Fundobjekte mit Nachdruck betrieben, um ein Konzept für die Ausgestaltung eines Museums zu den Ausgrabungsergebnissen erarbeiten zu können. Die Zahl der Ausgrabungsfunde ist enorm, sie werden von der „Initiative Seniorarchäologie", d. h. von freiwilligen und kostenlos arbeitenden Helfern aus der Wiener Bevölkerung restauriert.

2) Ausgrabung 10, Unterlaa

Auf dem Grundstück 229 (Sandbichler-Zavoral, EZ 16 der KG Unterlaa) wurden mit Unterstützung der „Initiative Seniorarchäologie" die Ausgrabungen fortgesetzt und die im Vorjahr berührten zum Teil sehr ausgedehnten Nebengebäude der römischen Villa freigelegt.

3) Wien 1, Churhaus

Im Zuge von Umbauarbeiten wurden im im Innenhof des Gebäudes Ausgrabungen vorgenommen, bei denen monumentale Reste der dort befindlichen, von Herzog Rudolf IV. gegründeten Bürgerschule freigelegt wurden, die allerdings nur zu einem kleinen Teil in das projektierte Geschäft einbezogen werden können. Während der Ausgrabungen wurde eine nicht detonierte russische 100 kg-Fliegerbombe gefunden, die vom Entmienungsdienst entschärft wurde.

4) Wien 3, Eslarngasse

Bei der Errichtung eines Neubaues gelang durch eine mehrwöchige Ausgrabung der Nachweis, daß sich auch auf dieser Parzelle der um die Jahrhundertwende im Bereich des Rudolfspitals entdeckte Graben eines römischen Militärlagers befand. Damit ergibt sich für die nördliche Front dieses sonst fast unbekannten Lagers eine Gesamtlänge von über 300 Metern.

5) Wien 11, Csokorgasse

Bei der Errichtung einer Wohnanlage konnten im Zuge einer mehrwöchigen Ausgrabung auf einem rund 9.900 m² großen Areal zahlreiche Grubenkomplexe und Pfostenlöcher der älteren Urnenfelderkultur untersucht werden. Diese Befunde sind einer mehrphasigen urzeitlichen Siedlung zuzuordnen. Die zu der Siedlung gehörenden Gräber wurden bereits in den dreißiger Jahren entdeckt und untersucht.

6) Wien 14, Flachgasse

Bei Bauarbeiten wurden mindestens zehn menschliche Skelette gefunden. Die von der Baufirma an die Baustelle geholte Gruppe Tatort der Wiener Polizei stellte in mindestens vier der Schädel Einschlußlöcher von Militärkarabinern und Militärpistolen fest. Trotz eines öffentlichen Aufrufes nach Zeitzeugen ergaben sich keine Hinweise auf Erschießungen an dieser Stelle. Klarheit über die Art der Verletzungen werden vielleicht die zur Zeit noch laufenden gerichtsmedizinischen Untersuchungen bringen.

B) Sonstige Aktivitäten

1)Workshop Archäologie und Computer

Am 2. Dezember wurde in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 8, 14, 19 und der Forschungsgesellschaft Wiener Stadtarchäologie eine zweite Tagung zur Koordination von historischen Ausgrabungsbefunden und historischen Stadtplänen und mit dem Ziel, einen Kulturgüterkataster aufzubauen, veranstaltet. Die 80 Teilnehmer kamen vom Bundesdenkmalamt, von Museen, Universitätsinstituten, aus den Bundesländern, aus der Schweiz und aus Deutschland. Auf Grund der eindrucksvollen Ergebnisse war die Resonanz so positiv, daß diese Tagung in einjährigem Zyklus wiederholt werden wird.

Als Tagungsbeilage wurde eine Broschüre mit den Referaten der Tagung 1996 übergeben.

2) Öffentlichkeitsarbeit

Initiative Seniorarchäologie

Diese Initiative umfaßt derzeit einen Stand von rund 590 archäologisch interessierten Laien und 50 internationale Institutionen, die am Konzept der Initiative Seniorarchäologie und an einem Erfahrungsaustausch interessiert sind. Etwa 60 Seniorarchäologen (entspricht 10%) nehmen regelmäßig an den Arbeiten der Stadtarchäologie teil. Durch die Mithilfe der Initiative Seniorarchäologie wurde es möglich, alle keramischen Funde der Ausgrabung Judenplatz zu waschen und zu beschriften sowie mit den Restaurierungsarbeiten zu beginnen. Zusätzlich wurden auch Funde anderer Grabungen (Csokorgasse, Eslarngasse, Churhaus, Oberlaa, Unterlaa) restauriert und für die wissenschaftliche




*Am 15. September 1997 wurde der Platz neben dem Burgtheater in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Häupl, Kulturstadtrat Dr. Marboe, Bezirksvorsteher Dr. Schmitz und Frau Meinrad in "Josef Meinrad-Platz" benannt.* Foto: Votava / PID




*Verleihung des "Gustav-Klimt-Preises für Plakatkunst 1997" durch Stadtrat Dr. Marboe und die Geschäftsführer der GEWISTA.*
Foto: Votava / PID

*Kulturstadtrat Dr. Marboe verlieh das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an den Präsidenten der Wiener Konzerthausgesellschaft Mag. Karsten Witt.*
Foto: Katzler / Landesbildstelle



Aufarbeitung vorbereitet. Von diesem Personenkreis wurden im Jahr 1997 über 5.300 freiwillige Arbeitsstunden geleistet. Dies entspricht einem Gegenwert von mindestens 1,2 Millionen Schilling.

Initiative Archäologie macht Schule - Schule macht Archäologie

In Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat für Wien werden Schulen aktiv in die Archäologie eingebunden. Im Rahmen von Vorträgen, gesprächsorientierten Führungen, interaktiven Projekten wird ein direkter Kontakt zwischen Archäologie und SchülerInnen hergestellt. Für die Vermittlungsarbeit des Grabungsprojektes Unterlaa wurde für SchülerInnen eine Arbeitsbroschüre (U. Piëtzka und S. Strohschneider-Laue, Achtung Archäologie - Betreten der Ausgrabung erwünscht) in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat für Wien und der Forschungsgesellschaft Wiener Stadtarchäologie erstellt. Der „Stadtmaulwurf" (S. Strohschneider-Laue, Der Stadtmaulwurf, Quiz für Juniorarchäologen) wurde in Zusammenarbeit mit der Forschungsgesellschaft Wiener Stadtarchäologie aufgelegt und in Schulen ausgegeben.

Für Unterrichtende werden Fortbildungsseminare in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien zu verschiedenen archäologischen Themen angeboten. Der 1995 als Unterrichtsmaterial geschaffene und für Schulen kostenlos entlehnbare Römerkoffer stand insgesamt 17 Schulen (maximal 14 Tage) zur Verfügung.

## Wiener Stadt- und Landesarchiv

### Stadt- und landesarchivalische Bestände

Im Berichtszeitraum kamen die umfangreichsten Neuzugänge archivreifer magistratischer Registraturbestände von der Magistratsdirektion und ihren Gruppen (Büro des Magistratsdirektors, Verwaltungsorganisation, Stadtbaudirektion, Personaldirektion), von der ehemaligen Geschäftsgruppe für Personal bzw. Verkehr, von den Magistratsabteilungen 2, 5, 7, 35, 37/10. Bezirk, 42, 46, 51, 53, 69 und vom Krankenanstaltenverbund (Allgemeines Krankenhaus: vor allem die bis in das 18. Jahrhundert zurückreichenden Direktionsakten; Gottfried von Preyer´sches Kinderspital; Wilhelminenspital). Weiters sind zu erwähnen Neuerwerbungen von der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft, von der Bezirksvorstehung für den 19. Bezirk, von den Magistratsabteilungen 31, 32 und von den Magistratischen Bezirksämtern für den 4./5. und 20. Bezirk.

Die Neuübernahmen wurden sorgfältig geordnet, gesichtet und zum größten Teil archiviert, das heißt von Faszikeln in Archivschachteln umgelegt, signiert und aufgestellt bzw. in bestehende Archivbestände eingereiht. Mit der Aufarbeitung, Erschließung, teilweisen Ausscheidung nach Bewertung und Einschachtelung war für jeden Archivbestand die Herstellung von detaillierten Bestandsverzeichnissen (Archivbehelfen) verbunden. Für spätere Archivierungen wurden genaue provisorische Aufnahmen angelegt.

Das Hauptgewicht lag dabei auf der raschen archivgemäßen Bearbeitung der Bestände der Magistratsdirektion (neueste Registraturen im Zwischenarchiv) und der Baudirektion (im Archiv getrennt aufgestellt), weiters der Personalakten (ältere Bestände der MA 2), der Registraturen der Baupolizei, der Finanz- und Kulturabteilung.

Die archivischen Aufarbeitungen nachfolgender magistratischer Registraturen seien noch hervorgehoben, da sie teilweise mit einem großen Arbeitsaufwand verbunden waren: Magistratsabteilungen 1, 15, 29 (u.a. besonders umfangreicher und wertvoller Bestand betreffend die Wienflußregulierung), 31, 32, 42 (mit Skartierungen verbunden), 53, 59 (mit Skartierungen verbunden), 63 und 69, ferner Krankenanstaltenverbund, Magistratische Bezirksämter für den 4./5., 13./14. und 20. Bezirk. Der Archivbestand der ehemaligen Abteilung für Polizeiwesen (Magistratsabteilung 7, Archivsignatur M.Abt. 255) wurde überarbeitet. Bestandsbeschreibungen für den Bereich der Gruppe wurden dem Archivinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Im Berichtszeitraum kam es, neben der Übernahme kleinerer Bestände im Bereich der Stiftungen, zur Übernahme von Aktenmaterial aus der Volksschule Wichtelgasse. Die dem Archiv von der MA 62 laufend übergebenen Stiftbriefe wurden mittels Computer erfaßt und umfangreich beschlagwortet. Aus der Volksschule Wichtelgasse wurden Schulkataloge u.ä. auch von dort gelagerten weiteren Schulen des 17. Bezirks (Rötzergasse usw.) übernommen. Der Bestand wurde in der Neustiftgasse untergebracht und ist derzeit noch nicht zugänglich.

Im Referat Gerichtsbestände nach 1850 wurden historisch interessante Akten von dem aufgelassenen Strafbezirksgericht 1966 - 1970 übernommen, vom Bezirksgericht Fünfhaus Testamente aus den Jahren 1898 - 1966 sowie Grundbücher der Katastralgemeinde Penzing, vom Bezirksgericht Döbling Verlassenschafts- und Pflegschaftsakten sowie Justizverwaltungsakten. Vom Landesgericht für Zivilrechtssachen kamen wieder Todeserklärungen und Scheidungsakten. Eine der wichtigsten Arbeiten bestand in der Ordnung und Aufnahme der über 13.000 Strafakten des Landesgerichts für Strafsachen aus dem Jahr 1946, die nun für die Benützung zugänglich sind.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Meldearchivs verlagerte sich weiter auf die Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus. Waren es 1996 noch 60 Prozent aller vom Meldearchiv bearbeiteten Anfragen, so stieg der Anteil 1997 auf rund 80 Prozent. Davon entfielen auf Meldebestätigungen zur Abgeltung materiellrechtlicher Ansprüche 2.332 an den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, 439 auf Meldebestätigun-

gen an Pensionsversicherungsanstalten zum Nachweis der Pensionsberechtigung von Personen, die 1938 emigrieren mußten, 241 wurden zugunsten von Zwangsarbeitern und 114 an die „Conference on Jewish material claims against Germany", die sich mit Rechtsansprüchen an erbenlosem und unbeanspruchtem jüdischen Vermögen in Deutschland befaßt, erteilt.

Der Klärung formalrechtlicher Ansprüche dienten 140 Meldebestätigungen zur Wiedererlangung der Österreichischen Staatsbürgerschaft für Emigranten sowie in Todeserklärungsverfahren.

Humanistischen Zwecken, wie der Klärung des Schicksals Deportierter sowie der Ermittlung von Überlebenden des Holocaust dienten 246 Meldeauskünfte an den Suchdienst des Roten Kreuzes sowie 320 Auskünfte an private Personen.

An wissenschaftlichen Anfragen aus diesem Bereich wurden 516 Aktenstücke erledigt.

Der Rest von 1.227 Anfragen verteilt sich auf Anfragen im Wege der Amtshilfe (697), Rechtsanwälte und Erbenforscher in Verlassenschaftsangelegenheiten (340), wissenschaftliche Anfragen allgemeiner Natur (140) sowie private Anfragen (50).

## Sammlungen

Im Bereich der Zentralen Archivsammlungen wurde die Neuordnung und EDV-Erfassung der landesfürstlichen Patente fortgesetzt und konnte bis zum Jahr 1690 geführt werden. Eine Anzahl von Nachlässen wurde im Zusammenhang mit Bestandsverlagerungen neu geordnet und datenbankmäßig verzeichnet, daneben wurden weitere Ordnungsarbeiten fortgeführt und verschiedene neu übernommene Dokumente, Handschriften, Urkunden und Akten eingereiht. Von den Neuerwerbungen ist besonders der umfangreiche Nachlaß von Univ.-Prof. Erich Bodzenta hervorzuheben.

In der Kartographischen Sammlung fanden die Bereitstellung von Mikrofilmen sowie die laufenden Ordnungsarbeiten ihre Fortsetzung. Weiters wurde eine Datenbank als Grundlage für die geplante Kulturkarte Donauraum der ARGE Donauländer erstellt. Neben der beträchtlichen Erweiterung des Bestandes „Stadt- bzw. Mehrzweckkarte" durch umfangreiche Übernahmen von der MA 21 B und der MA 41, der Fortführung amtlicher Kartenwerke und historischer Atlanten sowie mehreren Einzelankäufen von historischen Plänen sind unter den Neuerwerbungen vor allem ein Konvolut von Plänen der k.u.k. Hofoper (Widmung durch Univ.-Prof. Weinlich) und die Materialien des „Planungsteam Grinzing" für den „Grinzing-Plan" (Dauerleihgabe) zu nennen.

Die laufende Inventarisierung der Fotosammlung mittels Access-Datenbank und die Bestandsüberprüfung mit gleichzeitiger Umstellung auf Pergaminkuvertierung wurde fortgesetzt. Für eine künftige magistratsweite Fotodatenbank wurden umfangreiche Vorarbeiten im Hinblick auf eine einheitliche Beschlagwortung geleistet. Eine Erweiterung erfuhr die Sammlung vor allem durch die Übernahme zahlreicher terrestrischer Aufnahmen der MA 41, aus dem Bestand der Historischen Kommission und aus Übergaben privater Spender.

Die Dokumentation der Topographischen Dokumentation wurde durch laufende Einarbeitung von Literatur und Zeitungsberichten aktualisiert, die objektbezogene Erfassung von Archivalien konnte für den 8. Bezirk begonnen werden. Der Aufbau einer Datenbank für Adreßkonkordanzen konnte für den 5. Bezirk abgeschlossen werden, die Fortsetzung mit dem 3. Bezirk wurde begonnen. Ebenso wurde eine Schlagwortdatenbank erstellt.

In gleicher Weise wurde die Biographische Dokumentation durch ständiges Einarbeiten von Literatur und Zeitungsberichten erweitert, die Karteien der Ehrungen und der Ehrengräber wurden evident gehalten. Der Aufbau einer Datenbank wurde fortgesetzt.

Im Zuge von Spenden seitens der Bevölkerung hat die Historische Kommission verschiedene zeitgeschichtliche Fotos, Dokumente, Erlebnisberichte usw. erhalten. Die Aufnahme und Beschlagwortung wurde fortgesetzt. Mit der Architektin Margarete Schütte-Lihotzky konnte ein mehrstündiges Interview geführt werden.

## Öffentlichkeitsarbeit

Auch im Jahr 1997 vollzog sich der größte Teil der Serviceleistungen des Archivs der Öffentlichkeit gegenüber im archiveigenen Benützerraum. In diesem Jahr wurden 5.534 Archivbenützungen im Benützerraum gezählt, im selben Zeitraum wurden 1.847 telefonische Anfragen registriert. Im Hinblick auf den Gegenstand der Recherchen standen auch dieses Jahr die wissenschaftlichen Forschungen an vorderster Stelle, gefolgt von Familienforschung und Rechtshilfen.

Die Zahl der Archivbenützer belief sich auf 1.617. Ein- bis zehnmal suchten 1.352 Besucher den Benützerraum auf, das sind 83,6 Prozent; 101 Besucher zehn- bis zwanzigmal, das sind 6,25 Prozent, 15 Besucher kamen zwanzig- bis dreißigmal (0,93 %), ebensoviele Besucher (15) frequentierten den Benützerraum dreißigmal und darüber (0,93 %). Mehrheitlich stammten die Archivbenützer aus Wien (1.071 oder 71,4 %), aus anderen österreichischen Bundesländern besuchten 230 Besucher (15,33 %) das Archiv, aus dem Ausland stammten 184 Besucher (12,27 %). Während des Berichtszeitraumes suchten 15 aus anderen Magistratsabteilungen stammende MitarbeiterInnen (1 %) den Benützerraum auf.

Auch im Berichtszeitraum mußten für den Benützerraum eine große Menge an Archivalien zu Forschungszwecken ausgehoben werden. Diese verteilen sich zu 32,34 Prozent auf landesarchivalische Bestände, zu 25,84 Prozent auf stadtarchivalische Bestände und zu 41,82 Prozent auf Sammlungsbestände sowie auf die Archivbibliothek. Infolge der Tatsache, daß das Archiv auf nicht weniger als 11 Standorte (Rathaus und Außenstellen) aufgeteilt ist, stellt der Archivalientransport nicht nur ein großes Problem in Hinsicht der konservatorischen Sicherheit der Archivalien dar, er beansprucht auch viel Zeit und Arbeitskapazität. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 1.636 Transporte durchgeführt, wobei 803 (49,08 %) die im Rathaus selbst gelegenen Depots und 833 (50,92 %) die außerhalb des Rathauses gelegenen betrafen.

Auf dem Sektor Medienkontakte des Archivs konnte die in den letzten Jahren zufriedenstellende Entwicklung beibehalten werden. Auch 1997 erschienen zahlreiche Berichte in Radio und Fernsehen, aber auch in den Printmedien über die im Berichtszeitraum präsentierten Ausstellungen des Archivs. Einige Mitarbeiter des Archivs wurden in ihrer Funktion als Gestalter von Ausstellungen zu Interviews in Radio und Fernsehen herangezogen. Die jeweils drei pro Jahr vom Archiv präsentierten Kleinausstellungen wurden auch 1997 in den vor den Räumlichkeiten des Archivs angebrachten beleuchteten Vitrinen (ergänzt durch sechs ebenfalls beleuchtete Stellwände) gezeigt. Die Themen der im Berichtszeitraum gezeigten Ausstellungen waren: „Die Entstehung der Unmbarmherzigkeit - Randgruppen und Außenseiter in Wien vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert", „Wiener Schubert-Gedenkstätten" und „Reiselust-Ausgangspunkt Wien". Die Ausstellung über die Schubert-Gedenkstätten wurde im Arkadenhof des Wiener Rathauses gezeigt, nach der Präsentation im Rathaus war diese Ausstellung noch an zwei Wiener Schulen (Kollegium Kalksburg, Wien 23 und Bundesgymnasium Wien III) für jeweils einige Wochen zu sehen. Außerhalb des regulären Ausstellungsprogrammes zeigte das Archiv im Berichtszeitraum auch noch die Ausstellung „Die Nachbarn von Altmannsdorf".

Die Zahl der Führungen und Archivpräsentationen (Schulklassen, Studenten, private Gruppen usw.) lag auch im Berichtszeitraum, ähnlich wie 1996, deutlich über der vergangener Jahre. Dies ist wohl auf eine Kooperation mit dem Wiener Stadtschulrat (Fachinspektorat für Musikerzieher) zurückzuführen sowie auf die Tatsache, daß es zwei musikhistorische Ausstellungen waren (die Ausstellungen über Anton Bruckner im Jahr 1996 und die 1997 gezeigte Schau über Schubert-Gedenkstätten), die von zahlreichen Wiener Schulklassen besucht wurden.

Auch im Berichtszeitraum leistete die Archivwerkstätte wieder wertvolle Hilfestellungen bei den Ausstellungsgestaltungen. Daneben wurden die laufenden Restaurierungsarbeiten an Urkunden, Plänen, Grundbüchern usw. weitergeführt. Neben dem Binden von rund 380 Büchern konnten an die 400 Restaurierungsarbeiten (Restaurierungen von Urkunden, Plänen, Grundbüchern, Schematismen, Aufkaschieren von Bildern, Einfärben von Ausstellungsobjekten u.ä.) an einzelnen Objekten durchgeführt werden.

## Organisation und Zwischenarchiv

Die Erneuerung der Fahrregalanlage am Dachboden des Rathauses wurde abgeschlossen und hat eine leichte Erhöhung der Raumkapazität gebracht. Verschiedene Versuche, eine Verbesserung der Raumsituation - im allgemeinen wie auch insbesondere der des Meldearchivs - zu erreichen, sind leider entweder an der Größe oder den baulichen Gegebenheiten bei den angebotenen Räumen gescheitert.

Die Ausstattung mit EDV-Geräten konnte sowohl zahlenmäßig als auch technisch wieder verbessert werden, wobei der Einsatz von Personalcomputern die alten Terminals weitgehend abgelöst hat, und mit Windows 95 weitestgehend eine einheitliche Plattform erzielt wurde. Mit dem Standort Doblhoffgasse konnte auch eine Außenstelle an das PC-Netz angeschlossen werden.

Als einer der wesentlichen Interessenten hat das Archiv intensiv an der Konzeption einer magistratsweiten Bilddatenbank mitgewirkt.

Besonderes Augenmerk galt der Verstärkung des Problembewußtseins der Verantwortlichen bei der Sicherung der digitalen Überlieferung für die Zukunft.

## Archivbibliothek

Der Bestand der Bibliothek wurde im Jahr 1997 um 1.818 Druckwerke erweitert, wobei 845 Bände als Geschenk, 314 Bände im Tausch und 659 Bände als Ankauf einlangten. Somit ergab sich mit Jahresende ein Gesamtbestand von 92.246 Bänden.

Der Generalindex zu den Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Stadt Wien wurde mit dem Jahr 1997 weitergeführt.

## Dokumentation

Der Schwerpunkt der Arbeiten am Landtags- und Gemeinderatsindex lag auf dem Abschluß der Erfassungs- und Erschließungsarbeiten für die Funktionsperiode 1991 - 1996. Auf Grund der Veränderungen im Zuge der Gemeinderatswahlen 1991 hatte sich der Umfang des zu bearbeitenden Materials im Vergleich zur vorhergehenden Periode mehr als verdoppelt. Im Referat Parteien, Verbände und Initiativgruppen wurden laufend Publikationen, Periodika, Plakate usw. von politischen Parteien, Verbänden und neuen sozialen Bewegungen gesammelt, inhaltlich erschlossen

und damit für Interessenten zugänglich gemacht. Zusätzlich wurde übernommenes Material speziellen Sammlungsbeständen zugeordnet.

### Historische Atlanten

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten an der für 1998 geplanten 6. Lieferung des Historischen Atlas von Wien fortgesetzt. Die zeitaufwendige Digitalisierung des Katasters 1920 als Grundkarte für die Themen Baualter 1920 und Hauserträge 1914 ist für die zur Publikation vorgesehenen Bezirke abgeschlossen. Zusätzlich zu diesen beiden Themen wird für jeden Bezirk auch eine Flächennutzungskarte 1920 publiziert. Die übrigen für die 6. Lieferung vorgesehenen Karten, vor allem über die Entwicklung des Straßenbahnnetzes und die Standorte kultureller Einrichtungen stehen kurz vor der Fertigstellung. 1997 erschien der 2. Teil der 5. Lieferung des Österreichischen Städteatlas mit den Städten Eferding, Korneuburg, Maissau, Retz und Villach. Am 1. Teil der 6. Lieferung, der die Städte Bad Aussee, Baden, Feldkirch, Laa/Thaya und Schwaz umfassen soll, wird gearbeitet.

### Kanzlei

Im Kanzleibereich wurden 1.140 Schriftstücke protokolliert, 10.029 Poststücke ausgefertigt und versendet sowie 388 Rechnungen bearbeitet. Außerdem langten 1.869 Aktenanforderungen ein, und schließlich mußten 774 Verträge bzw. 390 Schuldscheine der Stadt Wien computerunterstützt erfaßt und indiziert werden.

In der Kanzlei der Abteilung wurden auch die Sekretariatsangelegenheiten der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien abgewickelt. Von den 214 eingereichten Projekten wurden 113 mit insgesamt 8,167.116 Schilling gefördert.

## Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek, wie das gesamte moderne Bibliothekswesen, steht am Ende dieses Jahrtausends in einer Situation des Umbruchs, wie sie in diesem Ausmaß seit der Erfindung des Buchdrucks kein vergleichbares Beispiel hat. Die Möglichkeiten der neuen elektronischen Medien ersetzen schrittweise die traditionellen Methoden der Katalogisierung und der Suche in den Bibliothekskatalogen. Neue, auf elektronischem Wege abrufbare Informationen über den Buchbestand, bieten den Leserinnen und Lesern naturgemäß weitergehende und umfassendere Recherchemöglichkeiten als dies in den alten Zettelkatalogen der Fall sein konnte. In Einzelfällen ist es auch schon möglich - und der Zukunftstrend geht in diese Richtung -, daß einzelne Texte und Dokumente nicht mehr in einer Bibliothek selbst eingesehen werden müssen, sondern auf elektronischem Wege abgerufen werden können. Dies fördert nicht zuletzt der Siegeszug des Internet, das sich keineswegs mehr auf einen Kreis von Spezialbenützern beschränkt, sondern zu einem Massenphänomen geworden ist und dessen Möglichkeiten immer stärker genutzt werden. Auf diesem Sektor sind in den nächsten Jahren die größten Veränderungen und Entwicklungen zu erwarten.

Eine Bibliothek wie die Wiener Stadt- und Landesbibliothek, die nicht nur die drittgrößte geisteswissenschaftliche Bibliothek Wiens ist, sondern mit den in ihrer Art einzigartigen Spezialbeständen weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt ist, muß auf diese Entwicklung reagieren und hat sich seit geraumer Zeit auch auf die neue Situation vorbereitet. Die große Zahl interessierter Benutzerinnen und Benutzer aus dem In- und Ausland nimmt auch verstärkt die neuen elektronischen Angebote der Bibliothek zusätzlich zu den traditionellen Arbeitsmöglichkeiten wahr.

Seit 1990 wird der Katalog der Druckschriftensammlung auf EDV-Basis geführt, wobei nicht nur die Neuerwerbungen eingespeist werden, sondern stufenweise auch der Buchaltbestand aufgenommen wird. Derzeit sind hier etwa 150.000 Titel abfragbar (von denen fast ein Drittel im Laufe des Jahres 1997 eingegeben wurde), die Retroerfassung ist bereits beim Buchstaben K angelangt. Im Rahmen der Digitalisierung der Bibliothekskataloge wurden zusätzlich die Kataloge der Druckschriften- und der Handschriftensammlung sowie der Zeitungsdokumentation, insgesamt rund 1,4 Millionen Katalogzettel, gescannt. Um diese Katalogzettel mit bibliographischen Daten in dem von der Abteilung verwendeten Bibliothekssystem BIS-C verknüpfen zu können, wurde für BIS-C eine Multimedia-Schnittstelle erworben, welche die Verknüpfung von Katalogdaten mit Bilddaten erlaubt. Eine Internetlösung für die Suche in den gescannten Karten ist für 1998 geplant. Für den gescannten Katalog der Zeitungsdokumentation wurden die Voraussetzungen für eine Volltexterfassung geschaffen, um für diesen für Wien so wertvollen Katalog bessere Suchmöglichkeiten zu schaffen.

Ferner hat die Abteilung Kontakt mit anderen Magistratsabteilungen aufgenommen und diesen angeboten, die Software BIS-C ebenfalls zu verwenden. Dies stellt eine sehr kostengünstige Lösung dar, weil von den entsprechenden Abteilungen keine eigene Software erworben werden muß und eine spätere Migration von Daten vereinfacht wird.

Außerdem ist so ein leichterer Nachweis über die im Bereich des Magistrates gesammelten Druckwerke möglich. 1997 wurden diesbezüglich Vereinbarungen mit der MA 8 und der MA 57 getroffen; weitere werden in Zukunft hoffentlich folgen.

Außerdem wurden mehrere Projekte entwickelt, um die in der Bibliothek verwahrten einzigartigen Quellen zur Geschichte und Kultur von Wien in ein elektronisches Format zu konvertieren und über Internet allgemein zugänglich zu machen. In Angriff genommen wurde bereits die Digitalisierung der Flugschriften zur Revolution 1848 in Wien. Auch das äußerst wichtige Verzeichnis „Die Nachlässe in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek", das über die Kernbestände der Handschriften- und Musiksammlung sowie über die in der Druckschriftensammlung vorhandenen Nachlaßteile informiert, wird 1998 auf elektronischem Wege zugänglich gemacht werden. Schließlich wurden die Arbeiten für die neue Homepage der Abteilung im Internet 1997 abgeschlossen; sie wird Anfang 1998 zunächst in Wien intern und wenig später in Wien online zur Verfügung stehen. Neben dem Bestreben, die Benützung der Bibliothek in allen Bereichen immer effizienter, zugleich aber auch möglichst einfach zu gestalten, hat die Wiener Stadt- und Landesbibliothek auch 1997 ihre wesentliche Aufgabe wahrgenommen: den Bestand gezielt weiter auszubauen und einzelne Sammelbereiche ausschnittsweise auch einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. - Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die drückende Platznot, unter der die Bibliothek in allen ihren Sammelbereichen seit Jahren leidet, sich in einer Weise verstärkt hat, die alarmierend ist. Projekte für ein neues Bücher-, Handschriften- und Plakatdepot, die in den letzten Jahren von der Bibliothek entwickelt wurden, konnten bis jetzt aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden. Es muß damit gerechnet werden, daß - wenn nicht ehebaldigst durch die Schaffung eines großzügigen Depots Wachsraum für die nächsten Dezennien gesichert ist, die Sammel- und Servicetätigkeit der Bibliothek in ihrem bisherigen Umfang nicht mehr geleistet werden kann.

Da der Direktor der Wiener Stadt- und Landesbibliothek seit September 1996 gewählter Präsident der „Vereinigung österreichischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare" (VÖB) ist, ist auch die Sekretariatsarbeit dieser Standesvertretung auf die Abteilung übergegangen. Allerdings kann die gesamte Sekretariats- und Publikationstätigkeit der VÖB nicht von der Abteilung allein bewältigt werden, so daß einige Tätigkeitsbereiche nach wie vor an der Universitätsbibliothek Innsbruck abgewickelt werden, deren Direktor zuvor die Präsidentschaft innehatte.

Auch im Jahr 1997 setzte die Wiener Stadt- und Landesbibliothek ihre Tradition fort, in Ausstellungen wichtige Bibliotheksbestände in einem thematischen Zusammenhang einer größeren Öffentlichkeit zu präsentieren. Hier ist vor allem die Ausstellung „Schubert '97. Aus Heliopolis - Nachtviolen - Wasserfluth" zu nennen, die aus Anlaß des 200. Geburtstages von Franz Schubert im Historischen Museum der Stadt Wien präsentiert wurde. Immerhin verwahrt die Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek den weltweit größten Bestand an Schubert-Autographen. Neben dieser Großausstellung wurden auch am Bibliotheksgang kleinere Ausstellungen gezeigt, die sich nicht nur bei den Bibliotheksbesuchern eines interessierten Publikums erfreuen. 1997 lief noch „An der schönen blauen Donau. Donaupanoramen und -führer im Laufe der Zeit", in der die Bibliothek eine Auswahl aus ihren umfangreichen Beständen an Reiseführern und Reiseliteratur der letzten Jahrhunderte vorstellen konnte. Dann folgte mit „Nicolaus Dumba. Porträt eines Mäzens" ein Gedenken an jenen Mann, der mit seiner testamentarischen Schenkung von etwa 200 Schubert-Autographen im Jahre 1900 den Grundstein nicht nur für die Schubert-Sammlung sondern auch für den organisatorischen Aufbau einer eigenen Musiksammlung innerhalb der Wiener Stadtbibliothek gelegt hatte. Schließlich wurde mit „Die Auswahl ist riesengroß!" ein weniger bekannter Bibliotheksbestand der Öffentlichkeit präsentiert: Wiener Geschäftskataloge vor allem des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Es ist dies ein Ausflug in die heute so dominante Welt der Werbung.

Die Bibliothek war aber auch mit wertvollen Leihgaben bei zahlreichen Ausstellungen anderer Veranstalter im In- und Ausland vertreten. Die wichtigsten davon waren die große Ausstellung der Schubertiade Feldkirch „Schubert. 200 Jahre" auf Schloß Achberg, für die wertvolle Autographe von Schubert und seinem Umkreis zur Verfügung gestellt wurden, „Schubert und das Lied - Goethe" in Düsseldorf, „Mythen der Nation" in Berlin, die Kärntner Landesausstellung „alles jagd", „Kunst des Faksimile" in Budapest, „Schubert und die Bühne" im Österreichischen Theatermuseum, „Götterspeisen" in der Hermesvilla, „Arbeiterbilder" in Linz und zwei Ausstellungen zum 100.Geburtstag von Alexander Lernet-Holenia.

Bei einer Präsentation österreichischer Literaturarchive in Salzburg konnte die Handschriftensammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek bedeutende Autographe aus ihren Beständen von Grillparzer, Nestroy und Raimund bis zu Karl Kraus, Thomas Bernhard und Friederike Mayröcker zeigen.

An eigenen Publikationen erschien 1997 neben den Katalogen zu den von der Bibliothek veranstalteten Ausstellungen der abschließende vierte Band der kommentierten Edition der Prozeßakten aus dem Karl-Kraus-Archiv: „Karl Kraus contra ... Die Prozeßakten der Kanzlei Oskar Samek (1934 - 1936)". Diese Edition ist ein wichtiger Beitrag zur Kraus-Forschung und wurde bereits im In- und Ausland entsprechend gewürdigt. Auch die Arbeiten am „Strauß-Elementar-Verzeichnis" wurden fortgesetzt.

Beim Buchankauf in der Druckschriftensammlung lag das Schwergewicht auf der aktuellen Literatur aus der österreichischen und internationalen Buchproduktion entsprechend den Sammelbestimmungen der Bibliothek (Viennensia, Austriaca, Juridica, Varia). Es konnten 1997 aber auch eine Reihe älterer Bücher aus dem Antiquariat erworben werden, von denen das wertvollste ein Werk über das Feuerwerkswesen im alten Wien mit zahlreichen Kupfern war, das bei einem Hamburger Antiquariat angekauft wurde. Vom Marktamt wurde ein größeres Konvolut von Kundmachungen und Maueranschlägen erworben.

Zu den Spezialkatalogen der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, die immer wieder gerne von Studenten, wissenschaftlichen Lesern und Medienvertretern herangezogen werden, gehört auch der Zeitungsindex, der in den Tageszeitungen (seit 1900) Auskunft über Wiener Ereignisse gibt. Er umfaßt mit Ende 1997 über 428.000 Karteikarten.

Auch 1997 konnte die Handschriftensammlung ihre Bestände gezielt um wichtige Materialien zur Literatur-, Kultur- und Geistesgeschichte erweitern. Ein großer Korrespondenzbestand aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts stammt von der Theateragentur Wild, außerdem wurde eine umfangreiche Sammlung von Autographen und Dokumenten zu Peter Altenberg erworben. Auch der literarische Nachlaß der Schriftstellerin Hertha Staub erfuhr eine wichtige Ergänzung. Am material- und umfangreichsten war der dritte Teil des Nachlasses von Max Mell. Dazu kamen noch umfangreichere Autographenbestände der Komponisten Franz Lehár und Wilhelm Kienzl sowie der theatralische Nachlaß von Ernst Waldbrunn. Ein Teil des Nachlasses des Historikers Ernst Benedikt rundet die größeren Erwerbungen dieses Jahres ab.

Wichtig war aber auch der Ankauf von Einzelautographen, mit dem die Bestände der Handschriftensammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek gezielt vermehrt wurden. Es finden sich darunter Handschriften der Schriftsteller Peter Altenberg, Hermann Bahr, Eduard Bauernfeld, Marie Ebner-Eschenbach, Franz Grillparzer, Ferdinand Kürnberger, Nikolaus Lenau, Friederike Mayröcker und Ferdinand Saar, der Komponisten Ralph Benatzky, Johann Strauß und Richard Wagner sowie ein Tagebuch des Musikschriftstellers Richard Specht, Korrespondenzstücke des Malers Oskar Kokoschka und des Erzherzogs Johann und - aus dem Theaterbereich - von Käthe Dorsch und Werner Krauss.

Im Zuge der Neuaufstellung der Briefautographe in säurefreie Autographenmappen und Cahiers wurden 1997 5.409 Mappen revidiert, die Autographe in neue Mappen gelegt und diese neu beschriftet. Damit ist die Neuaufstellung der Korrespondenzstücke abgeschlossen. Seit Juni 1991 sind damit insgesamt 35.481 Mappen erneuert und deren Inhalt einer Revision unterzogen worden. Mit Ende des Jahres wurde außerdem mit der Überprüfung der sogenannten Nachlaßstücke (Lyrik, Prosa, dramatische Werke, Tagebücher, Dokumente usw.) begonnen.

Der Musiksammlung gelang es im Schubert-Jahr 1997 ihre Sammlung von Notenautographen dieses Komponisten, die den diesbezüglich weltweit umfangreichsten und bedeutendsten Bestand darstellt, um eine Reihe wertvoller Einzelstücke zu erweitern. Es wurden nicht nur die Autographe der Lieder „Der Geistertanz" (D 15), „Jägers Abendlied" (D 215) und „Meeresstille" (D 215 A) sowie „Der Alpenjäger" (D 588) angekauft, sondern auch die zweier Klaviertänze (D 366 und 783), der Fuge D 13 und vor allem des Streichquartetts D 68. Aber auch andere Sammelgebiete konnten erweitert werden. Von Carl Millöcker wurden die musikalischen Skizzen zweier Bühnenwerke erworben, wozu noch ein Teilnachlaß von Franz Lehár und eine umfangreiche Sammlung von Orchestermaterialien, Stimmen und Bearbeitungen von Tanz- und Unterhaltungsmusik des 19. Jahrhunderts kam. Außerdem wurden Einzelautographe von Edmund Eysler, Oscar Straus und Heinrich Reinhardt angekauft. Mitarbeiter der Sammlung haben auch an Symposien und Kongressen (Deutschland, Japan) teilgenommen; weiters wurden in Zusammenarbeit mit der Wiener Universität Seminare über Musikbibliotheks- und -archivwesen abgehalten.

Im Jahr 1997 konnte die Plakatsammlung das bereits im September 1996 begonnene Projekt, die Neuzugänge an Plakaten sofort in Form von Mikrodiapositiven in Farbe zu verfilmen, zügig weiterführen, so daß die Sammlung ständig auf dem laufenden ist. Es wurden rund 5.200 Plakate in etwa 9.600 Teilen verfilmt, in Filmkarten montiert und signiert. Zum Nachweis der Plakate wurde eine sehr einfache Computerdatei erstellt, in der jedes einzelne Plakat mit größtmöglicher Genauigkeit verzeichnet ist. 1.262 Signaturen aus dem Bereich der Kriegswirtschaft (1914 - 1918) wurden ebenfalls in Form einer solchen Datei erschlossen und sind damit leicht auffindbar.

Unter den Neuerwerbungen ist ein nicht sehr umfangreicher, aber wichtiger und interessanter Zuwachs hervorzuheben, ein Konvolut von Plakaten des für seine aggressive Werbung und seine Auseinandersetzung mit Karl Kraus bekannten sogenannten „Goldfüllfederkönigs" aus den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts.

## Museen der Stadt Wien

Ausstellungen und Sonderaktionen

Der 200. Wiederkehr des Geburtstages von Franz Schubert war eine besondere Installation im Historischen Museum unter dem Titel „Franz Schubert. Aus Heliopolis - Nachtviolen - Wasserfluth" vom 8. Mai bis 31. August gewidmet. Die Schau entstand in Zusammenarbeit mit der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, der Musikwissenschafter Otto Brusatti erstellte das inhaltliche Konzept. Mit der Gestaltung war der Architekt Hermann Czech betraut. Durch auf Folien aufgebrachte, frei im Raum hängende Text- und Notenbeispiele wurde Schuberts künstlerische Hinterlassenschaft - rund 1.000 Musikwerke, an Hand des Deutsch-Verzeichnisses gereiht - visuell erfaßbar und erlebbar gemacht. Autographe, Notenerstdrucke, Dokumente, Texte sowie für die Besucher selbst abwählbare „Musik zum Hören" ergänzten die Schau. Das umfangreiche Musikprogramm stellten die Sponsoren Sony Austria GmbH, Sony Classical und Deutsche Grammophon zur Verfügung. Ein bibliophiles

Begleitbuch mit Faksimiles wurde herausgegeben. Die Ausstellung, für die das gesamte 2. Stockwerk und ein Teil des 1. Stockwerks des Historischen Museums herangezogen wurden, war mittels einer eigenen Rampe vom Vorplatz des Museums aus erreichbar. Mit der Eintrittskarte konnten auch die Schubert - Gedenkstätten „Geburtshaus" und „Sterbewohnung" besichtigt werden. Im Konzertsaal des Geburtshauses fanden zahlreiche Musikveranstaltungen zum Schubert-Jahr statt. Aus dem Privatbesitz des Pianisten Fritz Brucker erhielten die Museen der Stadt Wien einen Bösendorfer-Flügel als Dauerleihgabe. Die Übernahme des Flügels wurde mit musikalischen Darbietungen und der festlichen Präsentation der neu geschaffenen Farblithographie „Schubert 200" von Kurt Kramer kombiniert.

Anläßlich der Weihe des Stephansdomes vor 850 Jahren wurde gemeinsam mit dem Dom- und Diözesankapitel St. Stephan die Ausstellung „850 Jahre St. Stephan - Symbol und Mitte in Wien 1147 - 1997" im Stephansdom und im Historischen Museum vom 24. April bis 31. August veranstaltet. Das wissenschaftliche Konzept setzte der Dombaumeister Wolfgang Zehetner architektonisch um. In vier Bereichen des Domes (Westempore, Barbarakapelle, Reliquienkammer und Friedrichsgrab) waren zahlreiche Kunstwerke der Schatz- und Reliquienkammer zum ersten Mal sowie Baudenkmäler aus nächster Nähe zu sehen. Im Erdgeschoß des Historischen Museums wurde die Geschichte des Domes an Hand von rund 400 Objekten, darunter die Stiftungsurkunde Rudolfs IV., originale Glasfenster und Skulpturen sowie das Dommodell von Carl Ferdinand Schropp, dargestellt. Zur Eröffnung konzelebrierten Erzbischof Christoph Schönborn und der Passauer Bischof Franz Xaver Eder einen Festgottesdienst im Dom. Mehrere Konzerte begleiteten die Ausstellung. Beide Schauplätze waren mit einer kombinierten Eintrittskarte, die auch zu einer U1-Freifahrt zwischen Stephansplatz und Karlsplatz berechtigte, zu besichtigen.

Im Historischen Museum fanden weiters die Ausstellungen „Walter Schmögner. Retrospektive 1963 - 1996" vom 23. Jänner bis 30. März im gesamten Erdgeschoß, „Eduard von Engerth 1818 - 1897" vom 18. September bis 16. November im 2. Stockwerk, „Carl Auböck 1900 - 1957, Maler und Designer" vom 25. September bis 23. November und „Papierspiel und Bilderbogen aus Tokio und Wien 1780 - 1880" ab 4. Dezember (Dauer bis 15. Februar 1998) im Sonderausstellungsraum im Erdgeschoß sowie „Friedrich Kiesler 1890 - 1965" ab 12. Dezember (Dauer bis 1. März 1998) im 2. Stockwerk statt.

Unter dem Titel „Götterspeisen - Vom Mythos zum Big Mäc" lief die Jahresausstellung in der Hermesvilla ab 20. März (Dauer bis 1. März 1998). In Begleitveranstaltungen zu dieser Ausstellung, die auf die Geschichte des Essens, auf Eßkultur und Eßrituale aus allen Kontinenten ausgerichtet war, wurden den Besuchern auch kulinarische Kostproben gereicht. Im Schauraum der Modesammlung wurde am 21. Mai die Ausstellung „Benjamin, ich hab´ nichts anzuzieh´n - Wiener Damenmode 1920 - 1930" eröffnet (Dauer bis 26. Dezember 1999). In der Otto-Wagner-Haltestelle Karlsplatz waren die Ausstellungen „Otto Trubel - Momente eines Malerlebens" vom 19. Juni bis 3. Oktober und „Willy Puchner" vom 4. bis 31. Oktober zu sehen. In der Virgilkapelle fand vom 11. bis 14. Dezember die Veranstaltung „Der tanzende Pinsel - Tanz. Malerei. Musik" von Roman Scheidl mit Liveprogrammen statt.

Im Ausland gastierte das Historische Museum mit der Schau „Die Geschichte und die schönen Künste der Stadt Wien - die Haupt- und Residenzstadt der Habsburger" vom 19. April bis 15. Juni im Stadtmuseum in Nagoya, mit der Ausstellung „Egon Schiele" vom 12. September bis 5. Oktober im Palazzo Todesco in Rovereto und 5. bis 28. November im Österreichischen Kulturinstitut in Mailand sowie mit der Ausstellung „Karikatur ohne Zensur 1848 aus Wien" vom 15. November bis 31. Dezember in der Stadtbibliothek Rouen.

Die im Vorjahr in Wien, Jerusalem und London gezeigte Ausstellung „Judenplatz Wien 1996. Mahnmal und Gedenkstätte für die jüdischen Opfer des Naziregimes in Österreich" mit Modellen des Wettbewerbs, aus dem Rachel Whiteread als Siegerin hervorging, war vom 23. Jänner bis 27. April in Berlin zu sehen. Am Judenplatz fanden kostenlose Führungen zu den freigelegten Bauresten der mittelalterlichen Or-Sarua-Synagoge statt. Seitens der Bauabteilungen der Stadt Wien wurden Baustellenabsicherungen und eine Gehsteigverbreiterung im Bereich der Ausgrabungsstätte veranlaßt.

Schwerpunkte im museumsdidaktischen Programm für Schulen und Freizeit (Familiensonntage, Ferienspiel) bildeten in diesem Jahr die beiden Themen „Franz Schubert und die Zeit des Biedermeier" sowie „850 Jahre St. Stephan". Zusätzlich wurden auch Lehrveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer abgehalten, um die Angebote des Historischen Museums (Spezialführungen wie z. B. „Lieber Augustin und Co." zur Wiener Alltagsgeschichte und zu fächerübergreifenden Themen) in seiner Gesamtheit mit den Gedenkstätten vorzustellen. Ein umfangreiches Vermittlungsangebot zum Thema „Franz Schubert und seine Freunde" für Kindergärten, Schulen und Horte gab es in der Schubert-Gedenkstätte „Geburtshaus" und im Uhrenmuseum. Zu den Führungen konnten die Kinder und Jugendlichen nach ihrer Wahl ein „Aktionsprogramm" in den Fachbereichen Tanz, Lied, Mode, Kleidung und Spiel aussuchen oder mit einem „Museumsdetektivbogen" selbst auf historische Spurensuche gehen. Bei den Freizeitangeboten erreichten die Familiensonntage mit ihrem abwechslungsreichen Programm in der Schubert-Gedenkstätte „Geburtshaus" das Maximum an Auslastung, so daß die Familienkonzerte ununterbrochen wiederholt werden mußten (16. März „Zu Besuch bei Franz Schubert": 240 Kinder und 220 Erwachsene; 20. April „Schubertiade für Kinder": 413 Kinder und 387 Erwachsene). Die Ferienspielaktion „Geheimnisvoller Stephansdom" vom 26. bis 28. August in der Ausstellung „850 Jahre St. Stephan" im Historischen Museum wies ein umfangreiches Programm auf, u.a. Malen im Museumshof, Reigentänze zu Dudelsack-Livemusik und Sagenerzählen; trotz extremer Sommertemperaturen an diesen drei Tagen nahmen insgesamt 381 Kinder und 217 Erwachsene teil.

Für die Sammlungen des Referats Zeitgeschichte wurden bedeutende österreichische bildende Künstler fotografisch porträtiert. Dabei wurde darauf geachtet, daß die Künstler im Kontext mit ihrer Arbeit, ihrer familären, persönlichen Situation sowie ihrer gesellschaftlichen Position dargestellt sind. Weitere Fotoserien wurden zu den Themenkreisen Jugendkultur und Wiener Alltag angefertigt.

Statistik

Die Jahresgesamtzahl der Besucher der Museen der Stadt Wien betrug 575.083 Personen. Darunter entfielen 98.157 auf das Historische Museum, 76.798 auf die Mozart-Gedenkstätte „Figarohaus" und 33.718 auf das Uhrenmuseum. Von den Fachbeamten wurden 729 Führungen abgehalten, darunter 314 im Historischen Museum, 234 im Uhrenmuseum und 131 in den Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt. 373 Foto- und Reproduktionsansuchen wurden bearbeitet. Für eigene Ausstellungen führte man 161 Fotobestellungen aus.

Bauliche Maßnahmen, Einrichtungen

Im Historischen Museum wurde die im Bereich der Eingangshalle liegende WC-Anlage behindertengerecht umgebaut. An den Aufzugsanlagen wurden Brandschutztüren eingebaut. Weiters wurden die WC-Anlage im Keller instand gesetzt, die Transformatoranlage und der Hauskanal renoviert sowie Fahrradständer vor dem Haus aufgestellt.

An schadhaften Balustraden und Stiegenabgängen des Terrassenbereichs der Hermesvilla waren Restaurierungsarbeiten erforderlich. Für die Schauräume wurden zusätzliche Befeuchtungs- und Entfeuchtungsgeräte angeschafft. Im Aufenthaltsraum des Personals wurden eine Küchenspüle und ein Kühlschrank installiert.

Das Zentraldepotgebäude erhielt neue Fenster an der westseitigen Fassade. Für das Personal in den Modesammlungen im Schloß Hetzendorf konnte eine Kleinküche eingerichtet werden. Im Vorraum zur Virgilkapelle wurde eine Rampe geschaffen, um einen behindertengerechten Zugang zu ermöglichen, der Durchgang zur Kapelle konnte gleichzeitig vergrößert werden. Für den Nachlaß des Architekten Friedrich Kiesler wurden eigene Depoträume angemietet und eingerichtet.

An der Kunsthalle wurden umfangreiche Adaptierungsarbeiten vorgenommen. Die Maßnahmen umfaßten die Dachrenovierung, Instandsetzung der Klimaanlage, Neubeplankung der Innenwände, Erneuerung von Stahlbauteilen, Renovierung der Brandmeldeanlage, Vergrößerung des Kassen- und Shopbereichs, Anbau eines Personal- und Lagerbereichs, Erweiterung der Eingangszone und des Cafés.

Das Referat Museumsarchäologie arbeitete an der Neueinrichtung der Bestände im archäologischen Zentraldepot. Auf Grund des großen Umfangs - es handelt sich um etwa 100.000 archäologische Objekte - wurde die Bearbeitung von Teilen der Sammlung an auswärtige Wissenschaftler vergeben. Als erstes Ergebnis erschien die Publikation Ingrid Weber-Hiden „Die reliefverzierte Terra Sigillata aus Vindobona".

Jüdisches Museum

Im Jüdischen Museum wurden die Ausstellungen „Neuland - Israelische Künstler österreichischer Herkunft" (14. 3. - 4. 5.1997), „Pesach" (18. 4. - 11. 5. 1997), „Emil Orlik - Prag-Wien-Berlin" (16. 5. - 13. 7. 1997), „Oskar Marmorek - Architekt und Zionist" (11. 7. - 14. 9. 1997), „Masken - Versuch über die Schoa" (25. 7. - 26. 10. 1997), „Kringel-Schlingel-Borgia - Peter Hammerschlag 1902 - 1942" (26. 9. - 16. 11. 1997) und „Max Liebermann - Werke 1900 - 1918" (7. 11. 1997 - 18.1.1998) eingerichtet. Unter den zahlreichen Begleitveranstaltungen (Lesungen, Buchpräsentationen, Musikdarbietungen) sind besonders das Symposium „Stein des Anstoßes" (23. 1. - 25. 1. 1997) und die Kulturwochen „Jüdische Kultur in Wien" (4. - 27. 11. 1997) gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung) zu erwähnen. Die Auslandsaktivitäten umfaßten die Schau „Heute in Wien" in Augsburg (30. 4. - 5. 6. 1997), Budapest (19. 6. - 18. 7.1997), Washington (Österreichische Botschaft 27. 2. - 30. 3. 1997 und Capitol 10. - 15. 3. 1997), Chicago (12. 10. 1997 - 5. 2. 1998) und Jerusalem (18. 9. - 31. 10. 1997) sowie „Wiens jüdische Geschichte in Hologrammen" in Haifa (19. 8. - 31. 10. 1997) und Beer Sheba (5. 12. 1997 - 20. 2. 1998).

Sammeltätigkeit

Besonders hervorzuheben sind die Ankäufe der astronomischen und astrologischen Bodenstanduhr mit Wecker und Schlagwerk von Johann Joachim Obkircher, ausgehendes 17. Jh., für das Uhrenmuseum und das Hans Makart - Gemälde „Donaudampfschiffahrtsgesellschaft" zum Festzug der Stadt Wien anläßlich der Silbernen Hochzeit des Kaiserpaares 1879; im Inventar des Historischen Museums war das Gemälde als Kriegsverlust verzeichnet und tauchte nun im Kunsthandel aus Rußland kommend wieder auf . Architekt Prof. Gustav Peichl verkaufte dem Historischen Museum 295 Federzeichnungen mit „Ironimus - Karikaturen" aus den Jahren 1955 - 1996. Im Dorotheum wurde eine Veduten-Tasse und Untertasse aus Porzellan mit einer Ansicht der Karlskirche, 1832, ersteigert. Wertvolle Ankäufe bildeten außerdem das Ölgemälde „Erzbischof

Hieronymus Franz de Paula Graf Colloredo", Ende 18. Jh. (Künstler unbekannt), 19 Gouachen „Vienne et ses environs" von Franz Jaschke, 1822, das Aquarell „Ansicht von Steyr" von Rudolf von Alt, um 1830, ein Porträtgemälde der Kaiserin Elisabeth von Franz Russ d. Ä., um 1855, die Gouache „Stadtbahnhaltestelle Hütteldorf" von Wilhelm Gause, 1900, das Ölgemälde „Nordwestbahnhof" von Hans Witt, um 1950, ein von Arnulf Rainer übermaltes Plakat seiner Secessionsausstellung 1957 und die Bronzeskulptur „Körper III" von Rainer Wölzl, 1996. Mit Unterstützung des Vereins der Freunde der Museen der Stadt Wien konnten Zeichnungen von Wien und Umgebung von Josef Heideloff, Rudolf von Alt, Norbert Bittner und Wilhelm Ulrich erworben werden.

Leihgebungen

An folgenden Ausstellungen und Veranstaltungen im In- und Ausland waren die Museen der Stadt Wien mit Leihgaben beteiligt:

„Franz Schubert" im österreichischen Theatermuseum, Wien
„Gustav Mahler an der Wiener Hofburg" in der Wiener Staatsoper
„Der vergessene Schubert" im österreichischen Theatermuseum, Wien
„Franz Schubert" in der Munhwa Ilbo Gallery, Seoul, Korea
„From the Glorious Habsburg to the 20th Century" im Sogo Museum Yokohama, im Seibu Gobankan Museum Sapporo, im Municipial Museum Fukuoka und im Municipial Museum Museum Sendai
„Moritz von Schwind" im Museum der bildenden Künste, Leipzig
„Maria Theresia und der imperiale Barock" in Schloßhof
„90 - 50 - 90, Wiener Damenmode am Alsergrund um 1880" im Bezirksmuseum Alsergrund
„Der Blick nach innen - Wien 1870 - 1918" im Van Gogh Museum, Amsterdam
„Das Ewigweibliche - Modische Accessoires vom Barock bis heute" im Schloß Niederweiden
„Franz Schubert" im Stiftsmuseum Klosterneuburg
„Blumen in Kunst und Mode" im Stadtmuseum Wels
„Alles Jagd - Eine Kulturgeschichte" in Ferlach
„Zeugen der Intimität - Privaträume der kaiserlichen Familie ..." auf der Schallaburg
„Wiener Porzellan" im Museum of Fine Arts, Houston, Texas
„Barock - Spiegelbilder einer Zeit" im Benediktinerstift St. Paul im Lavanttal
„Die Ära Gustav Mahler. Wiener Hofoperndirektion 1897-1907" im Österreichischen Theatermuseum, Palais Lobkowitz
„Franz Schubert" im Bezirksmuseum Leopoldstadt
„da Franc-Maconnerie" im Musée de la Ville de Tours und Musée des Beaux-Arts, Tours
„Die Epoche der Moderne - Kunst im 20. Jahrhundert" im Martin-Gropius-Bau, Berlin
„Heinrich Heine - Zwischen Romantik und Revolution" in der Kunsthalle Düsseldorf
„Emil Orlik" im Jüdischen Museum der Stadt Wien
„Oskar Kokoschka - Wien-Prag" im Egon-Schiele-Centrum, Český Krumlov
„Arte e Violenza. Immagini fra le due guerre in Austria" in der Galleria D´Arte Moderna, Palermo und in der Accademia delle Arte del Disgno, Florenz
„Franz Zelezny 1866 - 1932" im Forum Wolkersdorf
„Rudolf II. und Prag" auf der Prager Burg Správa Prazkého Hradu
„Jewels of Fantasy - Dekorative Transparenz" in den Kristallwelten, Wattens
„Amour" in der Fondation Cartier, Paris
„Sonnenuhren" im Bezirksmuseum Stockerau
„Johannes Brahms" im Museum für Kunst und Gewerbe, Hamburg
„Kunst und Wahn" im Kunstforum, Wien
„Kitsch und Kult - Design der 50er Jahre" in der Alpenmilchzentrale, Wien
„Die Schwerkraft der Berge. Berge und innere Welten von der Romantik bis zur Gegenwart" in der Kunsthalle Krems
„Abstracta. Austria-Italia-Germania 1919 - 1939. Die andere 'entartete' Kunst" im Museion, Bozen und im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck
„Große Schneiderkunst - Kleines Handwerkzeug" im Looshaus, Wien
Amati-Geige zum Konzertauftritt von Karen Vanecek im Plaza-Hotel, New York und im Waldorff-Astoria Hotel, New York
„Grenzgänge und Seitensprünge" im Museum Folkwang, Essen
„Symbolism and British Art" in der Tate Gallery, London
„Biedermeier" im Bezirksmuseum Brigittenau
„Georg Ehrlich" in der Graphischen Sammlung Albertina.

# Gesundheits- und Spitalswesen

## Gesundheitswesen

Die vielfältigen Tätigkeitsbereiche der Abteilung wurden 1997 von 5 Dezernaten mit insgesamt 27 Referaten der Zentrale und 19 Bezirksgesundheitsämtern sowie 31 weiteren Außenstellen bewältigt. Zu den klassischen Hauptaufgaben zählen die Seuchenbekämpfung, die sanitätspolizeiliche Überwachung sowie präventiv- und umweltmedizinische Belange. Jährlich werden von der Abteilung über eine Million Untersuchungen, Impfungen, Beratungen und Begutachtungen durchgeführt. Darüber hinaus werden noch zahlreiche allgemeine Leistungen, wie die hygienische Überwachung des Trinkwassers, des Abwassers und der Müllentsorgung sowie die Mitwirkung bei der Bau-, Wohnungs-, Arbeits- und Ernährungshygiene, beim Anrainerschutz, beim Strahlenschutz u.a.m. erbracht. Die Aufgaben der Gesundheitsplanung, Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung werden ebenso wie die Rechtsangelegenheiten des Sanitätsrechts, der Sozialversicherung und im eingeschränktem Maße auch des Arbeitsrechtes sowie Suchtprävention und medizinische Drogenangelegenheiten jeweils in eigenen Dezernaten wahrgenommen.

1997 standen dieser Abteilung 921 Mitarbeiter, davon 508 vollbeschäftigt und 413 teilbeschäftigt, zur Verfügung. Von den insgesamt 326 für die Abteilung tätigen Ärzten waren 256 teilbeschäftigt.

### Dezernat I - Gesundheitsamt

Die Bekämpfung der Infektionskrankheiten nahm 1997 im wesentlichen einen unproblematischen Verlauf.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über das Auftreten der nach dem Epidemiegesetz anzeigepflichtigen Krankheiten verglichen mit dem Vorjahr:

| | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Bißverletzungen durch bekannte Tiere | 6 | 3 |
| davon Kopfverletzungen | 1 | - |
| Bißverletzungen durch unbekannte Tiere | 2 | 1 |
| davon Kopfverletzungen | - | - |
| Wien insgesamt | 8 | 4 |

| Infektionskrankheiten | Erkrankungen | | Sterbefälle | |
|---|---|---|---|---|
| | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 |
| Bakterielle Lebensmittelvergiftung | 1.899 *) | 1.834 **) | | 21 |
| Hepatitis infectiosa (alle Formen) | 227 | 437 | 5 | 6 |
| Scharlach | 269 | 531 | - | - |
| Übertragbare Ruhr (Amöbenruhr) | 1 | - | - | - |
| Malaria | 36 | 27 | - | - |
| Keuchhusten | 21 | 11 | - | - |
| Übertragbare Genickstarre | 23 | 31 | 2 | 3 |
| Übertragbare Gehirnhautentzündung | 6 | 1 | - | - |
| Typhus abdominalis | 4 | 5 | - | - |
| Paratyphus | 1 | 2 | - | - |
| Psittakose | 1 | 2 | - | - |
| Tularaemie | 1 | 3 | - | - |
| Übertragbare Kinderlähmung | - | - | - | - |
| Subacute spongiforme Encephalopathie | - | - | - | 1 |
| Wien insgesamt | 2.489 | 2.886 | 9 | 11 |

*) inklusive 61 Erkrankungen durch Shigellen (früher übertragbare Ruhr)
**) inklusive 77 Erkrankungen durch Shigellen

Insgesamt haben unter den anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten (ohne Tuberkulose und AIDS) Hepatitis infectiosa (Hepatitis B), übertragbare Genickstarre sowie die bakterielle Lebensmittelvergiftung zu Todesfällen geführt.

Die am häufigsten registrierte Infektionskrankheit ist seit Jahren die bakterielle Lebensmittelvergiftung, die im Be-

richtsjahr mit 1.834 gemeldeten Erkrankungsfällen gegenüber 1996 um 2,9 Prozent zunahm. Als Erreger dieser Krankheit gewinnen neben zahlreichen Salmonellaarten zunehmend auch andere Keime wie Campylobacter und Yersinien an Bedeutung. 1997 wurden neben 1.018 Salmonella-Infektionen 703 Campylobacter-, 34 Yersinia-, 77 Shigella-, 1 Clostridien und 1 Escherichia Coli-Infektion angezeigt. Bei den Shigellosen erfolgte bei 58,4 Prozent die Infektion außerhalb Wiens, während bei den übrigen bakteriellen Lebensmittelvergiftungen nur bei knapp 19 Prozent die Infektion außerhalb Wiens erfolgte.

Im Laufe des Jahres 1997 kam es zu Gruppenerkrankungen in verschiedenen Gemeinschaftseinrichtungen. Im April 1997 erkrankten in einem Kindergarten 15 Kinder an einer Salmonellose; die Infektionsquelle ist unbekannt. Im August 1997 erkrankten 16 Personen an Brechdurchfall; eine Virusinfektion wird vermutet. Im September 1997 erkrankten 17 Mitarbeiter verschiedener Einrichtungen, die in einer Betriebsküche gegessen hatten, an Salmonellen. Als Infektionsquelle wird ein Salatdressing mit Mayonnaise vermutet. Im Oktober 1997 erkrankten 12 Pensionäre eines privaten Pensionistenheimes an einer Salmonellose. 7 Mitglieder des Personals wiesen positive Stuhlbefunde aus, hatten jedoch keine Beschwerden. Als Infektionsquelle wird ebenfalls Mayonnaise vermutet.

1997 wurde durch die Erlässe des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Untersuchungspflicht nach dem Bazillenausscheidergesetz für bestimmte Personengruppen eingeschränkt, z.B. für Küchenpersonal von Betriebsküchen, die nur an eigene Mitarbeiter Essen ausgeben. Dadurch hat sich die Zahl der durchgeführten Untersuchungen um 5,4 Prozent vermindert.

Im Berichtsjahr wurden 59.803 Personen nach dem Bazillenausscheidergesetz untersucht, davon waren 18.173 Erst- und 41.630 Wiederholungsuntersuchungen. Im Rahmen der Untersuchungen nach dem Bazillenausscheider- und Epidemiegesetz wurden 1997 zu den aus den Vorjahren verbliebenen 126 Keimausscheidern 325 neu in die sanitätspolizeiliche Überwachung übernommen. 350 Keimausscheider konnten 1997 aus der Überwachung entlassen werden. Mit 31. Dezember 1997 standen somit weiterhin 101 Keimausscheider in sanitätspolizeilicher Überwachung.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Erkrankungsfälle an Hepatitis infectiosa ist gegenüber 1996 um über 92 Prozent gestiegen. 1997 wurden von 437 gemeldeten Fällen 246 als Hepatitis A, 90 als Hepatitis B, 97 als Hepatitis C, 3 als Hepatitis E verifiziert, 1 Hepatitis konnte nicht klassifiziert werden. Von den Hepatitis-A-Infektionen betrafen 64 Prozent Kinder, Jugendliche und Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr, davon 69 Prozent Kinder im Schul- und Vorschulalter. 54 Fälle der Hepatitis-A-Infektionen erfolgten im Ausland. Die Zahl der Hepatitis A Erkrankungen ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 160 Prozent gestiegen. 1997 wurde in Schulen, Kindergärten und Horten an 255 Kinder und 59 Erwachsene insgesamt 505 ml Immunglobulin verabreicht, das waren um 33 Prozent mehr als im Jahre 1996.

Das Verschwinden der Erkrankungen an Kinderlähmung ist zweifellos ein Erfolg der Schutzimpfungen, die auch 1997 planmäßig weitergeführt wurden.

1993 wurde das AIDS-Gesetz im BGBl. Nr. 728/1993 wiederverlautbart, wonach jede manifeste Erkrankung an AIDS und jeder Todesfall bei Vorliegen mindestens einer Indikatorerkrankung und des Nachweises einer HIV-Infektion auch durch freiberuflich tätige Ärzte direkt an das Gesundheitsministerium zu melden sind. Dieses ist verpflichtet, regelmäßig über die epidemiologische Situation zu berichten und ein umfassendes Informationskonzept zur Aufklärung über AIDS auszuarbeiten. 1997 sind von Wiener Ärzten 31 Erkrankungen und 15 Todesfälle gemeldet worden. Die Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen an AIDS ist um etwa die Hälfte gesunken, die Zahl der Todesfälle um zwei Drittel. Dies ist als Erfolg der verbesserten Therapie bei HIV positiven Personen und AIDS-Kranken zu betrachten. Dadurch kommt es zu einem verzögerten Auftreten von für die Diagnose von AIDS relevanten Infektionen und bei Erkrankten zu einer länger dauernden Remission. Seit 1983 wurden in Wien insgesamt 904 Erkrankungen und 599 Todesfälle an AIDS gemeldet.

Unter den neuen anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten nimmt die Erkrankungshäufigkeit an Frühsommermeningoencephalitis (FSME) weiterhin einen besonderen Stellenwert ein. Die durch Zeckenbiß übertragbare Virusinfektion, die im Volksmund auch als „Zeckenkrankheit" bezeichnet wird, kommt in nahezu allen Ländern Europas vor. Seit 1980 haben dank zunehmender Impfbeteiligung der Bevölkerung die gemeldeten FSME-Fälle deutlich abgenommen. An dieser Virusinfektion erkrankten 1997 weniger Personen als im Vorjahr, nämlich 99 Österreicher, Todesfall gibt es keinen. In Wien erkrankten 8 Personen, Todesfall gab es keinen. (1996 erkrankten 128 Personen, darunter 4 Wiener, kein Wiener verstarb). Die Infektion der 8 Wiener erfolgte außerhalb Wiens.

Der im Jahre 1971 im Gesundheitsamt der Stadt Wien als "Grippeinformationssystem" eingeführte Meldedienst wurde 1997 durch entsprechende wöchentliche Stichprobenerhebungen unter der Mitwirkung von 35 Meldepraxis-Ärzten in Zusammenarbeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse, der Ärztekammer für Wien und dem Stadtschulrat für Wien weitergeführt.

In der 2. Woche des Jahres 1997 begann in Wien eine Influenza-Welle. Diese wurde durch Influenza Viren A(H3N2) hervorgerufen. In der 5. Woche wurde mit 22.600 Neuerkrankungen der Höhepunkt der Epidemie erreicht. Die Influenza-Epidemie des Winters 1996/97 erstreckte sich insgesamt über 8 Wochen und endete Anfang März. Die Gesamtzahl der in Wien an Influenza erkrankten Personen während dieser Periode wird auf nahezu 140.000 Fälle geschätzt, wobei dem Gesundheitsamt 2 Influenzatote gemeldet wurden. Weiters wurden 12 Todesfäl-

le im Rahmen eines hochfieberhaften Infektes gemeldet, die nach den epidemiologischen Erfahrungen des Gesundheitsamtes mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls auf Influenza zurückzuführen sind. Eine Meldepflicht für Todesfälle an Influenza besteht nicht. Es muß jedoch zufolge internationalen Untersuchungen während einer Influenza-Epidemie mit 2 bis 50 Toten pro 100.000 Einwohnern gerechnet werden.

Während der Influenza-Welle wurden die erforderlichen medizinischen Maßnahmen, wie die Verschiebung von Massenimpfterminen in Schulen, die Organisation von Influenzaimpfungen, Beratungen, Verständigung des Ärztefunkdienstes usw. in die Wege geleitet.

Impfungen stellen eine der wichtigsten Maßnahmen zur Verhinderung von Infektionskrankheiten dar. Durch die Einführung der Kinderlähmungsimpfung 1961 konnte diese Erkrankung nahezu zum Verschwinden gebracht werden. Die Aufgabe der Abteilung ist es, Informationen über Impfungen den neuesten Erkenntnissen anzupassen, Impfaktionen zu organisieren und ausreichend Impfstoff zu beschaffen. Seit 1. Juni 1997 sind auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses vom 28. Mai 1997 in den städtischen Impfstellen die Impfungen gegen Haemophilus allein und in Kombination mit der Schutzimpfung gegen Diphterie, Keuchhusten und Tetanus kostenlos. Dies führte zu einer Steigerung der Beteiligung um 18,3 Prozent im Vergleich zu 1996. Mit Beginn des Schuljahres 1997/98 wurde die in der 7. Schulstufe vorgesehene Rötelnimpfung durch jene gegen Masern-Mumps-Röteln, den Empfehlungen des Obersten Sanitätsrates entsprechend, ersetzt. Rötelnimpfungen alleine erhalten daher nur mehr seronegative Wöchnerinnen und vereinzelt jene 13jährige Mädchen, die entweder bereits zweimal gegen Masern-Mumps und Röteln geimpft sind oder nachweislich Masern und Mumps durchgemacht haben. Zwischen September und Dezember 1997 erhielten 1.970 13jährige Mädchen eine Masern-Mumps-Röteln-Impfung.

Die Impfstatistik ergab für 1997 folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden in den Impfstellen des Magistrates der Stadt Wien (Bezirksgesundheitsämter, Abendimpfstellen, Elternberatungsstellen der Stadt Wien, Schulen, zentrale Impfstelle) 253.124 (1996: 245.955) Impfungen (ohne Reiseimpfungen; siehe Dez. IV) durchgeführt. Dies bedeutet ein Plus von knapp 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Trend bei den einzelnen Impfungen war unterschiedlich: Bei der Polio-Impfung gab es eine geringe Steigerung, ebenso bei der Influenza-Impfung, die Zahl der Impfungen gegen FSME und Tetanus waren etwas rückläufig.

An Einzelimpfungen wurden durchgeführt:

| | |
|---|---|
| Diphtherie-Pertussis-Tetanus | 1.870 |
| Haemophilus influenzae b | 1.874 |
| Diphtherie-Pertussis-Tetanus - plus Haemophilus influenzae b | 21.852 |
| Diphtherie-Tetanus für Kinder | 1.405 |
| Masern-Mumps-Röteln | 18.903 |
| Diphtherie-Tetanus für Erwachsene (ohne Impfstelle für Auslandsreisende) | 27.175 |
| Röteln | 4.376 |
| Tetanus (ohne Impfstelle für Auslandsreisende) | 847 |
| Influenza | 41.346 |
| FSME | 57.499 |
| Polio Schluckimpfung | 74.250 |
| Polio Stichimpfung (ohne Impfstelle für Auslandsreisende) | 1.624 |

Außerdem wurden zur Verhinderung von Berufserkrankungen bei beruflich exponierten Magistratsbediensteten 60 Impfungen gegen Hepatitis B und 16 Impfungen gegen Hepatitis A durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen der Weiterentwicklung der "Influenza-Impfung Impulsaktion 1995 und 1996" amtsärztlicherseits Motivationsarbeit bei den leitenden Stellen von Sozial- und Pflegeberufen durchgeführt, um die dort Beschäftigten gegen Influenza impfen zu lassen. Somit wurde diese "Impulsaktion" im Berichtsjahr von der punktuellen Betreuung einzelner Einrichtungen (wie in den Jahren 1995 und 1996) zu einer allgemeinen amtsärztlich-fachlichen Information von größeren Organisationseinheiten weiter entwickelt.

In der Desinfektionsanstalt der Abteilung wurden 1997 insgesamt 7.640 Desinfektionen einschließlich Entlausungen und Entwesungen durchgeführt, davon 308 im Außendienst, und zwar hauptsächlich in Schulen und Kindergärten (122), in Krankenanstalten (7) und in Wohnungen (165). Im Innendienst wurden 2.514 Verbandskübel und -säcke und 786 Fahrzeuge desinfiziert. 154mal mußten die Dampfdesinfektionsapparate und 6mal die Formalinkammer beschickt werden. Die Personenentlausungen haben mit 3.872 gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Prozent, die Entwesungen mit 151 um knapp 3 Prozent zugenommen.

Mit der Tuberkulosebekämpfung im Raum Wien befaßt sich ein eigenes Referat der Abteilung. Zu seinen Einrichtungen zählen neben der Zentrale (Kanzlei mit Heilstätteneinweisungsstelle, Impfstelle, Zentralröntgen- und Röntgenstelle), 6 Gesundheitsfürsorgestellen in den Bezirken und eine fahrbare Röntgeneinheit.

1997 sind 453 Personen an aktiver Tuberkulose aller Formen erkrankt. Dies bedeutet einen Rückgang von 12 Prozent gegenüber 1987.

Die Erkrankungen an ansteckender Lungentuberkulose, der seuchenhygienisch bedeutendsten Gruppe,

sind 1997 gegenüber 1996 um 12 Prozent zurückgegangen. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil an extrapulmonaler Tuberkulose um 8 Prozent gegenüber 1996.

Der Anteil der MigrantInnen ist im Berichtsjahrzehnt wechselnd gewesen. Bei 686 Personen, die an allen aktiven Tuberkuloseformen erkrankten, betrug im Jahre 1978 die Beteiligung der MigrantInnen 18,1 Prozent, stieg und sank in den darauffolgenden Jahren. 1994 wurde mit 38,8 Prozent der höchste Anteil an erkrankten MigrantInnen erreicht. 1997 betrug dieser Anteil 35,5 Prozent bei allen Tuberkuloseformen (161 MigrantInnen bei 453 Kranken), wobei die Erkrankungen an extrapulmonalen Formen mit 46 Prozent auffallend hoch war. Der erfreuliche Wandel der Kindertuberkulose, bis 1988 stark rückläufig, änderte sich 1989 und war bis 1995 steigend. Der Rückgang der Erkrankungen setzte sich 1997 fort. Es erkrankten 22 Kinder, davon allerdings 5 an offener ansteckender Tuberkulose.

Derzeit leben in Wien rund 1.600 Personen die auf Grund einer Tuberkulose in Behandlung stehen. Die größten Probleme in seuchenhygienischer und therapeutischer Sicht bieten die an Tuberkulose erkrankten Alkoholiker, Obdachlose und Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben.

Die Todesfälle an Tuberkulose waren bis 1987 rückläufig und in den darauffolgenden Jahren schwankend. 1996 waren es 24 Personen (das sind 1,5 Personen auf 100.000 Einwohner). Seit 1970 ist in Wien kein Kind mehr an Tuberkulose verstorben.

Auch in Zukunft wird, trotz effizienter Arbeit der Gesundheitsfürsorgestellen der Stadt Wien, mit einer gewissen Dunkelziffer an Tuberkulosekranken gerechnet werden müssen.

Die Dienst- und Untersuchungsstellen des Tuberkulosereferates wurden im Jahre 1997 von insgesamt 301.215 Personen in Anspruch genommen. Werden die im Röntgenzug untersuchten Personen, die von den SozialarbeiterInnen in den Krankenanstalten, Pflegeheimen und Heilstätten betreuten Tuberkulosekranken und die angefertigten Vitalogramme hinzugezählt, ergibt sich im Jahre 1997 eine Gesamtfrequenz von 393.575 Personen. Der Rückgang der Patientenfrequenz um rund 14.000 Personen gegenüber 1996 ergibt sich durch den Rückgang der Einstellungsuntersuchungen und der daraus resultierenden geringeren Zahl von Röntgenuntersuchungen und Tuberkulintestungen.

In der zentralen Röntgenstelle des Tuberkulosereferates wurden 1997 12.238 Personen einer Röntgenuntersuchung der Lunge unterzogen. Dabei wurden bei 32 Personen erstmalig eine inaktive Lungentuberkulose und bei 126 Personen sonstige Lungenerkrankungen festgestellt.

In der fahrbaren Röntgeneinheit wurden 23.382 Personen untersucht. Bei diesen konnten 12 Ersterkrankungen an aktiver Tuberkulose entdeckt und bei weiteren 5 der Verdacht auf eine bösartige Neubildung erhoben werden, bei 340 Personen wurden sonstige Lungenerkrankungen festgestellt.

Die Ärzte führten im Berichtsjahr 52.932 Lungenfunktionsprüfungen mittels Vitalograph durch. In der Zahl der Lungenfunktionsprüfungen sind auch die Untersuchungen, die anläßlich der Aktion „Schau auf Dich" vorgenommen wurden, enthalten, aber nicht die Lungenfunktionsprüfungen in den Gesundheitsfürsorgestellen.

Neu eingeführt wurden die Mendel-Mantoux-Testung in der "Zentrale" der Abteilung und die Erfassung "Frischinfizierter" ohne manifeste Erkrankung sowie die Überwachung der präventiven Chemotherapie.

1997 wurden 81 Gastarbeiter nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz untersucht.

In den 6 Gesundheitsfürsorgestellen wird auch Raucherinformation angeboten. 1997 haben insgesamt 409 Informationsgespräche stattgefunden. Davon wurden 58 Personen an die in der Hainburger Straße weiter verwiesen.

Im Ambulatorium zur Diagnose und Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten der Abteilung, in der Folge kurz „STD-Ambulatorium" genannt, stieg die Inzidenz diagnostizierten Geschlechtskrankheiten (1997 waren dies nur Gonorrhoe und Lues) bezogen auf die Anzahl der untersuchten Personen trotz Abnahme der Gonorrhoe insgesamt von 4 auf 5 Prozent. 1997 wiesen nicht-sexuell erwerbstätige Männer mit 11 Prozent die höchste Inzidenz an Geschlechtskrankheiten auf, gefolgt von Geheimprostituierten mit 8 Prozent und Bardamen mit 7 Prozent. Bardamen waren neben anderen Frauen die einzige Personengruppe, bei der die Anzahl der an einer Geschlechtskrankheit erkrankten Personen von 10 auf 7 Prozent rückläufig war. Registrierte Prostituierte waren mit einer 2prozentigen Inzidenz von Geschlechtskrankheiten die gesündeste Personengruppe. Bei der Untersuchung der nicht-sexuell erwerbstätigen Personen zeigte sich neuerlich die immense Bedeutung, die Infektionsquelle (IQ) sowie Kontaktpersonen (KP) auszuforschen, da sich tatsächlich in 25 Prozent eine Geschlechtskrankheit nachweisen ließ. Erfreulicherweise konnten 1997 1,8mal soviele IQ und KP ausgeforscht, untersucht und gegebenenfalls einer Therapie zugeführt werden. (1996: 29 Personen, 1997: 51 Personen).

Gonorrhoe: Trotz eines Rückganges der Gesamtzahl der diagnostizierten Gonokokkeninfektionen gegenüber 1996 um 21,8 Prozent stieg die Fallzahl bei Männern deutlich (58,4 %) an. Ebenso traten bei registrierten Prostituierten zwei Fälle mehr als im Vorjahr auf. Der deutliche Rückgang der Gonokokkeninfektionen bei Geheimprostituierten und Bardamen um 69 bzw. 80 Prozent wird durch den deutlichen Rückgang der Untersuchungs- und Personenfrequenz bei diesen beiden Gruppen relativiert. Bei den von der Exekutive angezeigten Geheimprostituierten sank die Anzahl der untersuchten Personen von 285 auf 177 um 38 Prozent, bei den Bardamen, die freiwillig zur Untersuchung kommen, von 106 auf 67 Personen (37 %).

Lues: Im Gegensatz zu den aus Wien gemeldeten Zahlen, die seit 1994 erstmals wieder leicht rückläufig waren (um 8,2 %), zeigte sich im STD-Ambulatorium neuerlich eine annähernde Verdoppelung der Fallzahl (14 auf 29 Fälle) - ein Trend, der seit 1994 unverändert anhält. Der Anstieg der Luesfälle bei Männern betrug 133 Prozent, bei Frauen 100 Prozent. Betrachtet man nun die Fallzahlen aufgeschlüsselt nach Personengruppen, so waren Geheimprostituierte nicht nur jene Gruppe mit den meisten Luesfällen (35 Prozent aller Fälle), sondern auch jene Gruppe, in der mit 150 Prozent der zweitstärkste Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war. Den relativ größten Anstieg an Luesfällen gab es bei Bardamen. Absolut handelte es sich allerdings lediglich um 3 Fälle bei 67 Bardamen (5 %). Das Wissen über die Abnahme der Personen- und Untersuchungsfrequenz sowohl bei Geheimprostituierten als auch bei Bardamen gegenüber 1996 und die steigenden Infektionszahlen bei den untersuchten nicht-registrierten sexuell Erwerbstätigen erforderten verstärkte Bemühungen um jene Zielgruppen. Auch bei registrierten Prostituierten war ein wenn auch geringer Anstieg der Lues um 67 Prozent zu verzeichnen, was einer personenbezogenen Inzidenz von 1 : 153 (0,7 %) entspricht. Der Anstieg der Lues ist allerdings nicht nur bei sexuell Erwerbstätigen, sondern auch bei anderen Männern und Frauen zu verzeichnen und somit nicht mehr nur auf eine "Risikogruppe" beschränkt. Andere vorwiegend sexuell übertragbare Krankheiten: Auffallend ist der starke Anstieg dieser Erkrankungen gegenüber 1996 von 174 auf 295 Fälle um 70 Prozent. Chlamydien nahmen bei allen Personengruppen außer bei Bardamen stark zu, ebenso stieg die Anzahl an diagnostizierten Fällen von Condylomata acuminata, genitalem Herpes und Anaerobierinfektionen, während Trichomonaden rückläufig waren. Die Zunahme an Chlamydieninfektionen betrug insgesamt gegenüber dem Vorjahr 81 Prozent. Nicht sexuell erwerbstätige Frauen wiesen 4mal so häufig, nicht sexuell erwerbstätige Männer 3mal so häufig Chlamydien auf wie 1996. Bei registrierten Prostituierten betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr sogar 107 Prozent, bei Geheimprostituierten, trotz eines deutlichen Rückganges der Untersuchungsfrequenz, 54,5 Prozent. Dieser Anstieg an diagnostizierten Chlamydieninfektionen kann zum Teil auf die Umstellung der Diagnostik auf eine wesentlich sensitivere Methode zurückgeführt werden. Eine tatsächliche Zunahme dieser sexuell übertragbaren Erkrankung bei fast allen Patientengruppen darf jedoch dabei nicht übersehen werden.

Betrachtet man den prozentuellen Anteil der mit einer nicht-venerischen, das heißt eine nicht zu den definierten Geschlechtskrankheiten Gonorrhoe, Lues, Ulcus molle oder Lymphogranuloma venereum gehörende sexuell übertragbare Krankheit infizierten Personen, so sind bei den sexuell Erwerbstätigen Geheimprostituierten mit 31 Prozent und Bardamen mit 42 Prozent deutlich öfter erkrankt als registrierte und somit regelmäßig untersuchte Prostituierte (19 %). Nicht-sexuell erwerbstätige Männer waren zu 13 Prozent, Frauen zu 17 Prozent infiziert. Schlüsselt man nun letztere Gruppen der nicht-sexuell erwerbstätigen weiter auf, so zeigt sich, daß Personen, die von sich aus das STD-Ambulatorium aufsuchen oder infolge von Beschwerden zugewiesen werden, in 24 bzw. 26 Prozent eine nicht-venerische sexuell übertragbare Krankheit aufweisen, Personen, die als Infektionsquellen (IQ) oder Kontaktpersonen (KP) angegeben werden, hingegen nur in 8 Prozent.

Genitale Infektionen, die auch, aber nicht nur sexuell erworben sind: Genitale Soormykosen nahmen, außer bei Männern, zahlenmäßig gegenüber dem Vorjahr ab, unspezifische Entzündungen waren deutlich rückläufig. In beiden Fällen kann die Abnahme der Fallzahlen durch eine verbesserte Diagnostik einerseits und durch ein geändertes therapeutisches Vorgehen andererseits erklärt werden. Prostituierte und Bardamen weisen mit 61 bzw. 51 Prozent die höchsten Raten an genitalen Infektionen auf, die auch, aber nicht nur sexuell erworben werden können, wobei es sich hier fast ausschließlich um Soormykosen handelt - ein Faktum, das auf eine vermehrte, zum Teil übertriebene Genitalhygiene zurückzuführen ist.

HIV-Neuinfektionen: Wie bereits 1996 stieg auch 1997 die Zahl der im STD-Ambulatorium erstmals diagnostizierten HIV-Infektionen an. Bei 7 Frauen und 3 Männern wurde eine Infektion mit dem HI-Virus entdeckt, was bei 4.657 durchgeführten HIV-Tests einer Inzidenz von 0,2 Prozent entspricht. Die größte Anzahl der HIV-Infektionen war bei Geheimprostituierten mit 6 (alle weiblich) zu verzeichnen. 5 von ihnen waren zusätzlich i.v.-drogenabhängig. Die übrigen positiven Testergebnisse fanden sich bei je einer registrierten Prostituierten (Serokonversion nach der Rückkehr aus dem Urlaub in Zentralafrika), bei einem homosexuellen Mann und bei einem drogenabhängigen Mann. Geheimprostituierte wiesen ein doppeltes Risiko, sich mit HIV zu infizieren auf, zumal der überwiegende Anteil nämlich fünf von sechs drogenabhängig waren. Die häufig ausweglose Situation der Beschaffungsprostitution zwingt die Frauen, die geforderten schutzlosen und zum Teil von Gewalt dominierten Sexualpraktiken anzubieten. Im "STD-Ambulatorium" betrug 1997 die Personenuntersuchungsfrequenz 23.610 und nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 2.604 ab. Die Zahl der erfaßten Personen sank von 1.741 im Jahre 1996 auf 1.452. Die Anzahl der Untersuchungen der Kontrollprostituierten betrug 21.277 gegenüber 23.250 im Jahre 1996. Die Untersuchungen von Geheimprostituierten nahmen gegenüber 1996 von 464 auf 251 und die der Bardamen von 1.148 auf 864 ab. Die Anzahl der Untersuchungen von nicht sexuell Erwerbstätigen sank von 1.186 auf 1.103 ab, die der Erstuntersuchungen nahm geringfügig zu (von 416 auf 443 Untersuchungen).

Folgende Untersuchungen wurden durchgeführt: 49.190 Sekretuntersuchungen, 28.122 Kulturen, 11.072 Blutuntersuchungen (vorwiegend auf HIV, Lues und infektiöse Hepatitis). Die SozialarbeiterInnen führten 2.064 Beratungsgespräche im "STD-Ambulatorium" durch.

Im Sinne einer Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durch Ärzte für Allge-

meinmedizin wurden auch 1997 bereits in den 70er Jahren gestartete Förderungsmaßnahmen des Gesundheitsamtes fortgesetzt. In größeren städtischen Wohnprojekten empfahl die Abteilung Ordinationseinplanungen mit der Einschränkung, daß die vorgesehenen Praxen ohne wesentlichen Bauaufwand auch in normale Wohnungen umgewandelt werden können, falls sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung dort kein Arzt niederlassen will. Insgesamt wurden zahlreiche Stellungnahmen zu eventuellen Einplanungen abgegeben. Neben häufiger telefonischer Beratung erkundigten sich 1997 rund 35 Ärzte persönlich bei der Abteilung wegen diverser Niederlassungsfragen. Weiters ermöglicht eine seit 1976 laufende Kreditaktion der Gemeinde Wien den niederlassungswilligen Ärzten für Allgemeinmedizin den Bezug eines sehr günstigen Kredites für die Eröffnung ihrer Ordination in Bedarfsgebieten. Dafür bewilligte die Abteilung 1997 nach jeweiliger genauer Überprüfung 20 Bewerbern die Inanspruchnahme des Kredites für den geplanten Niederlassungsort in einem Bedarfsgebiet. Mit Stand vom 31. Dezember 1997 wurden insgesamt 187.000.000 S von der Gemeinde Wien für diese Kreditaktion für Ärzte für Allgemeinmedizin zur Verfügung gestellt. Effektiv davon in Anspruch genommen wurden 180,277.000 S.

Insgesamt haben die verschiedenen Förderungsmaßnahmen für junge Ärzte zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Wiener Bevölkerung durch niedergelassene Ärzte beigetragen. Mit Stand vom 1. Jänner 1997 waren 1.281 Ärzte für Allgemeinmedizin in Wien niedergelassen, 810 von diesen haben einen Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse abgeschlossen. Somit entfielen 1.995 Einwohner auf einen niedergelassenen Arzt für Allgemeinmedizin mit § 2-Kassenvertrag. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung durch niedergelassene Ärzte, insbesondere Ärzte für Allgemeinmedizin, ist in mehreren Gebieten, wie z.B. den Stadterneuerungsgebieten, durchaus noch verbesserungswürdig.

## Sanitäre Aufsicht

Die Abteilung hat nach den krankenanstaltenrechtlichen Bestimmungen die sanitäre Aufsicht über alle Krankenanstalten in Wien durchzuführen. Bei Errichtungs- und Betriebsbewilligungsverhandlungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz wurden medizinische Sachverständige beigestellt und die Rechtsträger von Krankenanstalten bei größeren Projekten (Neubauten, Umbauten) schon vor den sanitätsrechtlichen Verhandlungen in medizinisch-hygienischen Belangen beraten.

Die Abteilung war an 111 Verhandlungen betreffend Bewilligung zur Errichtung und Betrieb bzw. Änderung von bettenführenden Krankenanstalten und selbständigen Ambulatorien beteiligt. Zur Bewilligung der Errichtung wurden 12 diesbezügliche Gutachten im Bedarfsprüfungsverfahren erstellt.

Im Rahmen der sanitären Aufsicht über Krankenanstalten erfolgten insgesamt 71 Einschauen in bettenführenden Krankenanstalten und selbständigen Ambulatorien, wobei die Sachverhalte in 62 Ambulatorien durch Bezirksamtsärzte erhoben wurden. In Zusammenarbeit mit den Bezirksgesundheitsämtern wurden sanitätsrechtliche Fragestellungen in 12 sonstigen Einrichtungen (z.B. Gewerbebetriebe) bearbeitet.

Mit der Studie "Evaluierung qualitätssichernder Maßnahmen in den österreichischen Krankenanstalten" des Institutes für Gesundheitssystemforschung konnten durch Kooperation mit dem Gesundheitsamt die Wiener Krankenanstalten beinahe vollständig erfaßt werden. Entsprechend § 14 des Wiener Behindertengesetzes wurden 21 Behindertenеinrichtungen und nach § 23 des Wiener Sozialhilfegesetzes 31 Wohn- und Pflegeheime überprüft.

Die 1997 beschlossenen Bundesgesetze mit wesentlichen Auswirkungen auf den Aufgabenbereich "sanitäre Aufsicht" sind die neuen Regelungen im geänderten Wiener Krankenanstaltengesetz und im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (z.B. die Pflegedokumentation).

Der Arbeitskreis für Krankenhaushygiene der Abteilung hielt 1997 6 Sitzungen ab. Von diesem Arbeitskreis werden Richtlinien für Krankenhaushygiene neu erstellt und laufend aktualisiert und den bettenführenden Krankenanstalten sowie Ambulatorien in Wien und Interessierten auch zum Teil in den Bundesländern zur Verfügung gestellt.

Bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes wurde in 65 Verfahren zur Änderung, Errichtung und zum Betrieb von Strahlenanlagen und bei Überprüfungen der Strahlenbetriebe mitgewirkt.

Zur Errichtung einer Dekontaminationsstelle für Personen im Fall einer großräumigen radioaktiven Kontamination wurde das in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion-Hilfs- und Sofortmaßnahmen, der MA 68 und der MA 70 erstellte Konzept auf Grund der bei einer im Dezember 1996 durchgeführten Übung gewonnen Erkenntnisse überarbeitet.

Auf dem Sektor des Leichen- und Bestattungswesens wurden vom zentralen Totenbeschaudienst der Abteilung 5.901 Totenbeschauen vorgenommen. Durch den zentralen Totenbeschaudienst der Ärztekammer wurden 2.177 Totenbeschauen durchgeführt.

In den privaten Krankenanstalten beschauten anstaltseigene Totenbeschauärzte 795 Verstorbene. Am Gerichtsmedizinischen Institut fielen 895 Totenbeschauen, 1.685 sanitätspolizeiliche und 590 gerichtliche Obduktionen an. Die sanitätspolizeilichen Akte werden indexiert und nach Einlangen verschiedener Zusatzbefunde komplettiert und archiviert. Nach den Bestimmungen des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes (§ 8, Abs. 1) werden Totenbeschauprotokolle geführt und EDV-mäßig werden die Todesursachen aller Verstorbenen in Wien erfaßt (1997: 20.148). 1997 wurden vom Gesundheitsamt für 4.532 Exhumierungen 1.551 Bescheide ausgestellt. Von Privatpersonen, Ärzten, Krankenanstalten und Versicherungen erfolgten 531 Anfragen betreffend Todesursachen.

Weiters wurde die Leitung des Arbeitskreises "Medizinische Versorgung" für das Jugendtreffen "Taize" in Wien übernommen, der sich mit den erforderlichen hygienischen und medizinischen Rahmenbedingungen dieser Großveranstaltung beschäftigte.

### Physikalisch - technische Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin

Im Berichtsjahr betreuten 19 Mitarbeiter die Fachbereiche „Radiologie und Strahlenschutz", „Personendosimetrie" und „Elektromedizin". Sie nahmen an 141 Verhandlungen zur Bewilligung von Strahleneinrichtungen oder des Umgangs mit radioaktiven Stoffen gemäß §§ 5, 6, 7 oder 10 Strahlenschutzgesetz und an 56 Verhandlungen im Rahmen der jährlichen Überprüfung gemäß § 17 Strahlenschutzgesetz teil. 355mal wurden Strahlenbetriebe vor Ort ohne Verhandlung überprüft. Zu 53 Gutachten, die nicht in der Prüfanstalt verfaßt worden waren, wurden Stellungnahmen abgegeben. Die Abteilung überprüfte 1997 108.168 Dosimeter, 68.411 an den Krankenanstalten der Stadt Wien.

Die Physikalisch-technische Prüfanstalt fungierte 1997 79mal als Gutachter vor allem für den Magistrat der Stadt Wien, aber auch für andere Auftraggeber zu Fragestellungen des Strahlenschutzes im Zusammenhang mit der Neuerrichtung oder dem Betrieb von Strahleneinrichtungen.

Für 1.040 elektromedizinische Geräte wurden Ausscheidungs-Gutachten abgegeben.

Mitarbeiter der Physikalisch-technischen Prüfanstalt waren 1997 in Fachnormenausschüssen und als Vortragende an der Akademie für den medizinisch-technischen Fachdienst und an der Akademie für den radiologisch-technischen Dienst tätig. Außerdem ist die Abteilung an der Ausbildung von Strahlenschutzbeauftragten beteiligt.

Zu den Aufgaben der Abteilung zählen auch die Überwachung der Sanitätsberufe (Ärzte, Pharmazeuten, Dentisten) und die Evidenzführung und Überwachung des Krankenpflegepersonals, des medizinisch-technischen Personals, der Sanitätshilfsdienste und der Hebammen. Der Abteilung waren nach den Bestimmungen des Ärztegesetzes folgende Ärzte gemeldet: Mit Stichtag 31. Dezember 1997 waren insgesamt 10.849 Ärzte in Wien tätig, davon in Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt stehend 2.090, Ärzte für Allgemeinmedizin 2.759 und Fachärzte 5.956. Davon waren als angestellte Ärzte 1.202 Ärzte für Allgemeinmedizin und 1.986 Fachärzte tätig. Die Ärztekammer für Wien meldete 1997 856 Ärzte als „Wohnsitzärzte". Seit April 1997 besteht die Möglichkeit, direkt Daten der aktuellen Ärztekartei der Österreichischen Ärztekammer über ein Modem abzurufen, was zu administrativen Erleichterungen geführt hat. Zu 46 Ansuchen um Anerkennung als Ausbildungsstätte und/oder Zuerkennung von Ausbildungsstellen für Fachärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin in den Wiener Krankenanstalten wurden Stellungnahmen an das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales abgegeben. Die meisten Anträge konnten befürwortet werden.

Seit 1994 können auch Ärzte, die Staatsbürger anderer EWR-Länder sind, nach § 3 Ärztegesetz in Österreich ärztlich tätig werden. Mit 31. Dezember 1997 waren 136 solche EWR-Ärzte bei der Ärztekammer für Wien gemeldet. Weiters wurden 1997 181 Amtsärzte evident gehalten.

Bei der Sanitätsbehörde hauptberuflich als Amtsärzte tätige Ärzte benötigen neben dem ius practicandi zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt noch eine zusätzliche Ausbildung, das Physikat. Diesen zweisemestrigen Kurs besuchten 1996/97 etwa 30 Ärzte, zu den Abschlußprüfungen meldeten sich 10 KandidatInnen an, die bis auf eine sämtliche Teilprüfungen mit Erfolg ablegten.

1997 wurden von der Abteilung 37 Anträge auf die Verleihung des Berufstitels „Medizinalrat", "Obermedizinalrat" oder „Hofrat" bearbeitet. Nach den Bestimmungen des Ärztegesetzes hat der Amtsarzt der Bezirksverwaltungsbehörde die Ordinationsstätte eines Arztes zu überprüfen, wenn Umstände vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Ordinationsstätte nicht den hygienischen Anforderungen entspricht: 1997 wurden drei Ordinationen überprüft. Im selben Zeitraum wurde einem Arzt auf Grund einer Stellungnahme nach § 35 Ärztegesetz wegen grober Verfehlungen bei Ausübung des ärztlichen Berufes bis zum Abschluß des gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens die Berufsausübung untersagt.

Die Abteilung hat im Jahr 1997 28 Ansuchen bezüglich Freistellungen von Ärzten vom Präsenzdienst bearbeitet.

Die Abteilung hat 1997 31.335 Suchtgift-Dauerverschreibungen und 46.649 Suchtgiftrezeptformulare an die Bezirksgesundheitsämter, Krankenanstalten und an in Wien niedergelassene Ärzte ausgegeben.

Die Amtsärzte der Bezirksgesundheitsämter haben im Berichtsjahr 24.270 Dauerverschreibungen vidiert, wobei mit einer Reihe von verordnenden Ärzten zur Klärung oder Korrektur von Einzelfragen Kontakt aufgenommen werden mußte. Seit 1. Mai 1997 vidieren die Amtsärzte Suchtgift-Dauerverschreibungen zur Substitutionstherapie bei Neueinstellungen auf Morphin oder andere suchtgifthältige Tabletten nur mehr dann, wenn Indikationsstellung sowie Festsetzung von Dosis und Abgabemodus an einer der drei großen Drogenambulanzen erfolgt ist. Durch diese Maßnahmen stieg die Anzahl der tablettensubstituierten Drogenabhängigen in Wien anteilsmäßig im Vergleich zu den methadonsubstituierten zumindest nicht weiter.

Die im Jahre 1996 begonnene Statistik über die Substitutionstherapie von Drogenkranken in den Bezirksgesundheitsämtern wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und ausgebaut. Es wurden in zwei Quartalen (März bis Mai und September bis November) vielfältige Daten sämtlicher in Wien ansässigen Drogenkranken, die in Substitutionstherapie stehen, erhoben. Diese Statistik stellt als Controllingmaßnahme die Grundlage für viele Überlegungen in der Betreu-




*Unterzeichnung des WHO-Projektes "Gesunde Schule" mit Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz.* Foto: Votava / PID

*Im Juni 1997 wurde die neue Rettungsstation Floridsdorf eröffnet.* Foto: Votava / PID





*Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder begrüßt Besucher des Zeltfestes im Geriatriezentrum am Wienerwald.* Foto: Votava / PID

*Der Amtsführende Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen Dr. Sepp Rieder visitiert die Anstaltsapotheke des AKH im Beisein von Prim. Dr. Kaspar, Univ.-Prof. Dr. Krepler und der Leiterin der Apotheke Mag. Dolinar.* Foto: Votava / PID



ung substituierter Drogenkranker dar. So konnte mit dieser Statistik sowohl den Amtsärzten in den Bezirksgesundheitsämtern als auch dem Drogenbeauftragten sowie dem Drogenkoordinator der Stadt Wien ein Instrument zur Qualitätssicherung der Betreuung von substituierten Drogenkranken zur Verfügung gestellt werden.

In Zusammenarbeit von Abteilung, Ärztekammer für Wien, Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Wiener Gebietskrankenkasse wurde 1997 ein Ausbildungsprogramm für niedergelassene Ärzte für Allgemeinmedizin, die Drogenkranke behandeln, entwickelt. Diese Ausbildung sieht bestimmte Veranstaltungen mit definierten Inhalten vor, an welchen der niedergelassene Arzt für Allgemeinmedizin teilnehmen muß, um eine entsprechende Qualifikation zur Führung von fundierten ärztlichen Gesprächen mit Drogenkranken nachweisen zu können und damit auch den Anspruch zur Verrechenbarkeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse erwirbt. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Steuerungsgruppe gegründet, die aus Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Amtsärzten der Abteilung, dem Drogenbeauftragten der Stadt Wien, Vertretern der Wiener Gebietskrankenkasse sowie der Ärztekammer besteht. Diese Steuerungsgruppe hat unter anderem die Einhaltung der Ausbildung zu überwachen und allfällige bei der Durchführung der Abrechnung auftretende Probleme zu schlichten.

Im Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990, sind die Berufe des Gesundheitspsychologen und des klinischen Psychologen und im Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990, der Beruf des Psychotherapeuten geregelt. In diesen Psychologen-Listen sind in Wien 886 klinische Psychologen und 889 Gesundheitspsychologen eingetragen (Stand per 22. Jänner 1998). Der weit überwiegende Teil an im Gesundheitsbereich tätigen Psychologen ist sowohl als Gesundheitspsychologe als auch als klinischer Psychologe in die Liste aufgenommen. In die Psychotherapeutenliste beim Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sind 1.994 Psychotherapeuten als in Wien tätig eingetragen (Stand 22. Jänner 1997).

1997 wurden von der Abteilung 22 Angelegenheiten von Kurpfuschereiverdacht bearbeitet. In vielen Fällen erweist sich die Abgrenzung zwischen medizinischen Heilverfahren im komplementärmedizinischen Bereich und Dienstleistungen sogenannter "Naturpraktiker" als sehr schwierig. Die mit diesen Angelegenheiten vorwiegend befaßten Amtsärzte der Abteilung konnten ihr Wissen auf dem Gebiet komplementärmedizinischer Methoden in einem 12 tägigen Fortbildungskurs an der Akademie für Ganzheitsmedizin vertiefen.

Auf Grund des 1996 in Kraft getretenen Ausbildungsvorbehaltsgesetzes kann die Ausbildung zum Heilpraktiker, die in Österreich verboten ist, unterbunden werden. Gegen ein in Wien ansässiges Institut zur Ausbildung in Naturheilverfahren wurde daher nach eingehender Überprüfung ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Ausbildungsvorbehaltsgesetz eingeleitet.

Die Zahl der Dentisten ist durch deren altersbedingtes Ausscheiden weiterhin rückläufig, 1995 waren noch 82, 1996 noch 74 und 1997 noch 57 in Wien tätig. In mehreren Fällen haben sich in den ehemaligen Dentistenbetriebsstätten Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde niedergelassen.

Im Berichtsjahr waren in Wien insgesamt 1.407 vertretungsberechtigte Apotheker in öffentlichen und Anstaltsapotheken tätig. Ein Vertreter der Abteilung nahm an 32 Aspirantenprüfungen teil, bei welchen sich 87 Magister der Pharmazie der Prüfung zur Erlangung des Rechtes zur selbständigen Führung einer Apotheke unterzogen. Neben 15 Anstaltsapotheken stehen der Wiener Bevölkerung 267 öffentliche Apotheken zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden 82 Apothekenvisitationen durchgeführt. Von 551 bei diesen Visitationen entnommenen Proben beanstandete die Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen 32, diese Produkte wurden aus dem Verkehr gezogen. 1997 erfolgte nach den Bestimmungen des Wiener Krankenanstaltengesetzes die Überprüfung von 108 Arzneimittelvorräten von Krankenanstalten ohne Anstaltsapotheke und von städtischen Pflegeheimen.

Sämtliche 163 konzessionierte Drogerien wurden von den Bezirksamtsärzten auf die Einhaltung der giftrechtlichen Bestimmungen überprüft.

Seit 1995 liegt die Zahl der Plasmaspender mit leicht abnehmender Tendenz bei etwa 2.500 Personen, 1997 waren 2.518 Veränderungsmeldungen (das sind Neuzugänge und Abmeldungen) bei Plasmaspendern zu verzeichnen.

1997 wurde eine der drei Plasmapheresestellen sanitätsbehördlich überprüft. Die Blutdepots bzw. Blutbanken von 13 Wiener Spitälern sind einer speziellen behördlichen Überprüfung unterzogen worden.

Das Tierversuchsgesetz 1988 sieht eine strenge Kontrolle jedes einzelnen Tierversuches an Wirbeltieren vor, der in gewerblichen Institutionen durchgeführt wird. Das Bewilligungsverfahren wird von der MA 58 unter Miteinbeziehung der Abteilung durchgeführt, wobei die einreichenden Firmen zur Beurteilung der Unerläßlichkeit von Tierversuchen für die medizinische Wissenschaft und Forschung Gutachten von Sachverständigen verschiedener Universitätsinstitute vorlegen. 1997 wurden 99 Anträge auf Bewilligung von Tierversuchsprojekten auf ihre Zulässigkeit beurteilt.

Im Bereich Gesundheits- und Krankenpflege, medizinisch- technischen Dienste, Sanitätshilfsdienste und Hebammen wurde von der Abteilung der Vorsitz bei zahlreichen Aufnahme- und Prüfungskommissionen wahrgenommen. In den Schulen für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege, der Schule für Kinder- und Jugendlichenpflege, der Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst, der Bundes-Hebammenakademie Wien, der Schule für psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege, den Medizinisch-technischen Aka-

demien sowie im Rahmen der Sanitätshilfsdienstkurse und der Pflegehilfeausbildung fanden insgesamt 38 Aufnahmekommissionen und 379 Prüfungskommissionen statt.

1997 haben 559 Personen die Ausbildung in der allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege mit Diplom abgeschlossen, 78 die Ausbildung in der Kinder- und Jugendlichenpflege und 41 die Ausbildung in der psychiatrischen Gesundheits- und Krankenpflege. Zusätzlich haben 175 ausländische Krankenpflegepersonen die Nostrifikation positiv abgeschlossen. In den Akademien für die gehobenen medizinisch-technischen Dienste haben insgesamt 332 Schüler und in der Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst 35 Schüler die Ausbildung mit dem Diplom beendet. 242 Personen haben einen Sonderausbildungskurs absolviert. 644 Personen haben einen Kurs für Sanitätshilfsdienste und 346 Personen eine Ausbildung zum Pflegehelfer positiv abgeschlossen.

Mit der Gewerbeordnungsnovelle, BGBl. Nr. 63/1997, vom 30. Juni 1997, wird die Ausübung von Heilmassagen durch gewerbliche Masseure auf ärztliche Anordnung ermöglicht. Die Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die die hiezu notwendige Ausbildung regelt, ist bisher noch ausständig.

Mit den Novellen des Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz vom 14. Juli 1997 (BGBl. Nr. 79/1997) und vom 6. November 1997 (BGBl. Nr. 126/1997) werden die Voraussetzungen für die Ausübung von Nachtdiensten durch Jugendliche, die im gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege ausgebildet werden, neu geregelt.

Im Rahmen der Aufsicht über die Ausbildung und Berufsausübung der im Gesundheits- und Krankenpflege-, MTD- und Hebammengesetz geregelten Berufe haben insgesamt 160 Besprechungen, Erhebungen und Informationsgespräche stattgefunden.

1997 wurden bei der freiberuflichen Ausübung des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege, des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes und des Hebammenberufes 2.291 Personen in Evidenz gehalten.

Die medizinische Fachaufsicht über die "Mobilen Krankenpflegepersonen" der MA 47 wurde im Jahr 1997 durch regelmäßige Besprechungen mit der Pflegedienstleitung und den StützpunktleiterInnen und zusätzlich durch 4 Besuche und Besprechungen in den einzelnen Stützpunkten der "Mobilen Krankenpflegepersonen" wahrgenommen.

Insgesamt wurden 459 Anträge um Nostrifikation eines ausländischen Diploms oder Zeugnisses gemäß § 52 b Krankenpflegegesetz bzw. §§ 32 und 89 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz oder zur Bewilligung einer Berufsausübung zu Fortbildungszwecken in Österreich gemäß § 52 a Krankenpflegegesetz bzw. § 34 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und § 9 MTD-Gesetz begutachtet.

In der amtsärztlichen Untersuchungsstelle der Abteilung führten die Ärzte 1997 insgesamt 10.931 amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen und Begutachtungen für den gesamten Bereich des Magistrates der Stadt Wien, für den Stadtschulrat für Wien und zum Teil auch für die Wiener Stadtwerke durch.

Im Rahmen dieser Untersuchungen wurden insgesamt 4.610 Laboruntersuchungen durchgeführt. Außerdem wurden 70 Elektrokardiogramme geschrieben. Von den amtsärztlichen Untersuchungen entfielen 1.818 auf Personen, die eine (dienstordnungsmäßige) Anstellung beim Magistrat der Stadt Wien oder beim Stadtschulrat für Wien anstrebten, 3.560 waren Untersuchungen in Amtshilfeverfahren. Weiters wurden 1.477 Untersuchungen zur Überprüfung kurzdauernder Krankenstände durchgeführt und 291 Beurteilungen zur Dienstfreistellung nach dem Mutterschutzgesetz durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden einige Maßnahmen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung durchgeführt: Zu Beginn des Berichtsjahres wurde durch ein Projektteam der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation auf Ersuchen der Abteilung eine Organisationsanalyse in der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle durchgeführt und Maßnahmen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung eingeleitet. Zur Beurteilung der körperlichen und psychischen Leistungsfähigkeit eines Klienten wurde nunmehr ein Leistungskalkül in die entsprechenden Gutachten der Amtsärztlichen Untersuchungsstelle mit aufgenommen.

Durch räumliche und organisatorische Änderungen im kanzleitechnischen Bereich konnte eine Verkürzung der Vorladungszeiten, der Wartezeiten für die geladenen Klienten und bei der Erstellungsdauer der Gutachten erreicht werden.

Seit Herbst 1997 übernimmt das Labor des Ambulatoriums zur Diagnose und Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten auch die Laboruntersuchungen der amtsärztlichen Untersuchungsstelle, wodurch bei gleichbleibendem Leistungsangebot Personaleinsparungen möglich würden.

Die 19 Bezirksgesundheitsämter werden jeweils von einer Amtsärztin oder einem Amtsarzt geleitet. Insgesamt betrug die Parteienfrequenz im Berichtsjahr 674.863. Es wurden 45.470 amtsärztliche Untersuchungen durchgeführt, darunter 6.391 im Rahmen der Sozialhilfe und 466 für die Jugendwohlfahrt; die Anzahl der Anstellungs- und Eignungsuntersuchungen belief sich auf 4.298. Im Rahmen der Seuchenbekämpfung und Verhütung wurden 7.111 Untersuchungen von Rekonvaleszenten und Ansteckungsverdächtigen durchgeführt und 14. 462 Proben genommen.

Die allgemein empfohlenen Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus mit und ohne Keuchhusten, gegen Kinderlähmung, Masern, Mumps und Röteln, gegen Influenza, FSME und gegen Haemophilus influenzae b wurden wie bisher durchgeführt. Im Berichtsjahr waren dies insgesamt 108.033 Impfungen.

Im Bereich der allgemeinen Hygiene und der Umwelthygiene wurden zahlreiche Erhebungen durchgeführt, Be-

funde erhoben, Gutachten erstellt und allenfalls notwendige Maßnahmen eingeleitet. In diesem Zusammenhang wurde zu Fragen der Schädlingsbekämpfung (3.275), zu Problemen der Lärmbelästigung (939) und Luftverunreinigung (1.881) sowie im Rahmen gewerbebehördlicher Verfahren und baulicher Kommissionierungen (1.610) aus medizinischer Sicht Stellung genommen.

Einschauen in selbständigen Ambulatorien im Sinne der sanitären Aufsicht sowie der Arzneimittelgebarung wurden zum größten Teil ebenfalls durch die AmtsärztInnen der Bezirksgesundheitsämter durchgeführt.

Die Zahl der Begutachtungen und Stellungnahmen nach dem Opferfürsorgegesetz ist von 1996 auf 1997 mit 105 bearbeiteten Akten um 42 gesunken. Der mit den Gutachten verbundene Arbeitsaufwand ist wesentlich größer geworden, da die vom Gesetz verlangte exakte Differenzierung in Kausalleiden und akausale Leiden bei zunehmend hohem Alter und bei lang zurückliegender Haft aus medizinischer Sicht oft kaum mehr möglich ist.

## Dezernat II - Rechtsangelegenheiten

Dem Dezernat II obliegen Rechtsangelegenheiten in den Bereichen Sanitätsrecht und Sozialversicherung sowie Angelegenheiten des Arbeitsrechtes, soweit hiefür nicht andere Dienststellen zuständig sind.

### Sanitätsrecht

Aus dem Aufgabenbereich des Referates 1 ist folgendes zu berichten:

### Landesgesetzliche Maßnahmen:

Der Schwerpunkt der legistischen Maßnahmen des Jahres 1997 betraf die Neugestaltung der Krankenanstaltenfinanzierung.

Grundlage dieser Neugestaltung ist die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000. Diese Vereinbarung wurde für den Bereich des Landes Wien im LGBl. Nr. 9/1997 verlautbart, für den Bereich des Bundes im BGBl. I Nr. 111/1997.

In der Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994, BGBl. Nr. 863/1992, kamen Bund und Länder überein, das Modell "Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung" mit dem Ziel weiterzuentwickeln, zum frühestmöglichen Zeitpunkt Grundlage für die Krankenanstaltenfinanzierung in Österreich zu sein. Weiters war in der Vereinbarung vorgesehen, die begonnenen Verhandlungen über die Reform des österreichischen Gesundheitswesens weiterzuführen.

Diese Vereinbarung wurde durch zwei Änderungen schließlich bis 31. Dezember 1996 erstreckt. Gleichzeitig mit der Verlängerung des Geltungszeitraumes vereinbarten der Bund und die Länder, unverzüglich über eine Reform der Struktur und der Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens zu verhandeln und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die zur Durchführung dieser Reform erforderlichen bundes- und landesgesetzlichen Regelungen mit 1. Jänner 1997 in Kraft treten. Nach zahlreichen Verhandlungsrunden zwischen dem Bund und den Ländern konnte schließlich am 29. März 1996 eine politische Einigung erzielt werden, die - im Sinne der genannten Absichtserklärung - nicht nur die Krankenanstaltenfinanzierung auf Grund des leistungsorientierten Finanzierungssystems ab dem Jahr 1997 neu regelt, sondern entscheidende Impulse auf das gesamte Gesundheitswesen ausübt.

Bund und Länder kamen überein, die Details der Einigung vom 29. März 1996 in einer Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 zu regeln.

Die wesentlichen Punkte dieser Vereinbarung sind:

- Laufzeit 1997 bis einschließlich 2000;
- Erstellung eines österreichweiten Gesundheitsplanes, wobei bis zum 1. Jänner 1997 im Einvernehmen zwischen dem Bund und den Ländern ein verbindlicher Österreichischer Krankenanstaltenplan einschließlich eines Großgeräteplanes zu erstellen ist;
- Einrichtung von Landesfonds und Beiträge des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie der Träger der Sozialversicherung an die Landesfonds;
- Neuregelung der Beziehungen der Träger der Sozialversicherung zu den Trägern der Krankenanstalten und den Ländern (Landesfonds);
- Regelung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung;
- Finanzierung von Strukturreformen, Förderung des Transplantationswesens, Finanzierung von allgemeinen Planungskonzepten und von Grundlagenarbeit;
- Sicherstellung der bestehenden Dokumentation und Erfassung weiterer Daten;
- Einrichtung der Strukturkommission und der neun Landeskommissionen;
- Einrichtung des Konsultations- und Sanktionsmechanismus;
- Schutzklausel für Bund und Träger der Sozialversicherung sowie für Städte und Gemeinden; Lösung des in- und ausländischen Gastpatientenproblems sowie Regelung der Anstaltspflege im Ausland aus medizinischen Gründen.

Die zur Durchführung dieser Vereinbarung notwendigen bundes- und landesgesetzlichen Regelungen waren mit

1. Jänner 1997 in Kraft zu setzen. Die Umsetzung auf Bundesebene erfolgte mit der KAG-Novelle 1996, BGBl. Nr. 751/1996, dem 2. Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996, BGBl. Nr. 764/1996, und dem Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen, BGBl. Nr. 745/1996.

Mit der Novelle zum Wiener KAG, LGBl. für Wien Nr. 13/1997, wurden zunächst die für die Umstellung des Finanzierungssystems unbedingt erforderlichen Grundsatzbestimmungen dieser Bundesgesetze ausgeführt, um die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung ab 1. Jänner 1997 zu ermöglichen. Darüber hinaus wurde mit dieser Novelle auch von der vom Grundsatzgesetzgeber eingeräumte Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht, die wirtschaftliche Aufsicht über Krankenanstalten, die auf Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 über den Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds finanziert werden, und die Wahrnehmung der Bestimmungen über die Deckung des Betriebsabganges dem Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds zu übertragen.

Gegenstand dieser Novelle waren daher folgende Regelungsbereiche:

1. Regelungen über die Durchführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Regelungen der Beziehungen zwischen Krankenanstalten, Sozialversicherungsträgern und Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds;
2. Übertragung der wirtschaftlichen Aufsicht über "Fondskrankenanstalten" an den Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds;
3. Durchführung der Deckung des Betriebsabganges über den Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds;
4. Notwendige Anpassungen weiterer Bestimmungen an die neue Finanzierungsform (z.B. Aufnahme der Begriffe Tages- und Nachtklinik sowie halbstationärer Bereich, Anforderung von Krankengeschichten durch den Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds).

Einen Schwerpunkt der legislativen Tätigkeit bildeten die Arbeiten für eine neuerliche Novelle des Wiener Krankenanstaltengesetzes 1987. Zu diesem Entwurf wurde ein internes Begutachtungsverfahren durchgeführt. Das externe Begutachtungsverfahren soll in Kürze eingeleitet werden. Mit dieser Novelle sollen die übrigen grundsatzgesetzlichen Bestimmungen der KAG-Novelle 1996, BGBl. Nr. 751/1996, und des 2. Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996 - 2. SRÄG 1996, BGBl. Nr. 764/1996, ausgeführt werden, die nicht bereits in der Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz 1987, LGBl. für Wien Nr. 13/1997, enthalten sind. Weiters sollen landesgesetzliche Regelungen zur Durchführung der Artikel 12 (Schiedskommission) und 24 (Sanktionsmechanismus) der Vereinbarung nach Art. 15 a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 geschaffen werden.

Wesentliche Neuerungen in diesem Bereich sind:

- Einschränkung der erforderlichen Abteilungen bei Standardkrankenanstalten auf Chirurgie und Innere Medizin;
- Verpflichtung der Landesregierung zur Erlassung eines Landeskrankenanstaltenplanes durch Verordnung und Festlegung der Grundsätze;
- Berücksichtigung des Landeskrankenanstaltenplanes bei der Errichtungs- und Betriebsbewilligung sowie bei der Bewilligung von Änderungen bei Fondskrankenanstalten;
- Neuschaffung der Möglichkeit, die Errichtungsbewilligung abzuändern oder zurückzunehmen. Auch die Betriebsbewilligung soll künftig nicht mehr nur zurückgenommen, sondern auch abgeändert werden können;
- Verlust des Öffentlichkeitsrechtes bei der Zurücknahme der Errichtungs- oder Betriebsbewilligung;
- Berücksichtigung des Landeskrankenanstaltenplanes bei Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes, bei der Sicherstellung öffentlicher Krankenanstaltspflege und bei Angliederungsverträgen;
- Weitere Aufgaben der Schiedskommission und Änderung ihrer Zusammensetzung sowie Übergangsregelung für anhängige Verfahren;
- Konsultations- und Sanktionsmechanismus:
  Vorgangsweise und Folgen bei Einschränkung des Leistungsangebotes durch Fondskrankenanstalten und Träger der Sozialversicherung (Artikel 24 der Vereinbarung);
- elektronischer Datenaustausch zwischen Krankenanstalten und Versicherungsträgern.

Völlig unabhängig von der Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung sollen mit dieser Novelle die grundsatzgesetzlichen Bestimmungen der Novelle zum Bundesgesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte, BGBl. Nr. 731/1995, und der dazu korrespondierenden Novelle zum Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 732/1995, ausgeführt werden.

Mit der Novelle BGBl. Nr. 731/1995 zum Bundesgesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte werden insbesondere bestimmte Zusatztherapien in Kuranstalten und Kureinrichtungen ermöglicht.

Dies macht neben der Ausführung dieser Grundsatzbestimmungen auch eine Anpassung im Wiener Krankenanstaltengesetz erforderlich. Es wird daher eine weitere Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz ausgearbeitet.

Außerdem sollen mit dieser Novelle des Wiener Krankenanstaltengesetzes Änderungen, deren Notwendigkeit sich

aus der Vollzugspraxis ergeben hat, sowie Anpassungen der Terminologie an neue gesetzliche Bestimmungen vorgenommen werden.

Dies betrifft Änderungen im Bereich der Ethikkommission, eine Klarstellung der Regelung betreffend Anstaltsambulatorien und Qualitätssicherung, den Kostenersatz im Zusammenhang mit klinischen Prüfungen, die Festlegung einer Vorlagefrist für den Bericht über die Personalplanung und die Verpflichtung von Krankenanstalten, Patienten bei Aufnahme über ihr Leistungsangebot zu informieren. Auch die Regelung der Pflegegebühren für Begleitpersonen soll einer Änderung unterzogen werden. Weiters soll eine Sponsoring-Regelung für öffentliche Krankenanstalten mit Ausnahme von Universitätskliniken normiert werden. Schließlich soll eine Regelung der Rechtsbeziehung zwischen Patient und Rechtsträger der Krankenanstalt für den Fall der Asylierung aufgenommen werden.

Als weitere legistische Maßnahme ist die Ausarbeitung von vier Verordnungen zu nennen.

a) Mit Verordnung des Landeshauptmannes von Wien über die Badegewässer und Badestellen in Wien, LGBl. Nr. 28/1997, wurden die Alte Donau, die Neue Donau und das Mühlwasser zu Badegewässern im Sinne des § 2 Abs. 5 Bäderhygienegesetz erklärt.

Nach § 2 Abs. 7 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976 in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 658/1996, hat der Landeshauptmann die Badegewässer und Badestellen durch Verordnung zu bestimmen. Bis zur mit BGBl. Nr. 658/1996 erfolgten Novellierung des Bäderhygienegesetzes waren Oberflächengewässer selbst vom Anwendungsbereich des Bäderhygienegesetzes nicht erfaßt.

Eine Definition der Badegewässer und Badestellen ist in § 2 Abs. 5 und Abs. 6 Bäderhygienegesetz enthalten. Badegewässer sind demnach fließende oder stehende Oberflächengewässer oder Teile dieser Gewässer, in denen das Baden behördlich ausdrücklich gestattet ist oder nicht untersagt ist und in denen üblicherweise eine große Anzahl von Personen badet. Badestellen sind zum Zwecke der Überprüfung der Wasserqualität örtlich abgegrenzte Bereiche eines Badegewässers. Nach diesen im Bäderhygienegesetz definierten Kriterien wurden die Badegewässer und Badestellen bestimmt. Die hygienische Badewasserqualität der einzelnen Badestellen wird während der Badesaison in zumindest 14-tägigen Intervallen überprüft.

b) Auf Grund von § 8 Apothekengesetz wurden mit Verordnung des Magistrats der Stadt Wien (Amtsblatt der Stadt Wien vom 8. Jänner 1998, Nr. 1/2) die Betriebszeiten und der Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien neu geregelt.

Im Zusammenhang mit den Regelungen der Öffnungszeiten für Verkaufsstellen wurden auch für Apotheken zusätzliche Öffnungszeiten gefordert. In Zusammenarbeit und in Absprache mit der Österreichischen Apothekerkammer, Landesgeschäftsstelle Wien, und den Apothekern sollte ein Offenhalten von Apotheken an Wochentagen in der Mittagszeit zwischen 12.00 und 14.00 Uhr ermöglicht werden. Dadurch soll eine Verbesserung in der Arzneimittelversorgung erreicht werden.

Die öffentlichen Apotheken Wiens sind so wie in der bisherigen Verordnung des Magistrats der Stadt Wien über den Dienst in den öffentlichen Apotheken in Wien in sieben Bereitschaftsdienstgruppen eingeteilt, die in fortlaufender Reihenfolge Bereitschaftsdienst in der Nacht, am Wochenende und auch während der Mittagspause an Werktagen versehen. Für die Mittagssperre wurde abweichend von der bisherigen Regelung eine Gruppe von Apotheken festgelegt, die in dieser Zeit von Montag bis Freitag ständig Bereitschaftsdienst versehen und offenhalten können. Gleichzeitig wurde auch für die langen Einkaufstage (derzeit die vier Samstage) vor Weihnachten eine Regelung getroffen, die den Apotheken ein Offenhalten auch am Nachmittag ermöglicht.

c) Es wurde der Entwurf für eine Tuberkulose-Reihenuntersuchungsverordnung ausgearbeitet und ein Begutachtungsverfahren durchgeführt. Mit der Verlautbarung ist 1998 zu rechnen.

Gemäß § 23 Tuberkulosegesetz hat der Landeshauptmann zur Erfassung unbekannter Tuberkulosefälle für bestimmte Personengruppen gezielte Reihenuntersuchungen durch Verordnung festzusetzen. Damit kommt der aktiven Fallfindung durch die Bezirksverwaltungsbehörde eine besondere Bedeutung zu. Es ist allgemein anerkannt, daß ein Absinken der Zahl der Neuerkrankungen an Tuberkulose nur erreicht werden kann, wenn entsprechende Maßnahmen gesetzt werden, Tuberkuloseerkrankungen rasch zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Auf Grund von erhöhtem Tuberkulosevorkommen wird daher mehr zu untersuchen sein.

Bis 1995 regelte die Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 25. Februar 1969, BGBl. Nr. 273/1969, die Untersuchung von Angehörigen bestimmter Berufsgruppen, wie z.B. jener der Lehrer, Ärzte oder der Friseure, auf das Freisein von Tuberkulose. Diese Untersuchungspflicht wurde 1994 aufgehoben, da sich die undifferenzierte Untersuchung von Berufsgruppen nicht als zielführend erwies. Auf Grund der neuen Verordnung trifft die Bezirksverwaltungsbehörde die Verpflichtung, jene Personen zur Untersuchung zu laden, die Risikogruppen angehören.

d) Weiters erfolgte eine Überarbeitung der Verordnung des Magistrats der Stadt Wien über die Bekämpfung der Ratten aus dem Jahre 1990.

Ausschlaggebend dafür waren gehäufte Beschwerden darüber, daß in Gebieten, in denen erfahrungsgemäß Rattenvorkommen nicht gegeben ist, eine Nachschau erfolgen mußte.

Die periodische Nachschau muß nach der derzeitigen Regelung auch dann durchgeführt werden, wenn nachweis-

lich nach den Jahresberichten der Landesinnung Wien der Schädlingsbekämpfer oder nach Mitteilung der Bürger kein Rattenbefall beobachtet werden konnte. Eine Reduzierung oder ein Wegfall der periodischen Nachschau, ausgenommen Feld-, Wiesen- und Waldflächen, ist in der derzeit geltenden Rattenverordnung von 1990 nicht vorgesehen.

Auf der anderen Seite ist natürlich nicht zu übersehen, daß in einer Großstadt wie Wien vor allem in dichtbesiedelten Gebieten die Nachschau auf das Vorkommen von Ratten und deren Bekämpfung große Bedeutung haben.

Mit dem nunmehr vorliegenden Entwurf einer Verordnung soll diesen beiden Anliegen entsprochen werden. Durch weiterreichende Ausnahmen von der periodischen Nachschau und durch die Möglichkeit der Reduzierung soll eine zeitgemäße und bürgernahe Vorgangsweise ermöglicht werden, die auch stärker den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit entspricht. Als Vorbild wurde die bisher bewährte und 1995 in Kraft getretene Schabenverordnung gewählt. In jenen Bereichen, welche von der Nachschau ausgenommen werden, wird den Grundeigentümern die Verpflichtung auferlegt, bei tatsächlichem Rattenbefall zwingend eine Bekämpfung vorzunehmen. In bestimmten Bereichen ist die periodische Nachschau weiterhin durchzuführen.

Außerdem wurde der Kreis der aus dieser Verordnung Verpflichteten definiert.

Der Entwurf befindet sich derzeit in der internen und externen Begutachtung.

In der Folge werden weitere landesrechtliche Maßnahmen des Jahres 1997 chronologisch dargestellt:

Die Ambulatoriumsbeiträge für die Wiener städtischen Krankenanstalten wurden mit Verordnung der Wiener Landesregierung LGBl. für Wien Nr. 43/1997 festgesetzt.

Die Kundmachung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 45/1997, betrifft die Festsetzung der Pflege- und Sondergebühren und die Feststellung der als kostendeckend ermittelten Pflege- und Sondergebühren für die Wiener öffentlichen Krankenanstalten.

Die Kundmachung der Wiener Landesregierung betreffend die Valorisierung und die Festsetzung des Kostenbeitrages gemäß § 46 a Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 ist im LGBl. für Wien Nr. 46/1997 enthalten.

Mit Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 48/1997, wurde die Verordnung betreffend die Festsetzung der von ausländischen Staatsangehörigen zu entrichtenden tatsächlichen Untersuchungs- und Behandlungskosten für die radiochirurgische Behandlung mit der Gamma-Unit im Wiener Allgemeinen Krankenhaus geändert.

Die Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 49/1997, enthält die Festsetzung der von ausländischen Staatsangehörigen für die Wiener öffentlichen Krankenanstalten zu entrichtenden tatsächlichen Untersuchungs- und Behandlungskosten.

Mit Verordnung des Magistrats der Stadt Wien (Amtsblatt der Stadt Wien vom 20. März1997, Nr. 12) wurde eine Erhöhung des Höchststundensatzes für die Rattenbekämpfung einschließlich Nachschau auf S 222,— ab 1. März 1997 festgelegt.

Bundesgesetzliche Maßnahmen:

Im Bereich des Bundes gab es 1997 folgende legistische Maßnahmen:

Eine zentrale Maßnahme erfolgte nach jahrelangen fachlichen Vorarbeiten durch das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, verlautbart im BGBl. I Nr. 108/1997.

Vorher waren im Krankenpflegegesetz, BGBl. Nr. 102/1961 in der Fassung BGBl. Nr. 917/1993, sowohl der Krankenpflegefachdienst als auch alle Sanitätshilfsdienste und der medizinisch-technische Fachdienst geregelt. Bereits mit der Erlassung des MTD-Gesetzes, BGBl. Nr. 460/1992, wurde der Bereich der gehobenen medizinisch-technischen Dienste aus dem Krankenpflegegesetz ausgegliedert. Die immer bedeutendere Stellung der Pflege im Rahmen des Gesundheitswesens verlangte ein eigenes Gesetz, in dem die Gesundheits- und Krankenpflegeberufe umfassend und zeitgemäß geregelt sind. Von einer Novellierung des Krankenpflegegesetzes, das durch die zahlreichen Novellierungen, insbesondere die Ausgliederung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste, und durch die Fortentwicklung der Rechtsetzungstechnik nicht mehr den legistischen Anforderungen entsprach, wurde daher Abstand genommen.

Folgende Schwerpunkte der Reformmaßnahmen im Bereich der Pflege sind beispielsweise hervorzuheben:
- Schaffung eines eigenständigen Gesetzes für Gesundheits- und Krankenpflegeberufe;
- Festlegung von Berufsrechten und Berufspflichten;
- Neuformulierung der Berufsbilder;
- Änderung der Berufsbezeichnungen;
- detaillierte Umschreibung der Tätigkeitsbereiche;
- Neufassung der Nostrifikationsbestimmungen;
- Festlegung der Ausbildungsbedingungen (Zugang, Ausschluß, Anrechnungen, Prüfungen).

Bei der Umschreibung der Tätigkeitsbereiche unterscheidet das Gesetz nunmehr zwischen den eigenverantwortlichen, mitverantwortlichen, interdisziplinären und den erweiterten und speziellen Tätigkeitsbereichen.

Die Bestimmungen des Krankenpflegegesetzes für die noch in diesem Gesetz geregelten Berufe - medizinisch-technischer Fachdienst und Sanitätshilfsdienste - wurden unverändert beibehalten. Der Titel des Gesetzes wurde entsprechend in "Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste (MTF-SHD-G)" geändert. Das Ärztegesetz 1984 und das Ausbildungsvorbehaltsgesetz wurden geringfügig geändert.

Eine weitere wesentliche legistische Maßnahme war das Suchtmittelgesetz, das mit BGBl. I Nr. 112/1997 verlautbart wurde und am 1. Jänner 1998 in Kraft tritt. Es übernahm modifiziert Regelungen des Suchtgiftgesetzes, welches außer Kraft trat, schuf aber zusätzlich Regelungen für "psychotrope Stoffe" und "Vorläuferstoffe".

Im ersten Hauptstück werden der Anwendungsbereich des Gesetzes und die Begriffe "Suchtgifte", "psychotrope Stoffe" und "Vorläuferstoffe" definiert, wobei der Begriff "Suchtmittel" als gemeinsamer Überbegriff sowohl die Suchtgifte als auch die psychotropen Stoffe erfaßt. Das zweite Hauptstück enthält die administrativen Kontrollmaßnahmen betreffend den Verkehr und die Gebarung mit Suchtmitteln sowie die gesundheitsbezogenen Maßnahmen im Hinblick auf Suchtgiftmißbrauch einschließlich der Regelungen betreffend der Anerkennung von Einrichtungen mit Betreuungsangebot für Personen, die Suchtgift mißbrauchen. Im dritten Hauptstück werden die administrativen Kontrollmaßnahmen betreffend die sogenannten "Vorläuferstoffe" geregelt. Das vierte Hauptstück betrifft die für die Überwachung des Verkehrs mit Suchtgiften, psychotropen Stoffen und Vorläuferstoffen zuständige besondere Verwaltungsdienststelle beim Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz. Es folgen strafrechtliche und verfahrensrechtliche Bestimmungen.

"Psychotrope Stoffe" sind Stoffe, die, ohne Suchtgifte im Sinne des Suchtgiftgesetzes 1951 oder der Einzigen Suchtgiftkonvention 1961 zu sein, die Fähigkeit besitzen, einen Zustand der Abhängigkeit und eine Anregung oder Dämpfung des Zentralnervensystems, die zu Halluzinationen oder Störungen der motorischen Funktionen, des Denkens, des Verhaltens, der Wahrnehmung oder der Stimmung führt, hervorzurufen und die auf Grund dieser Wirkungen mißbräuchlich verwendet werden. "Vorläuferstoffe" sind Chemikalien, die häufig bei der unerlaubten Herstellung von Suchtgiften und psychotropen Stoffen verwendet werden.

Weiters enthält das Gesetz eine Reihe weiterer gesundheitspolitisch relevanter Änderungen im Bereich des Suchtgiftrechts. So wurde die Schmerztherapie sowie die Entzugs- und Substitutionsbehandlung von Suchtkranken im Gesetz verankert. Als weitere gesundheitsbezogene Maßnahmen wurden neben der ärztlichen Behandlung bzw. Überwachung auch die klinische Psychologie, die Psychotherapie und die psychosoziale Beratung und Betreuung in das Gesetz ausdrücklich aufgenommen.

Im strafrechtlich relevanten Bereich wird das Modell "Therapie statt Strafe" maßvoll erweitert und besser determiniert.

In der Folge wurden mit BGBl. II Nr. 374/1997 bis 379/1997 sechs Verordnungen zum Suchtmittelgesetz erlassen: Suchtgiftverordnung, Psychotropenverordnung, Vorläuferstoffeverordnung, Suchtgiftgrenzmengenverordnung, Psychotropengrenzmengenverordnung sowie eine Verordnung über Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick auf Suchtgiftmißbrauch.

Im Bereich des Bundes gab es 1997 folgende weitere legistische Maßnahmen:

Das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz wurde mit BGBl. I Nr. 9/1997 geändert.

Mit BGBl. I Nr. 21/1997 wurde das Bundesministeriengesetz 1986 geändert. Das bisherige Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz erhielt die Bezeichnung Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die Zuständigkeiten wurden in geringem Umfang geändert.

Mit dem 2. Budgetbegleitgesetz 1997, verlautbart im BGBl. I Nr.130/1997, erfolgte auch eine Änderung des Gebührengesetzes 1957. Dies betraf insbesondere eine Erhöhung der festen Gebührensätze, welche für durchzuführende Verfahren maßgeblich sind.

Die Verordnung über die Suchtgiftberatung , BGBl. Nr. 435/1996, wurde mit BGBl. II Nr. 2/1997 und Nr. 147/1997 geringfügig geändert.

Mit BGBl. II Nr. 5/1997 wurde eine Verordnung über die Durchführung der Wahlen in die Ärztekammern in den Bundesländern verlautbart.

Die Mutter-Kind-Paß-Verordnung wurde mit BGBl. II Nr. 24/1997 verlautbart. Sie enthält Bestimmungen über die Festlegung des Mutter-Kind-Paß-Untersuchungsprogrammes, über die Voraussetzungen zur Erlangung des Mutter-Kind-Paß-Bonusses sowie über den Mutter-Kind-Paß selbst.

Mit BGBl. II Nr. 49/1997 wurde die Freisetzungsverordnung kundgemacht. Sie enthält Bestimmungen über Inhalt, Umfang und Form eines Antrages auf Genehmigung einer Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen. Sie verpflichtet zu detaillierten Informationen für Anträge dieser Art.

Mit BGBl. II Nr. 61/1997 wurde eine Anhörungsverordnung über das Anhörungsverfahren nach dem Gentechnikgesetz verlautbart. Grundlage sind die §§ 29 und 44 Gentechnikgesetz.

Mit BGBl. II Nr. 144/1997 wurde die Rezeptpflichtverordnung, BGBl. Nr. 475/1973, insofern geändert, als die bisherige Anlage durch eine neue ersetzt wurde.

Die Verordnung über Anforderungen im Hinblick auf die Gute Laborpraxis wurde mit BGBl. II Nr. 151/1997 kundgemacht. Grundlage für diese Verordnung waren die §§ 48 Abs. 1 und 62 Abs. 1 des Arzneimittelgesetzes, BGBl. Nr. 185/1983.

Mit Verordnungen der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, BGBl. II Nr. 155/1997 und 398/1997, erfolgten weitere Änderungen der Österreichischen Arzneitaxe 1962.

Die Suchtgiftverordnung 1979 wurde mit BGBl. II Nr. 177/1997 geändert. Die Suchtgiftverordnung 1979 ist inzwischen auf Grund der oben angeführten neuen Suchtgiftverordnung außer Kraft getreten.

Die Verordnung über empfohlene Impfungen wurde mit BGBl. II Nr. 242/1997 verlautbart.

Mit Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Klassifizierung von Medizinprodukten, BGBl. II Nr. 279/1997, wurde auf Grund § 25 des Medizinproduktegesetzes, BGBl. Nr. 657/1996, verordnet, daß Medizinprodukte, ausgenommen aktive implantierbare Medizinprodukte und Medizinprodukte für die In-vitro-Diagnose gemäß den Klassifizierungskriterien des Anhangs IX der Richtlinie 93/42/EWG (ABl. Nr. L 169 vom 12. Juli 1993) den Klassen I, II a, II b und III zuzuordnen sind.

Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend anthranoidhaltige Arzneispezialitäten wurde mit BGBl. II Nr. 281/1997 verlautbart. Danach sind bei bestimmten Arzneispezialitäten mit besonderen Inhaltsstoffen in der Fachinformation Angaben wie beispielsweise "Anwendungsgebiete", "Gegenanzeigen" oder "Warnhinweise" aufzunehmen.

Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die grundlegenden Anforderungen an Medizinprodukte wurde mit BGBl. II Nr. 291/1997 kundgemacht. Grundlage dafür ist § 10 des Medizinproduktegesetzes, BGBl. Nr. 657/1996. Für Medizinprodukte, ausgenommen aktive implantierbare Medizinprodukte und Medizinprodukte für die in-vitro-Diagnose, gelten die Anforderungen gemäß dem Anhang I der Richtlinie 93/42/EWG (ABl. Nr. L 169 vom 12. Juli 1993), die auf sie unter Berücksichtigung ihrer Zweckbestimmung anwendbar sind, als grundlegende Anforderungen im Sinne des Medizinproduktegesetzes.

Mit BGBl. II Nr. 303/1997 wurde eine Verordnung über den vierten Nachtrag zum Arzneibuch verlautbart.

Mit BGBl. III Nr. 9/1997 und Nr. 186/1997 wurde in die Anti-Doping-Konvention, (BGBl. Nr. 451/1991) jeweils eine neue Liste der verbotenen Wirkstoffgruppen und Methoden aufgenommen.

Das Übereinkommen von 1971 über Psychotrope Stoffe wurde im BGBl. III Nr. 148/1997 verlautbart. Im Anhang zu diesem Übereinkommen sind diese Stoffe angeführt.

### Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes:

Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 26. Februar 1997, V 116/96-6, wurde der letzte Satz im § 7 Abs. 1 der Umlagenordnung der Österreichischen Apothekerkammer als gesetzwidrig aufgehoben. Dem Rekurs gegen eine Umlagenvorschreibung kommt nunmehr aufschiebende Wirkung zu. Die Kundmachung erfolgte mit BGBl. II 133/1997.

### Verwaltungsbericht des Referates 1:

262 Begutachtungen von Gesetz- und Verordnungsentwürfen sowie 726 Ausarbeitungen von Stellungnahmen und Berichten nahmen einen sehr großen Raum ein. Die Zahl der Stellungnahmen und Berichte ist gegenüber dem Jahr 1996 wesentlich gestiegen.

Mit den Arbeiten betreffend die Führung der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates für Wien war der Dezernatsleiter und eine Kanzleibedienstete befaßt. Ein umfangreiches Aufgabengebiet der Abteilung bildet die Bearbeitung von Anträgen an die Wiener Landesregierung und sonstigen Verfahren, die die Bewilligungen und Genehmigungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 für alle Krankenanstalten betreffen. Auch die entsprechenden Bewilligungen nach den Bestimmungen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes für Krankenanstalten sind von der Abteilung zu erteilen. Da seit 1995 eine sehr komplizierte Bedarfsprüfung durchzuführen ist, sind die Verfahren mit Bedarfsprüfung seither äußerst umfangreich, arbeits- und zeitaufwendig. Die Anzahl der Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof in diesem Bereich ist 1997 neuerlich gestiegen.

Eine weitere bedeutende Aufgabe der Abteilung besteht in der Erteilung von Bewilligungen nach dem Strahlenschutzgesetz für Strahleneinrichtungen und dem Umgang mit radioaktiven Stoffen, die der medizinischen Heilbehandlung dienen. Bewilligungspflichtig sind alle neuen und abgeänderten Röntgendiagnostik- und Therapieeinrichtungen sowie nuklearmedizinische Einrichtungen, und zwar ohne Unterschied, ob sie sich in Krankenanstalten oder in Ordinationen von Ärzten, Dentisten oder Tierärzten befinden. § 17 Strahlenschutzgesetz sieht für alle Einrichtungen, die nach den Bestimmungen des Strahlenschutzgesetzes bewilligt wurden, jährlich Überprüfungen vor. 1997 wurden daher 391 Überprüfungen nach dem Strahlenschutzgesetz durchgeführt.

Besprechungen, Verhandlungen und Bewilligungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz 1987, dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und dem Strahlenschutzgesetz im Zusammenhang mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien erfordern einen großen Arbeitsaufwand. 1997 wurden 226 Verhandlungen durchgeführt, in der Mehrzahl ganztags.

Auch in den nächsten Jahren werden laufend Teilbetriebsbewilligungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 und dem Strahlenschutzgesetz zu erteilen sein.

Insgesamt wurden 474 Augenscheinsverhandlungen durchgeführt, wobei 331 auf Krankenanstalten- und Arbeitnehmerschutzangelegenheiten, 119 auf Strahlenschutzangelegenheiten, 20 auf Apothekenangelegenheiten und vier auf Friedhöfe entfielen.

1997 waren in Sanitätsrechtsangelegenheiten 4.941 Geschäftsstücke zu bearbeiten. Darunter bezogen sich 557 auf Krankenanstalten-, 46 auf Arbeitnehmerschutz-, 653 auf Strahlenschutz-, 217 auf Apotheken-, 17 auf Dentisten-, 58 auf Ärzte- und 251 auf Hebammenangelegenheiten, 31 auf Beerdigungsangelegenheiten sowie 532 auf Angelegenheiten von Krankenpflegepersonen. Überdies waren 404 Nostrifikationsverfahren nach § 52 b Krankenpflegegesetz (bzw. § 32 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz), 94 Verfahren nach § 52 a Krankenpflegegesetz (bzw. § 34 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz) für die Bewilligung der Fortbildung bei Ausbildung im Ausland von Krankenpflegepersonen und fünf Verfahren nach § 9 MTD-Gesetz für die Bewilligung der Fortbildung bei Ausbildung im Ausland in einem gehobenen medizinisch-technischen Dienst durchzuführen. Zwei Verfahren wurden nach dem Fortpflanzungsmedizingesetz durchgeführt. In 57 Fällen war über Verdienstentgangsansprüche nach dem Epidemiegesetz 1950 abzusprechen. Die übrigen Geschäftsstücke bezogen sich vor allem auf die Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen, auf die Ausarbeitung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen, sonstige Stellungnahmen, Berichte und Äußerungen in verschiedenen Sanitätsrechtsangelegenheiten und auf die Rattenbekämpfung. Zu 440 Besprechungen und Verhandlungen anderer Dienststellen waren Vertreter zu entsenden.

## Sozialversicherung und Arbeitsrecht

Aus dem Aufgabenbereich des Referates 2 ist folgendes zu berichten:

### Aufhebung von Gesetzesbestimmungen bzw. Verordnungen durch den Verfassungsgerichtshof:

Im Jahr 1997 erfolgte eine Reihe von Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes, mit denen Regelungen im Bereich der Sozialversicherung bzw. des Arbeitsrechtes als verfassungswidrig aufgehoben wurden.

So wurde insbesondere der Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, daß § 67 Abs. 5 ASVG verfassungswidrig gewesen ist, in BGBl. I Nr. 25/1997 kundgemacht.

Darüber hinaus wurden die im Jahre 1996 durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 eingeführten Bestimmungen über die Einbeziehung von dienstnehmerähnlichen Werkverträgen in die Pflichtversicherung nach dem ASVG (§ 4 Abs. 5 ASVG) sowie die mit dieser Bestimmung im unmittelbaren Zusammenhang stehenden Regelungen im ASVG, durch den Verfassungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 14. März 1997, Zl. G 392, 398, 399/96-18, als verfassungswidrig aufgehoben. Diese Aufhebung wurde in BGBl. I Nr. 39/1997 kundgemacht.

Gleichzeitig wurden jene Bestimmungen aufgehoben, mit denen die Geringfügigkeitsgrenze für solche Beschäftigungsverhältnisse festgelegt wurde, bei denen ein echter Dienstvertrag mit freien Dienstverträgen bzw. dienstnehmerähnlichen Werkverträgen beim selben Dienstgeber zusammentraf (§ 5a Abs. 2 Z 3 ASVG).

Darüber hinaus wurde auch § 4 Abs. 7 ASVG aufgehoben. Nach dieser Bestimmung wirkte sich der Umstand, daß Unternehmungen miteinander im Sinne des § 228 Abs. 3 HGB verbunden sind, wie auch jener, daß Dienstgeber bzw. Auftraggeber miteinander bestimmte Absprachen getroffen haben, dahingehend aus, daß mit mehreren rechtlich selbständigen Unternehmungen abgeschlossene freie Dienstverträge oder Verträge, mit denen zu mehreren rechtlich selbständigen Unternehmungen dienstnehmerähnliche Beschäftigungen begründet wurden, als mit einem einzigen Unternehmen abgeschlossen gewertet wurden.

Die Aufhebung des Art. III Abs. 1 des Bundesgesetzes, mit dem das BSVG und das Betriebshilfegesetz geändert werden, durch den Verfassungsgerichtshof wurde durch den Bundeskanzler in BGBl. I Nr. 81/1997 kundgemacht.

Der Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, daß die Verordnung über die Festsetzung des Hundertsatzes der Verzugszinsen in der Zeit von Oktober 1994 bis Ende März 1995 gesetzwidrig gewesen ist, wurde durch die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in BGBl. II Nr. 94/1997 kundgemacht.

In BGBl. II Nr. 111/1997, BGBl. II 137/1997 und BGBl. II Nr. 184/1997 wurde der Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, daß die Verordnungen des Bundesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Bundeshöchstzahlen 1995 und 1996 gesetzwidrig gewesen sind, kundgemacht.

### Bundesgesetzliche Maßnahmen - Sozialversicherung:

Im Bereich der Sozialversicherung erfolgten im Jahr 1997 zahlreiche Neuregelungen.

Lediglich geringfügige Änderungen des ASVG, GSVG und BSVG erfolgten in BGBl. I Nr. 47/1997. Zweck dieser Neuregelung war die Anpassung dieser gesetzlichen Bestimmungen an das neue Karenzgeldgesetz. Weitere geringfügige Änderungen im Bereich des B-KUVG, ASVG, GSVG und BSVG erfolgten in BGBl. I Nr. 61/1997.

In BGBl. I Nr. 64/1997 wurden das ASVG, GSVG, BSVG und B-KUVG sowie das Notarversicherungsgesetz neuerlich geändert. Es erfolgten u.a. Neuregelungen bezüglich der Anrechnung von Beiträgen in der Pensionsversicherung sowie Neuregelungen hinsichtlich Beitragszeiten und Beitragsgrundlagen.

Eine weitere Änderung des ASVG erfolgte in BGBl. I Nr. 79/1997. In dieser Novelle wurden neue Regelungen hinsichtlich des Ergänzungsbeitrages zur Finanzierung der Krankenversicherung der Lehrlinge sowie hinsichtlich der Beiträge in der Krankenversicherung der Lehrlinge getroffen.

Wesentliche Änderungen im Bereich der Sozialversicherung brachte das Arbeits - und Sozialrechts-Änderungsgesetz 1997 - ASRÄG 1997, welches im BGBl. I Nr. 139/1997 kundgemacht wurde. In diesem Gesetz wurde das ASVG, das GSVG, das BSVG, das FSVG und das B- KUVG einer Änderung unterzogen.

Hauptanliegen dieser Änderungen war eine breite Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Sozialversicherung. Zu diesem Zwecke erfolgten im Bereich des ASVG eine Konkretisierung des Dienstnehmerbegriffes im Sinne des § 4 Abs. 2 ASVG sowie eine völlige Neufassung des Begriffes des freien Dienstnehmers gemäß § 4 Abs. 4 ASVG.

Nach der geänderten Fassung des § 4 Abs. 4 ASVG sind nunmehr ab 1. Jänner 1998 jene Personen vollversicherungspflichtig, die sich auf Grund freier Dienstverträge auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zur Erbringung von Dienstleistungen verpflichten, wenn sie aus dieser Tätigkeit ein Entgelt beziehen, welches die Geringfügigkeitsgrenze übersteigt, die Dienstleistungen im wesentlichen persönlich erbringen und über keine wesentlichen eigenen Betriebsmittel verfügen.

Durch diese Novelle erfolgten im ASVG aber auch Änderungen im Bereich des Pensionsrechtes, insbesondere hinsichtlich der Gleitpension sowie hinsichtlich des Anfalles der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit. Darüber hinaus wurde der derzeit geltende Durchrechnungszeitraum für die Bildung der Pensionsbemessungsgrundlage vom Jahre 2003 bis zum Jahr 2020 schrittweise auf die besten 18 Jahre ausgedehnt, wenn der/die Versicherte zum frühest möglichen Zeitpunkt in Pension geht.

Durch das Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz 1997 erfolgten darüber hinaus Änderungen im Bereich des GSVG, insbesondere die Einbeziehung von neuen Selbständigen in die Versicherungspflicht nach dem GSVG. Durch diese Neuregelung werden selbständig erwerbstätige Personen ab 1. Jänner 1998 nach dem GSVG pflichtversichert, wenn sie auf Grund einer betrieblichen Tätigkeit Einkünfte im Sinne des § 22 Z 1 bis 3 und 5 und (oder) des § 23 Einkommensteuergesetz erzielen und auf Grund dieser betrieblichen Tätigkeit nicht bereits eine Pflichtversicherung nach dem GSVG oder einem anderen Bundesgesetz in den entsprechenden Versicherungszweigen besteht.

Von den im Jahr 1997 auf dem Gebiet der Sozialversicherung und des Sozialrechtes ergangenen sonstigen Rechtsvorschriften sind folgende Bestimmungen zu erwähnen:

Das Karenzgeldgesetz wurde in BGBl. I Nr. 47/1997 erlassen und in BGBl. I Nr. 139/1997 geändert.

Das Karenzurlaubsgeldgesetz wurde in BGBl. I Nr. 61/1997 und BGBl. I Nr. 138/1997 einer Änderung unterzogen.

Das Karenzurlaubszuschußgesetz, das Karenzurlaubserweiterungsgesetz und das Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete wurde in BGBl. I Nr. 47/1997 geändert. Eine Änderung des Elternkarenzurlaubsgesetzes erfolgte durch BGBl. I Nr. 61/1997.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde in BGBl. I Nr. 47/1997, BGBl. I Nr. 78/1997, BGBl. I Nr. 126/97 und BGBl. I Nr. 139/1997 einer Änderung unterzogen.

Im BGBl. I Nr. 107/1997 erfolgte eine Änderung des Bundessozialämtergesetzes sowie des Sonderunterstützungsgesetzes.

Das Arbeitsmarktservicegesetz, das Betriebspensionsgesetz, das Kriegsopferversorgungsgesetz, das Heeresversorgungsgesetz, das Verbrechensopfergesetz und das Opferfürsorgegesetz erfuhren in BGBl. I Nr. 139/1997 Änderungen.

Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit und Soziales über die Höhe der Sitzungsgelder nach dem Arbeitsmarktservicegesetz wurde im BGBl. II Nr. 17/1997 kundgemacht. Über die Durchführung der Anordnung und Anweisung finanzieller Leistungen im Arbeitsmarktservice erfolgte in BGBl. II Nr. 308/1997 eine Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Mit Verordnung BGBl. II Nr. 54/1997 wurde die Prämie nach dem Behinderteneinstellungsgesetz für das Kalenderjahr 1997 festgestellt.

Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger zu ersetzenden einmaligen Aufwand für die Herstellung der Voraussetzungen zur Vollziehung des Karenzgeldgesetzes wurde in BGBl. II Nr. 182/1997 kundgemacht.

In BGBl. II Nr. 197/1997 wurden durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales Pauschalbeträge für die anteiligen Verwaltungsaufwendungen der Gebietskrankenkassen nach dem Karenzgeldgesetz festgesetzt.

Die Sondernotstandshilfeverordnung wurde durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in BGBl. II Nr. 200/1997 abgeändert.

Eine weitere Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, welche in BGBl. II Nr. 230/1997 kundgemacht wurde, betraf die Gewährung von Funktionsgebühren und Sitzungsgeld an die Mitglieder von Verwaltungskörpern der Sozialversicherungsträger.

Mit Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales BGBl. II Nr. 304/1997 wurde der Aufteilungsschlüssel in der Krankenversicherung der Pensionisten festgesetzt.

Eine weitere Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, welche in BGBl. II Nr. 364/1997 kundgemacht wurde, hatte die Ergänzung der Lohnklassentabelle im Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 zum Inhalt.

Die Festsetzung des Zuschlages zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz für das Jahr 1998 erfolgte durch die Verordnung BGBl. II Nr. 366/1997.

In BGBl. II Nr. 406/1997 wurde die Verordnung über die Festsetzung des Lohnstufenschemas nach dem ASVG geändert.

Die Aufwertung und Anpassung nach dem ASVG, dem GSVG, dem BSVG und dem B-KUVG für das Kalenderjahr 1998 wurde in BGBl. II Nr. 431/1997 kundgemacht. Die Verordnung über die Aufwertung und Anpassung nach dem BSVG und dem B-KUVG für das Kalenderjahr 1998 erfolgte im BGBl. II Nr. 432/1997.

Zwischenstaatliche Vereinbarungen - Sozialversicherung:

Auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Vereinbarungen gab es 1997 folgende Neuregelungen:

Die Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden der Republik Österreich und des Königreiches Norwegen über die Kostenerstattung im Bereich der sozialen Sicherheit wurde in BGBl. III Nr. 10/1997 verlautbart.

Das zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit abgeschlossene Abkommen wurde in BGBl. III Nr. 72/1997 kundgemacht.

Die Kundmachung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, betreffend das Inkrafttreten der Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung zwischen der Republik Österreich und der Regierung von Quebec im Bereich der sozialen Sicherheit, erfolgte in BGBl. I Nr. 28/1997.

Bundesgesetzliche Maßnahmen - Arbeitsrecht:

Auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes ist auf folgende Regelungen hinzuweisen:

Das Arbeitsruhegesetz wurde in BGBl. I Nr. 5/1997 und BGBl. I Nr. 46/1997 geändert.

Änderungen der Arbeitsruhegesetz-Verordnung erfolgten im BGBl. II Nr. 14/1997, BGBl. II Nr. 92/1997, BGBl. II Nr. 152/1997 und BGBl. II Nr. 189/1997.

Im BGBl. I Nr. 8/1997 wurde das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz für Angehörige von Gesundheitsberufen in Krankenanstalten und ähnlichen Einrichtungen geschaffen. Bis zur Erlassung dieses Gesetzes gab es für Dienstnehmer in Krankenanstalten keine einheitlichen Arbeitszeitregelungen. Für Rechtsträger von Krankenanstalten, die keine Gebietskörperschaften sind, galt das Arbeitszeitgesetz. Mit dem Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz wurden einheitliche und praktikable Arbeitszeitregelungen für alle Krankenanstalten unabhängig vom Rechtsträger geschaffen.

Das Arbeitszeitgesetz erfuhr in BGBl. I Nr. 8/1997 eine Änderung. Eine weitere Änderung des Arbeitszeitgesetzes erfolgte in BGBl. I Nr. 46/1997.

Das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz wurde in BGBl. I Nr. 9/1997 sowie BGBl. I Nr. 47/1997 geändert.

Das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz wurde im BGBl. I Nr. 9/1997 und BGBl. I Nr. 139/1997 geändert.

Änderungen des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes erfolgten in BGBl. I Nr. 47/1997, BGBl. I Nr. 93/1997, BGBl. I Nr. 107/1997 und BGBl. I Nr. 139/1997.

Das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz wurde im BGBl. I Nr. 47/1997, BGBl. I Nr. 70/1997 und BGBl. I Nr. 140/1997 geändert.

Das Mutterschutzgesetz wurde in BGBl. I Nr. 9/1997 und in BGBl. I Nr. 61/1997 einer Änderung unterzogen.

In BGBl. I Nr. 63/1997 erfolgte eine Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes und des Arbeitsinspektionsgesetzes.

Das Arbeiterkammergesetz wurde in BGBl. I Nr. 64/1997 geändert.

Eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes erfolgte in BGBl. I Nr. 78/1997.

Änderungen des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen 1987 sind in BGBl. I Nr. 79/1997 und BGBl. I Nr. 126/1997 kundgemacht worden.

In BGBl. I Nr. 139/1997 erfolgte eine Änderung des Entgeltfortzahlungsgesetzes.

Mit Verordnungen der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales BGBl. II Nr. 1/1997, BGBl. II Nr. 36/1997, BGBl. II Nr. 131/1997, BGBl. II Nr. 154/1997, BGBl. II Nr. 174/1997 und BGBl. II Nr. 361/1997 wurden die Bewilligungen gemäß § 7 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes für die Beschäftigung von Ausländern im Winterfremdenverkehr, Sommerfremdenverkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft festgelegt.

Der Zuschlag zum Lohn für den Sachbereich der Winterfeiertagsregelung wurde durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in BGBl. II Nr. 99/1997 festgesetzt.

Durch Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales BGBl. II Nr. 170/1997 wurde die Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, mit der Aufgaben des Bundes vom Arbeitsmarktservice auf die Arbeitsinspektion und den Bundesminister für Arbeit und Soziales übertragen werden, geändert.

Die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr, mit der die Verordnung über die Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche geändert wird, wurde in BGBl. II Nr. 173/1997 geändert.

Eine Änderung der Arbeitsmarktsprengelverordnung erfolgte in BGBl. II Nr. 183/1997.

Die Bundeshöchstzahl 1998 wurde in BGBl. II Nr. 357/1997 kundgemacht. Eine Änderung der Bundeshöchstzahlenüberziehungsverordnung erfolgte in BGBl. II Nr. 256/1997.

Die Landeshöchstzahlen für die Beschäftigung von Ausländern für 1998 wurden durch Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales in BGBl. II Nr. 356/1997 festgesetzt.

Das Kontingent für die Beschäftigung von Ausländern im Bereich des Magistrates der Stadt Wien wurde in BGBl. II Nr. 405/1997 festgesetzt.

Mit Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales BGBl. II Nr. 365/1997 wurde die Ver-

ordnung, betreffend die Lohnzuschläge für die Sachbereiche der Urlaubs- und der Abfertigungsregelung nach dem Bauarbeiter-, Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, geändert.

### Verwaltungsbericht des Referates 2:

Im Jahr 1997 war ein erheblicher Aktenanstieg im Bereich der Sozialversicherung zu verzeichnen. Ursache dafür war vor allem die Gesetzgebung des Bundes im Jahre 1996, die die Sozialversicherungspflicht von freien Dienstverträgen und dienstnehmerähnlichen Werkverträgen einführte.

Insgesamt betrug der Neuzugang in der Sozialversicherung 2.552 Geschäftsstücke. Davon entfielen 2.357 Geschäftsstücke auf Verfahren nach sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen. In diesen Angelegenheiten mußten 255 Büroverhandlungen abgehalten werden. Die Berufungsverfahren nach dem Behinderteneinstellungsgesetz umfaßten 168 Fälle. Vier Geschäftsstücke betrafen Angelegenheiten der Obereinigungskommission, 23 Geschäftsstücke betrafen Berufungen in Angelegenheit der Refundierung von Sondernotstandshilfe. In Beschwerdefällen vor dem Verwaltungsgerichtshof und dem Verfassungsgerichtshof mußten 63 Gegenschriften erstattet werden. In 57 Fällen waren Gutachten über Gesetzentwürfe, Verordnungsentwürfe und in sonstigen Rechtsangelegenheiten abzugeben. Schließlich wurden auch noch Stellungnahmen und Berichte für internationale Organisationen erstattet.

## Dezernat III - Gesundheitsplanung

Das Dezernat Gesundheitsplanung führt die drei Referate Gesundheitsberichterstattung, Strukturentwicklung und Public Health sowie Gesundheitsförderung.

### Gesundheitsberichterstattung

Das Referat ist für die Erstellung und Herausgabe von Berichten über die Gesundheit in Wien zuständig. 1997 wurden als jährliche Standardpublikationen der Gesundheitsbericht für Wien 1996 sowie die Statistischen Mitteilungen zur Gesundheit in Wien, Heft 1997/1 und Heft 1997/2 veröffentlicht. Als diesjähriger Spezialbericht wurde weiters der Wiener Frauengesundheitsbericht publiziert, die Arbeiten zum Wiener Seniorengesundheitsbericht (Veröffentlichung 1998) wurden weitgehend abgeschlossen. Eine Studie über die gesundheitliche Situation von MigrantInnen (Vergleich Österreich - Wien) wurde am Ende des Berichtsjahres vorgestellt.

Die Vorarbeiten zu einem umfassenden Wiener Gesundheitssurvey befanden sich noch in der Planungsphase.

Zu den sonstigen Aufgaben des Referates zählten die Verwaltung von gesundheitsbezogenen Daten, Informationen darüber sowie lokale, nationale und internationale Zusammenarbeit.

### Strukturentwicklung und Public Health

Im Jahre 1997 wurde das Diabeteskonzept der Stadt Wien, das die Umsetzung der St. Vincent Deklaration und somit die Steigerung der Lebensqualität von Typ 2-DiabetikerInnen durch PatientInennschulungen zum Ziel hat, fortgeführt. Dieses Projekt, das in das EU-Quality-Network eingebunden ist, hat Beispielcharakter für eine patientenorientierte, integrative und qualitätsgesicherte Verhaltensintervention. Im Rahmen dieses Projektes wird die Lebensqualität von Typ 2-Diabetikern im Vergleich zur gesunden Wiener Bevölkerung gemessen und wertvolle epidemiologische Daten gewonnen. Darüber hinaus wurde noch an der Konzeptionierung und Planung anderer Projekte auf dem Gebiet von Public Health gearbeitet, so etwa an niederschwelligen Maßnahmen im Bereich von sexuell transmitted diseases, den Grundlagen für einen Gesundheitsindex, usw.

Im Auftrag der gesundheitspolitischen Kommission zur Erstellung eines Gesundheits- und Krankenanstaltenplanes des Wiener Gemeinderates wurde ein Konzept für eine Patientenstromanalyse erstellt. Im Bereich Strukturentwicklung wurden die Grundlagen für den Bedarfs- und Entwicklungsplan für die pflegerische Infrastruktur Wiens erarbeitet.

Für den Wiener Gesundheits- und Krankenanstaltenplan wurde mit den Vorarbeiten begonnen. Hinsichtlich der ersten Revision des österreichischen Großgeräteplanes wurden die Grundlagen für die Verhandlungen der Stadt Wien mit dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales erstellt. Darüber hinaus wurde auf die Stadt Wien bezogen mit den Vorarbeiten zu den anderen gesetzlich vorgeschriebenen Planungsvorhaben wie Niederlassungsplan, Ambulanzplan, Rehabilitationsplan usw. begonnen. Aus dem gesamten Aufgabenbereich des Referates wurden im Laufe des Jahres 1997 eine Reihe von Stellungnahmen abgegeben, so etwa zur Fragestellung hinsichtlich der Großgeräte, diversen Gesetzesentwürfen, zur Krankenanstaltenplanung, zur intensiv- medizinischen Versorgung, Einfluß der leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierung auf die Qualität der Gesundheitsversorgung usw.

### Gesundheitsförderung

Im Berichtsjahr wurde mit der Erarbeitung des Wiener Gesundheitsförderungsplans (GEFÖP) in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Experten begonnen. Als Grundlage diente die Studie "Grundlagen für einen Gesundheitsförderungsplan in Wien - nationale und internationale Erfahrungen", die 1998 veröffentlicht wird. Fol-

gende Inhalte wurden 1997 im Rahmen des GEFÖP erarbeitet: Vision, Grundsätze und Strategie des GEFÖP; Datenbank über Gesundheitsförderungsprojekte (in Zusammenarbeit mit dem Fonds Gesundes Österreich); "Fact Sheets", die die epidemiologische und gesundheitliche Bedeutung von Lebensstil-/Risikofaktoren und Erkrankungen auf der Basis vorhandener Daten darstellen; detaillierte Programmkonzepte (z.B.: betriebliche Gesundheitsförderung, Unfälle, Ernährung). Der GEFÖP soll 1998 fertiggestellt werden, ab 1999 kann mit der Umsetzung begonnen werden.

Im April 1997 wurde beim offiziellen Startschuß für das "Wiener Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen" ein Kooperationsabkommen von Vertretern der 12 beteiligten Schulen, des Stadtschulrats für Wien, des WHO Projekts: "Wien - Gesunde Stadt" und des Gesundheitsförderungszentrums unterzeichnet. Das "Wiener Netzwerk - Gesundheitsfördernde Schulen" ist Teil des Österreichischen und des Europäischen Netzwerks Gesundheitsfördernder Schulen und ist daher an die internationale Entwicklung des Konzepts der Gesundheitsfördernden Schulen angebunden. Die Angebote des Wiener Netzwerks umfassen: Workshops zu inhaltlichen Schwerpunkten (z.B.: Suchtprävention, Sozialverhalten, Konfliktmanagement), Beratung und Unterstützung bei der schulinternen Projektarbeit sowie Seminare zu Projektmanagement, Kommunikation, Teambildung und Moderation.

Ein Schwerpunktbereich der Gesundheitsförderung in Wien ist "AusländerInnen und Gesundheit". Gemeinsam mit dem Wiener Integrationsfonds wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um eine Bedarfserhebung zum Thema "Kommunikation mit Nichtdeutschsprachigen im Wiener Gesundheits- und Sozialwesen" durchzuführen. Die Arbeit enthält neben einer eingehenden Analyse des derzeitigen Kommunikationsverhaltens zwischen MigrantInnen und ProfessionalistInnen des Gesundheits- und Sozialwesens auch eine Reihe von Empfehlungen. Eine weitere Studie über die gesundheitliche Situation von MigrantInnen in Wien wurde ebenfalls heuer fertiggestellt. Diese beiden Studien erscheinen demnächst in der Dokumentationsreihe des WHO-Projekts: "Wien - Gesunde Stadt". Parallel dazu wurde von "Wien - Gesunde Stadt" und dem Wiener Integrationsfonds von September 1995 bis Juni 1997 ein Arbeitskreis zum Thema "Community Interpreting" geführt, der verschiedene Experten, Vertreter von Institutionen und Betroffene aus dem Gesundheits-, Sozial-, Jugendamts- und Schulbereich zusammenbrachte, um Lösungsvorschläge für den großen Themenkomplex "Übersetzungstätigkeit im Gesundheits- und Sozialbereich" zu erarbeiten.

Das Wiener Unfallverhütungsprogramm für Senioren "Sicher Gehen über 60", welches eine 5prozentige Reduktion des Unfallrisikos älterer Menschen anstrebt, wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.

Ebenfalls fortgesetzt wurde der langjährige Schwerpunkt Frauengesundheit: durch Mitarbeit am Wiener Frauengesundheitsprogramm, Unterstützung der EU-Brustkrebsvorsorgewoche, Mitfinanzierung der Studie "Erfassung von Einrichtungen und Organisationen zur Gesundheit und Gesundheitsförderung der Frau".

In den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fällt die Herausgabe der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift "Gesunde Stadt" (Auflage: 20.000 Stück) sowie die Präsentation des WHO-Projekts: "Wien - Gesunde Stadt" im Internet.

EU-Projekt: seit März 1998 arbeitet die Stadt Wien mit den anderen EU-Hauptstädten im Projekt "Megapoles" zusammen. Das Projekt dient der Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung in den Hauptstädten.

## Dezernat IV - Gesundheitsdienste

Das Dezernat umfaßt u.a. jene Referate, die sich mit Gesundheitsvorsorge in allen Altersstufen befassen. Das sind IV/2 - Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Sozialpädiatrie, IV/3 - Zahngesundheit, Jugendzahnkliniken der Stadt Wien, IV/4 - Schulärztlicher Dienst und IV/1 - Gesundheitsvorsorge, Gesundenuntersuchungsstellen. Außerdem gehörten im Berichtsjahr das Institut für Umweltmedizin, das Referat für Psychohygiene, das Referat für Körperbehindertenbetreuung, die Impfstelle für Auslandsreisende, das Referat Medizin-Meteorologie und die Koordinationsstelle für Pflegegelduntersuchungen in der Abteilung zum Dezernat IV. An Angeboten sind vor allem die ärztliche Betreuung in 56 (56) Elternberatungsstellen, drei Schwangerenberatungsstellen für Risikoschwangerschaften, 11 Familienhebammen, 2 Entwicklungsdiagnostische Ambulanzen, die Jugendzahnkliniken, der Schulärztliche Dienst, die sieben Gesundenuntersuchungsstellen der Abteilung, die Ernährungs- und die Raucherberatungsstelle, die umweltmedizinische Beratungsstelle im Institut für Umweltmedizin (IFUM), die Impfstelle für Auslandsreisende in der Zentrale der Abteilung, die Wetterfühligkeitsberatung und Polleninformation und das Gesundheitstelefon, Tel.Nr. 533-28-28, zu nennen.

Das Dezernat IV der Abteilung und einzelne Referate des Dezernates I bieten eine Vielzahl von Serviceleistungen für die Bevölkerung an. Durch zunehmende Öffentlichkeitsarbeit sollen alle Serviceangebote im Bereich der Abteilung bei der Bevölkerung weiterhin vermehrt bekanntgemacht werden. Das Angebot an Informationsmaterial wird weiter ausgebaut.

Die Zusammenarbeit mit der Ärztekammer für Wien und der Landesstelle Wien der Österreichischen Apothekerkammer wurden intensiviert.

### Organisatorische Änderungen 1997:

Die Hals- Nasen- Ohrenärztliche Untersuchung und Begutachtung wurden vom Schulärztlichen Dienst im Herbst des Berichtsjahres in die amtsärztliche Untersuchungsstelle verlagert.

Die Planung der „Wiener Gesundheitsberatung" (Arbeitstitel: „Wiener Beratungszentrum für Wohlbefinden und Gesundheit". Pollen, Ernährung, Rauchen, Umwelt) in der Abteilung, die Wetterfühligkeitsberatung, Polleninformation, Raucher- und Ernährungsberatung sowie mittelfristig auch die umweltmedizinische Beratungsstelle umfassen soll, war bereits 1996 ein Schwerpunkt. Die Raucher- und Ernährungsberatung wurden mit 1. Dezember 1997 von der Hainburgerstraße in die Neutorgasse 15 übersiedelt und dort mit den Beratungsangeboten des Referates IV/9 zusammengeführt. Die Struktur der „Wiener Gesundheitsberatung" wird derzeit neu geplant.

Zuerst sollen die Leistungen auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge nach aufsteigenden Altersgruppen dargestellt werden:

### Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Sozialpädiatrie

Im Rahmen der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind waren 1997 in drei städtischen geburtshilflichen Abteilungen Schwangerenberatungsstellen eingerichtet. Diese Stellen werden größtenteils als Intensivbetreuungsstellen bzw. als Risikoschwangerenberatungsstellen geführt.

| Schwangerenberatungsstellen | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Beratungen/Untersuchungen | 1.659 | 1.569 |
| davon Erstuntersuchungen | 195 | 231 |

In 21, Freytaggasse 32, findet für schwangere Frauen, die jenseits der Donau wohnen, zweimal wöchentlich ein Schwangerenturnen statt, und zwei Gynäkologen halten Kurzvorträge für werdende Mütter. 1997 nahmen 653 schwangere Frauen an diesem Turnen teil.

Die Abteilung führt vier Stützpunkte für Familienhebammen, in denen derzeit elf Familienhebammen für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. In sieben Eltern-Kind-Zentren der MA 11 sind ebenfalls Familienhebammen der Abteilung stundenweise tätig. Von diesen Hebammen wird umfassende Geburtsvorbereitung als Einzel- oder Paarberatung in Form von Informationsgesprächen über die Schwangerschaft, bevorstehende Geburt, Stillen, Wochenbett und Babypflege und auch Schwangerenturnen angeboten. Weiters werden Kreißsaalbesuche organisiert, so daß die Frauen bei der Entbindung in eine ihnen bereits bekannte Umgebung kommen. In Zusammenarbeit mit geburtshilflichen Abteilungen und niedergelassenen Gynäkologen werden auch Hausbesuche vor allem zur Betreuung von Risikoschwangeren gemacht. Sowohl in der Einzelberatung als auch in der Geburtsvorbereitung wird auf die psychologische Beratung zum Angstabbau in bezug auf die Geburt besonderer Wert gelegt.

Aus den Tätigkeiten der Familienhebammen 1997:

| Familienhebammen | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Gesamtbetreuungsfrequenz | 6.286 | 7.929 |
| Hausbesuche | 1.494 | 1.471 |
| Kreißsaalführungen | 109 | 47 |
| Babytreffs | 151 | 208 |

Weiters wurden 1997 die Hebammen 2mal wöchentlich in den geburtshilflichen Ambulanzen mehrerer Wiener Krankenanstalten eingesetzt, um dort an Ort und Stelle zur Geburtsanmeldung vorsprechende Frauen zu beraten.

In den Stützpunkten werden „Babytreffs" mit Stillberatung und Rückbildungsgymnastik angeboten und auf Wunsch auch vereinzelt Hausbesuche durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit der MA 11 - Amt für Jugend und Familie wurden bis Dezember 1997 drei städtische Beratungsstellen für Familienplanung ärztlich betreut. Zweck der mit den Untersuchungen einhergehenden Beratungen war u.a. Kinderwunsch, Empfängnisverhütung und der Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch.

| Städtische Familienplanungsstellen | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| ärztliche Konsultationen | 1.141 | 1.202 |
| davon Erstuntersuchungen | 476 | 446 |

1997 wurden in rund 300 ersten Klassen der Berufsschulen Wiens wie in den vergangenen Jahren sogenannte Aufklärungsgespräche durchgeführt. Vier bis sechs Teams, jeweils bestehend aus einem/r Arzt/Ärztin und einem/r Sozialarbeiter/in vermitteln jeder Klasse ein Grundwissen über Geschlechtsorgane, Sexualhygiene, Partnerschaft, empfängnisverhütende Maßnahmen. Einen Schwerpunkt stellt die AIDS-Problematik dar, weiters finden Gespräche über Drogen statt. Einzelberatungen für Jugendliche inklusive gynäkologischer Untersuchung und Beratung durch Sozialarbeiterinnen werden in der Jugendabendberatung, 19, Heiligenstädter Straße 82 - 84, angeboten.

In Wien gibt es 56 Elternberatungsstellen, das sind die ehemaligen Mutterberatungsstellen. Die Stellen sind jeweils mit einem Arzt, einer Sozialpädagogin (Kinderpflegerin) und/oder einer Sozialarbeiterin besetzt. Die Elternbe-

ratungsstellen sind zur Untersuchung und Betreuung gesunder Säuglinge und Kleinkinder gedacht. Mütter und Väter erhalten dort Beratung und Tips zur Betreuung ihres Kindes aus medizinischer Sicht. Sie erhalten außerdem Informationen über richtige Ernährung, Stillberatung, über die Entwicklung des Kindes, über die richtige Pflege und über Impfungen. Die Ärzte führen auf Wunsch die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß durch und impfen die Kinder entsprechend dem österreichischen Impfplan. Sollte jedoch bei einer Untersuchung eine Erkrankung festgestellt werden, die medizinischer Abklärung oder ärztlicher Betreuung bedarf, überweisen die Ärzte die Eltern auch an niedergelassene Fachärzte, Spezialambulanzen, oder empfehlen - falls nötig - die Einweisung in ein Krankenhaus.

59 ÄrztInnen waren 1997 in den 56 städtischen Elternberatungsstellen tätig.

| Ärztlicher Dienst in den Elternberatungsstellen | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Beratungen | 76.916 | 77.882 |
| Säuglingsuntersuchungen | 48.366 | 48.459 |
| davon Erstuntersuchungen | 6.660 | 7.712 |
| Untersuchte Kleinkinder | 27.611 | 27.430 |
| Impfungen | 46.299 | 46.568 |
| davon: | | |
| gegen Diphtherie/Tetanus | 1.452 | 1.039 |
| Diphtherie Tetanus/Pertussis | 4.838 | 1.784 |
| Kinderlähmung | 15.520 | 16.895 |
| Masern/Mumps/Röteln | 5.212 | 5.282 |
| Haemophilus B | 5.228 | 1.706 |
| DPT + Haemophilus B | 14.049 | 19.862 |
| Vitamin K Abgaben | 480 | 500 |
| Vitamin D Abgaben | 1.703 | 1.449 |
| Überweisung zu Fachärzten für Kinder- und Jugendheilkunde, Entwicklungsdiagnostik, Herzambulanz | 1.848 | 2.402 |

Gemeinsam mit der Universitäts-Kinderklinik führt die Abteilung eine Ambulanz für Pädiatrische Kardiologie, wo vornehmlich Herzfehler diagnostiziert und kontrolliert werden.

| Ambulanz für pädiatrische Kardiologie | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| untersuchte Kinder | 4.708 | 4.899 |
| erstdiagnostizierte Herzfehler | 452 | 437 |
| Kontolluntersuchungen | 3.261 | 3.300 |

Nach dem sogenannten "Wiener Risikokinderprogramm" werden alle Neugeborenen Wiens, die gewisse Risken vor oder während der Geburt aufweisen (z.B. Lageanomalien, geringes Geburtsgewicht, usw.) zu einer entwicklungsneurologischen Untersuchung im dritten, sechsten und fünfzehnten Lebensmonat in eine der beiden Entwicklungsdiagnostischen Ambulanzen der Abteilung eingeladen. Zweck dieser Untersuchung ist die zeitgerechte Erfassung und Betreuung von kindlichen Entwicklungs-, Wahrnehmungs-, Sprach- und psychologischen Störungen. Diese entwicklungsdiagnostischen Stellen befinden sich in 10, Gellertgasse 42 - 48, und in 18, Währinger Gürtel 141.

| Entwicklungsdiagnostische Stellen | 18, Währinger Gürtel 18 | | 10, Gellertgasse | | Gesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 |
| Risikountersuchungen und Kontrolluntersuchungen | 650 | 779 | 908 | 980 | 1.558 | 1.759 |
| Entwicklungsuntersuchungen [1]) | 312 | 336 | 408 | 351 | 720 | 687 |
| Psychologie | 1.361 | 1.258 | 769 | 716 | 2.130 | 1.974 |
| Heilpädagogik | - | - | 295 | 396 | 295 | 396 |
| Gruppentherapie | 47 | - | 287 | 356 | 334 | 356 |
| Physiotherapie | 558 | 634 | 941 | 536 | 1.499 | 1.170 |
| Ergotherapie | 834 | 668 | 430 | 394 | 1.264 | 1.062 |
| Logopädie | 786 | 740 | 145 | 222 | 931 | 962 |
| Gesamt | 4.548 | 4.415 | 4.183 | 3.951 | 8.731 | 8.366 |

[1]) zugewiesen von FachärztInnen, praktischen ÄrztInnen, Krankenhäusern, Elternberatungen und Kindergärten.

In beiden Stellen wird nach neuesten Erkenntnissen auch eine interdisziplinäre Betreuung der Kinder durchgeführt.

Seit dem Jahre 1979 wurden nach dem Wiener Risikokinderprogramm insgesamt 16.096 Kinder untersucht.

In den Kindertagesheimen und Kinderheimen der Stadt Wien, die der sanitären Aufsicht des Referates IV/2 unterstehen, wurden 47 (61) Kommissionierungen vorgenommen. Zahlreiche telefonische Auskünfte zu Impffragen, Hygiene- und Desinfektionsmaßnahmen wurden beantwortet.

In allen Wiener Kindertagesheimen und in der Zentrale der Abteilung wurden bei Kindern ab dem vollendeten 3. Lebensjahr Sehtests in Form von Reihenuntersuchungen durchgeführt. Ebenso wurden bei Kindern in den Kindergärten ab dem 4. Lebensjahr mit speziellen Geräten Hörtestungen durchgeführt. Seit Beginn dieser Tests im Jahre 1976 wurden bereits 361.121 Kinder auf ihr Sehvermögen getestet, 15,2 Prozent zeigten Auffälligkeiten. Von bisher insgesamt 304.683 auf das Hörvermögen Getesteten waren 9,4 Prozent auffällig.

| Sehtests in Kindertagesheimen | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Untersuchte Kinder | 17.661 | 17.163 |
| Fachärztliche Kontrolle nötig | 2.065 | 2.022 |
| in Prozent | 11,6 | 11,8 |

| Hörtests in Kindertagesheimen | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Untersuchte Kinder | 16.255 | 16.512 |
| Hörvermögen beeinträchtigt | 1.322 | 1.433 |
| in Prozent | 8,1 | 8,7 |

1997 führten 108 (125)mal ÄrztInnen, 216 (348)mal Schwestern und 54 (236)mal Sozialarbeiterinnen Wöchnerinneninformationen über Entwicklung, Ernährung und Pflege des Neugeborenen sowie zu sozialen Fragen an den geburtshilflichen Abteilungen der Wiener städtischen Krankenanstalten und in privaten Krankenanstalten durch.

Im Jahre 1997 wurden nach dem Wiener Pflegegeldgesetz im Referat IV/2 798 (656) Kinder bis zum 15. Lebensjahr untersucht. Seit 1. Juli 1996 werden auch die 0-3jährigen Kinder nach dem Wiener Pflegegeldgesetz untersucht.

Die Abendimpfungen in Wien 21 sowie Wien 10 werden vom Referat IV/2 betreut, statistisch jedoch vom Referat I/2 ausgewertet. Nähere Angaben finden sich im entsprechenden Abschnitt.

### Zahngesundheit, Jugendzahnkliniken der Stadt Wien

Die Wiener Jugendzahnkliniken feierte 1997 ihr 75jähriges Bestandsjubiläum.

Die Arbeit der Jugendzahnkliniken der Abteilung dient der Verhütung von Zahnkaries und der Gesunderhaltung der Zähne schon im Kindesalter. Sie erfüllen Aufgaben sowohl auf dem Gebiet der Vorsorgemedizin ( v.a. Schuluntersuchungen, Zahnputzunterricht, Zahnfleischbehandlungen) als auch der kurativen Medizin (v.a. Füllungen, Extraktionen, Wurzelbehandlungen, Operationen in Narkose, Regulierungen). Grundsätzlich sollen alle Kinder, die eine städtische Volks-, Haupt- oder Sonderschule besuchen, mindestens einmal in jedem Schuljahr von Ärzten der Jugendzahnkliniken in der Schule untersucht werden. Wird bei einer der Untersuchungen festgestellt, daß das Kind zahnärztlicher Behandlung bedarf, so werden die Eltern schriftlich davon verständigt. Überdies haben alle in Wien wohnhaften Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr das Recht auf kostenlose Behandlung in den Jugendzahnkliniken (nur für kieferorthopädische Behandlungen wird ein Kostenbeitrag eingehoben).

| Jugendzahnkliniken | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| **Schulzahnuntersuchungen** | | |
| untersuchte Schüler | 91.302 | 90.443 |
| mindestens ein behandlungsbedürftiger Zahn festgestellt bei.... | 36.738 | 35.796 |
| **Zahnprophylaxe** | | |
| Orale Prophylaxe/Mundhygiene | keine Vergleichszahl | 737 |
| Kinderzahnputzunterricht | 3.106 | 1.739 |
| Kindergarten- und Schülerprophylaxeunterricht | 1.202 | 653 |
| beratene Kinder | 893 | 725 |
| Kinder mit Zahnfleischbehandlung | 206 | 143 |

| Konservierende Behandlungen | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Behandlungssitzungen (ohne Sa. Vorm. Notdienst) | 15.857 | 15.827 |
| Füllungen | 9.461 | 8.662 |
| Chirurgische Eingriffe | 131 | 135 |
| Wurzelbehandlungen | 439 | 656 |
| gezogene Zähne | 4.889 | 4.967 |
| Zahnreinigungen | 1.717 | 1.095 |
| Röntgen | 735 | 1.000 |
| Behandlungssitzungen in Narkose | 676 | 795 |
| Vollnarkosen | 253 | 245 |
| **Kieferorthopädie** | | |
| Behandlungssitzungen | 7.600 | 8.535 |
| gezogene Zähne | 21 | 5 |
| Röntgen | 654 | 835 |
| Untersuchungen für MA 12 | 618 | 549 |
| Samstag - Vormittag - Notdienst | 201 | 360 |

Der Samstag-Vormittag-Notdienst in der zentralen Jugendzahnklinik, 9, Salzergasse 28, steht allen Kindern und Jugendlichen von 8.00 Uhr - 12.00 Uhr, Annahmeschluß 11.30 Uhr (außer an schulfreien Tagen und während der Schulferien) ohne Narkosemöglichkeit zur Verfügung. Die Notwendigkeit einer solchen Serviceleistung hat sich in der Vergangenheit bereits gezeigt.

Da durch Pensionsantritt freigewordene Kapazitäten an zahnärztlichen Assistentinnen nicht nachbesetzt werden konnten, mußten die Betriebszeiten in der Klinik 21, Franz-Jonas-Platz halbiert werden.

Wie in den letzten Jahren wurde der Gebißzustand der Schüler der 1. und 4. Klassen und die Putzgewohnheiten der Schüler der 1. und 4. Klassen der öffentlichen Volksschulen computerunterstützt erfaßt.

## Schulärztlicher Dienst

Die Schulärzte der Abteilung betreuen die Städtischen Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie Polytechnische Lehrgänge und Berufsschulen. Ihr Aufgabengebiet ist nicht die kurative Medizin sondern die Gesundheitsvorsorge. Die Hauptsäulen der Gesundheitsvorsorge im schulärztlichen Bereich sind die Gesundheitsberatung, regelmäßige Untersuchungen der Schüler und die Durchführung von Impfungen. Schulärzte stehen für Fragen von Schülern, Eltern und Lehrern zu Gesundheitsthemen gerne zur Verfügung und halten auch Vorträge in Klassen oder an Elternabenden zu gesundheitsbezogenen Schwerpunktthemen wie z.B. Aids. Diese Tätigkeiten wurden 1997 von 94 (96) städtischen Schulärzten vorgenommen.

| Schulärztlicher Dienst | Schuljahr | |
|---|---|---|
| | 1995/96 | 1996/97 |
| Untersuchungen | 257.676 | 263.732 |
| davon in Pflichtschulen | 243.851 | 251.355 |
| in Berufsschulen | 12.436 | 12.377 |
| Sehtests | 20.259 | 23.483 |
| Hörtests | 19.907 | 19.607 |
| Zuweisungen an niedergelassene Ärzte | 10.206 | 10.306 |
| Fachärztliche Untersuchungen | 1.389 | 1.780 |
| auf Lausbefall untersuchte Schüler | 47.870 | 49.089 |
| davon festgestellter Lausbefall | 1.470 | 1.309 |
| Impfungen | 57.612 | 56.680 |
| davon in allgemeinen Pflichtschulen | 56.937 | 55.705 |
| in Berufsschulen | 675 | 975 |
| Polio oral | 16.659 | 13.784 |
| Diphtherie-Tetanus | 13.925 | 13.315 |
| FSME | 16.632 | 18.788 |
| Röteln | 2.617 | 1.691 |
| Masern-Mumps-Röteln | 7.104 | 8.127 |
| Vorträge zu Gesundheitsthemen | 1.111 | 1.365 |
| Ohrenärztliche Untersuchungsstelle: | | |
| Untersuchungen | 3.622 | 2.932 |
| Zahl der Probanden | 554 | 419 |

Wie bereits in den letzten Jahren, wird auch 1998 der Schulärztliche Dienst seine Leistungen auf den Gebieten der Impfprophylaxe, der Gesundheitsvorsorge im Schulbereich und der Gesundheitsberatung fortsetzen. Durch schwerpunktmäßige Fortbildungsveranstaltungen soll der Wissensstand der Schulärzte aktualisiert bleiben.

Vorsorgeuntersuchungen für Erwachsene:

Die Vorsorgeuntersuchungstätigkeit der Abteilung für Erwachsene teilt sich in zwei Bereiche.

Einerseits stehen sieben Vorsorgeuntersuchungsstellen in Wien zur Verfügung, die zu festgelegten Öffnungszeiten aufgesucht werden können. Die zweite Gruppe von Vorsorgeuntersuchungen findet in ausgewählten Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben in Wien statt.

Am ersten Vormittag erfolgt eine Blutabnahme, im Anschluß daran erhält der Proband einen Termin zur Untersuchung. Zu diesem Zeitpunkt erfährt er die erhobenen Befunde und wird untersucht. Dabei wird ein internistischer Befund (einschließlich Stuhl- und Harnbefund), ein EKG, eine Lungenfunktionsprüfung und ein HNO-Befund einschließlich Hörtest durchgeführt. Bei Frauen wird außerdem auf Wunsch ein gynäkologischer Befund inklusive Zellabstrich erhoben.

Die Vorsorgeuntersuchungen werden von Fachärzten für Innere Medizin, Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde sowie Gynäkologen und von praktischen Ärzten vorgenommen.

Im Herz-Kreislauf-Zentrum der Abteilung in 20, Romanogasse, werden spezifische Untersuchungen beim Verdacht auf das Vorliegen einer Herz-Kreislauferkrankung nach Zuweisung durch eine Vorsorgeuntersuchungsstelle durchgeführt.

Bereits Ende 1987 hatte das Gesundheitsamt eine Einladungskampagne der 40jährigen zur Vorsorgeuntersuchung im Gesundheitsamt oder beim Hausarzt, in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer für Wien gestartet. 1997 ließen sich 1.622 (8,6 %) der Eingeladenen in der Abteilung untersuchen.

1997 wurde die Aktion "Vorsorgereihenuntersuchungen in Betrieben" mit Erfolg fortgesetzt. In 33 (40) Betrieben wurden 6.795 Personen (1996: 7.182), das sind etwa 45 Prozent der dort Beschäftigten, von drei Teams untersucht. Bei manchen Betrieben wurde bereits zum zweiten, dritten oder vierten Mal untersucht. Die drei Untersuchungsteams sind bereits für das erste Halbjahr 1998 ausgebucht.

| Ambulanztage | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| | 1.424 | 1.453 |

| Untersuchte/Art der Untersuchungen | zusammen | | Untersuchungsstellen | | Betriebe | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 |
| Männer | 7.413 | 6.601 | 2.715 | 2.781 | 4.698 | 3.820 |
| Frauen | 5.761 | 6.196 | 3.178 | 3.221 | 2.583 | 2.975 |
| Untersuchte Personen | 13.174 | 12.797 | 5.893 | 6.002 | 7.281 | 6.795 |
| Blutuntersuchungen | 13.055 | 12.784 | | | | |
| Harnbefunde | 13.055 | 12.797 | | | | |
| HNO Untersuchungen | 12.659 | 12.437 | | | | |
| Zellabstriche | 1.962 | 1.769 | | | | |
| Kolposkopien | 542 | 683 | | | | |
| EKG | 12.877 | 12.686 | | | | |
| Audiometrien | 9.410 | 8.538 | | | | |
| Spirometrie | 12.702 | 12.299 | | | | |
| Hämoccult | 39.522 | 38.310 | | | | |

| Herzkreislaufzentrum | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Männer | 326 | 211 |
| Frauen | 70 | 78 |
| Untersuchte Personen | 396 | 289 |

Die Raucherberatung und die Ernährungsberatung wurden im Dezember 1997 in das Angebot der Wiener Gesundheitsberatung integriert und werden inhaltlich umstrukturiert werden.

| Beratungen | Raucherberatung | | Ernährungsberatung | |
|---|---|---|---|---|
| | 1996 | 1997 | 1996 | 1997 |
| Männer | 78 | 185 | 275 | 186 |
| Frauen | 194 | 354 | 1.833 | 2.026 |
| Zusammen | 272 | 539 | 2.108 | 2.212 |
| davon: | | | | |
| Erstberatungen | 119 | 402 | 320 | 355 |
| Wiederholungsberatungen | 153 | 137 | 1.788 | 1.857 |

## Institut für Umweltmedizin, allgemeine Hygiene, Umweltmedizin (IFUM)

Die Schwerpunkte der Arbeit ergaben sich aus den Agenden des Institutes gemäß Geschäftseinteilung der Stadt Wien, den besonderen umweltpolitischen Fragestellungen des Jahres 1997 und dem spezifischen Leistungsprofil des Institutes, wie es in der Referatsbeschreibung dargestellt ist.

Dem Institut für Umweltmedizin obliegt die laufende Überwachung der gesamten zentralen Wiener Trinkwasserversorgung, einschließlich der Einzugsgebiete der I. und II. Wiener Hochquellenwasserleitung, sowie der III. Wiener Wasserleitung, des Wientalwasserwerkes und des Grundwasserwerkes Lobau und der Mitwirkung bei der Beweissicherung im Rahmen der Pumpversuche im Wasserwerk Donauinsel Nord.

Im Untersuchungsauftrag entsprechend der Geschäftsordnung der Stadt Wien sind Altwässer im Nahbereich der Donau und ehemalige Baggerteiche, also Oberflächenwässer, die vorwiegend für Erholungs- und Badezwecke genutzt werden, wie z.B. die Alte Donau, das Mühlwasser u.a., sowie das Donau - Umflutgerinne, die Neue Donau enthalten. Erstmalig wurden 1997 Untersuchungen im Rahmen der EU-Badewasserrichtlinie an der Alten Donau und an der Neuen Donau von Juni bis August durchgeführt.

Die Untersuchungen des Institutes für Umweltmedizin beziehen sich vorwiegend auf die Überprüfung der Effizienz der Kläranlagen zur Eliminierung oder Inaktivierung von Wasserschadstoffen und Krankheitserregern, da die Einleitung des gereinigten Abwassers in die Vorfluter diese in ihrem hygienisch-ökologischen Qualitätsniveau nicht beeinträchtigen darf.

Abwasseruntersuchungen erfolgen also kontinuierlich zwecks Überprüfung der hygienischen Qualität des gereinigten Abwassers bzw. des Wirkungsgrades der Abwasserbehandlung auf der Basis von Wasserrechtsbescheiden und den entsprechenden Abwaseremissionsverordnungen.

Besonders intensiv geprüfte Anlagen sind die Hauptkläranlage Wien, die Kläranlage Blumental und einige Pflanzenkläranlagen.

Abwasserbehandlungsanlagen werden sowohl in Wien als auch in den Bundesländern vom Institut regelmäßig kontrolliert und gutachterlich bewertet. Der Rhythmus der Untersuchungen ist in den jeweiligen Wasserrechtsbescheiden festgelegt. Durch dieses Leistungsspektrum auf dem Gebiet der Abwasserhygiene arbeitet das Institut maßgeblich an der Gestaltung einer gesundheitsfördernden Umwelt der Stadt Wien und Umgebung mit.

Im letzten Jahr ist die Anzahl der untersuchten Anlagen nahezu gleich geblieben, da keine wesentlichen neuen Projekte in Auftrag gegeben wurden.

In den Bädern Wiens, den Hallenbädern, Freibädern inklusive der Kindersommerbäder, Saunabädern und den Volksbädern wurde 1997 das Untersuchungsprogramm weiter ausgebaut und Senioren- und Pflegeheime sowie Krankenhäuser mit in das umfassende Überwachungsprogramm der Warmwässer auf Legionellen aufgenommen. So konnte die Zahl der untersuchten Wasserproben von 828 auf 1.227, d.h. auf 148 Prozent der Vorjahresleistung gesteigert werden.

Im Falle von Befunderhebungen, die ein Gesundheitsrisiko anzeigen (Legionellendichte von 1000 KBE/l), werden stets telefonische Vorabmeldungen an die Bäderbetreiber vorgenommen, um sofortige Sanierungsmaßnahmen zu veranlassen. Über diese Sofortmeldung wird ein Gesprächsprotokoll angefertigt und von der Institutsleitung abgezeichnet.

Als Erfolg des Programmes ist zu werten, daß obwohl die Zahl der Untersuchungen um 48 Prozent weiter zugenommen hat, der relative Anteil der legionellapositiven Proben (Richtwertüberschreitung) rückläufig war. Anstelle von 30 Prozent 1995 und 23,6 Prozent 1996 sind nunmehr nur noch 17,8 Prozent Beanstandungen wegen gesundheitsgefährdender Befunde registriert worden. Dieses Ergebnis kann sicher als ein Erfolg der bakteriologischen Warmwasserüberwachung und der damit in Verbindung stehenden zusätzlichen Anlagenwartung bewertet werden.

Methodische Aspekte, wie z.B. Veränderungen der Nachweisgrenze des Anreicherungs- und Isolierungsverfahrens, können mit Sicherheit ausgeschlossen werden, da die Legionelladiagnostik im Institut viermal jährlich durch ein Qualitätssicherheitssystem des „Public Health Laboratory Service", Großbritannien, überwacht wird und die Ergebnisse stets dem internationalen Standard entsprachen.

Zusammenfassung zum Thema Wasseruntersuchungen: Die Leistungen des Institutes auf diesem Sektor stellen eine der wesentlichsten Säulen der umwelthygienischen Tätigkeit des Institutes dar.

In der chemischen Wasseranalytik konnte das Niveau des Vorjahres gehalten werden. Die beobachteten leichten Steigerungen in der Trinkwasseranalytik sind u.a. auf die Beweissicherung zum Wasserwerk Donauinsel Nord zurückzuführen.

Die Leistungsbilanz im Hinblick auf die bakteriologischen Wasseruntersuchungen ist sehr ausgeglichen und bei der Realisierung des Überwachungsauftrags "Kindersandkisten" ist eine deutliche Leistungssteigerung zu verzeichnen.

Die virologische Abteilung kann ebenfalls eine ausgeglichene Leistungsbilanz präsentieren.

Die biologischen Wasseruntersuchungen weisen auf dem Gebiet der Trinkwasseruntersuchungen wiederum einen Aufwärtstrend auf, der teilweise durch eine Verdichtung der Untersuchungen des Rohwassers des Grundwasserwerkes Lobau bedingt ist und andererseits aber auch durch gehäufte biologische Untersuchungen durch private Auftraggeber erklärt werden kann. Der leichte Rückgang der Analytik auf dem Gebiet der limnologischen Oberflächenwasserun-

tersuchung hängt z.T. mit dem Bau des Kraftwerkes Freudenau zusammen, da das Institut für bestimmte Altwässer der Donau (z.B. Schillerwasser) nicht mehr in dem Umfang, wie in den Jahren zuvor, beauftragt war und auch seitens der MA 45 die Termine zur Untersuchung der Altwässer in der Lobau reduziert worden waren. Bei den radiologischen Untersuchungen fällt eine Steigerung der analytischen Tätigkeit bei Trinkwässern auf. Diese erklärt sich aus einer Verdichtung der Untersuchungen im Bereich der 1. und 2. Hochquelle bis zum Sommer 1997.

Die wassertoxikologischen Untersuchungen sind bis auf den Fischtest im Berichtszeitraum leicht zurückgegangen. Dieses ist darauf zurückzuführen, daß die Integration toxikologischer Tests in das Untersuchungsprogramm zu den „Sanierungsmaßnahmen Alte Donau" enorm reduziert wurde. Statt wöchentlichen toxikologischen Untersuchungen, wie dies 1996 im Zusammenhang mit der unmittelbar vorhergegangenen und vorwiegend chemische Einflüsse beinhaltenden Sanierungsmaßnahme erforderlich war, wurden im Jahr 1997, dem Nachfolgejahr, nur mehr quartalsweise Untersuchungen bestellt.

Von besonderer Bedeutung für die Arbeit des virologischen Labores waren im letzten Jahr die Untersuchungen für die Donaukraftwerke AG im Rahmen der Beweissicherung für die Staustufe Freudenau. Das virologische Labor steht weiterhin im Vertragsverhältnis mit der Donaukraft mit dem "Beweissicherungsprojekt" Virologische Untersuchungen von 8 Grundwasserbrunnen im 2. und 20. Bezirk".

Für dieses Projekt wurden die Entnahmen im September abgeschlossen. Die Untersuchungen sind noch nicht beendet und werden aber mit Abschlußgutachten noch im 1. Quartal 1998 beendet werden. Weiterhin wurde die virologische Beweissicherung "Neue Donau" übernommen, welche in Übereinstimmung mit dem EU-Badewasserprojekt realisiert wurde.

In Ergebnis der bisherigen Zusammenarbeit mit der DOKW auf dem Gebiet der Wasservirologie ist ein weiteres im Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zum Vollstau vom 12. November 1997 beauftragtes Projekt zur virologischen Untersuchung an der Online Station Nordbrücke zu erwarten, da die Bedingungen über Anbotslegung und diverse Konsultationen bereits 1997 ausverhandelt wurden.

Mit der Anschaffung der erforderlichen Gerätetechnik und der Aufnahme einer molekularbiologisch ausgebildeten Biochemikerin 1995 waren die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Labors für Molekularbiologie geschaffen. Das Ziel dieses Labors besteht in der Erarbeitung von Schnellverfahren zum Nachweis von Krankheitserregern aus Umweltmedien wie Wasser und Böden. Das Labor hat einen Poliovirus-Schnelltest entwickelt. Bisher wurde ein DOKW - Projekt zur Grundwasserqualität im 2. und 20. Bezirk realisiert. Weiters ist ein Erfahrungsaustausch mit der Abteilung Virologie des Institutes für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Umweltbundesamtes Berlin durchgeführt worden. Ein weiteres DOKW - Projekt zur virologisch-molekularbiologischen Überwachung der Online Station "Nordbrücke" und damit der Grundwasserqualität im 2. und 20. Bezirk ist als ein Bestandteil der vorgeschriebenen Beweissicherung des Kraftwerkes Freudenau derzeit im Stadium der Beauftragung.

Auf Anregung der Stadtbaudirektion, Dezernat 2, erarbeitete das Institut 1994 eine Richtlinie über luft- und lärmhygienische Anforderungen an den Bau von Tief- und Hochgaragen. Diese Richtlinie enthält Richtwerte für die maximal zulässige Luft- und Lärmbelastung von Anrainern durch Großgaragen. Diese Richtwerte wurden in die zeitlich parallel entwickelten Garagenrichtlinien der Stadt Wien aufgenommen. Sie stellen heute eine wesentliche Grundlage für die medizinische Beurteilung dar.

1997 wurden die weniger komplexen Vorhaben von den Bezirksamtsärzten nunmehr völlig eigenständig bearbeitet. So verblieben 1997 nur mehr 18 Großgaragenprojekte, die direkt vom Institut für Umweltmedizin bearbeitet wurden. Dies erwies sich als notwendig, da im Falle von Richtwertüberschreitungen in Zusammenarbeit mit der MA 22 technische Verbesserungen der Abgasminderung zu fordern waren, deren Begründung ein sehr fundiertes hygienisches Fachwissen erforderte. Das Gleiche trifft beim Auftreten ungewöhnlicher Belästigungsformen zu, wie z.B. bei Blendungseffekten bei Anrainern, die spezielle fachliche Begutachtungen zum Thema Lichtbelästigung erforderlich machten. Beim Bau sehr umstrittener großer Garagen ist es i.d.R. zweckmäßig auch die Autorität von Facharztgutachten, wie sie derzeit nur vom Institut erstellt werden können, in die Beurteilungsgrundlagen einzubringen.

113 Bürger haben im Berichtszeitraum die Umweltmedizinische Beratungsstelle aufgesucht, 146 Lokalaugenscheine mit insgesamt 92 Messungen wurden von den Ärzten durchgeführt und 82 gutachterliche Stellungnahmen erledigt. Durch den weiteren systematischen Ausbau eines Meß- und Untersuchungsangebotes in der Betreuungslogistik konnte die umweltmedizinische Betreuung entscheidend verbessert werden.

Damit haben sich die Betreuungsaktivitäten gegenüber 1996 in allen Bereichen weiter entwickelt. Die Steigerungsrate betraf besonders die Lokalaugenscheine mit 15 Prozent und geringfügig auch die Erarbeitung der abschließenden Gutachten. In Ergänzung dazu wurden wie auch im Jahr zuvor pro Arbeitstag 2 - 3 Telefonberatungen durchgeführt. Der Beratungsbedarf konzentrierte sich wiederum vorwiegend auf Gesundheitsgefährdungen durch Schimmelpilzbefall, Innenraumluft- und Geruchsbelastung sowie diverses.

Die Problematik der Schimmelpilzbelastung im Wohnbereich hat sich weiterhin als ein bedeutsames Thema erwiesen. Im Rahmen der umweltmedizinischen Beratung von Bürgern stehen im Winterhalbjahr stets Konsultationen zur Gesundheitsgefährdung von Kindern durch Schimmelpilze im Vordergrund. Sehr häufig kommt diese Schimmelpilzexposition über die Wohnung zustande.

Daher wurde im Jahr 1995 für die Umweltmedizinische Beratung ein mykologisches Labor errichtet, um eine um-

weltdiagnostische Bewertung von Daten über die Konzentration an Pilzsporen und das Speziesspektrum in der Raumluft der Wohnräume zur medizinischen Bewertung der Expositionssituation zur Verfügung zu haben. Mit der Etablierung des Labors wurde dem ansteigenden Betreuungsbedarf der Bürger entsprochen. Die Leistungen dieses Labors weisen trotz rasanter Entwicklung in den Vorjahren immer noch eine leichte Steigerung um 5 Prozent auf. Beim Vergleich der Stadtbezirksbetreuung fällt auf, daß die Bezirke 2, 10, 12 und 13 sowie 22 und 23 wie schon in den vergangenen Jahren wieder einen besonders hohen Betreuungsbedarf hatten, wobei der 22. Bezirk nochmals sehr prominent vertreten ist.

Insgesamt wurden 2.814 schriftliche Umwelthygienegutachten und Stellungnahmen erstellt. Dem Profil des Institutes entsprechend standen Fragen der Wasserhygiene mit 1.645 schriftlichen Äußerungen (Befunde und Gutachten) absolut im Vordergrund. Die Abteilung Krankenhaushygiene , welche die Funktionsüberwachung von medizinischen Geräten wie desinfizierende und sterilisierende Anlagen in Spitälern, Wäschereien sowie Klimaanlagen und luftaufbereitende Systeme in Wien und in einigen Anstalten in Nieder- und Oberösterreich überhat, liegt mit insgesamt 807 schriftlichen Stellungnahmen an 2. Stelle.

Der bestehende Dauerauftrag der MA 42, Stadtgartenamt, zur Untersuchung von Sandkisten wurde in gemeinsamer Beratung mit Mitarbeitern im letzten Jahr in einen Überwachungsauftrag mit folgender Vorgangsweise umgewandelt:Aus jedem Stadtbezirk werden über die Sommersaison verteilt drei verschiedene Sandkisten beprobt. Die Entscheidung, welche Kisten zu beproben sind, erfolgt dezentralisiert durch Mitarbeiter der Bezirksstadtgartenämter nach den jeweiligen aktuellen hygienischen Erfordernissen im Bezirk. Mit einem vom Institut für Umweltmedizin ausgearbeiteten und der MA 42 übergebenen Probenbegleitschein werden die Proben individuell im Institut angeliefert. Die Vorbereitung der Probe erfolgt im Labor für Wasserbakteriologe, in dem auch die sofortige Untersuchung auf den Fäkalindikator E. coli durchgeführt wird. Bei Überschreitung eines Erfahrungsrichtwertes von 500 KBE E.coli/10 g Feinsandfraktion werden weitere Untersuchungen auf Viren, atypische Mycobakterien und pathogene Pilze veranlaßt, und es erfolgt eine sofortige schriftliche Information (Fax) der Bezirksgartenämter, daß der Sand fäkal verunreinigt ist und ausgetauscht werden sollte. Bei Überschreitung eines Erfahrungsgrenzwertes von 1500 KBE E.coli/10 g Feinsandfraktion wird dringlichst ebenso per Fax ein Sandaustausch aus hygienischen Gründen gefordert. Am Abschluß des Untersuchungsjahres geht dem Stadtgartenamt ein zusammenfassendes Facharztgutachten zu. Die Untersuchungen werden am Jahresende in Summe der MA 42 in Rechnung gestellt.

1997 wurden 68 Sandkisten von Kinderspielplätzen aus allen 23 Wiener Stadtbezirken bakteriologisch untersucht und 28 Sandkisten virologisch, mykobakteriologisch und mykologisch untersucht. Dabei erwiesen sich von den 27 fäkal kontaminierten Sandkästen 7 als mikrobiell sehr stark kontaminiert. Nach Einlangen des Befundfaxes bei der MA 42 wurde durch die zuständigen Gartenamtbezirksleiter der sofortige Austausch des Sandes in diesen Kisten veranlaßt.

In diesem Jahr ist die Rotation der in Ausbildung zum Facharzt für Hygiene und Mikrobiologie gemäß dem 1993 ausgearbeiteten und in einem in nationalen Fachkreisen abgestimmten institutsinternen Rasterprogramm wiederum ganzjährig umgesetzt worden. Nach Abschluß von Ausbildungsabschnitten wurden auf freiwilliger Basis Abschlußkolloquien durchgeführt.

Die Terminstellung sah vor, den Antrag auf Akkreditierung spätestens am 28. Februar 1997 beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten einzureichen. Dies ist am 26. Februar 1997 mit der Einreichung des Qualitätsicherungshandbuches erfolgt.

Auf Grund der derzeit unzureichenden Personalsituation im Laborleiterbereich kann die nächste Etappe noch nicht in Angriff genommen werden.

Im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit bestehen gute Kontakte zur Arbeitsgruppe der umweltmedizinischen Beratungsstelle in der BRD. Mitarbeiter des IFUM sind weiters in internationalen Normungskommitees vertreten.

### Psychiatrische, neurologische und psychologische Begutachtung, Fortbildung

Das Referat erbrachte 1997 psychiatrische, neurologische und psychologische Begutachtungen nach Zuweisung durch die Amtsärztliche Untersuchungsstelle, die Bezirksgesundheitsämter und andere Magistratsabteilungen.

| | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Parteienfrequenz | 3.034 | 2.701 |
| Begutachtungen | 1.794 | 1.552 |
| davon: Psychiatrisch/neurologische Begutachtungen | 1.236 | 1.218 |
| Psychologische Begutachtungen | 558 | 334 |

Beratung betreffend Psychotherapie: In Krisensituationen werden Patienten einmalige kostenlose Beratungen angeboten oder allgemeine Informationen über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme einer Psychotherapie gegeben.

Fortbildung: Der Referatsleiter organisiert interne und externe Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter der Abteilung und moderiert bzw. leitet selbst Fortbildungsveranstaltungen für andere Magistratsabteilungen über die MD-Verwaltungsakademie.

Zudem werden vom Referatsleiter Bewerbungsgespräche und Personalauswahlverfahren in Zusammenarbeit mit dem Personalreferat geführt.

### Körperbehindertenbetreuung, orthopädische Angelegenheiten

Das Referat Orthopädische Begutachtung - Körperbehindertenbetreuung der Abteilung unterstützt die fachliche Betreuung und medizinische Rehabilitation Körperbehinderter.

Das Referat erstellt die Gutachten I. und II. Instanz für die MA 46 und MA 65 (§ 29 b StVO), für die MA 12 (Heilbehelfe und Fahrtendienste), die MA 47 (Heilbehelfe) sowie orthopädisch-fachärztliche Gutachten für die Amtsärztliche Untersuchungsstelle (Dienstfähigkeiten, Pensionierungen, § 9 PO, Reaktivierungen, § 7 KOVG).

Der fachärztlich-orthopädische und sozialarbeiterische Verbindungsdienst sowie die therapeutische Betreuung an den Sonderschulen für körperbehinderte Kinder wird weiterhin durchgeführt

Wie in den vergangenen Jahren wird ein Verbindungsdienst zu den fünf größten orthopädischen Abteilungen Wiens mittels unserer Sozialarbeiter/innen aufrecht gehalten.Die prophylaktischen fachärztlich-orthopädischen Untersuchungen an den Wiener Pflichtschulen wurden weiterhin durchgeführt.

Außerdem wurden Stellungnahmen zu diversen Anfragen bezüglich orthopädischer Risken bei verschiedensten geplanten Aktivitäten im Bereich der Stadt Wien abgegeben.

| Orthopädische Begutachtung, Körperbehindertenbetreuung | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Parteienfrequenz | 29.770 | 31.554 |
| Facharztkonsultationen | 9.565 | 10.652 |
| orthopädische Untersuchungen im Referat | 2.284 | 1.933 |
| orthopädische Untersuchungen bei Bettlägrigen | 10 | 141 |
| orthopädische Untersuchungen in Sonderkindergärten | 321 | 179 |
| in öffentlichen Volksschulen | 4.837 | 6.385 |
| in Sonderschulen für körperbehinderte Kinder | 923 | 913 |
| Physiotherapien | 7.393 | 8.160 |
| Ergotherapien | 1.287 | 1.349 |
| logopädische Behandlungen | 563 | 900 |
| sozialarbeiterische Beratungen | 35.009 | 33.069 |
| Hausbesuche von SozialarbeiterInnen | 136 | 131 |
| Dienstwege von SozialbeiterInnen | 494 | 402 |
| veranlaßte diagnostische und therapeutische Maßnahmen | 1.963 | 2.354 |
| Begutachtungen für MA 12 | 3.224 | 3.453 |
| davon für Inanspruchnahme des Freizeitfahrtendienstes. | 1.624 | 1.886 |
| Begutachtungen über notwendige Rehabmaßnahmen | 1.390 | 1.357 |

Mit 1. Jänner 1998 ist dieses Referat dem Dezernat VI zugeordnet.

### Impfstelle für Auslandsreisende

Hier erhält man Informationen, Schutzimpfungen und medizinische Tips, die individuell auf das Reiseziel abgestimmt sind. Die meisten Impfstoffe sind in der Beratungsstelle vorrätig. Nur für die orale Typhusimpfung, also eine Schluckimpfung gegen Typhus, und für die Malariaprophylaxe werden Rezepte ausgestellt.

Neben reisemedizinischer Information und Impfungen können Personen, die einen längeren Tropenaufenthalt planen, auch eine Tropentauglichkeitsuntersuchung in Anspruch nehmen.

Im Jahr 1997 haben 29.869 (30.795) Personen die Impfstelle besucht, um sich allgemein und vor Auslandsreisen in Endemiegebiete über empfohlene Verhaltensmaßnahmen oder Schutzimpfungen zu informieren und Impfungen zu erhalten. 43.226 (43.358) Impfungen wurden verabreicht.

| Impfstelle für Auslandsreisende | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Mitgebrachter Impfstoff | 1.543 | 2.457 |
| Cholera | 2.289 | 42 |
| Gelbfieber | 1.884 | 1.723 |
| Grippe | 1.496 | 1.359 |
| Zeckenimpfungen | 4.078 | 3.553 |
| Tetanus | 18 | 28 |
| Diphtherie Tetanus für Erwachsene | 5.587 | 5.918 |
| Polio Salk (Stichimpfung) | 3.724 | 3.717 |
| Polio oral | 130 | 70 |

| | | |
|---|---|---|
| Meningokokken | 1.101 | 1.340 |
| Hepatitis B für Erwachsene | 1.394 | 1.596 |
| Hepatitis B für Kinder | 25 | 100 |
| Hepatitis A für Erwachsene (Havrix 720) | 8.702 | 2.197 |
| Hepatitis A für Erwachsene (Havrix 1440) | 223 | 3.279 |
| Hepatitis A für Kinder | 409 | 488 |
| Hepatitis A und B für Erwachsene (Twinrix) | - | 3.225 |
| Typhim Vi | 2.969 | 5.257 |
| Immunglob | 6.249 | 5.411 |
| ACT Hib | 7 | 1 |
| ACT Hib und DPT | 11 | 13 |
| Masern Mumps | 6 | - |
| Zusammen | 41.845 | 41.774 |

| Kostenlose Impfungen | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Polio oral (Impfaktion) | 1213 | 1104 |
| Grippe für Bedienstete der Stadt Wien | 130 | 153 |
| Diphtherie-Pertussis-Tetanus (Kinder) | 11 | 2 |
| Diphtherie-Tetanus (Kinder) | 5 | 4 |
| Diphtherie-Tetanus (Personen ab 7. Lebensjahr) | 113 | 122 |
| Masern-Mumps | - | - |
| Masern-Mumps-Röteln | 34 | 27 |
| Polio Salk | 7 | 9 |
| Hämophilus B (ActHib) | - | 1 |
| Hämophilus B mit Di-Te-Per (ActHib+DTP) | - | 30 |
| Zusammen | 1.513 | 1.452 |

Ab Juni 1997 wird in der Impfstelle auch der Impfstoff gegen Hepatitis A + B für Erwachsene (TWINRIX Erwachsene) angeboten und von den Reisenden sehr gut angenommen.

17 (9) Tropentauglichkeitsuntersuchungen vor langen Auslandsaufenthalten fanden statt. Beratungen über allgemein empfohlene und spezielle Impfungen wurden beim Zivilschutztag in Oberlaa, dem Feuerwehrfest am Hof, der 1. Wiener Senioren-Herbstmesse, bei Senior Aktuell und den Konsumentenschutztagen in Wiener Sommerbädern durchgeführt. 5.967 (7.687) Rezepte für die aktuelle Malariaprophylaxe und rund 500 (etwa 1.500) Rezepte für die Typhusschluckimpfungen wurden ausgestellt.

Für die MA 12 - Sozialamt wurden u.a. 917 (638) ärztliche Begutachtungen zur Bewilligung von Kur-, Rehabilitations- und Rekonvaleszentenaufenthalten, von Heilbehelfen, Hörgeräten, Brillen und chefarztpflichtigen Medikamenten durchgeführt.

### Wissenschaftskoordination; Medizin-Meteorologie; Aerobiologie

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Berichtsjahres stand die Neustrukturierung des Beratungsangebotes bzw. die Integration der Ernährungs-, Raucher-, Wetterfühligkeits- und Pollenallergieberatung in die „Wiener Gesundheitsberatung" als zentrale Servicestelle.

Intensive Tätigkeiten und Maßnahmen wurden auch in den Bereichen Wissenschaftskoordination und Öffentlichkeitsarbeit gesetzt.

Die präventivmedizinischen Aufgaben wurden in den Beratungsdiensten für Wetterfühlige, für Pollenallergiker, in der Erarbeitung und Veröffentlichung des Biowetters und in der Führung des Pollenwarndienstes fortgesetzt. Unterstützende Aktivitäten, wie z.B. Streßprofil - Biotropieanalysen, autogenes Training, Qi-Gong wurden wieder eingesetzt.

Ein wesentlicher Teil der Tätigkeiten lag in der Entwicklung von Strukturen zur Errichtung der „Wiener Gesundheitsberatung", d.h. in der Erarbeitung von Strategien zur Schaffung eines neuen Beratungsangebotes unter dem Arbeitstitel „P.E.R.U." (Pollenallergie-, Ernährungs-, Raucherberatung, Umweltmedizinische Informationen: Wetterfühligkeits- und Bioklimaberatung, Reisemedizin).

Um die Effizienz des geplanten Beratungsangebotes zu steigern, wurden folgende medizinische Geräte angeschafft: Spirometer, BIA - Bioelektrisches Impedanz Analysegerät, Blutdruckmesser.

Im November wurden die Organisationsstrukturen festgelegt und mit 1. Dezember wurden die bis dato im Referat IV/1 angesiedelte Ernährungs- und Raucherberatung in das Referat übersiedelt, um dadurch die vorhandenen Synergien besser nutzen zu können.

Außerdem wurde ein wissenschaftlicher Beirat unter Leitung der Frau Landessanitätsdirektorin zur fachlichen, universitär verankerten Ausrichtung des Beratungsangebotes eingerichtet.

Nach einer Anlaufphase von mehreren Monaten, wo auch Personaleinschulungen stattfinden, wird der routinemäßige Betrieb des neu strukturierten Beratungsangebotes aufgenommen werden (2. Quartal 1998). Schwerpunkte für die zukünftigen Strategien der Gesundheitsberatung wurden definiert, u.a. die Projekte „Adipöse Kinder", Schlafapnoe und Ernährung".

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sind u.a. die Weiterentwicklung der internen und externen PR-Strategien bzw. Durchführung verschiedener PR-Aktivitäten, die Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit" von Bereichsleiter OSR Dr. Zwins und die Dokumentation der Aktivitäten „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit" zu nennen. Mit dem PID wurden Konzepte zur „Wiener Wandzeitung" entwickelt. Folder zu verschiedenen Abteilung-Themen wurden erstellt. Das Referat war an den Vorbereitungsaktivitäten des Jubiläums „75 Jahre Jugendzahnkliniken" beteiligt. Diverse Medienkontakte wurden im Konsens mit dem PID gepflegt. Informationen über Einrichtungen und Serviceleistungen der Abteilung wurden für das Internet aufbereitet. Die Pflege dieser Daten ist ebenfalls Aufgabe des Referates.

In der Medizin-meteorologischen Beratungstelle in 1, Neutorgasse 15, gaben ein Facharzt für Lungenkrankheiten, ein Meteorologe, ein Biologe und ein klinischer Psychologe Auskünfte an wetterfühlige oder pollenempfindliche Personen. Weiters wird Interessenten eine bioklimatische Wohnort- und Urlaubsberatung angeboten. 1997 wurden im Rahmen dieser präventivmedizinischen Serviceleistung 6.356 (1996: 5.315) telefonische Beratungsgespräche geführt. 113 (91) Personen sprachen wegen Wetterfühligkeit persönlich vor und 19 (34) Personen ließen sich wegen ihrer Pollenallergie beraten. In gruppendynamischen Gesprächsrunden wurde von 327 (462) Teilnehmern autogenes Training und von 540 (513) Personen chinesische Entspannungs- und Atemtechniken (Qi-Gong) geübt. Insgesamt nahmen 867 (975) Wetterfühlige bei solchen Kursen an insgesamt 70 (81) Sitzungen teil. Weitere Schwerpunkte der Arbeit dieser Stelle liegen auf dem Betrieb eines Pollenwarndienstes, der in Zusammenarbeit mit mehreren europäischen Ländern Pollenflugprognosen erarbeitet, die Informationen für Allergiker beinhalten, und in der Erarbeitung von Biowetterprognosen.

Über das Gesundheitstelefon - Tel.Nr. 533 28 28 wurden im Berichtsjahr 19.559 (1996: 17.899) Anrufe beantwortet.

### Koordination, Begutachtung zum Bezug von Pflegegeld

Seit 1993 ist das Referat Koordination, Begutachtung zum Bezug von Pflegegeld, ADV-Koordination mit der Organisation und Durchführung der ärztlichen Begutachtungen im Rahmen des Wiener Pflegegeldgesetzes für Anträge der MA 3 und 12 und der Wiener Stadtwerke befaßt. Seit 1. Juli 1993 ist das Pflegegeldgesetze des Landes Wien in Kraft. Auf Grund dieser Rechtsvorschrift stellt die Abteilung die medizinischen Sachverständigen für die oben genannten verfahrensführenden Stellen.

Im Berichtsjahr langten 3.835 Anträge auf Pflegegeldbegutachtung, davon 815 für Personen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, ein. 1997 wurden insgesamt 3.908 Begutachtungen erledigt, davon 831 Anträge für Kinder.

Im Rahmen der ADV-Koordination betreut das Referat seit seiner Gründung die computertechnischen Aspekte der Abteilung, soweit sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der jetzigen ADV-KAV fallen. Mit dieser Abteilung bestehen intensive Kontakte zur Klärung und Behebung von Problemen bei der Installation und Systembetreuung. Die Kommunikation mit der ADV-KAV und die Aufgabenabgrenzung müssen in der Zukunft einer weiteren Verbesserung zugeführt werden.

## Dezernat V - Suchtprävention und Medizinische Drogenangelegenheiten

Das Dezernat besteht seit dem Jahre 1995. Der Personalstand umfaßt nach wie vor 21 MitarbeiterInnen. Die Aktivitäten haben sich in allen Bereichen gegenüber dem Vorjahr verstärkt.

### Informationsstelle für Suchtprävention (ISP)

Der Schwerpunkt der Informationsstelle für Suchtprävention (ISP) liegt in der Fortbildung von MulitplikatorInnen aus pädagogischen und sozialen Berufsfeldern. Im Berichtsjahr wurden 75 Fortbildungsseminare, 25 schulische Projektberatungen, 8 außerschulische Projektberatungen, 26 LehrerInnenberatungen bzw. -konferenzen, 7 Beratungen von KindergärtnerInnen, 9 Informationsveranstaltungen, 2 öffentliche Veranstaltungen, 6 Elternberatungen, 11 StudentInnen- und SchülerInnenberatungen, 28 Arbeitskreise, 49 Vernetzungstreffen und 4 Beratungen sozialer Einrichtungen durchgeführt. Im folgenden wird auf diese Aktivitäten in einzelnen Bereichen näher eingegangen: 1997 wurde im Schulbereich Bildungsarbeit in Form von Fortbildungsseminaren für LehrerInnen, Seminare für LehrerInnen in Ausbildung, Elternabende und Informationsveranstaltungen geleistet.

Im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit führte die ISP zwei dreitägige Seminare zu den Themen "Suchtprävention mit Jugendlichen" und "Suchtprävention in der pädagogischen Arbeit mit Kindern" für MitarbeiterInnen des Vereins Wiener Jugendzentren durch. Für die Jugendzentren des 15. Und 16. Bezirks gestaltete die ISP Fortbildungsseminare in Form von Teamtagen.

Bezirksveranstaltungen in den Bezirken 5, 7 und 15 erfolgten in Form von Beratungen von BezirksrätInnen sowie Mitgliedern der Sozialkommission bzw. des Regionalforums. Für Bezirksräte wurde eine Fortbildung zu Dro-

genfragen organisiert und zwei Seminare gestaltet. Mit dem Bezirksrat für Drogenfragen des 9. Bezirks wurde eine Fortbildung für DirektorInnen aller Volksschulen im Bezirk vereinbart, die über das pädagogische Institut der Stadt Wien finanziert wird.

Die Bildungsarbeit für Kindergarten und Hort beinhaltet Seminare, Elternabende, die Beratung von KindergärtnerInnen und HortnerInnen sowie Informationsveranstaltungen. Der zweisemestrige Lehrgang "Suchtvorbeugung in Kindergarten und Hort" für KindergärtnerInnen und HortnerInnen der MA 11 und der zweisemestrige Lehrgang für HauptschulhortnerInnen der MA 11 wurden auch heuer wieder durchgeführt. Ein wichtiger Schwerpunkt ist das Projekt "Spielzeugfreier Kindergarten" (geförderter von MA 11 und BMJF), das die ISP mit der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik unter wissenschaftlicher Begleitung des Österreichischen Institutes für Berufsbildungsforschung (ÖIBF) durchführt.

Für das Lehrpersonal der Medizinisch-Technischen Akademien organisierte die ISP in Zusammenarbeit mit dem Krankenanstaltenverbund ein dreitägiges Seminar, für 1998 wurde ein Lehrgang für Lehrpersonal an Krankenpflegeschulen ausgearbeitet. Für HeimhelferInnen von Lebenshilfe und Volkshilfe wurden ebenfalls Fortbildungen durchgeführt.

An der Akademie für Sozialarbeit des Bundes gestaltete die ISP eine Unterrichtsveranstaltung. Wie bereits im Vorjahr wurden an der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien SozialarbeiterInnen der MA 11 im Rahmen eines dreitägigen Seminars, die JugendintensivbetreuerInnen der MA 11 in einem viertägigen Seminar fortgebildet. Für die MitarbeiterInnen eines Mutter-Kind-Heims gestaltete die ISP mit "CONTACT" eine Fortbildung. Für die JugendintensivbetreuerInnen der MA 11 führte die ISP eine dreitägige Schulung durch. Auch die MitarbeiterInnen des Integrationshauses wurden geschult. Für die MitarbeiterInnen dieses Dezernates wurde eine Fortbildung zum Themenbereich "Grundlagen und Methoden der Suchtprävention in der Praxis" gestaltet.Für StudentInnen des Instituts für Sozialpädagogik der Stadt Wien wurde wie bereits im Vorjahr eine zweitägige Ausbildungsveranstaltung durchgeführt. Erstmals führte die ISP eine dreitägige Fortbildung für SozialpädagogInnen der MA 11 durch. Im Rahmen des berufsbegleitenden Lehrgangs für Sondersozialpädagogik wurde ein Seminar abgehalten.Ebenso wurden Fortbildungsveranstaltungen sowie Beratungen für MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen, StudentInnen der Sozialarbeit, Psychologie, Pädagogik und Politikwissenschaft sowie AHS-LehramtskandidatInnen sowie für Jugendkontaktbeamte der Bundespolizei durchgeführt.

Von der ISP moderiert wurden der „Arbeitskreis Suchtprävention Wien" und die Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Team des Österreichischen Institutes für Berufsbildungsforschung (ÖIBF) im Rahmen des Projekts "Spielzeugfreier Kindergarten". Teilgenommen hat die ISP unter anderem an den Sitzungen der Drogenkommission und den Vorbereitungssitzungen zur "Europäischen Woche der Suchtprävention 1998" im Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG). Die "Charta zur Drogenberichterstattung" als Teil einer Studie des Institutes für Soziosemiotische Studien (ISSS) im Auftrag des Gesundheitsministeriums entstand in Zusammenarbeit mit der ISP.

Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der ISP umfaßte Vorträge, die Teilnahme an verschiedenen öffentlichen Diskussionsrunden, Interviews mit dem ORF und diversen lokalen und überregionalen Zeitungen, einen "Info-Stand" bei der Jugend-Enquete im Rathaus, einen Informationsvortrag vor 400 KindergartenleiterInnen sowie einen Vortrag vor 60 LehrerInnen und SchulärztInnen im Rahmen eines Seminars im Gesundheitsförderungszentrum. Die Angebote der ISP wurden auch bei der BerufsanfängerInneninformation der MA 11 den neuen MitarbeiterInnen vorgestellt. Anläßlich des zweijährigen Bestehens der ISP wurde ein "Tag der offenen Tür" veranstaltet.

## Behördliche und medizinische Drogenangelegenheiten

In diesem Referat werden vorwiegend die Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde als Gesundheitsbehörde in Vollziehung des Suchtgiftgesetzes wahrgenommen. 1997 wurde der Aufbau einer EDV-gestützten KlientInnenkartei (Datenbank) und die Auswertung/Statistik in Zusammenarbeit mit der ADV begonnen. Darüber hinaus soll auch eine Substitutionskartei auf EDV-Basis erstellt werden.

Die Hauptaufgabe des Referates besteht in der Begutachtung von Personen, die vor allem im Zusammenhang mit Drogenbesitz oder Erwerb nach § 16 Suchtgiftgesetz (SGG) und in geringem Ausmaß nach § 10 SGG gemeldeten werden.

Im Vergleich zu 1996 wurden 1997 um in diesem Zusammenhang 123 Anfragen mehr bearbeitet. Dies bedeutet für den Zeitraum 1992 - 1997 eine Verdoppelung der Anfragen. Die Zahl der Anfragen nimmt konstant weiter zu, der relative Anteil der erstmalig Angezeigten nimmt stetig ab. Im Jahr 1997 wurde das Angebot "Behandlung statt Strafe" von der Mehrheit der Angezeigten in Anspruch genommen, nämlich von 61 Prozent. Ziel der Begutachtung ist abzuklären, "ob der Angezeigte einer ärztlichen Behandlung oder Überwachung seines Gesundheitszustandes bedarf" (§ 17 Abs. 3 SGG). Diese Abklärung wird im Rahmen eines ausführlichen Gespräches mit der angezeigten Person (Drogenanamnese, Erfassung der psychosozialen Situation) sowie fallweise mit Hilfe einer Harnuntersuchung durchgeführt.

Derzeit werden alle aktuellen OpiatkonsumentInnen als behandlungsbedürftig bzw. betreuungsbedürftig qualifiziert. Diese Betreuungsarbeit stellt neben den Begutachtungen den zweiten großen Tätigkeitsbereich des Refera-

tes dar. Im abgelaufenen Jahr ist der Prozentsatz der als betreuungsbedürftig beurteilten Angezeigten leicht zurückgegangen. Diese Art der Betreuung wurde detailliert erfaßt, insgesamt wurden 1997 409 Personen als betreuungsbedürftig quantifiziert bzw. unterzogen sich bereits einer Betreuung. Die meisten Personen (284) standen in Sustitutionsbehandlung, an zweiter Stelle folgt die ambulante Betreuung in einer Drogeneinrichtung (50 Personen), an dritter Stelle steht die Betreuung durch die Abteilung (40 Personen) und zuletzt folgt die Inanspruchnahme einer stationären Entzugsbehandlung durch 35 Personen. Im Berichtsjahr erfolgten 852 Neuanmeldungen für das "Methadon-Programm" (Substitutionsprogramm für i.v. Drogenabhängige).

### Spitalsverbindungsdienst „ CONTACT " und andere Angebote

Die DiplomsozialarbeiterInnen von CONTACT betreuen Drogenabhängige, welche sich auf Grund einer Überdosierung oder einer anderen Erkrankung in Spitalsbehandlung befinden. Der/die SozialarbeiterIn berät die während des Spitalsaufenthaltes kontaktierten Drogenabhängigen, wie es nach der Entlassung weitergehen soll. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Unterstützung des Personals im Umgang mit dieser oft schwierigen Klientel.

1997 wurden von den CONTACT-MitarbeiterInnen 270 Personen in Spitälern betreut (156 Männer und 114 Frauen). Eine deutliche Zunahme konnte bei den Folgekontakten nach dem Krankenhaus festgestellt werden. (1996: 332 Folgekontakte und 1997: 691 Folgekontakte). Vor allem seit der Übersiedlung im Mai 1996 in die neuen Räumlichkeiten von CONTACT in 5, Margaretengürtel 96, wurde vermehrt das Angebot der Nachbetreuung von den KlientInnen in Anspruch genommen.

CONTACT Einsätze:

| Zuordnung nach Krankenhäusern | 1997 | 1996 |
|---|---|---|
| Kaiser-Franz-Josef-Spital | 86 | 79 |
| Rudolfstiftung | 36 | 17 |
| Wilhelminenspital | 29 | 9 |
| Kaiserin-Elisabeth-Spital | 37 | 51 |
| Donauspital | 33 | 13 |
| Krankenhaus Lainz | 28 | 19 |
| Hanuschkrankenhaus | 2 | 4 |
| Krankenhaus Floridsdorf | 32 | 26 |
| andere Krankenhäuser | 22 | 15 |
| Selbstmelder | 13 | 4 |
| Zusammen | 318 | 237 |

Rettungseinsätze im Vergleich zu CONTACT-Erstkontakten: Auffällig ist, daß im Jahr 1997 die Zahl der Rettungseinsätze auf Grund von Überdosierungen gesunken sind. Von der Wiener Rettung wurden 281 Personen auf Grund einer Überdosierung in ein Wiener Krankenhaus eingeliefert. Davon konnte CONTACT 173 Personen erreichen. Das heißt, daß 61 Prozent der von der Rettung eingelieferten Personen von CONTACT-MitarbeiterInnen erreicht wurden. In jenen Krankenhäusern, mit denen CONTACT eine gute Zusammenarbeit hat, wurden 169 Personen von der Wiener Rettung eingeliefert, 155 Personen davon wurden von CONTACT erreicht, das sind 91,7 Prozent.

1997 haben erstmalig in der Abteilung Informationsveranstaltungen für ÄrztInnen, Oberschwestern und Oberpfleger zum Thema "Der Suchtpatient im Krankenhaus" stattgefunden.

Weiters erfolgten 2 Fortbildungskurse kurz zum Thema Sucht, 4 Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Elternschaft und Drogenabhängigkeit, 25 Präsentationen, in denen CONTACT vorgestellt wurde, sowie die Teilnahme an diversen Arbeitskreisen (z.B. Berufsverband Diplomierter SozialarbeiterInnen). Der Spitalsverbindungsdienst CONTACT präsentierte seine Arbeit bei der Fachtagung "Drogennotfallsprophylaxe" in Frankfurt am Main. Im Rahmen der Wiener Drogenkommission wurde CONTACT unter dem Thema Hilfseinrichtungen in Wien präsentiert. Die Abteilung bietet auch eine therapeutische Gruppe für drogenabhängige, substituierte und ehemals drogenabhängige Frauen und deren Kinder an.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Koordinationstreffen zur Verbesserung der Betreuung von drogenabhängigen und substituierten Schwangeren und jungen Müttern sowie deren Kinder. Teilgenommen haben der Drogenbeauftragte der Stadt Wien, MitarbeiterInnen der MA 11, MitarbeiterInnen der Abteilung und, je nach Thematik, auch spezielle Fachleute.

Weiters stellt das Referat der Drogenambulanz im AKH zwei SozialarbeiterInnen zur Verfügung. Im Jahr 1997 wurden 325 drogenabhängige Personen betreut, davon 144 männlich und 181 weibliche.

# Betreuung zu Hause

Präambel

Die Durchführung der ambulanten und stationären Pflege- und Sozialdienste beauftragt die Stadt Wien bei privaten Wohlfahrtsträgern. Der Abteilung obliegen die Feststellung des beauftragten Leistungsumfanges, die Qualitätssicherung der beauftragten Dienste, die Finanzierung, die Verrechnung von Kostenbeiträgen und die Rechnungskontrolle. Dementsprechend ist die Abteilung gegliedert; in einen Fachbereich, der sich mit der Beauftragung und Verrechnung der ambulanten Dienste befaßt, in einen Fachbereich, der für die Zuerkennung und Verrechnung der stationären Pflege zuständig ist und Leistungsbereiche, die nicht oder nur teilweise beauftragt sind (die Mobile Hauskrankenpflege und die Geriatrischen Tageszentren). Die zentrale Struktur besteht aus Stabstellen, die der Abteilungsleitung direkt zugeordnet sind.

Die Leitlinien der längerfristigen Entwicklung sind im Programm "Hilfe im hohen Alter" festgelegt, welches vom Wiener Gemeinderat im April 1993 beschlossen wurde.

Vor diesem programmatischen Hintergrund ist der vorliegende Bericht eine Darstellung der Maßnahme des Jahres 1997, durch die der politische Auftrag des Programmes "Hilfe im hohen Alter" schrittweise erfüllt wird.

Die verschiedenen Vorhaben des Jahres 1997 sind in den Berichten der Fachbereiche enthalten. Die wichtigsten davon sind:

1. Maßnahmen im Vorfeld; der Kontaktbesuchsdienst und die Seniorenberatung. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß durch eine Vernetzung mit der MA 55, dem Bürgerdienst, und der MA 14 - ADV, ein Konzept für den Kontaktbesuchsdienst erstellt werden konnte, das eine neue Qualität dieser Serviceleistung für die ältere Bevölkerung schafft. Die wienweite Umsetzung ist bis Ende 1999 für alle Wiener Gemeindebezirke geplant.
2. Maßnahmen im Bereich zwischen stationär und ambulant; im Kooperationsübereinkommen zwischen der Abteilung und dem Krankenanstaltenverbund wurde erstmals verbindlich festgelegt, welche Aufgaben dem Krankenanstaltenverbund und welche der Abteilung am Übergang zwischen der stationären und ambulanten Versorgung zukommen. In den einzelnen Krankenanstalten des Verbundes wurden interdisziplinäre Arbeitsgruppen eingerichtet. Das Rahmenabkommen konnte anstaltsbezogen und regionsbezogen konkretisiert werden. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurde zusätzlich eine wissenschaftliche Begleitung eingerichtet.
3. Organisatorische und gesetzliche Rahmenbedingungen; In Verbindung mit der Einführung des Pflegegeldes wurde 1994 auch ein neues Kostenbeitragssystem für die ambulanten Dienste eingeführt. Es hat sich ein Korrekturbedarf technischer, organisatorischer und inhaltlicher Art ergeben. In Zukunft soll die Prognostizierbarkeit der Höhe der Kostenbeiträge verbessert werden, was wiederum mehr technische und organisatorische Flexibilität voraussetzt. Die Patientendateien wurden zu diesem Zweck in Zusammenarbeit mit der MA 6 und der KAV-ADV völlig neu organisiert und ein neues Verrechnungsprogramm der MA 6 installiert. Für das Jahr 1998 sind inhaltliche Änderungen des Kostenbeitragssystem zu erwarten. Teilweise wurden auch die Abrechnungsmodalitäten mit den privaten Wohlfahrtsträgern neu gestaltet, um klarere Kostenstrukturen zu schaffen. Damit in Verbindung standen auch die Vorbereitung der betrieblichen Verrechnung ab 1. Jänner 1998 und die Einführung einer Kostenstellenrechnung. Mit einzelnen Organisationen wurden Verhandlungen über Änderungen der bestehenden Verträge geführt. Neue Leistungsverträge wurden insbesondere im Bereich der "Nachbarschaftshilfe" umgesetzt. Die legistischen Arbeiten waren von der Schaffung des Heimhilfegesetzes und den Verordnungen bestimmt. Durch das Heimhilfegesetz wurden für diesen Beruf Qualitätsstandards geschaffen, was u.a. die interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe erleichtert. Damit ist arbeitsmarktpolitisch auch eine höhere berufliche Sicherheit gewährleistet. In Verbindung mit dem Heimhilfegesetz wurde auch ein eigenes Referat für die Qualitätssicherung der ambulanten Dienste geschaffen, dem auch die im Heimhilfegesetz vorgesehene behördliche Aufsicht übertragen wurde.
4. Infrastrukturentwicklung; 1997 wurde zwar kein neues Gesundheits- und Sozialzentrum (GSZ) eröffnet. Durch eine Verzögerung des Baufortschrittes wird das GSZ für den 16. und 17. Bezirk erst 1998 in Betrieb genommen. Die Abteilung hat sich aber dem qualitativen Aufbau der bestehenden drei Gesundheits- und Sozialzentren für den 10., 14./15. und für den 21./22. Bezirk gewidmet. Im Sinne des Umsetzungprogrammes "Hilfe im hohen Alter" wurden Gesundheits- und Sozialzentren für weitere Einzugsbereiche in Planung genommen bzw. deren Umsetzung weiter betrieben.

Die quantitative Entwicklung läßt sich wie folgt zusammenfassen: Der Umfang ambulanter Dienste, welcher in Verbindung mit der Einführung des neuen Kostenbeitragssystems in den ersten Jahren degressiv war, hat sich 1997 bei der Heimhilfe stabilisiert. Der ambulante und der stationäre Bereich übernimmt immer mehr "Aufgaben des Gesundheitssystems". Die traditionellen sozialen Inhalte verlieren z.B. beim Besuchsdienst an Bedeutung. Besuchsdienste und Reinigungsdienste gehen zurück. In der stationären Pflege ist bei den privaten Pflegeheimen eine verstärkte Nachfrage zu beobachten, was einerseits auf Maßnahmen des Krankenanstaltenverbundes in den städtischen Pflegeheimen zurückzuführen ist und andererseits auf die anspruchsvolleren Hotellerieleistungen, weil die privaten Pflegeheime von immer mehr Pflegebedürftigen und deren Angehörigen bevorzugt werden.

Im zweiten Halbjahr 1997 wurde von der Magistratsdirektion ein Projektleiter für die Neuorganisation der Aufgaben, die derzeit die MA 12 und die Abteilung besorgen, bestellt.

Ziel der Neuorganisation ist eine möglichst weitgehende Trennung der Wahrnehmung von hoheitlichen und privatwirtschaftlichen Aufgaben bzw. eine deutliche Abgrenzung und Optimierung der Aufgabentrennung zwischen auftraggebender und ausführender Stelle, eine verstärkte Orientierung an den Kundenbedürfnissen und die Einführung einer ständigen Erfolgskontrolle. Die Arbeiten werden voraussichtlich Mitte 1998 abgeschlossen.

## Organisationsplanung und Organisationsentwicklung

Die für Organisationsplanung und Organisationsentwicklung zuständige Stabstelle hat 1997 schwerpunktmäßig Aufgaben in der Planung von Einrichtungen, Projektbegleitung, Dokumentation und Statistik, Kooperationen mit anderen Stellen der Stadt Wien, sowie Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen.

### Planung von Einrichtungen:

- Im Gesundheits-Sozialzentrum 21/22 wurden anfangs des Jahres diverse Fertigstellungen und Mängelbehebungen begleitet.
- Das Gesundheits- und Sozialzentrum 12/13/23 (Arndtstraße) konnte nach einigen Abklärungen seitens der Baudirektion im Juni 1997 einer Wirtschaftlichkeitsbesprechung zugeführt werden; durch Änderungen der Förderstrukturen (Heimförderungen) konnte 1997 noch nicht mit dem Bau begonnen werden.
- –. Die Mietvertragsvorverhandlungen des Gesundheits- und Sozialzentrums 16/17 (Weinheimergasse) bewirkten einen viermonatigen Baustop seitens der Bauträger Austria Immobilien GmbH. Im Sommer konnte jedoch eine Einigung erzielt werden und der Ausbau damit im Herbst weitergeführt werden. Mit einer Fertigstellung des Gesundheits- und Sozialzentrums ist daher im Frühjahr 1998 zu rechnen.
- Auf Grund der Initiative der Bezirksvorsteher des 2. und 20. Bezirkes wurden für ein Gesundheits- und Sozialzentrum in dieser Region neuerliche Standortüberlegungen angestellt. Die Stadterneuerungs- und Eigentumswohnungs GmbH. hat neuerlich ein Interesse an einer Einplanung im Projekt: Remise - Vorgartenstraße bekundet, das Projekt soll im Frühjahr 1998 in Bau gehen. Die politischen Entscheidungen für das Zustandekommen dieses Gesundheits- und Sozialzentrums sind jedoch noch ausständig.
- Im Frühjahr 1997 wurden erste Gespräche mit dem Ziel einer ARGE "Betreute Pflegewohngemeinschaften" geführt, um verstärkt private Träger in das Konzept einzubinden. Im Sommer wurde die politische Entscheidung getroffen, alle bestehenden und zukünftigen Wohngemeinschaften ausschließlich von privaten Trägern führen zu lassen. Die bestehenden sechs Wohngemeinschaften der Abteilung wurden daher noch im Dezember 1997 in die Trägerschaft folgender Vereine übergeführt:

  2 Einrichtungen am Schöpfwerk - Wiener Hilfswerk
  1 Einrichtung in 4, Kühnplatz - Wiener Volkshilfe
  1 Einrichtung in 5, Siebenbrunnengasse - Wiener Volkshilfe
  1 Einrichtung in 22, Doeltergasse - Sozial Global
  1 Einrichtung in 22, Finsterergasse - Wiener Sozialdienst
  (der Verein Wiener Sozialdienst führte bereits bisher vier weitere derartige Einrichtungen).

  Für die Planung der weiteren Entwicklung ist Anfang 1998 die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus den genannten Vereinen und der Abteilung im Rahmen des Dachverbandes Wiener Pflege- und Sozialdienste geplant.
- Im Zusammenhang mit der Übersiedelung der MA 11 in den 3. Bezirk trat die MD-VO - Amtsraumlenkung an die Abteilung mit dem Ersuchen heran, die Zentrale der Abteilung in den Räumlichkeiten am Schottenring neu zu konzipieren. In der Folge wurde ein Raumkonzept entwickelt, das im Verlauf des Jahres auf Grund sich ändernder Bedingungen mehrmals grundsätzlich neu geplant werden mußte. Das endgültige Raumprogramm soll im Jänner 1998 feststehen und die Übersiedelung im Laufe des Jahres gewährleisten. Ziel der inhaltlichen Überlegungen dabei ist es, die Abteilungsleitung mit den ihr zugeordneten Stabstellen einerseits und die Zentralen der Fachbereiche andererseits klarer zu organisieren und insbesondere das Dezernat Pflegeheime übersichtlicher zu strukturieren sowie eine neue Zentrale Service- und Kundenanlaufstelle zu schaffen.

### Organisationsentwicklung:

Die Arbeit an den internen Organisationsstrukturen wurde in Form von reglementierten Arbeitsgesprächen prozeßhaft begleitet.

Im Zuge der Verbesserung der Kommunikation zwischen den Bezirksvorstehungen und der Magistratsabteilung wurden Ansprechpartner in den regionalen Außenstellen definiert. Diese Bezirksreferenten werden von der Stabstelle in der Folge koordiniert.

## Projektbegleitung

Kooperationsübereinkommen Krankenanstaltenverbund - MA 47

Das Kooperationsübereinkommen wurde gemeinsam in allen Schwerpunktkrankenanstalten vorgestellt. In den einzelnen Häusern des Krankenanstaltenverbundes wurde gemeinsam mit den regional zuständigen Mitarbeitern der Abteilung Arbeitsgruppen eingerichtet, die die Konkretisierung des Übereinkommens bezogen auf die individuellen Arbeitsabläufe erarbeiten sollen. Dieser Prozeß soll begleitend evaluiert werden. Ende des Jahres wurde mit den Vorarbeiten zur Erstellung eines gleichartigen Kooperationsübereinkommens für den Bereich der Städtischen Pflegeheime begonnen.

Kontaktbesuchsdienst:

Zur Neuorganisation des Kontaktbesuchsdienstes wurde unter Einbeziehung des Bürgerdienstes (MA 55) ein Pilotprojekt im 15. und 20. Bezirk gestartet. Durch ein von der MA 55 entwickeltes EDV-System sollen die Senioren der Bezirke mit einem gezielten Fragebogen effizienter befragt werden. Seitens der Bezirksvorstehungen sind in Kooperation mit der Abteilung und der MA 55 Seniorenplattformen mit integrierten Aktivitäten-Börsen einzurichten. Die Vorarbeiten für dieses Projekt wurden 1997 begleitet. 1998 kann das Projekt in den genannten Bezirken beginnen und bei Erfolg auf weitere Bezirke umgelegt werden.

Senior Plus:

Das EU-Projekt Senior Plus wurde inhaltlich begleitet und die ordnungsgemäße Abwicklung überprüft. 1997 fand auch eine Überprüfung durch das Kontrollamt statt.

Weitere Projektinitiativen und -begleitungen:

- Ausweitung des Projektes Indibet durch die Wiener Volkshilfe
- Freiraumgestaltung des Tageszentrums Donaufeld gemeinsam mit den Besuchern
- Therapiepark Herklotzgasse - ein Projekt des Gesundheits- und Sozialzentrums 14./15.Bezirk in Kooperation mit Senior Plus
- Careousel - Test eines elektronischen Medikamentenspenders in den Gesundheits- und Sozialzentren
- Wohnberatung im Gesundheits- und Sozialzentrum 10 in Kooperation mit dem Projekt "Sicher gehen über 60"

## Dokumentation und Statistik:

Aus den Anforderungen der einzelnen Fachbereiche wurde seitens der KAV - ADV das Auswertungsprogramm GENESIS entwickelt und installiert.

Für die Eingabeproblematik wurde seitens des EDV-Referates eine externe Firma beauftragt, auf Orakel-Basis ein komplett neues System zu entwickeln (KVS). Die Schnittstelle dieses neuen Eingabesystems zu einem adäquaten Auswertungssystem muß noch erarbeitet werden.

Mit den Bereichen Sozialarbeit, Ergotherapie sowie mit der Pflegeheimbegutachtung wurde an der Entwicklung zukünftiger vernetzter Dokumentationssysteme gearbeitet.

## Kooperationen mit anderen Stellen der Stadt Wien:

- Teilnahme an Sitzungen der MD - BD im Rahmen der sozialen Infrastrukturkommission
- Teilnahme an der AG zur Erstellung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes
- Teilnahme am EU-Koordinationsausschuß der MD - EUF (Bericht über Senior Plus)
- Teilnahme am Projekt "Katastrophenschutz für die Versorgung pflegebedürftiger Personen im Rahmen des Dachverbandes Wiener Pflege- und Sozialdienste im Auftrag der MD - Hilfs- und Sofortmaßnahmen
- Teilnahme am Arbeitskreis der MD - H: "Psychologische Betreuung von Katastrophenopfern"
- Mitaufbau eines nebenberuflichen Einsatzteams, sowie eines Schulungskonzeptes dafür
- Mitarbeit am Arbeitskreis-Telematik für ältere Menschen der MD-I
- Mitarbeit an diversen Projekten und Initiativen des Seniorenbeauftragten
- Mitarbeit am Arbeitskreis "Vernetzung von Gemeinwesenarbeit"
  Initiative Gemeinwesenarbeiter verschiedenster Institutionen
- Teilnahme am Planungsausschuß des KAV
- Bauvorbereitung von SMZ-Süd und SMZ-Ost
- Mitarbeit am "Senioren-Gesundheitsbericht" der MA 15
- Teilnahme am WHO-Beirat (Projektbegleitung: Sicher gehen über 60)

## Öffentlichkeitsarbeit

Gestaltung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen:

- Senior Aktuell (März 1997 - Stadthalle)
- Infostand - Meiselmarkt (August 1997)
- 15 Jahre SMZ-Ost inklusive Tageszentrum (September 1997)
- Tag der offenen Tür - GSZ 14/15 (Oktober 1997)
- Tag der offenen Tür - Senior Plus (Oktober 1997)

– Tag der offenen Tür - GSZ 21/22 (Oktober 1997)
– Eröffnung Senior Plus - Reindorfgasse (Dezember 1997)
– Herbst-Seniorenmesse (November 1997 - Messegelände)

Tagungen, Referate und Vorträge:

– Bundesminsterium für Inneres + MDH - " Psychologische Betreuung von Katastrophenopfern"
– Wiener Landwirtschaftsskammer "Betreuungsstrukturen in Wien"
– Europäisches Zentrum: "learning together" - generationsübergreifende Initiativen der Abteilung
– Delegationen aus Dänemark, Japan und Graz
– Forschungsseminar der MD-KOB und MD-EUF in Hainfeld

## Soziale Dienste

Der Fachbereich Soziale Dienste, dessen organisatorische Außenstellen die Sozialen Stützpunkte und Außenstellen in den Gesundheits- und Sozialzentren sind, ist für die Abwicklung der von der Stadt Wien angebotenen sozialen Dienste verantwortlich.

Die Zielsetzung und Aufgabe des Fachbereiches ist es, betreuungsbedürftigen Personen durch Dienstleistungen solange wie möglich ein Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen sowie zur Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen in ihrer gewohnten Umgebung beizutragen. Dies ist oft nur bei intensivem Einsatz der sozialen Dienste möglich. Die Mitarbeiter der zehn Außenstellen leisten alle notwendigen Koordinationsarbeiten mit den privaten Wohlfahrtsorganisationen, von denen folgende soziale Dienste durchgeführt werden: Heimhilfe, Reinigungsdienst, Besuchsdienst, Wäschedienst, Reparaturdienst, Familienhilfe, Kinderbetreuung daheim, Essen auf Rädern und Ergotherapie. Die Öffnungszeiten der Sozialen Stützpunkte sind Montag bis Freitag von 7.30 Uhr bis 15.30 Uhr.

Die Sozialen Stützpunkte und Einsatzstellen in den Gesundheits- und Sozialzentren sind mit diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen und Kanzleibediensteten besetzt. Außerdem stehen für die Erstversorgung der Patienten sowie für eine Soforthilfe, Heimhelferinnen, Reinigungshilfen sowie Zivildiener zur Verfügung. Jeder Bürger der Stadt Wien kann sich, wenn er Hilfe benötigt, sowohl telefonisch als auch persönlich an einen Sozialen Stützpunkt bzw. an ein Gesundheits- und Sozialzentrum wenden.

Von einer diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson werden bei den Hilfesuchenden Hausbesuche durchgeführt, um den Betreuungs- bzw. Pflegebedarf und die Art der notwendigen Hilfestellungen zu erheben. Anschließend werden die privaten Wohlfahrtsorganisationen mit der Durchführung der sozialen Dienste beauftragt und hinsichtlich deren Qualität überprüft.

1997 wurden von 29 diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen 23.721 Hausbesuche absolviert. Die Zivildiener haben bei 3.345 Einsätzen 1.105 Patienten mitbetreut.

1997 wurden in den Sozialen Stützpunkten und Einsatzstellen in den Gesundheits- und Sozialzentren 13.131 Anträge auf soziale Dienste gestellt, davon 6.446 von privaten Personen, 2.746 aus Krankenanstalten, von privaten Wohlfahrtsorganisationen 1.475, durch den Kontaktbesuchsdienst 96, durch den Sozialnotruf 105, von Ärzten 263, durch den Psychosozialen Dienst und die Übergangspflege 93, durch die Zentrale der Abteilung 57, den Bürgerdienst 45, die Sozialreferate 49, die Mobile Hauskrankenpflege 159, vom Bezirksgesundheitsamt 45 und von sonstigen Stellen 1.552.

Weiters wurden 192 Anträge auf Aufnahme in Pflegeheime eingebracht. In 3.744 Fällen waren die MitarbeiterInnen bei Anträgen um Pflegegeld behilflich. Eine Erstversorgung durch die Sozialen Stützpunkte erfolgte bei 8.269 Personen.

Ein eigener Aufgabenbereich umfaßt die Familienhilfe und die Kinderbetreuung. Die Familienhelferin vertritt und unterstützt bei Spitalsaufenthalt, Erkrankung der Mutter und dgl. Im Rahmen des Dienstes "Kinderbetreuung daheim" werden erkrankte Kinder berufstätiger Alleinerzieher und Eltern betreut. 1997 wurden mit Familienhilfe 785 und bei der Kinderbetreuung 430 Familien betreut.

### Projekte und Projektmitarbeit

Das Wiener Pflege- und Betreuungskonzept der ambulanten Pflege- und Sozialdienste wurde in Zusammenarbeit mit zwei Wohlfahrtsorganisationen und dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste erstellt und im Dezember im Rahmen einer Veranstaltung präsentiert.

Im Rahmen dieses Konzeptes wurde die Beauftragung der Wohlfahrtsvereine neu geordnet, die Qualitätsansprüche an die Sozialen Stützpunkte erhöht und gemeinsame Bedarfsstandards entwickelt. Die Aufgaben der Organisationen wurden in Richtung "care-management" erweitert und sollen bis Ende 1998 gemeinsam EDV unterstützt umgesetzt werden.

Bei den Vorstellungen des Kooperationsübereinkommens zwischen der Abteilung und dem Wiener Krankenanstaltenverbund zur Organisation der Patientenbetreuung zwischen Krankenhaus und Betreuung zu Hause waren Gesundheits- und Krankenpflegepersonen der Sozialen Stützpunkte anwesend und in die Arbeitsgruppen eingebunden.

Das Modell "Patientenübernahme" im Krankenhaus Floridsdorf wurde fortgesetzt. 328 Patienten im Krankenhaus wurden besucht, 108 beraten, 93 Neuanträge aufgenommen, 127 Wiedereinsätze mit sozialen Diensten veranlaßt. Dieser Modellversuch wurde auch im Wilhelminenspital fortgesetzt. Im Wilhelminenspital besuchte die zuständige diplomierte Krankenschwester 148 Patienten, davon waren 55 Neuanträge und 93 Wiedereinsätze.

Im Rahmen des Projektes "Entlassungsvorbereitung aus der Poliklinik nach Oberschenkelhalsbrüchen", welches seit Juli 1997 läuft, wurden 95 Klienten besucht. Davon waren 24 Neuanträge, welche alle vom Verein "Wiener Rotes Kreuz" übernommen wurden und zwei Wiedereinsätze.

Im Sozialen Stützpunkt für den 3. und 11. Bezirk sowie im Sozialen Stützpunkt für den 2. und 20. Bezirk wurden die Pflegebehelfslager beibehalten. Krankenpflegebetten, Lifter, Rollstühle und dgl. werden an bedürftige Klienten verliehen.

Im Sozialen Stützpunkt für den 12., 13. und 23. Bezirk wurde der monatliche "Gesprächskreis für pflegende Angehörige" beibehalten, welcher von 24 Personen besucht wurde.

### Fort- und Weiterbildung

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung wurden u.a. folgende Veranstaltungen besucht:

- Schulung der Gesundheits- und Krankenpflegepersonen - Lebensaktivitäten
- Reaktivierende Pflege
- PC-Kurse
- Von gelernter Hilflosigkeit zur subjektiven Kompetenz und Selbstbehauptung
- Validation
- Altern und Alter - Gesellschaftliche Neubewertungen, alte und neue Probleme im Umgang der Gesellschaft mit den alten Leuten
- Bürgerorientiertes Verhalten am Telefon
- Zweiter arbeitsmarktpolitischer Workshop zum Thema "Dienstleistungen für private Haushalte"
- Soziale Verantwortung von kommerziellen Unternehmen - wirtschaftliche Herausforderungen an Sozialorganisationen
- Die europäische Sozialpolitik und ihre Auswirkungen auf die Sozialarbeit
- Pflegeplanung
- Die Grundzüge der Rechtschreibreform
- Kommunikationstraining für Frauen, Teil 1, Grundlagen zur Kommunikation, Führungstechniken
- Umgang und Verhalten gegenüber dem hilfesuchenden Bürger
- Streßbewältigung für Frauen
- Das Recht des Patienten
- Besser sprechen - mehr erreichen
- Grundlagen des Datenschutzes
- Das neue Krankenpflegegesetz
- Psychopharmaka
- Wiener Heimhilfegesetz
- Maßnahmen für Senioren im Katastrophenfall
- Verständnis im Umgang mit ausländischen MitbürgerInnen
- Verweigerung der Selbst- und Fremdbestimmung
- Reanimationskurs
- Das virtuelle Krankenhaus
- Neues aus der Medikamentenlehre
- Erste Hilfe
- Was macht mehr krank - Arbeit oder Arbeitslosigkeit?
- Therapeutisches Lagern und Mobilisation der erwachsenen Hemiphlegiepatienten
- Umgang mit der Sucht
- Inkontinenzproblematik
- Symposium: "Qualitätssicherung"
- Streß im täglichen Umgang mit (schwierigen) Menschen in schwierigen Situationen
- Symposium „Notrufsysteme in Österreich"
- Neues in der Behandlung des Diabetes mellitus
- Weiterbildung zur Praktikumsbegleiterin in der ambulanten Pflege und Betreuung
- Arbeitsgruppe - Gesundheitsvorsorge

## Fachbereich Externe Qualitätssicherung

Eine Zielsetzung der Abteilung ist die Sicherstellung der Qualität bei den Vertragspartnern der Stadt Wien (Wohlfahrtsorganisationen) sowie bei den privaten Leistungserbringern im Bereich der Pflege- und Sozialdienste.

Zur Wahrung dieser Aufgabe wurde im März 1996 der Fachbereich Externe Qualitätssicherung eingerichtet. Der

Arbeitsschwerpunkt in diesem Bereich beruht insbesondere auf der Grundlage des Wiener Sozialhilfegesetzes und des Wiener Heimhilfegesetzes. Den Leistungserbringern sind Qualitätskriterien vorzugeben und deren Einhaltung zu überprüfen.

Der Tätigkeitsschwerpunkt 1997 lag bei der Einführung und Umsetzung des Wiener Heimhilfegesetzes (WHHG). In Kooperation mit dem Dezernat 4 der Abteilung "Rechtsangelegenheiten" und dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste wurde eine Informationsveranstaltung zu diesem neuen Gesetz vorbereitet und präsentiert gesetzt:

Weitere zielführende Maßnahmen zur Umsetzung des WHHG waren:

- Präsentation des WHHG bei Wohlfahrtsorganisationen im Rahmen von Informationsveranstaltungen für HeimhelferInnen
- Erteilung telefonischer Auskünfte
- Teilnahme an Besprechungen mit privaten Wohlfahrtsträgern und dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst
- Beantwortung von Anfragen aus den Bundesländern das WHHG betreffend
- Organisatorische Erfassung der Heimhilfebetriebe
- Organisatorische Erfassung der Aus- und Fortbildungsbetriebe
- Überprüfung der Nachweise zur Betriebsaufnahme von neuen Heimhilfebetrieben
- Überprüfung der Nachweise wie z.B. Lehrplan, Qualifikation des/der LeiterIn und des Lehrpersonals, der Praktikumsplätze usw. zur Betriebsaufnahme von Aus- und Fortbildungsbetrieben
- Weiters wurden Erhebungen und Überprüfungen, die Übergangsbestimmungen des WHHG betreffend durchgeführt.
- Zur Erlangung der Berufsberechtigung und des Rechtes auf Berufsbezeichnung haben 329 Personen bis 1. September 1999 die Ergänzungsausbildung zu absolvieren.
- Auf 104 Personen findet der § 20 WHHG, wonach diese nur mehr bis 1. März 1998 zur Berufsausübung berechtigt sind, Anwendung. Für diese Personen konnten Ausbildungsplätze bei Aus- und Fortbildungsbetrieben zur Verfügung gestellt werden.

Zur Entwicklung von Qualitätskriterien wurde in Kooperation mit dem Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste ein Curriculum hinsichtlich der Ergänzungsausbildung erstellt, welches mit den ebenso erarbeiteten Fortbildungsrichtlinien und dem überarbeiteten Heimhilfehandbuch im Jänner 1998 zur Verfügung steht.

Die Arbeitsunterlage zur Ausbildung von HeimhelferInnen mit dem Thema "Die wichtigsten Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialbereich im Rahmen der ambulanten sozialen Dienste am Beispiel der Gesundheits- und Sozialzentren bzw. Sozialen Stützpunkte der Stadt Wien" wurde überarbeitet .

Im Rahmen der Heimhilfeausbildung wurde bei den Wohlfahrtsorganisationen Sozial Global, Wiener Sozialdienste und der Volkshilfe Wien zum obigen Thema insgesamt acht Vorträge gehalten. Bei der kommissionellen Abschlußprüfung haben bei den Organisationen Sozial Global, Sozialhilfe der Adventmission, Wiener Sozialdienste, Volkshilfe Wien, Junge Panther und dem Wiener Roten Kreuz 241 HeimhelferInnen die Ausbildung positiv abgeschlossen.

Zur weiteren Optimierung von "Essen auf Rädern" wurden die Arbeitsgespräche mit den Küchen, den Zustellorganisationen sowie der Ernährungswissenschafterin weitergeführt.

Beim Österreichischen Statistischen Zentralamt wurde bei der Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Fachbeirates für Sozialstatistik zur Vorbereitung eines Mikrozensus-Sonderprogramms zur Erhebung über die Lebenssituation älterer Menschen mitgearbeitet.

Bei dem vom Seniorenbeauftragten der Stadt Wien einberufenen Arbeitskreis "SENIOR 21" wurde teilgenommen.

Zur Strukturierung der Kommunikation und Kooperation wurde vom Dachverband Wiener Pflege- und Sozialdienste acht "Jours fixes" unter Einbeziehung der Abteilung für die GeschäftsführerInnen der Wohlfahrtsorganisationen abgehalten. Verschiedene Projekte und Aktivitäten wurden den Mitgliedsorganisationen vorgestellt und von diesen diskutiert. Die "Jours fixes" werden 1998 weitergeführt .

## Öffentlichkeitsarbeit

Veranstaltungen und Informationsmaterial

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde in Kooperation mit dem Fachbereich Planung und Organisation bei der Gestaltung und Errichtung von Informationsständen mitgewirkt.

Es erfolgte eine Unterstützung bei der Erstellung von Vergleichsstatistiken für die "Gesundheitspolitische Kommission", die Sozialen Dienste betreffend. Weiters wurde der Preiskatalog für "private Betreuungsstunden" überarbeitet. Das Depot mit allen Informationsbroschüren und Foldern der Abteilung sowie der Wohlfahrtsorganisationen wurde aktualisiert. Durch Sponsoring einer Privatfirma konnten neuerlich Tragetaschen mit dem Logo der Abteilung angeschafft werden .

Fortbildung:

Bei der innerbetrieblichen Fortbildung für Pflegepersonen im Geriatriezentrum "Am Wienerwald" wurden vier Vorträge über die Aufgaben und Leistungen der Abteilung gehalten; ebenso bei der innerbetrieblichen Fortbildung für ehrenamtliche MitarbeiterInnen des Vereins für Sachwalterschaft. Ein Artikel zum Thema Qualität und Qualitätssicherung im extramuralen Bereich wurde für die "Zeitschrift für Familie, Gesundheit und Soziales", Heft 4/97, verfaßt.

StudentInnen der Wirtschaftsuniversität Wien, der Sozialakademie der Stadt Wien und der Akademie für Fort- und Sonderausbildungen wurden über die Leistungen und Aufgaben der Abteilung informiert. Im Rahmen von Berufsinformationskursen wurden sechs Referate abgehalten. Delegationen aus Japan, Tschechien und Ungarn wurden über die Einrichtungen der Abteilung informiert. Außerdem erfolgte die Mitwirkung im Bildungsbeirat der Abteilung.

1997 wurden folgende Fortbildungsveranstaltungen und Seminare besucht :

- Das Recht des Patienten
- Pflichtversicherung oder Versicherungspflicht
- Reaktivierende Pflege
- EDV-Anwenderkurs sowie
- 10 Öffentliche Ringvorlesungen der Wirtschaftsuniversität Wien mit dem Titel "Nonprofit Organisationen": Strukturen und Management

Seminare :

- Qualitätsmanagement- Fachseminar Teil 3
- Der Dienst am Bürger - auf dem Weg zum Dienstleistungsunternehmen
- Leistungsblockade - eine Frage der "Inneren Kündigung"
- Besser sprechen - mehr erreichen

### Perspektiven

Vom Fachbereich Externe Qualitätssicherung werden für 1998 folgende Perspektiven verfolgt:

- Absicherung der Ausbildung nach den Übergangsbestimmungen des WHHG
- Hilfestellung gegenüber den Vertragspartnern der Stadt Wien sowie bei den privaten Leistungserbringern im Erfüllen der im WHHG vorgegebenen Auflagen
- Regelmäßige Überprüfung und Aufsicht der Qualitätssicherungsmaßnahmen die Aus- und Fortbildung betreffend
- Regelmäßige Überprüfung und Aufsicht der Qualitätssicherungsmaßnahmen die Heimhilfebetriebe betreffend

## Mobile Hauskrankenpflege

Die Einrichtung "Mobile Hauskrankenpflege" bildet einen wesentlichen Bestandteil im Gesundheitsbereich der Stadt Wien. Der Hauskrankenpflegefachdienst durch Mobile diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeschwestern umfaßt alle Tätigkeiten, die ein spezifisches Fachwissen voraussetzen und nur von entsprechend ausgebildetem diplomierten Schwestern und Pflegern durchgeführt werden können.

Das Ziel ist, Menschen bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Altersgebrechen in der gewohnten Umgebung zu pflegen und zu betreuen, Krankenhausaufenthalte und Pflegeheimeinweisungen zu verhindern, zu verkürzen oder hinauszuschieben, sowie mit allen am Pflegeprozeß beteiligten Personen (z.B. PflegehelferInnen, HeimhelferInnen, Angehörige, Zivildiener) zusammenzuarbeiten.

### Tätigkeitsbereiche

Der Fachdienst ist durch das Bundesgesetz über Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz - GuKG) geregelt. Die Tätigkeitsbereiche des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege umfassen eigenverantwortliche, mitverantwortliche und interdisziplinäre Tätigkeiten.

### Arbeitsorganisation

Geleitet durch eine Oberin und eine Oberschwester als Stellvertreterin arbeiteten 105 diplomierte Gesundheits- und Krankenschwestern und fünf diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger in über ganz Wien verteilten 11 Stützpunkten, drei davon in den regionalen Gesundheits- und Sozialzentren, und vier weitere Beratungsstellen für Inkontinenz. Zusätzlich sind ein Konsiliarpsychiater, drei PflegehelferInnen in direkter Zusammenarbeit (Verein "Wiener Sozialdienste"), eine Lehrschwester und eine Hygieneschwester tätig. Administrativ wird das Referat durch eine zentrale Stelle betreut. Zu den Aufgaben der Leitung gehören:

- Führung und begleitende Kontrolle der Stützpunkte

– Bestimmung und Überwachung des Pflegeniveaus, sowie die Sicherung der Pflegequalität in Zusammenarbeit mit der Oberschwester, der Lehrschwester, der Hygieneschwester und den StützpunktleiterInnen
– Abwicklung der gesamten Personalangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Personalreferat der Abteilung
– Qualitätssicherung und Entwicklung: Zur Bestimmung des Pflegeniveaus werden regelmäßig Pflegevisiten durch die Pflegedirektion, Oberschwester und Lehrschwester durchgeführt. Die daraus gewonnenen Eindrücke werden dann zum Anlaß genommen, entsprechende Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung einzuleiten und somit ein einheitliches Qualitätsniveau in Pflegebelangen in ganz Wien sicherzustellen
– Personalentwicklung:
  · Einführung des Zielmanagements in der Hauskrankenpflege beginnt in vier Außenstellen
  · Setzen der ersten Maßnahmen zum Zielmanagement an weiteren vier Außenstellen
  · Personaleinsatzplanung durch Evaluation und Interpretation von Statistiken. Kontrolle der Personaleinsatzplanung, Arbeitsablauforganisation vor Ort, daraus resultierende Veränderungen einleiten, überwachen und evaluieren.
– MitarbeiterInneneinschulung: Die Einschulung neuer MitarbeiterInnen erfolgt nach einem genauen Einschulungsplan, der die ersten Monate der Einführung in den Hauskrankenpflegefachdienst regelt.
– Statistikerstellung des Leistungsnachweises:
  · Patientenbezogen: der patientenbezogene Leistungsnachweis wird derzeit über ein Formular (Leistungsblatt) erfaßt und mittels eines Computerprogrammes (AGF) ausgewertet. Die Auswertung besteht aus einer monatlichen Auflistung aller Pflegetage, geordnet nach den mit der Stadt Wien in Vertrag stehenden Sozialversicherungsträgern.
  · Mitarbeiterbezogen: Der mitarbeiterbezogene Leistungsnachweis wird ebenfalls mittels eines Formulars (Tagesblatt) täglich von den Krankenpflegepersonen selbst erfaßt und anschließend in der Zentrale durch die Administration mittels des Programmes WISTAT statistisch ausgewertet. Die Auswertung besteht hier aus einer monatlichen Aufstellung sämtlicher Tätigkeiten der diplomierten Schwestern und Pfleger. Zusätzlich wird pro Stützpunkt ein Gesamtbild erstellt. Aus diesen Gesamtberichten wird dann eine Aufstellung für den gesamten Fachbereich erstellt.
– Telefonservice mit Beratung und Abklärungsgespräche in bezug auf Klienten und Angehörige

Übersicht der Fortbildungsaktivitäten 1997:

Weiterbildung/Sonderausbildung
– Hochschullehrgang für leitendes Krankenpflegepersonal
– Sonderausbildung für leitende Krankenpflegepersonen
– Sonderausbildung für Altenpflege und chronisch Kranke

Fortbildung
– Der "Pflegeprozeß"
– Spezielle Pflege und Betreuung von HIV-positiven und aidskranken Menschen
– Einführung der "Pflegeplanung" in die Hauskrankenpflege
– Spezielle Betreuung und Pflege von krebskranken Patienten
– Validation - Techniken, um Menschen mit Altersverwirrtheit zu helfen
– Förderungs- und Beurteilungsgespräch im Pflegebereich
– Möglichkeiten der Personalentwicklung im Pflegebereich
– Qualität im Gesundheitswesen
– Umgang mit Schwerkranken und Sterbenden
– Wundseminar
– Stomaseminar
– Zielmanagement für Stützpunktleitungen
– Seminar für Stützpunktleiterinnen "Gemeinschaftspflege"

Fachvorträge
– Stomaversorgung in der Hauskrankenpflege
– Verbandtechniken bei chronischen Beinleiden
– Innovatives Wundmanagement
– Burn-out
– Diabetes mellitus - Neuerungen, Diätberatung
– Erste Hilfe - Reanimationskurs
– Spezielle Problematik der inkontinenten Frau - Beckenbodengymnastik
– Psychopharmaka - Wirkung, Nebenwirkungen
– Das neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz

Besuche von Veranstaltungen, Messen usw.:
– Geriatrica 1997 in St. Pölten
– Pflegekongreß für vaskuläre Pflege in Linz
– Hauskrankenpflegekongreß in Innsbruck
– Das "virtuelle Krankenhaus" in Wien
– Projektmesse in Wien

Diverses
– PC-Schulung
– Verständnis im Umgang mit ausländischen MitarbeiterInnen
– Grundlagen des Datenschutzes

Weiters wurde die aktuelle Marktentwicklung im Sektor der Heilbehelfe und Pflegeartikel beobachtet und dieses Know-How bzw. die praktische Berufserfahrung in Vorträgen an Gesundheits- und Krankenpflegeschulen, Akademien und sonstigen Fachinstitutionen weitervermittelt.

### Stützpunkte

Die Außenstellen der Mobilen Hauskrankenpflege sind montags und donnerstags von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr von allen MitarbeiterInnen besetzt. Die Tätigkeiten zu diesen Zeiten umfassen An- und Abmeldungen von Hausbesuchen durch niedergelassene Ärzte und Krankenanstalten, genaue telefonische Abklärung der Situation der Klienten durch die Stützpunktleiterin und Weitergabe an die zuständige Schwester im Sprengel. Es werden Teamgespräche geführt sowie Arbeits- und Einsatzplanungen erstellt und die Umverteilung von Hausbesuchen bei Urlaub bzw. Krankenständen organisiert.

Dienstag und Freitag von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr ist die Stützpunktleiterin anwesend, Mittwoch von 12.00 Uhr bis 15.00 Uhr werden Angehörige in Pflegebelangen beraten. Die Stützpunktleiterin ist außerhalb dieser Zeiten über ein Mobiltelefon, die Vertretung und ein(e) BasismitarbeiterIn in jedem Bezirk über einen Pager erreichbar.

Die diplomierten Schwestern und Pfleger betreuen die Patienten nach Anforderung und im Auftrag der niedergelassenen Ärzte (praktische und Fachärzte) sowie der Krankenstationen.

### Inkontinenzberatungsstellen

Derzeit gibt es vier Beratungsstellen, die über ganz Wien verteilt sind. Diese dienen als Drehscheibe zu den niedergelassenen praktischen Ärzten, Fachärzten und zu den Fachambulanzen. Als Ziele sind wie folgt zu sehen:
– Steigerung der Lebensqualität
– professionelle flächendeckende Versorgung
– Sicherstellung der Pflegequalität
– Akzeptanz der Betroffenen fördern
– Verbesserung der Kommunikation unter den Berufsgruppen
– Kontaktstellenvermittlung
– Fort- und Weiterbildung durch die Beraterinnen in der eigenen Institution
– Erhebung der Pflegeabhängigkeit aus der Sicht des Beraters
– Einsatz von qualitativ hochwertigen Produkten im Sinne der Qualitätssicherung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte.

### Hygienefachkraft in der Hauskrankenpflege

Mit Oktober 1997 wurde eine Mitarbeiterin mit 10 Wochenstunden mit diesem Fachbereich beauftragt. Er umfaßt alle Maßnahmen, die der Gesunderhaltung und Vermeidung von Infektionen dienen.

Die Hygienefachschwester soll zur Führung und Sicherstellung einer praxisorientierten Fachdienststelle im Pflegebereich beitragen. Auf der Grundlage des Hygienerichtlinienkatalogs werden Hygienebedürfnisse der MitarbeiterInnen in bezug auf ihre Tätigkeit erhoben, und in der Folge werden Standards festgelegt und Verbesserungsmaßnahmen zur Qualitätssicherung eingeleitet. Dazu gehört auch die "innerbetriebliche" Fortbildung zur Hygiene in der Hauskrankenpflege.

Schwerpunkte für 1998 werden sein:
– Einführung der Hygienefachkraft (HKF) auf den einzelnen Stützpunkten
– Bedarfsermittlung und IST-Standerhebung
– Hilfestellung bei bestimmen Problemstellungen
– Erstellen eines einheitlichen Hygienenachschlagewerkes für die Hauskrankenpflege
– Schulung und Beratung in Hygienefragen

Psychiatrisch/Psychosoziale Patientenbetreuung im Rahmen des Hauskrankenpflegefachdienstes:

- Psychiatrische Begutachtungen von Patienten mit psychischen Auffälligkeiten durch den Konsiliarpsychiater mit konsekutiven Therapievorschlägen sowohl im Hinblick auf medikamentöse als auch sozialtherapeutische Maßnahmen
- Kooperation mit niedergelassenen betreuenden Ärzten und Einrichtungen, sowie dem sozialen Umfeld des Patienten - Mitbetreuung pflegender Angehöriger
- Umsetzung effizienter, kostenökonomischer Konzepte im Sinne von Gesundheitsvorsorge und Prävention eventueller kostenintensiver Spitalsaufenthalte
- Dezentrale, stützpunktorientierte Fortbildungsveranstaltungen mit begleitendem patientenorientiertem Supervisionscharakter
- Dokumentation und Aufbau von Organisationsstrukturen zur Verbesserung der Akuität und Effizienz der psychosozialen Betreuung
- Enge Kooperation mit der Führungsebene im Pflegebereich, um weiterführende Konzepte psychosozialer Betreuung zu intensivieren

Projekte

"Krankenhauspflege-Hauskrankenpflege":

Im Zusammenhang mit dem Kooperationsübereinkommen wurde in Kooperation mit dem Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel im Jahr 1997 dieses Projekt durchgeführt. Ziel war es, die Patientenübergabe vom Krankenhaus an den Hauskrankenpflegefachdienst in seiner Qualität zu verbessern. Dieses Ziel wurde auch erreicht. Die Übergabe der Patienten aus dem Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel erfolgt nun nach klar definierten Kriterien. Außerdem konnte das Projekt an der Projektmesse des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) vom 6. bis 9. Oktober 1997 präsentiert werden.

Handbuch für "Pflegequalitäts-Standards":

Wird in Zusammenarbeit mit 14 Krankenhäusern des KAV und dem Hauskrankenpflegefachdienst durchgeführt. Projektbeginn März 1997, Projektende September 1998.

Ziel des Projektes ist es, ein Instrument zur Verfügung zu stellen, das den MitarbeiterInnen des KAV und des Hauskrankenpflegefachdienstes ermöglicht, dem neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetz in ausreichender Qualität zu entsprechen. Das erste Zwischenergebnis ist der pflegediagnoseorientierte Anamnesebogen. Dieser wurde an 150 Patienten erprobt und kommt bereits zur Anwendung.

Im zweiten Teil des Projektes werden zu den jeweiligen Pflegediagnosen entsprechende Maßnahmenpakete entwickelt. Dadurch kann für die Berufsgruppe des gehobenen Gesundheits- und Krankenpflegeberufes ein Instrument zur Verfügung gestellt werden, das ein einheitliches Qualitätsniveau spitalsintern und -extern sicherstellt.

Der pflegediagnoseorientierte Anamnesebogen wird 1998 bereits im Hauskrankenpflegefachdienst verwendet.

Hauskrankenpflege in der Grundausbildung der Gesundheits- und Krankenpflege:

Das Projekt wird gemeinsam mit dem KAV und der Abteilung durchgeführt. Auf Grund der neuen Ausbildungsreform müssen alle Schüler 160 Praktikumsstunden im extramuralen Bereich absolvieren. Das Projekt dient der besseren Koordination und Zusammenarbeit für den praktischen Einsatz von KrankenpflegeschülerInnen.

Hauskrankenpflege im integrierten Gesundheitswesen (KAV):

In diesem Arbeitskreis werden die wichtigsten theoretischen Inhalte für den Unterrichtsgegenstand - Hauskrankenpflege entwickelt. Die erarbeiteten Schwerpunkte dienen als inhaltliches Grundkonzept für die theoretische Ausbildung.

Ein neuer Tätigkeitskatalog wird erstellt und für die Ausbildung (KAV) beurteilt. Auf Grund der geänderten gesetzlichen Bestimmungen werden analog dazu ein Tätigkeitsnachweis sowie eine Beurteilung erarbeitet. Für den Bereich "extramurale Pflege" bestehen noch keine dieser Unterlagen und müssen daher neu entwickelt werden.

Einführung der Pflegeplanung in die Hauskrankenpflege:

Die Implementierung der Vorgaben durch das neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz wird mit fachlicher Begleitung des eigenverantwortlichen Tätigkeitsbereiches und der Umsetzung an den Stützpunkten eingeführt.

Leistungsstatistik 1997

Insgesamt wurden 236.777 Hausbesuche durchgeführt, wobei 4.891 Patienten betreut wurden. Die Betreuung erfolgte in Zusammenarbeit mit 838 niedergelassenen behandelnden Ärzten.

## Sozialarbeit an Krankenanstalten, Pflegeheimen und Gesundheits- und Sozialzentren

Zielsetzung und Aufgabenstellung:

Der Fachbereich ist für die Wahrnehmung und Durchführung der Sozialarbeit an Krankenanstalten, Pflegeheimen und Gesundheits- und Sozialzentren unter dem Einsatz professioneller und zielorientierter Methoden verantwortlich. Er verfolgt dabei einerseits das Ziel, betreuungsbedürftige Menschen und deren Angehörige dabei zu unterstützen,

Lebensperspektiven zu entwickeln, die ein weitgehend selbstbestimmtes und integratives Leben ermöglichen. Andererseits sieht der Fachbereich seine Aufgabe auch darin, eine Vielfalt an präventiven und aktivierenden Angeboten zu initiieren und zu gewährleisten, um vorzeitige Pflege- und Betreuungsabhängigkeit zu vermeiden.

## Arbeitsschritte und Leistungsübersicht

Im Zuge der Umsetzung des Kooperationsübereinkommens zwischen der Abteilung und dem Wiener Krankenanstaltenverbund fanden in der ersten Jahreshälfte Präsentationsworkshops in den Krankenanstalten Donauspital, Wilhelminenspital, Krankenanstalt Rudolfstiftung, Kaiser-Franz-Josef-Spital, Kaiserin-Elisabeth-Spital, Krankenhaus Floridsdorf und im Allgemeinen Krankenhaus statt. Anschließend wurde in jeder Krankenanstalt eine Arbeitsgruppe zur Konkretisierung der Kooperationsstruktur eingerichtet. Die diplomierten SozialarbeiterInnen an den Krankenanstalten, die durch die Wahrnehmung ihrer Clearing- und Betreuungsaufgaben nachhaltig zur Sicherung des Behandlungserfolges beitragen können, sind in diesen Umsetzungsprozeß intensiv einbezogen. Durch ihre Zusammenarbeit mit den stationären Teams einerseits und den Gesundheits- und Sozialzentren (bzw. Sozialen Stützpunkten) andererseits kommt ihnen auch eine wichtige vernetzende Rolle zu.

Im Wilhelminenspital wurde im April 1997 als Modellprojekt eine Servicestelle, die "Sozialberatung - Wilhelminenspital", eröffnet. Die Stelle ist mit diplomierten SozialarbeiterInnen und SeniorenberaterInnen besetzt und ist wochentags durchgehend von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr geöffnet. Bereits nach kurzer Zeit war das Team im Krankenhaus wegen seiner raschen Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft sehr geschätzt. Darüber hinaus wurden einige strukturverbessernde Projekte für bestimmte Patientengruppen initiiert oder mitgetragen.

In der Sozialarbeit an Pflegeheimen wurden die in den Vorjahren erarbeiteten Arbeitskonzepte konkretisiert und einer weiteren Umsetzung zugeführt.

In der Sozialarbeit an Gesundheits- und Sozialzentren wurden einerseits die Angebote für Patientengruppen an der Schnittstelle zu den stationären Einrichtungen im Sinne des Kooperationsübereinkommens verstärkt und andererseits gemeinwesenorientierte Ansätze für die präventive Seniorenarbeit im Bezirk mit den Instrumenten der "Senioreninformation" (Neuorganisation des Kontaktbesuchsdienstes) und der Seniorenberatung entwickelt. Das Angebotsspektrum der Seniorenberatung in den Gesundheits- und Sozialzentren wurde konzeptionell wesentlich erweitert. Im Zuge der Neuorganisation des Kontaktbesuchsdienstes ("Senioreninformation") konnten die inhaltlichen Konzepte der letzten Jahre weiterverfolgt werden. Durch die Kooperation mit dem Bürgerdienst in bezug auf dessen inhaltliche, aber auch strukturelle Angebote und Möglichkeiten konnte eine Grundlage zur Realisierung geschaffen werden.

Die inhaltliche Neugestaltung sowie die Dokumentations- und Erhebungsinstrumente wurden in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung für den 15. Bezirk, dem Bürgerdienst, der MA 14, den Wiener Sozialdiensten, dem Gesundheits- und Sozialzentrum für den 15. Bezirk sowie dem EU-Projekt "SENIOR PLUS" erarbeitet und im Zuge eines Tests erprobt. Das Modellprojekt startet im 15. Bezirk im Frühjahr 1998. Eine Ausweitung der "Senioreninformation" auf ganz Wien in Etappen ist bereits angedacht.

Die Entwicklung von Grundlagen für eine EDV-Dokumentation bildete im vergangenen Jahr einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt im gesamten Fachbereich, ebenso die Erweiterung von Informationsmaterialien sowie die fachbereichsbezogene Öffentlichkeitsarbeit.

1997 wurden seitens der Sozialarbeit an städtischen Krankenanstalten Betreuungsleistungen für etwa 9.800 Klienten erbracht (davon 74 % für Patienten ab dem 60. Lebensjahr, 50 % für Patienten ab dem 75. Lebensjahr). An Beratungs- und Betreuungsgesprächen mit Patienten und Angehörigen wurden etwa 24.500 geführt, an Koordinationsgesprächen mit dem stationären Bereich und den in Kooperation stehenden Institutionen etwa 32.000. Etwa 350 Hausbesuche und Dienstwege mit oder für die Patienten wurden erledigt. In der Patientenbetreuung standen sozialversicherungsrechtliche Fragen sowie die Pflege- und Betreuungsproblematik im Vordergrund.

In den Pflegeheimen standen etwa 7.300 Patienten in sozialarbeiterischer Betreuung, davon befanden sich 513 Patienten in Kurzzeitpflege, 680 im Wohnheim und 489 Patienten in den Aufnahmestationen. Etwa 15.000 Betreuungsgespräche fanden mit den Patienten und deren Angehörigen statt, etwa 20.000 Koordinationsgepräche mit den Stationen und Kooperationseinrichtungen. Mit den Patienten wurden etwa 850 Hausbesuche und Dienstwege durchgeführt. Etwa 1.015 Begleitdiensteinsätze für oder mit den Patienten wurden organisiert. Bei 664 Patienten wurden die Entlassungen aus dem Pflegeheim sozialarbeiterisch begleitet, 241 Patienten wurden nachbetreut.

Seitens der Sozialarbeit an Gesundheits- und Sozialzentren wurden etwa 3.000 Beratungs- und Betreuungsgespräche geführt. 250 Hausbesuche und Dienstwege wurden durchgeführt. In 270 Fällen fanden Kooperations- und Teamgespräche im Zuge der Vernetzungstätigkeit statt. Seitens der Seniorenberatung wurden etwa 2.300 Hausbesuche, Begleitdienste und Besorgungen übernommen, 600 davon in Krankenanstalten und Pflegeheimen. Von den Informationsangeboten der Seniorenberatung profitierten etwa 4.400 SeniorInnen.

Der Kontaktbesuchsdienst wurde in allen Bezirken mit Ausnahme des 17. Bezirkes durchgeführt. Insgesamt waren 144 KontaktbesucherInnen im Einsatz, sie besuchten 22.302 SeniorInnen ab dem 70. Lebensjahr.

Perspektiven

- Weitere Umsetzungsschritte des Kooperationsübereinkommens zwischen der Abteilung und dem Wiener Krankenanstaltenverbund in den Krankenanstalten und Ausweitung auf die städtischen Pflegeheime
- Aufbau einer EDV-Dokumentation für den Fachbereich
- Start der "Senioreninformation" im 15. Bezirk und schrittweise in weiteren Modellbezirken
- Ausbau des gemeinwesenorientierten Ansatzes der regionalen Seniorenarbeit mit den Instrumenten der Seniorenberatung und Senioreninformation

## 533 77 77 - Sozialnotruf

Der Sozialnotruf informiert über Hilfseinrichtungen und Hilfsmöglichkeiten der öffentlichen und privaten Wohlfahrt. Die telefonische Abklärung der individuellen Situation der KlientInnen soll die passende Hilfe aus dem großen Leistungsangebot verschiedener Institutionen zu finden helfen.

Der Sozialnotruf bietet telefonische Erstberatung in Problemsituationen an und informiert über die Durchsetzbarkeit von Ansprüchen. Außerdem veranlaßt er Hilfsmaßnahmen wie z.B. den Einsatz Sozialer Dienste und pflegerischer Notversorgung. Weitere mögliche Hilfen sind: sozialarbeiterische Beratung, Akutintervention sowie telefonische Krisenintervention für Menschen in akuten Lebenskrisen und rasche Organisation von dringendem Bedarf an Pflegeheimplätzen.

Für die Bearbeitung von 16.248 Fällen waren im Jahr 1997 30.686 Telefonate erforderlich. Die Zahl der Veranlassungen bzw. Sofortmaßnahmen betrug 3.066, die Zahl der Intensivfälle 3.497. Während der Abend- und Wochenenddienste waren 1.227 Einsätze zur pflegerischen Notversorgung erforderlich.

Beim Pflegebereitschaftsdienst waren 414 Einsätze zu bewältigen. Dafür stand jeweils eine diplomierte Krankenpflegeperson von Montag bis Freitag in der Zeit von 15.30 Uhr bis 20.00 Uhr für pflegerische Noteinsätze in Bereitschaft. Eine Notversorgung mit Essen auf Rädern (Wochenende und Feiertage) wurde vom Sozialnotruf 125mal organisiert. Zur Abwendung von Pflegenotständen mußten an Abenden, Wochenenden und Feiertagen 46 Pflegeheim-Soforteinweisungen veranlaßt werden.

Der Sozialnotruf wurde in 53,17 Prozent der Fälle von Frauen, in 23,97 Prozent von Männern und in 22,86 Prozent von Institutionen in Anspruch genommen. Es zeigt sich, daß der Sozialnotruf eine wichtige Aufgabe als Ergänzung zu Notdiensten wie Rettung, Ärztenotdienst und Sozialpsychiatrischem Notdienst wahrnimmt.

Der Sozialnotruf ist unter der Rufnummer 533 77 77 täglich zwischen 8.00 Uhr und 20.00 Uhr erreichbar. Während der Nachtstunden werden alle Telefonate auf ein Band aufgezeichnet. Außerdem koordinieren die MitarbeiterInnen des Sozialnotrufes von Montag bis Freitag von 15.30 Uhr und 20.00 Uhr den Pflegebereitschaftsdienst bzw. den Wochenendeinsatz der Mobilen Hauskrankenpflege. An Wochenenden ist er auch Anlaufstelle für die Sozialen Dienste. Durch die Umleitung der Anrufe bei fast allen Außenstellen der Abteilung zum Sozialnotruf konnte rasch auf Notfälle im Bereich der Betreuung zu Hause reagiert werden.

Perspektiven für das Jahr 1998 sind einerseits der Ausbau des Sozialnotrufes rund um die Uhr, andererseits die Verbesserung und Weiterentwicklung des Informationsangebotes über das Internet.

## Geriatrische Tageszentren

Die Geriatrischen Tageszentren sind Einrichtungen, die sehr alte und/oder behinderte Menschen dabei unterstützen, ihr Leben auch bei zum Teil erheblichem Pflegebedarf weiterhin selbstbestimmt zu gestalten. Dadurch, daß die BesucherInnen der Geriatrischen Tageszentren Gelegenheit erhalten, ihre eigenen Möglichkeiten zu bewahren, zu fördern oder zu verstärken, sind die meisten von ihnen in der Lage, auf stationäre Einrichtungen völlig oder über lange Zeiträume hinweg zu verzichten. Auch eine Verkürzung der Verweildauer in Krankenhäusern ist durch dieses Angebot intensiver ambulanter Betreuung möglich.

Somit erfüllen die Tageszentren eine prophylaktische Funktion gegenüber fortschreitender Pflegeabhängigkeit sowie eine rehabilitative Funktion und sind - gemeinsam mit allen anderen Sozial- und Pflegediensten - eine alternative Betreuungsform gegenüber stationärer Pflege. Da Pflegebedarf im hohen Alter kein rein gesundheitliches Problem ist, sondern vielmehr die soziale Situation betroffener Menschen wesentlich prägt, wird der Schwerpunkt der Arbeit auf die Unterstützung der sozialen und kreativen Fähigkeiten sowie der "Selbstpflegefähigkeit" der BesucherInnen gelegt. Dies wird durch gesundheitsfördernde Dienstleistungen und Therapien verstärkt. Die Tageszentren bieten auch eine intensive Begleitung und Unterstützung geistig desorientierter Menschen an, die dadurch ein hohes Maß ihrer Lebensqualität wahren können.

Da verschiedene Angebote miteinander verknüpft werden, sind sie auf den ganzen Menschen mit seinen körperlichen, psychischen und sozialen Bedürfnissen und nicht nur auf einzelne Funktionen ausgerichtet. Dieses Prinzip der gesamtheitlichen Betreuung stellt die besondere Qualität dieses Leistungsangebots dar.

Ziele:

Das Ziel der Geriatrischen Tageszentren wird durch folgendes Dienstleitungsangebot erreicht:

- therapeutische, kreativitätsfördernde Angebote wie aktivierende und funktionelle Ergotherapie, also Arbeiten mit Material, Mobilisierungsübungen, Gedächtnistraining, Wahrnehmungstraining, Hilfsmitteltraining und -beratung usw., gezielte physiotherapeutische Maßnahmen
- erwachsenenbildnerische Angebote wie Erinnerungsarbeit ("oral history"), gemeinsames Zeitungslesen, Beschäftigung mit Musik und Literatur in der Gruppe, Diskussionsgruppen
- sozialarbeiterische Angebote wie Einzel- und Gruppengespräche alle Lebensfragen betreffend, Hilfe bei Antragstellungen, Beratung der Angehörigen individuell und in Gruppen, Zusammenarbeit mit Sozialen Diensten, Hauskrankenpflegefachdienst und niedergelassenen Ärzten
- Angebote persönlicher Assistenz (= Betreuung und Hilfe) wie Abholdienst, Hilfe bei Körperpflege, Orientierungshilfen für sinnesbehinderte und geistig desorientierte Personen.

Die Programmgestaltung bietet auch Spielräume zur Erprobung neuer Methoden wie Animation mit Video, Entspannungsübungen nach der Shiatzumethode oder klientenzentrierte Psychotherapie in der Gruppe und trägt damit zur inhaltlichen Weiterentwicklung der sozialen und therapeutischen Gruppenarbeit in Zusammenhang mit der ambulanten Pflege von Menschen im hohen Alter bei.

Angebote

Kulturelle Angebote wie Feste, Konzerte, Geburtstagsfeiern, Ausflüge, Film- und Diavorträge runden das Programm ab. Zusätzlich zum ständigen Programm im Jahr 1997 wurden diverse Veranstaltungen durchgeführt: Jubiläumsfeste zum fünfzehnjährigen Bestehen des Tageszentrums "Ost" sowie zum zehnjährigen Bestehen des Tageszentrums "Ingrid Leodolter", Tag der offenen Tür anläßlich drei Jahre Tageszentrum "Am Henriettenplatz" und ein Jahr Tageszentrum "Donaufeld"; mehrere Verkaufsausstellungen, Aufführung der Schauspiel- und Gesangsgruppen der Tageszentren, Gastspiele der Vivariumbühne und eines Marionettentheaters in Tageszentren, Informationsveranstaltungen zu medizinischen Themen bzw. mobiler Optiker und diverse Programme zu aktuellen Themen. Dazu kamen Außenaktivitäten wie Ausstellungsbesuche, Parkbesuche, sowie Ganztagsausflüge. Da die meisten BesucherInnen bei sehr vielen Aktivitäten des täglichen Lebens auf Hilfe angewiesen sind, sind die Außenaktivitäten der Tageszentren für viele BesucherInnen die einzige Gelegenheit, an kulturellen Angeboten der Stadt Wien teilzunehmen.

Projekte

Interkulturelle, generationenübergreifende und stadtteilorientierte Projekte sind dazu geeignet, die soziale Integration sehr alter Menschen in ihrer Wohnumgebung aufrechtzuerhalten. So beteiligte sich ein Tageszentrum an einem Projekt, gemeinsam mit der Bezirksvorstehung einen Park mit integriertem Therapiebereich zu gestalten. Die Selbsthilfegruppe "Graue Panther" gestaltet in einem Tageszentrum regelmäßig Nachmittagsprogramme. In einem Tageszentrum wurde ein inhaltlicher Schwerpunkt auf Veranstaltungen über Länder der Dritten Welt und die Erarbeitung von Verständnis bei den TagesbesucherInnen für ZuwanderInnen in Österreich gelegt. Parallel zur Arbeit mit den BesucherInnen der Tageszentren wurden in regelmäßigen Abständen Vorträge und Gesprächsgruppen für Angehörige durchgeführt.

Aufnahmegespräche, an denen außer den Betroffenen meistens auch Angehörige oder andere Vertrauenspersonen teilnehmen, werden von SozialarbeiterInnen geführt. Die Häufigkeit und Frequenz der Besuche hängen vom Bedarf der BesucherInnen ab. Die Aufnahmekapazität eines Geriatrischen Tageszentrums ist, je nach Raumangebot, mit bis zu fünfzig Personen pro Tag limitiert.

Fortbildung

Studierende diverser Ausbildungszweige (Sozialarbeit, Ergotherapie, Pflege- und Altenhilfe, Krankenpflege usw.) absolvieren in den Tageszentren ihre Praktika. Umgekehrt arbeiteten MitarbeiterInnen Geriatrischer Tageszentren an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen mit. Für die MitarbeiterInnen der Tageszentren wurden Fortbildungsprogramme organisiert, die sich schwerpunktmäßig mit der Erarbeitung eines für alle Berufsgruppen sinnvollen Einsatzes des PCs für die Ablauforganisation der Tageszentrumsarbeit, mit angewandten Methoden der sozialen Arbeit, mit Validation (= Kommunikation mit desorientierten alten Menschen) und mit Erster Hilfe beschäftigen.

BesucherInnen aus anderen österreichischen Städten und Regionen sowie ausländische Delegationen besuchen die Tageszentren, um sich über die Wiener Erfahrungen bei der Planung, Errichtung und Führung derartiger Einrichtungen zu informieren.

Zur Informationsvermittlung an Wiener Institutionen und MultiplikatorInnen wurden auch 1997 das für alle Wiener Tageszentren einheitliche Plakat sowie ein Videofilm mit dem Titel "Im Alter eigenständig - aber nicht allein" eingesetzt.

### Planungen

Die Einzugsgebiete der Geriatrischen Tageszentren der Stadt Wien und der Tageszentren privater Trägerorganisationen sind derart aufeinander abgestimmt, daß Tageszentrumsbetreuung (nach Maßgabe freier Plätze) in ganz Wien angeboten werden kann. Fachbereichskonferenzen, an denen auch die leitenden MitarbeiterInnen der Tageszentren privater Trägerorganisationen teilnahmen, trugen wesentlich zur Weiterentwicklung der inhaltlichen und organisatorischen Zusammenarbeit bei. Grundlage dafür waren die gemeinsam mit dem Dachverband "Wiener Pflege- und Sozialdienste" erarbeiteten Qualitätsstandards. Im Jahr 1997 wurden Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für das Tageszentrum im künftigen Gesundheits- und Sozialzentrum für den 16 und 17. Bezirk durchgeführt. Der Fachbereich "Geriatrische Tageszentren" beteiligte sich außerdem an den Planungsmaßnahmen für die Projekte "SMZ Nord" und "SMZ Favoriten".

## Gesundheits- und Sozialzentren in Wien

In den Gesundheits- und Sozialzentren sind alle Außenstellen der Fachbereiche Soziale Dienste, Mobile Hauskrankenpflege, Sozialarbeit und Mobile Ergotherapie für die jeweilige Region zusammengefaßt. Dadurch konnte in den letzten Jahren die Effizienz der Gesamtleistungen gesteigert werden, und es ergab sich die Chance, gemeinsame über den unmittelbaren Tätigkeitsbereich hinausgehende interdisziplinäre Projekte zu starten.

Um den Klienten der Abteilung den Zugang zu diesen umfangreichen Angeboten so einfach wie möglich zu machen, hat die Stadt Wien bisher drei Gesundheits- und Sozialzentren in Betrieb genommen (das vierte startet seinen Betrieb 1998). Dort können sich Klienten und Angehörige persönlich über die Leistungen beraten lassen, von dort wird der Einsatz aller Angebote organisiert und die Qualität der Leistungen laufend überprüft.

In jenen Regionen, in denen noch keine Gesundheits- und Sozialzentren eröffnet werden konnten, übernehmen die regionalen Stützpunkte der Abteilung für die Sozialen Dienste und die Mobile Hauskrankenpflege diese Aufgaben.

### Gesundheits- und Sozialzentrum 10, Gudrunstraße

Die Umsetzung des Kooperationsübereinkommens zwischen dem Wiener Krankenanstaltenverbund und der Abteilung, hier konkret zwischen Kaiser-Franz-Josef-Spital und Gesundheits- und Sozialzentrum 10, stellt einen wesentlichen Aspekt der Projektarbeit im Gesundheits- und Sozialzentrum - insbesondere der Sozialarbeit der Abteilung im Krankenhaus dar. Die regelmäßigen Arbeitssitzungen des Teams der Einsatzstellenleitungen des Gesundheits- und Sozialzentrums und der Sozialarbeiterinnen im Kaiser-Franz-Josef-Spital mit den KrankenhausmitarbeiterInnen verlaufen sachlich und konstruktiv.

Der Organisationsbereich "Soziale Dienste" hat im Rahmen des Modellprojektes "INDIBET" (Individuelle Betreuung psychisch kranker und dementer Heimhilfebezieherinnen) insgesamt 53 Personen in Betreuung genommen.

Die diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeschwester der Einsatzstelle "Soziale Dienste" im Gesundheits- und Sozialzentrum leisteten wesentliche Mitarbeit an diversen Projekten, so z.B. beim Modellprojekt "Ganzheitliche Hauskrankenpflege" des Roten Kreuzes und beim Projekt "Pflege- und Betreuungskonzept".

Die acht diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen des Bereichs "Mobile Hauskrankenpflege" im Gesundheits- und Sozialzentrum waren im Modellversuch "Abendbetreuung" eingebunden. Insgesamt wurden durch die diplomierten mobilen Schwestern rund 20.000 Hausbesuche durchgeführt.

Die Beratungsstelle für Inkontinenz war bis Mai 1997 mit einer diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson besetzt und wird aus personellen Gründen seit Juni 1997 von der Beratungsstelle im 4. Bezirk mitversorgt. Dem Engagement der diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson ist es zu verdanken, daß im Gesundheits- und Sozialzentrum nunmehr ab November 1997 Kurse für Beckenbodengymnastik in Zusammenarbeit mit einer Physiotherapeutin angeboten und - auf Grund der regen Nachfrage - kontinuierlich fortgeführt werden.

Im Jahre 1997 wurden im 10. Bezirk insgesamt 47 Personen durch die Mobile Ergotherapie betreut, 18 davon in Form fortlaufender therapeutischer Behandlungen. Beratende Gespräche, Hilfsmittel- und/oder Wohnungsabklärungen wurden von 29 Personen in Anspruch genommen.

Auf Grund eines Therapeutinnenwechsels war die Mobile Ergotherapie im Gesundheits- und Sozialzentrum im September unbesetzt; Therapiepatienten wurden zum Teil an freiberuflich tätige Ergotherapeutinnen weitervermittelt oder ab Oktober weiterbetreut.

Häufigste Zuweisungsdiagnose für therapeutische Behandlungen waren Schlaganfälle.

Die diplomierte Sozialarbeiterin im Gesundheits- und Sozialzentrum hat 1997 wesentliche und zeitweise sehr intensive Beratungs- und Betreuungsarbeit für die BewohnerInnen der Senioren-Wohngemeinschaft in 4, Kühnplatz, geleistet; die Sozialarbeiterin und die Heimhelferin haben den BewohnerInnen dank der bereits aufgebauten guten Beziehung über einige Krisensituationen hinweggeholfen (Aus- und Einzug von BewohnerInnen, Wasserschaden, Umgang mit dem Tod von MitbewohnerInnen u.ä.). Insgesamt 386 Klienten wurden von der Sozialarbeiterin persönlich oder telefonisch beraten oder betreut, auch im Rahmen der weiterhin angebotenen Nachmittagsberatung. Die Sozialarbeiterin stellte Kontakte zu Wohlfahrtseinrichtungen im Bezirk her, nahm an den regelmäßigen Arbeits-

sitzungen der gemeinwesenorientierten Einrichtungen und Initiativen in Wien und - ebenso wie die anderen Einsatzstellen des Zentrums - an den Besprechungen des Regionalteams 10 teil.

Unter der fachlichen Anleitung der Sozialarbeiterin erbrachten die vier Seniorenberaterinnen im Gesundheits- und Sozialzentrum Informations- und Beratungsdienste, führten Hausbesuche und andere Dienstwege durch und wirkten auf vielfältige Weise im Auftrag aller Einsatzstellen des Gesundheits- und Sozialzentrums und der Sozialarbeiterinnen des Kaiser-Franz-Josef-Spitals an den Angeboten des Zentrums mit.

Das ursprüngliche "Systematische Betreuungsangebot für spitalsentlassene ältere Menschen" lieferte Grundlagen für die Planung und Umsetzung weiterer Angebote der Sozialarbeit und Seniorenberatung: So wurde ab Juni 1997 der "Seniorentreff" eingeführt, eine wöchentliche Veranstaltung zur umfassenden Mobilisierung und Aktivierung der von Vereinsamung und deren Folgen bedrohten SeniorInnen.

Mittlerweile haben die zum Großteil hochbetagten Menschen die Gestaltung der wöchentlichen Treffen bereits teilweise - je nach Befähigung - in ihre Verantwortung übernommen; die BesucherInnen singen, musizieren und tanzen gemeinsam, eigene Gedichte werden vorgetragen, kreative Prozesse werden angeregt. Die im Seniorentreff neu geknüpften Kontakte werden auch außerhalb der wöchentlichen Zusammenkünfte aufrechterhalten: einige Besucherinnen besuchten gemeinsam die Seniorenmesse, gegenseitige Einladungen werden ausgesprochen, nach abwesenden Besuchern wird gefragt.

Seit Juni hat sich eine stabile Gruppe von 25 Personen gebildet, die auch als Multiplikator zu sehen ist und zu Informationsveranstaltungen weitere SeniorInnen mitbringt. Von Juni bis Dezember 1997 wurde fünfmal gezielte Information in den Seniorentreff verpackt:

– Ernährungsinformation (Mag. Ertl-Huemer)
– Unfallverhütung ("Sicher Gehen über 60")
– Leistungen der MA 12 für SeniorInnen (Sozialreferat 10)
– Sicherheit (Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst)
– Inkontinenz - Vorbeugung und Behandlung (Judith Nitsch - Magistratsabteilung 47)

Insgesamt wurden 549 Besucherinnen und Besucher gezählt.

Weiters führten diplomierte SozialarbeiterInnen und Seniorenberaterinnen erstmalig eine Erhebung zur Situation jener Personen durch, die nach der Entlassung aus einem Pflegeheim keine Sozialen Dienste in Anspruch nahmen.

Die Sozialarbeiterinnen der Abteilung im Kaiser-Franz-Josef-Spital leisteten 1997 insgesamt 6.999 Beratungs-, Abklärungs- und Informationsgespräche und hatten zu 1.443 Patienten intensiven Kontakt, 543 davon aus dem 10. Bezirk, das sind insgesamt um rund 200 Klientenkontakte mehr als 1996.

Ein von den Sozialarbeiterinnen informativ und ansprechend gestalteter Folder liegt seit Mitte 1997 im Kaiser-Franz-Josef-Spital und im Gesundheits- und Sozialzentrum auf und soll Patienten und Angehörige auch weiterhin anregen, das bestehende Beratungsangebot der Sozialarbeit der Abteilung verstärkt zu nützen.

Das Team der Einsatzstellenleitungen hat sich neben den konkreten Problemlösungen im Einzelfall die Weiterentwicklung interner und externer Kooperationsmodelle im Sinne eines klientenorientierten Übergangs zwischen intra- und extramuralem Bereich zum Ziel gesetzt. Die gemeinsam erarbeitete Schwerpunktsetzung für 1998 soll dem Rechnung tragen u.a. durch Aufbau und Vertiefung der Kontakte zu diversen Krankenanstalten sowie durch besonderes Augenmerk auf Klienten nach Entlassung aus Pflegeheimen.

Im Berichtsjahr haben insgesamt 3.838 Personen das Gesundheits- und Sozialzentrum zwecks Information, Beratung und Betreuung persönlich aufgesucht; 2.394 Personen wurden von den BüromitarbeiterInnen beraten und informiert, Betreuungen wurden in die Wege geleitet usw.; 527 Ratsuchende wurden an die Außenstelle "Sozialarbeit mit Erwachsenen" der MA 12 weitervermittelt, 917 an andere MitarbeiterInnen des Zentrums, 1.407 Personen an Dienststellen und Einrichtungen außer Haus.

Zusätzlich wurden 107 informative und koordinative Veranstaltungen mit insgesamt 1.997 BesucherInnen durchgeführt.

## Gesundheits- und Sozialzentrum 15, Geibelgasse

Im dritten Jahr seit der Eröffnung des ersten Gesundheits- und Sozialzentrums konnte sich die Qualität der interdisziplinären Leistungen der Teams durch gemeinsame Erfahrungen, durch zahlreiche Besprechungen und auch durch erfolgreiche und geplante, durchaus vielversprechende Projekte, noch weiter verbessern.

## Projekte und Projektmitarbeit

Die Umsetzung des Kooperationsübereinkommens mit der Abteilung und dem Wiener Krankenanstaltenverbund erfolgte mit dem Ziel eines möglichst lückenlosen Betreuungsübergangs im Zusammenhang mit Aufnahme und Entlassung im Kaiserin-Elisabeth-Spital. In den interdisziplinären Arbeitsgruppen geht es dabei im wesentlichen um Mengen-, Problem- aber auch um Zufriedenheitserfassung. Die Entlassungsfähigkeit sollte zeitgerecht und für alle Beteiligten möglichst optimal sowohl medizinisch als auch pflegetechnisch und sozial abgeklärt werden können.

Besonders erfreulich ist, daß sich mit der Bezirksvorstehung und deren Team zusehends eine besonders kreative und anregende Zusammenarbeit ergeben hat. Beispielsweise soll, bereits 1975 vom 15. Bezirk als Initiative ausge-

gangen, der "Kontaktbesuchsdienst" (Senioreninformation der Bezirksvorstehung) beispielgebend im Rahmen einer "Seniorenplattform" für ganz Wien neu organisiert und strukturiert werden. In den gemeinsamen Arbeitsbesprechungen mit der MA 14 und der MA 55, der Bezirksvorstehung und der Abteilung, im speziellen mit dem Fachbereich Sozialarbeit und der Stabstelle Planung und Organisation, wurde einvernehmlich ein "Gesprächsleitfaden" erstellt, der modulartig und individuell auf die Bedürfnisse der Senioren über 65 Jahren eingeht. Diese Personengruppe soll nun auf breiterer Basis informiert, beraten und betreut, aber auch zu aktiver Mitgestaltung angeregt werden, u.a. durch die Erhebung subjektiver und objektiver Bedürfnisse. Mit Hilfe eines speziellen EDV-Auswertungsprogramms wird der Zugriff auf den aktuellen Stand der Datenbank von den interessierten Stellen (Bürgerdienst, Gesundheits- und Sozialzentrum) abgerufen.

In unmittelbarer Nähe des Gesundheits- und Sozialzentrums 14/15 bietet sich als weiteres Projekt die Umgestaltung eines derzeit noch wenig attraktiven Parks in einen "Integrations- und Therapiegarten für Senioren" an. Es ist eine mit vermutlich relativ geringen Mitteln realisierbare - nachhaltige durch längerfristig sinnvolle - gemeinsame Mehrfachnutzung für ältere Menschen (Besucher des Tageszentrums, Anrainer) und Mütter mit Kleinkindern geplant, möglicherweise mit Modellcharakter für ganz Wien. Dieses Vorhaben wird von der Bezirksvorstehung und anderen Magistratsabteilungen unterstützt.

## Sozialarbeit

Der Bereich Sozialarbeit und Seniorenberatung hat sich als jüngste Einsatzstelle immer wieder verändert, so auch durch die Einführung eines "learn management" für die DiplomsozialarbeiterInnen der regionalen Krankenhäuser und Pflegeheime. Die Zwischenhierarchie wurde ausgeschaltet, die KollegInnen organisatorisch und fachlich bedingt direkt der Zentrumsleitung unterstellt, die einen Vormittag pro Monat gemeinsam mit dieser Mitarbeitergruppe regelmäßig eine Teambesprechung abhält, neben den nahezu täglichen telefonischen Kontakten zum Zweck gegenseitiger Informationen, Durchgabe von Abwesenheiten bzw. Dienstverrichtung an einem anderen Ort.

Das Projekt "Seniorenberatung" hat sich in den letzten Jahren im 14. und 15. Bezirk weiterentwickelt. Zunächst als Grundinformation bei Hausbesuchen der Bezirksbevölkerung gedacht (telefonische oder persönliche Beratung nach stationären Entlassungen für Klienten über 75 Jahre, die noch keine sozialen Dienste in Anspruch genommen haben), hat sich daraus z.B. ein "Patientenservice in Krankenanstalten und Pflegeheimen" entwickelt. Entlassungsvorbereitungen wie z.B. Begleitung nach Hause und Übernahme von Erledigungen in bestimmten Fällen und die damit verbundene emotionale Unterstützung bilden dabei den Schwerpunkt. Der ursprüngliche Informations- und Ankündigungsbrief an alle Spitalsentlassenen ab dem 75. Lebensjahr wurde geändert, das Alter auf 65 Jahre herabgesetzt. Nach wie vor werden Informationsgespräche daheim oder im Gesundheits- und Sozialzentrum angeboten bzw. Informationsunterlagen darüber versendet.

## Veranstaltungen und Information

Der "Tag der offenen Tür" anläßlich des dritten Jahrestages der Eröffnung des Zentrums gestaltet sich diesmal - auch wegen des mittlerweile schon relativ hohen Bekanntheitsgrades - zu einem besonderen Ereignis, zu dem viele, auch sehr prominente Gäste gekommen sind.

Wie jedes Jahr konnten auch 1997 viele Gäste und Fachleute begrüßt werden, darunter Delegationen des Gesundheits- und Sozialbereichs Deutschlands, der Niederlande und Schwedens, die großes Interesse an der Institution, den MitarbeiterInnen und den vielfältigen Dienstleistungsangeboten und deren Vernetzung zeigten. Besondere Aufmerksamkeit wird immer wieder dem Tageszentrum "Am Henriettenplatz" gewidmet, das ein Bereich des Gesundheits- und Sozialzentrums ist:

Für Informationsaustausch, Bewertung und neue Zielsetzungen gab es interdisziplinär geleitete Workshops, Arbeitskreise und Teambesprechungen mit MitarbeiterInnen aus ganz Wien, wobei auf regional unterschiedliche Erfordernisse, Austausch bisheriger Erfahrungen und auf neue Ideen gleichermaßen eingegangen wurde. Außerdem wurden 53 Supervisonseinheiten in Anspruch genommen, welche die Arbeitsqualität und die Motivation der MitarbeiterInnen förderten.

Die MitarbeiterInnen unserer Seniorenberatung haben sich mittlerweile als wichtige, den Bereich Sozialarbeit ergänzende Ressource sehr gut bewährt. Auch bei Bezirksveranstaltungen und Projekten der Bezirksvorstehung (Testphase des Gesprächsleitfadens für den Kontaktbesuchsdienst) leisten sie bereitwillig und engagiert wertvolle Einsätze.

## Geriatrisches Tageszentrum "Am Henriettenplatz"

Das Geriatrische Tageszentrum "Am Henriettenplatz" ist nun voll ausgelastet und die BesucherInnen haben auch 1997 neben dem angebotenen Programm auch Feste, Feiern und einige Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung von Wien gemacht. Das Wochenprogramm verfügt über ein breites Spektrum an therapeutischen Angeboten, wobei versucht wird, für alle BesucherInnen etwas Interessantes anzubieten. Die mehrmals jährlich stattfindenden Angehörigenabende sind ein voller Erfolg, das Interesse ist sehr groß, da auch hier ein großer Bedarf an Aussprachemöglichkeit und Informationsaustausch besteht.

Eine große Hilfe für die MitarbeiterInnen bei der Betreuung der Tagesbesucher sind nicht nur die Zivildiener, sondern auch die PraktikantInnen, die gern auch ein Langzeitpraktikum in diesem Haus absolvieren.

## Gesundheits- und Sozialzentrum 22, Donaufeld

Das erste Jahr der Inbetriebnahme des Gesundheits- und Sozialzentrums Donaufeld ist gekennzeichnet von zahlreichen Aktionen zur Steigerung des Bekanntheitsgrades in der Region. Die Erleichterung der Kommunikation und rasche Erledigung der Anliegen der Bevölkerung des 21. und 22. Bezirkes in allen Belangen der Betreuung zu Hause haben Priorität. Viele Veranstaltungen, Vorträge und Seminare dienen der Erstellung, Sicherung und Evaluation eines Gesamtbetreuungsangebotes und -zieles.

Das Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld wächst zu der Informations- und Beratungsstelle in der Region für alle Fragen der ambulanten (d.h. extramuralen) Sozialdienste sowie der Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten in der Region heran. Die vielen verschiedenen fachkompetenten MitarbeiterInnen des GSZ erreichen mit ihren Angeboten einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung dieser Region und tragen somit auch zum besseren Verständnis der Fragen des Lebens von Pflege- und Betreuungsbedürftigen bei.

Das Zusammenwirken der verschiedenen Einsatzbereiche im konkreten Fallgeschehen ermöglicht auch allen anderen Beteiligten am Hilfsprozeß (z.B. Ärzte, soziales Umfeld, usw.) in der Zusammenarbeit einen effizienteren Einsatz der Ressourcen.

### Aktivitäten des Gesundheits- und Sozialzentrums:

– Kooperationsübereinkommen:

In Zusammenarbeit mit dem Donauspital und dem Krankenhaus Floridsdorf wurde die Arbeit zum Kooperationsübereinkommen mit dem KAV aufgenommen. Es wird in einem gesonderten Evaluierungsprogramm durch das Ludwig-Bolzmann-Institut begleitet.

– Betreutes Wohnen:

Besiedelung der schon fertiggestellten Räumlichkeiten für eine Alten-Wohngemeinschaft Doeltergasse. Es zogen im Laufe des Jahres 1997 sechs Frauen ein, die alle älter als 85 Jahre sind und in dieser Lebens- und Wohnform ihren Lebensabend gestalten. Ein Betreuungsansatz wurde für den Fall ausgearbeitet, daß auch spitalsentlassene bettlägrige Personen in eine Altenwohngemeinschaft aufgenommen werden.

– SeniorenberaterInnen:

Dem Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld werden durch einen privaten Wohlfahrtsverein SeniorenberaterInnen zugeteilt, welche vor allem systematisch SeniorInnen ab einem Alter von 75 Jahren nach Spitalsentlassung schriftlich oder persönlich Betreuungsangebote offerieren. SeniorenberaterInnen arbeiten mit an der Öffentlichkeitsarbeit für das Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld und für die Abteilung. Fallbezogene Zusammenarbeit mit allen Einsatzstellen des Gesundheits- und Sozialzentrums Donaufeld unter Anleitung der Diplomsozialarbeiterin ermöglicht Ressourcenerweiterung für alle. SeniorenberaterInnen arbeiten bei der Entlassung (von Menschen mit Hilfsbedarf) aus Spitälern und bei der Vorbereitung der Entlassung aus Pflegeheimen mit. Das konzentrierte Zusammentragen von aktuellen Informationen, der s.g. "Bezirkskartei", die von den MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialzentrums Donaufeld, von anderen Institutionen und von der Zielgruppe genützt wird, ist ein weiterer Aufgabenschwerpunkt.

– Teamgespräche:

Institutionalisierte regelmäßige Arbeitsbesprechungen der EinsatzstellenleiterInnen und Besprechungen in den einzelnen Fachbereichen sowie Besprechungen an Hand einzelner Fallbeispiele verdeutlichen die Qualitätssicherung aller als Arbeitsprinzip.

– Kontrollen:

Zu Beginn des Jahres fand eine Untersuchung des Aufgabenbereichs "Sozialarbeit in Krankenhäusern und Pflegeheimen" durch das Kontrollamt statt. Bald darauf erfolgte der Besuch in der Mobilen Hauskrankenpflege durch die ärztliche Aufsichtsperson. Mitte des Jahres fand die Revision durch die MD-VR im Geriatrischen Tageszentrum Donaufeld statt.

### Veranstaltungen

– Öffentlichkeitsarbeit:

Unter großer Beteiligung der Bevölkerung und vieler Politiker, allen voran des amtsführenden Stadtrats für das Gesundheitswesen, Dr. Rieder, wurde der "Tag der offenen Tür" zum einjährigen Bestehen des Gesundheits- und Sozialzentrums Donaufeld veranstaltet. Der Bezirksvorsteher des 22. Bezirks, Leopold Wedel, eröffnete im Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld die Ausstellung "Donaustadt in alten Ansichten" und die weihnachtliche Verkaufsausstellung im Geriatrischen Tageszentrum. Für das Geriatrische Tageszentrum Ost stand das Jahr im Zeichen

der 15-Jahr-Feier des Bestehens des Sozialmedizinischen Zentrums-Ost. Umfangreiche Vorbereitungen waren notwendig, damit diese Veranstaltung ein großer Erfolg wurde.
Das Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld nahm teil an Veranstaltungen in der Region zur Information der Bevölkerung, z.B. beim Tag der offenen Tür im Krankenhaus Floridsdorf, im Pensionistenwohnhaus, am Vorplatz der Schnellbahn usw.
– Gesundheitskurse:
Die Beratungsstelle für Fragen der Inkontinenz wurde im 21. und im 22. Bezirk in Betrieb genommen und unter Führung einer Physiotherapeutin ein Becken-Bodenmuskel-Trainingskurs veranstaltet. Auf Grund ärztlicher Verordnung nehmen zehn Personen in zehn Einheiten daran teil.
– Der Ausbildungskurs für Heimhilfe hält im Gesundheits- und Sozialzentrum Teile des Kurses ab
– Frauenbeauftragte und Gleichbehandlungsbeauftragte veranstalteten zu diesen Themen für Bedienstete der Abteilung Seminare
– Seniorenbeauftragte der Bezirke 21 und 22 hielten Informationsvorträge
– Kontaktbesuchsdienst - MitarbeiterInnen trafen sich zu ihren regelmäßigen gemeinsamen Besprechungen im GSZ
– Teile eines Lehrganges der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe im 19. Bezirk finden im Gesundheits- und Sozialzentrum Donaufeld statt.

BesucherInnen:
– Krankenpflegepersonen aus dem Donauspital, aus dem Krankenhaus Floridsdorf und aus dem Pflegeheim im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost
– MitarbeiterInnen der Akademien für Sozialarbeit
– SchülerInnen aus verschiedenen Krankenpflegeschulen
– SozialarbeiterInnen von anderen Magistratsabteilungen und Organisationen
– AltenpflegerInnen vom Ausbildungskurs in Mistelbach
– MitarbeiterInnen der psychiatrischen Abteilung im Donauspital
– MitarbeiterInnen der Sozialpsychiatrischen Ambulanzen 21 und 22
– MitarbeiterInnen des Sozial- und Begegnungszentrums Graz
– zahlreiche ausländische BesucherInnen (Deutschland, Japan, China, Dänemark, Schweiz, USA).

Alle Aktivitäten, Statistiken, Aufgabenbeschreibungen der einzelnen Einsatzstellen (= regionalen Fachbereichen) werden in den Berichten der jeweiligen Fachbereiche ausführlich dargestellt.

## Aufnahme in städtische Pflegeheime

In diesem Referat werden neben einer Beratungstätigkeit für Antragsteller auf einen Pflegeheimplatz und für Angehörige alle Anträge mit dem Wunsch auf Aufnahme in ein Pflegeheim der Stadt Wien erfaßt, bearbeitet und bei Erfüllung der Voraussetzungen bewilligt. Außerdem werden jene Pflegebedürftigen, die in ihren Wohnungen leben, von diplomierten Krankenpflegepersonen zur Feststellung des Grades der Pflegebedürftigkeit besucht; es werden Warte- bzw. Reihungslisten erstellt und dann die tatsächliche Pflegeheimaufnahme organisiert.

In vielen Gesprächen wird Auskunft über die zur Verfügung stehenden Pflegeeinrichtungen und die damit verbundenen finanziellen Belastungen gegeben, um eine möglichst rasche und kundenorientierte Umsetzung der aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten anzustreben.

Formale Voraussetzungen für die Aufnahme in ein Pflegeheim der Stadt Wien sind:
– Vorliegen von Pflegebedürftigkeit (nachzuweisen mit ärztlichem Attest) mindestens im Ausmaß der Pflegebedürftigkeit, die der Stufe III der Pflegegeldeinstufung entspricht (nach Ausschöpfung aller ambulanten Dienste)
– ein vom Pflegebedürftigen ausgefülltes und unterschriebenes Antragsformular
– die österreichische Staatsbürgerschaft oder Gleichstellung
– Meldung und tatsächlicher Aufenthalt in Wien

Außer im Referat selbst können Pflegeheimanträge auch in den Sozialen Stützpunkten, in den Gesundheits- und Sozialzentren und in den Krankenanstalten gestellt werden. Alle Anträge werden jedoch an jenes Referat weitergeleitet, wo sie bearbeitet und EDVmäßig erfaßt werden. Nach erfolgter Pflegeheimaufnahme werden die Pflegeheimanträge an die Zentrale Pflegegebührenverrechnungsstelle des KAV geschickt.

Jene pflegebedürftigen Personen, die sich in ihrer Wohnung, bei Angehörigen oder in privaten Einrichtungen befinden, werden von einer der drei diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen des Referates besucht. Bei diesem Hausbesuch werden der Bedarf an Pflege sowie das soziale Umfeld des Pflegebedürftigen erhoben, die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Pflegeheimaufnahme festgestellt bzw. abgeklärt, ob im speziellen Fall durch den Einsatz ambulanter Dienste eine Pflegeheimeinweisung nicht verschoben werden kann. Da es freie Pflegeheimplätze nicht in ausreichender Zahl gibt und auch versucht wird, den Wünschen nach Aufnahme in ein bestimmtes Pflegeheim zu entsprechen, werden Warte- bzw. Reihungslisten erstellt. Weniger dringend eingestufte oder nur vorsorglich gestellte Pflegeheimanträge werden gesondert gereiht und in Zusammenarbeit mit den Sozialen Stützpunkten periodisch überprüft.

Die Vergabe der freien Pflegeheimplätze in den Pflegeheimen der Stadt Wien ist kontingentiert. Kontingentinhaber sind die Spitäler für ihre pflegebedürftigen Patienten und das genannte Referat für jene Pflegebedürftigen, die sich in häuslicher Pflege oder in privaten Einrichtungen befinden. Die Erfassung und Zuteilung der freien Plätze sowie die Beachtung des Kontingentschlüssels ist Aufgabe der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbundes - Abteilung Medizin - Pflegebettenvermittlung. Jeder Kontingentinhaber führt eine Warteliste der dringendst Pflegebedürftigen und bestimmt selbst die Reihenfolge der Aufnahme. Nach Bekanntgabe der Anzahl der täglich zur Verfügung stehenden freien Pflegeheimplätze durch den Krankenanstaltenverbund wählt das Referat aus der Warteliste die aufzunehmenden Pflegebedürftigen aus, verständigt diese und die Angehörigen und organisiert den Transport.

Weiters werden vom Referat auch die Anträge auf Aufnahme in die Kurzzeitpflegestationen, die im Geriatriezentrum "Am Wienerwald", im Pflegeheim Baumgarten und im Pflegezentrum Sophien-Spital bestehen, auf- bzw. entgegengenommen, bearbeitet, bewilligt und weitergeleitet. Die Kurzzeitpflegestationen wurden für jene älteren Personen geschaffen, die nur vorübergehend pflegebedürftig (z.B. nach Unfällen mit Oberschenkelbrüchen), aber geistig noch voll orientiert sind, sich derzeit in einem Krankenhaus befinden und nicht entlassen werden können, weil sie noch intensive Therapien zur Rehabilitation und Mobilisation benötigen. Der Aufenthalt ist mit drei Monaten befristet. Die Aufnahme erfolgt in der Regel direkt durch Überstellung vom Krankenhaus.

Die "Urlaubsbetreuung" im Pflegeheim Liesing und im Geriatriezentrum "Am Wienerwald", 1994 als Pilotprojekt zur Entlastung und Erholung der pflegenden Angehörigen eingeführt, wurde auf Grund des Erfolgs zur ständigen Einrichtung. Ab 1. Mai 1997 wurde auch das Pflegeheim St. Andrä einbezogen. Pflegebedürftige können für maximal fünf Wochen pro Jahr nach mindestens einmonatiger vorheriger Terminvereinbarung in diesen Pflegeheimen zum Kostentarif eines "normalen Pflegeheimaufenthalts" aufgenommen werden. Die Angehörigen können während dieser Zeit beruhigt auf Urlaub oder Kur fahren. Auch diese Anträge werden vom Referat bearbeitet und bewilligt.

Im Jahr 1997 sind insgesamt 6.753 Anträge auf Aufnahme in ein Pflegeheim der Stadt Wien eingelangt und bearbeitet worden (gegenüber 1996 eine Steigerung um 119 Anträge). Von den 6.753 Anträgen wurden 823 auf Aufnahme in die "Kurzzeitpflege", 274 auf "Urlaubsbetreuung" und 5.656 auf Aufnahme in die "Langzeitpflege" gestellt. In allen Pflegeheimen der Stadt Wien wurden 1997 insgesamt 4.288 Personen aufgenommen, davon 3.471 in die "Langzeitpflege", 580 in die "Kurzzeitpflege" und 237 in die "Urlaubsbetreuung" (gegenüber 1996 eine Steigerung um 176 Aufnahmen).

Von den drei diplomierten Krankenpflegepersonen des Referates wurden insgesamt 1.741 Hausbesuche durchgeführt. Bei durchschnittlich jedem dritten Hausbesuch wurde dem Pflegebedürftigen Unterstützung bei der Antragstellung auf Pflegegeld oder Erhöhung des Pflegegeldes gewährt.

### Aufnahme in und Verrrechnung für private Pflege- und Wohnheime

Im Fachbereich "Kostenverrechnung für die privaten Wohn- und Pflegeheime" erfolgt die Berechnung der Kostenzuschüsse für Personen, die in privaten Wohn- und Pflegeheimen untergebracht sind. Nach Mitteilung des Berechnungsergebnisses an den Hilfeempfänger sowie an die privaten Wohn- und Pflegeheime werden die Monats- und Quartalsberechnungen kontrolliert und als erbrachte Sozialleistungen patientenbezogen vermerkt. Auch für die Unterbringung von Personen, deren Mittelpunkt der Lebensbeziehungen bis zur Heimaufnahme in Wien war und die in öffentlichen Wohn- und Pflegeheimen anderer Bundesländer untergebracht sind, werden nach Prüfung der Voraussetzungen Kostenanerkenntnisse abgegeben. Die Höhe der Kostenzuschüsse wird in Evidenz gehalten. Nach dem Tod des Patienten werden die geleisteten Kostenzuschüsse bei den Verlassenschaftsverfahren angemeldet.

Private Wohn- und Pflegeheime

Im Fachbereich Aufnahme erfolgt die Antragstellung für Kostenzuschüsse für den Aufenthalt in privaten Wohn- und Pflegeheimen sowie in Heimen anderer Bundesländer.

1997 wurden 1.438 Ansuchen auf Kostenzuschuß gestellt, und zwar 284 für das Haus der Barmherzigkeit, 678 für sonstige private Heime, 316 für die Caritas der Erzdiözese sowie 160 für auswärtige Heime. Weitergeleitet an den Fachbereich "Verrechnung für private Wohn- und Pflegeheime" wurden insgesamt 1.042 Anträge, wobei 182 das Haus der Barmherzigkeit, 599 sonstige private Heime, 140 das Hospiz und 121 auswärtige Heime betreffen.

1997 wurden in 35 privaten Wohn- und Pflegeheimen für durchschnittlich 1.455 Patienten Kostenzuschüsse geleistet. Im Haus der Barmherzigkeit wurden im Durchschnitt 573 Patienten betreut und erhielten Zuschüsse. Durchschnittlich 329 Wiener befanden sich in Wohn- und Pflegeheimen in den Bundesländern.

Pensionistenheime des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime

In 32 Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime wurden 189 Personen in Langzeitpflege und 92 Patienten in Kurzzeitpflege Zuschüsse in der B-Station gewährt. Diese Anträge auf Kostenzuschüsse für Kurzzeitpflege in den B-Stationen der Häuser des Kuratoriums werden direkt im Kuratorium bearbeitet und von der Abteilung patientenbezogen vermerkt und überprüft.

Mit 31. Dezember 1997 betrug der Stand der Ansuchen auf Kostenzuschüsse 4.813 Anträge. 2.638 Anträge auf Kostenzuschüsse waren bereits erledigt (d.h. im Jahr 1997 erhielten durchschnittlich 2.689 hilfsbedürftige Personen einen Kostenzuschuß), 1.261 standen auf der Warteliste, 914 wurden zur Verlassenschaft angemeldet. 304 archivierte Anträge wurden nicht weiterbetrieben bzw. wegen Ablebens der Betreffenden abgelegt.

1997 wurde von der Abteilung im Rahmen der Geschäftseinteilung die behördliche Aufsicht über private Wohn- und Pflegeheime gemäß § 23 des Wiener Sozialhilfegesetzes LGBl. für Wien Nr. 11/1973 in der geltenden Fassung wahrgenommen. Es wurden 26 Heime besucht, und zwar sechs Häuser des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, sieben Heime privater/gemeinnütziger Träger, eine Seniorenpension, drei Heime privater Träger, fünf Häuser der Caritas Erzdiözese Wien und zwei Häuser der Caritas Socialis. Außerdem wurden zwei Kontrollen nach Beschwerden (privates Heim und Heim der Caritas Erzdiözese Wien) durchgeführt.

### Kostenersätze, Zivilrechtsangelegenheiten und Verlassenschaften

Kostenersätze ergeben sich aus der Subsidiarität der Sozialhilfe. Die Leistung von Sozialen Diensten ist an einkommens- und pflegegeldabhängige Kostenbeiträge gebunden, für Leistungen des Pflegegelds sind Ersatzleistungen nach den Bestimmungen des § 324 ASVG von Pflegebedürftigen zu erbringen. Die Einnahmenbetreuung geschieht durch Feststellung der offenen Beträge, durch Kontoübersicht der Buchhaltungsabteilung 14 - wenn notwendig erfolgt eine Nachverrechnung bzw. händische Vorausberechnung von Beitragskosten -, wobei 1997 rund 162 händische Berechnungen durchgeführt wurden; durch Anmeldung der Rückersatzforderung beim zuständigen Gerichtskommissär oder Verlassenschaftsgericht, wobei 1997 insgesamt 1.652 Forderungen zur Verlassenschaft angemeldet wurden; schließlich durch Einbringung des Rückstandes bei den Erben - 1997 erfolgten 456 Verständigungen (davon 55 Mahnungen). Zusätzlich erfolgten 94 händische Abrechnungen direkt mit Zahlschein. 1997 wurden 30 Guthaben an Erben rückerstattet.

Ebenso erfolgen im Referat Vereinbarungen über Ratenzahlungen. 1997 wurden 11 Ratenvereinbarungen getätigt.

Vom Dezernenten werden als unterstützende Arbeiten für das gesamte Dezernat III nachfolgende Tätigkeiten erbracht:

- Sondergenehmigungen auf Gewährung von Pflege gemäß § 15 des Wiener Sozialhilfegesetzes
- Pfandrechtliche Sicherstellungen von Rückersatzforderungen des Sozialhilfeträgers
- Bearbeitungen von Berufungen gegen:
  - Ablehnung von Pflege
  - Rückersatzbescheide
  - Ablehnung des Rückersatzes an andere Sozialhilfeträger
- Antwortenentwürfe für die an den Bürgermeister oder Stadtrat gerichteten Beschwerden
- Sachverhaltsdarstellungen an die Staatsanwaltschaft bei Verdacht von unrichtigen Angaben im Zuge von Anträgen auf Gewährung von Sozialhilfe
- Mitwirkung bei Geltendmachung von Rückersatzforderungen im Zivilrechtsweg
- Vertretung des Landes Wien bei den Landessozialreferentenkonferenzen
- Stellungnahmen bei Gesetzesänderungen und Gesetzesvorhaben
- Schätzung des Wertes von Ausgedingsrechten, soweit sie Pflege und Betreuung beinhalten
- Rechtsauskünfte in sozialhilfe-, familien- und erbrechtlichen Fragen

Der Fachbereich vertritt die Abteilung in diesen oben angeführten Angelegenheiten auch vor dem Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof (Verfassen von Gegenschriften).

### Rechtsangelegenheiten

Das Dezernat für Rechtsangelegenheiten war insbesondere im legistischen Bereich tätig und befaßte sich mit der Aus- und Überarbeitung von Gesetzesentwürfen (Wiener Heimhilfegesetz, Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, Entwurf einer Novelle zum Wiener Sozialhilfegesetz) und der Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes und anderer Magistratsabteilungen.

In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Externe Qualitätssicherung ergaben sich bei der Umsetzung des Wiener Heimhilfegesetzes folgende Aufgabenstellungen:

- die Vorbereitung und Präsentation einer Informationsveranstaltung
- die Teilnahme an Besprechungen mit privaten Wohlfahrtsträgern und dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst
- die Erteilung telefonischer Rechtsauskünfte
- die Mitwirkung bei Arbeitsbesprechungen des Dachverbandes Wiener Pflege- und Sozialdienste zur Adaptierung des Heimhilfehandbuches
- die Unterstützung bei der organisatorischen Erfassung
- die Abgabe von Stellungnahmen an das Stadtratbüro

Überdies wurde durch die Teilnahme an Heimbegehungen und eine Besprechung mit den Sachverständigen der MA 15, das Verfassen von Bescheiden und einer Gegenschrift an den Verwaltungsgerichtshof sowie Antwortentwürfen an den Stadtrat die rechtliche Begleitung der behördlichen Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime wahrgenommen.

Als weiterer Tätigkeitsschwerpunkt ist die Erledigung magistratsinterner Anfragen, die Ausarbeitung und Überprüfung von Verträgen und Vereinbarungen (Betreuungsvertrag, Verwaltungsübereinkommen mit dem Krankenanstaltenverbund, Mietverträge) und die Erarbeitung der Rechtsgrundlage für die Personendatenbank anzuführen.

Folgende Agenden wurden wahrgenommen:

- die Mitwirkung im Bildungsbeirat
- die Protokollführung in der Gemeinderätlichen Geriatriekommission
- die Teilnahme am Arbeitskreis der Landessozialreferentenkonferenz zur Überarbeitung der Vereinbarung über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe und am Arbeitskreis für Pflegevorsorge
- die Abgabe allgemeiner Rechtsauskünfte sowie
- die Vertretung der Abteilungsinteressen gegenüber anderen Dienststellen

## Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien

Die Magistratsabteilung 70 – Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien, berichtet über das Verwaltungsjahr 1997 wie folgt:

1. Kurze Zusammenfassung der wesentlichen Geschehnisse des Berichtsjahres:

Das Projekt Neubau der Rettungsstation Leopoldau konnte fertiggestellt werden. Nachdem die Bauarbeiten größtenteils bereits im Vorjahr abgeschlossen wurden, lag das Hauptaugenmerk im Berichtsjahr auf der Einrichtung der neuen Rettungsstation. Am 4. Juni fand schließlich die feierliche Eröffnung statt.

Folgende Fahrzeuge sind in diesem neuen Stützpunkt täglich einsatzbereit, und zwar 1 Notarzteinsatzfahrzeug (NEF), 1 Rettungsfahrzeug (RTW) im 24-Std.-Dienst, 1 Rettungsfahrzeug (RTW) im 8-Std.-Dienst und 1 Krankentransportwagen (KTW) im 24-Std.-Dienst. Diese Station soll weitgehend die betreffende Region und die dort befindlichen Zuzugsgebiete abdecken und somit auch die Rettungsstation Floridsdorf entlasten, sowie vor allem die Ausfahrtszeiten für diese Region erheblich verkürzen.

Für das neue Notarzteinsatzfahrzeug (NEF)-System wurden nun auch die finanziellen Voraussetzungen geschaffen und die Geldmittel zur Anschaffung von vier Fahrzeugen zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig soll das neue NEF-System hier beginnend mit der Region Nord eingesetzt werden.

2. Wesentliche Investitionen auf dem nichtmedizinischen Sektor:

Im Fuhrparkbereich wurden die ältesten, skartierungsbedürftigen Fahrzeuge nachgeschafft. Auf Grund von Strukturveränderungen – Verringerung der Krankentransporteinsätze, Vermehrung der Notarztwagen (NAW)-Einsätze und Rettungswagen (RTW)-Einsätze (auch in Zusammenhang mit NEF) - wurden ausschließlich Notarzt- und Rettungswägen angeschafft, die sich lediglich in ihrer Inneneinrichtung geringfügig unterscheiden (die Ausstattung des NAWs ist hochwertiger).

Im Detail wurden nun folgende Fahrzeuge gekauft:

8 Stk. VW LT 35 – Grundtype. Da dieses Fahrzeug vom VW-Werk mit einer neuen Karosserie ausgestattet wurde und sich auch die Maße stark verändert haben, mußte die Inneneinrichtung völlig neu durchdacht werden. Für den Umbau der Fahrzeuggrundtype zu den eigentlichen Rettungsfahrzeugen bedeutete dies daher eine schrittweise Vorgangsweise. Es wurde zuerst ein bereits im Vorjahr angeschafftes Fahrzeug gleich zu Beginn des Jahres als sogenannter Prototyp konstruiert und umgebaut zu einem NAW. Nach Fertigstellung dieses Fahrzeuges wurden in der Folge die im Berichtsjahr angeschafften Fahrzeuge umgebaut zu 2 RTW und 4 NAW. Zwei der im Berichtsjahr angeschafften Fahrzeuggrundtypen werden mit den Budgetmitteln des Folgejahres umgebaut. Weiters wurden die Geldmittel für die Anschaffung und den Umbau von 4 Stück NEF-Fahrzeugen genehmigt.

Weitere Investitionen erfolgten am Einrichtungssektor: Im Vordergrund stand natürlich die Einrichtung der neu erbauten Rettungsstation Leopoldau. Nach dem Grundkonzept der bestehenden Rettungsstationen wurden Aufenthalts- und Ruheräume, Stationsführerzimmer, die Ambulanz für Stationspatienten, sowie die Garage und diverse Technik- und Kellerräume eingerichtet.

Weiters wurde für die KFZ-Werkstätte ein neues Mikrofilmlesegerät angeschafft und die defekten Geschirrspüler der Sanitätsstation Arsenal und der Rettungsstationen Favoriten und Floridsdorf ersetzt. Ebenso wurde in der Wäschemanipulationsstelle die defekte Waschmaschine ausgetauscht. In der Rettungsleitstelle wurde ein Schreibtelefon für Taubstumme angekauft, um für diese Bevölkerungsgruppe bei Rettungsnotrufen eine wesentliche Erleichterung zu schaffen. Am Uniformsektor wurden neben der laufenden Uniformierung für die Bediensteten des Katastropheneinsatzzuges spezielle Erkennungswesten angeschafft, um in diesem Bereich sowohl sicherheits- als auch organisationstechnische Vorkehrungen zu treffen.

Da innerhalb der Rettung immer mehr Schulungen und Kurse, aber auch Vorträge für Gäste aus dem In- und Ausland abgehalten werden, ist es notwendig, den Kurssaal auf neuestem technischen Stand zu halten, weshalb auch

hier Investitionen getätigt wurden. So wurde die alte Projektionleinwand durch eine neue, elektrisch ausfahrbare ersetzt, und es wurde auch ein neuer, auf dem technisch letzten Stand befindlicher Videoprojektor angeschafft, der PC-kompatibel und transportabel ist.

3. Wesentliche Investitionen auf dem medizinischen Sektor:

Für die neu angeschafften Rettungsfahrzeuge wurde die medizinische Inneneinrichtung entsprechend der bestehenden Inventarlisten angeschafft. Zum Teil konnte das medizinische Inventar aus den zu skartierenden Fahrzeugen weiterverwendet werden. Hier wurden vor allem nur die stark abgenutzten Gegenstände, wie z.B. die Tragbahren, Ärztetaschen und medizinische Koffer, ersetzt. Für vier Fahrzeuge wurden die Beatmungsgeräte Oxylog 2000 der neuesten Gerätegeneration angeschafft. Da auf Grund des neuen NEF-Systems und der damit verbundenen Umorganisation Fahrzeuge von Krankentransportfahrzeugen zu Rettungsfahrzeugen umgerüstet wurden, wurden für diese Fahrzeuge auch neue Absauggeräte angekauft. Hingegen wurden die vier neuen NEF-Fahrzeuge gänzlich neu mit der entsprechenden medizinischen Ausrüstung ausgestattet.

4. Bauliches Geschehen:

Hier wurden die letzten Fertigstellungsarbeiten beim Neubau der Rettungsstation Leopoldau verrichtet. Per 4. Juni 1997 ging die neue Rettungsstation offiziell in Betrieb. Weiters wurden die Errichtung eines Waschplatzes und die Erhöhung der Desinfektionsstrecke im Arsenal realisiert. Durch die sparsame Bauweise des gesamten Projektes "Neubau einer Rettungsstation" Leopoldau und einer KFZ-Werkstätte, von dem, wie in den vergangenen Jahren berichtet, der Neubau der KFZ-Werkstätte schließlich als eigenes Projekt abgelöst wurde, mit der Auflage, den vorgegebenen Budgetrahmen einzuhalten, konnten vom Gesamtbauvolumen von rund S 77,500.000 Einsparungen von rund S 7,400.000 erreicht werden; das sind rund 9,5 Prozent. Hier wurde demnach ein sehr guter wirtschaftlicher Erfolg erzielt.

In der Rettungsstation Mariahilf wurde als direkte Zufahrt von der Wallgasse eine 15 m lange und 2 m hohe Rampe errichtet. Weiters wurden dort auch ein automatisches Sektionaltor und ein Schranken eingebaut. In der Rettungszentrale wurden die Verkehrsflächen vom 1. Stock aufwärts mit neuen Fliesen versehen. Im Zuge dessen wurde in der Halle im 1. Stock der gesamte Fußbodenaufbau abgetragen und durch eine neue Fußbodenkonstruktion ersetzt. Das Nachrüsten der Toranlagen auf den Letztstand der Technik wurde heuer beendet. Alle Stationen sind nun mit einheitlichem Funk zur Steuerung der Toranlagen ausgestattet und wo es zweckmäßig erschien, wurde eine Schließautomatik installiert. Die Planung des Um- bzw. Neubaues der Sanitätsstation Arsenal (Zusammenlegung der Rettungs- und der Sanitätsstation) wurde abgeschlossen. Bei Genehmigung des Projektes sollen die Bauarbeiten noch im Folgejahr abgeschlossen werden. Die Arbeiten zur Erstellung des Raumprogrammes für einen Umbau der sanierungsbedürftigen Rettungszentrale wurden begonnen.

5. Allgemeines:

Die Abteilung wirkte mit am Klimaschutzprojekt (KLIP) der Stadt Wien. Ziel war es, klimaschutzwirksame Projekte zu erarbeiten, die letztendlich auch einer Realisierung durch politische Beschlüsse, oder aber auch, soweit möglich, im direkten Magistratsbereich zugeführt werden können.

Weiters hat die Abteilung begonnen, im Rahmen eines von der MD-VO geleiteten Projektes Controlling bzw. diverse Controllinginstrumente in ihrem Bereich zu installieren. Dies ist als Modellversuch zu sehen, wo erste Erfahrungen mit Controlling gewonnen werden sollen. Wenn sich jedoch dieses Projekt bewährt, so sind in weiterer Folge Überlegungen anzustellen, ob Controlling als fixes Instrument der Abteilungsleitung in der Abteilung eingeführt werden soll.

Auf Grund der neuen gesetzlichen Lage für Betriebe wurde auch für die Abteilung eine Sicherheitsfachkraft, sowie für die Rettungsstationen die Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat und der Arbeitsmedizinerin erfolgt nun die Evaluierung der Rettungsstationen. Gleichzeitig wurden entsprechende Schritte eingeleitet, um die diesbezüglichen behördlichen und gesetzlichen Auflagen zu erfüllen.

6. Sonstige Daten:

Insgesamt wurden im Berichtsjahr durch die Rettungsgemeinschaft (bestehend aus Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund und Johanniter Unfallhilfe) 122.216 Einsätze gefahren (ohne Fremdbetten), von denen auf die befreundeten Organisationen 17.524 Einsätze und auf die Wiener Rettung 104.692 Einsätze entfallen. Dies entspricht einer Verminderung von 3.412 Einsätzen der Rettungsgemeinschaft gegenüber 1996. Beim Rettungsdienst wurden 1997 bei 104.692 Einsätzen 835.239 km zurückgelegt, was einer Steigerung von 5.787 Ausfahrten gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei der Krankenbeförderung wurden 1997 bei 39.151 Transporten 914.515 km zurückgelegt. Dies entspricht einem Rückgang von 8.149 Ausfahrten gegenüber 1996. Weiters wurden im Berichtsjahr 45 Intensiv-Bettentransporte und 395 Transporte mit Jod 131 behandelten Patienten durchgeführt.

Bei 569 Einsätzen wurde der Rettungshubschrauber zum Unfallort berufen. Die Zahl der Vermittlung von 20.758 Krankenbetten durch die Bettenzentrale ergab gegenüber dem Jahr 1996 einen Rückgang um 174 Vermittlungen.

Weiters wurde im Zuge der Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Abteilung ein Sanitätsgehilfenkurs abgehalten.

Am 18. Oktober fand unter der Leitung der MD-H eine unvermutete Katastrophenübung statt, wo die Zusammenarbeit aller betroffenen Abteilungen erprobt wurde.

# Wiener Krankenanstaltenverbund

## Vorwort

### 1.1. Dr. Sepp Rieder - Amtsführender Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen

1997 war für den Wiener Krankenanstaltenverbund ein gleich mehrfach markantes Jahr. Zum einen jährte sich zum fünften Mal die Schaffung des Verbundes aus seinerzeit drei Magistratsabteilungen, zum anderen brachte die Einführung eines neuen Verrechnungssystems im Gesundheitswesen zusätzliche Herausforderungen für die Wiener Spitäler.

Besonders geprägt war das Jahr 1997 aber durch die spürbare Konsolidierung der wirtschaftlichen Situation. Diese Konsolidierung ist ein Ergebnis einer umsichtigen und doch engagierten Geschäftsgebarung, die erst mit der Schaffung des Wiener Krankenanstaltenverbundes möglich wurde. Mit real sinkenden Ausgaben trotz mehr Patienten und mehr Leistungen wurde eindrucksvoll bewiesen, daß von der gern zitierten Kostenexplosion im Spitalswesen zumindest in Wien keine Rede mehr sein kann.

Auch konnten 1997 wegweisende Projekte für die Wiener Bevölkerung realisiert werden. Stellvertretend seien hier das Onkologische Zentrum im Wilhelminenspital und das Strahlentherapiezentrum im Kaiser-Franz-Josef-Spital genannt. Beide Einrichtungen sind Beispiele dafür, daß intelligentes Sparen nichts mit Leistungs- oder gar Qualitätsabbau zu tun haben muß.

Natürlich konnten die notwendigen Strukturreformen und Dezentralisierungsmaßnahmen nicht gänzlich ohne Reibungen und auch Auseinandersetzungen umgesetzt werden. Besonders deutlich wurde dies 1997 bei den Diskussionen rund um die Rolle der Spitalsambulanzen. Hier zeigte sich, wie schnell Patienten in Geiselhaft verschiedener Finanzierungsströme geraten können, wenn eine gesundheitspolitisch vernünftige Auslagerung von Leistungen in den niedergelassenen Bereich an den dortigen Strukturmängeln scheitert.

Direkte Auswirkungen auf die Patienten befürchteten manche auch von der Einführung der "Leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung" (LKF). Tatsächlich stellt das neue Abrechnungssystem die Spitäler vor große Herausforderungen. Denn auf der einen Seite bringt die neue Finanzierungsform, die auf Basis eines Staatsvertrages zwischen Bund und Ländern eingeführt wurde, zwar eine Stabilisierung der Kosten, auf der anderen Seite birgt sie aber auch die Gefahr der strukturellen Erstarrung in sich, da keinerlei Anreize geboten werden, Leistungen günstiger außerhalb des Spitals zu erbringen.

Gerade deshalb ist es besonders wichtig, die Interessen der Patienten nicht aus den Augen zu verlieren. Denn die mit dem neuen Finanzierungssystem verbundenen kürzeren Aufenthaltsdauern bringen beispielsweise auch eine verschärfte Schnittstellenproblematik bei der Entlassung vor allem älterer und geschwächter Patienten mit sich. Die Wiener Spitäler haben sich in dieser Situation nicht als Konkurrenten des niedergelassenen Bereiches gesehen und sich abgeschottet, sondern haben innovative Übergangslösungen gemeinsam mit ihren extramuralen Partnern entwickelt.

Der Wille zur Weiterentwicklung wird aber auch in Zukunft die bestimmende Kraft sein müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wiener Krankenanstaltenverbundes haben bis jetzt eindrucksvoll bewiesen, daß für sie Innovation, Kreativität und Engagement in Wiens Spitälern keine leeren Schlagworte sind. Ihnen allen ist dafür im Namen der Wiener Bevölkerung zu danken.

### 1.2. Dkfm. Dr. Heinz Naegler und Dr. Ludwig Kaspar (Generaldirektoren)

Im Jahr 1997 konnte die erste Phase der Verselbständigung der im Wiener Krankenanstaltenverbund zusammengefaßten Krankenhäuser, Geriatriezentren und Pflegeheime abgeschlossen werden. Der Auftrag, den die politisch Verantwortlichen und der Magistratsdirektor auf der Grundlage einschlägiger Beschlüsse des Wiener Gemeinderates der Leitung des Wiener Krankenanstaltenverbundes bei dessen Gründung zum 1. Jänner 1993 gegeben haben, ist damit erfüllt.

Die Entscheidungsbefugnisse operativer Art wurden den kollegialen Führungen und den Leitungen der zentralen Dienstleistungsbetriebe übertragen. Sie werden von diesen – zu einem geringen Teil noch mit Unterstützung der zuständigen Fachbereiche der Generaldirektion selbständig und mit Erfolg wahrgenommen.

Die als Ergebnis der Wiener Spitalsreform erfolgte Verselbständigung der Einrichtungen des Wiener Krankenanstaltenverbundes und die Etablierung eines modernen Spitalsmanagements waren die Schlüssel für die Erfolge der letzten Jahre:

Die Zahl der Patienten ist stetig gestiegen. Die Zufriedenheit der Patienten mit ihrer Behandlung konnte auf einem sehr hohen Niveau stabilisiert werden.

Die sehr hoch gesteckten wirtschaftlichen Ziele – u.a. die Reduzierung der Ausgaben je Patient, die Reduzierung des Abganges und die Verbesserung des Ausgabendeckungsgrades – konnten realisiert werden. Es konnte mit Hilfe der Bildung von Rücklagen ein finanzieller Polster geschaffen werden, der es trotz enger werdendem finanziellem Spielraum gestattet, eine ganze Reihe von Investitionsvorhaben zu finanzieren, die der Verbesserung sowohl der Unterbringung von Patienten als auch der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wiener Krankenanstaltenverbundes dienen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wiener Krankenanstaltenverbundes haben mit diesen Erfolgen nachdrücklich den Nachweis erbracht, daß sie die ihnen übertragenen Kompetenzen und mit den ihnen zur Verfügung gestellten Ressourcen souverän und zugleich sorgsam umzugehen verstehen. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht, daß auch eine weitergehende Verselbständigung, die angesichts der zur Lösung anstehenden schwierigen Probleme dringend notwendig ist, von ihnen kompetent wahrgenommen werden kann.
Mit dem Prozeß der Dezentralisierung ging ein Emanzipationsprozeß einher. In zunehmendem Maße lernten die Kollegialen Führungen und die Leiter der Dienstleistungsbetriebe, die ihnen übertragenen Kompetenzen zu nutzen und ihre Interessen zu vertreten. Dies war zugleich die Voraussetzung dafür, daß den bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wiener Krankenanstaltenverbundes in großem Ausmaß vorhandenen kreativen Fähigkeiten mit dem Ziel der weiteren Verbesserung der Patienten- und Mitarbeiterzufriedenheit und der Steigerung der Effizienz der Leistungserstellung zur Wirksamkeit verholfen und daß die Bereitschaft zur Innovation weiter gestärkt werden kann. Die zunehmende Emanzipation der Beschäftigten im Wiener Krankenanstaltenverbund war schließlich die Grundlage dafür, daß nicht nur eine große Zahl sehr bemerkenswerter Projekte initiiert und umgesetzt worden ist, daß diese Lösungsansätze vielmehr auch sehr selbstbewußt von den Autoren einer kritischen Fachöffentlichkeit präsentiert und zur Diskussion gestellt worden sind.
Die 2. Projektemesse des Wiener Krankenanstaltenverbundes war erneut ein Forum für eine eindrucksvolle Demonstration der kreativen Fähigkeiten und der innovativen Kraft der im Wiener Krankenanstaltenverbund tätigen Ärzte, Pflegekräfte, Therapeuten, Verwalter, Techniker und Vertreter vieler anderer Berufsgruppen. Sie war gleichzeitig Zeugnis einer Unternehmenskultur, in der die früher Betroffenen immer mehr zu Beteiligten geworden sind.
Ohne den Mut vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wiener Krankenanstaltenverbundes, viele Veränderungen trotz der damit – zumindest vorübergehend – verbundenen zusätzlichen Belastungen mit uns zu tragen und ohne ihre zunehmende Bereitschaft, sich in Entscheidungen einzumischen, hätte die Wiener Spitalsrefom in dem uns bisher beauftragten Ausmaß nicht verwirklicht werden können. Dafür möchten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wiener Krankenanstaltenverbundes ganz herzlich danken.

## 2. Generaldirektion

### 2.1. Strukturmaßnahmen

In den Krankenanstalten und Pflegeheimen des Wiener Krankenanstaltenverbundes sollen primär jene medizinischen und pflegerischen Leistungen erbracht werden, die deren Ressourcen im Rahmen eines vernetzten Gesundheitswesens auch bedürfen. Dies bedeutet einerseits, daß Leistungen nicht erbracht werden sollen, die von anderen Einrichtungen oder im extramuralen Bereich durchgeführt werden, und andererseits, daß die Leistungserbringung in den Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet unter dem Gesichtspunkt der Qualitätssicherung erfolgt.
Die finanziellen Ressourcen, die den städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen zur Verfügung stehen, werden zu einem hohen Prozentsatz durch den laufenden Betrieb "verbraucht". Um nun aber Investitionen, die zur Verbesserung des Unterbringungsstandards für die Patienten der Krankenanstalten und Pflegeheime und der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter dringend erforderlich sind, durchführen zu können, müssen Maßnahmen zur Rücknahme der Betriebskosten eingeleitet werden. Somit stellte sich die Aufgabe, die Leistungserbringung in den städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen einer Überprüfung in Hinblick auf ihre Bedarfsgerechtigkeit, ihren Anspruch auf Qualität und nicht zuletzt auch der Wirtschaftlichkeit zu unterziehen. Als ein erstes Resultat in dieser Hinsicht wurden im Jahre 1996 folgende Strukturmaßnahmen ausgearbeitet und ihre Umsetzung in die Wege geleitet bzw. sogar teilweise schon abgeschlossen.

#### 2.1.1. Kaiserin-Elisabeth-Spital

In den Fachbereichen Gynäkologie und Geburtshilfe stehen in Wien ausreichende Kapazitäten zur Verfügung. Sowohl die Auslastung der Betten als auch die niedrige Geburtenzahl sprachen für eine Schließung der ganzen Gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung des Kaiserin-Elisabeth-Spitals. Vorhandene freie Kapazitäten anderer Gynäkologisch-geburtshilflicher Abteilungen haben die entsprechenden Leistungen zwischenzeitlich problemlos übernommen.
Die freiwerdenden Flächenkapazitäten können nun zur Standardverbesserung im Kaiserin-Elisabeth-Spital verwendet und die für den Betrieb der Abteilung nicht mehr erforderlichen Betriebskosten in die dringend notwendige Sanierung der Operationsbereiche investiert werden.

#### 2.1.2. Kinderklinik Glanzing

Als Ergebnis von Studien zur medizinischen Versorgungsplanung für Kinder können im Bereich der allgemeinen Pädiatrie in hohem Ausmaß Bettenkapazitäten zurückgenommen werden. In der Versorgung Neugeborener soll eine engere Verknüpfung von geburtshilflichen Abteilungen mit neonatologischen (Intensiv-) Versor-

gungseinheiten hergestellt werden. Aus Gründen der Qualitätssicherung sind für Wien maximal drei Intensivneonatologische Stationen (Level III / IV) erforderlich. Neben den zwei Standorten im Allgemeinen Krankenhaus und im Donauspital soll nun im Wilhelminenspital ein weiteres Level III-Zentrum eingerichtet werden, durch das einerseits der betriebliche Zusammenhang zur geburtshilflichen Abteilung hergestellt wird und andererseits die Ressourcen eines Schwerpunktkrankenhauses auch schon den Kleinsten zur Verfügung stehen.
Die Ausbildungskapazitäten in der Kinderkrankenpflege werden zugunsten einer Erweiterung der Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege zurückgenommen. Hier befindet sich die Ausbildungsstätte an der Kinderklinik Glanzing derzeit in einer Umstrukturierungsphase und eine Übersiedlung in das Areal der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik ist erfolgt. Der Standort Glanzing kann dann in der Folge zur Gänze geschlossen werden.

2.1.3. Krankenanstalt Rudolfstiftung

Die Dermatologische Abteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung war als einzige bettenführende Abteilung in einem Nebengebäude der Krankenanstalt Rudolfstiftung in der Boerhaavegasse untergebracht. Nach einer Bedarfsprüfung für die dermatologischen Betten in Wien wurde beschlossen, den Standort Boerhaavegasse aufzulassen, eine Station der Dermatologischen Abteilung zu schließen und die verbleibende Station in das Haupthaus zu integrieren. In diesem Zusammenhang konnten weitere Beiträge zur Effizienzsteigerung in der Patientenversorgung geleistet werden, da vollstationäre Betten der Gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung bzw. der Urologischen Abteilung in Wochen- bzw. Tagesklinikeinheiten umgewandelt wurden.

2.1.4. Allgemeine Poliklinik/Pflegezentrum Sophienspital

Um das geplante ursprüngliche Leistungsspektrum für den Standort der Allgemeinen Poliklinik/Pflegezentrum Alsergrund umzusetzen, bedürfte es umfangreicher Sanierungen und Adaptierungen der bestehenden Räumlichkeiten sowie erheblicher Investitionskosten für einen Neubau. Zum Erhalt des für die Rehabilitation älterer Menschen besonders wichtigen Leistungsbereichs der physikalischen Rehabilitation nach Unfällen oder Operationen bei internen Begleiterkrankungen wurde jedoch die Möglichkeit einer Übersiedlung in das Sophienspital gefunden. Unter Rücknahme der allgemeininternen Betten sowie der Pflegebetten der heutigen Allgemeinen Poliklinik kann der Rehabilitationsbereich im Areal des Sophienspitals ausgebaut werden. Gleichzeitig können Synergieeffekte mit den bestehenden Bereichen des Sophienspitals genutzt werden, beispielsweise durch die Inanspruchnahme des neu zu errichtenden Institutes für Physikalische Medizin und Rehabilitation.

2.1.5. Neurologisches Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel/Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe

Durch die Umsetzung der Psychiatriereform gelang es, im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe seit 1. Jänner 1990 486 Betten abzubauen, so daß die freiwerdenden Pavillons und Räumlichkeiten des denkmalgeschützten Ensembles anderweitig verwendet werden können. Der heutige Standort des Neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlössel genügt nicht mehr den Anforderungen an ein modernes neurologisches Rehabilitationszentrum. Eine Übersiedlung des Leistungsspektrums des Maria-Theresien-Schlössels in Pavillons des Areals Baumgartner Höhe bietet sich auch aus medizinischer Sicht für eine Zusammenarbeit vor allem mit der Orthopädischen Abteilung des Pulmologischen Zentrums und den psychiatrischen Abteilungen an. Längerfristig ist eine Zusammenführung der einzelnen Einrichtungen des Areals Baumgartner Höhe zu einem einzigen Schwerpunktkrankenhaus vorgesehen, das auch über die entsprechenden baulichen und technischen Ressourcen wie ein Schnittbildzentrum mit Computertomographie und Magnetresonanztomograph verfügen soll. Gleichzeitig kann das Angebot in der neurologischen Rehabilitation den Versorgungserfordernissen entsprechend erweitert werden.

2.2. Evaluation der Demonstrationsprojekte

Ende Dezember 1997 wurde das Projekt "Einführung von Qualitätsmanagement in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Geriatriezentren des Wiener Krankenanstaltenverbundes" beendet. An dem dreieinhalb Jahre dauernden Projekt nahmen folgende Häuser teil:
- Kaiser-Franz-Josef-Spital
- Kaiserin-Elisabeth-Spital
- Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik
- Kinderklinik Glanzing
- Geriatriezentrum Am Wienerwald
- Pflegeheim St. Andrä a.d. Traisen

Zielsetzung war es, in den jeweiligen Häusern eine Struktur zu schaffen, welche das Leben der Grundsätze von Qualitätsmanagement möglich macht. Diese Grundsätze lassen sich in der Definition eines kontinuierlichen

Qualitätsverbesserungsprozesses, der sich an Bedürfnissen externer und interner Kunden orientiert und dies in den vorhandenen Strukturen mit den vorhandenen Mittel ermöglicht, beschreiben. Als Grundstruktur zur Einführung dieser Philosophie wurde die Schaffung einer Qualitätsmanagementkonferenz als strategisches Organ und das Bilden von Qualitätszirkeln und Qualitätskomitees als ausführende Organe geplant. Die Qualitätsmanagementkonferenz ist interdisziplinär und interhierarchisch besetzt und legt die Ziele und Aufgaben der Qualitätsarbeit fest. Die tatsächlichen Qualitätsverbesserungs- bzw. Qualitätsplanungsprojekte werden von Qualitätszirkeln geleistet. Die Zusammensetzung dieser Zirkeln ist jeweils problem- und prozeßorientiert. Ein ausgebildeter Qualitätsmanager übernahm vor allem die Aufgabe, die Qualitätsmanagementkonferenz sowie die Zirkel und Komitees in ihrer Arbeit zu beraten und weiters die Mitarbeiter des Hauses in den Grundsätzen von Qualitätsmanagement zu schulen.

Was wurde in diesem Pilotprojekt erreicht?

In den genannten sechs Häusern wurden rund 100 Qualitätsverbesserungsprojekte durchgeführt. Jedem dieser Projekte liegen Maßnahmen zugrunde, die einerseits eine höhere Patientenorientierung und andererseits einen effizienteren Mitteleinsatz gewährleisten.

Rückblickend kann folgende schwerpunktmäßige Gliederung dargestellt werden:

- Projekte, die sich mit einer Optimierung der Durchlaufzeiten (d.h. kürzere Wartezeiten, kürzere Stehzeiten, weniger Leerläufe) befassen
- Projekte, die sich mit den Themenblöcken "mangelhafte Patientenaufklärung, mangelhafte Information, mangelhafte Kommunikation" befassen
- Projekte, die sich mit einer Vereinheitlichung, Standardisierung befassen
- Durchführung von Patientenbefragungen und Mitarbeiterbefragungen, um die Erwartungen und Wünsche besser kennenzulernen und darauf eingehen zu können
- Projekte zur Prozeßdefinition und –planung

Neben diesem doch beeindruckenden Umfang an Qualitätsverbesserungs- bzw. Planungsprojekten wurden auch Ergebnisse im nicht quantifizierbaren Bereich sichtbar. So konnte durch die problem- und prozeßorientierte sowie interdisziplinäre Arbeitsform eine generelle Verbesserung der interdisziplinären Kommunikation und der Teamarbeit erzielt werden. Es wurde auch deutlich, daß die Ausbildung der Mitarbeiter nicht nur hinsichtlich der Theorien und Arbeitsweisen von Qualitätsmanagement, sondern auch vorrangig in der Planung und Methodik der Qualitätszirkelarbeit extrem hohen Stellenwert hat. Diese Hypothese wurde bereits zu Projektbeginn erstellt. Um den erwarteten Anforderungen gerecht werden zu können, wurde ein dreistufiges Ausbildungsmodell, welches ausgehend von der Einführung in die Thematik des Qualitätsmanagements bis hin zur Ausbildung eines Qualitätsmanagers im Gesundheitswesen ins Leben gerufen. Während der Projektlaufzeit wurden rund 2.300 Ausbildungstage durchgeführt. Dieser hohe Input ermöglichte vor allem eine Herstellung der Arbeitsfähigkeit der geplanten Struktur und eine methodische, zielgerichtete und effiziente Arbeitsweise der Qualitätszirkel.

Neben den Erfolgen wurden aber auch Hürden bei der Einführung dieses Qualitätsverbesserungsansatzes sichtbar. Eine dieser Hürden ist es, daß das Greifen dieses Ansatzes Zeit braucht, da interdisziplinäres Arbeiten häufig erst erlernt werden muß. Gemeinsam an einem Thema und einem Problem sowie ohne Schuldzuweisungen zu arbeiten, ist im derzeitigen Betreuungsalltag nicht immer Routine. Weiters wurde sichtbar, daß Themenstellungen häufig zu groß gegriffen sind. Die Eingrenzung auf bewältigbare Themen ist nicht immer leicht, da die Verlockung, neben dem vorerst definierten Problem auch gleich "alles andere" mitzubearbeiten, enorm hoch ist. Ebenfalls wurde deutlich, daß, wenn Patientenorientierung und Einbeziehung der Patienten nicht mehr nur ein Schlagwort ist, es laufend zur Anpassung der Ablauforganisation an diese neuen Herausforderungen kommen muß. Die Komplexität dieses Prozesses beinhaltet die Gefahr einer Überforderung vieler Mitarbeiter. Auch hier wurde als gangbarster Weg der Anpassung der Organisation an Kundenbedürfnisse das Definieren von konkreten Verbesserungsprojekten gefunden. Um den Zielerreichungsgrad auch darstellen zu können, ist eine Projektevaluierung unbedingt erforderlich. Einen der Evaluierungsparameter stellt dabei auch die Kundenzufriedenheit dar.

Nach Abschluß des Projektes wird Qualitätsmanagement in allen Pilothäusern weitergeführt. Teilweise ist die Ressource eines hauptamtlichen Qualitätsmanagers nicht mehr notwendig, da sehr viele seiner Tätigkeiten bereits in die Routine Eingang gefunden haben und sowohl von der Qualitätsmanagementkonferenz als auch von den ausgebildeten Qualitätsmanagementkoordinatoren wahrgenommen werden können.

## 2.3. Investitionsoffensive

Der Voranschlag des Jahres 1996 für den gesamten Wiener Krankenanstaltenverbund weist in puncto der Postenklasse 0, welche sämtliche Investitionen wie bauliche Maßnahmen, Geräteausstattung und Mobiliar, aber auch die Bereitstellung eines dem Krankenhausbetrieb adäquaten Fuhrparks umfaßt, ein Investitionsvolumen von 1.741 Millionen Schilling aus. Dem gegenüber konnte im Voranschlag 1997 eine Steigerung in der Höhe von 731 Millionen Schilling auf 2.472 Millionen Schilling erzielt werden. Mit diesen Geldern war es möglich,

neben den erforderlichen Neubauraten für das Allgemeine Krankenhaus und das Donauspital einerseits und einer Vielzahl kleiner und mittlerer Investitionsprojekte andererseits, auch Großbauvorhaben zu finanzieren. So wurde beispielsweise die Fertigstellung des Schnittbild- und Strahlentherapiezentrums im Kaiser-Franz-Josef-Spital mit Gesamtkosten in der Höhe von 465,5 Millionen Schilling sowie der erste Bauabschnitt (Zubau zum Pavillon 23) des insgesamt 415 Millionen Schilling erfordernden Onkologieprojektes im Wilhelminenspital bewerkstelligt. Weiters wurden so die voraussetzungen geschaffen, die Strukturprojekte der Einsiedelung der Kinderklinik Glanzing in den Pavillon 21 des Wilhelminenspitales und die Eingliederung der Allgemeinen Poliklinik mittels eines Neubaues zwischen dem Karl-Ludwig-Pavillon und dem Kenyonpavillon in das Pflegezentrum Sophienspital baulich in Angriff zu nehmen.
Überdies erfuhren die Projekte "Geriatriezentrum Süd", "Geriatriezentrum Nord", "Übersiedelung des Neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlössel in das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe" und "Zubau für die Orthopädische Abteilung am Pavillon Austria" im Pulmologischen Zentrum wesentliche planerische Fortschritte, so daß nunmehr baldige Baubeginne zu prognostizieren sind.
Im Hinblick auf die vorgesehene Investitionsoffensive auf dem Sektor der Stationssanierungen zur Anhebung des Unterbringungskomforts für Patienten und die Abdeckung der Bedürfnisse des Personals wurde 1997 seitens der Direktion Technik und Bauten ein Wettbewerb ausgeschrieben, wonach die Anstalten aufgefordert wurden, anhängige Stationssanierungsprojekte gemäß den erarbeiteten Raum- und Funktionsstandards zu konzipieren.
Aus diesem Titel langten 67 Projekte in der Direktion Technik und Bauten ein, welche in erster Linie intensiv auf die Übereinstimmung mit den im Planungshandbuch niedergeschriebenen Standards geprüft wurden, so daß letzten Endes 27 konkrete Stationssanierungen prämiert und genehmigt wurden. Für diese 27 Stationen ist ein Kreditvolumen in der Höhe von 515 Millionen Schilling kurz- bzw. mittelfristig bereitzustellen, wobei drei Stationen, nämlich die Station A des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof und die Stationen 5 und 10 im Therapiezentrum Ybbs/Donau, auf Grund eines verhältnismäßig geringen Projektumfanges bzw. eines entsprechend weit fortgeschrittenen Planungsstandes bereits 1997 adaptiert werden konnten.
Das bereits oben erwähnte Planungshandbuch wurde im Berichtsjahr letztgültig abgestimmt, komplettiert, lektorisch überarbeitet, gedruckt und schließlich im Rahmen einer feierlichen Präsentation im Wappensaal des Rathauses den Kollegialen Führungen und den an der Erstellung Beteiligten übergeben. Durch den in unmittelbarem Anschluß ergangenen Erlaß der Direktion Technik und Bauten wurden die Vorgaben aus dem Planungshandbuch für sämtliche weitere Projektierungsarbeiten als verbindlich erklärt. Es besteht damit die Möglichkeit, Investitionsvorhaben noch objektiver nach wirtschaftlichen, organisatorischen und gestalterischen Kriterien untereinander zu vergleichen und zu beurteilen, um so für Patienten und Personal eine dem Zug der Zeit entsprechende Weiterentwicklung respektive Verbesserung der Umweltbedingungen zu gewährleisten.

## 3. Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen

### 3.1. Zentralkrankenanstalt

#### 3.1.1. Allgemeines Krankenhaus-Universitätskliniken

Auf der Leistungsseite war das Jahr 1997 für den Bereich der Verwaltungsdirektion von der Neuregelung des Abrechnungssystems ab 1. Jänner 1997 geprägt. Zur Betriebssteuerung und Verbesserung der Dokumentation werden im Controlling-System die Kernpunkte der Leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) ausgewiesen und mit Soll-Werten verglichen. Das Berichtswesen wurde auf die Ebene der Stationsleitungen im Pflegebereich erweitert.
Auf der Kostenseite setzte die Kollegiale Führung den Erfolg der Vorjahre fort, indem zusätzliche qualitative und quantitative Leistungssteigerungen bei gleichzeitiger Budgeteinhaltung erzielt werden konnten. Einen weiteren Schritt zur Steigerung der Effizienz der Patientenversorgung konnte die Betriebsorganisation der Verwaltungsdirektion gemeinsam mit den involvierten Fachabteilungen durch den Abschluß eines Logistikprojekts im Bereich der Ver- und Entsorgung an den Kliniken setzen.
Im Zuge des ab 1. Jänner 1997 in Kraft getretenen neuen Medizinproduktegesetzes wurde auf Initiative der ärztlichen Direktion und der Pflegedirektion eine interdisziplinär besetzte Medizinproduktekommission gegründet, die Beschaffungsstrategien für diesen Bereich berät und festlegt.
Auf dem medizinischen Gebiet wurde an der klinischen Abteilung für Pulmologie der Universitätsklinik für Innere Medizin IV die weltweit erste Therapieform bei Lungenfibrosen entwickelt. Durch Behandlung mit Gamma-Interferon kann die chronische Entzündung der Lunge in ein deutlich besseres Stadium zurückgesetzt werden.
An der Universitätsklinik für Nuklearmedizin wurden die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme des PET-Scanners (Positron Emission Tomography) getroffen. Dadurch soll der Einsatz eines neuartigen Bilddiagnoseverfahren ermöglicht werden.
Auch auf dem Gebiet der Wissenschaft wurden in dem abgelaufenen Jahr wiederum hervorragende Leistun-

gen erbracht und mit Preisen ausgezeichnet. Auf Grund der Forschung der Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten können nun Strukturen, die hinter dem Trommelfell verborgen sind, ohne Traumatisierung des Mittelohres endoskopisch erfaßt und visualisiert werden. Eine weitere wissenschaftliche Arbeit beschäftigte sich mit der Substanz Stickmonoxid, die auf Grund ihrer gefäßerweiternden Wirkung und ihrer Stimulation von Immunzellen nun bei der Behandlung von Lungenerkrankungen verwendet wird. An der Universitätsklinik für Radiodiagnostik konnte nachgewiesen werden, daß die Geschlechtshormone der Frau auf die Gehirnentwicklung einen positiven Einfluß ausüben und damit für eine mögliche Therapie von Hirnstörungen mit Hormonen von Bedeutung sind.
Auf dem Sektor der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements konnte die ISO-Zertifizierung eines wichtigen Teilbereiches des Klinischen Institutes für medizinische und chemische Labordiagnostik offiziell abgeschlossen werden.
Die Pflegedirektion konnte 1997 das Projekt „Patientenorientierte Pflege an Intensivstationen" (POP) abschließen. Es dient der Entwicklung des beruflichen Selbstverständnisses im Hinblick auf professionelle Pflege und der Optimierung der Pflegedokumentation, die in einem speziellen EDV-Dokumentationssystem abgebildet wird.
Weiters wurde ein Instrument zur Evaluierung der Pflegesysteme im Allgemeinen Krankenhaus erarbeitet. Auf der Grundlage einer Kurzbeschreibung für Gruppen-, Zimmer-, Einzel- und Funktionspflege (anerkannte und bekannte Systeme) wird den klinischen, bettenführenden Bereichen eine Entscheidungsgrundlage für eine entsprechende Bewertung angeboten.

## 3.2. Schwerpunktkrankenanstalten

### 3.2.1. Donauspital

Der mediale Höhepunkt im abgelaufenen Jahr war die Jubiläumsfeierlichkeit anläßlich des 5. Jahrestages der Inbetriebnahme der 1. Ausbaustufe des Donauspitals. Im Rahmen dieser Feierlichkeit wurde ein umfangreiches Buch über Planung, Errichtung und Betrieb des Hauses sowie über alle im Sozialmedizinischen Zentrum Ost befindlichen Institutionen präsentiert.
Bei der Zahl der ambulanten Patienten wurde das hohe Vorjahresniveau erreicht, bei der Zahl der stationären Patienten konnte ein geringfügiger Zuwachs verzeichnet werden. Die Verweildauer konnte - wie in den vergangenen Jahren - weiter gesenkt werden. Angesichts dieser Entwicklung kommt dem lückenlosen Betreuungsübergang des Patienten in den extramuralen Bereich eine wichtige Bedeutung zu. Aufbauend auf ein Kooperationsübereinkommen zwischen dem Wiener Krankenanstaltenverbund und der für die Betreuung daheim zuständigen MA 47 nahm ein interdisziplinär zusammengesetztes Regionalteam seine Tätigkeit mit dem Ziel auf, die organisatorischen und strukturellen Bedingungen für die Patientenbetreuung zu optimieren.
Ein erster Schritt zur Vernetzung medizinischer Dienste einer Region wurde durch den Abschluß eines Kooperationsabkommens zwischen dem Donauspital und einem niedergelassenen Radiologen gesetzt. Im Sinne der Telekonsultation werden nun digital Röntgenbefunde mit den dazugehörenden Röntgenbildern zwischen der Ordination des Radiologen und dem Donauspital übertragen. Als nächster Schritt ist die EDV-Vernetzung mit niedergelassenen Ärzten des Bezirks geplant („Gesundheitsnetz Donaustadt", ein gemeinsames Projekt mit der Magistratsdirektion für EDV- und Informationsmanagement und der Wien Strom).
Die „Zufriedenheit der Patienten zu erkunden", war Ziel einer dreimonatigen Patientenbefragung. Grundsätzlich konnte bei den Patienten eine sehr hohe Zufriedenheit erzielt werden. Die aufgezeigten Schwachstellen stellen nun die Grundlage für weiterreichende Qualitätssicherungsmaßnahmen dar. Die Präsentation des übergeordneten Leitbildes des Wiener Krankenanstaltenverbundes und der Abschluß des Projektes „Sozialmedizinisches Zentrum Ost" waren ausschlaggebend dafür, ein interdisziplinäres Projektteam mit der Entwicklung eines hauseigenen Leitbildes zu beauftragen. Die Endformulierung und Übergabe des Leitbildes soll im Frühjahr nächsten Jahres erfolgen.
Auf Anregung der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbund wurde das Projekt „Mitarbeiterorientierungsgespräch" (MOG) als Instrument zur Personal- und Organisationsentwicklung eingeführt. Im Pflegebereich wurde die Entwicklung der Pflegestandards im Rahmen der Pflegepersonalregelung-Wien (PPR-Wien) auf allen Stationen fortgesetzt. Zudem nahm das Donauspital am Projekt „Pflegepersonalregelung für die psychiatrische Krankenpflege" und am Projekt „Pflegepersonalregelung im Kinderbereich" teil.
Neben zahlreichen kleineren Bauvorhaben wurden die Sanierung des Personalwohnheimes und die Adaptierung von Räumlichkeiten für die Buchhaltungsabteilung 21 in Angriff genommen. Des weiteren gelangte der Patientengarten der Psychiatrischen Abteilung zur Fertigstellung und der Mehrzwecksaal wurde mit einer audiovisuellen Anlage ausgestattet. Insgesamt wurden im Bau und Einrichtungsbereich Investitionen in der Höhe von rund 120 Millionen Schilling getätigt, wobei rund 70 Millionen Schilling dem Sachkredit „Sozialmedizinisches Zentrum Ost" entnommen wurden.

In Befolgung des gesetzlichen Auftrages steht das gemeinsam mit einem Beratungsunternehmen initiierte Projekt „Arbeitsplatzevaluierung" vor dem Abschluß.

### 3.2.2. Kaiser-Franz-Josef-Spital

Das wohl wichtigste Ereignis 1997 auf dem baulichen Sektor ist die Fertigstellung des Schnittbildzentrums und des Institutes für Radioonkologie. Das Schnittbildzentrum ist mit zwei leistungsfähigen, hochauflösenden Spiral-Computertomographie-Geräten modernster Bauart ausgestattet. Der Mittelpunkt des Schnittbildzentrums ist die Magnetresonanz-Tomographie (Kernspintomographie). Das im Kaiser-Franz-Josef-Spital installierte Gerät neuester Technologie kann auf Grund hoher Magnetfeldstärke, schnell schaltbarer Magnetfelder und hoher Rechengeschwindigkeit die Untersuchung für den Patienten relativ kurz, schonend und mit höchster Aussagekraft gestalten. Die Diagnosegeräte des Schnittbildzentrums und die digitalen Geräte des Röntgeninstitutes sind über ein Bilddatennetzwerk (Picture Archiving and Communicating System = PACS) miteinander verbunden. Ein EDV-Administrations- und Organisationssystem (RIS = Radiologie-Informationssystem) verbindet die einzelnen Abteilungen mit dem Zentralröntgen und erlaubt die Betriebsabläufe elektronisch und mit einer großen Effizienzsteigerung abzuwickeln. Eine wesentliche Innovation besteht darin, daß ein Spracherkennungssystem integriert ist, so daß diktierte Befunde automatisch in Schrift umgesetzt werden.

Im Institut für Radioonkologie befinden sich zwei Linearbeschleunigeranlagen, wobei durch einen Lamellenkollimator die individuelle Anpassung an die Tumorform und somit eine maximale Schonung des gesunden Gewebes erreicht werden kann. Das 3D-Planungssystem bildet aus den online übertragenen Computertomographie-Schichten ein virtuelles Modell des Patienten, an dem die optimale Bestrahlungstechnik erarbeitet werden kann. Auch werden in Zusammenarbeit mit den operativen Fächern intraoperative Bestrahlungen vorgenommen. Damit stellt das neue Strahlentherapiezentrum eine der modernsten Anlagen dieser Art in ganz Europa dar.

Weitere erwähnenswerte bauliche Neuerungen sind die Fertigstellung des Dachgeschoßausbaus und die Umbauten an der Psychiatrischen Abteilung sowie eine Vielzahl von kleineren Sanierungen, die die Effizienz der Patientenversorgung steigern sollen.

Auch auf dem Sektor der medizinisch-technischen Geräte wurden größere Investitionen getätigt wie etwa ein neuer OP-Tisch im HNO-OP, eine Videoendoskopieanlage und 2 Hämodialysegeräte auf der 1. Medizinischen Abteilung, ein Blutgaselektrolytgerät für die 4. Medizinische Abteilung, für die Chirurgische Abteilung ein Ultraschallskalpellsystem sowie ein Gastroskop, 5 Anästhesieüberwachungsmonitore sowie ein Elektroencephalographiegerät für die neurologische Ambulanz.

Das System der flexiblen Diensteinteilungen konnte 1997 erfolgreich weiter ausgebaut werden. Die Umstellung von einem Funktionspflegesystem zu einem ganzheitlichen Pflegesystem (Gruppen-/ Zimmerpflege) wurde bereits zu 87 Prozent vollzogen. Im Pflegebereich ist die Einführung der Dienstplanabrechnung durch EDV weitgehend flächendeckend abgeschlossen.

Das Qualitätsmanagement-Demonstrationsprojekt wurde im Dezember abgeschlossen. Das Resultat des Projektes ist eine implementierte Qualitätsmanagement-Struktur und das Qualitätsmanagement-Bewußtsein auf allen Ebenen der Mitarbeiter, das eine große Bereitschaft zur Folge hat, Dinge zu hinterfragen und möglichen Verbesserungen offen und engagiert gegenüberzustehen.

### 3.2.3. Krankenhaus Lainz

An der Abteilung für Anästhesie und Intensivmedizin wurde eine neue Blutbank eröffnet, die neben der Anlage von Eigenblutreserven (bei längerfristig planbaren Operationen) erweiterte Möglichkeiten zur Herstellung und Lagerung von Blutprodukten bietet. Der Umbau der Intensivstation an der 4. Medizinischen Abteilung konnte abgeschlossen werden. Die gesamte Elektrotechnik, die zentrale Arrhythmie- und Telemetrieanlage sowie alle Monitore wurden erneuert. Am Sektor der medizinischen Geräte wurden umfangreiche Investitionen getätigt. Eine volldigitalisierte Gammakamera wurde am Institut für Nuklearmedizin ersetzt. Die Überwachungsanlagen sowohl der 1. als auch der 3. Medizinischen Abteilung wurden ausgetauscht. Die Umbauarbeiten an der Abteilung für Atmungs- und Lungenkrankheiten konnten mit der Wiedereröffnung der renovierten Ambulanz abgeschlossen werden.

An der 2. Medizinischen Abteilung wurden die Aktivitäten auf dem Gebiet der „Telekommunikation" fortgesetzt. Bei diesem Pilotversuch sollen einerseits die niedergelassenen Ärzte über Videoschaltung und auch Dokument- und Röntgenbildtransfer die Möglichkeit haben, Patienten an der Abteilung vorzustellen, ohne den für die Patienten mühsamen Weg der Zuweisung an die Ambulanz in Anspruch nehmen zu müssen. Andererseits sollen Patienten, die aus der stationären Betreuung entlassen werden können, im Hinblick auf die weitere Behandlung und Maßnahmen vor der Entlassung dem sie betreuenden niedergelassenen Arzt vorgestellt werden.

Im Pflegebereich wurde die 1996 begonnene Einstufung der Patienten in bezug auf den Pflegeaufwand gemäß Pflegepersonalregelung-Wien (PPR-Wien) auch 1997 weitergeführt und erfolgreich im gesamten Krankenhaus Lainz implementiert. Die personellen Ressourcen konnten an den Solldienstpostenplan angepaßt werden, bei gleichzeitigem Abbau der pauschalierten Überstunden. Ein Handbuch für die Pflegedokumentation wurde erstellt, welches auch Standards für das Berichtswesen beinhaltet und somit eine einheitliche Form der Dokumentation für das Krankenhaus Lainz möglich macht. Durch die Einführung des neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes hat die Pflegedokumentation an Stellenwert gewonnen. Es ist auch gelungen, die Dienstplanerstellung und Abrechnung mittels EDV an allen Abteilungen einzuführen und dadurch ist eine einheitliche Gestaltung gewährleistet.
Die Zentralküche des Krankenhauses Lainz implementierte im abgelaufenen Jahr das Küchenhygiene-Eigenkontrollsystem nach den Grundsätzen von Hazard Analysing Critical Control Points (HACCP), einem in Amerika entwickelten Qualitätssicherungskonzept für die Zubereitung von Lebensmitteln. Dabei werden jene Punkte analysiert, an welchen in einem Küchenbetrieb die Gefahr einer Kontamination von Lebensmitteln besonders wahrscheinlich ist. Für jeden dieser Punkte wird dann ein Kontroll- und Dokumentationsmechanismus installiert, der es dem Küchenpersonal ermöglicht, die Gefahren jederzeit unter Kontrolle zu halten.
Durch umfangreiche PC-Installationen der Abteilung Informatik konnte der Ausstattungsgrad an PC im Krankenhaus Lainz auf über 30 Prozent angehoben werden, wobei im Verwaltungsbereich eine beinahe flächendeckende Versorgung erreicht wurde. Auf fast allen Abteilungen wurden, bedingt durch die Umstellung auf die Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung (LKF), PC mit der entsprechenden Software installiert.

### 3.2.4. Krankenanstalt Rudolfstiftung

Die Rudolfstiftung ist ein mittlerweile 20 Jahre alter Zentralbau mit einem enormen Modernisierungsbedarf. So wurden gerade im Jahr 1997 eine Vielzahl von baulichen Maßnahmen als auch Reinvestitionen gesetzt. Bei ständigem Betrieb wurden 6 Bettenstationen umgebaut und modernisiert. Diese Umbauarbeiten umfaßten die Erneuerung der Brandmeldeanlage, des Schwesternrufs, Verbesserung der Sanitäreinrichtungen, Stationsstützpunkte, Teeküchen, Malerarbeiten, Erneuerung der Fußböden, EDV-Verkabelung usw.
Im Bereich des Zentralröntgeninstitutes wurde ein Befundraum umgebaut, eine Angiographieanlage im Wert von 22 Millionen Schilling angeschafft und das Thoraxaufnahmegerät erneuert. Ein weiteres Großprojekt stellte die Reinvestition einer Mehrkopfkamera im Institut für Nuklearmedizin dar. Für diese und eine Vielzahl von kleinen Projekten wurden 1997 rund 120 Millionen Schilling investiert.
Nach Beendigung der Stationsrenovierung im Jänner 1997 übersiedelte die dermatologische Station A ins Haupthaus, somit ist der gesamte stationäre Bereich im Haupthaus Juchgasse 25 zentralisiert. In weiterer Folge wurde die Station 5 A für die gynäkologische Wochenklinik mit 15 systemisierten Betten und die urologische Wochenklinik mit 13 systemisierten Betten renoviert. Die Inbetriebnahme erfolgte mit Anfang Februar 1997. Die Wochenkliniken sind jeweils von Montag 7 Uhr bis Freitag 18 Uhr geöffnet. Durch die Führung von Wochenkliniken ist eine moderne, kostengünstige und vor allem dem medizinischen Fortschritt angepaßte Struktur, die auch den kurzen Verweildauern in diesen Fächern entspricht, geschaffen worden.
Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Demonstrationsprojektes konnten folgende grundlegenden Aspekte herausgearbeitet und gefestigt werden. Für den erfolgreichen Einsatz der Qualitätssicherungskommission ist es unbedingt notwendig, daß in diesem interdisziplinär besetzten Gremium der Bildung und Erhaltung einer offenen, Vertrauen fördernden Gesprächsbasis besondere Bedeutung zukommt. Ein wichtiges Anliegen der Qualitätssicherungskommission ist es auch, die stetige Entwicklung der Rudolfstiftung als lernende Organisation im Bereich der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements zu unterstützen. Außerdem bildet die Zusammenarbeit mit anderen bestehenden Kommissionen und Sonderfunktionen des Hauses den Grundstein für die Arbeit der Qualitätssicherungskommission.
Folgende Projekte in Form von Qualitätszirkeln wurden durchgeführt: Auslastung des Zentral-Operationsbereiches, Decurs-System und Krankenblätter, Turnusärzte und Präoperative Pflegevisite der Operationsschwestern. Eine Studie an der Augenabteilung befaßte sich mit Komplikationen bei Cataracten.
Um den Anforderungen der Qualitätssicherung gerecht zu werden, haben 18 Mitarbeiter der Rudolfstiftung das Grundlagenseminar der Qualitätssicherung absolviert, ein Mitarbeiter wurde zum Qualitätssicherungs-Koordinator ausgebildet.

### 3.2.5. Wilhelminenspital

Im Jahr 1997 konnte das Onkologische Zentrum, welches aus einer Schwerpunktabteilung für medizinische Onkologie sowie einem Institut für Radioonkologie besteht, eröffnet werden. Für die 1. Medizinische Abteilung mit Onkologie stehen somit optimale räumliche, apparative, personelle und strukturelle Möglichkeiten

für die stationäre Patientenbehandlung zur Verfügung. Im Neubau können auf drei Normalpflegestationen sowie einer Station für Hochdosistherapie und Stammzellentransplantation insgesamt 94 Patienten stationär betreut werden. Die letztgenannte Station verfügt über Einheiten zur Intermediate-Care-Betreuung sowie zur Semisterilbetreuung und einen eigenen Sterilbereich mit Zimmern, die mit Laminar-Aerflow-Einrichtungen ausgerüstet sind. In diesem modernen und auch architektonisch attraktiv gestalteten Neubau kann somit das gesamte therapeutische Spektrum der medizinischen Onkologie angeboten werden.
Österreichweit erstmalig wurde auf der Gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung eine Stillambulanz eröffnet. Diese Einrichtung soll Frauen mit Stillproblemen die Möglichkeit geben, unter professioneller Anleitung weiterzustillen und so ein schönes Geburtserlebnis durch einen emotionalen und gesundheitlichen Gewinn abzurunden.
Auf der 3. Medizinischen Abteilung mit Kardiologie und Nephrologie wurde eine Datenbank zur Speicherung der Daten von Patienten des Herzkatheterlabors und des Elektrophysiologischen Labors entwickelt. Diese Datendokumentation wird von den anderen Krankenanstalten der Stadt Wien und darüber hinaus von jenen in ganz Österreich übernommen werden. Die Säuglingsstation auf der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde mit Psychosomatik erreicht zuweilen eine Auslastung von 100 Prozent, wobei es sich bei dieser Station um eine Mischform zwischen interner Säuglingsstation für kranke Säuglinge und eine Station für Interaktionsstörungen zwischen Müttern und Kindern handelt. Der Bedarf ist im Steigen begriffen, da die Station auch der stationäre Teil des Zentrums für Schrei-, Fütterungs- und Schlafprobleme ist.
Durch Inbetriebnahme einer videoendoskopischen Einrichtung auf der 1. Chirurgischen Abteilung mit Schwerpunkt Gefäßchirurgie, welche vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellt wurde, ist es möglich gewesen, die endoskopischen Untersuchungen und Eingriffe auf 550 pro Jahr anzuheben. Durch strukturelle Maßnahmen im Ambulanzbereich konnte die präoperative Evaluierung der zu operierenden Krankheitsbilder so optimiert werden, daß der durchschnittliche präoperative stationäre Aufenthalt für Patienten mit Elektivoperationen auf 1,2 Tage gesenkt werden konnte.
1997 wurde begonnen, die Anstaltsapotheke umzubauen und einen Zubau zu errichten. Die Baumaßnahmen dienen der Errichtung einer zentralen Zytostatikabereitung, der Modernisierung der Lagerräume, der Verbesserung der Warenanlieferung, der Wiederinbetriebnahme der Sterilabteilung und der Schaffung von Räumlichkeiten für Besprechungen, Literaturstudien und Arzneimitteldokumentationen.
Im Bereich der Pflege konnte die Qualitätssicherung insofern ausgeweitet werden, als das Konzept der Pflegevisite vom Probelauf in die Routine aufgenommen wurde. Das Wiener Arbeitszeitmodell konnte auf 30 Stationen im Haus ausgeweitet werden. Im Herbst 1997 wurde eine Arbeitsgruppe zur Qualitätsverbesserung der Pflegedokumentation ins Leben gerufen, welche die Umsetzung des neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes in der Praxis begleiten wird.
Im Berichtsjahr konnten die private Tiefgarage eröffnet und gleichzeitig mit der Parkraumbewirtschaftung begonnen werden. Es hat sich gezeigt, daß sich die Parkplatzsituation im Spitalsgelände dadurch wesentlich verbessert hat.

### 3.3. Standardkrankenanstalten

#### 3.3.1. Kaiserin-Elisabeth-Spital

Für das Kaiserin-Elisabeth-Spital war 1997 ein sehr erfolgreiches Jahr. Unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen Betriebsführung und dem bewußten Einsatz der zur Verfügung gestellten Ressourcen konnte der veranschlagte Budgetrahmen eingehalten werden. Darüber hinaus wurde bei den Mitteln zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge beträchtlich eingespart. Trotzdem konnte in der Patientenversorgung eine deutliche Leistungssteigerung gegenüber 1996 erzielt werden.
Es wurden umfassende Strukturmaßnahmen durchgeführt, die in vielen Bereichen zu einer Verbesserung in der Ablauforganisation für unsere Patienten geführt haben. Besonders erwähnenswert sind dabei folgende Projekte „Schwerpunkt Schilddrüse“ (Ergebnis: Kürzere Wartezeiten für Patienten, mehr Operationen und Erstuntersuchungen gegenüber 1996), Dienstzeitmodell „Gesunde Arbeitszeit“, „Pflegekomitee“ (Zielsetzung: Qualitätsverbesserung in der Pflege, strategische Planung, Erstellung eines zukunftsorientierten Maßnahmenkataloges in der Pflege), „Leistungserfassung im Rahmen der LKF“ (Ergebnis: Steigerung der dokumentierten Nebendiagnosen/Patient gegenüber 1996, Steigerung des dokumentierten Anteils der 4stelligen Hauptdiagnosen von 57 Prozent (1996) auf 99,5 Prozent (1997)).
Mit der Genehmigung des Zielplanes für unser Krankenhaus wurden dringend notwendige Investitionsvorhaben geplant und durch die zuständigen Gremien genehmigt.
Im Rahmen eines internen Wettbewerbes im Wiener Krankenanstaltenverbund erhielt das Kaiserin-Elisabeth-Spital die Budgetmittel für den Umbau einer chirurgischen Station. Gemäß Zielplan Stufe 1 wurde 1997 ein Großprojekt für die Chirurgische Abteilung genehmigt. Es besteht aus dem Neubau eines OP-Traktes und einer interdisziplinären Intensivstation, der Schaffung eines Ambulanzzentrums und den für den Patiententransport notwendigen Verbindungselementen zwischen den Pavillons. Als ersten Schritt zur Reali-

sierung dieses Projektes wurde im Herbst 1997 bereits ein offener „EU-weiter" Architekturwettbewerb durchgeführt. Im Februar 1998 wurde von der Jury das Siegerprojekt ausgewählt.
Mit Ende des Jahres 1997 wurde das Demonstrationsprojekt „Qualitätsmanagement in Wiener Städtischen Krankenhäusern, Pflegeheimen und Geriatriezentren" offiziell abgeschlossen. Im Kaiserin-Elisabeth-Spital wurden bereits vor Beginn des Projektes die Instrumente des Qualitätsmanagements angewendet und die praktische Umsetzung erprobt, wodurch die Grundlagen für das derzeitige „Wiener Modell des Qualitätsmanagements" geschaffen werden konnten.
Aus den Ergebnissen von zahlreichen Qualitätsverbesserungsprojekten konnte in vielen Fällen eine meßbare Optimierung in der Patientenversorgung erzielt werden. Als eines der wichtigsten Beispiele dafür möchten wir die mit den Mitarbeitern gemeinsam durchgeführte Leitbildentwicklung für das Kaiserin-Elisabeth-Spital anführen. Das gemeinsam entwickelte Leitbild konnte im Rahmen einer großen Veranstaltung für unsere Mitarbeiter und für viele Gäste im Kaiserin-Elisabeth-Spital erfolgreich vorgestellt werden.
Der Aufgabenschwerpunkt der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege war 1997 geprägt durch qualitätssteigernde und qualitätssichernde Maßnahmen in den Bereichen Struktur-, Prozeß- und Ergebnisqualität.

### 3.3.2. Krankenhaus Floridsdorf

Durch die Senkung der durchschnittlichen Verweildauer konnte 1997 trotz einer Bettenreduzierung Ende 1996 die Gesamtzahl der stationär behandelten Patienten wesentlich erhöht werden. Für mehrere bettenführende Stationen konnten moderne höhenverstellbare Krankenbetten angeschafft werden. Das kleinere der beiden Personalwohnhäuser wurde im Herbst in die Verwaltung der MA 12 übertragen. Das verbleibende Personalwohnhaus, in dem 23 Wohneinheiten renoviert wurden, kann dadurch noch besser ausgelastet werden.
Die im wesentlichen unveränderten Schwerpunkte der chirurgischen Abteilung betrafen Bauchchirurgie, Gefäßchirurgie, insbesondere laparoskopische Chirurgie, wobei die Zahl von 2.000 durchgeführten laparoskopischen Cholecystektomien überschritten wurde. Ein weiterer Schwerpunkt der Abteilung ist die große Tumorchirurgie im Bereich Speiseröhre, Magen, Darm und Bauchspeicheldrüse. Gefäßoperationen werden routinemäßig durchgeführt, wobei die Kooperation mit dem angiologischen Bereich der Internen Abteilung sowie der Abteilung für Röntgendiagnostik einen besonderen Stellenwert einnimmt. Die Mammachirurgie erfolgt mit Schnellschnittuntersuchung im OP-Saal. Fort- und Weiterbildung sowie wissenschaftliche Arbeit haben einen großen Stellenwert.
In der Internen Abteilung hat fachlich die Bedeutung des Herzechos und vor allem des Streßechos deutlich zugenommen. Verstärkte Schwerpunkte wurden im Bereich der Gefäßdiagnostik und der Angiologie gesetzt. Durch weitere Ausbildungen für die endoskopische retrograde Cholangio-Pankreatikographie (ERCP) konnte auch die Zusammenarbeit mit der chirurgischen Abteilung intensiviert werden. Die Zahl der Lungenultraschall-Untersuchungen hat deutlich zugenommen, was vor allem ökonomische Vorteile zu vergleichbaren Untersuchungen darstellt. Eine der Stationen der Internen Abteilung wurde renoviert, wobei gleichzeitig der Stationsstützpunkt komplett erneuert wurde.
Für die Abteilung Anästhesie- und Intensivmedizin wurde auf einer chirurgischen Station ein postoperatives Nachbetreuungszimmer mit 4 Patientenbetten eingerichtet. Bei der Dokumentation der Anästhesieleistungen werden zur Qualitätssicherung zusätzlich die praeoperativen Risikofaktoren und der unmittelbar postoperative Verlauf erfaßt. Die insgesamt 150 auf der Intensivstation betreuten Patienten waren im wesentlichen Hochrisikopatienten nach großen chirurgischen Eingriffen sowie Patienten mit Organinsuffizienzen bzw. -versagen vorwiegend septischen Ursprungs. Bei der Neuausstattung der Intensivstation mit hochmodernen Patientenmonitoren konnten gleichzeitig auch kleinere Renovierungsarbeiten durchgeführt werden.
Im Röntgeninstitut konnten, neben dem bewährten Leistungsspektrum, durch die Anschaffung eines modernen Ultraschallgerätes die diagnostischen Möglichkeiten wesentlich erweitert werden. Im Mittelpunkt der Aktivitäten im Laborbereich stand die Schaffung einer eigenen Einheit für Blutgruppenserologie mit moderner EDV, die die Voraussetzung für die Schaffung der nunmehr installierten Blutbank darstellte. Am Institut für Physikalische Medizin konnte durch den Abschluß von Bauarbeiten die Bewegungstherapie der Patienten wieder im renovierten Heilgymnastikraum durchgeführt werden.
Im Pflegebereich wurde mit der praktischen Umsetzung einer neuen Personalbedarfsermittlungsmethode, der Pflegepersonalregelung-Wien (PPR-Wien), begonnen. Mit Fortbildungsveranstaltungen innerhalb und außerhalb des Hauses konnte der Wissensstand und die Motivation des Pflegepersonals verbessert werden.
Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Qualitätssicherung und -management wurden 1997 die ersten Qualitätszirkel initiiert und die Ergebnisse zum Teil bereits in die tägliche Praxis übernommen. Im Herbst 1997 wurde wieder ein "Tag der offenen Tür" veranstaltet, der sich regen Interesses erfreute.

### 3.3.3. Allgemeine Poliklinik

An der Station zur Rehabilitation von Patienten mit hüftgelenksnahen Frakturen und relevanten internen

Begleiterkrankungen wurden 1997 388 Patienten (87,37 Prozent weiblich) aufgenommen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer, die durch die Anzahl der internen Begleiterkrankungen wesentlich determiniert ist, betrug 24,88 Tage. Die unfallchirurgische Kontrolle der Rehab-Patienten wurde von der jeweils operierenden Abteilung in unserem Haus durchgeführt, was für die betroffenen Patienten eine enorme Komfortverbesserung darstellt und langwierige, kostenintensive Transporte von Spital zu Spital erspart.

An der Internen Abteilung, deren Hauptaufgabe die bezirksnahe medizinische Versorgung ist, wurden 1.584 Patienten bei einem Bettenstand von 52 Betten aufgenommen.

Die Medizinische Allgemeinambulanz betreute 3.087 Patienten (insgesamt 5.244 Leistungen), in der Gastroenterologischen Ambulanz wurden 1.740 Endoskopien durchgeführt; in der Herz-Kreislauf-Ambulanz wurden 4.747 nicht-invasive Untersuchungen, in der Konsiliarambulanz 6.764 Untersuchungen durchgeführt.

Das Institut für physikalische Medizin und Rehabilitation führt eine Ambulanz, die auf hohe Akzeptanz stößt und 1997 rund 57.310 Behandlungen durchführte. Zusätzlich wurden alle Patienten der Rehab-Station behandelt sowie die Patienten der Internen Abteilung und des Pflegeheimes mitbetreut.

Das Labor des Hauses führte im Berichtsjahr 487.555 Tests durch, davon 146.860 Tests für die Gesundenuntersuchung der MA 15. Im Röntgen des Hauses wurden 9.894 konventionelle Röntgen- und Ultraschalluntersuchungen für die stationären Patienten durchgeführt.

Im Pflegebereich wurde 1997 an der Verbesserung der Pflegedokumentation und der Pflegeplanung gearbeitet. Die Pflege wurde nachvollziehbarer und die Pflegequalität verbessert. Die genaue Dokumentation sowie die Erfassung des Pflegeaufwandes durch Kategorisierung der Patienten dienen zum Leistungsnachweis und genaueren Personaleinsatz sowie der Nachvollziehbarkeit des Personalausgleichs. Dem voraus gingen innerbetriebliche Fortbildungen sowie Praxisanleitung durch externe Berater auf den Stationen.

Die Pflegestation konnte im Oktober ihr 3jähriges Jubiläum feiern. Das Projekt „Ganzheitlicher Pflegeprozeß in der Langzeitbetreuung“ wurde im Oktober evaluiert und mit großem Erfolg auf der 2. Projektemesse des Wiener Krankenanstaltenverbundes vorgestellt.

1997 konnten, nach Absprache mit dem Sophienspital, 48 elektrisch höhenverstellbare Betten angeschafft werden, welche nach der Übersiedlung der Rehabstation im Sophienspital weiterverwendet werden. Dadurch wurden die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals wesentlich verbessert.

Auf Grund der bevorstehenden Übersiedlung der Rehabstation und der Auflösung der Poliklinik im Jahre 1998 wurden im Rahmen der innerbetrieblichen Fortbildung sehr viele persönlichkeitsbildende Veranstaltungen abgehalten.

## 3.4. Sonderkrankenanstalten

### 3.4.1. Pflegezentrum Sophienspital

Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahr 1997 war das Projekt „Neubau im Sophienspital“. Dieses Vorhaben umfaßt die Errichtung eines Neubaus entlang des Neubaugürtels als Verbindungsspange zwischen den beiden bestehenden Pavillons Karl-Ludwig und Kenyon. Der Baukörper sieht eine Gliederung in Untergeschoß (Haustechnik, Personalgarderoben, Bettenaufbereitung, Archive), Erdgeschoß (Institut für Physikalische Medizin, Eingangszone mit Patiententreffpunkt und Mehrzweckbereich) sowie 1. und 2. Obergeschoß (jeweils Bettenstation mit 24 Akutbetten und Tagesklinikbereich) vor. Die Schaffung der insgesamt 48 Akutbetten erfolgt in Kongruenz mit dem österreichischen Krankenanstaltenplan. In Summe werden auf den vier Ebenen rund 2.500 m2 Nutzfläche zur Verfügung stehen.

Der EU-weite offene Wettbewerb über die Generalplanerleistungen konnte bereits in den ersten Jännerwochen abgeschlossen werden. Das von der Jury prämierte Siegerprojekt konnte ohne wesentliche Änderungen weiterverfolgt und genehmigt werden. Mit Beschluß des Gemeinderates erfolgte die Genehmigung des Sachkredits. Nach der Baugrundfreimachung im Sommer konnten, begünstigt durch die stabile Witterungslage, die Rohbauarbeiten bis zum Ende des Jahres soweit vorangetrieben werden, daß die Einhaltung des geplanten Terminkonzeptes durchaus realistisch erscheint.

Auch im Routinebetrieb erfolgte eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und Qualität im Betriebsablauf.

Die zur Verbesserung der Organisationsabläufe erforderliche, 1996 begonnene Adaptierung der Verwaltung konnte 1997 mit der baulichen Neugestaltung der Räumlichkeiten der ärztlichen Direktion und der Pflegedirektion abgeschlossen werden. Personalbezogene Maßnahmen erfolgten in der Abteilung Personal, Abteilung Finanz und in der Hausaufsicht auf dem Einrichtungssektor.

Die neu angeschaffte Hard- und Software für die Abteilung Personal, Abteilung Finanz, die ärztliche Direktion sowie für die Interne Abteilung gewährleistet nunmehr einen zeitgemäßen Ausrüstungsstandard.

Am apparativen Sektor konnten besonders durch den Ankauf eines Langzeit-EKG-Gerätes, zweier Patienten-

lifter, dreier hochwertiger Decubitusprophylaxematratzen sowie eines Defibrillators erforderliche Standardverbesserungen herbeigeführt werden.
Im Pflegebereich konnte das Projekt „reaktivierende Pflege" - Übergangspflege nach E. Böhm erfolgreich implementiert werden. Das bisherige Pflegekonzept der sicheren Pflege wurde nach den Aktivitäten des täglichen Lebens (ATL'S) von Nancy Rooper erweitert und gefestigt.
Die Fortbildungsschwerpunkte lagen im Bereich Pflegedokumentation, um den neuen Anforderungen des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes vor allem im eigenverantwortlichen Tätigkeitsbereich zu entsprechen.

### 3.4.2. Pulmologisches Zentrum

Bei den baulichen Maßnahmen wurde als Strukturverbesserung ein neuer zusätzlicher Aufzug im Pavillon Leopold errichtet, der sowohl für die Patienten als auch für die Ver- und Entsorgung der Transportgüter eine wesentliche Erleichterung bietet. Weiters wurde mit der Sanierung des seit 1907 in Betrieb befindlichen Kanalnetzes begonnen, da es in den letzten Jahren vermehrt Schäden aufwies.
Der Bau des Lichtwellennetzes wurde weitgehend abgeschlossen und die Stationen, einschließlich Zentrallabor, Zentralröntgen mit den entsprechenden PC bzw. Terminals ausgestattet, sodaß die Anforderungen der Medikamente und Materialien mittels KIWI beschleunigt durchgeführt werden können. Im Zentralarchiv wurde die digitale Bildspeicherung der archivierten Krankengeschichten weiterentwickelt und für die Datenspeicherung wurde die EDV aufgestockt, so daß mit der Erfassung der Altakten begonnen werden konnte.
Auf der I. Internen Abteilung wurde die Intensivstation, die als einzige österreichische Ausbildungsstätte für den Titel eines pneumologischen Additivfacharztes für Intensivmedizin gilt, nach 10jährigem Betrieb generalsaniert.
An der II. Internen Abteilung wurden vier Isolierzimmer errichtet, die zur Behandlung offen tuberkulöser Patienten und für Patienten mit multiresistenten Bakterien dient, aber auch alle anderen aerogen übertragbaren Erkrankungen können in diesen Zimmern, die mit Schleusen ausgestattet sind, behandelt werden. Ferner wurde auf Pavillon Wienerwald/1. Stock derselben Abteilung eine Zytostatikazubereitungsanlage errichtet. In Räumen des Atemphysiologischen Labors wurden Screeninguntersuchungen zur Diagnostik angeboten. In zwei eigens eingerichteten Diagnose- und Behandlungsräumen erfolgte die Behandlung der Patienten mit schweren obstruktiven Schlafapnoesyndrom durch eine Beatmung, wobei die Ersteinstellung im Rahmen dieser Einrichtungen erfolgt.
Auf der Lungenchirurgischen Abteilung wurden die mikroinvasiven endoskopischen Operationstechniken weiterhin verbessert.
An der Orthopädischen Abteilung wurde als Strukturmaßnahme im Hinblick auf die Zusammenlegung mit dem Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel die orthopädisch-chirurgische Therapie der Wirbelsäule aktiviert und in Zusammenarbeit mit jenem zur Anwendung gebracht. Bei der Kniegelenksprothetik wird durch eine weiterhin verbesserte Operationstechnik das Ziel verfolgt, neben einer optimalen Implantage auch gut ausbalancierte Bandstabilität zu erreichen. Bei den hüftendoprothetischen Versorgungen konnte die Verwendung von Polyäthylen weitgehend in den Hintergrund gedrängt werden, da sie durch die Gleitpaarung Metall-Metall ersetzt wurde.
Auf der Remobilisationsstation (Pavillon Severin) an der Pflegeabteilung wurde durch gezielte Behandlung erreicht, daß von den rund 150 dort behandelten Patienten 82 Prozent wiederum nach Hause entlassen werden konnten. Dank des Engagements der Pflegeheimmitarbeiter konnte für die Patienten wieder ein einwöchiger Urlaub in Schreibersdorf organisiert werden.
Im Verwaltungsbereich wurde ein Projekt, das die Änderung des Organisationsablaufes bei der Beschaffung der Materialien zum Ziel hat, installiert.

### 3.4.3. Orthopädisches Krankenhaus Gersthof

Die kollegiale Führung konnte 1997 folgende Strukturmaßnahmen zur Verbesserung der Patientenversorgung vornehmen: Die Einführung eines Pflegekomitees, um eine kontinuierliche Entwicklung und Qualitätsverbesserung in der Pflege sicherzustellen. Das Projekt „Adaptierung der Pflegedokumentation" wurde von der Projektgruppe zu Ende geführt und ein neues Dokumentationssystem vorgeschlagen, das allen Richtlinien entspricht. Im Zuge einer Investitionsoffensive des Wiener Krankenanstaltenverbundes konnte das Orthopädisches Krankenhaus Gersthof den Zuschlag für das Projekt Humanisierung von Station A erhalten, wodurch es zu einer wesentlichen Qualitätsverbesserung kam.
Zusätzlich konnte die Ausstattung aller Stationen, Funktionsbereiche und der Pflegedirektion mit PC abgeschlossen und die Warenanforderung über EDV auf allen Stationen implementiert werden.
Auf dem Gebiet der Aus-, Fort- und Weiterbildung wurden auch in diesem Jahr wieder intensive Maßnahmen gesetzt. Dazu zählen neben umfangreichen PC-Schulungen, einem Gesprächsführungsseminar vor allem die forcierten Fortbildungen zu den Themen „Pflegeprozeß", „Ethik" und „Pflegeforschung".

Im Personalbereich wurde nunmehr durch die Einführung Pflegepersonalregelung-Wien (PPR-Wien) eine optimale patientenorientierte Personalplanung sichergestellt. Außerdem wurde der Dienstpostenplan für das Pflegepersonal um rund 10 Prozent aufgestockt bei gleichzeitiger Reduktion der pauschalierten Mehrdienstleistungen. Im technischen Bereich konnte durch die Anschaffung einer neuen Telefonanlage, die auch die defekte Personenrufanlage ersetzt, eine erhebliche Qualitätsverbesserung erzielt werden. Es ist jetzt möglich, jedem Patienten ein Telefon zur Verfügung zu stellen.
Der Ambulanzbereich wurde durch eine Schulterambulanz und eine Präanästhesieambulanz für Hüft- und Knieoperationen für die Patienten qualitativ noch attraktiver gestaltet. Zusätzlich wurde das Leistungsangebot um die neue operative Methode der Schulterathroskopie erweitert. Neben den bereits seit einigen Jahren hier im Hause durchgeführten Operationsmethoden an der Schulter wurde die Schulterendoprothetik forciert.
Im Rahmen des Qualitätsmanagements konnte das Projekts „Präoperative Guidelines" abgeschlossen werden. Weitere Projekte betrafen die Blutgebarung, die Qualitätssicherung im Bereich der Dokumentation der Leistungserfassung bei den medizinisch-technischen Diensten, eine Ist-Analyse der Mitarbeiterzufriedenheit und des Qualitätsmanagements-Prozesses, die Evaluierung der Patientenbefragung sowie die Umstellung der Speisenversorgung auf Tablettsystem im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof.

### 3.4.4. Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik

In einer interdisziplinär zusammengestellten Arbeitsgruppe wurde im Rahmen des Pflegekomitees mit der Überarbeitung des Stillhandbuches in bezug auf die Einreichung der UNICEF-Stillplakette und unter Einhaltung der WHO-Richtlinien begonnen und die Schulung der Mitarbeiter hinsichtlich der Stillberatung intensiviert.
Der Ambulanzbetrieb der Schwangeren-Ambulanz wurde im Zuge eines Qualitätsmanagement-Projektes reorganisiert. Die Projektgruppe „Geburtsvorbereitung" hat die verschiedenen Leistungsangebote des Hauses aufeinander abgestimmt und die Kursinhalte festgelegt. Neben der Information über körperliche Veränderungen in der Schwangerschaft, den Geburtsverlauf, Wehenpositionen, Gebärpositionen und Stillverhalten sind bestimmte Übungen (Entspannungsübungen, Atemübungen, Körperwahrnehmungsübungen, Partnerübungen, Massage ) vorgesehen.
Ferner erhalten die Frauen in der Schwangeren-Ambulanz nun Stillinformationen in Form von Gruppengesprächen und auch Einzelgesprächen.
1997 wurde das Projekt „Ganzheitsbetreuung auf der Wochenbettstation" geplant. Ein neuer Ablauf und eine neue Organisation wurde im Qualitätsmanagement-Zirkel erarbeitet. Das Ziel dieses Projektes ist es, daß Mutter und Kind von einer Pflegeperson betreut werden. Die Qualitätsmanagement-Konferenz wurde durch zwei unterschiedliche Gruppen ersetzt: einerseits durch die Qualitätsmanagement-Steuerungsgruppe, deren Aufgabe es ist, die Beschreibung und Verbesserung wichtiger Arbeitsprozesse der Klinik in die Wege zu leiten, und andererseits jene, die für die Abwicklung diverser organisatorischer Belange und Management-Aufgaben zuständig ist.
Beim Pflegepersonal wurde das Wiener Arbeitszeitmodell auf einer Station der Klinik eingeführt. Gemeinsam ist es gelungen, beim Pflegepersonal Mehrstunden abzubauen. Bei den Stationsleitungen haben verstärkt EDV-Einschulungen bezüglich Dienstplanpaket und Warenanforderung stattgefunden. Das Apothekendepot wurde aufgelassen.
Bei dem von der Generaldirektion ausgeschriebenen Wettbewerb zur baulichen Strukturverbesserung von Stationen wurde ein Projekt der Semmelweis-Frauenklinik "Umbau der Wochenbettstation - Anhebung auf einen zeitgemäßen Unterbringungsstandard" ausgewählt und die Umsetzung für 1998 vorgesehen.
Die Sanierungsarbeiten im abgelaufenen Berichtsjahr betrafen vor allen das Flachdach des Hauses II, die Geburtshilfliche Ambulanz und des Röntgens sowie das 90jährige Kanalnetz und den Öltank.
Für den Kreißsaal wurde ein neues Blutgasanalysegerät angekauft. Die Ausstattung der Stationen mit elektrisch betriebenen Hebebetten wurde weiter fortgesetzt.
Die Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege der Kinderklinik Glanzing übersiedelte 1997 in die Semmelweis-Frauenklinik. Für die Übersiedlung der Schule und des Wohnheimes Glanzing waren bauliche Adaptierungen in verschiedenen Bereichen des Hauses notwendig. Weiters ist 1997 ein Turnsaal für die beiden Schulen der allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege mit einem Aufwand von 18,5 Millionen Schilling errichtet worden.

### 3.4.5. Kinderklinik Glanzing

Im Berichtsjahr wurden zwei offene Pflegeplätze für Frühgeborene angekauft, die einen Zugang von drei Seiten gestatten, was als wesentliche Erleichterung für die Intensivtherapie und Intensivpflege der Patienten zu betrachten ist. Zusätzlich enthalten diese offenen Wärmebetten eine integrierte Phototherapie, die sich deut-

lich platzsparend auswirkt. An weiteren Geräten wurden das EKG-Gerät erneuert, es besteht nunmehr auf Grund der Computerkompatibilität die Möglichkeit der direkten Datenübertragung. Im Bereich der Beatmungstherapie wurde das Spektrum um ein Beatmungssystem erweitert.
Am Intensiv-Neonatologiezentrum wurden im Berichtsjahr insgesamt 282 Patienten betreut. Davon benötigten 108 Patienten eine Atemunterstützung bzw. maschinelle oder Hochfrequenzbeatmung. Die Gesamtüberlebensrate aller Intensivpatienten betrug 97 Prozent, was einer deutlichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Von den aufgenommenen Patienten wiesen 72 Frühgeborene ein Geburtsgewicht von unter 1.500g auf.
Die ehemalige Station A (Frühgeborenen- und Nachbetreuungsstation) wurde per 30. September 1997 endgültig absystemisiert. Die Agenden dieser Station übernahm mit April 1997 die Säuglingsstation, die in Zukunft als Intermediate-Care-Station geführt und ins Wilhelminenspital übersiedeln wird.
Das Projekt „Implementierung eines Qalitätsmanagement-Systems" an der Kinderklinik Glanzing als Projekthaus wurde mit Juni 1997 erfolgreich abgeschlossen. Die Evaluierung erfolgte im Herbst 1997.
Im Mai 1997 erfolgte die Absiedlung der Krankenpflegeschule in die Semmelweis-Frauenklinik. Die Absiedlung des Schulinternates erfolgte mit Jahresende 1997.
In Zusammenhang mit der Übersiedlungsplanung wurden neue Personalberechnungen im Pflegebereich angestellt. Daraus ergaben sich neue Personalschlüssel für die beiden zu übersiedelnden Stationen. Beide Stationen können daher mit einer besseren Personalausstattung versehen werden. Durch die Sperre der A-Station konnten auf der Intensivstation die vorgesehenen Posten bereits zusystemisiert und ein Teil der zusätzlichen Posten für die Intermediate-Care-Station abgedeckt werden.
Da in allen Bereichen eine 100prozentige Umsetzung der Arbeitszeitmodelle erfolgte (1996), ist der Schwerpunkt 1997 und 1998 die Reduktion der Tagesarbeitszeit auf weniger als 12 Stunden. In einzelnen Bereichen wie z.B. im zukünftigen Intermediate-Care-Bereich sind Kurzdienste bereits in Anwendung (rund 15 Prozent). Die Frequenz dieser Dienste muß aber noch gesteigert werden. Im Bereich der Intensivstation werden, sobald die zusystemisierten Posten auch wirklich besetzt sind, kürzere Tagesarbeitszeiten vorgegeben.
Auf der Neonatologischen-Intensivstation wurde die Pflegevisite bereits etabliert, auf den anderen Stationen ist ein Konzept in Ausarbeitung.
Die Einbeziehung der Eltern und Angehörigen hat weiterhin hohe Priorität, wird laufend gefördert, ausgebaut und verbessert. Die Ansprüche der Eltern sind stark steigend, die Mitaufnahme der Begleitpersonen liegt derzeit bei rund einem Drittel der Gesamtaufnahme.
Die Sicherung der Pflegequalität erfolgt weiter im Rahmen des Qualitätsmanagements. Der Elternfragebogen ist fertig und in der Testphase.

### 3.4.6. Mautner-Markhof´sches Kinderspital

Eine umfassende Diskussion zur medizinischen Versorgung von Kindern in Wien, die vor allem von den Erkenntnissen aus den ICAM-Studien (Institut für Sozialwissenschaftliche Computeranalysen und Methoden e.v.) geprägt war, hat deutlich gemacht, mit welchen grundlegenden strukturellen Problemen das Mautner-Markhof´sche Kinderspital auch zukünftig konfrontiert sein wird. Einem Bettenüberangebot im allgemeinpädiatrischen und kinderchirurgischen Bereich sowie in der neonatologischen Versorgung steht ein Rückgang der Nachfrage gegenüber, der sich u.a. aus der Morbiditätsentwicklung, dem internationalen Trend zur Verweildauerverkürzung sowie aus der möglichen ambulanten Leistungserbringung durch eine ausreichende Anzahl an niedergelassenen Kinderfachärzten ergibt.
Das Jahr 1997 muß im Lichte dieser Tatsachen gesehen werden. Trotz aller Bemühungen der Mitarbeiter des Mautner-Markhof´schen Kinderspitales ging die Inanspruchnahme der stationären und ambulanten Einrichtungen weiter merklich zurück. So betrug die durchschnittliche Auslastung der systemisierten Betten des Hauses im Jahre 1997 nur mehr knapp 37 Prozent, die der belegbaren Betten 53 Prozent. Dies bedeutete im Durchschnitt 30 tatsächlich belegte Betten.
Auch die Errichtung eines Institutes für Physikalische Medizin und Rehabilitation im Kindesalter brachte nicht den erwarteten Erfolg. Die Nachfrage nach diesen sehr speziellen Leistungen war geringer als erwartet.
Von der Nachfrageseite her ist der Bestand des Mautner-Markhof´schen Kinderspitals objektiv gesehen nicht mehr zu sichern. Zudem ergab die detaillierte Zielplanung für das Mautner-Markhof´sche Kinderspital im Sinne von strukturierten Überlegungen, das definierte Leistungsspektrum in einem kindergerecht gestalteten "neuen" Haus unterzubringen, ein Investitionserfordernis von rund 300 Millionen Schilling.
Als Beispiel dafür sei u.a. erwähnt, daß dem Wunsch nach Mitaufnahme von Müttern mit ihren erkrankten Kindern nur zu einem Teil entsprochen werden konnte, da derartige Mutter-Kind-Einheiten in ausreichender Zahl und zeitgemäßem Standard erst nach einem Umbau zur Verfügung stehen würden.
Trotz dieser schwierigen Situation arbeiteten die Mitarbeiter weiterhin intensiv an der Verbesserung qualitätssichernder Maßnahmen als auch der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen, um auch in einem neuen Umfeld wesentliche Impulse einbringen zu können.

Bei der Projektemesse des Wiener Krankenanstaltenverbundes wurde die Integration des Institutes für Physikalische Medizin und Rehabilitation in den bestehenden Anstaltsbetrieb als Modell vorgestellt. Das Zwischenergebnis dieses Integrationsprozesses fand reges Interesse bei den Messebesuchern, besonders die audiovisuelle Dokumentation der fachspezifischen Interaktionen zeigte eindrucksvoll die multiprofessionelle Zusammenarbeit im Haus.
Ein Besuch des Rehabilitationszentrums Affoltern/Zürich war dazu angetan, das Leistungsspektrum zu erweitern und den Mitarbeitern einen Einblick in das Organisationsmanagement eines gut etablierten Rehabilitationszentrums zu geben. Die Umsetzung der gewonnenen Informationen, insbesondere der Installierung des Qualitätssicherungsinstrumentes „Wee FIM" (Funcional Independence Measure) für die exaktere Leistungserfassung in der Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen wurde anschließend umgehend in Angriff genommen.

### 3.4.7. Gottfried von Preyer´sches Kinderspital

Im Jahre 1997 wurden über 6.000 Patienten stationär behandelt und an die 50.000 ambulante Untersuchungen durchgeführt.
Im strukturellen und Investitionsbereich ist in erster Linie der Umbau und die Adaptierung des Ambulanzbereiches zu erwähnen: Damit konnte die Anzahl der Untersuchungszimmer vermehrt und der Warteraum vergrößert werden. Dies führte zu einer Effizienzsteigerung in der Patientenversorgung. Durch Einführung einer EDV-Administration sowie einer Modernisierung der Ambulanzkartei-Archivierung wurde hier auch im administrativen Bereich eine wesentliche Rationalisierung erreicht.
Für EEG, EKG, Physiotherapie und Logopädie konnten neue Räumlichkeiten adaptiert werden, was ebenfalls wesentliche Strukturverbesserungen für eine effizientere Patientenversorgung bedeuten.
Im Röntgenbereich wurde ein hochmodernes Ultraschallgerät angeschafft, wodurch hier die gerade im Kindesalter so wesentliche Ultraschalldiagnostik auf den neuesten Stand gebracht werden konnte.
Für die Intensivstation und die Schlaflabordiagnostik (OCRG-Diagnostik) wurde ein eigenes EDV-Programm installiert, so daß hier sowohl für die medizinische Dokumentation wie für die Administration ganz wesentliche Arbeitsgrundlagen geschaffen wurden. Auch diverse andere Stationsbereiche wurden auf EDV umgestellt. Dies brachte für das Pflegepersonal auf den Stationen organisatorische Veränderungen. Durch die umfangreichen Schulungen konnte die Umstrukturierung relativ problemlos gestaltet werden.
Im Pflegebereich wurden folgende qualitative Verbesserungen eingeführt: Die Hotelleistungen für Begleitpersonen wurden erweitert. Sämtliche Mahlzeiten können direkt auf der Station eingenommen werden. Durch den Mangel an Mutter-Kind-Einheiten werden zusätzliche Notbetten für Begleitpersonen angeboten.
Die Arbeitsgruppe Pflegeplanung widmete sich schwerpunktmäßig der Überarbeitung und Aktualisierung der Pflegestandards. Gleichzeitig wurden Transferierungs- und Entlassungsbögen erneuert. Derzeit werden die chirurgischen und internen Tageskurven gesetzeskonform adaptiert.
Aktive Mitarbeit am Projekt Pflegepersonalregelung der Kinderkrankenpflege (PPR). Die voraussichtliche Umsetzung ist für Herbst 1998 geplant. Die im Dezember 1996 gegründete Qualitätssicherungskommission hat im Jahr 1997 ihre Arbeit mit einer Ist-Erhebung der medizinischen Diagnose- und Therapiestandards begonnen.
Als besondere Aktivität des Preyer'schen Kinderspitales sei schließlich noch die Gründung einer Kinderschutzgruppe erwähnt, also eines interdisziplinären Teams, das sich um mißhandelte, vergewaltigte und verwahrloste Patienten annimmt, um diesen armen Kindern eine Verbesserung ihrer Lebenssituation, wenn möglich mit Resozialisierung in ihrer Familie, zu geben.
Durch eine sehr intensive innerbetriebliche Fortbildung (jeden Mittwoch für das ärztliche Stammpersonal, jeden Donnerstag für die Turnusärzte) wurde versucht, die Qualität der medizinischen Leistungen zu vertiefen und zu aktualisieren. Im Rahmen des Fortbildungsprogramms der Pflegedirektion wurde die österreichweite Pflegetagung „Neotreff" vom Pflegepersonal organisiert und gestaltet. Schwerpunkte waren unter anderem Vorträge über Musik-Resonanz-Therapie bei Frühgeburten und Probleme der Eltern bei Transferierungen ihres Kindes. 130 Diplomierte Kinderkrankenschwestern aus ganz Österreich besuchten die Veranstaltung.

### 3.4.8. Neurologisches Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel

1997 begann der Start eines ehrgeizigen und erfolgversprechenden Pflegeprojektes in Kooperation mit der Neurologischen Universitätsklinik in Nijmegen, Niederlande, welches über den „Felix-Mandl-Fonds" eingereicht wurde. Durch die Implementierung des Neuro-Developmental-Treatment-Konzeptes wird über eine Steigerung des Fachwissens nicht nur die Qualität der Pflege angehoben, sondern auch die Kompetenz des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege innerhalb des multidisziplinären Neuro-Rehabilitationsteams verstärkt.
Die Pflegequalität soll auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Neurologischen Rehabilitation gesichert und die Umsetzung der neuen gesetzlichen Anforderungen unterstützt werden.

Die sehr intensiven Planungen zur vorgesehenen Standortänderung auf das Gelände der Baumgartner Höhe wurden fortgesetzt und führten u. a. zur Erstellung eines überarbeiteten Raumprogramms und zur Auswahl der Architekten.
Das Jahr 1997 stand unter dem Motto „Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit". Es wurde ein „Tag der offenen Tür" veranstaltet, bei dem in mehreren eindrucksvollen Präsentationen die Leistungen der Neurorehabilitation der Bevölkerung präsentiert wurden. Die Besucher hatten die Möglichkeit, sich über die aktuellsten Rehabilitationskonzepte zu informieren. In vielen informellen Gesprächen mit den Besuchern des „Tages der offenen Tür" wurde über den geplanten Standortwechsel und darüber, daß die Qualität der Neurologischen Rehabilitation bei gleichbleibend hoher Qualität, jedoch unter besseren Rahmenbedingungen stattfinden wird, informiert.
Im Rahmen der Vorbereitungen für die Leistungsschau wurde auch die Informationsbroschüre über das Krankenhaus neu gestaltet. Alle Stationen haben einen eigenen, den jeweiligen Schwerpunkt darstellenden Folder erarbeitet.
Nach erfolgter Adaptierung des Turnsaales des Krankenhauses steht nun ein im internationalen Vergleich hervorragend ausgestattetes Neurophysiologisches Labor zur Verfügung, welches auch den Anforderungen der restaurativen Neurologie genügt.
Zusätzlich wurde ein altes Ultraschallgerät durch ein modernes Gerät ersetzt. Damit kann nun allen Anforderungen der Neurosonologie, wie sie speziell für die Diagnostik und Prävention des Schlaganfalles erforderlich ist, Genüge getan werden. Des weiteren wurden im Berichtsjahr die EDV-Ausstattung des Krankenhauses, die Implementierung des EDV-Dienstplanes und die vom Gesetzgeber geforderte Arbeitsplatzevaluierung abgeschlossen.
Die 2. Projektemesse des Wiener Krankenanstaltenverbundes wurde zum Anlaß genommen, drei Projekte von Mitarbeitern des Hauses zu präsentieren.
Die erfolgreichen Bestrebungen aller Mitarbeiter des Hauses um eine permanente Qualitätsverbesserung kommen in der Evaluierung der Patientenbefragung zum Ausdruck, welche 1997 eine signifikant weitere Verbesserung in allen Bereichen gegenüber den Vorjahren aufzeigt.

### 3.4.9. Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel

Die seit Jahren an der Krankenanstalt entwickelte Struktur für die Versorgung neurologischer Erkrankungen, insbesondere jener von Schlaganfallpatienten, wurde hinsichtlich Krankheitsverlauf und Schweregrad an die seit 1. Jänner 1997 eingeführte Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) adaptiert. Die Versorgung im Akutstadium und auch in der postakuten Nachbehandlung (sog. Behandlungsphasen B, C) ist durch folgende Einheiten gewährleistet: eine Voll-Intensivstation, zwei „stroke units", eine „intermediate care", zwei Einheiten für die neurologische bzw. neuro-psychologisch orientierte Rehabilitation.
An der Neuropsychiatrischen Abteilung für Kinder und Jugendliche mit Behindertenzentrum wurde in der neurologischen Frührehabilitation (Station C 1) eine neue Therapiemethode etabliert: die „Substituierend dialogisch kooperative Handlungstherapie" (SDKHT nach Feuser). Es handelt sich um eine intensive, dialogisch orientierte Therapieform, die im Rahmen rehabilitativer Therapien (bisher insbesondere Ergotherapie) sowie im Bereich der rehabilitativen Pflege in der Arbeit mit komatösen Patienten angewandt wird und durch den Einsatz apparativer Polygraphie unterstützt werden kann.
Im Pflegebereich wurde Anfang 1997 an der Neuropsychiatrischen Abteilung für Kinder und Jugendliche mit der Etablierung eines Pflegekonzeptes, welches auf der Pflegetheorie nach Orem beruht, begonnen. Derzeit erfolgt die Evaluierung der Umsetzung in bezug auf die Pflegeplanung und Pflegemaßnahmen.
An der I. Neurologischen Abteilung konnte mit der Erneuerung der Liftanlage und mit der Wiedereröffnung der Station A 5 die 1989 begonnene Generalsanierung der Abteilung abgeschlossen werden.
Im Frühjahr 1997 erfolgte die Fertigstellung und Betriebsaufnahme der City-Net-Verbindung für die schnelle Bilddatenübermittlung vom Schnittbildzentrum Lainz zum Zentralröntgeninstitut Rosenhügel und vice versa.
Von der Station A 1 der I. Neurologischen Abteilung wurde 1997 ein Qualitätsbericht zur neuropsychologischen Frührehabilitation, insbesondere von Schlaganfallpatienten erarbeitet. Dem Rehabilitationsteam gelang es, nach durchschnittlich 6 - 8 wöchiger neuropsychologisch orientierter Frührehabilitation 82 Prozent der Patienten nach Hause zu entlassen; 8,5 Prozent der Patienten wurden in andere Krankenhäuser rücktransferiert, 6,3 Prozent in Pflegeheime, 2,1 Prozent in Pensionistenheime überstellt, 1,1 Prozent verstarben.
An der II. Neurologischen Abteilung wurden zwei Projekte im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung durchgeführt: Eine multizentrische Studie zur Erfassung von Verzögerungsfaktoren, die zu einer verspäteten Einweisung von Patienten mit cerebralen Insulten in die Wiener Krankenanstalten führen. Die Studie ist abgeschlossen, die Analyse der Ergebnisse liegt erst partiell vor. Analyse eines während der letzten drei Jahren angewandten diagnostischen Untersuchungsschemas bei Patienten mit Polyneuropathie zwecks möglicher Vermeidung unnotwendiger Therapieschritte und damit verbundener Kostenminimierung. Die Studie ist abgeschlossen, die Analyse ist im Gang.

Für jungdiplomierte und neue Mitarbeiter wurde ein sechsmonatiges Einschulungsprogramm erarbeitet. Dieses basiert auf theoretischen und praktischen Inhalten und wird in Form von Workshops oder Seminaren abgehalten.
Auf der 2. Projektemesse des Wiener Krankenanstaltenverbundes waren 4 Stationen mit ihren Projekten vertreten.

### 3.4.10. Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe

Das Jahr 1997 stand im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe einerseits im Zeichen des 90. Geburtstages des Krankenhauses. Dieser Anlaß wurde dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in der Psychiatrie gewidmet. Andererseits wurden dabei die Perspektiven des Krankenhauses in der Zukunft angesprochen. Eine wesentliche Rahmenbedingung für diese Perspektiven ist der Plan, das Psychiatrische Krankenhaus mit vier anderen Institutionen des Wiener Spitals- und Gesundheitswesens am Standort zu einem großen und fachdifferenten Krankenhauskomplex zu integrieren.
Dieses Projekt wird vom Psychiatrischen Krankenhaus ohne Einschränkungen mitgetragen. Im Jahr 1997 fanden diesbezüglich in erster Linie Planungen statt, auf deren konkrete Umsetzung in den nächsten Jahren zu hoffen ist. Die Ermöglichung der Zusiedlung der Neurologischen Abteilung aus dem Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel wird schon vorbereitet, indem einem Zielplan entsprechend die Häuser dafür durch Stationsübersiedlungen freigemacht werden. Zumindest zu einem erheblichen Teil zukunftsorientiert sind 1997 auch Maßnahmen gewesen, die der äußeren und inneren Kommunikation unter Nutzung moderner Technologien dienen: Nach mehrjähriger Arbeitszeit wurde die Telefonzentrale für den ganzen Standort fertiggestellt und durch weitgehend abgeschlossene Arbeiten zur Verlegung von Lichtwellenleitern zu den und in die einzelnen Pavillons die technische Voraussetzung für die Installierung moderner Kommunikationssysteme hergestellt. Die Umstellung auf dieses neue Informationssystem ist fast abgeschlossen.
Eine große Veränderung hat die Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf LKF mit sich gebracht. So ungünstig die Positionen dieses Finanzierungssystems für die Psychiatrie im allgemeinen sind, so ist doch sehr zu begrüßen, daß zum ersten Mal halbstationäre Leistungen (die in der Psychiatrie eine große Rolle spielen) verrechenbar geworden sind.
Neben diesen mehr technischen und administrativen Maßnahmen sind auch 1997 wieder eine Reihe von Projekten durchgeführt worden, die der Weiterentwicklung der inneren Organisation des Krankenhauses dienen, so die Beteiligung an dem Dezentralisierungsprojekt der Generaldirektion mit dem speziellen Thema „Dezentralisierung unter Routine-, Anpassungs- und Neustrukturierungsbedingungen", Projekte zur Förderung der Personalentwicklung und des Führungsverständnisses im Psychiatrischen Krankenhaus, die sich dem Total-Quality-Management einfügen, dem sich das Psychiatrische Krankenhaus nun schon das dritte Jahr verpflichtet fühlt.
Es hat zum Teil auch mit Personalentwicklung, zum anderen aber auch mit Organisationsentwicklung zu tun, daß eine Untergruppe der Projektgruppe Standortveränderung Maria-Theresien-Schlössel eingerichtet wurde, die die künftigen Verwaltungsstrukturen, zunächst im Bereich Finanz und Wirtschaft, aufbereitet.
Neben der medialen Aufbereitung der 90-Jahr-Feier haben sowohl das Jugendstiltheater als Ort verschiedener Veranstaltungen und die Otto-Wagner-Kirche als architektonisches Monument des Wiener Jugendstils wichtige Brücken zur Öffentlichkeit geschlagen.

### 3.4.11. Therapiezentrum Ybbs/Donau

Die aus der Dezentralisierung resultierenden strukturellen, organisatorischen und personellen Maßnahmen und die noch stärker bedarfs- und kundenorientierte Ausrichtung der Angebotsleiste in allen Bereichen beherrschten die Aktivitäten des Jahres 1997. Um eine zeitgemäße Patientenunterbringung zu garantieren, wurden an der alten Bausubstanz der beiden Häuser wieder zahlreiche Umbau- und Sanierungsarbeiten durchgeführt. Dazu zählten neben der Adaptierung von Stationen auch die Erneuerung der Fassaden.

Mit dem Umbau einer Station und einer behindertenfreundlichen Einrichtung konnte im Förderpflegeheim die Lebensqualität für die Bewohner erhöht werden, und so haben zwei Wohngruppen ein neues, schönes Zuhause bekommen.

Das Pflegeheim verzeichnete sowohl durch die Fortführung der baulichen Maßnahmen als auch durch die Etablierung neuer Pflegemodelle einen Qualitätsgewinn. Eine Station konnte nach ihrer Ausbildung in der „reaktivierenden Pflege nach Erwin Böhm" ihr Wissen in der konkreten Alltagsarbeit umsetzen. Die Früchte ihrer Arbeit erntete diese Station durch die Überreichung der Auszeichnung „Psychogeriatrisches Pflegequalitätssignum" .Das Pflegeheim ist das erste Haus innerhalb des Wiener Krankenanstaltenverbundes, das diese Auszeichnung verliehen erhielt.
Die Schwerpunkte im EDV-Sektor waren die Installation weiterer PC auf den Stationen und zahlreiche Schulungen für das Pflegepersonal. Im abgelaufenen Jahr wurden zwei Kooperationen vereinbart, die die

Entwicklung des Hauses in der Zukunft wesentlich prägen werden. Zuerst genannt werden sollte die Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens mit dem Bezirksklinikum Regensburg.
Auf Grund dieser Kooperation werden nicht nur neue Erkenntnisse in der Behandlung und Betreuung von Patienten gewonnen, sondern auch neue Wege in der Fortbildung eröffnet. Im Zuge von Personalaustausch und projektbezogenen Erfahrungsabgleichungen können für unsere Mitarbeiter Eindrücke aus Bereichen vermittelt werden, die vor Ort nicht gewonnen werden können (Forensik oder Zentrum für erworbene Hirnschäden usw.).
Weiters wurde für den Bereich Umweltschutz mit der Höheren Lehranstalt des Stiftes Zwettl für Umwelt und Wirtschaft eine Zusammenarbeit vereinbart. Im Bereich des Energiemanagements wurden bereits die ersten Projekte durchgeführt. Anfang 1998 folgt ein weiteres Projekt zur Erstellung eines gesamtbetrieblichen Abfallwirtschaftskonzeptes. Langfristig ist die Installierung eines Umweltmanagementsystems geplant, wodurch neben der verringerten Belastung der Umwelt auch eine verbesserte Ressourcenverteilung zu erwarten ist. Die Schüler haben ihrerseits die Möglichkeit, Erlerntes bei uns umzusetzen und so wertvolle praktische Erfahrung zu machen. Weiters beraten wir den Lehrkörper in Suchtpräventionsfragen und informieren die Schüler über die Gefahren und Auswirkungen des Suchtmittelmißbrauchs.
Im Zuge der kundenorientierten Ausrichtung unserer Leistungen wurde die Informationsbroschüre „Heilen und Helfen" mit großem Erfolg herausgebracht. Zur besseren Darstellung der spezifischen Leistungen der einzelnen psychiatrischen Stationen wurden Folder aufgelegt.
Ein weiterer Höhepunkt war der im Herbst anläßlich des 180jährigen Bestehens veranstaltete „Tag der offenen Tür", zu dem wir zahlreiche Besucher aus Wien und der Region begrüßen konnten. Ziel dieser Veranstaltung war es, über die modernen medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Leistungen zu informieren.
Zur Verbesserung der innerbetrieblichen Information und Kommunikation wurde eine Mitarbeiterzeitung, das „TZ Magazin", in neu überarbeiteter und gestalteter Form herausgebracht und an die Mitarbeiter sowie alle ehemaligen Bediensteten verteilt.

## 3.5 Pflegeeinrichtungen

### 3.5.1. Pflegeheim Baumgarten und St. Rochusheim

Das Pflegeheim Baumgarten und das St. Rochusheim bilden eine in sich geschlossene verwaltungstechnische Einheit und werden aus diesem Grund von einer Kollegialen Führung geleitet.
Im Rahmen der Investitionsoffensive für die Pflegeheime des Wiener Krankenanstaltenverbundes wurden 1997 weitere Strukturverbesserungen im baulichen und im Einrichtungsbereich durchgeführt. So konnte auf beiden Stationen des Pavillons 1 eine Generalsanierung durchgeführt werden, und zwar sowohl in bautechnischer Hinsicht als auch im Einrichtungsbereich. Am Pavillon 2 wurde durch die Neugestaltung der Elektrotherapie sowohl eine räumliche Vergrößerung als auch durch den Ankauf eines Lasertherapiesystems, zweier Magnetfeldtherapiegeräte und eines Reizstromapparates eine Erweiterung der Möglichkeiten für eine effiziente und adäquate Patientenbehandlung erreicht.

Durch Geräte-Anschaffungen im Bereich der cardiovasculären Diagnostik wurde die Möglichkeit einer genaueren Abklärung von Kreislaufdysregulationen geschaffen, was vor allem der Differenzierung von Sturzursachen dient. Zur Verbesserung der akutmedizinischen Betreuung wurde ein mobiles Pulsoxymetriegerät und zwei Defibrillatoren angekauft. Als Folge intensivierter medizinischer und pflegerischer Remobilisationsmaßnahmen konnte die Entlassungsquote der Kurzzeitpflege gegenüber den Vorjahren gesteigert werden.
Durch weitere Investitionen in Dekubitusbehandlungssysteme konnte in diesem immer bedeutender werdenden medizinisch-pflegerischen Bereich eine weitere Effizienzsteigerung erreicht werden.
Das Medikamentendepot sowie das medizinisch-chemische Labor wurden den gestiegenen aktuellen Anforderungen entsprechend räumlich vergrößert und neu ausgestattet.

Die EDV-Vernetzung aller Stationen wurde sowohl im Anforderungsbereich als auch für die medizinische Diagnosenerfassung und Pflegeaufwandskategorisierung schrittweise fortgesetzt. Dies bedeutet einen weiteren Schritt zu einer flächendeckenden EDV-Struktur.

Im Hinblick auf die Qualitätssicherung wurden folgende Maßnahmen gesetzt: Aus- und Fortbildungsaktivitäten in fast allen Berufsgruppen durchgeführt, wie z. B. die Ausbildung einer Mitarbeiterin zur Qualitätskoordinatorin und einer weiteren zu einer Hygienefachkraft. Die innerbetrieblichen Fortbildungen wurden durch die Reihe „Geriatrie im Blickpunkt" erweitert, die von der Ärztekammer als Diplomfortbildungsveranstaltung anerkannt wurde.
Mit dem Ziel Verbesserungen in der Arbeitsqualität und Arbeitszufriedenheit zu erreichen, wurde ein interdisziplinäres Teamentwicklungsseminar für medizinisch-pflegerische Abteilungen durchgeführt.

Der Ausbau der Statistik von pflegerelevanten Daten sowie die Evaluierung der verschiedenen Pflegestandards waren weitere Beiträge im Hinblick auf die Qualitätssicherung.
Die bereits traditionellen therapeutischen und aktivierenden Angebote und Veranstaltungen für die Patienten wurden durch Tiergarten- und Zirkusbesuche erweitert. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das erstmals veranstaltete Garten-Zeltfest, das unter großem Einsatz der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Musikgruppen und des Betriebskindertagesheimes großen Anklang bei Patienten und Besuchern fand.

### 3.5.2. Förderpflegeheim Baumgartner Höhe

Im Berichtsjahr standen Veränderungen und Weiterentwicklungen bei der dislozierten Betreuung der Klienten im Vordergrund. Wie geplant und mit dem Leiter der MA 12 vereinbart, wurde die seit Ende 1994 von Mitarbeitern des Förderpflegeheimes Baumgartner Höhe betreute Wohngemeinschaft Anzbachgasse mit sechs Bewohnern in Form eines überlappenden Personalaustausches zwischen Oktober und Dezember 1997 vom Verein GIN (Gemeinwesen, Integration und Normalisierung) übernommen. Erfreulicherweise konnte eine langjährige Betreuerin des Förderpflegeheimes Baumgartner Höhe und der Wohngemeinschaft Anzbachgasse als Betriebsstellenleitung für den Verein gewonnen werden.
Seit Winter 1996/1997 liefen bereits Planungen für ein Nachfolgeprojekt, so daß eine Wohngemeinschaft mit 6 Klienten des Förderpflegeheimes Baumgartner Höhe im Spätsommer 1997 ein geeignetes Wohnobjekt im Hirschfeldweg beziehen konnte. Diese Wohngemeinschaft wird für eine mehrmonatige Übergangszeit, analog zu den früheren Projekten, von Mitarbeitern des Förderpflegeheimes Baumgartner Höhe betreut, wobei bis zum Frühjahr 1998 ebenfalls, teils durch einen überlappenden Personalaustausch, teils auch durch Übernahme einiger Betreuer in ein Dienstverhältnis zu einem privaten Träger, ein hohes Maß an Betreuungskontinuität und -qualität gesichert ist.
Mit dem Auslaufen des dislozierten Betreuungsprojekts Hirschfeldweg wird dieses Programm des Förderpflegeheimes Baumgartner Höhe beendet, u.a. auch deshalb, da mit Start der gemeinwesenintegrierten Betreuung von bisher auf der Baumgartner Höhe betreuten geistig behinderten Personen durch die MA 12 und die „ARGE Wohnplätze" private Träger die extramurale Versorgung dieses zum Teil sehr schwierigen Klientels übernommen haben.
Seitens des Förderpflegeheimes Baumgartner Höhe wurden seit Mai 1990 drei derartige Projekte durchgeführt, wobei 17 geistig behinderten Menschen ein Leben im Sinne des Normalisierungsprinzips ermöglicht wurde.
Die durch das Auslaufen der genannten Projekte frei werdenden personellen Ressourcen wurden und werden einer verstärkten Betreuung schwerst mehrfachbehinderter Kinder zugeführt, da in den beiden vergangenen Jahren ein zunehmender Aufnahmedruck aus diesem Segment festgestellt wurde.
Das 1996 begonnene heilpädagogische Reitprogramm mit zwei dem Förderpflegeheim Baumgartner Höhe zur Verfügung gestellten Therapiepferden konnte 1997 intensiviert werden, da es in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Gärtnerei des Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe gelang, ein geeignetes Grundstück mit Unterstellmöglichkeiten für die beiden Pferde im Areal des Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe zu adaptieren. Die dadurch gegebene räumliche Nähe zum Förderpflegeheim Baumgartner Höhe ermöglichte es, einer größeren Zahl von Bewohnern des Hauses an diesem Programm zu partizipieren.
Auch 1997 nahm wieder eine große Zahl an Mitarbeitern an den verschiedensten innerbetrieblichen und auch externen Fortbildungsmaßnahmen teil, dazu gehörten Veranstaltungen zum Thema „Kommunikation und Organisation" für die 2. Führungsebene, ein mehrtägiges Symposiums zum Thema „Arbeitswelt geistig behinderter Menschen", sowie ein Keramiklehrgang, die Ausbildung zum Übungsleiter im heilpädagogischen Voltigieren und eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Motopädagogik". Innerbetriebliche Fortbildungen fanden zu den Themen „Atemtherapie", „Anfallserkrankungen", „Burn-out", „Osteoporose" und „Zahnpflege bei geistig und schwerst mehrfachbehinderten Menschen" statt.

### 3.5.3. Geriatriezentrum Am Wienerwald

Auch 1997 stand das Geriatriezentrum Am Wienerwald im Zeichen der Umstrukturierung vom Pflegeheim in ein modernes Geriatriezentrum. Im April fand die Gründung des neuen Institutes für Physikalische Medizin und Rehabilitation statt. Der Pavillon VI ist der erste Pavillon im Geriatriezentrum Am Wienerwald, der an Hand der bewilligten Zielplanung und der vorgegebenen Baustandards saniert werden soll. Die Pläne zur Adaptierung der beiden zukünftigen Stationen - Orthopädische Rehabilitation, Orthopädische Langzeitpflege - wurden von der Generaldirektion prämiert. Nach der Planungsphase soll 1998 mit dem Umbau begonnen werden. Im Parterre des Pavillons entsteht nun das Institut für Physikalische Medizin und Rehabilitation.
Die im Pavillon XIII angesiedelten Ambulanzen wurden für die Verbesserung der Infrastruktur patienten- und mitarbeitergerecht adaptiert. Durch diesen Umbau ist es nun möglich, den Patienten in den Wartezonen

eine ständige Betreuung zuteil werden zu lassen. Ebenso kam den Patienten und Mitarbeitern die Erneuerung von Fenstern, Türen und Aufzugsanlagen zugute. Weiters ist es 1997 gelungen, den angestrebten Standard betreffend die Einrichtung von Patientenzimmern weitgehend zu erreichen.
Eine weitere Strukturmaßnahme war der Abbau von Betten. 1997 konnten insgesamt 60 Betten absystemisiert werden. Demgegenüber steht eine Steigerung der Aufnahmezahlen von 2.366 (1996) auf 2.470 (1997). Diese Effizienzsteigerung war durch die Optimierung und Institutionalisierung des Geriatrischen Assessments möglich.
Das Qualitätsmanagement-Demonstrationsprojekt im Geriatriezentrum Am Wienerwald als eines der Qualitätsmanagementreferenzhäuser lief 1997 aus. Nachdem die Implementierung von Qualitätsmanagement-Strukturen im Haus nunmehr abgeschlossen ist, soll jetzt Qualitätsmanagement als Management-Instrument in der Routine angewendet werden. Das Haus hat in den drei Projektjahren etwa 55 Problemfelder teils in Zirkeln, teils in Komitees thematisiert, in 16 Fällen wurden Verbesserungsmaßnahmen eingeführt. Ein Schwerpunkt lag in der interdisziplinären Schulung unserer Mitarbeiter. Die gesamte erste und zweite Führungsebene des Hauses sowie weitere 200 Mitarbeiter nahmen obligatorisch an einem Qualitätsmanagement-Grundlagenworkshop teil. Das Qualitätsmanagement-Infoseminar besuchten 949 Mitarbeiter, 20 ausgebildete Qualitätsmanagement-Koordinatoren stehen insgesamt zur Verfügung, und zwei Mitarbeiter wurden zu Qualitäts-Managern ausgebildet. Seit Mitte 1997 wird an der Erstellung eines Leitbildes gearbeitet, dessen Fertigstellung Anfang 1998 geplant ist.
Das Leistungsangebot der Pflege wurde um die basal stimulierende Pflege in der Betreuung apallischer Patienten und das Projekt „Granny Kids" erweitert. Das Projekt „Granny Kids" ermöglicht eine Zusammenführung von Patienten und Kindern des hausinternen Kindergartens für gemeinsame Unternehmungen mit dem Ziel, Grenzen zwischen Jung und Alt abzubauen. Um jenen Patienten, die im Geriatriezentrum Am Wienerwald leben und wohnen, die Tage abwechslungsreich zu gestalten, fanden 93 Ausflüge in die weitere Umgebung Wiens, Grillfeste auf der Donauinsel, Zirkus- und Theaterbesuche statt.
Einen weiteren Schwerpunkt bildet die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Im Rahmen der innerbetrieblichen Fortbildung konnten 27 Stationsführungsteams (Stationsarzt, Stationsschwester) im Konfliktmanagement gemeinsam geschult werden. Bis Ende 1997 wurden 25 Stationen in reaktivierender Pflege geschult, deren Einsatz an einer gesteigerten Eigenmobilität und verstärkten Selbständigkeit der Patienten beobachtet werden kann. 309 Schüler diverser Krankenpflegeschulen und Praktikanten aus dem extramuralen Bereich haben ihr Geriatriepraktikum im Geriatriezentrum Am Wienerwald absolviert. Damit die Ausbildungsziele der Auszubildenden erreicht und qualitativ verbessert werden, begann 1997 erstmalig ein dislozierter Kurs für Praxisanleiter, weitere sind vorgesehen.

### 3.5.4. Pflegeheim Klosterneuburg

Das Jahr 1997 stand schwerpunktmäßig unter dem Leitgedanken „Von der Endstation zur Lebensstation" - Verbesserung der Lebensqualität und Forcieren der Rückführung in den eigenen Wohnbereich. Grundlage dafür war die Ausweitung der „Reaktivierenden Pflege" nach Böhm auf einer weiteren Station des Hauses zur Wiedererlangung der Selbständigkeit und Förderung des Selbstvertrauens unserer Bewohner. Die Umsetzung des neuen Dokumentationssystems gewährleistet eine gezielte Erfassung des ganzen Menschen durch die Erweiterung der Pflegeplanung. Dieses neue System erlaubt effizientere Dienstübergaben, gibt kontinuierliche Informationen und dokumentiert die pflegerische, medizinische und therapeutische Betreuung am Bewohner. Gleichzeitig wurde begonnen mit Pflegestandards zu arbeiten, die den Mitarbeitern als Hilfestellung bei bestimmten Arbeitsabläufen dienen und den Bewohnern bestmögliche Betreuung garantieren. Die Einführung regelmäßiger Pflegevisiten und die ganzheitliche Pflege durch weitere Verkleinerung der Pflegebereiche ergänzten das Bestreben, den Bedürfnissen unserer Bewohner gerecht zu werden.
Im Rahmen eines Modellversuchs wurde auf einer Station die „Validierende Pflege" etabliert, durch die der hochbetagte Mensch individuell gefördert, begleitet und gepflegt wird. Damit wird dem Bewohner ein Leben ermöglicht, das auf ihn und seine Bedürfnisse ausgerichtet ist, und die Voraussetzungen geschaffen, dieses auch in Würde zu beschließen.
Erstmalig in der Geriatrie wurde im Pflegeheim Klosterneuburg das Projekt CliniClowns bei alten Menschen gestartet, basierend auf den Erkenntnissen, daß Lachen den Heilungsprozeß fördert. Es mobilisiert im Menschen positive Kräfte, die Angst mildern können und helfen, Traurigkeit zu überwinden.
Ergänzend zu den diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten der Schulmedizin wurde das Therapieangebot im Haus im Sinne der Komplementärmedizin um die Angebote der Kinesiologie und der Physioenergetik erweitert. Dadurch konnten mehr Krankheitsbilder schonender diagnostiziert und therapiert werden, und damit ein weiterer Schritt in Richtung ganzheitlicher Betreuung erreicht werden.
Durch den Einsatz einer Diätassistentin konnte die individuelle Diätberatung und die Zusammenstellung der Speisepläne nach ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten realisiert werden.
Auf dem baulichen Sektor wurden zahlreiche Schwerpunkte zur Erhaltung der Bausubstanz und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Bewohner und Mitarbeiter gesetzt. Im Pavillon „Neuge-

bäude“ wurde mit dem Umbau der Station A zur Projektstation mit getrennten Tag- und Nachtstrukturen und vermehrten Sanitäreinheiten begonnen. Der Personenaufzug im Pavillon „Altgebäude“ wurde generalsaniert und ein Zubau neben den Werkstätten mit einem gekühlten Trankraum und zusätzlichen Magazinen errichtet.

Im Berichtsjahr wurde das Projekt „Leitbild für das Pflegeheim Klosterneuburg“ ins Leben gerufen. Mitarbeiter aller Bereiche und Hierarchieebenen erarbeiten gemeinsam die Unternehmensphilosophie des Hauses, die die Art und Weise der Zusammenarbeit regelt und den Mitarbeitern einen Orientierungs- und Handlungsrahmen für die tägliche Arbeit geben wird.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Intensivierung der sozialen Betreuung der Bewohner. Aktivitäten wie Spaziergänge in die Stadt und Kaffeehausbesuche wurden weiter forciert. Urlaube, Feste und Feiern auf den Stationen, Veranstaltungen im Garten und Tagesausflüge rundeten das Aktivitäten-Programm ab.

### 3.5.5. Pflegeheim Liesing

Nach Abschluß des Dachgeschoßausbaues und der Erweiterung des Personenaufzuges in das Dachgeschoß konnten Ärztezimmer und Arbeitsräume für den Sozialarbeiter und den Techniker besiedelt und im 2. Obergeschoß für die Umbauarbeiten freigemacht werden. Vorrangig war aber die Inbetriebnahme der Räumlichkeiten der Beschäftigungs- und Ergotherapie, so daß den Patienten wieder diese für die Remobilisierung und Verbesserung der Lebensqualität so wichtigen Therapieformen zur Verfügung stehen.
Nach Absiedlung der erwähnten Räume konnten die Umbauarbeiten im 2. Obergeschoß begonnen und am Ende des Jahres abgeschlossen werden. Dadurch enstanden aus zwei Stationen drei mit wesentlichen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für das Personal, aber auch für die Wohnqualität der Patienten. Außerdem konnte eine Station mit 24 Betten in Betrieb genommen werden, die den neuesten Standards für Pflegestationen in Pflegeheimen entspricht.
Die Absystemisierung von 446 auf 428 Betten ermöglicht eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, und es konnte auch der Bettenstand der größten Pflegestation von 50 auf 44 Betten reduziert werden
Die Urlaubsbetreuung (die Betreuung von Patienten während des Urlaubs von betreuenden Angehörigen), im Jahr 1993 im Pflegeheim Liesing als Pilotversuch gestartet, wurde auch im 5. Jahr ihres Bestehens von der Wiener Bevölkerung bestens angenommen.
Die Investitionen auf dem baulichen Sektor brachten eine Reihe von Strukturverbesserungen. So konnten neben den bereits erwähnten Ausbauarbeiten die dringende Erneuerung des Vordaches im Wirtschaftshof des Neugebäudes, der Einbau einer Brandmeldeanlage in Teilen des Neugebäudes, die Erneuerung der Einfriedung des Schloßparks in der Josef-Kutscha-Gasse und der Umbau eines Raumes für die neu gegründete Abteilung Finanz der Verwaltungsdirektion abgeschlossen werden.
Weitere Anschaffungen, die getätigt wurden: ein Röntgengerät, Dokumentationswagen für die neue Patientendokumentation; ein Mikroskop und eine Laborzentrifuge zur Verbesserung des Laborangebotes und ein Gewerbe-Großgeschirrspülgerät zur Verbesserung der Hygiene in der Zentralküche.
Folgende wichtige Projekte wurden 1997 in Angriff genommen bzw. abgeschlossen: Das Pilotprojekt Abendkaffee wurde erfolgreich beendet und steht nun den Patienten und Angehörigen täglich Montag bis Freitag von 18 bis 21 Uhr als ständige Einrichtung zur Verfügung. Die technische Ausstattung und Einrichtung wurde von hauseigenem Werkstättenpersonal durchgeführt. Das Projekt wurde durch einen Preis einer Firma und mit dem 2. Preis des Wiener Gesundheitspreises ausgezeichnet. Das Projekt „Entwicklung des Patientendokumentationssystems“ steht kurz vor der Implementierung auf den Stationen. Weiters wurde ein Projekt „Katzen als Therapietiere“ auf einer Station mit einer Patientenbefragung abgeschlossen. Im Frühjahr 1997 wurden Sturzprotokolle evaluiert und die Ergebnisse in Form einer Projektarbeit dokumentiert und präsentiert.
Besonders wichtig ist dem Pflegeheim Liesing die PR-Arbeit und die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Tätigkeiten des Hauses bzw. die Öffnung des Hauses nach außen: dies zeigte sich in einem gut besuchten „Tag der offenen Tür“, einer ganztägigen Veranstaltung „Advent im Schloß Liesing“, in der Zusammenarbeit mit regionalen Schulen sowie in der Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien.

### 3.5.6. Pflegeheim Sanatoriumstraße

Das Pflegeheim Sanatoriumstraße besteht derzeit aus zwei Pavillons mit je zwei Stationen. Der Pavillon 15 ist bereits generalsaniert, so daß für 50 Prozent der Senioren gute Unterbringungsbedingungen angeboten werden können. Durch die Entscheidung, das Neurologische Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel an den Standort Baumgartner Höhe zu verlegen, verliert das Pflegeheim Sanatoriumstraße den Pavillon 5 und wird an seiner Stelle den Pavillon 9 erhalten. Konsequenz dieser Rochade war eine Fülle von Planungsaufgaben im Berichtsjahr 1997.

Der erste Schwerpunkt lag dabei in der Suche nach einem Ausweichquartier im Bereich des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe für die beiden betroffenen Stationen des Pavillon 5. Die Vorbereitung für die Übersiedlung wird noch in das Jahr 1998 hineinreichen. Auch wenn klar ist, daß in den Ausweichstationen mit einem reduzierten baulichen und ausstattungsmäßigen Standard zu rechnen ist, wird dennoch dafür Sorge getragen, daß der Ablauf eines vertretbaren, geordneten Betriebes für einen Zeitraum von 1 bis 1 1/2 Jahren gesichert werden kann. Parallel dazu laufen aber schon die Planungen für die Generalsanierung des Pavillons 9.

Die Anhebung des Ausstattungsstandards konnte durch den Ankauf von Patientenhebern, Aufstehhilfen, Rollstühlen und anderen den Bedürfnissen der Patienten angepaßten Mobilitätshilfen und Sitzmöbeln erreicht werden. Die Qualitätsverbesserung ergibt sich dadurch sowohl im Sinne einer Steigerung des Wohlbefindens bei den Patienten als auch im Sinne einer Entlastung des Betreuungspersonals von schwerster körperlicher Anstrengung.

Die Ausstattung mit EDV-Geräten ging im vorgeplanten Ausmaß voran. Viel Zeit und Mühe wurde für die Implementierung von EDV-Programmen im Bereich Dienstplanabrechnung und Anforderungswesen investiert.

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes wurde intensiv an der qualitativen Verbesserung der Patientendokumentation gearbeitet.

Themenschwerpunkte auf dem Fortbildungssektor waren Kommunikation, Teamarbeit, Führungsprozesse, Personalmanagement und Einführung in die Feldenkraismethode.

Medizin und Pflege im klassischen Sinn stellen dabei nach wie vor die Grundpfeiler unseres Leistungsangebotes dar, wichtige Ergänzungen und Unterstützung kommen aus den Bereichen Physiotherapie, Heilmassage und Patientenanimation.

Darüber hinaus sind es aber vor allem die soziotherapeutischen Aktivitäten, die die Lebensfreude und Lebensqualität der Senioren deutlich und spürbar erhöhen. Auch im Berichtsjahr waren wieder Initiative, Phantasie und Kreativität der Mitarbeiter aus allen Berufssparten gefordert, um Akzente in diesem Sinne setzen zu können.

Es wurden sehr viele Außenaktivitäten mit den hochbetagten Heimbewohnern geplant und durchgeführt, wobei sich das Prinzip der kleinen Gruppen bewährt und durchgesetzt hat.

### 3.5.7. Pflegeheim im Sozialmedizinischen Zentrum Ost

Um den 15. Jahrestag der Inbetriebnahme des Pflegeheimes und des Geriatrischen Tageszentrums festlich zu feiern, wurde ein "Tag der offenen Türe" durchgeführt. Namhafte Experten hielten dabei Referate zum Thema: „Älter werden dürfen? Älter werden müssen? Was ist Leben?". Außerdem präsentierten sich alle Berufsgruppen des Hauses der Bevölkerung und gaben Einblick in ihre Tätigkeiten. Eine Gesundheitsstraße rundete das Angebot ab.

Im Rahmen der Therapie zur Aktivierung der Heimbewohner wurden u.a. rollstuhlgerechte Gemüsebeete angelegt, die es den Pfleglingen ermöglichen, Blumen und Gemüse anzubauen, zu pflegen und zu ernten. Außerdem war das Pflegeheim im Sozialmedizinischen Zentrum Ost mit dem Projekt „Kreatives Gestalten mit Textilien" auch bei der 2. Projektemesse des Wiener Krankenanstaltenverbundes vertreten.

Im Bereich der Decubitus-Prophylaxe wurden verstärkt Investitionen getätigt und gemeinsam mit anderen Pflegeheimen an der Entwicklung und Erprobung einer Anti-Decubitus-Matratze teilgenommen.

Die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter erfolgte bei Schulungen, Seminaren und Kongressen. Zweimal wurde das Seminar „Philosophisch-medizinische Probleme in der Geriatrie" im Haus abgehalten. Neben Studenten nahmen Mitarbeiter aus anderen Häusern und Angehörige daran teil, die alle dazu beitrugen, mehr voneinander zu lernen und zusätzlich den guten Ruf auch über die Bezirksgrenzen hinauszutragen.

Eine 24-Stunden-Blutdruckmeßstation, eine Biofeedback-Einheit, neue Schmerzpumpen und der Vitalitätsmeßplatz werden nicht nur Diagnostik, Therapie und Lebensqualität verbessern, sondern auch durch eine exakte Funktionsprognose die Rehabilitation und die Rückführung nach Hause erleichtern.

Zu den Neuerungen im abgelaufenen Berichtsjahr zählt auch, daß mit Jahresbeginn die Diagnosen und Pflegestufen mit EDV erfaßt werden.

Ein Verwaltungsübereinkommen zwischen Pflegeheim und MA 47 betreffend die Zusammenarbeit mit dem Geriatrischen Tageszentrum gelangte zum Abschluß. Das Übereinkommen tritt mit 1. Jänner 1999 in Kraft.

Das Jubiläumsjahr bot neben dem Rückblick auf Geleistetes auch die Gelegenheit zur Bestimmung des Standortes und zum Blick in die Zukunft, wie chronisch Kranke und Pflegebedürftige noch besser betreut und rehabilitiert werden könnten.

### 3.5.8. Pflegeheim St. Andrä/Traisen

Das Jahr 1997 war geprägt vom Beginn der Umsetzungen des Anstaltsentwicklungsplanes. An erster Stelle ist hier die Schaffung von Urlauberbetreuungsbetten im Mai dieses Jahres zu nennen. Damit stehen nun Betten

zur Verfügung, die die Personen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen betreuen, entlasten und ihnen einen sorgenfreien Urlaub ermöglichen. Diese Betreuung ist auf maximal fünf Wochen beschränkt. Im Anschluß daran wurde auf der Krankenstation IV ein Aufnahmezimmer eingerichtet. Hier wird mit allen Patienten, die aufgenommen werden, ein Aufnahmeassessement durchgeführt. Gemeinsam mit dem Patienten und dessen Angehörigen werden von allen beteiligten Berufsgruppen die Ziele für die Betreuung des Patienten festgelegt, um dann die Zuweisung auf die dafür geeignete Station zu veranlassen. Die nächste Strukturänderung betraf die Krankenstation III. Sie erhielt den Aufgabenschwerpunkt Remobilisation. Durch entsprechende räumliche Umgestaltungen und Verstärkung des therapeutischen Personals soll versucht werden, Patienten innerhalb einer vorgegebenen Zeit wieder so weit herzustellen, daß diese in ihre Wohnung zurückkehren können.

Die im Vorjahr begonnenen Strukturveränderungen im Pflegebereich durch die Einführung der Gruppenpflege wurden durch die Anschaffung von Gruppenpflegewagen, welche von einer Arbeitsgruppe des Basispersonales entwickelt wurden, fortgesetzt. Das auf der Krankenstation VI begonnene Projekt der Einführung der reaktivierenden Pflege nach Böhm wurde mit großem Erfolg abgeschlossen. Um diese Form der Pflege fachlich fundiert dem Patienten nahebringen zu können, wurde begonnen, Mitarbeiter vor Ort ausbilden zu lassen.

Im Rahmen des Wettbewerbes "Stationssanierungen" wurden zwei Stationen des Pflegeheimes St. Andrä/Traisen ausgewählt. Mit der Umsetzung dieser Strukturmaßnahmen wird im Jahre 1998 begonnen. Im Jahr 1997 konnten mehrere Zimmer und die Gangbereiche zweier Stationen zum größten Teil durch das Hauspersonal neu gestaltet und den Bedürfnissen der Patienten entsprechend adaptiert werden. Diese Patientenzimmer verfügen nunmehr auch über Patiententelefonanschlüsse.

Durch die erhöhte Anzahl der zu remobilisierenden Patienten wurde es auch notwendig, im Therapiebereich räumliche Verbesserungen durchzuführen. Dies betraf vor allem die Ergotherapie, die bisher provisorisch im Turnraum untergebracht war. Durch die Umgestaltung des leerstehenden ehemaligen Wäschereigebäudes stehen den Patienten nunmehr ein eigener Gruppentherapieraum mit einer Therapieküche, ein Einzeltherapiebereich und die erforderlichen Sanitärräume in behindertengerechter Ausstattung zur Verfügung. Dadurch ist es nun auch möglich, gezielte Vorbereitung der Patienten für die Entlassung durchzuführen.

Im Berichtsjahr ging auch das dreijährige Demonstrationsprojekt „Einführung von Qualitätsmanagement im Pflegeheim St. Andrä/Traisen" zu Ende. Abschließend kann festgestellt werden, daß trotz anfänglicher Probleme das Projekt für die Entwicklung des Hauses sehr positiv war. Nach der Einführung der Qualitätsmanagementstruktur im Hause konnten bereits bei den ersten Qualitätszirkeln sehr gute Erfolge erreicht werden. Nunmehr ist bereits die Situation eingetreten, daß beabsichtigte Strukturänderungen über dieses Instrument durchgeführt werden, da durch das Qualitätsmanagement die Mitarbeiter wesentlich mehr integriert sind und damit Veränderungsprozesse sehr viel leichter durchgeführt werden können.

## 4. Dienstleistungsbetriebe

### 4.1. Automatische Datenverarbeitung

Im Bereich der Patientenadministration, der Kostenträgerkommunikation sowie der patientenbezogenen Abrechnung lag der Schwerpunkt des Jahres 1997 in den Anpassungen an die neu eingeführte leistungsbezogene Krankenanstaltenfinanzierung. Dafür wurden Applikationen realisiert und in allen Anstalten des Wiener Krankenanstaltenverbundes eingesetzt, die die Plausibilitäts- und Vollständigkeitsprüfung der erfaßten Diagnosen und Einzelleistungen sowie der daraus berechneten Scoringpunkte unterstützen.

Im medizinischen Bereich wurden Wartung und Weiterentwicklung aller Anwendungen für die Bereiche Labor, Nuklearmedizin, Radiologie, Pathologie, Bakteriologie sowie für alle Abteilungssysteme vorgenommen. Für das Schnittbildzentrum des Kaiser-Franz-Josef-Spitals wurde die Anbindung des Radiologiesystems an das integrierte Krankenhausinformationssystem realisiert und zum Einsatz gebracht.

Im Verwaltungsbereich lagen die Schwerpunkte in der Ablöse der PDP (Programmed Data Processor). Damit ist das Krankenhausinformationssystem Wirtschaft (KIWI) in allen Anstalten des Wiener Krankenanstaltenverbundes im Produktionsbetrieb. Darüber hinaus erfolgte eine Mitarbeit beim SAP-Pilotprojekt des Wiener Krankenanstaltenverbundes.

Im Rahmen eines Zentralprojektes des Wiener Krankenanstaltenverbundes konnte im Jahr 1997 die Umstellung der Kernbereiche der heutigen AGF (Allgemeiner Geschäftsfall)- und CIO (Centraler In/Output)-Programme auf deren Einsatz auf Alpha-Open-VMS (Virtuell Memory-Management System) erfolgreich durchgeführt werden. Damit wurde ein wesentlicher Meilenstein für den effektiveren Einsatz des heute im Wiener Krankenanstaltenverbund auf über 11.000 Bildschirmen laufenden Krankenhausinformationssystems (KIS) erreicht.

Im Jahr 1997 wurden von der Ausbildungsorganisation der Automatischen Datenverarbeitung 162 EDV-Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter des Wiener Krankenanstaltenverbundes organisiert und durchgeführt, wobei 1.285 Kursplätze in einem Zeitumfang von insgesamt 2.593 Tagen genutzt wurden.

Zusätzlich wurden für die Mitarbeiter 302 Kursplätze bei externen Firmen in einem Gesamtzeitausmaß von 422 Tagen organisiert.
Neben den allgemeinen Aufgaben der Planung, Überwachung und Koordination sämtlicher Budget- und Finanzaufgaben sowie sämtlicher damit im Zusammenhang stehender Tätigkeiten und Maßnahmen ist 1997 die Einrichtung eines Lagerwarenkredites in Höhe von 60 Millionen Schilling für die EDV-Bedarfe des Wiener Krankenanstaltenverbundes hervorzuheben.
Im Bereich der Abrechnung der EDV-Leistungen wurden im Berichtsjahr entsprechend dem vereinbarten Verrechnungsmodell, das eine schwerpunktmäßige Abwicklung über Projekte und Einzelaufträge vorsieht, die Abrechnungstools weiterentwickelt. Zur Erleichterung der Abstimmungserfordernisse mit den Leistungsempfängern wurden die Verrechnungsdaten im Intranet der Automatischen Datenverarbeitung zur Einsichtnahme verfügbar gemacht.

### 4.2. Serviceeinheit Wäsche und Reinigung

Die Jahreswaschleistung der Serviceeinheit Wäsche und Reinigung betrug im abgelaufenen Jahr 1997 etwa 7.450 Tonnen, was im Durchschnitt einer täglichen Waschleistung von etwa 29,8 Tonnen entspricht.
Trotz der auch in diesem Jahr investitionsbedingten Ausfälle konnte im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um rund 250 Tonnen (das entspricht einer Steigerung von fast einer Tonne pro Tag) bei gleichbleibendem Personaleinsatz erreicht werden.
In weiterer Folge wurden bereits Vorbereitungen getroffen, um im Jahr 1998 nach dem Geriatrischen Tageszentrum Am Wienerwald auch das Krankenhaus Lainz und das Pflegeheim St. Andrä mit Mietwäsche zu versorgen.
Zur betrieblichen Transparenz und zur Feststellung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Privatbetrieben wurde die Kostenrechnung in der Serviceeinheit Wäsche und Reinigung eingeführt.
Um den gestiegenen Anforderungen der Anstalten gerecht zu werden, wurde auch heuer wieder der Modernisierung des Betriebes großes Augenmerk geschenkt und einige Investitionen getätigt, allen voran war das die Anschaffung der dritten und letzten Waschstraße, wobei sich die Kosten auf rund 5,5 Millionen Schilling beliefen.
Des weiteren wurden zwei Faltmaschinen für Flächenwäsche-Großteile, eine Faltmaschine für Patientenhemden, ein Universalpressensatz, ein Tandem-Hosenkabinett, eine Faltmaschine für Dienstkleider und ein weiterer Großtrockner angeschafft.
Durch diese Modernisierung des Maschinenparks in der Serviceeinheit Wäsche und Reinigung war auch eine Reihe von baulichen Investitionen notwendig, die in Summe mit den Maschinenankäufen rund 18,1 Millionen Schilling betrugen.

## 5. Zahlen und Fakten

### 5.1. Personalbericht

Das Geschäftsjahr 1997 hat die in der Personalarbeit beschäftigten Mitarbeiter mit einer ganzen Reihe von sehr wichtigen und sensiblen Aufgaben konfrontiert. Einerseits galt es mit der rasanten Entwicklung der medizinischen Möglichkeiten auch in personeller Hinsicht Schritt zu halten, andererseits den finanziellen Rahmenbedingungen Genüge zu tun. Diese Aufgabenstellung wurde von allen Krankenanstalten/Pflegeeinrichtungen/Dienstleistungsbetrieben angenommen und, wie die Ergebnisse zeigen, bewältigt.
Geprägt wurde dieses Geschäftsjahr durch die Sparbereitschaft der Verantwortungsträger, die, bei teilweise angestiegenem Leistungsvolumen, die hohe Qualität der Leistungen mit verringerten Personalressourcen erbracht haben. So ist die Anzahl der Mitarbeiter von 1996 auf 1997 um 186 verringert worden. Gleichzeitig ist der Anteil der einzeln verrechneten Überstunden im Wiener Krankenanstaltenverbund gegenüber dem Ergebnis des Jahres 1996 um 10,47 Prozent gesunken. Die aus den verschiedenen Wochenstundenverpflichtungen des Pflegepersonals resultierenden Mehrdienstleistungen sind um 31,42 Prozent reduziert worden. Die Kosten für Mehrdienstleistungen sind für alle Berufsgruppen insgesamt um 8,1 Prozent gesunken.
Das langfristig angepeilte Ziel, die Qualität der Mitarbeiter weiter zu steigern, hat, getragen durch ein umfangreiches Aus –und Fortbildungsprogramm, zu sichtbaren Erfolgen geführt. So ist der Anteil des diplomierten Pflegepersonals in den Pflegeeinrichtungen im Jahr 1997 erstmals höher als der des nicht diplomierten Pflegepersonals. Diese Entwicklung steht im Einklang zu der Tatsache, daß die Anzahl der Mitarbeiter, die den Wiener Krankenanstaltenverbund verlassen haben, deutlich gesunken ist. Ein weiterer Indikator für die Qualität der Arbeitsplätze im Wiener Krankenanstaltenverbund ist das Zurückgehen der Krankenstände, das auch mit der allgemeinen Entwicklung in der Privatwirtschaft konform geht.
Durch den Einsatz und das Engagement der mit der Personalarbeit im Wiener Krankenanstaltenverbund beschäftigten Mitarbeiter ist auch für das Jahr 1998 mit einer Bewältigung der Anforderungen sicher zu rechnen.

## 5.2. Kapazitäts- und Leistungsbericht

### 5.2.1. Die Wiener städtischen Krankenanstalten

Das Jahr 1997 stand – soweit es sich um die Patientenbewegung im allgemeinen handelte – ganz im Zeichen der Einführung der Leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF). Die Ablöse des über Jahrzehnte gültigen Pflegetage-Abgeltungssystemes durch das Pauschal-Abrechnungssystem war wohl auch der Grund dafür, daß für das Jahr 1997 jegliche Prognosen bezüglich der Patientenfrequenz mit größter Unsicherheit behaftet waren. Schließlich vermochte niemand a priori vorherzusehen, welche Auswirkungen auf das Inanspruchnahmeverhalten bezüglich stationärer Spitalseinrichtungen sich ergeben würden.
Die vorliegenden Ergebnisse machen nunmehr deutlich, daß die gegenüber dem Jahr 1996 festgestellten Ergebnisse nur in einer deutlichen Abhängigkeit zum "neuen LKF" erklärt werden können.

### 5.2.2. Aufnahmen (ausschließlich Begleitpersonen)

Betrug die Aufnahmezahl 1996 in allen Wiener städtischen Krankenanstalten (einschließlich Psychiatrische Krankenhäuser) noch 314.444, so lag sie 1997 bereits bei 356.726. Dieser Anstieg um 13,5 Prozent ist allerdings allein dadurch zu relativieren, daß im gleichen Zeitraum die Eintagespflegen von 46.950 auf 69.775 (plus 48,6 Prozent) "hinaufgeschnellt" sind. Somit erklären sich über 50 Prozent des Absolutzuwachses an Aufnahmen allein durch die Zunahme an Eintagespflegen (= tagesklinischer Patient).
Dies kommt auch bei einer anstaltsweisen Betrachtung deutlich zum Ausdruck, wo überall dort, wo Aufnahmenzuwächse feststellbar sind, auch eine Zunahme der Eintagspflegen gegeben war.
In manchen Krankenanstalten (z.B. Krankenhaus Lainz) war der Aufnahmenzuwachs ausschließlich in der Steigerung der Eintagespflegen begründet. Ohne die Zahl der Eintagspflegen ergibt sich dann sogar ein deutlicher Aufnahmerückgang.

### 5.2.3. Pflegetage (ausschließlich Begleitpersonen)

Die Zahl der Pflegetage in den Wiener städtischen Krankenanstalten liegt mit 3,098.474 deutlich über der ursprünglich angenommenen (als Budgetierungsbasis verwendeten) mit 2,949.080, aber auch über der Zahl von 3,030.913 aus dem Jahr 1996. Ein Gutteil dieses Anstiegs ist natürlich mit der Tatsache des Aufnahmenzuwachses junktimiert und somit als Folge der Einführung des LKF zu werten, wobei insbesondere ins Auge sticht, daß in den psychiatrischen Krankenanstalten ein Zuwachs von fast 28.000 Pflegetagen gegeben war und im AKH sogar mehr als 40.000 Pflegetage mehr als 1996 erbracht wurden. Komplementär dazu ergibt sich für die übrigen städtischen Krankenanstalten bereits eine gegenüber dem Jahr 1996 unveränderte Zahl an Pflegetagen.

### 5.2.4. Frequenzen ambulanter Patienten

Das stetige Bemühen, die Inanspruchnahme der Wiener Spítalsambulanzen auf die im Krankenanstaltengesetz eingeräumten Möglichkeiten zu beschränken, zeigte im Berichtsjahr erstmals deutlich meßbare Erfolge. Die Zahl der Frequenzen ambulanter Patienten konnte um 5,6 Prozent verringert werden, wobei festzuhalten bleibt, daß gemäß der Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinazierung für die Jahre 1997 bis 2000 diesen Frequenzrückgängen keine Leistungsanstiege im extramuralen Bereich gegenüberstehen dürften.

### 5.2.5. Verweildauer (ausschließlich Begleitpersonen)

Der seit vielen Jahren bestehende Trend eines Rückganges in der Aufenthaltsdauer der Patienten erfuhr zwischen 1996 und 1997 seine Fortsetzung. Allerdings war die Senkung der Verweildauer von 9,63 auf 8,68 (minus 9,9 Prozent) bei weitem höher als in den vorangegangenen Perioden. Unschwer ist auch hier die LKF-Abhängigkeit nachzuvollziehen, denn unter Herausrechnung aller Eintagespflegen der Jahre 1996 und 1997 ergibt sich ein Absinken der Verweildauer von 11,14 auf 10,55 Tage (minus 5,3 Prozent), ein Wert, der etwa den Reduktionsraten der letzten Jahre entspricht.

### 5.2.6. Auslastung

Im Wechselspiel zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach ergibt sich die Auslastung der Betten. Nunmehr sank die Anzahl der durchschnittlich systemisierten Betten von 9.698 auf 9.461, womit bei gleichzeitigem Ansteigen der Belagstage um rund 1 Prozent sich die Auslastung der systemisierten Betten von 76,5 Prozent auf 79,4 Prozent verbesserte. Da gleichzeitig die Zahl der Bettensperren um rund 26,5 Prozent gesunken ist und somit die Zahl der belegbaren Betten nahezu gleichgeblieben ist (minus 0,8 Prozent), war die Verbesserung in der Auslastung der belegbaren Betten auf 83,3 Prozent gegenüber 81,65 Prozent im Jahr 1996 geringer.

Insbesondere hervorzuheben ist hier die enorme Auslastungssteigerung im Bereich der psychiatrischen Krankenhäuser, wo die Auslastung von unter 80 Prozent (1996) auf über 90 Prozent (1997) angehoben werden konnte.
Von allen Spitalsaufnahmen in die Wiener städtischen Krankenanstalten betrafen 67.274 Patienten, deren Wohnort außerhalb der Landesgrenzen von Wien lag. Dies bedeutet einen Anteil von fast 19 Prozent. Damit bleibt festzuhalten, daß der Gastpatientenanteil gegenüber den vergangenen Jahren kaum einer Veränderung unterworfen war.

## 5.3. Finanzbericht

### 5.3.1. Weichenstellung für die Zukunft

Das Jahr 1997 war ein erfolgreiches Jahr für den Wiener Krankenanstaltenverbund. Gleichzeitig stellt dieses das fünfjährige Bestehen des Wiener Krankenanstaltenverbundes dar, Anlaß genug, um ein Resümee zu ziehen.
Der Wiener Krankenanstaltenverbund stand in diesen fünf Jahren vor der Aufgabe, seine wirtschaftliche Situation nachhaltig zu konsolidieren und gleichzeitig die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Wiener Bevölkerung weiterhin auf seinem gewohnt hohen Niveau zu halten.
Mit Engagement, Einfallsreichtum und Disziplin sowie der Bereitschaft der Mitarbeiter, den damit verbundenen Veränderungsprozeß mitzutragen, ist es gelungen, diese Aufgabe in einem hohen Maße zu erfüllen. Man kann mit Recht sagen, daß der Wiener Krankenanstaltenverbund auf dem besten Wege ist, sich zu einem kundenorientierten, flexiblen und leistungsfähigen "Unternehmen" zu entwickeln.
Einen wesentlichen Anteil daran hat die erfolgreich umgesetzte Dezentralisierung, die den operativen Handlungsspielraum der Führungen der Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen erhöht und damit ein leistungsorientiertes Wirtschaften ermöglicht. Gleichzeitig haben die jährlichen Zielvereinbarungen zwischen der Generaldirektion einerseits und den Krankenanstalten, Pflegeeinrichtungen und Dienstleistungsbetrieben andererseits die Ausrichtung der operativen Entscheidungen auf das strategische Gesamtziel des Wiener Krankenanstaltenverbundes sichergestellt.

### 5.3.2. Das Finanzjahr 1997 im Überblick

Für das Jahr 1997 lag der Budgetrahmen in der Höhe von 30.986 Millionen Schilling um 1,2 Prozent über dem Voranschlag des Jahres 1996. In Anbetracht der Steigerung des Verbraucherpreisindex um 1,9 Prozent im Jahre 1996 und letztlich um 1,3 Prozent im Jahre 1997 war dies gleichbedeutend mit einer realen Senkung des Budgets um 0,6 Prozent bzw. 0,1 Prozent.
Gleichzeitig wurde der veranschlagte Abgang (unter Einbeziehung von Rücklagenauflösungen) mit 12.536 Millionen Schilling fixiert, was einer Reduktion von 22,6 Prozent gegenüber dem Voranschlag 1996 entsprach.
Vergleicht man den Voranschlag 1997 mit dem Rechnungsabschluß 1996, so war eine nominelle Steigerung der Ausgaben (ausschließlich Rücklagen) um 5,5 Prozent bzw. real um rund 4 Prozent budgetiert und eine Reduktion des Abganges um 11,7 Prozent vorgesehen.
Trotz dieser restriktiven Vorgaben konnte das budgetäre Ziel ausgabenseitig voll und ganz erreicht werden und zudem durch die Bildung von Rücklagen ein finanzieller Spielraum für die Zukunft geschaffen werden.
Die Ausgaben (vor Rücklagenzuführung) lagen um 0,5 Prozent unter den Ausgaben des Vorjahres, womit erstmalig eine Gesamtreduktion der Ausgaben erzielt und der positive Trend aus dem Jahre 1996 nachhaltig fortgeführt werden konnte.
Die Nettorücklagen belaufen sich auf 1.557 Millionen Schilling, und setzen sich wie folgt zusammen:
- 500 Millionen Schilling gebundene Rücklage (Rückführung an die Finanzverwaltung)
- 652 Millionen Schilling zentrale Rücklage
- 405 Millionen Schilling Anstaltsrücklage

Von der Anstaltsrücklage entfallen 122 Millionen Schilling auf die Investitionsrücklage und 283 Millionen Schilling auf die freie Rücklage und die Ausgleichsrücklage. Letztere sind ein eindeutiges Indiz für den Erfolg der getätigten Einsparungsmaßnahmen und sprechen für die effiziente Nutzung des erweiterten Handlungsspielraumes durch die Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen.
Einnahmenseitig wurde das geplante Ziel von rund 18.450 Millionen Schilling um 872 Millionen Schilling unterschritten. Das entspricht einem Minus von 4,7 Prozent. Dazu ist anzumerken, daß eine exakte Planung auf Grund der im Jahre 1997 erfolgten Umstellung auf das neue pauschale Abrechnungssystem (Leistungsbezogenes Krankenanstaltenfinanzierungssystem) nur sehr schwer möglich war. Aus dem gleichen Grund erweist sich ein Vergleich mit dem Vorjahr als nicht aussagekräftig.
Der Abgang (vor Rücklagenzuführung) konnte gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent verringert und gleichzeitig der Ausgabendeckungsgrad von 51,7 Prozent auf 60,2 Prozent erhöht werden. Diese drastische Steige-

rung des Ausgabendeckungsgrades muß insofern etwas relativiert werden, als die geänderte Einnahmensituation auf Grund des Leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierungsystems einen nicht unwesentlichen Anteil daran hat.

5.3.3. Ausgaben im Detail

Die Personalausgaben konnten gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent gesenkt werden. In diesem Zusammenhang sind besonders die Ausgaben für Mehrdienstleistungen zu erwähnen, die in Summe um 8,1 Prozent bzw. rund 79 Millionen gesenkt werden konnten. Dafür ausschlaggebend war unter anderem die intensivierte Umstellung auf eine 40-Wochenstundenverpflichtung im Pflegebereich. Dadurch konnten die Mehrdienstleistungen, die sich aus den verschiedenen Wochenstundenverpflichtungen ergeben, drastisch verringert werden.
Außerdem brachten die Strukturmaßnahmen (z.B. Schließung der Gynäkologischen und Geburtshilflichen Abteilung im Kaiserin-Elisabeth-Spital) erste Erfolge im Hinblick auf die Konsolidierung der Personalausgaben.
Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Mitarbeiter nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, indem sie nach 1996 bereits zum zweiten Mal an Stelle einer prozentuellen Lohnerhöhung nur eine Einmalzahlung erhalten haben.
Bei den Sachausgaben ist besonders hervorzuheben, daß die Ausgaben für "Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge" (pharmazeutische Spezialitäten und medizinische und pflegerische Verbrauchsgegenstände), die rund 17 Prozent des gesamten Budgets ausmachen, dem Trend der letzten Jahre folgend um weitere 0,9 Prozent gesenkt werden konnte. Zu dieser positiven Entwicklung haben wie schon in den letzten Jahren folgende Maßnahmen beigetragen:
- Therapierichtlinien für ausgewählte Therapien
- Arzneimittellisten
- günstige Preiskonditionen durch die Aktivitäten des Apotheken-Einkaufsgremiums
- Forcierte Controllingaktivitäten und der Einsatz von Abteilungsbudgets

Die sonstigen Sachausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Prozent auf 6.733 Millionen Schilling gestiegen. Dabei war bei den Instandhaltungen eine Steigerung von 5,5 Prozent auf 929 Millionen Schilling zu verzeichnen.
Die geplanten Investitionen konnten nicht zur Gänze realisiert werden. Von dem veranschlagten Budget in der Höhe von 2.472 Millionen Schilling konnten letztlich 2.066 Millionen Schilling umgesetzt werden. Hervorzuheben sind das Onkologische Zentrum im Wilhelminenspital und das Strahlentherapiezentrum im Kaiser-Franz-Josef-Spital, die eine wesentliche Verbesserung der onkologischen Patientenbetreuung mit sich bringen werden.

5.3.4. Einnahmen - Leistungsorientiertes Krankenanstaltenfinanzierungssystem (LKF)

Das LKF – per 1. Jänner 1997 für alle gemeinnützigen Krankenanstalten Österreichs, die davor seitens des KRAZAF-Zuschüsse bezogen haben, verbindlich eingesetzt – bedeutete eine enorme Umstellung, die in ihren Auswirkungen nahezu alle Bereiche des Krankenanstaltenwesens tangiert hat. Bedeutete diese Umstellung für den ärztlichen und pflegerischen Bereich, daß erstmalig die im Stationärbereich dokumentierten (medizinischen) Daten unmittelbare Auswirkung auf die Einnahmen und somit den "Geldfluß" hatten, so war für den Verwaltungsbereich eine völlige Neuordnung von Abläufen in der Verrechnung umzusetzen. Kontrollmechanismen mußten implementiert werden, neue Softwareprodukte galt es in gezielter Form für den Nutzer bereitzustellen und eine Vielzahl von offenen Fragen im Einvernehmen mit dem Bund und den Ländern Lösungen zuzuführen.
Nach den vorliegenden, vorläufigen Ergebnissen haben Wiens städtische Krankenanstalten 18,4 Milliarden (Stand: 4.3.98) Punkte erwirtschaftet, wobei dies einem Punktewert von knapp 46 Groschen entsprechen dürfte. Die Gesamteinnahmen aus dem WIKRAF (Wiener Krankenanstaltenfonds), die sich derzeit somit auf 8.500 Millionen Schilling belaufen, werden sich durch eine Nachdotierung des WIKRAF auf dann rund 8.900 Millionen Schilling (entspricht einem Punktwert von knapp über 48 Groschen) noch erhöhen.

5.3.5. Resümee

Die Zahlen spiegeln die positive Entwicklung der Finanzsituation des Wiener Krankenanstaltenverbundes wider, umso mehr als im gleichem Zeitraum die Aufnahmen in den Wiener Krankenanstalten um 13,5 Prozent gestiegen sind.
Es darf mit Stolz gesagt werden, daß dem Wiener Krankenanstaltenverbund die Weichenstellung für die Zukunft gelungen ist. Es wird aber auch weiterhin aller Anstrengungen bedürfen, um auch zukünftig erfolgreich zu sein.

## 6. Ausblick

6.1. Prof. Dr. Eugen Hauke und Dr. Ludwig Kaspar (Generaldirektoren)

Im Jahr 1997 wurden die Strukturmaßnahmen, die die Verlagerung des Leistungsangebotes und dessen Konzentrierung sowie seiner Anpassung an den Bedarf zum Inhalt haben, fortgesetzt, und werden noch im Jahre 1998 zu einem teilweisen Abschluß gebracht werden. Bei den damit in Zusammenhang stehenden Personalmaßnahmen wird auf die Interessen der Mitarbeiter weitestgehend Rücksicht genommen werden.

Im Berichtsjahr wurden die Bemühungen um Personalplanungsmaßnahmen intensiviert; insbesondere sollte die konkrete Erarbeitung von Methoden für den ärztlichen und medizintechnischen Bereich noch im Jahre 1998 abgeschlossen werden.

Da seitens des Bürgermeisters der Auftrag erteilt wurde, den Wiener Krankenanstaltenverbund zu einem Unternehmen weiterzuentwickeln, ist es erforderlich, die entsprechenden Instrumentarien zu schaffen, die eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Führung eines zunehmend eigenständigen Unternehmens sind. Insbesondere gilt es, auch die Mitarbeiter auf die neuen Aufgaben vorzubereiten und ihre Bereitschaft zur Übernahme zusätzlicher Kompetenzen und Verantwortung zu fördern.

Durch stärkere Restriktionen des Budgets des Wiener Krankenanstaltenverbundes müssen die Anstrengungen zur zweckmäßigen Ressourcenverwendung intensiviert, im besonderen die Mitarbeiter der Einrichtungen unterstützt und auf ihre zukünftigen Aufgaben und Verantwortungsbereiche vorbereitet werden. Dazu zählen die Entwicklung von diagnostischen und therapeutischen Richtlinien, die Maßnahmen der Organisationsentwicklung sowie die Intensivierung der Kooperation mit dem niedergelassenen Bereich.

Die Bemühungen um hohe Qualität im Wiener Krankenanstaltenverbund sollen flächendeckend verstärkt werden und focussieren, wie den Bedürfnissen der Patienten am besten entsprochen werden kann. Die interne Qualitätssicherung und das Qualitätsmanagement, die in Wien – wie eine österreichische Untersuchung bewies - am weitesten entwickelt wurden, sollen weiterhin Schwerpunkt der Bemühungen bleiben.

Die künftigen Jahre werden auf Grund der finanziellen Restriktionen eine besondere Herausforderung für die Mitarbeiter darstellen, daher kommt der Motivation, ihr Verhalten darauf auszurichten, besondere Bedeutung zu. Insbesondere wird die Umsetzung des in Auftrag gegebenen Wiener Krankenanstaltenplanes, der noch im Jahre 1998 fertiggestellt und beschlossen werden soll, vermehrte Anstrengungen aller Beteiligten erfordern.

# Planung und Zukunft

## Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie

Die Abteilung unterstützte auch 1997 den Dienstleistungskonzern Magistrat beim bürgernahen Handeln, indem EDV-Produkte und EDV-Leistungen unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse und Gegebenheiten der verschiedenen Abteilungen des Magistrats im Magistratsbereich nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zur Verfügung gestellt wurden. Die Handlungen der Abteilung waren dadurch gekennzeichnet, daß steigenden Anforderungen (z.B.: zunehmende Installationszahlen) nahezu gleichbleibende Ressourcen (Budget) und eine steigende Unterbesetzung von Dienstposten gegenüberstehen. In dieser Situation wurde ein Veränderungsprozeß innerhalb der Abteilung eingeleitet, der einerseits eine Ausrichtung der Abteilung auf einen betriebsmäßig verrechnenden Dienstleister (z.B.: Einführung einer Kostenstellenrechnung, Verbesserung der Auftragsabwicklung usw.) und andererseits innerorganisatorische Verbesserungen (z.B.: Qualitätssicherung, Personalentwicklung) bringen soll. Einige dieser Veränderungen konnten bereits im Jahre 1997 verwirklicht werden. Beispielsweise wurden Kosteninformationen an alle Dienststellen ausgesandt, eine Kundenumfrage durchgeführt, die betriebsmäßige Veranschlagung vorgenommen und etliche aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen innerhalb der Abteilung durchgeführt. Die Bedeutung und das Wirken der Abteilung nach außen wurden dadurch unterstrichen, daß wesentlich vermehrt an Veranstaltungen, Präsentationen und Ausstellungen aktiv mitgewirkt wurde.

### Innerorganisatorische Maßnahmen

Für die Projektabwicklung hat sich die im Jahre 1997 herausgegebene „Richtlinie über das Verfahren der Entscheidung und über die Realisierung von EDV-Projekten in der Zuständigkeit der Abteilung" als bedeutend erwiesen. An dem Aufbau einer Datenbasis zum Abwickeln dieser Richtlinie wird innerhalb der Abteilung gearbeitet.

#### Veränderungsprozeß

Der Prozeß ging davon aus, das mehr als fünf Jahre alte Leitbild der Abteilung zu überarbeiten und den nunmehr gültigen Gegebenheiten und den absehbar künftigen Erfordernissen eines modernen und adäquaten EDV-Einsatzes des Magistrats anzupassen. Nach Erstellung des Leitbildes, welches auch mit der Magistratdirektion abgestimmt wurde, wurden Grundsätze für die Arbeitsweise der Abteilung erstellt. Danach erfolgte die Erarbeitung von Schwerpunkten für die Inangriffnahme von Maßnahmen.

Eine Maßnahme betraf die Erstellung und Versendung der Kosteninformationen an alle Dienststellen, die im Juli durchgeführt wurden. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden zu einer veränderten, leistungsorientierteren und dienststellenbezogeneren Kostenrechnung im Jahre 1998 führen. Im Juni wurde eine Kundenzufriedenheitsumfrage unter allen Anwendern des Magistrats durchgeführt. Das Ergebnis führte zu konkreten Verbesserungsmaßnahmen in den Bereichen Störungsbehandlung sowie Schulung und Ausbildung. Darüber hinaus wurden in einer Vielzahl der rund 800 eingelangten textlichen Hinweise und Kritikpunkte Rückkoppelungen angestrebt.

Erwähnenswert ist, daß die vorgenommene Auflassung der Nachbearbeitung und die Vergabe der Kuvertierung an externe Firmen sowie den Wiener Stadtwerken – Rechenzentrum keine Beeinträchtigung des Betriebes für die Dienststellen mit sich brachte. Etliche weitere organisatorische Verschiebungen – beispielsweise im Wirtschaftsbereich – dienten ebenfalls der Verstärkung und Unterstützung des in Angriff genommenen Veränderungsprozesses.

### Wirken außerhalb des Magistrats

#### Veranstaltungen

Die Abteilung nahm an etlichen Veranstaltungen mit Öffentlichkeitswirksamkeit aktiv teil und konnte auch einige mitgestalten. Bei allen diesen Veranstaltungen erhielt die Abteilung gute, zustimmende und lobende Zensuren. Für einen Dienstleister, der sich am Markt orientieren möchte, erscheint auch eine Darstellung am EDV-Markt wichtig und stellt sicher, daß nicht am Markt vorbei, sondern durchaus konkurrenzfähig entwickelt wird.

Im folgenden eine Auswahl von Veranstaltungen im Jahre 1997, an denen die Abteilung aktiv beteiligt war: GUIDE/Share (Abhaltung der Konferenz in Wien), Computer und Archäologie, Magistrat Salzburg (Beratung in Netzwerkfragen), ADV zu Gast bei der Stadt Wien, Digitale Stadtmodelle (Ausstellung in der Planungswerkstatt), Teilnahme an der IFABO, Infoveranstaltung für Gemeinderäte, JEC (Joint European Conference and Exhibition on Geographical Information - Beteiligung an Ausstellung und Konferenz), GRISU - Präsentation, Pressekonferenzen (Schutzzonen, Recyclingbörse, Wien-Service, GRISU, Kundenumfrage), Global Village 97 (Ausstellungs–Beteiligung), Tag der offenen Tür der Abteilung (Ausrichtung und Gestaltung), City-Net Veranstaltung (Mitwirkung), Abhaltung von Vorträgen bei diversen Veranstaltungen.

Beteiligung bei EU-Programmen

Wie bereits in den vergangenen Jahren engagierte sich die Abteilung auch 1997 bei EU-Programmen. Heuer wurde an etlichen Proposals teilgenommen (DIANA, Global Bangemann Challenge, INFOSOND und Nachfolge, EU-GO3DM). Auch ein Teil der Entwicklungen für das "Kiosk-Programm" (elektronische Informations-Kioske in der Stadt Wien) kann in EU-Programmen eingebracht werden. Ein Mitarbeiter der Abteilung wurde in den Netzwerk-Arbeitskreis des Bundes einberufen und als Sprecher bei der EU delegiert.

MA 14 - ADV als Dienstleister

Für das AKH-Rechenzentrum wurde eine Vereinbarung getroffen, das Systemmanagement des MVS-Systems in der Abteilung durchzuführen. Auf Grund der bisher günstigen Erfahrungen mit dieser Zusammenarbeit besteht die Absicht, diese auch noch weiter auszubauen. Für gemeindenahe Unternehmungen wurden im Bereich der Telematik Providerähnliche Dienstleistungen gegen Kostenersatz übernommen. In dem Zusammenhang soll auch erwähnt werden, daß die Abteilung an der Konzeption, dem Test und der Inbetriebnahme des Sicherheitssystems im Amtshaus Stadiongasse maßgeblich beteiligt war (siehe auch unten, Aufgabengebiete 2 und 11).

Untersuchungen

Von der Abteilung wurde eine Untersuchung zur Überprüfung der Sicherheit des installierten Firewall-Systems und auf Tauglichkeit der vorgenommenen Absicherungsmaßnahmen gegen unbefugte Zugriffe über das Netz in Auftrag gegeben. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen konnten größtenteils umgesetzt werden. Die Firma CSC Ploenzke führte im Auftrag der MDI eine Untersuchung durch. Vor allem der in Angriff genommene Veränderungsprozeß entspricht den vorgeschlagenen Maßnahmen.

## Projekte im Magistrat nach Aufgabengebiet:

### Aufgabengebiet 01: Personenwesen:

Neben einigen Ergänzungsprojekten im Bereich des Einwohnerwesens (MA 61, MA 62, Stadtschulrat für Wien) bildeten die Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau des Wiener Bildungsnetzes 1997 den Schwerpunkt in diesem Aufgabengebiet.

Wiener Bildungsnetz

Dabei wurde u.a. der Einsatz des Internets im Schulbetrieb getestet. Fragestellungen in den Bereichen Netzanbindung, Objektnetzinfrastruktur sowie Konfiguration der LAN-Schulnetze konnten technisch geklärt werden. Die Erfahrungswerte flossen in die Neukonzeption der "Musterschule" für das Projekt Wiener Bildungsnetz ein.

Staatsbürgerschaftsevidenz-Erweiterung

Für die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen im Zuge der Geburts- und Ehebeurkundung auf den Standesämtern wurden die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen: Die Daten wurden in den entsprechenden Evidenzfällen aktualisiert, im Bereich der Nachweisverwaltung wurden Erweiterungen und Auswertungen durchgeführt. Für Wiener Evidenzfälle können am Standesamt automatische Ausdrucke der Mitteilungen als Folge der Aufgebotserstellung erstellt werden.

Magistratische Bezirksämter

Im Bereich der Bezirksämter aber auch der Bezirksvorstehungen wurde ein bedeutender Fortschritt in bezug auf den Einsatz der Informationstechnologie erzielt. Dabei wurde die Hardwareausstattung sowohl bedeutend erhöht als auch auf breiter Basis auf PC umgestellt. Damit Hand in Hand ging die Umstellung auf IBSnext, was besonders im Büroautomationsbereich Veränderungen brachte. Zusätzlich wurde sowohl das Gewerbewesen als auch die Strafenbehandlung völlig neu programmiert und implementiert. In den Magistratischen Bezirksämtern und der MA 63 werden Gewerbedaten EDV-mäßig erfaßt und verwaltet. Dabei wurde zum 1. Mal ORACLE als zentrale Datenbank verwendet.

Personendatenbankumstellung

2,2 Millionen Personendaten samt zugehörigen Verweisdaten wurden gesichert, umstrukturiert, komprimiert und in die neue Personendatenbank geladen.

Ausländeraufenthalt

Die Übermittlung an das §9-Register beim Bundesministerium für Inneres wurde überarbeitet und auch die Übermittlung an das Fremdeninformationssystem des Innenministeriums an die neue Datenbankstruktur angepaßt. Auf Grund des neuen Fremdengesetzes vom Juli 1997 wurden die notwendigen Umstellungen in der Verwaltung der Ansuchen und deren Abschlüsse bis zum Jahresende vorgenommen.

Wahlvorbereitung, Wählerdaten

Die Volksbegehren 1997 - I "Frauen" und "Gentechnik" sowie die Volksbegehren 1997 - II "Schilling-Volksabstimmung" und "Atomfreies Österreich" wurden hinsichtlich der Vorbereitung mit der Erstellung aller erforderlichen Unterlagen und auch der Bereitstellung des Verzeichnisses der Stimmberechtigten im Online unterstützt. Um wahlberechtigte Auslandsösterreicher und EU-Bürger in die Übermittlung der Wählerdaten für die Parteien miteinbeziehen zu können, wurde die Datenschnittstelle für die Wählerdaten entsprechend erweitert und die Programme zur Datenbereitstellung angepaßt. Bedingt durch die Datenbankumstellung wurde an Stelle der monatlichen Übermittlungen in den ersten beiden Quartalen ein Gesamtbestand auf CD-Rom übergeben.

Gewerberechtsnovelle

Mit 1. Juli 1997 trat die Gewerberechtsnovelle 97 in Kraft. Dafür mußten entsprechende Adaptionsarbeiten bezüglich Daten und Programme in der bestehenden Applikation vorgenommen werden.

## Aufgabengebiet 02: Gesundheit und Spitäler:

Die Betriebsführung der IBM-Anlage im AKH wurde durch das Produktionsdezernat der Abteilung übernommen. Es wurden Projektform-Entwicklungen zur Bedienung von Schnittstellen durchgeführt. Die Datenstrukturen zur Auswertung der Daten des Wiener Krankenanstalten-Finanzierungsfonds wurden von Access auf Oracle portiert und in Absprache mit der MA 4 und MA 6 normalisiert und erweitert. Nach Tests wurde für die MA6/BA2 und die MA 4/1 das PC-Abfragetool Business Objects beschafft, um flexible Auswertungen der Krankenhaus-Leistungsdaten ('Scoring-Daten') zu ermöglichen.

## Aufgabengebiet 03: Sozialhilfe und Jugendfürsorge:

Zwei Aufgabenstellungen prägten 1997 den Projektauftragsstand dieses Aufgabengebietes:

Die Weiterentwicklung des Sozialkontos der MA 12, von dessen Gesamtkonzeption die Beihilfenarten "Geldaushilfe" und "Pflegegeld" in Produktion sind und dessen Weiterentwicklung modular pro Beihilfenart in Form von Teilprojekten erfolgt.

Weiters erfolgte das Projekt für die Neukonzeption der Verrechnung von Unterhaltsgeldern ("Mündelgeld") durch die MA 11. Bei diesem Projekt wurde Oktober 1997 begonnen, die Datenübernahme von der bisherigen „Mündelgeldverrechnung" zu realisieren.

## Aufgabengebiet 04: Personalverwaltung und Personalverrechnung:

WIPIS (Wiener Personalinformationssystem) - Vorbereitung Produktionseinsatz

Im April wurden erste Echtdurchführungen bei der Pensionsverrechung von Lehrern und Magistratsbediensteten (rund 23.000 Personen) durchgeführt. Die Übernahme der Besoldungsdaten aller aktiven Magistratsbediensteten (Verrechnungsgruppen: B, D, E) wurde im Juli 1997 durchgeführt. Der Test für die Hausbesorger-Lohnverrechnung wurde in Richtung fehlerfreier Abrechnung inklusive Wohnhäuserverwaltungsspezifika erfolgreich begonnen. Alle notwendigen Geschäftsfälle für aktive Bedienstete und das dazu erforderliche Schriftgut wurde ausgearbeitet. Die dazu erforderlichen Schulungen der Sachbearbeiter wurden von den Fachabteilungen fortgeführt. Die Parallelabrechnung (WIPIS/BU3) der aktiven Magistratsbediensteten (Verrechnungsgruppen: B, D, E) wurde im September 1997 begonnen. Die Parallelabrechnung der aktiven Landeslehrer wurde intensiv weitergeführt. Die Schriftguterstellung wurde laufend erweitert. Die Übernahme der Daten aus der bestehenden dezentralen Personalverwaltung wurde für die Bereiche Absenzen und Nebengebühren entwickelt.

Wartungsarbeiten der Lohnverrechnung BU3

Von der Fachabteilung wurden 1997 rund 80 Aufträge zur Ergänzung und Änderung der Bezugsverrechnungsprogramme an die Abteilung gestellt. Alle Aufträge wurden termingerecht zum Einsatz gebracht. Die Berechnung der Ferialentschädigung für die Wiener Landeslehrer wurde den neuen Vorschriften angepaßt. Durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 mußten das Jahreskontoblatt sowie die Erstellung der Jahreslohnzettel tiefgreifend verändert werden. Die umfangreichen Programmänderungen auf Grund einer Änderung der Gesetzesinterpretation der Sozialversicherungsbehandlung bei einer Sonderzahlung konnten termingerecht abgeschlossen werden. Die im Bereich der Lehrlingsentlohnung bestehenden gesetzlichen Vorschriften wurden geändert. Die dafür notwendigen Programmänderungen konnten rechtzeitig abgeschlossen werden. Die geänderte Vorgehensweise bei der Meldung von Sozialversicherungsdaten (An-, Abmeldung und Änderungen) wurde mittels eines neuen Dialoges für diesen Geschäftsfall gelöst.

## Aufgabengebiet 05: Finanzen (Abgaben- und Haushaltsverrechnung):

Projekte im Bereich der Abgaben und Strafen werden vollständig von der Abteilung entwickelt. In der Haushaltsverrechnung führt die MA 6 / DG I die erforderlichen EDV-Projekte für die Buchhaltungsabteilungen selbständig durch. Von der Abteilung werden in der Haushaltsverrechnung die zentralen Auswertungsprojekte wie Voranschlag, Rechnungsabschluß usw. entwickelt. Zusätzlich werden von der Abteilung für alle Aufgabenbereiche und von der MA 6 / DG I für die von ihr entwickelten Systeme EURO-Umstellungsprojekte aufgesetzt.

### Abgabestrafen

Im Rahmen der Neukonzeption der Abgabestrafen wurden bei der Datenübernahme über 75.000 Verfahren mit über 40.000 Personen in die Strafenlösung übernommen; davon etwa 12.000 Verfahren in die gemeinsame Strafenverrechnung. Die Strafenlösung wurde so erweitert, daß der Betrieb mit mehreren unterschiedlichen Strafenarten und Datenbanken gewährleistet ist. Verbessert wurden Funktionen bei Änderungen der Person, sowie die Adreßqualität beim Tatort innerhalb von Wien.

### Vorbereitung zur Währungsumstellung auf EURO

Seitens der Abteilung wurde ein EURO-Beauftragter nominiert, dessen Aufgabe in der Sammlung, Aufbereitung und Verteilung aller aktuellen Informationen zur Währungsumstellung liegt. Zu diesem Zweck erfolgte die Mitwirkung an Sitzungen der EURO-Arbeitsgruppen EDV, Verwaltung und Budget im Magistrat. Im Zuge dessen wurden auch Umstellungszenarien für den EDV-Bereich skizziert und EDV-Grundregeln für den Magistrat erstellt. Innerhalb der Abteilung wurden mehrere Informationsveranstaltungen durchgeführt, deren Ziel eine Informationsverbreitung zum Thema EURO sowie eine Sensibilisierung in den einzelnen Sachbereichen waren. Weiters wurde eine Betroffenheitsanalyse der einzelnen Applikationen durchgeführt, um den Änderungs- und Adaptierungsbedarf der einzelnen Verarbeitungen ermitteln zu können und die Grundlagen für eine grobe Aufwandsschätzung zu erarbeiten.

## Aufgabengebiet 06: Bauten

### Bauverwaltung: ISBA (Informationssystem Bauen)

Das sich in Entwicklung befindende Vorhaben „WinISBA“ (Verwendung von Windows-Oberflächen in ISBA) stellt das Nachvollziehen der geänderten normativen Grundlagen für das Ausschreibungswesen (ÖNORMen) dar. Nach erfolgter öffentlicher Interessentensuche wurde ein Auftrag an die Softwarefirma ib-data Ges.m.b.H. - Wien erarbeitet, technisch spezifiziert und abgeschlossen.

Im FIAKER (Firmen-Auftragnehmerkataster) wurden Adaptierungen auf Grund der Dienststellen-Neuorganisation in der MD-BD, Dezernat 4, vorgenommen. Mit dem System ISBA/FIAKER wurde auch die Möglichkeit für eine Online-Verbindung zum Arbeitsinspektorat geschaffen. Die drucktechnische Erstellung der jährlichen “Bewerberliste der Stadt Wien” wurde online via Intranet und Internet zur Verfügung gestellt.

### Brückenkataster

Die Brückenstandorte von Wien wurden erfaßt und in einem GIS mit der Brückeninformationen-Datenbank verknüpft. Zusätzlich erfolgte eine Geocodierung von Brückenfotos zu den jeweiligen Brückenstandorten.

## Aufgabengebiet 07: Stadtplanung und Umwelt

### Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Gemäß der geänderten Wiener Bauordnung wurde die interaktive Bearbeitungsmöglichkeit der Beschriftung des Bebauungsplanes auf den Grafikstationen erweitert. Zusätzlich zu den bisherigen Ausgabemöglichkeiten ist der Bebauungsplan nun auch in Rasterform vorhanden. Die digitale Erfassung der Fluchtlinien erfolgte aus rund 350 Teilungsplänen mittels Digitalisierung. Die Unterstützung der MA 41 bei der Bearbeitung des digitalen Bebauungsplans hat sich auf die Flächenbearbeitung beschränkt. Die Flächenbearbeitungen wurde in rund 130 Plandokumenten durchgeführt.

### WUIS - Wiener Umweltinformationssystem

Das Wiener Umweltinformationssystem ist eine Sammlung von Programmen zur Integration von Fachdaten verschiedener Umweltabteilungen unter einer Oberfläche. Um die Komplexität zu vermindern, werden die Daten der Fachabteilungen in einer zentralen Sekundärdatenbank gesammelt. Diese Sammlung erfolgt zur Zeit noch weitgehend manuell durch die Abteilung. Über dieser Datenbank wurde eine PC-Oberfläche implementiert, die den Zugriff auf Objekte unterschiedlichster Ausprägung und fachlicher Kontexte erlaubt, ohne daß für deren Integration spezieller Entwicklungsaufwand erforderlich ist. Die Applikationen Metadatenbank, Basis, Naturschutz, Lärm und Luft des WUIS sind unter Windows95 in der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr, Wiener Umweltanwaltschaft, MA 22, MA 30 und MA 45 im Einsatz.

### Elektronische Verteilung der MD-Erlässe

Der Versand aller magistratsinternen Erlässe wurde auf elektronische Übermittlung umgestellt. Bei der Umsetzung dieses Auftrags war besonders auf die beiden unterschiedlichen Textverarbeitungssysteme des IBS (Integriertes Büroverwaltungssystem) einerseits und Winword andererseits Rücksicht zu nehmen.

## Aufgabengebiet 08: Wohnungswesen

### Workflow-Einsatz in der MA 17

Das bestimmende Projekt in diesem Aufgabengebiet stellte die EDV-Ausstattung im Bereich der MA 17 "Wiener Wohnen" dar. Über den Umfang eines konventionellen EDV-Projektes hinaus wurde dabei gemeinsam mit der Fachdienststelle das organisatorische Vorfeld mit professionellen, EDV-unterstützten Methoden analysiert und nach der Auswahl eines geeigneten Workflow-Tools (Komponenten-Software "FABAsoft Components") begonnen, dieses praxisgerecht einzusetzen. Die Prozesse "Wohnungsvormerkung und Wohnungsvergabe" sowie "Mietermitteilungen" wurden mit "Components" umgesetzt. Die dazu benötigten Datenbasen wie Mietobjekte, Wohnwerber, Adressen usw. wurden in Components integriert. 2 Kundendienstzentren der MA 17 "Wiener Wohnen", die Zentrale und 16 Außenstellen wurden vernetzt und mit Workflowarbeitsplätzen (rund 180) ausgestattet.

### Jahrtausendwechsel Mietenverrechnung

Die im letzten Quartal 1996 begonnene Anpassung der COBOL-Programme an den Jahrtausendwechsel wurde mit Ende September 1997 abgeschlossen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde Anfang Jänner 1997 im Zuge einer beschränkten Ausschreibung Fremdkapazität in Form von drei Personen zu je sechs Personenmonaten beschafft. Neben diesem Projekt wurde am Projekt 'Wohnhaussanierung' weitergearbeitet.

## Aufgabengebiet 09: Bildung, Kultur, Pressewesen

In diesem Aufgabengebiet werden von der Abteilung derzeit ausschließlich Betreuungs-, Beratungs- und Beschaffungsagenden wahrgenommen.

## Aufgabengebiet 10: Städtische Einrichtungen

### SAP-PILOTPROJEKT

In den ersten Monaten des Berichtsjahres wurde in der Abteilung 9 der MA 31 für die Module MM (Materialwirtschaft), FI (Finanzwesen), CO (Controlling), PM (Instandhaltung), HR (Personalwesen), PS (Projektsystem) die Adaptierung der Applikation an die Bedürfnisse der Abteilung durchgeführt und abgeschlossen. Auf Grund des präsentierten Endberichts zu dem Pilotprojekt und der zusätzlich präsentierten Unterlagen (Kosten-Nutzen-Analyse, Wirtschaftlichkeitsrechnung) wurde bezüglich der Auswirkungen eines Einsatzes von SAP-R/3 in der MA 31 entschieden, daß R/3 in der gesamten MA 31 einzusetzen ist.

## Aufgabengebiet 11: Allgemeine Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit

### Telematik - Internet Services

Wien Online, das Informationssystem für die Wiener Bürger, wurde 1997 in Zusammenarbeit mit der MA 53 u.a. um folgende Punkte erweitert: "Wien stellt zu" (Pensionistenservice); Stadt- und Landesbibliothek; Amt für Jugend und Familie; Grafisches Informationssystem: Apotheken, Sirenen, Naturdenkmäler, Routensuche mit öffentlichen Verkehrsmitteln; Politik in Wien,... Im WWW-Service der Stadt Wien befinden sich jetzt schon 3.500 Seiten Infos. Es erfolgten der Aufbau und die Präsentation von „Wien Service" (ein interaktives Angebot mit Zugriff auf Datenbanken). Technisch unterstützt wurden auch diverse Pressekonferenzen zum Thema Internet und die Büros der Geschäftsgruppen in den Bereichen elektronische Kommunikation und Internetangebote. Auch in das magistratsinterne Informationssystem "Wien Intern" wurden neue Angebote aufgenommen (u.a. Jobbörse, EURO-Informationen, diverse Administrationswerkzeuge). Darüber hinaus wurden abteilungsinterne WEB-Bereiche für die Magistratsabteilungen 8, 14, 17, 35, 41, 48, 49, 57, 59, 66 geschaffen. In diesen Bereichen werden WEB-Seiten für den abteilungsinternen Gebrauch angeboten (interne Richtlinien, Ablaufdokumentationen usw.). Die Volltextsuche wurde für den Gebrauch auf abteilungsinternen Bereichen modifiziert.

### Telematik - Kommunikationsdatenbank - Mailsystem

Die Kommunikationsdatenbank wurde im 1. Quartal 97 vollständig in die bestehende Mailumgebung eingebunden. Durch Synchronisation der Telefondaten aus dem HICOM-Telefonverzeichnis und der Kommunikationsdatenbank werden entsprechend korrekte Telefonnummern automatisch übernommen und können somit über jeden vernetzten PC-Arbeitsplatz abgefragt werden.

### Bürger-Service-Stationen - Ausbau zum Vienna Access Point

Nach der Inbetriebnahme einer ersten Bürger-Service-Station im Zuge der Eröffnung des Bürger-Service-Zentrums Donaustadt im Juni 1996 wurden im Jahr 1997 an 15 weiteren Standorten (3 davon bei der Bank Austria) diese Systeme aufgestellt und der „Information für Sie"-(„i4U")-Pilotversuch gestartet. Als Information wurde im wesentlichen Wien-Online mit den darin verfügbaren Links angeboten. Im Rahmen des Pilotversuches wurde die selbst entwickelte Software laufend optimiert.

GLOBAL VILLAGE 97

Im Berichtszeitraum wurde die technische und - soweit es das Angebot der Abteilung betrifft - inhaltliche Koordination für die Global Village 97 übernommen. Schwerpunkte dabei waren die Präsentation von Leistungen der Stadt Wien im Bereich der Telekommunikation, das elektronische Informationsangebot für den Wiener Bürger, Bürgerservice, Umweltinformation im Internet, Stadtplanung und grafische Datenverarbeitung und innovative Telematikprojekte.

Office Bereich: Offene Bürokommunikation

An sämtlichen Netzknotenpunkten wurden Office-Server eingerichtet und in Betrieb genommen. Durch diese Infrastruktur soll der gesamte Magistratsbereich versorgt werden. Die Einrichtung lokaler Office-Server für einzelne Dienststellen wird im Gegensatz zum IBS mit wenigen Ausnahmen (Wiener Wohnen, Schulungsserver) entfallen. Als Standardbenutzeroberflächen für Open Office wurden TeamLinks und MS-Exchange/MAPI etabliert. 1997 wurden ungefähr 1.000 Benutzer auf Open Office umgestellt. Im Berichtszeitraum wurde für beide Standardoberflächen eine entsprechende Software zur Verarbeitung von ein- und ausgehenden Faxen implementiert. Voraussetzung dafür war der Einsatz eines neuen FAX-Gateways. Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen eines Pilotversuches WEB-Oberflächen zum Office-Server und zu Email-Servern eingerichtet und getestet. Darüber hinaus wurden die mittelfristigen Nachfolgeprodukte von MS-Exchange/MAPI getestet (Outlook, ...). Eine weitere Serverplattform (Exchange) wurde in Testumgebung in Betrieb genommen.

Einsatz Integriertes Büroverwaltungssystem

Im Planjahr wurde die 1995 begonnene Umstellung des Integrierten Büroverwaltungssystems (IBS) von der Version IBSplus auf IBSnext fortgesetzt und zu mehr als 90 Prozent abgeschlossen. 1997 waren 92 Prozent der IBS-Rechner auf IBSnext umgestellt, was 97 Prozent der Benutzer entspricht.

EDV-Formulare

Die Designphase und die EDV-technischen Strukturen für das Drucksortensystem des Magistrats der Stadt Wien wurden mit Juli 1997 beendet. Die MA 6 hat ihre Sonderdrucksorten umgestellt und in den Probebetrieb übernommen. Die allgemeinen Drucksorten wurden aktualisiert und als allgemeine EDV-unterstützte Rahmenschriftstücke der Drucksortenkommission vorgelegt. Durch den EDV-Einsatz wurde die Zahl der Formulare auf etwa 6.000 halbiert. Das Drucksortensystem des Magistrates der Stadt Wien wurde dem EDV-Personal der Dienststellen im Rahmen des EDV-Forums für Information und Kommunikation vorgestellt und der Einsatz in den Dienststellen vorbereitet. In der MA 6, MA 38, MA 46, MA 55, MA 56 und MA 59 wurde dieses EDV-System umgesetzt.

## Produktion/Dienststellenspezifische Leistungen

Muthgasse

In der Muthgasse wurde das Amtshaus mit neuen Arbeitsplätzen ausgestattet. Mehr als 700 Arbeitsplätze mußten dabei kurzfristig und in Abstimmung mit der Umsiedlung installiert werden. Alles konnte termingemäß und zur Zufriedenheit abgewickelt werden.

Hardware für die Schulen der Stadt Wien (MA 56)

Für die Schulen der Stadt Wien wurden 1997 44 Netze für Hauptschulen (396 PCs) und 6 Netze für Berufsschulen (54 PCs) beschafft. Über 200 PCs wurden für den Schulverwaltungsbereich beschafft, wobei größtenteils alte PCs der Type 286 auf Pentium getauscht wurden. Rund 100 PCs wurden durch Tausch der Hauptkomponenten von 386 und 486 auf Pentium aufgerüstet.

Kommunikationsnetz / -technologie

Das Ziel, gemeinsam mit der MA 34 ein Wien-weites Kommunikationsnetz aufzubauen, wurde durch zusätzliche Einbindung von Standorten in das bereits bestehende SDH - Netzwerk weiter ausgebaut. Durch die Nutzung der vorhandenen LWL-Infrastruktur in Verbindung mit den SDH-Komponenten wurden bis Ende 1997 alle wichtigen Netzwerkstandorte in das Kommunikationsnetz integriert. Derzeit werden nicht nur Übertragungsgeschwindigkeiten von 2 Mbit/sec, sondern bereits Übertragungsraten von 34 Mbit/sec in Verbindung mit ATM eingesetzt. Dieses neue Netz soll nicht nur die derzeitigen Bedürfnisse abdecken können, sondern auch zukünftige Anforderungen, wie z.B. Bildübertragung integrieren können. Die erste produktionsmäßige 34 Mbit-Verbindung wurde zwischen den Standorten Rathaus und dem neuen Amtsgebäude "Muthgasse" realisiert. Die durch die Abteilung in Abstimmung mit der MA 34 geschaffene Verkabelungsstrategie wurde auch im Jahre 1997 fortgesetzt. Folgende größere Installationen wurden durchgeführt: MA 31, Grabnergasse (Schaffung eines neuen Rechnerraumes im 4.OG und Neustrukturierung des Netzwerkes); MA 68 - Zentrale, HFW - Floridsdorf; 2. Ausbaustufe im Projekt FEVIS; MA 14 - ADV/AH Rathaustrasse 1 (LWL - Verkabelung im 1. und 4. Stock); MA 17 - Schöpfleuthnergasse und Donaustadtstraße; MA 59 - diverse Standorte (21 Standorte); AH - Muthgasse.

### Störungsbehebung

1997 wurden rund 30.000 Störungen bei den Servicestellen 9815 und 9816 gemeldet, dort dokumentiert, eingegrenzt, bearbeitet und bei Bedarf weitergeleitet. Rund 8.500 Störungen wurden im technischen Störungsdienst behoben. Davon waren bei 5.100 TechnikerInnen der Abteilung und bei 3.400 mit der Wartung beauftragten Firmen (Garantie oder Serviceverträge) im Einsatz. Gegenüber dem Zeitraum 1995/96 ergab sich eine Erhöhung um 16 Prozent. Im Beobachtungszeitraum wurden auf PCs des Magistratsbereiches 125 Viren lokalisiert und bereinigt. Dies entspricht einer Erhöhung von 160 Prozent gegenüber den Jahren 1995/96. Auch die störungstechnische Betreuung des Pilotprojektes "Wiener Schulen" wurde übernommen.

### Großanlage

Der IBM-Rechner 9672-R63 in der Abteilung wurde auf einen IBM 9672-R83 aufgerüstet, der Hauptspeicher beträgt nunmehr 2 GB. Dadurch ergeben sich verbesserte Antwortzeiten, verbesserter Transaktionsdurchsatz und weiters sind noch Leistungsreserven vorhanden. Die geplante unbemannte RZ-Betriebszeit der Großanlage betrug 5.756 Stunden (gegenüber 5.742 Stunden im Vorjahr). 167 (202) Stunden waren für geplante Arbeiten, 136 (75) Stunden für Einsätze auf Grund von Pagerrufen zu leisten. Tatsächlich unbemannt war das Rechenzentrum daher 5.453 (5.465) Stunden, das sind 94,74 Prozent (95,18%).

### Server Betrieb und Applikationen

Für die 298 Server wurde die Betriebsführung, das System- und Clustermanagement sowie das Security-Management durchgeführt. Sowohl bei den Betiebssystemen als auch bei den Applikationen wurden Software-Upgrades und Neuinstallationen abgewickelt.

### Installationen

Im Laufe des Jahres 1997 wurden 1.900 PCs (davon rund 700 Austausche), 540 Drucker und 1.290 EDV-Anschlußdosen installiert und 64.500 m KAT5-EDV-Kabel verlegt. 750 Übersiedelungen von EDV-Geräten (Abbau und Wiederaufbau) wurden durchgeführt. 2.500 Supportleistungen wurden für Installation und Störungsbehebung geleistet. Insgesamt wurden 20.500 LASY-Leistungen erledigt (Wochenschnitt über 400). 1997 wurden 16 Archivsysteme (PamStorage), 11 Office Server (TeamLinks), 41 Server für ADVPC und Fileservice, 12 BackupDomainController (Backup für User-Logon), 7 GIS-Server und 6 Server mit WindowsNT für Workflow-Applikationen (davon 2 in der MA 17) installiert. Auf 300 Rechnern wird der Plattenplatz überwacht und bereinigt. Die Zahl der betreuten PC-Arbeitsplätze stieg 1997 etwa um 1.000 an. Rund 9.400 User konnten 1997 im Magistrat Elektronische-Post (email) empfangen.

## Interne Projekte / unterstützende Dienste der Abteilung

### Personalwesen

Die Abteilung verfügte 1997 über 396 Dienstposten. Die Fluktuationsrate betrug etwa 1,8 Prozent. Im Schnitt waren monatlich 3 - 4 Dienstposten unbesetzt. Die Anzahl der Bewerbungen haben im Jahr 1997 deutlich abgenommen, da derzeit verstärkt Bedarf an qualifiziertem EDV-Personal am freien Markt (Jahr 2000-Umstellung, Euro-Umstellung usw.) herrscht. Seit dem Frühjahr 1997 ist es der Abteilung nicht mehr möglich, EDV-Personal vom freien Markt aufzunehmen.

### Ausbildung

Insgesamt wurden 1997 rund 300 Vorträge/Kurse für etwa 2.300 TeilnehmerInnen selbst veranstaltet bzw. in Zusammenarbeit mit der MD-VA, der MD-VR und Fremdfirmen organisiert. Davon waren rund 300 TeilnehmerInnen aus Fachabteilungen in dezentralen EDV-Funktionen. Weiters wurde die budgetäre Planung für die Bereiche Schulungs-/Beratungsleistungen und Literatur in Abstimmung mit internen (Budgetreferat der Abteilung) und externen (MD-VA) Stellen durchgeführt. Bei der Erstellung der mitarbeiterspezifischen Ausbildungspläne sowohl für die Abteilung als auch für EDV-Personal in Fachabteilungen wurde Beratung und Unterstützung geleistet, der Ausbildungsplan für EDV-Referenten wurde überarbeitet und in Wien Intern veröffentlicht.

Um der Aufgabe der Abteilung zur Erkennung wichtiger EDV-Trends und deren Umsetzung in magistratsentsprechender Form gerecht zu werden, wurden unterschiedliche Schwerpunkte in der EDV-Ausbildung gesetzt. Für neue MitarbeiterInnen beispielsweise wurde ein eigenes WELCOME-Mentorensystem eingerichtet, um einen möglichst reibungslosen Einstieg in das neue Aufgabengebiet zu unterstützen.

### Fachaufsicht

Anläßlich der vom Referat Fachaufsicht durchgeführten 35 Einschauten in den Dienststellen und den diversen telefonischen Beratungen in den Fachabteilungen mit dezentralen EDV-Anwendungen wurde der Katalog "Dezentrale EDV-Funktionen" aktualisiert. Die gesammelten Erfahrungen bezüglich der Aufgabenprofile, der fachlichen Voraus-

setzungen und der Ausbildungsstände des EDV-Personals in den Dienststellen wurde zu einem Modell für die Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen und der Abteilung weiterentwickelt. Mittels eines Profilerhebungsbogens wurden, teilweise vor Ort, 141 personenbezogene Zulagenanträge begutachtet. Im Anlaßfall wurde beim EDV-Personal der Dienststellen der innerhalb der Abteilung obligatorische EDV-Test durchgeführt, um sicherzustellen, daß die Schulungs- und Ausbildungsaufwände effektiv eingesetzt wurden. Die Begutachtung erfolgte auf Basis des vorgenannten "Kataloges für dezentrale EDV-Funktionen". Es wurden 120 Anträge, einschließlich 7 Generalgenehmigungen, auf Gewährung von EDV-Zulagen betreffend 3.299 Bildschirmarbeitsplätze bearbeitet. Von der Fachaufsicht wurden Begutachtungen für Bedienstetenkategorieänderungen bzw. Dienstpostenaufwertungen für Bedienstete mit EDV-Funktionen verfaßt und der MD-VR zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des Projekts "Zusammenarbeit mit den Dienststellen" wurde ein Katalog für die Aufgaben des EDV-Personals in den Dienststellen erstellt. Die Übernahme dieser Aufgaben erfolgt schriftlich, in taxativer Form. Das EDV-Konzept der Dienststelle wurde auf Grund dieser Richtlinie überarbeitet, aktualisiert und in mehreren Dienststellen weitgehend umgesetzt.

### Ergonomie

Die ergonomischen Gesichtspunkte für Bildschirmarbeitsplätze im Sinne der EU-Richtlinien bzw. des ArbeitnehmerInnen-Schutz-Gesetzes wurden bei der Erstellung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes eingebracht. Bei der Gestaltung von ergonomischen Arbeitsplätzen in den Dienststellen wurde beratender Support geleistet.

### INFO-CENTER

Die hohe Akzeptanz des IC bei den EDV-Anwendern des Magistrats bestätigt das oberste Ziel, die Kontinuität zu wahren und qualitativ höchstmögliche Unterstützung zu bieten. Alle Informationen werden in Wien Intern angeboten. Rund 80 ProduktbetreuerInnen der Abteilung gewährleisteten die rasche und problemlose Unterstützung aller Standardprodukte. Mit CorelDraw (Vers. 7) wurde der erfolgreiche Versuch gestartet, kompetente Spezialisten in den Fachdienststellen als Produktbetreuer einzubinden. Bei den monatlichen Info-Tagen (EDV-Informationsveranstaltungen) wurden durchschnittlich 70 BesucherInnen (EDV-AnwenderInnen des Magistrates) gezählt. Die Inhalte wurden mit den Vorträgen des EDV-Forums abgestimmt. Die Auflage des monatlich erscheinenden Informationsblatts für alle EDV-AnwenderInnen des Magistrates betrug 1997 2.000 Stück. Die Betreuung, Koordinierung und der Informationsfluß wurden verstärkt über die GruppensprecherInnen organisiert.

### EDV-Forum

Im EDV-Forum für Information und Kommunikation wurden in 7 Veranstaltungen etwa 330 EDV-ReferentInnen professionelles, fachliches Know-How und strategisches Wissen über die EDV im Bereich des Magistrates der Stadt Wien sowie unterstützende Informationen für die Erstellung des EDV-Konzeptes in den Dienststellen vermittelt. Erstmals wurde die Umsetzung von dienststellenspezifischen Aufgaben durch 2 EDV-Referenten präsentiert.

### EDV-Anwendungskonzept

Für das mittelfristige EDV-Konzept 1998 - 2002 wurde mit der beratenden EDV-Kommission eine neue Form der Dokumentation abgestimmt. Nachdem schon im Jahr 1996 das seinerzeitige System zur Berichtserstellung durch ein auf den internen Verrechnungsprojektzahlen der Abteilung basierendes System umgestellt worden war, wurde in der Abstimmung das Abgehen von den EDV-Kommssions-Punkten und -Unterpunkten vereinbart. Das neue Konzept wurde in der vorliegenden Form erstmals realisiert.

### Jahrtausendwechsel

Die Betroffenheitsanalyse wurde abgeschlossen, die Eröffnungsbilanz mit Renovierungsplan gelegt. Davon werden voraussichtlich 12 Personenjahre an Programmierleistung in der Abteilung anfallen. Im Hinblick auf die spätestens 1999 durch den EURO zu erwartenden Anforderungen werden von diesen 12 Personenjahren 8 im Planjahr 1998 zu leisten sein. Das Projekt ist damit abgeschlossen.

### Einkauf

Im Rahmen der Beschaffung wurden Ausschreibungen durchgeführt und die Angebote wirtschaftlich bewertet. Die über das Leistungsanforderungssystem teilweise gebündelt weitergeleiteten Anforderungen wurden bearbeitet und mit entsprechenden Verträgen und Auftragsschreiben realisiert. Über ADV-direkt wurde die Auslieferung von PCs abgewickelt. Bei Überschreiten der Magistratskompetenzgrenze wurden die entsprechenden Vergabeanträge an die zuständigen Gremien der Stadt Wien gestellt.

### Wirtschaftsangelegenheiten

Im Berichtszeitraum wurden die von der Abteilung verwalteten 150.000 Inventargegenstände der neuen Inventar-

vorschrift angepaßt und das Mengeninventar für sämtliche EDV-Geräte der Dienststellen in der Verantwortung der Abteilung (ausgenommen MA 56 und MA 43) erstellt. Es wurden 8 Skartierungen durchgeführt und 14.400 Inventargegenstände ausgeschieden.

## Stadtentwicklung und Stadtplanung

Die Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien am 29. November 1996 und die damit für die Abteilung verbundenen Neuerungen, das heißt zusätzlichen Aufgaben, wirkten sich erst 1997 wirklich aus:

Zunächst wurde das Wissenschaftsreferat (früher Kulturamt) der Abteilung zugeordnet und trägt nunmehr die Bezeichnung „Gruppe Wissenschaft". Damit wurde das Ziel verfolgt, auch innerhalb der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu leisten, damit Wien als Universitäts- und Forschungsstadt einen zentralen Platz und Stellenwert in der internationalen Wissenschaftsentwicklung einnimmt. Ebenso wurden zwei Bereiche der mit dem damaligen Beschluß aufgelösten Abteilung für technische Dokumentation, nämlich die „technisch wissenschaftliche Bibliothek" und die technische Photo-Dokumentation, als neue Aufgabengebiete der Abteilung dazugewonnen.

Aus dem organisatorischen Bereich ist weiters von Bedeutung, daß ein Diskussionsprozeß zur inneren Neuorganisation auch mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Gang gesetzt wurde. Als wesentlichste Ziele dieser Neuorganisation wurden

- höhere Effizienz der Planung durch Abbau von Reibungsverlusten, die aus der notwendigen Berücksichtigung unterschiedlicher Interessenslagen entstehen,
- Straffung des Aufgabenspektrums der Abteilung und
- Einbeziehung moderner Management- und Führungsmethoden definiert.

Bis Jahresende konnte in dieser Diskussion weitgehende Übereinstimmung über den grundsätzlich einzuschlagenden Weg erzielt werden. Die zu diesem Zeitpunkt beginnende magistratsweite Untersuchung über Verbesserungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten durch eine externe Firma brachte zusätzlichen Abstimmungsbedarf.

In der inhaltlichen Arbeit der Abteilung ergaben sich zunächst keine wesentlichen Änderungen gegenüber den Vorjahren. Als Reaktion auf die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen wurde die Erarbeitung eines „Strategieplan Wien 2000" begonnen, der in Anlehnung an den „2. Barcelona-Plan" als Umsetzungskonzept mit akzentuierten (und aktualisierten) Inhalten überwiegend vorliegender Konzepte verstanden werden kann. Weiters beeinflußte auch die internationale Entwicklung der Städte einschließlich ihrer Umlandregionen und die damit verbundenen absehbaren Veränderungen der Konkurrenzsituation das Arbeitsprogramm des Jahres 1997.

Städtepolitik muß mehr denn je im nationalen und internationalen Rahmen gesehen werden. Die ständige Mitwirkung von Mitarbeitern der Abteilung in verschiedenen Gremien, zum Teil sogar in leitenden Positionen, bietet die Möglichkeit, die Interessen der Stadt Wien zu vertreten.

Als Delegierter Österreichs bei der OECD arbeitete ein Mitarbeiter der Abteilung maßgeblich in der Arbeitsgruppe „Städtische Angelegenheiten" mit. Die dort behandelten Themen reichten vom Umgang mit städtischen bzw. städtebaulichen Problemgebieten über die Nutzungsmöglichkeiten städtischer Industriebranchen bis hin zur Behandlung der Ursachen und Auswirkungen des städtischen Wohnungsbedarfes im 21. Jahrhundert.

Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) erfolgt die Vertretung der Interessen mit Schwerpunkt auf räumliche Planung durch Mitarbeiter der Abteilung. Die regionalen Auswirkungen der diskutierten Beitritte bzw. Kooperationen von mittel- und osteuropäischen Ländern zu der Europäischen Gemeinschaft bildeten im abgelaufenen Jahr einen Themenschwerpunkt der Beratungen. In diesem Zusammenhang ist auch die Ausarbeitung eines Positionspapieres zur „Reform der EU-Strukturfonds nach 1999 - Vorschläge zur EU-Regionalpolitik" zu sehen. Nicht nur städtische Problemgebiete und Stadtrandlagen sollten Berücksichtigung finden, es sollte auch Ziel sein, die Auswirkungen einer Osterweiterung der Europäischen Union im Bereich der österreichischen Ostgrenzgebiete entsprechend abzufedern.

Im Rahmen der Ausarbeitung eines Europäischen Raumentwicklungskonzeptes (EUREK) wurde von Wien der Standpunkt eingebracht, daß auch in diesem Rahmen städtische Problemlagen in angemessener Form Berücksichtigung finden sollten.

Schließlich beschäftigte sich die ÖROK auch mit einer Haushalts- und Wohnungsbedarfsprognose bis zum Jahr 2021. Dabei wurden die Absichten und Pläne Wiens und die damit verbundenen vorhersehbaren Trends auf Landesebene eingebracht. In Übereinstimmung mit den anderen Bundesländern ist bei der wahrscheinlichsten Prognosevariante mit einem Anstieg der Zahl der Haushalte in Wien um rund 85.000 in diesem Zeitraum zu rechnen, wobei die Bandbreite je nach Stärke des Bevölkerungswachstums zwischen 60.000 und 140.000 liegt. Der Anteil an Einpersonenhaushalten wird sich weiter in der Größenordnung von 40 Prozent bewegen, bei den Mehrpersonenhaushalten ist aber eine Verringerung der durchschnittlichen Bewohnerzahl zu erwarten. Damit wird insgesamt der noch im Jahr 1996 verzeichnete Durchschnitt von 2,04 Personen je Haushalt im Laufe der nächsten 20 bis 25 Jahre auf etwa 1,92 sinken.

Die Tätigkeiten im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) konzentrierten sich auf die Weiterführung des Verkehrskonzeptes für den „Nordostraum", die Fertigstellung des Landschaftskonzeptes für den Süden der Region Wien - Umland, die Evaluierung der im Verkehrskonzept Südraum Wien beschlossenen Maßnahmen und die Ausarbeitung eines Erlebnisradwege - Konzeptes im Bereich der Nationalparks Donauauen und Neusiedler See/Seewinkel.

Ergänzend zu den 1995 durchgeführten Straßenverkehrserhebungen wurden auf Initiative der PGO im Zeitraum Dezember 1996 bis Feber 1997 die Anzahl sowie Herkunfts- und Zielorte der Fahrgäste aller in der Morgenspitze (6.00 bis 9.00 Uhr) aus dem Raum nördlich der Donau Richtung Wien verkehrenden Personenzüge und Busse erfaßt. Daraus ergibt sich gemeinsam mit der schon früher durchgeführten Straßenverkehrserhebung ein vollständiges Bild der Verkehrssituation im Raum Wien, dargestellt am Kordon Wien (Verkehrskonzept Nordostraum Wien, Phase 2).

Diese Daten waren in weiterer Folge Grundlage für Berechnungen von alternativen Netzen und zur Beurteilung von Einzelmaßnahmen durch ein EDV-unterstütztes regionales Verkehrsmodell. Des weiteren wurden ein „Park-ship and Ride Klosterneuburg/Korneuburg - Wien" sowie die „Verlängerung der S 80 zum Park and Ride Raasdorf" zur Diskussion gestellt und bewertet. Für eine längerfristig zu realisierende Nordostumfahrung Wiens wurden mehrere Trassenvarianten untersucht und bewertet, mit dem Ziel, eine Trassenempfehlung abzugeben.

Im Verkehrskonzept Nordostraum Wien wurden auch Planfälle für das S-Bahnkonzept in der Region erarbeitet. Dazu diente ein von den ÖBB eingerichtetes Projektmanagement. Im Zusammenwirken mit den Ländern Wien, Niederösterreich und Burgenland, mit dem VOR (Verkehrsverbund Ostregion) und dem BMWV wurde durch die Moderation eines Experten ein hohes Maß an Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften und den Unternehmen erzielt.

Das Ziel dieses Konzeptes ist die Verbesserung der Fahrpläne und Angebote für derzeitige und künftig zu gewinnende Kunden der Bahn, die durch eine stufenweise Verwirklichung („Betriebsstufen") erreicht werden soll. Neben dem Ausbau von Bahnstrecken sind die Errichtung von ÖV-Knoten Investitionsschwerpunkte, wie vor allem der Bahnhof Wien (Nahverkehrsgeschoß Südtiroler Platz) und der Bahnhof Wien Nord. Betriebliche Mehrerfordernisse sind durch sogenannte „Dienstverträge" zwischen den Gebietskörperschaften (Antragsteller) und den ÖBB (Betreiber) sicherzustellen. Ähnlich wie beim Verkehrskonzept Südraum Wien soll auch für den Nordostraum ein Gesamtkonzept von Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr und für den Straßenverkehr entwickelt werden; der Abschluß ist für 1998 vorgesehen.

Für die Region Wien-Umland Süd lagen Grundzüge für ein Landschaftskonzept bereits Ende 1996 vor. Ziel dieses Konzeptes ist es, in einem Raum mit intensiver Siedlungsentwicklung erhaltungswürdige Kulturflächen und Landschaftsräume als Ausgleich zu den neu geschaffenen Baulandflächen auszuweisen.

Im Herbst wurde dieses Konzept den betroffenen Gemeinden des Wiener Umlandes und den angrenzenden Wiener Bezirken vorgestellt, um danach spezifische Maßnahmen gemeinsam auszuarbeiten, die wiederum Grundlage für örtliche Raumplanungsmaßnahmen darstellen. Darüber hinaus soll dieses Konzept auch der überörtlichen Raumplanung, insbesondere für die Überarbeitung des regionalen Raumordnungsprogrammes Wien-Umland, dienen. Die Stadt Wien und das Land Niederösterreich werden sich im Rahmen der PGO bemühen, weitere Planungen entsprechend zu unterstützen und dabei auch Finanzierungsmöglichkeiten für deren Umsetzung aufzuzeigen.

Ausgelöst durch die Diskussionen über die Südumfahrung Wien (B 301) sowie die Ankündigung neuer Freizeit - Großprojekte in diesem Raum, die eine weitere Verkehrsbelastung bedeuten, hat die Geschäftsstelle der PGO den aktuellen Stand aller Maßnahmen und Projekte erhoben, die im Maßnahmenpaket für die Verwirklichung des einvernehmlich erarbeiteten Verkehrskonzeptes Südraum enthalten sind. Diese „Erfolgskontrolle" zeigt auf,

– welche Maßnahmen trotz knapper Budgetmittel realisiert wurden, bzw. mit deren Realisierung begonnen wurde,
– für welche Vorhaben und Maßnahmen die entsprechenden konkreten Planungen laufen und
– bei welchen Projekten noch keine Fortschritte erzielt werden konnten.

Diese Ergebnisse wurden auch in Heft 2/1997 der Schriftenreihe der PGO (Tätigkeitsbericht 1996) publiziert. Mit der Fertigstellung des S-Bahn - Konzeptes für die Region Wien gemeinsam mit allen beteiligten Ländern und Verkehrsunternehmen haben sich seither weitere „Erfolgsmeldungen" ergeben: dazu zählen insbesondere der Ausbau der S 7 von Wien-Nord zum Flughafen für ein 15-Minuten Intervall bis zum Jahr 2002 und der Ausbau eines Nahverkehrsgeschosses Südtiroler Platz für die Einbindung und spätere Durchbindung aller S-Bahn Linien auf der Stammstrecke und am Ostbahn - Flügel.

Unter dem Gesichtspunkt einer gemeinsamen Vermarktung des Tourismus wurde im Auftrag der PGO ein Erlebnis - Radroutenkonzept für den Raum der Nationalparks Donauauen und Neusiedler See/Seewinkel entwickelt. Dieses enthält fünf Hauptwege verbunden mit Erlebnisrouten „Natur und Kultur" sowie bereits bestehenden Routen im Raum Wien - Eisenstadt - Bratislava und möglichen Weiterführungen nach Ungarn und in die Slowakei. Im Konzept sind auch Bahnverbindungen berücksichtigt, wobei insbesondere die Haltestellen mit Radverleih, Service- und Informationseinrichtungen und Rückfahrmöglichkeiten enthalten sind. Auf dieser Basis soll gemeinsam mit den Tourismuseinrichtungen der Länder ein Marketingkonzept entwickelt werden. Weitere Schritte sind die Abstimmung mit den beteiligten Gemeinden (Routenführung) und die Sicherstellung der für den etappenweisen Ausbau erforderlichen finanziellen Mittel.

Die Themenfelder der Stadtforschung gliederten sich einerseits in soziologische Forschungen mit dem Ziel einer Erfassung der Bedürfnisse der in dieser Stadt lebenden Menschen. Andererseits werden Entwicklungen und Trends analysiert, die gleichsam von außen - also im nationalen und internationalen Rahmen - bestimmend und steuernd wirken. Der rasche Wandel, dem diese Randbedingungen der Stadtentwicklung unterliegen, erfordert überdies eine nahezu permanente Befassung mit allen relevanten Themen. In diesem breit gefächerten Aufgabenrahmen können naturgemäß immer nur kleine Segmente Beachtung finden. Die erforderliche EDV-Unterstützung bei diesen wissenschaftlich orientierten Tätigkeiten der Stadtforschung war Anlaß für eine intensive Befassung mit Telematik; auf diesem Gebiet werden daher Projekte auch im internationalen Rahmen durchgeführt.

Ein Themenbereich betrifft die aktuellen Entwicklungen von Gewerbe- und Industrieflächen in Wien. Anknüpfend an die Ende 1993 fertiggestellte Studie zu diesem Thema wurde auf Grund der in der Zwischenzeit geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (u.a. EU-Beitritt, Sparpakete, Tertiärisierung) eine Aktualisierung dieser Untersuchung durchgeführt. Mit der Analyse der laufenden Entwicklungstrends hinsichtlich Standortentscheidungen am Wirtschaftsplatz Wien (v.a. im sekundären Sektor) wurde eine Entscheidungsgrundlage für die Stadtplanung und Stadtwirtschaft geschaffen, insbesondere bei der zukünftigen Bereitstellung von Flächen für betriebliche Nutzungen (Bedarfsanalyse).

Als wesentliches Ergebnis kann festgehalten werden, daß sich zwischen 1991 und 1996 die Anzahl der Arbeitsstätten (Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten) im Handel und in der Sachgüterproduktion um mehr als 10 Prozent reduzierte, hingegen bei Speditionen um 7 Prozent und im Bauwesen um 5 Prozent anstieg.

Wesentliche Kriterien für Standortverlagerungen sind nach wie vor Flächenmangel, Kostenbelastungen und die mangelnde Verfügbarkeit von Stellplätzen.

Nach der aktuellen Erhebung planen gegenüber 1993 weniger Wiener Unternehmen innerhalb der nächsten drei Jahre eine Standortverlagerung (davon 46 innerhalb von Wien, 17 ins Wiener Umland). Diese offensichtlich höhere Zufriedenheit mit dem Standort läßt auf eine tendenziell günstige Entwicklung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien schließen. Aus dem Vergleich der Unternehmensbefragungen 1993 und 1997 ergibt sich auch, daß im Gegensatz zur Aussage aus dem Jahr 1993 nunmehr 22 Unternehmen ihren Standort nicht mehr zu verlagern beabsichtigen (1993 wollten davon noch 5 Betriebe Wien verlassen).

Die Wiener Arbeitsstätten in der Sachgütererzeugung, im Bauwesen, im Großhandel und im Transportwesen (Speditionen) beanspruchten 1996 eine Grundfläche von insgesamt rund 2.750 ha. Auch der ermittelte Flächenbedarf für Gewerbe- und Industriebetriebe hat sich von 45,2 ha im Jahr 1993 auf nunmehr 24 ha deutlich reduziert. Ein Vergleich des insgesamt für 1998 - 2000 ermittelten (theoretischen) Gesamtbedarfs an Gewerbe- und Industrieflächen (unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung) und des Flächenangebotes zeigt, daß für weitere großflächige betriebliche Flächenausweisungen zumindest in den nächsten drei Jahren kein entsprechender Anlaß besteht.

Aus der von mehreren Abteilungen getragenen Großstudie „Leben in Wien“ (Befragung von über 8.000 Wienerinnen und Wienern) wurden weitere Auswertungen durchgeführt, die für eine Analyse der subjektiven Wohnbedürfnisse der Wiener Bevölkerung im internationalen Vergleich herangezogen wurden. Mit dieser Studie „Bedürfnisstrukturen und Wohnrealität“ wurde versucht, Schlüsse aus internationalen Entwicklungen und Trends im Wohnungs- und Städtebau für Wien abzuleiten. In Wien bleibt trotz der derzeit tendenziell gleichbleibenden Bevölkerungszahl ein erhöhter Wohnraumbedarf auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter bestehen. Neben Änderungen im Wohnungsangebot am privaten Wohnungsmarkt lassen vor allem demographische Entwicklungen die Wohnungsnachfrage steigen. Neben den „objektiven“ Gründen für den Bedarf an mehr Wohnungen sind auch „subjektive“ Gründe zu beachten. Die geänderten Wohnungsbedürfnisse spiegeln sich in den Begriffen wie „flexible Wohnraumnutzung“, „soziale Durchmischung“, „Alltagstauglichkeit von Wohnung und Wohnumfeld“, „Wohnen als soziales Ereignis“, „Partizipation“, „Ökologisierung der Wohnung und der Stadt“ und „frauen-, alten-, behindertengerechtes Wohnen“ wider.

Parallel zu den gestiegenen Bedürfnissen und Anforderungen und dem Versuch, diesen durch moderne Wohnbaupolitik nachzukommen, ist am anderen Ende der Bedarfs- und Bedürfnisskala festzustellen, daß eine zunehmende Zahl an sozial Schwächeren ihr Grundbedürfnis auf Wohnen nicht mehr ausreichend befriedigen kann.

Zwischen diesen beiden Entwicklungspolen - einerseits erhöhten Ansprüchen an Wohnqualität, andererseits Bedrohung durch Wohnungsverlust - spannt sich der Bogen, der von der Gesellschaft an die zukünftige Wohnungspolitik gestellt wird.

Drei Viertel der Wiener Haushalte sind mit ihrer Wohnung im allgemeinen oder sogar sehr zufrieden, wobei die Zufriedenheit mit der Wohndauer deutlich über diesen Wert steigt. Nur 5 Prozent der Wiener Haushalte sind (sehr) unzufrieden, wobei als Gründe dafür angegeben wurden: zu laute Wohnumgebung, zu schlechte Lage, zu geringe Wohnungsgröße und zu hohe Wohnkosten. Für die Bewertung der Wohnumgebung sind für die Bevölkerung vor allem drei Bereiche von Bedeutung: die vorhandene Infrastruktur, das Verkehrsaufkommen und die Verbauungsdichte in der unmittelbaren Wohnumgebung.

Als relevante Faktoren hinsichtlich des Wohnumfeldes wurden für potentielle Bewohnerinnen und Bewohner von Stadterweiterungsgebieten genannt: U- oder S-Bahn im Nahbereich (80 %), Lebensmittelgeschäfte (73 %), Straßen-

bahnanschluß (46 %), Grünfläche bzw. Parkanlagen (46 %), Spiel- und Sportmöglichkeiten (42 %), Straßenanbindungen (41 %), Kinderbetreuungseinrichtungen (39 %) und attraktive Fuß- und Radwege (33 %). Eine Analyse nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigt unterschiedliche Präferenzen je nach den Anforderungen, die sich im Laufe eines Lebens mehrmals ändern können. Auch damit wird auf die Notwendigkeit einer funktionalen und sozialen Mischung von Stadtgebieten hingewiesen.

Die Attraktivität einer Stadt wird auch an der Vielfalt an Freizeitmöglichkeiten gemessen. Die Wiener Bevölkerung wurde gefragt, welche Freizeitaktivitäten sie ausübt, wie wichtig sie ihnen sind und wie zufriedenstellend die entsprechenden Angebote in Wien beurteilt werden. Für die Planung stehen vor allem die Angebote im öffentlichen Raum im Mittelpunkt. Besonders wichtig sind den Wienerinnen und Wienern innerstädtische Grün- und Erholungsräume in der Wohnumgebung, eine hohe Zufriedenheit erzielen die Erholungsgebiete am Stadtrand (Wienerwald, Lobau, Laaer Berg) und der Bereich der Donauinsel. Zufrieden ist man auch mit dem Angebot an Bademöglichkeiten und Saunabetrieben. Nach Meinung der Befragten fehlt ein ausreichendes Angebot an Freizeiteinrichtungen für Kinder (Kinderspielplätze) und Jugendliche (Freiflächen für Sportaktivitäten).

Diese Ergebnisse und Aussagen über das Freizeitverhalten und die Sportaktivitäten von Jugendlichen aus der Studie Jugend in Wien werden für die Diskussion „Zukunft der Freizeit" herangezogen. Das Freizeitverhalten der Wiener Jugendlichen (14 - 24jährige) könnte man verallgemeinernd folgendermaßen beschreiben: Ohne Musik geht gar nichts, PartnerInnen, Freundinnen und Freunde lösen die Eltern als primäre Bezugspersonen ab, dem eigenen Aussehen/Styling opfert man viel Zeit, Fernsehen und Zeitschriften sind wichtiger Bestandteil der Freizeit, Telefonieren ist ein wichtiges Kommunikationsmittel, Action und Relaxen wechseln sich ab, jeder zweite betreibt Sport, jeder zweite ist ein „Shopper", und Computer gehören zur Freizeit (rund 40 % arbeiten damit) - Kultur im herkömmlichen Sinn ist weitgehend „out". Die einschlägigen traditionellen (geschlechtsspezifischen) Rollenverteilungen finden sich auch bei der jüngeren Generation.

Rund die Hälfte der befragten Wiener Jugendlichen betreibt zumindest öfters Sport, zu den gänzlich unsportlichen zählt nur jeder zehnte. Radfahren/Mountain-Biking (52 %) und Schwimmen (51 %) zählen zu den am häufigsten ausgeübten Sportarten, mittlere Anteile (um die 25 %) ergeben sich für Schifahren, Inline-Skating und Bodystyling. Jeweils rund 15 Prozent spielen (zumindest gelegentlich) Fußball (männliche Jugendliche), laufen auf dem Eis, joggen, wandern oder klettern oder spielen Tennis.

Für die Überarbeitung des Gestaltungs- und Nutzungskonzeptes für den Bereich Donauinsel (Donauinsel, linkes Ufer der neuen Donau, rechtes Ufer der Donau) wurden die Wünsche und Vorstellungen der Wiener Bevölkerung allgemein und von ganz bestimmten Nutzergruppen (Badende, Radfahrer, Spaziergänger und Skater) im besonderen erhoben, um diese subjektiven Aussagen in die planenden Überlegungen einzubeziehen. Damit soll schließlich der Freizeit- und Erholungswert dieses Gebietes gesichert und verbessert werden. Der Anteil der Donauinsel-Besucher ist von 1986 bis 1993 deutlich angestiegen und liegt nach den Ergebnissen dieser Befragung derzeit bei knapp 50 Prozent. Fast die Hälfte (47 % im Sommer) aller Wienerinnen und Wiener hat zumindest einmal im letzten Jahr den Donauinselbereich besucht, 11 Prozent sogar im Winter.

Besucher der Donauinsel kommen häufig und dann in der Regel in bestimmte individuell bevorzugte Bereiche. Die Donauinsel selbst ist Ziel für 48 Prozent Besucher, 21 Prozent lieben das linke Ufer der Neuen Donau und 4 Prozent den rechten Donaudamm (der Rest hat keine Präferenzen). Auf die Frage nach den Gründen für die Bevorzugung bestimmter Bereiche bzw. Teilabschnitte dieses Bereiches entfällt der höchste Nennungsanteil auf die gute Erreichbarkeit (54 %), gefolgt von der gastronomischen Versorgung (34 %). Bereits an dritter Stelle folgt der Aspekt Ruhe und Naturgenuß. Die größte Gruppe der Donauinsel-Besucher kommt mit öffentlichen Verkehrsmitteln (41 %), jeweils über ein Viertel mit dem Auto oder mit dem Fahrrad, 6 Prozent kommen zu Fuß.

Die Global Village 1997 in der Volkshalle des Wiener Rathauses zeigte wieder einen Überblick über die laufenden Entwicklungen und Neuigkeiten im Zeitalter der Telekommunikation. Ziel der Ausstellung war, die Umsetzung des neuesten Standes der Technik in Anwendungen zu zeigen, Innovationen der ausstellenden Firmen, Institutionen und der Stadt Wien (der Planung und der MA 14) zu präsentieren. Spezialthemen waren u.a. „Medizin 2000" und „Bürgernähe durch Telekommunikation", die auch in begleitenden Workshops behandelt wurden. Die Veranstaltung war mit rund 30.000 Besuchern und starkem Interesse der Medien ein großer Erfolg, so daß auch an einer Wiederholung mit neuen Schwerpunkten und aktuellen Entwicklungen im Jahr 1998 gearbeitet wurde.

Über vierzig Expertinnen und Experten aus 23 west- und osteuropäischen Städten und 6 Städtenetzwerken bzw. Einrichtungen der EU waren im Herbst der Einladung Wiens zu einer europäischen Fachkonferenz zum Thema „Städte und Städtepolitik in Europa" gefolgt. Gemeinsam mit Wiener Fachleuten, Politikerinnen und Politikern analysierten sie die aktuellen Entwicklungen in der politischen und fachlichen Diskussion, die um die Rahmenbedingungen, Intentionen und Aufgaben einer zukünftigen „europäischen Städtepolitik" geführt wird. Unmittelbarer Anlaß zu dieser Konferenz war die Mitteilung der Europäischen Kommission „Towards an Urban Agenda" im Frühjahr 1997 und die darauf folgenden intensiven Diskussionen in den europäischen Städtenetzwerken und den verschiedenen politischen Organen und Institutionen.

Das Projekt „Planning the Gateway" wurde im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A von der EU als grenzüberschreitendes Kooperationsprojekt gefördert. Es gibt einen Überblick über die raumstrukturellen

und administrativen Rahmenbedingungen im Kooperationsraum Wien-Bratislava-Györ-Brno. Neben einem Überblick über die Partnerstädte werden Überlegungen hinsichtlich der Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit in diesem Grenzraum angestellt sowie ein Informationsblock über die Kompetenzlage im Bereich der Raumordnung und Regionalpolitik in den Nachbarstaaten gegeben. Ein Schwerpunkt liegt in der Recherche hinsichtlich abgeschlossener, laufender und geplanter städte- und raumplanerisch relevanter Projekte mit grenzüberschreitendem Charakter. Ziel dieser Recherche war der Aufbau einer Projektdatenbank, die für die jeweiligen Administrationen (und in weiterer Folge öffentlich zugänglich) als Informationsgrundlage zur Verfügung stehen soll.

Das ebenfalls von der EU geförderte Projekt VITECC (Vienna Telecooperation Centre) ist ein grenzüberschreitendes Städtekooperationsprojekt zwischen Wien, Brünn, Preßburg und Györ. Das Hauptziel von VITECC ist der Aufbau eines Servicenetzwerkes zur kontinuierlichen, operativen Unterstützung politischer, planerischer und wirtschaftlicher Kooperation im Interesse einer Annäherung unterschiedlicher Strukturen. Dem Cooperation Centre in Wien kommt innerhalb des Netzwerkes eine besondere Aufgabe zu. Von hier aus soll das Netzwerk organisiert werden, sollen sowohl Arbeitsbeziehungen zwischen Wien und den Partnerstädten, als auch zwischen den Partnerstädten untereinander aufgebaut und wahrgenommen werden. Im Detail besteht das Projektziel von VITECC in der Bereitstellung und Vermittlung von Informationen und Kontakten; dies insbesondere zwischen den Verwaltungen der Partnerstädte, aber auch für private InteressentInnen. Eine inhaltliche Vertiefung des VITECC-Projektes ist vorgesehen.

Bearbeitungsschwerpunkte der Gruppe Stadtentwicklung sind die Wahrnehmung übergeordneter Interessen, wie sie in den verbindlichen Konzepten, Plänen, Programmen (auch anderer Geschäftsgruppen) vorgegeben bzw. fortzuschreiben sind. Abgesehen von diesen Koordinierungsarbeiten, die in erster Linie der Umsetzung dieser Planungen dienen, wurden angesichts der zunehmenden Globalisierung und der verstärkten Städtekonkurrenz die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Stadtplanung eingehender untersucht. Die Schwerpunkte der Bearbeitungen lagen auch in der Erarbeitung von Umsetzungsstrategien für langfristig zukunftsbeständige Entwicklungen.

Wien ist bestrebt, sich als West-Ost Handels- und Dienstleistungsmetropole zu positionieren. Dabei ist zu beachten, daß unter dem Begriff „Globalisierung" unter anderem die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft zu verstehen ist: Rationalisierte und daher kapitalintensivere Produktion wird zu Lasten arbeitsintensiver Beschäftigung erleichtert; die Struktur des Arbeitsangebotes in den Städten verändert; der Wettbewerb wird mit neuen Standortentscheidungsmustern regionalisiert und Produktion und Dienstleistung aus den Städten in die Umländer verlagert (Verlust städtischer Arbeitsplätze).

Im diesem Zusammenhang wurde (wie bereits mit dem Projekt „Bedeutung weicher Standortfaktoren") Ende 1996 ein neuerlicher Städtevergleich „Zukunft der Arbeit in der Stadt" beauftragt. Durch diese mehrjährige Workshopreihe ist auf Grund der Beteiligung der Vergleichsstädte (Hamburg, Stuttgart, Berlin, München) ein erheblicher Informationsgewinn über die Handlungsmöglichkeiten der Stadt Wien ebenso wie auch über die gegenwärtige Position in der Städtekonkurrenz gegeben.

Wettbewerb und Konkurrenz werden sich in Zukunft zwischen den Regionen als funktionelle und ökonomische Einheiten verstärken. Eine zukunftsfähige inter- und intraregionale Entwicklung wird daher nicht nur für Wien, sondern für die gesamte Region notwendig. Im Lichte der oben skizzierten Entwicklungen ist es um so wichtiger, die Standortvorteile der gesamten Wirtschaftsregion niederlassungswilligen Betrieben und Unternehmen zu vermitteln. Dazu wurde begonnen, eine gemeinsame Ausstellung der „Europaregion Wien-Niederösterreich und Burgenland" zu erarbeiten, die Anfang 1998 in den drei Bundesländern touren soll. Kernpunkt sind das „Siedlungspolitische Konzept Ostregion," die Akteure und Ansprechpartner sowie die gemeinsamen Ziele und Maßnahmen für das Bestehen im regionalen Wettbewerb bei Sicherung lebenswerter Umweltbedingungen.

Einen wachsenden Stellenwert innerhalb der laufenden Tätigkeit gewinnt der Themenbereich Wirtschaft und Stadtstruktur, dem insgesamt bisher kaum die notwendige Bedeutung beigemessen wurde, und hier wiederum besonders dem Trend nach Großformen des Einzelhandels in städtischen Randlagen. Zunächst wurden vor dem Sommer Maßzahlen und Indikatoren in der Studie „Fachmarktprojekte aus verkehrlicher und stadtstruktureller Sicht" erhoben. Ergänzend dazu erfolgte eine neuerliche Zählung im Herbst/Winter (Vorweihnachtszeitgeschäft) des selben Jahres an vergleichbaren Standorten. Zu Vergleichszwecken wurden bei letzterer auch solche bereits realisierte Projekte berücksichtigt, für die bereits Raumverträglichkeitsuntersuchungen aus der Planungsphase vorlagen. Bei der Überprüfung der in den Gutachten getroffenen Annahmen zeigte sich, daß vor allem die Maßzahlen für die Verkehrserzeugung von den Gutachtern deutlich unterschätzt wurden.

Im Konzentrationsprozeß des Einzelhandels - d.h. große Geschäftszentren wie Hauptgeschäftsstraßen mit regionaler Bedeutung und Bezirksgeschäftsstraßen gewinnen, kleine Geschäftsstraßen und Nebenlagen verlieren - sind oft sehr unterschiedliche Entwicklungen nachgereihter Geschäftsstraßen zu beobachten. Durch eine genauere Erhebung von „Verfallsbedingungen und Erneuerungsstrategien für ausgewählte Geschäftszentren im dichtbebauten Wiener Stadtgebiet" wurden die Anhaltspunkte für Stützungs- und Aufwertungsmaßnahmen analysiert. Als Grundvoraussetzung für die Erneuerung von innerstädtischen Geschäftszentren werden Verbesserungen der Existenzchancen der Fachgeschäfte angesehen, die als wesentliche Elemente des innerstädtischen Handels gelten. Ebenso wird die Schaf-

fung von städtischem Milieu und Ambiente als Voraussetzung für den „Erlebniseinkauf" gesehen. Viele Ergebnisse der in dieser Studie dargestellten Analysen weisen darauf hin, daß dazu durchaus Chancen bestehen.

Dies erfordert jedoch integrierte Strategien, an der die Planungs- und Verwaltungsinstitutionen der Stadt, die Dachorganisationen des Handels (WKW, WIFI), Initiativgruppen aus den Geschäftsstraßen und die einzelnen Unternehmer gleichermaßen beteiligt sein müssen. Auf Verwaltungsseite könnte auch daran gedacht werden, eine „Initiativgruppe Geschäftsstraßen" zu etablieren, deren vorrangige Aufgabe es sein sollte, Entwicklungs- und Gestaltungskonzepte sowie Finanzierungsgrundlagen und Ablaufpläne zu erstellen.

Um den Erneuerungsprozeß zu fördern und den neuen Bestimmungen der Wiener Bauordnung zu entsprechen, wurde die Erstellung eines Sachprogramms „Geschäftsstraßen und Zentrenstruktur" begonnen, das Grundlage für Verordnungen gemäß § 5 (4) ist (d.h. die Errichtung von Geschäftszentren in bestimmten Gebieten, für die keine gesonderte Widmung Einkaufszentrum - EKZ erforderlich ist). Es sollen damit jene Bereiche festgelegt werden, in denen Einkaufszentren zur Förderung der Geschäftsstraßen und der angestrebten Zentrenstruktur erwünscht sind.

In der „Untersuchung der verkehrlichen Auswirkungen von Fachmarktagglomerationen" wurde der Frage nachgegangen, inwieweit Konzentrationen von Verkaufsflächen, die die örtliche Nachfrage (Kaufkraftpotential) bei weitem übersteigen, zu signifikanten Veränderungen der Weglänge oder des Auto-Anteils im Einkaufsverkehr führen. Hierbei wird auch auf Besonderheiten des Einkaufsverhaltens bei der Bedarfsgruppe Möbel und Wohnungseinrichtung eingegangen (systematisches Einholen von Vergleichsangeboten, „Firmentreue", cross selling-Effekte). Zusammenfassend wurde festgestellt, daß Fachmarktagglomerationen gegenüber dezentral verteilten Standorten zwar die Fahrtenhäufigkeit reduzieren, durch die wesentlich größeren Einzugsbereiche und die ungünstigere Verkehrsmittelwahl kommt es jedoch zu einem insgesamt höheren Verkehrsaufkommen im motorisierten Individualverkehr.

Die zuletzt genannte Untersuchung bildet eine „Brücke" zum Aufgabenbereich der Stadt- und Raumverträglichkeit, zu dem noch weitere Studien durchgeführt wurden: Zunächst wurde in diesem Zusammenhang ein schon früher entwickeltes Verfahren zur quantitativen Abschätzung der Stadtverträglichkeit von planerischen Maßnahmen (insbesondere der Flächenwidmung) gemeinsam mit den für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zuständigen Abteilungen in einigen Probeläufen angewandt und verbessert.

Die Neubearbeitung der „Kenndaten von Entwicklungsgebieten" stellt eine Fortführung und Weiterentwicklung der 1985 und 1991 ermittelten städtebaulichen Kennwerte unterschiedlicher Bebauungsformen in Wien dar, die auch publiziert wurden. Für etwa 30 Stadtentwicklungsprojekte der letzten fünf Jahre wurden diese Kennwerte ermittelt, bei größeren Anlagen wurden auch die Auswirkungen auf die Umgebung dargestellt (Infrastruktur, Verkehr).

Der in Wien derzeit zu beobachtende Boom an Hochhausplanungen steht im Widerspruch zu der in Europa in den letzten Jahrzehnten herrschenden Lehre, daß niedrigere Häuser - vor allem für Familien mit Kindern - eine wesentlich höhere Wohnqualität aufweisen als Hochhäuser. Eine Literaturrecherche hat die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zum Thema „Wohnen im Hochhaus" in den Bereichen Wohnsoziologie, Wohnmedizin, Wohnpsychologie, Wohnungs- und Bauökonomie und Bebauungsplanung aufgearbeitet. Damit wurde ein aktueller Überblick über die Argumentationen und Forschungsergebnisse der relevanten Fachbereiche geschaffen, der der Wiener Stadtplanung als Grundlage für den Umgang mit Wohnhochhäusern dienen kann, soweit es um deren Berücksichtigung in der Bebauungsplanung geht. Kurz zusammengefaßt muß dieses Thema viel differenzierter als bisher gesehen werden.

Als erster Schritt zu einer Wiener Europaregion wurde eine „Beurteilung bestehender Europaregionen" vorgenommen. Dabei wurden verschiedene Kooperationsformen in Europa analysiert und deren Erfahrungswerte mit Rücksicht auf die Wiener Verhältnisse ausgewertet. Als Ergebnis wurden Handlungsoptionen für die Stadt Wien in Form eines Positionspapiers entworfen, in dem Vorschläge für eine selektive Verbesserung der grenzüberschreitenden Kooperation (sektoral, städtebezogen bzw. auf der Grundlage von „Leitprojekten") skizziert werden. Das Modell „EUREGIO", das von einer Kooperation der unmittelbar an der Staatsgrenze liegenden Gebiete ausgeht, setzt die Initiative und Kooperationsbereitschaft Niederösterreichs voraus.

Mit einem lokalen Agenda 21-Prozeß sollen, aufbauend auf die Ergebnisse der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, zukunftsbeständige Handlungsprogramme auf Ebene der Länder und Gemeinden entwickelt und umgesetzt werden. In einem dazu erarbeiteten Konzept wurde aufgezeigt, wie sich Wien in einem mehrjährigen Programm diesem Ziel nähern kann und soll. Dabei flossen Modelle und Erfahrungen anderer Städte mit ein, die sich bereits in diesem Prozeß befinden.

Außerdem wurde ein „Konzept zur Erarbeitung eines Strategieplanes für Wien" in Anlehnung an den „2. Barcelona-Plan" begonnen. Die Vorzüge dieses Planes sollen als Elemente auch im „Strategieplan Wien 2000" enthalten sein: Einbindung von maßgeblichen „Akteuren", Indikatoren zur Messung des Erfolges, Benennung von Verantwortlichen für die Durchführung von Maßnahmen sowie Regionaler Maßstab der Aussagen. Dabei war zu berücksichtigen, daß - letztlich auch auf Grund der ähnlichen Methodik - eine Verknüpfung mit bzw. Einbindung in den lokalen Agenda 21-Prozeß erfolgen soll und eine gedankliche Einbettung des Strategieplanes in die großräumigen Konzepte (Siedlungspolitisches Konzept Ostregion, Stadtentwicklungsplan '94, Verkehrskonzept usw.) vorgenommen werden muß. Demzufolge wird dieser Strategieplan als Umsetzungskonzept mit akzentuierten (und aktualisierten) Inhalten der vorliegenden Konzepte verstanden.

Im Bereich der generellen Grün- und Freiraumplanung verlagerte sich der Schwerpunkt im Vergleich zu den Vorjahren von der Erstellung genereller Freiraumplanungen hin zu Themenstellungen, welche die Realisierungsmöglichkeiten der politisch formulierten Ziele aufzeigen.

Dabei galt es vor allem, für das dichtbebaute Gebiet neue Möglichkeiten zur Verbesserung der Freiraumsituation aufzuzeigen. Die Trendwende von der Stadterweiterung hin zu verstärkter Stadterneuerung läßt wachsenden Druck auf Flächen mit einer hohen wirtschaftlichen Verwertbarkeit erwarten, wodurch sich der bereits bestehende Freiflächenmangel in solchen Gebieten noch verstärken wird. Eine Erhöhung des Flächenangebotes ist jedoch nur über den Umweg der „Mehrfachnutzung" erreichbar; damit können auch die Nutzungskonflikte in den traditionellen Freiräumen wenn nicht vermieden, so doch wenigstens verringert werden. Aufbauend auf eine vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) abgehaltene Veranstaltung unter dem Titel „Wenig Platz - Mehr(fach)nutzung" wurde ein dienststellenübergreifender Arbeitskreis ins Leben gerufen, welcher an Hand von Beispielen Rahmenbedingungen für Gestaltung und Erhaltung der mehrfach zu nutzenden Freiräume formulierte, mögliche Organisationsformen überlegte, Fragen zu Haftung und Versicherung und nicht zuletzt auch Kosten diskutierte. Die Ergebnisse sind Strategien und Lösungsansätze mit dem Ziel, daß das Modell „Mehrfachnutzung" in Wien vor allem zur Schaffung von zusätzlichen Spiel- und Erlebnisräumen für Kinder und Jugendliche umgesetzt wird. Als weitere Maßnahme zur Verbesserung der Freiflächensituation im dichtbebauten Gebiet wird - ergänzend zum Baulückenkataster - ein „Grünlückenkataster" erstellt, in dem die Möglichkeiten der (Um)Nutzung dieser Freiraumpotentiale aufgezeigt werden (interimistische Nutzung, Umwidmung).

Ebenso wurden in einem Arbeitskreis Probleme und Hindernisse bei der Umsetzung von bereits legitimierten Zielsetzungen und Maßnahmen diskutiert und Möglichkeiten diskutiert, die Wege zur Realisierung von ökonomisch wenig, ökologisch und in bezug auf den Freizeit- und Erholungswert sehr wertvollen Planungen zu ebnen.

Für den Nordwesten Wiens (Wienerwald und Wienerwaldrandzone) wurden Vorschläge für Maßnahmen ausgearbeitet, um die Attraktivität jener Gebiete, die oft weniger bekannt sind und daher kaum angenommen werden, langfristig zu steigern. Damit soll erreicht werden, daß bisher über Gebühr hoch belastete Erholungsräume entlastet werden und gleichzeitig der Anteil des motorisierten Individualverkehrs bei der Konsumation der Wochen- und Wochenendfreizeit gesenkt wird.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der generellen Verkehrsplanung lagen in der Evaluierung des gemeinsam mit dem Stadtentwicklungsplan beschlossenen Verkehrskonzeptes und in der Weiterverfolgung der vorgesehenen Maßnahmen. Die Einflußnahme auf die Position Wiens im grenzüberschreitenden Raum gewinnt an Bedeutung.

Die im Bericht zur „Erfolgskontrolle des Wiener Verkehrskonzeptes" aus dem Vorjahr aufgezeigte, teilweise dramatische Verkehrsentwicklung fand 1997 weder in der Politik noch in der Verwaltung ausreichende Beachtung.

Demnach hat sich nur der FußgängerInnen-Anteil positiv entwickelt, während die bisher gesetzten Maßnahmen auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) praktisch ohne Einfluß blieben und daher offensichtlich kaum etwas zum Erreichen der verkehrspolitischen Zielsetzungen beitrugen.

An Stelle eines im Wiener Verkehrskonzept für das Jahr 1996 angestrebten Soll-Anteiles der Radfahrer von 3,9 Prozent am Gesamtverkehrsaufkommen sank dieser Anteil auf 2,3 Prozent, d.h. an Stelle einer Zunahme um 30 Prozent ist seit 1990 ein Rückgang um 23 Prozent eingetreten.

Insbesondere das dramatische Wachstum des Verkehrs auf den radialen Hauptstraßen zwischen Wien und dem Umland ruft nach einer deutlichen Verbesserung des Modal-Split auf diesen Verkehrsachsen zugunsten des ÖPNV. So ist im Zeitraum 1990 bis 1995 das durchschnittliche Verkehrsaufkommen (an Werktagen) auf der Südosttangente auf allen nach Wien führenden Autobahnen mit Ausnahme der A 1 (Westautobahn) und auf der B 8 (Angerer Straße) um jeweils mehr als ein Drittel(!) angewachsen.

Es wurde aufgezeigt, inwieweit die generellen verkehrspolitischen Zielsetzungen erreicht oder verfehlt wurden. Verkehrspolitik zugunsten der Verkehrsarten des Umweltverbundes (FußgängerInnen, RadfahrerInnen, öffentlicher Verkehr) stößt bei vielen Verantwortlichen in allen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung nach wie vor auf Unverständnis und vielfach auf heftigen Widerstand. Zur wirksamen Umsetzung der strategischen Vorgaben auf der Maßnahmenebene erscheint nach wie vor ein effizienzorientiertes Umsetzungsmanagement unumgänglich. Es bleibt daher Aufgabe der Abteilung, den verkehrspolitischen Zielsetzungen mit den gegebenen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen.

Zur Verbesserung der Bedingungen für den Fussgängerverkehr wird seitens der Stadtplanung sowohl im Verfahren zur Festsetzung bzw. Abänderung der Flächenwidmungs- und der Bebauungspläne wie auch auf Projektsebene
– eine Erhöhung der Durchlässigkeit der Baublöcke für FußgängerInnen und
– eine der Funktion und Bedeutung der Gehsteige entsprechende Mindestbreite
eingefordert.

Die tatsächliche Entwicklung des FußgängerInnenanteils scheint die Richtigkeit dieser Vorgehensweise zu bestätigen.

Beim Vorrang für den öffentlichen Verkehr wird in der Umsetzung der Zielsetzungen des Verkehrskonzeptes der Attraktivitätssteigerung des Strassenbahn- und Busnetzes gegenüber dem Ausbau von U- und S-Bahn zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Lediglich bei der Verfolgung der im Verkehrskonzept Südraum Wien der PGO vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bevorzugung von Regionalbussen im Straßenraum konnten im Bereich Liesing - Rodaun Fortschritte erzielt werden. Wirksame Beschleunigungsmaßnahmen sollen einvernehmlich bei den für 1998 vorgesehenen Straßenumbauten Berücksichtigung finden.

Die im zwischen dem Bund und der Stadt Wien abgeschlossenen „30-Milliarden-Paket" (1996) genannten U-Bahn-Projekte sowie eine im Wiener Verkehrskonzept 1994 zusätzlich enthaltene donauquerende Verlängerung der U2 in die Donaustadt wurden eingehend in verschiedenen Varianten untersucht. Gleichzeitig damit wurden auch die Grundlagen für die Festlegung der im „30-Milliarden-Paket" geforderten Prioritätenreihung erarbeitet. Dabei war zu berücksichtigen, daß sich die Rahmenbedingungen, die dem Wiener Verkehrskonzept und dieser Vereinbarung mit dem Bund zugrunde gelegt waren, verändert haben: So sind die Wachstumserwartungen und damit die Prognosen für die Siedlungsentwicklung stark zurückgegangen, andererseits verlangen die angespannten Investitionsbudgets der öffentlichen Hand immer stärker den Nachweis des erzeugten gesellschaftlichen Nutzens, wobei es ein besonderes verkehrspolitisches Ziel Wiens ist, die Verkehrsmittelwahl zugunsten des ÖPNV zu verändern.

Im Rahmen einer umfassenden Wirkungsanalyse erfolgte eine Bewertung der Projekte an Hand verkehrlicher, stadtstruktureller, ökonomischer und operativer Kriterien. Aufbauend auf die Ergebnisse dieser Wirkungsanalyse wurde 1997 folgende Prioritätenreihung erstellt und auf politischer Ebene festgelegt:

Die Verlängerung der U 1 nach Norden und die Verlängerung der U 2 vom Stadtzentrum in den Raum Stadlau/Aspern haben Vorrang vor den Verlängerungen der U 1 nach Süden und der U 6 nach Norden. Die letztgenannten Verlängerungen sind in Abhängigkeit von der zukünftigen Stadtentwicklung als langfristige Optionen weiterhin offenzuhalten.

An Stelle der Verlängerungen der U 1 nach Süden und der U 6 nach Norden wurden vorerst Optimierungsprogramme für die Straßenbahnlinien 67 einerseits sowie die Linien 31 und 33 andererseits zur Umsetzung empfohlen, die mit einem wesentlich günstigeren Kosten-Nutzen-Verhältnis realisiert werden können und bereits wesentliche Verbesserungen für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner bringen.

Ein generelles Projekt für die U 1 Nord wurde begonnen und parallel dazu die notwendigen Vorgespräche zu Grundstückstransaktionen in Angriff genommen. Auch die Bürgerinformation zu U 1 Nord ist angelaufen. Bei günstigem Projektverlauf könnte das Generelle Projekt Ende 1998 vorliegen und den Wiener Linien zur Detailplanung und Abwicklung der Genehmigungsverfahren übergeben werden. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Rechtslage ist damit ein Baubeginn Ende 2001 und eine Betriebsaufnahme etwa fünf Jahre später vorstellbar.

Hinsichtlich der Realisierung der donauquerenden Verlängerung der U 2 wurde ein EU-weites Ausschreibungsverfahren für die generellen Planungsarbeiten eingeleitet. Parallel dazu wurde die Anbindung dieser Linie an das Stadtzentrum im Abschnitt stadteinwärts des Pratersterns einer vertieften Betrachtung unterzogen, um nach Vorliegen der politischen Entscheidung über die Trasse das Generelle Projekt bis Ende 1999 vorlegen zu können. Damit könnte unter günstigen Voraussetzungen die erste Teilstrecke Ende 2007, die Gesamtstrecke ein bis zwei Jahre später eröffnet werden.

Die Realisierung der Optimierungs-Programme für die Straßenbahnlinien 67 bzw. 31 und 33 bedarf einer Beschlußfassung im Gemeinderat und entsprechender Bedeckung im Budget der Stadt Wien. Unter Berücksichtigung eines Planungs- und Genehmigungsvorlaufes könnten beide Programme etwa 1,5 Jahre darauf in Angriff genommen werden.

Die im Sommer 1996 über Initiative der ÖBB eingerichtete Projektgruppe zur Entwicklung eines stufenweisen Maßnahmenkataloges zur umfassenden Optimierung des S-Bahn- und des Regionalverkehrs in der Region Wien hat ihre Arbeit nahezu abgeschlossen. In dieser Projektgruppe sind alle beteiligten und betroffenen Institutionen von Anfang an in die Planungen und Überlegungen eingebunden, so daß nach Vorliegen des Endberichtes im Frühjahr 1998 mit einem breiten Konsens und dem Willen zur Realisierung der Ergebnisse gerechnet werden kann.

Zweifellos ist der U- und S-Bahn-Ausbau imstande, einen beträchtlichen Beitrag zur Veränderung des Modal-Split zu leisten. So lassen beispielsweise die Verlängerungen der U 1 nach Norden, der U 2 nach Stadlau und der S-Bahn-Ausbau für den 22. Bezirk eine Veränderung des Modal-Split um maximal 10 Prozent zugunsten des ÖPNV erwarten. Um jedoch das verkehrspolitische Ziel, ein Verhältnis von 45:25 für ÖPNV:MIV zu erreichen, ist eine zusätzliche Veränderung von weiteren mehr als 8 Prozentpunkte erforderlich. Diese kann nur durch die Attraktivierung des Straßenbahn- und Busnetzes bei gleichzeitiger Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im dichtbebauten Gebiet bewerkstelligt werden. Gleiches gilt für den S-Bahn-Ausbau im Wiener Umland, der eine Verbesserung des Modal-Split von 30:70 auf 40:60 zugunsten des ÖPNV erwarten läßt; das für den Regionalverkehr angestrebte Verhältnis von 50:50 kann wiederum nur durch entsprechende zusätzliche Maßnahmen im sogenannten nachgeordneten Netz erreicht werden.

Auf der Grundlage des Wiener Verkehrskonzeptes 1994, das nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken 1 und 4 - 9 auch die weitere stufenweise Ausweitung auf die Bezirke 2, 3 und 20 in einem kurzfristigen Zeitraum vorsieht, wurden vom 2. und 20. Bezirk im Herbst 1997 Anträge auf Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung auf ihre Bezirke gestellt. Aus diesem Grund wurde mit der Vorbereitung einer Untersuchung der notwendigen verkehrlichen Grundlagen für diese weitere Ausdehnung begonnen, um im Frühjahr 1998 erste Ergebnisse

innerhalb der Parkraumbewirtschaftungskommission und mit den beteiligten Bezirken erörtern und für notwendige Entscheidungen aufbereiten zu können.

Im Rahmen der Generellen Bundesstraßenplanung wurde zur endgültigen Festlegung einer Variante für die B 12b, also die Straßenverbindung vom Altmannsdorfer Ast der Südosttangente (A 23) zur Breitenfurter Straße, ein Verfahren zur Entscheidungsfindung unter Einbeziehung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt, auf dessen Grundlage die Festlegung einer Trassenführung im Zuge der Sagedergasse getroffen werden konnte. Damit konnte eines der in den letzten Jahren meistdiskutierten Bundesstraßenprojekte der Umsetzungsplanung übergeben werden.

Für das Projekt der B 229 im Bereich der Hauptfeuerwache Floridsdorf konnte eine Generelle Genehmigung vom zuständigen Ministerium, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, erwirkt werden. Daraufhin wurde als Grundlage für das zur Trassenverordnung erforderliche Bürgerbeteiligungsverfahren eine Umweltverträglichkeitserklärung erstellt.

Die Generellen Projekte B 1 im Bereich Lothringer Straße - Johannesgasse und B 228 im Abschnitt Modecenter Straße bis 1. Haidequerstraße konnten abgeschlossen werden. Es ist vorgesehen, diese Projekte nach Abhaltung der magistratsinternen Pflichtenbesprechungen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zur Generellen Genehmigung vorzulegen. Weiters wurden ergänzende und neue Bearbeitungen zu anderen Bundesstraßen und Straßenabschnitten, deren Aufnahme in das Bundestraßengesetz noch nicht erfolgt ist, durchgeführt. Begonnen wurde auch eine Untersuchung über die derzeitige Situation des Radverkehrs im Wiener Bundesstraßennetz und diesbezügliche Verbesserungsmöglichkeiten.

Aufbauend auf die bisher durchgeführten Untersuchungen über eine zusätzliche Donauquerung im Zuge der B 301 („Südumfahrung") und eine zukünftige Nord-Ost Umfahrung von Wien wurde zur Konkretisierung der Trasse im Wiener Bereich eine Machbarkeitsstudie abgeschlossen. Diese ist Grundlage für die erforderlichen Abklärungsgespräche mit dem Land Niederösterreich und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Gleichzeitig soll sie zur Vorbereitung einer Bundesstraßengesetznovelle (Aufnahme der Nord-Ost Umfahrung Wiens in das Bundesstraßennetz) dienen.

Weder das bereits von der Europäischen Kommission verfolgte Konzept der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) noch die von der 3. Gesamteuropäischen Verkehrsministerkonferenz in Helsinki im Juni 1997 beschlossene Integration der beitrittswilligen mittel- und osteuropäischen Länder in die TEN berücksichtigt die vitalen Interessen der Stadt Wien und der „Vienna Region" ausreichend. Damit droht die „Vienna Region" einerseits ins wirtschaftliche Abseits gedrängt und andererseits vom zunehmenden Straßentransitgüterverkehr überrollt zu werden. Die Abteilung hat daher Initiativen gesetzt, im Rahmen eines kooperativen Planungs- und Beratungsverfahrens einen regional abgestimmten Terminplan für die Weiterentwicklung des intermodalen, also alle Verkehrsträger umfassenden TEN-Knotens für die Region Wien, zu entwickeln. Die tragenden Säulen sollen sein: Erreichbarkeit - Umwelt - regionale Kooperation und Funktionsteilung - Marketing.

Im Sommer 1997 wurde der Radverkehr an signifikanten Punkten im Wiener Stadtgebiet, an denen teilweise Vergleichswerte auch aus früheren Jahren vorliegen, gezählt. Gleichzeitig wurden auch Befragungen der RadfahrerInnen über ihre Zufriedenheit mit der bestehenden Situation und ihre Wünsche für zukünftige Entwicklungen durchgeführt.

Die tatsächlich negative Entwicklung des Radverkehrs könnte ihre Ursache darin haben, daß einerseits bei der konkreten Realisierung von Radverkehrsanlagen an den Bedürfnissen der praktizierenden und potentiellen RadfahrerInnen vorbeigeplant wird, und andererseits sich der Stellenwert des Radverkehrs gegenüber Ansprüchen anderer Nutzergruppen im öffentlichen Raum zu wenig deutlich manifestiert; die Realisierung von Radverkehrsanlagen scheitert in der Praxis meist am Unverständnis fast aller Beteiligten. Schließlich ist auch die im Verkehrskonzept vorgesehene intensive Verknüpfung der technischen Maßnahmen mit jenen zur Bewußtseinsbildung bislang noch nicht gelungen. Damit sollten die Bevölkerung, verantwortliche Politiker, die Verwaltung, Interessensvertreter und Medien angesprochen werden. Daher wurde ein Pilotprojekt als erster Schritt eines notwendigen Marketingkonzeptes, „Radeln statt kurzer Autofahrten" erarbeitet. Die Schlußfolgerungen daraus geben Anhaltspunkte, wie Anreize zum Umstieg auf das Radfahren geschaffen werden können.

Im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit der Stadtplanung Wien (darunter werden die Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, B, C und 41 verstanden) wurden die Schwerpunkte der vergangenen Jahre weiter fortgesetzt und in ihrer Qualität weiter verbessert. Neben der Ausstellungstätigkeit, die den meisten Aufwand erfordert, wurden wieder zahlreiche Publikationen betreut, Veranstaltungen vorbereitet und zahlreiche Interessenten einzeln oder in Gruppen über die Tätigkeit der Wiener Stadtplanung informiert.

In der Wiener Planungswerkstatt, dem ständigen Ausstellungsraum der Planung, werden auftragsgemäß aktuelle Fragestellungen der Stadtplanung behandelt und der interessierten Bevölkerung Informationen über Probleme, Zielsetzungen, Lösungsmöglichkeiten und Ergebnisse von Planungen vermittelt. In diesem Sinne wurden Ausstellungen zu den Themen „Nationalpark Donau Auen", „Digitale Stadtmodelle" (in Kooperation mit der MA 14), „Beispiele innerstädtischer Verdichtung", „Werkstatt Grünraum", „Wiener U-Bahn - 3. Bauphase" und gemeinsam mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund der „Wettbewerb Neubau Sophienspital" gezeigt. Die MA 22 war als Gast mit dem Thema „Lebensqualität Regenwald" vertreten.

Aus Anlaß einer Diskussion mit VertreterInnen der Münchener Stadtplanung, Thema waren die Erfahrungen zu einem „lokale Agenda 21"-Prozeß, ergab sich im Juni 1997 die Gelegenheit, unter dem Titel „Perspektive München" aktuelle Planungen dieser Stadt auch den Wienerinnen und Wienern näherzubringen. Mit dem genannten Prozeß sollen, basierend auf den Ergebnissen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, zukunftsbeständige Handlungsprogramme auf Ebene der Länder und Gemeinden entwickelt und umgesetzt werden.

Gebührender Raum wurde auch dem Thema Architektur in Wien gewidmet. Im Rahmen einer Schau zur „Strukturellen Architektur" wurden Arbeiten von Universitätsinstituten gezeigt, und das Wirken eines bekannten Wiener Architekten wurde im Zuge der Ausstellung „Helmut Richter - Bauten und Projekte" gewürdigt. Schließlich fanden sich wesentliche Beispiele anläßlich der Herausgabe des Architekturführers „Wien, Architektur - 500 Bauten" in einer Präsentation unter dem gleichen Titel.

Um Informationen möglichst nahe an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen, wurden auch 1997 Bezirksausstellungen gezeigt. Präsentationen zu Breitenlee, zu den Expertenverfahren Schmidstahlwerke oder zum Schulbauprojekt In der Wiesen verdeutlichen dieses Vorhaben.

Auch das von der Europäischen Gemeinschaft geförderte Projekt „Gürtel plus" war Anlaß zu einer Ausstellung, die an verschiedenen Stellen im Planungsgebiet eine Übersicht zu allen Projekten geboten hat.

Die für den internationalen Einsatz erstellten Ausstellungen „Wien, Architektur - Der Stand der Dinge" und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung - Der Stand der Dinge" wurden auch in diesem Jahr in mehreren europäischen Städten mit großem Erfolg gezeigt. Diese Präsentationen in Athen, Kopenhagen, Oslo, Zagreb, Turin und Dublin wurden durch Vorträge namhafter Wiener Experten zu den dargestellten Ausstellungsthemen ergänzt.

Die Ausstellung „Wien ins 21. Jahrhundert", die in knapper Form einen Überblick über die Bemühungen und Pläne der Stadt Wien und der hier ansässigen BürgerInnen und Firmen im Hinblick auf die wirtschaftliche, technische und bauliche Entwicklung bietet, wurde in Mailand und Singapur gezeigt.

Die Publikationstätigkeit umfaßte, neben vielen die Ausstellungen begleitenden Informationsfoldern, insgesamt 9 sogenannte „Werkstattberichte". In dieser einfach gehaltenen Reihe von interessanten Ergebnissen der laufenden Arbeit der Stadtplanung wurden unter anderem die Themen Zentrensituation - Zentrenbildung, Parkraumbewirtschaftung, Stadterhaltung und Wirtschaftliche Effekte der Osterweiterung behandelt. Daneben erschien in der Schriftenreihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung" ein weiterer Band mit dem Titel „Bebauungsformen für die Stadtentwicklung".

Im Zuge der persönlichen Betreuung von Interessenten an Fragen der Stadtplanung wurden insgesamt 40 Gruppen entsprechend ihrer spezifischen Interessenslagen informiert. Die einzelnen Gruppen kamen unter anderem aus Japan, China und Rußland sowie aus den Skandinavischen Staaten und Deutschland. Die Schwerpunkte der Fragestellungen waren Grünplanung, verschiedene Verkehrsprobleme und deren Lösungsstrategien, Stadterhaltung und in diesem Zusammenhang das von der MA 19 entwickelte Schutzzonenmodell sowie Fragen zur Stadtentwicklung und Regionalplanung im allgemeinen.

Das Aufgabenspektrum der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die organisatorische Bewältigung vieler Fachveranstaltungen abgerundet. Dabei bestand die Aufgabe des Teams der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit darin, in der Art einer Veranstaltungsorganisation Voraussetzungen und Rahmen für eine gedeihliche Arbeit nationaler und internationaler Expertenteams zu schaffen.

Auf dem Sektor der sogenannten „Neuen Medien" wurde ein Videofilm mit einer Präsentation der Antworten der Stadtplanung auf aktuelle Fragestellungen in Wien hergestellt. Der durchaus sinnvollen Präsenz im Internet wurde durch eine Neugestaltung und wesentlichen Erweiterung des bisherigen Angebotes Rechnung getragen.

Schließlich sollte auch ein neuer Aufgabenbereich, der Ende 1996 nach Auflösung der für technische Dokumentation zuständigen Abteilung der Abteilung zugewiesen wurde, erwähnt werden: die photographische Dokumentation. Die Verbindung von technischer Dokumentation mit dem für die Öffentlichkeitsarbeit erforderlichen Bildmaterial ermöglichte die Zusammenstellung einer Chronologie des Baugeschehens in Wien in seinen charakteristischen Phasen. Über Initiative der Abteilung wurde gemeinsam mit der Landesbildstelle und der Fachabteilung für automatische Datenverarbeitung ein einfaches, informatives und über Intranet zugängliches Informationssystem entwickelt, um bereits vorhandenes Bildmaterial gleichermaßen wie aktuelles Material auch anderen Nutzern zur Verfügung zu stellen.

Im Zuge der Änderung der Geschäftseinteilung der Stadt Wien Ende 1996 wurde unter anderem das Wissenschaftsreferat aus dem Kulturamt ausgegliedert und der Abteilung zugeordnet und trägt nunmehr die Bezeichnung „Gruppe Wissenschaft". Damit wurde das Ziel verfolgt, auch innerhalb der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu leisten, damit Wien als Universitäts- und Forschungsstadt einen wichtigen und zentralen Platz und Stellenwert im „internationalen Konzert" der Wissenschaftsentwicklung einnimmt. Wissenschaftsförderung ist gleichbedeutend mit der Förderung von Innovationen in allen Gesellschaftsbereichen und damit eine Investition in die Zukunft.

Die Aufgaben dieses Arbeitsbereiches können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Informations- und Servicestelle für Angehörige und Funktionäre wissenschaftlicher Institutionen und für junge Wissenschafterinnen und Wissenschafter; Clearingstelle für die in Wien ansässigen universitären und außeruniversitären Einrichtungen.

Förderung von Forschung und Wissenschaft

Wissenschaftliche Veranstaltungen wie die „Wiener Vorlesungen" und die Konversatorien dazu, das „Umweltforum Wien", der „Wiener Zukunftsdialog" als spezielle Veranstaltungsreihe innerhalb der Wiener Vorlesungen und die „Wiener Vierteltour".

Strategisch-planerische Aufgaben

Die Gruppe Wissenschaft nimmt die Aufgabe einer Informations- und Servicestelle für Angehörige wissenschaftlicher Institutionen, die ihren Sitz in Wien haben, und für junge Wissenschafter und Wissenschafterinnen bezüglich aller Fragen, die die Realisierung wissenschaftlicher Projekte, wissenschaftlicher Veranstaltungen und Publikationen betreffen, wahr.

Das wissenschaftliche Leben in den Hochschulen und Universitäten, Akademien, wissenschaftlichen Gesellschaften und wissenschaftlichen Vereinen einerseits und die Arbeit der Stadtverwaltung andererseits müssen in viel stärkerem Maß als dies bisher geschah miteinander verknüpft werden. Wien muß als Stadt der Wissenschaften assoziiert werden. Das bedeutet die Pflege wichtiger wissenschaftlicher Traditionen und Schulen, die mit Wien verbunden sind, umfaßt aber auch den gesamten technologienahen Wissenschaftssektor. Die Gruppe Wissenschaft sieht daher eine ihrer wesentlichen Aufgaben in der Pflege, Knüpfung und Intensivierung der Kontakte zwischen diesen Institutionen, den Forschungsförderungsfonds, der Wirtschaft und herausragenden Persönlichkeiten des wissenschaftlichen Lebens in Wien einerseits und der Stadtverwaltung andererseits.

Ein wesentlicher Tätigkeitsbereich ist auch die Förderung von Forschung und Wissenschaft. Bedeutende, für Wien eminent wichtige Forschungsinstitutionen, die ihre Tätigkeit nur mit Unterstützung durch die öffentliche Hand entfalten und weiterführen können, erhielten auch im Jahr 1997 für die Durchführung ihrer wissenschaftlichen Aufgaben substantielle Förderungen. Zu diesen Institutionen gehören u.a. die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die Österreichische Forschungsgemeinschaft, die Gesellschaft zur Förderung des Forschungsinstitutes für Wildtierkunde und Ökologie oder die Stiftung „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes". Im Berichtszeitraum wurden an über 400 weitere wissenschaftliche Institutionen Subventionen vergeben. Mit Hilfe dieser Förderungsbeiträge aus dem Wissenschaftsbudget wurden vor allem:

- die Durchführung von Symposien zu wissenschaftlichen Themen,
- die Durchführung von Workshops, Arbeitsgesprächen und Vortragsreihen,
- die Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, die neue wissenschaftliche Ergebnisse präsentieren und zu deren Durchführung wissenschaftliche Arbeit notwendig ist,
- die Durchführung von Forschungsprojekten, Recherche- und Redaktionsarbeiten im Rahmen der Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen,
- wissenschaftliche Bearbeitungen von Archiven und Nachlässen unterstützt.

Bei der Vergabe von Subventionen und Förderungsbeiträgen werden folgende Förderungskriterien herangezogen:

- Aktualität hinsichtlich des aktuellen Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden des Faches und der Fragestellung
- wissenschaftliche Qualität des Projektentwurfes und der bisherigen Forschungsarbeit des Förderungswerbers
- Bezug des Projektes zu Wien
- Nähe des Projektes zu Themen- und Fragestellungen, welche die Stadt Wien besonders betreffen.

Die Liste der im vergangenen Jahr geförderten Projekte umfaßt Themenstellungen im Sinne der vorhin genannten Kriterien. Sie wurden von namhaften in Wien ansässigen wissenschaftlichen Gesellschaften und Institutionen durchgeführt. Als Themenbereiche sollen beispielhaft Wien als Wissenschafts- und Universitätsstadt, Sozialpolitik, Kunst und Natur, Forschungsprojekte zur Wiener Moderne oder zu aktuellen Fragen der Migration, der Ökologie, der Kulturgeschichte oder auch der Demoskopie genannt werden.

Mit Hilfe dieser Subventionen finden täglich viele Projekt- und Forschungsgespräche, Vorträge, Symposien, Workshops und Arbeitstagungen statt. Die Diskussionen, die im Rahmen dieser Projekte und Veranstaltungen geführt werden und die in einer „Kettenreaktion der Aufklärung" weitergehen, sind ein entscheidender Beitrag der Stadtverwaltung, die Probleme der Stadt Wien und Österreichs interdisziplinär und kompetent zu analysieren und zu lösen.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 18. Dezember 1997 die offizielle Genehmigung für die Errichtung des „Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Österreichische Akademie der Wissenschaften" erteilt. Die Stadt Wien würdigt durch die Errichtung dieses Jubiläumsfonds diese Einrichtung, die im Jahr 1997 ihr 150jähriges Bestehen gefeiert hat, als eine der bedeutendsten forschenden und forschungsfördernden Institutionen Österreichs. Der Zweck des Fonds ist die Förderung von Forschungsvorhaben der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in allen Bereichen der in ihr vertretenen natur- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die in einem weiteren Sinn einen Bezug zu Wien haben. Ebenso werden Grundlagenforschungen mit Bezug zur Bewältigung im Land Wien anstehender Zukunftsprobleme oder Fragestellungen gefördert. Der für die Förderung von Wissenschaft und Forschung zuständige Mitarbeiter der Abteilung berät und unterstützt als Generalsekretär des Jubiläumsfonds das Kuratorium in allen Bereichen der forschungsfördernden Tätigkeit und der Verwirklichung des Fondszweckes und vollzieht die Beschlüsse des Kuratoriums.

Seit mehreren Jahrzehnten werden an junge, fachlich gut ausgewiesene Wissenschafterinnen und Wissenschafter Wissenschaftsstipendien zur Durchführung kleiner Wien-bezogener Forschungsprojekte vergeben. Diese Wissenschaftsstipendien stellen einen wichtigen und integralen Bestandteil der forschungsfördernden Maßnahmen der Stadt Wien dar. Nach ausführlichen Informationsgesprächen und themenbezogener Beratung wurde 1997 an insgesamt 57 junge Forscherinnen und Forscher je ein Wissenschaftsstipendium (in der Höhe zwischen 15.000 S und 20.000 S) vergeben.

Über die Förderung von physischen und juristischen Personen hinaus werden auch Publikationen, die sich auf wissenschaftlichem Niveau mit relevanten gesellschaftlichen Fragen befassen, im Wege von Druckkostenbeiträgen und Ankäufen gefördert. Dies ist eine wichtige Unterstützung für das wissenschaftliche Publikationswesen, aber auch für die wissenschaftlichen Verlage, die eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für Qualität, Klima und Dichte der intellektuellen Diskurse in Wien haben.

Wissenschaftliche Veranstaltungen nehmen einen breiten Raum in der Tätigkeit der Gruppe Wissenschaft ein:

Impuls für die Gründung der Wiener Vorlesungen war die Organisation der Tagung „Wien - die Stadt und die Wissenschaft" Anfang 1987 zum Verhältnis von Stadt und wissenschaftlichem Leben. Das große Interesse, das der Vortrag des berühmten Kölner Sozialwissenschafters René König bei einem sehr großen Publikum fand, inspirierte die Idee einer Vortragsreihe zur geistigen Situation der Zeit. Seit 1987 waren etwa 600 Vortragende aus allen Kontinenten zu Gast. Im abgelaufenen Jahr konnte das zehnjährige Bestehen der „Wiener Vorlesungen" mit prominenten Gästen einer Jubiläumsveranstaltung gefeiert werden.

Das Umweltforum Wien wurde im Dezember 1995 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Stadtrat Fritz Svihalek als Plattform eines interdisziplinären Dialoges über die großen Überlebensfragen im Bereich des Umweltschutzes initiiert. In diesem Rahmen wird eine ökologische Realpolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert diskutiert. Das Umweltforum will Raum für grundsätzliche Nachdenkarbeit zu drängenden Fragen der Umwelt und des Umweltschutzes und einer nachhaltigen Wirtschaft leisten und Impulse für neue überregionale und internationale Strategien in diesem Feld geben.

Der Wiener Zukunftsdialog wurde im Februar 1997 von Vizebürgermeister DDr. Bernhard Görg ins Leben gerufen und soll als interdisziplinäres Gesprächsforum Diskussionen zu den großen Zukunftsfragen, die sich in Gesellschaft, Kultur und Politik stellen, anregen und intensivieren und Impulse für innovative Strategien geben. Gute Lösungsstrategien und -instrumente haben differenzierte Analysen und Diskussionen zur Voraussetzung. Diese will der Wiener Zukunftsdialog vorbereiten.

Im Jahr 1997 fanden insgesamt 36 Veranstaltungen der öffentlichen und frei zugänglichen Wiener Vorlesungen statt, davon standen sechs auch im Rahmen des „Wiener Zukunftsdialoges", zwei davon waren der Reihe „Umweltforum Wien" zuzurechnen. Darüber hinaus gab es auch mehrere Kooperationen mit anderen in Wien beheimateten wissenschaftlichen Institutionen.

Neben der wissenschaftlichen Befassung mit Künstlern anläßlich von Jubiläen (Schubert, Nestroy, Brahms) stellte der Fragenkreis um die Dualität Kunst - Natur einen Schwerpunkt der Themen dar, für deren Behandlung hervorragende Wissenschafterinnen und Wissenschafter des In- und Auslandes gewonnen werden konnten. Nationalität und Migration waren weitere Themen, zu welchen Erfahrungen aus der Vergangenheit bei der Beantwortung bereits absehbarer Fragestellungen hilfreich sein sollten. Schließlich wurde auch der Triangel Wissenschaft (Universitäten) - Wirtschaft - Wien in mehreren Veranstaltungen aus unterschiedlicher Sicht behandelt. Darüber hinaus waren aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse oder allgemein diskutierte Fragen, wie beispielsweise die Stellung innerhalb der Europäischen Union, Anlaß und Thema für Vorträge und Diskussionsrunden.

Die Ergebnisse dieser Veranstaltungstätigkeit werden seit 1990 in zwei Buchreihen („Wiener Vorlesungen" im Picus-Verlag und „Wiener Vorlesungen - Konversatorien und Studien" im Wiener Universitätsverlag) herausgegeben. Damit wird über die TeilnehmerInnen an diesen Veranstaltungen hinaus ein großer Personenkreis erreicht.

Im Jahr 1997 sind 10 Bände, welche teilweise auf Veranstaltungen der Wiener Vorlesungen des Vorjahres aufbauen, im Picus-Verlag erschienen, zwei weitere Publikationen im Wiener Universitätsverlag.

Der gegebene enge Bezug zu den wissenschaftlich arbeitenden Institutionen in Wien legt nahe, daß über die Förderungs- und Veranstaltungstätigkeit hinaus auch strategisch-planerische Aufgaben wahrgenommen werden:

Die Vernetzung von Know-how-Bereichen der Stadtverwaltung und der Wissenschaft in Wien war Anlaß für eine Reihe von Gesprächen mit den Rektoren der Wiener Universitäten und mit den leitenden Funktionären der großen in Wien ansässigen Forschungsgemeinschaften. Die Ergebnisse dieser Gespräche fanden ihren Niederschlag unter anderem in einem eintägigen Workshop zum Thema „Fremde Heimat - Migration und Anpassung", bei dem die mit den Problemen der Migrantinnen und Migranten befaßten SozialarbeiterInnen und BeamtInnen intensiv mit Wissenschafterinnen und Wissenschaftern der Fächer Ethnologie, Soziologie und Geschichte zusammenarbeiteten und ihre Erfahrungen und Erkenntnisse austauschten. Im Hinblick auf eine Vernetzung der universitären mit der städtischen Kultur fand eine zweitägige Veranstaltung zum Thema „Wien und die Wissenschaft. Chancen und Perspektiven einer Beziehung" statt. Dabei diskutierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über Gemeinsamkeiten, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung.

Die Wiener Vorlesungen begannen im Wintersemester 1997/98 eine Veranstaltungsreihe zur Präsentation der Aufgabenfelder, Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte der in Wien ansässigen Universitäten und Hochschulen. Ziel dieser Reihe ist es, der Bedeutung Wiens als Wissenschaftsstadt neue Akzente zu verleihen und die Universitäten und Hochschulen besser in das Stadtleben einzunisten. Diese Reihe wurde mit Präsentationen der Veterinärmedizinischen Universität Wien und der Universität für Bodenkultur begonnen.

Ergänzend dazu wurden auch Forschungsprojekte zur Rolle und Bedeutung Wiens als Wissenschaftsstadt initiiert. Zwei davon betreffen die gegenwärtige Situation der Wissenschaftsstadt Wien und ihre unmittelbare Vorgeschichte, zwei weitere die Geschichte der intellektuellen Diskurskultur in Wien.

Der Arbeitsbereich der Sonderaufgaben versteht sich als Bindeglied zwischen Kultur und räumlicher Planung und somit gleichzeitig als Service- und Clearingstelle für Kulturinitiativen, die nicht dauernd und fest niedergelassen sind, bei der Suche nach Standorten für kulturelle Aktivitäten. Die Kenntnis von verfügbaren oder verfügbar zu machenden Veranstaltungsorten wird in diesen Fällen durch das Wissen um die rechtlichen und administrativen Voraussetzungen ergänzt, um wirksame Unterstützung geben zu können. Dies traf beispielsweise auf Einrichtungen im Museumsquartier (hier wiederum besonders Architektur Zentrum Wien und Kindermuseum) zu, bei denen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Umbau eine intensive Unterstützung bei den anstehenden Planungen erfolgte.

Traditionell erfolgt die Betreuung von Projekten des Architektur Zentrums Wien, die sich auch im abgelaufenen Jahr mit dem Schaffen namhafter Architekten oder speziellen Themenfeldern der Architektur, wie den Auswirkungen von maßgeblichen Infrastrukturelementen auf die Funktion, Gestalt und Lebensqualität einer historisch gewachsenen Stadt (Euralille) auseinandergesetzt haben. Mit dem Projekt „Kunstmeile Gürtel" wurde ein Beitrag zum Projekt „Gürtel plus" in Richtung einer Belebung bisher für Fußgänger unattraktiver Teile dieses Straßenzuges durch Modelle namhafter Künstler erzielt.

Infolge der geänderten Linienführung der U-Bahn Linie U 4 im Bereich Spittelau wurde ein Teil des bestehenden Tunnelbauwerkes funktionslos. Angesichts der ständigen Suche nach Veranstaltungsorten, die nach Möglichkeit in einem weniger sensiblen Bereich gelegen keine Anrainerbeschwerden hervorrufen sollten, bot sich dieser Raum für Aktivitäten an, die dem moderneren Kulturbegriff zuzuordnen sind. Unter Einbeziehung von VertreterInnen aus anderen Geschäftsgruppen gelang es, in einem öffentlichen Wettbewerb einen Betreiber, der auch die nötigen baulichen Adaptierungen durchführt, zu finden.

Die bevorstehende EU-Präsidentschaft Österreichs war Anlaß für Überlegungen, bei dieser Gelegenheit den Wienerinnen und Wienern die anderen Hauptstädte der Europäischen Union näherzubringen. Es begannen daher Vorbereitungen zu einem Städtevergleich, der die Position der einzelnen Städte aus unterschiedlichen Blickpunkten beleuchten soll.

Für die technische Bibliothek liegt der Schwerpunkt der Aufgaben darin, für den gesamten technischen Bereich des Magistrates die jeweils aktuellen Gesetze, Normen und Regelwerke zur Verfügung zu stellen. Dies gilt gleichermaßen für die in den einzelnen Fachgebieten benötigte Amtsliteratur, Fachzeitschriften usw. Das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften wird sogar für den gesamten Magistrat in dieser Bibliothek bereitgestellt. Diese Bibliothek versteht sich eher als „fachliche Leihbibliothek für Mitarbeiter", darüber hinaus steht sie auch auswärtigen Benutzern zur Verfügung. Parallel dazu wurde schon bisher in der Abteilung versucht, eine möglichst vollständige Sammlung und Dokumentation der im eigenen Bereich der Planungsabteilungen erstellten oder in deren Auftrag gemachten Studien, Projekte und wissenschaftlichen Arbeiten zentral zugreifbar aufzubewahren. Der institutionalisierte Schriftentausch zum Themengebiet Stadtplanung mit vor allem deutschsprachigen Instituten, Planungsämtern und Bibliotheken fördert ganz wesentlich den Informationsfluß und auch die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Dieser Teil findet Interessenten nicht nur aus dem Magistratsbereich; die Mehrzahl der Benützer kommt von Universitäten und vergleichbaren wissenschaftlichen Institutionen. Insbesondere aktuelle Arbeiten oder solche aus der jüngeren Vergangenheit dienen oftmals als Grundlage für Bearbeitungen.

Die Anzahl der Titel wurde im abgelaufenen Jahr um rund 600 auf einen Bestand von insgesamt etwa 27.000 Titel (mehr als 50.000 Bände) erhöht. Damit konnte mehr als 5.000 Benutzern (Entlehnern) die gesuchte Information vermittelt werden. 300 verschiedene Fachzeitschriften (Periodika) wurden in ein Umlaufverfahren gebracht; auf diese Weise konnten im Laufe des Jahres insgesamt 37.500 Entlehnungen von Einzelheften verzeichnet werden.

## Architektur und Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft der Stadt Wien sind der Abteilung Agenden der „Stadtgestaltung" übertragen worden. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sind darunter folgende Schwerpunkte zu verstehen:

- Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen
- Erstellung von Entwürfen von Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume
- Vergabe von Architektenleistungen an Ziviltechniker und deren Betreuung, Anbots- und Rechnungsprüfung, Führung von Vertragsverhandlungen und Koordinieren des Planungsablaufes

– Verfassen von Plänen für städtische Hochbauten
– Architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens
– Stadterhaltung und architektonische Begutachtung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens in Schutzzonen
– Beratung in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsfragen, Beauftragung von Studien und Durchführung von Architekturwettbewerben.

Die übertragenen Tätigkeiten werden in folgenden Referaten wahrgenommen:

1. Gestaltung öffentlicher Raum
2. Generelle Grundlagenplanung
3. Städtischer Nutzbau
4. Architektonische Begutachtung
5. Stadterhaltung - Schutzzonen

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten sind oft schwierige Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie umfangreiche Schlußabrechnungen für langfristige Bauvorhaben verbunden. Die Abteilung hat in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien wahrzunehmen; sie wird laufend von Fachdienststellen, den Stadtwerken-, Wiener Linien, Wienstrom, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigezogen. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfanges ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte wurden Sonderregelungen getroffen, so daß Honorare eingespart werden konnten.

## 1. Referat Gestaltung öffentlicher Raum

Im Referat „Gestaltung öffentlicher Raum" stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfeldes zum Inhalt haben.

Diese Tätigkeit umfaßt grundsätzlich vier Arbeitsbereiche:
1.1 Oberflächenplanungen
1.2 Möblierung des öffentlichen Raumes
1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben
1.4 Begutachtung von privaten Ansuchen im öffentlichen Raum

### 1.1 Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahnplanung betrieben werden, wie z.B. U3-Ost (Bauabschnitt U3/19-22), 11, Simmeringer Hauptstraße, U3-West (Bauabschnitte U3/16-18), 16, Vorplatzbereiche Paltaufgasse, wird die begleitende Oberflächengestaltung der diversen Stationsvorplätze bzw. der Straßenplanung fortgestetzt bzw. beendet. Oberflächenplanungen wurden weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, wie z.B. 1., 3., 4., Schwarzenbergplatz - Lothringerstraße, 1, Rathausplatz, 1, Judenplatz, 2, Karmeliterviertel, 6, Fritz-Grünbaum-Platz, 8, Albertplatz, 9, Julius-Tandler-Platz, 11, Leberberg, 22, Kagran-West, 23, In der Wiesen Nord bzw. um Eigenplanungen der Abteilung wie 1, Beethovenplatz, 4, Südtiroler Platz, 5, Margaretenplatz, 5, Am Hundsturm, 13, Am Platz, 21, Amtsstraße, 23, Maurer Hauptplatz, und weitere 39 kleinere Projekte.

Eine umfangreiche Tätigkeit des Referates betrifft die Oberflächenplanungen für die Stadterweiterungsgebiete im 11., 21. und 22. Bezirk. In Abstimmung mit den diversen Planungsträgern, den befaßten Architekten und den beteiligten Dienststellen wurden konzeptionell und im Detail Oberflächenprojekte erarbeitet, wobei mit möglichst geringem finanziellem Aufwand optimale Gestaltungsstrukturen entstehen sollen.

Mitgearbeitet bzw. federführend war die Abteilung in den Arbeitskreisen 1, Donaukanalbereich - Innere Stadt, 2, Praterstraße (Überarbeitung der bestehenden Gestaltung), 10, Studie Fußgeherzone - Favoritenstraße (Überarbeitung der bestehenden Gestaltung), Fachkommission Verkehr - Straßenraumgestaltung, sowie beim Gestaltungskonzept „URBAN-WIEN - Gürtel Plus" (Gumpendorfer Straße - Nußdorfer Straße), sowie der „Kulturachse Schönbrunn" (Schönbrunn Vorplatz - Technisches Museum - Äußere Mariahilfer Straße).

### 1.2 Möblierung des öffentlichen Raumes

In den letzten Jahren war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referates. Eine Bearbeitung für folgende neue Möblierungselemente wurde durchgeführt:

- generelle Überarbeitung eines Aufstellungssystems für Altstoffcontainer (gemeinsam mit MA 48) im Sinne einer stadtgestalterischen Ordnung nach einer von der Abteilung beauftragten Studie
- „Rechnergesteuertes Betriebsleitsystem - Anzeigen" gemeinsam mit den Wiener Linien
- gestalterische Überarbeitung der Gasdruckregler bzw. Trafostationen (gemeinsam mit Wiener Stadtwerken)
- neuer Beleuchtungskandelaber für übergeordnete Straßen
- neue Zeitungsboxen für Medienträger
- neue Sitzbänke für Haltestellen der Wiener Linien
- Textilbehälter (in Abstimmung mit Fa. Kolping bzw. Humana)
- Eine Weiterbearbeitung des Ringstraßenbeleuchtungs- und Möblierungskonzeptes ist ein ebenso bedeutendes Bearbeitungsgebiet.

1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben bzw. damit zusammenhängende Agenden

Gestalterische Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28, Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahn-Planungen bzw. wie an Bürgerdiskussionen (projektsbezogen) wurden durchgeführt. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

1.4 Begutachtung von Ansuchen für private Einrichtungen im öffentlichen Raum

Folgende Themengebiete werden behandelt:
- Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkasten, Litfaßsäulen usw.
- Die Studie über Schanigärten und deren Möblierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, dem WIFI und dem Institut für Fremdenverkehrsentwicklung wurde 1997 fortgesetzt und in der Praxis laufend umgesetzt. Die praxisgerechte Umsetzung der Ergebnisse des Wettbewerbs „Kioske im öffentlichen Raum" im Bewilligungsverfahren wurde weiterbearbeitet. Im Jahre 1997 wurden rund 860 Ansuchen behandelt.

## 2. Referat „Generelle Grundlagenplanung"

Das Referat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Fragestellungen und Themen und überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen bzw. begleitet oder koordiniert deren Entwicklung.

### 2.1 Generelle Konzeptionen

#### 2.1.1 Stadterhaltungskonzept

Schwerpunktmäßig stand einerseits die Anwendung des neuen Stadterhaltungskonzepts im Hinblick auf verschiedene Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie die Schutzzoneninventarisierung mittels GIS im Vordergrund. Der Projektablauf ist in mehreren Phasen konzipiert, wobei 1997 folgende Arbeitsschritte erfolgten:

Phase 1 - Datenerfassung/Literaturerfassung:

Die bereits 1996 gestartete Literaturerfassung wurde im Jahr 1997 durch die Aufnahme des Dehio-Band 2 (10. bis 19. und 21. bis 23. Bezirk) weitergeführt. Weiters wurden die Daten der Schutzzonenliste in die Datenbank übergeführt.

Phase 2 - Schnellinventarisierung:

Die Schnellinventarisierung stellt als zweite Phase der neuen Arbeitsweise für die Schutzzonenabgrenzungen den wesentlichsten Arbeitsschritt dar, da hierbei die neuen Schutzzonengrenzen vordefiniert werden. 1997 wurden, nach einer EU-weiten Ausschreibung hinsichtlich der Bearbeiterteams, die Bezirke 3 bis 9 (der 3. Bezirk jedoch nur im innerstädtischen Bereich) inventarisiert und daraus neue Schutzzonenabgrenzungsvorschläge abgeleitet, welche in weiterer Folge im Bebauungsplan ausgewiesen werden sollen.

Die Bearbeitungen der Bezirke 5, 7, 8 und 9 sowie die Inventarisierung von Nußdorf bis Heiligenstadt werden erst 1998 abgeschlossen. In Summe werden hierbei rund 13.000 Objekte inventarisiert (einschließlich Bezirke 5, 7, 8 und 9).

Phase 3 - Basisinventarisierung:

Die Basisinventarisierung stellt nach der Abgrenzung und Filterung durch die Schnellinventarisierung den letzten Arbeitsschritt des neuen Schutzzonenmodelles dar. In dieser Inventarisierung werden die Objekte im Detail aufgenommen und eine Vielzahl an Daten erhoben. Bearbeitungen in dieser Phase erfolgen erst wieder im Jahre 1998.

Für die folgend angeführten Gebiete wurden, im Zuge der laufenden Bearbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes durch die MA 21-Abteilungen, Schutzzonen neu formuliert bzw. die Gebäude innerhalb dieser Schutzzone einer Inventarisierung zugeführt:
Hohe Warte, Hietzing, Siedlung am Wasserturm, Stammersdorf, Kaiserebersdorf, Speising, Breitensee und Strebersdorf.
Für die Freihofsiedlung wurde untersucht, ob die Festsetzung einer Schutzzone angestrebt bzw. engere Gestaltungssatzungen ausgearbeitet werden sollten.
Der Schutzzonenatlas wurde nachgeführt und auf den Datenstand 31. Dezember 1996 gebracht.
Das im Jahr 1996 abgehaltene „Workshop Stadterhaltung" wurde in einer Broschüre zuzusammengefaßt.
Die 1994 erstellte Ausstellung zum Thema „Stadterhaltung - Stand der Dinge in Wien" wurde 1997 in Oslo, Zagreb, Turin und Kopenhagen präsentiert, wobei auch Kontakte mit den jeweiligen Dienststellen im Ausland stattgefunden haben und Vergleiche zum neuen Schutzzonenmodell von Wien gezogen werden konnten. Die Wiener Architekturausstellung wurde hierbei ebenfalls gleichzeitig zur Schau gestellt.

## 2.2 Koordinierung von Planungsabläufen

### 2.2.1 Donaucity

Die städtebaulich-gestalterische Entwicklung der Donau-City, die Gestaltung der öffentlichen Bereiche innerhalb und in den Randzonen des neuen Stadtteiles sowie die der sozialen Infrastruktur (Schule, Kindergärten) wird unter Mitwirkung bzw. Federführung der Abteilung koordiniert.
Die entstehenden Hochbauprojekte wurden und werden auf ihre städtebauliche und gestalterische Verträglichkeit überprüft.
Die Planung der öffentlichen Bereiche (rund 20.000 $m^2$) wurde abgeschlossen und die bauliche Umsetzung der „Diagonale" im Sommer 1997 begonnen.

### 2.2.2 Projektteam „Donau-City"

Um die Planungsabläufe zwischen der WED und der Stadt Wien in Hinblick auf die weitere städtebauliche Entwicklung der Donau-City besser abzustimmen, um diese geeigneter vermittelbar zu machen (Visualisierung) und vor allem einen Masterplan zukunftsorientiert zu erarbeiten, wurde ein Projektteam aus Mitarbeitern der Abteilung (Federführung), der MA 21 C und MA 46 eingesetzt. Dieses Projektteam soll in Abstimmung mit einer städtebaulichen Koordinierungsgruppe (Bereichsdirektor Stadtplanung) und einer Lenkungsgruppe (involvierte Stadträte und Stadtbaudirektor) die Aufbereitung und Entscheidungsfindung von Themenstellungen betreiben.

### 2.2.3 Wiental - Wienfluß

Aufbauend auf das, unter Federführung der Abteilung im Jahre 1991 in einem Arbeitskreis erarbeitete „Konzept Wienfluß" (Kanalbau, Hochwassersicherung, Ökologisierung, Gestaltung und Attraktivierung) wurden, im Hinblick auf eine schrittweise Realisierung, im Zuge der Umsetzungsplanung der MA 30 und MA 45 Arbeitsschritte in Arbeitsgruppenform gesetzt.

### 2.2.4 Gürtel - Urban

Auf Basis eines im Jahre 1996 erarbeiteten generellen Gestaltungs- und Nutzungskonzeptes für die Mittelzone des Westgürtels wurden im Frühjahr 1997 die Entscheidungen für die Ausgestaltungsabschnitte und Ablaufphasen im Rahmen des Urban-Projektes aufbereitet und auch getroffen.
Für die endgültige Ausgestaltung des Urban-Loritz-Platzes wurden die funktionellen Rahmenbedingungen optimiert.

### 2.2.5 Schwendermarkt

Das Projekt Überbauung Schwendermarkt wurde soweit vorangetrieben, daß mit einer Umsetzung in das Widmungsverfahren begonnen werden kann.

### 2.2.6 Liesinger Platz

Im Zuge der Errichtung einer P + R Anlage im Bahnhofsbereich des Liesinger Platzes erschien es notwendig, die städtebauliche Situation des Vorbereiches und in Folge den gesamten Liesinger Platz städtebaulich und stadträumlich nochmals zu überprüfen. Entsprechende Planungs- und Abstimmungsgespräche dazu wurden eingeleitet.

### 2.2.7 Donauraum

In Zusammenarbeit mit den Abteilungen MA 21 C, MA 18 und MA 45 wurde für den gesamten Donauraum aufbauend auf eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der bestehenden Funktionalitäten eine Nutzungsstudie entwickelt, welche im wesentlichen die bestehenden Nutzungen bestätigt.

Für einen Teilbereich (Reichsbrücke) wurde die Möglichkeit von Schiffsanlegestellen überprüft und Varianten für Bebauungsspielräume für künftige Lokale entwickelt.

2.3 Mitarbeit bei Projektsentwicklung und Arbeitskreisen

2.3.1 Praterbrücke - Donaustadtbrücke - Prater Hochstraße

Bei der Hebung der Praterbrücke, dem Neubau der Donaustadtbrücke sowie bei der künftigen Sanierung der Praterhochstraße werden die Ingenieurplanungen in Arbeitskreisen von den entsprechenden Fachdienststellen koordiniert.
Die Abteilung war und ist in die gesamten Planungen in Hinblick auf gestaltungsrelevante Lösungsfindung eingebunden.

2.3.2 Lärmschutzwände

Das Erfordernis an der Installierung von Lärmschutzwänden nimmt durch das steigende Verkehrsaufkommen, aber auch infolge der Reaktivierung von ÖBB-Stammstrecken zu. Für die Lärmschutzprojekte B 229 - Großjedlersdorfer Straße, und A 23 - Heubergstätte erfolgen die gestalterischen Begleitplanungen durch die Abteilung.
Gemeinsam mit Vertretern der ÖBB wurden Lärmschutzsysteme, die sich für eine Anwendung bei Eisenbahntrassen in Hochlage und Eisenbahnbrücken eignen, gesucht und nach gestalterischen und funktionellen Gesichtspunkten bewertet. Im Zuge der Sanierung der Floridsdorfer Hochbahn werden die ausgewählten LS-Systeme eingesetzt.

2.3.3 380 KV-Leitungen

In enger Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken-Elektrizitätswerken, MA 18 und MA 22 wurde das Projekt einer 380 KV-Leitung Bisamberg (Schutzzone Hagenbrunner Straße) weiter behandelt.

2.3.4 Trinkwassergewinnung, Wasserfassungs- und Wasseraufbereitungsanlage Donauinsel-Nord

Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung Wiens errichtet die MA 31 eine Wasserfassungs- und Wasseraufbereitungsanlage auf der Donauinsel im Bereich zwischen Nordbrücke und Nordsteg. Zur architektonischen Lösungsfindung dieser anspruchsvollen Planungsaufgabe wurde 1995 ein Gestaltungswettbewerb durchgeführt. Die Weiterführung des Leitprojektes (Arch. Gsteu) wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung betrieben.

2.3.5 Arbeitskreis GIS-Anwendung zur Plandokumentenerstellung für die MA 21 - Abteilungen

Nachdem der Abteilung mit dem neuen Schutzzonenmodell der Stadt Wien in der Stadtplanung eine Vorreiterrolle bei Datenbankerstellungen zukommt und die GIS-Anwendung für die MA 21-Abteilungen vom grundsätzlichen System und der Organisation her ähnliche Anforderungen hat, konnten die Erfahrungen mit den anzuwendenden Systemen in einem Arbeitskreis weitergegeben werden.

2.3.6 Arbeitskreis U-Bahnverlängerungen

Trassenvarianten für eine mögliche U-Bahnführung in den Nordosten Wiens, die Verlängerung der U6 nach Norden, die Verlängerung der U1 in den Süden, sowie die Verlängerung der U1 Richtung Norden wurde in Arbeitskreisen bearbeitet. Seitens der Abteilung wurden die stadtgestalterischen Fragestellungen behandelt.

2.3.7 FNA 133

Dieser Fachnormenausschuß beschäftigt sich mit der Normierung graphischer Öffentlichkeitsinformationen (Bildzeichen). In diesem Ausschuß sind Fachleute der Privatwirtschaft, Handelskammer, Österreich-Werbung und Vertreter der Stadt Wien (MA 19) vertreten.
Das System genormter graphischer Symbole für die Öffentlichkeitsinformation wurde im Jahre 1997 um 12 Symbole erweitert (Symbole 150 bis 161). Diese werden in der ÖNORM A 3011-10 enthalten sein.

2.3.8 Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, der unter anderem von Vertretern der Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, 21 B, 21 C gebildet wird, hat die Aufgabe, die Tätigkeiten der Abteilungen öffentlichkeitswirksam darzustellen und zu koordinieren (Ausstellungen, Grätzelfeste, Publikationen usw.). Insbesondere wird auch mit dem Stadtratbüro, der Gruppe Planung und der Pressestelle der Stadt Wien (die ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden) zusammengearbeitet.

Öffentlichkeitsarbeit im Internet

Wie von politischer Seite gewünscht, wird die Öffentlichkeitsarbeit seit Anfang 1996 auch im Internet durchgeführt. Dazu wurden der MA 53 im Jänner 1996 drei Artikel aus verschiedenen Referaten der Abteilung zur Verfügung gestellt.

2.3.9 Architekturführer für Wien

Der Wiener Architekturführer wurde 1984 erstmalig aufgelegt, 1988 aktualisiert und 1989 in einer dritten Auflage produziert.
Seit 1994 gab es Bestrebungen, den Architekturführer grundsätzlich neu zu konzipieren. Diese wurden 1996 und 1997 konkret umgesetzt.
Grundlage für den neuen Wiener Architekturführer bildet eine von Arch. Sarnitz in enger Zusammenarbeit mit Friedrich Achleitner, Otto Kapfinger, Dietmar Steiner und der Abteilung erstellte Auswahl von rund 500 Bauwerken.
Das neue 389 Seiten umfassende Buch wurde vom Springer Verlag (Druck) und der Stadt Wien (MA 18, MA 19) im Oktober im Semper Depot präsentiert.

2.3.10 Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Bezirksentwicklungspläne

Zu den laufenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, sowie zu den Entwürfen der Bezirksentwicklungspläne wurden Stellungnahmen aus der Sicht der Stadtgestaltung abgegeben.

Kleingarten - Handbuch

Von der Stadt Wien (MA 19) wurden in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Wiener Kleingärtner in den Jahren 1985 und 1994 zwei Handbücher zum Thema „Bauen im Erholungsgebiet - Kleingarten" (Ekl, Ekl-W) erstellt.
1997 wurde Arch. Hagmüller von der Abteilung beauftragt, ein dem neuen KG-Gesetz entsprechendes, alle Kleingartenwidmungen und Kleingartenwohnhäuser in Fertigteilbauweise behandelndes Handbuch zu erstellen.
Dieses Buch soll 1998 erscheinen und über die MA 18 und den Zentralverband der Kleingärtner vertrieben werden.

Arbeitskreis Güterterminal
Inzersdorf - Metzgerwerke

Zur Umsetzung des zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadt Wien bestehenden Grundsatzübereinkommens hinsichtlich dem Ausbau der Pottendorfer Linie und dem Güterterminal Inzersdorf Metzgerwerke wurden unter der Federführung der MD-BD, Dezernat 1, ein Projektteam und ein Arbeitskreis, in dem die Abteilung mitwirkt, gebildet. Im Rahmen der Planungen zum Güterterminal Inzersdorf und als Grundlage für eine künftige Widmung wurde von der Arbeitsgruppe ein städtebauliches Leitbild erarbeitet.

Arbeitskreis Klimaschutzprogramm KliP-Wien

Das Wiener Klimaschutzprogramm (KliP) wurde erstmals Ende 1996 präsentiert. Die Bestandsaufnahme wurde mittlerweile erfolgreich abgeschlossen.

In der Folge wurden vier Projektgruppen gegründet, deren Aufgaben
– ein Informations- und Erfahrungsaustausch
– Bewerten und Auswahl von Maßnahmen und Instrumenten
– Erarbeiten von entscheidungsreifen Instrumenten
– Entwickeln von Pilotprojekten,
sowie erste Umsetzungsschritte sind.

Seitens der Abteilung arbeitet Dipl.-Ing. Niebauer im KliP-Team Energie, Projektgruppe Wohnen, mit. Ein KliP-Aktionsprogramm soll bis Mitte 1998 fertiggestellt sein.

2.4 Visualisierung von Stadträumen

Im Juni 1996 wurde eine von GRINTEC entwickelte Software, genannt GO-3DM, angekauft. Damit steht der Stadt Wien ein Werkzeug zur Visualisierung von Stadträumen zur Verfügung. Als Grundlage dazu dient

die digitale Mehrzweckkarte der Stadt Wien, welche mittels GO-3DM in ein 3D-Datenmodell umgerechnet werden kann. Zur eigentlichen Visualisierung wird in den einzelnen Stadtplanungsabteilungen das Programm Autodesk 3D-STUDIO eingesetzt. Dazu wurden im Juni 1996 Mitarbeiter von jeder Abteilung eingeschult. Im Jahre 1997 konnte diese Technik schon bei mehreren Projekten angewandt werden.

Gaudenzdorfer Knoten:

Zur Beurteilung der Hochhäuser und zur Vorbereitung für den Bereich Wallgasse

Europaplatz:

Zur Beurteilung des Brückenprojektes über den Gürtel sowie zur Unterstützung einer städtebaulichen Studie für den Vorplatz des Westbahnhofes, der äußeren Mariahilfer Straße und des Mariahilfer Platzl's

Schwendermarkt:

Visualisierung des Projektes in verschiedenen Varianten bzw. Ausbaustufen

Mariahilfer Straße/Europaplatz:

Mit einer Studienarbeit an der TU-Wien wurden drei Häuser alleine durch fotogrammetrische Auswertung modelliert. Diese Daten wurden dann in das bereits bestehende Modell des Europaplatzes eingesetzt. Bemerkenswert hierbei war, daß durch die Auswertung der Fotographien auch Werbeschilder und dergleichen dargestellt werden konnten.

Donau-City:

Zur Vorbereitung des 3D-Modelles für die Donau-City wurden einige Tests vor allem zum Datentausch mit der TU-Wien durchgeführt.

## 3. Referat „Städtischer Nutzbau"

In diesem Referat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefaßt, wobei eine weitere Aufgliederung vorgenommen wurde, wie in Schulbau, Kindergärten, Heime, Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten, Krankenanstalten und Pflegeheime.
Die anfallenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, teils durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat obliegt - ausgehend von der Grundlagenbeschaffung -, den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren.
Zur Auswahl der Planer sind fallweise EU-weit ausgeschriebene Vergabeverfahren (Wettbewerb, Verhandlungsverfahren) oder Gutachterverfahren abzuwickeln, wobei das Verfassen der Ausschreibungsunterlagen, die Vorprüfung und Schriftführung, sowie die Vorbereitungen für Ausstellungen von der Abteilung wahrgenommen werden.
Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlußrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

### 3.1 Schulbau

Im Rahmen des Schulbauprogrammes „2000" wurden seit 1991 zur Deckung des Schulraumbedarfes im Wiener Pflichtschulbereich etwa 75 Schulen neu gebaut oder erweitert.
Dabei war die Umsetzung der von der Schulverwaltung eingereichten Raumprogramme in Entwurf und Planung Aufgabe der Abteilung. Dies ist gerade im innerstädtischen Gebiet eine schwierige Angelegenheit, da kaum ausreichend große Bauplätze zur Verfügung stehen und trotzdem Lösungen gefunden werden müssen. Die Folge sind daher langwierige Planungsphasen und bei Abbruch von in Betrieb befindlichen Altgebäuden etappenweise Errichtung unter Aufrechterhaltung des Schulbetriebes.
Als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl und Beurteilung neuer Standorte bzw. für die Lösung der Bauaufgabe werden im Schulbaureferat Bebauungsstudien erstellt oder Wettbewerbe ausgeschrieben. Durch diese gewissenhafte Aufbereitung der Planungsgrundlagen kann die Beschlußfassung in den übergeordneten Gremien erleichtert und somit auch der Ausbauwunsch der einzelnen Schulen durch die Schulverwaltung rascher erfüllt werden.
Im letzten Jahr wurden Bebauungsstudien für die Erweiterung folgender Schulstandorte erstellt: für die Hauptschule in 2, Blumauergasse, für die Haupt- und Volksschule in 8, Pfeilgasse sowie für die Volksschulen in 5, Am Hundsturm, 10, Quellenstraße, Carl-Prohaska-Platz, 12, Rohrwassergasse und 22, Asperner Heldenplatz.
Neu begonnen im Rahmen des Schulbauprogrammes „2000" wurde im vergangenen Jahr die Planung für die Volksschule mit 9 Klassen in 23, In der Wiesen, welche als Architektenwettbewerb EU-weit ausgeschrieben wur-

de und für welche die Vorentwurfsplanung einschließlich eines integrierten Kindertagesheimes sowie der erforderlichen Hortgruppen abgeschlossen werden konnte.
Die Einreich- und Polierplanungen für die Erweiterung bzw. den Neubau von Schulen wurden fertiggestellt und der Baubeginn konnte in Angriff genommen werden, und zwar für die Volksschulen in 20, Spielmanngasse, 22, Donau-City und Wagramer Straße, für die Volksschule und den Polytechnischen Lehrgang in 20, Engerthstraße sowie für die Hauptschulen in 10, Josef-Enslein-Platz, 11, Wilhelm-Kress-Platz, 22, Am Kaisermühlendamm.
Im Jahr 1997 wurden Schulbauten fertiggestellt und im September in Betrieb genommen, und zwar der Polytechnische Lehrgang in 3, Baumgasse, 12 Klassen Hauptschule in 11, Leberberg, 9 Klassen Volksschule in 21, Breitenleer Straße und 13 Klassen Volksschule in 21, Rittingergasse. Ferner wurden die Volksschulen in 2, Aspernallee und 22, Konstanziagasse und die Hauptschulen in 7, Neustiftgasse und 7, Neubaugasse erweitert.

### 3.2 Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referates Kindergärten und Heime umfaßt alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben, das sind Neubau und Instandsetzung aller städtischen Kindergärten, Kinderheime und Kindererholungsheime, Krisenwohngemeinschaften sowie Jugendämter und sonstige Beratungsstellen der MA 11.
Steigende Geburtenzahlen und eine verstärkte Zuwanderung führten in den letzten Jahren zu einer raschen Bevölkerungszunahme. Parallel zum Wohnungsbau ist ein flächendeckender Ausbau von Kindertagesheimen angelaufen. Das Verhältnis Wohnungsanzahl zu Kindergartengruppe wird derzeit auf Grund einer von der Infrastrukturkommission festgesetzten Formel ermittelt. Unter Berücksichtigung verschiedener Parameter wird ein Verhältnis von rund 180 - 220 WE : 1 KTH-Gruppe festgelegt. Als Zielvorstellung ist eine Nutzfläche von 150 m≈ und eine Freifläche von 600 m≈ pro Gruppe anzunehmen. Derzeit beträgt der Anteil an städtischen Kindergärten rund 54 Prozent. In rund 390 Kindergärten können insgesamt etwa 39.000 Kinder betreut werden.
Das erweiterte Programm zur Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen ist 1993 angelaufen. Von Herbst 1993 bis Ende 1997 wurden insgesamt 74 städtische Kindertagesheime errichtet, 23 davon wurden 1997 fertiggestellt. Derzeit sind weitere 34 Projekte in Vorbereitung. Von den insgesamt 108 Projekten werden 94 im Zuge von Wohnbauvorhaben errichtet, 14 Kindertagesheime werden direkt aus dem Budget der Stadt Wien finanziert. Die Planung der KTH-Neubauten wird großteils von beauftragten Architekten durchgeführt. Diese Projekte werden vom Referat ab Vorentwurf bis Detailplanung betreut.
Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt stellt die Anhebung des Standards der bestehenden Kindertagesheime dar. Im Zuge von Generalinstandsetzungen werden die - teilweise noch aus der Vor- und Zwischenkriegszeit stammenden Gebäude - den heutigen Erfordernissen angepaßt und gegebenenfalls auch erweitert. Alle Instandsetzungsarbeiten an bestehenden Kindertagesheimen bis hin zu den Generalinstandsetzungen werden fast ausschließlich vom Referat selbst geplant.
Im Rahmen des Programmes "Heim 2000" wird auf dem Gebiet des Heimwesens vor allem die Errichtung von Krisenzentren und sozialpädagogischen Wohngemeinschaften vorangetrieben. Diese Einrichtungen sind eine Alternative zur herkömmlichen Heimbetreuung und bieten Platz für 6 - 8 Jugendliche und deren Betreuer. In nächster Zukunft ist eine verstärkte Einplanung solcher Wohngemeinschaften sowohl in bestehenden Wohnbauten als auch in den Stadterweiterungsgebieten beabsichtigt.
Als Ausgewählte Projekte 1997 wurden die Kindertagesheime in 11, Am Hofgartel (Leberberg II), 12, Wienerbergstraße (Generalinstandsetzung), 13, Gallgasse 71, 21, Gerspergasse 7, Satzinger Weg, Carminweg 6, Rittingergasse 29A, 22, Doeltergasse 3, Hammerfestweg 3, Colerusgasse, Lange Allee 11 - 13, Erzherzog-Karl-Straße/Eibengasse, Wagramer Straße und in 23, Lastenstraße (Generalinstandsetzung) fertiggestellt.
Derzeit in Bau sind die Kindertagesheime in 10, Dieselgasse, Grundäckergasse, Gudrunstraße, 12, Stranitzkygasse (Generalinstandsetzung), 15, Pilgerimgasse 22, 20, Forsthausgasse 16 - 20, 22, Wohnpark Neue Donau und Donau City.
Im Planungsstadium befinden sich die Kindertagesheime in 2, Nordbahnhofgelände, 2, Vorgartenstraße, 11, Gasometer Simmering/Guglgasse, 12, Andersengasse, 21, Fultonstraße/Floridusgasse, 22, Prandaugasse und Donau City, 23, Carlbergergasse (Multifunktionales Zentrum Perfektastraße), Osramgründe sowie In der Wiesen.

### 3.3. Amtshäuser, Bäder, Sportbauten, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse andere (Betriebs-)Gebäude

In Amtshäusern wurden Dachgeschoße durch Ausbau genutzt, strukturverbessernde bauliche und räumliche Maßnahmen durchgeführt, wie z. B. die Erschließung durch behindertengerechte Zugänge und Aufzüge verbessert. Die Planungen erfolgten im Rahmen der Erhaltung der Amtshäuser.
Bemerkenswerte Projekte (Neubauten, Um- und Ausbauten, Sanierungen) erfolgten im Amtshaus 8, Schlesingerplatz 2 und 4 (2. Bauetappe, Fertigstellung des Dachgeschoßausbaues) und im Amtshaus 17, Elterleinplatz (Beginn der Ausbauarbeiten). Zu nennen ist weiters die Fertigstellung des Neubaues des Erlebniswaldbades Penzing. Was die Sportbauten betrifft, so wurde die Tribüne im Horr-Stadion geplant ebenso wie die Generalsanierung des Ferry-Dusika-Stadions.

Die Hauptfeuerwache Floridsdorf wurde fertiggestellt, ebenso die Hauptfeuerwache Donaustadt, für die Gruppenfeuerwache Donaustadt mit den Planungsarbeiten begonnen und in der Hauptfeuerwache Mariahilf Umbau- und Adaptierungsarbeiten fortgesetzt.
Bei der Rettung waren Um- und Zubauten von Betriebs- und Garagengebäuden durchzuführen. Fertiggestellt wurden das Arsenal, Rettungsstation Leopoldau, Waschstraße Arsenal, Planungsarbeiten wurden für die Sanitätsstation Arsenal durchgeführt und für die Rettungsstation Aspern mit der Planung begonnen.
Ferner wurde das Konservatorium der Stadt Wien umgebaut und neu gestaltet, der große Saal fertiggestellt, ein denkmalgeschütztes Haus für die Musikschule Döbling umgebaut, die 1. Phase der Generalsanierung der Luegerkirche (Zentralfriedhof) abgeschlossen und mit der 2. Phase begonnen, für den Neubau des Heimes für obdachlose Männer in 21, Siemensstraße, das Gutachterverfahren abgeschlossen und mit den Planungsarbeiten begonnen sowie für den Reservegarten Hirschstetten die Planungsarbeiten für Zentralwerkstätte und Lagerräume in Angriff genommen.

Krankenanstalten und Pflegeheime

Die Einreichplanung zur Einsiedelung der Kinderklinik Glanzing in den Pavillon 21 des Wilhelminenspitals wurde abgeschlossen.
Weiters wurden Entwurfspläne zur Umgestaltung der 2. Chirurgischen Ambulanz im Pavillon 28 erstellt.
An der 2. Internen Lungenabteilung des Pulmologischen Zentrums sollen 2- und 4-Bett-Einheiten mit innenliegenden Sanitärräumen sowie eine abgetrennte Isolierstation für Patienten mit multiresistenten Keimen geschaffen werden. Neben einem Aufzugseinbau im Pavillon „Leopold“ wurden Vorentwurfspläne zur Umgestaltung des Pathologischen Instituts sowie zur Zusammenfassung und Einsiedlung der Krankengeschichtenarchive für die zukünftigen vier Anstaltsbereiche im V. Gebäude erstellt.
Einreich- und Ausführungspläne zur Sanierung der Station 5 der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik und zur Umgestaltung der chirurgischen Abteilung im Pavillon 2 des Kaiserin-Elisabeth-Spitals wurden im Eigenbereich der Abteilung ausgearbeitet.
Im Bereich der Station A des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof wurde der Einbau von Sanitärgruppen projektiert und mit der Ausführung begonnen.
Ein neues Projekt wurde zur Errichtung eines Neubaues für das Therapiezentrum Ybbs/Donau erarbeitet. Die Strukturbereinigung der psychiatrischen- und der Pflegestationen macht die Auslagerung der Ergo- und Beschäftigungstherapie erforderlich, welche zusammen mit einem Bewegungs- und Kommunikationszentrum in dem Neubau untergebracht werden sollen. Darüber hinaus wurden im Bereich der Station 5 weitere zwei Wohneinheiten für psychiatrische Patienten geschaffen.

Geriatriezentrum am Wienerwald

Pavillon VI
Im Rahmen eines im Krankenanstaltenverbund internen Wettbewerbes über förderungswürdige Sanierungsprojekte wurde ein Vorentwurf für die Generalsanierung des Pavillons VI ausgearbeitet. Dieses Projekt ist der erste Schritt zur langfristigen Umsetzung des Zielplanes und hat somit Vorbildfunktion für weitere Projekte, die in der Endausbaustufe des Geriatriezentrums am Wienerwald eine Reduzierung der systemisierten Bettenzahl von rund 3.000 auf 1.500 erreichen sollen. Dieser Entwurf beinhaltet die Umsetzung des Raumprogrammes für zwei Bettenstationen zu je 36 Betten, entsprechend dem heutigen Standard inklusive der erforderlichen Sanitäreinheiten, und eines Institutes für Physikalische Medizin.
In enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Architektur in der Generaldirektion des KAV wurde ein Projekt zur Neuerrichtung einer Betriebsgarage und Werkstätte für den Fuhrpark des Geriatriezentrums am Wienerwald ausgearbeitet. Bei dieser Planung eines Neubaues im Ensemble einer historischen Bausubstanz wurde das Bundesdenkmalamt aktiv miteinbezogen. Eine Realisierung dieses Projektes ist für das Jahr 1998 vorgesehen.

Krankenanstalt Rudolfstiftung

Haus Boerhavegasse 13 - Umbau 2. OG - Einreichplanung Personalgarderoben
Dem Wunsch des Hauses entsprechend, das Projekt „Errichtung einer Zentralgarderobe“ im Haus 13 schrittweise zu realisieren, wurde in Rücksprache mit dem Arbeitsinspektorat eine Lösung entwickelt, die den Anforderungen entspricht.

Allgemeines

Einreichpläne wurden auch für das Pflegeheim Baumgarten und das Pflegezentrum Sophien-Spital erstellt, wobei es sich jeweils um kleinere, jedoch medizintechnisch schwierige Aufgaben, wie z. B. Umbau Röntgeninstitut, handelte.
Vertreter der Abteilung waren als Juroren für den Architektenwettbewerb Neubau Sophien-Spital, das Gutachterverfahren „Standortänderung Maria Theresien-Schlössel auf den Standort Baumgartner Höhe“, den Architektenwettbewerb „Kaiserin-Elisabeth-Spital OP-Zubau“ 1. Stufe tätig und haben bei der Abstimmung von Raumprogrammen für die Neuplanung von Krankenhäusern und Pflegeheimen des Wiener Krankenanstaltenverbundes mitgearbeitet.

4. Referat „Architektonische Begutachtung"

Der Aufgabenbereich dieses Referates liegt in der Begutachtung von Bauansuchen in architektonischer - stadtgestalterischer Hinsicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet exklusive der Schutzzonen.

Die Tätigkeit stellt eine direkte objektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen, sowie Fensterauswechslungen und Außenwandöffnungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluß genommen, daß die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der BO für Wien).

Zur Visualisierung und Rückkoppelung der Tätigkeit des Referates wurde eine Sammlung von signifikanten Beispielen zu stadtspezifischen Themen angelegt, laufend erweitert bzw. ergänzt. Diese exemplarische Fotodokumentation von Positiva und Negativa soll die Beratungstätigkeit des Referates unterstützen bzw. auch transparenter für den Bauwerber gestalten.

Im Zusammenhang der Tätigkeit dieses Referates wurden im Berichtsjahr rund 5.800 Bauansuchen sowie etwa 2.300 Akte in Verbindung mit Fensterauswechslungen, und Satellitenantennen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet.

5. Referat „Stadterhaltung und Stadtbildpflege in Schutzzonen"

In diesem Referat werden Informationen über erhaltungswürdige Gebäude und Gebiete der Stadt erteilt und Bauvorhaben in Schutzzonen gemäß Bestimmungen des sogenannten Altstadterhaltungsgesetzes von 1972 (das ein Bestandteil der Wiener Bauordnung ist) begutachtet. Die Schwerpunkte der Gutachtertätigkeit liegen hauptsächlich in der eigenen Erhaltung des geschützten Bestandes, aber auch in der Unterstützung der architektonischen Gestaltungsqualität der eingereichten und konsultierten Projekte.

Der im Rahmen der Stadterhaltung selbstverständliche Vorrang der Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen wird nach der Novellierung der Bauordnung von 1997 durch eine weitere Betonung der Schutzbestimmungen im § 85 BO gesichert, damit „der Bewahrung der äußeren Gestaltung, des Charakters und des Stils des Gebäudes, insbesondere des Maßstabes, des Rhythmus, der Proportion, der technologischen Gestaltung und der Farbgebung, besonderes Gewicht zukommt".

Als eine wichtige Aufgabe wird bei Festsetzungen der Schutzzonen gemäß des 1997 novellierten bzw. ergänzten § 7 (1a) der Bauordnung die Berücksichtigung der „prägenden Bau- und Raumstruktur und der Bausubstanz und anderer gestaltender und prägender Elemente, wie der natürlichen Gegebenheiten und Gartenanlagen", vorgeschrieben. In dieser Absicht, die Aufmerksamkeit auf die kulturgeschichtlichen Werte der Umwelt zu lenken, manifestieren sich die gemeinsamen Ziele der Stadterhaltung und des Naturschutzes. Weiters gestattet nunmehr die novellierte Bauordnung, die öfters zu harte Qualitätsgrenze zwischen einer Schutzzone und der übrigen Stadt etwas zu mildern und die höheren Ansprüche an die neue Architektur sowie an die Erhaltung des Baubestandes auch „im Nahbereich der Schutzzonen" (lt. § 85, 2 BO) zur Geltung zu bringen.

Die konkrete Umsetzung der Schutzzonenbestimmungen erfolgt einerseits direkt im Planungsprozeß durch die Beratung der Planer und Bauherren, andererseits durch die amtlichen Begutachtungen der Einreichpläne, die der Baubehörde vorgelegt wurden. In Anbetracht vorgesehener Fassadenänderungen ist in Schutzzonen auch die photographische Bestandsdokumentation vorgeschrieben. Zu behördlichen Bewilligungen in Schutzzonen wurden 1997 etwa 1.050 schriftliche Begutachtungen abgegeben. Die Mitarbeiter des Referats nahmen in diesem Zusammenhang auch an Bauverhandlungen, Lokalaugenscheinen, Besprechungen usw. teil. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 150 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt. Zu vorliegenden Projekten sowie anderen Vorhaben, die das äußere Erscheinungsbild der Schutzzonenobjekte beeinflussen, fanden rund 1.300 Besprechungen und 950 Begehungen statt.

Als Grundlage für die Beratungen sowie die Gutachtertätigkeit dient die systematische Inventarisierung der Schutzzonenobjekte - nunmehr auch auf ADV-Basis bearbeitet. Die Form der Inventarisierung wurde auf Grund der Erfordernisse des Referates festgelegt und wird in dieser Hinsicht weiter betreut. Darüber hinaus brachte die aktuelle Freigabe der Abtragungen der außer Schutzzonen befindlichen Gebäude die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Überprüfung der Ausdehnung der bestehenden Schutzzonen - vorerst in den inneren Bezirken. Weiters wurden in konzeptioneller Hinsicht wissenschaftliche Projekte zur Untersuchung und Bewahrung des örtlichen Stadtbildes entwickelt. Dazu gehörten die Vorbereitung und Betreuung wissenschaftlicher Studien, die zur Klärung der aktuellen Fragen (Förderung der Fensterreparaturen, Wiederherstellung der historischen Straßenbeschilderung, Differenzen zwischen dem bestehenden und dem vom Bebauungsplan beabsichtigten Stadtbild in Schutzzonen, Veränderungen in der Dachlandschaft usw.) beitragen sollen.

Informative Vorträge über Schutzzonenregelungen sowie aktuelle Veränderungen des Stadtbildes für die Gebietsbetreuungen, für das Pädagogische Institut des Bundes, für Fachgäste der MD-BD oder im Rahmen der Studentenbetreuung an der Universität Wien und der TU Wien zielten vor allem auf die Vertiefung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die positiven Aspekte der Stadterhaltung.

# Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West

Bei zukünftigen kommunalen Aufgaben und Investitionen wird in verstärktem Ausmaß auf Kostenorientierung Wert gelegt, Bürger, Interessens- und Bevölkerungsgruppen werden intensiver bei kommunalen Entscheidungen eingebunden. Diese veränderten Rahmenbedingungen der Planung beinhalten daher in größerem Ausmaß das Management von Nutzungen und Flächen der einzelnen Stadträume.

In das öffentliche Bewußtsein rückt aber auch die integrative Entwicklungssteuerung der Planung, die durch problematische räumliche Entwicklungen, wie die Massierung von Freizeitangeboten, Einkaufzentren am Stadtrand und das Eingreifen in Landschaftsräume vermehrt angesprochen wird.

In der Abteilung wurde im Jahr 1997 im Rahmen von Wiener EU-Projekten für den Schwerpunkt URBION (Sanierung der Gürtelmittelzone) gemeinsam mit der MA 19 ein Nutzungskonzept „Stadtbahnbögen" erarbeitet, mit dem Denkmalamt eine zeitgemäße Fassadengestaltung entwickelt und eine Ausstellung zur Bürgerinformation präsentiert. Eine weitere Schiene des EU-Programmes war das Bürgerbeteiligungsverfahren Yppenplatz, bei dem Bürger und Wirtschaftstreibende in die Erstellung eines Rahmenplanes zur Behebung der prototypischen städtebaulichen Mängel dieser Zone integriert wurden.

Für eine 1,9 ha große Fläche der Ottakringer Brauerei im 16. Bezirk wurden im Zuge eines Umstrukturierungsprozesses der Betriebsflächen gemeinsam mit der Brauerei und der Wirtschaftskammer Wien städtebauliche Rahmenbedingungen für einen Architektenwettbewerb erarbeitet.

Aufbauend auf die Leitlinien für die Bezirksentwicklungsplanung des 2. Bezirkes wurden im Konzept Grüner Prater Funktionsbereiche mit spezifischen Schwerpunkten, sowie ein Verbindungs- und Erschließungssystem vorgeschlagen. Für den Bereich Messe-Prater-Krieau stehen durch die Restrukturierungsabsicht der Wiener Messe rund 9 ha zu Disposition. Mit einem Projekt soll im Gegensatz zu den bisherigen Strategien (Entwicklung bzw. Attraktivierung der Einzeleinrichtungen) eine Bereichsentwicklung mit dem thematischen Schwerpunkt „Ereigniszone" angestrebt werden. Verknüpft werden sollen die Bereiche Volksprater, Messe, Krieau, Stadien; der grüne Prater soll hingegen von störenden Einflüssen geschützt werden. Die von der Messe nicht genutzten bzw. untergenutzten Flächen im Bereich der Messeparkplätze sollen für ergänzende Einrichtungen der „Ereigniszone" vorgesehen werden. Angestrebt werden soll ein den Gesamtbereich umfassendes Management und Marketing, welches ausgehend von einem politisch beschlossenen Rahmenplan ein Leitbild entwickelt und Einrichtungen, verkehrliche Notwendigkeiten und Events usw. aufeinander abstimmt. Da zur Realisierung des Planes die bestehenden rechtlichen Steuerungsinstrumente nicht ausreichen, wird eine Kooperation zwischen Stadt Wien und privaten Investoren angestrebt.

In Weiterführung der Leitlinien für den 14. Bezirk wurden für den Bereich „Wolf in der Au" Szenarien einer künftigen Entwicklung unter der Voraussetzung einer neuen S-Bahn-Station im Zuge der Errichtung des Lainzer Tunnels einschließlich Park&Ride-Anlage bearbeitet. Sie sollen als Vorstufe zur Erstellung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes dienen.

Eine städtebauliche Nutzungsstudie befaßte sich mit dem 1,1 ha großen Areal der Allgemeinen Poliklinik im 9. Bezirk, das durch Absiedlung und Auflassung der medizinischen Einrichtungen für künftige Verwertungsmöglichkeiten von Gebäuden und Grundstücken offensteht.

Innerhalb des geschäftsgruppenübergreifenden Projektteams Inzersdorf/Nordbahnhof wurde die Leitung des Arbeitskreises Planung/soziale Infrastruktur/öffentlicher Verkehr wahrgenommen. Zur Entwicklung der künftigen Ausbauetappen des Nordbahnhofgeländes wurden mit dem Schwerpunkt einer Neunutzung von 12 ha Tauschfläche aus ÖBB-Besitz und Absiedlung der städtischen Busgarage Vorgartenstraße Grundlagen für die Aktualisierung des städtebaulichen Leitbildes für den Nordbahnhof erstellt.

Plan: Stadtteilplanung

Seit 1997 wurden Bestandsaufnahmen für neu zu bearbeitende Gebiete als wichtige Planungsgrundlagen der Flächenwidmung in digitaler Form erstellt und bilden gemeinsam mit Problemanalysen und den Detailbearbeitungen im Rahmen der Bezirksentwicklungsplanung die in der BO für Wien-1996 geforderten Grundlagen zur Ausarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne.

Die auf Basis dieser Grundlagen eingeleiteten Verfahren zur Neufestsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen konzentrieren sich einerseits auf die Behandlung der noch bestehenden Bausperrgebiete nach § 8/1 der BO für Wien, anderseits zielten sie auf die Bewältigung des 10-Jahres-Pogrammes zur Neufestsetzung des gesamten Stadtgebietes. Die Inhalte für die Ausarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne waren sehr unterschiedlich und reichten von punktuellen Korrekturen bis zu Großprojekten und ganzen Stadtteilen.

Beschlossene Plandokumente bezogen sich auf die rechtliche Sanierung von Siedlungen (2., Dammhaufen), die Ausweisung von Kleingartengebieten im 19. Bezirk, (Himmelstraße, Cobenzlgasse) und die Festlegung von Kleingartengebieten für ganzjähriges Wohnen (14., Anlage Laudonwiese, Anlage Neue Wiese, 17., Oberwiedenstraße, Schaukalgasse).

Erhaltenswerte Bausubstanz wurde durch differenzierte Bebauungsbestimmungen und die Ausweisung von

Schutzzonen gesichert (4., Wienzeile, 8., Pfeilgasse, 9., Boltzmanngasse, 14., Breitensee, 17., Neuwaldegg, 19., Heiligenstädter Straße und Weinberggasse).

Die Sicherung des Wohnbestandes (14., nächst Wolfersberg, 17., Leopold-Stockert-Platz) als auch die Vorsorge für Wohnbauprojekte (2., Garvensgründe), gemeinsam mit der Ausweisung von Standorten für soziale Infrastruktur wie der Schulerweiterung im 2., Bezirk Aspernallee, waren wichtige Ziele für die Stadterneuerung.

Im Rahmen von Blocksanierungen wurden im 5. Bezirk Mittersteig und im 15. Bezirk Reithofferplatz und 18., Schubertpark Standorte für Wohnquartiersgaragen festgelegt. Für den 16. Bezirk wurde auf Grund der geplanten Endstelle der U-Bahnlinie U3 und der dadurch aufgewerteten Standortqualität Vorsorge für bauliche Verdichtungen und Umnutzungen getroffen (Areal der ehemaligen Austria Tabakwerke).

Vorkehrungen für betrieblich genutzte Bereiche wurden im 14. Bezirk Baumarkt Hadikgasse und im 16. Bezirk für die Müllverbrennungs- und Fernwärmeanlage - Flötzersteig getroffen.

Wie in den letzten Jahren nahm auch 1997 die durch neue Flächenwidmungen bearbeitete Fläche zu, wobei die Zunahme der durchschnittlichen Verfahrensdauer durch Probleme mit differenzierten abgegebenen Stellungnahmen der Bevölkerung und durch die Koordinierung mit den Wünschen der jeweiligen Beschlußgremien der Bezirke hervorgerufen wurde. Insgesamt 36 Anträge an den Gemeinderat betrafen Festsetzungen, Aufhebungen und Neufestsetzungen sowie Abänderungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne.

Plan: Plandokumente

Die Flächenreserven einer Stadt vor allem im dichtbebauten Gebiet sind begrenzt und deshalb kommt der intensiven Inanspruchnahme solcher Grundstücke besondere Bedeutung zu. Durch den Arbeitskreis „einfach mehrfach Nutzung des Freiraumes“ wurde ein Leitfaden zur Mehrfachnutzung mitbearbeitet, der das Defizit an nutzbarem Grün- und Freiraum vermindern helfen soll. Wert gelegt wurde auf die Schaffung von Organisationsformen, auf rechtliche Rahmenbedingungen, auf Haftung- und Versicherungsfragen, die in Form von Musterverträgen vorliegen.

In Vorbereitung eines Berichtes gemäß VO § 23 Abs. 8 Wiener Kleingartengesetz 1996 zur Überprüfung von Gebieten, die überwiegend keinen bewilligten Baubestand aufweisen und dieser durch Festsetzung der Widmungen „Grünland-Erholungsgebiet-Kleingartengebiet“ oder „Grünland- Erholungsgebiet - Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen“ oder „Gartensiedlungsgebiet“ oder „Wohngebiet-Bauklasse I“ weitgehend bewilligt werden könnte, wurden umfangreiche Untersuchungen eingeleitet.

Zur Novellierung der Bauordnung für Wien (Techniknovelle) wurde eine Expertise zur Beurteilung der städtebaulichen Aspekte dieses Gesetzesentwurfes ausgearbeitet.

Die massive Budgetentwicklung der Abteilung von 1996 auf 1997 war insbesonders begründet durch erhöhte Ausgaben für EU-Projekte und Bestandsaufnahmen für Flächenwidmungen.

## Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd

Im Jahre 1997 wurde neben der Konkretisierung der übergeordneten Planung auf Stadtteilebene und der Fortführung der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung gemäß der Wiener Bauordnung auch ein neues Dezernat Reprographie in der Abteilung aus ehemaligen Mitarbeitern der MA 20 integriert. Dabei wurden der Druck (vor allem für die Grün- und Rotdrucke aber auch für die Plandokumente), die Lichtpauserei, die Kopie einschließlich Farbkopie und Reprokamera, die Adressieranlage, die Mikrofilmstelle und der Kartenverkauf mit Kassa übernommen.

Die laufende Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen wurde schwerpunktsmäßig auf Grund des neuen § 1 der BO für Wien und den städtebaulichen Leitprogrammen für die Bezirke 10, 11, 12, 13 und 23 durchgeführt.

Die im Jahre 1996 übergeleiteten Plandokumente haben eine zehnjährige Gültigkeit, das ist bis zum 1. September 2006. Bis zu diesem Zeitpunkt muß der gesamte Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, bedingt durch eine Verfassungsbeschwerde notwendig gewordene Änderung der Bauordnung, neu überarbeitet werden. Dabei müssen nicht nur die 374 übergeleiteten Plandokumente neu bearbeitet werden, sondern vor allem auch jene Gebiete, die nicht übergeleitet werden konnten und daher mit einer Bausperre nach § 8 (1) der BO für Wien belegt wurden.

Darüber hinaus wurden im Jahre 1997 zahlreiche Erhebungen, Entwürfe und städtebauliche Studien erstellt, die inhaltlich neben den Schwerpunkten alte Ortskerne, Stadterneuerung und Kleingartenfragen auch auf die Ausarbeitung von Expertenverfahren für Wohnprojekte in Verbindung mit städtebaulichen Schwerpunkten ausgerichtet waren. Die Arbeiten wurden entweder von Mitarbeitern der Abteilung selbst oder im Auftragswege ausgearbeitet.

Es wurden im Berichtsjahr 11,2 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und die Erarbeitung von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Architekten, die Ausrichtung von Expertenverfahren, die Durchführung von Ausstellungen anläßlich der öffentlichen Auflagen von Planentwürfen der Abteilung sowie den erforderlichen Plänen und Modellen aufgewendet.

Von den Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete im 10. Bezirk in den Bereichen Gudrunstraße, Absberggasse, Oberlaa, Unterlaa und Rothneusiedl, im 11. Bezirk in den Bereichen östlich Simmeringer Haide und Neugebäudesiedlung, im 12. Bezirk in den Bereichen Meidlinger Hauptstraße, Wienerbergstraße und Lobkowitzbrücke, im 13. Bezirk in den Bereichen Klitschgasse, Unter St. Veit und Roter Berg und im 23. Bezirk in den Bereichen Marktgemeindegasse, Brunner Straße, Breitenfurter Straße, Triester Straße, Schwarze Haide und Liesing-Zentrum erarbeitet. Studien für Verkehrsorganisationen, Grünraum- und Landschaftsplanungen wurden im 10. Bezirk für den Bereich Dieselgasse und den Südraum, im 11. Bezirk für die Bereiche Gasometer, Hyblerpark und Leberberg, im 13. Bezirk für den Bereich Lainzer Vorfeld und im 23. Bezirk für den Bereich der Umfahrung Atzgersdorf und den Liesinger Platz ausgearbeitet. Darüber hinaus wurde eine Studie über Entwicklungspotentiale entlang der U6, Bauplätze im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel in Mauer, Kalksburg und Rodaun untersucht, eine Windkanal-Studie für den Bereich Gaudenzdorfer Gürtel und eine Analyse an ausgewählten Beispielen im Vergleich privater Widmungsgewinne und öffentliche Hand erarbeitet. Zur Findung der bestmöglichen Bebauung für einzelne Bereiche in den Entwicklungszonen wurde ein Expertenverfahren im 11. Bezirk für den städtebaulichen Schwerpunkt Simmeringer Hauptstraße - U3 durchgeführt und ein städtebaulicher Ideenwettbewerb und Anrainerwettbewerb im Bereich Wien 12, Kabel- und Drahtwerke eingeleitet.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1997 insgesamt 45 Anträge an den Gemeinderat gestellt. 43 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. 2 Anträge wurden wegen Verhängung von Bausperren gestellt. Die erforderlichen Plankopien und Plandrucke wurden dabei vom Dezernat Reprographie erstellt, das diese Arbeiten auch für die Magistratsabteilungen 21 A und 21 C durchführte.

Einzelne Antragsentwürfe - insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten - wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen mitberücksichtigt.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei im 10. Bezirk in den Bereichen Gudrunstraße, Troststraße, Inzersdorfer Straße, Favoritenstraße und Laaer-Berg-Straße, im 11. Bezirk in den Bereichen Albern- Mannswörther Staße und Weißenböckstraße, im 12. Bezirk in den Bereichen Untermeidlinger Straße, Arndtstraße, Oswaldgasse und Altmannsdorfer Anger, im 13. Bezirk in den Bereichen Eitelbergergasse, Bergheidengasse, Rosenhügelstraße und Münichreiterstraße und im 23. Bezirk in den Bereichen Ketzergasse, Rudolf-Waisenhorn-Gasse, Haymogasse, Brandströmgasse, Wiener Flurgasse, Eduard-Kittenberger-Gasse und Halban-Kurz-Gasse.

Zur Erhaltung von für das örtliche Stadtbild wesentlicher Ensembles wurden im Jahre 1997 Schutzzonen im 12. Bezirk Untermeidlinger Straße, Wienerbergstraße, im 13. Bezirk Hummelgasse, Stadlergasse, Eitelbergergasse, Neue-Welt-Gasse, Gallgasse, Münichreiterstraße und Larochegasse und im 23. Bezirk Ketzergasse, Schellenseegasse und Maurer Lange Gasse im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen vorgeschlagen bzw. der Beschlußfassung zugeführt.

Die eingeleitete Überprüfung der bestehenden Kleingartenanlagen und kleingärtnerisch genutzten Flächen im Hinblick auf deren widmungsmäßige Sicherung bzw. Sanierung wurde fortgesetzt. Es wurden dabei vor allem die Ansuchen betreffend das ganzjährige Wohnen in den Kleingartenanlagen, die bezirksweise in einzelnen Veranstaltungen mit den Bezirksvertretungen und der Bezirkskleingartenkommission abbesprochen waren, berücksichtigt. Es konnten dem Gemeinderat Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die zusammen 93,6 ha an Erholungsgebiet-Kleingarten-Flächen ausweisen, von der Abteilung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dabei wurden bestehende Anlagen widmungsmäßig gesichert bzw. Kleingartengebiete für ganzjähriges Wohnen ausgewiesen, und zwar im 10. Bezirk im Bereich Alaudagasse und Neilreichgasse, im 11. Bezirk im Bereich Simmeringer Haide und Oriongasse, im 12. Bezirk im Bereich Pottendorfer Straße, im 13. Bezirk im Bereich Rosenberg und im 23. Bezirk im Bereich Steinsee und Schloßsee.

Seitens der Abteilung wurden alle für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt. Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 9 Sitzungen 121 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 9 Abänderungen bzw. 113 Festsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziele hatten, und 8 Planungsvorhaben von der MA 19 vorgelegt.

Insgesamt wurden von den drei MA 21 A, B und C 106 Anträge ausgearbeitet. Diese Beschlüsse des Gemeinderates wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, seitens der Abteilung an die Magistratsdienststellen versendet, für den Verkauf vorbereitet und verkauft. Von der Abteilung wurden alle Akten der beschlossenen Plandokumente archiviert und die Einschreiter zu allen Beschlüssen, die von den drei Magistratsabteilungen ausgearbeitet wurden, verständigt. Insgesamt wurde im Jahre 1997 eine Fläche von 2.654 ha in den 106 Anträgen behandelt. Davon wurden 1.195 ha von der Abteilung bearbeitet.

Die große Anzahl der Stellungnahmen, die umfangreichen Motivenberichte und die Verständigungen der Ein-

schreiter im Verfahren bei den Abänderungen und Neufestsetzungen zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen konnte mit den von der MA 14 in größerer Anzahl zur Verfügung gestellten Bildschirmarbeitsplätzen bewältigt werden.

Im Jahre 1997 wurden 26.568 Adreßänderungen bzw. Zuordnungsänderungen bei der Fortführung des RBW (Räumliches Bezugssystem Wien) durchgeführt und damit den Anforderungen des vergrößerten Anwenderbereiches Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen dabei bei der Einarbeitung der Orientierungsnummernbescheide der MA 37, der Fortführung für die Wählerevidenz und den Änderungen zum IBS (Adreßprotokoll Profi) für die Gebührenvorschreibung, Verrechnung und Verwaltung.

Mit den dezentralen graphischen Arbeitsplätzen (mit Bildschirm, Digitalisierbrett und Kontrollplotter), die von einem mit dem Zentralrechner gekoppelten Kleinrechner gesteuert werden, wurde die Nachjustierung bzw. die Abstimmung des generalisierten Flächenwidmungsplanes auf die Blockstrukturen des RBW und die Nutzungseinheiten fortgesetzt und die neuen Beschlüsse eingearbeitet. Für die Maßnahmendatei der MA 28 (das Graphische Baustellenkoordinationssystem und das Straßeninformationssystem), deren Grundlage das RBW bildet, wurden alle in Planung und Bau befindlichen Verkehrsflächen von der Abteilung im RBW (Großanlage und GIS) aufgenommen.

Auf dem 1989 installierten Anschluß an das Bundesrechenzentrum wurden im abgelaufenen Jahr 46.561 Einzelabfragen von der Grundstücksdatenbank als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitungen für ganz Wien von Mitarbeitern der Abteilung durchgeführt. Wegen der Vielzahl der Abfragen und der damit verbundenen Kosten an den Bund wurde die monatliche Abfragenanzahl seitens der Magistratsdirektion limitiert und Maßnahmen für die Einhaltung des Limits festgelegt.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfügten Neubenennungen bzw. Umbenennungen von Verkehrsflächen, Parks und Wohnhausanlagen wurden 67 Ansuchen behandelt, von denen 59 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten. Die graphischen Unterlagen für die Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der Abteilung angefertigt.

Die Baubehörde (MA 35, MA 37) hat der Abteilung 1.113 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. Weiters wurden 534 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, untersucht und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an 378 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Auf Grund des Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 1.105 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. 1.073 davon waren Anfragen des Amtes der Wiener Landesregierung hinsichtlich Wohnungsverbesserungen und 32 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern bei der Abteilung eingebracht.

Im Dezernat Reprographie wurde von den Referaten Mikrofilm, Fotografie, Großflächen- und Farbkopie, Lichtpause und kartographischer Druck im Jahr 1997 verschiedenste Aufträge im Wert von insgesamt mehr als 8,5 Millionen Schilling vornehmlich für den hoheitlichen Bereich des Magistrates produziert.

Dazu zählen vor allem der Plandokumentendruck für die MA 21 A, B und C sowie die Aufträge der technischen Dienststellen im Bereich der Lichtpaus- und Großflächenkopierarbeiten und die Mikroverfilmung, die sich trotz des Siegeszuges der EDV im Verwaltungssektor als optimales Speicher- und Archivierungsmedium vor allem über längere Zeiträume hinweg bestätigt hat. So werden in diesem Bereich Akten der MA 62, 40 und nicht zuletzt der Buchhaltungsabteilungen der MA 6 sowie der Zeitschriftenrundlauf der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek auf Mikrofilm gebannt. Die Kopierstelle für kleinformatige Kopieraufträge produzierte fast 6,5 Millionen Blatt A4-Kopien für die verschiedensten magistratsinternen Nutzer.

Auf Grund der stetig zunehmenden Nachfrage nach kleinformatigen Farbkopien, der aber auf dem vorhandenen Großflächenfarbkopiergerät aus wirtschaftlichen und produktionstechnischen Erwägungen nicht nachgekommen werden konnte, wurde 1997 die Anschaffung eines kleinformatigen Hochleistungsfarbkopieres über eine Teststellung für ein solches Gerät erreicht und der Vertrag im Laufe des Jahres in eine Mietvariante umgewandelt. Damit kann auch ein Großteil dieser Farbkopien hausintern erledigt werden und dabei an den für die Stadt Wien vergleichsweise teuren Vergaben an das Gewerbe gespart werden.

Im Berichtszeitraum konnte weiterhin eine starke Inanspruchnahme der Kartenverkaufsstelle verzeichnet werden. So wurden insgesamt fast 2.000 Pläne und 8.185 Plandokumente an Parteien verkauft. Der Erlös dieser Verkäufe betrug rund 750.000 Millionen Schilling.

Im Bereich der Verkäufe der Mehrzweckstadtkarte konnten mit knapp 850 Geschäftsfällen verrechnete Einnahmen von 34,46 Millionen Schilling erzielt werden, dem stehen zusätzlich noch unverrechnete Nutzungen im Gesamtausmaß von rund 120 Millionen Schilling gegenüber.

Insgesamt verwaltete das Dezernat Reprographie ein Budget von knapp 6 Millionen Schilling für den grafischen Betrieb.

Die Einnahmen waren für 1997 mit 52,9 Millionen Schilling budgetiert und konnten mit 51,5 Millionen Schilling nahezu erreicht werden.

# Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost

## Bezirksübergreifende Arbeiten

Basierend auf dem vom Arbeitskreis „GIS (Geographisches Informationssystem)- gestützte Flächenwidmung" unter inhaltlicher Federführung der Abteilung erarbeiteten Konzept für die Erfassung, der Speicherung und des Austausches von planerischen Grundlagendaten auf digitaler Basis, wurde nach Definition der notwendigen Standards und Regelungen mit der EDV-technischen Umsetzung begonnen. Die Daten derart erstellter Bestandsaufnahmen stehen für die Einbindung in eine im Aufbau begriffene zentrale Datenbank bereits zur Verfügung.

Im Rahmen der Installierung eines Betriebsflächenmanagements in der Stadt Wien war die Abteilung intensiv in den Aufbau eines Betriebsflächenkatasters eingebunden. Zum einen wurde an der Erstellung eines Kataloges für die systematische Erfassung von Betriebsflächenpotentialen mitgearbeitet, der die Grundlage für die Perlustrierung des gesamten Stadtgebietes darstellte. Darauf basierend wurden alle in Frage kommenden Flächen - alleine im Nordosten Wiens rund 150 - digital erfaßt und die zugehörigen planungsrelevanten Informationen erhoben. Zum anderen wurde eine zentrale Datenbank angelegt, die eine dezentrale Erfassung und Verwaltung der betriebsflächenbezogenen Informationen durch die jeweils zuständigen Dienststellen des Magistrats ermöglicht.

Damit wurde einerseits ein aktueller Überblick über alle Betriebsflächenpotentiale Wiens gegeben und andererseits durch die Erfassung und Präzisierung der Rahmenbedingungen für eine künftige betriebliche Nutzung die Grundlage geschaffen, ein aktives Betriebsflächenmanagement nachhaltig zu betreiben.

Im Rahmen der Novellierung des Wiener Kleingartengesetzes wurden im Nordosten insgesamt etwa 100 Siedlungen (rund 3.000 Lose) mit kleingartenähnlichen Nutzungen ohne bewilligten Baubestand perlustriert, die für eine Verordnung bzw. Widmungsüberprüfung gemäß § 23 (7) Wiener Kleingartengesetz in Frage kommen. Damit war neben der eigentlichen Untersuchung vor allem die formale Abstimmung mit den Magistratsabteilungen 21 A und 21 B sowie eine inhaltliche Abstimmung in erster Linie mit den Magistratsabteilungen 37 und 64 verbunden. Nach einer Feinabstimmung und Endredaktion konnte im Berichtsjahr die Verordnung erfolgen.

Aufbauend auf die genannte Verordnung waren die entsprechenden Flächen gemäß § 23 (8) Wiener Kleingartengesetz dahingehend zu untersuchen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine widmungsmäßige Berücksichtigung des vorhandenen Baubestandes möglich ist bzw. erfolgen soll. Dabei wurden vor allem auf Betreiben der Abteilung im Vorfeld der Überprüfungen in Abstimmungsgesprächen die formalen und inhaltlichen Rahmenbedingungen abgesteckt und Vorlagen für die Bearbeitung durch andere Dienststellen entwickelt. Diese wilden Siedlungen wurden einer Bestandserhebung unterzogen und daran anschließend im Bedarfsfall ein Bericht über die weitere Vorgangsweise abgefaßt bzw. ein entsprechendes Widmungsverfahren eingeleitet.

Auf Wunsch des zuständiges Stadtrates erging an die Magistratsabteilungen 21 A, B und C der Auftrag zur Erstellung eines Kriterienkataloges für die künftige Festsetzung von Erholungsgebiet/Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen. Diese noch im Berichtsjahr begonnenen Bearbeitungen wurden Anfang 1998 in Form eines gemeinsamen Berichtes abgeschlossen.

Die Abteilung wurde im Rahmen des Klimaschutzprogrammes der Stadt Wien eingeladen, am Arbeitskreis „Langfristige Strukturen" im Team „Mobilität" mitzuwirken. Dabei wurden Vorschläge und Impulsreferate zu den die Mobilität beeinflussenden Faktoren unter dem Aspekt einer besseren Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte eingebracht.

Für den gesamten Donauraum wurde in einem Arbeitskreis, bestehend aus den Magistratsabteilungen 18, 19, 21 C und 45 und mit externer Unterstützung, ein Leitbild für die Nutzung entwickelt, das die Grundlage für weitere vertiefende Studien bilden soll. Diese Studie Donauraum gliedert sich in eine Situations- und Problemanalyse sowie dem Leitbild für die gesamten Uferbereiche der Neuen Donau und der Donau.

## 21. Bezirk

Die Haupttätigkeit entfiel auf die zentralen Bereiche von Floridsdorf bzw. auf die dicht bebauten Gebiete im Bezirk. So wurden Entwürfe des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Zentrum Floridsdorf und die Bereiche Schlingermarkt und Peitlgasse ausgearbeitet sowie Flächen an der Leopoldauer Straße (Steinheilgasse, Edelsteinviertel, Gebiete beidseits der projektierten B3), der Jedleseer Straße (Ohmgasse), der Brünner Straße (Ocwirkgasse) und an der Prager Straße (Stowassergasse, Johann-Knoll-Gasse) bearbeitet. Weitere Siedlungsbereiche wie die Nordrandsiedlung, beidseits der Ödenburger Straße und Flächen an der Arbeiterstrandbadstraße wurden ebenfalls widmungsmäßig behandelt.

Ein besonderes Augenmerk gilt, nach der Schaffung von neuem Wohnraum der letzten Jahre („Stadterweiterung"), vor allem der Sicherung von Flächen für Betriebsstandorte, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen im Bezirk zu erreichen. In diesem Zusammenhang wurden die Bereiche beidseits der Richard-Neutra-Gasse und der ÖBB-Hauptwerkstätte Floridsdorf neu gewidmet. Im speziellen sind für brachliegende bzw. untergenutzte Betriebsstandorte wie für den Frachtenbahnhof Floridsdorf an der Angerer Straße und das ehemalige ELIN-Gelände an der Brünner Straße städtebauliche Studien durchgeführt worden, um die zukünftige Widmung den geänderten Erfordernissen der Wirtschaft und der Stadtstruktur anzupassen.

Zur Grundlagenbeschaffung für die ab 1998 beabsichtigten Widmungsverfahren wurde eine Reihe von Bestandsaufnahmen an externe Planungsbüros vergeben. So wurden Erhebungen für die alten Ortskerne von Strebersdorf und Stammersdorf, für das Mühlschüttel und Flächen im Bereich der Carabelligasse, der Steinheilgasse, der Michtnergasse und östlich von Stammersdorf in Auftrag gegeben.

Zwei vorbereitete Bausperrgebiete (Schererstraße und Aderklaaer Straße) sollen Bereiche, die für die geplante U1-Nord Verlängerung in die Großfeldsiedlung in Anspruch genommen werden, entsprechend absichern.

Als Schwerpunkt im Bereich der Grünflächenplanung ist die Bearbeitung der Donauinsel und der linksufrigen Dammbereiche im 21. Bezirk zu erwähnen. Aufbauend auf das nunmehr vorliegende Nutzungskonzept für den gesamten Donauraum erfolgte die Beauftragung eines externen Grünplaners mit der Erstellung einer Nutzungsstudie für den im 21. Bezirk befindlichen Anteil an diesem regional bedeutsamen Grünraum.

## 22. Bezirk West

Mit dem Entwurf des Leitprogrammes für Donaustadt West wurde die Bezirksentwicklungskommission befaßt und deren Stellungnahme eingearbeitet. Außerdem wurde eine Digitalisierung vorgenommen und die Projektdokumentation aktualisiert.

Um die städtebauliche Entwicklung entlang der Wagramer Straße im Bereich Franz-Josefs-Land widmungsmäßig festzulegen, wurde ein Workshop mit 14 eingeladenen Experten abgehalten, die eine mehrheitlich formulierte Empfehlung sowohl über die Hochhausprojekte entlang der Wagramer Straße als auch über das Hinterland abgaben. Eine Bebauungsstudie für das Franz-Josefs-Land wurde fertiggestellt. Für die nördliche Teilfläche von Kagran Nord wurde das Leitprojekt einer Überbauung der Straßenumkehrschleife Wagramer Straße/Eipeldauer Straße in Abstimmung mit den Wiener Linien fertiggestellt und magistratsintern präsentiert. Die Untersuchung von Standortvorschlägen für ein Umspannwerk in Kagran West wurde in enger Zusammenarbeit mit Wien Strom durch die Festlegung geeigneter Standorte abgeschlossen. Für ein Hindu-Zentrum wurden Standortalternativen aufgezeigt.

In von Verkehrsproblemen besonders betroffenen Gebieten wurden Verkehrsuntersuchungen durchgeführt, die die Gebiete An der oberen Alten Donau, Kagran Nord und Breitenleer Straße/Ostbahn betrafen.

Für die koordinierte Weiterbearbeitung des wichtigen Stadtentwicklungsgebietes Donau City wurde ein Projektteam, bestehend aus MA 19, 21 C, 46 und der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum WED gebildet, das die Weiterentwicklung des Rahmenplanes, die Beurteilung und Begleitung wichtiger Projekte, die digitale Datenaufbereitung und Visualisierung (Erstellung eines dreidimensionalen Modells) von Projekten und des Rahmenplanes, die Erstellung von Berichten für die übergeordneten Stellen sowie die Betreuung des Umfeldes der Donau City zur Aufgabe hat.

Im Rahmen der Mitarbeit im Projektteam Kagran West wurden Beiträge zum Projekthandbuch erstellt und an der Beantwortung von den das Projektgebiet betreffenden Fragen mitgewirkt.

Für die Leitprojekte „Internationales Wohnbauexperiment Kagran Nord" und „Überbauung Straßenbahnumkehrschleife Wagramer Straße/Eipeldauer Straße" wurden Modelle fertiggestellt, um eine Vorstellung der Projekte in politischen Gremien sowie für die Bezirksbevölkerung und die Fachöffentlichkeit zu ermöglichen. Das städtebauliche Modell für das Gebiet zwischen Alter und Neuer Donau wurde im Rahmen des Tages der offenen Tür in der UNO-City präsentiert.

Im Hinblick auf die eingeleitete generelle Projektierung der Verlängerung der U1-Nord wurde die Verhängung einer Bausperre vorbereitet.

Mehrere städtebauliche Bestandsaufnahmen mit Problemanalysen für Gebietsüberarbeitungen wurden beauftragt und betrafen die Gebiete Thonetgasse, Pogrelzstraße, Magdeburgstraße, Oberes Mühlwasser, Lieblgasse und Bertha-von-Suttner-Gasse. Dabei wurden im Sinne der geforderten Tauglichkeit nach dem Geographischen Informationssystem GIS und der elektronischen Speicherung zusätzliche Aufwendungen getätigt.

Die vom Gemeinderat beschlossenen Planentwürfe im Gebiet Donaustadt West umfaßten die Bereiche Gänsehäufel, Arbeiterstrandbadstraße, An der oberen Alten Donau, Dampfschiffhaufen, Feuerwache und Rettungsstation westlich Donau City, Straße der Menschenrechte bzw. Dr.-Adolf-Schärf-Platz, Siebeckstraße, An der unteren Alten Donau, Stadlau West und Süßenbrunn im Bereich Golfplatz und zugehöriger Wohnanlage.

In Vorbereitung für angestrebte Widmungsverfahren befanden sich unter anderem Gebietsbearbeitungen für die Bereiche Rehlacke, Polgarstraße, Kleehäufel, Doningasse, Kagran Ost, Freihofsiedlung, Ortskern Süßenbrunn und Elfingerweg. In einigen Fällen konnte das Planentwurfsverfahren bereits eingeleitet werden.

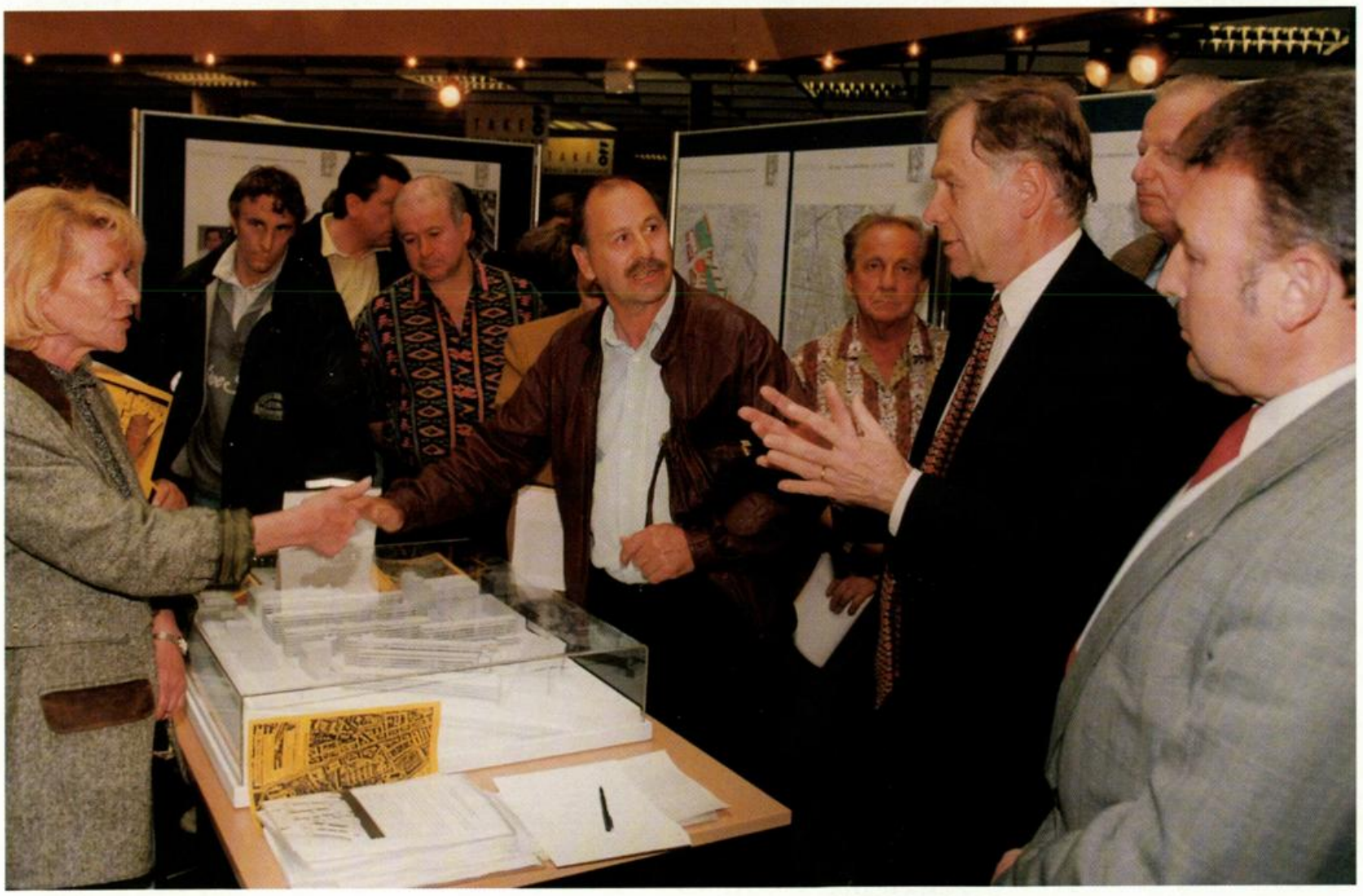
## 22. Bezirk Ost

Im Zusammenhang mit den Planungen für ein dezentrales System von Einrichtungen für den Nationalpark Donau-Auen wurde für den Bereich Steinspornweg die Erarbeitung eines Landschaftsplanes beauftragt, im Rahmen dessen vor allem Möglichkeiten für eine attraktive Rad- und Fußwegeverbindung von der S80 zur Lobau untersucht und Lösungen erarbeitet wurden. Diese Arbeiten sollen künftig dem Nationalpark-Koordinator als Grundlage für allfällige Umsetzungen dienen.



*Austauschstudenten der American High School folgen einer Einladung von Vizebürgermeister und Planungsstadtrat DDr. Bernhard Görg ins Rathaus.* Foto: Votava / PID

*Der Vizebürgermeister und Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft DDr. Bernhard Görg eröffnet die Ausstellung zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan eines Gebiets zwischen Favoritenstraße, Laaerberg Straße und Altes Landgut im 10. Bezirk.* Foto: Votava / PID






*Oliver El Sayed, der Wiener "Wettkönig" aus der Fernsehsendung "Wetten, daß..." wurde von Vizebürgermeister DDr. Görg ins Rathaus eingeladen.*

Foto: Votava / PID

Weitere Auftragsvergaben betrafen die Digitalisierung des Leitprogrammes Stadlau/Aspern/Eßling - Hirschstetten/Hausfeld/Altes Flugfeld, einen Grünentwicklungsplan für Hirschstetten und eine Verkehrsuntersuchung für den Raum Breitenleer Straße/Ostbahn.

Dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wurden Planentwürfe, die die Gebiete südlich Rautenweg, Ortskern Breitenlee, Quadenstraße und Dumreichergasse zum Gegenstand hatten.

Für ein der Ostbahn benachbartes Teilgebiet des Stadlauer Ortsgebietes sowie für ein Gebiet beidseits des Contiweges westlich des ehemaligen Zentrallagers Konsum wurden zeitlich begrenzte Bausperren verhängt.

Plan(vor)entwürfe im Lauf bzw. in Bearbeitung betrafen unter anderem die Bereiche Schanze 28, Siedlung Straßäcker, Siedlung Himmelteich, Pilotengasse, südlich Aspern, nördlich Dragonerweg, Schippanisiedlung, südlich Hausgrundweg, Siedlung Am Mühlgrundweg und die Kleingartenanlage Am Ries. Bestandsaufnahmen für die Gebiete Mühlgrund, Industriezone Stadlau, Zentrallager Konsum, Aspern, nördlich Pilotenweg, Stadtrandsiedlung Aspern, Spargelfeldgasse, Hermann-Gebauer-Straße und Neueßling wurden als Aufträge vergeben und betreut.

### Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche Stadtgebiet 23 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurden zwei zeitlich begrenzte Bausperren gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dgl.) bedurften. Die damit abgedeckte Gebietsfläche umfaßt 668 Hektar, somit 4,55 Prozent der Fläche beider nordöstlicher Wiener Gemeindebezirke. 5 Vorentwürfe mußten aus verschiedenen Gründen eingestellt werden. Mit Ausrichtung auf das „Zehnjahresprogramm", der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 30 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 42 Gebiete in Vorbereitung. Für 12 vorwiegend unbebaute und begrünte periphere Gebiete lief die auf Grundlage des § 8 Abs. 1 der Bauordnung bestehende Bausperre weiter.

Der Abteilung wurden 1.054 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grundlage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 18 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 27 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten 10,2 Millionen Schilling. Die Aufgliederung nach räumlichen Teilgebieten ergab - abgesehen von bezirksübergreifenden Untersuchungen für Kleingärten und wilde Siedlungen bzw. Kopierkosten - für den 21. Bezirk 3,5 Millionen Schilling, für das Gebiet 22. Bezirk West 3,6 Millionen Schilling und für den Raum 22. Bezirk Ost 2,8 Millionen Schilling.

Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für Leitprogramme 0,5 Millionen Schilling, für Sachkonzepte wie etwa Donaubereich, Grünraum und Verkehr 2,4 Millionen Schilling, für ein Gutachterverfahren 0,4 Millionen Schilling und für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 6,2 Millionen Schilling. Für Bebauungsstudien wurden rund 580.000 Schilling und für Nebenkosten (Kopien, Modellergänzungen) über 160.000 Schilling verwendet.

## Straßenverwaltung und Straßenbau

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahre 1997 2.791 km öffentliche Straßen, von denen 214 km Bundesstraßen B, 42 km Autobahnen und 2.535 km Gemeindestraßen waren.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau von Siedlungsstraßen wurden gemeindeeigene Geräte eingesetzt, und zwar 4 große Straßenwalzen, 12 Gehwegwalzen, 12 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 9 Straßenreparaturzüge, 2 Asphaltcontainerwagen, 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen bzw. Tiefladertransporter), 1 Straßenfräse sowie 1 Minibagger und 11 fahrbare Leichtkompressoren einschließlich 1 Radlader. Die eingesetzten Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden an Straßendecken.

Für die Neuherstellung bzw. Instandsetzung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden von der Abteilung an öffentliche Einbautendienststellen und an private Bauwerber zusammen 11.857 Aufgrabungsbewilligungen (davon 3.972 Gebrechens- und Störungsbehebungen) erteilt. In 161 Fällen wurden in verkehrssicheren Straßen statt Aufgrabungen Bohrungen (138) bzw. Minierungen (23) durchgeführt.

Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden 1997 fünf PKW, darunter vier mit Funkausstattung, eingesetzt. Für diese Inspektionen wurden rund 47.300 km zurückgelegt. Sobald Mängel gefunden wurden, ist deren unverzügliche Behebung veranlaßt worden. Die Beanstandungen führten in fast allen Fällen zum Erfolg. Es werden auch in Zukunft diese Kontrollfahrten fortgesetzt, um eine klaglose Abwicklung der Aufgrabungen im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der MA 39 und privaten Prüfanstalten (Firma Mapag, Firma Nievelt, Firma Swietelsky u.a.) wurden von den diversen Einbautendienststellen auf Grund der Wiederinstandsetzungsvorschrift der Abteilung im Jahr 1997 laufend Druckversuche mit Lastplatten an den zugeschütteten Künetten ausgeführt.

Von den insgesamt 1.549 Lastplattenversuchen wurden an 1.482 Stellen positive Ergebnisse (96 %) erzielt, d.h. die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurde zu 4 Prozent nicht ordnungsgemäß durchgeführt. In diesen 67 Fällen wurde die bauausführende Firma beauftragt, die Mängel durch Nachverdichtungen bzw. durch einen Materialaustausch zu beheben.

Um im Bereich des Aufgrabungsbewilligungsverfahrens laut Kundmachung des Wiener Magistrates und der Koordinierung von Maßnahmen im Straßenbereich erhöhte Transparenz sowie Erleichterung der Kommunikation zwischen Bürger, Einbautendienststellen und der Verwaltung (MA 28) und Optimierung des Ablaufprozesses zu erreichen, wurde die EDV als neue Kommunikationstechnik mit innovativen Technologien eingesetzt, und zwar im „A B V"-(EDV-unterstütztes Aufgrabungsbewilligungsverfahren) und im „GRABIS" (Graphisches Baustelleninformationssystem).

Hinsichtlich der Optimierung und einer qualitativen Verbesserung verschiedenster Vorschriften und Normen erfolgt die Mitwirkung einiger Mitarbeiter an diversen Gremien.

A. Gemeindestraßen:

In den Hauptstraßen der Gemeinde Wien wurden verschiedene größere Einzelvorhaben von Straßenbauten durchgeführt, und zwar Fortsetzungsarbeiten und neue Baumaßnahmen. Folgende neue Baumaßnahmen wurden unter anderem durchgeführt: In der Troststraße (10. Bezirk) von der Neilreichgasse bis zur Triester Straße wurde ein kompletter Straßenumbau (Fahrbahnerneuerung, Abstellflächen- und Gehsteigumbauten, Parkspurerrichtungen und Baumscheibenherstellungen u.a.) während der Sommermonate 1997 ausgeführt. Im 11. Bezirk in der Wildpretstraße bei der Bleibtreustraße wurden auf rund 600 m Länge großangelegte Fahrbahnumbauten (Verbreiterung, Neuherstellung bzw. Verstärkung der bituminösen Konstruktion usw.) durchgeführt.

Auch in der Hietzinger Hauptstraße (v. ONr. 10 - 20 u.ggü.) und Am Platz (1 - 3) im 13.Bezirk kam im Sommer bzw. Herbst 1997 im Zusammenhang mit Einbauten- und Gleislegungen ein kompletter Straßenumbau zustande (Fahrbahn-, Gehsteig-, Abstellflächen, Bus- sowie Straßenbahnhaltestellenerneuerung, Fahrbahnaufdoppelungen bzw. Gehsteigvorziehungen bzw. Haltestellenkaps sowie Pflasterungen im Platzbereich vor der Kirche u.a.m.). Im 14. Bezirk in der Mauerbachstraße zwischen Parkgasse (bei Brücke über den Mauerbach) und der Sofienalpenstraße (bei Brücke über den Hainbach/Stadt- bzw. Landesgrenze) wurde eine durchgehende, bituminöse Tragdeckschichte aufgebracht (Aufbringung eines Asphaltbetonbelages auf gesamte Fahrbahnbreite zur Behebung bzw. Sanierung von Zeitschäden). In der Leopoldauer Straße (21. Bezirk) zwischen Töllergasse und Eipeldauer Straße wurde nach Abfräsen der bestehenden Fahrbahn eine hochstandfeste Tragschichte (mit einem Asphaltbetonbelag) eingebaut.

Außer den Neu- und Umbauarbeiten der Einzelvorhaben auf Hauptstraßen sind nur noch einige (lediglich nach dem Grad der Wichtigkeit auszugsweise angeführte) Herstellungsarbeiten an Hauptstraßen von größerer Bedeutung und erwähnenswert. Dabei gelangten vor allem örtliche Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln, Fahrbahn- und Gehsteigregenerierungen sowie diverse Umbauten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Komforterhöhung für Bereiche öffentlicher Verkehrsmittel (hauptsächlich Haltestellenkaps) zur Ausführung. Dies betraf u.a. folgende Straßenteilabschnitte:

1, Kärntner Straße/Opernring, 2, Taborstraße/Marinelligasse, 3, Marxergasse (2), 4, Schönbrunner Straße (von Kettenbrückengasse bis Heumühlgasse), 6, Gumpendorfer Straße (140), 7, Burggasse (81 - 109, 90 - 120), 8, Skodagasse (1 - 5), 9, Nadlergasse (1, 2), 10, Herndlgasse (16 - 20, 15 - 19), 11, Kaiserebersdorfer Straße (271), 12, Ruckergasse (Ratschkygasse - Koppreitergasse), 14, Linzer Straße (ggü. 336 - 340), 15, Mariahilfer Straße (204 - 208), 16, Maroltingergasse (Zwinzstraße - Hasnerstraße), 17, Hernalser Hauptstraße (136 - 138), 18, Hasenauerstraße (Littrowgasse - Gregor-Mendel-Straße), 19, (B 221) Döblinger Gürtel (21 - 23), 20, Klosterneuburger Straße (Gerhardusgasse - Pappenheimgasse), 21, Leopoldauer Straße (39 - 41), Ruthnergasse (Shuttleworthstraße - Siemensstraße), 22, Aspernstraße (Plankenmaisstraße - Gotthelfgasse), 23, Speisinger Straße (197 - 203), Breitenfurter Straße (358) und Maurer Hauptplatz (2 - 12, 3 - 11).

Im Rahmen der Erstellung von „Nebenstraßen" wurden in Teilabschnitten nachstehend, auszugsweise angeführte Straßen Neu- und Umbauten bzw. diverse Belagsarbeiten (Instandsetzungen, Regenerierungen auf Grund von Zeitschäden sowie zu erwartende Frostschäden u.a.) oder auch sonstige verschiedene Straßenumbauarbeiten wie z.B. Fahrbahnverbreiterungen bzw. Gehsteigverschmälerungen oder Parkstreifenherstellungen usw. durchgeführt, und zwar in 1, Schottengasse (9 - 11), Rotenturmstraße (6 - 8, 13 - 15), Herrengasse (Michaelerplatz-Strauchgasse), Augustingerstraße (1 - 3, 10 - 12), Josefsplatz (5 und 6), Heldenplatz/Burgring und Judenplatz (1 - 11; Denkmalprojekt), 2, Hauptallee (Rustenschacherallee-Stadionallee), 4, Mittersteig (Große Neugasse - Kleine Neugasse), 5, Margaretenstraße (88 - 90) und Grohgasse (Margaretenstraße - Bräuhausgasse), 7, Andreasgasse (7 - 9, 8 - 10) und Hermanngasse (1 - 11, 2 - 10), 9, Spittelauer Lände (ggü. 1 - 13), 10, Quellenstraße (Kempelengasse - Absberggasse), 11, Dreherstraße (2 - 10), 12, Hoffingergasse (Oswaldgasse - Stegmayergasse), 13, Wolkersbergenstraße (Biraghigasse - Versorgungsheimplatz), 14, Baumgartenstraße (44 - 60 und ggü.), 15, Hütteldorfer Straße (2 - 8, 19 - 35), 16,

Hasnerstraße (Hyrtlgasse - Panikengasse), 17, Czartoryskigasse (62 - Schöberweg), 18, Cottagegasse (16 - 24, 19), 19, Krottenbachstraße (Agnesgasse, Döblinger Gürtel (12 - 28) und Nußdorfer Lände (ggü. 23 - 37), 21, „Schwarzlackenau" (diverse Straßenteilabschnitte), 22, Lange Allee (Donaustadtstraße - Smolagasse) Telephonweg (7) und Raffineriestraße (Biberhaufenweg - Finsterbuschstraße) und 23, Haymogasse (57 - 63 und ggü.).

Im Zuge der Herstellung von Siedlungsstraßen wurden Ausbau- bzw. Umbauarbeiten sowie Instandsetzungen mit gemeindeeigenen Gradern und Baumaschinen auf bisher zum Teil unbefestigten Fahrbahnen nach erfolgter Aufgrabung sowie Bodenverbesserungen mittels Einbau einer Frostschutz- und mechanisch stabilisierten Tragschichte als auch durch Verstärkung mit Hilfe der Aufbringung einer Bitumenkiestragschichte samt erforderlichen Pflasterungs- und Baumeisterarbeiten durchgeführt, unter anderem in Teilabschnitten im 14. Bezirk, und zwar in in der Siedlung „Kordon" (2. Bauteil), Ulmenstraße u.a., in der Siedlung „Flötzersteig", Ludwig-Eckart-Gasse u.a., ferner im 16. Bezirk in der „Starchantsiedlung", Theodor-Storm-Weg u.a., sowie im 21. Bezirk in der „Nordrandsiedlung", Thayagasse u.a., im 22. Bezirk in der „Stadtrandsiedlung", Begonienweg, Brunnellengasse, Kamelienweg u.a.

Die Neuherstellung von Radwegen bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen mit erforderlichen Randsteinabsenkungen und Randsteinneulegungen, Errichtung von Pollern zur Radwegsicherung, Um- bzw. Neubau von Straßenentwässerungsanlagen u.a.) wurde auch im Jahre 1997 in folgenden Straßen fortgeführt, und zwar in 2, Praterstern, 3, Arsenalstraße und Landstraßer Gürtel, 4, Favoritenstraße, 6, Mollardgasse, 9, Währinger Gürtel, 11, Brehmstraße, 12, Untermeidlinger Straße, 13, Elisabethallee, 14, Schloßallee, 15, Mariahilfer Straße, 18, Währinger Gürtel, 21, Arbeiterstrandbadstraße, Jedlersdorfer Straße und Brünner Straße, 22, Donaucitystraße und in 23, Karl-Heinz-Straße.

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen wurden im Jahre 1997 fortgesetzt bzw. begonnen, so u.a. in Teilbereichen folgender Straßenzüge bzw. Plätze, und zwar in 4, Kleine Neugasse (Mittersteig - Rienößlgasse), Große Neugasse (Rubensgasse - Schäffergasse), 6, Fritz-Grünbaum-Platz, 13, Am Platz (1 - 3) und in 23, Maurer Hauptplatz (2 - 12, 3 - 11).

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten wurden auszugsweise in nachstehend aufgezählten Straßenteilabschnitten entsprechende straßenbauliche Maßnahmen (Umbauarbeiten) an Gehsteigen und Fahrbahnen gesetzt, wie z.B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnteilern, Kreuzungsaufdoppelungen sowie Fahrbahnaufpflasterungen, Gehsteigvor- und bzw. -durchziehungen, Polleraufstellungen sowie Parkspurabdeckungen und andere Umbauten besonderer Art usw., so u.a. in kleineren Teilabschnitten in 2, Taborstraße, Vorgartenstraße, 3, Landstraßer Hauptstraße, 4, Wiedner Gürtel, Rechte Wienzeile, 5, Grüngasse, Margaretenstraße, 6, Linke Wienzeile, Wallgasse, Mariahilfer Gürtel, in 8, Lange Gasse, 9, Liechtensteinstraße, Spittelauer Lände, 10, Fontanastraße, 11, Simmeringer Hauptstraße, 12, Eckartsaugasse, 13, Auhofstraße, Hietzinger Hauptstraße, in 14, Waidhausenstraße, 15, Sechshauser Straße, Hütteldorfer Straße, Mariahilfer Straße/Schloßallee, in 16, Thaliastraße, Koppstraße, 17, Elterleinplatz, Alszeile, 18, Pötzleinsdorfer Straße, 19, Krottenbachstraße, Sieveringer Straße, Döblinger Hauptstraße, 20, Jägerstraße, 21, Brünner Straße, 22, Kagraner Platz, Arbeiterstrandbadstraße, Eßlinger Hauptstraße und in 23, Speisinger Straße.

Die Arbeiten im Zuge des Behindertenprogrammes wurden, wie bisher in den vergangenen 17 Jahren, beginnend im Jahre 1981, auch im Jahre 1997 für den gesamten Wiener Raum fortgesetzt. So wurden in erster Linie „behindertengerechte" Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgehern frequentierten Kreuzungsbereichen, bzw. im Anschluß an Fußgeherübergängen in Teilen folgender, nachstehend auszugsweise angeführter Straßen eingebaut, um u.a. das Befahren mit Rollstühlen, Kinderwägen u.a. zu erleichtern in 1, Dr.-Karl-Lueger-Ring, Löwelstraße, Reichsratstraße, 2, Schüttelstraße, Handelskai, 6, Linke Wienzeile, Mariahilfer Gürtel, 7, Neubaugürtel, 8, Lange Gasse, 13, Elisabethallee, 17, Clemens-Hofbauer-Platz, Kainzgasse, Veronikagasse, 18, Bastiengasse, Salierigasse, 19, Billrothstraße, 21, Am Spitz, 22, Kagraner Platz und in 23, Endemanngasse, Rosenhügelstraße.

Im Bereich des Neubaues städtischer Wohnhausanlagen wurden auch im Jahre 1997 Straßenbauarbeiten ausgeführt, und zwar in 13, Fred-Liewehr-Gasse und 21, Regnerweg.

Im Bereich des Neubaues privater Wohnhausanlagen und sonstiger hochbaulicher Anlagen sind in folgenden, nur auszugsweise angeführten Straßenteilabschnitten diverse Bauarbeiten von größerer Bedeutung ausgeführt worden, und zwar in 3, Maiselgasse/Baumgasse, 8, Laudongasse (32 - 34), 10, Fontanastraße/Segnerstraße, 11, Lautenschlägergasse/Kölgengasse, Klebindergasse (4), Kaiserebersdorfer Straße (29 und 110 - 110A), 14, Hackinger Straße (Guldengasse - 14), 16, Wichtelgasse (37A - 39B und 42 - 52), 19, Muthgasse/Holzergasse/Nußdorfer Lände (Amtshaus), 20, Wehlistraße/Friedrich- Engels-Platz, Traisengasse (Wehlistraße - 22), Helgolandgasse und in 23, Auer-Welsbach-Straße/Jettmargasse/Kirchfeldgasse.

Der U-Bahn-Bau löste wieder eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen aus. Vorwiegend war dies in den Bezirken 7, 11, 14, 16 und 20 sowie 21 der Fall, da rechtzeitig vor Baubeginn der eigentlichen U-Bahnbau-Arbeiten (Aufgrabungen wegen Einbautenverlegungen sowie Absperrungen) leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr, weiters bauliche Vorarbeiten für den eigentlichen U-Bahn-Bau, errichtet werden mußten. Auch wurden bereits nach abgeschlossenen Arbeiten für die U-Bahn sowohl großflächige Wiederinstandsetzungs- bzw. Wiederherstellungsarbeiten eingeleitet als auch durchgeführt. Es geschah dies in Teilbereichen (Teilflächen) in 7, Lin-

dengasse, 11, Simmeringer Hauptstraße, Lorystraße, Kaiserebersdorfer Straße, 14, Breitenseer Straße, Kendlerstraße, Matzingerstraße, Spallartgasse, St.-Gotthard-Straße, 16, Hasnerstraße, Huttengasse, Ottakringer Straße, Paltaufgasse, Thaliastraße, 20, Leipziger Platz und in 21, Angerer Straße.

Im Zusammenhang mit der Aufschließung von Betriebsbaugebieten (BBG) sind Straßenbauten im Jahre 1997 im folgenden Industriebezirk errichtet worden:

Im „Industriepark Nord" (22. Bezirk) wurde der Vollausbau der Niedermoser- und der Percostraße abgeschlossen sowie ein kompletter Neubau der Lichtblaustraße und der Niedermoserstraße ausgeführt.

Straßenmäßige Erschließung von Stadterweiterungsgebieten (Stadterweiterungsflächen) erfolgte zum Zweck der Errichtung von Wohnhausanlagen mittels Herstellung der Infrastruktur in Form der Neuanlage von Straßen bzw. des Vollausbaues bislang unausgebauter Straßenzüge (Auswahl):

Im 11. Bezirk im Stadterweiterungsgebiet 11.01 „Leberberg" erfolgten die straßenmäßige Erschließung des Leberweges, Neuanlage des Rosa-Jochmann-Ringes, der Svetelskystraße und der Paulasgasse sowie der Mühlsangergasse einschließlich Etrichstraße (inkl. Umkehrplatz) u.a. Im 21. Bezirk waren es das Stadterweiterungsgebiet 21.05 „Westlich Josef-Baumann-Gasse/nördlich Satzingerweg/südlich Leopoldauer Straße" bestehend aus Gerspergasse, Kefedergrundgasse, Satzingerweg und Viehtriftgasse sowie Zehdengasse und Flandorferweg u.a., im 22. Bezirk das Stadterweiterungsgebiet 22.01 „Genoch Süd" bestehend aus restlichen Teilabschnitten der Gartenheimstraße und der Tartergasse, das Stadterweiterungsgebiet 22.02 „Europan", Colerusgasse, das Stadterweiterungsgebiet 22.03 „Ullreichgasse"/östlich Josef-Baumann-Gasse bestehend aus Budaugasse, Finsterergasse, Wiesnergasse u.a. sowie das Stadterweiterungsgebiet 22.06 „nördlich Langobardenstraße" Eibengasse, Annie-Rosar-Weg und Oskar-Sima-Gasse.

Im Zuge der laufenden Instandhaltungsarbeiten wurden in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten, wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Regenerierungen bzw. Ausbesserungsarbeiten kleineren, nicht zusammenhängenden Umfanges sowohl in Gemeindestraßen als auch auf Gehsteigen der Bundesstraßen „B" ausgeführt.

Auch im Jahre 1997 kamen wieder Straßenbauten kleineren Umfanges für andere Dienstsellen in einigen Bezirken zur Durchführung, und zwar vorwiegend für die Wiener Stadtwerke - Wiener Linien (Errichtung von sogenannten „Haltestellenkaps") sowie Umbauten zum Zweck des „Beschleunigungsprogrammes" (bzw. „Bevorrangungsprogramm") für Straßenbahn und Bus (Errichtung von Busspuren bzw. Busbuchten, Gehsteigverbreiterungen u.a.); für die MA 49 waren auch Erhaltungsarbeiten am Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens erforderlich.

## B. Bundesstraßen:

Nach der Übersicht über das Baugeschehen auf Gemeindestraßen wird nun im folgenden eine kurze Beschreibung der Tätigkeit der „Bundesstraßenverwaltung" durchgeführt, welche die Straßenbauarbeiten im Bereich der Autobahnen - Bundesstraßen A und der Bundesstraßen B beinhaltet.

### Bundesstraßen A:

A 23 - 2, 22. Bezirk: Hebung und Verbreiterung Praterbrücke
(Objekt B 0214)

Von der Abteilung wurden im Knoten Kaisermühlen Richtungsfahrbahn Hirschstetten eine zusätzliche Abbiegespur von der A 23 zur A 22 sowie neue Lärmschutzwände im Bereich der Anschlußstelle Handelskai errichtet. Weiters wurde nach Abschluß der Brückenhebung (MA 29) der Rückbau der Umleitungsstrecke über die Donaustadtbrücke durchgeführt.

A 2 - 23. Bezirk: von Landesgrenze NÖ/Wien bis Inzersdorf

Der 4. Fahrstreifen auf der Richtungsfahrbahn Wien der A 2 - Südautobahn wurde hergestellt und der bestehende Fahrbahnbelag saniert. Die Arbeiten wurden gemeinsam mit der NÖ-Landesregierung durchgeführt.

A 4 - 3., 11. Bezirk: von Gaswerksteg bis Anschlußstelle Simmeringer Haide

Es erfolgten die Herstellung der definitiven Betondecke im genannten Bereich sowie die Belagssanierung im Bereich Knoten Prater.

A 23 - 10. Bezirk: Kleingartenanlage Heuberggstätten

Im Abschnitt Fußgängerübergang Holeyplatz bis Per-Albin-Hansson-Straße wurde entlang der Richtungsfahrbahn Süd der A 23 eine Lärmschutzwand errichtet (Länge rund 480 m, mittlere Höhe 3 m).

A 23 - 10. Bezirk: von Neilreichgasse bis Ferdinand-Löwe-Straße

Bedingt durch Erhaltungszustand der Betondecke der A 23 im Abschnitt von Neilreichgasse bis Ferdinand-Löwe-Straße war die Sanierung von diversen Betonfeldern erforderlich.

### Bundesstraßen B:

Im Bereich der Bundesstraßen B kamen sowohl größere Bauprojekte (Umbau, Vollausbau) als auch Erhaltungsarbeiten geringeren Umfanges zur Ausführung.

a) Größere Straßenbauarbeiten:

B 228 - 3. Bezirk: Erdbergstraße - Franzosengraben - Döblerhofstraße - Modecenterstraße - Guglgasse
Im Zuge der Verlängerung der U 3 nach Simmering wurde eine Verkehrssperre der Erdbergstraße zwischen Franzosengraben und Modecenterstraße erforderlich. Aus diesem Grund wurde 1997 die Guglgasse als Umleitungsstrecke umgebaut, nachdem im Jahre 1996 dies bereits für den Straßenzug Franzosengraben - Döblerhofstraße - Modecenterstraße durchgeführt wurde.
B 1 - 4. Bezirk: Rechte Wienzeile von Kettenbrückengasse bis Getreidemarkt
Wegen des schlechten Straßenzustandes wurde im genannten Bereich die alte Asphaltdecke abgefräst und eine neue Asphaltbetondeckschichte eingebaut.
B 3 - 21. Bezirk: Angerer Straße von Schleifgasse bis Pilzgasse
Wegen des schlechten Straßenzustandes wurde in diesem Bereich die alte Asphaltdecke abgefräst und eine neue Asphaltbetondeckschichte eingebaut, wobei in Teilbereichen die bituminöse Tragschichte erneuert bzw. verstärkt wurde.
B 221 - 6. Bezirk: Mariahilfer Gürtel von Mittelgasse bis Matrosengasse
Es erfolgte die Erneuerung der Betondecke auf der Fahrbahn.
B 223 - 16. Bezirk: Koppstraße von Lerchenfelder Gürtel bis Possingergasse
Wegen des schlechten Straßenzustandes wurden örtliche Fahrbahninstandsetzungen im Abschnitt der Koppstraße durchgeführt.
B 225 - 11. Bezirk: Simmeringer Hauptstraße in den Bereichen Thürnlhofstraße, Pantucekgasse, Leberweg
Es wurden Haltestellen für Straßenbahn und Autobus in diesen Bereichen der Simmeringer Hauptstraße errichtet. Im Zuge dieser Baumaßnahmen wurde auch eine Anpassung der Fahrbahn der Simmeringer Hauptstraße vorgenommen.
B 226 - 20. Bezirk: Rampe Friedrich-Engels-Platz
Es wurde die Wehlistraße durch Umbau des Fahrbahnteilers auf der Rampe B 224 - B 14 voll eingebunden und eine Abbiegespur durch Verbreiterung der Fahrbahn (Fahrtrichtung Handelskai) hergestellt. Gleichzeitig wurde eine neue Verkehrslichtsignalanlage errichtet und die öffentliche Beleuchtung umgebaut.
B 227 - 9. Bezirk: Spittelauer Lände von Auffahrt Nordbergbrücke bis Friedensbrücke
Wegen des schlechten Straßenzustandes wurde in diesem Bereich die alte Asphaltdecke abgefräst und eine neue Asphaltbetondecke eingebaut, wobei im wesentlichen auch die bituminöse Tragschichte erneuert bzw. verstärkt wurde.
B 227 - 20. Bezirk: Brigittenauer Lände von Gürtelbrücke bis Heiligenstädter Brücke
Wegen des Auftretens starker Spurrinnen auf der Betondecke der Fahrbahn der Brigittenauer Lände in diesem Bereich wurde diese nach Abfräsen der Unebenheiten mit einem neuen lärmmindernden Asphaltbelag versehen.
B 230 - 10 Bezirk: Laxenburger Straße von Buchengasse bis Raxstraße
Wegen des schlechten Straßenzustandes wurden örtliche Fahrbahnbelagsinstandsetzungen in diesem Abschnitt der Laxenburger Straße durchgeführt.

b) Erhaltungsarbeiten:

Stauraumsanierungen erfolgten in Form von Konstruktionsverstärkungen insbesondere im Bereich der B 1 - 5, Rechte Wienzeile vor Pilgramgasse, 31 - 13, Hietzinger Kai/Dommayergasse, B 1 - 13, Schönbrunner Schloßstraße vor Haupteingang Schloß Schönbrunn, der B 3 - 21, Prager Straße/Rußbergstraße (Busbucht), B 3 - 22, Siegesplatz (Busbucht), der B 12 - 23, Breitenfurter Straße/Industriegasse, der B 16 - 10, Favoritenstraße, Höhe Libussagasse, der B 221 - 3, Landstraßer Hauptstraße/Viehmarktstraße, der B 223 - 16, Joachimsthalerplatz/Maroltingergasse, der B 224 - 12, Grünbergstraße/Weißenthurngasse, der B 227 - 2, Franzensbrückenstraße/Untere Donaustraße, der B 229 - 21, Julius-Ficker-Straße von Siemensstraße bis Egon-Friedell-Gasse sowie der B 230 - 23, Laxenburger Straße/Draschestraße (Busbucht).
Auf der B 221 wurden örtliche Sanierungsarbeiten am Inneren Gürtel in den Bezirken 6, 7, 8. und 9 sowie auf der B 225 - in 10, Raxstraße von Altdorferstraße bis Neilreichgasse durchgeführt.
Des weiteren fanden laufend Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten (z.B. kleinere örtliche Betonfelderneuerungen, Arbeiten an Verkehrsleit- und Lärmschutzeinrichtungen und an diversen Bundesstraßen in verschiedenen Bezirken statt.
Im Rahmen des Budgets für Gemeindestraßen wurde sowohl der Bau von Gehsteigen, Parkplätzen als auch der Ausbau von Nebenfahrbahnen bei Bundesstraßen B durchgeführt.

## Brückenbau und Grundbau

Um den Zielsetzungen der Abteilung zu entsprechen, wurde auch 1997 der bewährte Einsatz der internen Projektbearbeiter beibehalten, und somit waren stets bei den im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Bauvorhaben die Zielvorgaben einer Dienstleistungsorientierung gewährleistet. Weiters wurden 1997 die Grundlagen für die Installierung eines Controllingsystems in der Abteilung, vorerst im Rahmen eines Modellversuches die Bauwerksprüfung betreffend (Start: 1. Jänner 1998), erarbeitet. Mit dieser Kostenträgerrechnung soll fest-

gehalten werden, welcher Aufwand den „Kunden" der Abteilung (z.B. Gemeinde, Bund B, Asfinag, Magistratsabteilungen, Private) für die Bauwerksprüfung zu verrechnen wären. Zusätzlich wurde im November 1997 in der Abteilung mit der Organisationsanalyse durch Coopers & Lybrand Management Consulting GmbH begonnen.

Die Abteilung gliedert sich in die Fachbereiche „Brückenbau und Straßentunnel", „Grundbau" und „Administration, Bauwerksprüfung, Sonderbauten, Controlling und Sonderaufgaben".

Der Fachbereich Brückenbau und Strassentunnel gliedert sich in die Gruppen „Planung und Bauvorbereitung", „Neubau", „Gemeindebrückenerhaltung" und „Bundesbrückenerhaltung". Das Arbeitsgebiet dieser Gruppen schließt aber auch Stützmauern und Stiegenanlagen ein.

Im Rahmen der Gruppe Planung und Bauvorbereitung wurde für die Unterführung Richard-Neutra-Gasse vorerst eine Machbarkeitsstudie für zwei Varianten vorgenommen und nach Variantenentscheid ein diesbezügliches Ausschreibungsprojekt erstellt.

Für den Steg Tuschlgasse über die Liesing, der eine Verbindung zwischen der Radroute aus Meidling und dem Liesingtalradweg herstellt, wurde ein genereller Entwurf als Ausschreibungsgrundlage erarbeitet. Weiters wurde für den seilabgespannten Fußgängersteg unter der Flutbrücke der Praterbrücke über die Neue Donau ein Ausschreibungsprojekt ausgearbeitet.

Für die durch den Umbau und die Hebung der Praterbrücke geänderte Geh- und Radwegführung wurden für die Festlegung der Kostenanteile von Wien und Bund weitere Vorschläge für eine Kostenteilung erarbeitet und laufend mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten abgestimmt, wobei schließlich auf diesen Grundlagen aufbauend eine Vereinbarung erzielt werden konnte.

Als Voraussetzung für die Instandsetzung und den Umbau der Prater Hochstraße im Zuge der A23-Südosttangente mußte vorweg das Verfahren für die Änderung der verordneten Grenzen des Landschaftsschutzgebietes Prater betrieben werden. Dazu war es notwendig, neben der statisch konstruktiven Ausschreibungsplanung, Projekte bezüglich Verkehrstechnik, Lärm, Schadstoffe und Ökologie durchzuführen, wofür entsprechende Lärm- und Schadstoffmessungen gekoppelt mit einer Verkehrszählung vorgenommen wurden. Die Planungen erfolgten im engen Einvernehmen mit der MA 22 unter laufender Information der Umweltanwaltschaft und wurden auch im Naturschutzbeirat abgehandelt. Neben den Änderungen der Landschaftsschutzgrenzen war auch ein naturschutzrechtliches Verfahren abzuwickeln sowie die Rodungs- und Baumfällungsbewilligungen zu erwirken. Alle genannten Verfahren konnten positiv erledigt werden. Bezüglich der Höhe und Ausgestaltung der Lärmschutzwände wurden zahlreiche Abstimmungsgespräche geführt bis eine Entscheidung getroffen werden konnte.

Im Rahmen der Stadterweiterung soll ein Durchgang unter der U6 im Bereich Perfektastraße/Erlaaer Straße realisiert sowie beim Projekt „In den Wiesen Nord" ein Fußgängersteg über die Anton-Baumgartner-Straße errichtet werden. Diesbezüglich wurden Besprechungen abgehalten und Kostenschätzungen vorgenommen.

Weiters wurde für einen Steg über den Handelskai, der von Bauträgern errichtet und von der Abteilung übernommen werden wird, die entsprechende Projektsabstimmung betrieben. Bezüglich einer Grünbrücke über den Handelskai, die im Rahmen des „Stumpf-Projektes" von privater Seite ausgeführt werden soll, fanden laufend Gespräche statt.

Für das Straßendetailprojekt der B229-Groß Jedlersdorfer Straße, Bereich Unterführung Rautenweg, wurden die statisch konstruktiven Vorgaben für die Bahnbereiche und wasserdichten Wannen festgelegt und im Zusammenhang mit einer Radwegverbindung von Perchtoldsdorf zum Bahnhof Liesing für einen Steg über die Ketzergasse prinzipielle Fragen der Planung und Finanzierung geklärt.

Außerdem waren für Projekte anderer Dienststellen fachliche Beurteilungen vorzunehmen und entsprechende Stellungnahmen abzugeben. Ebenso waren über den Projektstand eine Reihe von Planungen zu berichten und deren Fortgang zu beurteilen. Bezüglich Brücken, Unterführungen, Stützmauern und Stiegen waren Anfragen zu beantworten bzw. dafür auch Kostenschätzungen vorzunehmen.

Für die Projektierungen im Fachbereich „Brückenbau und Straßentunnel" waren laufend Honorarangebote von Zivilingenieuren zu bearbeiten.

Der städtische Neubau umfaßte im Jahr 1997 nachfolgende Bauvorhaben:

Im März 1997 wurden die vor einem Jahr begonnenen Bauarbeiten für den Fußgehertunnel Muthgasse abgeschlossen. Dieser Tunnel, der die bestehende Bahnhofsunterführung von der U-Bahn-Station zum Bahnhofsvorplatz in Richtung Muthgasse unter den Verschubgleisen verlängert, dient einer verbesserten Fußgängerverbindung zwischen Bahnhof Heiligenstadt und dem Bereich Muthgasse. Die Anbindung an die Muthgasse erfolgt vorerst provisorisch in einem offenen Einschnitt und wird später in die Park & Rideanlage „Muthgasse" einbezogen.

Bei den im August 1995 begonnenen Arbeiten für die Errichtung der Donaustadtbrücke über die Neue Donau, die Donauinsel und die Donau konnten alle Termine in enger Abstimmung mit jenen zur Hebung der Praterbrücke eingehalten werden. Weiters erfolgte die Fertigstellung der beiden jeweils rund 250 m langen Rampentragwerke der Donaustadtbrücke für den Anschluß an die A23-Südosttangente im 2. und 22. Bezirk. Im Knoten Kaisermühlen und bei der Anschlußstelle Handelskai wurden die entsprechenden Dammstrecken zur Anbindung der Umleitung an die A23-Südosttangente hergestellt. Nach Komplettierung von Belag, Abdichtung und Brückenentwässerungssystem

konnte die gesamte rund 1.500 m lange Umleitungsstrecke über die Donaustadtbrücke Ende März 1997 in Betrieb genommen werden. Bis Mitte Dezember 1997 benützten an Werktagen rund 50.000 Kfz diese Umleitungsstrecke während der beiden Hebephasen der Praterbrücke.

Für die künftige Bustrasse Donaustadtbrücke wurde mit der Herstellung der Anschlüsse im 2. und 22. Bezirk begonnen. Im 2. Bezirk wurde bereits ein Teil des Verbindungstunnels zur Wehlistraße hergestellt. Auf der Seite 22. Bezirk wurden die erforderlichen Einbautenumlegungen sowie Vorarbeiten für den Kreuzungs- und Straßenumbau zwischen Industriestraße und Mühlwasserstraße durchgeführt.

Die Kanalverbindung Hubertusdamm für die Einleitung der Abwässer der Donaustadtbrücke in den Linken Donausammler wurde neu hergestellt. Damit wurde auch ein Kanalanschluß für die Wassersprunganlage und die Imbißstube in diesem Bereich ermöglicht.

Die Kosten für sämtliche Arbeiten im Rahmen der Errichtung der Donaustadtbrücke werden von der Donaukraft und von den Wiener Stadtwerken-Wiener Linien getragen.

Im Frühjahr 1996 wurde der Abteilung die Herstellung einer Einhausung der archäologischen Ausgrabungen am Judenplatz übertragen. Auf dieser Stahlbeton-Einhausung sollte in weiterer Folge das Holocaust-Mahnmal der englischen Künstlerin Rachel Whiteread errichtet werden. Durch die Einhausung sollte ein unterirdischer Schauraum entstehen, in dem in Zukunft die Or-Sarua-Synagoge, die im Jahre 1421 zerstört wurde und deren Reste durch die Stadtarchäologie ausgegraben wurden, als bedeutendes Relikt der jüdischen Geschichte Wiens besichtigt werden kann. Zufolge der auf Grund der neuerlich aufgeflammten Diskussion über das Mahnmal bereits Ende 1996 verfügten Baueinstellung war eine projektsgemäße Weiterführung der Bauarbeiten nicht möglich. Die zuvor errichteten Provisorien für die Gehsteigrelationen wurden so adaptiert, daß auch der Gastgartenbetrieb der angrenzenden Restaurants nunmehr auf einer auskragenden Plattform möglich ist. Da auch vor dem Winter 1997/98 keine Einigung über die Fortsetzung des Projektes erzielt werden konnte, waren umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der offenen Baugrube und der freiliegenden Kellerwände der angrenzenden Wohnhäuser erforderlich. Durch Betonverfüllungen und Pölzungen sowie das Aufbringen einer thermischen Isolierung an den Kellermauern konnte die Gefahr allfälliger Schädigungen durch Frosteinwirkungen verhindert werden.

Um eine Anbindung des zukünftigen Stadterweiterungsgebietes an die öffentlichen Verkehrsmittel bzw. an die Nahversorgungseinrichtungen der Per-Albin-Hansson-Siedlung- Ost zu ermöglichen wurde im November 1997 im Zuge der Alma-Rosé-Gasse in Wien 10 mit dem Bau einer kreuzungsfreien Querung der Donauländebahn für Fußgänger und Radfahrer begonnen. Diese Rad- und Fußwegunterführung mit einer Breite von 5,50 m, einer Länge von rund 11,00 m und einer Höhe von 3,00 m soll im September 1998 fertiggestellt sein. Außerhalb der Querung der Dammstrecke wird auf der Seite der Fontanastraße eine Rampe angeordnet, wobei zusätzlich eine Stiegenanlage die schnelle Zugänglichkeit zur oben liegenden Straße gewährleistet. Südseitig wird anstatt der bestehenden Bahnlände eine in beiden Richtungen parallel zur Donauländebahn verlaufende Rampe ausgeführt. Diese Rampenlösung wurde seitens der Abteilung trotz der beengten Platzverhältnisse ausgearbeitet, um überhaupt erst eine Baudurchführung dieses Objektes zu ermöglichen. Die ursprüngliche Lösung mit einer südseitigen Verlegung der Bahnlände und einer Einbindung des neuen Fuß- und Radweges mit einer entsprechenden Rampe und Stiegenanlage kann infolge von Schwierigkeiten beim Grundstückserwerb (Enteignungsverfahren) nicht realisiert werden. Weiters war neben der Donauländebahn auf der Südseite (Bahnlände) eine Gashochdruckleitung situiert, welche vor Baubeginn der Unterführung auf das Niveau der neu herzustellenden Rampe verlegt werden mußte. Diese Arbeiten wurden im August 1997 von den Wiener Stadtwerken-Wiengas begonnen und Anfang November 1997 beendet.

In der kurzen Bauzeit von September bis Dezember 1997 wurde eine Brücke für Fußgänger und Radfahrer in 23, östlich der Altmannsdorfer Straße, im Zuge der Tuschlgasse über die Liesing errichtet. Diese 17,00 m lange schlanke Stahlkonstruktion mit einem Bohlenbelag aus Lärchenholz fügt sich optisch gut in das umliegende Landschaftsgebiet entlang der Liesing ein und ermöglicht die Verbindung zwischen der Radroute Meidling und dem Liesingtalradweg.

Im Rahmen des Sonderprogrammes zur Effektbeleuchtung der Wiener Brücken werden durch individuell ausgelegte Beleuchtungsanlagen die sehenswerten architektonischen und technischen Einzelheiten hervorgehoben und zur Geltung gebracht. Im Berichtsjahr wurde die Effektbeleuchtung der Donaustadtbrücke über die Donau und der Erdbergerbrücke über den Donaukanal im Zuge der A23-Südosttangente realisiert.

Für die Stadionbrücke über den Donaukanal wurde mit Probebeleuchtungen ein neuartiges Konzept entwickelt, das 1998 verwirklicht werden soll.

Im Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel erfolgte als Serviceleistung für die Donaukraft in der Zeit von März bis November 1997 der Umbau im Zuge der Stauraumerrichtung für das Kraftwerk Freudenau die bestehende Grundwasserwanne der Unterführung Kuchelauer Hafenbrücke. Auf den geplanten Vollstau entsprechend abgestimmt, wurde auf dem Altbestand eine neue Grundwasserwanne aufgesetzt. Im Zuge dieser Baumaßnahmen wurde auch zwecks Entsorgung der Oberflächenwässer in das örtliche Kanalnetz eine Pumpenstube errichtet. Diese Arbeiten wurden im Auftrag und auf Kosten der Donaukraft durchgeführt.

Im Bundesbrückenneubau wurden 1997 nachfolgend angeführte Bauvorhaben weitergeführt bzw. beendet:

Für die von Dezember 1995 bis März 1997 erfolgte Generalinstandsetzung der Nordbrücke war auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens die Errichtung einer Umleitungsstrecke in Form des neuen Nordsteges erforderlich. Der

Nordsteg wurde von Mitte 1994 bis Ende 1995 errichtet und diente von 5. Jänner bis 6. Dezember 1996 für den Umleitungsverkehr der Baustelle Nordbrücke. Im Jahr 1997 wurden die Leistungen für die Umgestaltung als Fuß- und Radweg durchgeführt. Die Anbindungen an das Bundesstraßennetz wurden gelöst und die Wegeverbindungen auf der Seite des 20. und 21. Bezirkes komplettiert. Im Bereich Handelskai wurde die Stiegenanlage an den Nordsteg angeschlossen und die Donauinsel durch eine behindertengerechte Rampe angebunden. Die beiden Stahltragwerke wurden mit architektonischen Verkleidungselementen versehen und der gesamte Korrosionsschutz des Objektes nochmals überarbeitet.

Im Bereich der Gemeindebrückenerhaltung wurden die im Dezember 1995 begonnenen Arbeiten betreffend die Gesamtinstandsetzung des Döblinger Steges über den Donaukanal und die B227 - Donaukanalstraße weitergeführt und im Februar 1997 abgeschlossen. Die 1960 dem damaligen Stand der Technik entsprechend ohne Feuchtigkeitsabdichtung errichteten Stiegenaufgänge der Spetterbrücke waren auf Grund der langjährigen Tausalzangriffe in einem so schlechten Bauzustand, daß eine technisch ordnungsgemäße Instandsetzung mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand nicht mehr durchführbar war. Ein Abtrag und Neubau der beiden Stiegenanlagen waren daher erforderlich. Die im September 1996 begonnenen Bauarbeiten konnten im April 1997 beendet werden, wobei nunmehr aber eine Stahlbauweise gewählt wurde.

Im Zuge des Altmannsdorfer Astes der Südautobahn wurde in den Jahren 1978 - 1979 die rund 680,00 m lange Lärmschutzwand am Schöpfwerk in Form eines Dammes errichtet, dessen autobahnseitige Stützkonstruktion als Raumgitterwand auf Betonfertigteilen (Krainerwand) mit einer Neigung von 5:1 besteht. Zusammen mit dem gleichfalls als Raumgitterwand ausgeführten, jedoch nicht hinterfüllten rund 1,70 m hohen, lotrechten stehenden Aufsatzkörper betrug die Wandhöhe rund 6,00 bis 8,00 m über dem Autobahnniveau. Ein wesentlicher Mangel vor allem in schalltechnischer Hinsicht bestand dadurch, daß an mehreren Stellen des Aufsatzkörpers die Humushinterfüllung durch Regen ausgewaschen bzw. durch Wind ausgeblasen wurde. Im Zuge einer Sanierung dieses Bereiches wurde 1997 in fünf Monaten zwischen einem Ortbetonsockel und der Mauerkrone eine Spritzbetonwand mit einer Dicke von im Mittel 8,00 cm aufgebracht, die mit einer Mattenbewehrung konstruktiv gesichert ist.

Im Zuge der regelmäßigen Überprüfungen der Guldenbrücke über den Wienfluß in Wien 14 wurde festgestellt, daß die Dehnfugenkonstruktionen und die Abdichtung gegen Feuchtigkeit am Tragwerk nicht mehr dicht und somit nicht mehr intakt waren. Da dies jedoch für den sicheren und ordnungsgemäßen Bestand vor allem auch in bezug auf seine Lebensdauer unbedingt erforderlich ist, wurden im Rahmen einer größeren Instandsetzung in den Monaten Juli und August die bestehenden Dehnfugenkonstruktionen ausgebaut und durch neue wasserdichte Konstruktionen ersetzt. Weiters wurden der Gehwegaufbau, der Fahrbahnbelag und die gesamte Tragwerksabdichtung abgetragen und erneuert.

Im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten auf der Salztorbrücke wurde in der Zeit von Juli 1997 bis Jänner 1998 der schadhafte Fahrbahnübergang auf der Seite des 2. Bezirkes erneuert sowie an der Tragwerksunterseite zwischen den Hohlkästen begehbare Taubenschutzgitterroste und Schienen für eine Revisionsanlage montiert, um für zukünftige Brückenprüfungen und Instandsetzungen die hohen Gerüstungskosten einzusparen. Im Auftrag und auf Kosten der Heizbetriebe Wien wurden die Rohrisolierungen der beiden im Tragwerk verlegten Fernwärmeleitungsrohre erneuert.

Infolge des schlechten Erhaltungszustandes der Kahlenbergterrasse im 19. Bezirk am Kahlenberg-Aussichtspunkt über Wien wurde im August 1997 mit der Generalinstandsetzung dieser Terrasse begonnen. Dabei werden das Tragwerk instand gesetzt, die Terrasse im Aussichtsbereich vergrößert und ausgebaut, neue Bedienungsstiegen und neue Geländer errichtet sowie die Oberfläche und die Beleuchtung neu gestaltet. Im Mai 1998 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

Weiters wurden im Auftrag und auf Rechnung der MA 45 von der Gemeindebrückenerhaltung am Bisamberg Hangsicherungsarbeiten durchgeführt.

Außerdem wurden im Zuge der regelmäßigen Instandhaltungen von Brücken, Stegen, Stiegenanlagen und Stützmauern laufend eine große Anzahl von kleineren Baumaßnahmen durchgeführt.

In der Gruppe Bundesbrückenerhaltung wurden im Leistungsbereich des internen Projektbearbeiters für die Instandsetzung der Nordbrücke im Zuge der B 227 Donaukanalstraße seit Dezember 1996 die Instandsetzungs- und Umbauarbeiten der beiden Richtungsfahrbahnen durchgeführt. Im Jahre 1997 wurden die restlichen Stahlkonstruktionen für die Brückenmittelstreifen hergestellt, montiert und der Korrosionsschutz der Leitwandsysteme ergänzt. Die Instandsetzung der Nordbrücke wurde mit den Arbeiten an der Brückenunterseite fortgesetzt und im Juni 1997 abgeschlossen. Außerdem wurde das komplette Brückenentwässerungssystem erneuert und in öffentliche Kanäle eingebunden. Zusätzlich wurden die Pfeilerverkleidungen, Bedienungs- und Fluchtwege überarbeitet und einzelne Einbauten umgelegt. Im Bereich der Donauinsel erfolgte eine abschließende Ausgestaltung der Grünflächen im Brückennahbereich.

Im Nahbereich des Bauvorhabens Nordbrücke erfolgte ein Umbau des Verkehrsknotens B227/B14 (Nußdorfer Knoten). Im Rahmen der Umgestaltung des öffentlichen Wegenetzes erfolgte auch eine ergänzende Begrünung und Baumpflanzung im Knoten. Weiters wurden die Leiteinrichtungen, die Böschungen, das Kanalsystem und die Fahrbahnbereiche komplettiert.

Im Zuge der Generalinstandsetzung der Nordbrücke wurden auch die Nußdorfer Brücke, die Äugelbrücke und Jedleseer Brücke instand gesetzt, daß heißt bei der Nußdorfer Brücke wurden die Dilatationen ausgetauscht und die Einstiegsöffnungen in der Fahrbahn verschlossen, bei der Äugelbrücke und Jedleseer Brücke wurden die Mittelstreifen und Untersichten instand gesetzt. Diese Arbeiten wurden im Frühjahr 1997 abgeschlossen.

Die Projektsdurchführung betreffend die Hebung, den Umbau und die Instandsetzung der Praterbrücke wurde seitens des internen Projektbearbeiters, in enger Zusammenarbeit mit der Gruppe Sonderbauten, plangemäß weitergeführt und die Hauptarbeiten im Jahr 1997 erfolgreich abgeschlossen. Es wurden sowohl die aus Spannbeton gebauten Anschlußtragwerke der Praterbrücke als auch das Stahltragwerk über den Donaustrom in zwei Hebephasen soweit angehoben, daß nach dem Vollstau der Donau eine Durchfahrtshöhe von 8,00 m für die Schiffahrt gegeben war. In Zusammenhang mit diesem Bauablauf wurden bei den Spannbetontragwerken der Praterbrücke die Umbau- und Verstärkungsarbeiten soweit abgeschlossen, daß die für die Brückenhebung erforderliche Verkehrsführung mit vier Fahrstreifen auf einer Richtungsfahrbahn erfolgen konnte. Im Bereich über der Neuen Donau wurde der Mittelbereich zwischen den Tragwerken so umgebaut, daß künftige Verkehrsüberleitungen ohne besondere Baumaßnahmen sowie ohne verlorenen Aufwand möglich sind.

Für die Hebung der Spannbetontragwerke der Praterbrücke wurden die restlichen Pfeilerverstärkungen und Hilfsfundamente hergestellt. Nach Montage der Abstützungen und Konsolen wurde in zwei Abschnitten die Hebung der Betontragwerke in Abstimmung mit dem dazwischenliegenden Stahltragwerk durchgeführt. Bei der Hebung waren rund 5.000 t (Tragwerk Wehlistraße) bzw. 22.000 t (Flutbrückentragwerk Donauinsel) zu bewältigen. Im Zuge der Hebung erfolgten auch ein Umbau der Pfeilerköpfe sowie eine Erneuerung sämtlicher Brückenlager. Im jeweils in Hebung befindlichen Bereich wurde an der Tragwerksdraufsicht die Abdichtung partiell erneuert und eine komplett neue Verschleißschichte hergestellt. Die Dehnfugenkonstruktionen wurden erneuert bzw. instand gesetzt. Der Mittelstreifen wurde auf über 1 km Länge mit einem neuen Leitschienensystem versehen. Die Belagsarbeiten erstreckten sich auf eine Gesamtfläche von 35.000 m² im gesamten Objektsbereich.

Für die Hebung des Stahltragwerkes über den Donaustrom wurden Anfang 1997 die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten, wie die Herstellung der Hebegerüste, der Einbau der Pressen und Spannlitzen, soweit durchgeführt, daß am 7. April 1997 mit der Hebung des oberstromigen Tragwerkes begonnen werden konnte. Um einen für den Einbau der notwendigen Tragwerksverstärkungen günstigen Spannungszustand zu erreichen, wurde die Hebung in mehreren Hebephasen durchgeführt. Daher war auch die anfängliche „Überhebung" um 4,50 m auf der Seite Donauinsel notwendig. Die Hublast, die beim Trennpfeiler auf der Donauinsel rund 500 t, beim Strompfeiler 3.000 t, beim Pfeiler Handelskai 2.600 t und beim Trennpfeiler Handelskai 300 t pro Tragwerk betrug, wurde über Spannlitzen, die durch die ringförmigen hydraulischen Pressen geführt wurden, auf die Hebegerüste übertragen. Durch dieses Aufziehen des Tragwerkes war es möglich, die Brücke auch nach der Überhebung wieder herunterzulassen und dadurch immer die für die Tragwerksverstärkungen und den Einbau der neuen Lager die günstigste Höhe zu erreichen, bis die halbseitige Stahlbrücke endgültig auf der neuen Höhenlage abgesetzt werden konnte. Nach dem Abschluß der Hebearbeiten wurden die beiden Tragwerke in den Monaten November/Dezember wieder geschlossen.

Im Bereich der Anschlußstelle Handelskai wurde der gesamte Lärmschutz überarbeitet bzw. neu hergestellt. Die Dimensionierung erfolgte dabei auf Grund einer verkehrstechnischen Untersuchung bereits für die für das Jahr 2005 prognostizierten Verkehrswerte, d.h. die gesamte Lärmschutzwandfläche mußte um rund 50 Prozent erhöht werden.

Das Wegenetz der Praterbrücke wurde ab März 1997 im Zuge der Hebung stillgelegt. Bereits im Zuge der Hebung oberstromig wurde ein Stahlhängesteg am Stromtragwerk montiert, der seit 28. Juni 1997 wieder ein Überqueren der Donau für Fußgänger und Radfahrer ermöglicht. Am unterstromigen Tragwerk wurde ebenfalls ein Hängesteg montiert. Die Inbetriebnahme erfolgt 1998. Für das restliche Wegenetz wurden Fundierung und Unterbau hergestellt, und zwar für zwei Stege im Bereich Wehlistraße, für eine Wendelrampe und eine Stiegenanlage am rechten Donauufer sowie für eine Wendelrampe und einen Rampenturm am linken Donauufer. Die Werksfertigungen der dafür erforderlichen Stahlkonstruktionen wurde begonnen.

Als Vorleistung für die Instandsetzung und den Umbau der Prater Hochstraße im Bestand wurde die Kanalverbindung im Abschnitt Wehlistraße bis Widerlager Donaustadtbrücke fertiggestellt. Von diesem Bereich wurde entlang der Kleingartenanlage Grünland in Richtung Prater mit der Herstellung einer Kanalverbindung begonnen. In diesem Zusammenhang waren auch umfangreiche Einbautenumlegungen und Straßenbauarbeiten erforderlich. Im Praterbereich wurde mit der Geländefreimachung und den Baumfällungen für die Bauarbeiten begonnen. Auf der Prater Hochstraße selbst wurde bereits die 1. Bauphase mit dem Umbau des Mittelstreifens und der Herstellung einer provisorischen Beleuchtungsanlage begonnen. Die Verkehrsmaßnahmen wurden in Abstimmung mit der Verkehrsrücklegung Donaustadtbrücke/Praterbrücke koordiniert.

Im Rahmen der Bundesbrückenerhaltung erfolgte bei verschiedenen Brückenobjekten auf Autobahnen und Bundesstraßen B eine örtliche Überarbeitung bzw. Teilerneuerung des Belages bzw. eine Erneuerung der Fugenvergüsse wie z.B. bei der Hochstraße B14, der Heiligenstädter Hangbrücke, den Nikolai-Brückenobjekten, bei mehreren Brücken im Bereich Auhof und der Kagraner Brücke. Ebenso mußten vor allem bei diversen Autobahnbrücken im Bereich des Knoten St. Marx Sofortmaßnahmen für die Instandsetzung der Dehnfugenkonstruktionen durchgeführt werden.

Im Bereich der B14 Klosterneuburger Straße wurde die Instandsetzung von diversen Stützmauern, Kragplatten und Randbalken sowie eine Überarbeitung des Entwässerungssystemes im stadtauswärtigen Ende des Knotens Nußdorf veranlaßt. Für die Hochstraße der B14 wurde im Zusammenhang mit der Ufergestaltung zufolge dem Kraftwerk Freudenau ein Kanal- und Entwässerungssystem für rund 15.000 m² Brückentragwerke fertiggestellt.

Die Gütenbachbrücke im Zuge der B13-Laaber Straße wurden komplett instand gesetzt. Im Fahrbahn- und Gehwegbereich wurden Abdichtung und Belag erneuert und die Brückenentwässerung an das Straßenkanalsystem angeschlossen. Die gesamten Einbauten im Objektsbereich wurden umgelegt bzw. erneuert.

Die Hangsicherung Leopoldsberglehne im Zuge der B14-Klosterneuburger Straße wurde in Teilbereichen kompletiert. Zwischen den Stützmauern gegenüber dem Kuchelauer Hafen wurde eine komplett neue Rückhaltewand zur Sicherung gegen abbrechendes Gesteinsmaterial errichtet, die beiden Stützmauern wurden mit Aufsätzen versehen. Die gesamten Anlagen wurden in Stahl und Holz unter Berücksichtigung der Anpassung an die Landschaft hergestellt.

Beim Laaerbergtunnel im Zuge der A23-Südosttangente wurde im Oktober mit den Instandsetzungsarbeiten begonnen. Die Mitteltrennwand der beiden Richtungsfahrbahnen wurde betonmäßig überarbeitet und mit neuen Vorsatzschalen sowie neuen Bedienungsstreifen versehen. Vorarbeiten für die Überarbeitung der Tunnelausrüstung wurden durchgeführt. Die Seitenwände des Laaerbergtunnels sind seinerzeit in Schlitzwandbauweise ausgeführt worden. Hinter den Schlitzwänden befindet sich eine Schotterlinse, die sich im Laufe des Jahres mit Wasser füllt. Durch die Temperaturschwankungen öffnen sich die Schlitzwandfugen und das aufgestaute Wasser dringt in den Tunnel ein und kann zu Eisbildungen führen. Durch Kiespfahlgruben seitlich des Tunnels und Hammerschlagbohrungen mit Kiesbelagsfiltern innerhalb des Tunnels wird nunmehr dieses Sickerwasser abgeleitet. Durch den Abtrag der Vorsatzwand im Tunnel wird ein Abstellstreifen gewonnen. Im Rampenauffahrts- und Rampenabfahrtsbereich werden vier Notrufsäulen errichtet.

Die Brücke im Zuge der Betriebsumkehrschleife über die A1-Westautobahn im Auhof wurde umgebaut und instand gesetzt. Im Zuge der Tragwerksverstärkung erfolgte auch eine Verschmälerung der Fahrbahn sowie die Erneuerung von Abdichtung und Belag.

Bei der Reichsbrücke im Zuge der B8-Angerner Straße erfolgte eine Teilüberarbeitung der Brückenentwässerungssysteme und Dehnfugen, eine örtliche provisorische Instandsetzung der Randstreifenfertigteile sowie eine umfangreiche partielle Belagserneuerung.

Bei der Spetterbrücke im Zuge der B223-Flötzersteig Straße wurde im Zusammenhang mit der Nachnutzung der Überbauung bei der Endstelle U3 ein Umbau der Brückenrandbereiche im Anschluß an die Anlage der ARWAG durchgeführt. Weiters erfolgte eine Bauberatung für die im Nahbereich zur Erschließung der U-Bahn-Überbauung errichteten drei zusätzlichen Brückenobjekte.

Bei der Floridsdorfer Brücke im Zuge der B226-Floridsdorfer Straße wurde großflächig der Belag überarbeitet bzw. erneuert, die Dehnfugenbereiche beim Knoten mit der A22-Donauuferautobahn wurden ebenso instand gesetzt wie die gesamten Leitschienensysteme im Brückenrandbereich.

Auf der Philadelphiabrücke im Zuge der B12-Brunner Straße wurde der Kreuzungsbereich der Richtungsfahrbahn Zentrum zur Eichenstraße instand gesetzt und neu abgedichtet sowie der bituminöse Belag durch eine verdübelte Stahlbetonfahrbahn ersetzt.

Die Arbeiten für die laufende Brückenwartung und Reinigung wurden ebenso durchgeführt wie die Schadensbehebungen nach Verkehrsunfällen. Insbesondere im Zuge der A23-Südosttangente gab es zufolge vermehrter LKW-Unfälle erhöhten Instandsetzungsbedarf. Im Zuge der laufenden Instandhaltung und Instandsetzung der Objekte wurden die entsprechenden Baumeisterarbeiten, Stahlbauarbeiten, Korrosionsschutzarbeiten sowie Belags- und Abdichtungsarbeiten sowohl im Rahmen von Kontrahentenverträgen als auch durch die Bediensteten der Brückenmeisterei durchgeführt.

Der Fachbereich Grundbau bearbeitet mit seinen vier Gruppen das zweite große Aufgabengebiet der Abteilung.

Die Gruppe Geologie und Baugrundkataster betreute neben den von den anderen Gruppen des Fachbereiches Grundbau behandelten Bauvorhaben und den Aufschlußbohrungen im Wiener Raum auch die Altlastenerkundungen der MA 45 (Shellgründe 21, Pilzgasse, 11, Gaswerk Simmering )

Die MA 21 wurde hinsichtlich der Errichtung von Naturdenkmälern (Geotopen) geologisch beraten.

Die MA 45 wurde wie in den letzten Jahren hinsichtlich des Verdachtsflächenkatasters für Altlasten bzw. bei den Grundlagenerhebungen sowie beim Projekt „Tiefenwässer" intensiv beraten und unterstützt. Weiters wurde die MA 45 im Zuge von zahlreichen Wasserrechtsverhandlungen bei der MA 58 bezüglich der Errichtung privater Wärmepumpenanlagen und Tiefbohrungen zur Wassergewinnung (z.B. Tiefbrunnen AKH) beraten.

Die MA 31 wurde insbesondere bei aktuellen Problemen der Hangsicherungen insbesondere im Verlaufe der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (z.B, Haberöd), der Karstforschung im Zusammenhang mit der Wassergewinnung (Kräuterbrunnquelle), sowie bei den Vortriebsarbeiten des Umgehungsstollens Scheibbs (St. Georgen a.d. Leys) geologisch betreut.

Die MD-BD-U wurde bei den Bauarbeiten insbesondere bei der Neubaustrecke U3-Ost geologisch-geotechnisch unterstützt sowie bei den Planungsarbeiten für die Verlängerung der U1 nach Norden und Süden sowie der künftigen U2 in geologischer Hinsicht betreut.

Die Betreuung des gemeinsam mit der Geologischen Bundesanstalt in Wien und der Abteilung für Karstforschung und Höhlenkunde des Naturhistorischen Museums entwickelten Karstforschungsprojekte wurden weitergeführt.

Gemeinsam mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik wurde das seismische Strong-Motion Meßnetz zur Messung und Analyse der seismischen Erschütterungen im Wiener Stadtgebiet weiter betrieben.

In enger Zusammenarbeit mit der Geologischen Bundesanstalt in Wien wurde im Rahmen der Bund-Bundesländerkooperation (MD-KOB) ein gemeinsames Projekt bezüglich der Untersuchung von Tongesteinen im Wiener Stadtgebiet eingeleitet.

Die Sammlung der Daten über den Baugrund von Wien (Baugrundkataster) wurde systematisch weitergeführt. So konnten dem Bestand 240 neue Einlagen mit 580 neuen Bohrprofilen zugeführt werden.

Im Jahre 1997 erfolgten 395 Einsichtnahmen vor allem durch Zivilingenieurbüros und andere Privatpersonen. Davon entfielen 124 auf Erhebungen für magistratseigene Bauvorhaben.

Im Zuge der Erhebungsarbeiten für magistratseigene Bauvorhaben wurden Akten-Erhebungen für etwa 80 neue Bauakte durchgeführt.

Die Boden-Wasser-Datei wurde unter Mitwirkung der MA 14-ADV in das ARC-INFO Datenbanksystem eingebracht. Von der Abteilung wurden im Zuge dieser Arbeiten etwa 600 neue Bohrprofile in die Baugrundkataster-Datenbank eingearbeitet. Mit Hilfe des Programmpaketes ARC VIEW wurden 250 bauprojektbezogene Karten erstellt.

Von der Gruppe Baugrunduntersuchungen wurden für eine Vielzahl von Bauvorhaben in direkter Rückkopplung mit der Planung die erforderlichen Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Dabei sind insbesondere nachstehend angeführte Bauvorhaben hervorzuheben:

Die Baugrunduntersuchungen für die geplante U-Bahn-Linie U1-Nord und für die U-Bahnlinie U2/3-5 wurden begonnen. Zur Erfassung von Altlasten wurden Bohrungen abgeteuft und Pegel hergestellt (Gaswerk Simmering, Shell-Pilzgasse, Nordbahnhof usw.). Im Bereich der Mülldeponie Rautenweg wurden Inklinometermeßrohre eingebaut, um Bewegungen des Deponiekörpers festzustellen.

Desgleichen sind für Wohn- und Schulbauvorhaben im Auftrag der zuständigen Dienststellen sowie für die MA 28, MA 30, MA 31, MA 44, MA 45 und WStW-WIENSTROM die erforderlichen Probebohrungen durchgeführt worden.

Die Gruppe Bauberatung - Tiefbau und U-Bahnbau führte, wie auch in den letzten Jahren, für viele städtische Bauprojekte - im Zuge von Projektierung und Ausschreibung - die grundbautechnische Beratung und Begutachtung, sowie - im Zuge der Ausführung - die fachliche Betreuung auf der Baustelle durch.

Im Rahmen des U-Bahn-Baues lag das Schwergewicht der Tätigkeit auf der grundbautechnischen Betreuung der laufenden Baulose U3/19 bis U3/22 der Verlängerung der U3 nach Simmering. Dabei lagen die Schwerpunkte vor allem bei den Herstellungen der Tunnel in offener Bauweise der Baulose U3/19, U3/21 und U3/22, der großen Grundwasserhaltung der Baulose U3/20 und 21 sowie der NÖT-Tunnelvortriebe des Bauloses U3/20.

Für die Variantenuntersuchungen bzw. die Studien der Verlängerungen U1-Süd, U6-Nord, U1-Nord und U2 nach Stadlau erfolgte die geotechnische Mitarbeit im Rahmen der Stadtplanung.

Weiters erfolgten im gesamten U-Bahn-Bereich die Tätigkeit als Amtssachverständige des Sachgebietes Grundbau mit der Erstellung fachlicher Auflagen in den eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren und deren Überwachung.

Als Amtssachverständige für den Bund erfolgte im Rahmen der eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahren der Verbindungsstrecke zwischen West- und Südbahn „Lainzer Tunnel“ (HL-AG), im speziellen für die Baulose in Meidling sowie sämtliche Baulose im Westabschnitt, die geotechnische Begutachtung.

Im Zuge der „A22 - Donau City“ wurde die MD-BD, Dezernat 1, im Rahmen ihrer technischen Oberaufsicht für die gesamte Infrastruktur wie auch die MA 29-Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel im Rahmen ihrer technischen Oberaufsicht für die Überplattung der A 22 bzw. als Bauaufsicht im Bereich Marshallhof vor allem in bezug auf die Setzungsbeeinflußung infolge der großen Bebauungen und Überbauungen fachtechnisch unterstützt.

Als weitere Schwerpunkte der geotechnischen Mitarbeit bei Brücken- und Straßenbauvorhaben sind für den Berichtszeitraum 1997 beispielsweise die „Donaustadtbrücke“, die „Sanierung Laaerbergtunnel“, die „Unterführung Richard-Neutra-Gasse“, die „Verbreiterung Hadikgasse (Einwanggasse)“ oder die „B3-Donaustadtstraße (zwischen Donaufelder Straße und Leopoldauer Straße)“ zu nennen.

Ferner wurden beispielsweise die Wiener Stadtwerke - WIENSTROM im Zuge der Erweiterungsbauten für die Kraftwerke Donaustadt und Leopoldau oder der Ölleitung von der OMV zum Kraftwerk Simmering, die Wiener Stadtwerke - WIENGAS bei der Gasregelstation Leopoldau, die MA 30 und MA 31 bei tiefliegenden Leitungsbauten, Rohrvorpressungen, Microtunnelling, bergmännischen Vortrieben oder spartenspezifischen Hoch- und Tiefbauten (so z.B. „Grundwasserwerk Donauinsel“, „Grundwasserwerk-Nußdorf“, „Alte Donau Ufer Sammelkanal“, „Linker Sammelkanal - Entlastungskanal Willergasse“, „Rechter Hauptsammelkanal - Entlastungskanal, Bauabschnitt 3“, „Rechter Wienflußhauptsammelkanal“, „Liesingtalsammelkanal - Entlaster“, „Kanal Hietzinger Hauptstraße“, „Kanal Siedlung Kordon“, „II. Wiener Hochquellenwasserleitung - Sanierung Oberndorf und Haberöd“, „Umgehungsstollen Scheibbs“ usw.) während aller Projektierungsphasen grundbautechnisch beraten und bei der Bauausführung fachlich unterstützt.

Im Hinblick auf die Sicherung von Einbauten, Verkehrsflächen und Bebauung wurden - mit Schwerpunkt der sensiblen Bereiche - auch die großen und langen Rohrvorpressungen der Fernwärmehaupttransportleitung Südwest sowie die Planung der Gürtelleitung einer fachtechnischen Bewertung unterzogen.

Die Wiener Stadtwerke - WIENER LINIEN wurden neben dem U-Bahn Neubau vor allem im Zusammenhang mit Fremdbauten im Einflußbereich bestehender U-Bahn- und Straßenbahnanlagen (z.B. Wohnhochhäuser Kratochwjlestraße, Überbauung U3 Erdbergstraße, Bebauung Collin Straße/Hütteldorfer Straße, Fernwärmeleitung Gürtel, Stadtbahnbögen Union SV Döbling, Museumsquartier Messepalast usw.) im Rahmen laufender Instandhaltungsarbeiten bspw. von Stützmauern oder bei Umbauarbeiten beispielsweise U1-Station usw., grundbautechnisch beraten und betreut.

Erwähnenswert sind auch die grundbautechnische Beratung, Begutachtung oder Betreuung vieler, teilweise auch an städtebaulich exponierten Stellen liegender „Hochhausgründungen" oder „Tiefer Baugruben" (z.B. „Milleniumstower", „Wienerberger Hochhäuser", Tiefgaragen Bauernfeldplatz, Albertplatz, Matteottihof, Herbststraße, Hundsturm usw., oder Bebauungen Kendlerstraße, Paltaufgasse, Brunhildenstraße usw.), für die MA 28, MA 35 oder MA 37 zur Sicherung des öffentlichen Gutes oder als Sachverständiger der Baubehörde.

Hinsichtlich der geotechnischen Beratung und Betreuung bei der Absicherung von Altlasten oder im Zusammenhang mit Deponien ist zu vermerken, daß neben der laufenden Betreuung der Deponie „Langes Feld" der Schwerpunkt der Mitarbeit bspw. bei den Begutachtungen der Sanierungsgebiete „Shell - 21, Pilzgasse", "Altlast Lobau Ölhafen", „23, Rudolf-Zeller-Gasse" lag. Für alle Altlastenbeurteilungen und Sanierungen erfolgte laufend auch die grundbautechnische Amtssachverständigentätigkeit im Wasserrechtsverfahren.

Die auf Wunsch der MA 45 verstärkt durchgeführte grundbautechnische Betreuung des gesamten Rückstaubereiches des Kraftwerks Freudenau, im speziellen der Dichtmaßnahmen entlang des rechten Donaudammes, konnte abgeschlossen werden. Ebenso abgeschlossen wurde die Betreuung des Dotationsstollens zwischen Wasserpark und Neuer Donau. Erwähnenswert ist auch die grundbautechnische Betreuung der Renaturierung der Wienflußretentionsbecken.

Durch das Referat Umwelttechnik und Schwingungsmessungen wurde die gemeinsam mit der MA 30 zum Zwecke der grundbautechnischen Überwachung von Rammarbeiten bei ungünstigen Anlageverhältnissen und kritischen Bauphasen aufgebaute Meßkette von Schwingungsmeßgeräten auch im Zuge des U-Bahn-Baues, und zwar zur Feststellung der Einwirkungen der Tunnelvortriebsarbeiten auf die Wohnbebauung (z.B. U3/20 Zippererstraße), erfolgreich eingesetzt.

Im Rahmen des Referates Geotechnische Verfahrens- und Datenanalyse lag neben diversen Datenauswertungen der Tätigkeitsschwerpunkt auf der - auf Ersuchen der Wiener Stadtwerke - WIENER LINIEN - laufenden meßtechnischen Überwachung (Durchflußmengenmessungen der Grundwasser-Düker) und Bewertung der Funktionalität des Grundwasserausgleichs der den Grundwasserstrom sonst sperrenden U-Bahn im 20. Bezirk.

Das Referat geotechnische Meßtechnik und EDV führte Horizontalverschiebungsmessungen (einschließlich Auswertung und Stellungnahme) durch, und zwar laufend für die MA 31 im Trassenbereich der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (Gebiet St. Christophen - Scheibbs) wie auch im U-Bahn-Bau (Bauabschnitte U3/19 und U3/22). Für das Projekt „Sanierung der Kai- und Vorkaimauern Donaukanal" wurde in Zusammenarbeit mit der Wasserstraßendirektion und der MA 45 ein mehrjähriges Meßprogramm betreffend Neigungsverhalten der Kaimauern begonnen.

Des weiteren erfolgte im Rahmen dieses Referates die EDV-mäßige Leitung und Betreuung des zukunftsorientierten Projektes „EDV/GIS - gestützter Baugrundkataster".

Die Gruppe Bauberatung Hochbau führte bei zahlreichen städtischen Hochbauprojekten die grundbautechnische Beratung sowohl bei der Projektserstellung als auch bei der Bauausführung durch.

So wurde beispielsweise im Rahmen des Schulbauprogrammes für die Schulbauvorhaben 11, Wilhelm-Kreß-Platz; 20, Engerthstraße 76 - 80, oder 23, Carlbergergasse Baugrund- und Gründungsgutachten erstellt. Wegen der schlechten Baugrundverhältnisse mußte bei der Schule in 23, Steinergasse 25, eine Kiespolster- und Plattengründung und bei den Schulen 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, und Marshallhof/Am Kaisermühlendamm Pfahlgründungen vorgesehen werden. Grundbautechnisch heikel war auch die Aufstockung der Schule 20, Dietmayergasse/Spielmanngasse, wo ebenfalls Pfähle ausgeführt wurden.

Die Mitarbeit am Wohnbauprogramm der Stadt Wien wurde in gewohnter Weise fortgesetzt und unter anderem für folgende Wohnbauvorhaben Gutachten verfaßt: 20, Allerheiligengasse 5, 22, Komzakgasse, 22, Müllnermaisgasse, oder 23, Perfektastraße (Bauteile B und E). Von den in Ausführung befindlichen Projekten kann beispielsweise das Wohnhaus in 21, Ruthnergasse, genannt werden, wo eine Pfahlgründung und eine Pfahlwand zur Sicherung des Nachbargebäudes hergestellt wurden. Bei der Wohnhausanlage Steinergasse gelangten wegen der schlechten Baugrundverhältnisse in großem Umfang Kiespolstergründungen zur Ausführung und bei der Wohnhausanlage 21, Pandangasse, mußte zur Herstellung der Plattenfundierung eine Grundwasserabsenkung vorgenommen werden.

Bei der Fundierung von Schwimmbecken stellen sich häufig besonders heikle Probleme, da es sich hier um äußerst setzungsempfindliche Bauwerke handelt. Die Gruppe Bauberatung Hochbau war im Jahre 1997 mit zwei derartigen Projekten konfrontiert, und zwar mit dem Neubau des Kinderbeckens im Kongreßbad und mit dem Neubau des

Freibeckens im Theresienbad. Im ersten Fall mußte wegen der sehr ungünstigen Baugrundverhältnisse eine Pfahlgründung empfohlen werden, im zweiten konnte mit tiefreichenden Streifenfundamenten das Auslangen gefunden werden.

Ferner wurde die Gruppe Bauberatung Hochbau auch wieder von der Baubehörde zu Beratungs- und Gutachtertätigkeit bei Baubewilligungsverfahren für nicht städtische Bauvorhaben herangezogen. Zunehmende Bedeutung erlangt dabei die Frage der Versickerung von Dachabwässern.

Von der Gruppe Bauwerksprüfung wurden im Berichtsjahre 160 Hauptprüfungen, 693 Kontrollen und 1.646 Befahrungen durchgeführt. Unter anderem konnten die Hauptprüfungen bei folgenden Objekten abgeschlossen werden: Erdberger Brücke, Roßauer Brücke und Friedensbrücke über den Donaukanal; Brücken im Knoten Donaupark; die Klosterneuburger Hochstraße und der Lärmschutztunnel Kaisermühlen; aber auch 16 Brücken in den Quellschutzgebieten der Stadt Wien.

Die Kontrolle der Überkopfwegweiser erfaßte 246 Objekte, davon wurden 21 einer Hauptprüfung unterzogen.

1997 wurden außerdem 311 Stützmauern und Stiegenanlagen mit 41.121 lfm und 116 Schallschutzwände mit insgesamt 32.683 lfm kontrolliert und überwacht.

Es wurden 520 Schwertransporte in brückenbautechnischer Hinsicht bearbeitet. 34 Transporte mußten auf Grund des hohen Fahrzeuggewichts über die Brückenobjekte geleitet werden.

Für die sicherheitstechnische Prüfung der Wienflußmauern vom Donaukanal bis zum Retentionsbecken wurden die Vorarbeiten durchgeführt. Für das Neigungsbeobachtungsprogramm wurden die Meßeinrichtungen montiert und eine Nullmessung vorgenommen.

Tätigkeit der Abteilung in den Ausschüssen: Im Rahmen der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (FVS) wurden unter ständiger Mitwirkung von Mitarbeitern der Abteilung in der Arbeitsgruppe „Brückenbau" wichtige Detailprobleme betreffend die laufenden Brückenprüfungen, die Brückenerhaltung und den Neubau von Brücken (Randbalken, Übergangskonstruktionen, Leiteinrichtungen, Brückenabdichtungen usw.) sowie in der Arbeitsgruppe „Tunnelbau" die Erfordernisse für die Projektierungen, den Bau, den Betrieb und die Erhaltung, die Sicherheitseinrichtungen und die Dokumentation diskutiert und an der Ausarbeitung dementsprechender Richtlinien und Leistungsbeschreibungen, die vor allem im Bundes- und ASFINAG-Bereich und in weiterer Folge auch im Gemeindebereich zur Anwendung kommen sollen, weitergearbeitet.

In der Arbeitsgruppe „Brückenbau" waren zahlreiche Mitarbeiter der Abteilung, aufgeteilt auf die Arbeitsausschüsse „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten (Neubau bzw. Erhaltung)", „Entwurf und Planungsunterlagen", „Brückenabdichtung", „Korrosionsschutz", „Brückenausrüstung" und „Brückenprüfung und Brückenerhaltung", tätig.

Im Ausschuß „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten" erfolgten die Überarbeitung der restlichen Ausrüstungspositionen und Sonderpositionen sowie die Überarbeitung der technischen Bedingungen und Leistungspositionen unter Zugrundelegung der Erfahrungen aus der Anwendung der veröffentlichten Teilbereiche gemeinsam mit dem Brückenneubau, da ab sofort eine gemeinsame Führung des Ausschusses Neubau und Erhaltung erfolgt. Das Notifizierungsverfahren für die Leistungsbeschreibung für Brückenbauten (LBB) konnte ohne Einwand abgeschlossen werden. Damit konnte mit der Umsetzung der LBB in eine Computerfassung begonnen werden.

Im Unterausschuß „Rückhaltesysteme auf Brücken" mit den Untergruppen „Randleisten", „Stahlleitwände" und „Betonleitwände" des Arbeitsausschusses „Brückenausrüstung" wurde die Überarbeitung der bisherigen Richtlinie für die allgemeine Randbalkenausbildung weitergeführt.

Im Unterausschuß „Übergangskonstruktionen" des Arbeitsausschusses „Brückenausrüstung" wurde in Ergänzung zur im Druck befindlichen RVS 15.45, Grundlagen für die Durchführung eines Überrollversuches, erarbeitet.

Im Unterausschuß „Sonderfahrzeuge" des Arbeitsausschusses „Entwurf und Planungsgrundlagen" wurde der Entwurf zur RVS 15.114 überarbeitet sowie im Unterausschuß „Schlepp-Platten" wurde der Entwurf der RVS 15.61 ausgearbeitet.

Weiters wird in den drei Unterausschüssen „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung", „Sondertransporte, Belastungsannahmen für Brücken und Brückendaten" des Arbeitsausschusses „Brückenprüfung und Brückenerhaltung" an neuen Richtlinien weitergearbeitet.

Im Unterausschuß „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung" wurde die Adaptierung und Neuordnung der österreichweiten Brückendatenbank festgelegt. Die Neuprogrammierung der Datenbank wurde begleitend kontrolliert, verbessert, und es wurden Probeläufe durchgeführt.

Im Rahmen der entsprechenden Arbeitsgruppe im Betonverein wurden die Gutachten und die Prüfanforderungen betreffend die zusätzlich beantragten Reparaturmörtel, Spachtelmassen, Oberflächenversiegelungen und Spritzmörtel für die Betoninstandsetzung an Untersicht bzw. unter Abdichtungen aufbereitet und beurteilt sowie die entsprechenden Zulassungen der Produkte erteilt.

In der Arbeitsgruppe „Tunnelbau" sind zwei Mitarbeiter des Fachbereiches Grundbau und ein Mitarbeiter des Fachbereiches Brückenbau und Straßentunnel aufgeteilt auf die Arbeitsausschüsse „Tunnelbau im Stadtbereich" und „Projektierung und Bau" tätig. Im Arbeitsausschuß „Tunnelbau im Stadtbereich" sind vier Unterausschüsse tätig („Bautechnische und geotechnische Vorarbeiten", „Leistungsbeschreibung", „Statisch-konstruktive Richtlinien zur

geschlossenen Bauweise“ und „Statisch-konstruktive Richtlinien zur offenen Bauweise“). Drei Richtlinien sind bereits abgeschlossen, die Richtlinie „Leistungsbeschreibung“ wurde auch 1997 in der Bearbeitung fortgesetzt. Alle oben angeführten Unterausschüsse erarbeiten die Grundlagen für die zur Planung und Ausschreibung von Tunnelbauwerken im Stadtbereich nötigen Unterlagen, die dann von der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (FVS) veröffentlicht werden.

Ebenfalls im Rahmen der FVS ist in der Arbeitsgruppe „Untergrund“ ein Mitarbeiter des Fachbereiches Grundbau im Arbeitsausschuß „Geotextilien“ tätig. In diesem Arbeitsausschuß wurde an einer Richtlinie für Geotextilien im Erd- und Grundbau weitergearbeitet.

Neben diesen Gremien im Rahmen der FVS wurden auch unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten in verschiedenen Arbeitskreisen auf höherer Ebene Themen des Brücken- und Tunnelbaues, der Brückenkontrolle und -erhaltung unter Beiziehung von Mitarbeitern der Abteilung diskutiert und generelle Richtlinien erarbeitet.

Schließlich waren im Jahre 1997 in folgenden Fachausschüssen bzw. in deren Fachnormenunterausschüssen und Arbeitsgruppen des Österreichischen Normungsinstitutes Vertreter der Abteilung tätig:

FNA 10 - Beton-, Stahlbeton- und Massivbau, FNUA 010c - Betonbrücken, FNUA 010e - Betonbewehrung, FNA 014 - Brückenbau-Allgemeines, FNA 023 - Grundbau, FNUA 023b - Labor- und Feldversuche, FNUA 023c - Grundbau-Berechnungsverfahren, FNUA 023d - Besondere Gründungsverfahren, FNA 050 - Anstrichmittel, FNA 169 - Bauleistungen, AG 169.02 - Untertagebauarbeiten, AG 169.05 - Erdarbeiten, FNA 174 - Korrosionsschutzarbeiten. Im Fachnormenausschuß 023c wurde der für den Grundbau besonders wichtige Eurocode 7/Teil 1 „Generelle Berechnungsregeln“ weiterbearbeitet.

Weiters war ein Vertreter der MA 29 - Fachbereich Grundbau, als gewählter österreichischer Delegierter bei der 1997 nach dem Einspruchsverfahren fertigzustellenden Europäischen Norm EN 12716 über jet-Grouting (Hochdruckbodenvermörtelung) des CEN/TC 288 - Arbeitsgruppe 7 tätig. Zusätzlich wurden die Normungsarbeiten an der Europäischen Vornorm für Bodenvernagelung in der Arbeitsgruppe 9 des CEN/TC 288 begonnen. Auch hier nahm der Mitarbeiter der MA 29 - Fachbereich Grundbau als gewählter österreichischer Delegierter teil.

## Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Die Tätigkeiten der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien - MA 39 erstreckten sich im Jahre 1997 auf die Bereiche:

- Abschluß des Akkreditierungsverfahrens durch das Bundesminsterium für wirtschaftliche Angelegenheiten mit einem Akkreditierungsumfang von 232 Normen bzw. Prüfvorschriften als Prüfstelle und 98 Normen bzw. Prüfvorschriften als Überwachungsstelle
- Prüftätigkeit als akkreditierte Prüfstelle gemäß ÖNORM EN 45001
- Überwachungstätigkeit als akkreditierte Überwachungsstelle gemäß ÖNORM EN 45004
- Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaues der Stadt Wien
- auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen für die österreichische Bauindustrie
- nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien, wie insbesondere der neu entstandenen Mitarbeit in den Sachverständigenausschüssen des Österreichischen Instituts für Bautechnik

### 1. Abschluß des Akkreditierungsverfahrens

- Die Abteilung erhielt im Jänner 1997 den Akkreditierungsbescheid als Prüf- und Überwachungsstelle, der die Abteilung nun endlich auch formal für die Tätigkeit gemäß dem Akkreditierungsgesetz auszeichnet.
- Die akkreditierende Behörde war das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, und es wurde damit der aus dem Jahr 1994 datierte Antrag der Abteilung erledigt. Zu diesem Zeitpunkt war abzusehen, daß die staatliche Autorisation (nach Lex Exner), die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten erteilt war, infolge des Auslaufes dieses Gesetzes erlöschen würde. Im Jahr 1994 war das gesamte Bundesminsterium für wirtschaftliche Angelegenheiten die einzige österreichische Stelle, die eine Akkreditierung aussprechen konnte.

  Mittlerweile ist auch das zwischenzeitlich installierte Österreichische Institut für Bautechnik (OIB) in der Lage, Akkreditierungen für den vorgesehenen Wirkungsbereich (Bauhoheit der Länder) zu erteilen. Eine gegenseitige Anerkennung der Akkreditierung durch das OIB und das Bundesminsiterium für wirtschaftliche Angelegenheiten ist aus formalen Gründen zur Zeit nicht möglich, wird jedoch von der Abteilung angestrebt.

- Die Abteilung formulierte mit Unterstützung der Baudirektion ein Angebot, in den Räumlichkeiten und mit Personal der Abteilung sowie unter Mitarbeit der MA 35 (in der Anfangsphase) eine Zertifizierungsstelle einzurichten. Eine derartige Stelle ist im Wiener Bauprodukten- und Akkreditierungsgesetz - WBAG (Landesgesetzblatt 30/1996) vorgesehen, und zwar kann Zertifizierungsstelle nur eine Einrichtung des Landes Wien sein. Dies mit

dem Ziel, daß der Nachweis der Konformität als Grundlage für das Inverkehrbringen und die Verwendung von Bauprodukten gemäß der Bauproduktenrichtlinie (Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1988, 89/106/EWG) in einfacher Weise und mit Nutzung der Synergien aus der räumlichen Nähe und Personal der beiden Institute ergeben, die für Bauherren und Bauwirtschaft notwendigen Brauchbarkeitsnachweise zu erbringen.

– Hinsichtlich der Einrichtung einer Kalibrierstelle wurden Vorkehrungen bei der Anschaffung von (für die Prüf- und Überwachungsstelle notwendigen) Kalibriermittel getroffen, um diese möglichst vielseitig einsetzen zu können. Bei Realisierung der beiden Vorhaben wäre Wien das einzige Bundesland Österreichs, das ein Komplettangebot bestehend aus Prüfstelle, Überwachungsstelle, Kalibrierstelle und Zertifizierungsstelle für Bauprodukte (in Teilbereichen auch für andere Produkte) aufzuweisen hätte. In diesem Zusammenhang, aber auch als Hilfestellung bei etwaigen Akkreditierungsverfahren, hat die Abteilung Prüfstellenkonferenzen initiiert und die im Bereich der Stadtverwaltung tätigen Prüfstellen und Überwachungsstellen (etwa 13 Stück) in die Abteilung eingeladen. Im Berichtsjahr wurden zwei Konferenzen abgehalten, weitere sind terminisiert.

### 2. Prüftätigkeit und Überwachungstätigkeit als akkreditierte Prüf- und Überwachungsstelle

– Die Abteilung konnte im Jahr 1997 trotz enormem Konkurrenzdruck von teilweise nicht ordnungsgemäß autorisierten oder akkreditierten Prüfstellen die Einnahmen aus Prüftätigkeiten gegenüber dem Jahr 1996 um rund 10 Prozent überbieten. Dies muß insbesondere vor dem Hintergrund äußerst knapper Kassen der Bauwirtschaft, der Baustoffproduzenten und der Bauherren gesehen werden. Gleichzeitig konnte der Kundenkreis der Abteilung im europäischen Raum wesentlich erweitert werden.
– Die Abteilung führt seit mehr als 10 Jahren wöchentlich eine Fensterberatung mit großem Erfolg für alle Interessierten durch. Bei diesen Beratungsterminen sind Fachleute der Abteilung tätig, die an Hand von Schaustücken und Unterlagen eine unabhängige Beratung durchführen.

### 3. Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaues der Stadt Wien

– Im Zuge der Tätigkeiten der Stadt Wien als Bauherr konnte die Abteilung durch zahlreiche Stellungnahmen und Gutachten (insbesondere für die MA 17, MA 24, MA 25, MA 31 und MA 35) bzw. Beratungen durchführen. Hier sei insbesondere hervorgehoben, daß die Checkliste der MA 24 durch die Abteilung mitgestaltet werden konnte, so daß hier ein aktueller Stand der Bauproduktenüberwachung eingehalten werden konnte.

– Im Jahre 1997 wurde ein Forschungsbericht über die Beurteilungsmöglichkeiten von Fenstern im Zuge von Sanierungen und deren Förderungen im Auftrag der MA 25 abgeschlossen.

### 4. Auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen

– Im Rahmen des Arbeitsgebietes numerische Methoden der Bauphysik konnten wesentliche Beiträge zur Entwicklung von Geometrien von Mauersteinen gegeben und ein Projekt zur Entwicklung eines F90-Anstriches für I-Träger vorangetrieben werden. Darüber hinaus erarbeitete die Abteilung basierend auf den Vorgaben des Wiener Garagengesetzes gemeinsam mit namhaften Herstellern ein neues Prüfverfahren zur Ermittlung der Brennbarkeit von Garagenbelägen. Neben den Anforderungen an die Brennbarkeit müssen Garagenbeläge flüssigkeitsdicht sein und damit eine rißüberbrückende Wirkung aufweisen.
– Weiters entwickelte die Abteilung gemeinsam mit österreichischen Herstellern und in Zusammenarbeit mit dem Österreichisches Institut für Bautechnik eine Verbesserung der Prüfverfahren von brennbaren Dämmstoffen.

### 5. Nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien

– Die umfangreiche Tätigkeit von Mitarbeitern der Abteilung in den nationalen Normenausschüssen ist in Zusammenhang mit der Ausweitung des Auftragsstandes der Abteilung zu sehen, da insbesondere die Anwesenheit von kompetenten Prüfern es der Industrie erleichtert, sich für Prüfaufträge an die Abteilung zu entscheiden. Unter diesem Gesichtspunkt ist neben der fachlichen Argumentation der Wunsch der Abteilung zu sehen, in allen für sie relevanten Normenausschüssen als Mitglied genannt zu sein.

## Stadtvermessung

Die Abteilung gliedert sich nach den Fachbereichen der Vermessungstechnik in die Dezernate Ingenieurgeodäsie mit den Referaten Baustellenmessungen, Allgemeine Vermessungen, Nivellement, Liegenschaftsgeodäsie mit den Referaten Urkundpläne und Grenzvermessungen sowie Kartographische Geodäsie mit den Gruppen Mehrzweckkarte, Luftbildauswertung und Kartographie. Allen Arbeitsbereichen stehen zusätzlich die Referate Kanzlei, Archiv, Technisches Zeichnen und Ausmesser als Einzelreferate zur Verfügung.

Aufgabe der Abteilung ist die vermessungstechnische Betreuung sämtlicher Magistratsdienststellen. Darüber hinaus werden insbesondere der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds und der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds vermessungstechnisch unterstützt.

Ende des Jahres ist die Dienststelle von der Rathausstraße in das neu errichtete Amtshaus Muthgasse übersiedelt. Dabei wurden durch sorgfältige Planung Arbeitsausfälle auf ein Mindestmaß reduziert. Bei der Besiedelung des neuen Amtshauses konnte sowohl eine den Arbeitsabläufen besser entsprechende Raumaufteilung realisiert als auch die EDV-Ausstattung verbessert werden. Durch vermehrte Anwendung neuer Informationstechnologien wird angestrebt, die nun größer gewordene räumliche Distanz zu den Dienststellen im Rathausbereich zu überbrücken.

1993 wurde zwischen der Stadtvermessung und dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen ein Arbeitsübereinkommen über die Herstellung einer Digitalen Katastralmappe vereinbart. Dazu wurden von der MA 14 dort entwickelte, im Bundesamt nicht verfügbare EDV-Techniken eingesetzt. Ende 1997 konnte mit der Lieferung der letzten Daten an die Stadt Wien das Projekt programmgemäß abgeschlossen werden. Die Stadt Wien verfügt nunmehr über eine international gesehen hervorstechende, moderne und aktuelle Katastralmappe mit höchster Genauigkeit über das gesamte Stadtgebiet. Das schon seit längerem EDV-mäßig geführte Grundbuch ist nun durch sein planliches Gegenstück, die digitale Darstellung der Grundstücke, ergänzt worden. Auf Grundlage dieser Daten wird von der MA 14 ein für viele Bereiche der Planung und Verwaltung wichtiges Grundstücksinformationssystem aufgebaut. Ein ähnlich gestaltetes Übereinkommen ist für das Quellschutzgebiet Rax-Schneeberg im Laufen, während ein weiteres für das Quellschutzgebiet Hochschwab zum Abschluß gebracht werden konnte. Darüber hinaus wurde ein auf vier Jahre angelegtes Übereinkommen zwischen dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, dem Land Niederösterreich und der Stadt Wien, das außerhalb von Wien liegende Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke betreffend, ausgearbeitet und unterzeichnet.

Im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer wurde von Vermessungsexperten der Länder unter Mitwirkung der Abteilung ein Standardleistungsverzeichnis samt Leistungssätzen für katastrale Vermessungen erarbeitet. Nach schwierigen Verhandlungen mit der Bundeskammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten ist abzusehen, daß dieses Vertragswerk nach einjähriger Probezeit bundesweit bei Vergaben angewendet wird.

Gegen Ende des Jahres wurde die Abteilung in das Projekt einer umfassenden Organisationsanalyse des Wiener Magistrates einbezogen. Als Ziel der Untersuchung wurden formuliert: Prüfung der Aufgaben, Durchleuchtung der Verwaltungsabläufe und Erforschung möglicher Rationalisierungspotentiale. Am Beginn standen sehr aufwendige, ins Detail gehende Erhebungen über die Arbeitsbereiche und die personelle Gliederung der Abteilung.

Das im Dezernat Ingenieurgeodäsie eingerichtete Referat Baustellenmessungen war wieder vorwiegend im Bereich des U-Bahn-Baues tätig. Dem Baufortschritt entsprechend konzentrierten sich die Arbeiten im Bereich der Bauabschnitte U3/16 - Hütteldorfer Straße bis U3/18 - Ottakring auf Kontrollmessungen und Absteckungen für den Innenausbau sowie die Oberflächengestaltung im Stationsbereich.

Die Vermessungen in den Bauabschnitten U3/19 - Gasometer bis U3/22 - Simmering umfaßten vor allem Kontrollen beim Stollenbau, nämlich die lage- und höhenmäßige Kontrolle der Richtungslaser und der für die Schlitzwände errichteten Leitwände. Im gesamten Baustellenbereich waren während des Vortriebes bzw. des Aushubes täglich Setzungsmessungen mit Zehntelmillimetergenauigkeit vorzunehmen, um bei Bewegungen bestehender Gebäude rechtzeitig Vorkehrungen treffen zu können. Ausgangspunkte für diese Präzisionsmessungen waren tief im Erdreich fundierte Festpunkte, sogenannte Extensometer, deren Stabilität regelmäßig überprüft werden mußte. Darüber hinaus waren in Abständen von 3 Monaten 160 Meßstellen zur Feststellung der Auswirkungen der für den Stollenbau unerläßlichen Grundwasserabsenkung höhenmäßig zu erfassen. Ebenso wurden für die Stadtarchäologie freigelegte Fundamente, Stiegen- und Kelleranlagen, soweit historisch von Bedeutung, planlich dokumentiert.

Die anläßlich der Hebung der Praterbrücke vorzunehmenden ingenieurgeodätischen Messungen konnten abgeschlossen werden. Nach längsseitiger Durchschneidung des Tragwerkes und sukzessiver Anhebung waren die beiden Stahltragwerke laufend auf Verformungen bei unterschiedlichen Lastfällen zu kontrollieren. Abschließend mußten sowohl bei dieser Brücke als auch bei der Donaustadtbrücke das für den Wasserweg einzuhaltende Lichtraumprofil kontrolliert und Messungen für das Anbringen der Schiffahrtszeichen vorgenommen werden. Als Vorbereitung der für die Verbreiterung der Praterhochstraße erforderlichen Bauvermessungen wurde ein Präzisionsfestpunktfeld geschaffen.

Das dem Dezernat zugeordnete Referat Allgemeine Vermessungen hat im Zuge der vermessungstechnischen Betreuung der städtischen Bauvorhaben 75 Lage- und Höhenpläne zur Verfügung gestellt. Weiters waren 19 Lagepläne für Bekanntgaben von Bebauungsbestimmungen zu verfassen und 41 Absteckungen für kommunale Hoch- und Tiefbauten vorzunehmen.

Zu diesen vielfältigen Arbeiten zählten beispielsweise die Projektierungsunterlagen für die Verlängerung der U1 nach Leopoldau, für Neu- und Umbauten von Bundesstraßen (B3 - Siebeckstraße, B12 - Brunner Straße, B 14a - Alberner Hafenzufahrtsstraße, B 224 - Altmannsdorfer Straße, B 225 - Weichseltalweg), für das EU-Projekt Revitalisierung des Gürtelbereiches, für den Umbau der Hauptkläranlage, den Liesingtalsammelkanal und die Hauptsammelkanäle am Donaukanal.

Die Herstellung von vermessungstechnischen Unterlagen für die Detailplanung der etwa 12 km langen U-Bahnlinie U2/5 vom Schottenring in die Donaustadt stellt eines der größten Vermessungsprojekte dar, mit denen die Abtei-



*Eröffnung der URBAN PLUS-Bezirksausstellung Alsergrund durch Vbgm. Planungsstadtrat DDr.Görg und Bezirksvorsteher Benke bei der U-Bahnstation Währingerstraße.* Foto: Votava / PID

*Vizebürgermeister DDr. Görg führt Schüler durch die Ausstellung "Projektorientierter Schulunterricht - Wiener Grüngürtel"* .Foto: Votava / PID





*Der Amtsführende Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination Fritz Svihalek und Bezirksvorsteher Dr. Schmitz stellen das neue Geschirrmobil der MA 48 vor, welches unter dem Motto "Feste feiern ohne Müllberge" von Vereinen für Feiern bestellt werden kann.*

Foto: Votava / PID

lung je befaßt wurde. Noch vor der Festlegung der endgültigen Trasse wurde, um Zeit zu sparen, die beabsichtigte Vergabe gemäß Landesvergabegesetz EU-weit öffentlich bekanntgemacht.

Von den Technikern des Referates Allgemeine Vermessungen wurden weiters 8 Polygonzugsnetze für das Friedhofsinformationssystem der MA 43 angelegt, 41 Lagepläne für Verkehrsgutachten angefertigt und 73 Gutachten nach dem Veranstaltungsgesetz verfaßt. Weiters haben sie für die Mietenfestlegung relevante Flächenausmaße städtischer Wohnhausanlagen überprüft, Grundwassersonden in der Lobau und der Donauinsel mittels GPS eingemessen und geographische Koordinaten von Funkstandorten des Parkleitsystems ermittelt. Der von der Abteilung vermessungstechnisch kontrollierte Vortrieb des Ersatzstollens Scheibbs, eine der Baumaßnahmen der MA 31 zur Sanierung der II. Hochquellenleitung, konnte mit einem präzisen Stollendurchbruch abgeschlossen werden.

Die Erneuerung und Wartung des städtischen Höhenfestpunktfeldes sowie die Kontrolle von kommunalen Hochbauten auf etwaige Setzungen zählen zu den wesentlichen Aufgaben des Referates Nivellement. So wurden im Bereich der Höhenfestpunkte 240 km begangen, 520 km Nivellementzüge mit selbstregistrierenden, digitalen Präzisionsinstrumenten gemessen und 231 Höhenfestpunkte gesetzt. An 61 städtischen Objekten waren 123 Setzungsmessungen vorzunehmen.

Dem Dezernat Liegenschaftsgeodäsie obliegen die Evidenthaltung der Landes- und Bezirksgrenzen, das Erstellen von Lage-, Teilungs-, Dienstbarkeits- und Entschädigungsplänen für stadteigene Liegenschaften sowie Grenzvermessungen stadteigener Liegenschaften. In diesem Arbeitsbereich wird die mit Bundesgesetz verliehene Befugnis zur Verfassung von Urkundplänen wahrgenommen.

Mit dem von diesem Dezernat vorbereiteten 30. Landesgesetz wurden die Grenzen zwischen dem 12., 13. und 23. Bezirk im Bereich Emil-Behring-Weg, Wundtgasse, Atzgersdorfer Straße, Wastlgasse und Bertegasse verändert. In der Folge werden auch die Grundstücksgrenzen an die neue Bezirksgrenze mit Hilfe von Teilungsplänen angepaßt werden, in denen die Bezirksgrenzpunkte koordinativ festgelegt sind. In ähnlicher Art und Weise wurde auch die Grenze zwischen dem 6. und 7. Bezirk in der Mariahiler Straße koordinativ beschrieben, so daß im Berichtsjahr Bezirksgrenzen auf eine Länge von etwa 3,7 km genaue Koordinatenwerte erhalten haben.

Durch einzelne Verbesserungsmaßnahmen konnten Abteilungsverfahren zügiger abgewickelt werden. Nach Novellierung der Bauordnung von Wien ist die Erteilung der Benützungsbewilligung bei Bauvorhaben nicht mehr an die grundbücherliche Durchführung von Teilungsplänen gebunden. Deshalb war es erforderlich, daß das Dezernat für Liegenschaftsgeodäsie nunmehr die Überwachung übernommen hat, ob die gemäß Bekanntgabe der Bebauungsbestimmung vorgeschriebenen Grundstücksteilungen auch wirklich grundbücherlich durchgeführt werden. Überdies trachtete dieses Dezernat, in den im Abstand von drei Monaten abgehaltenen Terminbesprechungen bei etwa 90 als besonders dringend bezeichneten Teilungsverfahren eine beschleunigte Erledigung bei allen damit befaßten Stellen zu erreichen.

Mit der im Zuge der Übersiedlung verbesserten Hardware-Ausstattung ist es nun auf jedem Arbeitsplatz des Dezernates möglich, nicht nur geodätische Berechnungen und Abfragen nach dem Stand der einzelnen Teilungsverfahren vorzunehmen, sondern es können dort auch Grundstücksdaten der zentralen Liegenschaftsevidenz der MA 40 und der Grundstücksdatenbank des Bundes erhoben werden; bei letzterer wurden etwa 2.200 Anfragen durchgeführt.

Zur besseren terminlichen Erfassung der im Zuge von Teilungsverfahren durchzuführenden Aktivitäten der einzelnen Dienststellen wurde im Dezernat eine Datenbank eingerichtet. In diese wurden bis Ende 1997 Daten aus 20.000 Akten eingegeben.

Für die Erstellung von Plänen oder Absteckungen von Grenzen hat das Dezernat Liegenschaftsgeodäsie 110 Aufträge mit einer Vergabesumme von rund 7 Millionen Schilling an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben. Damit ist gegenüber dem Vorjahr sowohl die Anzahl der Aufträge als auch das Vergabevolumen um etwa 30 Prozent zurückgegangen. Schwerpunkte bei der Planerstellung waren die Kleingartenanlagen; hervorzuheben sind weiters: Herstellung der Grundbuchsordnung für den Max-Mell-Park, die Parkanlage am Leberberg, für Wohnhausanlagen am Margaretengürtel und in der Stumpergasse, für die Tierkörperverwertung in Albern, das Strandbad Stadlau, den Friedhof Simmering, den Mistplatz am Mühlwasser, die Schule Spielmanngasse und die Gasometer; Gewässeraufnahmen für den Petersbach und die Neue Donau; Grundstückseinlösungen für die B 227 - Erdberger Lände , die B 229 - Rautenweg, die Grundäckergasse, den Kürbisweg, die Lorystraße und die U3 in Simmering.

Von den Technikern des Dezernates wurden in Ausübung der Vermessungsbefugnis 32 Urkundpläne über eine Fläche von etwa 51 ha fertiggestellt und in 20 Fällen Grenzabsteckungen über eine Länge von etwa 58 km mit 180 Grenzpunkten vorgenommen. Diese Arbeiten betrafen unter anderem: die Parkanlagen Hugo-Wolf-Park und Napoleonwald, die Friedhöfe Kalksburg und Heiligenstadt, die städtischen Wohnhausanlagen Hans-Weber-Hof und Schöffelhof, die Sportanlagen Aspern und Fortuna, das Jugendgästehaus in Hütteldorf, die U-Bahn-Station Kagran, den Markt am Zimmermannplatz, sowie Grenzen des Lainzer Tiergartens und der I. Hochquellenleitung.

Zu den Aufgaben des Dezernates gehört auch das Einholen sämtlicher für die Verbücherung städtischer Grundstücksteilungen erforderlicher Bescheide. Dazu waren 140 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen, 200 um baubehördliche Genehmigung und 250 um Planbescheinigung bei den Vermessungsämtern zu richten.

Von den grundbücherlich durchgeführten Teilungsplänen wären folgende hervorzuheben:

die städtischen Wohnhausanlagen Polgarstraße und Wichtelgasse, die Straßenbauten Kaniakgasse und Garten-

heimstraße, die Kindertagesheime Bernadottegasse und Maroltingergasse, der Rochusmarkt, die Kleingartenanlagen Semmelweis und Leopoldau, die U-Bahn-Stationen Rossauer Lände und Schottenring, die Parkanlagen in der Uchatiusgasse und Schloßberggasse, der Friedhof Kalksburg, die Schulen Hernalser Hauptstraße und Absberggasse sowie das Sozialmedizinische Zentrum Ost.

An Zustimmungserklärungen für private Teilungspläne, bei denen der Grenzverlauf zwischen Privatgrundstücken und den Grundflächen der Stadt Wien überprüft werden mußte, waren 320 Stück abzugeben.

Hauptaufgabe des Dezernates Kartographische Geodäsie, in dem die Gruppen Luftbildauswertung, Mehrzweckkarte und Kartographie eingerichtet sind, ist die Herstellung der städtischen Kartenwerke.

Mit der gegen Jahresende erfolgten Anschaffung eines Luftbildscanners konnte die schrittweise vorgenommene Erneuerung der Auswertesysteme des Referates Luftbildauswertung auf den letzten Stand der Technik abgeschlossen werden. Dieser Präzisionsscanner erlaubt es, Luftbilder mit einer Genauigkeit von bis zu 7 Mikron in digitale Datenbestände umzuwandeln. Über Datenleitung werden die gescannten, aktuellen Luftbildaufnahmen zusammen mit dem Kartenbild der letzten Stadtkartenauflage auf die 3D-Arbeitsstationen übertragen. Dem Auswerter ist es nun möglich, die Veränderungen in der Natur seit der letzten Befliegung direkt am Schirm zu erkennen und in die Karte einzubringen.

Für diese Auswertearbeiten wurden, wie alljährlich, 1997 wieder für ein Drittel des Stadtgebietes Luftaufnahmen vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen vorgenommen. Der für Übersichtszwecke vorgesehene, aus einer differenziellen Entzerrung hervorgehende Luftbildplan 1:10000 konnte fertiggestellt und der Kartenverkaufsstelle übergeben werden.

Trotz der durch die Übersiedlung bedingten Arbeitsausfälle war es möglich, 24 Stadtkartenblätter 1:1000 neu auszuwerten und 312 auf den Stand des aktuellen Bildfluges zu bringen.

Neben der Auswertung für die Stadtkarte wurden photogrammetrische Verfahren für folgende weitere Anforderungen eingesetzt: Volumsermittlung der Mülldeponie Rautenweg über ein digitales Geländemodell, Dachflächenauswertungen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie für 3 D-Animationen beantragter Projekte, Feststellung alter Grenzverläufe zur Beurteilung von Ersitzungen, Geländeerfassung für eine Materialseilbahn im Quellschutzgebiet Hochschwab.

Im Zuge der Übersiedlung wurde das Luftbildarchiv, dessen Bestände bis 1938 zurückreichen, neu geordnet. Diese wertvolle Sammlung chronologischer Momentaufnahmen des Stadtgebietes wird vielfach für behördliche Entscheidungen und Dokumentationen herangezogen.

Zur Erhöhung der Genauigkeit wird die Luftbildauswertung für die digitale Stadtkarte, deren vielfältige Verwendung durch die Bezeichnung Mehrzweckkarte (MZK) zum Ausdruck kommt, durch präzise Vermessungen des Straßenraumes gestützt. Nach der 1995 abgeschlossenen Gesamtvermessung konzentrieren sich die Arbeiten auf die Erfassung der in der Natur eingetretenen Änderungen. Diese in den Aufgabenbereich der Gruppe Mehrzweckkarte fallenden Messungen wurden für ein Drittel des Stadtgebietes vorgenommen. Insgesamt umfaßte die Evidenthaltung 1997 550 Stadtkartenblätter 1:1000 mit rund 1.300 km Straßenlänge.

Unter Verwendung der automatisiert zusammengeführten Datenbestände der Luftbildauswertung und der Vermessungen des Straßenraumes wird auf den Bildschirmarbeitsplätzen der Gruppe Kartographie die digitale Mehrzweckkarte (MZK) fertiggestellt. Nach kartographischer Bearbeitung von 277 Blättern betrug die Anzahl der verfügbaren digitalen MZK-Blätter 1:1000 Ende des Jahres 1.444 Stück. Dazu kommen noch 187 Blätter im Randbereich der Stadt, die aus Vektorisierung analoger Blätter stammen. In den weiteren Maßstabsbereichen sind nunmehr digital verfügbar: 325 MZK-Blätter 1:2000, 26 Bereichspläne 1:3000, 55 MZK-Blätter 1:5000 und 7 MZK-Blätter 1:10000. Die Anzahl der Blätter des digitalen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes stieg auf 1.517 Blatt 1:1000 und 314 Blatt 1:2000.

An weiteren kartographischen Arbeiten, die neben der Erstellung der digitalen Stadtkarte anfielen, wurden ausgeführt: Kartengrundlagen für die Verordnungen zu den Landschaftsschutzgebieten Hietzing, Hernals und Prater, zur Verordnung Parkraumbewirtschaftung und zur Verordnung über Müllgefäßstandorte; Kartengrundlagen zu Bezirksgrenzänderungen; Aktualisierung des Schutzzonenplanes, Darstellung der Weinbaufluren.

Im Archiv, das für die Registrierung, Archivierung, Entlehnung und Aussendung der Vermessungspläne zuständig ist, stehen den Dienststellen des Magistrates sämtliche seit dem Bestehen der Abteilung verfaßten Pläne, derzeit etwa 14.800 Operate, zur Verfügung. Die Digitalisierung der bislang händisch geführten Planübersichten und Archivkarteien ist betreffend der Teilungspläne nun weitgehend abgeschlossen. Nach Digitalisierung der Lagepläne wird dem Archivbenützer über Netzbetrieb ein Planinformationssystem zur Verfügung stehen, das die Planentlehnung erheblich erleichtern wird.

Im Referat Technisches Zeichnen, das der gesamten Abteilung für das Auszeichnen vor allem von Lageplänen, Lage- und Höhenplänen und Teilungsplänen zur Verfügung steht, wurden 58 zum Teil sehr umfangreiche Pläne neu gezeichnet und 101 ergänzt oder geändert. Die in der Abteilung in Verwendung stehende CAD-Zeichensoftware wurde durch eine komfortablere Version ersetzt. Dabei haben sich die Arbeitsvorgänge sehr verändert, so daß sich die Mitarbeiter intensiv einarbeiten mußten.

Das im Referat Ausmesser bestehende Vermessungshilfspersonal unterstützt die Techniker bei Außendienstarbeiten. Zusätzlich haben diese Mitarbeiter bei der Übersiedlung der Abteilung tatkräftig mitgeholfen.

In der Gesetzgebung sind keine Neuerungen eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Arbeit der Abteilung bewirkt hätten.

Das Fachwissen der Abteilung konnte bei Besuchen, Führungen und Vorträgen weitergegeben werden. Es wurde auch bei der Mitarbeit in nationalen als auch internationalen Normungsgremien, die sich mit Vermessung und Geoinformation befassen, eingebracht. Ständige fachliche Kontakte bestehen vor allem zum Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und den geodätischen und photogrammetrischen Instituten der Technischen Universitäten Wien und Graz. Weiters ist die Abteilung aktives Mitglied in der Österreichischen Gesellschaft für Vermessung und Geoinformation und der Internationalen Vereinigung der Vermessungsingenieure.

Gegenüber dem Vorjahr ist mit 2.681 neuen Geschäftsstücken die Anzahl der Anforderungen nahezu gleichgeblieben. Obwohl ein großer Anteil der Arbeiten vom Personal der Abteilung erledigt werden konnte, mußten Aufträge im Ausmaß von 40 Millionen Schilling nach außen vergeben werden. Gegenüber dem Vorjahr ist damit eine Steigerung um etwa 12 Prozent eingetreten.

# Umwelt und Verkehrskoordination

## Umweltschutz

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien beschäftigt sich mit rechtlichen und technischen Angelegenheiten des Umweltschutzes. Eigene Fachabteilungen sind für die Bereiche Umweltrecht, Lärmschutz, Naturschutz, Umweltschutz & Stadtentwicklung, Luftreinhaltung und Abfallwirtschaft eingerichtet. Regelmäßig werden Betriebe und Unternehmen kontrolliert. Die Sachverständigen überprüfen, ob umweltrelevante Gesetze und Verordnungen eingehalten und vorgeschriebene Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auch wirklich durchgeführt werden. Mit einem flächendeckenden Meßnetz wird die Qualität der Wiener Luft überwacht. Die Umweltschutzabteilung betreibt auch ein eigenes Labor, das zum Beispiel die Regeninhaltsstoffe oder die Belastung des Bodens mit Schwermetallen überprüft. Auch das KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien wird unter der Leitung der Umweltschutzabteilung durchgeführt. Darüber hinaus werden zahlreiche umweltbezogene Forschungs- bzw. Monitoringprojekte in Auftrag gegeben und betreut. Weitere Schwerpunkte sind Service, Information und Öffentlichkeitsarbeit, mit dem Ziel über die umweltrelevanten Aktivitäten zu informieren und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Außerdem subventioniert die Umweltschutzabteilung Vereine und private Institutionen, deren Arbeit wesentlich zur Erhaltung einer intakten Umwelt beiträgt.

Insgesamt sind bei der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22 - Umweltschutz) 81 Mitarbeiter (Stichtag 31. Dezember 1997) beschäftigt.

### Die Arbeitsbereiche der MA 22 - Umweltschutz

#### Rechtliche Angelegenheiten

Zu den Aufgaben im Bereich Umweltrecht zählt einerseits die Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes (z.B.: Abfallwirtschaftsgesetz/AWG, Chemikaliengesetz, das Ozongesetz, das Smogalarmgesetz, das Umweltinformationsgesetz, das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz und das Altlastensanierungsgesetz). Andererseits werden auch die Gesetze und Verordnungen des Landes Wien vollzogen wie zum Beispiel das Wiener Naturschutzgesetz, das Wiener Nationalparkgesetz, das Wiener Baumschutzgesetz oder das Wiener Umweltschutzgesetz. Im Rahmen der legistischen Tätigkeit werden die umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen der Stadt Wien ausgearbeitet. Weiters wird in zahlreichen Begutachtungsverfahren zu Gesetzen und Verordnungen oder zu deren Entwürfen Stellung genommen. Mitgearbeitet wird auch in verschiedenen Länderarbeitskreisen auf dem Gebiet des Umweltrechtes. Weitere Aufgaben sind Schulung, Ausbildung und Prüfung z.B. von Naturwacheorganen, abfallrechtlichen Geschäftsführern, Abfallbeauftragten oder Umweltberatern; Vorträge, hauptsächlich zum Thema Abfallwirtschaft, die rechtliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten; Kontrolle des Begleitscheinsystems oder die Anordnung und Durchführung von Überprüfungen nach dem § 33 des AWG, vor allem in Verbindung mit der Verpackungsverordnung.

#### Sachverständigentätigkeit und Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Die Mitarbeiter fast aller Fachreferate der Umweltschutzabteilung sind als Sachverständige bei allen in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren zum Beispiel nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, oder dem Naturschutzgesetz tätig. Sie liefern Gutachten oder Stellungnahmen und beurteilen umweltrelevante Auswirkungen zum Beispiel bei Bauvorhaben, Betrieben oder Straßenbauprojekten.

1998 wird in Wien erstmals eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt, und zwar für das Kraftwerk Donaustadt. Die durchführende Behörde ist die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien. Die Prüfung erfolgt auf Grund des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes, das mit 1. Juli 1994 in Kraft getreten ist. Vorhaben, bei denen auf Grund ihrer Art, Größe oder ihres Standortes mit erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist, müssen einer solchen Prüfung unterzogen werden. Als UVP-pflichtige Anlagen sind im Anhang des Gesetzes 50 verschiedene Anlagentypen definiert. Die Palette reicht dabei von Müllverbrennungsanlagen, Deponien, Anlagen gemäß Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, Eisenbahntrassen und Flughäfen über Schutz- und Regulierungsbauten an Fließgewässern, Häfen und Papiererzeugunganlagen bis hin zu Massentierhaltungen ab bestimmten Größen.

#### Forschungsprojekte

Die Forschungsprojekte der Abteilung bilden eine wichtige Grundlage für die Beurteilung von Maßnahmen und der Entwicklung von Strategien und Technologien. Denn um Umweltmaßnahmen in der Praxis wirkungsvoll umsetzen zu können, müssen natürlich auch die erforderlichen wissenschaftlichen Grundlagen vorliegen. Deshalb wurden auch 1997 von der Umweltschutzabteilung zahlreiche Forschungsprojekte in Auftrag gegeben. Die Schwerpunkte lagen dabei im Bereich Naturschutz, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung und Klimaschutz.

Monitoringprojekte

Will man die Umwelt schützen und verbessern, muß man wissen wie es um sie steht. Die Umweltschutzabteilung führt deshalb zahlreiche Monitoringprojekte durch. Dabei wird zum Beispiel eruiert wieviel Grün es wo in Wien gibt oder welche Tierarten und Lebensräume in Wien vorhanden sind und wie es um sie bestellt ist. Solche Monitoringprojekte zeigen auch, welche Maßnahmen notwendig sind, um positive Veränderungen herbeizuführen oder negative zu verhindern.

Immissionsmessungen

Mit einem flächendeckenden Luftmeßnetz (18 stationäre Meßstellen und ein mobiler Meßbus) wird die Qualität der Wiener Luft kontinuierlich überprüft. Gemessen werden die Schadstoffe Schwefeldioxid, Staub, Kohlenmonoxid, Stickoxide und Ozon. Ab März 1998 werden zusätzlich noch auf Grund neuer gesetzlicher Bestimmungen (Immissionschutzgesetz Luft/IG-L) die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol erfaßt. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubniederschlag sowie den darin enthaltenen Schadstoffen Blei und Cadmium vorzunehmen. Für mobile Messungen steht der Umweltschutzabteilung ein Luftmeßbus zur Verfügung.

Immissonsmessungen finden auch in anderen Bereichen statt. Alle drei Jahre wird vom Labor der Umweltschutzabteilung der Gehalt an Schwermetallen im Wiener Boden untersucht. Regelmäßig untersucht das Labor auch Regeninhaltstoffe (Säuren, Salze und Schwermetalle). Auch der Anteil an Schwermetallen in Staubniederschlägen wird kontinuierlich ermittelt.

Lärmmessungen

Im Lärmbereich wird mit Hilfe eines Lärmmeßwagens, aber auch mit tragbaren Lärmmeßgeräten die Lärmbelastung für die Wiener Bevölkerung gemessen.

Leitfäden und Arbeitshilfen für effizenten Umweltschutz

Die Ergebnisse von Forschungsprojekten sind im Idealfall die Basis auf der Leitfäden und Arbeitshilfen für einen effizienten Umweltschutz entwickelt und entsprechende Maßnahmen möglichst rasch umgesetzt werden können. Damit Ergebnisse wissenschaftlicher Studien auch in der Praxis realisiert werden können, müssen Wissenschafter, die Verwaltung als Auftraggeber und Praktiker intensiv zusammenarbeiten. Auf eine solche optimale Zusammenarbeit legt die Umweltschutzabteilung bei der Vergabe von Forschungsprojekten größten Wert. Deshalb konnten auch 1997 mit den Ergebnissen von Forschungsprojekten als Basis zahlreiche Leitfäden und Arbeitshilfen erstellt werden, zum Beispiel ein Leitfaden für den Schutz von Fledermäusen, ein Leitfaden zur Raumverträglichkeitsprüfung oder ein Handbuch zur Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten in Krankenhäusern.

Umweltprogramme und interdisziplinäre Projekte

Um Umweltschutz mittel- und langfristig planen und betreiben zu können, werden Rahmenpläne und Programme ausgearbeitet, vor allem für jene Bereiche, für die Umsetzungsstrategien auf möglichst breiter Basis ausgearbeitet werden müssen. Denn Umweltschutz ist eine klassische Querschnittsmaterie, wobei die Mitarbeit vieler verschiedenen Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien, aber auch externer Interessensvertretungen, Non Governmentorganisations (NOGs), privater Institutionen, der Wiener Wirtschaft und letztendlich aller Wiener und Wienerinnen notwendig ist. Möglichst viele Verbündete müssen gewonnen werden, da viele Umweltmaßnahmen nicht allein von der Stadtverwaltung, sondern nur in Kooperation mit weiteren Partnern realisiert werden können. Ein Beispiel dafür ist das KliP-Klimaschutzprogramm, mit dem die Stadt Wien jenen Verpflichtungen entsprechen will, die sie mit dem Beitritt zum Klimabündnis (1991) und der Unterzeichnung der Charta von Aalborg (1996) eingegangen ist. Bis zum Sommer 1998 sollen in den Bereichen Energie, Verkehr und Beschaffung/Abfall kurzfristig mögliche Maßnahmen zum Klimaschutz noch wirkungsvoller umgesetzt und für die mittel- und langfristigen Maßnahmen entsprechende Voraussetzungen und ein Aktionsprogramm geschaffen werden.

Begonnen wurde 1997 auch mit der Vorbereitung der Wiener Initiative für betrieblichen Umweltschutz. Mit dieser Initiative sollen möglichst viele Wiener Betriebe motiviert werden, maßgeschneiderte Umweltprogramme wie zum Beispiel Ökoprofit, EMAS oder Betriebe im Klimabündnis durchzuführen.

Umweltmaßnahmen und ihre Umsetzung in der Praxis

Zahlreiche unterschiedliche Maßnahmen und (Pilot)projekte tragen dazu bei, die Umwelt- und Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern, zum Beispiel im Rahmen des KliP-Klimaschutzprogrammes oder auch zum Schutz von wildlebenden Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume. Auch in Schutzgebieten bei den Naturdenkmälern oder anderen wertvollen Flächen im Stadtgebiet laufen spezielle Pflegeprogramme, wie zum Beispiel zum Schutz der Wienerwaldwiesen, Weingartenbrachen oder Stadtwildnisflächen.

Subventionen

Im Subventionsbereich ist es Aufgabe der Umweltschutzabteilung, private Vereine und Institutionen, die wichtige Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes übernommen haben, finanziell zu unterstützen. Der Schwerpunkt dabei

liegt bei der Finanzierung der "Wiener Umweltberater". Weitere Subventionen haben zum Beispiel die Wiener Naturwacht, die Umweltspürnasen, der Verein Niederösterreich-Wien, das Turtles Rescue Center (Verein zur Rettung und Betreuung von Schildkröten), Ökobüro, ÖGUT (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik), Wiener Naturfreunde, Greifvogelstation des WWF, CIPRA Österreich (Internationale Alpenschutzkommission) erhalten. An Subventionsgeldern wurden von der Umweltschutzabteilung 1997 insgesamt knapp 13 Millionen Schilling ausbezahlt.

### Öffentlichkeitsarbeit

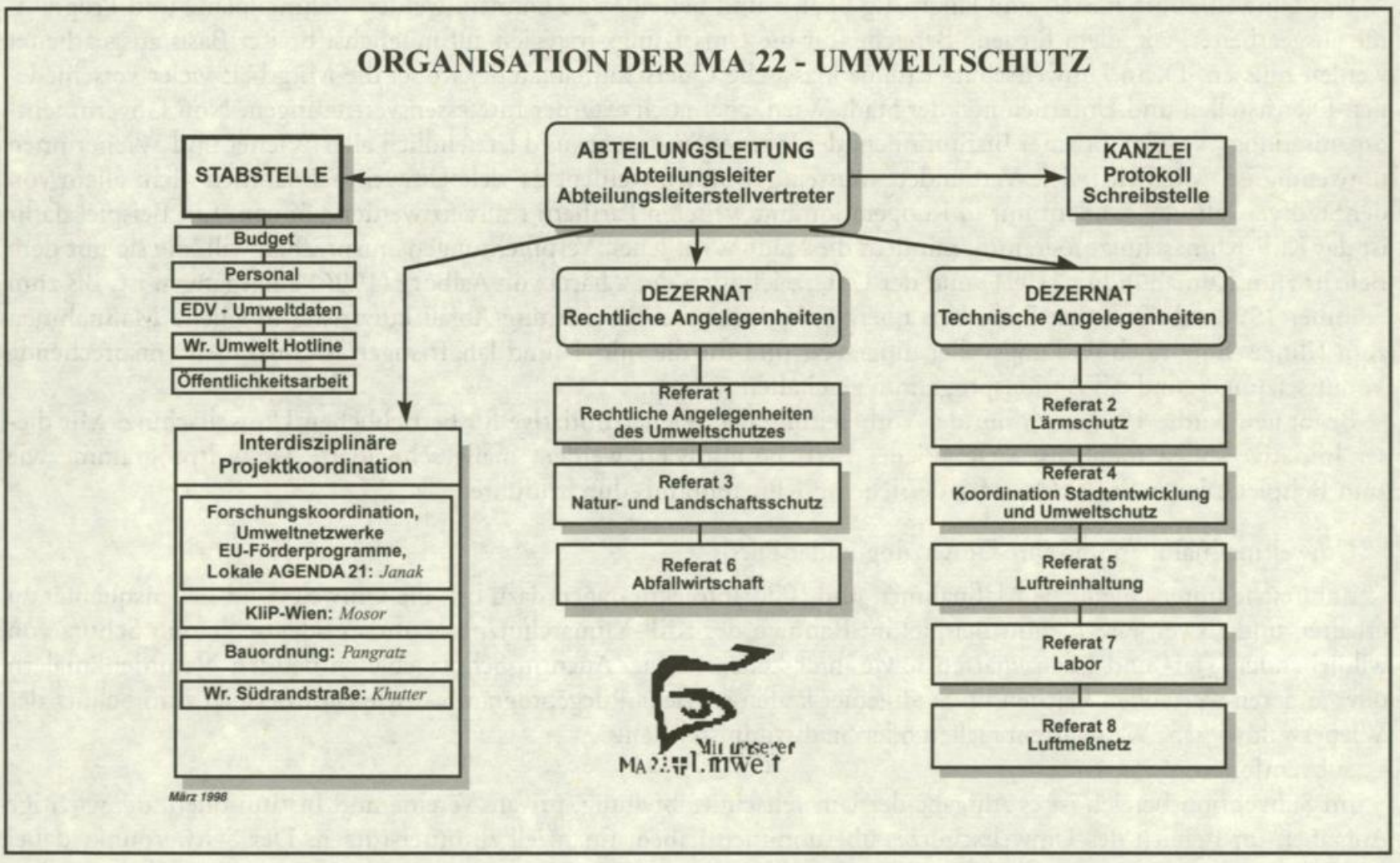
Information und Service sind ein weiterer Schwerpunkt: Zentrale Anlaufstelle für umweltrelevante Fragen und Beschwerden ist die Wiener Umwelt Hotline (4000/8022). Zusätzlich werden noch zwei Tonbanddienste betrieben, der Tonbandienst zum Luftgütebericht (4000/8820) und die Ozon Hotline "Ozonix" (4000/88288). Sie informieren die Wiener und Wienerinnen über die aktuelle Qualität der Wiener Luft.

Als Bürgerservice werden jährlich zahlreiche Broschüren, Plakate und Folder sowie der Wiener Umweltbericht produziert. In der Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz" werden die Ergebnisse aktueller Umwelt(Forschungs)projekte der Umweltschutzabteilung veröffentlicht. Über das KliP-Klimaschutzprogramm informieren die KliP-News, die mehrmals jährlich erscheinen.

Die Umweltschutzabteilung ist auch via Internet für den Bürger erreichbar. Zum Internetangebot gehören u.a. die aktuellen Luftmeßwerte der Bundeshauptstadt. Naturschutzinteressierte finden Infos zu den Schutzgebieten und zu den mehr als 400 Naturdenkmälern Wiens. Fachinformationen vom Lärmkataster über das Biotopmonitoring bis zu den Arbeiten am neuen Wiener Naturschutzgesetz und viele andere umweltrelevante Themen stehen jederzeit zur Verfügung. Die Umweltdaten der MA 22 - Umweltschutz sind via Internet abrufbar http://www.magwien.gv.at/ma22/.

## Die Fachreferate der MA 22-Umweltschutz

Die Magistratsabteilung 22-Umweltschutz besteht aus einem „Technischen Dezernat" und einem „Rechtsdezernat". Dem Rechtsdezernat sind jene Fachreferate zugeordnet, die mit Bescheid, also als Behörde, tätig werden (Referat 1: Rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes, Referat 3: Natur- und Landschaftsschutz sowie das Referat 6: Abfallwirtschaft). Die anderen Referate, bei deren Arbeit die Umwelttechnik im Vordergrund steht, sind im Dezernat "Technische Angelegenheiten" zusammengefaßt. Geleitet wird das „Technische Dezernat" vom Abteilungsleiter und das „Rechtsdezernat" vom Abteilungsleiterstellvertreter. Unterstützt wird die Abteilungsleitung von der Stabstelle, die für Budget-, Personal-, und EDV-Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit/PR sowie die interne Koordination und Organisation verantwortlich ist. Für referats- bzw. magistratsübergreifende Projekte wurden hauptverantwortliche Projektkoordinatoren ernannt.



Stabstelle

Von der Stabstelle werden die Bereiche EDV-Umweltdaten, Öffentlichkeitsarbeit, Wiener Umwelt Hotline, Budget und Personal betreut. Weitere Aufgabenbereiche der Stabstelle: Geschäftsstelle des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen, organisatorische Aufgaben innerhalb der Abteilung, Betreuung der Naturwacht sowie der Umweltberatung, Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen der Stadt Wien. Die Stabstelle ist eine Serviceeinrichtung für die Fachreferate der Abteilung, anderen städtischen Dienststellen und letzendlich im Bereich Öffentlichkeitsarbeit für alle Wiener und Wienerinnen.

Referat 1: Rechtliche Angelegenheiten

Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte: Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes bzw. des Landes Wien; Begutachtungsverfahren inklusive Stellungnahmen zu Gesetzen, Verordnungen oder zu deren Entwürfen; Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen auf Landesebene; Mitarbeit in den Länderarbeitskreisen und Kommissionen, auf dem Gebiet des Umweltrechtes; Schulung, Ausbildung und Prüfung z.B. von Naturwacheorganen, abfallrechtlichen Geschäftsführern, Abfallbeauftragten oder Umweltberatern; Vorträge, hauptsächlich zum Thema Abfallwirtschaft; rechtliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten; Kontrolle des Begleitscheinsystems oder die Anordnung und Durchführung von Überprüfungen nach dem § 33 des AWG, vor allem in Verbindung mit der Verpackungsverordnung; Geschäftsstelle für den Naturschutzbeirat.

Referat 2: Lärmschutz

Aufgaben und Arbeitsbereiche: technische Gutachten als Sachverständige bei Planungsprojekten des Magistrats Wien (Hochbau, Tiefbau und Verkehr); Amtssachverständige in erster Instanz bei verschiedensten Bauverfahren der Baupolizei, gewerbebehördlichen Verhandlungen der Magistratischen Bezirksämter und in eisenbahnrechtlichen Verfahren. Amtssachverständige in zweiter Instanz in Behördenverfahren nach der Bauordnung oder der Gewerbeordnung. Weitere Schwerpunkte: Lärmmessungen vor Ort und die Beurteilung von Lärmbelästigung durch Betriebe und Verkehr (Kfz- und Schienenfahrzeuge). Messungen von Bau-, Industrie- und Gewerbelärm im Auftrag der Magistratischen Bezirksämter, der MA 7, der MA 15 und des Administrationsbüros der Bundespolizei. Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärm- und schadstofftechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Meßwerterfassung, computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm und Luftschadstoffe.

Referat 3: Naturschutz und Landschaftspflege

Die Ziele des Naturschutzes in Wien sind durch die Grundsätze des Wiener Naturschutzgesetzes, den Stadtentwicklungsplan und den vom Fachreferat Naturschutz ausgearbeiteten räumlichen Leitbild (stadtökologische Funktionstypen) vorgegeben. Die nachhaltige Raumnutzung bzw. die nachhaltige Stadtentwicklung geht davon aus, daß die Sicherung der Lebensgrundlagen auf zwei Ebenen erfolgen muß: Einerseits auf der Ebene der außermenschlichen Natur, wo die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen das zentrale Ziel darstellt. Andererseits auf der Ebene der Gesellschaft, deren langfristige Stabilität durch ein zukunftsverträgliches Wertesystem und eine umweltgerechte Befriedigung der materiellen und immateriellen Bedürfnisse angestrebt wird (Ressourceneffizienz und Investition in Lebensstile). Dabei werden ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen als Ganzheit angesehen.

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Natur und Landschaft erhalten, pflegen und entwickeln, wobei gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedürfnisse berücksichtigt werden; Lebewesen und Lebensgemeinschaften werden als Grundlage für den unmittelbaren Kontakt der Stadtbewohner mit natürlichen Elementen ihrer Umwelt gezielt erhalten. Nicht nur der Schutz bedrohter Pflanzen- und Tierarten steht im Mittelpunkt, sondern auch die Entwicklung adäquater Verfahrensweisen für einen effizienten flächendeckenden Stadtnaturschutz.

Die Handlungsfelder im Naturschutz: Naturschutzplanung, die Durchführung und Betreuung naturschutzrelevanter Forschungsprojekte, die Arbeit als Naturschutzsachverständige, Naturschutzmanagement und Landschaftspflege, Wahrnehmung internationaler Naturschutzangelegenheiten und die Ausarbeitung von Naturschutz-Fachpublikationen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Arbeit als Sachverständige in Naturschutzangelegenheiten. Diese Tätigkeit bildet gewissermaßen das Gelenk zwischen den Programmen der "Vordenker" und dem konkreten, alltäglichen Handeln der verschiedenen Verwaltungs- und Interessensbereiche. Die Konzepte der Naturschutzplanung bilden den Ziel- und Orientierungsrahmen, innerhalb dessen die Stellungnahmen und Gutachten formuliert werden. So bearbeiten die Naturschutzsachverständigen Verwaltungsverfahren nach dem Wiener Naturschutzgesetz wie zum Beispiel Anträge auf Erteilung von naturschutzbehördlichen Bewilligungen in Landschaftsschutzgebieten, Anträge auf Erteilung der Bewilligung zum Fangen von Tieren, Erklärungen von Naturgebilden zum Naturdenkmal oder Widerrufe der Unterschutzstellung von Naturgebilden.

Referat 4: Koordination Stadtentwicklung und Umweltschutz

Aufgabe dieses Referates ist es, in einem frühen Planungsstadium - bei der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und bei der Konzeption größerer Projekte - die Interessen des Umweltschutzes in umfassender Weise wahrzunehmen. Denn Umweltschutz kann sich heute nicht mehr nur im Bewahren vorhandener Naturschönheit seltener Tiere, Pflanzen und Landschaften bzw. im Schutz vor Lärm und Luftverunreinigungen verstehen. Vielmehr geht es um die Sicherstellung einer Entwicklung menschlicher Handlungsräume, deren Strukturen in Einklang mit den naturgegebenen Ressourcen gestellt werden müssen (Integrativer Umweltschutz). Umweltschutz muß daher Raumkonzeptionen beeinflussen, um mögliche Auswirkungen rechtzeitig analysieren zu können, denn vorbeugende Überlegungen vermeiden Reparaturen.

Referat 5: Luftreinhaltung

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Begutachtung als Sachverständige bei allen in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren zum Beispiel nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz sowie dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen; Unterstützung des Luftmeßnetzes bei der Durchführung der Aufgaben, die vom Ozongesetz vorgeschrieben werden; Beantwortung von schriftlichen oder telefonischen Anfragen, sowohl von den Dienststellen der Stadt Wien, als auch von Betrieben und Privatpersonen; fachliche und organisatorische Leitung des KliP-Klimaschutzprogramms der Stadt Wien mit Unterstützung der Energieverwertungsagentur (EVA) und dem Interdisziplinären Institut für Arbeit und Kultur (IFZ).

Referat 6: Abfallwirtschaft

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Konzeptive, planende, gesetzesvorbereitende und gesetzesvollziehende Aufgaben in der Abfallwirtschaft. Die wichtigste Grundlage für die Aufgaben des Referates sind das AWG (Abfallwirtschaftsgesetz), das WIENER AWG (Wiener Abfallwirtschaftsgesetz) und dazugehörige Verordnungen und Erlässe. Weitere Aufgaben: Mitarbeit und Leitung des Bereiches Beschaffung/Abfall im KliP-Klimaschutzprogramm, Führung des Abfalldatenverbundes und die Datenerfassung gemäß Abfallnachweisverordnung (ANVO).

Referat 7: Labor

Aufgaben und Arbeitsbereiche: „Serviceeinrichtung" für die Fachreferate der Umweltschutzabteilung, aber auch für andere Magistratsdienststellen. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen bei der kontinuierlichen Erfassung von Schadstoffbelastungen, bei Analysen für Forschungsprojekte oder Untersuchungen bei akuten Umweltproblemen. Das Labor ist darüber hinaus auch Anlaufstelle bei zahlreichen Fragen oder Beschwerden von Bürgern. Sehr oft handelt es sich dabei um Geruchsprobleme oder um das Auffinden von Chemikalien bzw. unbekannter Substanzen.

Referat 8: Luftmeßnetz

Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte: Betrieb, Wartung und Ausbau des Luftmeßnetzes; Durchführung stationärer und mobiler Schadstoffmessungen; Information der Bevölkerung über die Luftmeßwerte; Beantwortung von Anfragen zur Luftsituation in Wien; Veranlassen entsprechender gesetzlich vorgeschriebener Maßnahmen bei Smogalarm- und Ozonwarnungen.

Interdisziplinäre Projektkoordination

Umweltschutz ist eine Querschnittsmaterie, das heißt, daß viele der umweltrelevanten Projekte nicht von der Umweltschutzabteilung allein, sondern nur in Zusammenarbeit und Koordination mit weiteren Partnern durchgeführt werden können. Solche Partner sind zum Beispiel andere Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien, die Verwaltungsorganisationen des Bundes, anderer Bundesländer oder der EU, verschiedene Interessensvertretungen (zum Beispiel Kammern, Gewerkschaften, Autofahrerclubs), Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen oder die Wirtschaft. Für große interdisziplinäre Projekte werden bei der Umweltschutzabteilung deshalb hauptverantwortliche Projektkoordinatoren ernannt, um eine effiziente Zusammenarbeit der verschiedenen Partner und ein optimales Projektmanagement zu gewährleisten. Seit 1997 gibt es vier solcher Projektkoordinatoren. Jeweils ein Koordinator betreut die Bereiche "KliP-Klimaschutzprogramm", "Bauordnung" und "Wiener Südrandstraße". Der vierte Koordinator ist für die Bereiche "Forschungskoordination, EU-Förderungen, Umweltnetzwerke und Agenda 21" verantwortlich.

## Schwerpunkte 1997

### Umweltrecht

Naturschutz

– Neues Wiener Naturschutzgesetz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)

Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Die Entwicklungen des Naturschutzrechtes auf nationaler und internationaler Ebene haben gezeigt, daß die bisher geltenden Bestimmungen des Wiener Naturschutzgesetzes 1984 den Erfordernissen eines modernen Naturschutzes nicht mehr entsprechen. Man hat erkannt, daß sich der Aufgabenbereich des Naturschutzes nicht länger auf eine „Konservierung" von Schutzgebieten und gefährdeten Arten beschränken darf, sondern, daß die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes der gesamten Natur die vordringlichste Aufgabe sein muß. Dies erfordert eine Abkehr vom klassischen, ausschließlich bewahrenden Naturschutz bis hin zu einem aktiven, am Prinzip der ökologischen Vorsorge orientierten Naturschutz, der sich flächendeckend auf das gesamte Stadtgebiet zu erstrecken hat. Deshalb wurde der Entwurf für ein neues Wiener Naturschutzgesetz ausgearbeitet. Im Jahr 1997 wurde das interne und das externe Begutachtungsverfahren abgeschlossen. Im Rahmen des internen Begutachtungsverfahrens wurde der Gesetzesentwurf an rund zwanzig magistratsinterne Dienststellen zur Stellungnahme verschickt. In das externe Begutachtungsverfahren waren das Bundeskanzleramt, die betroffenen Ministerien, Interessensvertretungen, Naturschutzorganisationen, Universitäten, die Ämter der Landesregierungen, die Wiener Umweltanwaltschaft und die Volksanwaltschaft involviert. Der Gesetzesentwurf wurde auf Grund der eingelangten Stellungnahmen überarbeitet und wird 1998 dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.
Die wesentlichen Neuerungen im Entwurf zum neuen Wiener Naturschutzgesetz:
Der Entwurf eines neuen Wiener Naturschutzgesetzes entspricht nunmehr den Anforderungen eines europareifen (Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie) und modernen Naturschutzgesetzes.
Die Ziele des Naturschutzes wurden unter Berücksichtigung stadtökologischer Grundsätze neu formuliert. Der sogenannte vertragliche Naturschutz wurde gesetzlich verankert. Konkret heißt das, daß im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schranken eine Verpflichtung des Magistrates vorgesehen ist, um auf den Abschluß vertraglicher Vereinbarungen zur Erreichung der Ziele des Naturschutzgesetzes hinzuwirken. Unter dem Schlagwort "vertraglicher Naturschutz" sind nicht nur förmlich abgeschlossene privatrechtliche Verträge zu verstehen, sondern auch die Gewährung von Förderungen. Entsprechend der akuten Bedrohung der letzten Reste natürlicher Lebensräume, wie etwa Feuchtwiesen oder Trockenrasen, wurde ein Schutz gefährdeter Lebensräume (Biotope) neu eingeführt. Die in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie aufgelisteten Lebensraumtypen, die von gemeinschaftlichem Interesse sind, gilt es nicht nur auf Grund EU-rechtlicher Bestimmungen zu bewahren oder wiederherzustellen. Weiters wurde eine - ebenfalls in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie vorgesehene - Verpflichtung der Landesregierung zur Erstellung eines Biotopschutzprogrammes normiert, wodurch der Bestand geschützter Biotope regelmäßig überprüft und die Schutzmaßnahmen für allfällige Verbesserungen formuliert werden sollen. Die Artenschutzbestimmungen wurden auf Grund der Vorgaben der EU ausgeweitet. Die Liste der zu schützenden Arten wurde dem neuesten Stand der "Roten Liste" angepaßt, wobei für besonders gefährdete Arten Prioritäten für die Erhaltung der Bestände gesetzt wurden. Der Habitatschutz soll in Zukunft von der Bestandsituation und der Anpassungsfähigkeit der betreffenden Art abhängen. Darüber hinaus wurde im Sinne eines aktiven Naturschutzes eine Verpflichtung der Landesregierung zur Erstellung eines Artenschutzprogrammes für als "prioritär bedeutend" eingestufte Arten vorgesehen, das der Bestandsicherung und -verbesserung dienen soll. Auch die Zugvögel werden mit dem neuen Gesetz besser geschützt, indem hinsichtlich ihrer Vermehrungs-, Mauser- und Überwinterungsgebiete sowie der Rastplätze in ihren Wanderungsgebieten die Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie verbindlich sind. Eingeführt wurde auch der sogenannte flächendeckende Naturschutz durch umfangreiche Bewilligungs- und Anzeigepflichten, die für das gesamte Stadtgebiet gelten. Darüber hinaus wurde die neue Schutzkategorie "Europaschutzgebiet" geschaffen, mit der es möglich wird, ein europaweites ökologisches Netz, genannt "Natura 2000", für den Schutz überregional bedeutender Gebiete zu verwirklichen. Neu ist auch die Schutzkategorie "Ökologische Entwicklungsfläche", mit der dynamische Veränderungen in der Natur berücksichtigt werden können. Dabei handelt es sich um Flächen die zwar selbst nicht schutzwürdig, jedoch auf Grund ihres Entwicklungspotentials wichtig sind, um andere Ziele des Naturschutzgesetzes erfüllen zu können, zum Beispiel die Umsetzung von Arten- und Biotopschutzprogrammen. Durch das neue Gesetz werden auch die aktiven Schutz- und Pflegemaßnahmen verstärkt. Denn nicht nur für die jeweiligen Grundeigentümer von Schutzgebieten oder -objekten sind entsprechende Schutz- und Pflegeverpflichtungen vorgesehen, sondern auch für die Landesregierung, die für die Schutzgebiete Erhaltungs- und Verbesserungspläne zu erstellen hat.

– Novelle zur der Verordnung "Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten"
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Bereits 1994 wurde das Gebiet des Lainzer Tiergartens per Verordnung zum Naturschutzgebiet auf der Basis des damals geltenden Reichsnaturschutzgesetzes 1935 erklärt. Mit dem Wiener Naturschutzgesetz 1984, LGBl. für Wien Nr. 6/1985, wurde die Verordnung in den Gesetzesrang erhoben.

Der Lainzer Tiergarten wurde auch gemäß der Vogelschutzrichtlinie und der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie als Schutzgebiet "Natura 2000" nominiert. Die Bestätigung durch die EU-Kommission steht allerdings noch aus. Land- und Forstwirtschaft sowie die Jagd und die Fischerei sind nach dem Naturschutzgesetz 1984 nur dann erlaubt, wenn das Naturschutzgebiet dadurch nicht gefährdet wird.

Die unterschiedlichen naturräumlichen Voraussetzungen und die bisherige Betreuung und Nutzung haben zum heutigen Erscheinungsbild mit zahlreichen Tier- und Pflanzenarten geführt. Um neuen Grundsätzen und künftigen Entwicklungen des Naturschutzes besser entsprechen zu können, wurde die Verordnung 1996/97 novelliert. Wesentliches Ziel dabei war es, Landschaftsgestalt und Landschaftshaushalt zu erhalten und zu verbessern. Das Verfahren zur Novellierung der Verordnung wurde abgeschlossen. Die bestehenden Grenzen und die Fläche des Lainzer Tiergartens wurden auch bei der neuen Verordnung beibehalten.

Die neue Verordnung enthält folgende Schwerpunkte, nach Prioritäten gereiht:

1. Naturschutzpotential erhalten und fördern
   Vorrangig müssen die Wiesen im Lainzer Tiergarten erhalten werden. Vor allem gilt das für jene Wiesentypen, die in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie genannt sind. Ein weiteres Ziel ist es, den Alt- und Totholzanteil zumindest zu erhalten, wenn nicht sogar zu erhöhen. Werden alte, absterbende Bäume nicht entfernt, nisten darin Höhlenbrüter, aber auch Insekten werden so gefördert.
2. Erhaltung des kulturhistorischen Erbes
   Landschaftsgestalt und Landschaftsbild sowie die historischen Gebäude mit den Parkanlagen gilt es zu bewahren, genauso wie das "barocke Jagdgatter." In diesem Zusammenhang will man sich auch in der Jagd neu orientieren. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, das Naturschutzpotential erhalten und ausbauen zu können.
3. Erholungsnutzung
   Für die Bevölkerung muß es weiter möglich sein, sich im Lainzer Tiergarten zu erholen. Notwendig ist jedoch, daß mit Hilfe eines Wegekonzeptes, jene Bereiche, die für den Naturschutz besonders wertvoll sind, von Besuchern weniger stark oder nur kaum frequentiert werden.
4. Waldbauliche Maßnahmen
   Hier ist eine Strategie zu entwickeln, die zu einer Verbesserung des Vegetationsbestandes in den Waldbereichen führt. Die waldbaulichen Maßnahmen sollen im wesentlichen beibehalten werden. Altholzbestände müssen jedoch verstärkt gesichert werden.
5. Landwirtschaftliche Nutzung
   Sie spielt schon derzeit im Lainzer Tiergarten eine untergeordnete Rolle. Den Landschaftshaushalt zu verbessern, ist durch Düngen mit Kompost und den völligen Verzicht auf Spritzmittel möglich. Erfolgreiches Beispiel dafür sind das Wiesenpflegekonzept, das seit drei Jahren erfolgreich durchgeführt wird.

– Schutzgebiete
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Ein Ziel des Naturschutzes ist die Sicherung und Entwicklung ausgewählter, besonders schutzwürdiger Ökosysteme, wobei es sich um Systeme mit Bedeutung für den Landschaftshaushalt und/oder das Landschaftsbild handelt. Das derzeit gültige Naturschutzgesetz kennt auf dem Gebiet des Gebietsschutzes 5 verschiedene Schutzkategorien: Nationalpark (NP), Naturschutzgebiet (NSG), Landschaftsschutzgebiet (LSG), geschützter Landschaftsteil (gLT) und Naturdenkmal (ND). Insgesamt gibt es in Wien derzeit 13 Schutzgebiete (Stichtag 31. Dezember 1997) unterschiedlicher Kategorien (einschließlich Wald- und Wiesengürtel und Park-Schutzgebiete).

Ein völlig neues Schutzgebiet wurde 1997 mit dem Landschaftsschutzgebiet Hietzing geschaffen. Novelliert wurden die Verordnungen zum Lainzer Tiergarten bzw. zum Landschaftsschutzgebiet Prater, um die Schutzmechanismen zu verbessern. Gestartet wurden auch die Planungsarbeiten für das neue Schutzgebiet Hernals.

In Zusammenhang mit den verschiedenen EU-Bestimmungen, zum Beispiel der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie, wird nun auch in Wien der Typus des Europaschutzgebietes geschaffen werden. Dieser neue Typus eines Schutzgebietes dient dazu, Gebiete von überregionaler Wichtigkeit per Verordnung zu Europaschutzgebieten zu erklären. In Anknüpfung an die Richtlinien der EU sollen diese Gebiete dann Bestandteile des Systems Natura 2000 werden, das aus einem Netzwerk von Schutzgebieten mit überregionaler, gemeinschaftlicher Bedeutung entstehen soll. Auch bestehende Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützte Landschaftsteile können zu Europaschutzgebieten erklärt werden. Bereits 1995 wurden die Vollnaturschutzgebiete Lobau und Lainzer Tiergarten als Natura 2000 Gebiete nominiert. Eine Entscheidung ist von der Kommission bis jetzt noch nicht getroffen worden.

– Naturdenkmäler
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Vom Gebietsschutz - im wesentlichen durch das Kriterium Ausdehnung - zu unterscheiden ist der Objektschutz, der rechtlich durch die Kategorie „Naturdenkmal" definiert wird und den Schutz von Einzelerscheinungen in der Landschaft (Naturgebilde) betrifft. Rund 430 Naturdenkmäler gibt es derzeit in Wien.

Naturgebilde gelten nach dem Wiener Naturschutzgesetz als „naturdenkmalwürdig", wenn bestimmte Kriterien hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen oder kulturellen Bedeutung, ihrer Eigenart und Seltenheit, ihrer besonderen Funktion im Landschaftsbild oder ihrer ökologischen Funktion erfüllt sind. Zum Naturdenkmal erklärt werden „landschaftlich hervorragende Bäume, Baum- oder Gehölzgruppen, Standorte seltener Tier- oder Pflanzenarten, Tier- oder Pflanzengemeinschaften, Quellen, sonstige natürliche Gewässer, Felsbildungen, erdgeschichtliche Aufschlüsse oder Erscheinungsformen". In Wien gibt es derzeit 434 solcher Naturdenkmäler (Stand: 31. Dezember 1997), hauptsächlich Einzelbäume oder Baumgruppen. Außerdem wurden 11 geologische Aufschlüsse, 12 kleinere Waldbestände, 3 Auwaldreste, 4 Gewässer, 10 Flächen von faunistischer und floristischer Bedeutung und 13 Alleen bzw. Baumreihen zu Naturdenkmälern erklärt. Das älteste noch vorhandene Naturdenkmal in Wien (Nr. 3, Unterschutzstellung 1936) ist die sogenannte „Tausendjährige Eibe" (Taxus baccata) im 3. Bezirk, Rest eines - der Überlieferung nach - uralten Eibenhaines aus der Römerzeit.

– Luftreinhaltung
Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L)
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Um eine entsprechende EU-Richtlinie zu erfüllen, wurde im Mai 1997 im Nationalrat das Immissionschutzgesetz Luft (IG-L) beschlossen, das allgemein gültige Immissionsgrenzwerte festlegt. Gemeinsam mit der dazugehörigen Durchführungsverordnung und der Meßkonzeptverordnung wird das Gesetz im März 1998 in Kraft treten. Das IG-L schreibt vor, daß neben den bereits bisher gemessenen Komponenten Schwefeldioxid (SO2), Stickstoffdioxid (NO2), Kohlenmonoxid (CO), Staub (STB) und Ozon (O3) auch die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol zu erfassen sind. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubniederschlag sowie den darin enthaltenen Schadstoffen Blei und Cadmium vorzunehmen. Werden im IG-L festgelegte Immissionsgrenzwerte überschritten, so wird das in den Monats- und Jahresberichten dokumentiert. Ist die Grenzwertüberschreitung nicht auf einen Störfall oder eine vorübergehende nicht wiederkehrende Belastung zurückzuführen, ist eine Statuserhebung durchzuführen. Sie hat die Immissions- und Emissionssituation sowie die meteorologischen Bedingungen zu beschreiben. Außerdem muß festgestellt werden, in welchem Gebiet Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind. Im Anschluß daran ist eine Verordnung zu erlassen, die einen Katalog mit emissionsmindernden Maßnahmen für das Sanierungsgebiet enthält. Als mögliche Maßnahmen können zum Beispiel Emissionsbegrenzungen für Betriebsanlagen, Verkehrsbeschränkungen und Einschränkungen beim Einsatz und der Herstellung bestimmter Stoffe angeordnet werden.

Lärmschutz

Forschungs- und Monitoringprojekte
– Wiener Lärmbericht 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Der Wiener Lärmbericht 1997 wurde von der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22) gemeinsam mit externen Lärmexperten und mit Unterstützung der Versuchsanstalt für Wärme- und Schallschutz am TGM erstellt. Mit dem Wiener Lärmbericht 1997 liegt ein umfassendes Nachschlagewerk für Architekten, Stadtplaner, Lärm- und Schallschutztechniker und Studenten vor. Er gibt einen Überblick über die medizinischen, rechtlichen und technischen Aspekte des Lärm- und Schallschutzes. Status Quo, Entwicklung und Tendenzen der Lärmbekämpfung werden genauso beschrieben, wie jene Maßnahmen, die vom Land Wien und vom Bund gesetzt werden, um die Lärmbelastung für die Wiener und Wienerinnen möglichst gering zu halten. Im sehr ausführlichen rechtlichen Teil wurde auch das einschlägige EU-Recht aufgenommen, im Anhang alle fachspezifischen ÖNORMEN und Richtlinien. Der Lärmbericht enthält aber auch Ratschläge für jeden einzelnen, wie er seine unmittelbare Lärmsituation verbessern kann.

Außerdem sind im neuen Lärmbericht die Daten über die Lärmbelastung dargestellt, die bei der IFES-Studie "Leben in Wien" im Jahr 1996 erhoben wurden. Die wichtigsten Ergebnisse: Die Lärmbelastung ist insgesamt seit 1982 gesunken und das, obwohl zum Beispiel das Verkehrsaufkommen deutlich gestiegen ist. Weniger Lärm verursachen Individualverkehr und Gewerbebetriebe, eine geringfügige Steigerung gibt es beim LKW-Lärm. Gleichgeblieben sind die Werte beim Schienenlärm, angestiegen sind Flug- und Baulärm.

Alle Lärmschutztips werden außerdem noch heuer in einer Infobroschüre zusammengefaßt, die spätestens Anfang Sommer bei der Wiener Umwelt Hotline (MA 22) erhältlich sein wird. Schon jetzt ist die Langfassung des Wiener Lärmberichts 1997 als CD-Rom erhältlich oder als gedruckte Kurzfassung in der MA 22 - Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz".

– Studie zur Verbesserung der Fluglärmsituation
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 2 (Lärmschutz))

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien hat 1997 gemeinsam mit dem Flughafen Wien Schwechat eine Studie beauftragt, um die Möglichkeiten auszuloten, die Fluglärmsituation über Wiener Stadtgebiet zu verbessern. Das Projekt wurde von dem renommierten Universitätsprofessor Dr. Ing. Manfred Fricke vom Institut für Luft- und Raumfahrt von der Technischen Universität Berlin durchgeführt. Fricke hat sich bereits mit dem Lärmproblem beim neuen Flughafen München intensiv beschäftigt und erfolgreiche Lösungen ausgearbeitet. Die fertige Studie für den Wiener Flughafen wird im Frühjahr 1998 präsentiert werden. Untersucht wurden zum Beispiel die Einführung eines Nachtflugverbotes oder alternative An- und Abflugrouten. Vorschläge für eine neue Ausrichtung bzw. den Neubau von Start- und Landebahnen wurden ebenfalls unterbreitet. Bei der Auswertung der Ergebnisse wurden besonders jene Gebiete Wiens berücksichtigt, die von den startenden und landenden Jets am häufigsten überflogen werden. Auch mit welchen wirtschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen bei den möglichen Maßnahmen zu rechnen ist, ist überprüft worden.

Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen
– Prioritätenkatalog für Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Schienenstrecken
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 2 (Lärmschutz)

Mit Hilfe des Schienenlärmkatasters der Abteilung wurde bereits eine Prioritätenreihung für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Schienenstrecken auf dem Wiener Stadtgebiet fertiggestellt. Ziel ist es, die Maßnahmen mit Priorität 1 möglichst rasch zu realisieren. Dazu gehören Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen Westbahnhof, Einmündung der Vorortelinie in die Westbahn (14. Bezirk bei Ameisbrücke), Westbahn im Bereich Blindenheim (14. Bezirk), Nordbahnhof, Nordwestbahnhof (Praterstern), Ostbahn (Simmering) und Donauuferbahn (Handelskai). Die Prioritätsstufe 1 betrifft eine Streckenlänge von insgesamt rund 2,2 Kilometern. Als Lärmschutzmaßnahmen sind hauptsächlich Lärmschutzfenster bzw. -wände vorgesehen. Die Kosten dafür betragen etwa 100 Millionen Schilling. Bisher hat sich der Bund als Eigentümer der ÖBB hartnäckig geweigert, die Maßnahmen zu finanzieren, wie es bei Anwendung des Verursacherprinzips logisch wäre.

– Wiener Umwelt Hotline (MA 22) hilft der Bevölkerung gegen den Baulärm
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 2 (Lärmschutz)
  Stabstelle

Eine erhöhte Belastung durch Baulärm ist zwar örtlich wie zeitlich begrenzt, für die Anrainer ist sie trotzdem ein Problem. Deshalb kann sich jeder Bürger, der von zu lautem Baulärm betroffen ist, an die Wiener Umwelt-Hotline (MA 22) wenden, die unter der Wiener Telefonnummer 4000/8022 erreichbar ist. In der Praxis sehen Anti-Lärm-Einsätze der Umwelt-Experten der Abteilung so aus, daß sie den Beschwerden nachgehen, indem sie zum Beispiel sich vor Ort die Situation ansehen, den Lärmpegel messen und prüfen, ob die eingesetzten Maschinen den Gesetzen entsprechen. Wo Maßnahmen notwendig erscheinen, wird auch zwischen Bauträgern und Anrainern vermittelt. Denn aus mehrjährigen Erfahrungswerten ergibt sich, daß oft bereits einfache Maßnahmen ausreichen, die Baulärmbelastung für die Bevölkerung verringern zu helfen.

– Umweltverträglichkeitsbeurteilung
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 2 (Lärmschutz)

Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärm- und schadstofftechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Meßwerterfassung, computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm und Luftschadstoffe.

Für die notwendige Bewertung der Intensitäten und Wirkungen von Lärmquellen liegen in der Regel Normen und technische Richtlinien vor, die im Lärmausbreitungsmodell SLÄERM (ArcInfo) berücksichtigt sind.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Verbrennungskraftmaschinen und Kraftfahrzeugbau der Technischen Universität Wien wurden die Emissionsdaten für Kfz-Abgase mit Prognosen bis zum Jahr 2000 ermittelt. Sie ermöglichen, neben den bisher relevanten Schadstoffen CO und NO2 auch das toxische Potential von Benzol und Rußpartikel in Kfz-Abgasen in umwelttechnische Gutachten einzubinden.

Durch die Weiterentwicklung des ÖNORM-Modells für kleinere und mittlere Emittenten können nun auch Immissionskonzentrationen bei windschwachen Wetterlagen berechnet werden (Stille Modell). Das modifizierte Gauß-Modell ermöglicht die Simulation der Ausbreitungsmechanismen von Stäuben.

– Modernste Computerunterstützung für die Erhebung der Lärmbelastung an Wiens Straßen- und Schienenstrecken
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Beim Kampf gegen den Lärm setzt die Stadt Wien auf modernste Computerunterstützung. Sowohl für den Verkehrslärm wie auch den Schienenlärm wurden eigene EDV-Programme entwickelt. Vom Straßenverkehrslärm-Immissionskataster, kurz SLIM genannt, wird das gesamte Hauptstraßennetz erfaßt. Die Programme werden alle zwei Jahre mit den aktuellen Daten aus den Verkehrszählungen gefüttert. SLIM zeigt die Lärmbelastung an, die in den Straßenzügen jeweils an der Baulinie auftritt. Dabei wird sogar zwischen linker und rechter Straßenseite unterschieden. Die Straßenzüge werden nach bestimmten Lärmbelastungskategorien geordnet. So erkennt man in welchen Straßen die Grenzwerte um wieviel überschritten werden. 1997 wurde eine spezielle Arc/Info Benutzeroberfläche entwickelt, damit der Straßenlärmkatasters (SLIM) auf UNIX Workstations besser bedient werden kann.

Ähnlich wie der Straßenlärmkataster funktioniert auch der Schienenlärmkataster (SLIK). Er stellt die Schallimmissionen an beiden Seiten der Schienenstrecken der Österreichischen Bundesbahnen in Wien dar. Die Immissionswerte werden durch einen dichten Raster von Immissionspunkten ausgewiesen und in drei Lärmzonen zusammengefaßt.

## Naturschutz

– Forschungs- und Monitoringprojekte
Forschungsprojekt: Vogelschutz und Windkraftanlagen in Wien
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Windkraftanlagen, wie sie seit kurzem auch in der Stadtgemeinde Wien errichtet werden, können grundsätzlich eine Gefahr für Vögel darstellen, da sie als Hindernisse im Luftraum ziehender und im Aktionsraum residenter Vogelarten wirken können. Wien weist eine große, naturräumlich bedingte Vielfalt von Vogellebensräumen auf, zum Beispiel die Donau mit Auen und Nebengewässern, künstlich geschaffene Gewässer, Laubwälder, Parks, Wiesen, Trockenrasen, Weingärten und Friedhöfe. In der Studie wurden die Auswirkungen und das Risiko von Windkraftanlagen auf Vogelbestände und -bewegungen untersucht.

Einige der wichtigsten Ergebnisse: Einflüsse von Windenergieanlagen sind grundsätzlich sowohl auf brütende und rastende als auch fliegende Vögel gegeben. Jedoch entsteht weder durch Einzelanlagen noch durch Windparks ein ernsthaftes Vogelschlagrisiko. Demgegenüber werden Vergrämung, Brut- und Rastgebietsverluste sowie notwendiges Ausweichverhalten an Windkraftanlagen als viel gravierendere Probleme eingestuft. Wat- und Wasservögel, vor allem Enten, halten häufig 200 bis 500 Meter Abstand zu Windkraftanlagen. Auch Offenlandbrüter wie Kiebitz, Feldlerche, Wiesenpieper und Braunkehlchen meiden zum Brüten die engere Umgebung der Anlagen.

In Anlehnung an die Naturschutzregelungen in Deutschland nennt die Wiener Studie auch Ausschlußgebiete (Gebiete wo keine Windkraftanlagen erlaubt werden sollten) bzw. Beschränkungsgebiete (nur eine ausnahmsweise Errichtung in beschränktem Ausmaß ist möglich). Ausgewiesen sind auch solche Gebiete, die auch aus der Sicht des Vogelschutzes als geeignete Standorte für Windkraftanlagen bezeichnet werden können. Die wichtigsten Ausschlußgebiete sind der Donaubereich inklusive Alter Donau als Leitlinie für den Vogelzug und als wichtiges Wasservogel-Rastgebiet sowie die Gebiete Lainzer Tiergarten, Wienerwald, Bisamberg, Lobau, Prater und die regional bedeutsamen Wasservogelbrutgebiete südlich von Süßenbrunn und am Wienerberg. Als geeignete Gebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen bleiben große Teile im Osten und Süden des Stadtgebietes.

– Biotopmonitoring
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle

Mit dem Biotopmonitoring der Umweltschutzabteilung werden die Grünstrukturen (Biotope) der Stadt Wien erhoben. Es liefert die Grundlagen für einen effizienten Schutz der Grünvegetation hauptsächlich im besiedelten Bereich der Stadt. Regelmäßig werden Luftbilder von der Stadt aufgenommen. So sieht man, wieviel Grün es wo in Wien gibt.

Flächendeckend und lückenlos wurden Lage, Größe, Anzahl, Art und Struktur der Grünflächen ermittelt. Auf den Infrarotbildern kann genau zwischen Verkehrsflächen, Häusern, Innenhöfen, Parkanlagen, Alleen oder einzelnen Baumreihen unterschieden werden. Bis ins Detail erkennt man, ob es sich bei den Grünbeständen um Wiesen, Büsche, Laubbäume, Nadelgehölze oder Ziergehölze handelt. Somit sind alle notwendigen Daten über den Ausstattungsgrad der Grünvegetation vorhanden. Auch auf den Zustand der "grünen Inseln" und Stadtbäume kann aus den Daten geschlossen werden. So gibt der Versiegelungsgrad Auskunft darüber, wieviel vom Grün auf einer bestimmten Stadtfläche übrigbleibt. Der Kronendurchmesser ist ein Maß für die Mächtigkeit eines Baumes. Der Kronenzustand läßt auf die Gesundheit der Bäume schließen. Die Luftbilder zeigen, wie die Grünflächen genutzt werden, zum Beispiel als Gastgarten, als Spielfläche oder negativerweise als Parkplatz.

In der ersten Phase wurden die Grünflächen des dichtbebauten Stadtgebietes untersucht. Als solche Gebiete sind in Wien rund 4.750 Hektar ausgewiesen. 881 Hektar davon sind Grünflächen in den unterschiedlichsten Kategorien. Das entspricht einem Grünflächenanteil von rund 17 Prozent im dichtverbauten Gebiet der Innenstadtbezirke und einem Anteil von 18,7 Prozent in den dichtbebauten Gebieten der äußeren Bezirke. Alleen, Baumreihen und andere linienartige Grünflächen gibt es auf einer Länge von rund 200 Kilometern. Insgesamt wurden 101.000 Bäume gezählt. Nur bei 9.000 Bäumen, das sind lediglich 8,9 Prozent, mußte der Kronenzustand mit "schlecht" oder „sehr schlecht" bewertet werden.

Das Biotopmonitoring liefert die Basisdaten für Stellungnahmen der Umweltschutzabteilung zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Nach dem dichtbebauten Stadtgebiet werden nun die Grünflächen in den restlichen Stadtgebieten erhoben. Bis 2002 werden entsprechende Grünflächendaten für die gesamte Stadt Wien vorliegen. Grundsätzlich soll das Monitoring in regelmäßigen Zyklen von 3 bis 5 Jahren stattfinden, damit positive und negative Veränderungen erfaßt werden können.

– Bodenzoologisches Monitoring im Wienerwald
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Böden stehen als offene Systeme in intensiver Wechselwirkung (Stoff- und Energieaustausch) mit ihrer Umwelt. Schadstoffe, es handelt sich dabei vor allem um Säuren, Schwermetalle und Stickstoffverbindungen, werden entweder direkt auf dem Boden deponiert oder nach einer Zwischenlagerung auf den Blattoberflächen der Bäume mit dem Niederschlag abgewaschen. Bei der Buche, einer der häufigsten Baumarten im Wienerwald, läuft auf Grund der Aststellung besonders viel Niederschlagswasser über den Stamm zu Boden.

Dieses Forschungsprojekt hat gezeigt, daß einige Bodentiere, vor allem Springschwänze (Collembola), äußerst schadstoffempfindliche Tiere sind. Es ist daher zweckmäßig, sie als Bioindikatoren für den Bodenzustand auszuwählen. Das Güteklassenschema basiert darauf, daß gesunde Böden durch hohe Abundanzen (Individuen pro Fläche, auch Aktivitätsdichte) und artenreiche Zönosen gekennzeichnet sind. In gut besiedelten Böden erfolgt umfangreicher Laubabbau und ausreichende Mineralisation. Artenreiche Tiergemeinschaften sind außerdem ökologisch wesentlich stabiler als artenarme. Die Güteklassen reichen von "optimal" (Güteklasse I) bis "stark reduziert und anormal" (Güteklasse IV). Im letzten Untersuchungsjahr wiesen zwei Standorte die Güteklasse II ("normal") auf (Leopoldsberg, Hermannskogel), sechs Standorte die Güteklasse III (Kahlenberg, Jägerwiese, Steinerne Lahn, Kolbeterberg, Jubiläumswarte, Hubertuswarte in Lainz) und zwei Standorte die Güteklasse IV ("anormal", Exelberg, Rieglerhütte).

Insgesamt wurde innerhalb der letzten Jahre eine langsame, aber deutliche Verschlechterung der untersuchten Standorte festgestellt. Keiner der bewerteten Böden hat sich verbessert. 60 Prozent der untersuchten Buchenwaldstandorte weisen eine stark veränderte und reduzierte Bodenfauna auf. Die Besiedelungsdichte ist äußerst gering, bestimmte Tiergruppen und auch Collembolenarten (Bodenlebewesen) sind hier aus der Lebensgemeinschaft (Zönose) verschwunden. Die parallel durchgeführten bodenchemischen Auswertungen belegen, daß die Säurebelastung (+ Schadstoffbelastung) unvermindert stark geblieben ist. Da bei gleichbleibender Belastungssituation der Waldböden auf Grund der vorliegenden Studie eine weitere Verschlechterung des Bodengesundheitszustandes im Wienerwald prognostiziert werden kann, ist aus bodenzoologischer Sicht eine weitere und verstärkte (Luft-) Schadstoffreduktion - in erster Linie von aus Industrie und Verkehr stammenden Säuren und deren Vorläufer - zu fordern.

– Monitoring: Wald- und Kulturlandschaftsvögel an zwei Probeflächen in Kalksburg
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

In den Jahren 1989 bis 1997 wurden auf zwei Probeflächen im Raum Kalksburg der Brutvogel-Bestand mit Hilfe der Revierkartierungsmethode erhoben. Bei der ersten Probefläche handelte es sich um eine Waldfläche ("Himmelswiese"), bei der zweiten um eine Kulturlandfläche ("Neuberg"). Außergewöhnlich ist bei der vorliegenden Studie der Erhebungszeitraum von fast 8 Jahren. In kaum einer anderen Untersuchung in Österreich wurde eine gesamte Brutvogelgemeinschaft über eine so lange Zeit hin untersucht.

Die Waldprobefläche umfaßt 19,7 ha und ist bedeckt von Laubmischwald-Beständen, Schwarzkiefern-Wäldern und einer ausgedehnten Halbtrockenwiese. Die 35,7 ha große Kulturlandfläche dominiert durch überwiegend intensiv bewirtschaftete Weingärten, besitzt jedoch auch größere Flächen von Feldgehölzen und Pionierwäldern, Halbtrockenwiesen und verbuschenden Wiesenbrachen. Beide Probeflächen stellen typische Landschaftsausschnitte dar, wie sie für den Westen Wiens charakteristisch sind. Das mit dieser Untersuchung vorgestellte Bestand-Monitoring der Brutvögel kann daher als repräsentativ für vergleichbare Gebiete Wiens gelten. Die untersuchten Vögel liefern überdies in ihrer Funktion als Bioindikatoren Hinweise zur Entwicklung der Lebensraumqualität für andere Tiergruppen und Pflanzen. Für jede als Brutvogel vorkommende Art wurde in diesem Bericht neben einer ökologischen Charakteristik eine Darstellung von Vorkommen, Bestandsentwicklung und Gefährdung in Europa, Österreich, Wien und dem Untersuchungsgebiet im speziellen gegeben.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind wenig erfreulich: Auf beiden Probeflächen mußte eine statistisch signifikante Abnahme der Revierzahl verzeichnet werden. Auch die Artenzahlen haben in beiden Probeflächen abgenommen. Vom Rückgang betroffen sind die verschiedenen Nahrungs-, Nist- und Zuggilden gleichermaßen. Aus dem Gebiet völlig verschwunden sind vor allem anspruchsvolle Kulturlandvögel und Waldvögel am Rande des Areals. Stabile oder leicht zunehmende Tendenz zeigen lediglich einige Waldvögel. Grund für den Rückgang sind zum Beispiel markante Veränderungen in der Kulturlandschaft wie zum Beispiel die Intensivierung des Weinbaus oder die Verringerung der Wiesennutzung. Auch die strengen Winter im Untersuchungszeitraum haben sich negativ ausgewirkt. Alle diese Faktoren haben einen bedeutenden Einfluß auf die Brutvogelbestände. Vor allem die Baumbrüter und Arten, die ihre Nahrung im Astwerk und auf Blättern suchen, sind von den negativen Veränderungen in der Kulturlandschaft stark betroffen. Die Revierzahlen aller Arten zeigen auf der Himmelswiese starke Reaktionen auf die strengere Winterwitterung. Lediglich auf Waldflächen gibt es eine erfreuliche Entwicklung. Die Aussetzung der forstlichen Nutzung auf einige charakteristische Waldarten wirkt sich positiv aus. Insgesamt jedoch erfordert der schleichende, allgemeine Rückgang der Vogelwelt, von dem fast alle Artengruppen darunter auch die "Allerweltsvögel" betroffen sind, eine rasche Einleitung von Gegenmaßnahmen. Im Untersuchungsgebiet ist die Restrukturierung der intensivierten Weinbauflächen mit der Wiederanpflanzung von Obstbäumen und Buschinseln, der Brachlegung von Weingärten und die Reduktion des Pestizideinsatzes notwendig.

– Monitoring der Biberfauna
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Das Bibermonitoring wurde bereits 1992 gestartet und 1997 abgeschlossen. Ziel war es, den Bestand, die Ausbreitung und die Nahrungstrategien der in der Lobau wiederangesiedelten Biber zu untersuchen. Waren es 1988 im Wiener Bereich lediglich vier ständig bewohnte Reviere mit 10 - 15 Biber, so konnten zum Start des Bibermonitorings 1992 bereits sieben Reviere mit insgesamt 25 Bibern gezählt werden. Heute gibt es etwa 13 Reviere, davon mindestens acht Familienreviere, mit ingesamt etwa 40 Exemplaren. Die Biberreviere in der Lobau dürften komplett besetzt sein. Abwanderungstendenzen über Wienfluß, Mauerbach und Liesing sind zu beobachten. Langzeituntersuchungen über die Winternahrungsstrategien von fünf Biberfamilien ergaben kein sehr einheitliches Bild. Offensichtlich sind Biber äußerst anpassungsfähige "Nahrungsopportunisten", bei denen vor allem das "Angebot" in ihrem Revier und nur kleinere familienspezifische Eigenarten und Vorlieben den Speiseplan bestimmen. Grundsätzlich kann man sagen, daß Lobau-Biber Weide, Pappel und Hartriegel sozusagen als Leibspeise bevorzugen. Baumstämme werden vor allem dann gefällt, wenn deren Durchmesser eher gering ist. Fällungen außerhalb eines 20 m breiten Uferstreifens sind selten. Durch die Aktivitäten der Biber in ihrem Lebensraum werden mehrere vergleichsweise kleinräumige Strukturen geschaffen, wodurch die Biodiversität erhöht wird. Konflikte zwischen Mensch und Biber treten zur Zeit noch eher selten auf, werden jedoch zunehmen, wenn die Biber noch mehr in stärker besiedelte Gebiete vordringen. Für das Bibermonitoring verantwortlich war Johanna Sieber im Auftrag der Umweltschutzabteilung (MA 22)

– Leitfäden und Arbeitshilfen
Leitfaden zum Schutz der Fledermäuse in Wien
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Die Überlebensbedingungen für die Fledermäuse haben sich in den letzten Jahrzehnten rapid verschlechtert. Um die Fledermäuse effizienter schützen zu können, müssen für sie bessere Lebensbedingungen geschaffen werden. Gelingt das, so können die Restbestände ihre Lebensräume nicht nur erhalten, sondern sogar ausweiten. Das ist der Ansatz, von dem der Leitfaden ausgeht. Übrigens: im Vergleich zu anderen europäischen Städten gibt es in Wien noch sehr viele verschiedene Arten von Fledermäusen, die jedoch alle durchwegs vom Aussterben bedroht sind.

Der Leitfaden stellt einen ersten Schritt zur Umsetzung des Arten- und Lebensraumschutzprogrammes (ALSP) für

die Stadt Wien dar (Kutzenberger, 1993). Inhaltlich kann auf dieser Ebene nicht die Tiefe eines Artenschutzprogrammes für Fledermäuse erreicht werden (Kutzenberger, 1993). Der Leitfaden soll vielmehr „fledermausfreundliches" Handeln im Alltag jener Personengruppen verankern, die in ihrem Tätigkeitsbereich in die Lebensräume von Fledermäusen direkt oder indirekt eingreifen.

Ziel dieses Leitfadens ist es, jene Faktoren zu beseitigen, welche die Lebensräume der Fledermäuse einengen. So zum Beispiel führen Nahrungsknappheit, direkte Vergiftung, Baumschnitt, Gebäudesanierung oder Bunkerverfüllung zu einem immensen Druck auf die Population. Dieser Druck soll nun reduziert werden, indem im gesamten Stadtgebiet flächendeckend "Nischen" geschaffen werden, die von den Fledermäusen in ihren unterschiedlichen Lebensphasen genutzt werden können.

Spezifische Maßnahmen, um Fledermausquartiere zu erhalten, bedürfen zusätzlicher artspezifischer Untersuchungen, die jeweils bei Bedarf durchgeführt werden. Der Leitfaden ist in erster Linie für Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien konzipiert. Grund dafür ist, daß es vor allem bei den Aufgaben, die im Rahmen der Errichtung oder Sanierung städtischer Wohnhausanlagen oder im Bereich der städtischen Wälder und Parkanlagen zahlreiche Möglichkeiten gibt, geeignete Lebensräume für die Fledermäuse zu erhalten und neu zu schaffen. Fast alle im Leitfaden vorgeschlagenen Maßnahmen können ohne oder nur mit sehr niedrigen Mehrkosten durchgeführt werden. Manche Maßnahmen würden sogar Kosten senken, zum Beispiel wenn man in den Grünanlagen in einzelnen Bereichen die bisherigen Pflegemethoden weniger intensiv betreibt oder differenzierter gestaltet. Der Leitfaden wurde von H. Kutzenberger, A. Baar und W. Pölz im Auftrag der MA 22 - Umweltschutz erstellt.

– Katalog- und Schutzmaßnahmen für prioritär und streng geschützte Pflanzenarten
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Im bereits fertiggestellten Gesetzesentwurf für das neue Wiener Naturschutzgesetz ist auch ein neues, umsetzungsorientiertes Instrumentarium, nämlich das Arten- und Lebensraumschutzprogramm, verankert. Es beinhaltet unter anderem einen stärker als bisher abgestuften Artenschutz mit den Kategorien "prioritär", "streng geschützt" und "geschützt". Künftig soll damit auf bestehende Gefährdungsursachen effizienter eingegangen werden. Deshalb wurde im Auftrag der Umweltschutzabteilung auch die Liste der geschützten Pflanzenarten Wiens überarbeitet. Eine Reihe von Pflanzenarten wurden neu aufgenommen. Darunter sind vor allem solche zu finden, für deren Erhaltung ein strenger Schutz oder sogar begleitende Sicherungsmaßnahmen notwendig sind. Außerdem enthalten sind jene Arten, die in den Anhängen zur Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU aufgelistet sind.

– Stadterlebnisgärten/Zierpflanzen: Bedeutung für Lebensqualität und Biodiversität
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Auch dabei handelt es sich um einen neuen Leitfaden der 1996 ausgearbeitet wurde. Er bietet Ansätze, um in Teilbereichen des städtischen Grünraumes Pflanzen zu setzen, die speziell für Tiere von hohem Wert sind (zum Beispiel bei der Habitatwahl oder als Nahrungsquelle).

Im ersten Teil der Arbeit werden Informationen zur Anlage, Gestaltung und Pflege der genannten Lebensräume gegeben, um die komplexen Wechselwirkungen am Standort aufzuzeigen. Diesen Angaben sind Pflanzenlisten beigefügt, die im kurzen Überblick einige ausgewählte typische Arten zeigen.

Im zweiten Teil des Leitfadens werden exemplarisch einige Pflanzenarten in Form einer aufzählenden, kommentierten Liste vorgestellt. Dabei wurden Pflanzen ausgewählt, die einerseits leicht zu vermehren (oder zu beschaffen) und andererseits leicht zu kultivieren sind. Angestrebt wird die selbständige Verbreitung (oder das Auswildern) der Arten. Die eingebrachten Pflanzenarten dienen als "Mutterpflanzen" am Standort. Ausgewählt wurden vor allem Arten der Lebensräume Wiesen, Gehölzgruppen, Hecken, Böschungen und Saumgesellschaften.

In den einzelnen "Pflanzenportraits" finden sich knappe Angaben zur Botanik, zum Standort, zur Vermehrung, zum faunistischen Wert und eine Beurteilung des Gartenwertes. Besonders berücksichtigt wurde dabei auch der Wert der Pflanzen, den sie für die Insekten haben. Denn die Insekten bilden einen Großteil der Biomasse, die von anderen Säugetieren, Vögeln und Reptilen als Nahrung notwendig sind (funktionale Arten). Die kommentierte Liste liegt als einfache Datenbank (Microsoft Works) vor. Die darin gemachten Angaben sind für den Praktiker gemacht, daher wurde bei den angeführten Tierarten weitestgehend auf den Trivialnamen (deutsche Bezeichnung) zurückgegriffen; die Angaben zum faunistischen Wert verschaffen einen Überblick, können aber nicht vollständig sein. Der Leitfaden dient als Hilfsmittel sowohl für Privatpersonen als auch für Verwaltungsdienststellen (wie zum Beispiel Stadtgartenämter, Bundesgärten, Verwaltungen öffentlicher Gebäude usw.). Er soll motivieren, Stadterlebnisgärten anzulegen und zu pflegen. Im Leitfaden sind Bezugsquellen für Wildpflanzen angegeben und auf weiterführende Literatur wird ebenfalls verwiesen. Ausgearbeitet wurde der Leitfaden von K. Pohl im Auftrag der MA 22 - Umweltschutz.

– Leitfaden zur Raumverträglichkeit: ein Beitrag zur nachhaltigen Raumnutzung
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Das Projekt wurde 1996 und 1997 durchgeführt. Entwickelt wurde ein Leitfaden als Diskussionsgrundlage und für die gemeinsame Arbeit in diesem Bereich von einer Gruppe von Beamten und Freischaffenden unterschiedlicher Fachdisziplinen. Mit dem "Umweltleitfaden" wurde bereits 1989 unter der Federführung der MA 22 - Umweltschutz ein methodisches Konzept erstellt, um öffentliche und private Vorhaben umweltbezogen beurteilen zu können. Diese Arbeit hat sich in der Praxis nicht nur zur Beurteilung von Vorhaben, sondern auch als Leitfaden zur Willensbildung von Entscheidungsträgern bewährt. Weiterreichende soziale, ökonomische oder stadtstrukturelle Auswirkungen der zu beurteilenden Vorhaben blieben jedoch ausgeklammert.

Basis für weitere Überlegungen bildet der Raum beziehungsweise das mit den Begriffen Landschaftsgestalt, Landschaftshaushalt und Landschaftsbild im Fachreferat für Naturschutz erarbeitete räumliche Konzept. Ziel ist es, für die Teilsysteme Wirtschaft, Gesellschaft und Natur Kriterien bzw. Indikatoren zu erarbeiten, die die nachhaltige Entwicklung widerspiegeln. Derzeit gibt es ungefähr 80 EU-Projekte zum Thema nachhaltige Entwicklung. Gemeinsam haben sie, daß fast ausschließlich Einzelindikatoren untersucht werden, die notwendige systemische Zusammenschau aber im Hintergrund steht. Der Beitrag des Naturschutzes besteht u.a. darin zu zeigen, woran sich nachhaltige Systeme (Natur) orientieren.

Naturschutzmaßnahmen: Umsetzung
– Bestandsstützung für das Wiener Nachtpfauenauge
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Nachdem die Puppen in den vergangenen Jahren ausgesetzt wurden, sollte 1996 der Erfolg dieser Maßnahme kontrolliert werden. Dabei wurden die Habitate Wienerberg, Laaerberg und Zentralfriedhof in je drei Exkursionen besucht und die Anzahl von Nachtpfauenaugen festgestellt. Die Ergebnisse waren überzeugend. An manchen Abenden waren die Nachtpfauenaugen jene Schmetterlingsart, die am häufigsten festgestellt werden konnte. Erfreulicherweise wurden auch besonders große Exemplare beobachtet, ein Zeichen dafür, daß die Lebensbedingungen für diese Schmetterlingsart besonders gut sind. Resumee: Das Bestandsstützungsprojekt war in allen Habitaten erfolgreich. Das Projekt wurde von R. Eis im Auftrag der MA 22 - Umweltschutz durchgeführt.

– Grundlagen und erste Maßnahmen für die Erhaltung des Wachtelkönigs auf den Wienerwaldwiesen im Bundesland Wien
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Der Wachtelkönig ist eine weltweit extrem gefährdete Vogelart. Laut "Roter Liste" ist der Vogel in Österreich sogar vom Aussterben bedroht. In Wien leben nur noch wenige Exemplare auf den Wienerwaldwiesen im Gütenbachtal. Die Umweltschutzabteilung hat 1997 gemeinsam mit BirdLife Österreich ein spezielles Schutzprogramm gestartet, um den Wachtelkönig zu retten. Bis Ende 1997 wurden die Grundlagen erhoben, wie man den Wachtelkönig am besten erhalten kann. An ersten Schutzmaßnahmen wurde ebenfalls bereits gearbeitet. In der ersten Phase wird festgestellt, wieviele Wachtelkönige auf welchen Wienerwaldwiesen leben. Dazu wird das Archivmaterial von BirdLife genutzt, aber auch Kontrollgänge bei Tag und Nacht werden durchgeführt. Die Zählung der Exemplare ist besonders schwierig, da der Vogel als besonders scheu gilt. Am besten kann man den Wachtelkönig noch in der Nacht finden, dann nämlich ertönen seine besonders markanten Rufe. Untersucht wird auch, welche Vegetationsarten der Wachtelkönig in Wien bevorzugt und seine Fortpflanzung am besten fördern. In der zweiten Phase soll die Lebenssituation der Wachtelkönige durch konkrete Maßnahmen verbessert werden. Mit den Bauern soll vertraglich vereinbart werden, daß das Mähen der Wiesen weniger oft, zeitlich verzögert und nur mehr schonend durchgeführt wird. So soll zum Beispiel die Wiesenmahd nur mehr von innen nach außen erfolgen, damit die Fluchtwege offen bleiben. Außerdem soll die Geschwindigkeit der Mähmaschinen reduziert werden. Dann haben die Wachtelkönige auch genügend Zeit, um den Maschinen auszuweichen. Weitere Bewirtschaftungsauflagen (zum Beispiel das Pflanzen von Schilfarten) sollen dafür sorgen, daß jene Wiesenvegetation gefördert wird, die der Wachtelkönig zum Überleben braucht. Das Mähen der Wiesen völlig einzustellen, wäre nicht sinnvoll. Denn läßt man die Flächen brachliegen, kommen binnen kurzer Zeit Büsche und Sträucher auf, so daß der Wachtelkönig keinen optimalen Lebensraum mehr vorfindet. Für eventuelle Ertragseinbußen sollen die Bauern entschädigt werden.

– Neues Landschaftsschutzgebiet Hietzing
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

1997 wurde auch ein neues Schutzgebiet geschaffen, das Landschaftsschutzgebiet Hietzing (13. Bezirk). Im Laufe der historischen Entwicklung sind dort außerhalb des Lainzer Tiergartens großflächig zusammenhängende Bereiche erhalten, die bis heute nicht besiedelt oder nur in geringem Umfang bebaut sind und abgesehen davon auch noch eine große Bedeutung aus kulturhistorischer Sicht haben. Diese Flächen sind besonders wertvoll für die Naherholung und haben auch große ökologische Qualität. Aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes handelt es sich deshalb um erhaltungswürdige Gebiete. Die ökologischen Funktiontypen Wald, Park- und Erholungsflächen, Gewässer, Bereiche mit Einfamilien- und Einzelhausbebauung sowie Reste von Agrarräumen sind in diesem Gebiet vorhanden. Durch die Erhaltung und, wo erforderlich Entwicklung der einzelnen Bereiche unter Bedachtnahme auf den Landschaftsschutz, soll erreicht werden, alle charakteristischen Landschaftsteile des Bezirkes und alle stadtökologisch wichtigen Gebiete zu sichern.

– Planungsarbeiten für ein neues Landschaftsschutzgebiet Hernals
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Demnächst soll Wien ein neues Schutzgebiet, das Landschaftsschutzgebiet Hernals erhalten. Bei der Gebietssabgrenzung werden die naturräumlichen Gegebenheiten speziell berücksichtigt, und zwar entsprechend den Zielen der Stadtplanung, des naturschutzfachlichen Leitbildes und der stadtökologischen Funktionstypen. Mit der geplanten Verordnung werden folgende Ziele angestrebt: Die Landschaftscharakteristik und die Weinbauflächen sollen erhalten bleiben. Bestehende und derzeit erlaubte Nutzungsmöglichkeiten sollen behutsam entwickelt werden, so zum Beispiel die Erholungseinrichtungen, Wiesenpflege und Förderung standortgerechter Vegetation. Die Wohnnutzung soll nur mehr bei entsprechender Widmung, und die Verkehrsnutzung überhaupt nicht mehr ausgeweitet werden.

– Vorarbeiten zu einem Arten- und Lebensraumschutzprogramm Hernals
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Aufbauend auf dem Rahmenkonzept für ein "Arten- und Lebensraumschutzprogramm (ALSP) Wien 1994" und das entsprechende "Umsetzungskonzept 1996" wurde 1997 mit den Vorarbeiten zu einem "Arten- und Lebensraumschutzprogramm Hernals" begonnen. Wesentliche Punkte in dieser Phase der Durchführung: Ausgewählt wurden insgesamt 7 Pilotflächen im 17. Bezirk, die als Ausgangspunkte eines zukünftigen ALSP-Netzwerkes geeignet sind. Für diese Flächen wurden bereits auch lokale Entwicklungs- und Pflegekonzepte erarbeitet und mit der Umsetzung begonnen unter Berücksichtigung der vier Aspekte für jeden stadtökologischen Funktionstyp (ökologischer, soziokultureller, gestalterisch-ästhetischer und funktioneller Aspekt). Begleitend dazu soll eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit die EntscheidungsträgerInnen und die breite Bevölkerung für die Ziele des Arten- und Lebensraumschutzprogrammes sensibilisieren und zum Mitmachen motivieren.

– Amphibienschutz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Im Amphibienschutz liegt ein Schwerpunkt bei den Maßnahmen zum Schutz der Erdkröte. Vor allem bei der Wanderung der Kröten zu den Laichgewässern, die häufig über stark befahrene Straßen führt, werden jährlich im Frühjahr Tausende Kröten getötet. Solche Wanderstrecken befinden sich im 2. Bezirk im Prater (Aspernallee); im 14. Bezirk in der Rosentalgasse, Steinböckengasse, Amundsenstraße (im Bereich Schottenhof), Mauerbachstraße (im Bereich Schloß Laudon) und der Sofienalpenstraße (Nähe Adalbert-Stifter-Denkmal); im 17. Bezirk in der Exelbergstraße (Bereich Schwarzenbergpark) sowie im 21. Bezirk in der Senderstraße (Bisamberg). Beim Schutz der Kröten setzt die Umweltschutzabteilung auf verschiedene Maßnahmen: Die Straßen sind zum Beispiel mit Amphibienschutztafeln gekennzeichnet oder mit Krötenschutzzäunen gesichert. Völlig neu ist eine von der MA 22 - Umweltschutz und dem Forstamt (MA 49) 1997 entwickelte mobile Tunnelanlage. Die Kröten marschieren durch den Tunnel hindurch und können so gefahrlos die andere Straßenseite erreichen. Der mobile Tunnel dient dazu, vor Ort herauszufinden, ob die Kröten an den jeweiligen Wanderstrecken eine Tunnelanlage überhaupt annehmen. Erstmals war ein solcher Krötentunnel 1997 am Bisamberg im Einsatz. Dort wurde diese Hilfsmaßnahme von den Tieren voll akzeptiert, so daß der mobile Tunnel bereits durch einen stationären ersetzt werden konnte. Die mobile Tunnelanlage selbst besteht aus einer Stahlrampe, die durch ein befahrbares Stahlgitter mit einer Tragkraft von bis zu vier Tonnen abgedeckt ist. Das Stahlgitter ist lichtdurchlässig, denn auch wenn die Tiere vorwiegend nachts unterwegs sind, einen völlig dunklen Tunnel nutzen die Tiere nicht. Sie müssen sich am Licht der Sterne und des Mondes orientieren können. Leitbleche und Zäune am Straßenrand führen die Kröten zu den Tunnelöffnungen.

Bei den fix errichteten Tunnelanlagen handelt es sich um aus betongefertigte Kanaltröge, die in die Fahrbahn eingebaut werden. Gedeckt ist der Tunnel mit Betonplatten oder Asphaltbelag und damit das notwendige Licht einfallen kann, teilweise mit befahrbaren Schachtgittern. Zäune und Planken leiten die Kröten zu den Tunneleingängen.

## Umweltschutz und Stadtentwicklung

Umsetzung von Maßnahmen

– Schnellbahnstation Lobau wiedereröffnet
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 4 (Umweltschutz und Stadtentwicklung)

Wieder eröffnet wurde die Schnellbahnstation in der Lobau im September 1996. Die Station Lobau kann nunmehr direkt über den Franz-Pletersky-Weg und Krokusweg erreicht werden. Zum Erholungsgebiet Neue Donau gelangt man nun über eine neue Brücke in der Raffineriestraße. Die Wege bei der Station sind erneuert und mit einer Beleuchtung ausgestattet worden. Neu sind auch Wartehäuschen und die Bahnsteige. Gebaut wurde auch ein Personentunnel unter dem Bahnsteig. In den nächsten Wochen wurde außerdem auf einer Länge von einem Kilometer auf Seite der Wohnsiedlung Krokusweg eine Lärmschutzwand errichtet. Beim Neubau der Station beteiligt waren auch die Umweltschutzabteilung (MA 22) und das Forstamt (MA 49). Die Gesamtkosten betrugen 20 Millionen Schilling.

– Sanierung des Hanslteichs
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 4 (Umweltschutz und Stadtentwicklung)

Beim Hanslteich, einem beliebten Freizeitgebiet für viele WienerInnen, wurde im Frühjahr 1997 mit der Sanierung begonnen. Die Verbesserung der gesamten Ökologie durch Schlammabsaugung, Ufergestaltung und Biotopverbesserung ist ebenso geplant wie Arbeiten am Wegenetz und die Befestigung von Waldwegen. Die Gesamtkosten werden über 500.000 Schilling betragen. Die Hälfte der Kosten werden vom Verein Wien-Niederösterreich getragen. Ziel des seit 1974 bestehenden Vereins ist es, Naturräume und Erholungsflächen, die für die BewohnerInnen beider Bundesländer wichtig sind, zu schaffen, zu sichern oder auszugestalten. Um das zu erreichen, erhalten Gemeinden, Vereine oder Organisationen finanzielle Hilfe für Erholungsprojekte, die natürlich der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen müssen; außerdem werden Maßnahmen zum Schutz des Wienerwaldes subventioniert.

## Luftreinhaltung und Luftmeßnetz

Forschungsprojekte

– POP - Pannonisches Ozonprojekt
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 5 (Luftreinhaltung)

Das pannonische Ozonprojekt wurde im Jahr 1993 mit dem Ziel gestartet, ein wissenschaftlich fundiertes Instrument für die strategische Planung zur Reduktion der Belastung von Sommerozon in Nordostösterreich zu schaffen. Für die Planung und Durchführung des Projektes waren partnerschaftlich das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf, das Institut für Meteorologie und Physik der Universität für Bodenkultur und das Österreichische Umweltbundesamt verantwortlich. Finanziert wurde POP von den Österreichischen Bundesministerien für Wissenschaft und Verkehr, für Umwelt, Jugend und Familie und für Land- und Forstwirtschaft sowie von den Ämtern der Landesregierungen für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Nach nunmehr 3½ jähriger Entwicklungsarbeit liegen folgende Ergebnisse vor: Ein einheitlicher Datensatz, welcher in einem umfangreichen Oxidantienmeßprogramm mittels Boden- und Flugzeugmessungen über zwei Sommer im Untersuchungsgebiet gewonnen wurde. Weiters eine räumlich und zeitlich fein aufgelöste Emissionsinventur der Ozonvorläuferstoffe Nox, flüchtige organische Verbindungen ausgenommen Methan = NMVOC und CO für Österreich, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Außerdem gibt es ein photochemisches Transportmodell für die Simulation von Produktion und Transport von Ozon in Europa. Das Modell ist für die wissenschaftlichen Analysen der Oxidantienbildung in Nordostösterreich, für die Szenario-Berechnungen zur Abschätzung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Emissionsminderung von Ozonvorläuferstoffen sowie für Ozon-Kurzzeitprognosen im Untersuchungsgebiet geeignet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß im Rahmen des pannonischen Ozonprojektes ein wichtiges Instrument zur strategischen Planung von Maßnahmen zur Reduktion des Sommerozons in Nordostösterreich geschaffen wurde. Die ersten Modellanwendungen in diesem Projekt haben gezeigt, daß Ozonspitzen durch regionale Maßnahmen deutlich abgesenkt werden können, daß aber längerfristige Reduktionen der Ozonbelastung nur durch großräumige Emissionsreduktionen zu erzielen sind. Diese Ergebnisse decken sich auch mit den Grundaussagen anderer internationaler Studien auf diesem Gebiet. Das POP-Modell wurde bereits am Rechner des österreichischen Umweltbundesamtes für weitere Auswertungen implementiert.

– Studie: Morgendliche Spitzen der Ozonkonzentration im Wiener Stadtgebiet
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Ein bisher noch ungeklärtes, für die praktische Arbeit in der Meßnetzzentrale überraschendes Phänomen hat sich wiederholt an einigen Wiener Ozon-Meßstellen gezeigt. Bereits am Vormittag steigt die Ozonkonzentration innerhalb weniger Minuten extrem an, mit Werten weit über 100 ppb, wobei nach einiger Zeit die Werte wieder sinken. Die sehr raschen lokalen Ozonanstiege verursachen in der Meßnetzzentrale große Probleme, da die Entwicklung der aktuellen Luftqualität auf Grund dieses Phänomens nur mehr schwer eingeschätzt werden kann.

Mit der Untersuchung an Hand luftchemischer und meteorologischer Meßgrößen sollen die Grundlagen geschaffen werden, die eine routinemäßige Klassifizierung und Bewertung der morgendlichen Spitzen der Ozonkonzentration möglich machen. Eine Richtlinie dazu wird ausgearbeitet, damit in Zukunft unter Verwendung vorhandener Immissionsmeßergebnisse und diverser meteorologischer Parameter die aktuelle Luftgütesituation wieder besser und leichter eingeschätzt werden kann.

Umweltprogramme und Schwerpunktprojekte
– Schwerpunktthema: Erste Ozon Konsens-Konferenz der Ostregion
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)
Stabstelle

Im Juni 1996 wurde der „Ozongesetzliche Maßnahmenplan" der Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland präsentiert. Um die darin geforderte breite „Ozon-Solidarität" zu erzielen, haben die drei Bundesländer gemeinsam mit der Wiener Umweltanwaltschaft beschlossen, neue Wege zu gehen. Erstmals in Österreich wurde daher eine „Konsens-Konferenz" zum Thema bodennahes Ozon abgehalten. Konsens-Konferenzen sind ein neues, vielversprechendes Instrument der direkten Demokratie, das sich in anderen europäischen Ländern bereits bewährt hat. Mit solchen Konferenzen versucht man, die Beteiligung einer informierten und geschulten Öffentlichkeit an umweltpolitischen Entscheidungsprozessen zu erreichen und PolitikerInnen nicht nur durch Fachleute, sondern auch durch informierte BürgerInnen beraten zu lassen. Die 1. Ozon-Konsens-Konferenz hat im Juni 1997 mit Jugendlichen stattgefunden. Abgesehen von der eigentlichen Konferenz wurde auch ein Experten-Hearing durchgeführt, bei dem die Jugendlichen die Möglichkeit hatten, mit Fachleuten aus der Wissenschaft, aber auch mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und der Autofahrerclubs die Problematik rund ums Ozon zu erörtern. Der Schlußbericht mit den Ergebnissen der 1. Ozon-Konsens-Konferenz und den Vorschlägen der Jugendlichen, wie man aus ihrer persönlichen Sicht zur Ozonreduktion beitragen kann, wurde im Herbst 1997 fertiggestellt. Die Konferenz war ein Projekt der Wiener Umweltanwaltschaft und der Länder Wien (vertreten durch die MA 22 - Umweltschutz), Niederösterreich und Burgenland.

E-Mobil Förderung: erfolgreiche Bilanz 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Die erfolgreiche E-Mobil-Förderung wurde auch 1997 fortgesetzt. An Förderungsgeldern wurden 1997 rund 1,2 Millionen Schilling ausbezahlt (1996: rund 500.000 Schilling). Für Elektrofahrräder gab es 1997 einen Zuschuß von 3.000 Schilling, für Elektroroller und Elektrokrafträder 5.000 Schilling. Der Kauf eines Elektroautos wurde 1997 mit 20.000 Schilling belohnt.

Im Detail wurden 1997 (mit dem Stichtag 10. Dezember 1997) 88 Elektrofahrräder, 175 Elektro-Roller und 1 Elektro-PKW, insgesamt also 264 E-Mobile, gefördert (1996: 201). Die erfolgreiche Aktion, mit der ein deutliches Zeichen für umweltfreundliche Alternativen im innerstädtischen Verkehr gesetzt wird, soll auch 1998 fortgesetzt und verbessert werden.

Wiener Luftmeßnetz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)
Meßstellen und gemessene Schadstoffkomponenten

Der Zustand der Wiener Luft wird ständig von einem flächendeckenden Immissionsmeßnetz überwacht, mit 18 stationären Luftmeßstellen im gesamten Wiener Stadtgebiet und einem mobilen Luftmeßbus. Alle Meßstellen sind in modernen Meßcontainern untergebracht. Die Aufstellungsorte wurden so gewählt, daß vor allem an verkehrsexponierten Stellen gemessen wird und daher die Beschreibung der Luftsituation besonders kritisch erfolgt. Das Meß-

netz ist gegenwärtig so ausgebaut, daß alle Meßstellen mit Meßgeräten für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxiden ausgerüstet sind. An sieben verkehrsbelasteten Standorten wird zusätzlich Kohlenmonoxid gemessen. Fünf Meßstellen sind außerdem mit Ozonmeßgeräten ausgestattet. An vier Standorten erfassen meteorologische Sensoren Windgeschwindigkeit, Windrichtung und Lufttemperatur. Zusätzlich wird zur Kontrolle der Luftreinhaltung auch ein mobiler Umweltmeßwagen eingesetzt, der für die Durchführung von mobilen Immissionsmessungen der Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und Ozon ausgerüstet ist. Der Meßbus wird, wie auch die übrigen 18 stationären Luftmeßstellen, vom Zentralcomputer überwacht und übermittelt die Daten direkt in die Meßzentrale der Umweltschutzabteilung.

Technische Ausstattung des Luftmeßnetzes 1997

Mit dem neuen Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L) verbunden waren natürlich auch eine Reihe von Maßnahmen, um das Meßnetz IG-L-konform zu adaptieren. Meßplätze für Benzol und Blei mußten eingerichtet werden, auch der Zentralcomputer wurde durch eine leistungsintensivere, schnellere Workstation mit wesentlich höherer Speicherkapazität ersetzt. An der Meßstelle AKH-Dach können in Zukunft SO2- und NO2-Messungen eingestellt werden, da die Ergebnisse der Meßstelle Währinger Gürtel ausreichen. Die Adaptierungsarbeiten wurden rechtzeitig vor Inkrafttreten des IG-L Anfang 1998 abgeschlossen.

Regelmäßig wird die Technik des Luftmeßnetzes auf den neuesten Stand gebracht. So wurde 1997 ein portables Meßdatenerfassungs- und Kalibrationssystem angeschafft. Es dient dazu, die in den 18 Luftgüte-Meßstationen eingebauten Immissionsmeßgeräte auf ihre ordnungsgemäße Funktion hin zu überprüfen, damit die notwendige Qualität der Meßergebnisse gewährleistet werden kann. Dabei erfolgt in voll- und halbautomatischen Meßabläufen nach vorgegebenen Normen der Qualitätssicherung eine mathematische Bewertung der Resultate. Die Ergebnisse werden als "Kalibrierbericht" in tabellarischer und graphischer Form ausgedruckt. Neu ist auch ein Gerät für den Wasserdampfabgleich, der routinmäßig bei den CO-Immissionsmeßgeräten durchgeführt werden muß. Bisher mußten dazu die CO-Meßgräte zur Fachfirma transportiert werden. Nun ist es möglich, das bei der Umweltschutzabteilung direkt durchzuführen. Die Überprüfungen erfolgen dadurch schneller und kostensparender.

Meßnetzwartung

Für die Wartung extrem gelegener Luftmeßstellen, zum Beispiel am Südhang des Hermannskogels in 520 m Höhe, ist ein Geländefahrzeug notwendig, um Werkzeug, Ersatzteile, teilweise sehr teure Ersatzgeräte, Kalibratoren und Druckgasflaschen sicher zur Meßstelle zu transportieren. Bisher hatte die Umweltschutzabteilung dafür einen 14 Jahre alten Puch-G zur Verfügung, der jedoch auf Grund der altersbedingten hohen Reparaturkosten unrentabel geworden ist. Beantragt wurde bereits 1996 deshalb der Ankauf eines geeigneten neuen Geländefahrzeuges unter Berücksichtigung eines optimalen Preis-Leistungsverhältnisses. Genehmigt wurde 1997 jedoch lediglich ein VW Kombi TDI 75 KW, trotz der Einwände der Umweltschutzabteilung, daß dieses Fahrzeug die Anforderungsbedingungen nicht erfüllen können wird. Diese Befürchtung hat sich nun leider in der Praxis im Winter 97/98 bestätigt. Das Fahrzeug ist im Schnee steckengeblieben, obwohl die Schneelage in diesem Winter wohl kaum als extrem bezeichnet werden kann. Bis zu 50 Kilogramm schwere, teilweise hochsensible und teure Einzelgeräteanlagen mußten von den Mitarbeitern der Umweltschutzabteilung zu Fuß zur Meßstelle getragen werden. Die Folge ist, daß in wirklich extremen Wintern, wenn die Meßstelle auf Grund der Schneelage auch zu Fuß nicht mehr erreicht werden kann, der Betrieb eingestellt werden muß, und damit auch den gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr nachgekommen werden kann.

## Chemische Analysen

Erfassung mittel- und langfristiger Trends von Schadstoffkonzentrationen
– Untersuchung des Wiener Bodens auf Schwermetalle
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

An insgesamt 286 Stellen des Stadtgebietes wurde 1997 von der Wiener Umweltschutzabteilung der Boden auf seinen Gehalt an umweltrelevanten Schwermetallen untersucht. Analysiert wurde, in welchem Ausmaß der Boden mit 13 umweltrelevanten Schwermetallen nämlich Arsen (As), Cadmium (Cd), Kobalt (Co), Chrom (Cr), Kupfer (Cu), Quecksilber (Hg), Molybdän (Mo), Nickel (Ni), Blei (Pb), Platin (Pt), Selen (Se), Vanadium (V) und Zink (Zn) verunreinigt ist.

Die Proben wurden in Parkanlagen mit Kinderspielplätzen, in Wohngebieten, entlang von Straßenzügen (Gürtel, Nord-, West- und Ostausfahrt, Südosttangente, Höhenstraße), aber auch in Grüngebieten (Lobau, Donauinsel) genommen. Die Wiener Daten wurden mit den europaweit anerkannten „Nutzungs- und schutzbezogenen Orientierungswerten für Schadstoffe in Böden" (Dr. med. Th. Eikmann und Prof. Dr. A. Kloke) verglichen. Diese Orientierungswerte geben einerseits die natürliche Grundbelastung im Boden an und empfehlen andererseits Grenzwerte für die Bodenbelastung im Bereich von Haus- und Kleingärten und im Bereich von Industrie- und Gewerbebetrieben.

Das erfreuliche Ergebnis: Der Wiener Boden enthält insgesamt keine besorgniserregenden Schwermetallkonzentrationen und entspricht größtenteils dem natürlichen Gehalt bei unbelasteten Böden. Besonders positiv ist die Entwicklung bei der Bleibelastung. Erstmals sinkt der Bleigehalt an allen Straßenzügen, abgesehen von der Südosttangente. Die Bodenuntersuchung wird von der MA 22 - Umweltschutz in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Nach den Ergebnissen der Jahre 1992 und 1994 hat die Untersuchung 1997 bereits zum drittenmal stattgefunden, so daß erstmals auch Aussagen über die langfristige Entwicklung der Schwermetallkonzentrationen möglich sind. Die nächste Bodenuntersuchung ist für das Jahr 2000 geplant. Die Ergebnisse zur aktuellen Studie wurden unter dem Titel "Wiener Bodenbericht 1997" in der MA 22 -Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz" veröffentlicht.

– WADOS - Untersuchung von Regeninhaltsstoffen
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 7 (Labor)

Dieses Projekt, das in Zusammenarbeit mit der TU - Wien durchgeführt wird, dient vor allem dazu, den Gehalt an Schwermetallen, Säuren und Salzen im Regenwasser zu ermitteln. Dazu sind im Raum Wien und im Bereich Naßwald insgesamt vier Probenahmestellen eingerichtet, an denen von Mitarbeitern der MA 49 - Forstamt täglich Proben entnommen und dann im Labor der Umweltschutzabteilung auf die Schwermetalle Cadmium (Cd), Chrom (Cr), Kupfer (Cu), Nickel (Ni), Blei (Pb), Vanadium (V) und Zink (Zn) untersucht werden. Parallel dazu werden die Proben von der Technischen Universität Wien auf die übrigen Parameter Ammonium (NH4+), Natrium (NA+), Kalium (K+), Kalzium (Ca2+), Magnesium (Mg2+), Chlorid (Cl-), Nitrat (NO3-), Sulfat (SO42-) analysiert. Resultat dieser Untersuchung ist der jährlich erscheinende WADOS-Bericht, der eine Beurteilung der Schadstoffkonzentrationen im Regen und somit naturgemäß in der Luft vornimmt. Die Daten werden von verschiedenen Dienststellen benutzt, um z.B. die über den Regen in den Boden eingebrachten Schadstoffmengen abschätzen zu können.

– Untersuchung von Staubniederschlägen
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 7 (Labor)

Zur Überprüfung der im Forstgesetz zugelassenen Maximalmengen an Schwermetallniederschlag pro Flächeneinheit befinden sich im Bereich des Lainzer Tiergartens sechs, im Bereich des Laaer Waldes fünf Sammelstellen für „Staubniederschlag nach Bergerhoff". Unabhängig von den Erfordernissen des Forstgesetzes gibt es zwei weitere Sammelstellen an der Flughafenautobahn. An all diesen Sammelstellen werden die Probenbehälter monatlich von den Labormitarbeitern getauscht. Nach Aufarbeitung der Proben durch Säureaufschluß werden diese mittels ICP-MS auf Schwermetalle untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung werden der MA 49 - Forstamt jährlich übermittelt. Die Ergebnisse geben Aufschluß über die Schwermetallkonzentrationen im Staub und auch darüber, wie sich diese Konzentrationen im Laufe der Jahre verändern.

Analysen im Rahmen von Forschungsprojekten und akut auftretenden Umweltproblemen
– Straßenentwässerung: Bodenuntersuchung entlang stark befahrener Straßenzüge
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 7 (Labor)
  Referat 3 (Natur- und Landschaftsschutz)

Die Entwässerung von Straßenoberflächen erfolgt nicht nur durch Kanäle, sondern auch durch Versickern des Wassers im Boden. Durch die Versickerung kann einerseits der Wasserhaushalt erhalten werden, andererseits jedoch können Probleme auftreten, da eventuell der Boden und im Endeffekt auch das Grundwasser verunreinigt werden könnte. Deshalb wurde im Rahmen des Arbeitskreises "Straßenentwässerung und Gewässerschutz" der MA 45 - Wasserbau ein entsprechendes Untersuchungsprogramm gestartet. Mit ersten Voruntersuchungen wurde bereits begonnen. Probenahme und Analyse wurde vom Labor der Umweltschutzabteilung durchgeführt.

– Untersuchung von behandelten Abfällen
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 7 (Labor)

Mit Inkrafttreten der neuen Deponieverordnung gewinnt die Behandlung von Abfällen immer mehr an Bedeutung. An Hand von exemplarischen Untersuchungen von verglaster Schlacke konnte die Wirksamkeit der Verglasung bezüglich der Reduzierung der Auslaugbarkeit von Schadstoffen nachgewiesen werden.

– Untersuchungen nach dem Chemikaliengesetz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Diese Untersuchungen finden im Rahmen der Vollziehung des Chemikaliengesetzes statt. Produkte, wie zum Beispiel Lederwaren oder Lacke, wurden 1997 stichprobenartig auf ihre chemische Zusammensetzung überprüft. Die Ergebnisse wurden mit den von den Firmen vorgelegten Deklarationen der Inhaltstoffe bzw. den Sicherheitsdatenblättern für chemische Zubereitungen verglichen.

– Bodenuntersuchungen im Umfeld von Industriebetrieben
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Damit die Sachverständigen der Umweltschutzabteilung beurteilen können, ob im Nahbereich von Industriebetrieben umweltrelevante Probleme auftreten, die in Zusammenhang mit dem jeweiligen Betrieb stehen, werden Bodenproben entnommen und zum Beispiel auf den Gehalt von Schwermetallen untersucht. Werden erhöhte Werte festgestellt, werden von den Betrieben die notwendigen Emmissionsbeschränkungen verlangt.

– Untersuchungen zur Beurteilung bzw. Einstufung von Abfällen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Um Abfälle einstufen oder Recyclingverfahren beurteilen zu können, nach welchen Normen, Richtlinien oder Verordnungen sie zu bewerten sind, werden chemische Untersuchungen vorgenommen. 1997 wurden zum Beispiel Kompostmaterialien analysiert, um festzustellen, ob der aus dem Material gewonnene Kompost den Anforderungen der einschlägigen Normen entspricht. Ebenso wurden Altmetalle analysiert, ob diese dem Abfallwirtschafts- oder dem Schrottlenkungsgesetz unterliegen.

– Deponiekontrollen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Das Labor der Umweltschutzabteilung unterstützt die MA 45 - Wasserbau, die Deponien und Planierungen zu überwachen. Einmal pro Monat werden auf einer Deponie fünf bis sechs Proben gezogen und im Labor analysiert. Die Ergebnisse zeigen, ob die jeweiligen Bewilligungsbescheide eingehalten werden. Ist das nicht der Fall, werden entsprechende Verwaltungsverfahren eingeleitet.

– Untersuchungen bei Bodensanierungen und Schadstoffunfällen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Im Herbst 1997 ist bei einem Unfall am Bahnhof Kagran Schwefelsäure ausgetreten. Boden und Grundwasser wurden vom Umweltlabor untersucht, um die notwendigen Daten für die Sanierung zu erhalten. Kontrollproben wurden auch während der Sanierungsarbeiten analysiert. In ähnlicher Weise überwacht werden auch die von der Wasserbauabteilung durchgeführten Bodensanierungen nach Ölaustritten bzw. bei Umbauarbeiten an Tankstellen. Auch bei aufgelassenen Industrie- oder Gewerbegrundstücken, wenn der Verdacht besteht, daß der Boden kontaminiert ist, werden entsprechende Bodenanalysen vom Umweltlabor durchgeführt.

– Umweltlabor als Bürgerservice
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Viele Beschwerden oder Anfragen, die bei der Wiener Umwelt Hotline einlangen, beziehen sich auf Geruchsbelästigung oder das Auffinden von oft unbekannten chemischen Substanzen. In diesen Fällen kommt das Umweltlabor zum Einsatz. So zum Beispiel im Spätsommer 1997. Aus fast ganz Wien wurde von zahlreichen BürgernInnen "weißer Staub" gemeldet. Die unbekannte Substanz wurde im Labor analysiert. In enger Kooperation mit der MA 42 - Stadtgartenamt wurde herausgefunden, daß der weiße Staub von der Spiralgallenlaus stammt und nicht von Emissionen eines Gewerbebetriebes. Unter dem Mikroskop konnten teilweise noch lebende Kleinlebewesen, dünne weiße Fäden, weiße Kügelchen und zuckerartige Kristalle festgestellt werden. Die weißen Kügelchen und Fäden entstehen

durch das Saugen der Läuse an den Blättern. Im Herbst wandern die Gallenläuse von den Blättern zu den Wurzelausläufern, wobei auch die Kügelchen zu Boden fallen. Tritt die Spiralgallenlaus massiv auf, so wie das 1997 der Fall war, entsteht der Eindruck von weißem Staub am Boden.

Ein weiteres Bürgerservice-Beispiel: Auf Grund häufiger Beschwerden aus dem 22. Bezirk über Geruchbelästigungen wurde im Spätherbst ein spezielles Untersuchungsprogramm gestartet, das 1998 fortgesetzt wird. Dabei werden chemische Analysen in den Betriebsanlagen potentieller Emittenten und im Wohnbereich der Beschwerdeführer durchgeführt, um die geruchsrelevanten Substanzen zu identifizieren. Gelingt das, können Maßnahmen zur Emissionsreduktion gesetzt werden.

## Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Forschungsprojekte

– Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Bauhüllensanierung: Studie vergleicht Theorie und Praxis
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 5 (Luftreinhaltung)

Etwa 40 Prozent der Niedertemperaturwärme werden von den Haushalten benötigt. In diesem Bereich besteht ein erhebliches Potential, kostengünstig Energie zu sparen. Zahlreiche einschlägige, rechnerische Untersuchungen belegen, daß energiegerechte Bauhüllensanierung (Wärmedämmung) sowohl betriebswirtschaftlich attraktiv wie volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Die Frage, inwieweit die prognostizierten Erfolge in der Praxis tatsächlich erreicht werden, wurde aber noch kaum analysiert. Deshalb hat die MA 22 - Umweltschutz im Rahmen des KliP-Klimaschutzprogramms, die ENCOM - Energy Communication Management GmbH beauftragt, das bei ausgewählten Gebäudeobjekten zu untersuchen. Bei den von der ENCOM untersuchten Gebäuden handelte es sich um solche, die bereits mit Fernwärme versorgt waren.

Aus den Ergebnissen der Studie lassen sich folgende Schlüsse für zukünftige Bauhüllensanierungen ziehen: Will man den Energieverbrauch und damit die CO2-Emissionen spürbar reduzieren, dann kann auf eine Bauhüllensanierung keinesfalls verzichtet werden. Um jedoch ein möglichst optimales Kosten/Nutzenverhältnis zu erreichen, müssen folgende Kriterien verstärkt berücksichtigt werden: Will man eine Halbierung des Energieverbrauchs erreichen, so muß die Bauhüllensanierung Hand in Hand mit einer grundlegenden Revision des Heizungssystems gehen. Prinzipiell müssen Bauhülle und Heizungsanlagen gleichzeitig saniert werden. Bei der Auswahl der Gebäude, die man wärmetechnisch sanieren will, kann derzeit nicht allein die Energiekennzahl als Auswahlkriterium herangezogen werden. Solange es keine gesicherten Daten über das Nutzer- und Lüftungsverhalten gibt, muß der Endenergieverbrauch ausschlaggebend sein. Vor der Bauhüllensanierung sollte der Endenergiebedarf bei mehr als 160 kWh pro m2 und Jahr liegen. Dann kann ein günstiges Kosten/Nutzenverhältnis für die Mieter erreicht werden, auch wenn das Wohnverhalten die eingesparte Energiemenge noch etwas vermindern sollte. Nach Möglichkeit sollte eine Bauhüllensanierung gleichzeitig mit anderen Revitalisierungsmaßnahmen gekoppelt werden, damit sich die Kosten reduzieren. Denn wird eine Fassade neu gestrichen oder ausgebessert, stehen bereits die Gerüste und die Bauinfrastruktur ist vorhanden. Führt man gleichzeitig die Wärmedämmung durch, sinken ihre Kosten. Wählt man aus der Sicht der thermischen Bauhüllenqualität jene Gebäude mit den schlechtesten Werten aus und führt dort die wirkungsvollste Sanierungsstrategie (der Außenwände, Dächer und Kellerdecken) durch, so beträgt der spezifische Gesamtinvestaufwand zur Reduktion des spezifischen Raumwärmebedarfes um 1 kWh/m² Wohnfläche und Jahr mindestens 10 Schilling pro m² Wohnfläche und Jahr. Eine additive Bauhüllensanierungsquote von 5 Prozent der Wiener Wohnnutzfläche mit maximalem Energieverbrauch führt demzufolge zu einem Gesamtinvestitionsbedarf von mindestens 2 Milliarden Schilling. Damit verbunden wären jedoch auch wesentliche Impulse für die Bau- und Baustoffindustrie und positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Umweltprogramme und Schwerpunktprojekte

– KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 5 (Luftreinhaltung)
  Referat 6 (Abfallwirtschaft)
  Stabstelle

Mit dem KliP-Klimaschutzprogramm will die Stadt Wien den Verpflichtungen entsprechen, die sie mit dem Beitritt zum "Klimabündnis" (1991) und der Unterzeichnung der "Charta von Aalborg" - Charta der europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (1996) eingegangen ist. Laut dem im Jahr 1991 unterzeichneten Klimabündnis hat die Stadt Wien vereinbart, über das "Toronto Ziel" hinausgehend - das eine CO2-Reduktion um zwanzig Prozent bis 2005 vorsieht - bis zum Jahr 2010 die CO2-Emissionen (bezogen auf 1987) zu halbieren, die Produktion sowie den Gebrauch von FCKWs zu stoppen und zum Schutz des Regenwaldes beizutragen. Auch wenn dieses Ziel sehr ehrgeizig und nur schwer erreichbar scheint, wird die Stadt Wien alle Anstrengun-

gen unternehmen, der Reduktion um fünfzig Prozent so nahe wie möglich zu kommen. Wobei zu bedenken ist, daß Wien es auf Grund des heute bereits sehr niedrigen Wertes der CO2-Emissionen (5,5 Tonnen pro Einwohner und Jahr) und der bisher erbrachten Leistungen es bei einer weiteren Reduktion nicht so einfach hat wie andere Städte oder Länder, die einen oft weit höheren Ausgangswert aufweisen. Zum Vergleich: Frankfurt am Main hat 13,8 Tonnen, die USA 22 Tonnen und Gesamtösterreich 7,8 Tonnen CO2-Emissionen pro Person und Jahr.

Eine weitere Grundlage für das "KliP" ist die "Agenda 21". Bei der Unterzeichnung der "Charta von Aalborg" am 22. November 1996 hat sich die Stadt Wien unter anderem dazu verpflichtet, in einer kommunalpolitischen Initiative eine lokale "Agenda 21" zu erstellen. 1997 wurde damit begonnen, ein konkretes Konzept für diesen lokalen "Agenda 21"-Prozeß auszuarbeiten.

Das KliP-Klimaschutzprogramm wird von der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22) geleitet, fachlich und organisatorisch betreut von der Energieverwertungsagentur (E.V.A.) und dem Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ). Bis zum Herbst sollen unmittelbar mögliche Maßnahmen zur CO2-Verringerung realisiert und für mittel- und langfristig mögliche Projekte die notwendigen Schritte eingeleitet werden. Rund zweihundert Experten aus der gesamten Wiener Stadtverwaltung, den städtischen Unternehmen und externen Organisationen arbeiten mit im KliP. Elf kleine, aber effiziente "KliP"-Projektgruppen, die sich aus den Mitgliedern der drei großen "KliP"-Teams für Energie, Mobilität und Beschaffung/Abfall zusammensetzen, behandeln derzeit mehr als fünfzig konkrete Klimaschutzmaßnahmen. Die Themen KliP-Projektgruppen sind: Vier Projektgruppen widmen sich im Energiebereich den Themen "Wohnen", "Betriebe", "Stadtverwaltung" sowie "CO2-optimierte Fernwärme und Stromerzeugung". Im Team Mobilität sind die Projektgruppen "Umweltverbund", "Arbeitswege", "Effizienz: Technik, Organisation, Verhalten" sowie "Langfristige Strukturen" tätig. Drei Projektgruppen wurden für den Bereich Beschaffung/Abfall gebildet. Sie bearbeiten die Handlungsfelder "Umweltfreundliche Beschaffung: Kriterien/Institutionalisierung", "Bau(stellen)abfälle" und "Verpflegungseinrichtungen, medizinische Einwegprodukte, Hygiene, Reinigungsmittel".

Wesentlicher Bestandteil des KliP ist das Aktionsprogramm. Es soll nicht nur die Leitlinien für einen wirkungsvollen Klimaschutz in Wien vorgeben, sondern auch jene Instrumente und Begleitmaßnahmen nennen, die zur Umsetzung in der Praxis notwendig sind. Das "KliP"-Aktionsprogramm soll bis zum Herbst 1998 fertiggestellt und dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Eine Zwischenbilanz und das erste KliP-Maßnahmenpaket mit acht konkreten Punkten wurden der Öffentlichkeit bei einer Internationalen Fachtagung im Wiener Rathaus unter dem Titel "Auf dem Weg zur Klimamusterstadt - Wiener Maßnahmen zur nachhaltigen Reduktion der Treibhausgase" am 15. Jänner 1998 präsentiert. Die Eröffnung der Fachtagung nahmen Bürgermeister Dr. Michael Häupl, Stadtrat Fritz Svihalek und Univ.-Prof. Dr. Albert Hackl vor.

Präsentiert wurde bei der Veranstaltung auch das erste KliP-Maßnahmenpaket mit acht konkreten Punkten. So wurde mit dem Aufbau einer Energiebuchhaltung für Magistratsobjekte begonnen. Mit den Daten können energetisch "gute" und "schlechte" Objekte identifiziert und Sanierungsprioritäten und -maßnahmen optimal gesetzt werden. Die Energiebuchhaltung ist die Basis für das energietechnische Sanierungsprogramm für Magistratsobjekte, das noch 1998 gestartet werden soll. Ausgeweitet wird auch das Energie-Contracting, das bereits 1997 als Pilotversuch bei acht Magistratsobjekten durchgeführt wurde. Ein Energiesonderbeauftragter für Magistratsobjekte soll alle Maßnahmen in diesem Bereich effizient umsetzen und koordinieren. Er soll zum Beispiel die Energiebuchhaltung managen, Sanierungsprogramme erstellen, Contractingprojekte abwickeln oder Schulungen für "Gebäude-Energieverantwortliche" organisieren. Weitere KliP-Bausteine aus dem ersten KliP-Maßnahmenpaket: Drei Millionen Schilling werden 1998 für die Wiener Initiative für betriebliche Umwelt- und Energieberatung bereitgestellt werden. Ähnlich wie im Ökoprofit sollen Wiener Betriebe beraten und motiviert werden, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen verstärkt durchzuführen. Auf einem Öko-Fahrzeugsimulator sollen die Lenker des städtischen Fuhrparks auf ökologisches Fahren trainiert werden. Die Vorteile: geringere Kosten für Treibstoff und Wartung, streßfreies Fahren und weniger Schadstoffe um bis zu fünfzig Prozent. Um den Einkauf von ökologischen Produkten durch die Stadtverwaltung zu fördern, werden für die acht wichtigsten Produktgruppen entsprechende Umweltkriterienkataloge ausgearbeitet. Außerdem wird es bis Jahresende eine Altstoffbörse im Internet geben.

– Der lokale Agenda 21-Prozeß in Wien
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)
  Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg hat sich die Stadt Wien verpflichtet, eine lokale Agenda 21 zu erstellen. 1997 wurde damit begonnen, ein konkretes Konzept für diesen lokalen Agenda 21-Prozeß auszuarbeiten. Ein Personenkomitee geleitet von der Gruppe Planung in der Baudirektion und der Umweltschutzabteilung (MA 22) ist derzeit damit beschäftigt.

Die Ausgangssituation für die Stadt Wien ist sehr günstig. Wurden doch mit zahlreichen anderen umweltrelevan-

ten Programmen und Initiativen entsprechende Vorarbeiten geleistet. So zum Beispiel mit dem KliP-Klimaschutzprogramm oder der Erarbeitung eines Zukunftsplanes durch die Zukunftsstation Wien. Auch andere Rahmenpläne wie der Stadtentwicklungsplan oder das Wiener Verkehrskonzept liefern brauchbare Ansätze für die Erstellung einer lokalen Agenda. Es bedarf allerdings noch einiger Anstrengungen, um einerseits unseren Lebensstil so zu modifizieren, daß wir mit den natürlichen Ressourcen sparsamer und effizienter umgehen und andererseits die breite Zustimmung dafür zu erreichen. Denn eine zukunftsbeständige Wirtschaftsentwicklung und soziale Gerechtigkeit sind mittel- und langfristig nur möglich, wenn sie an eine sparsame und nachhaltige Nutzung der Ressourcen gekoppelt sind.

Um das Wissen über eine nachhaltige Entwicklung zu vergrößern und zu vertiefen, werden von der Stadt Wien auch spezielle Forschungsprojekte durchgeführt, zum Beispiel das Projekt "Urbaner Stoffhaushalt". Darüber hinaus werden natürlich die zahlreichen Projekte und Maßnahmen, die zu einer "nachhaltigen Stadt" beitragen, in den einzelnen Kapiteln des Umweltberichtes ausführlich beschrieben. Einige Beispiele dazu: "Leitfaden zur Raumverträglichkeit als ein Beitrag zur nachhaltigen Raumnutzung", die Wiener Bioabfallkreislaufwirtschaft oder die Recyclingbörse Bau. Auch zahlreiche Rahmenpläne und Rahmenprogramme sind vom Grundsatz der Nachhaltigkeit geprägt, zum Beispiel das KliP-Klimaschutzprogramm oder der Stadtentwicklungsplan.

– "Klimabündnis im Betrieb": Kostenlose Beratung zur Reduktion von CO2- Emissionen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Seit Mai 1997 unterstützt die Stadt Wien das Projekt „Klimabündnis im Betrieb". Für die nächsten fünf Jahre ist geplant, pro Jahr etwa zwei Millionen Schilling zu investieren. Betreut wird das Projekt von der MA 22 - Umweltschutz. Mit der Durchführung und Organisation ist das Klimabündnis Österreich betraut. Insgesamt werden 10 Millionen Schilling dem Projekt zugute kommen. Mit Klimaschutz Arbeitsplätze sichern und Kosten senken, lautet das Motto. Ziel des Projektes ist es, vor allem Klein- und Mittelbetriebe in Sachen Klimaschutz zu beraten, damit möglichst viele Betriebe Maßnahmen zum Beispiel im Bereich Energiesparen, Transportlogistik oder im Einkauf umsetzen. Die ersten 13 Klimabündnisbetriebe wurden bereits im März 1998 ausgezeichnet.

Die Teilnahme an der Aktion „Betriebe im Klimabündnis" ist grundsätzlich für jeden Betrieb möglich, der bereit ist, seine Arbeitsweise unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes zu betrachten und Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Die Reduktion des Energieverbrauchs und damit der CO2-Emissionen steht an erster Stelle der zu erreichenden Ziele.

Die Erstberatung erfolgt kostenlos durch BetriebsberaterInnen vom „Klimabündnis Österreich", die bei Bedarf in weiterer Folge Spezialisten vermitteln. Gemeinsam mit dem Betrieb wird festgelegt, welche Maßnahmen grundsätzlich möglich sind. Daraus ergibt sich ein Soll-Wert (= 100 Prozent) in Punkten. Wenn sich der Betrieb freiwillig verpflichtet, binnen eines Jahres zumindest 60 Prozent der Soll-Punkte zu erreichen und in fünf Jahren mindestens 80 Prozent, ist er ab sofort als „Klimabündnis"-Betrieb aufgenommen und erhält die gleichnamige Auszeichnung. Die Auszeichnung ist ein Vertrauensvorschuß und keine Preisverleihung. Es gibt auch keine Rangfolge. Jeder Betrieb, ob groß oder klein, ob er schon mehr oder erst wenig auf dem Gebiet des Klimaschutzes getan hat, steht für sich und wird von seiner eigenen Ausgangssituation her betrachtet und unter dem Aspekt, was er in einem bzw. in fünf Jahren erreichen kann. Die ausgezeichneten Betriebe erhalten die Urkunde „Klimabündnisbetrieb" also nicht (nur) auf Grund von bereits gesetzten Maßnahmen, sondern vor allem im Hinblick auf zukünftig zu setzende Klimaschutzaktivitäten. Nach einem Jahr werden die Betriebe durch die Österreichische Kommunalkredit AG erstmals überprüft, nach fünf Jahren noch einmal.

– Wiener Initiative für betrieblichen Umweltschutz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Auf betriebliche Umwelt- und Energieberatung sind zahlreiche Institutionen wie zum Beispiel das WIFI, die Wiener Stadtwerke oder die Umweltberatung Wien spezialisiert. Erst vor kurzem wurde auch das Projekt "Betriebe im Klimabündnis" gestartet. Die Arbeit aller Initiativen soll nun aufeinander besser abgestimmt und koordiniert werden. So können Synergieeffekte mehr genutzt, eventuelle Überschneidungen ausgeschlossen und über das gesamte Leistungsangebot besser informiert werden. Unter dem Titel Wiener Initiative für betrieblichen Umweltschutz wird nun eine entsprechende Dach- bzw. Koordinationsstruktur geschaffen werden, um möglichst viele Wiener Betriebe über Umweltprogramme wie Ökoprofit, EMAS oder Betriebe im Klimabündnis beraten zu können, mit dem Ziel möglichst viele Firmen zum Mitmachen zu motivieren. Mit den Vorbereitungsarbeiten wurde Ende 1997 begonnen. In den nächsten vier Jahren sollen jeweils 3 Millionen Schilling in das Projekt investiert werden. Die Ausschreibung für die Beratungsleistungen wird im ersten Quartal 1998 erfolgen.

Forschungsprojekte

– Studie: Verwertung von Rückständen aus Müllverbrennungsanlagen und der Kreislaufwirtschaft
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Derzeit fallen in Wien rund 150.000 Tonnen Reststoffe, und zwar Schlacke, Asche, Flugasche und Filterkuchen aus zwei Müllverbrennungsanlagen und den Entsorgungsbetrieben Simmering, an. Eine Ablagerung dieser Rückstände ist auf Grund ihres Schadstoffgehaltes nur nach einer entsprechenden Vorbehandlung möglich, während derzeit die Schlacke, Asche und Filterasche nach einer Vorbehandlung (Verfestigung mit rund 10 % Zement) in der Hausmülldeponie Rautenweg abgelagert werden, wird Filterkuchen zur Endablagerung ins Ausland exportiert. Ohne Zweifel bietet die Verfestigung eine gute Möglichkeit, die Gefährdung aus deponierten Rückständen zu verringern und hinsichtlich der kritischen Schwermetalle alle Trinkwassergrenzwerte einzuhalten. Beim Verfestigungverfahren können die Schadstoffe zwar nicht freigesetzt werden, sind jedoch nach wie vor im verfestigten Produkt enthalten. Eine noch bessere Methode wäre daher eine Schadstoffentfrachtung der Rückstände vor der Deponierung. Ziel des Forschungsprojektes ist es, entsprechende Methoden zu entwickeln, die es in Zukunft möglich machen, die Rückstände ohne Überwachung unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Deponieverordnung abzulagern bzw. die von den Schadstoffen befreiten Rückstände oder daraus gewonnener Produkte einer Verwertung im Sinne der Kreislaufwirtschaft zuzuführen. Ende 1996 wurde das Vorkonzept als Planungsgrundlage für die weitergehende Behandlung der Reststoffe der Müllverbrennungsanlagen sowie der EBS fertiggestellt. Die guten Ergebnisse des Vorkonzeptes haben gezeigt, daß es sinnvoll ist, das Projekt weiterzuführen. Darüber hinaus sollen diese Untersuchungen eine Grundlage zur Konzeption einer Pilotanlage liefern, um die Umsetzbarkeit der Laborergebnisse in einem größeren Maßstab überprüfen zu können.

Das Projekt wird von der Fernwärme Wien, den Entsorgungsbetrieben Simmering und der MA 22 - Umweltschutz gemeinsam finanziert. Beauftragt wurde die ESW Consulting Wruss Ziviltechnikergesellschaft mbH.

– Modellierung des regionalen Abfallaufkommens aus Betrieben am Beispiel Wiens
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Das Projekt wurde von der MA 22 - Umweltschutz und der MA 48 - Abfallwirtschaft gemeinsam finanziert. Beauftragt wurde die Universität für Bodenkultur, Abteilung Abfallwirtschaft.

Ziel des Projektes ist es, das Abfallaufkommen aus Betrieben in der Stadt Wien abzuschätzen. In der ersten Projektphase vom März bis Dezember 1996 wurde das Aufkommen von betrieblichem Restmüll (Gewerbemüll exklusive Baustellenabfälle, Baurestmassen, und produktionsspezifischen Abfällen) in einem Modellgebiet erhoben. Die Ermittlung der Abfallmengen wurde getrennt nach Groß-, Klein- und Mittelbetrieben vorgenommen. Als Modellgebiet wurde der innere 10. Bezirk gewählt. Von Großbetrieben wurden die Abfallwirtschaftskonzepte ausgewertet, für Klein- und Mittelbetriebe wurde ein eigener Erhebungsbogen kreiert. Ein erster Vergleich der Restmüllmengen pro Mitarbeiter zeigt deutliche Schwankungen auch bei Betrieben mit ähnlichem Tätigkeitsbereich. Das kann teilweise auf bereits erfolgte Maßnahmen zur Trennung und Verwertung bestimmter Abfallfraktionen zurückzuführen sein. Allerdings liegt nach der Auswertung der Aufzeichnungen einiger Firmen die Vermutung nahe, daß die tatsächlich entsorgten Abfallmengen vom Entsorger nicht verwogen, sondern ausschließlich Behältervolumina verrechnet werden.

– Studie über Auswirkung von Müllverbrennungsschlacken auf die Umwelt
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Im Auftrag der MA 22 - Umweltschutz, der MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, der Fernwärme Wien und der Austrian Energy & Environment SGP/Waagner-Biro Gesellschaft m.b.H. wurde von der Universität für Bodenkultur Wien (Abteilung Abfallwirtschaft) das langfristige Emissionsverhalten von Müllverbrennungsschlacken (MVA-Schlacken) untersucht. Dabei wurde auch eine neue Methode zur Vorbehandlung von Müllverbrennungsschlacken überprüft.

Die vorliegende Studie sollte klären, wie sich unbehandelte MVA-Schlacke langfristig in einer Deponie verhält. Überprüft wurde, welche Reaktionen beim Kontakt der Schlacke mit Wasser und Luft ablaufen und wie sich die Löslichkeit der Schwermetalle dadurch verändert. Bisher wurde in der wissenschaftlichen Literatur die Befürchtung geäußert, daß in die Deponie eindringender Niederschlag sowie in der Deponie ablaufende chemische Prozesse (z.B. mikrobieller Abbau des Restkohlenstoffs) den pH-Wert soweit in den sauren Bereich absenken, daß Schwermetalle gelöst werden können. Die mögliche Folge: Schwermetalle könnten das Sickerwasser verunreinigen.

Um solche Reaktionen auszuschließen, wird bei der Deponie Rautenweg, auf der die Schlacke der Wiener Müllverbrennungsanlagen entsorgt wird, ein spezielles Verfahren angewendet. Schlacke und Flugasche werden dabei mit Zement verfestigt, so daß Schwermetalle oder andere Schadstoffe nicht freigesetzt werden können. Das Material wird dann zum Bau des Randwalls der Deponie verwendet. In Deutschland wird dieses Material auch zum Wege- und Straßenbau eingesetzt. Eine solche breite Verwertung als Baustoff erscheint jedoch in Österreich derzeit unrealistisch. Denn Kiesreserven sind bei uns ausreichend vorhanden und noch dazu wesentlich billiger erhältlich.

Die Studie zeigt nun eine neue, genauso sichere Alternative zur derzeitigen Behandlungsmethode auf: Bei ausreichender Feuchtigkeit wird die Schlacke über mehrere Wochen gelagert. Es werden jene Bedingungen hergestellt, welchen die Schlacke sonst über Jahre hindurch in der Deponie ausgesetzt ist. Binnen kurzer Zeit altert die Schlacke sozusagen künstlich. Jene Prozesse, durch die Schwermetalle oder andere Schadstoffe freigesetzt werden könnten, laufen also schon während der Vorbehandlung ab. Die so behandelte Schlacke wird danach auf der Deponie endgelagert. Zu den "natürlichen" Alterungsprozessen kann es auf der Deponie gar nicht mehr kommen, da sie bereits in der Vorbehandlungsphase sozusagen im "Zeitraffer" erfolgt sind.

– Leitfäden und Handbücher
  Handbuch zur Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten in Krankenhäusern
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Speziell in Krankenhäusern entsteht eine Vielzahl unterschiedlicher Abfälle, deren umweltgerechte Sammlung, Trennung und Entsorgung besonders kompliziert ist. Im Rahmen des Projektes wird deshalb ein Handbuch erstellt, das es den Abfallbeauftragten von Krankenhäusern wesentlich erleichtern wird, entsprechende organisatorische Maßnahmen zu setzen. Außerdem wird das Handbuch einen Überblick über die zahlreichen bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen in diesem Bereich geben. Die Abfallbeauftragten können mit Hilfe des Leitfadens im ersten Schritt ein Basiskonzept ausarbeiten, das den gesetzlichen Minimalforderungen entspricht. Im zweiten Schritt kann dann das Basiskonzept zu einem umfassenden Konzept ausgeweitet werden. Das Handbuch enthält natürlich alle für die Erfassung der Abfalldaten notwendigen Formblätter und Schemata. Auch die wesentlichen Rechtsvorschriften werden erläutert. Enthalten sind auch Informationen über die wichtigsten Stoffe wie Akkus, Batterien, Photochemikalien, Papier und Kunststoffe. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie gemeinsam mit der MA 22 - Umweltschutz finanziert. Beauftragt wurde die AFC AFORMA CONSULT.

Abfalldaten-Erfassung
– Abfalldatenverbund Datenerfassung gemäß Abfallnachweisverordnung (ANVO)
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Der Abfalldatenverbund und die computermäßige Erfassung von Melde- und Begleitscheindaten sind die Grundlage für eine effiziente Überwachung und Kontrolle der gefährlichen Abfälle von der Erzeugung bis zur Behandlung und Entsorgung. Darüber hinaus dienen die Daten als wichtige Planungsgrundlage für Verwertungs- und Entsorgungsanlagen und zur Feststellung der Kapazitäten. Der Abfalldatenverbund, gesetzlich festgelegt im § 38 AWG, ist der Zusammenschluß von österreichweit 10 kleineren Rechnernetzen. Diese kleineren Rechnernetze sind die Grundlage für die Verwaltung der Begleitscheine. Die lokale Datenbank der Wiener Landesregierung befindet sich in der MA 22 - Umweltschutz und wird im Referat Abfallwirtschaft von 4 Personen ständig aktualisiert. Mit Hilfe des Abfalldatenverbundes werden sowohl vom Umweltbundesamt als auch vom Referat Abfallwirtschaft Statistiken über das Begleitscheinaufkommen erstellt. Im Abfalldatenverbund werden auch die Daten der Sammler- und Behandler von gefährlichen Abfällen und Altölen, die eine Genehmigung gemäß § 15 AWG haben, verwaltet.

Die Daten werden mit Hilfe von sogenannten Begleitscheinen erfaßt. Welche Daten darauf angegeben werden müssen und wie die Begleitscheine aussehen, ist in der Abfallnachweisverordnung gesetzlich geregelt. Ein Problem besteht darin, daß die auf den Begleitscheinen aufgelisteten Daten händisch eingegeben werden müssen. Maschinell eingelesen werden können sie nicht, da das Layout der Scheine nicht dafür geeignet ist. Die notwendige Layoutreform kann jedoch erst durchgeführt werden, wenn es mit der derzeit zwar laufenden aber noch immer nicht beendeten Novellierung der Abfallnachweisverordnung beschlossen wird. Bis es soweit ist, müssen weiterhin Zehntausende Zahlen und Daten im Computerzeitalter noch immer händisch eingetippt werden. Das verursacht bei den Ländern einen unnötig hohen Personal- und Kostenaufwand und zeigt wie notwendig es ist, daß die Novelle vom Bund endlich abgeschlossen wird.

EDV-technisch wäre das Einlesen kein Problem. Mit den Vorbereitungsarbeiten hat die Umweltschutzabteilung bereits begonnen. In Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt und der Firma Kodak GesmbH wurde ein System entwickelt, das es möglich macht, die Begleitscheine automatisch mittels Bildverarbeitung einzulesen. Die Hardware besteht aus einem PC und Scanner. Mit der Zeichenerkennungssoftware FormFile wurden die Lesezonen

des Begleitscheins definiert. Die einzelnen Zonen beinhalten genaue Informationen und Leseanweisungen wie z.B. Größe und Art der Schrift, Schmutzentfernungen, Größe und eventuelle Variationen der Zonen. Nach Abschluß der Installation und Einschulung wurde das System an den im Referat Abfallwirtschaft eintreffenden Begleitscheinen getestet und ein Bericht erstellt. Die Leserate betrug durchschnittlich rund 30 Prozent. Um die Leserate zu erhöhen, wurden die bisherigen Begleitscheine neu entworfen. Dabei wurden die Lesezonen für den Scanner besser angeordnet und bei den problematischen Kästchenrändern eine rote Farbe eingeführt. Die rote Farbe hat den Zweck, daß sie nach einem Scanning nicht mehr sichtbar ist. Die Daten sind somit frei und eindeutig für das Zeichenerkennungsprogramm zu 100 Prozent lesbar.

EDV- und Umweltdaten

– Recyclingbörse Bau
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/EDV- und Umweltdaten
Referat 6 - Abfallwirtschaft

Baurestmassen sind wertvolle Rohstoffe, die meist problemlos wiederverwertet werden können. Dennoch landet der Großteil an Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch und anderen Baurestmassen auf den Deponien. Mit der Recyclingbörse Bau soll nun die Wiederverwertung solcher Baurestmassen gefördert werden. Die Vorteile liegen klar auf der Hand. Wertvolle Baureststoffe werden dem Wirtschaftskreislauf wieder unmittelbar zugeführt. Das spart Deponieflächen und Entsorgungskosten. Außerdem kann wiederverwertbares Baumaterial meist sehr kostengünstig erworben werden.

Seit 1997 steht die von der Umweltschutzabteilung und der MA 14 - GDV gemeinsam entwickelte Recyclingbörse Bau via Internet zur Verfügung (http://www.recycling.or.at). Mit dem Betrieb der Börse wurde das Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft an der Technischen Universität Wien beauftragt. Als organisatorischer Überbau wurde ein Verein geschaffen, dem die Stadt Wien, der Recyclingverband, der Fachverband Bauindustrie und die Bundesinnung für Baugewerbe angehören. Mitglieder im Verein können auch jene Firmen werden, die Baurestmassen anbieten. Ziel ist es, daß sich die Baubörse mit Hilfe des Vereins im Endeffekt selbst finanziert. Den Mitgliederfirmen sollen auch entsprechende Informations- und Werbemöglichkeiten im Rahmen der Baubörse geboten werden.

Zielgruppe der Recyclingbörse sind Bauunternehmer, Architekten und Ingenieure, Recycling- und Entsorgungsunternehmen, kommunale Bauträger sowie Landwirte und Betriebe, die sich mit Kultur- und Landschaftsbau beschäftigen. In weiterer Folge sollen auch Privatpersonen die Recyclingbörse verwenden können. Von der Recyclingbörse Bau werden vier große Gruppen von Baurestmassen vermittelt: 1) unbelasteter Bodenaushub: Darunter versteht man lehmiges oder auch lockeres Erdmaterial, zum Beispiel mit Sand und Kies versetzt. Das Aushubmaterial muß auf alle Fälle frei von Schadstoffen sein. 2) nicht aufbereiteter Bauschutt und Straßenaufbruch: Dabei handelt es sich um Material, das bei Abbrucharbeiten von Häusern oder Straßen entsteht. 3) mineralische Recyclingbaustoffe: zum Beispiel Ziegel, Schotter oder Beton. 4) ausgewählte Baureststoffe: wie zum Beispiel Holz, Metall und Dämmaterial.

Und so funktioniert die Recyclingbörse Bau: Wer über Baurestmassen verfügt oder solche benötigt, gibt sein Angebot oder seine Nachfrage ganz einfach Online mittels Mausklick in der Börse bekannt. Eine Übersicht zeigt, welche Materialien in welchen Mengen gerade angeboten oder gesucht werden. Wer ein passendes Angebot findet, nimmt telefonisch Kontakt mit dem Anbieter auf, regelt die Details und kann meistens sehr kostengünstig das Material erwerben. Umgekehrt funktioniert es genauso. Wer Baureststoffe sucht, sieht in der Übersicht nach, ob es etwas Passendes gibt. Wird er nicht fündig, gibt er seine Nachfrage in die Börse ein und wartet, bis sich ein Anbieter bei ihm telefonisch meldet. Als technische Voraussetzungen sind lediglich ein Telefon mit Modem und ein Computer mit Internetanschluß notwendig.

– Wiener Altwaren Börse (WAB)
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Altstoffe sind wertvolle Rohstoffe, die meist problemlos wiederverwertet werden könnten. Dennoch landen noch immer zu viele Altstoffe im Müll. Abhilfe wird eine Internet-Altstoffbörse schaffen, an der die Umweltschutzabteilung (MA 22) gemeinsam mit der MA 48 - Abfallwirtschaft, der MA 14 - Automatische Datenverarbeitung und die Wiener Umweltberatung arbeiten. Derzeit werden die Produktgruppen definiert (z.B. Sportgeräte, Gartenmaterial, Kompost, Möbel, Altelektronik und viele mehr). In den nächsten Monaten wird das notwendige Computerprogramm erstellt. Im Internet wird die Altstoffbörse voraussichtlich Ende 1998 abzurufen sein.

Und so wird die Börse funktionieren: Wer Altstoffe sucht, sieht in der Übersicht nach, ob es etwas Passen-

des gibt. Wird er nicht fündig, gibt er seine Nachfrage in die Börse ein und wartet, bis sich ein Anbieter bei ihm meldet. Umgekehrt funktioniert es genauso: Wer über Altstoffe verfügt, gibt sein Angebot ganz einfach Online mittels Mausklick in der Börse bekannt. Technische Voraussetzungen sind lediglich ein Computer mit Modem und ein Telefon. Übrigens wird die Börse auch eine Datenbank enthalten, z.B. mit dem "Reparaturführer" der MA 48 oder dem "Entsorgungshandbuch" (Adressen und Infos über Wiener Entsorgungsbetriebe) der MA 22.

– Umweltschutzabteilung weltweit im Internet
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en): Stabstelle/EDV- und Umweltdaten

Im Wien-Online, dem Internetangebot der Stadt Wien, werden sowohl allgemeine Informationen zum Thema Umweltschutz als auch fachspezifische Daten der Umweltschutzabteilung veröffentlicht, u.a. die aktuellen Luftmeßwerte der Bundeshauptstadt. Der Luftgütebericht gibt Auskunft über die täglichen Konzentrationen von Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub. Ein Plan mit den einzelnen Meßstellen zeigt, an welchen Plätzen Wiens welche Schadstoffe gemessen werden. Naturschutzinteressierte finden Infos zu den Schutzgebieten und zu den mehr als 400 Naturdenkmälern Wiens. Fachinformationen, vom Lärmkataster über das Biotopmonitoring bis zu den Arbeiten am neuen Wiener Naturschutzgesetz und viele andere umweltrelevante Themen, können jederzeit abgerufen werden. Die Umweltschutzdaten der MA 22 - sind via Internet abrufbar unter der URL http://www.magwien.gv.at/ma22/.

– Aktuelle Luftmeßwerte weltweit im Internet
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/EDV- und Umweltdaten
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Aktuelle Daten zur Luftgüte in Wien können auch via Internet abgerufen werden. Zum Informationsangebot gehören u.a. die aktuellen Luftmeßwerte der Bundeshauptstadt. Der Luftgütebericht gibt Auskunft über die täglichen Konzentrationen von Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub. Ein Plan mit den einzelnen Meßstellen zeigt, an welchen Plätzen Wiens welche Schadstoffe gemessen werden. Darüber hinaus werden auch die Emissionsdaten der beiden Wiener Hausmüllverbrennungsanlagen und der Sondermüllverbrennungsanlage veröffentlicht.

Nicht nur die Luftgütedaten, sondern das komplette Internet-Angebot der Umweltschutzabteilung sind weltweit abrufbar, und zwar unter der URL http://www.magwien.gv.at/ma22/.

– Internet und Intranet: technische Verbesserungen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/EDV-und Umweltdaten

Unter dem Titel Win Grafik wurde 1997 gemeinsam mit der MA 14-GDV das Geografische Informationssystem im World Wide Web zu einem praxistauglichen System weiterentwickelt. Win Grafik ist mittlerweile zu einem magistratsabteilungsübergreifendem Internetangebot geworden.

Das Intranetangebot der Umweltschutzabteilung wurde auf den Server der MA 22 verlegt und insofern ausgebaut, daß nun ausgewählte Mitarbeiter der Umweltschutzabteilung die Möglichkeit haben, für das Intranet eigene Web-Seiten (personal Web der MA 22 - Umweltschutz) zu gestalten.

## Öffentlichkeitsarbeit

Eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit wird auch für städtische Dienststellen immer wichtiger. Denn einerseits trägt eine wirkungsvolle, externe Kommunikation wesentlich zum positiven Image einer aktiven Magistratsabteilung sowohl in den Medien als auch letztendlich bei den Bürger/Innen bei, vor allem dann, wenn sie sich auch als Serviceeinrichtung versteht. Andererseits ist funktionierende interne Kommunikation eine wesentliche Voraussetzung für eine stetig wachsende und effiziente Magistratsabteilung.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltschutzabteilung wurde eingerichtet als zentrale Schaltstelle für die Kommunikation in folgenden Bereichen:
– innerhalb der Abteilung
– zwischen MA 22 und anderen Magistratsabteilungen
– MA 22 und Presseinformationsdienst
– MA 22 und dem Pressereferenten des Stadtratbüros
– MA 22 und den Medien in abteilungspezifischen Belangen
– MA 22 und Interessensvertretungen, NGO´s und den einzelnen Bürgern

Publikationen

– Wiener Umweltbericht 1996/97
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Im Wiener Umweltschutzgesetz ist festgelegt, daß der Magistrat der Stadt Wien einen detaillierten Bericht über die Umweltsituation in Wien zu erstellen hat. Der Umweltbericht wird von der Öffentlichkeitsarbeit der MA 22 - Umweltschutz verfaßt. Im Umweltbericht 1996/97, der die nachhaltige Stadtentwicklung schon besonders berücksichtigt, wird deutlich, wie komplex und vernetzt Umweltschutz von der Stadt Wien betrieben wird. Fast alle Magistratsabteilungen und Betriebe der Stadt Wien sind im Umweltbericht mit ihrer Arbeit vertreten und beweisen damit einmal mehr, daß Umweltschutz eine klassische Querschnittmaterie ist, egal ob es sich um Klimaschutzmaßnahmen, Naturschutzanliegen, Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, die Sicherung der Luftgüte oder das Trink- und Abwassermanagement handelt. Auf rund 180 Seiten werden die Ziele, Strategien und Maßnahmen für einen aktiven Umweltschutz und eine nachhaltige Umweltpolitik ausführlich beschrieben. Der Wiener Umweltbericht ist mittlerweile zum etablierten und anerkannten Informationsmedium über die umweltrelevanten Maßnahmen aller Dienststellen der Stadt Wien geworden, das sowohl von Umweltexperten, Journalisten/Medien, Umweltorganisationen, Interessensvertretungen, vielen städtischen Dienststellen und Fachdienststellen anderer Bundesländer, aber auch von zahlreichen umweltinteressierten WienerInnen sowie Schülern und Studenten intensiv genutzt wird.

Der Wiener Umweltbericht ist in der Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz" als Sonderheft der PERSPEKTIVEN erschienen.

– Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz"
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Regelmäßig werden im Rahmen der Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz" Forschungs- bzw. Projektberichte publiziert. 1997 wurden folgende Hefte produziert:

1. Heft 39/97 Emissionen von Ozonvorläufersubstanzen in Wien
2. Heft 40/97 KliP Working Paper 1 - Hintergrund - Inhalte - Ziele
3. Heft 41/97 KliP Working Paper 2 - Basisdaten
4. Heft 42/97 Wiener Lärmbericht 1997 Kurzfassung
   Langfassung als CD-ROM
5. Heft 43/97 Wiener Umweltbericht 1996/97
6. Heft 44/97 KliP Working Paper 3 - Energieeinsatz und CO2-Emissionen in Wien
7. Heft 45/97 KliP Working Paper 4 - Bestandsaufnahme und Handlungsfelder: Energie
8. Heft 46/97 KliP Working Paper 5 - Bestandsaufnahme und Handlungsfelder: Mobilität
9. Heft 47/97 KliP Working Paper 6 - Bestandsaufnahme und Handlungsfelder: Beschaffung/Abfall

– Folder der MA 22 - Umweltschutz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Als Bürgerservice werden Folder und Broschüren produziert, die über die Wiener Umwelt Hotline, die Städtischen Büchereien, die Bürgerdienstbüros und bei diversen Veranstaltungen vertrieben werden.

Neue bzw. wiederaufgelegte Folder 1997:

1) Stadt Wien fördert Elektrofahrzeuge
2) Tauben bitte nicht füttern!
3) Nicht jedes Tierbaby ist ein Waisenkind - Alles über die Pflege von Greifvögel, Mauersegler- und Säugetierbabies
4) Nicht jedes Vogelbaby ist ein Waisenkind - Alles über die Pflege von Vogelfindlingen
5) Krötenschutz ist Artenschutz
6) Wohnen im Kleingarten - Alles über Hecken und Sträucher!
7) Sammeln und Behandeln nicht gefährlicher Abfälle
8) Thema Ozon: Das Problem
9) Thema Ozon: Grenzwerte, Warnstufen, Verhalten bei Auslösung

– Sonderpublikationen der MA 22 Umweltschutz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Besonders attraktive Themen der Umweltschutzabteilung werden auch als Sonderpublikationen (qualitativ hochwertige Vierfarbbroschüren oder Plakate) für die breite Bevölkerung aufbereitet. Für das KliP-Klimaschutzprogramm wird eine eigene Zeitung, die "KliP-News" produziert, die zwei bis dreimal jährlich erscheint.
Folgende Sonderpublikationen wurden 1997 produziert.

1. Broschüre: Wildtiere - Ein Problem in der Großstadt?
2. Broschüre: Umweltschutz - Biotopmonitoring; Sicherung der Luftqualität; Klimaschutz; Lärm- und Schallschutz (Anläßlich EUVIRON mit MA 18 - Stadtplanung)
3. Broschüre: Enviromental protection - Biotope monitoring; Air quality protection; Climate protection; Noise control (Anläßlich EUVIRON mit MA 18 - Stadtplanung)
4. Berichtsband: Ozongesetzlicher Maßnahmenplan der Länder Wien, Niederösterreich, Burgenland (Gemeinsam mit Wiener Umweltanwaltschaft)
5. Dokumentation: Ozonkonsenskonferenz, Berichtsband (Federführung: Wiener Umweltanwaltschaft gemeinsame Produktion mit den Ländern Wien, Niederösterreich, Burgenland)
6. Plakat: Viele, viele Tiere leben in unserer Stadt
7. Plakat: Lebenswelt Regenwald (Ausstellungsplakat)
8. Zeitung: Klipp-News - Die Zeitung zum Klimaschutzprogramm

Veranstaltungen und Ausstellungen der MA 22

Von der Umweltschutzabteilung werden Ausstellungen, Enqueten und Infoveranstaltungen vor allem im Auftrag des amtsführenden Stadtrates für Umwelt und Verkehrskoordination organisiert. Außerdem wird die Umweltschutzabteilung im Laufe des Jahres von verschiedenen Dienststellen eingeladen, bei diversen Veranstaltungen (zum Beispiel bei der "EUVIRON-Umwelt-Kongreß-Messe" im September 1997) präsent zu sein. Einige Beispiele für Veranstaltungen, die von der Umweltschutzabteilung 1997 selbst organisiert wurden:

– Fluglärmenquete am 25. Februar 1997 im Rathaus
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle
Referat 2 (Lärmschutz)

Bürgerinitiativen, Politiker, Wissenschafter und Bürger haben am 25. Februar 1997 im Rahmen der Fluglärm-Enquete über die Problematik rund um das Thema Fluglärm diskutiert. Geladen waren neben dem Leiter des Flugsicherungstowers Flughafen Wien/Schwechat, Christian WOBORSKY, dem Umweltbeauftragen der Flughafen Wien AG, Ing. Christian RÖHRER und dem Chefpilot der AUA, Christian KORHERR auch Prof. Dr. Ing. Manfred FRICKE von der Technischen Universität Berlin. Dabei wurden erstmals auch die Inhalte jener Studie präsentiert, die von der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien 1997 gemeinsam mit dem Flughafen Wien Schwechat beauftragt wurde, mit dem Ziel die Möglichkeiten auszuloten, die Fluglärmsituation über Wiener Stadtgebiet zu verbessern. Durchgeführt wird die Studie von Prof. Dr. Ing. Manfred Fricke vom Institut für Luft- und Raumfahrt von der Technischen Universität Berlin. Fricke hat sich bereits mit dem Lärmproblem beim neuen Flughafen München intensiv beschäftigt und Lösungen ausgearbeitet, die Lärmemissionen auf möglichst geringem Niveau zu halten.

– Enquete: "Anders unterwegs - Alternative Möglichkeiten, sich in der Stadt motorisiert fortzubewegen" am 2. Juli 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle

Alternative, technische Möglichkeiten im Straßenverkehr waren das Thema der Enquete "Anders unterwegs", die im Juli 1997 im Wiener Rathaus stattgefunden hat. Veranstaltet hat die Enquete das Umweltbundesamt (UBA) und die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22). Anlaß für die Enquete war die erstmalige Präsentation des UBA-Reports "Alternativ betriebene Fahrzeuge in Österreich". Mit der Enquete sollte ein weiteres Zeichen gesetzt werden, daß es neben den herkömmlichen diesel- oder benzinbetriebenen Fahrzeugen auch noch umweltfreundlichere, technische Alternativen gibt, zum Beispiel E-Mobile oder Flüssiggas, Erdgas und Biosprit als Treibstoff. Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung sowie Vertreter der Verkehrsclubs nahmen an der Enquete teil. In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde das Thema von Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung sowie Vertretern der Verkehrsclubs erörtert. Die Enquete war ein Beitrag zum KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien.

– Umweltschutz in Betrieben: EU-Workshop mit Bristol, Berlin und Kopenhagen zum Erfahrungsaustausch am 18. Juni 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle
Interdisziplinäre Projektkordination

Die Verbesserung von Umweltschutzmaßnahmen in Klein- und Mittelbetrieben stand im Mittelpunkt eines Workshops zwischen den Städten Berlin, Bristol, Kopenhagen und Wien. Unter dem Titel „Greening the local economy - European aproaches" (Umweltfreundlichere lokale Wirtschaft - Europäische Ansätze) wurden im Wiener Rathaus Erfahrungen ausgetauscht, die mit den jeweiligen Instrumenten und Methoden zur Förderung von Umweltmaßnahmen in Betrieben gemacht wurden. „Greening the local economy" ist ein seit einem Jahr bestehendes Projekt im Rahmen des EU-PACTE- Förderungsprogrammes zum Zweck des Erfahrungsaustausches zwischen Behörden.

Der Vergleich mit anderen EU-Städten innerhalb des Projektes „Greening the local economy - European aproaches" zeigt, daß Wien durch die Vielfalt von eingesetzten Instrumenten sehr gut bewertet werden kann. Um eine noch größere Verbreitung des betrieblichen Umweltschutzes zu erreichen, wurden für den zweiten Tag des Workshops Vertreter aus Wirtschaft, Interessensvertretungen, Ministerium und Wirtschaftsuniversität eingeladen über ihre Erfahrungen zu berichten. Betreut wird dieses EU-Projekt für die Stadt Wien von der MA 22 - Umweltschutz, die auch den Workshop organisiert hat.

– Ausstellung: "Landnahme" & "Lebenswelt Regenwald" im Juli 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle

Der Schutz des Regenwaldes war Thema zweier Fotodokumentationen, die von der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22) in der Wiener Planungswerkstatt gezeigt wurden. Unter dem Titel "Lebenswelt Regenwald wurden fünf konkrete Projekte vorgestellt, die im brasilianischen Amazonasgebiet durchgeführt werden. Ziel dieser Projekte ist es, umweltgerechte Lebensbedingungen für die Indiostämme zu schaffen und dadurch die Vernichtung des Regenwaldes zu stoppen. Für diese Projekte hat die Stadt Wien in den letzten Jahren mehr als eine Million Schilling zur Verfügung gestellt. Gestaltet wurde "Lebenswelt Regenwald" vom Lateinamerika-Institut, von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium und dem Klimabündnis Österreich. Thema der zweiten Fotodokumentation "Landnahme" war die Rodung der "mata atlantica" in Brasilien. Dort wurde auf einer Länge von mehreren 1.000 km entlang der Atlantikküste der ursprüngliche Regenwald geschlägert und vor allem durch Eukalyptusplantagen ersetzt. In eindrucksvollen Bildern wurden die Konsequenzen des Raubbaus dokumentiert, die das Land und seine Bevölkerung in ihrer Existenz bedrohen. Die Fotos stammten von Ralph Bolius vom Verein für Fotografie und Dokumentation.

– Veranstaltungen zum KliP-Klimaschutzprogramm
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle
Referat 5 (Luftreinhaltung)
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

1997 wurden rund 20 Veranstaltungen im Rahmen des KliP- Klimaschutzprogrammes der Stadt Wien organisiert, so zum Beispiel die Plenumsveranstaltungen für die KliP-Teams Energie, Verkehr und Abfall/Beschaffung, einzelne projektgruppenspezifische Veranstaltungen und eine Großveranstaltung zur Zwischenbilanz des Klimaschutzprogrammes im Dezember 1997 unter dem Titel "KliP Wien "Das erste Jahr - Zwischenbilanz". Ende 1997 vorbereitet wurde auch die Internationale KliP-Fachtagung "Auf dem Weg zur Klimamusterstadt - Wiener Maßnahmen zur nachhaltigen Reduktion der Treibhausgase", die am 15. Jänner 1998 stattgefunden hat. Eröffnet wurde diese Fachtagung von Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Umweltstadtrat Fritz Svihalek.

– Dialog: „Nachhaltige Raumnutzung - Biologischer Landbau in Wien"
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspfleget)
Stabstelle

Für die Stadt Wien ist es ein Anliegen, daß auch in Bereichen, die direkt oder indirekt mit der Stadtverwaltung zusammenhängen, vermehrt Produkte aus biologischem Landbau verwertet werden. Einrichtungen, die dafür in Frage kämen, wären beispielsweise die Wiener Spitäler und Pflegeheime, die Pensionistenheime, die Aktion „Essen auf Rädern", Kindergärten und Schulen. Angesprochen sind hier aber vor allem auch die Großküchen-Firmen, die in

Bürgerservice und Tonbanddienste
– Wiener Umwelt Hotline mit neuer Telefonnummer: 4000/8022
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Die Auskunfts- und Beschwerdestelle der Magistratsabteilung 22 - Umweltschutz besteht seit dem Jahre 1985. Seit 1995 wird sie Wiener Umwelt Hotline genannt. Von zwei Mitarbeiterinnen werden telefonisch, schriftlich oder persönlich vorgebrachte Beschwerden entgegengenommen und bearbeitet.

Die Anfragen und Beschwerden betreffen hauptsächlich folgende Bereiche: Grundwasserverunreinigungen; Bodenverunreinigungen durch Öl, Benzin usw.; Rauch- und Geruchsbelästigungen durch das Verbrennen von pflanzlichen/nichtpflanzlichen Abfällen; Müllablagerungen auf öffentlichem sowie auf privatem Grund; Belästigungen durch Baulärm; Belästigungen durch Gewerbebetriebe (Rauch, Geruch, Ruß sowie Lärm); Einleitung diverser Flüssigkeiten in den Kanal; Verstöße gegen die Auftaumittelverordnung; Problematik rund um die Fütterung von Tauben; Meldungen über illegal abgelagerte Autowracks, Kühlschränke, Bauschutt und andere Abfälle; Belästigungen (Rauch, Geruch, Ruß) durch private Feuerstätten; Meldungen sanitärer Übelstände.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Informations- und Aufklärungsarbeit zu umweltrelevanten Themen. Schwerpunkte waren die Themen Asbestbelastung durch Nachtspeicheröfen, Einsatz von Streusalz und anderen Auftaumitteln, Ozon bzw. das Verhalten bei Auslösung von Ozon-Vorwarn- bzw. Warnstufen.

Wochentags sind die Mitarbeiterinnen von 8.30 Uhr bis 16.30 Uhr unter der neuen Hotline Nummer zu erreichen: 4000/8022. Nach Dienstschluß bzw. am Wochenende kann auf einem Tonband Nachricht hinterlassen und um Rückruf gebeten werden.

Anzahl der Anrufe bei der Wiener Umwelt Hotline 1988 bis 1997

| Jahr | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Anzahl Anrufe | 5.225 | 7.097 | 8.542 | 11.161 | 14.678 | 9.863 | 9.000 | 9.401 | 11.565 | 14.171 |

– „Ozonix": Ozon-Hotline unter der Telefonnummer 4000/88288
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)

4000/88288 lautet die Telefonnummer von "Ozonix", der neuen Ozon-Hotline der Umweltschutzabteilung. "Ozonix" liefert die stündlich aktualisierten Ozonmeßwerte. Die aktuellen Ozonwerte und die Maximalwerte der letzten 24 Stunden werden jeweils als Dreistundenmittelwerte in Mikrogramm pro Kubikmeter angegeben. Der Aktualität wegen handelt es sich um noch ungeprüfte Rohdaten direkt aus dem Meßnetz.

– Aktueller Luftgütebericht der Umweltschutzabteilung unter der Telefonnummer 4000/8820
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Unter der Telefonnummer 4000/8820 wird der Wiener Luftgütebericht veröffentlicht. Er gibt nicht nur über die Ozonsituation Auskunft, sondern auch über die Belastung der Wiener Luft mit den Schadstoffen Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Staub und Kohlenmonoxid. Die Werte sind, dem Gesetz entsprechend, in Milligramm pro Kubikmeter angegeben. Der Luftgütebericht wird werktags 2x täglich (um etwa 9.00 und 16.00 Uhr), am Wochenende und an Feiertagen 1x täglich aktualisiert. Bei kritischen Luftsituationen (Ozonvoralarm) kommt es umgehend zu weiteren Aktualisierungen.

– Aktueller Luftgütebericht via Telefaxbox
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Den aktuellen Luftgütebericht können Interessierte auch via Telefaxbox von der Umweltschutzabteilung abrufen. Voraussetzungen dafür sind ein Telefonapparat mit Tonwahl und ein Faxgerät. Konkret funktioniert das so: Nach dem Abheben des Hörers muß die Wiener Nummer 4000 9877 eingetippt werden. Nach dem Piepston ist die Nummer 8100 1073 einzugeben. Danach ist je nach Wunsch die Zahl 1 für den aktuellen Luftgütebericht, die Zahl 2 für den vorletzten Luftgütebericht oder die Zahl 3 für den vorvorletzten Luftgütebericht einzugeben. Im nächsten Schritt wird auf die Zahl 0 getippt. Danach gibt man die komplette Faxnummer ein, an die der Luftgütebericht ge-

diesen Bereichen für die Gemeinde Wien oder von ihr (mit)finanzierten Organisationen tätig sind. Zur Information solcher potentieller Abnehmer von biologisch erzeugten Produkten hat im Juni 1997 eine ganztägige Veranstaltung im Stadtgut Lobau unter dem Titel „Nachhaltige Raumnutzung - Biologischer Landbau in Wien" stattgefunden. Veranstalter waren die MA 22 - Umweltschutz und das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, in Zusammenarbeit mit der MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, der MA 49 - Forstamt und dem Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien.

Medienarbeit der Umweltschutzabteilung
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Kontinuierlich werden im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit Journalisten betreut, mit Presseunterlagen sowie Fotomaterial versorgt und telefonische Anfragen beantwortet. Ziel ist es, die umweltrelevanten Aktivitäten der Abteilung in den Medien transparent zu machen und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Die Arbeit erfolgt in Absprache mit dem Pressereferenten des Stadtrates für Umwelt- und Verkehrskoordination. Pressekonferenzen des Stadtrates für Umwelt und Verkehrskoordination, die sich auf Themen der Umweltschutzabteilung beziehen, werden gemeinsam mit dem Pressereferenten des Stadtrates betreut. Die Presseinformationen bzw. RK-Meldungen werden vorbereitet und verfaßt, natürlich in Absprache und enger Zusammenarbeit mit dem Stadtrat-Pressereferenten. Einige Beispiele: Pressekonferenz und/oder Presseunterlagen und RK-Meldungen zu den Themen: Ozonsanierungsplan der Länder Wien, NÖ, Burgenland; Ozonkonsenskonferenz; E-Mobil Förderung, Umweltbericht, Lärmbericht, KliP-Klimaschutzprogramm; Bodenbericht 1997, Krötenwanderung. Der PID ersucht die Umweltschutzabteilung regelmäßig um die Mithilfe bei Ausstellungen, Veranstaltungen und der Erstellung von Publikationen sowie von Beiträgen für die Zeitung "Unser Wien". Einige Beispiele: Teilnahme an der EUVIRON - Europäische Kongreßmesse; Beiträge für "Unser Wien" zu den Themen Ozon, Taubenproblematik, Krötenwanderung, Wachtelkönigschutzprogramm, Lärmbericht usw. Auch die Baudirektion wird in dieser Hinsicht unterstützt, zum Beispiel mit Texten für die Wanderausstellung "Wiener Umwelt- und Stadttechnologie".

Neues Logo für die MA 22 - Umweltschutz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Für die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien wurde bereits 1996 ein eigenes Logo gestaltet. 1997 wurde damit fortgesetzt, ein zum Logo passendes, einheitliches, zeitgemäßes visuelles Erscheinungsbild für die Umweltschutzabteilung zu entwickeln und umzusetzen. So zum Beispiel wurden die Drucksorten der Abteilung neu gestaltet, aber auch die verschiedenen Publikationsreihen wie die Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz", die Folderreihe "Umweltschutz kurz & bündig" haben neue Layouts erhalten. Gearbeitet wurde auch an einem farbigen Leitsystem, das den Kunden der Umweltschutzabteilung die Orientierung im Haus erleichtert. Jedes Fachreferat hat eine eigene Leitfarbe erhalten. Übersichtliche Schilder und Hinweistafeln in der entsprechenden, den jeweiligen Referaten zugeordneten Farben werden die Kunden rasch zu den einzelnen Dienstellen und Mitarbeitern leiten. Neue Beschriftungs- und Informationstafeln werden auch die Luftmeßstellen erhalten. Alle Fahrzeuge der Umweltschutzabteilung wurden 1997 bereits mit dem neuen Logo ausgestattet. Mitte 1998 wird das komplette Erscheinungsbild der Umweltschutzabteilung auf das neue Logo umgestellt sein.

sendet werden soll. Zum Schluß ist die Taste # zu drücken und der Piepston abzuwarten. Dann kann aufgelegt werden und das Fax wird zugeschickt.

– Luftgüte-Anzeigetafeln an zentralen Plätzen in der Stadt
  Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
  Referat 8 (Luftmeßnetz)

Die Meßergebnisse sind auf 4 großen Anzeigetafeln an zentralen Plätzen der Stadt zu sehen: Im 1. Bezirk am Stephansplatz und am Schottenring, im 9. Bezirk in der Liechtensteinstraße und im 21. Bezirk Am Spitz, und zwar jeweils an der Fassade der Bank Austria Filialen. Die Anzeigetafeln wurden von der Bank Austria für die Wiener Bevölkerung errichtet und finanziert. Im wesentlichen besteht eine Anzeigetafel aus 5 Leuchtbändern. Vier vertikale Säulen beschreiben das Ausmaß der Schadstoffbelastung durch Schwefeldioxid und Staub, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid und Ozon. Ein waagrechtes Schriftband liefert die verbale Beschreibung der Luftsituation und gegebenenfalls auch Hinweise auf besondere Schadstoffbelastungen an einzelnen Meßstellen. Nach dem Wiener Vorbild sind bereits auch in München solche Tafeln aufgestellt worden. 1997 wurden von der Umweltschutzabteilung die Technik der Tafeln verbessert und die Leuchtkraft der Schrift so erhöht. Möglich wurde das durch die finanzielle Unterstützung der Bank Austria.

## Kanalisation

In Fortsetzung des umfangreichen Bauprogrammes der Abteilung konnten auch 1997 wieder beachtliche Investitionen in der Erweiterung des Wiener Kanalnetzes verzeichnet werden. Die Arbeiten für das Fortsetzungsbaulos des Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal, das mit der Querung des Wienflusses und den äußerst beengten Verhältnissen im Baubereich der Urania eine Herausforderung an die Technik darstellt, wurden im November begonnen. Die Planungen zur Herstellung der Donaukanalverbindungsleitungen zwischen Rechtem Hauptsammelkanal und Linkem Hauptsammelkanal, die die Ausleitungen von Schmutzfrachten in den Donaukanal während Wartungsarbeiten in diesen Kanälen auf einen unwesentlichen Anteil reduzieren sollen, wurden abgeschlossen. Ebenso wurden die Planungsarbeiten für Hauptprojektsbestandteile des „Abwasserentsorgungs- und Gewässerschutzprojektes für Wien" aufgenommen. Im wesentlichen sind das die Planungsleistungen für die Errichtung des Wientalsammelkanal-Entlastungskanals sowie des Liesingtalsammelkanal-Entlastungskanals. Beide Bauvorhaben müssen im Bach bzw. Flußbett geführt werden und eröffnen somit Möglichkeiten eines naturnahen und zeitgemäßen Ausbaues der Flußlandschaft nach Beendigung der Kanalbauarbeiten. An der Unteren Alten Donau wurde der Bau des letzten Abschnittes des Ufersammelkanals bis zur Bezirksgrenze zwischen 21. und 22. Bezirk in Angriff genommen.

Das Netzausbauprogramm sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im 21. und 22. Bezirk. Insgesamt konnten neben den in Bau befindlichen Arbeiten 31 neue Baulose in Angriff genommen und insgesamt 43 Baulose fertiggestellt werden.

Zur Unterstützung des von der Stadt Wien betriebenen Stadtentwicklungsprogrammes wurden zahlreiche Kanalbauten mit dem Schwerpunkt im 11., 21. und 22. Bezirk durchgeführt.

Das Kanalumbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor. Insgesamt konnten 1997 neben der Fortsetzung der laufenden Bauten drei neue Kanalumbauten begonnen werden. Großes Augenmerk wird auf die unterirdische Sanierung und Instandsetzung gelegt, wodurch eine Erneuerung unter minimaler Behinderung für die Bevölkerung ermöglicht wird. Weiters wurden auch mehrere Kanäle zur Erschließung von Betriebsbaugebieten und zur Freimachung von U-Bahntrassen durchgeführt. Die Kanalisierung am rechten Ufer der Alten Donau im Bereich der Kleingartenanlage Schießstattlacke und Bahndammweg wurde fertiggestellt.

Neben den zuvor angeführten Arbeiten wurde gemeinsam mit der EBS, der MA 45 und externen Experten ein Konzept über die „ökologische und wirtschaftliche Optimierung für die Abwasserentsorgung und den Gewässerschutz für Wien" erarbeitet und am 26. Juni 1996 vom Gemeinderat genehmigt. Dieses Konzept wird im wesentlichen durch den systemischen Ansatz, der Betrachtungsweise aller Elemente der Abwasserentsorgung und des Gewässerschutzes als ein ökologisch und wirtschaftlich optimierbares Gesamtprojekt, gekennzeichnet. Hierbei wurden nicht nur technische Maßnahmen wie Entlastungskanäle, Kanalnetzsteuerung, Kläranlagen miteinander in Verbindung gesetzt, sondern auch die Maßnahme „an der Quelle", wie z.B. Entsiegelung, Versickerung, Fremdwasserreduktion usw., als integrierender Projektbestandteil aufgenommen. Dieses Konzept ist im wesentlichen als Leitlinie für die zukünftigen Aufgaben der Abteilung am Sektor des Kanalneubaus bzw. Gewässerschutzes zu verstehen.

Neben zahlreichen Befunden und Planbegutachtungen war auch eine Mitarbeit im Normungswesen zu verzeichnen.

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, wurden 2.844 Einsätze geleistet.

Die Materialförderung, Kanalschutt und Rechengut aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug im Jahre 1997 7.253 t. Im einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 2.569 t, aus den Hauptsammelkanälen 1.419 t, aus den Straßenkanälen 1.418 t, aus der Kläranlage Blumental 547 t und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 247 t Kanalschutt geräumt. Die anfallende, bereits gepreßte Rechengutmenge aus der Kläranlage Blumental und den Pumpwerken betrug 1.053 t.

Der Senkgrubenbestand hat sich im Jahre 1997 weiter verringert und beträgt 28.989. Die Zahl der Senkgrubenräumungen durch die Abteilung betrug 23.580 mit einer verrechneten Gesamtaushubmenge von 143.351 $m^3$. 962 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 1.753 t betrug.

An 1.603 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.570 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 242 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. In einer Reihe von Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten vorgenommen.

Insgesamt wurden im Jahre 1997 von den Fahrzeugen der Abteilung rund 1,200.000 km zurückgelegt, davon vom Senkgrubenwagen 397.139 km, vom Hochdruckwagen 79.917 km, von den Abscheiderräumfahrzeugen 26.273 km, vom Verstopfungswagen 58.510 km und von diversen anderen Fahrzeugen 637.576 km.

An behördlichen Aufgaben wurden u.a. 269 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 141 Schreiben betreffend Räumzahlfestsetzungen, Selbsträumungsbewilligungen und amtswegige Räumungen verfaßt. Bei 85 Liegenschaften wurde die Einhaltung der Bescheidauflagen überprüft. Die Abwassserhebewerke förderten 70,074.605 $m^3$.

In der Kläranlage Blumental wurden 20,883.485 m3 Abwasser gereinigt. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 237 mg/l BSB5, die im geklärten Ablauf 11,1 mg/l BSB5.

Im Pumpwerk Linker Donausammelkanal betrug der Energieverbrauch für die Versorgung der angeschlossenen Hochwasserpumpwerke, sowie bei Revisionen auch für die Hauptkläranlage-Wien rund 3,9 Millionen kWh.

Im Jahre 1997 wurden vom Referat Chemie 3.083 Abwasserproben gezogen sowie an 488 Tagen Dauerkontrollen mittels Probenahme-, pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt. 370 Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. In acht Fällen wurden zusätzlich Strafanträge erstattet. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen betrug mit Stichtag 31. Dezember 1997 rund 1.200, die Zahl der weniger gefährlichen Abwassereinleiter etwa 3.300. Zur Zeit sind rund 4.500 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfaßt. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referates zusätzlich an 229 gewerberechtlichen Verhandlungen teil.

Mit dem Kanalfernsehauge wurden 101 km Rohrkanäle überprüft.

In der Friedrichstraße wurden 1.365 Personen geführt. Weiters besuchten rund 13.550 Personen diverse Veranstaltungen bzw. Ausstellungsstände der Abteilung.

Trotz intensiver Schulung und Aufklärung wurden 2 schwere und 61 leichte Unfälle registriert.

# Wasserwerke

## 1. Wasserwirtschaft

Im Jahre 1997 wurden insgesamt 148,466.148 $m^3$ (1996: 149,700.338 $m^3$) Wasser aufgebracht und davon 142,772.802 $m^3$ (1996: 143,328.294 $m^3$) Wasser in das Wiener Rohrnetz eingespeist.

Die Wasseraufbringung setzt sich im Jahre 1997 zusammen aus: 141,372.488 $m^3$ (95,22 %) Wasser der beiden Hochquellenleitungen, 3,270.990 $m^3$ (2,20 %) aus Wiener Grundwasserwerken, 3,066.050 $m^3$ (2,07 %) aus dem Wientalwasserwerk, sowie 349.480 $m^3$ (0,24 Prozent) aus dem Wasserleitungsverband Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von 407.140 $m^3$ (0,27 %) Wasser ergibt sich aus Veränderungen im Behältervorrat. Die Gesamtaufbringung sank gegenüber dem Vorjahr um 1,234.190 $m^3$, das sind 0,82 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2,084.914 $m^3$ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 142,772.802 $m^3$ an das Wiener Rohrnetz und 3,608.432 $m^3$ an Überfällen und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 390.099 $m^3$. Tagesmaximum wurde am 16. Mai 1997 mit 484.580 $m^3$ erreicht und das Tagesminimum am 25. Dezember 1997 mit 304.610 $m^3$. Zur Desinfektion der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 27.440 kg Chlorgas und 38.740 kg Natriumchlorit verwendet. Für Rohrstrangdesinfektionen und Behälterreinigungen kamen 1.810 l Hypochlorit und 2.260 kg Wasserstoffsuperoxyd zum Einsatz. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 62,596.828 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon entfallen 4,766.739 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der I. Wiener Hochquellenleitung, 13,529.461 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der II. Wiener Hochquellenleitung und 44,300.628 kWh auf das Kraftwerk Gaming an der II. Wiener Hochquellenleitung.

Im Rahmen der Neubauten und Bauvorhaben wurden die Bauarbeiten am Behälter Bisamberg und an den Rohrlegungen fortgesetzt. Das Projekt Behälter Bisamberg dient zur Sicherung der Wasserversorgung des 21. und 22.

Bezirkes durch die Neuverlegung von Transportleitungen und die Schaffung einer ausreichenden Behälterreserve. Im Berichtsjahr wurde mit einem rund 800 m langen Abschnitt die Transportleitung in der Siemensstraße fertiggestellt. Ferner erfolgten Straßeninstandsetzungen an den Rohrleitungstrassen. Der Behälter wurde teilweise in Betrieb genommen. In den Behälterkammern wurden verdeckte, unwesentliche Mängel festgestellt. Im Berichtsjahr wurden die Umbauarbeiten am Ablaufsystem des Wasserbehälters Lainz zur Mobilisierung von 30.000 mΔ zusätzlichem Speicherinhalt fertiggestellt. Im Ein- und Auslaufbauwerk wurden neue Bedienungsstege, in der Ableitung eine DN 1800 Sperrklappe eingebaut sowie die Korrosionsschutzarbeiten durchgeführt.

Die Sofortmaßnahmen am Grundwasserwerk Nußdorf, welche infolge Kraftwerksstaues Freudenau erforderlich waren, wurden fertiggestellt. Im Berichtsjahr wurden die Bauwerke der beiden Sammelbrunnen und die Hauptverrohrung im Gelände fertiggestellt, danach erfolgten die Anhebung des Geländes sowie die Herstellung der Bedienungswege.

Im Grundwasserwerk Donauinsel Nord erfolgte die Fertigstellung des Brunnenbaues, des Leitungsbaues, der Kammer- und Auslaufbauwerke sowie der Ausbau der Stromversorgung, Elektrik und Steuerung. Die Detailprojektierung der Trinkwasseraufbereitungsanlage wurde fortgesetzt. Leistungspumpversuche an allen Brunnen im Einzelbetrieb wurden durchgeführt. Hydrologische Beweissicherungen, Auswertungen und laufende Qualitätsuntersuchungen an Donau, Neuer Donau und Brunnen wurden fortgeführt.

Die Beweissicherungsarbeiten im Grundwasserwerk Lobau wurden fortgesetzt.

Die generelle Planung einer Aufbereitungsanlage wurde weitgehend abgeschlossen, die Vorlage an die Oberste Wasserrechtsbehörde vorbereitet. Für die Schutzmaßnahme Sperrbrunnenreihe wurden flächendeckende hydrologische Beweissicherungen und Qualitätsmessungen im Rahmen der Bescheidauflagen durchgeführt. Die wasserrechtlichen Kollaudierungen für die Sperrbrunnenreihe sowie die Verlängerung des Wasserrechtes wurden beantragt.

Im Auftrag und auf Basis Planung der MA 43 wurde im 11. Bezirk auf dem Urnenfriedhof der für die Nutzwasserversorgung vorgesehene Vertikalfilterbrunnen mit abgehenden Rohrsträngen fertiggestellt. Es erfolgte der Beginn der Arbeiten am Wasserbehälter. Die Errichtung der Zuleitung (Preßvortrieb unter der Simmeringer Hauptstraße) konnte weitgehend abgeschlossen werden.

Im Laufe des Jahres 1997 wurden gemäß Ausbaukonzept bzw. Frühwarn- und Sicherheitssystem weitere Anlagen der I. Wiener Hochquellenleitung in das Fernsteuerungs- und Überwachungssystem der Sicherheitszentrale Neusiedl eingebunden (Einbindung der Güteüberwachungsstation Ternitz Teil 2). Für die Überwachung der Schloßquelle in Stixenstein wurde ein Telefonanschluß installiert.

Der neue Stollen wird die im Bereich Scheibbs an der II. Hochquellenleitung durch ungünstige geologische Verhältnisse aufgetretenen Schadensstellen umgehen und so einen weiteren sicheren Betrieb der Leitung gewährleisten. Der Umgehungsstollen meidet die oberflächennahen, rutschgefährdeten Bereiche; er liegt tief im Berg in geologisch wesentlich günstigeren Zonen. Gebaut wird er nach einem wesentlich besser geeigneten, moderneren Stollenbauverfahren. Untertage wurden im Berichtsjahr die restlichen 720 m Stollen vorgetrieben und mit Spritzbetonauskleidung gesichert, die Anschlußstellen des Alt- mit dem Neustollen vorbereitet sowie in Ringbetonschale im Rückbau eingebracht.

Ferner wurden obertägig Fundamente und Widerlagermauern einer Feldweg- und Kanalbrücke hergestellt.

Die Betriebsanlagen im Wientalwasserwerk sind für die Verlängerung der 1998 ablaufenden wasserrechtlichen Bewilligung dem Stand der Technik anzupassen. Auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen der Universität Wien für Bodenkultur zur Optimierung des Aufbereitungsverfahrens wurde ein Schnellfilter mit einem Mehrschichtaufbau ausgestattet. Für die Rückspülung wurden elektrisch getriebene Edelstahlschützen eingebaut. Für eine Feinfilterkammer wurde die Ablaufeinrichtung auf ein niveaugesteuertes Claytonventil zur Verbesserung der Filterleistung umgestellt. In der Reinwasserkammer II wurde beim Claytonventil eine Meßblende eingebaut. Die Wehranlage wurde einer Revision unterzogen.

Die Fortführung der hydrologischen Beweissicherung für die III. Wiener Wasserleitung laut Bescheid wurde fortgesetzt: Es erfolgten Durchflußmessungen in den Meßprofilen Haschendorf, Ebreichsdorf, Schranawand, Marienthal, Fischamend, Stangenmühle, HPIII, Neubach I und II, Jesuitenbach und Schlauchgraben, sowie Kontrollen der Wasserstands- und Temperaturaufzeichnungsgeräte dieser Pegelstationen und des Klimagartens Fischamend. Weiters erfolgten Grundwasserstandsmessungen in den Sondenfeldern um die Horizontalfilterbrunnen Moosbrunn I und II, in den piestingnahen Sonden, den Sonden des A-Systems und des Naturdenkmals Brunnlust. Temperatur- und Temperaturprofilmessungen wurden in ausgewählten Sonden der Mitterndorfer Senke durchgeführt. Bedingt durch den Neubau einer Straßenbrücke in Schranawand mußte die Meßstation Schranawand verlegt und das Meßprofil neu errichtet werden. In Fischamend und Mitterndorf wurden für die fischkundliche Beweissicherung vier Lattenpegel versetzt.

Der Umbau der Chloranlage konnte mit dem Einbau einer neuen Steuerungsanlage abgeschlossen werden. Im Betriebsgebäude wurden die Erdgeschoßfenster und Teile der Zentralheizungsanlage aus Energiespargründen ausgewechselt.

Im Einlaufbauwerk des Behälters Moosbrunn wurden Betonsanierungsarbeiten ausgeführt. Die CKW-Versuchsanlage im Einlaufbauwerk des Behälters Unterlaa wurde abgebrochen. Im März 1997 erfolgte die Kollaudierung ergän-

zender baulicher Anlagen, die 1996 errichtet worden waren. Nach Antrag und Verhandlung erging der Schlußkollaudierungsbescheid Ende September 1997. Damit war der Schlußpunkt des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens gesetzt und der Stadt Wien auf Dauer von 90 Jahren der Konsens zur Entnahme von maximal 742 l/s Grundwasser erteilt worden. Für die ersten Betriebsjahre ist die Fortsetzung verschiedener Beweissicherungen vorgesehen. Mit diesem Grundwasserwerk besitzt die Wasserversorgung der Stadt Wien nunmehr eine Reserve für Störfälle an den Hochquellenleitungen sowie für künftige Verbrauchszuwächse.

Für das Karstforschungsprogramm wurden im Antenkar und bei den Brunnseequellen zusätzliche Meßstellen installiert, Daten erhoben und ausgewertet. Vom Joanneum Graz wurden wöchentlich Wasserproben zur Untersuchung hinsichtlich Isotopen, Bakteriologie und Chemie entnommen und geprüft. Im Bereich der Zeller Staritzen, des Einzugsgebietes der Kläffer-, Antenkar und Brunnseequellen wurden umfangreiche hydrologische Messungen vom Joanneum Research Graz durchgeführt. Für ein Fassungsprojekt Kräuterbrunnquellen wurden hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt.

Die Untersuchung der Universität für Bodenkultur betreffend der Wiederverkeimungsneigung des mit UV-Strahlen behandelten Wiener Trinkwassers im Rohrnetz (bei verschiedenen Rohrmaterialien) wurde weitergeführt. Der Abschluß dieser Untersuchung ist für 1998 vorgesehen.

Was die Erhaltung der Anlagen und den Betrieb betrifft, so konnte die Instandsetzung der technisch überalterten Starkstromanlagen und fernmeldetechnischen Einrichtungen im Hebewerk Unterlaa abgeschlossen werden. Im Drucksteigerungswerk Wolfersberg wurden beide Pumpenaggregate erneuert. Zwei neue Frequenzumrichter wurden installiert, so daß nun beide Aggregate drehzahlgeregelt betrieben werden können. Der Behälter Krapfenwald wurde baulich saniert und mit Objektschutzeinrichtungen versehen. Im Zuge dieser Sanierungsarbeiten erneuerte man auch die Rohrleitungen und Armaturen sowie die Elektroinstallation in der Schieberkammer. Die Objektschutzeinrichtungen im Hebewerk Krapfenwald wurden ebenfalls dem Standard der Abteilung angepaßt.

Während der zwei Herbstabkehren der II. Wiener Hochquellenleitung wurde die Desinfektionsanlage Mauer verfahrenstechnisch dem letzten Stand der Technik entsprechend umgebaut. Die durch Überspannung entstandenen Schäden an einigen Brunnenanlagen der Sperrbrunnenreihe Lobau konnten behoben werden. In der Lastverteilungszentrale Grabnergasse wurde die neue Prozeßrechneranlage fertiggestellt und die Einbindung weiterer Außenstationen in diese Anlage fortgesetzt.

Im Berichtsjahr erreichten die Kabellegungen (Verstärkungen, Umlegungen usw.) für das betriebseigene Fernmeldekabelnetz in Wien eine Gesamtlänge von 4,3 km.

Im Amtshaus Grabnergasse konnte wieder ein weiterer Teil der Büroräume (4. Stock) neu adaptiert werden. Ebenfalls neu adaptiert wurde die Bezirksaußenstelle 12 der Betriebsabteilung 6 – Wasserverteilung. Für die im Jahr 1998 vorgesehene Übersiedlung der Bereitschaftsgruppe der Abteilung in das Amtshaus Grabnergasse wurden Vorbereitungsarbeiten durchgeführt.

Im Jahre 1997 wurden bei 6 Abkehren der I. Hochquellenleitung folgende Arbeiten durchgeführt: Es erfolgten die Folienauskleidung im Aquädukt Weikersdorf (50 m²), die Folienauskleidung im Aquädukt Mauer (500 m²), die Spritzbetonauskleidung (100 m²), die Putzschädenausbesserung im Kanal auf etwa 2 km Leitungslänge, die Kabelauswechslung im Kanal (8 km). Waschabkehren wurden zwischen Turm 10a – 14 und Turm 27 – Station 227 Leobersdorf durchgeführt.

Im Zuge der Abkehren wurden in Weiterführung des laufenden Programmes Stationsmarkierungen im Leitungskanal nachgemessen, gegebenenfalls korrigiert und mit neuen Markierungstafeln versehen. Kleininjektionsarbeiten erfolgten bei Abkehren im Bereich Gainfarn. Weiters wurde im Rahmen von Begehungen des Leitungskanals eine Zustandsanalyse als Basis für die Prioritäten der Abkehrprogramme 1998 erstellt. Beim Wasserbehälter Neusiedl erfolgten die Herstellung einer 800/1600 mm - Stahlrohrleitung zur Verbesserung des Fließverhaltens bei der Einlaufkammer Neusiedl sowie der Austausch der Schachtabdeckung Kammer C-Neusiedl auf NIRO-Deckel. Beim Leitungskanal erfolgte die Herstellung von 45 Schachtabdeckungen mit Betonabdeckplatten sowie der Austausch von 125 alten Grenzsteinen auf Stahlbetongrenzsteine.

Im Quellgebiet I. Hochquellenleitung erfolgten für die Funkstation Schneealpe die Rohbaufertigstellung und Dachherstellung mittels Keilpfostendach und Blechdeckung.

In der Subzentrale Hirschwang wurde die Einrichtung der Schaltwarte, des Computerraumes sowie der Aufenthalts- und Schlafräume, der Wasch- und Sanitärräume fertiggestellt. Im Wetterinstollen erfolgte die Verlegung einer Kompressorleitung DN 2“, Länge 2.620 m, sowie die Herstellung einer Zwangsbewetterung für Stollenarbeiten mittels 2 Ventilatoren. Im Schneealpenstollen Süd erfolgten die Herstellung von Kabeltrassen und Verlegung von 3 x 20 kV Kabeln von Station 830 - 1580. Mit der Sohlsanierung Station 1220 – 1235 und 1435 - 1456 wurde begonnen. Für die Wasserversorgung des Forsthauses in Naßwald wurde eine 740 m lange DN 2“ Stahlrohrleitung im Leitungsstollen verlegt (Ausfall der ursprünglichen Versorgung durch Hochwasser). Bei der Quelle 20 erfolgte die Montage einer NIRO-Rückschlagklappe 130/170 cm für die Entleerung gegen Eindringen der Schwarza bei Hochwasser. Es wurden 900 m FM- und NS-Kabel zwischen Einlaufkammer Hirschwang und Stollenzugang Windbrücke verlegt, davon 150 m im Stollen. Beim Stollenzugang Windbrücke erfolgte die Montage einer neuen DN 1000 mm Ablaßschleuse samt elektrischem Stellantrieb für die Fernsteuerung vom KW Hirschwang, sowie die

Herstellung einer Stauwand zur Erhöhung der Abwurfwassermenge (rund 2000 l/sec.). Bei vier Abkehren erfolgte das Reinigen des Leitungskanals mit Piasavabesen (Stahlbesen) und Stollenwaschmaschine auf einer Länge von 6.530 m.

Nach dem Hochwasser vom 8. Juli 1997 (120jährig) mußten Schäden behoben werden: So erfolgten die Ufersicherungen im Bereich der Mürz, Lanau, Dobrein, Höllental, Naßwald und Wasseralm mit 840 Tonnen Wurfsteinen, die Wiederherstellung des Zugangssteges zu Stollen VII über die Schwarza, die Wiederherstellung der Zugänge zu Stollen III und Quelle 20 mit Beton- und Natursteinmauerwerk, weiters umfangreiche Reinigungsarbeiten nach Eindringen der Schwarza in den Leitungsstollen zwischen Stollen III und Kaiserbrunn, Aufräumungsarbeiten nach Überflutung der Kellerräume (Archiv und Magazin) des Betriebsgebäudes in Hirschwang, die Wiederinstandsetzung der Fernmeldeeinrichtungen, Neuherstellung des Brückenrohrstranges DN 100 im Zuge der Henriettenbrücke über die Schwarza (Ortswasserversorgung Hirschwang), Herstellung von Notversorgungen für Strom und Wasser im Bereich Naßwald – Höllental und Hirschwang, Instandsetzung der Entwässerungseinrichtungen und des Leitungskanals im Bereich Station 66 (Reichenau – Haabergwehr).

Bei der II. Wiener Hochquellenleitung wurde das mehrjährige Programm der Überprüfung und Aktivierung von Hang- und Sohldrainagen fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurden in geologischen Problembereichen rund 1.000 lfm Rohre verlegt. Zur Beobachtung von Hangbewegungen wurden vier Extensometer errichtet. Nach Katastrophenniederschlägen im Juli mußten weggerissene Straßen, Ufer und Stege instand gesetzt werden. Weiters waren noch hangstabilisierende Maßnahmen erforderlich. Bei Einstiegtürmen und Zugängen wurden drei einbruchshemmende Objektschutztüren eingebaut. Sieben Schachtabschlüsse wurden unter Niveau versetzt. Abkehrarbeiten (4 Abkehren): In Problembereichen wurden im Kanal zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit der begleitenden Sohldrainagen 5 Putzschächte gebohrt und in weiterer Folge 10 lfm Drainageleitung ausgewechselt. Zur Vermeidung von Wasserein- bzw. Austritten wurden Sohlsanierungen, Verputzarbeiten, Injektionsarbeiten sowie 1.300 lfm Rißabdichtungen im Leitungskanal durchgeführt. In einer Problemzone wurde eine elektronische Bauwerksüberwachung mittels Lichtwellenleiter errichtet. Zur Abdichtung von Wassereinbrüchen bei Baufugen wurden 27 Druckringe montiert. Zur Zustandsfeststellung außerhalb des Leitungskanals und um eine geordnete Wasserableitung zu ermöglichen, wurden 2 Entwässerungsbohrungen angebracht. 10 km Leitungskanal wurden maschinell gewaschen. 3 Armaturen (Schützen, Klappen, Schieber) wurden instand gesetzt. Bei 5 Einstiegschächten wurden die Deckel kanalseits mittels mechanischer Vorrichtungen (gegen mögliches Öffnen von außen) gesichert. Bei mehreren hohen Schächten wurden Leitern und Podeste montiert. Bei Begehungen wurden insgesamt 450 lfm Risse, zahlreiche Abplatzungen sowie mehrere Wasserein- bzw. -austritte festgestellt und 75 Bolzenmessungen durchgeführt. Weiters wurden Bestands- und Zustandsaufnahmen älterer Abdichtungsarbeiten erstellt. In Zusammenarbeit mit einem Zivilingenieurbüro wurde ein Testbericht über die digitale Erfassung des Längsschnittes der II. Hochquellenleitung von km 61,8 bis 73,4 verfaßt. Es wurde mit der Digitalisierung von Lageplänen begonnen.

Im Wetterinstollen im Quellgebiet II. Wiener Hochquellenleitung wurde ein Erdkabel verlegt und die Sockelsanierung fortgesetzt. In der Höll wurde von der C-Kammer bis zum Meßschacht ein Meßkabel verlegt. In den Zugängen 8a und 24a wurde hinter dem Ausbau eine Hohlraumverfüllung mit Injektionsharz durchgeführt. In den Zugängen 11 und 11a wurde das Stollenprofil vergrößert. Die Aquäduktabdeckplatten wurden mit Beschichtungsmaterialien auf Zement-Kunstharzbasis abgedichtet. Bei der Kläfferquelle wurde für die Nachfassung eine Pumpleitung DN 400 verlegt. In Hopfgarten wurde die Ortswasserleitung teilweise erneuert. An diversen Betriebsgebäuden wurden Erhaltungs- und Ausgestaltungsarbeiten duchgeführt. Der infolge starker Niederschläge im Juli abgerutschte Hang beim Amtsgebäude mußte saniert werden. Bei den Kraftwerken wurden Störmeldeeinrichtungen installiert. In der Schaltzentrale Winterhöhe und in der M-Kammer wurde die Möglichkeit einer manuellen Fernverbindung der Schaltstelle Kläfferhaus geschaffen. Bei den Kammern K, H, O und 22 wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Nach Wetterschäden wurden mehrere 20 kV-Freileitungsreparaturen durchgeführt. An Quellfassungen und zugehörigen Zäunen wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt und die planmäßigen Kontrollbegehungen vorgenommen.

Am Rohrnetz und an den Anschlußleitungen wurden Arbeiten durchgeführt. So verbindet die 3. Hauptleitung die Druckentlastung in der Wittgensteinstraße mit dem Behälter Breitensee bzw. über einen zweiten Ast mit der 1. Hauptleitung im Bereich Flötzersteig. Sie dient der Verbesserung der Wasserversorgung in den westlichen Bezirken Wiens. Im Berichtsjahr wurde ein Kammerbauwerk errichtet sowie die Zuleitung zum Behälter Breitensee verlängert.

Für das Projekt Entwicklungsgesellschaft des Donauraumes wurden Rohrlegungsarbeiten DN 400 im Kollektor Donau City-Straße und Diagonale Nord sowie der Ringschluß bei der Schüttaustraße in einer Gesamtlänge von 890 m durchgeführt. Im Rahmen des Projektes Stadtentwicklung wurden im 10., 21. und 22. Bezirk Rohrleitungen mit einer Gesamtlänge von 2.591 m verlegt. Im Zuge des erforderlichen Ausbaues des Rohrnetzes - meist in Koordination mit Bauvorhaben des Straßenbaues, aber auch aus betrieblichen Gründen - wurden 4.407 m öffentliche Rohrstränge verlegt.

Das Projekt „Erneuerung des Alten Rohrnetzes“ beinhaltet die Auswechslung der Rohre nach dem „Alten Wiener Normale“, welche bis etwa 1910 erzeugt und bis 1918 verwendet wurden. Von diesen größtenteils physisch und funktional überalterten Rohrsträngen wurden 7.954 m ausgewechselt.

Im Rahmen des Projektes Erneuerung und Sanierung von Grauguß- und Stahlleitungen werden die ab etwa 1910 verlegten Grauguß- und Stahlrohrleitungen mit Stemmuffendichtungen wegen Gebrechenshäufung und Undichtheiten erneuert. Im Jahre 1997 wurden 2.960 m öffentliche Rohrstränge ausgewechselt. Zur Aufschließung schon bebauter, meist aber im Zuge einer Verbauung stehender Liegenschaften, überwiegend in privaten Eigentumsverhältnissen, wurden 1.049 m neue Rohrstränge verlegt. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren sticht kein Projekt hervor, die Rohrlänge verteilt sich auf eine größere Anzahl kleiner Projekte.

Aus Veranlassung von und in Koordination mit anderen Dienststellen wurden 4.418 m öffentliche Rohrstränge verlegt. Als bedeutendstes Bauvorhaben dieser Sparte seien die Rohrauswechslungen am Hietzinger Platz im Zusammenhang mit Arbeiten der MA 28, MA 30 und der Wiener Linien genannt.

Neben kleineren Bauvorhaben wurden für die MA 30 im 13. Bezirk Maxingstraße und im 22. Bezirk, Franz-Loidl-Straße, Rohrstränge umgelegt sowie für ein Hochbauvorhaben (Remise Ottakring) ein Transportrohrstrang in eine neue Trasse verlegt. Die Gesamtlänge der umgelegten Leitungen betrug 1.033 m.

Bei Erhaltungsarbeiten sowie bei der Behebung von Beschädigungen wurden im öffentlichen Rohrnetz 1.569 m Rohrleitungen saniert bzw. ausgetauscht. 1.567 Stück Anschlußleitungen, davon 1.120 Bleileitungen wurden ausgewechselt. Zusätzlich wurden 76 Leitungen verstärkt und 65 Ergänzungen vorgenommen. Die Auswechslungslänge beträgt 19.102 m, der Zuwachs an Anschlußleitungslänge 4.373 m. Insgesamt traten 1.223 Gebrechen am Rohrnetz ( 368 Rohrgebrechen, 535 Armaturengebrechen und 320 Feuerhydrantengebrechen) auf. Bei Instandhaltungsmaßnahmen an Anschlußleitungen sind einschließlich der vorerwähnten Auswechslung von Leitungen insgesamt 3.208 Maßnahmen zu vermerken. Von dem berichtigten Stand 1. Jänner 1997 998 Kammern, großen Schächten, Kontrollschächten und Rohrkanälen wurden im Berichtsjahr 622 kontrolliert, 1 saniert, 9 kassiert, und es wurden 7 neue Kammern errichtet. Die Anzahl am 31. Dezember 1997 beträgt demnach 996 Stück. Es wurden an Großarmaturen (DN 300 - 1200) insgesamt 114 Reparaturen, 57 an Schiebern und 67 an Dichtklappen, durchgeführt.

Zur Erfassung und Minimierung der Wasserverluste wurden 139 Volumenstrommessungen und 896 Kontrollen von Suchdienstabschnitten mit eventuell anschließender Feinortung durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden 1.911 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei wurden 124 Leckstellen festgestellt. Nach Behebung dieser Schäden konnte eine Einsparung von 1.740 $m^3$/Tag registriert werden. Neuhergestellte Installationen oder Abänderungen bestehender Anlagen wurden in 1.002 Fällen überprüft. 2.998 Stück private Feuerhydranten wurden gleichfalls einer Überprüfung unterzogen.

Mit 3.450 Einzelaufträgen wurde die Wiederinstandsetzung aufgegrabener Flächen veranlaßt. Dabei wurden rund 55.032 $m^2$ Fahrbahn und etwa 8.300 $m^2$ Gehsteigfläche instand gesetzt, kollaudiert und abgerechnet.

Im Berichtsjahr wurden 5.803 m neuverlegte Rohrleitungen und 25.723 m ausgewechselte Rohrleitungen in Betrieb genommen. Abzüglich der dabei ersetzten alten Leitungen ergibt sich ein Zuwachs von 7.066 m, womit die Länge des öffentlichen Rohrnetzes mit Stichtag 31. Dezember 1997 einschließlich der erforderlichen Armaturen 3,234.551 m beträgt. Die Länge der Anschlußleitungen hat um 4.373 m zugenommen.

Im Jahr 1997 wurden im Rahmen des Netzinformationssystems 29.929 m neu verlegte Rohrleitungen bei offener Künette vermessen, so daß sich eine Gesamtlänge der vermessenen Rohrleitungen von 380.000 m ergibt. Für die Bezirke 10, 14, 16 und 23 wurde die digitale Lagekonstruktion von 490 km gescannten Rohrleitungen durchgeführt, sowie die im Planwerk fehlenden Hauszuleitungen ergänzt. Weiters wurden die Stammdaten sämtlicher Feuerhydranten in das Netzinformationssystem übertragen. Die Anzahl der öffentlichen Feuerhydranten hat um 67 Stück zugenommen und beträgt nunmehr 11.423 Stück. Im abgelaufenen Jahr wurden 2.030 Einsatzfahrten bei Schadensereignissen an öffentlichen Verteileinrichtungen und zur Hilfeleistung bei Schäden an Verbrauchsanlagen durchgeführt. Für Bauvorhaben im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau wurden insgesamt 1.575 m Rohre im Durchmesserbereich DN 150 bis DN 500 verlegt, wobei es sich dabei zum Teil um Bauprovisorien handelt, die nach Fertigstellung der U-Bahnbauten nochmals umgelegt werden müssen. Für die Aufschließung des Industrieparks Nord wurden 205 m Rohre DN 250 verlegt.

Im Berichtsjahr wurden 28.306 Wasserzähler hauptsächlich im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes (Langlaufdienst) ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte insgesamt 26.824 Wasserzähler repariert und zur Eichung bzw. Beglaubigung gebracht.

Neben den turnusmäßigen Auswechslungen von Wasserzählern wurden weitere 1.902 Arbeiten im Zuge des Gebrechendienstes durchgeführt. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Reparaturen bzw. Auswechslungen des Hauswechsels (Absperrventil vor dem Wasserzähler), sowie Reparaturen im Bereich der Holländerverbindungen beim Wasserzähler. Bei Bedarf wurde auch der Wasserzähler gewechselt. Auf Grund von Anträgen durch Wasserabnehmer oder der MA 4/Referat 6 wurden 680 Wasserzähler auf ihre ordnungsgemäße Funktionstüchtigkeit bzw. Anzeigegenauigkeit überprüft, die entsprechenden Prüfprotokolle erstellt und ausgewertet. Im Berichtsjahr wurden 511 Neuherstellungsakte (einschließlich Brunnenbezüge) verarbeitet und der MA 4/Referat 6 als Grundlage für die weitere Gebührenverrechnung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden 318 Bezugsendeakte EDV-mäßig bearbeitet. Auf Grund der Frostperioden mußten 660 Wasserzähler wegen Frostschäden vorgeschrieben werden. Die auf Grund des Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetzes bei den Brunnenanlagen installierten amtlichen Wasserzähler sind unter Einhaltung der Eichfrist von 5 Jahren regelmäßig auf Kosten des Wasserabnehmers auszutauschen. Im Berichtsjahr wurden 35 derartige Auswechslungen durchgeführt und verrechnet.

In der Wasserzählerwerkstätte wurden die Vorarbeiten für das Akkreditierungsverfahren abgeschlossen und das QM-Handbuch in der Endfassung erstellt. Die Akkreditierung als Beglaubigungsstelle für Kaltwasserzähler wurde durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten am 16. April 1997 erteilt und die Akkreditierungsurkunde am 22. April 1997 ausgestellt. Die dadurch erwirkte Berechtigung ermöglicht die eigenständige Beglaubigung (entspricht in etwa dem Begriff der Eichung) von Wasserzählern. Seitdem wurden in der Beglaubigungsstelle insgesamt 18.494 Kaltwasserzähler beglaubigt. Es sind durch die Beglaubigung gegenüber einer Eichung zusätzlich die gesetzlichen Vorgaben des Akkreditierungsgesetzes (BGBl. Nr. 468 vom 4. August 1992) und der Beglaubigungsstellenverordnung (BGBl. Nr. 809 vom 7. Oktober 1994) wahrzunehmen. Die gesetzlichen Vorgaben des Maß- und Eichgesetzes (BGBl. Nr. 152/1950 in der jeweils gültigen Fassung), der Eichvorschriften für Wasserzähler (Amtsblatt für das Eichwesen vom 7. November 1969) und der Eichanweisung für Kaltwasserzähler (Amtsblatt für Eichwesen Nr. 4/1995) haben sich im Verwaltungsberichtsjahr nicht verändert.

Im Jahre 1997 fanden drei Arbeitssitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft statt. Bei diesen drei Arbeitssitzungen wurden insgesamt 5 Großbauvorhaben mit 108 Baustellen in einer Länge von 20,57 km sowie Baukosten in der Höhe von 200,710.000 S eingereicht und mittels Förderungsvertrag dem Land Wien zugesichert.

Bei den Einzelbauvorhaben lag der kostenmäßige Schwerpunkt beim Projekt „3. Hauptleitung BA 01/3. Teil", der Investitionskosten von 63,890.000 S erforderlich macht.

Bei den Sammelprojekten schlug das Projekt Diverse 1996/3 mit 33 Einzelbaustellen und Kosten von 44,720.000 S am höchsten zu Buche.

Zugezählt wurden Darlehen (einschließlich Bauzinsen) in der Höhe von 3,095.000 S („Darlehen aus dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds"), während nach den neuen Förderungsrichtlinien Zuschüsse in der Höhe von 215,789.171 S gewährt wurden.

Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte nach den „alten" Richtlinien betrug 1997 48,857.016,40 S an Tilgungen sowie 23,373.296,80 S an Zinsen. Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte nach den „neuen" Richtlinien betrug 1997 11,315.759 S an Annuität sowie 60,497.717 S an Zinsen.

An Annuitätenzuschüssen des Bundes für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft wurden 1997 13,424.032 S vereinnahmt.

Im Berichtsjahr kam es zu einer ganzen Reihe von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen, zu denen auch von der Abteilung im Begutachtungsverfahren Stellungnahmen abzugeben waren:

Aufgrabungskundmachung, Eichvorschriften für Wasserzähler, Bundesstatistikgesetz (Verordnung über nicht landwirtschaftliche Bereichszählung), Kanalgebührengesetz, Naturschutzverordnung Lainzer Tiergarten, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, Wasserrechtsgesetz, Vorschlag einer EU-Trinkwasserrichtlinie, Vorschlag einer EU-Richtlinie (Rahmen für die Wasserpolitik der EU). Im eigenen Bereich wurden Vorschläge zur Deregulierung des Wasserversorgungsgesetzes erabeitet, so daß bis Ende 1997 ein vorläufiger Novellierungsvorschlag vorlag.

Eine Reihe von Rechtsgeschäften war auch 1997 durchzuführen. Für Projekte der MA 31 - Wasserwerke im Rahmen der Aufrechterhaltung der Wasserversorgung Wiens waren die hierfür erforderlichen Konsense zu erwirken und war die behördenmäßige Betreuung laufender Projekte durchzuführen. Die bedeutendsten Projekte sind nachstehend angeführt:

Im Berichtsjahr wurden für die III. Wiener Wasserleitung die Detailprojekte C und D über Antrag der Abteilung der wasserrechtlichen Überprüfung unterzogen. Nach Vorliegen des diesbezüglichen Bescheides wurde die wasserrechtliche Genehmigung der Betriebsvorschrift beantragt und diese nach Durchführung der mündlichen Verhandlung vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auch genehmigt. Da somit Mitte des Berichtsjahres alle Detailprojekte des Gesamtvorhabens die erforderlichen Bewilligungen erlangt haben, wurde um Durchführung der Schlußkollaudierung sowie um Festsetzung des endgültigen Maßes der Wasserbenutzung angesucht. Der diesbezügliche Bescheid stellte die letzte aus wasserrechtlicher Sicht für die Inbetriebnahme des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke erforderliche Hürde dar. Parallel zu den Bewilligungsverfahren mußten von der Abteilung in enger Zusammenarbeit mit dem Vertreter der Wasserwerke Gegenschriften bezüglich der in beinahe allen Verfahren von Gegnern des Vorhabens eingebrachten Verwaltungsgerichtshofbeschwerden erarbeitet werden. Mit der das im Absenkbereich des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke gelegene Naturdenkmal Brunnlust betreffenden naturschutzbehördlichen Ausnahmegenehmigung wurde schließlich die letzte behördliche Bewilligung für die Inbetriebnahme erwirkt.

Nachdem im Jahre 1996 die Wiederverleihung des abgelaufenen Wasserrechtes für das Wientalwasserwerk beantragt worden ist, wurden im Berichtsjahr Besprechungen mit der Behörde abgehalten, um die erforderlichen Maßnahmen und Planungen zu koordinieren und bereits im Vorfeld des Verfahrens mit den Sachverständigen abzusprechen. Darüber hinaus war ein aus dem Hochwasserereignis im Frühsommer resultierendes Prüfungsverfahren abzuwickeln, in welchem auch zivilrechtliche Ansprüche von im Unterlauf der Wien gelegenen Geschädigten abgewehrt werden konnten.

Grundwasserwerk Donauinsel Nord:

Da die zivilrechtlichen Auseinandersetzungen mit der DONAUKRAFT im Jahre 1996 Um- und Neuplanungen erforderlich gemacht haben, konnte der ursprünglich für das Vorhaben prognostizierte Zeitrahmen nicht eingehalten

werden, so daß die Genehmigung für das Grundwasserwerk zur Verlängerung der Vorlagefrist für die Aufbereitungsanlage bei der Behörde erwirkt werden mußte. Im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Freudenau wurde die baubehördliche Bewilligung für die am Grundwasserwerk Nußdorf notwendigen Adaptierungsmaßnahmen beantragt, und es fand auch eine Bewilligungsverhandlung statt. Der Bescheid steht noch aus.

Für das Projekt Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle waren umfangreiche Vorerhebungen und die Erstellung von Detailunterlagen als Vorbereitung der Einreichung des Kollaudierungsoperates durchzuführen bzw. die Abstimmung der privatrechtlichen Vereinbarungen (Servitutsverträge u.ä.) auf die geänderten Projektsunterlagen vorzunehmen.

Für das Grundwasserwerk Untere Lobau wurde durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft der bestehende Wasserrechtsbescheid abgeändert. Grund der Bescheidabänderung ist die Festlegung des neuen Pegels Wildungsmauer als Regelkriterium anstatt des Pegels Reichsbrücke als Folge der Staumaßnahmen beim Kraftwerk Freudenau.

Für die Errichtung einer neuen Entleerung der II. Wiener Hochquellenleitung in den Gütenbach war, da das Projekt aus budgetären Gründen noch nicht ausgeführt wurde, eine Kontaktnahme mit den betroffenen Grundeigentümern betreffend die Information über eine Verlängerung der zugesagten Grundinanspruchnahmen erforderlich. Eine Verlängerung der Bewilligungsrechte zur Errichtung besteht bis 30. Juni 2005.

Betreffend die behördliche Kollaudierung für die Leitungsumlegung Oberndorfer Senke (II. Wiener Hochquellenleitung) wurden gemeinsam mit der technischen Abteilung weitere Unterlagen erstellt; die wasserrechtliche Kollaudierung wurde weiter vorbereitet.

Im Zuge des Baufortschrittes des Umgehungsstollens Scheibbs (II. Wiener Hochquellenleitung) wurden Ausführungsvarianten für bestimmte Bauteile erarbeitet und der Wasserrechtsbehörde vorgelegt; ebenso war mit Rücksicht auf die bescheidmäßigen Auflagen und Bedingungen eine dauernde Projektsbegleitung durchzuführen. Betreffend das Erlöschensverfahren für die aufzulassende Leitungsstrecke wurden weitere umfangreiche Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Scheibbs geführt.

Für die baubehördliche Kollaudierung des Rohrlagers Laxenburg war an dem laufenden Grundabteilungsverfahren zur Baureifgestaltung des Rohrlagerareales mitzuarbeiten.

Im Rahmen der Errichtung der Verbindungsleitung II. Wiener Hochquellenleitung - Ableitung Wientalwasserwerk war die wasserrechtliche Betreuung des Projektes unter Kontakt mit der Wasserrechtsbehörde bezüglich der Einhaltung der diversen Auflagen erforderlich. Zur Sanierung sanitärer Übelstände im Quellschutzgebiet der I. Wiener Hochquellenleitung wurde ein Projekt zur Abwasserbeseitigung der Objekte am sogenannten Fadensattel erstellt und den erforderlichen behördlichen Bewilligungen unterzogen. Zur Realisierung dieses jahrzehntelangen Vorhabens wurde auch die Abwassergenossenschaft Fadensattel gegründet, welche nach Sicherstellung von Bundes- und Landesfördermitteln die Errichtung der Anlage im Jahr 1998 finanzieren könnte. Für zahlreiche Standorte waren die behördlichen Verfahren für die Anlagenerrichtung eines Frühwarn- und Sicherheitssystems einzuleiten bzw. konnten diese abgeschlossen werden. Dabei waren besonders bei der Erwirkung der naturschutzbehördlichen Bewilligungen für einige Senderstandorte auftretende Schwierigkeiten in zeitaufwendigen Verhandlungen zu lösen.

Es waren rund 50 Gestattungs-, Bestand- und Mietverträge entweder neu auszustellen oder auf Grund von Anträgen oder Wechsel der Vertragspartner entsprechend zu adaptieren oder zu löschen. Für diverse Mietverträge waren umfangreiche Betriebskostenabrechnungen durchzuführen. Laufend sind Indexwertanpassungen von bestehenden Verträgen zu beachten bzw. durchzuführen. Im besonderen konnten für das Frühwarn- und Sicherheitssystem mit dem ORF Bestandverträge zur Unterbringung der technischen Einrichtungen bzw. Mitbenützung von Sendeanlagen für weitere Standorte abgeschlossen werden. Mit den Österreichischen Bundesforsten konnte die Grundbenützung, Zufahrt und teilweise Zufahrtserrichtung für einen neu zu errichtenden Sendestandort auf deren Grundflächen geregelt werden. Mit dem Betreiber eines Telefonmobilfunknetzes wurde ein Bestandvertrag für die Errichtung einer Funkübertragungsstelle auf Liegenschaften der Abteilung abgeschlossen.

Neben der laufenden Bearbeitung von anhängigen Transaktionsverfahren durch Stellungnahmen an die MA 69 oder andere von der Transaktion betroffenen Dienststellen sind folgende wesentliche Transaktionen zu erwähnen:

- Die Verhandlungen über einen Grundtausch mit den Österreichischen Bundesforsten zum Erwerb der „Springer-Villa“ in Wildalpen für Zwecke der Betriebsleitung Wildalpen mußten auf Grund der Kaufpreisdifferenzen vorerst abgebrochen werden.
- Das Transaktionsverfahren für den Erwerb einer rund 2.000 m² großen Grundfläche neben dem Leitungskanal der II. Wiener Hochquellenleitung in der KG Rekawinkel von den Österreichischen Bundesforsten als Manipulationsfläche für Bau- und Abkehrarbeiten wurden weitergeführt.
- Das Transaktionsverfahren zum Erwerb von Liegenschaften in der KG Kienberg im Rahmen der Ausscheidung aus dem öffentlichen Wassergut von der Republik Österreich wurde fortgesetzt, ebenso das Transaktionsverfahren für den Erwerb einer rund 150.000 m² großen Liegenschaft („Bäckerwiese“) in der KG Kreisbach zur Sicherung der Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung im Bereich von instabilen Hangverhältnissen; da im Rahmen der gerichtlichen Zwangsversteigerung die Liegenschaften nicht erworben werden konnten, wurde der Grundtausch mit dem neuen Eigentümer weiter verfolgt.

– Für die Errichtung der Nordspange Wiener Neustadt der B 21 durch das Grundwasserwerk Wöllersdorf wurde das erforderliche Grundeinlösungsübereinkommen mit der Bundesstraßenverwaltung abgeschlosssen .
– Vom Österreichischen Alpenverein wurde ein hinter dem Ottohaus auf der Rax gelegenes Grundstück erworben und damit eine der letzten Lücken im Grundbesitz auf der Hochfläche geschlossen. Der Alpenverein erhielt dadurch gleichzeitig die Möglichkeit, die längst überfällige Sanierung des Ottohauses in Angriff zu nehmen.
– Die im Zusammenhang mit dem Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle erforderlichen Grundtransaktionen wurden im Berichtszeitraum finalisiert.
– In der KG Wolfsgraben wurde ein Grundtauschverfahren mit den Eheleuten Hruby zur Sicherung der Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung beim Wolfsgrabenbachdüker eingeleitet.

Wasserlieferungsverträge waren dahingehend zu betreuen, als Änderungen z.B. in der Person der Abnehmer durchzuführen waren. Von diversen anderen Gemeinden waren Abänderungswünsche betreffend die bestehenden vertraglichen Regelungen wahrzunehmen. Außerdem waren Anträge für die Wasserabgabe aus den Ortswasserleitungen Wildalpen, Hirschwang und Naßwald zu bearbeiten.

Servitutsverträge, Benützungsübereinkommen und sonstige Vereinbarungen waren durchzuführen. Für die im Berichtszeitraum durchgeführten Wasserversorgungsprojekte war es erforderlich, den Bestand der zur Errichtung kommenden Anlagen durch entsprechende Verträge mit den Grundeigentümern zu sichern. Für bestehende Dienstbarkeiten waren vermehrt Ansuchen um deren Löschung z.B. im Zuge von Grundabteilungen zu bearbeiten. Neben der Erwirkung einzelner Leitungsdienstbarkeiten für Rohrlegungen in Wien wären folgende Vertragsabschlüsse im besonderen erwähnenswert:

– Für die Errichtung der Verbindungsleitung von der II. Wiener Hochquellenleitung in Wolfsgraben zum Ableitungsrohrstrang des Wientalwasserwerkes in Tullnerbach wurden zur Sicherung der Leitungsrechte entlang der B 13 mit den betroffenen Grundeigentümern und Gemeinden weitere Verhandlungen durchgeführt.
– Für zahlreiche Kleinbauvorhaben (Hangentwässerungen, Drainageinstandsetzungen, Errichtung von Meßsonden usw.) konnten die erforderlichen Verhandlungen für die Grundinanspruchnahme erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichzeitig wurde der weitere Bestand dieser Anlagen rechtlich geregelt. - Für die Sicherung der Rohrtrasse der 3. Hauptleitung wurden mit der Bundesgebäudeverwaltung weitere Vereinbarungen abgeschlossen.
– Die Mitbenützung von bestehenden Straßen als Zufahrt zu bzw. für die Verlegung von Wasserleitungsanlagen konnte mit den betroffenen Grundeigentümern in Form von Übereinkommen geregelt werden.
– Durch Verhandlung mit Güterwegegemeinschaften konnte in mehreren Fällen die Sicherung der Zufahrtsrechte für die Stadt Wien zu den Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung erwirkt werden.

Im Berichtszeitraum wurden 115 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen sowie die Überwachung der Leistung der hierfür vorgeschriebenen Lizenzgebühren im Betrag von 416.710 S durchgeführt.

Verschiedene behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden im Berichtszeitraum bearbeitet, wobei durch Verhandlungsteilnahme und Verfassung entsprechender Stellungnahmen die Interessen der Abteilung rechtlich vertreten wurden. Im Berichtszeitraum war auch die Teilnahme an Flurbereinigungsverfahren erforderlich, wobei vor allem der Schutz der Leitungsanlagen der II. Wiener Hochquellenleitung rechtlich abzusichern war. Besonders sind nachstehende Projekte zu erwähnen:

– Zum Schutz des Grundwasserwerkes Nußdorf bzw. des Grundwasserwerkes Donauinsel war eine umfangreiche Befassung mit dem Projekt Kraftwerk Freudenau der Donaukraft, das im Berichtszeitraum auf Vollstaubetrieb ging, im Rahmen des diesbezüglichen wasserrechtlichen Verfahrens erforderlich.
– Betreffend die Verbauung des ehemaligen EXPO-Geländes im Bereich der „Donau-City“ in Form einer Überplattung war gemeinsam mit den übrigen Einbautendienststellen auch die rechtliche Regelung für den Bestand und Betrieb der Wasserversorgungsanlagen mit der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum AG (WED) wahrzunehmen. Zur Sicherung der Trasse der II. Wiener Hochquellenleitung in der KG Kreisbach im Bereich “Bäckerwiese“ waren umfangreiche Stellungnahmen in Kulturumwandlungsverfahren und Bringungsverfahren erforderlich.

Ferner wurden rund 187 Schadensakte im Zusammenhang mit der Beschädigung von Wasserleitungsanlagen und sonstigem Eigentum der Abteilung abgeschlossen. Dabei waren Schadensforderungen in der Höhe von rund 3,753.053 S einzufordern, wobei in manchen Fällen eine gerichtliche Hereinbringung veranlaßt werden mußte.

Im Berichtszeitraum waren zahlreiche Wasserrohrgebrechen zu bearbeiten, bei denen von der Stadt Wien Schadenersatz zu leisten war. Die Liquidation der Schadensforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Versicherung als Betriebshaftpflichtversicherung der Abteilung vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mußten. Außerdem waren Schadensforderungen nach Kontrahentenarbeiten oder wegen erhöhter Wassergebühren bei Wasseraustritten nach Wasserzählerauswechslungen zu behandeln.

Im Rahmen von Arbeiten an den Wasserversorgungsanlagen der Abteilung sind rund 30 Flurschadensverhandlungen angefallen, wobei Entschädigungen unter Heranziehung der Richtlinien der Landwirtschaftskammer mit den betroffenen Grundeigentümern zu vereinbaren waren.

Im Berichtszeitraum wurden 150 Fälle bezüglich der Gebarung mit Haftrücklässen abgewickelt.

Im Berichtszeitraum waren neun Versicherungsverträge für diverse Anlagen, Immobilien und die Betriebshaftpflicht der Abteilung zu betreuen, die dabei im Berichtszeitraum angefallenen Prämienzahlungen liegen in der Höhe von rund 2,600.000 S.

Im Rahmen der Vollziehung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes waren Berufungsakte zu bearbeiten, die größtenteils der Berufungsbehörde vorzulegen waren und nur in geringen Fällen in Form einer Berufungsvorentscheidung erledigt wurden. Auch waren Verfahren zur Kostenvorschreibung von beschädigten Wasserzählern unter Berücksichtigung der Einwendungen der Wasserabnehmer durchzuführen. Auf Grund der Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane waren auch Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes 1960 einzuleiten.

Sämtliche Urkunden und Schriftstücke, die im Laufe des Verwaltungsjahres errichtet wurden und für die Abteilung von weiterer rechtlicher Bedeutung sind, waren in die Verzeichnisse des Lagerbuches der Hochquellenleitung einzutragen und in dieses selbst aufzunehmen.

Sämtliche für den Grundbesitz der Abteilung bestehenden Steuerakte waren zu betreuen, geänderte Grundsteuervorschreibungen zu prüfen sowie Finanzamtsanfragen und Einheitswerterklärungen zu bearbeiten.

## Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaues von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahre 1997 rund 7.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 131.638 Leuchten mit insgesamt 231.236 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 13.515 kW, der Stromverbrauch 49,631.841 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im folgenden nur einige hervorgehoben werden:

Die bestehende störungsanfällige Beleuchtungsanlage in 2, Parkanlage Obere Augartenstraße wurde durch eine neue Anlage in Form von sieben konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung ersetzt.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 4. Bezirk wurde die bestehende verspannte Mittelbeleuchtung in 4, Wiedner Hauptstraße von Mayerhofgasse bis Ziegelofengasse mit je 2 x 40 Watt Leuchtstofflampen auf je 4 x 36 Watt Leuchtstofflampen verstärkt. Auf Grund eines Bezirkswunsches wurde in der Parkanlage Bräuhausgasse im 5. Bezirk, koordiniert mit der MA 42, eine Lichtständeranlage in Form von konischen Kunststoffkandelabern mit Aufsatzleuchten der Type „Lamprecht“ und Quecksilberdampflampen 80 Watt errichtet.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung am Fritz-Grünbaum-Platz im 6. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit dem Straßenbau der MA 28, der bestehende Abspannmast auf einen Lichtmast umgebaut und eine Lichständerbeleuchtung errichtet. Die Ausleuchtung des Fritz-Grünbaum-Platzes erfolgt durch einen runden konischen Lichtmast und durch runde konische Lichtständer der Type „Donaustadt“ und durch Ansatzleuchten der Type „Meteora groß und klein“. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 150 Watt und 70 Watt eingesetzt.

Ausgelöst durch den Ausbau durch die MA 28 wurde eine neue Beleuchtungsanlage auf dem Fußweg Pramergasse im 9. Bezirk in Form von 5 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium- Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenbau durch die MA 28 beim Neubau der Österreichischen Nationalbank in 9, Garnisongasse wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 6 Lichtmasten Type „Donaustadt“ mit 8,63 Meter Lichtpunkthöhe mit Ansatzleuchten „Brigittenau“ und Natrium-Hochdrucklampen 100 Watt sowie 4 Lichtmasten Type „Donaustadt“ mit 9,5 Meter Lichtpunkthöhe mit Ansatzleuchten „Brigittenau“ und Natrium-Hochdrucklampen 150 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde in 10, Anningerweg eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 14 Lichtständern Type „Stadthalle mittel“ mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde in 10, Donaubaumgasse eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 11 Lichtständern Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenbau durch die MA 28 beim Neubau des Wohnstiftes „Augustinum“ wurde in 10, Fontanastraße, Kurbadstraße und Segnerstraße eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 23 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt, 3 Lichtständern Type „Stadthalle mittel“ mit Ansatzleuchte 1 x 40 Watt, sowie 13 Lichtständern Type „Messe“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt, alles mit Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch und Kosten der MA 49 wurde im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 30 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Durch den Straßenbau durch die MA 28 beim Neubau der AHS in 11, Kaiserebersdorferstraße gegenüber ONr. 40 wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 4 Lichtmasten Type „Messe“ mit Doppelauslegern und Ansatzleuchten 2 x 40 Watt errichtet.

Durch den Straßenbau der MA 28 beim Neubau der Wohnhausanlage wurde in 11, Ewaldgasse - Lorystraße eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 8 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht" mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und 14 Lichtmasten Type „Stadthalle groß" und Ansatzleuchten 2 x 40 Watt mit Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Durch den Straßenbau beim Neubau der Wohnhausanlage in 11, Kaiserebersdorferstraße 110 wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 7 Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Dorfleuchte" mit je 2 x 30 Watt Leuchtstofflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde eine neue Beleuchtungsanlage in 11, Unbenannte Gasse (Zufahrt zu Gasthaus Winter) in Form von 9 Lichtständern Type „Stadthalle mittel" mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenbau beim Neubau der Wohnhausanlage in 11, Lautenschlägergasse und Spissakgasse wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 3 Lichtständern Type „Stadthalle mittel" mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und 7 Lichtständern Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt Leuchtstofflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Durch den Straßenbau beim Neubau der Wohnhausanlage in 11, Klebindergasse wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 4 Lichtständern Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt und 2 Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Dorfleuchte" mit je 2 x 13 Watt Leuchtstofflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenbau in 11, Simoningplatz wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 3 Kandelabern mit Aufsatzleuchten mit 2 x 18 Watt Leuchtstofflampen sowie ein Lichtständer Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchte 2 x 40 Watt errichtet. Außerdem wurde die bestehende Mittelbeleuchtungsanlage an die geänderte Straßenführung angeglichen.

Im Zuge der Straßenbauarbeiten der MA 28 war in der Eibesbrunnergasse im 12. Bezirk auf der Seite der geraden ONr. die Errichtung einer Lichtmastbeleuchtung notwendig. Die Ausleuchtung der Eibesbrunnergasse erfolgt durch 4-Kant-Lichtmaste mit einem 4-Kant-Ausleger und einer Ansatzleuchte. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 150 Watt eingesetzt.

Für den Gehweg in der Hohenbergstraße im 12. Bezirk auf der Seite der ungeraden ONr. von der Schwenkgasse bis zur Ruckergasse war die Errichtung einer Lichtständerbeleuchtung notwendig. Die Ausleuchtung der Hohenbergstraße erfolgt durch runde konische Lichtständer und einer Aufsatzleuchte. Als Leuchtmittel sind je zwei Leuchtstofflampen 18 Watt eingesetzt.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung „Am Platz" im 13. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit der MA 28, eine Lichtständeranlage mit Altstadtkandelabern, Aufsatzleuchten Altstadt und Quecksilberdampflampen 80 Watt errichtet. Ebenso wurde die Anstrahlung der Kirche und des Denkmals erneuert.

In den Durchgängen der S 15 (Hummelgasse-Spohrstraße, Himmelbaurgasse und Wattmanngasse) sowie im Bereich Trabertgasse-Paoliweg und auf dem Fußweg entlang der Schönbrunner Schloßparkmauer, zwischen „Am Platz" und der Kennedybrücke, wurden auf Wunsch des Bezirks zusätzlich Leuchtmittel zwecks besserer Ausleuchtung installiert.

In 14, Wolfersberggasse, wurde im Zuge von Instandhaltungsarbeiten die Beleuchtung verstärkt. Es wurden Leuchten mit LL 1 x 40 Watt durch solche mit LL 2 x 40 Watt ersetzt.

In 14, Hüttelbergstraße von Knödelhüttenstraße bis Amundsenstraße wurde die Beleuchtung nach dem Straßenumbau verstärkt. Es wurden Leuchten mit LL 1 x 40 Watt durch solche mit LL 2 x 40 Watt ersetzt und in den Kreuzungsbereichen Leuchten mit Natrium-Hochdrucklampen 150 Watt eingesetzt.

In der Reindorfgasse im 15. Bezirk wurden auf Bezirkswunsch die Hängeleuchten LL 2 x 40 Watt durch Hängeleuchten der Type „Maiglöcken groß" mit Natrium-Hochdrucklampen 70 Watt getauscht.

Nach Errichtung einer privaten, bzw. einer städtischen Wohnhausanlage in der Plunkergasse bzw. Würffelgasse im 15. Bezirk wurde die Verspannungsanlage der öffentlichen Beleuchtung unter Berücksichtigung zusätzlicher Leuchtmittel erneuert.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde die Beleuchtung in 16, Hasnerstraße von Maroltingergasse bis Huttengasse durch eine Verkürzung der Leuchtenabstände von über 30 Meter auf unter 25 Meter verstärkt.

Wegen der Abschirmung der vorhandenen Beleuchtung durch Bäume wurde durch die Installation von 10 zusätzlichen Lichtmasten im Bereich Montleartstraße bis Blümelhubergasse im 16. Bezirk eine gleichmäßigere Ausleuchtung der Straße erzielt.

Auf Anregung des Bürgerdienstes wurde im Zuge von Instandhaltungsarbeiten in 17, Promenadengasse die Beleuchtung um 3 Leuchten erweitert (ALL 2 x 20 Watt).

Ausgelöst durch den Straßenbau durch die MA 28 bei der neuen Wohnhausanlage, sowie durch die Herstellung eines öffentlichen Durchganges durch die Errichter der Wohnhausanlage in 20, Forsthausgasse - Helgolandstraße wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 2 Lichtständer Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt sowie 17 konischen Kandelabern mit Aufsatztleuchten Type „Lamprecht" mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Innerhalb der Wohnhaussiedlung in 22, Erzherzog-Karl-Stadt - Stadterweiterungsfläche 22/06 wurden die neu gebauten Straßenflächen mittels Stahldrahtverspannung und Hängeleuchten „Maiglöckchen klein" sowie die Fußwege mit Lichtständer der Type „Maiglöckchen klein" beleuchtet. Als Leuchtmittel wurde generell eine Natrium-Hochdrucklampe 70 Watt verwendet.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 22. Bezirk wurde am Telefonweg von Röbbelinggasse bis Wolfgang-Mühlwanger-Straße auf rund 1,2 km Länge eine öffentliche Beleuchtung errichtet. Die Ausleuchtung erfolgt durch Holzmaste mit Ausleger, auf denen Ansatzleuchtstoffleuchten 1 x 40 Watt montiert sind.

Die Raffineriestraße im 22. Bezirk wurde auf Wunsch des Bezirkes auf einer Länge von rund 1 km mit einer neuen Beleuchtung ausgestattet. Die Ausleuchtung erfolgt durch Lichtständer der Type „Messe" mit Ansatzleuchten, die mit Natrium-Hochdrucklampen 2 x 70 Watt bestückt sind.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung des Maurer Hauptplatzes im 23. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit der MA 28, eine neue Lichtständeranlage errichtet. Die Ausleuchtung erfolgte mit Altstadtkandelabern und Aufsatzleuchten der Type „Altstadt" teilweise mit Leuchtstofflampen PL 18 W und Metalldampflampen HQJ-T 70 Watt. Zusätzlich wurde die Verspannungsanlage im Bereich vor dem Maurer Hauptplatz mit Hängeleuchten der Type „Maiglöckchen groß" und Metalldampflampen HQJ-T 70 Watt bestückt.

Im Zuge der Arbeiten von Wienstrom wurde in der Seybelgasse im 23. Bezirk eine neue Lichtständeranlage errichtet. Die Ausleuchtung erfolgt durch Lichtständer der Type „Stadthalle mittel" mit Ansatzleuchtstoffleuchten 2 x 40 Watt.

Die Abteilung betreute 197 öffentliche Uhren, und zwar 79 Würfeluhren, 5 Springzifferuhren, 81 Uhren auf Kirchen, 17 Uhren auf Amtshäusern und Schulen sowie 15 Uhren auf sonstigen Objekten. Sämtliche Uhren sind ferngesteuert und werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert. Auch die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit wird von diesem Sender ausgelöst.

Im Berichtsjahr wurden folgende Würfeluhren (Lichtmastuhren) neu errichtet, und zwar in 15, Johnstraße und 22, Zentrum Kagran.

Einer Generalüberholung wurden die Würfeluhren unterzogen in 1, Am Hof, 5, Matzleinsdorfer Platz, 8, Josefstädter Straße und Skodagasse, 12, Breitenfurter Straße, Altmannsdorfer Straße, 12, Philadelphiabrücke, 13, Speisinger Straße, 18, Pötzleinsdorfer Straße, Schafberggasse, 19, Parkplatz Kahlenberg, 21, Prager Straße, Rußberg Straße, 23, Altmannsdorfer Straße, Anton-Baumgartner-Straße.

Die Kirchenuhr in 4, Wiedner Hauptstraße (St. Thekla) wurde neu errichtet, an den Kirchen- und Gebäudeuhren in 2, Praterstraße (St. Johann von Nepomuk), 6, Lutherplatz (Gustav-Adolf-Kirche), 8, Schlesingerplatz, 13, Hochmaisgasse, 14, Gruschaplatz (Baumgarten), 18, Martinstraße (evangelische Kirche), 19, Fröschlgasse (Sievering), 19, Kahlenbergerdorf und 22, Afritschgasse waren zum Teil aufwendige Instandhaltungsarbeiten durchzuführen.

Im Jahr 1997 konnten 191 neugebaute Anlagen entsprechend den ÖVE-Vorschriften überprüft und abgenommen und weitere 72 Anlagen des Altbestandes auf ihre Betriebssicherheit hin kontrolliert werden. Zur Unterstützung der Baureferate und der Betriebsgruppe wurden 39 Kabelfehler- bzw. Kabelortungsmessungen durchgeführt.

Weiters wurden 28 Lichtmessungen auf Ersuchen anderer Dienststellen (im Zuge von Gewerbeverfahren, Anrainerbeschwerden usw.) und zahlreiche Lichtmessungen für den Eigenbedarf (Planung neuer bzw. zu ändernder Anlagen) durchgeführt. Entsprechend den Sicherheitsbestimmungen wurden rund 40 neue bzw. umgebaute Leuchtentypen überprüft und zahlreiche Leuchten und Lampen der „Serienfertigung" stichprobenweise auf ihre Qualität hin kontrolliert. Die Baurichtlinien der Abteilung konnten 1997 fertiggestellt und als etwa 80 Seiten starkes Richtlinienwerk neu herausgegeben werden. Schulungen und Vorträge in den Dienstprüfungskursen für Mitarbeiter des Magistrats sowie Prüfungen zum Nachweis der Befähigung für das Elektrotechniker-Gewerbe waren gleichfalls abzuhalten.

Von besonderer Bedeutung erscheint hier die Errichtung von Anleuchtungsanlagen an den Ringstraßenfassaden bzw. an den beiden Außenseiten des Naturhistorischen und des Kunsthistorischen Museums sowie der Nationalbibliothek im Bereich des Josefsplatzes. Beide Anlagen sind in Zusammenarbeit mit der Burghauptmannschaft entstanden. Ebenfalls neu angeleuchtet wurde die Kirche „St. Thekla" (4, Wiedner Hauptstraße), die Pfarrkirche Lichtental Schubertkirche, (9, Marktgasse), das Schubert-Denkmal im Stadtpark sowie das Amalienbad (10, Reumannplatz). Mit der MA 29 wurden die Donaustadtbrücke und die Erdbergbrücke mit einer neuen Anleuchtung ausgestattet. Die Peterskirche, die Universität sowie die Piaristenkirche mit der davorstehenden Mariensäule wurden mit einem neuen Beleuchtungskonzept versehen und alle Leuchten auf den neuesten Stand der Technik ausgetauscht.

Mit Eigenpersonal wird die Behebung der laufenden Störungen und Lampenausfälle der öffentlichen Beleuchtung und die Behebung aktueller Störungen im Starkstromteil der Lichtsignalanlagen sowie die Störungsbehebung an Verkehrslichtsäulen und beleuchteten Verkehrszeichen durchgeführt. Dazu ist ein Schichtdienst mit 35 Bediensteten eingerichtet, so daß das erforderliche Personal für die Störungsbehebung rund um die Uhr zur Verfügung steht.

# Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei

Hinsichtlich der Hauptaufgaben und Strukturierung der Abteilung brachte das Jahr 1997 keine wesentlichen Änderungen. Die Gliederung in 3 Dezernate besteht weiterhin. Insgesamt wurden 38.539 Dienststücke erledigt.

## Dezernat A

Das Dezernat A, auf das 25.645 Aktenerledigungen entfielen, stellt die technischen Sachverständigen für alle gewerbebehördlichen Verfahren, wobei auch Maschinenbautechniker und Chemiker für baubehördliche, sanitäts- und chemikalienrechtliche Belange zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden noch die Aufgabengebiete für technische Bäderangelegenheiten, für die Beurteilung von Sicherheitsanalysen gefahrengeneigter Betriebsanlagen und für Pyrotechnik abgedeckt.

Die Tätigkeit dieses Dezernates war durch eine Reform des Anlagenrechtes geprägt, deren Schwerpunkt auf einer Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren liegt. Dies spiegelt sich im Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 und das Hydrographiegesetz geändert werden (Wasserrechtsgesetz-Novelle 1997 - WRG-Nov. 1997), BGBl. I Nr. 74/1997, und im Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Bankwesengesetz, das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991 und das Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert werden, BGBl. I Nr. 63/1997 wider.

Betriebsanlagenseitig gibt es nunmehr unter anderem Bestimmungen über ex lege-Genehmigungen für diverse „Altanlagen", Genehmigungsfreistellung für bestimmte Arten von Betriebsanlagen, Erleichterungen für wiederkehrende Prüfungen und für „EMAS-Betriebe" und konzentrierte Genehmigungsverfahren. Durch Anhebung des Schwellenwertes von 300 m² auf 1000 m² Betriebsfläche erfolgt eine Ausweitung der durch ein vereinfachtes Verfahren zu genehmigenden Betriebe.

Weitere für das Dezernat relevante neue Rechtsvorschriften waren das Bundesgesetz über den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Chemikalien (Chemikaliengesetz 1996 - ChemG 1996), BGBl. I Nr. 53/1997, die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung (Kennzeichnungs- verordnung - KennV), BGBl. II Nr. 101/1997, die Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung von gefährlichen Abfällen und Problemstoffen (Festsetzungsverordnung 1997), BGBl. II Nr. 227/1997, das Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, das Berggesetz 1975, das Abfallwirtschaftsgesetz und das Ozongesetz geändert werden (Immissionsschutzgesetz - Luft, IG-L), BGBl. I Nr. 115/1997, und die Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Bauart, die Betriebsweise, die Ausstattung und das zulässige Ausmaß der Emission von Anlagen zur Verfeuerung fester, flüssiger oder gasförmiger Brennstoffe in gewerblichen Betriebsanlagen (Feuerungsanlagen-Verordnung - FAV, BGBl. II Nr. 331/1997, die jedoch teilweise auf Grund des Zeitpunktes des Inkrafttretens und/oder der Übergangsbestimmungen erst Auswirkungen zeigen werden.

Vom Zeit- und Personalaufwand standen wiederum die Beschickung von 3.378 Verhandlungen und die Erledigung von 10.017 Anfragen Magistratischer Bezirksämter bzw. anderer Dienststellen im Vordergrund. Weiters waren 1.554 Beschwerden zu behandeln, wobei jene über Lärmbelästigungen deutlich überwiegen. Um die Verfahrensdauer bei Lärmbeschwerden gewerblicher Betriebsanlagen, bei denen sich eine Schallpegelmessung als unumgänglich herausstellt, zu verkürzen, werden diese Schallpegelmessungen nunmehr kommissionell von der Abteilung unter Beiziehung der MA 15 und 22 durchgeführt. Auf diese Weise wurden 81 Schallpegelmessungen (auch abends und in der Nacht) vorgenommen. Hiebei war bei Gastgewerbebetrieben verstärkt zu beobachten, daß durch besonders baßbetonte Musik die bauliche Schalldämmung von Wänden und Decken oftmals nicht mehr ausreicht und dadurch bei den Nachbarn die Lästigkeit von nächtlichem Musiklärm ansteigt.

Über gewerbliche Betriebsanlagen bzw. über Lüftungsanlagen (vor allem von Garagen) wurden 857 Projekte vorbesprochen oder die Einreichunterlagen vorweg begutachtet. Hiedurch zeigt sich, daß die angebotene verstärkte Beratungstätigkeit von den Projektwerbern durchaus angenommen wird.

Im gewerbebehördlichen Berufungsverfahren wurden einerseits 56 Gutachten erstellt, andererseits an 34 Verhandlungen teilgenommen.

556 Betriebsanlagen, die auf Grund ihrer Betriebsart und -einrichtung, insbesondere auch wegen der Verarbeitung und Lagerung gefährlicher Stoffe zu einer Gefährdung der Kunden, der Nachbarn sowie der Umwelt führen können und zu denen unter anderem Chemie-, Lack- und Druckfarbenfabriken, galvanische Betriebe, größere KFZ-Werkstätten, Tischlereien und Druckereien, Hotels, Einkaufszentren, Kaufhäuser und Supermärkte zählen, wurden in Form von Augenscheinsverhandlungen überprüft.

Hier zeigt sich bereits ein Rückgang von 30 Prozent, da solche Betriebe nurmehr mindestens einmal alle fünf Jahre (an Stelle alle zwei Jahre bisher) einer Überprüfung unterzogen werden. Zusätzlich wurden 481 Selbstbedienungsläden und Kaufhäuser auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkehrswegbreiten, Fluchtmöglichkeiten wie Notausgänge, Sicherheitsbeleuchtung und Handfeuerlöscher unangesagt kontrolliert.

Bezüglich der abfallrechtlichen Bestimmungen wurden im Zuge von Überprüfungen der Betriebsanlagen 630 stichprobenartige Überprüfungen hinsichtlich Meldepflicht, Aufzeichnungspflicht und Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung gefährlicher Abfälle und Altöle mittels Begleitscheinen vorgenommen.

In Vollziehung chemikalienrechtlicher Bestimmungen wurden 78 Überprüfungen durchgeführt und 176 Anfragen betreffend Giftbezug - verbunden mit einer Kontrolle der Giftgebarung (Lagerung, Aufzeichnungen über Menge, Herkunft und Verbleib jedes Giftes, Bilanzierung) - behandelt. Hinsichtlich der technischen Bäderangelegenheiten wurden 211 Kommissionen beschickt und 153 Saunaanlagen, meist in Wohnhausanlagen, in Form von Einzelerhebungen überprüft.

Als sehr zeitaufwendig erwies sich die Begutachtung von Sicherheitsanalysen, bei denen es sich um umfangreiche sicherheitstechnische Dokumentationen gefahrengeneigter Betriebsanlagen handelt. Es wurden 7 Sicherheitsanalysen in Teamarbeit (3 - 6 Mitarbeiter umfassend) begutachtet. 1997 wurden die Sicherheitsanalysen der Shell Austria AG, Austria Hefe AG, ÖSTAB GmbH, BP Austria AG, Frigoscandia GmbH und Panalpina AG einer Erstbegutachtung unterzogen; die fortgeschriebene Sicherheitsanalyse der Kapsch AG wurde einer neuen Beurteilung unterworfen. Für 1998 ist mit einem vergleichbaren Personalaufwand zu rechnen, wobei der Schwerpunkt bei der Begutachtung von fortgeschriebenen Sicherheitsanalysen liegen wird.

### Dezernat B

Vom Dezernat B, welches für behördliche und sicherheitstechnische Aufgaben hinsichtlich Elektro- und Gasanlagen zuständig ist, wurden im Jahr 1997 8.557 Geschäftsfälle erledigt. Zahlenmäßig machten dabei wieder die Teilnahmen an kommissionellen Genehmigungs-, Änderungs- und Überprüfungsverfahren sowie an Berufungskommissionen mit 4.237 den größten Anteil aus, gefolgt von 1.130 erstellten Fachbeurteilungen und Gutachten. Die Bedeutung von neuen Projekten machte in 91 Fällen auf Grund der Größe bzw. komplexer Zusammenhänge eine grundsätzliche Beurteilung bereits während der Planungsphase notwendig, wobei in komplizierteren Fällen der Vorschriftenauslegung auch beratend Hilfestellung geboten wurde. In Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben nach dem Elektrotechnik- bzw. Gasgesetz wurden 287 Anträge, Bewilligungen, Anzeigen und Beschwerden bearbeitet. Hinsichtlich der Anzeigen und Beschwerden war es in Fällen unmittelbar drohender Gefahr unumgänglich, die entsprechenden Anlagen bzw. Teile davon sofort zu sperren, wobei wieder insbesondere dort, wo die Gasversorgung für Heizzwecke aus gesundheitlichen Gründen rasch instand zu setzen war und die Verfügungsberechtigten nicht gewillt waren, von sich aus ihren Verpflichtungen nachzukommen, mit Ersatzmaßnahmen vorgegangen werden mußte. Darüber hinaus wurden über 445 bescheidmäßige Aufträge sowie Befunde, Kontrollen und Überprüfungen auf Grundlage der genannten Gesetze durchgeführt.

Die Arbeiten am Gas-Mustergesetz der Länder mußten erneut aufgenommen werden, da sich im Zuge des Notifizierungsverfahrens die Notwendigkeit ergeben hat, auch das Kesselgesetz mit einzubinden. Selbstverständlich werden die Interessen Wiens auch bei diesen weiterführenden Verhandlungen konsequenterweise von diesem Dezernat der Abteilung vertreten.

Nachdem es nunmehr am Sektor der Elektrogesetzgebung so aussieht, daß doch alle entsprechenden EU-Richtlinien auf der Basis der Verordnungsermächtigungen zum Elektrotechnikgesetz konform umgesetzt wurden, gilt es nunmehr, die Bedeutung der einschlägigen Normen auf harmonisierter Basis in die praktische Handhabung umzusetzen. Diesbezüglich wurde begonnen, die in Frage kommenden Vorschriften mit Einsatz von EDV-Unterstützung zu erfassen und zugänglich zu machen. Die Umstellung auf die z. T. von der bisherigen nationalen Normengebung grundlegenden Abweichungen wird sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

### Dezernat C

Im Dezernat C, welches behördliche Aufgaben auf Grund der Bestimmungen des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes, des Wiener Baulärmgesetzes und des Wiener Prostitutionsgesetzes erledigt und brandschutztechnische Amtssachverständigentätigkeit in behördlichen Verfahren wahrnimmt, wurden insgesamt 4.337 Aktenerledigungen verzeichnet.

Bei Baulichkeiten, die im Brandfall besonders gefährdet sind oder eine größere Anzahl von Personen gefährdet werden kann, wurden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes 971 Objekte einer kommissionellen Überprüfung unterzogen.

Kontrolliert wurden 60 Amtshäuser, 88 Heime für Schüler, Pensionisten und Behinderte, 372 Hochhausstiegen, 41 Krankenanstalten, 246 Kindertagesheime, 49 Kultstätten verschiedener Glaubensrichtungen, 8 Museen, 101 Schulen und 6 Sondergebäude.

Die Überwachung erteilter Auflagen erfolgt bis zu deren Erfüllung.

Bei 54 Standorten wurden in Neubauten Projektsbegutachtungen vorgenommen.

In 182 Fällen wurden Sachverständige im Zuge der Amtssachverständigentätigkeit in sanitätsrechtlichen Verfahren in Pensionisten- und Behindertenheime sowie zu Bauverhandlungen in Krankenanstalten entsandt.

Feuerpolizeiliche und luftverunreinigende Übelstände wurden in 365 Fällen behandelt und 93 Aufträge erlassen.

Das Verbrennen von Gegenständen im Freien wurde an 11 Standorten bewilligt. 429 Befunde der Feuerstätten über 26 kW Nennheizleistung wurden kontrolliert sowie 36 Bestellungen zum Überprüfungsorgan vorgenommen.

Nach den Bestimmungen des Wiener Baulärmgesetzes wurden 18 Nachtarbeitsbewilligungen erteilt, 148 Beschwerden bearbeitet und 832 Bewilligungen der MA 46 evident gehalten.

21 Beschwerden wurden in Handhabung des Wiener Prostitutionsgesetzes bearbeitet.

Weiters wurden 17 Berichte an vorgesetzte Dienststellen verfaßt und 7 Gutachten über die Förderungswürdigkeit brandschutztechnischer Maßnahmen in Hotels erstellt.

Im Sinne der Weiterbildung bzw. des Erfahrungsaustausches mit in- und ausländischen Sachverständigen wurden im Berichtsjahr folgende Veranstaltungen besucht:

Seminar: „KFZ-Emissionen", Salzburg/Anif, Amt der Steiermärkischen Landesregierung; Fachausschuß „Gewerberecht und Gewerbetechnik", Steyr, Österreichischer Städtebund; Fachseminar „Funktionserhalt in elektrischen Anlagen mit Menschenansammlungen" nach DIN 4102 Teil 12, Brunn/Gebirge, Neubo Unitech GmbH; Seminar: „Chemikalieninspektion", Zwettl, Amt der NÖ Landesregierung; Seminar: „Sprengtechnikübung", Deutsch Altenburg/Steinbruch Hollitzer, Technische Universität Wien, Institut für Geologie; Seminar: „Störfallverordnung- Sicherheitsanalysen", Linz, Amt der Salzburger Landesregierung; Seminar: „ÖVGW Richtlinie G 97, Aufstellung und Betrieb von Erdgas-Großtankstellen", Schwechat, ÖVGW; „Expertenkonferenz der Amtssachverständigen für Elektrotechnik", Rust, Amt der NÖ Landesregierung; „107. Jahrestagung und Fachausstellung der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach", Innsbruck, ÖVGW; Seminar: „Teilereinigung mit nichthalogenierten Kohlenwasserstoffen", Ansfelden Süd, Westautobahn/A1, Siems und Klein KG; Seminar: „Elektromagnetische Verträglichkeit und Elektronik", Graz, Technische Universität Graz; ExpertInnenhearing für die 1. Österreichische Konsens-Konferenz „Bodennahes Ozon", Baden, Wiener Umweltanwaltschaft; „Chemikaliengesetz 1996-Schulung", Salzburg, Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie; EU-Seminar: „Industrielle Anlagensicherheit und Erfahrungen aus Störfallen", Linz, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten; „28. Internationale Informationstagung für Sprengtechnik 1997", Linz, WIFI Oberösterreich; Seminar: „Gemeindeseiten im Internet selbst gestalten", Spital am Pyhrn, Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum; Seminar: „Kraftwerke 1997", Dresden, VGB Technische Vereinigung der Großkraftwerksbetriebe E.V.; Symposium „Brandschutz '97, Fachmesse für Retten und Helfen", Graz, Grazer Messe International; Seminar: „Sprengtechnik", Wien, Institut für Geologie der Technischen Universität Wien; „Welt Tunnel Kongreß 1997", Wien; Seminar: „Gesetzesänderungen im österreichischen Abfallrecht", Wien, Österreichische Staatsdruckerei AG; Seminar: „Grundlagen der Schallmeßtechnik", Wien, LB-electronics GesmbH; Seminar: „Das neue Betriebsanlagenrecht", Wien, Wirtschaftskammer Österreich; Seminar: „Neue Rechtsvorschriften und Normen für Gasflaschen für medizinische und industrielle Gase", Wien, Österreichisches Normungsinstitut; Seminar: „Aktuelle Regelungen für Maschinen in der EU und in Österreich", Wien, TÜV Österreich gemeinsam mit Wirtschaftsministerium; Einführungsseminar „Rechnergestützte Lärmprognose mit IMMI 4.0 für Windows", Wien, LB-electronics GesmbH; Seminar: „CE-Kennzeichnung-Neuerungen für die Praxis in der Elektrotechnik", Wien, Österreichisches Normungsinstitut; Seminar: „Risikovorsorge-Risikovermeidung am Beispiel Elektromagnetischer Exposition", Wien, Institut für Strahlenhygiene, Bundesamt für Strahlenschutz sowie Bundeskanzleramt; Seminar: „Probenahme und Untersuchung von Bodenluft nach der neuen ÖNORM S 2090", Wien, Österreichisches Normungsinstitut.

## Stadtgartenamt

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes beinhaltet die Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen. Das Stadtgartenamt ist bemüht, das Angebot an Naherholungsbereichen im Stadtgebiet durch die Schaffung neuer Grünflächen zu erweitern und durch die Verbesserung und Umgestaltung bestehender Anlagen attraktiver zu gestalten.

1997 wurden 3.249 öffentliche Gartenanlagen mit einer Gesamtfläche von 18,275.624 $m^2$, davon 21 Lagerwiesen mit 902.280 $m^2$ und der „grüne Prater" mit 6,143.984 $m^2$ und 1.496 Blumenschalen gepflegt und erhalten.

Ebenso wurden 245 Schulgärten mit 720.934 $m^2$, 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 $m^2$, 299 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 559.101 $m^2$, 15 Jugendspielplätze mit 82.250 $m^2$ gärtnerisch betreut.

In Wiens Straßen wachsen derzeit 80.633 Stück Alleebäume. Erhaltung und Erweiterung des Baumbestandes ist vordringliche Aufgabe. Der Baumbestand in den Alleen ist teilweise überaltert. Es wird daher durch standortverbessernde Maßnahmen (z.B. durch Austausch des Oberbodens und der Einbau von Bewässerungsanlagen) versucht, die Vitalität der Bäume zu aktivieren und eine längere Bestandsdauer zu erzielen, z. B. in: 1, Ringstraße, 5, Stolberggasse, 12, Oswaldgasse, 12, Längenfeldgasse, 14, Hütteldorfer Straße, 14, Schloßallee, 14, Spallardgasse, 14, Zehetnergasse, 14, Seckendorfgasse, 14, Rosentalgasse, 14, Breitenseerstraße, 14, Hüttelbergstraße, 17, Alszeile, 18, Sternwartestraße, 18, Gregor-Mendel-Straße, 14, Lützowstraße, 15, Markgraf-Rüdiger-Straße, 16, Hasnerstraße, 19, Eroicastraße, 19, Hartäckerstraße, 19, Sandgasse und 19, Grinzingerstraße.

1997 wurden u.a. folgende neue Alleen gepflanzt: in 5, Bräuhausgasse, 5, Gassergasse, 9, Servitengasse, 9, Rotenlöwengasse, 9, Rotenhausgasse, 10, Neilreichgasse (10 japanische Zierkirschenbäume), 10, Fontanastraße, 10, Trost-

straße, 11, Kaiserebersdorfer-Straße, 11, Leberberg, 13, Gaßmannstraße (20 japanische Zierkirschenbäume), 14, Steinhofpark (80 japanische Zierkirschenbäume), 17, Wattgasse, 18, Antonigasse, 21, Geymüllergasse und 22, Obachgasse.

Das Referat Planung erstellt Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für öffentliche Grünanlagen, Kinderspielplätze, Erholungsflächen, Straßengrün, Wohnhausanlagen, Schulen und Kindergärten. Im innerstädtischen Bereich werden im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung neue Grünzüge und Alleen geschaffen und das Angebot an wohnungsnahen Erholungsflächen erweitert. Bei bestehenden Anlagen, z.T. aus der Gründerzeit, ist unter Berücksichtigung der Anrainerwünsche eine partielle Umgestaltung oder generelle Neugestaltung der Grünanlagen erforderlich. Mitgearbeitet wurde bei den Projekten der Stadterweiterung: Hier müssen neue Wege für eine multifunktionale Nutzung der Freiräume beschritten werden. Verschiedene Varianten sollen in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Dienststellen ausgearbeitet werden.

Gemäß ÖNORM wurden bei Kinderspielplätzen Fallschutzeinrichtungen montiert, so z. B. in der Anlage in 4, Margaretenstraße 30 - Planquadrat.

1997 wurden in folgenden Anlagen gärtnerische und bautechnische Herstellungsarbeiten durchgeführt: in 2, Max-Winter-Park erfolgte ein Parkumbau sowie die Errichtung des 1. Wiener Hundeklos, in der Engerthstraße wurde ein neues Sezessionsgitter errichtet, im Mexikopark 10 japanische Kirschbäume gepflanzt, in 3, Kardinal-Nagl-Park der Spielplatz eingezäunt, der Grete-Jost-Park neu hergestellt, ebenso im Wohnpark Rennweg ein Park neu angelegt und im Klopsteinpark eine neue Einfriedung errichtet, in 4, Resselpark eine neue Bewässerungsanlage installiert, am Favoritenspitz ein neues Sezessionsgitter errichtet, in 5, Bräuhausgasse/Margaretenstraße 108 ein Park neu hergestellt, im Einsiedlerpark eine neue Bewässerungsanlage errichtet, in der Grohgasse/Margaretenstraße eine neue Platzgestaltung vorgenommen, in der Leopold-Ristergasse ein Spielplatz umgebaut, in 6, Alfred-Grünwals-Park eine neue Bewässerungsanlage angelegt, der Minna-Lachs-Park erweitert ebenso im 7. Bezirk der Andreaspark, in 7, vor dem Messeplatz und im 8. Bezirk in der Landesgerichtsstraße wurden neue Blumenbeete errichtet, in 8, Schönbornpark die Wege saniert, in 9, Lazarettgasse 25 wurde auf einer ÖBB-Fläche ein Spielplatz neu angelegt, der Sobieskiplatz umgebaut, auf der Roßauer Lände ein neuer Beachvolleyball-Platz angelegt, in der Augasse eine neue Hecke gepflanzt, am Spittelauerplatz ein Spielplatz neu erbaut, in 10, Kurpark-Oberlaa eine Treppenanlage saniert, im Volkspark Laaerberg 30 japanische Kirschbäume gepflanzt, der Puchsbaumpark umgestaltet, in der Raxstraße erfolgte eine neue Einfriedung, im Fortunapark eine neue Einzäunung, am Rädda-Barnen-Platz ein Spielplatzneubau und im Volkspark-Laaerberg ein Spielplatzausbau, in 11, Herderpark wurden Rosenbeete neugestaltet, in der Hutterergasse der Spielplatz erweitert, in der Pretschgasse/Am Kanal wurden zwei neue Ballspielplätze angelegt, weiters der Stadtpark Leberberg neu hergestellt, in 12, Haydnpark wurde ein Skateboardplatz neuangelegt, im Steinbauerpark ein neuer Ballspielplatz errichtet, in 13, auf dem Hietzinger-Platz eine neue Grünfläche gestaltet, in 14, der Eduard-Gurk-Park umgestaltet, auf dem Schützplatz ein neuer Spielplatz angelegt, in der Kendlerstraße ein neues Rosenbeet hergestellt, im 15. Bezirk der Stiegerpark neugestaltet, in 16, Yppenplatz erfolgte eine neue Einfriedung, in 17, Diepoldpark eine Umgestaltung, in 18, Schubertpark eine Parksanierung anläßlich des Schubertjahres 1997, im 19. Bezirk in der Kliergasse wurde eine neue Einfriedung hergestellt, in 20, Brigittapark eine neue Einzäunung ebenso am Gaußplatz, in 20, Forsthauspark wurde ein neuer Skatepark errichtet, in 20, in der Parkanlage „Obstgarten" eine naturnahe Anlage neugebaut, in 21, Denglerpark ein Biotop umgebaut, Am Spitz die Beete vor dem MBA 21 umgestaltet, am Haspingerplatz eine neue Einzäunung vorgenommen, in 21, auf der Grünfläche Tulzergasse mit der Widmung SWW wurden zwei Parkanlagen neuhergestellt, der Josef-Grössing-Park neu hergestellt, der Paul-Hock-Park saniert, der Hirschstettner Aupark im 22. Bezirk neu eingefriedet, auf dem Rennbahnweg ein neuer Abenteuerspielplatz angelegt, in der Josef-Baumann-Gasse zwei Parkanlagen neuhergestellt, ebenso An den alten Schanzen, in Eßling-Europan, in Eßling Genoch-Süd sowie in Erzherzog-Karl-Stadt, im Donaupark ein neues Stallgebäude errichtet, ferner der Sparefrohspielplatz umgestaltet und die Dahlienschau umgebaut, auf dem Schrödingerplatz ein neues Beet angelegt, ebenso in der Arbeiterstrandbadstraße, im 23. Bezirk auf dem Maurer-Rathausplatz eine neue Grünfläche gestaltet und in der Baslergasse ein neuer Maschendrahtzaun errichtet.

Das Baumschutzreferat im Türkenschanzpark hat 1997 rund 2.000 Ansuchen um Baumentfernung, rund 5.000 Ersatzpflanzungsprüfungen und Überprüfungen angeordneter Schutzmaßnahmen für Bäume bearbeitet. Rund 180 Erhebungen wurden im Zusammenhang mit Anzeigen und Beschwerden durchgeführt. Des weiteren wurden allgemeine betreffend Baumpflege beraten und Gutachten für Planungsentscheidungen erstellt.

Von den Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 1997 4.985 Gartenbegehungen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Zur Schulung von GartenbesitzerInnen wurden 18 Vorträge, 5 Diavorträge und 4 Filmvorführungen veranstaltet. Auf Grund des Pflanzenschutzgesetzes 1995, BGBl. Nr. 532, wurden 10.307 Sendungen kontrolliert. Für die Ermäßigung der Kanalabwassergebühr mußten 2.091 Begutachtungen durchgeführt werden. 3.500 Stück Aesculus (Roßkastanienbäume) wurden mit dem umweltverträglichen Pflanzenschutzmittel DIMILIN erfolgreich gegen die Miniermotte behandelt.

Gartenberatungen, z.B. betreffend die Kastanienminiermotte, wurden u.a. im Rahmen folgender Veranstaltungen durchgeführt: Gartenbaumesse Tulln´97, Aktion „Wien im Blumenschmuck" und EUviron im Prater-Messegelände (diesbezüglich wurde auch ein Folder in deutscher und englischer Sprache verfasst). Zahlreiche Beratungen wurden auch über das GARTENTELEFON des amtlichen Pflanzenschutzdienstes (911 25 55) abgewickelt.

1997 wurden laut Rechnungsabschluß für die Erhaltung der städtischen Gartenanlagen sowie für die Herstellung neuer Gartenanlagen bzw. Umgestaltung bestehender Anlagen nachstehende Beträge aufgewendet:

| | | |
|---|---|---|
| Personalkosten : | ATS | 595,107.550, 16 |
| Sachaufwand : | ATS | 205,566.298, 46 |
| Investitionen : | ATS | 137,080.311, 50 |
| Gesamtausgaben : | ATS | 937,754.160, 12 / Gesamteinnahmen : ATS 41,362.145, 32 |

Gemäß dem mit 1. August 1991 geänderten Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz sind bis 31. Dezember 1996 in folgenden Parkanlagen Hundezonen und Hundeauslaufplätze (angegeben mit einer ca. m²-Fläche) eingerichtet worden: in 1, Stadtpark, Wienflußpromenade (1.750 m²), in 2, Prater (Kaiserallee/Rustenschacherallee) (250.000 m²), Max-Winter-Park (1. Wiener Hundeklo) (500 m²), in 3, Stadtpark, Wienflußpromenade und Kinderpark (2.650 m²), Linke-Bahngasse (vor ehemaliger Veterinärmedizinischen Universität) (1.300 m²), Kardinal-Nagl-Park (700 m²), Arenbergpark (1.500 m²), Wohnpark Rennweg (Landstraße-Hauptstraße148) (150 m²), Schweizergarten (Landstraßer Gürtel/Schweizergartenstraße) (1.900 m²), Schweizergarten (Arsenalstraße/Ghegastraße) (5.100 m²), in 5, Spengergasse vormals Bacherpark (230 m²), Klieberpark (150 m²), Willy-Frank-Park (140 m²), Einsiedlerpark (270 m²), "Spatzenpark" (200 m²), Hartmannpark (120 m²), in 6, Linke Wienzeile, vormals Alfred-Grünwald-Park (500 m²), Esterhazypark (450 m²), in 8, Schönbornpark (1.500 m²), Hamerlingpark (450 m²), Tigerpark (130 m²), in 9, Lichtentalerpark (1.000 m²), Arne-Karlson-Park (500 m²), in 10, Grünanlage Eisenstadtplatz (6.600 m²), Hebbelpark (370 m²), Heuberggstättenstraße (150.000 m²), Humboldtpark (nicht offiziell) (600 m²), Grünanlage Wieselburgergasse/Klausenburgerstraße (1.600 m²), Puchsbaumpark (400 m²), Antonsplatz (1.800 m²), in 11, Am Kanal (von Geiselbergstraße bis Ostbahn bzw. Lorystraße) (24.000 m²), in 12, Korbergasse 5 (200 m²), Edelsinnstraße (zwischen Philadelphia- und Wienerbergbrücke) (5.000 m²), Flohberg (3.000 m²), Zanaschkagasse (9.000 m²), Längenfeldgasse vorm Steinbauerpark (1.300 m²), Untermeidlingerstraße, vorm Meidlinger Friedhof (3.000 m²), Breitenfurterstraße (bei Firma Grundig) (5.000 m²), Theresienbadpark (2.300 m²), Dunklergasse/Harthausergasse (1.300 m²), ehemalige Verbindungsbahntrasse (zwischen Schönbrunner-Allee und Strohberggasse) (1.500 m²), Viertalergasse 4 (400 m²), in 13, Roter Berg (10.000 m²), Napoleonwald (10.000 m²), Hügelpark (1.800 m²), in 14, Matznerpark (6.000 m²), Ordeltpark (2.100 m²), Baumgartner/Casinopark (2.650 m²), in 15, Vogelweidpark (1.600 m²), Dadlerpark (1.700 m²), Reithofferpark (1.500 m²), in 16, Kongreßpark (3.700 m²), Richard-Wagner-Park (400 m²), in 17, Lorenz-Bayer-Park (200 m²), in 18, Währingerpark (4.000 m²), in 19, Trautenauplatz („Olympiapark") (3.800 m²), Saarpark (900 m²), Hugo-Wolf-Park (7.000 m²), in 20, Forsthauspark (3.000 m²), Allerheiligenpark (2.400 m²), Wehlistraße ggü. 16 (beim Schmetterlingspark) (100 m²), Durchlaufstraße zwischen Hellwagstraße und Vorgartenstraße (1.700 m²), Anton-Kummerer-Park (500 m²), Nordwestbahnstraße von Waldmüllergasse bis Pappenheimgasse (800 m²), in 21, Grünfläche Illgasse/Aistgasse (3.700 m²), Floridsdorfer Aupark (9.000), in 22, Hirschstettner-Badeteich (südlicher Teil) (40.000 m²), in 23, Draschepark, entlang der ÖBB (21.000 m²), Grünfläche Theophil-Hansen-Gasse/Rudolf-Waisenhorn Gasse (7.500 m²), Zanaschkagasse (2.400 m²) und Ölzeltpark (Geßlgasse) (320 m²). Die Gesamtfläche der Hundezonen bzw. Hundeauslaufplätze betrug 638.330 m².

In folgenden Parkanlagen sind Hunde generell oder teilweise verboten: 1, Stadtpark (teilweise), Hermann-Gmeiner-Park (generell), 2, Prater-Jesuitenwiese (generell), Prater-Zirkuswiese (generell), Rosa-Jochmann-Park (generell), Venediger-Au (teilweise), Max-Winter-Park (teilweise), 3, Stadtpark (teilweise), Kardinal-Nagl-Park (teilweise), Schweizergarten (teilweise), Schweizergarten-Liegewiese (generell), Josef-Pfeifer-Park, Landstraßer Hauptstraße 11 (generell), Biedermeierfriedhof Sankt Marx (generell), Rochuspark (teilweise), Wohnpark Rennweg, Landstraßer Hauptstraße 148 (teilweise), Czapkapark (generell), Grete-Jost-Park (generell), 4, Margaretenstraße 30 - Planquadrat (generell), Rubenspark (teilweise), Schlüsselgasse 4 (generell), 5, Bacherpark (generell), Einsiedlerpark (teilweise), Klieberpark (teilweise), Willy-Frank-Park (teilweise), "Spatzenpark" (teilweise), Siebenbrunnenfeldgasse 7/Chiavaccigasse (generell), 6, Vincenz-von-Paul-Park (generell), Minna-Lachs-Park (generell), Hubert-Marischka-Park (teilweise), Esterhazypark (teilweise), Alfred-Grünwald-Park (generell), Parkanlage Magdalenenstraße 31 (generell), Loquaipark (teilweise), 7, Karl-Farkas-Park (generell), Josef-Strauß-Park (generell), Siebensternpark (generell), Weghuberpark (teilweise), Gutenbergpark (generell), Andreaspark (generell), 8, Hamerlingpark (teilweise), Schlesingerplatz (generell), Schönbornpark (teilweise), Tigerpark (teilweise), 9, Lichtentalerpark (teilweise), Liechtensteinpark (generell), Arne-Karlson-Park (teilweise), Spielplatz Lazarettgasse 14 - AKH (generell), 10, Otto-Benesch-Park (generell), Alois-Greb-Park (generell), Belgradpark (generell), Eisenstadtplatz (teilweise), Hebbelpark (teilweise), Humboldtpark (teilweise), Puchsbaumpark (teilweise), Antonsplatz (teilweise), 11, Luise-Montag-Park (generell), Fuchsröhrenstraße/Lorenz-Reiter-Straße (generell), Herderpark (generell), Leberberg (generell), 12, Flohberg (teilweise), Wilhelmsdorfer-Park (generell), Theodor-Körner-Park (generell), Schedifkaplatz - Schmetterlingswiese (generell), Mießbachgarten (generell), Steinbauerpark (teilweise), Füchselhofpark (generell), ehemalige Verbindungsbahntrasse (teilweise), Haydnpark (generell), Zanaschkagasse (teilweise), Viertalergasse 5/Bendlgasse 32/Rauchgasse 14 (generell), 13, Grünanlage Küniglberg (teilweise), Streckerpark (teilweise), Roter Berg (teilweise), Hügelpark (teilweise), Hackinger Schloßpark (generell), 14, Ordeltpark (teilweise), Baumgartner-Casinopark (teilweise), 15, Dadler-

park (teilweise), Vogelweidpark (teilweise), Rosinagasse 11 (generell), Reithofferpark (teilweise), Stiegerpark (generell), 16, Huberpark (generell), Richard-Wagner-Park (teilweise), 17, Parkanlage Herbeckstraße ggü. Onr. 118 (generell), Parkanlage Ortliebgasse 34 - 42 (generell), Diepoldpark (generell), 18, Pötzleinsdorfer-Schloßpark (generell), Parkanlage Kutschkergasse 34 (generell), Parkanlage Hockegasse 41 (generell), Anton-Baumann-Park (generell), 19, Hohe Warte/Hintergärtengasse (teilweise), Raimund-Zoder-Park (generell), Setagaya-Park (generell), Lagerwiese Hackenberg (generell), Saarpark (teilweise), 20, Jakob-Winter-Park (generell), Parkanlage Spielmanngasse/Dietmayrgasse (generell), Schmetterlingspark (generell), Parkanlage Winarskystraße/Leystraße"Burghof" (generell), Spielplatz Winarskystraße/Universumstraße (generell), Skatepark 20 (Forsthauspark) (generell), Spaungasse (generell), Leipzigerplatz (teilweise), 21, Floridsdorfer Aupark (teilweise), Ernst-Heiss-Park (generell), "Gruam" - Freiligrathpark (generell), Josef-Grössing-Park (generell), 22, Jakob-Bindel-Park (generell), Trygve-Lie-Park (generell), An-den-alten-Schanzen (generell), Eßling Genoch Süd (Rosenbergstraße) (generell), Eßling-Europan (Raphael-Donner-Allee) (generell), Josef-Baumann-Gasse (generell), Erzherzog-Karl-Straße/Eibengasse (generell), Langobardenstraße/Eibengasse (generell), Hirschstettner Badeteich (teilweise), 23, Draschepark (teilweise), Föhrenwald, Rudolf-Zellergasse ggü. ONr.77 (generell), Dr.-Rudolf-Hatschek-Park (generell), Herbert-Mayr-Park (Verwaltung MA 45) (generell) und Grünfläche Pollakgasse/Petersbach (generell).

Gesetzliche Grundlage: Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz § 13 b (1), Landesgesetzblatt für Wien, Jahrgang 1991, ausgegeben am 1. August 1991: „Der Magistrat kann nach Anhörung des Grundeigentümers, der Bundespolizeidirektion Wien und des zuständigen Bezirksvorstehers Parkanlagen zu Hundezonen, Hundeauslaufplätzen oder ein Verbot der Mitnahme von Hunden (Hundeverbot) erklären" (auszugsweise).

Hingewiesen wird auch auf die 1997 erschienene Hundefibel „brav" und das entsprechende Plakat.

An folgenden nationalen und internationalen Gartenbauveranstaltungen erfolgte 1997 die Teilnahme: Hallengestaltung auf der Gartenbaumesse in Tulln, „Dschungel" in der Lugner-City, „Orchids for Women" in der UNO-City, 16 EU-Baumpflanzungen in 9, Sigmund-Freud-Park, Orchidee´97 in Genf, Meranflora in Südtirol, EUviron im Messegelände, Herbstfest in den Reservegärten, Wien-Bälle im Ausland.

Für zahlreiche in- und ausländische Gartenbaufachleute wurden durch Wiener Parkanlagen und Gartenbaubetriebe Exkursionen, gemeinsam mit dem Rundfahrtenbüro der MA 53 - PID, organisiert (siehe dazu den Stadtaußenpolitischen Bericht der MD-IB).

Die MA 42 - Stadtgartenamt bzw. deren MitarbeiterInnen wirken in folgenden Gremien mit: Ö-Norm-Ausschuß, IFPRA (International Federation of Parks and Recreation Administration), Wien im Blumenschmuck, IFLA (Internationale Garten- und Landschaftsplaner), Fachausschuß für Gärten und Grünflächen im Österreichischen Städtebund (40. Tagung 1997 in Leoben / Stmk.).

Das Programm zur offiziellen Benennung von Parkanlagen wurde gemeinsam mit dem Kulturamt und den Bezirksvorstehungen fortgesetzt. Folgende Parkanlagen wurden 1997 offiziell benannt: 3, Grete-Jost-Park; 6, Minna-Lachs-Park; 11, Stadtpark-Leberberg; 13, Katharina-Schratt-Park; 17, Moriz-Mayer-Park; 21, Freiligrathpark (Gruam); 21, Josef-Grössing-Park; 21, Heisspark; 21, Teresa-Tauscher-Park; 21, Schulbrüderpark; 21, Friessneggpark und 22, Trygve-Lie-Park.

Im Schulgarten Kagran wurden 1997 rund 130.000 Stück Schnitt- und Trockenblumen kultiviert und an die Berufsschule für Gärtner und Floristen abgegeben. Weiters wurden 240 kg gemischte Koniferen, 180 Stück Blütenzweige über 80 cm, 1.960 Stück Koniferenzweige über 40 cm, 2.400 Stück diverse Blätter, 550 Stück verschiedene Ranken, 250 Stück Topfpflanzen, 11 Stück fertig bepflanzte Schalen und 600 Stück diverse andere Pflanzenteile dorthin abgegeben. In allen Abteilungen des Schulgartens wurde Pflanzensortiment für praktischen Unterricht zur Verfügung gestellt.

Die Resevegärten in Hirschstetten und Eßling haben 1997 204.342 Stück Frühjahrsblumen, 966.153 Stück Sommerblumen, 30.284 Stück Grünpflanzen, Hydro, Blühende, 35.680 Stück Chrysanthemen, 665.599 Stück Schnittblumen, 25.650 Stück Stauden und Wasserpflanzen und 167 Stück bepflanzte Schalen ausgeliefert. Weiters wurden 285 Dekorationen und 45 Betriebsführungen durchgeführt. 300 Palmenhausbesucher wurden an Donnerstagen empfangen, 80 Besucher beim Ferienspiel. Das Palmenhaus der Reservegärten Hirschstetten wurde als repräsentativer Rahmen für diverse Veranstaltungen der Stadt Wien (z.B. das Herbstfest´97 - 20.500 Gäste) verwendet.

Die Baumschulen in Eßling, Spargelfeld und Mauerbach haben 1997 rund 20.000 Stück Bodendecker, 200 Stück Bäume, 4.000 Stück Rosen, 22.000 Stück Sträucher, 380 Stück Schlinger und 800 Stück Koniferen ausgeliefert.

Die Werkstatt (und Lager) in Hirschstetten hat 1997 2.114 Reparaturen an Maschinen und Geräten durchgeführt. Die Abteilungen Malerei, Tischlerei, Schlosserei und KFZ haben 3.669 Aufträge, in 36.623 Stunden, mit einem Materialaufwand von 5,364.906 S bearbeitet.

1997 konnten 122 Innenhöfe besichtigt und Antragsteller beraten werden. Für 53 Innenhöfe wurden Subventionen von insgesamt rund 800.000 S gewährt.

Auch 1997 wurden gemeinsam mit der MA 13 in Parkanlagen tage- und stundenweise zahlreiche Spielplätze betreut. Diese pädagogischen Spielplatzbetreuungen wurden von verschiedenen privaten Kinder- und Jugendorganisationen durchgeführt und sollen zu einer sinnvollen Park- und Spielplatznutzung anregen sowie den Vandalismus hintanhalten.

# Bäder

Die Abteilung verwaltete mit Stand Ende 1997 insgesamt 46 in Betrieb befindliche Bäder, und zwar 3 Volksbäder, 8 Warmbäder (Brause- und Saunabäder), 12 Hallenbäder (davon 8 mit angeschlossenem Sommerbad - Kombinationsbäder), 10 Sommerbäder und 13 Kinderfreibäder.

1997 nicht in Betrieb, jedoch in Verwaltung der Abteilung waren das Volksbad 9, Wiesengasse, und das abgebrochene Dianabad.

Am 1. September 1997 wurde das Geiselbergbad (Warmbad) geschlossen und am 21. Dezember 1997 das Volksbad in 15, Reithofferplatz 4, gesperrt. Am 4. Juni 1997 konnte das Volksbad in 16, Friedrich-Kaiser-Gasse 11 (an Stelle des ehemaligen Thaliabades) als in ein Wohnhaus integriertes Brausebad eröffnet werden und am 29. Mai 1997 nahm das Erlebniswaldbad Penzing den Betrieb auf.

Die Arbeit der Abteilung war bestimmt von der Weiterführung baulicher und betrieblicher Maßnahmen.

## 1. Planung und Bau

An Arbeiten abgeschlossen wurde in 3, Apostelbad der Einbau einer Dampfkammer, in 7, Hermannbad die Sanierung der Sauna- und Brauseanlagen, der Einbau einer Funktionskontrollschaltung für die Fluchtwegorientierungsbeleuchtung, in 10, Amalienbad die Errichtung von Büroräumen und von zwei Biosaunarien, in 10, Laaerbergbad die Erneuerung der Verfliesung samt Beckenkopf im Wellenbecken, in 14, Penzinger Bad der Einbau einer Dampfkammer und eines angeschlossenen Frischlufthofes, in 14, An der Niederhaid die Neuerrichtung des Erlebniswaldbades, in 16, Ottakringer Bad die Neuerrichtung zusätzlicher Personalumkleiden, in 16, Kongreßbad die Schaffung eines Büros, in 17, Schafbergbad die Errichtung eines Beachvolleyballplatzes und die Sanierung der Flachdächer und Lichtkuppeln, in 17, Jörgerbad der Einbau einer Dampfkammer, die Erneuerung des Wasserbehälters und die Sanierung der Saunakammern, in 21, Floridsdorf die Errichtung einer Haarfönanlage für Schulklassen und in 22, Gänsehäufel die Instandsetzung der Hauptwasserleitung. Begonnen bzw. weitergeführt wurden folgende Arbeiten: Die Erfüllung der Brandschutzauflage in 10, Amalienbad, in 12, Theresienbad die Sanierung des Freibeckens im Sommerbad, in 12, Ratschkybad der Anschluß an die Fernwärme, in 16, Ottakringer Bad die Sanierung der Umzäunungen im Sommerbad, in 18, Schafbergbad der Einbau einer Solaranlage und die Sanierung der Badewasserfilter, in 19, Döbling die Instandsetzung der Dächer in der Schwimmhalle und in 19, Krapfenwaldlbad die Sanierung der Fassaden des Hauptgebäudes.

Weiters wurden Planungen und Vorstudien betrieben, und zwar erfolgte für 2, Dianabad eine Interessentensuche für ein neues Projekt, für 10, Kinderfreibad Gudrunstraße wurden Sanierungsmöglichkeiten überdacht, für 11, Geiselbergbad und 15, Reithoferplatz jeweils ein Wohnhaus mit integriertem Bad (MA 24) geplant, ebenso für 16, Ottakringer Bad Vorarbeiten zur Sanierung der Schwimmhalle samt Teilen der Garderoben geleistet und in 22, Strandbad Alte Donau die Errichtung eines Holzsteges geplant.

## 2. Bäderbesuch

a) Ganzjahresbäder:

Der Besuch der Schwimmhallen weist im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von 7,37 Prozent auf; die Besuchszahlen in den Saunabädern verzeichnen ein Absinken der Frequenz von 1,24 Prozent.

Die Besucherzahlen in den Wannenbädern weisen ein Minus von 22,92 Prozent auf; bei den Brausebädern ist mit einem Rückgang von 15,69 Prozent nach wie vor die seit Jahren rückläufige Tendenz zu beobachten.

b) Sommer- und Kinderfreibäder:

Insgesamt besuchten in der Sommersaison 1997 2,388.857 Badegäste die städtischen Sommerbäder, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Frequenz um 54,62 Prozent, was vor allem auf die im Sommer 1997 vorherrschende günstige Wettersituation zurückzuführen ist.

Die Kinderfreibäder wiesen mit 112.594 Besuchern und somit einem Plus von 35 Prozent ebenfalls einen Zuwachs auf.

c) Vergleich der Besuchszahlen der Jahre 1995, 1996 und 1997:

| Bädergattung | 1995 | 1996 | +/- % | 1997 | +/- Badegäste | +/- % |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schwimmhallen..... | 1,240.769 | 1,130.644 | -8,88 | 1,214.008 | 83.364 | 7,37 |
| Saunabäder ..... | 496.134 | 484.769 | -2,29 | 478.751 | -6.018 | -1,24 |
| Wannenbäder ..... | 22.644 | 18.869 | -16,67 | 14.545 | -4.324 | -22,92 |
| Brausebäder..... | 194.241 | 162.661 | -16,26 | 137.138 | -25.523 | -15,69 |
| Sonnenbäder ..... | 2.578 | 2.435 | -5,55 | 3.369 | 934 | 38,36 |
| Summe Ganzjahresbäder .. | 1,956.366 | 1,799.378 | -8,02 | 1,847.811 | 48.433 | 2,69 |
| Sommerbäder ..... | 2,126.210 | 1,544.995 | -27,34 | 2,388.867 | 843.872 | 54,62 |
| Kinderfreibäder..... | 87.494 | 83.402 | -4,68 | 112.594 | 29.192 | 35,00 |
| Summe Sommer- und Kinderfreibäder..... | 2,213.704 | 1,628.397 | -26,44 | 2,501.461 | 873.064 | 53,61 |
| Gesamtsumme ..... | 4,170.070 | 3,427.775 | -17,80 | 4,349.272 | 921.497 | 26,88 |

## 3. Gruppe Betrieb

Während der Betrieb der im Mehrzweckbecken des städtischen Hallenbades Großfeldsiedlung installierten AO-Anlage weiterhin zufriedenstellend ablief, mußten bei sämtlichen AO-Anlagen im städtischen Erlebniswaldbad Penzing infolge zu geringer Leistung die Elektroden aller Reaktoren neu beschichtet werden. Die Anlagen laufen seit Herbst 1997 mit der vorgesehenen Leistung.

Die im Abfallwirtschaftskonzept vorgesehene Einrichtung von Müllinseln konnte in Zusammenarbeit mit der MA 48 kostengünstig vor Beginn der Sommersaison 1997 realisiert werden. Somit sind sämtliche im Abfallwirtschaftskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt worden.

In Zusammenarbeit mit der MD-Bereichsleitung für Dezentralisierung wurde, beginnend im Frühjahr 1997 mit Schwerpunkt in der zweiten Jahreshälfte, die mit 1. Jänner 1998 wirksam werdende Dezentralisierung vorbereitet. Errichtung, Instandhaltung und Betrieb der städtischen Kinderfreibäder, sowie Instandhaltung und Betrieb der städtischen Volks- und Warmbäder fallen ab 1. Jänner 1998 gemäß § 103, Absatz 1, Ziffer 24 bzw. Ziffer 25 der Wiener Stadtverfassung in die Kompetenz der betreffenden Bezirke. Im Zuge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Dezentralisierung mußten 1997 sehr umfangreiche Änderungen im Budgetaufbau (neue Haushaltskonten) und organisatorische Änderungen in der Verwaltung der Zentrale der Abteilung vorgenommen werden.

Im Jahr 1997 wurden in allen städtischen Bädern insgesamt 1,805.301 $m^3$ Wasser, 15.186 MWh Strom, 260. 544 kg Heizöl (=2.970 MWh), 1,573.712 $m^3$ Gas (=15.737 MWh) und 50.819 MWh Fernwärme verbraucht.

## 4. Gruppe Allgemeine Angelegenheiten

Die Stadt Wien betreibt gegenwärtig 45 öffentliche städtische Bäder mit unterschiedlichen Angeboten für alle Ansprüche und Altersstufen: Kinderfreibäder, Volksbäder, Saunabäder, Sommerbäder, Hallenbäder und Kombibäder. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 1989 rangiert Schwimmen und Baden in Wien bereits an dritter Stelle der beliebtesten Freizeitbeschäftigungen.

Die Wiener Bäder haben in ihrer Geschichte mehrere Wandlungen durchgemacht.

Standen in früheren Zeiten der Reinigungs- und Hygieneaspekt sowie die Körperertüchtigung im Vordergrund, entwickeln sich die Bäder heute zu Freizeit- und Erholungsstätten, zum Ort für den „kleinen Urlaub zwischendurch". Steigender Wohlstand, hohe Mobilität und technischer Fortschritt setzen heute andere Maßstäbe an das Freizeiterleben als früher. Bäder stehen innerhalb des gesamten Freizeitsektors in einer harten Konkurrenz um die Besucher. Die Badbetreiber - egal, ob öffentlich oder privat - müssen diese neuen Trends beherzigen, wollen sie mit ihrem „Produkt" im Konkurrenzkampf zu anderen Angeboten bestehen.

Um den Badaufenthalt im Rahmen der Freizeitgestaltung möglichst angenehm, abwechslungsreich, aber auch sinnvoll zu gestalten, wurden 1997 verschiedene Veranstaltungen in Wiener städtischen Bädern durchgeführt unter dem Titel „Club Nixe" 1997 in städtischen Bädern (5. Juli - 24. August 1997). Die 1997 ins Leben gerufene Animation „CLUB NIXE" in drei Wiener Bädern war ein durchschlagender Erfolg. In den drei Animationsbädern lag die Steigerung des Besucherandrangs zwischen 49,1 (Schafbergbad) und 68,1 (Laaerbergbad). Die meisten Besucher wurden im dritten Animationsbad, dem Gänsehäufel, mit 450.139 Menschen gezählt. Besonders bei den Kindern waren die Animateure des „Club Nixe" recht beliebt.

Ferienspiele wurden in den Wiener Bädern in Zusammenarbeit mit der MA 13 durchgeführt. An den Veranstaltungen in den Wiener Hallen- und Sommerbädern haben während des Jahres 1997 (Weihnachts-, Semester-, Oster- und Sommerferien) 420.205 Kinder und 63.328 Jugendliche teilgenommen.

In den Hallenbädern finden während der Wintermonate Oktober bis April verschiedene Aktionen für die Badegäste statt. Es werden das Seniorenschwimmen, die Aquarhythmik, das Frauenschwimmen, das Versehrtenschwimmen, Warmbaden und Nacktbaden angeboten und erfreuen sich regen Zuspruchs.

Das Angelibad soll zum tollsten Kinderbad dieser Stadt werden. In Zusammenarbeit mit einer Tageszeitung konnten Kinder via Internet Vorschläge für die Gestaltung des Bades einbringen. Die besten Vorschläge wurden mit Preisen bedacht und sollen den Wünschen entsprechend für die nächste Badesaison zur Verfügung stehen.

Am 29. Mai 1997 wurde unter reger Publikumsbeteiligung in Anwesenheit von Herrn Stadtrat Fritz Svihalek und Frau Bezirksvorsteherin Jutta Steier das Erlebniswaldbad Penzing eröffnet. Die Baukosten betrugen rund 260 Millionen Schilling. Auf mehreren Geschossen sind diverse Einrichtungen wie zwei Schwimmbecken, mehrere Saunas und Dampfkammern, eine 45 m lange Wasserrutsche, Kinderbecken, Restaurant usw. untergebracht. Im Becken wurden speziell für behinderte Badegäste Einstiegshilfen montiert. Eine Besonderheit stellt die kreisrunde Ausführung der Schwimmhalle dar, die gegen Südwesten hin ein Drittel öffenbar ist. Es bietet auch einen großen Freibereich, wo schattige Liegewiesen, ein Robinson-Spielplatz, ein Ballspielplatz und Ruhezonen zum Verweilen einladen.

Am 15. Dezember 1997 wurde eine neuartige Zeitmeßanlage für Badbesucher in Betrieb genommen. Die gemessenen Zeiten für eine Distanz von 50 Metern wurden in großen, leuchtenden Lettern übersichtlich angezeigt. Es handelt sich hiebei um eine im öffentlichen Badebetrieb einmalige Anlage.

Das Personal des Hallenbades Donaustadt veranstaltete am 24. Dezember 1997 zum 10. Mal ein Kinderfest im Hallenbad. Mit mehr als 200 Kindern wurden Spiele durchgeführt und am Ende der Veranstaltung mit vielen Preisen prämiert. Die Preisverleihung nahmen Bezirkspolitiker vor.

Im November 1997 wurde die Fassadenanstrahlung des Amalienbades in Betrieb genommen, um während der Abend- und Nachtstunden diesen markanten Blickpunkt im Stadtbild und kulturhistorisch bedeutsamen Gebäude Geltung zu verschaffen.

Das Gänsehäufel feierte im September seinen 90. Geburtstag. Es fand eine attraktive Veranstaltung unter Anwesenheit von zahlreichen Landes- und Bezirkspolitikern statt.

Auch 1997 wurden Bäderfolder für Sommerbäder und Hallenbäder als Informationsschriften für unsere Badegäste angefertigt. Alles Wissenswerte über Angebot „Eintrittspreis", Attraktionen und Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist hierin nachzulesen.

Im Rahmen der Gruppe „Allgemeine Angelegenheiten" wurden während des Jahres 1997 rund 300 telephonische und etwa 180 schriftliche Beschwerden bearbeitet. Unter der Bäderinfonummer 60 112/8044 wurden darüber hinaus rund 5.500 Auskünfte über den Bäderbetrieb usw. gegeben. Die überwiegende Mehrheit dieser Beschwerden konnte positiv - also im Sinne der Beschwerdeführer, erledigt werden. Auch zahlreiche sinnvolle Änderungsvorschläge haben auf diesem Weg Eingang in den Badebetrieb gefunden.

Dreimal im Jahr erschien die Bäderzeitung „All Inclusive" und diente den Badegästen als zusätzliche Information über Neuigkeiten, Änderungen, Aktionen usw. Es wurden darin auch Themen wie Fitsein, Ernährungsphilosophien usw. behandelt.

## Wasserbau

Von der Gruppe Altlasten wurde die bauliche Durchführung der Absicherungsmaßahmen der Erweiterungsfläche bei der Altlast „Langes Feld" mit Ausnahme des steuerungstechnischen Bereiches abgeschlossen. Die im Sommer begonnene Errichtung der Dichtwände konnte im Herbst 1997 fertigestellt werden. Die elektrotechnische Ausrüstung wird 1998 erfolgen.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt.

Hinsichtlich der Altlast „Rudolf Zeller Gasse" im 23. Wiener Gemeindebezirk wurden die erforderlichen Bewilligungen im Sommer erteilt, so daß im Herbst mit den Arbeiten für die Eu-weite öffentliche Ausschreibung der Arbeiten begonnen werden konnte.

Zur Absicherung der Altlast soll eine aktive Entgasung kombiniert mit einem Entwässerungsstollen ausgeführt werden.

Für die Absicherung der Altlast „Zentraltanklager" im 22. Wiener Gemeindebezirk, wurde die Erstellung eines behördlichen Einreichprojektes abgeschlossen und das Projekt zur Bewilligung eingereicht.

Das Projekt zur Absicherung der Altlast EBS-BP-TKV im 11. Wiener Gemeindebezirk, wurde behördlich bewilligt. Im Spätherbst konnte mit den Vorarbeiten zur EU-weiten Ausschreibung der Bauarbeiten begonnen werden.

Im Zusammenhang mit der Altlast „Gaswerk Simmering" im 11. Wiener Gemeindebezirk, wurde die „Ergänzende Untersuchung nach dem Altlastensanierungsgesetz" im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie fortgeführt.

Die Verdachtsfläche „Gaswerk Leopoldau" betreffend wurde die ergänzende Untersuchung zur Gefährdungsabschätzung fortgesetzt. Im Rahmen des Bescheidvollzuges wurden die Vorarbeiten für die Ausschreibung der Räumung eines ehemaligen Firmengeländes im Bereich des Nordbahnhofes durchgeführt.

Neben diesen Projekten wurden im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Verdachtsflächen Erkundungsarbeiten, wie Luftbildauswertungen, Aufschlußbohrungen, Grundwasseranalysen usw., sowie Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen durchgeführt.

Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Der GIS (Geographisches Informationssystem) gestützte Altlastenkataster wurde weiter vervollständigt.

Im Rahmen der Nachsorge und des Betriebes von abgesicherten Altlasten wurden Kontrollen durchgeführt und für die Einhaltung der behördlich vorgeschriebenen Auflagen Sorge getragen.

Im Rahmen des Aufgabenbereiches der Gruppe Amtssachverständige wurde, nach der schriftlichen Vorbegutachtung von wasserbaulichen und schiffahrtstechnischen Ansuchen für die MA 58, an 336 wasserrechtlichen und 84 schiffahrtsrechtlichen Bewilligungsverfahren als Sachverständige teilgenommen, weiters an 152 gewerbe-, 46 baurechtlichen und sonstigen Verhandlungen als wasserbautechnische und gewässerschutztechnische Sachverständige. In diesem Zusammenhang wurden mehr als 800 Ortsaugenscheine, Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt.

Im Zuge der technischen Überprüfung von Wasserfahrzeugen entsprechend dem Schiffahrtsgesetz wurden 326 Sportboote, 398 Mietboote und 10 schwimmende Anlagen begutachtet. Bei 187 Schiffsführerprüfungen wurde die technische Prüfung abgenommen.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes wurden am rechten Donauufer die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien namens und auf Rechnung von Donaukraft weitergeführt und größtenteils fertiggestellt. Ebenso erfolgten die zugehörigen Ausführungsplanungen namens und auf Rechnung von Donaukraft.

Weitere Planungen bezogen sich auf die Einarbeitung von Bezirkswünschen in die Stauraumdetailplanung und Aktualisierung des Informationsmaterials für den Donauhochwasserschutz.

Die Bauarbeiten zur Errichtung der Vorschüttung Nußdorf wurden weitergeführt.

Am linken Donauufer wurden die Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien stehen, namens und auf Rechnung von Donaukraft fertiggestellt.

Gleichermaßen erfolgten die zugehörigen Ausführungsplanungen namens und auf Rechnung von Donaukraft.

Arbeiten kleineren Umfanges zur benutzerfreundlichen Ausgestaltung der Neuen Donau betrafen Pflasterungen, Rollierungsarbeiten und die Herstellung von Verankerungsfundamenten für Rettungsflöße. Im Bereich der Copa Cagrana wurde ein neuer Sammelkanal errichtet. Es mußten einige Adaptierungen und Anschaffungen im Zusammenhang mit der neuen Mäheinheit durchgeführt werden wie z.B. die Verbreiterung der bestehenden Rampen und die Herstellung neuer Slipanlagen.

Im Rahmen der 2. Ausbaustufe wurde im Bereich der Floridsdorfer Brücke ein neuer Kleinkinderspielplatz hergestellt.

Als Ersatz für eine durch Zeitschaden unbrauchbar gewordene Erste-Hilfe-Station wurde ein neuer Container angeschafft.

Die Bauarbeiten zur Errichtung eines Schwimmsteges im Südteil der Neuen Donau auf Höhe Lobgrundstraße wurden fortgesetzt.

Die Projektierungsarbeiten bezogen sich auf die Planung des Hochwasserschutzes zwischen Hafen Lobau und Schönauer Schlitz und Planungen kleineren Umfanges im Bereich der Donauinsel bzw. des linken Donauufers. Mit der Planung des Schwimmsteges Copa Cagrana wurde begonnen.

In der Neuen Donau wurden regelmäßig Untersuchungen der Wassergüte und ökologische Untersuchungen durchgeführt.

Die Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfaßte auch die fertiggestellten Teile des Rechten Donaudammes.

Zur Flächenreinigung und Entleerung von Müllbehältern auf der Donauinsel und dem Rechten Donaudamm wurden die 1988 und 1993 angeschafften „Inselstaubsauger" erfolgreich eingesetzt.

Die Gruppe Gewässeraufsicht nahm auch im Jahr 1997 die gemäß Wasserrechtsgesetz dem Landeshauptmann und der Bezirksverwaltungsbehörde übertragenen Aufgaben der Überwachung der Gewässer und Wasseranlagen gemäß § 130 WRG (Gewässerpolizei, Gewässeraufsicht und Gewässergüteaufsicht) wahr.

Im Zuge der gewässerpolizeilichen Tätigkeit wurden 404 Wasserbenutzungsanlagen, dabei handelt es sich beispielsweise um Wasserentnahmen aus Grund- und Oberflächenwässern, Wärmepumpen und Versickerungen von Kühlwässern, überprüft. Weiters wurden Baulichkeiten im Hochwasserabflußgebiet, vorwiegend jene im Bereich der an der Neuen Donau situierten Gaststätten und Vergnügungsbetriebe („Copa Cagrana"), auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hin überwacht.

Im Jahr 1997 wurden 312 Kontrollen von Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen-, Mineralöl- und Seifenabscheider) routinemäßig bzw. beim Auftreten von Betriebsstörungen vorgenommen. Weiters wurden zur Überwachung dieser Abwasserreinigungsanlagen 145 Ablaufproben gezogen und im Labor der Abteilung chemisch untersucht.

Insgesamt wurden im Labor 268 Wasser-, Abwasser- und Bodenproben analysiert.

Die routinemäßige Kontrolle der in den Vorjahren errichteten Grundwasser-Überwachungssonden an altlastverdächtigen Standorten wurde weitergeführt. Weiters wurden die vorhandenen Meßnetze zur Überwachung und näheren Erkundung von Grundwasserkontaminationenen weiterbetrieben. Dabei wurden 798 Wasserproben gezogen, die teils im eigenen Labor der MA 45, teils durch andere Labors (MA 15 - Institut für Umweltmedizin, MA 22, Zivilingenieure) analysiert wurden.

Im Berichtsjahr wurden Mitarbeiter der Gewässeraufsicht 67mal bei Schadstoffunfällen als beratende Sachverständige für die örtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehr bzw. als anordnungsbefugte Organe der Wasserrechtsbehörde tätig. Besonders erwähnenswert ist, da beachtliches Medieninteresse vorlag, der Unfall auf einer ÖBB-Strecke in Breitenlee, im Zuge dessen mehrere Kesselwaggons umstürzten und neben Melasse auch 60 Tonnen rauchende Schwefelsäure ausflossen und ins Erdreich versickerten. In 4 Fällen war die Anordnung bzw. Weiterführung von in den Vorjahren begonnenen Sofortmaßnahmen nach § 31 Abs. 3 WRG 1959 wegen Gefahr in Verzug erforderlich. Bei 243 Altschäden, das heißt beim Erkennen von Boden- oder Grundwasserverunreinigungen z.B. im Zuge von Umbaumaßnahmen an Tankstellen, Heizöllagerungen, Füllstellen usw., erfolgten die begleitende Konle und oft auch die Beratung und Koordinierung hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen durch die Gewässeraufsicht.

Die flächendeckenden Untersuchungen der Grundwasserqualität auf diverse festgestellte Schadstoffe wurden insbesondere im 21., 22. und 23. Bezirk im Hinblick auf die Erlassung von Sanierungsgebietsverordnungen und zur Überwachung des weiteren Transportes der Schadstoffe weitergeführt. Weiters wurden großflächige Grundwassermeßnetze im 11. und 9. Bezirk weiter untersucht.

390 Liegenschaften wurden im Berichtsjahr einer Überprüfung hinsichtlich der Ordungsgemäßheit ihrer Abwasserent-

sorgung, und einer augenscheinlichen Kontrolle des baulichen Zustandes der Anlagenteile unterzogen. In Kooperation mit der MA 30 wurden die allfällig erforderlichen Dichtheitsproben durchgeführt.

In der Folge wurde die Erlassung von zahlreichen Bauaufträgen durch die örtlichen Dienststellen der Baupolizei veranlaßt. Auch wurden bei groben Mißständen mehrere Verwaltungsstrafanzeigen gelegt.

Sachverständige der Gruppe Gewässeraufsicht nahmen in 368 Verwaltungsverfahren an Ortsverhandlungen teil. Dabei ist insbesondere die Revision von Betriebsanlagen, mit deren Tätigkeit Gewässergefährdungen verbunden sein können, zu nennen. 824 behördliche Anfragen wurden nach Durchführung von Ermittlungs- oder Überprüfungsverfahren sowie in gutachterlicher Funktion beantwortet.

Im Zuge von 849 Erhebungen und Kontrollen im Rahmen der gewässerpolizeilichen Tätigkeit wurden zahlreiche Mißstände in Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betrieben sowie auf privaten Liegenschaften aufgedeckt. Schwerpunktsmäßig wurden 69 Anlagen zur Lagerung von Mineralöl, insbesondere Tankstellen öffentlicher Einrichtungen, überprüft und mit den Betreibern die erforderlichen Maßnahmen zur Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik erörtert.

An 15 Gewässern bzw. Gewässerabschnitten wurden Gerinnebegehungen bzw. Gewässerbeschauten nach § 135 WRG 1959 durchgeführt und dabei die bestehenden Wasserrechte überprüft und mehrere Fehleinleitungen und illegale Abwasserableitungen aufgezeigt.

Umfangreicher Überwachung bedürfen die zahlreichen Naß- und Trockenbaggerungen zur Kiesgewinnung und die Deponien, die routinemäßig mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden. Bei 359 Überprüfungen derartiger Anlagen konnten mehrere Verstöße gegen die jeweiligen Bewilligungen festgestellt werden, die hauptsächlich in der Schüttung von nicht dem Konsens entsprechenden Materialien bestanden. Die Entfernung derartiger Ablagerungen wurde dabei veranlaßt und verwaltungsstrafrechtliche Schritte eingeleitet.

In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine enge Kooperation mit dem Labor der MA 22, in dem Materialproben untersucht werden.

Im Zuge der Erhebung von altlastverdächtigen Standorten wurde die Gerfährdungsabschätzung bezüglich eines Gebietes im 21. Bezirk („Rendezvousberg") fertiggestellt und eine Altdeponie im 22. Bezirk („Krcalgrube") umfassend untersucht.

Im Zuge der laufenden Instandhaltung der Feuerlöschbrunnen wurden an 32 Anlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt bzw. mangels Bedarfes seitens der MA 68 aufgelassen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden von der Gruppe Hydrologie auch im Jahre 1997 zahlreiche Instandhaltungsarbeiten im Meßnetz des Hydrographischen Dienstes Wien durchgeführt.

Die quantitative und qualitative Beweissicherung zur Dotation Lobau wurde weitergeführt, ebenso die qualitative Beweissicherung zur Badewasserqualität der Neuen Donau.

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Teilstaues zum Kraftwerk Freudenau mußten auch im Berichtsjahr zahlreiche Untersuchungen hinsichtlich der Wasserqualität in der Neuen Donau, den Wasserständen um den Staubereich und der Dotation des Praters vorgenommen werden (limnologisch-hydrologische Studie usw.).

Die extreme hydrologische Situation des Jahres 1997 führte zu zahlreichen Anfragen, die hohen Grundwasserstände betreffend; entsprechende statistische Auswertungen wurden weitergeführt bzw. begonnen.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau-Erhaltung umfaßt Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an sämtlichen Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach und am Wienfluß sowie an der Schwechat in Niederösterreich.

Der im Jahr 1995 begonnene Ausbau des Mauerbach-Retentionsbeckens zur Verbesserung des Wienfluß-Hochwasserschutzes wurde fortgesetzt. Dabei wurden 1997 der Umbau des Einlauf- und Auslaufbauwerks, der Umbau zur Hochwasserentlastung des Retentionsbeckens sowie der naturnahe Rückbau der ursprünglich gepflasterten Gerinnestrecke des Mauerbaches fast vollständig fertiggestellt.

Außerdem wurde mit dem Ausbau der Auhof-Retentionsbecken begonnen. Folgende Maßnahmen wurden realisiert:

Öffnung des Wehres 1, Umlegung des Wienflusses im Becken II in die neue Lage und Durchleitung durch das Wehr 1, Beginn der Errichtung einer Drainageleitung ab dem Einlaufwehr, Beginn der Abdichtung und der Verbreiterung des linken Wienflußdammes, Umbau des Einlaufwehres, Beginn der Revitalisierung des Wienflußgerinnes ab dem Einlaufwehr.

Die Planungsarbeiten betreffend die Revitalisierung des Wienflußbettes im Abschnitt zwischen dem Sperrwerk und dem Einlaufwehr, die Dichtung und Verbreiterung des linken Wienflußdammes im Abschnitt Einlaufwehr bis Badgasse sowie die Revitalisierung der Lainzer Tiergartenbäche/Rotwassergraben/Grünauerbach und Hirschgraben wurden fertiggestellt.

Die Versuchsstrecke am Wienfluß wird im Laufe der nächsten Jahre periodisch vermessen. Die Untersuchungen hinsichtlich der Pflanzen beinhalten periodische Vegeationsaufnahmen, Schadensbehebung und Dokumentation an den Bautypen und Ermittlung der maßgeblichen Belastung an den Pflanzen. Die geomorphologischen Untersuchungen umfassen die periodische Vermessung der Versuchsstrecke und die Messungen von Erosion bzw. Akkumulation an den Uferböschungen. Weiters erfolgten bei den bodenkundlichen Untersuchungen die periodische Entnahme

und Aufbereitung von Bodenproben sowie deren Auswertung. Für die hydraulischen Untersuchungen waren Vorerhebungen und Überprüfungen der geeigneten Meßsysteme zur Wasserspiegellagen- und Geschwindigkeitsmessung und deren Durchführung und Auswertung erforderlich.

Am linken Ufer der Unteren Alten Donau wurden im Bereich Große Bucht - Rehlackenwiese - Seestern Maßnahmen zur Oberflächenbefestigung durchgeführt.

Weiters wurden an sanierungsbedürftigen Ufern der Unteren Alten Donau Röhrichtzonen zur Verbesserung der Selbstreinigungskraft des Gewässers angelegt.

Im Zuge der Sanierung der Alten Donau wurden 1997 vorwiegend folgende Maßnahmen durchgeführt: die Ufersanierung im Bereich der Unteren Alten Donau, wissenschaftliche Untersuchungen, Erstellung eines Grundwassermodells und Arbeiten für die Gewässerreinhaltung.

Zur langfristigen Stabilisierung der Gewässergüte und zur Festlegung für weitere technische Sanierungsmaßnahmen der Alten Donau wurde 1997 ein Gewässermanagement gestartet. Nach Fertigstellung der Verbindungsleitung Wasserpark - Alte Donau wurden Planungsarbeiten zur Verlängerung der Überleitung Wasserpark - Linker Donausammelkanal in die Neue Donau bzw. in die Obere Alte Donau in Angriff genommen.

Im Zusammenhang mit der Liesingbachrenaturierung und der Radwegherstellung werden neben den Verbesserungen für die Gewässerinstandhaltung und den Hochwasserschutz folgende Leitprojekte zugrunde gelegt:

– die Auflassung der Stauhaltung und der Geschiebeablagerung im Ausschotterungsbecken und die Schaffung von Flachwasserzonen bzw. Schotterbänken und Verlandungszonen;
– die Umgestaltung aller Abstürze in Form von Tümpelpässen. Das Aufbrechen der verfugten Sohlpflasterung und Schaffung einer mit Substrat bedeckten und verbreiterten Sohlfläche;
– die Anhebung der Sohle zur Verringerung der großen Profiltiefe und Erzielung einer größeren Sohlbreite.

Die Detailprojektierung eines Regenwasser-Entlastungskanals mit anschließender Umgestaltung des Bachunterlaufes wurde in Auftrag gegeben. Baumaßnahmen zur abschnittweisen Umsetzung des Revitalisierungskonzeptes wurden im Bereich Rodaun bereits begonnen.

Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation Lobau", die eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das Altarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. Die Planungen für die Erstellung eines Einreichprojektes zur Weiterführung des wasserwirtschaftlichen Versuches bis zum Uferhaus am Großenzersdorfer Arm wurden mit den Fachdienststellen abgestimmt. An Hand fertiggestellter Detailplanungen konnten die Fließbedingungen im Mühlwasser durch die Ertüchtigung des rechtsufrigen Feldes der Wehranlage im Zuge der Glockenblumengasse entscheidend verbessert werden. Auch die durchgeführte Absenkung weiterer Gerinnehochpunkte im Bereich der Saltenstraße trägt dazu bei, projektskonforme Wassermengen in den Nationalpark Donau-Auen überzuleiten, ohne tiefliegende Keller bei Grundwasserschwankungen zu gefährden.

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen des Tätigkeitsbereiches der Gruppe „Sonderaufgaben" die Mitarbeit an den Vorbereitungen bzw. der Durchführung von 78 Veranstaltungen, darunter 4 Groß- und 42 Sportveranstaltungen.

Weiters wurden rund 4.000 Einfahrtserlaubnisse für Kraftfahrzeuge zur Befahrung des Donauinselbereiches erteilt, wovon rund 2.000 Stück entgeltlich ausgestellt wurden.

Die Zustimmung zu rund 900 Grillfesten mit angemeldeten etwa 22.400 Teilnehmern im Donauinselbereich wurde erteilt.

Um vor allem das verbotene Befahren mit Kraftfahrzeugen sowie unerlaubte Grillakivitäten hintanzuhalten, wurde in der Sommersaison im Donauinselbereich ein privater Aufsichtsdienst herangezogen. Von diesem wurden beispielsweise rund 600 KFZ-Lenker verwarnt und in der Folge 154 zur Anzeige gebracht.

Auf Grund von Meldungen einer „Naturschutzorganisation" mußten weitere 369 KFZ-Lenker angezeigt werden.

Im Zuge von Strafverfahren (Beeinspruchungen von Strafverfügungen der Magistratischen Bezirksämter) wurden 60 Stellungnahmen abgegeben.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung hat auch im Jahr 1997, wie in den vergangenen Jahren Untersuchungen, Planungen und Projektierungen durchgeführt bzw. daran mitgearbeitet und in wasserwirtschaftlichen und anderen behördlichen Verfahren als wasserwirtschaftliches Planungsorgan mitgewirkt.

Hinsichtlich des Siedlungsbaues wurden zahlreiche Projekte erstellt bzw. bearbeitet.

Der Teil A des Grundwasserbewirtschaftungsplanes Wien wurde abgeschlossen. Die Grundlagenbearbeitung zu Nutzwasserversorgungen kommunaler Anlagen wurde fortgesetzt.

Das Projekt betreffend die Planung zur Nutzwasserversorgung des Wiener Stadtparks wurde zur wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht, mit Detailplanungen begonnen.

Im Rahmen des Aufgabenkomplexes „Gewässergüteerfassung" wurde die Erfassung der Gewässerbeschaffenheit des Liesingbaches mittels der stationären Meßstationen Kledering und Industriegasse fortgesetzt. Mit der mobilen Meßstation wurden an den Standplätzen Schubertpark (Liesingbach) und Hohe Wand Gasse (Mauerbach) Messungen vorgenommen.

Das Untersuchungsprogramm gemäß Wassergüteerhebungsverordnung wurde weitergeführt.

Im Zusammenhang mit der Grundwassersanierung wurden die Arbeiten für einen Verordnungsentwurf zu § 33 WRG 1959 fortgesetzt und die Ergebnisse der Wasserrechtsbehörde mitgeteilt bzw. übergeben.

Die Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung wurde mit der Transformation der WA1C Daten des Baugrundkatasters der MA 29 in eine Oracle Datenbank abgeschlossen. Mit den Arbeiten zur Korrelation von Tiefbohrungen wurde begonnen. Die Einrichtung eines wasserwirtschaftlichen Datenbanksystems wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.

Die Schwerpunkte der Arbeiten am Wiener Umweltinformatonssystem (WUIS) umfaßten im Berichtsjahr die Datenbereitstellung von neuen und aktualisierten Daten der Abteilung sowie die Einrichtung und Installation der Applikationen des WUIS für die Abteilung als Beta-User.

Die Arbeiten an der Wasserrechtsdatenbank wurden fortgesetzt. Die Schwerpunkte der Arbeiten im Berichtsjahr umfaßten die Anpassung der Applikationen an neue Erfordernisse, die Adaptierung an neue Software (ARC View 3.0), die Erweiterung des Benützerkreises in der Abteilung durch neue Hardware, die systematische Überprüfung von Datenbankinhalten, die Bearbeitung des abteilungsinternen Wasserrechtsarchives sowie die Vorbereitung der Daten auf eine Implementierung in das Pilotprojekt WWDBS (digitales Wasserbuch). Insgesamt wurden rund 300 Wasserrechte bearbeitet.

Im Rahmen des Wasserwirtschaftlichen Projektinformationssystems wurde die Datenerfassung und Evidenz fortgesetzt. Das Projekt EIK - Immisionskataster für die Fließgewässer Wiens wurde magistratsintern präsentiert und wird evident gehalten.

Die im Jahre 1995 begonnenen Arbeiten im Zusammenhang mit der Immissionsnorm für die Liesing konnten 1997 abgeschlossen werden.

Darüber hinaus erfolgte die Mitwirkung in wasserwirtschaftlich relevanten Arbeitsgremien in nationalen und internationalen Angelegenheiten.

So wurden für die international zusammengesetzte Gruppe „Arge Donauländer - Arbeitsgruppe Geographische Informationssysteme“ entsprechende Unterlagen zur Erstellung einer Gesamtkarte für den Donauraum zusammengestellt und im Rahmen der Arbeitsgruppe „Gewässerschutz“ umfangreiche Erhebungen und Informationsgespräche betreffend die laufenden Gewässerschutzprogramme durchgeführt. Im Mai wurde die 5. Sitzung in diesem Zusammenhang in Zagreb abgehalten.

Der Arbeitsumfang betreffend EU-Angelegenheiten hat sich weiter vergrößert. Schwerpunkte bildeten

- die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht,
- die Bereitstellung von Daten im Rahmen des EU-Berichtswesens,
- die Begutachtung neuer Richtlinienentwürfe der EU, vor allem der Wasserrahmenrichtlinie und
- der Stellungnahme zu Fragen der Europapolitik, Bereich Wasser.

Die Gewässerschutzrichtlinien „Wasserrahmenrichtlinie“, „Trinkwasserrichtlinie“, „Kommunale Abwässer“ und „Badegewässer“ wurden bearbeitet.

Die Gruppe „Wasserwirtschaftliche Planung“ wirkte im Zusammenhang mit dem Förderungswesen im Interreg-Beirat und EU-Förderungen-Koordinierungsausschuß mit. Weiters wurde das Projekt „Wasserwirtschaftliches Informationssystem für den Donauraum“ weiterentwickelt und der Antrag zur Erstellung einer Studie für ein Grundsatzkonzept eingereicht. Beim Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband wurde der Arbeitsausschuß „Wasserwirtschaftliche Förderungen in der EU“ initiiert und dessen Leitung übernommen.

Im Rahmen von Veranstaltungen und Beratungen anderer internationaler Arbeitsprogramme wurden Informationsgespräche zum Aktionsprogramm der Donauschutz-Konvention (Danube River Protection Convention) und dem Umweltprogramm Donaubecken (Danube River Basin Environmental Programm) sowie hinsichtlich des Entwurfes einer Donaucharta geführt.

Darüber hinaus hat die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung an Ideen für die Verstärkung einer Exportoffensive Wiens im Bereich Wasserwirtschaft mitgearbeitet.

## Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in die Stabstelle und sechs Gruppen, von denen fünf in Referate unterteilt sind. Zur Stabstelle gehört die Informationsstelle, die auch die Dienstaufsicht über die Verkehrspermanenzstelle hat. Als Zentralstelle der Abteilung ist sie für die Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes und sonstiger Terminakte zuständig. Dabei sind besonders zwei Aufgaben wahrzunehmen, und zwar die zentrale und somit koordinierte Redaktion von Vorlageberichten bei gleichzeitiger Terminüberwachung sowie die Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen und deren allfällige Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter. 1997 hatte die Informationsstelle 1.570 Akten zu bearbeiten, wobei entweder auf Grund von Ergebnissen der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder auf Grund von Erhebungen Berichte ausgearbeitet und den jeweiligen Dienststellen, aber auch Privatpersonen, übermittelt wurden.

Weiters wurden aus 220 Bezirksjournalen, aus der Rathauskorrespondenz sowie aus rund 1.960 Tageszeitungen

und anderen periodischen Druckwerken etwa 180 Artikel, die mit dem Aufgabengebiet der Abteilung im Zusammenhang standen, entnommen und auf einem öffentlichen Aushang den Abteilungsangehörigen zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die erforderlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außerdem wurden verkehrstechnische Anfragen aus Bevölkerungskreisen mündlich oder schriftlich beantwortet.

Gutachten bzw. Stellungnahmen in Verwaltungsstrafverfahren wurden 1997 in 1.433 Fällen abgegeben.

Die Verkehrspermanenzstelle ist mit jeweils 3 Bediensteten der Gruppe 2 - Straßenverkehrsbehörde - besetzt, und zwar Montag - Freitag von 7.00 - 18.00 Uhr im Amtsgebäude in 12, Niederhofstraße 23. Dort werden Anträge, welche Aufgrabungen im Straßenbereich betreffen, erledigt, soweit dies aus Termingründen erforderlich und im kurzen Weg möglich ist. Diese Arbeiten werden innerhalb eines Tages behandelt und sind als besondere Serviceleistung anzusehen. Weiters erteilte man in 2.973 Fällen Bewilligungen für Ladetätigkeiten bei Übersiedlungen, Ölabschlauchungen und ähnlichem. Die Permanenzstelle nimmt auch Meldungen über Gebrechen im Straßenbereich entgegen und veranlaßt gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen. Weiters werden Termine die Baubeginn oder Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße betreffen, Meldungen über vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Gefahrenguttransporten, Meldungen über schwere Verkehrsunfälle sowie über die Beschädigungen von Verkehrsleiteinrichtungen entgegengenommen. Außerdem werden telephonische Auskünfte über den Geschäftsbereich der Abteilung erteilt. In der Verkehrspermanenz wird auch eine Ablage zur Erfassung aller im Raume Wien bewilligten Baustellen, aller von der MA 35-Gebrauchserlaubnisse bewilligten Baustellen und aller von den Dienststellen mittels „Rosa Formular" durchgeführten Bauarbeiten geführt; diese Ablage ist bezirksweise, alphabetisch nach Straßennamen geordnet. Zu den sonstigen Aufgaben gehört auch die Funkverbindung mit dem Referat für Sofortmaßnahmen in der MD-VR.

Zur Gruppe 1 - Verkehrsorganisation und Planung, die sich in drei Referate gliedert, gehört das Referat 1 - Verkehrsorganisation. Es arbeitet unter anderem an der Planung und Realisierung von Verkehrskonzepten für Bezirke oder Bezirksteile unter Berücksichtigung der Verkehrskonzeption für Wien. Weitere Aufgabengebiete sind die Mitwirkung am Stadtentwicklungsplan und bei Bezirksentwicklungsplänen, bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten der MA 18, weiters die Planung und Realisierung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und anderer Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die Mitwirkung bei verkehrstechnischen bzw. verkehrsbehördlichen Problemen in Stadterneuerungsgebieten sowie Stellungnahmen bei vorgesehenen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Außerdem gibt das Referat Gutachten zur Verkehrserschließung von Großbauvorhaben ab, beurteilt die von Ziviltechnikern erarbeiteten Verkehrsgutachten von Garagenneubauten und plant die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs.

Das Referat arbeitet an der Planung der Tiefgaragen Wehlistraße, Argentinierstraße 29, Schwendermarkt, Karmelitermarkt, Praterstern, Schönburgstraße, Am Hundsturm, Matzleinsdorfer Platz, Neubaugasse 47, Schlesingerplatz, Albertplatz und Tivoligasse, ebenso an der generellen Planung des Wiener Garagenprogrammes und der Garagenrichtlinien.

Die Umorganisation des Verkehrs, Erarbeitung von verkehrstechnischen Untersuchungen, Überprüfung der Verkehrssituation, Prüfung von Verkehrsgutachten bzw. Neuordnung des ruhenden Verkehrs, betrafen im

1.Bezirk: Dr.Ignaz-Seipl-Platz - Bäckerstraße, Judenplatz, Salzgries, Walfischgasse - Kärntnerstraße, Schönlaterngasse, Philharmonikerstraße 2 - 4, Mahlerstraße,

2.Bezirk: Schmelzgasse - Große Mohrengasse, Stoffelagasse, Karmeliterviertel, Mexikoplatz, Praterstraße, Obere Augartenstraße, Waldsteingartenstraße, Wehlistraße, Im Werd - Haidgasse - Leopoldsgasse, Praterstern, Novaragasse – Weintraubengasse, Große Sperlgasse, Aspernallee, Tempelgasse, Lampigasse, Gredlerstraße,

3. Bezirk: Dietrichgasse, Untere Viaduktgasse, Zaunergasse,

Weißgerberlände, Fußweg Kelsenstraße, Arenbergpark, Kollergasse, Baumgasse - Schimmelgasse

4. Bezirk: Schelleingasse, Heumühlgasse - Schönbrunner Straße, Große Neugasse, Mittersteig, Grüngasse, Mommsengasse, Schlüsselgasse, Prinz-Eugen-Straße, Wiedner Hauptstraße, Rainergasse, Argentinierstraße 29, Waaggasse - Preßgasse - Schäffergasse,

5. Bezirk: Am Hundsturm, Bräuhausgasse, Mittersteig, Siebenbrunnenfeldgasse, Pilgramgasse, Margaretenplatz, Steggasse, Siebenbrunnenplatz, Kettenbrückengasse, Wiedner Hauptstraße, Embelgasse - Amtshausgasse, Reinprechtsdorfer Straße, Zentagasse - Siebenbrunnengasse, Arbeitergasse - Josef-Schwarz-Gasse, Grohgasse, Kleine Neugasse, Kettenbrücke, Redergasse,

6. Bezirk: Mollardgasse - Magdalenenstraße, Fritz- Grünbaum-Platz, Sandwirtgasse - Turmburggasse, Liniengasse - Millergasse - Bürgerspitalgasse, Kaunitzgasse, Marchettigasse, Gumpendorfer Straße, Windmühlgasse, Lehargasse - Girardigasse

7. Bezirk: Schottenfeldgasse, Kandlgasse - Wimbergergasse, Sigmundsgasse, Andreasgasse, Lindengasse,

8. Bezirk: Lange Gasse, Albertplatz, Laudongasse - Bennogasse, Piaristengasse, Zeltgasse, Lerchengasse, Skodagasse,

9. Bezirk: Garnisongasse - Rotenhausgasse, Spitalgasse - Alser Straße, Spittelau, Nordbergstraße, Rögergasse, Berggasse, Lazarettgasse, Währinger Straße - Wilhelm-Exner-Gasse, Liechtensteinstraße - Hörlgasse,

10. Bezirk: Neilreichgasse, Sonnleithnergasse, Laubepark, Karmarschgasse - Senefeldergasse, Fontanastraße, ehemalige Schmidtstahlwerke, Collmanngasse, Waldgasse, Böhmischer Prater, Buchengasse, Troststraße, Gußriegelstraße - Inzersdorfer Straße , Kaiser-Franz-Josef-Spital, Kundratstraße, Rotenhofgasse, Favoritenstraße - Viktor-Adler-Markt, Oberlaaer Straße - Bahnlände, Herndlgasse, Landgutgasse, Am Grenzacker, Ettenreichgasse - Dieselgasse, Wielandplatz - Wielandgasse, Leibnitzgasse,

11. Bezirk: Lorystraße, Ewaldgasse - Am Kanal, Ailecgasse, Roschegasse, Kimmerlgasse, Simoningplatz, Mailergasse, Geringergasse, Mühlsangergasse, Csokorgasse, Wopenkastraße,

12. Bezirk: Gaudenzdorfer Knoten, Grieshofgasse, Ratschkygasse, Hetzendorfer Straße, Schlöglgasse, Jägerhausgasse, An den Eisteichen, Biedermanngasse, Steinbauergasse, Strohberggasse, Khleslplatz, Rechte Wienzeile - Grünbergstraße, Tivolistraße, Wilhelmstraße, Hervicusgasse, Meidlinger Hauptstraße, Hoffingergasse, Oswaldgasse - Liebenstraße, Längenfeldgasse - Eichenstraße, Wolfganggasse, Aßmayergasse - Karl-Löwe-Gasse, Rosenhügelstraße, Weißenthurngasse, Oehlenschlägergasse, Rollingergasse, Edelsinnstraße, Löhnergasse, Arndtstraße,

13. Bezirk: Jagdschloßgasse, Am Platz, Hermesstraße - Dr.-Schober-Straße, Steckhovengasse, Kennedybrücke, Auhofstraße, Veitingergasse, Speisinger Straße, Hietzinger Hauptstraße, St.-Veit-Gasse, Gewerbepark Auhof, Lainzerbachstraße, Schönbachgasse, Hackinger Kai - Ruspeckgasse, Wolkersbergenstraße,

14. Bezirk: Mitisgasse, Ameisbachzeile, Steinböckengasse, Penzinger Straße, EKZ Shopping Center-Auhof, Waidhausenstraße, Hüttelbergstraße - Freyenthurmgasse, Goldschlagstraße, Rosentalgasse,

15. Bezirk: Stiegergasse, Stutterheimgasse, Vogelweidplatz, Fuchsgasse, Märzstraße, Benedikt-Schellinger-Gasse, Ullmannstraße, Sechshauser Straße, Schweglerstraße, Leydoltgasse, Sorbaitgasse - Geyschlägergasse, Wurzbachgasse, Hütteldorfer Straße, Sperrgasse, Gebrüder-Lang-Gasse, Kürnbergergasse,

16. Bezirk: Yppenplatz, Oberwiedenstraße, Steinmüllergasse, Montleartstraße, Koppstraße, Pschorngasse, Klausgasse, Gallitzinstraße, Gerunggasse, Brüßlgasse, Kendlerstraße, Wilhelminenspital,

17. Bezirk: Hans-Leinkauf-Platz, Hernalser Hauptstraße - Güpferlingstraße, Heigerleinstraße, Haslingergasse, Rosensteingasse, Andergasse, Rötzergasse - Pezzlgasse - Gschwandnergasse, Czartoryskigasse - Schafberg, Carl-Reichert-Gasse - Werfelstraße, Lacknergasse, Dornbacher Straße, Leopold- Kunschak-Platz,

18. Bezirk: Antonigasse, Pötzleinsdorfer Straße, Gentzgasse - Simonygasse, Hainzingergasse, Schumanngasse, Hockegasse, Bischof-Faber-Platz, Gersthofer Platzl, Buchleitengasse, Türkenschanzstraße - Hasenauerstraße,

19. Bezirk: Freihofgasse, Agnesgasse - Krottenbachgasse, Döblinger Gürtel, Sandgasse - Langackergasse, Ortskern Grinzing, Philippovichgasse, Hardtgasse, Nußdorfer Platz, Mooslackengasse, Wilhelm-Busch-Gasse, Silbergasse, Probusgasse, Gatterburggasse, Peter-Jordan-Straße, Dennweg,

20. Bezirk: Treustraße 94, Mortaraplatz, Nordwestbahnstraße, Wehlistraße, Friedrich-Engels-Platz, Universumstraße,

21. Bezirk: Lavantgasse, Ferdinand-Kääs-Gasse, Luckenschwemmgasse, Eyblweg, Leopoldauer Platz, Oswald-Redlich-Straße, Grenzweg, Stammersdorfer Straße, Franz-Jonas-Platz, Peitlgasse, Schuchardtgasse, Dahliengasse, Strebersdorfer Straße, Kugelfanggasse, Schlossergasse, Kefergrund, Schenkendorfgasse, Gerasdorfer Straße, Carminweg, Satzingerweg, Freiheitsplatz - Jedlersdorfer Straße, Sildgasse, Dammäckergasse - Sandtnergasse, Nordrandsiedlung, Mühlschüttelgasse

22. Bezirk: Gartenheimstraße, Violaweg, Markgraf-Gerold-Gasse, Rittersporngasse, Kapellenweg - Wulzendorfstraße, Reinholdgasse, östlich Josef-Baumann-Gasse, Eibengasse, Mayredergasse - Pfalzgasse, Kermaunerweg, Arbeiterstrandbadstraße, Tamariskengasse, Europan, Verkehrsorganisation Eßling, Simonsgasse, An der oberen Alten Donau, Steinspornweg, Johann-Kutschera-Gasse, Lenkgasse, Steigenteschgasse - Mergenthalerplatz, Auernheimergasse, Polgarstraße, KG Aspern, Wiethestraße, Schüttaustraße, Wehrbrücklstraße, Schafflerhofstraße,

23. Bezirk: Hoferstiege, Baslergasse - Akaziengasse, Rosiwalgasse, Draschestraße, Osram Gründe, Anton-Krieger-Gasse, Karl-Heinz-Straße, Auer-Welsbach-Straße, Hochwassergasse - Laxenburger Straße, Zemlinskygasse, Maurer Lange-Gasse - Rodauner Straße, Kugelmanngasse, Gregorygasse - Mühlbreiten, Altmannsdorfer Straße, Brändströmgasse, Friedensstraße, Promenadeweg - Mackgasse, Mehlführergasse, Talpagasse, Perfektastraße, Kinskygasse, Atzgersdorfer Straße, Premgasse - Futterknechtgasse, Porschestraße, Anton-Freunschlag-Gasse.

39 Tempo 30-Anträge wurden für ganz Wien bearbeitet, davon wurden 28 Bereiche noch im Jahre 1997 kundgemacht. Weiters ist zu nennen die Mitarbeit in sämtlichen Gebietsbetreuungen der Stadt Wien, Abhaltung bzw. Teilnahme an Bürgerversammlungen, Teilnahme an Amtsbesprechungen der MA 18, MA 19, MA 21, MA 28 sowie anderer Dienststellen der Stadt Wien.

Innerhalb des Referates 1 wurden 177 Beantwortungen sowohl an Bezirksvorstehungen, amtsführende Stadträte, MD- Präsidialbüro als auch an Einzelpersonen in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle der MA 46 erstellt. Weiters wirkt das Referat Verkehrsorganisation bei Expertenverfahren und Stadterweiterungen bei verschiedenen Bezirksentwicklungsplänen, bei Fragen von Park-and-Ride-Anlagen mit.

Das Referat 2 - Verkehrstechnik und Projektierung - befaßt sich mit der generellen Projektierung und Festlegung von deren Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) sowie mit der Überprüfung von deren Notwendigkeit. So wurden z.B. VLSA an den Kreuzungen 11, Kaiserebersdorferstraße - Geringergasse, 18, Schulgasse - Martinstraße,

20, B 14 Handelskai - Donaueschingenstraße und 23, B 12 Breitenfurter Straße - Industriestraße festgelegt und auch bereits realisiert. In der Wiedner Hauptstraße vor der Maierhofgasse wurde zur Freihaltung des Haltestellenbereiches eine Zeitinsel festgelegt und auch bereits realisiert. 1997 wurden auch weitere Überprüfungen auf möglichen Gelbblinkbetrieb von VLSA auf Grund diverser Anträge durchgeführt; unabhängig von Einzelanträgen wurden in einem Großprojekt alle bestehenden VLSA auf möglichen Gelbblinkbetrieb überprüft. In rund 40 Verhandlungen wurden die Örtlichkeiten einem behördlichen Verfahren unterzogen, wobei auch Aufhebungen eines bestehenden Blinkbetriebes aus Verkehrssicherheitsgründen notwendig waren.

Es wurden rund 650 Projekte des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues begutachtet (Maurer Hauptplatz, Eibesbrunnergasse, B 10 Handelskai u.v.m.) und entsprechende Änderungen zur Verbesserung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs angeregt sowie an den entsprechenden Verhandlungen anderer Dienststellen teilgenommen. Im Rahmen einiger Projekte war auch die Teilnahme an Bürgerbeteiligungsverfahren notwendig. Die zahlreichen Projekte der Stadterweiterung (z.B. Floridsdorf Ost, Laaer Berg usw.) wurden betreut; es erfolgte auch die Teilnahme an Expertenverfahren (z.B. Wienerberg).

Einen wesentlichen Arbeitsaufwand erfordern weiters die Großprojekte, die etwa von der MA 18, MA 21 und der Hochleistungs AG betrieben werden. Hier sind unter anderem der Lainzer Tunnel und Projekte der B 12b Altmannsdorfer Anger, B 301 Südrandstraße, B 229 und Umfahrung Breitenlee, B 3, anhängig.

Umfangreiche Aktivitäten wurden auch durch das Projekt der Donau-City erforderlich. Im Zusammenhang mit den Nutzungen auf der Platte über der A 22 Donauuferautobahn mußten die verschiedenen Projekte (Wohn-, Schul-, und Bürobau) begutachtet werden.

Weiters werden Park- and Ride-Projekte (z.B. Liesing und Hütteldorf) sowie verschiedene Garagenprojekte auf ihre Folgen für den Verkehr überprüft. Bei Projekten für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen A (Autobahnen) wurden die Projekte für die Verbreiterung der A 23 Südosttangente Wien, der Beschränkungen für LKW über 7,5 t auf der A 22 Donauuferautobahn, dem vierten Fahrstreifen auf der A 2 Süd-Autobahn sowie für die Änderung der Brigittenauer Brücke auf eine Autostraße erstellt. Diese Projekte stellen die Grundlagen für die Ermittlungsverfahren und die Einreichung zur Genehmigung und Verordnung bei dem zuständigen Bundesministerium dar. Bei U-Bahnprojekten wurden bei der generellen Planung der U6-Nord, U 1 - Süd und Nord Stellungnahmen und Änderungsvorschläge ausgearbeitet, bei der Erstellung des öffentlichen Verkehrs-Sekundärnetzes mitgearbeitet sowie bei den U-Bahnprojekten, folgenden Straßendetailprojekten für U3 - Ottakring die notwendigen Verkehrsmaßnahmen festgelegt. Weiters wurden verkehrstechnische und verkehrsorganisatorische Überprüfungen diverser Bevorrangungsprojekte der Wiener Linien durchgeführt.

Das Referat 3 - Radverkehrsanlagen - konnte 1997 die Radfahrinfrastruktur um 65,69 km erweitern. Ende 1997 stehen daher 655,15 km Radwege zur Verfügung. Auch die Fahrradabstellanlagen konnten um 90 auf derzeit 1.305 Örtlichkeiten erweitert werden. Vom Projektkoordinator wurden Koordinations- und Planungsgespräche mit Abteilungen des Magistrates sowie mit dem Umland Wiens zur Herstellung von regionalen und überregionalen Radwegrouten geführt.

Die Gruppe 2 - Straßenverkehrsbehörde - ist in 6 Referate unterteilt und mit folgenden Aufgaben befaßt:

Der erste Aufgabenbereich umfaßt die Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie die periodische Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen. 1997 wurden in diesem Zusammenhang 4.400 Anträge behandelt. Diese kamen in der Regel von Bezirksvorstehungen, der Magistratsdirektion, dem Bürgerservice, der Bundespolizeidirektion Wien - Verkehrsamt, den Wiener - Linien, der Wirtschaftskammer Wien und Privatpersonen. Weiters wurden Verkehrsmaßnahmen nach Fertigstellung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues festgelegt, aber auch auf der Grundlage von Untersuchungen der Gruppe für Verkehrssicherheit Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallsschwerpunkten geführt.

Der zweite Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß § 90 StVO und der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen. Im Jahr 1997 waren dies 12.640 Fälle. Die Antragsteller sind vor allem die Magistratsabteilungen 28, 29, 30, 31, 33 und 42, Wien Strom, Wien Gas, die Wiener Linien, das Fernmeldebauamt Wien, die ÖBB, die Fernwärme Wien Ges.m.b.H., Telekabel und auch Private. Im folgenden sind einige der wichtigsten Bauarbeiten des Jahres 1997 angeführt:

Im 1. Bezirk wurde der Parkring saniert, ebenso die Salztorbrücke. Im 2. Bezirk wurde im Zuge der SO-Tangente die Praterbrücke gehoben und die Prater Hochstraße saniert sowie verbreitert. Die Arbeiten begannen 1997 und werden 2000 abgeschlossen sein. Im 3. Bezirk wurde die A4-Ostautobahn in Fahrtrichtung Schwechat zwischen Anschlußstelle Prater und Anschlußstelle Simmeringer Haide saniert. Mit den Arbeiten am U-Bahnbauabschnitt Erdberg wurde begonnen, wobei im gesamten Jahr 1997 die Sperre anhielt. Im 6. Bezirk wurde im Bereich Linke Wienzeile - Gumpendorfer Gürtel die U4-Eindeckung saniert und anschließend Gleisbauarbeiten durchgeführt. Im 8. Bezirk wurden Gleisbauarbeiten in der Josefstädter Straße, im 9. Bezirk Gleisbau- und Straßenbauarbeiten in der Spitalgasse vorgenommen. Im 10. Bezirk wurde auf der A 23 SO-Tangente mit der Sanierung des Laaerbergtunnels im Herbst 1997 begonnen. Im 11. Bezirk wurden diverse Arbeiten im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau im Laufe des ganzen Jahres 1997 durchgeführt. Im 12. Bezirk wurde die Eibesbrunnergasse neu angelegt. Im 13. Bezirk wurden Kanalbauarbeiten sowie diverse Einbautenumlegungen vorgenommen und der Bereich Hietzinger Hauptstraße

und Maxingstraße umgebaut. Im 16. Bezirk wurden in der Koppstraße von Gürtel bis Kirchstetterngasse und Joachimsthaler Platz Gleisbau- und Straßenbauarbeiten durchgeführt. Im 17. Bezirk erfolgten Gleisbauarbeiten am Elterleinplatz, im 19. Bezirk in der Döblinger Hauptstraße von Gürtel bis Billrothstraße Gasrohrlegungen und Gleisbauarbeiten. Im 21. Bezirk wurden in der Angerer Straße Straßenbau- und Wasserrohrlegungsarbeiten, im 22. Bezirk Kanalbauarbeiten in der Süßenbrunner Hauptstraße durchgeführt. Im 23. Bezirk wurde auf der A2 Südautobahn der 4. Fahrstreifen in Fahrtrichtung Wien gemeinsam mit Niederösterreich hergestellt. Baubeginn war am 12. Mai 1997, Verkehrsfreigabe am 10. Oktober 1997.

Das Referat - Parkraumbewirtschaftung - wurde am 1. März 1993 eingerichtet, und zwar auf Grund der Verordnung vom 16. Februar 1993 über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe des Wiener Landtages, deren Wirkung mit 1. Juli 1993 festgelegt wurde. Mit der Verordnung vom 3. Juli 1995 über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe des Wiener Landtages wurde die flächendeckende Kurzparkzone auf die Wiener Gemeindebezirke 6 bis 9 erweitert und mit Wirkung vom 1. August 1995 festgelegt, am 2. Juni 1997 trat die Verordnung für die Bezirke 4 und 5 in Kraft. Im Jahr 1997 wurden 7.664 Anträge bearbeitet.

Für die Arbeiten der 5 Referate der Gruppe 3 - Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen wurden die für die Vergabe von Leistungen erforderlichen Maßnahmen, u.a. die Aufstellung und Ausführung von Voranschlägen, Ausschreibung und Einholung von Angeboten, Bauüberwachung, Kollaudierung und Rechnungsprüfung durchgeführt.

Das Referat 1 - Detailprojekt und Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) - überprüfte 1997 auf Grund von Anträgen und Beobachtungen 286 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und hat für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte erstellt. Davon waren für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs 47 Projekte.

An 15 Örtlichkeiten wurden neue, teils koordinierte VLSA unter Berücksichtigung der Wünsche des öffentlichen Verkehrs errichtet. Davon war an einer Örtlichkeit eine sogenannte „Rot-Gelb"-VLSA zur Regelung und Sicherung von Gleisüberfahrten. Erstmals in Österreich wurde eine „Zeitinsel" zur Sicherung einer Straßenbahnhaltestelle eingerichtet. Dabei wird den Fahrgästen durch das Anhalten des zur Straßenbahn parallelen Fahrzeugverkehrs mittels Signalen ein sicheres Ein- und Aussteigen ermöglicht. Im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wurden 11, teilweise komplizierte VLSA projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und gegebenenfalls den geänderten Umleitungsverhältnissen angepaßt. Ferner nahm das Referat 274 definitive bzw. provisorische Umbauten und Anpassungen an VLSA vor. Weiters wurde an den Grundlagen für die dezentrale Ausschreibung und Angebotsprüfung mit Hilfe der EDV weitergearbeitet und mit von vorhandenen und laufend selbst ergänzten EDV-Programmen erstellte man die erforderlichen Projektunterlagen. Für die zentrale Verkehrsregelung wurden 16 Kabellegungen und Verteilerausbauten durchgeführt und 28 VLSA an die Wiener Verkehrsleitzentrale angeschlossen. Dabei wurde erstmals in Wien ein Anschluß mit Mobiltelefon und ein Anschluß mit Funktechnologie an Stelle der üblichen Kabelverbindung hergestellt. Für Erdarbeiten im Zuge von VLSA-Baumaßnahmen wurden 54 Aufträge vergeben.

Im Zuge des Ausbaues der zentralen Verkehrsüberwachung mit Verkehrsfernseheinrichtungen wurden drei Kamerastandorte in Betrieb genommen. Für die Organisation des ruhenden Verkehrs wurde für das dynamische Parkleitsystem für die Park & Ride-Standorte 3, Erdberg, 22, Copa Cagrana und 23, Siebenhirten die öffentliche Ausschreibung durchgeführt und mit den Errichtungsarbeiten begonnen. In 15, Hütteldorfer Straße, wurden in zwei Abschnitten Verkehrssteuerungsanlagen mit Fahrstreifensignalen (Kreuz/Pfeil-Signale) zur Straßenbahnfreihaltung in den Spitzenzeiten installiert. Erstmalig wurden für die Signalisierung des Fahrzeugverkehrs an 3 Örtlichkeiten neue Signalgeber in LED-Technologie an Stelle von Glühlampen eingesetzt. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen der Fahrbahn der Ostautobahn A 4 im Abschnitt A 23 bis Simmeringer Haide wurde eine automatische Höhenkontrolle mit Lasermeßeinrichtung installiert.

Das Referat 2 - Betrieb und Erhaltung von VLSA und der Verkehrsleitzentrale beantwortete 469 gerichtliche Anfragen, stellte Planunterlagen zu Verkehrsunfällen im Bereich von VLSA bei und beantwortete 31 Anfragen in Verwaltungsstrafverfahren. Weiters wurden an den 1.037 in Betrieb befindlichen VLSA (einschließlich 9 Fremdanlagen wie etwa Feuerwehrausfahrten) 18 Geschwindigkeitswarnanlagen und 81 Blinkanlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt, 691 Schäden instand gesetzt sowie der Betrieb ständig überprüft. Durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte wurde die Betriebs- und Verkehrssicherheit erhöht. In diesem Zusammenhang wartete man turnusmäßig zweimal die Schaltgeräte, reinigte die Signalgeber, führte den Lampentausch durch, wofür etwa 102.100 Glühlampen einschließlich dem Verbrauch für Ausfälle erforderlich waren. Weiters wurden 4 VLSA-Steuergeräte, deren Zustand dem technischen Standard nicht mehr entspricht, getauscht. Etwa 800 Störungen mußten behoben und eine abschließende Prüfung der Anlagen durchgeführt werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an 45 Fernsehbeobachtungsstellen und den Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale, aber auch die Überprüfung von Lampenausfällen im Hinblick auf eine Qualitätskontrolle. 1997 wurden drei Gewitterschäden an diversen Einrichtungen behoben.

Das Referat 3 - Verkehrsleiteinrichtungen - ist für Straßenverkehrszeichen und Wegweiser zuständig. Insgesamt wurden Ende 1997 107.241 Verkehrszeichen in Email- oder Scotchliteausführung (rückstrahlend), 2.072 beleuchtete VZ und 599 Verkehrsleuchtsäulen verwaltet. Davon wurden 3.609 VZ auf 2.010 Eisenständern neu aufge-

stellt. Im Zusammenhang mit dem Wegweisungskonzept für Wien wurden 43 Wegweiser aufgestellt. Im Zuge von Erhaltungsarbeiten bzw. der Änderung bestehender Verkehrsmaßnahmen wurden 13.186 VZ, 7.951 Zusatztafeln, 6.610 Eisensteher und 176 Kettensteher erneuert. Im Zusammenhang mit der Erprobung von überfahrbaren Inselabsicherungen wurden 6 Sicherheitssäulen mit Bodenlicht und 46 unbeleuchtete Sicherheitssäulen aufgestellt. Bei Verkehrsmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Friedhofsverkehr zu Allerheiligen wurden 256 transportable VZ aufgestellt. Erwähnenswert ist noch die Mitwirkung im Ausschuß - Arbeitsgruppe „Verkehrszeichen" des österreichischen Normeninstitutes.

Das Referat 4 - Bodenmarkierungen - brachte auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, rund 161.000 m Strichmarkierungen (Leit-, Sperr-, Randlinien) sowie rund 22.400 m2 Flächenmarkierungen (Schutzwege, Sperrflächen) auf. Von den Strichmarkierungen waren etwa 43.500 m, von den Flächenmarkierungen rund 5.500 m2 Kurzzeitmarkierungen. Auf den Bundesstraßen B waren es rund 46.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 25.000 m Kurzzeitmarkierungen) sowie rund 4.350 m2 Flächenmarkierungen (darunter rund 1.600 m2 Kurzzeitmarkierungen); auf Autobahnen rund 56.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 29.500 m Kurzzeitmarkierungen) und rund 850 m2 Flächenmarkierungen (darunter rund 400 m2 Kurzzeitmarkierungen). Außerdem bearbeitete das Referat 306 Verwaltungs- und 369 Gerichtsakte, davon 134 Anfragen im Zusammenhang mit der Parkraumüberwachung. Weiters wurden die Straßenzüge der B 12, B 13, B 13a, B 14, B 16, B 17, B 223, B 225 sowie Teile der B 1, B 227 im Rahmen von Erhaltungsverträgen erneuert bzw. nachmarkiert.

Das Referat 5 - Budget - ist für die Führung der Sach- und Referatskredite und deren Abrechnung zuständig und führt für die Referate 1, 3 und 4 die Kontrolle und Abrechnungen der Leistungen für Fremdabteilungen durch. Im Detail betrugen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel (einschließlich der Budgetanteile der Bezirke) 343,828.000 S, von auf den Betrieb und die Erhaltung von Verkehrseinrichtungen 88,221.000 S, auf Strom 20,763.000 S, auf die Errichtung von Verkehrseinrichtungen auf Gemeindestraßen 86,744.000 S, auf die Refundierungen der Stadt Wien an den Bund und diverse andere Budgetposten 34,258.000 S, auf die Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen B + S 60,798.000 S, auf provisorische Maßnahmen auf Bundesstraßen B + S 722.000 S, auf die Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen A 11,417.000 S, auf provisorische Maßnahmen auf Bundesstraßen A 1,951.000 S, auf Refundierungen des Bundes an die Stadt Wien 25,524.000 S und 13,430.000 S auf definitive und provisorische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau entfielen.

Die Gruppe 4 - Sondertransporte, die aus zwei Referaten besteht, ist gleichzeitig die Geschäftsstelle für die Lenkerprüfung beim Amt der Wiener Landesregierung; sie erstellt außerdem Verkehrsgutachten in Bau-, Gewerbe-, Kraftfahr-, Luftfahrt- und straßenpolizeilichen Angelegenheiten.

Vom Referat 1 - Sondertransporte - wurden 3.451 Routengenehmigungen für übergroße und überschwere Fahrzeuge und Transporte nach § 40 (3) und (4), § 45 (5), § 82 (5), § 101 (5) und § 104 (9) des Kraftfahrgesetzes erteilt.

Die eingeschränkte Zulassung von überschweren Arbeitsmaschinen und die Genehmigung von Sondertransporten mit erheblichen Gewichts- und Abmessungsüberschreitungen (Gesamtgewichte von 240 t, Transportlängen von 50,5 m, Transportbreiten von 7,2 m und Transporthöhen von 7,0 m) erforderten Routenerhebungen über die fahrtechnische Eignung sowie Ermittlungen über die Tragfähigkeit von Brücken und Straßendecken einschließlich der Einbauten.

Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die mitunter sehr zeitraubende Einholung und Koordinierung der Stellungnahmen der betroffenen Bundesländer erforderlich. Für bestimmte Fälle waren auch begleitende Maßnahmen auf der Ebene der Straßenverkehrsordnung, wie z.B. Verordnungen von Halteverbotszonen, die den Zweck haben, schmale Straßen und enge Kurven vom ruhenden Verkehr freizuhalten, und Ausnahmen von Mindestgeschwindigkeiten notwendig.

Das Referat 2 - Behindertenangelegenheiten, Drehgenehmigungen, Gutachtertätigkeit erteilte 1.402 Genehmigungen. Außerdem stellte das Referat für Kinder zwischen dem 10. und 12. Lebensjahr 1.058 Erlaubnisse zum Radfahren aus. Das Referat behandelte weiters 30 Fälle von sportlichen Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen. Für die Ermächtigung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn wurden 98 Ermittlungsverfahren durchgeführt.

Ansuchen um die Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29b Abs.4 StVO 1960 wurden im Jahre 1997 706 gestellt. Dabei wurden rund 105 Beobachtungsfahrten mit schwerbehinderten Personen durchgeführt, da nach Meinung der zuständigen Rechtsabteilung durch die Eintragung des Kennzeichens ihres Autos im § 29 b-Ausweis stillschweigend dessen Eignung als Ausgleichsfahrzeug anerkannt wird. Mit der 19. Novelle zur StVO 1960 wurde ein bundesweit geltendes Nachtfahrverbot in Ergänzung zum Wochenend- und Feiertagsfahrverbot für nicht lärmarme Lastkraftwagen über 7,5 t festgelegt (§ 42 StVO).

Es wurden Anträge auf Ausnahme vom Nachtfahrverbot (233 Anträge) und vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot (792 Anträge) bearbeitet. Ferner wurden etwa 255 Fahrzeuge der Wiener Fahrschulen überprüft und Gutachten erstellt, ob diese für die praktische Ausbildung geeignet sind. Während des Parteienverkehrs werden Projektanten und Private in Bau- und Gewerbeangelegenheiten verkehrstechnisch beraten und Projekte vidiert. In 77 Fällen wurde der luftfahrttechnische Amtssachverständige tätig.

Die Gruppe 5 - Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte

ist zuständig für Sachverständigen- und Behördentätigkeit auf dem Gebiet Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte. Im eisenbahnrechtlichen Verfahren für die Genehmigung von Fahrbetriebsmitteln der Straßenbahn im Einzelfall werden die Sachverständigen der Gruppe 5 zur fahrzeugtechnischen Gutachtenserstellung herangezogen.

Das Referat 1 - Fahrzeuggenehmigungen, Landesfahrzeugprüfstelle hat 1997 insgesamt 5.484 Anträge um Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern behandelt. Diese Genehmigungen umfassen in erster Linie Einzelgenehmigungen gemäß § 31 KFG 1967 und Ausnahmegenehmigungen für Übersiedlungsfahrzeuge und für historische Kraftfahrzeuge gemäß § 34 KFG 1967, aber auch Bewilligungen für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger gemäß § 104 Abs. 7 KFG 1967 und die Ausstellung von „10 km/h"-Bescheinigungen für einzelne Fahrzeuge und Fahrzeugtypen gemäß § 96 KFG 1967. Darüber hinaus wurden 3.841 Anzeigen betreffend Änderungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern gemäß § 33 KFG 1967 bearbeitet. Die für diese Verfahren erforderlichen kraftfahrtechnischen Gutachten wurden durch die vom Landeshauptmann von Wien bestellten Sachverständigen gemäß § 125 KFG 1967 erstellt.

Das Referat 2 - Ermächtigung und Revision von Werkstätten und Gefahrguttransporte hat 1997 auf dem Gebiet der Ermächtigung von Werkstätten und Vereinen zur Durchführung wiederkehrender Überprüfungen bzw. wiederkehrender Begutachtungen gemäß §§ 55, 57 und 57 a KFG 1967 und der Ermächtigung zur Prüfung von Fahrtschreiberanlagen und Geschwindigkeitsbegrenzern gemäß §§ 24 und 24 a KFG 1967 insgesamt 1.203 Geschäftsfälle behandelt. Auf dem Gebiet des Transportes gefährlicher Güter wurden insgesamt 272 Geschäftsfälle behandelt. Darunter fallen u.a. Genehmigungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Tanks zur Beförderung gefährlicher Güter sowie die hierfür erforderlichen Sachverständigengutachten, Ausnahmebewilligungen gemäß § 25 GGSt, Überwachung des Transportes gefährlicher Güter im Sinne des § 26 GGSt, Erteilung der Ermächtigung zur Lenkerausbildung gemäß § 40 GGSt und die Überwachung der Lehrtätigkeit der ermächtigten Ausbildungsstätten.

Im Zuge von bau- und gewerberechtlichen Verfahren wurden 66 verkehrstechnische Gutachten erstellt. Nach dem Güterbeförderungsgesetz wurden 15 sogenannte COP-Dokumente als Grundlage zur Berechnung der ÖKO-Punkte im Transitverkehr ausgestellt. Im Rahmen der von der MA 48 durchgeführten Fahrzeugskartierungen wurden in 38 Verhandlungen Gutachten über den Fahrzeugzustand und die Verwertbarkeit von Fahrzeugen erstellt.

Im Zusammenarbeit mit der Wiener Polizei wurden gemäß § 58 KFG 1967 Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern an Ort und Stelle durchgeführt. Im Jahre 1997 wurden dabei 420 in- und ausländische Fahrzeuge überprüft. Bei 167 Fahrzeugen wurde von den kraftfahrtechnischen Sachverständigen Gefahr in Verzug festgestellt und somit die Kennzeichen entzogen.

In Verwaltungsstrafverfahren wurden von der Landesfahrzeugprüfstelle über Anforderung der Unabhängigen Verwaltungssenate Wien und der MA 65 in 214 Fällen zum Teil aufwendige verkehrstechnische Gutachten erstellt. Zumeist wurden in Berufungsverfahren betreffend Fahrerflucht gemäß § 4 Abs. 5 StVO 1.960 Fahrzeuge nach Verkehrsunfällen begutachtet, um Aussagen darüber treffen zu können, ob Verkehrsunfälle für den Verursacher wahrnehmbar waren. Es erfolgten aber unter anderem auch gutächtliche Stellungnahmen zu der Frage, ob abgeschleppte Fahrzeuge verkehrsbeeinträchtigend auf öffentlichen Verkehrsflächen im Sinne des § 89 a StVO 1960 abgestellt waren. Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, Verwaltungsbereich öffentliche Wirtschaft und Verkehr wurden zwei Sachverständige gemäß § 124 KFG 1967 über Anforderung für Aufgaben der Typenprüfung von Kraftfahrzeugen und Anhängern zur Verfügung gestellt.

Gruppe 6 - Verkehrssicherheit und Statistik

Seit Einführung des Wiener Verkehrssicherheitscomputers (1983) und seit Einrichtung des Wiener Unfall-Analyse-Systems UAS (1993) konnte im letzten Jahr die beste Unfallsbilanz bezüglich Personenschadenunfälle in Wien erreicht werden, die jemals verzeichnet wurde.

Es wurde somit im Jahre 1997 der Tiefstand der Unfälle der Jahre 1995 und 1996 weiter unterboten. 1997 haben sich daher um 2.856 Personenschadenunfälle weniger als 1983 ereignet, die Unfallzahl mit 4.886 Personenschadenunfällen ist die niedrigste Zahl von Verkehrsunfällen, die Wien jemals verzeichnet hat (der Rückgang 1983/1997 beträgt daher minus 37 %).

Im letzten Jahr wurde aber auch die geringe Verletztenzahl des Jahres 1996 weiter unterboten, so daß nur mehr 6.295 Verletzte (einschließlich Tote) registriert werden mußten. Der Rückgang von 1983 bis 1996 beträgt genau 4.008 Verletzte (minus 39 %).

Die Zahl der Toten im Jahre 1997 liegt zwar um 19 Tote höher als der Vorjahreswert, ist aber mit 57 Toten etwa gleich hoch wie der Wert des Jahres 1995. Die Zunahme der Zahl der Toten ist vor allem auf die Steigerung von Abkommensunfällen (+13) bzw. Fußgängerunfällen (+7) zurückzuführen.

Der Rückgang der Zahl an Toten von 1983 bis 1997 beträgt insgesamt 112 Tote, es konnte die Zahl an Toten von 169 auf 57 Tote, also um 66 Prozent gesenkt werden. Wien ist daher das einzige Bundesland, das nicht dem allgemeinen negativen Trend der Unfallentwicklung Österreichs folgt.

Wissenschaftliche Grundlagen der Wiener Unfallforschung
Weiterführung des Erfolges durch neue wissenschaftliche Initiativen:
- Örtliche EDV-gerechte Unfallforschung und Unfalltypenforschung zur Sanierung von Unfallhäufungsstellen mit dem Wiener Unfall-Analyse-System UAS
- Modernste Unfallsimulation zur Nachbildung von Unfall- und Gefahrensituationen und zur Beweisführung von Konfliktsituationen durch die Wiener-Crash-Simulation
- Einrichtung des wissenschaftlichen Ludwig-Boltzmann-Institutes für Verkehrssystemanalyse, interdisziplinäre Unfallforschung und Unfallrekonstruktion zur Fact-Finding-Mission für neue Methoden der Verkehrs- und Verkehrssicherheitsforschung in der Zukunft

Bestehende bestens bewährte Verkehrssicherheitseinrichtungen werden fortgeführt

- Weiterführung der Fachkommission für Verkehr zur Sicherstellung von ausgewogenen Planungen und Straßenbauten
- Weitere umfassende Maßnahmen für Kindersicherheit durch den Jugendombudsmann (Schulkindersicherheit)
- Lückenlose Sicherheitsprüfung, laufende Verkehrssicherheitsbegutachtungen und Überwachung aller Projekte hinsichtlich Verkehrssicherheit

## Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

Neben den wiederkehrenden Budgettätigkeiten wurden im Berichtsjahr 1997 das Anlagenerfassungssystem HANSY sowie das Mengenerfassungssystem SAUDI der MA 6 eingeführt, wobei für das System SAUDI sämtliche Daten der Abteilung nacherfaßt werden mußten. Im Zuge der „Dezentralisierung 1998" wurden Teile der Straßenreinigung (Schneeabfuhr durch private Firmen, Taglöhner und Schneearbeiter, WD-Kehrbobcat und private Waschmaschinen) sowie die Bedürfnisanstalten mit Ausnahme der Sonderveranstaltungen in die Budgethoheit der Bezirke übertragen. Alleine dadurch waren 84 Anträge auf sachliche Genehmigung und 141 Anträge auf Vergabegenehmigung an die Bezirksvorstehungen zu erstellen.

Für das Jahr 1997 wurden von der EDV folgende Leistungen erbracht: im Bereich Hardware wurden 52 PCs umgerüstet bzw. installiert (586/166, 32 MB RAM, VGA-PCI und HD), 15 Bildschirme (17") sind im Zuge der Umstellung gewechselt worden, 9 Drucker mit den Bezeichnungen HP6P, HP690C und HP750C+ installiert, davon sind 3 Drucker mit EMULEX Printer-Server ans Netz angeschlossen, weiters erfolgte der Tausch des Winterdienst-PC (OS/2) auf einen WD-Server (WIN/NT), der Einbau von 5 CISCO-Routern, für das eigene Netz der Abteilung wurden Komponeten für HICOM/ISDN (MA34) beschafft, 3 Plustower für die vorhandenen Server zusätzlich in Betrieb genommen, erfolgte der Anschluß von Lobau an das Netz mit eignem Server und USV-Anlage, ebenso der Anschluß von ABA und Rautenweg an das Citynetz, wurde das Integrietesnetz (TWP/Telefonie) in der ABA realisiert und Referate mittels Micro-Repeatern an das Netz angebunden. In Testbetrieb ist noch eine Jukebox und ein Scanner für die Ablöse der alten MICRO-Verfilmanlage (Scannen von Mülllbescheiden) durch ein ARCVIEW-System, Druckerserver für die Fiery-Anlage. Ein Kioskrechner ist ab nun bei diversen Veranstaltungen der Abteilung vorzufinden.

Im Bereich Software erfolgten die Umstellung der restlichen PCs von NFS auf Samba, beginnend auf weitere Umstellung der PCs auf Windows 95, das Projekt KFZ-Tafel (Teil 1) ist in Betrieb, Projekt NPM (Notstandspolizeiliche Maßnahmen) sowie VZV (Verkehrszeichenverleih) sind in Betrieb, das Projekt EWS (Einkaufswarensystem) ist in der Abschlußphase, die Umstellung der Streckendatenbank und CARplus (Progress 8). von VAX auf UNIX (Client/Server) wird durchgeführt, das Evaluierungsprogramm „PÖRNER" in verschiedenen Abteilungen wird eingesetzt, Wetterradarprogramm „WIIS" und „GFS2000" neues Update werden installiert, die Software „Diensteinteilung" ist in Betrieb, Verbesserungen der Programme PERS3-Online und -Offline ist in Arbeit, weiters erfolgt das Erstellen eines Pflichtenheftes „Neuer Funktisch", SAUDI wurde in allen Abteilungen installiert, Analyse der Problematik Jahr 2000 und EURO wird durchgeführt, SAP Studie für Ablöse der IBM-Programme durch SAP-Module wird ausgeführt.

Im Jahr 1997 wurde in der Aus- und Weiterbildung, der Standardsoftware, von mehr als 211 Personen der MA 48 in Anspruch genommen.

Die Suche neuer Bezugsquellen und das Ansprechen des größtmöglichen Bieterkreises bringt Preisvorteile. Die Durchführung öffentlicher Ausschreibungen stellt sicher, den größtmöglichen Bieterkreis anzusprechen. Es wurden von der Abteilung insgesamt rund 70 Ausschreibungen durchgeführt, 12 davon europaweit auf Grund der Bestimmungen des Wiener Landesvergabegesetzes. Schwerpunkte waren die europaweit ausgeschriebenen Lieferaufträge betreffend Recyclinganlage für Streusplitt, Auftaumittel, Treibstoffe, Reifen, Abfallsammelbehältern aus Kunststoff für die Müllsammlung und die getrennte Sammlung von Altstoffen; ferner europaweit ausgeschrieben waren die Dienstleistungsaufträge betreffend Sperrmüllabfuhr, winterliche Gehsteigbetreuung, winterliche Friedhofsbetreuung, Bauschuttentsorgung, Schulfahrtendienst für behinderte Kinder.

Gemeinsam mit der Betriebsabteilung - Technik wurden Ausschreibungen für den Verkauf skartierter Fahrzeuge und Geräte durchgeführt. Die Interessentenkartei umfaßt rund 1.350 Anbieter. Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 180 Freihandvergaben und Nachtragsangebote mit Auftragssummen über 100.000 S auf Preisangemessenheit geprüft.

Das Planungsreferat hat Untersuchungen zu den Themen Biotonne im 8. und 16. Bezirk, Biotonne-Sammelpotential in den Gebieten Wiens mit innerstädtischen Struktur, Laboruntersuchungen Fremdanalysen und Vergleichsstatistik, Biogasanlage für Wien - Standortanalysen und Variantenuntersuchung, Phytosanitäre Eigenschaften von Biotonnekomposten, Einfluß von Düngung mit Kompost aus der Biotonne auf Getreideschädlinge, Ertragsfähigkeit von neuen Winterweizensorten bei Düngung mit Biotonnenkompost, Untersuchungen zur Anwendungsoptimierung von Biotonnenkomposten, Biomaterial in Wien - Auswertung der bisherigen Untersuchungen, Einfluß von verschiedenen Gesteinsmehlarten auf die Geruchsfreisetzung bei der Kompostierung, Marktrecherche zu Entwicklungen, Märkten und Entsorgungswegen von abbaubaren Kunststoffen, Modellierung des regionalen Abfallaufkommens in Wien - 2. Teil, Untersuchungen über Einfluß von bestimmten Auftaumitteln auf Boden und Pflanzen, Konzept für Schnee-Entsorgung in Wien, Untersuchung der Hochwassersicherheit beim Ablagern von Schnee im Wienfluß, Einreichpläne für wasserrechtliche Bewilligung von Schneeableerstellen und Kompostwerk Lobau - Abwasserbeseitigungskonzept - Kanalanschluß.

Die internationalen Aktivitäten bestanden aus dem ISWA FIC Meeting in Wien, der ISWA Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Biological Treatment of Waste", der Mitarbeit an EU Projekten in Griechenland und in den Niederlanden, der Betreuung internationaler Delegationen, der Mitarbeit im Vorstand der Organisation ISWA Austria, der Mitarbeit in der Organisation „Association of Cities for Recycling", der Dolmetsch -und Übersetzungstätigkeiten im fachlichen Bereich und aus den Stellungnahmen zu ausländischen Abfallwirtschaftskonzepten. Die Vertretung Wiens in der Bundesverpackungskommission, der Verordnungskommission für Komposte aus biogenen Abfällen und den Arbeitsgruppen des ÖNI, ÖWAV, KGVÖ, BKAL wurden wahrgenommen. Insgesamt wurden im Jahr 1997 11 Önormen fertiggestellt.

Im Zuge der Eingangskontrolle auf der Deponie Rautenweg sind 1997 113 Proben gezogen und 1.969 Analysen durchgeführt worden, von Schlacken und Aschen wurden 368 Proben gezogen und 5.378 Analysen durchgeführt, 377 Kompostproben wurden in 3.528 Analysen untersucht, für andere Bereiche der Abteilung wurden an 92 Proben 912 Analysen durchgeführt. Auch im Jahr 1997 hat das Labor an einem Ringversuch der ALVA teilgenommen. Aus verfestigten Abfällen wurden 24 Probekörper hergestellt und laut Deponieverordnung untersucht.

Insgesamt wurden 18,3 t Problemstoffe übernommen. 7.358 Gebinde (insgesamt 4,8 t), davon 449 Notfalltonnen und 99 Quecksilbereinweggefäße, wurden in der Z-Prosa sortiert. 875 unbekannte Stoffe mußten identifiziert werden.

Im Amtsgebäude in 5, Einsiedlergasse 2, wurde die Telefonanlage revitalisiert und Malerarbeiten in diversen Büroräumen durchgeführt. In der Garage 5 wurde ein neuer 50.000-l-Dieseltank eingebaut. Der Brunnen wurde umgebaut und eine neue Zuleitung errichtet. In der Garage 17 wurde die Fahrmeisterei vergrößert und einige Werkstätten ausgemalen. In der Garage 20 wurde der Dachboden umgebaut sowie in den Stiegenhäusern, Büros, Garderoben und Werkstätten der Wandanstrich erneuert. In der Hauptwerkstätte wurden Öllagerräume errichtet. Im Materiallager wurde eine Stahldecke eingezogen und die Dachkonstruktion des Gummilagers generalsaniert. In der Abfallbehandlungsanlage wurde eine Einhausung auf der Ebene 5.5 für Kühlschränke und Fernsehentsorgung mit Absaugungen eingerichtet. Die Werkskanzlei bei der Prosa wurde vergrößert. Oberhalb der Bunkertore wurde die Brandschutzverkleidung erneuert.

Für die Müllaufleger- und Straßenpflegerunterkünfte und Mistplätze wurden zahlreiche Sanierungs- und Umbauarbeiten durchgeführt.

In Wien werden derzeit 339 öffentliche Bedürfnisanstalten zur Reinigung, Betriebsführung und Instandhaltung verwaltet. Die fahrbaren Toilettenanhänger waren an insgesamt 96 Tagen eingesetzt. Im Berichtsjahr wurden 6 öffentliche Bedürfnisanstalten, 14, Hütteldorf Endstelle 49, 22, Badeteich Hirschstetten-Ziegelhofstraße, 21, Am Spitz, 2, Riesenrad -Container, 22, Wagramer Straße und 22, Schüttauplatz saniert. Bei den Anlagen 22, Badeteich Hirschstetten-Ziegelhofstraße und Bibernellweg sowie 16, Kongreßpark wurde der Kanal erneuert bzw. saniert. Die Anlage Ziegelhofstraße wurde an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Weiters wurden mehrere WC-Anlagen mit vandalismusresistenten WC-Schalen ausgestattet. Das Pissoir 13, Streckerpark, wurde generalsaniert. Bei 13 Anlagen wurden die Pissoire saniert. Die Anlage 15, Markgraf-Rüdiger-Straße, wurde ersatzlos abgetragen. Ferner mußten zahlreiche Vandalismusschäden behoben werden.

Neubenannt und umbenannt wurden 48 Straßen, Gassen und Plätze, wofür 125 Straßenbenennungstafeln an den fertiggestellten Anbringungsorten montiert bzw. 45 Tafeln bestellt wurden. Bei im Jahre 1994 bzw. 1995 und 1996 neubenannten Straßen und Gassen wurden jeweils 14 bzw. 20 und 32 Tafeln montiert. Bei 11 neubenannten Straßen, Gassen und Plätzen wurde eine Festveranstaltung durchgeführt. Weiters wurden 397 Straßenbenennungs-, 20 Hinweis- und 9 Orientierungsnummerntafeln erhoben, bestellt, geliefert und teilweise montiert. Über die Schadensdatei (Profi) wurden 148 Meldungen übermittelt, erhoben und deren Behebung veranlaßt. 2.355 Reparaturen (wobei die Reinigung der Tafeln automatisch erfolgt) wurden durchgeführt und 129 Stück Straßenbenennungstafeln

gereinigt. Über Auftrag der MA 53 wurden in den Bezirken 2, 3, 9, 10, 11, 13, 14, 16, 19, 21, 22, 23 bei Straßen, Gassen und Plätzen 30 Erläuterungstafeln angebracht. Über Auftrag der Bezirksvorstehungen für den 1. und 4. Bezirk wurden 9 Straßenbenennungs- und 1 Orientierungsnummerntafel, in Einvernahme mit der MA 19, in historisch nachgebildeter Art angebracht.

Im Jahr 1997 konnten am Misttelefon 61.531 Anrufe verzeichnet werden. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber 1996 von 12 Prozent (55.010 Anrufe). Die stärkste Frequenz war Anfang Jänner mit bis zu 400 Anrufen pro Tag zur Christbaumsammlung und im Herbst im Zuge der Erscheinung des Wiener Reparaturführers zu verzeichnen.

1997 wurde die Mobile Abfallberatung von April bis Juni und September bis Oktober durchgeführt. Gratiskompost wurde abgegeben und an manchen Standorten das 48er-Trennspiel durchgeführt. Bei 162 Einsätzen an 81 Tagen konnten 21.334 Beratungen (+62 % gegenüber 1996) verzeichnet werden.

Bei 80 verschiedenen Veranstaltungen und Festen war das Info-Referat mit Informationen, Spiel und Spaß vertreten und konnte dabei über 18.500 Besucher verzeichnen. Ein Baukastensystem ermöglicht die beliebige Kombination der Segmente Beratung, Gratiskompost, Müllvermeidungsausstellung in beliebiger Größe, Müllkasperl, Müllmodeschau, Bastelecke, Mülltrennspiel, Brettspiel „So ein Mist", Müllhindernislauf je nach Platzmöglichkeiten, Festcharakter und verfügbarem Personal rund um die vier Beratungs- und den einen Transportbus. Ausstellungen und Informationsstände in Einkaufszentren (Donauzentrum, Shopping Center Nord, SCS und Meiselmarkt) wurden vier Wochen lang mit fast 20.000 Kontakten durchgeführt. Im Sommer nahm das Info-Referat an der „Kinderstadt" im Stadtpark im Rahmen des Ferienspieles teil (fast 10.000 BesucherInnen) und führte anschließend Beratungsaktionen in den städtischen Sommerbädern, aufgebaut rund um den Müllkasperl (rund 7.000 Kontakte), durch. Eine neue Aktion waren die Bezirksmisttage. Hier wurde wöchentlich in einem Bezirk zwei Tage an vier Standorten ein Beratungsschwerpunkt gesetzt. 1997 konnten 2.501 Beratungen verzeichnet werden. Eine weitere Neuerung war das Infofahrrad. Hiermit können Beratungen an Stellen durchgeführt werden, für die Citybusse zu groß sind. Im Berichtsjahr konnten 3.599 Beratungen verzeichnet werden.

Als neuer Aspekt der Abfallberatung wird unter dem obigen Namen ein Modell von Hausbesuchen in Schwerpunktsgebieten durchgeführt. Im Jahr 1997 wurden Gebiete in Aspern, der Brigittenau und Inzersdorf besucht. Dabei wurden 6.217 Beratungen verzeichnet.

Die kostenlosen Rundfahrten für Schulen (ab 4. Schulstufe) durch Abfallbehandlungseinrichtungen der Abteilung (Zelt, Deponie, Kompostwerk) wurde fortgesetzt. Von März bis Juni und Oktober bis November wurden bis zu drei Rundfahrten mit 4.728 Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Parallel dazu wurden als Vor- oder Nachbereitung eine oder mehrere Schulstunden angeboten. Für Volksschulen (1. - 4. Schulstufe und Vorschule) wurden eigene Weihnachtsschulstunden konzipiert und im Dezember vor 3.975 Kindern abgehalten. Für die Kleinsten in den Kindergärten wurde ein spezielles Programm rund um das Müllkasperltheater mit Basteln, Bewegungsspielen und anderem entwickelt. Im Herbst wurden der Müllvermeidungsgedanke beim Einkauf durch das Selbstgestalten von Stoff-einkaufstaschen mit den Kindern, auch in den Volksschulen, vermittelt.

Das Interesse am Wiener Abfallwirtschaftsmodell läßt sich durch die wachsende Zahl von Delegationen aus dem In- und Ausland ermessen. 2.238 Personen nahmen an Führungen durch verschiedene Anlagen teil.

In der Stadtzeitung „Unser Wien" wurden wieder Beilagen zu den Themen „Frühjahrsputz" und „Winterdienst" produziert. Zusätzlich wurden Inseratenkampagnen zu den Themen „Altglassammlung", "Hundekot" und „Weihnachtsverpackung" durchgeführt. Im Zuge der Weihnachtsaktion wurden über 11.000 Flugblätter zum müllvermeidenden Verpacken auf den Wiener Weihnachtsmärkten verteilt.

Die Broschüre „Der Wiener Reparaturführer" soll der Bevölkerung Anregungen bieten, kaputte Gebrauchsgegenstände nicht wegzuwerfen, sondern zu reparieren und damit aktive Müllvermeidung zu betreiben. Neben Einkaufstips scheinen die Adressen von fast 800 Reparaturbetrieben auf. Das Erscheinen der Broschüre verursacht ein großes und positives Medienecho. Seit September wurden fast 15.000 dieser Broschüren abgegeben. Die bereits gängigen Broschüren „Abfallwirtschaftskonzept", „Das kleine Mist-ABC", „Problemstoffe vermeiden" und „Kompostieren", verschiedene Flugblätter und anderes Material wurden nachbestellt. Im Rahmen der Schriftenreihe der Abteilung entstanden die Leistungsberichte von Straßenreinigung, Müllbeseitigung und Fuhrpark.

Zur flächendeckenderen Verteilung von Infomaterial stehen 18 Info-Ständer in Magistratischen Bezirksämtern, Bezirksvorstehungen und Hallenbädern zur Verfügung. Hierbei konnten 46.633 Infobroschüren abgegeben werden. Durch Bestellung über das Misttelefon bzw. bei Veranstaltungen wurden insgesamt 13.642 Versendungen von Infomaterial durchgeführt.

Der Personalstand der für die MA 48 tätigen Abfallberater wurde durch zwei neue Kurse im Sommer wieder aufgestockt, Personalabgänge und die Auswirkungen durch die neue Werkvertragsregelung (Stundenbeschränkungen) kompensiert. Mit 31. Dezember 1997 waren 70 Berater auf Werkvertrag tätig. Deren Aufgaben umfassen die ganze Palette von Abfallinformationen: Misttelefon, Betreuung von Beratungsständen, Mobile Abfallberatung, Schulprojekte, Führungen, Gewerbe- und Kompostberatungen. Dafür wurden 19.222 Stunden aufgewendet.

Der Bundesweite Arbeitskreis für umweltbewußtes Management B.A.U.M. betreute wieder Wiener Gewerbebetriebe bei der Umsetzung umweltbewußter Projekte. „Die Umweltberatung" führte eine Studie über die Machbarkeit eines Windeldienstes in Wien durch.

Mit 31. Dezember 1997 waren 3.143 Dienstposten inklusive der genehmigten Überstände systemisiert. Die Anzahl der Saisonarbeiter betrug 243.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren im Jahre 1997 an 1.523 Schadensfällen beteiligt, von denen 985 die Abteilung betrafen. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 890 Fälle abgeschlossen werden und an Schadenersatzforderungen von den Haltern der gegnerischen Kraftfahrzeuge oder den Haftpflichtversicherungen 4,664.061,64 S hereingebracht werden. Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) durch Fremde wurden in 889 Fällen insgesamt 2,079.741,74 S einbringlich gemacht.

Der Bargeld- und Wertmarkenbruttoumsatz betrug 77,437.000 S.

Dem Wirtschaftsreferat des Fuhrparkes oblagen im Berichtsjahr im wesentlichen die Zuständigkeiten EDV, Budget, Kostenrechnung sowie die Betriebs- und Wirtschaftsgutnummernvergabe. Die Tätigkeiten im EDV-Bereich des Fuhrparks umfaßten die Vertretung der Fuhrparkinteressen, die Koordination von Hard- und Softwareaufteilung, die Bestimmung der Zugriffsberechtigungen, das Evidenthalten des systemisierten EDV-Standes, die Tätigkeit der EDV-Problemanlaufstelle, die Vorbereitung der Einführung von SAP und die Mitplanung beim neuen Funktisch der Abteilung. Die Aufgaben in der Budgetverwaltung im Fuhrpark waren die Voranschlagsplanung, das Führen des Investbudgets, die Aufteilung und die Evidenthaltung der Budgetmittel auf die Kreditführer des Fuhrparks, die Investitionsplanung und die Mitarbeit beim Rechnungsabschluß. Die Kostenrechnung befand sich 1997 in der Aufbauphase und beinhaltete die Erstellung eines Kostenstellenplanes, die Vergabe der Kostenstellennummern und die damit verbundenen Abstimmungen mit der MA 3 und der Buchhaltung.

Dem Sicherheitsreferat oblagen die Ausbildung und Wahrnehmung der notwendig gewordenen Aufgaben Sicherheitsfachkraft, Sicherheitsvertrauensperson, Brandschutzbeauftragte, Brandwarte und Erste Hilfe. Die Planung von Brandschutzeinrichtungen, die Arbeitsplatzevaluierung im Fuhrpark, die arbeitsschutztechnischen Untersuchungen, die Dokumentation von Tätigkeiten und die Führerschein- und Weiterbildungskurse wurden auch von dem Referat wahrgenommen, wie z.B. 40 Bedienstete bzw. Stellungsbewerber, die derzeit die Lenkerberechtigung der Gruppe C oder B besitzen, mußten hinsichtlich ihrer Fahrtüchtigkeit auf LKW bzw. Kleinfahrzeugen überprüft werden. In einer Fahrschule erfolgte die Ausbildung von 20 Bediensteten der Abteilung und 3 Bediensteter der MA 46 sowie die Überprüfung und Ausfertigung der Rechnungen. Für 7 Bedienstete der Abteilung wurde ein Staplerkurs und für 3 Bedienstete ein Lauf-, Brücken- und Portalkrankurs organisiert, durchgeführt und verrechnet. Weiters wurden zweimal jährlich 4 Arbeitnehmer auf Blei, Toluol, Xylol untersucht und 1mal jährlich eine Blutspendeaktion vorgenommen.

Dem Referat Personal und Organisation oblagen im wesentlichen das Dokumentations- und Berichtswesen, der Umweltschutz, die Personalführung und die Systemisierung der Fahrzeuge im Fuhrpark. Das Berichtswesen im Fuhrpark bedeutete die Erstellung bzw. Korrektur des Leistungsberichtes, des Verwaltungsberichtes, der Tätigkeitsberichte, der Umweltberichte und der Wirtschaftsberichte sowie die Aufgaben für das Österreichische Statistische Zentralamt. Die Mitarbeit im KLIP-Team, die Erprobung von alternativen Antrieben und alternativen Treibstoffen sowie die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften waren Elemente des Umweltschutzes. Das Personalwesen im Fuhrpark beinhaltete die Ausschreibung höherwertiger Dienstposten, das Führen des Dienstpostenplanes, die Organisation von Verkehrssicherheitstests, die Kontrolle der Überstunden und sämtliche Dienstnehmer-Haftpflichtangelegenheiten. Auch war dieses Referat erster Ansprechpartner für die Personalabteilung und die Personalvertretung. Bei der Anschaffung von systemisierungspflichtigen Fahrzeugen wurde die notwendige Systemisierung, auch für Fremdabteilungen, veranlaßt bzw. eventuell notwendige Skartierungen eingeleitet.

Im Bereich Technik wurde wie in den vergangenen Jahren viele von begonnenen Umweltschutzversuchen in die Praxis übernommen und sind Standard geworden. Beispiele dafür sind die Versuche mit mobilen Schweißplatzabsaugungen und die Umrüstung von Motoren und Tankstellen auf RME-Tauglichkeit zum Zwecke der Untersuchung von Einsatzzuverlässigkeit, Schadstoffverhalten und Verbrauch.

Der Bereich Technik schaffte für die Abteilung 148 Fahrzeuge und Geräte an. Beim Ankauf von Neufahrzeugen und Geräten wurde wie immer auf umweltfreundliche Komponenten wie Lack, Lärm, Abgase, Treibstoffverbrauch usw. besonders geachtet. Die Ölwechselintervalle wurden verlängert, um den Altölanfall zu verringern. Gleichzeitig wurden biologisch abbaubare Öle und Fette bei Hydraulik- und Zentralschmieranlagen eingesetzt. Asbestfreie Brems- und Kupplungsbeläge kommen ebenso zum Einsatz wie schadstoffarmer Dieseltreibstoff. Das Referat schaffte im Berichtszeitraum für 27 andere Magistratsabteilungen nach vorhergehender Beratung 308 Fahrzeuge und Geräte an. Für den Ankauf dieser Fahrzeuge und Geräte wurden rund 50 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet. Jedes einzelne Fahrzeug bzw. Gerät wurde bei dessen Lieferung auf seine Funktion und Vollständigkeit überprüft und zugleich datenmäßig für die Fahrzeugtafel der Abteilung erfaßt. Analog der Anzahl von Neuanschaffungen an Fahrzeugen und Geräten wurden die der Skartierung zugeführten Altgeräte jeweils vorher einer entsprechenden Besichtigung unterzogen und zur Ausscheidung freigegeben. Weiters wurden die Begutachtung von insgesamt rund 100 Schäden an verunfallten Fahrzeugen der zu be-

treuenden 27 Magistratsdienststellen einschließlich der mobilen Krankenschwestern und die Reparaturüberwachung dieser Fahrzeuge sowie die Rechnungsprüfung und die Weiterleitung an die Versicherung durchgeführt.

Das Referat Typisierung, Telefon und Funk (TTF) schaffte für die Abteilung 133 Anlagen und Geräte, wie Kopiergeräte, Funktelephone, Personenrufempfänger usw. an. Der Fuhrpark verwaltet 3.142 Versicherungspolizzen für haftpflichtversicherte Fahrzeuge der Gemeinde Wien. Durch das Referat erfolgten 363 An- und Abmeldungen von Kfz, Motorrädern und Anhängern des gesamten Magistrats, ausgenommen die MA 68, bei der Bundespolizeidirektion (Verkehrsamt). Bei der zuständigen Behörde wurden zur Genehmigung 40 Kraftfahrzeuge vorgeführt, die einer Neugenehmigung bedurften bzw. an denen kraftfahrrechtliche Veränderungen vorgenommen wurden. Weiters wurden Wiegekarten, Fotos, die technischen Beschreibungen und Gutachten von den jeweiligen Fahrzeugen bestellt. Bei der MA 46 wurden Ansuchen um Routengenehmigung gemäß § 40 (3) KFG für 126 Fahrzeuge des Winterdienstes gestellt. Insgesamt wurden bei 27 Skartierungsverhandlungen 1.405 Fahrzeuge und Geräte skartiert. Für die zum Verkauf angebotenen Fahrzeuge und Geräte wurde ein Erlös von 3,394.220,20 S erzielt. 281 Fahrzeuge der Abschleppgruppe wurden bei 2 Skartierungsverhandlungen ausgeschieden.

In der Abteilung waren insgesamt 788 Mobilfunkgeräte sowie die stationären Anlagen der Zentrale am Matzleinsdorfer Hochhaus, der Deponien Schafflerhof, Gerasdorf und Rautenweg, die Notfunkanlage in der Zentrale und eine stationäre Personenrufanlage der Abfallbehandlungsanlage mit 40 Personenrufempfängern vorhanden. Ferner standen 297 Personenrufempfänger in Verwendung. Es wurden rund 120 Personenrufempfänger jährlich an die privaten Winterdienstkontrahenten ausgeteilt und wieder eingesammelt. Das Referat TTF war für den Betrieb von 11 Stück Telephonanlagen in den verschiedensten Abteilungen mit derzeit insgesamt 390 Nebenstellen und 157 Einzelanschlüssen in den Unterkünften der Abfallwirtschaft und der Straßenreinigung verantwortlich. Die Abteilung hatte 101 Funktelephone, 36 Telekopiergeräte und 51 Schnurlostelephone in Verwendung. Für 791 Fahrzeuge der verschiedensten Magistratsdienststellen wurden für die 1998 notwendigen Autobahnvignetten (Neuanmeldungen bzw. Ersatz) administriert und erworben.

Das Referat Materialwirtschaft war zuständig für die Beschaffung und Lagerhaltung von Betriebsmitteln und Reparaturersatzteilen für Geräte und Fahrzeuge sowie für Gebrauchsartikeln der Abteilung. Neben der Abwicklung der laufenden Geschäfte war 1997 die Hauptaufgabe, sämtliche Vorbereitungs- und Entwicklungsarbeiten für die Einführung eines EDV-Programmes zu leisten. Die Zahl der Bestellungen hatte sich gegenüber 1996 von 7.400 auf 10.236 erhöht. Der gesamte Verwaltungsaufwand, wie Lieferungsübernahme, Lagerverwaltung, Rechnungsbearbeitung, Kreditführung usw. erhöhte sich dadurch im selben Ausmaß. Durch die Erhöhung der Anzahl der Einzelbestellungen erreichte das Referat einen schnelleren Zugriff zu den benötigten Materialien. Zahlreiche Lieferanten lieferten bereits täglich zweimal kostenlos.

Das Referat Arbeitsvorbereitung erstellte 1997 1.710 Reparaturlisten für die Fahrzeugreparatur der Hauptwerkstätte. Die Verwaltung der 4.390 Arbeitsaufträge für die Hauptwerkstätte, die Bearbeitung von 107 „Unfallfahrzeugen", die Vergabe von 1.937 Überprüfungsterminen (alle Magistratsabteilungen) und die EDV-mäßige Erfassung von 285 Fremdreparaturrechnungen gehörten ebenfalls zu den Aufgaben der Arbeitsvorbereitung.

In der Hauptwerkstätte wurden 1.710 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 13 Reparaturen an abteilungsfremden Fahrzeugen, 1.077 Stückreparaturen, in 868 Fällen der An- und Abbau von Schneepflügen, Streuanhängern, Auf- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen, 803 Reparaturen an Schneepflügen, Streuanhängern, Auf- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen, weiters 1.937 Fahrzeugüberprüfungen gemäß § 55(1)/57/1/1-KFG, 396 Nachprüfungen, 591 Durchsichten, 321 Tachographenüberprüfungen und 11 Fahrzeugneuübernahmen durchgeführt. Weiters wurden verschiedenste Arbeiten für die Straßenreinigung, die Abfallwirtschaft, den Fuhrpark, die Abschleppgruppe, das Informationsreferat und die Zentrale, angefangen bei Handkarrenreparaturen über Wandverbauten und Stellagen bis zur Nachrüstung der Abfallberatungsbusse, erledigt.

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug im Dezember 1997 103 Personenkraftwagen, 21 Busse, 1 Lastkraftwagen sowie 3 Büroanhänger, eingesetzt beim Mobilen Bürgerdienst, womit sich ein Gesamtstand von 128 Dienstwagen ergab. Diese Fahrzeuge benötigten an Betriebsmitteln 36.534 l Dieselkraftstoff, 131.882 l Vergasertreibstoff, 1.460,5 l Motoröl, 21,5 l Getriebeöl, 117 l Kühlerfrostschutzmittel und 71,5 l Bremsflüssigkeit.

Mit 1. Jänner 1997 wurden die Garagen dem Bereich Betrieb unterstellt. Der Bereich Betrieb war verantwortlich für den gesamten Fahrbetrieb und somit für den optimalen Einsatz der zur Verfügung stehenden Fahrzeuge und Lenker. Dazu zählten insbesondere die Mitarbeit bei Weiterbildungsmaßnahmen, die Durchführung von Lenkertests, die Mitarbeit beim Erstellen von Leistungsprofilen für anzuschaffende Fahrzeuge, die Ermittlung des optimalen Fahrzeugstandes in Abhängigkeit der Fahrzeugart, die Leistungsvergaben an Privatfirmen, die Organisation von Spezialtransporten und die Bearbeitung von Beschwerden.

Für Fremdabteilungen bestellte die Fahrzeugleitstelle 2.680 private Fahrzeuge für Fuhrleistungen und überprüfte deren Rechnungen auf Preisangemessenheit. 2.930 Fahreinsätze der Abteilung wurden für Fremdabtei-

lungen durchgeführt. Die Abteilung beauftragte im Laufe des Jahres über die Fahrzeugleitstelle für die Abfallwirtschaft und Straßenreinigung 760 Kranwagen, 50 Kipper und 2.240 Waschmaschinen. Eigene Einsätze (Straßenreinigung und Abfallwirtschaft) wurden mit 692 Kranwagen, 1.816 Kipper, 9.823 Kehrmaschinen, 3.265 Waschmaschinen und 1.834 Schlammsauger durchgeführt. Für den Schlackenbetontransport und Kompposttransport wurden 3.172 Sattelzugfahrzeugeinsätze organisiert. 3 Spezialbusse der Abteilung beförderten täglich etwa 50 körperbehinderte Schüler von und zur Schule bzw. bei Sonderfahrten. Die Fahrzeugleitstelle organisierte für das Donauinselfest alle dafür notwendigen gemeindeeigenen Fahrzeuge sowie die Fahrzeuge von privaten Firmen. Weiters wurden für den gesamten Magistrat die monatlichen Verkehrssteuerabrechnungen sowie die Jahresabrechnung, Lenkererhebungen, Anonymverfügungen und Sondereinsätze organisiert bzw. durchgeführt.

In den drei Großgaragen der Abteilung waren mit Dezember 1997 575 Fahrzeuge der Abfallwirtschaft stationiert bzw. in Wartung. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten an Betriebsmitteln 4,144.991 l Dieselkraftstoff, 11.880 l Vergasertreibstoff, 46.607,2 l Motoröl, 4.454,8 l Getriebeöl, 18.270 l Hydrauliköl, 4.057 l Kühlerfostschutzmittel, 1.014 l Bremsenfrostschutzmittel, 326 l Bremsflüssigkeit, 7.898 l Abschmierfett und 1.825 l Petroleum. Ferner waren 1.062 Fahrzeuge, Geräte und Winterdienstgeräte der Straßenreinigung stationiert bzw. in Wartung. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten an Betriebsmitteln 1,082.580 l Dieselkraftstoff, 14.631 l Vergasertreibstoff, 12.874,5 l Motoröl, 1.787,5 l Getriebeöl, 4.523,5 l Hydrauliköl, 1.620 l Kühlerfostschutzmittel, 240,5 l Bremsflüssigkeit und 99 l Abschmierfett.

Von den Garagen wurden im Berichtsjahr 1.398 Sondereinsätze, Hilfeleistungen für Feuerwehreinsätze, Beseitigung von Straßenverunreinigungen usw. geleistet.

Im Berichtsjahr wurden durch die Abschleppgruppe 27.422 (-2,70 %) verkehrsbeeinträchtigend abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen gemäß § 89 a StVO 1960 kostenpflichtig entfernt und 13 Ortsveränderungen durchgeführt. In Summe sind dies 27.435 Entfernungen (1996: 28.212). Die Abschleppgruppe wurde 61.473mal (-6,01 %) zur Entfernung von falsch geparkten Fahrzeugen angefordert. Ferner wurden 5.214 Fahrzeuge ohne Kennzeichen von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt. Davon wurden 4.711 (-26,28 %) Fahrzeuge in Verwahrung genommen (1996: 6.390).

1997 wurden 503 Fahrzeuge unter Kostenersatz der Abteilung zur Entsorgung übergeben, davon 283 Fahrzeuge (Kostenersatz S 2.500) von der Straße abgeholt und 220 Fahrzeuge (Kostenersatz S 1.500) in die Verwahrstelle Simmering angeliefert.

Durch die Veräußerung (Verkauf über Dorotheum oder Verschrottung) der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge konnten Einnahmen in der Höhe von rund 8,3 Millionen Schilling erzielt werden. Es wurden 8.987 (1996: 12.040) Meldungen und Anzeigen über Fahrzeuge ohne Kennzeichen (einschließlich Verzichte) entgegengenommen. Darunter wurden 4.363 durch die Abschleppgruppe, 790 durch die Straßenreinigung, 1.550 durch die Polizei und 1.176 durch den Bürgerdienst und Stadtinformation der Abschleppgruppe bekannt gemacht.

Die Sammelleistung der Abteilung betrug 1997 830.471 Tonnen gegenüber 817.436 Tonnen im Jahr 1996 und lag damit um 1,59 Prozent über dem Vorjahr (Tabelle 1). Die Steigerung lag einerseits im Bereich der getrennt gesammelten Altstoffe (310.088 Tonnen, + 4,02 %), andererseits nahm die gesammelte Müllmenge mit 520.383 Tonnen (1996: 519.320 Tonnen, + 0,20 %) auch zu. Berücksichtigt man auch die direkten Anlieferungen zu den kommunalen Abfallbehandlungsanlagen, zeigt sich, daß das Müllaufkommen mit 533.640 Tonnen um 0,02 Prozent sank (1996: 533.740 Tonnen), während die Menge an getrennt gesammelten Stoffen im Jahr 1997 auf 328.069 Tonnen (1996: 318.690 Tonnen) um 2,94 Prozent zunahm. Das Abfallaufkommen (Müll, Altstoffe und Problemstoffe) stieg unter Einbeziehung dieser Mengen um 1,09 Prozent auf 861.709 Tonnen (1996: 852.429 Tonnen). Davon konnten 339.900 Tonnen (331.759 Tonnen im Jahr 1996) durch getrennte Erfassung (11.831 Tonnen durch nachträgliche Aussortierung), das sind rund 39,44 Prozent, verwertet bzw. behandelt werden.

In der Tabelle 2 sind die angelieferten Mengen ohne Berücksichtigung von Reststoffen (Verbrennungsrückstände, Reststoffe von ABA, Lobau und 48er-Basar, aussortierte Alt- und Problemstoffe und umgeleitete Müllmengen von der Deponie Rautenweg) angeführt.

Das Gesamtaufkommen an Müll und Altstoffen von 861.709 Tonnen wurde zu 50,86 Prozent im Müllheizwerk Flötzersteig und im Müllheizkraftwerk Spittelau einer thermischen Verwertung zugeführt. Der geringere Teil von 10,85 Prozent (Müll) wurde zur Deponie Rautenweg verbracht. Im Jahr zuvor betrug der zur Deponie gelieferte Anteil noch 11,47 Prozent. Ein kleiner Teil von 0,22Prozent gelangte in die Abfallbehandlungsanlage ABA, 5,17 Prozent Bauschutt von Mistplätzen wurde für Deponiebauzwecke verwendet und 32,90 Prozent wurden als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problemstoffentsorgung zugeführt. Die Mengen der Aussortierung von Alt- und Problemstoffen in der ABA und der Deponie Rautenweg, des rückgewonnenen Metallschrotts in den Müllheizwerken und der ABA-Schlackenbehandlungsanlage sowie der Verbringung von Müll, der auf der Deponie Rautenweg zwischengelagert wurde, zu den Müllheizwerken sind in dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

Mit der Systemmüllabfuhr in 120-l- bis 4.400-l-Behältern wurden 469.238 Tonnen gesammelt (1996: 467.256 Tonnen). Daraus ergibt sich eine spezifische Systemmüllmenge für Wien von 287,42 kg/Einwohner und Jahr oder eine Steigerung des Pro-Kopf-Aufkommens um 0,66 Prozent im Vergleich zu 1996 (1996: 285,54 kg/Einwohner und Jahr).

Tabelle 1: Abfallmengen in Wien 1997 ohne Sammlung durch AGR (in Tonnen)

| 1997<br>Massen in Tonnen | Müll | getrennt gesammelt<br>1 | nachträglich aussortiert<br>2 | getrennt erfaßt Summe<br>1 und 2 |
|---|---|---|---|---|
| Systemmüllsammlung<br>(120-l- bis 4.400-l-Behälter) | 469.238 | - | [1] 11.349 | 11.349 |
| Muldenabfuhr (9 m³ - 24 m³ Cointainer) | | | | |
| Gewerbemüll, Marktabfälle usw. | 11.585 | | | |
| Sperrmüll von Mistplätzen | 23.950 | | | |
| Bauschutt von Mistplätzen | | 44.539 | | 44.539 |
| Sperrmüllsammlung (LKW-Abfuhr) | 3.638 | 488 | | 488 |
| Spitalmüll-Abfuhr | 11.971 | | | |
| Getrennte Altstoffsammlung | | 150.695 | | 150.695 |
| Altstoffsammlung auf Mistplätzen | | 28.876 | | 28.876 |
| Altstoffe - sonstige | | 1.450 | [2] 437 | 1.887 |
| Kompostmaterial - getrennte Sammlung | 73.932 | | 73.932 | |
| Kompostmaterial von Mistplätzen | | 6.502 | | 6.502 |
| Kompostmaterial - sonstiges | | 830 | | 830 |
| Problemstoffsammlung | | 1.702 | | 1.702 |
| Kühlaggregate | | 1.775 | [3] 4 | 1.079 |
| Zwischensumme Sammlung | 520.383 | 310.088 | 11.791 | 321.879 |
| Sammelleistung der MA 48 | | 830.471 davon 321.879 getrennt erfaßt | | |
| Fremdanlieferungen zur ABA - Müll | 1.531 | | [4] 32 | 32 |
| Fremdanlieferungen zur ABA - Altstoffe | | 8.417 | | 8.417 |
| Fremdanlieferungen zur ABA - Kompost | | 6.127 | | 6.127 |
| Fremdanlieferungen zur ABA - Problemstoffe | | 28 | | 28 |
| Fremdanlieferungen zur ABA - Kühlaggregate | | 244 | | 244 |
| Fremdanlieferungen zum Müllheizwerk Flötzersteig | 3.779 | | | |
| Fremdanlieferungen zum Müllheizkraftwerk Spittelau | 1.341 | | | |
| Fremdanlieferungen zur Deponie | 6.606 | | 4) 8 | 8 |
| MA 48 KFZ-Wracks | | 3.164 | | 3.164 |
| Zwischensumme Sammlung + Anlieferung | 533.640 | 328.069 | 11.831 | 339.900 |
| Summe MÜLL und ALTSTOFFE | | 861.709 davon 339.900 getrennt erfaßt | | |
| Müll von Deponie Rautenweg -><br>- Müllheizkraftwerk | | | 2.654 | 2.654 |
| Reststoffe privater Verbrennungsanlagen | 22 | | | |
| Asche und Schlacken | 151.870 | | | |
| Zuschlagstoffe für Schlackenbetone | 50.044 | | | |
| MA 48 Straßenreinigung | 35.046 | | | |
| Sandfangmaterial | 10.857 | | | |
| Bauschutt und Aushub | 15.444 | | | |
| Deponiebaumaterial (Humus + Kompost) | 3.264 | | | |

Anmerkungen:

[1] Metallschrott aus der Magnetabscheidung in Müllheizwerken und ABA
[2] Auf der Deponie Rautenweg aussortierte Altstoffe
[3] Auf der Deponie Rautenweg aussortierte Kühlgeräte
[4] Aussortierung von Problemstoffen aus Fremdanlieferungen

Tabelle 2: Behandelte Abfallmengen (ohne AGR), Wien 1996 und 1997 (in Tonnen bzw. Masse %)

| Behandlung der gesammelten Abfälle | 1996 Masse | | 1997 Masse | |
|---|---|---|---|---|
| | in Tonnen | in Prozent | in Tonnen | in Prozent |
| Müll | | | | |
| Müllheizwerk Flötzersteig | 184.820 | 21,68 | 179.697 | 20,85 |
| Müllheizkraftwerk Spittelau | 241.870 | 28,39 | 258.557 | 30,01 |
| ABA | 9.163 | 1,07 | 1.886 | 0,22 |
| Deponie Rautenweg | 97.788 | 11,47 | 93.501 | 10,85 |
| SUMME - Müllbehandlung | 533.740 | 62,61 | 533.640 | 61,93 |
| getrennt gesammelte Stoffe: | | | | |
| Altstoffe (direkt) | 131.752 | 15,46 | 138.693 | 16,10 |
| KFZ-Wracks zur Entsorgung | 4.751 | 0,56 | 3.164 | 0,37 |
| Altstoffverwertung (über ABA) | 52.542 | 6,16 | 51.232 | 5,95 |
| Kompostaufbereitung über ABA | 86.423 | 10,14 | 87.391 | 10,14 |
| Problemstoffverwertung ohne Aussortierung | 706 | 0,08 | 742 | 0,09 |
| Problemstoffbehandlung ohne Aussortierung | 952 | 0,11 | 988 | 0,11 |
| Kühlaggregate | 1.075 | 0,13 | 1.319 | 0,15 |
| Bauschutt von Mistplätzen | 40.490 | 4,75 | 44.539 | 5,17 |
| SUMME - getrennt gesammelt | 318.690 | 37,39 | 328.069 | 38,07 |
| SUMME - Behandlung | 852.429 | 100,00 | 861.709 | 100,00 |

Anmerkungen:

Nachträglich aussortierte Alt- und Problemstoffe sowie Müllmengen der Deponie Rautenweg, die zu den Müllheizwerken umgeleitet wurden, sind hier nicht berücksichtigt.

Insgesamt wurden durch die getrennte Altstoffsammlung der Abteilung im Jahr 1997 147.305 Tonnen Altstoffe (Altpapier, Altglas, Altmetalle usw.), das sind um 2,26 Prozent mehr als im Vorjahr, getrennt gesammelt. Die getrennte Sammlung von Kompostmaterial (Biotonne, Baum- und Strauchschnittabholung, Christbaumsammlung) stieg um 2,54 Prozent von 72.099 Tonnen auf 73.932 Tonnen an. Unter Einbeziehung der getrennt erfaßten Problemstoffe (1.771 Tonnen) und Kühlschränke (1.323 Tonnen), der Altstoffsammlung auf Märkten, der Altstoff- und Kompostmaterialanlieferungen über Mistplätze und ABA und der durch Metallabscheidung nach der thermischen Verwertung abgetrennten Eisenteile konnten insgesamt 339.900 Tonnen Alt- und Problemstoffe erfaßt werden.

Tabelle 3: Sammelmenge der getrennten Altstoffsammlung mit dem Behältersystem der MA 48, Wien 1996 und 1997 (in Tonnen und Prozent)

| Art der Stoffe | 1996 | | 1997 | | Änderung |
|---|---|---|---|---|---|
| | in Tonnen | in Prozent | in Tonnen | in Prozent | in Prozent |
| Altpapier | 105.863 | 49,35 | 110.569 | 50,15 | 4,45 |
| Altglas | 26.841 | 12,51 | 25.349 | 11,50 | -5,56 |
| Metalle und Dosen | 5.439 | 2,54 | 5.292 | 2,40 | -2,71 |
| Gemischte Kunststoffe | 5.905 | 2,75 | 6.096 | 2,77 | 3,23 |
| Zwischensumme | 144.048 | 67,14 | 147.305 | 66,82 | 2,26 |
| Biotonne | 72.099 | 33,61 | 73.932 | 33,54 | 2,54 |
| SUMME - getrennte Sammlung | 216.146 | 100,75 | 221.237 | 100,35 | 2,36 |

Als Ergebnis der flächendeckenden Sammlung von Problemstoffen aus Haushalten an 56 Sammelstellen (Problemstoffsammelstellen und Mistplätze), in Schulen, aus dem Handel und bei diversen lokalen Sammelaktionen konnten insgesamt 1.729,8 Tonnen Problemstoffe oder 4,36 Prozent mehr als 1996 getrennt erfaßt werden. Weitere 40,4 Tonnen wurden in der Abfallbehandlungsanlage ABA und auf der Deponie Rautenweg aus den angelieferten Abfällen aussortiert.

Tabelle 4: Durch die MA 48 entsorgte Problemstoffe, Wien 1996 und 1997 (in Tonnen bzw. Masseprozent)

| Problemstoffsammlung Gesamt | 1996 Masse | | 1997 Masse | |
|---|---|---|---|---|
| | in Tonnen | in Prozent | in Tonnen | in Prozent |
| Problemstoffsammelstellen | 385,4 | 13,92 | 382,1 | 12,35 |
| Mistplätze | 1.222,9 | 44,17 | 1.304,2 | 42,16 |
| Sonderaktionen | | | | |
| – Altmedikamente direkt > EBS | 12,7 | 0,46 | 12,7 | 0,41 |
| – sonstige direkt > EBS | 2,4 | 0,09 | 2,7 | 0,09 |
| gewerbliche Anleiferungen | | | | |
| – Altbatterien | 27,7 | 1,00 | 23,6 | 0,76 |
| – Medikamente | 0,4 | 0,01 | 0,6 | 0,02 |
| – Gasentladungslampen | 5,0 | 0,18 | 4,0 | 0,13 |
| MA 48 intern | 1,1 | 0,04 | 0,1 | 0,00 |
| Zwischensumme Sammlung | 1.657,5 | 59,88 | 1.730,1 | 55,93 |
| Aussortierung | | | | |
| – Aussortierung ABA | 29,9 | 1,08 | 32,0 | 1,04 |
| – Aussortierung Deponie | 2,4 | 0,09 | 8,4 | 0,27 |
| Zwischensumme Aussortierung | 32,3 | 1,17 | 40,4 | 1,31 |
| Kühlgeräte | 1.078,4 | 38,96 | 1.322,7 | 42,76 |
| davon aus Aussortierung | 3,5 | 0,13 | 3,8 | 0,12 |
| SUMME - Problemstoffe | 2.768,2 | 100,00 | 3.093,2 | 100,00 |

Als Annahmestellen für Sperrmüll, Alt- und Problemstoffe aus Haushalten sowie Gegenstände, die zu schade für den Müll sind, stehen der Wiener Bevölkerung seit 1988 als weitere Serviceleistung der Abteilung die Mistplätze kostenlos zur Verfügung (19 Mistplätze seit 1996). Im Berichtsjahr wurden die 19 Mistplätze von 1,310.278 Personen frequentiert (1996: 1,259.536).

Im Rahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes kommt der Abfallbehandlungsanlage (48er-Zelt) die Funktion einer Annahme- und Behandlungsstelle für private und gewerbliche Abfälle und Altstoffe, des Umschlagplatzes für getrennt gesammelte Alt- und Problemstoffe, einer Behandlungsanlage für Elektro-, Elektronikaltgeräte und Kühlgeräte sowie der regionalen Übernahmestelle für Verpackungen aus dem ARA-System zu.

Im Jahr 1997 passierten 146.189 Tonnen (1996: 155.939 Tonnen) Altstoffanlieferungen sowie Privat- und Gewerbemüllanlieferungen die Eingangskontrolle der Abfallbehandlungsanlage. Davon wurden 2.904 Tonnen altstoffarme Gewerbeabfälle nach der Eingangskontrolle und Verwiegung zur Deponie Rautenweg verbracht. 143.285 Tonnen altstoffreiche Abfallanlieferungen und Altstoffe wurden im 48er-Zelt einer Behandlung unterzogen. An Altstoffen und Kompostausgangsmaterial wurden 136.053 Tonnen, an Sonderabfällen und Kühlgeräten 2.097 Tonnen - zusammen 96,42 Prozent des Inputs - einer Verwertung bzw. umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 481 Tonnen auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert, 67 Tonnen zu den EBS geliefert sowie 5.698 Tonnen Reststoffe in den Müllheizwerken thermisch verwertet.

An nativ-organischen Abfällen wurden insgesamt 87.391 Tonnen (1996: 86.423 Tonnen), und zwar 6.502 Tonnen von Mistplätzen, 73.212 Tonnen aus dem System Biotonne, 446 Tonnen über die Baum- und Strauchschnittabholung, 274 Tonnen über die Christbaumsammlung, 830 Tonnen aus sonstigen im Auftrag der Abteilung erfolgten Anlieferungen und 6.127 Tonnen durch Gewerbeanlieferungen ins 48er-Zelt gebracht. In der Kompostaufbereitungsanlage des 48er-Zeltes wird das Material für den nachfolgenden Kompostierungsprozeß im Kompostwerk Lobau vorbereitet. Dazu wird das Biomaterial mittels Zerkleinerungsgerät, Windsichter und Eisenmetallabscheidung aufbereitet, in einer Mischtrommel mit zerkleinertem Strukturmaterial vermengt und homogenisiert und anschließend zum Abtransport in das Kompostwerk Lobau automatisch auf LKW verladen.

Zur Erreichung des optimalen Mischungsverhältnisses wurden 5.823 Tonnen Siebüberlauf und 236 Tonnen unbehandeltes Holz den organischen Anlieferungen beigemengt sowie 3.262 Kubikmeter Wasser zugesetzt. Nach der Aufbereitung und Entfernung von 1.519 Tonnen Störstoffen gelangten 95.193 Tonnen zur Kompostierung.

Das aufbereitete organische Material wird in Form von Zeilenmieten aufgesetzt und im Verlauf der intensiven Rottephase (Vor- und Hauptrotte) mit zwei eigens dafür konstruierten Umsetzgeräten weiterversetzt, dabei gewendet und nach Bedarf bewässert. Diesem Verfahrensabschnitt folgt eine Ruhephase (die sog. Nachrotte). Zu diesem Zweck wird das Material mittels Radladern zu Tafelmieten aufgesetzt. Nach Erreichen des für die Pflanzenverträglichkeit erforderlichen Reifestadiums wird der Kompost abgesiebt und der entsprechenden Anwendung zugeführt.

Während des Kompostierungsprozesses wird das Rottegut mehrmaligen Qualitätskontrollen unterzogen. Das Kompostwerk Schafflerhof dient als Absieb- und Umschlagplatz. Der reife Kompost wird auf die vom Kompostwerk Lobau ins 48er-Zelt zurückkehrenden Transportfahrzeuge verladen und in die Anlage Schafflerhof gebracht. Dort erfolgen Absiebung und Vermarktung.

1997 wurden 33.873 Tonnen abgesiebter Reifekompost vermarktet bzw. gratis weitergegeben. 24.209 Tonnen Reifekompost wurden auf stadteigene Felder und Anlagen aufgebracht. 595 Tonnen wurden an diverse Betriebe und Kleinabnehmer, 7.097 Tonnen über die Mistplätze und weitere 1.966 Tonnen im Rahmen der Aktion "Gratis Kompost" an die Wiener Kleingärten abgegeben. 5 Tonnen wurden für die Erzeugung von Biofiltern verwendet. Der Rest befindet sich noch auf Lager bzw. im Rotte- oder Reifestadium.

Im Berichtsjahr 1997 wurden 443.484 kg Starterbatterien, 47.091 kg Konsumbatterien, 216.027 kg Speiseöl, 605 kg Medikamente, 4.736 kg Leergebinde, 3.051 kg Röntgenbilder und Schwarz-weiß-Negative, 7.228 kg Gasflaschen und Feuerlöscher und 11.786 kg Leuchtstoffröhren sowie 40.395 kg gefährliche Abfälle, die aus gewerblichen Anlieferungen im 48er-Zelt bzw. auf der Deponie Rautenweg aussortiert wurden, (Summe: 774.403 kg) angeliefert, nachsortiert, zwischengelagert und einer Entsorgung bzw. Verwertung zugeführt.

Im Berichtsjahr wurden 28.525 Altkühlgeräte angeliefert, davon wurden 27.982 Geräte einer Behandlung unterzogen und die vorbehandelten Geräte einer Entsorgung zugeführt. Die restlichen Kühlgeräte lagen Ende 1997 auf Zwischenlager für die Behandlung. Weiters wurden im Berichtsjahr 25.923 Bildschirmgeräte in der Behandlungsanlage für Elektro- und Elektronikaltgeräte bearbeitet und die dadurch gewonnenen Fraktionen vermarktet bzw. einer umweltgerechten Entsorgung zugeführt. Mit Jahresende 1997 wurde eine Bildröhrenauftrennanlage in Betrieb genommen.

53.444 Tonnen Schlacke und Asche wurde aus dem Müllheizwerk Flötzersteig, 65.763 Tonnen aus dem Müllheizkraftwerk Spittelau, 32.663 Tonnen aus den Entsorgungsbetrieben Simmering, 22 Tonnen sonstige angelieferte Schlacke (Summe: 151.892 Tonnen) und 21.760 Tonnen eingekehrter Streusplitt mit 20.634 Tonnen Zement und 7.650 Tonnen Wasser versetzt, durchmischt und als Schlackenbeton auf der Deponie Rautenweg eingebaut. Zusätzlich wurden 2.702 Tonnen Schlacke im Rahmen eines Versuches für bergbautechnische Versatzmaßnahmen per Bahn nach Deutschland verbracht.

Der 48er-Basar bietet gebrauchte verwertbare Altwaren, die auf den Mistplätzen abgegeben wurden und zu schade für den Müll sind, zum Verkauf an. Täglich ist ein LKW eingesetzt, der brauchbare Gegenstände zum Mistflohmarkt bringt. 1997 wurde der Flohmarkt von 28.099 Besuchern frequentiert. Das stellt eine Steigerung von 5,14 Prozent gegenüber dem Jahr 1996 mit 26.725 Besuchern dar.

Im Jahr 1997 wurden im Zuge der Eingangskontrolle auf der Deponie Rautenweg an 113 Proben aus Anlieferungen 1.969 Analysen, aus 368 Asche- und Schlackeproben 5.378 Analysen, an 377 Proben aus der Kompostierung 3.528 Analysen sowie für andere Bereiche der Abteilung und für diverse Projekte aus 92 Proben 912 Analysen durchgeführt. Von 7.259 in Einzelgebinden angelieferten Problemstoffen (4,8 t) mußten 875 Substanzen im Labor identifiziert werden.

Im Berichtsjahr stand für Hausmüll, Bauschutt sowie Schlacke und Asche aus den Verbrennungsanlagen die Deponie Rautenweg (14 km vom Stadtzentrum) zur Verfügung. Im Jahr 1996 stand für Aushub noch die Deponie Schafflerhof zur Verfügung (18 km vom Stadtzentrum). Die Inputmenge des deponierten Mülls auf der Deponie Rautenweg sank von 98.484 Tonnen (1996) um 4,57 Prozent auf 93.981 Tonnen, die Nettomenge der gesamten deponierten Abfälle (Müll und Inertstoffe) sank von 429.178 Tonnen (1996) um 7,57 Prozent auf 396.693 Tonnen.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 19,4 Millionen $m^3$ Gas (1996: rund 20 Millionen $m^3$) aus dem Deponiekörper abgesaugt. Die vorhandenen Hochtemperaturfackeln wurden nur zum Starten der Verstromungsanlage benötigt. Die mit den Motoren erzeugte elektrische Leistung wird in das Netz der Wiener Stadtwerke E-Werke eingespeist.

Im Berichtsjahr wurde eine semimobile Recyclinganlage für eingekehrten Streusplitt auf dem Gelände der Deponie Rautenweg errichtet. In dieser Anlage wird mittels Wasch- und Siebeinrichtungen das Altmaterial zu wieder für die winterliche Bestreuung von Straßen verwendbarem Splitt aufbereitet. Im Rahmen eines Versuchsbetriebes wurden 4.369 Tonnen Recyclingmaterial erzeugt.

Zur Verfügung standen der Straßenreinigung und dem Winterdienst außer dem ständigem Personal 36.587 Taglöhner und Schneearbeiter, die eine Leistung von insgesamt 292.696 Stunden erbracht haben.

Die Straßenreinigung entleerte die 11.460 Papierkörbe und 2.994 Tauschkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Bei 10.061 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 457.400 km gefahren. Bei 3.284 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 154.785 km, bei 1.806 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 100.548 km gefahren. Weiters wurden von Kommunaltraks und Kramer-Tremo der Straßenreinigung 16.126 Betriebsstunden geleistet, wobei 6.950 Stunden als Kehreinsatz gerechnet wurden. 12 Waschaufbauten für die Klein-LKW wurden ebenfalls zum Reinigen der Fahrbahn und der Papierkörbe eingesetzt.

Die Mitarbeiter der Straßenreinigung kehrten 1997 händisch und maschinell insgesamt 35.045 Tonnen Straßenkehrricht sowie 24.739,34 Tonnen Streusplitt nach dem Winterdienst ein.

Wochentags ist von 15.30 bis 6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 6.00 bis 6.00 Uhr der Funkraum über das ganze Jahr hindurch mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt. Dieser übernimmt die Einsatzlei-

tung des Bereitschaftsdienstes, die Fahrzeugbestellungen der jeweiligen Einsatzgaragen über Anforderung der Polizei, Feuerwehr, des Permanenzingenieurs und der Straßenreinigung selbst (wie z.B. Kehr- und Waschmaschinen). Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über diesen Journaldienst (z.B. Hochwassereinsatz). An Wochentagen von 6.00 bis 15.30 Uhr werden alle Agenden für die Straßenreinigung und den Winterdienst von den Mitarbeitern der Straßenreinigung übernommen.

Im Winterdienst waren 264 abteilungseigene Fahrzeuge und 187 LKW von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt. Auf Grund der Erfahrungen aus dem Winter 1996/97 wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen, die bereits für den Winterdienst 1997/98 Gültigkeit haben; es wurden die Routenpläne überarbeitet, die Streupläne ergänzt, die Pläne für die Klein-LKW der Straßenreinigung überarbeitet, skartierte Klein-LKW durch winterdiensttaugliche Fahrzeuge ersetzt, Auftaumittelversuche (Einsatz von Kaliumkarbonat, Erprobung von Steinsalz) durchgeführt, 250.591 lfm. Gehsteige, Gehwege und Stiegenanlagen mittels Vertrag an Privatfirmen zur Betreuung übergeben, Einsatz von Feuchtsalz durchgeführt und 1.108 Auftritte im 5. Bezirk zur winterlichen Betreuung als Versuch an private Firmen übergeben. Derzeit gibt es 14 Winterdienstlagerplätze der Abteilung, wobei jeder Platz mit mindestens zwei Silos für Auftaumittel ausgestattet ist. Vier Lagerplätze sind mit einer Solemischanlage für den Feuchtsalzeinsatz ausgestattet.

Auf nunmehr 18 Lagerplätzen der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Müllbeseitigung betreut werden. Die Öffnungszeiten wurden dem Bedarf angepaßt, so daß die Mistplätze nunmehr Montag, Dienstag, Donnerstag bis Samstag von 7.00 bis 18.00 Uhr und Mittwoch von 7.00 bis 20.00 Uhr zur Verfügung stehen. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz Kagran bei der Abfallbehandlungsanlage gibt es nunmehr 19 Plätze, die im Berichtszeitraum von insgesamt 1,310.278 Personen frequentiert wurden, wobei alle Arten von Sperrmüll, Altstoffen und Problemstoffen aus Privathaushalten angenommen wurden. Auch die 8.385 Kühlschränke, die auf öffentlichem Gut von der Straßenreinigung vorgefunden wurden, mußten über die Mistplätze entsorgt werden.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Abteilung anfallen. Der Funkraum ist rund um die Uhr besetzt und steuert alle Einsätze zentral. Es erfolgten 7.116 Ausfahrten für notstandspolizeiliche Maßnahmen (Abschrankungen, Beleuchtungen und dgl.), weiters wurden 378 Sonderveranstaltungen (Reinigung während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhängern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. veranlaßt.

Von den Außenstellen und den Mitarbeitern der Zentrale wurden 967 Schadensmeldungen für die Straßenschadensdatei erhoben und in das Programm eingegeben. Weiters wurden 790 Autowracks als Erstmeldung der Abschleppgruppe gemeldet.

1997 mußten die Vorarbeiten für die erweiterte Dezentralisierung geleistet werden. Nunmehr fallen auch Aufgaben der Straßenreinigung in Eigenverantwortung der Bezirke (private Waschmaschinen, Taglöhner, Schneearbeiter, private Schneeabfuhr, Kleinlader mit Kehreinrichtung).

## Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Das Forstamt und der Landwirtschaftsbetrieb ist einerseits mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder und der Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark, sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe, andererseits mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hiezu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen und die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Eingegliedert in die Abteilung ist auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, in der Untersuchung dessen volkswirtschaftlichen Stellenwertes und in der Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen besteht.

Das Ausmaß der Grundflächen, die von der Abteilung bewirtschaftet werden, betrug am Ende des Jahres 1997 im Bereich des Landes Wien 8.551,0798 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.470,8441 ha. Das Gesamtausmaß der forstlich genutzten Flächen machte 41.021,9239 ha, das der landwirtschaftlich genutzten Flächen 2.552,0000 ha aus.

Bei der Bewirtschaftung der Forstflächen stellt ihre spezifische Widmung die Grundlage der Vorgangsweise dar. Im stadtnahen Bereich, in dem die Erholungswirkung im Vordergrund steht, wird unter weitestgehendem Verzicht auf Kahlhiebsflächen in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Auch zur Förderung der natürlichen Verjüngung werden die Altbestände aufgelichtet und erst nach Vorhandensein eines entsprechenden Jungwuchses behutsam abgeholzt.

In den Quellenschutzforsten wurde weiterhin die Methode des natürlichen Waldbaues verfolgt, welche auf die Erzielung vielschichtiger, verschiedenaltriger, möglichst geschlossener Bestände abzielt und erwiesenermaßen die bestmögliche kontinuierliche Quellenschüttung gewährleistet.

Die Nutzungen erfolgten daher weiterhin in Form von Einzelstammentnahmen bzw. kleinstflächigen Kahlhieben, die die natürliche Verjüngung der vielfach überalterten Bestände ermöglichen sollen. Besonderer Wert wird hiebei auf die Förderung des Laubholzanteiles an den Verjüngungen gelegt.

Der Holzeinschlag (in fm) betrug im Jahre 1997:

| | Blochholz | Schleifholz | Brennholz | Gesamt |
|---|---|---|---|---|
| Wienerwaldforste | 7.332,26 | 9.998,87 | 7.842,08 | 25.173,21 |
| Quellenschutzforste | 27.015,99 | 10.231,42 | 7.260,93 | 44.508,34 |
| Gesamt | 34.348,25 | 20.230,29 | 15.103,01 | 69.681,55 |
| in Prozent | 49,3 | 29,0 | 21,7 | 100,0 |

Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr, in dem insgesamt 69.974,94 fm geschlägert wurden, eine geringfügige Verminderung um 293,39 fm (0,42 %).

Während in den Wienerwaldforsten der Gesamteinschlag gegenüber 1996 einen Zuwachs von 1.900,80 fm verzeichnete, wurde in den Quellenschutzforsten ein Mindereinschlag von 2.194,19 fm getätigt.

Bei Schleifholz war in den Wienerwaldforsten ein Mindereinschlag von 1.374,79 fm zu verzeichnen und in den Quellenschutzforsten ein Mindereinschlag von 1.845,79 fm.

Der Brennholzeinschlag stieg sowohl in den Wienerwaldforsten (um 2.454,65 fm), als auch in den Quellenschutzforsten (um 476,41 fm) an.

Der Blochholzeinschlag in den Wienerwaldforsten verzeichnete im Berichtsjahr einen Anstieg von 820,94 fm, in den Quellenschutzforsten jedoch einen Rückgang von 824,81 fm.

Insgesamt blieb der Prozentanteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag mit 49,3 Prozent im wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr (49,1 %).

Die Holzabgabe, welche in den Quellenschutzforsten vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang dient und in den übrigen Verwaltungen dem Markt zugeführt wurde, betrug im Jahr 1997:

| Holzabgabe | Nutzholz | Brennholz | Gesamt |
|---|---|---|---|
| Wienerwaldforste | | | |
| an Fremde | 17.327,08 | 7.644,68 | 24.971,76 |
| an Sägewerk | 4,05 | – | 4,05 |
| Quellenschutzforste | | | |
| an Fremde | 24.408,17 | 7.259,73 | 31.667,90 |
| an Sägewerk | 12.839,24 | – | 12.839,24 |
| Gesamt: | 54.578,54 | 14.904,41 | 69.482,95 |

## Holzmarktlage im Jahre 1997

Das Blochholz der Holzart Fichte erreichte zu Ende des Vorjahres in den Güteklassen A und B wieder den Preis von rund 1.000 S/fm, wozu die Protestaktionen der Umweltschutzorganisationen gegen die Rundholzimporte aus den exploitativen Nutzungen der borealen Nadelwaldgebiete (Kanada, Skandinavien, Rußland) maßgeblich beigetragen haben.

Besonders rege Nachfrage verzeichnete das Lärchenblochholz, welches einschließlich der untersten Dimensionen (20 cm Mittendurchmesser aufwärts) in allen Güteklassen den seit Jahrzehnten höchsten Durchschnittspreis erreichte (rund 1.450 S/fm).

Die von den Waldbesitzerverbänden und der Umweltorganisationen unternommenen Bestrebungen zur Zertifizierung von Rundholzlieferungen aus Waldbeständen, welche nach ökologischen Richtlinien und unter Berücksichtigung der Aspekte einer nachhaltingen Holzproduktion genutzt werden, konnten bisher wegen der Kostenfrage und vor allem wegen divergierenden Ansichten hinsichtlich der Kompetenzverteilung nicht realisiert werden.

Der Absatz der aus der Pflege der Laubholzbestände in den Wienerwaldrevieren sowie jener in den Revieren des Nationalparkes Lobau, in denen in erster Linie die nach den Nationalparkrichtlinien nicht standortsgemäßen Hybridpappeln geschlägert wurden, erzeugten Blochsortimente konnte auf dem Preisniveau des Vorjahres bei leicht steigendem Käuferinteresse abgewickelt werden.

Um die Leistungskapazität des städtischen Sägewerkes Hirschwang zu optimieren und um Lieferaufträge höherwertiger Schnittware nachkommen zu können, wurden zusätzlich zum forsteigenen Rundholzaufkommen aus dem einschlägigen Markt 1.600 fm Blochholz zugekauft.

Die Verwertung der Industrieholzsortimente (Schleif- und Faserholz) konnte nur schleppend und zu ungenügen-

den Konditionen getätigt werden, obwohl die Position des städtischen Forstbetriebes als einer der größten Anbieter wesentliche Vorteile in den Verhandlungen mit dem Verarbeiterkartell bietet.

Das Brennholzgeschäft entwickelte sich im Berichtsjahr äußerst zähe und beschränkte sich im wesentlichen auf Abnahmen durch die langjährige Stammkundschaft. Die Ursachen hiefür liegen in der relativ kurzen Heizperiode, in Billigimporten sowie in der Umstellung auf den Energiebezug aus Fernheizwerken und aus Erdgas. Unverkäufliche Partien an Industrie- und Brennholz werden zunehmend in Hackgutheizungen zur Versorgung der Betriebsgebäude und Personalwohnungen des Forstamtes verwendet bzw. im langen Zustand oder gehäckselt als Totholz dem ökologischen Kreislauf des Waldes zugeführt.

Der Landwirtschaftsbetrieb ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der in Wien und Niederösterreich gelegenen städtischen Ökonomien und der vom Bund angepachteten Domäne Eßling - Schafflerhof befaßt.

Neben der landwirtschaftlichen Nutzung treten hiebei die Aspekte der Grünraumgestaltung, der Erhaltung der Kulturlandschaft und der Reservehaltung von Grundstücken für die Stadterweiterung zunehmend in den Vordergrund. In den letzten Jahren wurden mehr als 90 Prozent aller Windschutzpflanzungen, Heckenanlagen und Wohlfahrtsaufforstungen auf Grundflächen des Landwirtschaftsbetriebes realisiert. Viele Projekte der Stadterweiterung durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und des Wiener Bodenbereitstellungsfonds (Wohnbau Brünner Straße, Leberberg, Langobardenstraße, Inzersdorf, Umfahrung Münchendorf usw.) wurden in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsbetrieb reibungslos abgewickelt.

Die landwirtschaftliche Produktionsmethode wird zunehmend auf Basis des „integrierten Pflanzenschutzes" abgestimmt, welcher auf die Erhaltung und Verbesserung der Bodengüte und auf die Sicherung der Grundwasserqualität abzielt. Die wichtigsten Merkmale des „integrierten Pflanzenschutzes" sind: ausgewogene Fruchtfolge, richtige Sorten- und Standortwahl, harmonische Pflanzenernährung, Einsatz bodenschonender Agrartechnik und gezielter Pflanzenschutz.

Im Zusammenhang mit dem neuen EU-Agrarsystem wurden Ackerflächen anteilsmäßig an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus der Produktion genommen, d.h. stillgelegt. Diese Brachflächen werden begrünt, Dünger oder Pflanzenschutzmittel werden nicht mehr eingesetzt. Im Wirtschaftsjahr 1997 ist die Anbauplanung sowohl nach den vorgegebenen Richtlinien seitens der EU, als auch auf Grund der Marktsituation erfolgt. Bei Ölsaaten (Raps und Sonnenblumen) war eine Reduktion der Anbaufläche erforderlich, da der Weltmarkt-Produktpreis stark abgesunken ist und ohne nationale Förderung eine Kostendeckung nicht gegeben ist.

Bei den wichtigsten Agrarerzeugnissen gab es zum Teil erhebliche Preissenkungen, die durch Ausgleichszahlungen gemindert wurden. Der Landwirtschaftsbetrieb erhält aus Mittel der Europäischen Union die Preisausgleichszahlungen für Erzeuger landwirtschaftlicher Kulturpflanzen, die Prämie für Flächenstillegung und die Förderungsbeiträge für Ölsaaten sowie Eiweißpflanzen.

Der wirtschaftliche Zwang zur Senkung der Produktionskosten und die aus ökologischen und ökonomischen Gründen erforderliche Einschränkung von Verschlemmung und Verdichtung der Ackerböden führt im Landwirtschaftsbetrieb zu einer stetigen Zunahme von Verfahren der pfluglosen, also nicht wendenden Bodenbearbeitung. Außerdem gewinnt die Gründüngung laufend an Bedeutung und garantiert die Versorgung der Mikroorganismen im Boden mit Energie und ist somit eine unverzichtbare Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit.

Da im Förderungsbereich ausschließlich Ackerflächen (Produktionsflächen) heranzuziehen sind, wurde in den Verwaltungen Eßling und Laxenburg eine Satelittengesteuerte Flächenermittlung in Auftrag gegeben und abgeschlossen. Für die Verwaltungen Wallhof und Magdalenenhof wurde die Satellitengesteuerte D-GPS-Flächenvermessung in Auftrag gegeben. Diese Technologie der Flächenerhebung stellt derzeit hinsichtlich der Kosten und Genauigkeit die praktikabelste Lösung dar. Die Kosten belaufen sich nur auf einen geringen Prozentsatz der Förderungsbeträge und sind durch die präzise Flächenangabe gerechtfertigt, insbesondere auch durch weitere Verwendungsmöglichkeiten der Daten.

Nachdem das Stadtgut Lobau nach einer Umstellungsphase seitens der Austria BIO-GARANTIE (Gesellschaft zur Kontrolle der Echtheit von biologischen Podukten) als Bio-Betrieb anerkannt wurde, konnten sämtliche Produkte als Bio-Ware veräußert werden. Neu hinzugekommen sind Anbau- und Lieferverträge mit der Unifrost-GesmbH. in Groß-Enzersdorf für BIO-Erbsen, BIO-Bohnen und BIO-Rote Rüben.

Die Erträge bei Getreide waren sehr gut, sie lagen rund 10 Prozent über den Vergleichszahlen des Vorjahres. Dem verstärkten Bedarf an inländischer Gerste mit hoher Qualität wurde seitens des Landwirtschaftsbetriebes durch Erhöhung der Produktionsfläche Rechnung getragen. Allerdings ergaben sich infolge der hohen Niederschläge im Juli erhebliche Probleme bei der Kornqualität.

Die landwirtschaftliche Anbaufläche betrug 1997 1.639 ha und gliedert sich in Getreide mit 1.328 ha (81,00 %), Ölfrüchte mit 10 ha (0,60 %), Eiweißfrüchte mit 45 ha (2,70 %), Hackfrüchte mit 239 ha (14,60 %) und in Gemüse sowie Gewürze mit 17 ha (1,10 %).

Die Fläche an Weingärten betrug 32 ha, Bracheflächen ohne Nutzung betrugen 167 ha.

Im Jahre 1997 wurden 3.665 t Weizen, darunter 342 t Hartweizen, 549 t Roggen, 2.242 t Gerste, 34 t Hafer, 33 t Dinkel, 30 t Triticale, 10.837 t Zuckerrüben, 323 t Kartoffel und 693 hl Wein produziert.

Bei den Aufforstungsarbeiten war in den Quellenschutzforsten bei den Nachbesserungen weiterhin ein wesentlicher Rückgang feststellbar. Betrug der Bedarf an Forstpflanzen, die als Ersatz für abgestorbene bzw. nicht angewachsene Pflanzen nachgesetzt werden mußten, im Jahr 1996 noch 26.340 Stück, sank er im Jahr 1997 auf 14.600 Stück. Auch bei den Wiederaufforstungen war mit einem Pflanzenbedarf von 26.600 Stück in den Quellenschutzforsten ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr feststellbar (1996: 31.210 Stk.), welcher den Erfolg der Umstellung auf natürlichen Waldbau mit Naturverjüngung deutlich sichtbar macht.

In den Wienerwaldforsten mußten weniger Kulturen nachgebessert werden als im Vorjahr (1996: 21.140 Pflanzen, 1997: 14.400 Pflanzen), aber auch bei den Wiederaufforstungen im Wiener Bereich war eine geringe Abnahme an Pflanzenbedarf feststellbar (1996: 29.250 Stk., 1997: 26.600 Stk.) .

Insgesamt wurden 1997 folgende Pflanzenmengen versetzt: (in Stück)

| | Nadelhölzer | Laubhölzer | Gesamt |
|---|---|---|---|
| Wiederaufforstungen | 27.770 | 42.490 | 70.260 |
| Nachbesserungen | 15.930 | 14.690 | 30.620 |
| Neuaufforstungen (ohne Wohlfahrtsaufforstungen) | 4.080 | 1.250 | 5.330 |
| Zusammen | 47.780 | 58.430 | 106.210 |

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 6.200 Pflanzen.

Die Waldschadenssituation stellte sich ungefähr gleich dar wie im Vorjahr. Durch Windwurfereignisse fielen rund 9.500 fm Holz an, außerdem mußten durch Eisbruch verursachte Schadhölzer im Ausmaß von 230 fm geschlägert werden und 1.530 fm vom Borkenkäfer befallenes Holz genutzt werden. Im Wiener Raum war weiterhin flächendeckend der Befall der Roßkastanie durch die Kastanienminiermotte festzustellen. Aus optischen Gründen wurden im Lainzer Tiergarten 182 Bäume chemisch mit sehr gutem Erfolg behandelt, da jedoch eine flächendeckende Behandlung unmöglich ist, kommt es zwangsläufig zu einem Wiederbefall nach Abschluß der chemischen Behandlung. Da der Miniermottenbefall zwar optisch eine Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes der Roßkastanie darstellt, jedoch bislang keine letalen Folgen durch den Miniermottenbefall bekannt sind, wird in Zukunft von chemischen Behandlungen abgesehen.

Die durch das Wild verursachten Schäden hielten sich im gesamten Verwaltungsbereich im ertragbaren Rahmen. Speziell die Verbißschäden zeigten infolge des geringeren Wildbestandes rückläufige Tendenzen. Vereinzelt traten nach Spätwintereinbruch im April lokale Schälschäden auf.

Die Abschußzahlen bei Rotwild lagen ungefähr im vorjährigen Bereich, beim Schwarzwild war eine rückläufige Tendenz feststellbar, die in der kürzeren Bejagungszeit infolge der neuen Öffnungszeiten des Lainzer Tiergartens begründet ist. Auch bei Rehwild waren rückläufige Abschußzahlen gegenüber dem Vorjahr gegeben, die ihre Ursache in einer geringeren Populationsdichte hatte.

Der Gesamtabgang an Wild (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahr 1997:

| | Wienerwaldforste | Quellenschutzforste | Gesamt |
|---|---|---|---|
| Rotwild | 79 | 321 | 400 |
| Rehwild | 276 | 378 | 654 |
| Gamswild | - | 556 | 556 |
| Muffelwild | 56 | 2 | 58 |
| Damwild | 25 | - | 25 |
| Schwarzwild | 877 | 37 | 914 |
| Steinwild | - | 7 | 7 |

Der Forststraßenbau beschränkte sich im Berichtsjahr auf einige wenige Projekte zur Feinerschließung und auf die Anlage von Rückewegen mit minimalen Eingriffen in das Bodenprofil. Insgesamt wurden 1997 5.957 lfm Straßen errichtet.

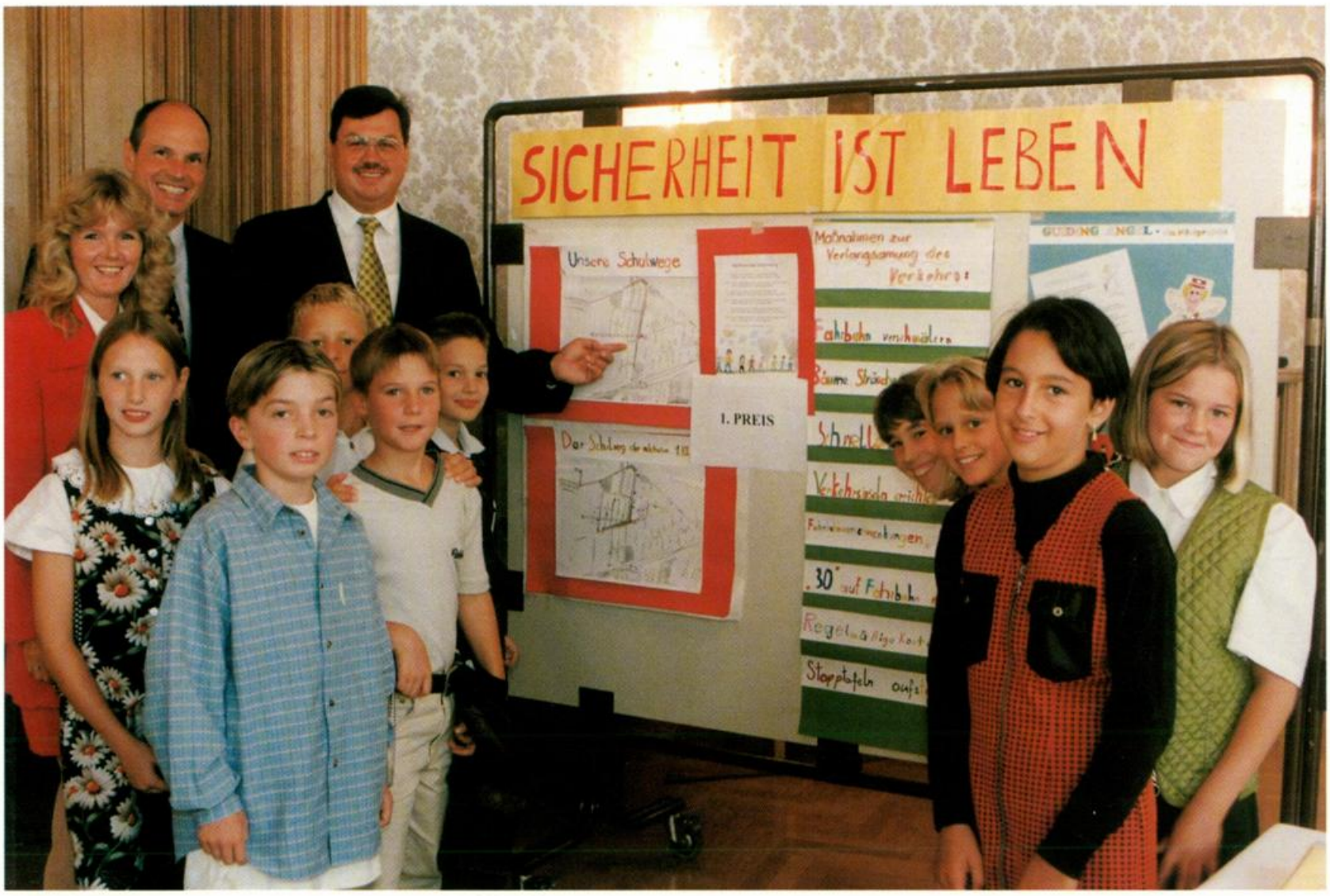
Die Bringung des Holzes zu den LKW-befahrbaren Straßen erfolgt zunehmend mittels mobiler Seilkräne, da diese Methode wesentlich pfleglicher für den verbleibenden Bestand und für den Waldboden ist als die herkömmliche Bodenrückung. Im Jahr 1997 wurden 13.275 fm auf diese bestandesschonende Weise geliefert (7.425 fm mit eigenen Seilkränen, 5.850 fm durch Fremdfirmen).



*Erntedankfest im Reservegarten Hirschstetten mit Umweltstadtrat Svihalek und Stadtgartendirektor Schiller.*
Foto: Votava / PID

*Wiens Altbürgermeister Dr. Helmut Zilk schaltete im Oktober 1997 den ersten Maschinensatz des Donaukraftwerks Freudenau ein, welches umweltfreundlichen Strom aus Wasserkraft ins Versorgungsnetz liefert.*
Foto: Votava / PID






*Pressekonferenz mit Verkehrsstadtrat Fritz Svihalek und Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz zur Kinderverkehrssicherheitsaktion "Sicherer Schulweg".*
Foto: Votava / PID

*Festveranstaltung "90 Jahre Gänsehäufel".*
Foto: Votava / PID



Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und prozentuell, auf folgende Arbeiten:

| | Wienerwaldforste in Prozent | Quellenschutzforste in Prozent |
|---|---|---|
| Holzgewinnung und -bringung | 4,5 | 17,3 |
| Kulturarbeiten | 8,4 | 5,9 |
| Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen | 2,6 | 5,2 |
| Erholungswaldmaßnahmen | 25,0 | - |
| Gebäudeerhaltung | 17,1 | 16,3 |

Auffällig ist hiebei der relativ niedrige Anteil an Holzgewinnung und an den Kulturarbeiten, was darin begründet ist, daß für zeitaufwendige Arbeiten, wie z.B. Durchforstungen, Dickungspflege und Aufforstungsarbeiten, Fremdfirmen herangezogen werden. Dadurch ist es möglich, den kurzfristig anfallenden Arbeitskräftebedarf (z.B. für das Pflanzensetzen) abzudecken, in arbeitsärmeren Zeiten jedoch Leerläufe zu vermeiden.

Von der Forstbetriebseinrichtung wurden im Berichtsjahr 1997 Forstoperate und Fällungspläne nach § 93, FG 1975, für die Reviere Thalhof, Schreier, Schneeberg, Hirschwang-Rax, Rax-Plateau, Rax-Heukuppe begonnen bzw. fertiggestellt. Für das Revier Neuwaldegg wurde eine Zwischenrevision begonnen, die Mitte 1998 abgeschlossen werden soll.

Die Forsteinrichtung realisiert die Umstellung der Betriebsart auf kleinflächige Waldbauverfahren u.a. mittels Einrichtung permanenter Kontrollstichproben. Für die Reviere Sievering, Neuwaldegg, Lainzer Tiergarten, Breitenfurt-Mauer und Purkersdorf wurden die Stichprobenberichte fertiggestellt, präsentiert und übergeben. Zur objektiven Beurteilung der Verjüngungs- und Verbißsituation wurden für die gesamte Forstverwaltung Wildalpen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wildtierkunde und dem zuständigen Forstpersonal Verjüngungsbeobachtungspunkte und Vergleichsflächenpaare eingerichtet, aufgenommen und berichtsmäßig ausgewertet. Im Revier Siebensee wurde im Rahmen einer Diplomarbeit (Institut für Waldbau der Universität für Bodenkultur) ein waldbaulicher Weiserflächenkomplex für Vorzeigezwecke eingerichtet.

Bezüglich der EDV ist für 1997 folgendes zu berichten:

## Allgemein

Der zu betreuende Gerätebestand von rund 40 PCs, einer GIS-Station und 12 Sicherungs-PCs (PC 286 in entlegenen Revierkanzleien der Quellenschutzwälder) sowie von 25 Datenerfassungsgeräten (EG 10) einschließlich zugehöriger Geräteperipherie wurde im Vergleich zur Periode 1996 konstant gehalten. Branchenseitig standen die Betreuung der Lohn- und Rundholzverrechnung im Vordergrund. Darüber hinaus waren alle EDV-Routineaufgaben wie Anwenderbetreuung, Betreuung der Inter-/Intranet-Seiten, diverser Systemwechsel, Nutzung grafischer Katasterdaten des Magistrates usw. abzudecken.

Als Sonderaufgabe wurden für eine Kontrollamtsprüfung umfassende Unterlagen und Kalkulationen zur EDV der Abteilung aufbereitet und dem Kontrollamt übergeben. Im Rahmen der Erstellung eines erweiterten Kostenrechnungsentwurfes für die Abteilung wurden der IST-Zustand erhoben sowie SOLL-Entwürfe für den Kostenartenplan, den Kostenstellenplan und eine Auftrags- und Zeitwirtschaft erstellt. Die Weiterentwicklung der Kostenrechnung ist Teil eines von der MD VO unterstützten Controlling-Pilotprojektes der Abteilung. Für die bevorstehende Betriebsprüfung der Fa. Mummert + Partner mußte der Aufgaben- und Leistungskatalog der Abteilung vorbereitet werden.

## Grafische Datenverarbeitung GIS, Forstkartografie

In Ergänzung zum Kostenrechnungsprojekt wurde eine umfangreiche Funktions- und Kostenstudie zum betriebswirtschaftlichen Software-System R/3 der Fa. SAP durchgeführt und mit möglichen Alternativen verglichen. Im GIS-Bereich war neben der Forstkartografie (Forsteinrichtung, Stichprobeninventuren) das Standortskartierungsprojekt (Reviere Weichselboden, Brunn, Gschöder, Schneeberg, Gahns) zu betreuen.

Zum Schwerpunkt Forstliche Raumplanung wurden im Hinblick auf die Revision des Waldentwicklungsplanes 123 Waldflächen in den Bezirken 2, 3, 11, 12, 13, 14, 16, 18, 19, 20, 21, 22 und 23 überprüft bzw. neu aufgenommen und in das bestehende GIS der Abteilung integriert.

Im Rahmen der Stadtplanung und Landschaftsplanung wurden übergeordnete Planungen für das 1.000-ha-Programm gemeinsam mit der MA 18 erstellt, die aktuellen Flächenwidmungsgebiete, im Hinblick auf das allgemeine Interesse an der Walderhaltung, und zur Sicherung der generellen Grünraumausstattung (40 Grün- und 5 Rotdrucke und 105 Beschlüsse) bearbeitet.

Detailplanungen für die Ausgestaltung erfolgten in den Bereichen Leberberg, Neugebäude, Kirschenallee, Europan, An den alten Schanzen, Ödenburgerstraße, Wulzendorfstraße-Süd und Heuberggstätten.

Außerdem wurden für folgende Landschaftspläne Detailplanungen ausgearbeitet:
LSP Lobau-Vorland (mit Nationalpark-Komitee)
LSP Goldberg (mit MA 18)
LSP Heuberggstätten.

Aufforstungen wurden 1997 vorbereitet (insgesamt 4,6 ha; 40.100 Pflanzen) für das Gebiet Westlich General Motors, Kirschenallee, Inzersdorf, Langes Feld, Ödenburger Straße und Himmelteich.

Vorbereitet und organisiert wurden mit rund 20.000 Pflanzen die Aktionen Kinder- und Jugendwald der Naturfreunde Wien, Greenpeacegedenkwald, Jungbürgerwald 1997 (10. Bezirk Heuberggstätten) und Schulwald 1997.

Die Ersatzaufforstung für DOKW Freudenau - Donauinsel (4,0 ha) wurde koordiniert und überwacht, ebenso die Ersatzpflanzungen der MA 29 im 22. Bezirk (500 Pflanzen).

Das Maßnahmenprogramm zum 1.000 ha - Programm (Landschaftsgestaltungen) wurde umgesetzt auf folgenden Flächen: Ödenburger Straße (1,5 ha), Gerasdorfer Straße (0,5 ha), Orasteig (0,5 ha), Himmelteich (0,5 ha), Langes Feld (2,0 ha), Kirschenallee (4,0 ha).

Zum Themenbereich Naturschutz und Landschaftspflege wurde das Wiesenpflegeprogramm für die Sanierung der Lainzer Tiergartenwiesen nach dem Bewirtschaftungskonzept Prof. Holzner (BOKU, MA 22) durchgeführt.

Das Alleesanierungsprogramm zur Erhaltung der historischen Alleen wurde fortgeführt, und zwar durch Wurzelstockrodung und Nachbepflanzung im Lainzer Tiergarten und durch Nachpflanzung im Schwarzenbergpark.

Das Artenschutzprogramm zur Erhaltung seltener Gehölze im Verwaltungsbereich der Abteilung wurde mit den Schwerpunkten Speierlingbeerntung Lainzer Tiergarten, Bergulmen- und Stechpalmenschutz im Naturwaldreservat Schneeberg, Anzuchtversuche Österreichische Mehlbeere, Deutsche Tamariske und Wildrosen fortgeführt.

Die Betreuung und Dokumentation der Naturwaldreservate der Abteilung wurde mit den Schwerpunkten Moosgraben, Himmelwiese, Leopoldsberg, Schneeberg; (820,0 ha) fortgeführt, das Naturwaldreservat Johannserkogel wurde von 21,0 auf ca. 65,0 ha erweitert.

Mit dem „Verein Niederösterreich - Wien - gemeinsame Erholungsräume" erfolgte die Durchführung bzw. Vorbereitung der Projekte „Pflegekonzept Schwarzenbergpark und Elisabethhöhe", „Auswertung der Zählung und Befragung der Wienerwaldbesucher", „Naturlehrpfad Lainzer Tiergarten", „Aussichtsturm Laaer Wald", „Radwege im Wienerwald und Inzersdorf", „Radiästhetischer Führer Wienerwald", „Beschilderung Stadtwanderwege", „Neugestaltung der Wege im Lainzer Tiergarten", „Sanierung des Brunnens der albertinischen Wasserleitung", „Revitalisierung Ruinenvilla", „Sanierung Hanslteich" und „Radweg Auhof".

Zum Projekt „Standortkartierung Quellenschutzforste" erfolgten die Präsentation des Berichtes zu den Revieren Schreier (FV Wildalpen) und Hirschwang-Schneeberg sowie die Kartierung im Gelände Revier Höllental-Rax, FV Naßwald (2.500 ha).

Weiters wurden verschiedene Forschungsprojekte wie z.B. Hochlagenkartierung, Monitoringprojekt Auftaumittel Kaliumkarbonat, Monitoringprojekt Deponierekultivierung und Kompostanwendung für Nutzungen außerhalb des biologischen Landbaues koordiniert und betreut.

Die 40 Waldkinderspielplätze wurden laufend überprüft, die Spielplätze Neilreichgasse, Rohrerbad und Steinhofgründe erneuert sowie in den Erholungsgebieten Leberberg, Wienerberg Ost, Gasthaus Lindwurm und Krapfenwaldwiese neue Spielplätze angelegt.

Die 10 Stadtwanderwege und 8 Waldklassenzimmer wurden kontrolliert, das Waldklassenzimmer Simmering sowie die 47 Übersichtstafeln sämtlicher Stadtwanderwege wurden neu gestaltet.

Im Bereich Waldpädagogik wurde mit der Errichtung der „Wiener Waldschule" (Jubiläumswarte) begonnen, die „Woche des Waldes" koordiniert (Teilnahme von rund 1.000 Schüler). Weiters erfolgten die Organisation und Betreuung von 94 Exkursionen und Führungen für Schulen sowie die Betreuung und Information über Wald und Grünraum in Wien auf mehreren Veranstaltungen, wie Ausstellung Stadtschulrat, Ferienspiel u.a.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung bestand im Jahre 1997 aus folgenden Aktivitäten:
- Führung von 25 forstlichen Fachexkursionen einschließlich Betreuung ausländischer Delegationen
- Medienarbeit
- Presseaussendungen
- Betreuung von Medienvertretern (Interviews, Fototermine, Filmaufnahmen, Pressemappen)
- Pressefahrten: FV Lobau (2x), FV Hirschwang, FV Naßwald, FV Wildalpen
- Entwurf bzw. Mitarbeit bei der Erstellung von Broschüren
- Die Quellenschutzwälder der Stadt Wien
- Stadtwanderwege - Neuauflage
- Organistation und Redaktion der Beiträge der Abteilung in der Österreichischen Forstzeitung 7/97
- Wiener Stadtrundfahrten
- Lebendiger Stadtwald

– Der Wald junger WienerInnen
– Telefonische und schriftliche Behandlung von Anfragen und Beschwerden
– Betreuung von Naturschutzgruppen, Zusammenarbeit bei Projekten:
– Kuratorium „Rettet den Wald“: Lebensbaumkreis
– World Wildlife Fund: „Tour-Natur“
– Dekoration eines Schaufensters der BAWAG-Rochusgasse
– Teilnahme an Schulwaldaufforstungen
– Junge Wälder-Aufforstung
– Waldjugendspiel
– Seminar und Schulungsfahrten für Stadtrundfahrtenbegleiter
– MA 49-Ausstellung in der Stadtinformation
– Betreuung der Internetseiten der MA 49
– Fortführung der Chronik des Forstamtes

Vom Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie wurden im Jahre 1997 folgende Forschungsvorhaben weitergeführt, neu begonnen bzw. vorbereitet:

– Betreuung von 6 Dissertationen und 3 Diplomarbeiten
– Approbation von 6 Diplomarbeiten
– Untersuchungen zur Austestung der Qualität von Komposten aus der Biotonne bei der Anwendung in Landwirtschaft und Gartenbau
– Forschung zu Auswirkungen des Einsatzes von Komposten aus der Biotonne auf die Nitratdynamik in Boden und Pflanze sowie die Regenwurmfauna
– bodenbiologische Untersuchungen
– Mitarbeit am EU-Projekt DOCEA zur Weiterentwicklung von auf biologischen Landbau spezialisierten Literaturdatenbanken
– Ökologisch orientierte Methoden zur Minimierung des Befalles mit Getreidehähnchen (Oulema melanopus)
– Untersuchungen zur Verbesserung der Qualität von Ölkürbissaatgut
– Mitarbeit am EU-PHARE-Projekt zur Errichtung von Demonstrationsfarmen für biologische Wirtschaftsweise
– Fütterungsversuche und Futterwahlversuche mit Laborratten als integrative Testmethoden zur Ermittlung der ernährungsphysiologischen Qualität landwirtschaftlicher Produkte
– Mikrobiologische Untersuchungen zur Erfassung des Nacherntеverhaltens und der Lagerqualität von landwirtschaftlichen Produkten
– Marktorientierte Angebotsuntersuchung von biologisch und konventionell angebauten Produkten bezüglich Nacherntеverhaltens
– Untersuchung zur pfluglosen Mulchstreifenmischkultur
– Untersuchung der Stickoxydausgasung aus landwirtschaftlich genutzten Böden bei unterschiedlicher Düngung
– Erfassung der Auswirkung eines alternativen Streusalzes (Kaliumkarbonat) auf Pflanzen und Boden
– Eigenschaften herkömmlicher und speziell für den Bio-Landbau gezüchteter Winterweizensorten unter den praktischen Bedingungen des Biologischen Landbaues
– Wechselwirkungen zwischen agrarlandschaftlichen Strukturelementen und Ackerflächen
– Inovationsprojekt zur Verbesserung der Saatgutvermehrung im biologischen Landbau gemeinsam mit dem Institut für Saatgut des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft/Wien, dem Institut für Ökologische Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur und der Abteilung Biologische Landwirtschaft am Bundesamt für Agrarbiologie/Linz
– Monitoring von Rapsschädlingen und ihrer natürlichen Gegenspieler im Wiener Raum
– Ausbringungsversuch von Eiparasiten zur Bekämpfung des Erbsenwicklers (Cydia nigricana) im biologischen Landbau
– Einsatz von Blütenstreifen in Broccoli zur natürlichen Schädlingsregulation
– Öffentlichkeitsarbeit zu den oben genannten Themen
– Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:
– Ökologische Bewirtschaftung von Kleingärten
– Gestaltung von Ökokindergärten
– Mitarbeit im Rahmen des Wiener Abfallwirtschafts-Konzeptes
– Ökologische und rechtliche Grundlagen des biologischen Landbaues
– Umstellung von viehlos wirtschaftenden Ackerbaubetrieben auf biologischen Landbau

Die wissenschaftlichen Tätigkeiten dokumentierten sich im Berichtsjahr in vierzig Publikationen, zwei weitere waren in Druck.

# Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens

Im Berichtszeitraum fielen insgesamt 7.043 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 6.988 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 17 Agenden die Agrarbehörde und 33 administrative Berufungen; 5 Geschäftsstücke bezogen sich auf Unfälle land- und forstwirtschaftlicher Dienstnehmer.

Über einzelne Aufgabengebiete der Abteilung wird ausgeführt:

## 1. Wasser- und Schiffahrtswesen:

Dem breiten Spektrum der Wasserrechtsangelegenheiten waren 2.707 Geschäftsstücke zuzuordnen. Darunter befanden sich 214 Ansuchen um Bewilligung von Grundwasserentnahmen, aber auch 68 Schadstoffunfälle. Die übrigen Geschäftsstücke verteilten sich unter anderem auf Ansuchen um Erteilung von - teilweise auch im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Freudenau stehenden - Bewilligungen zur Errichtung und Abänderung von Anlagen innerhalb der Grenzen des Hochwasserabflußbereiches fließender Gewässer, zur Vornahme von Einwirkungen auf Gewässer u.a.m., auf Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Beanstandungen, Baggerungen, Deponien und Hochwasserschutzmaßnahmen.

Im Wasserbuch wurden 325 Erledigungen hinsichtlich bestehender, neu verliehener oder erloschener Wasserrechte ersichtlich gemacht und im Lagerbuch 158 Erledigungen verzeichnet. Mit Stand 31. Dezember 1997 waren im Wasserbuch 2.558 aufrechte Wasserrechte ersichtlich. Im Lagerbuch waren zu diesem Zeitpunkt 1.275 Bewilligungen verzeichnet.

Im Zusammenhang mit der Führung des Wasserbuches sind die verstärkt zunehmenden Arbeiten zur Erstellung und Umsetzung eines Programmes für dessen EDV-unterstützten Führung zu nennen.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe bzw. zur Gewinnung von Sand und Kies (§ 31a bzw. 31c Wasserrechtsgesetz 1959) wurden im Berichtszeitraum 183 Bewilligungen eingetragen; der Stand dieses Verzeichnisses betrug am 31. Dezember 1997 19.327 Eintragungen.

Die Abteilung hat neben ihrer Behördentätigkeit in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten vor anderen Behörden vertreten sowie die MA 30, 31, 45, 48 und 49 beraten.

Im Jahr 1997 waren die sich aus den beiden Wasserrechtsgesetz-Novellen (WRG-Novelle 1997 und WRG-Novelle Deponien) ergebenden Konsequenzen in manchen Bereichen (Indirekteinleiter, Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe, Ersatz bestimmter Bewilligungsverfahren durch bloße Anzeigeverfahren, Änderung von Zuständigkeiten, Überwachung von Anpassungspflichten an den Stand der Deponietechnik, einschließlich der Durchführung allfällig behördlich erforderlicher Anordnungen, Bestellung von Deponieaufsichtsorganen usw.) organisatorisch vorzubereiten und teilweise schon umzusetzen. Daneben wurden aber auch bereits laufende Aufgaben (z.B. laufende Überprüfung bestehender Deponien, Fortführung des behördlichen Bewilligungsverfahrens betreffend Instandhaltung, Umbau und Sanierung des Wiener Kanalsystems unter Einbeziehung der Hauptkläranlage und der Kläranlage Blumental in ein umfassendes Wiener Abwasserbeseitigungskonzept, Altlastensanierung usw.) weiterbetrieben.

Neben diesen Aufgaben wurden auch Arbeiten zur Konkretisierung von Maßnahmen im Sinne des § 33f WRG 1959 (Erklärung von Bereichen zu Grundwassersanierungsgebieten, Überprüfung von Anlagen, Verfügung besonderer Reinhaltemaßnahmen) weitergeführt und wegen verschiedener grenzüberschreitender Probleme sowohl Koordinierungs- und Vereinbarungsgespräche mit dem Bund als auch mit den übrigen Bundesländern zum Zweck des Abschlusses entsprechender Vereinbarungen zur Umsetzung von Richtlinien der EU geführt bzw. an solchen Expertengesprächen teilgenommen.

Im Bereich des Schiffahrtswesens wurden 2.127 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 61 Geschäftsstücke auf Schiffahrtsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 907 auf Ausstellung oder Änderung von Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge, 294 auf Zurücklegung von Schiffspapieren und Kennzeichen sowie Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge, 7 auf Ausstellung und Zurücklegung von Internationalen Zertifikaten für Sportfahrzeuge sowie 6 auf Zuweisung von Probekennzeichen. Weiters hatte die Abteilung 314 Anträge auf Zulassung oder Änderung von Zulassungen zur Seeschiffahrt, einschließlich der Ausstellung von Seebriefen sowie 4 Zurücklegungen von Seebriefen zu bearbeiten und 63 Verfahren auf Feststellung oder Widerruf des Rechtes zur Führung der österreichischen Seeflagge durchzuführen.

1997 wurden die anstehenden (Teil)Kollaudierungen von Teilanlagen des in seiner Realisierungsendphase befindlichen Kraftwerkes Freudenau vorgenommen und die hiefür erforderlichen Benützungsbewilligungen erteilt.

458 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen, die Ausstellung bzw. Änderung von Schiffsführerpatenten sowie die Ausstellung von Internationalen Zertifikaten für Führer von Sportfahrzeugen. Zur Schiffsführerprüfung wurden 184 Bewerber zugelassen. Bei 11 abgehaltenen Prüfungen wurden 184 Kandidaten geprüft, davon bestanden 172 die Prüfung.

Außerdem prüfte die bei der Abteilung eingerichtete Eignungsprüfungskommission 13 Bewerber um eine Konzession zur gewerbsmäßigen Ausübung der Schiffahrt mit Wohnsitz in Wien, Niederösterreich oder dem Burgenland.

In wasser- und schiffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden insgesamt 389 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten.

## 2. EU-Angelegenheiten:

Im Berichtsjahr wurden weiters zahlreiche Stellungnahmen im Rahmen interner und externer Begutachtungsverfahren - auch bezüglich EU-Richtlinien - abgegeben und zu zahlreichen Expertengesprächen Vertreter entsandt.

Schließlich wurden nach Maßgabe der EU-Richtlinie über ein Informationsaustauschverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften - sprunghaft ansteigend - federführend Koordinierungsaufgaben betreffend die Prüfung und Beurteilung technischer Vorschriften anderer Mitgliedstaaten, ob Handelshemmnisse, die den freien Warenverkehr innerhalb des Binnenmarktes verhindern könnten, vorliegen und EU-Konformität gegeben ist, bewältigt.

## 3. Land- und Forstwirtschaftsinspektion:

Die Wiener Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat im Berichtsjahr 161 Kontrollen in 145 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Diese Kontrollen verteilten sich auf 88 Gartenbaubetriebe, 46 Weinbaubetriebe, 23 bäuerliche Betriebe, einen genossenschaftlichen Betrieb und drei sonstige landwirtschaftliche Betriebe. Dabei wurden insgesamt 242 Beanstandungen vorgenommen und zur Abstellung festgestellter Mängel und sicherheitstechnischer Gefahren 111 Aufträge erteilt.

Weiters hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion in Wahrnehmung des Dienstnehmerschutzes an 28 baubehördlichen Verfahren teilgenommen und dabei 15 einschlägige Anträge gestellt. Auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. zu internationalen Übereinkommen 10 Stellungnahmen abgegeben.

In Angelegenheiten der Berufs- und Lehrlingsausbildung wurden 8 Lehrbetriebe kontrolliert. In vier Verfahren zur Anerkennung von Lehrbetrieben wurden von der Land- und Forstwirtschaftsinspektion gutachterliche Stellungnahmen abgegeben.

## 4. Landarbeitsrecht:

Die der Umsetzung der in der zweiten Diplomanerkennungsrichtlinie (92/51/EWG) enthaltenen Regelungen hinsichtlich der Anerkennung von Ausbildungen zum Meister in der Land- und Forstwirtschaft dienende Novelle zur Wiener land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1992, LGBl. für Wien Nr. 35, in der Fassung des Gesetzes LGBl. für Wien Nr. 18/1994, wurde nach dem Beschluß durch den Landtag im LGBl. für Wien Nr. 21/1997 kundgemacht.

Das Verfahren zur Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Prüfungskommissionen für die Abhaltung der Gärtnermeisterprüfung und der Gärtnerfacharbeiterprüfung wurde Anfang 1997 abgeschlossen und ist mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 18. März 1997, Pr.Z. 0447/97, die Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder dieser Prüfungskommissionen erfolgt.

Da mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 16. Dezember 1996, Pr.Z. 2305/96, eine Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Gleichbehandlungskommission nach dem Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 25/1980, in der Fassung des Gesetzes LGBl. für Wien Nr. 7/1994, erfolgt ist, wurde am 23. Mai 1997 zwecks Angelobung der neubestellten Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Gleichbehandlungskommission eine Sitzung dieser Kommission abgehalten.

Im August 1997 wurde vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Entwurf einer der Anpassung an die zahlreichen EU-Richtlinien betreffend die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer dienenden Novelle zum Landarbeitsgesetz 1984 zur externen Begutachtung ausgesendet. Mit dieser Novelle werden die für die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze geändert bzw. werden neue Grundsätze aufgestellt werden und wird mit der Erlassung der gegenständlichen Novelle eine Anpassung der Wiener Landarbeitsordnung 1990, LGBl. für Wien Nr. 33, in der Fassung des Gesetzes LGBl. für Wien Nr. 39/1995, als Landesausführungsgesetz erforderlich werden.

Im Hinblick auf den großen Umfang der mit Erlassung der Novelle notwendig werdenden legistischen Arbeiten wurde schon im Oktober 1997 mit Vorarbeiten begonnen.

## 5. Land- und Forstwirtschaft:

Im Rahmen der von der Abteilung zu besorgenden landwirtschaftlichen Fachbegutachtung wurden im Berichtsjahr 335 Gutachten, Stellungnahmen und Überprüfungen für Bundesministerien und Magistratsdienststellen abgegeben bzw. durchgeführt. Davon entfielen 216 auf agrarische Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Stadt Wien, 31 auf allgemeine Fachangelegenheiten, 23 auf die Zulässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel bzw. Grünland - Ländliches Gebiet, 10 auf Grundabteilungen und Abschreibungen in diesen Gebieten, 18 auf Angelegenheiten der Stadtplanung, 12 auf die Angemessenheit von Pachtzinsen und 25 auf Stellungnahmen zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen.

Für die Befundaufnahmen zu diesen Fachbegutachtungen waren 242 Ortserhebungen bzw. Lokalaugenscheine und 25 Besprechungen erforderlich.

Breiten Raum nahmen weiterhin die mit der europäischen Agrarpolitik im Zusammenhang stehenden Aufgaben ein, wobei im Berichtsjahr diesem Aufgabenschwerpunkt 108 Geschäftsfälle zuzuordnen sind. Im Vordergrund stand vor allem der Bereich der Agrarförderungen. Zu diesem Thema fanden zahlreiche Besprechungen mit Vertretern des Bundes, der Länder und vor allem der Wiener Landwirtschaftskammer zur Umsetzung der Förderungsrichtlinien für eine möglichst optimale Ausschöpfung der von der EU, Bund und Land kofinanzierten Förderungsmittel für die österreichische Landwirtschaft statt.

Der auf Grund zahlreicher, von der Landwirtschaftskammer für Wien vorgebrachter Änderungswünsche ausgearbeitete Entwurf einer Novelle zum Wiener Buschenschankgesetz, LGBl. für Wien Nr. 4/1976, in der Fassung des Gesetzes LGBl. für Wien Nr. 76/1995, wurde im Laufe des Jahres 1997 auf Grund der Ergebnisse des externen Begutachtungsverfahrens überarbeitet und sodann am 28. November 1997 durch den Landtag beschlossen.

Der von der Landwirtschaftskammer für Wien zwecks Übertragung der dem Landeshauptmann von Wien nach dem Rebenverkehrsgesetz 1996, BGBl. Nr. 418, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 793/1996, obliegenden Aufgaben gewünschte Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die Übertragung von Aufgaben nach dem Rebenverkehrsgesetz 1996 an die Wiener Landwirtschaftskammer wurde im Frühjahr 1997 einer externen Begutachtung unterzogen. Die diesbezügliche Verordnung des Landeshauptmannes von Wien wurde nach Beschlußfassung durch die Landesregierung im LGBl. für Wien Nr. 27/1997 kundgemacht.

Im Zuge einer Überprüfung der Weinbaufluren hat sich gezeigt, daß es notwendig ist, eine Anpassung gegenüber der Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Weinbaufluren abgegrenzt werden, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 37/1995, vorzunehmen. Im Hinblick darauf, daß fast in allen Katastralgemeinden Löschungen und (oder) Neuzugänge von Grundstücken erfolgen, wird aus Gründen der Übersichtlichkeit die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Weinbaufluren abgegrenzt werden, nicht geändert, sondern neu erlassen. Somit wurde im September 1997 mit den legistischen Arbeiten zur Erstellung eines diesbezüglichen Verordnungsentwurfes begonnen und dieser im Oktober 1997 einem internen Begutachtungsverfahren unterzogen. Die Aussendung des Entwurfes im externen Begutachtungsverfahren wurde im Dezember 1997 vorgenommen.

### 6. Bodenreform:

Bei der bei der Abteilung eingerichteten Agrarbehörde I. Instanz fielen im Berichtsjahr 17 Geschäftsfälle, die im wesentlichen die Feststellung von Grunderwerbsvorgängen als landwirtschaftliche Siedlungsmaßnahme sowie die Zustimmung zur Belastung und Veräußerung von Liegenschaften nach den Bestimmungen des Wiener Landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes betrafen, an. Im Zuge dieser Verfahren wurden vom agrartechnischen Referat die für die Erledigung erforderlichen Erhebungen durchgeführt.

### 7. Wiener Landwirtschaftskammer:

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes hat die Abteilung die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsendet.

Weiters wurden Vorarbeiten für die am 8. März 1998 stattfindende Wahl der Mitglieder der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für Wien wie auch für die Befragung der Kammerzugehörigen über den Weiterbestand der Wiener Landwirtschaftskammer geleistet.

### 8. Veterinärwesen:

So wie in den vergangenen Jahren hat die Abteilung in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlichen Tarife für Nutzschweine und die halbjährlichen Tarife für Geflügel ausgearbeitet.

In Umsetzung der Richtlinie 90/667/EWG des Rates vom 27. November 1990 zum Erlaß veterinärrechtlicher Vorschriften für die Beseitigung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer Abfälle und zum Schutz von Futtermitteln tierischen Ursprungs, auch aus Fisch, gegen Krankheitserreger sowie zur Änderung der Richtlinie 90/425/EWG (Amtsblatt Nr. L 363 vom 27. Dezember 1990, Seite 51) - abgeändert durch die Richtlinie 92/118/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992, Amtsblatt Nr. L 62 vom 15. März 1993, Seite 49, erging die Verordnung über die Beseitigung von tierischen Abfällen, LGBl. für Wien Nr. 11/1997.

Mit Verordnungen des Landeshauptmannes, LGBl. für Wien Nr. 17/1997, Nr. 18/1997 und Nr. 19/1997, wurden periodische Untersuchungen von Rinderbeständen auf Rinderleukose, auf Brucellose (Abortus Bang) und auf infektiöse Bovine Rhinotracheitis und infektiöse Pustulöse Vulvovaginitis (IBR/IPV) angeordnet.

Im Zuge von Tarifregulierungen im Bereich des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx wurde ein neuer Entgeltetarif für die Benützung der städtischen Viehmarkt- und Schlachthofeinrichtungen sowie die Inanspruchnahme des städtischen Markthelferpersonals in St. Marx erstellt (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 31/1997).

Weiters wurde - bedingt durch die Schließung des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx per 1. Jänner 1998 - das

legistische Verfahren betreffend Aufhebung der in Wien bestehenden Schlachthauszwänge für Großhornvieh (Rinder), Schweine, Stechvieh (Kälber, Schafe, Ziegen, Lämmer und Kitze) und Einhufer (Pferde) eingeleitet.

9. Tierzucht:

Im April 1997 wurden die legistischen Arbeiten am Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Leistungsprüfungen und Zuchtwertfeststellungen aufgenommen und wurde dieser Entwurf im Herbst 1997 einem externen Begutachtungsverfahren unterzogen.

Weitere Durchführungsverordnungen zum Wiener Tierzuchtgesetz, LGBl. für Wien Nr. 12/1996, werden nach Maßgabe der Prioritäten noch auszuarbeiten sein.

10. Jagdwesen:

Die Arbeiten am Entwurf einer weiteren Novelle zum Wiener Jagdgesetz, LGBl. für Wien Nr. 6/1948, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 9/1993, wurden weitergeführt.

Dieser Entwurf nimmt eine Überarbeitung des seit über vier Jahrzehnten nahezu unveränderten Kataloges der jagdbaren Tiere vor und fügt dem bisherigen Begriffsapparat die zoologische Bezeichnung der einzelnen Wildtiere hinzu.

Außerdem entspräche die im Entwurf vorgesehene Textierung den Regelungen des mit der Richtlinie 94/24/EG geänderten Anhanges II Teil 2 der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten.

Die Ergebnisse des externen Begutachtungsverfahren werden derzeit einer weiteren Erörterung mit allen betroffenen Institutionen und Magistratsdienststellen unterzogen.

In Wien bestanden per 31. Dezember 1996 35 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 18.107 ha, wobei auf einer Fläche von 3.601 ha die Jagd ruht.

11. Fischereiwesen:

In Wien bestehen derzeit 35 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.178,6 ha.

Jeder Fischereiausübungsberechtigte eines über 2.500 m² großen Fischwassers hat alljährlich einen vom Wiener Fischereiausschuß vorzuschreibenden Wirtschaftsbeitrag zu entrichten.

Der für dessen Bemessung heranzuziehende Hundertsatz wurde für die Jahre 1993 bis einschließich 1997 mit einer im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 1/1993 verlautbarten Verordnung des Magistrates der Stadt Wien festgesetzt.

Im heurigen Jahr wurde eine für die Jahre 1998 bis einschließlich 2000 geltende Verordnung ausgearbeitet und im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 52/1997 kundgemacht.

12. Tierschutz:

Die Novelle zur 1. Wiener Tierschutz- und Tierhalteverordnung wurde fertiggestellt und im LGBl. für Wien Nr. 22/1997 kundgemacht.

Die in Umsetzung der Richtlinie 93/119/EG ausgearbeitete Verordnung über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung wurde fertiggestellt und im LGBl. für Wien Nr. 32/1997 kundgemacht.

Zwecks Umsetzung der Richtlinie 97/2/EG wie auch der Entscheidung der Kommission 97/182/EG wurde eine Änderung der Verordnung der Wiener Landesregierung über die Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel, LGBl. für Wien Nr. 40/1996, vorbereitet und sind die diesbezüglichen Begutachtungsverfahren bereits abgeschlossen, so daß nach Zustimmung der Magistratsdirektion - Verfassungs- und Rechtsmittelbüro die Vorlage des Entwurfes an die Wiener Landesregierung erfolgen wird.

Weiters wurde ein erster Entwurf einer Verordnung über die Haltung von Pferden ausgearbeitet. Durch diese Verordnung sollen Mindestanforderungen für die Haltung von Pferden - insbesondere die Stallhaltung betreffend - festgelegt und darüber hinaus auch noch andere Bereiche (z.B. Haltung im Freien, Haltung von Fiakerpferden, verbotene Eingriffe) einer Regelung unterzogen werden.

In Entsprechung des Beschlusses der Landeshauptmännerkonferenz vom 5. Juni 1997 hinsichtlich Abschluß einer Art. 15a B-VG - Vereinbarung betreffend den außerlandwirtschaftlichen Tierschutz hat die Abteilung an der Erstellung eines entsprechenden Entwurfes mitgewirkt und an drei Länderexpertenkonferenzen in Salzburg teilgenommen. Unter Zugrundelegung der von der Wiener Umweltanwaltschaft erstellten Richtlinien für die Haltung von Wildtieren in Zirkusunternehmen hat das Land Wien dabei einen Vorschlag für diesen Bereich ausgearbeitet und auch bei der Konkretisierung der anderen Teilbereiche mitgewirkt. Der derzeit im Stadium der Endredaktion befindliche Entwurf legt Mindestanforderungen für die Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Varietes, weiters für die Haltung von Hunden, Vögeln, Kleinnagern, Reptilien, Zierfischen sowie für Tierheime fest und enthält darüber hinaus auch noch ein allgemeines Verbot der Tierquälerei bzw. eine demonstrative Aufzählung der häufigsten Formen von Tierquälerei.

13. Pflanzenschutz:

Aus der Aufnahme Österreichs in die Europäische Union resultiert die Verpflichtung, die Richtlinie 69/464/EWG vom 8. Dezember 1969 zur Bekämpfung des Kartoffelkrebses, die Richtlinie 69/465/EWG vom 8. Dezember 1969

zur Bekämpfung des Kartoffelnematoden, die Richtlinie 74/647/EWG vom 9. Dezember 1974 zur Bekämpfung von Nelkenwicklern und die Richtlinie 93/85/EWG vom 4. Oktober 1993 zur Bekämpfung der bakteriellen Ringfäule der Kartoffel in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Auf Grund der Kompetenzbestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes sind die erforderlichen nationalen Regelungen in Österreich von den Ländern zu erlassen.

Die Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Bekämpfung des Kartoffelkrebses wurde im LGBl. für Wien Nr. 24/1997, die Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend den Schutz von Kulturpflanzen gegen Kartoffelnematoden im LGBl. für Wien Nr. 25/1997 und die Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Bekämpfung von Nelkenwicklern im LGBl. für Wien Nr. 26/1997 kundgemacht.

Zur Bekämpfung der bakteriellen Rindfäule der Kartoffel ist zu bemerken, daß ein die gebotenen Maßnahmen regelnder Verordnungsentwurf bereits ausgearbeitet wurde und im ersten Quartal 1998 der Wiener Landesregierung zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird.

## Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Im Jahr 1997 war es nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Abteilung, die Agenden als Berufungsbehörde wahrzunehmen. Die zu bearbeitenden Berufungsfälle betrafen hauptsächlich Administrativsachen, wie etwa die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen (§ 29b StVO 1960), weiters die Erledigung von Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Entziehung von Lenkerberechtigungen (nach der neuen Rechtslage „Lenkberechtigungen"), die Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen sowie die Entfernung von Verkehrshindernissen, insbesondere betreffend Kostenvorschreibungen für die Abschleppung von Fahrzeugen (§ 89a StVO 1960) und Kostenvorschreibungen für die Beseitigung gröblicher Verunreinigungen der Straße (§ 92 StVO 1960).

Darüber hinaus waren noch zahlreiche Berufungsverfahren betreffend die Abweisung von Anträgen auf Parkausnahmegenehmigung für ein zeitlich uneingeschränktes Parken in den flächendeckenden Kurzparkzonen der von der Parkraumbewirtschaftung betroffenen Bezirke 1 und 4 bis 9 (sog. „Parkpickerl") zu erledigen.

In einigen Fällen hatte die Abteilung die verkehrsrechtlichen Aufgaben als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde - dies auch in Verwaltungsstrafsachen - wahrzunehmen.

In legistischer Hinsicht waren 1997 mehrere straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften fachlich zu begutachten. Hervorzuheben sind insbesondere die Entwürfe für Novellen zum Führerscheingesetz und zum Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz, der Entwurf eines neuen Gefahrgutbeförderungsgesetzes und Entwürfe einer Zulassungsstellenverordnung, einer Prüf- und Begutachtungsstellenverordnung, einer Heereslenkberechtigungsverordnung sowie einer 43. Novelle zur Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967.

Zur Wahrung der Interessen des Landes Wien wurde auch 1997 wieder an verschiedenen Fachtagungen und Länderkonferenzen, die jährlich abgehalten werden, teilgenommen. Dazu sind insbesondere die Expertenkonferenz der beamteten Verkehrsreferenten, die Kraftfahrreferententagung, die Tagung der Gefahrgutsachverständigen, die Fahrschulreferententagung und zwei internationale Kraftfahrlinienkonferenzen (mit den Nachbarländern Österreichs) anzuführen.

Im Fahrschulbereich war es wie bisher eine wichtige Aufgabe des in der Abteilung eingerichteten Fahrschulinspektorates, die ordentliche und gesetzmäßige Ausbildung der Führerscheinwerber in den Fahrschulen zu überwachen. Zusätzlich stellten auch die in der Abteilung regelmäßig abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein wichtiges Regulativ für das Niveau der Ausbildung in den Fahrschulen dar.

Auch die Verfügbarkeit und Eignung der gesetzlich vorgeschriebenen Übungsplätze der Wiener Fahrschulen wurden regelmäßig überprüft. Weiters wurden die vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten, die vorschriftsmäßige Ausbildung der fremdsprachigen Fahrschüler sowie die Einhaltung der Meldepflichten der Fahrschulinhaber (hinsichtlich der verwendeten Schulfahrzeuge und des eingesetzten Lehrpersonals) kontrolliert.

Der Einhaltung der Mindestkursdauer für die Ausbildung der Führerscheinwerber (14-Tage-Kurse) und dem Aushang betreffend die vollständige und übersichtliche Darstellung der Preise für die von den Fahrschulen angebotenen Leistungen wurde besonderes Augenmerk gewidmet.

Im Fahrschulreferat wurden im Jahre 1997 insgesamt rund 910 Geschäftsfälle bearbeitet, nämlich Erteilung von Fahrschulbewilligungen, Genehmigung von Fahrschulleitern, Genehmigung von Schulfahrzeugen, Ausstellung der Fahr(schul)lehrerausweise, Erteilung, Erweiterung und Entziehung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen. Auf Grund von Anträgen auf Erteilung oder Erweiterung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen wurden im Berichtsjahr laufend Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 79 neue oder erweiterte Berechtigungen sind nach bestandener Prüfung erteilt worden; Kandidaten, die die Lehrbefähigungsprüfung dreimal nicht bestanden hatten, mußten vom Beruf des Fahr(schul)lehrers bescheidmäßig auf die Dauer von fünf Jahren ausgeschlossen werden.

Im Kraftfahrlinienreferat wurden im Berichtsjahr zum Zwecke der bescheidmäßigen Festsetzung von Haltestellen zahlreiche Ortsverhandlungen durchgeführt (Überprüfung, Verlegung oder Neufestsetzung von Haltestellen).

Die Zuständigkeit zur Haltestellenfestsetzung erstreckt sich auf sämtliche in Wien verkehrende öffentliche und private Kraftfahrlinien (Einlandlinien, Mehrlandlinien und internationale Kraftfahrlinien).

Als Konzessionsbehörde für die privaten Einlandlinien waren Konzessionsänderungen bzw. -verlängerungen zu behandeln, sowie die Fahrpläne und -preise konzessionsbehördlich zu genehmigen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr erfolgten zahlreiche Stellungnahmen (nach durchgeführtem Ermittlungsverfahren) bezüglich Straßeneignung und Bestehen der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für Kraftfahrlinien, die in den Zuständigkeitsbereich des genannten Bundesministeriums als Konzessionsbehörde fallen (Wiener Stadtwerke, Wiener Linien, öffentliche und private Mehrlandlinien, sowie internationale Kraftfahrlinien).

Im Zusammenhang mit sonstigen - insbesondere baulichen - Angelegenheiten, die den Kraftfahrlinienverkehr betrafen, wurde an von anderen Dienststellen angesetzten Ortsverhandlungen teilgenommen, bzw. wurden diesbezügliche Stellungnahmen und Auskünfte erstattet.

Schließlich stand das Kraftfahrlinienreferat im Sinne der Manuduktionspflicht für Auskünfte von Parteien (insbesondere Konzessionswerber) zur Verfügung.

Statistisch ergibt sich für die Dienststelle im Berichtsjahr zusammenfassend folgendes Bild: Im Jahre 1997 langten insgesamt 4.912 Geschäftsstücke zur Bearbeitung ein, wovon 53 Gegenschriften an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) auszuarbeiten waren. Demgegenüber sind 1997 insgesamt 4.678 Geschäftsstücke erledigt worden.

## Parkraumüberwachung

### 1. Überblick:

Die Hauptaufgaben der Abteilung im Berichtsjahr 1997 können in kurzer Form wie folgt dargestellt werden:

1. Es kam zur Umstrukturierung der Abteilung wegen der durch Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien per 29. November 1996 erfolgten Übernahme der Agenden der Kurzparkzonenüberwachung und der Strafverfahren wegen Übertretungen des Parkometergesetzes.
2. Die Verwaltungsstrafverfahren wurden wegen Nichterteilung der Lenkerauskünfte bei Übertretungen der Straßenverkehrsordnung in das Strafenprogramm des Referates Verkehrsstrafen eingebaut.
3. Es erfolgten die Optimierung des Systems der Kurzparkzonenüberwachung und Personalaufnahmen in den Bereichen Kurzparkzonenüberwachung und Überwachung des ruhenden Verkehrs (Außendienst).

Zum Stichtag 31. Dezember 1997 waren in der Abteilung insgesamt 335 MitarbeiterInnen beschäftigt, davon 183 in den Innendienstbereichen (Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz) und 142 AußendienstmitarbeiterInnen, davon 77 zur Bundespolizeidirektion Wien abgeordnete Parkraumüberwachungsorgane und 65 MitarbeiterInnen im Bereich der Kurzparkzonenüberwachung.

### 2. Neustrukturierung der Abteilung

Die nunmehrige Größe der Abteilung sowie die räumlich getrennten Standorte und unterschiedlichen Aufgabenbereiche machten eine Neuorganisation unumgänglich.

Es wurde daher eine Referatsgliederung vorgenommen und vier Referate, nämlich Organisation/Personal/EDV, Ruhender Verkehr, Parkometerstrafen und Kurzparkzonenüberwachung eingerichtet.

Die Parkraumüberwachungsgruppe ist funktionell Teil der Verkehrsabteilung der Bundespolizeidirektion Wien und daher kein eigenes Referat der Abteilung.

### 3. Überwachung des ruhenden Verkehrs

Die Überwachung des ruhenden Verkehrs durch Organe der Parkraumüberwachung hat sich im Berichtsjahr gegenüber den Vorjahren lediglich räumlich ausgeweitet, die schwerpunktmäßige Überwachung von Straßenzügen mit öffentlichem Verkehr und erhöhtem Verkehrsaufkommen wurde auf das gesamte Stadtgebiet erstreckt.

Anfang März 1997 wurden 24 Überwachungsorgane neu aufgenommen, um den durch Abgänge und Fluktuation verringerten Personalstand wieder auf Sollstand zu bringen.

Die Zahl der Beanstandungen wegen Übertretungen des ruhenden Verkehrs wiesen im Berichtsjahr insbesondere im ersten Halbjahr einen Rückgang gegenüber den Vergleichszahlen der Vorjahre auf.

### 4. Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz wegen Übertretungen des ruhenden Verkehrs

Durch die 19. Novelle zum Kraftfahrgesetz 1976 (KFG) wurde die Kompetenz zur Führung von Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen des § 103 Abs. 2 KFG (Nichterteilung oder verspätete Erteilung von Lenkerauskünften) der Behörde übertragen, die das Verfahren wegen des Grunddeliktes zu führen hat.

Dies hatte für die Abteilung zur Folge, daß seit Inkrafttreten der Novelle mit 20. August 1997 hinsichtlich aller Übertretungen des ruhenden Verkehrs die zuvor an die Bundespolizeidirektion Wien zuständigkeitshalber abgetretenen Verfahren wegen solcher Verwaltungsübertretungen direkt durch die Abteilung selbst zu führen sind.

Die Implementierung der Strafverfahren wegen Nichterteilung der Lenkerauskunft gemäß § 103 Abs. 2 KFG 1967 bedingte im Referat „Ruhender Verkehr" der Abteilung weitreichende Änderungen in den Bereichen der

EDV-Programme, Personal, räumliche Situation und organisatorische Abläufe, insbesondere war dafür Sorge zu tragen, die zusätzlichen Aufgaben ohne wesentliche Personalaufstockungen bewältigen zu können.

### 5. Kurzparkzonenüberwachung

Die Kurzparkzonenüberwachung wurde im Berichtsjahr mit einem im Vergleich zu den Vorjahren erheblich reduzierten Personalstand begonnen, da ein Teil des Personals nicht in die Abteilung versetzt wurde. Dies hatte zur Folge, daß in den ersten Monaten des Jahres 1997 der Überwachungsbetrieb nicht in der gewünschten Intensität geführt werden konnte.

Im März 1997 konnte der neue Stützpunkt der Kurzparkzonenüberwachung in 1, Gonzagagasse 11, bezogen werden, infolge der nunmehr günstigeren räumlichen Verhältnisse konnten im Sommer 1997 12 neue Überwachungsorgane aufgenommen werden, wodurch sich auch die Überwachungssituation entsprechend verbessert hat.

Parallel dazu wurden flexiblere und effizientere Einsatzmodelle erarbeitet, um trotz des geringeren Personalstandes eine Intensivierung der Überwachungsfrequenz zu gewährleisten.

Diese Maßnahmen waren insbesondere deshalb unabdingbar, weil ab Juni 1997 im 4. und 5. Wiener Gemeindebezirk flächendeckende Kurzparkzonen eingerichtet wurden und dadurch die Anzahl der zu überwachenden Stellplätze schlagartig von rund 47.000 auf rund 67.000 gestiegen ist.

Die Zahl der im Berichtsjahr geahndeten Übertretungen des Parkometergesetzes liegt trotz des erwähnten geringeren Personalstandes an Überwachungsorganen insbesondere im zweiten Halbjahr teilweise über den Vergleichszeiträumen der Vorjahre.

### 6. Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz nach dem Wiener Parkometergesetz

Das nunmehrige Referat Parkometerstrafen wurde von der Abteilung in einer Phase der Umstellung übernommen.

Kurz vor Ende 1996 wurde ein komplett neues EDV-Strafenprogramm eingeführt, so daß neben der Etablierung von geeigneten Leitungsstrukturen innerhalb des Referates auch die MitarbeiterInnen hinsichtlich der geänderten Programm- und Organisationsabläufe zu schulen waren.

Es war dabei von Vorteil, daß dieses neue Parkometerstrafenprogramm aus dem bestehenden Verkehrsstrafenprogramm der Abteilung entwickelt wurde und daher mit diesem in weiten Bereichen ident ist, so daß auf die vorliegenden Erfahrungswerte zurückgegriffen werden konnte.

Die Zahl der ordentlichen Verfahren wegen Übertretungen des Parkometergesetzes ist durch Einführung der Anonymverfügung für diese Übertretungen per Ende 1996 im Vergleich zu den Vorjahren stark zurückgegangen, da ein Großteil der Bestraften von der nunmehr angebotenen Möglichkeit der Zahlung einer Anonymverfügung ohne die Folgen einer verwaltungs- strafrechtlichen Vormerkung Gebrauch macht.

## Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Magistratsabteilung 68, Feuerwehr der Stadt Wien, hatte im Verwaltungsjahr 1997 30.042 Einsätze zu verzeichnen. Vorgeschrieben wurden Gebühren und Kostenersätze in Höhe von rund 36,589.000 S; das ergab im Vergleich zum Verwaltungsjahr 1996 eine Steigerung der Einnahmen von 1,573.000 S.

Auch im Verwaltungsjahr 1997 stand ausgabenseitig der Neubau der Hauptfeuerwache „Floridsdorf" im Vordergrund. Die 9. Baurate, ursprünglich in Höhe von 134,500.000 S veranschlagt gewesen, wurde um rund 50.000 S überschritten. Die geringfügige Erhöhung war notwendig, weil im Zusammenhang mit der Einrichtung des Brandhauses der neuen Hauptfeuerwache eine Bestellung getätigt werden mußte, so daß eine Preisbindung für die Verwaltungsjahre 1998/99 fixiert werden konnte. Für die Weiterführung der laufenden Arbeiten in den Hauptfeuerwachen „Donaustadt" und „Mariahilf" wurden zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 7,700.000 S durch Beschluß des Gemeinderatsausschusses für „Umwelt und Verkehrskoordination" genehmigt.

Ein Hinauszögern der Arbeiten hätte den Wachebetrieb erheblich beeinträchtigt und Preiserhöhungen wären nicht auszuschließen gewesen. Auch zur Sanierung der dem Sicherheitskontrollamt bereits vor zwölf Jahren angezeigten Baumängel in der Hauptfeuerwache „Hernals" konnten Verstärkungsmittel zur Erneuerung der Sanitäranlagen, der Instandsetzung sämtlicher Aufenthaltsräume, Ruheräume, Schulräume sowie zur Fassadeninstandsetzung herangezogen werden. Insgesamt wurden für die Ausgabepost 010, Gebäude, 10 Millionen Schilling an zusätzlichen Budgetmitteln zur Verfügung gestellt.

Die Abteilung war auch im Verwaltungsjahr 1997 bemüht, den Fahrpark zu erneuern und auf den letzten Stand der Technik zu bringen. Aus Mitteln des Katastrophenfonds wurde der Bau einer Drehleiter, Rettungshöhe 30 m, mit Rettungskorb in Auftrag gegeben. Dieses Hubrettungsgerät soll eine im Lieferjahr bereits 21 Jahre alte und sehr störungsanfällige Drehleiter ersetzen. Der Rettungskorb ist bei dieser Drehleiter so konstruiert, daß er im Fahrbetrieb an der Leiterspitze verbleiben kann. Möglich ist dies durch einen mittlerweile zum Standard zählenden, über den Leitersatz klapp- bzw. stülpbaren Rettungskorb. Der Korb ist an der Einsatzstelle sofort einsatzbereit. Ein zeit- und personalaufwendiges Einhängen zu Einsatzbeginn ist nicht mehr erforderlich. Ein am Rettungskorb montierbarer und diesem aus zu bedienender Wasserwerfer sowie eine Krankentragenhalterung gehören ebenfalls zur Ausrüstung und erweitern die Einsatzmöglichkeiten dieser neuen Drehleiter.

Hervorzuheben wäre auch die Auftragsvergabe für vier Großtanklöschfahrzeuge.

Die neuen Großtanklöschfahrzeuge verfügen über eine leistungsstarke Löschpumpe, einen 9.500 Liter fassenden Löschwassertank, zwei Schaummitteltanks mit je 600 Liter Inhalt, eine Netzmitteleinspeisanlage, einen von der Fahrerkabine aus fernsteuerbaren Schaum-Wasser-Werfer und eine feuerwehrtechnische Ausrüstung.

Wie auch aus Medienberichten ersichtlich, ist die Berufsfeuerwehr der Stadt Wien mit einer steigenden Zahl von Schadstoffeinsätzen konfrontiert. Im Verwaltungsjahr 1997 wurde daher ein Wechselaufbau für Dekontimationseinsätze in Auftrag gegeben. Dieser Wechselaufbau soll in erster Linie die zeitgemäße Dekontamination von Personen, Schutzanzügen, Geräten und Fahrzeugen im Zuge von Schadstoffeinsätzen ermöglichen.

## Auszüge aus der unmittelbaren Feuerwehrarbeit

Aus ungeklärter Ursache war am 21. Mai 1997 ein mit etwa 12 m³ in zwei Kammern mit Heizöl befüllter Tankwagenanhänger in Höhe des Fußgängersteges (Kaisermühlen) umgekippt. Der Tank wurde dabei nicht beschädigt, es traten lediglich geringe Mengen Heizöl aus den Domdeckeln aus. Es wurde vorbeugender Brandschutz durch das Universallöschfahrzeug/Leopoldstadt und in weiterer Folge zusätzlich durch das Universallöschfahrzeug/Donaustadt, den Wechsellader-Pulver/Landstraße sowie die Großtankfahrzeuge Floridsdorf und Döbling sichergestellt. Durch die beiden Universallöschfahrzeuge wurde je ein Schaumrohr, durch das Universallöschfahrzeug/Leopoldstadt zusätzlich ein Pulverrohr in Vorbereitung genommen. Infolge Ausbringens von vier Säcken Ölbindemittel (Absodan) und den Einsatz von mehreren Kanalabdeckbehältern wurde ein Eindringen des Schadstoffes in die Kanalisation verhindert. Der Tankwagenanhänger wurde vom Zugfahrzeug abgekoppelt und vor bzw. hinter dem Anhänger ein Kranfahrzeug in Stellung gebracht. Der Tankwagenanhänger wurde an jedem Ende mittels aus Rundschlingen und Stahlseilen zusammengefügten Endlosschlaufen umfangen, welche durch eine Rolle, die am Haken eines Kranfahrzeuges befestigt war, geführt. Der Tankwagenanhänger wurde mit beiden Kranfahrzeugen gleichzeitig angehoben. Da sich der Tankwagenanhänger dabei nicht wie beabsichtigt aufrichtete, wurde mittels Seilwinde (Bergelöschfahrzeug/Leopoldstadt) ein Schrägzug von der gegenüberliegenden Fahrbahn zusätzlich angeschlagen. Die Räder der vorderen Achse wurden dabei mit aus der Lärmschutzwand genommenen bereits vorhandenen Brettern gegen den Randstein der Mittelleitplanke abgestützt. Unter gleichzeitigem Heben, mit beiden Kranfahrzeugen und Spannen des Schrägzuges, wurde der Tankwagenanhänger aufgerichtet. Der aufgerichtete Tankwagenanhänger wurde wieder an das Zugfahrzeug angehängt und das geladene Heizöl in das Zugfahrzeug umgepumpt. Nach dem Umpumpen konnte der Tankwagenzug seine Fahrt aus eigener Kraft soweit fortsetzen, daß die Autobahn zunächst auf zwei Fahrspuren freigegeben werden konnte. Über die Zeit des Aufrichtens des Tankwagenanhängers war die A 22, Fahrtrichtung-Nord, sowie die äußerste linke Fahrspur, Fahrtrichtung-Süd, gesperrt.

Bei Wartungsarbeiten im Kältemaschinenraum der Firma TKL Tiefkühllogistik AG trat am 3. Juni 1997 in 22, Hermann-Gebauer-Straße 3, nach Ausbau eines Schiebers flüssiges Ammoniak aus, wodurch es zu einer massiven Geruchsbelästigung im Firmengelände kam . Versuche den beim 10.000 Liter Ammoniaktank befindlichen Absperrschieber zu schließen schlugen fehl. Alle Beschäftigen konnten den Gefahrenbereich unbeschadet verlassen, die Luftwäscheanlage konnte in Betrieb genommen werden. Ein Versuch der Feuerwehr, gemeinsam mit einem Techniker der Firma den betreffenden Absperrschieber unter Atemschutz zu schließen, mußte abgebrochen werden, da die drei Feuerwehrbeamten des Atemschutztrupps Verätzungen erlitten hatten. Die Verletzten wurden mittels Sprühstrahl dekontaminiert, vom anwesenden Rettungsdienst versorgt und zur Untersuchung ins AKH gebracht, von wo sie in häusliche Pflege entlassen wurden. Von einem weiteren Trupp in Gasschutzanzügen konnte ein weiterer Ammoniakaustritt durch Schließen des betreffenden Schiebers unterbunden werden. Bei den beiden Zugängen wurden Hydroschilder und zwei Rohre mit Sprühstrahl in Stellung gebracht, so daß die ausgetretenen Ammoniakdämpfe gebunden bzw. niedergeschlagen werden konnten. Die Luftwäscheanlage sammelte die entstehende Ammoniaklösung in einem 30 m3 großen Zwischenbehälter. Nachdem die Anlage wegen Überfüllung des Behälters abgeschaltet werden mußte, kam es kurzfristig zu einer weiteren massiven Geruchsbelästigung. Der Zwischenbehälter wurde durch Umpumpen in zwei Saugtankwagen teilweise entleert, anschließend konnte die Anlage wieder in Betrieb genommen werden. Unter Aufsicht der Kanalinspektion, Abteilung Chemie, wurde der verbleibende Inhalt des Zwischenbehälters in Abständen in das Kanalsystem abgelassen. Laufende Messungen ergaben einen pH-Wert bis maximal 10,5. Durch die Wassernebel konnte das flüssige Ammoniak in der Auffangwanne auf etwa das Vierfache verdünnt werden. Die Salmiaklösung mit einem pH-Wert von 11 bis 12 wurde unter Gas- bzw. Chemieschutz teilweise mit Fremdversorgung in ein Tankfahrzeug umgepumpt.

Die Tankfahrzeuge transportierten die Lösung nach Avisierung zur Entsorgung in die Entsorgungsbetriebe Simmering. Bei Arbeiten mit Sprühstrahl zog sich ein weiterer Feuerwehrmann eine offene Wunde an der Schulter zu, die Verätzung wurde vom Rettungsdienst erstversorgt und der Beamte in häusliche Pflege entlassen. Während des Einsatzes unter Gasschutz wurde ständig ein Rettungstrupp ebenfalls mit Gasschutzanzügen in Bereitstellung gehalten. In der Erstphase des Einsatzes wurde der gesamte Betrieb evakuiert, in weiterer Folge konnte der Verladebetrieb wieder freigegeben werden. In weiterer Folge wurde die Ammoniaklösung mit den Tankfahrzeugen aus der Auffangwanne gepumpt und nach weiterer Verdünnung die Säurekonzentration kontrolliert und in das Kanalsystem eingeleitet. Der Kältemaschinenraum wurde mit Vollschutzanzugtrupps mit Sprühstrahl von Ammoniakresten gereinigt.

Die Luftversorgung der Vollschutzanzügen erfolgte sowohl intern als auch extern von den Wechselaufbauten Atemschutz und Körperschutz aus. Laufend wurden Messungen auf pH-Wert (Säuregrad), Temperatur der Ammoniaklösung und Ammonikkonzentration durchgeführt. Nach der Reingigung und anschließender Durchlüftung konnte eine Absenkung der Ammoniakkonzentration gemessen werden. Damit konnte der Kältemaschinenraum wieder von den Arbeitern der Fachfirmen zur weiteren Instandsetzung der Kühlanlagen freigegeben werden. Noch während des Feuerwehreinsatzes konnten die Kühlmaschinen wieder angefahren und damit Millionenwerte an Kühlgut gerettet werden. Die Temperatur in den Kühlräumen war nur innerhalb der Toleranzbereiche angestiegen. Die eingesetzten Ausrüstungsgegenstände (Armaturen, Schläuche usw.) wurden von einem Wirtschaftsfahrzeug (Aufbau mit Folienplanen ausgelegt) in die Hauptfeuerwache/Leopoldstadt zur Dekontamination und Überprüfung geschickt. Die Dekontamination der Körperschutzausrüstung erfolgt in der Atemschutzwerkstätte.

Aus nicht feststellbarer Ursache waren am 8. Oktober 1997 auf der A 23 in Richtungsfahrbahn Norden, in Höhe der gesperrten Abfahrt Simmering, ein Sattelzug (Ladegut rund acht Tonnen Lüftungsanlagenbestandteile) mit einem Kleinbus kollidiert. Dabei waren der Lenker des Kleinbusses und die Beifahrerin verletzt und eingeklemmt worden. Der Sattelzug hatte sich um 180 Grad gedreht, wobei er im Bereich des Königsbolzens rechtwinkelig abgewinkelt worden war. Die Hinterachse des Zugfahrzeuges hatte die Leitschiene und das Brückengeländer der A 23 durchbrochen und war über die Brückenkante gerutscht, so daß etwa die halbe Länge des Aufliegers über die Kante geschoben wurde. Vom Sattelauflieger waren zusätzlich noch einige Maschinenteile, Gesamtmasse etwa 5 Tonnen, gestürzt, die sich zum Teil in den Leitschienen und zum Teil an der Ladefläche verkeilt hatten. Des weiteren waren das linke Vorderrad der Zugmaschine sowie der Rahmen von Zugmaschine und Auflieger beschädigt worden. Leitschienenteile hatten sich durch die Bordwände und die Ladefläche gebohrt, ein 250-l-Dieseltank war vollkommen zertrümmert und an dem Unfallfahrzeug eingeklemmt worden, und ein Lichtmast der A 23 war durch den Anprall geknickt worden. Da durch den Unfall die Richtungsfahrbahn in ihrer gesamten Breite blockiert war, hatte sich blitzartig ein Stau ausgebildet. Über den nur rudimentär vorhandenen Pannenstreifen brauchte das Kommandofahrzeug/Favoriten bis etwa 12.00 Uhr (alarmiert wurde um 11.38 Uhr), um die Unfallstelle zu erreichen. Die mitalarmierten Gruppenfahrzeuge konnten die Unfallstelle vorerst überhaupt nicht anfahren, die zugehörige Mannschaft erreichte die Einsatzstelle nach etwa 1 km Fußmarsch mit händisch mitgeführtem Hydraulik- und Pionierwerkzeug. Hierzu ist erwähnenswert, daß der Pannenstreifen wegen des dichten Auffahrens in der Staukolonne von den Autofahrern kaum passierbar gemacht werden konnte. Einige PKW blockierten ihn durch ihre Vorbeifahrversuche zusätzlich. Dementsprechend wurden zusätzlich zwei Löschgruppenfahrzeuge/Leopoldstadt aus gegen die Unfallfahrtrichtung ausrückend gemacht. Die eingeklemmte Person konnte nach Vorarbeiten des Kommandofahrzeuges mit Forcegerät und dem Eintreffen der nachalarmierten Kräfte befreit werden, sie wurde nach Stabilisierung durch den Rettungsdienst mittels Rettungshubschraubers in ein Krankenhaus gebracht. Nach Unfallaufnahme durch das Verkehrsunfallkommando wurde der Kleinbus zur gesperrten Abfahrt Simmering gebracht und dort gesichert abgestellt, die Batterie abgeklemmt. Anschließend wurden das behindernde herabgestürzte Ladegut und die Leitschienenreste beseitigt. Der Sattelzug wurde auf die Fahrbahn zurückgezogen, indem im Bereich des Königsbolzens mit Kranfahrzeug/Landstraße angehoben und mit den Seilwinden von zwei Bergelöschfahrzeugen am Zugfahrzeug von der Vorderkante des Aufliegers von der Straße zurückgezogen. Anschließend wurde das Ladegut wieder auf den Sattelzug verladen und dieser nach Lösen der Bremsen mittels Kranfahrzeug mit Hilfsaufleger in der Abfahrt der Richtungsfahrbahn Nord der A 23 zur gesperrten Abfahrt Simmering im Einvernehmen mit der Polizei gesichert abgestellt, die Batterie abgeklemmt. Die Fahrbahn wurde von der Autobahnmeisterei (MA 28) gewaschen, der beschädigte Lichtmast von der MA 33 abgeschlossen. Das auf insgesamt rund 100 Laufmeter beschädigte Geländer wurde von der MA 28 provisorisch gerichtet. Der Verkehr über die A 23 Richtung Norden wurde einspurig ab etwa 13.00 Uhr über die gesperrte Abfahrt Simmering um die Unfallstelle herumgeleitet. Die eigentliche Richtungsfahrbahn der A 23 blieb wegen der umfangreichen Kran- und Reinigungsarbeiten bis etwa 16.00 Uhr gesperrt.

Auf dem Gelände des Müllsammelzentrums der Gemeinde Wien in 21, Wagramer Straße 317, befindet sich eine Windkraftanlage der „Draukraft". Diese besteht aus einem rund 50 Meter hohen Stahlturm, der im Inneren durch eine Stahlleiter begehbar ist. Die Leiter wird in der Höhe von etwa 30 und 40 Metern von zwei Rastplateaus unterbrochen, welche mit zwei engen Durchstiegsöffnungen versehen sind. Auf Erdgeschoßniveau sind im Inneren des Turmes einige E-Schaltkästen untergebracht.

Aus nicht feststellbarer Ursache war am 17. Dezember 1997 der im Erdgeschoßniveau befindliche Meßkasten in Brand geraten, wodurch der Turminnenraum stark verraucht wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Arbeiter an der Turmspitze mit Wartungsarbeiten beschäftigt. Einer konnte sich aus eigener Kraft in Sicherheit bringen, der andere wurde vom Rauch eingeschlossen.

Bei unserer Ankunft befanden sich die Windräder im Stillstand. Während die unmittelbare Brandbekämpfung unter Atemschutz (PA 80) mit Pulverlöschern und Kohlensäurelöschern durchgeführt wurde, stieg ein mit Langzeitatemschutzgeräten ausgerüsteter Trupp über die Stahlleiter nach oben, um den eingeschlossenen Arbeiter zu retten. Gleichzeitig wurden das gesamte Areal und die Windanlage durch Abschalten der zweistelligen Betonmaststation (Langes Feld II) stromlos gemacht.

Bedingt durch die Größe der Atemschutzgeräte war ein Durchsteigen des zweiten Plateaus nicht möglich, so daß

der Atemschutztrupp die Turmspitze nicht erreichen konnte. Daher wurde in weiterer Folge ein Feuerwehrmann mit einem Druckschlauchgerät ausgerüstet und begann in Begleitung zweier mit Langzeitatemschutzgeräten versehenen Beamten den Aufstieg. In der Höhe des ersten Plateaus wurde der Arbeiter angetroffen, in Sicherheit gebracht und an den Rettungsdienst übergeben.

# Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung

## Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten

I. Grundsätzliche Vorbemerkung:

Die MA 16 - Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten wurde mit 1. Juli 1997 geschaffen. Hinsichtlich ihres Tätigkeitsbereiches ist festzuhalten, daß dieser aus Agenden der MA 50 und der Magistratischen Bezirksämter hervorgegangen ist.

Die Aufgaben der Zentralen Schlichtungsstelle der Rechtsgruppe - Wohnbeihilfeberufungen und der Wohnungskommissionen wurden von der MA 50, die Aufgaben der 10 Außenstellen von den 19 Magistratischen Bezirksämtern übernommen.

Mit 1. Juli 1997 erfolgte im Bereich der Abteilung eine Neuaufteilung der Agenden zwischen Zentraler Schlichtungsstelle und den 10 Außenstellen. Während die Zentrale Schlichtungsstelle ab diesem Zeitpunkt für Verfahren nach §§ 6 und 18 MRG sowie für sämtliche Verfahren nach dem WGG und dem WEG zuständig war, wurden alle sonstigen Verfahren nach dem MRG von den 10 Außenstellen geführt.

Im einzelnen ergibt sich folgender Bericht:

II. MA 16 - Zentrale Schlichtungsstelle

In der Magistratsabteilung 16 - Zentrale Schlichtungsstelle (vor dem 1. Juli 1997 MA 50) betrug der Gesamteinlauf im Jahre 1997 3.536 Geschäftsstücke, dem ein Gesamtauslauf von 3.909 Geschäftsstücken gegenübersteht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verminderung um 33,50 Prozent im Akteneinlauf. Der Hauptgrund für diese Verminderung im Einlauf ist in der Aktion einer wahlwerbenden Partei vor den Wiener Gemeinde- und Bezirksratswahlen im Jahr 1996 zu sehen, welche in der Jahresstatistik 1996 mit rund 1.500 Anträgen eine einmalige Steigerung des Gesamteinlaufes für 1996 hervorrief. Es wurde somit 1997 rund der Gesamteinlauf des Jahres 1995 (3.822) erreicht.

Es wurden 697 Anträge gemäß §§ 3, 4 und 6 MRG (Durchsetzung von Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten) gestellt (1996: 730).

Im Bereich der verfahrensaufwendigen Anträge auf Erhöhung der Hauptmietzinse gemäß § 18 ff MRG bzw. der Instandhaltung (Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag) - § 14 Abs. 2 - 5 WGG 1979 betrug der Einlauf 1.221 Geschäftsstücke (1996: 1.369).

Im Bereich der Nutzwertfestsetzung nach dem WEG 1975 bzw. Mietwertfestsetzungen nach dem WEG 1948 wurden 1997 541 Anträge gestellt (871 Anträge 1995, 919 Anträge 1996). Der Grund für diese Verminderung ist die neue Gesetzeslage im WEG 1975 ab 1. Jänner 1997, wonach Verfahren auf erstmalige Nutzwertfestsetzung gemäß § 3 Abs. 1 WEG 1975 nicht mehr über die Schlichtungsstelle abgehandelt werden.

Es wurden 302 Anträge nach dem WGG (§ 22 WGG 1979) mit Ausnahme der Anträge auf Erhöhung der Rückstellung (im Zuge einer Haussanierung) gestellt (1996: 222), das ist eine Steigerung um 36,04 Prozent. Gestiegen sind hier vor allem die Verfahren bezüglich Ablöseforderung, Überprüfung der Betriebskosten und Neufestsetzung des Betriebskostenschlüssels.

Verstärkt ist nach wie vor festzustellen, daß Mieter, Nutzungsberechtigte, Wohnungseigentumsbewerber, aber auch Hauseigentümer und Hausverwaltungen persönlich oder telefonisch wohnrechtliche Erkundigungen und Auskünfte einholen. Auf Grund der sehr schwierigen Rechtsbereiche (durch zahlreiche Übergangsbestimmungen und Novellierungen) sind entsprechende Auskünfte sehr zeitaufwendig und führen zu einem erhöhten Arbeitsaufwand, dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der Wohnrechtsnovelle 1997 zu sehen, welche am 1. März 1997 in Kraft getreten ist.

Insbesondere Auskünfte über Richtwertmietzinse gemäß § 16 Abs. 2 MRG und hier besonders nach den anzuwendenden Lagezuschlägen werden sowohl von Mietern als auch von Vermietern verlangt, da diese Lagezuschläge nur in der MA 16 - Zentrale Schlichtungsstelle und in der MA 40 - Sonderreferat über ein EDV-Programm abrufbar sind.

Am schwierigsten und auch sehr zeitaufwendig sind nach wie vor die mündlichen Schlichtungsverhandlungen, die nach dem MRG (§ 37 Abs. 3 Z 12) und nach dem WEG 1975 (§ 26) zwingend vorgeschrieben sind.

Durch eine Verfahrensvorschrift - nämlich § 37 Abs. 3 Z 4 und 5 MRG - ist es erforderlich, bei mehr als 6 Verfahrensparteien die Zustellung von Anträgen bzw. Ladungen nach dem MRG, dem WEG 1948 bzw. 1975, dem WEG 1979 und dem WFG 1968 bzw. 1984 direkt in den Wohnhäusern vorzunehmen. Durch diese Bestimmungen sind 1997 3.224 Zustellungen an 1.183 Adressen vorgenommen worden. Insgesamt wurden 941 Schlichtungsverhandlungen abgehalten (1996: 2.587/1.110/952). Hier nicht enthalten sind Verhandlungen, die von den Referenten im eigenen Zimmer abgehalten werden, insbesondere Verfahren mit einem Generalbevollmächtigten bei Anträgen nach dem WEG. Die genannte Steigerung in der Anzahl der Zustellungen und der

mündlichen Verhandlungen erklärt sich zum Großteil aus der Betrauung der Zentralen Schlichtungsstelle mit allen Verfahren gemäß § 6 MRG; hier muß jedem Verfahren vor jeder Verhandlung ein Aushang im Haus vorangehen.

Die Schreibstelle hat 1997 12.030 Schriftstücke erstellt (1996: 13.499). In der Anzahl der Schriftstücke nicht enthalten sind jene Schriftstücke, welche von den Referenten infolge der verstärkten Nutzung der Textverarbeitungssoftware „winword" ohne Inanspruchnahme der Schreibstelle erstellt werden, um vor allem Standardschreiben zeitsparend und verwaltungsvereinfachend herzustellen. Auch zweckmäßige Enderledigungen wie etwa Bescheidherstellungen werden verstärkt von den Referenten selbst ohne Inanspruchnahme der Schreibstelle durchgeführt.

Eine standardisierte Tätigkeit stellt nach wie vor der Bereich der Verscannung von „alten", d.h. bereits abgelegten und „neuen" (laufenden) Akten dar. Sowohl die Kanzlei als auch Referenten und insbesondere die Amtsgehilfen sind mit dieser Tätigkeit betraut. Es werden enderledigte Akten verscannt (Speicherung auf einem magnet-optischen Datenträger), danach skartiert, der Akt liegt daher nicht mehr in physischer Form auf; es werden damit Archivräumlichkeiten und Arbeitszeiten für das Ausheben von physisch archivierten Akten eingespart. Eine Einsichtnahme in diese Akten ist genauso wie der Ausdruck jederzeit über jeden PC der Dienststelle möglich.

III.

Seit 1. Juni 1989 ist die Rechtsgruppe auch Berufungsbehörde in Wohnbeihilfenangelegenheiten. Im Jahre 1997 waren 166 Berufungen zu behandeln (138 Berufungen im Jahre 1996), das ist eine Steigerung dieser arbeitsintensiven Verfahren um 20,30 Prozent.

IV. Wohnungskommissionen:

Im vierzehnten Jahr des Bestandes der Wohnungskommission war anfänglich ein Anstieg der Geschäftsfälle in allen Kommissionen zu beobachten. In den Monaten Oktober, November und Dezember 1997 erfolgte ein völlig unerklärlicher Rückgang, der im Jahresabschluß etwa 10 Prozent der Gesamtsumme betrug. Dieser Rückgang ist umso unerklärlicher, als bereits im Jänner 1998 ein deutlicher Anstieg von über 10 Prozent erfolgt ist.

Worauf diese Schwankungen zurückzuführen sind, ist insofern unerklärlich, als es bereits in den vergangenen 14 Jahren derlei Fälle des öfteren gab.

Auf die fünf Kommissionen aufgeteilt, ergibt sich nunmehr folgendes Bild: So hatte die Wohnungskommission I 682 Fälle, die Wohnungskommission II 688 Fälle, die Wohnungskommission III 825 Fälle, die Wohnungskommission IV 660 Fälle und die Wohnungskommission V 475 Fälle, insgesamt 3.375 Fälle zu behandeln.

Zur Entgegennahme dieser Anträge bzw. Beschwerden wurden insgesamt 85 Sprechtage abgehalten.

Für die 51 Plenarsitzungen waren 52 vorbereitende Präsidialsitzungen zur Festsetzung der Tagesordnung und Vorberatung erforderlich.

Bedingt durch die infolge politischen Wunsches vorgenommene Streichung der Position der stellvertretenden Vorsitzenden erfolgen in Zukunft keinerlei Präsidialsitzungen mehr. Vielmehr wurden diese durch gemeinsames Aktenstudium der Fraktionsvorsitzenden aller fünf politischen Parteien ersetzt.

Die 3.207 in den Kommissionen behandelten und entschiedenen Fälle dokumentieren, wieviele Beschwerdeführer sich vermeintlich oder tatsächlich ungerecht behandelt fühlen. Zu bemerken war erstmals auch ein gewisser Prozentsatz an Beschwerden bzw. Beschwerdeführern, die sich auf das Mietermitbestimmungsstatut der Stadt Wien beriefen. Doch konnten diese Fälle ausnahmslos ohne die Kommissionen zu öffentlichen Sitzungen zusammengerufen, entweder durch ein persönliches Gespräch des Kommissionssekretärs mit dem Beschwerdeführer, oder mit der Verwaltung relativ amikal bereinigt werden.

Diese Zahl zeigt nach wie vor sehr deutlich, daß festgelegte Richtlinien nicht immer ausreichen und daher einer zusätzlichen Beurteilung hinsichtlich menschlicher oder sozialer Aspekte bedürfen, um eine möglichst gerechte Lösung zu finden. Die Kompliziertheit der einzelnen Anträge bzw. Beschwerden nimmt noch immer zu. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Zunahme jener Fälle, die im Zuge der sogenannten „Direktvergabe" eine Vorreihung begehren bzw. die Zunahme jener Fälle, die seitens der Kommissionen überhaupt eine Vormerkung zugesprochen erhielten.

Insgesamt 317 Fälle führten zu einer positiven Begutachtung durch die Kommission, was gegenüber 1996 eine leichte Abnahme bedeutet.

Trotz der bedingt durch das Ergebnis der Wiener Gemeinderats- und Landtagswahlen des Jahres 1996 erfolgten nahezu kompletten Neubesetzung der Kommissionen, war die große Einhelligkeit bei der Entscheidungsfindung mit 99,6 Prozent über dem Rahmen der bisher beobachteten Norm.

Im September 1997 erfolgte mit Beschlußfassung des Wiener Gemeinderates eine teilweise Änderung der bisherigen Geschäftsordnung, welche mit 1. Oktober 1997 in Kraft trat. Gleichzeitig erfolgte eine Neuangelobung aller Kommissionsmitglieder und Ersatzmitglieder.

# Wiener Wohnen

Im Jahre 1997 kam es zu Veränderungen in der Gesetzgebung, die auf die Tätigkeit der Abteilung Auswirkungen hatten.

## 1.1 MRG-Novelle

Mit Bundesgesetz vom 20. Februar 1997, BGBl. Nr. 22/1997, Teil I wurde das Mietrechtsgesetz (MRG BGBl. Nr. 520/1981 zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 800/1993) geändert MRG - Novelle 1997. Wiener Wohnen ist im wesentlichen durch die Änderung bei der § 10 MRG Investitionsablöse betroffen:

- Ab 1. März 1997 hat auch jener Mieter einen § 10 MRG - Ablöseanspruch, der selbst keine Investitionen in der Wohnung vorgenommen hat, sondern eine solche Investition nur abgelöst hat. Voraussetzung ist, daß die Investition grundsätzlich nach den Voraussetzungen des Gesetzes nach ablösbar ist.
  Auf Grund der Übergangsbestimmung ist die Novelle nur für nach dem 28. Februar 1997 getätigten Investitionen (= Zahlung) gültig.
  Die Mitarbeiter von Wiener Wohnen wurden bereits am 28. Februar 1997 durch eine schriftliche Information des Rechtsreferats von der neuen Rechtslage in Kenntnis gesetzt.
- Bei der gerichtlichen Aufkündigung wurde die Einwendungsfrist von bisher 14 Tage auf 4 Wochen verlängert. Bei Feststellungsentscheidungen in Schlichtungssachen über Anträge auf Überprüfung der Betriebskosten sind von Amts wegen die anderen Mieter beizuziehen und der in der Sache ergehende Beschluß gilt auch für jene Mieter, die nicht am Verfahren aktiv teilgenommen haben. Dazu wurden zur Umsetzung entsprechende Dienstanweisungen erlassen.

## 1.2. WWFSG

Weiters wurde zum WWFSG 1989 mit LGBl. für Wien Nr. 16 vom 12. Juni 1997 zum 2. Hauptstück des Gesetzes eine neue Sanierungsverordnung betreffend die Höhe der Förderungen erlassen. Die neue Verordnung gilt für alle Sanierungsvorhaben nach dem II. Hauptstück, die bis zum 14. Juni 1997 keine Förderungszusicherung erhalten haben. Zur Information der Mitarbeiter von Wiener Wohnen wurde eine schriftliche detaillierte Information samt Übersichtstabelle ausgearbeitet, die auch über PC abrufbar ist. Weiters wurden die Berechnungsmodelle für die Mieterbelastungen, die für Mitarbeiter von Wiener Wohnen am PC eingegeben werden können, entsprechend adaptiert.

## 1.3. Gebühren

Mit 1. Dezember 1997 wurde das Gebührengesetz 1957 mit Bundesgesetz vom 6. November 1997, BGBl. Nr. 130/1997, geändert. Die für Wiener Wohnen relevanten Änderungen betrafen die Erhöhung der festen Gebührensätze. Die Novelle wurde zum Anlaß genommen eine neue Dienstanweisung betreffend die Vergebührung von Verträgen zu erlassen.

Weiters wurde im Zuge der Umstrukturierung von Wiener Wohnen für Gemeindemieter - unter bestimmten Voraussetzungen - die Möglichkeit der Direktvergabe von Wohnungen geschaffen.

Möchte der ausziehende Mieter fest eingebaute Einrichtungsgegenstände in der Wohnung lassen, sind keine Instandsetzungsarbeiten erforderlich, sind die Elektro- und Gasleitung sicher und funktionstüchtig, keine Kündigungs- oder Räumungsverfahren anhängig und ist das Wohnhaus nicht zum Abbruch bestimmt, so kann der Mieter mittels einer Annonce im Wohnungsanzeiger direkt mit interessierten und auf Grund der Wohnungsvormerkung berechtigten Wohnungssuchenden in Kontakt treten.

Zur Einführung dieser Neuerung wurden eine Dienstanweisung herausgegeben, intensive Schulungen durchgeführt, für interessierte Mieter eine Informationsbroschüre (Wegweiser) aufgelegt und die Zeitung der „Wohnungsanzeiger" geschaffen.

Eine wichtige Neueinführung im Berichtsjahr war die Schaffung eines elektronischen „Workflows" im Bereich der Wohnungsvormerkung und -vergabe, sowie für alle Mietermitteilungen. Zu diesem Zweck wurde im Bereich der Wohnungsvormerkung und -vergabe, ein Ist- und Soll-Modell des Verwaltungsablaufes auf dem Produkt ARIS entwickelt, wobei das Soll-Modell nach umfangreicher Analyse einem gestrafften, entbürokratisierten, auf die neue Mitarbeiterstruktur in den Kundendienstzentren aufgeteilten, optimierten Geschäftsprozeß entspricht. Auf dieser Grundlage wurde das Work-flow-Management-System (Components) durch die Firma Together (im Auftrag der IBM) in der Abteilung inplementiert.

Der Geschäftsprozeß wird in den einzelnen Arbeitsschritten elektronisch gesteuert und läuft in einer vorgegebenen Reihenfolge ab. Notwendige Beilagen werden in den „virtuellen Akt" eingescannt, so daß in diesem Bereich kein Papier mehr anfällt.

Die Vorteile des Einsatzes von Workflow bei WIENER WOHNEN sind

- die jederzeitige Verfügbarkeit des Aktes auf jedem Arbeitsplatz im Betrieb
- somit die wesentlich verbesserte Kundenbetreuung durch permanente Auskunftsmöglichkeit über Daten, Leerwohnungen, getroffene Maßnahmen bei Anliegen usw.
- schnellere Durchlaufzeit der Akte




*In Wien 21, Schöpfleuthnergasse 21 wurde das erste Kundendienstzentrum der MA 17 "Wiener Wohnen" in Floridsdorf durch Wohnbaustadtrat Werner Faymann seiner Bestimmung übergeben.* Foto: Votava / PID

*Nach der bekannten Architektin Margarethe Schütte-Lihotzky wurde im Carminweg der "Margarethe Schütte-Lihotzky-Hof" benannt.* Foto: Votava / PID






*Der Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Werner Faymann legte den Grundstein zu Wiens erster "Autofreien Mustersiedlung" in Wien 21.* Foto: Votava / PID

*Wohnbaustadtrat Faymann ehrte Wiener Hausbesorger, die durch ihr Engagement eine Brandstifterin in einer städtischen Wohnhausanlage überführen konnten.* Foto: Votava / PID



– gleiche Geschäftsprozesse laufen in allen Kundendienstzentren auf dieselbe Art und Weise ab
– bessere Dokumentation der Akte, kaum Lager- und Transportzeiten u.a.m.

Sämtliche Anliegen der Mieter werden auch elektronisch erfaßt. Die Mitarbeiter können daher schneller reagieren, da sie auf den entsprechenden Akt zur Gänze Zugriff haben und so Doppel- und Mehrgleisigkeit vermieden werden kann (ein Problem wird sicherlich nur einmal behandelt). An mehreren Stellen vorgetragene Beschwerden über ein und dieselbe Angelegenheit werden im System nur einmal erfaßt. Auf die jeweils getroffene Lösung haben alle Mitarbeiter Zugriff, die Auskunftsmöglichkeit über Beschwerdefälle wird dadurch enorm verbessert. Weiters ist eine gezielte Auswertung der Beschwerdeinhalte möglich.

Der Echtbetrieb läuft seit 1. Dezember 1997 auf 160 Arbeitsplätzen. Die Mitarbeiterschulung wurde durch eine eigene EDV-Koordinatorin durchgeführt, die auch für die Betreuung, Umsetzung und Modifikation am System zuständig ist. Den Benutzern steht des weiteren eine betriebsinterne HOT-LINE zur Verfügung, die derzeit von drei Personen abgedeckt wird. Ihr Einsatz ermöglicht es, den größten Teil der erforderlichen Interventionen mit der neuen IT-Struktur intern zu erledigen.

Die Aufwendungen für das Workflos-System betrugen einschließlich Hard- und Software, Lizenzen und Programmierung im Berichtsjahr 13,611.630 S.

Im Zusammenhang mit den Organisationsveränderungen in der Wiener Wohnhausverwaltung (Zusammenlegung der Magistratsabteilungen 27, 50 und 52) und der Errichtung von neuen Außenstellen unter Berücksichtigung neuer Aufbauorganisationen wurden zur Verbesserung und Optimierung der internen Kommunikation und Information neue Wege beschritten. Mit den ersten beiden neuen Außenstellen „Wiener Wohnen" für den 21. Bezirk und „Wiener Wohnen" für den 22. Bezirk wurden jeweils zweitägige (mit den Führungskräften) und dreitägige Workshops (mit allen Beteiligten einer Außenstelle) abgehalten. Die Workshops wurden in Form eines Info-Marktes abgehalten und hatten teambildende Maßnahmen, Ausbildung im Umgang mit schwierigen Menschen und die Auflistung und Aufteilung der Aufgaben und Kompetenzen zum Inhalt. Die Weiterführung dieser Maßnahme wird neben den Fachausbildungen auch durch sogenannte „Qualitätszirkel" erfolgen. Auf dem Gebiet betriebswirtschaftlicher Methoden wurde ein Projekt von Wiener Wohnen mit dem Einsatz von klassischem Projektmanagement gestartet. Für das Projekt „Zukunft des neuen Schöpfwerkes" wurde ein interdisziplinäres Projektteam sowohl mit Teilnehmern aus der öffentlichen Verwaltung als auch Mietern und Mietervertretern (je zur Hälfte) installiert. Dieses Projektteam absolvierte einen klassischen Projektstart in Form eines Start-up-Workshops. Die dabei erarbeiteten Themenkreise werden in eigenen Arbeitsgruppen weiterverfolgt.

Im Berichtsjahr wurden 1.168 Erstvermietungen, 391 Mietrechtsübertragungen, 177 Wohnungstäusche und 7.170 Wiedervermietungen durchgeführt.

Im Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1997 langten 3.755 Wohnungswerberakte zur Prüfung ein.

Der sogenannte „Expertenkreis" (je ein/e VertreterIn der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not - bis Ende 1997 der Caritas, des Vereins Wiener Frauenhäuser - seit September 1997, der Magistratsabteilung 11, Magistratsabteilung 12 und Magistratsabteilung 17) hat in 23 Sitzungen 1.666 Fälle (manche auch mehrmals, insgesamt 2.057 Wohnungswerberakten), die von Obdachlosigkeit bedroht waren oder obdachlos waren und von keiner sozialen Institution betreut wurden, behandelt. 143 Wohnungswerber wurden zu einem persönlichen Gespräch eingeladen. 66 Besprechungen mit diversen Magistratsabteilungen und Vereinen fanden statt. Im Jahr 1997 erfolgten in diesem Bereich 1.327 Wohnungszuweisungen, und zwar 134 A-Typen bis 22 $m^2$, 706 A-Typen über 22 $m^2$, 452 B-Typen sowie 35 C-Typen.

182 Wohnungswerber waren im Besitz eines Vormerkscheines. 190 Wohnungswerber legten eine Bewilligung zur zwangsweisen Räumung vor. 145 Scheidungsfälle konnten positiv gelöst werden. 9 Wohnungswechsel wurden vorgenommen.

Bei den Zuweisungen ergibt sich nach den einzelnen Bereichen folgende Gliederung: 521 entfielen auf die MA 17 (einschließlich 31 Wohnungskommissionsfälle), 267 auf die MA 11 (einschließlich der Familienherbergen 3, Gänsbachergasse 3, und 12, Kastanienallee 2), 133 auf die MA 12 (einschließlich Sozialtherapeutisches Wohnheim 3, Gänsbachergasse 7, sowie der städtischen Herbergen in 11, Neu Albern 2, 12, Ruttenstockgasse 2, 20, Meldemannstraße 25 - 27, und 21, Siemensstraße 109), 8 waren für die MA 15 (einschließlich Pulmologisches Krankenhaus und Contact), 9 für die MA 47, 21 für das Psychiatrische Krankenhaus, 5 für die AIDS-Hilfe, 1 für die AKH-Universitätsklinik, 1 für die Aktion Leben, 14 für das Anton-Proksch-Institut, 31 für die ARGE-Wohnplätze für behinderte Menschen, 142 für die ARGE-Wohnplätze für Bürger in Not, 36 für die Bewährungshilfe und Soziale Arbeit, 3 für das Berufsförderungsinstitut, 24 für die Caritas, 3 für die Caritas Socialis, 1 für den Verein Dialog, 4 für das ESRA, 4 für den FAWOS, 17 für den Flüchtlingsfondes des Bundesministeriums für Inneres, 19 für die Frauenhäuser, 3 für den „Grünen Kreis", 3 für die Heilsarmee, 2 für die Hilfskette Nachbarschaft für werdende Mütter, 4 für das Integrationshaus, 1 für den KIWOZI, 3 für das Kolpingwerk, 20 für den Psychosozialen Dienst, 1 für den Verein Dismas, 7 für den Verein Rat und Hilfe, 11 für den Verein für Sachwalterschaft, 2 für den Verein Sambas, 3 für den Verein Wiener Sozialprojekte, 2 für die Villa Kellermann und 1 für die Volkshilfe.

Seit Juni 1997 werden in diesem Aufgabenbereich auch die behindertengerechten Gemeindewohnungen vergeben. Seit diesem Zeitpunkt erfolgten 26 Wohnungszuweisungen.

Im Berichtsjahr 1997 wurde mit den Bauarbeiten von 30 Aufzugsanlagen begonnen, 263 Anlagen wurden fertiggestellt und in Betrieb genommen, was vor allem für ältere und gebrechliche Wohnungsmieter eine wesentliche Verbesserung der Wohnqualität bedeutet. Die Gesamtsumme aller Aufzüge in städtischen Wohnhäusern belief sich Ende des Jahres auf 7.015 Anlagen, wovon 3.159 Aufzüge auf Grund eines Vollwartungsauftrages betreut werden. Dies hat den Vorteil, daß bei Auftreten von Aufzugsstörungen eine rasche und effiziente Behebung der Schäden gewährleistet ist, alle damit verbundenen Kosten jedoch mit den Vollwartungsvertrag abgedeckt sind.

Als zusätzliche Serviceleistung für die Wohnhausmieter wird bei allen neu zu errichtenden Aufzugsanlagen ein Notruf-Kommunikationssystem installiert. Dies bewirkt, daß bei Aufzugsstillstand eine (rund um die Uhr besetzte) Servicestelle mit dem Aufzugsbenützer in telefonischen Kontakt treten kann, eine sofortige Störungsbehebung eingeleitet und Beruhigung des Benützers vermitteln kann. Im laufenden Jahr wurden zusätzliche 203 Anlagen mit diesem System ausgestattet, wonach insgesamt 1.082 Aufzüge damit versehen sind.

Beginnend mit dem Jahr 1996 wurde ein forcierter Ausbau bestehender Wohnhäuser mit Dachgeschoßwohnungen gestartet, der im Zuge von Generalsanierungen von bestehenden Wohnhäusern durchgeführt wird. Diese innerstädtische Schaffung von zusätzlichem Wohnraum bedeutet, daß keine zusätzlichen Kosten durch die Schaffung von notwendiger Infrastruktur (z.B. Energie, Verkehr) anfallen. In 6 Objekten wurde damit 1997 begonnen und in 24 Objekten die Arbeiten fortgesetzt bzw. begonnen.

Im Berichtsjahr wurden in 96 Wohnhäusern Erhaltungsarbeiten größeren Umfanges nach Maßgabe des § 18 MRG fortgesetzt bzw. fertiggestellt, in 16 Objekten wurde damit begonnen.

Im Rahmen der Stadterneuerung wurde die Sanierung von älteren städtischen Wohnhausanlagen fortgesetzt, um die Wohnqualitität zu erhöhen. So wurden in 300 Objekten diese Arbeiten fortgesetzt bzw. fertiggestellt, in weiteren 65 Wohnhäusern wurden solche Arbeiten begonnen.

Eine große Bedeutung in der Geschäftsgebarung kommt der laufenden Behebung von Störungen (Gebrechensdienst) zu. So mußten im Berichtsjahr eine Vielzahl von Störungen aufgenommen, besichtigt, in Auftrag gegeben und die ordnungsgemäße Durchführung kontrolliert werden. So hatte der Gebrechensdienst 15.030 Störungen an maschinellen Waschkücheneinrichtungen, 220 Störungen an Pumpenanlagen, 842 Gebrechen an elektromechanischen Garagentoren sowie 842 Störungen an Fernsehantennen-Anlagen zu beheben.

Um eine Verbesserung auf diesem Sektor herbeizuführen, wurde 1997 eine Vielzahl von Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt, und zwar 106 Generalinstandsetzungen und Modernisierungen von Aufzugsanlagen sowie 860 Modernisierungen maschineller Waschküchen und Pumpenanlagen.

An Gemeinschaftseinrichtungen gab es 5.459 Waschküchen, 10 Saunen und Schwimmbäder, 1 Schwimmbad sowie 1.323 Kinderspielplätze.

Ende 1997 befanden sich in 5.459 Waschküchen 5.508 Waschmaschinen, 1.206 Zentrifugen, 4.850 Trockner und 155 Bügelmaschinen. Im Berichtsjahr wurden 4 Waschmaschinen, 4 Zentrifugen, 559 Waschschleudermaschinen, 344 Wäschetrockner und 6 Bügelmaschinen ausgetauscht. Zusätzlich wurden 19 Bügelmaschinen und 123 Kondensoren angeschafft. Hiefür war ein finanzieller Aufwand von rund 52,2 Millionen Schilling erforderlich. Ende 1997 standen den Hausbesorgern 1.533 Schneeräumgeräte und 398 Handkehr- und Kehrsaugmaschinen zur Verfügung.

Anläßlich von Wiedervermietungen mußten 3.107 Herde neu beigestellt und 15 Herde repariert werden.

Im Berichtsjahr wurden für die winterliche Gehsteigbetreuung insgesamt 2.511 Tonnen an Streumaterial an die Hausbesorger ausgeliefert, und zwar 1.325 t Streusand, 356 t Streusalz, 641 t Eisex und 189 t Leca Tau.

Mittels automatisch gelesener Mahnzahlscheine wurden 1997 41.972 Rückstände mit einem Gesamtbetrag von 159,1 Millionen Schillung zur Einzahlung gebracht.

In den Betriebskassen von Wiener Wohnen wurden 48.334 Ein- und Auszahlungen getätigt. Der Gesamtbargeldumsatz der Kassen betrug 662,6 Millionen Schilling.Mit Dezember 1997 waren 3.852 Hausbesorger beschäftigt, für die 1.295,7 Millionen Schilling überwiesen wurden. An Sozialversicherungsbeiträgen wurden 354,3 Millionen Schilling ausgegeben. Insgesamt 3.163 Lohnpfändungen mußten in Evidenz gehalten und Lohnabzüge in der Höhe von 4,1 Millionen Schilling veranlaßt werden. An Finanzämter wurden 177,8 Millionen Schilling überwiesen.

Im Berichtsjahr wurden 300.889 Schriftstücke im Einlauf und 382.095 Schriftstücke im Auslauf behandelt.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit wurden von den 94 Hausinspektoren u.a. folgendes durchgeführt:

Inkasso von Rückständen in der Höhe von 113,2 Millionen Schilling, 288.251 Parteienvorsprachen, 114.361 Erhebungen und Kontrollen, 48.233 Schadensmeldungen, 30.259 Bestellung kleinerer Reparaturen und 3.514 Erhebungen durch Mobile Teams.

1997 fanden 265 Neuaufnahmen von Hausbesorgern statt, wovon 208 Frauen und 57 Männer waren, die eine Instruktion über ihre auszuübende Tätigkeit erhielten. In dieser Summe sind auch die neugeschaffenen Hausbesorgerposten in den 13 1997 übernommenen Wohnhausneubauten der Stadt Wien enthalten. Bei den Wohnhausneubauten 1997 mußten 8 Hausbesorger-Neubestellungen und 5 Hausbesorgerposten als Mitbetreuung vorgenommen werden. Bei 36 Dienstnehmern wurden Postenwechsel bewilligt, welche zurückzuführen waren auf zu kleine Dienstwohnungen und zu geringem Entgelt. Insgesamt wurden 1997 301 Dienstverträge für Hausbesorger abgeschlossen.

Den Aufnahmen an Hausbesorgern standen 1997 insgesamt 216 Dienstvertragsauflösungen gegenüber. Bei 10 Dienstverhältnissen mußten Entlassungen wegen Nichterfüllung der Dienstobliegenheiten ausgesprochen werden.

Bei insgesamt 65 Dienstnehmern wurde das Dienstverhältnis durch gerichtliche Kündigung beim Arbeits- und Sozialgericht beendet, wobei 38 Kündigungen aus gesundheitlichen und 27 aus sonstigen Gründen eingebracht werden mußten. Keine gerichtlichen Kündigungen erfolgten bei 78 einvernehmlichen Auflösungen aus Altersgründen sowie bei 63 Selbstkündigungen durch Dienstnehmer. Delogierungen mußten 1997 in 5 Dienstwohnungen durchgeführt werden.

Disziplinäre Maßnahmen wegen Nichterfüllung im Vorfeld einer etwaigen Kündigung, Verwarnungen, Belehrungen gemäß dem Hausbesorger-Gesetz mußten in 231 Fällen 1997 gesetzt werden.

Mit Stand 31. Dezember 1997 sind insgesamt 1.813 Bewerber für einen Hausbesorgerposten bei Wiener Wohnen vorgemerkt. Die Anzahl der Frauen beträgt 1.185, die der Männer 628. 1997 wurden insgesamt 763 neue Bewerber in die Postenvormerkung aufgenommen, davon waren 519 Frauen und 244 Männer. Vorangegangen war die positive Absolvierung des psychologischen Eignungstestes. 1997 sind auf Grund eines positiven Aufnahmegespräches 1.450 Probanten zu diesem Test vom Hausbesorger-Referat eingeladen worden, tatsächlich legten 1.147 den Test ab. Auf Grund eines negativen Testergebnisses wurden 384 Personen als Bewerber nicht vorgemerkt.

Zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit sollen insgesamt 9 Außenstellen eingerichtet werden, die dem Kunden ein Service von A - Z bieten sollen. Im Servicebereich der Außenstelle können nicht nur Anträge auf eine Gemeindewohnung gestellt werden, sondern es werden auch Beschwerden sowie Wohnungszusammenlegungen unter anderem behandelt. Im kaufmännisch/rechtlichen Bereich werden nicht nur Mietverträge abgeschlossen und aufgekündigt, sondern auch Fragen zur Hausabrechnung oder zu Finanzierungsmöglichkeiten einer neuen Wohnung beantwortet. Der technische Bereich führt alle Erhaltungs-, Sanierungs- und Verbesserungsarbeiten durch, setzt leere Wohnungen instand und sorgt für die nachträgliche Einleitung von Fernwärme.

Im Berichtsjahr wurden Büroflächen in 21, Schöpfleuthnergasse 25, angemietet und mit einem Kostenaufwand von 854.000 S (Baukosten) und 2,771.000 S (Einrichtung) adaptiert. Die Eröffnung der neuen Außenstelle „Wiener Wohnen für den 21. Bezirk" fand am 26. September 1997 statt.

Weiters wurde auch mit dem Umbau von drei weiteren Außenstellen begonnen. Der Aufwand dafür betrug 1997 für den Standort 10, Dieselgasse 3 - 5, 101.000 S, für 17, Elterleinplatz 14, 10,654.000 S, für 22, Donaustadtstraße 1, 3,100.000 S (Baukosten) und 488.000 S (Einrichtung).

In der Wiener Wohnen zugehörigen Buchhaltungsabteilung 11 wurde ein neues Archivsystem eingerichtet, das sämtliche Rechnungen verscannt und elektronisch abspeichert. Der erforderliche Aufwand (Scanner, Rechner, Drucker und Software) betrug 8,154.000 S.

Bei mehr als 600 Mitarbeitern und einer nahezu völlig geänderten Organisation sowohl in der Zentrale als in den Außenstellen war die Schaffung eines eigenen Personalreferates unumgänglich. Diesem neuen Referat kommt große Bedeutung zu, da vor allem im Hinblick auf die Aufteilung der Bediensteten in neue Außenstellen weitgehende Planungen vorausgehen. Außerdem sind durch die Schaffung neuer Außenstellen laufend höherwertige Dienstposten auszuschreiben und zu besetzen.

Neben der Schulung der Mitarbeiter in Workshops nahmen Bedienstete auch an 30 speziellen Fachseminaren teil. Darüber hinaus wurden EDV-Schulungen intensiviert, wobei insbesondere der Ausbildung auf PCs in Zusammenhang mit Workflow große Bedeutung zukam.

Um die neue Organisation publik zu machen und längeres Leerstehen von Mietobjekten zu vermeiden, wurde 1997 mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung „Wiener Wohnen - Aktuell", einem monatlich erscheinenden Wohnungsanzeiger, sowie gezielten Inseraten in Tageszeitungen, Bezirksjournalen u.ä. begonnen. Der Aufwand für Werbung in Printmedien betrug 2,980.000 S.

## Amtshäuser, Nutzbauten, Nachrichtentechnik

Der Aufgabenbereich der nunmehr seit 29. November 1996 neu geschaffenen Magistratsabteilung 23, zusammengesetzt aus Teilen der MA 26, MA 32, MA 34 und MA 52, wurde gemäß der am 29. November 1996 vom Herrn Bürgermeister erlassenen und vom Gemeinderat genehmigten Geschäftseinteilung neu geregelt.

Die neu geschaffene Abteilung mit dem Kurztitel - Amtshäuser, Nutzbauten und Nachrichtentechnik - wurde somit für Gebäude und sonstige bauliche Anlagen der Magistratsabteilungen 11, 12, 51, 56 und der städtischen Amtshäuser sowie sonstiger Amtsräume hinsichtlich folgender Aufgaben betraut:

- Errichtung von Neu- und Zubauten, Durchführung von Umbauten, baulichen Abänderungen und Abbrüchen sowie Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen
- Planung, Errichtung, Installation, Betriebsführung, Erhaltung und Begutachtung von wärme-, kälte-, lüftungs-, klima-, maschinen-, sanitär-, elektro-, blitzschutz- und fördertechnischer Anlagen aller Art
- Planung, Errichtung, Installation, Betriebsführung, Erhaltung und Begutachtung von städtischen Funkanlagen, Fernsprechanlagen, Fernmeldekabeln, Datennetzen sowie von sonstigen nachrichtentechnischen Anlagen aller Art, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist
- Bestellung der ständigen Kontrahenten für alle Hochbau- und Haustechnikarbeiten der Stadt Wien

- Grundverwaltung und Erhaltung der städtischen Amtshäuser - einschließlich des Abschlusses und der Auflösung von Verträgen zur Büroraumschaffung, soweit keine andere Dienststelle dafür zuständig ist -, der städtischen Pfarrhöfe, Gotteshäuser, begehbaren Kapellen und Patronate (mit Ausnahme der Kapellen in Friedhöfen, Krankenanstalten und Pflegeheimen) sowie sonstiger Bauwerke ohne spezielle haustechnische Einrichtungen
  (Mit Wirksamkeit 1. Juli 1997 wurde dieser Absatz hinsichtlich der Aufgabenzuteilung neu textiert.)
- Führen der Rathausverwaltung; technischer Veranstaltungsdienst im Rathaus
- Grundverwaltung, Erhaltung und Führen der Herbergen für Obdachlose. (Mit Wirksamkeit seit 1. Jänner 1997 zugeteilt.)
- Überprüfung von elektrischen Anlagen in städtischen Objekten
- Vertretung der Stadt Wien mit fernmeldebehördlichen Genehmigungsverfahren
- Überwachung der laufenden Kosten für die fernmeldetechnischen Anlagen
- Durchführen von Funktionsproben an Alarmeinrichtungen im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 68 gemäß § 3 Abs. 2 des Wiener Katastrophenhilfegesetzes
- Technische Begutachtung von privaten Kindergärten, Schulen, Horten und Jugendfürsorgeanstalten

Nach dem bisherigen Fachabteilungsprinzip war es notwendig, daß für einen Neu-, Zu- und Umbau drei Fachabteilungen zuständig waren. Ab nun gibt es nur mehr eine Magistratsabteilung. In dieser einen Magistratsabteilung sind sämtliche Fachleute, die zur Abwicklung eines Bauvorhabens notwendig sind, vertreten. Dazu gehören Bau-, Elektro-, Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und Sanitärfachleute usw.

Ein großer Teil der genannten Aufgabe fällt auch in die Belange der Dezentralisierung, so daß man von der MA 23 auch als Dezentralisierungsabteilung für den Hochbau sprechen kann. In Zukunft hat es der Bezirk nicht mehr mit drei Hochbauabteilungen zu tun, sondern nur mehr mit einer einzigen. Dadurch soll auch die Arbeit der Bezirke vereinfacht werden.

Die Abteilung ist nach den folgenden Teilbereichen neu organisiert, wobei jeder Fachbereich den für den Berichtszeitraum maßgeblichen Tätigkeitsbericht schwerpunktsmäßig darstellt:

Bereichsleitung Hochbau

Entsprechend des Organisationsschemas der Abteilung waren von der Bereichsleitung Hochbau unter anderem folgende Aufgabenbereiche wahrzunehmen:

Durchführung von Auftragsvergaben und Abhaltung von fachbezogenen Preisprüfungsverhandlungen; Verfassen von Stellungnahmen zu diversen Gesetzes- und Richtlinienentwürfen; Festlegen von besonderen Vertragsbedingungen, Standards und fachbezogene Vorgaben für technische Ausführungen mit entsprechender Kontrolle; Erarbeitung der Grundlagen mit Zieldefinition und Datenerfassung für das Gebäudemanagement Magistrat (GEMMA); Durchführung von Kontrahentenausschreibungen für den gesamten Magistratsbereich sowie mit dem Organisieren von Veranstaltungen zur fachlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter; Erstellen von Abfallwirtschaftskonzepten für die Amtshäuser und die Führung der technischen Betriebsleitung im Amtshaus 19, Muthgasse 62.

Bereichsleitung Haustechnik

Auf Grund des neuen Organisationsschemas wurden in der Bereichsleitung Haustechnik die aus der Geschäftseinteilung abgeleiteten Agenden wahrgenommen. Das sind unter anderem: Preisprüfungswesen, Vergabewesen, Erstellung von Pflichtenheften, Stellungnahme zu diversen Gesetzesentwürfen, Abwicklung von Bestellungen usw.

Weiters erfolgten die Erstellung einer neuen Brennstoffstatistik, die Vergabe der Kontrahentenverträge für Heizung-Lüftung, Gewerbe und Industrie, die technische Unterstützung der Dezernatsleitungen im Baustellenbereich mit begleitender Baustellenüberwachung, die Mitwirkung an der Erstellung von standardisierten Leistungsbeschreibungen sowie im Arbeitskreis für Verwaltungsabläufe.

Auf dem Gebiet der fachlichen Weiterbildung der Bediensteten der Abteilung wurden verschiedene unter anderem hinsichtlich Produktinformationen im Sanitär- und Elektrobereich sowie Brandschutzeinrichtungen Meßverfahren und Meßgeräte organisiert.

Für den gesamten Magistratsbereich und teilweise für den KAV erfolgte zentral die Anschaffung audiovisueller Geräte. Des weiteren wurden für die MA 11, 12, 15, 47, 51, 56 und 70 Weißwaren aller Art angeschafft.

Dezernat Finanzen, Rechnungswesen und Energie

Mit der bezirksbezogenen Dezentralisierung der Energiekosten entstand der Bedarf nach einer flächenbezogenen Energiebuchhaltung, mit der daraus resultierenden Gebäudeanalyse (Benchmarking) entstanden Ergebnisse, die sich in Umsetzung befinden.

Im Sinne des optimalen Einsatzes der budgetären Mittel zur maximalen Einsparung von Energie wurden im abgelaufenen Jahr in 18 Amtshäusern Glühlampen gegen Sparlampen getauscht; es wurden 3.677 Sparlampen mit verschiedenen Leistungsstufen eingesetzt, wobei die daraus resultierende Einsparung der jährlichen Stromkosten etwa 590.000 S betrug - bei einer Amortisationszeit von rund 9 Monaten.

In acht Gebäuden wurden, hervorgerufen durch den hohen Sanierungsbedarf, neue Finanzierungsmethoden in sogenannten Contractingprojekten erprobt.

Weiters wurde im Rahmen des Wiener Klimaschutzprogrammes „Klip" an den Projektgruppen „Energie", „umweltfreundliche Beschaffung, Kriterien, Institutionalisierung" teilgenommen.

Dezernat Planung

Seitens des Dezernats Planung wurden 1997 im Zuge des Ausbaues des Warn- und Alarmsystems für Wien 10 weitere Sirenenanlagen errichtet, wobei durch die Neuorganisation der Abteilung bedingt auch die hochbaumäßigen Arbeiten veranlaßt wurden. Diese nunmehr 151 Sirenen wurden am Zivilschutztag (Nationalfeiertag) zufriedenstellend erprobt.

Für Schulneubauten wurde die Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung von haustechnischen Anlagen durchgeführt.

In eigener Werkstatt erfolgte die Reparatur von Geräten der Unterhaltungselektronik aus dem Besitz der Stadt Wien.

Im Zeichenbüro wurden technische Zeichnungen, Einreichpläne und Bestandspläne angefertigt.

Gruppe Rathaus

Neben der Beaufsichtigung der umfangreichen Bauarbeiten im Rathaus und den umliegenden Amtshäusern gehört die Gebäudeaufsicht mit Reinigung sowie die Vorbereitung und Abwicklung aller Veranstaltungen im Rathaus und im übrigen Stadtgebiet, wie z. B. Wiener Festwochen, Empfänge, Eröffnungen und Ausstellungen, zu den Aufgaben der Gruppe Rathaus.

Im Rathaus wurde die Errichtung von Brandschutzanlagen weitergeführt, gleichfalls fortgesetzt wurde die Instandsetzung der Dachflächen. Weiters wurde die Sanierung des Hofs 5 abgeschlossen und die Erneuerung der Verstärkerzentrale fortgesetzt. Im Amtshaus 1, Rathausstraße 1, wurde die Erneuerung und Verbesserung der Gebäudeleittechnik, des Zutritt-Kontrollsystems und der Brandmeldeanlage fortgesetzt. Begonnen wurde mit der Umwandlung der ehemaligen Stickerei in Büroräume für die MA 15 im Amtshaus 1, Schottenring 20 - 26, und im Amtshaus 8, Schlesingerplatz 4, wurden Räume für die Bezirksvorstehung adaptiert. Weiters wurde die Generalinstandsetzung im Amtshaus 8, Schlesingerplatz 2, fortgesetzt und die Installierung einer Brandmeldeanlage im Bilderdepot der MA 7 abgeschlossen. Ferner wurden in diversen Amtshäusern der Rathausgruppe Brandschutzmaßnahmen durchgeführt. Im Amtshaus 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5, wurde mit der Adaptierung des Mezzanins und des 1. Stockes begonnen und beim Rathausplatz wurde mit der Planung und Bauvorbereitung für die Verbesserung der Infrastruktur begonnen.

Amtshäuserverwaltung

Der Bereich der Amtshäuserverwaltung war mit der Verwaltung der städtischen Amtshäuser, Häuser für verschiedene Zwecke, Kirchen, Pfarrhöfe und Kapellen (einschließlich der Patronate der Stadt Wien) betraut. Der Amtshäuserverwaltung oblag überdies der Abschluß von Mietverträgen für die von der Stadt Wien für Amtszwecke benötigten Räume in gemeindefremden Häusern und der Abschluß von Benützungsübereinkommen für Dienststellen der Hoheitsverwaltung für Räume in städtischen Wohnhäusern.

Dem Hauspersonalreferat oblagen alle Aufgaben als Dienststelle des Personals der Ämterreinigung (Hausaufseher, Amtshauswarte, Reinigungspersonal) sowie die dazugehörigen wirtschaftlichen Angelegenheiten hinsichtlich des Reinigungsmaterials, wie Bestellung aller Reinigungsgeräte und Reinigungsmaterialien und die Führung des Inventars der Amtshäuser. Im Jahre 1997 haben sich keine grundsätzlichen Änderungen im Tätigkeitsbereich der Amtshäuserverwaltung ergeben.

Dezentralisierungsgruppe 1

Die Dezentralisierungsgruppe 1 der Abteilung ist für den Neubau sowie die Erhaltung von Schulen, Amtshäusern, Kindertagesheimen und Objekten der MA 12, MA 15 und MA 51 in den Bezirken 1, 2, 4, 5 - 7 und 20 zuständig.

Im Bereich der allgemeinen Pflichtschulen wurden in 10 Schulen die Malerei erneuert, in 3 Schulen die Dächer instand gesetzt, in 8 Schulen die Fenster erneuert, in 8 Schulen die WC-Gruppen erneuert bzw. für eine Geschlechtertrennung umgebaut. In 2 Schulen erfolgte die Turnsaalinstandsetzung sowie die Erneuerung bzw. Verbesserung von Warmwasseranlagen.

Weiters wurden in 2 Sonderschulen laufende Erhaltungsarbeiten durchgeführt sowie in 2, Aspernallee 5, Schul- und Turnsaalzubauten errichtet, in der Sonderschule 4, Phorusgasse, erfolgte ein Aufzugseinbau und in den beiden Sonderschulen 7, Zollergasse 41, und 20, Vorgartenstraße 50, begannen die Generalsanierungsarbeiten.

Bei den Kindertagesheimen erfolgten als Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten in 14 Heimen die Erneuerung der Malerei, in 2 Kindertagesheimen wurden neue Fußböden eingebaut, in 3 Kindertagesheimen erfolgte die Erneuerung bzw. Verbesserung der Zentral- und Warmwasserbereitungsanlage und in 4 Heimen wurde die Küche instand gesetzt.

Neu- und Umbauarbeiten wurden in den Kindertagesheimen 20, Handelskai 78 und 20, Handelskai 102 - 104, mit begleitender Generalunternehmer-Kontrolle im abgelaufenen Jahr fertiggestellt, in den Objekten 5, Fendigasse, und 20, Pasettistraße 71 - 75, begonnen.

In den Amtshäusern der oben angeführten Bezirke wurden neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in 2, Im Werd 19, Mauern trockengelegt, in 4, Favoritenstraße 18, und 5, Schönbrunner Straße 54, erfolgte der Elektroverteilerumbau; größere bauliche Instandsetzungsarbeiten gab es noch im Amtshaus 7, Hermanngasse 24 - 26, und 20, Dresdner Straße 75 - 79.

Des weiteren wurden für die MA 12 in sämtlichen Pensionistenklubs laufende Erhaltungsarbeiten bzw. kleinere Instandsetzungen durchgeführt.

Für die MA 15 wurden neben den laufenden Erhaltungsarbeiten die Außenstellen 5, Margaretengürtel 100, und 6, Amerlingstraße 11, generalsaniert.

Dezentralisierungsgruppe 2

Die Dezentralisierungsgruppe 2 betreut die Bezirke 3, 10 und 11.

Im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen wurde 1997 neben den laufenden Erhaltungen der rund 62 Schulen in 13 Schulen die Malerei erneuert, in 13 Schulen die Fenster repariert bzw. erneuert, in 2 Schulen Beleuchtungen verbessert und Blitzschutzanlagen saniert. Weiters wurden in 2 Schulen neue Physiksäle errichtet, in 3 Schulen Dachsanierungen, in 6 Schulen sanitäre Verbesserungen durchgeführt, in 3 Schulen Küchen eingerichtet, in 9 Schulen wurden größere bauliche Adaptierungen und Umbauten vorgenommen, in 3 Schulen wurden die Heizungsanlagen verbessert bzw. auf Fernwärme umgestellt.

In der Schule 10, Ensleinplatz, wurden mobile Klassen errichtet und mit einem Schulzubau begonnen, sowie in der Mobilschule 10, Hugo-Meisl-Weg, die Errichtung eines Gymnastiksaales abgeschlossen. In der Schule 23, Steinergasse, wurde mit der Errichtung eines Schulzubaues begonnen und in der Schule 11, Braunhubergasse - Vordertrakt, mit der Generalsanierung.

Weiters wurden 1997 diverse Schulneubauten und Zubauten, bei welchen die Baudurchführung durch Baubetreuer erfolgte, die Kontrolle durchgeführt, und zwar in 11, Leberberg und 3, Baumgasse.

Neben den laufenden Erhaltungsarbeiten von etwa 74 Kindertagesheimen wurden in 3 Kindertagesheimen Dachsanierungen, in 3 Kindertagesheimen größere Adaptierungsarbeiten, in 7 Kindertagesheimen Sanierungsarbeiten an Blitzschutzanlagen, in 4 Kindertagesheimen Küchen erneuert bzw. errichtet, in einem Kindertagesheim Fenstererneuerung, in 4 Kindertagesheimen Ausmalungsarbeiten, in 3 Kindertagesheimen Sanitärsanierungsarbeiten und neue Einfriedungen durchgeführt. Ein Kindertagesheim wurde auf Fernwärme umgestellt. Im Kindertagesheim 3, Lustgasse 13 - 15, wurde die Instandsetzung fortgesetzt und im Kindertagesheim 11, Rinnböckstraße 47, wurde mit der Generalinstandsetzung begonnen.

Mit der Errichtung eines Kindertagesheimes in 10, Gudrunstraße, wurde begonnen und mit den Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung eines Kindertagesheimes in 10, Grundäckergründe.

Im Amtshaus 10, Dieselgasse, wurden diverse Adaptierungsarbeiten durchgeführt, im Amtshaus 10, Laxenburger Straße 43 - 47, wurde ein Taubenschutz und die Sanierung der Stadtkasse durchgeführt. Im Amtshaus 3, Karl-Borromäus-Platz 3, wurden die Innenhoffassade und Fenster saniert. Im Amtshaus 11. Bezirk wurden die Sanierung der Fassade und die Erneuerung der Fenster fortgesetzt. Bei der Errichtung des Amtshauses 3, Rüdengasse 11, wurde die begleitende Baukontrolle durchgeführt.

Dezentralisierungsgruppe 3

Die Dezentralisierungsgruppe 3 betreut die Bezirke 12, 13, 14, 15 und 23. Im Bereich der allgemeinbildenden Plichtschulen wurde in 3 Schulen die Malerei erneuert, in 10 Schulen die Dächer instand gesetzt, in 8 Schulen die Fenster instand gesetzt bzw. erneuert, in 6 Schulen die Fassaden instand gesetzt, in 3 Schulen die WC-Gruppen erneuert, in einer Schule der Turnsaal instand gesetzt, in 2 Schulen eine Beleuchtungsverbesserung durchgeführt und in 7 Schulen diverse größere Adaptierungsarbeiten durchgeführt. Weiters wurden in 2 Sonderschulen laufende Erhaltungsarbeiten durchgeführt bzw. in der Sonderschule 15, Zinckgasse 14 - 16, der Turnsaalbereich und die Werkräume instand gesetzt. Zudem wurde in der Schule 12, Ruckergasse 42 - 44, und in der Schule 14, Märzstraße 178 - 180, die Gaszentralheizung auf Fernwärme umgestellt, in der Schule 14, Kinkplatz, wurde ein Spiel- und Bewegungsplatz errichtet und Wand- und Deckenverkleidungen hergestellt. Bei der Schule 14, Diesterweggasse 30, wurden 4 zusammenhängende Mobilklassen errichtet, in der Schule 14, Hadersdorf Hauptstraße 70, wurde mit der Schaffung eines Sportplatzes begonnen, in der Schule 14, Hadersdorf Hauptstraße 80, wurde ein Gymnastikraum errichtet und in der Schule 23, Bendagasse, wurde die Erweiterung der Schule fortgesetzt. Weiters wurde mit der Erweiterung der Schule 11, Wilhelm-Kreß-Platz, begonnen.

Bei den Kindertagesheimen wurde in 2 Kindergärten die Freifläche neu gestaltet, in 2 Kindertagesheimen die Malerei erneuert, in 3 Kindertagesheimen die Fassaden instand gesetzt, in einem Kindertagesheim die Fenster erneuert, in 2 Kindertagesheimen die Kesselhäuser instand gesetzt, in 2 Kindertagesheimen die Küche instand gesetzt und in 8 Kindertagesheimen größere technische und bauliche Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Weiters wurde im Kin-

dertagesheim 13, Angermayergasse, die ehemalige Küche in eine Gruppe adaptiert und in 15, Mareschgasse, wurde ein 2gruppiges Kindertagesheim errichtet.

Im Bereich der Amtshäuser wurde im Amtshaus 12, Schönbrunner Straße 259, die Instandsetzung des Vortragssaales und Nebenräume einschließlich WC abgeschlossen und im Amtshaus 13, Hietzinger Kai 1 - 3, wurde mit der Fensterinstandsetzung (Alt- und Neubau) begonnen. Weiters begonnen wurde im Bezirksmuseum 14, Penzinger Straße 59, mit der Fenster- und Fassadeninstandsetzung im Hof. Beim Amtshaus 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, wurden bei der Dach-, Fenster- und Fassadeninstandsetzung einschließlich Turm die Fenster instand gesetzt, Räume für das Magistratische Bezirksamt und den Bezirksschulinspektor adaptiert. Im Amtshaus 12, Niederhofstraße 23, wurde nach Übersiedlung der Abteilung in das Amtshaus 19, Muthgasse 62, der 3. und 4. Stock ausgemalt, in der Villa Kellermann in 14, Sophienalpenstraße, wurde der Eingangsbereich und die Heizanlage instand gesetzt und im Amtshaus 23, Speisinger Straße 256, wurde der Gehweg instand gesetzt.

Dezentralisierungsgruppe 4

Die Dezentralisierungsgruppe 4 betreut die Bezirke 8, 9 sowie 16 - 19. Im Bereich der allgemeinen Pflichtschulen wurde in 5 Objekten die Malerei erneuert, in 9 Schulen die Turnsäle und Lehrerzimmer instand gesetzt, in 5 Schulen wurden Beleuchtungsver-besserungen und Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt, in 9 Schulen die sanitären Anlagen saniert sowie in 4 Schulen die Türen und Fenster erneuert. Des weiteren begann im Oktober des Vorjahres die Generalsanierung des Schulgebäudes 17, Pezzlgasse 29.

Bei den Kindertagesheimen erfolgten als Renovierungen in 14 Objekten sanitäre Sanierungsarbeiten bzw. Installierung von Geschirrspülern usw., in 4 Objekten wurden Fenster, Türen und Fußböden (Bodenbeläge) getauscht bzw. erneuert, in 9 Kindertagesheimen wurde die Malerei erneuert bzw. Anstricharbeiten durchgeführt und in 6 Kindertagesheimen sicherheitstechnische Überprüfungen veranlaßt.

Neu- und Umbauarbeiten wurden im Kindertagesheim 16, Haberlgasse 76, mit der Komplettsanierung des dritten und vierten Stockes, im Kindertagesheim 17, Rötzergasse 47, im Objekt 18, Pötzleinsdorfer Straße 2, mit der Sanierung des Hauses 2 und im Kindertagesheim 19, Gatterburggasse 2b, mit der Totalrenovierung des Hauses 1 und 2 im Berichtsjahr getätigt.

In den Amtshäusern der genannten Bezirke wurden neben den laufenden Erhaltungsarbeiten im Amtshaus 16, Richard-Wagner-Platz 19, Fenster und Fassaden renoviert, im Amtshaus 17, Elterleinplatz 14, die Generalinstandsetzung weitergeführt und der Dachbodenausbau beendet, und im Amtshaus 19, Gatterburggasse 12 - 14, die Adaptierung von Räumen fortgesetzt. Weiters wurden für die MA 12 in den Pensionistenklubs für die Bezirke 8, 9 sowie 16 - 19 laufende Erhaltungsarbeiten bzw. kleinere Instandsetzungen durchgeführt.

Dezentralisierungsgruppe 5

Die Dezentralisierungsgruppe 5 betreut die Bezirke 21 und 22. Neben baulichen Erhaltungsarbeiten, kleineren Zubauarbeiten in Schulen, Kindertagesheimen, Amtshäusern und Pensionistenklubs wurden im Berichtsjahr der Zubau zur Volksschule 22, Konstanziagasse 24 - 26, einschließlich Sanierung des Altbestandes abgeschlossen, wobei der Schulbetrieb mit September 1997 voll aufgenommen werden konnte. Die Ganztageshauptschulen in 22, Eibenweg 58, und 22, Simonsgasse 23, wurden einschließlich der Abrechnung fertiggestellt, die Schlußberichte verfaßt. Auch der Volksschulneubau und Hort in 21, Rittingergasse 29a, konnte im abgelaufenen Jahr fertiggestellt werden, die Inbetriebnahme erfolgte im September 1997.

Im Bereich der MA 11 wurde der Neubau des Kindertagesheimes in 22, Schödlbergergasse 7, per 7. Jänner 1997 in Betrieb genommen, der Neubau des Kindertagesheimes mit Hortbetrieb in 22, Markomannenstraße, in Leichtbauweise errichtet, abgeschlossen und per September 1997 in Betrieb genommen.

Bei diversen Schulneubauten, die vom Baubetreuer errichtet werden, wird auch die Abteilung miteingebunden, wobei insbesondere die Planfreigaben bezüglich der Raumbücher betrieben werden. In weiterer Folge wurden Zusatzarbeiten und auch die Mängelbehebungen im Einvernehmen mit den Baubetreuern und der MA 56 über die Abteilung bei den Schulen 21, Peitlgasse, 21, Tulzergasse, 21, Zehdengasse, 21, Hanreitergasse 2, 22, Wagramer Straße - Kratochwjlestraße, 22, Breitenleer Straße 263, 22, Donau-City, und 22, Am Kaisermühlendamm, erledigt.

Gruppe Sonderaufgaben

Die Gruppe Sonderaufgaben der Abteilung ist für den Neubau und die Erhaltung der Berufsschulen, Fachschulen, Pädagogischen Institute, Objekte der Volksbildung, Häuser der Begegnung, Musikschulen, Büchereien, Kirchen, Heime, Herbergen sowie für Objekte der MA 15, MA 51 und teilweise MA 70 zuständig.

Im Bereich der berufsbildenden Pflichtschulen wurden neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in 5 Zentralberufsschulen und 11 Berufsschulgebäuden noch folgende Umbau- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt:

In 6, Mollardgasse 87, wurde mit der Sanierung der Straßenfassaden und Dächer begonnen, in 9, Hahngasse 35, Fenster instand gesetzt sowie eine Küche eingebaut und in 10, Kempelengasse 20, mit einer Generalsanierung begonnen.

In den Objekten der Volksbildung wurde im Konservatorium 1, Johannesgasse 4a, der Umbau des großen Saals fortgesetzt, in der Musikschule 19, Döblinger Hauptstraße, begann die Generalinstandsetzung. Die Arbeiten in den Volkshochschulen 6, Hofmühlgasse 2, 10, Arthaberplatz, und 23, Canavesegasse, wurden im Berichtsjahr fortgesetzt bzw. fertiggestellt.

Bei den Kindertagesheimen wurden in den Objekten Klosterneuburg, Eggenburg und Gaaden die Fassaden und Dachstühle instand gesetzt, größere sanitäre Umbauten gab es im Mutter und Kind-Heim 11, Pleischlgasse 2, im Julius-Tandler-Heim und im Krisenzentrum der Stadt Wien „Am Augarten". Des weiteren erfolgten im abgelaufenen Jahr im Heim 9, Lustkandlgasse 50, und im Gesellenheim 10, Zohmanngasse 28, Maler- und Fensteranstricharbeiten. Bei den Herbergen für Obdachlose wurden diverse Instandsetzungen im Inneren der Gebäude durchgeführt, als größere Erneuerung wäre der Heizungsumbau in 20, Meldemannstraße 25 - 27, zu erwähnen.

1997 wurden in 9 Turnhallen und 6 Sportanlagen die laufenden Erhaltungsarbeiten fortgesetzt, weiters wurden im abgelaufenen Jahr neue Tonanlagen in der Rundturnhalle in 23, Steinergasse, sowie 10, Per-Albin-Hansson-Siedlung, installiert, in der Jugendsportanlage in 15, Auer Welsbach-Park, die Kanalisation erneuert und in der Sporthalle in 21, Jedleseer Straße 74, die Notbeleuchtung adaptiert.

In den Objekten der MA 15 wurden 1997 in 8, Feldgasse 9, die Büros adaptiert, in der Desinfektionsanstalt in 3, Arsenalstraße 7, erfolgte der Einbau eines neuen Desinfektionsapparates.

Für die MA 70 wurde in der Zentrale in 3, Radetzkystraße 1, ein Notstromaggregat eingebaut, in der Rettungsstation in 3, Arsenalstraße 9, wurde eine Waschstraße für die Rettungsautos errichtet.

Gruppe Nachrichtentechnik

Die Gruppe Nachrichtentechnik wickelte nachrichtentechnische Projekte für die Dienststellen, die haustechnisch von der Abteilung als auch für Dienststellen, die von der MA 32 betreut werden, ab. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag im weiteren Ausbau und der Pflege des Kommunikationsnetzes für Sprache und Datenverkehr, wobei durch die zunehmende EDV-Durchdringung die Heranführung auch kleinerer, dislozierter Organisationseinheiten an das Kommunikationsnetz, auch für den KAV, zunehmend an Bedeutung gewann.

Im einzelnen bedeutete dies im Bereich Funk die Anschaffung von rund 250 Stück Mobiltelefone, des weiteren wurden 7 Stück Funkgeräte, 28 Stück Schnurlostelefone und 11 Stück Pager angekauft. Für eine Pilotphase wurden Nebenstellenanbindungen an Mobiltelefonbetreibern (Gateway) hergestellt, es wurden 2 GSM-Anbindungen und 1 D-Netz-Anbindung realisiert, wodurch die wesentlich günstigeren Tarife innerhalb eines Mobilfunknetzes zum Tragen kommen.

Langdrahtantennen für Kurzwelle sowie Vertikalstrahler für Ultra high frequenz und Very high frequenz wurden im Rathaus und im Amtshaus Forum installiert, im Amtshaus 19, Muthgasse 62, erfolgte die Errichtung einer Antennenanlage für diverse Funkdienste und für Zwecke der Störungsbehebung.

Im Bereich des Rathauses erfolgten Erweiterungen bzw. Adaptierungen von nachrichtentechnischen Anlagen in verschiedenen Büros sowie in den fünf Klubs der Rathausparteien. Des weiteren wurden das Wohnungsberatungszentrum umgebaut, die Erneuerung der Verstärkerzentrale im Rathaus vorgenommen, mit dem Bau einer Brandmeldeanlage begonnen, ferner diverse Landesgrundnetzanschlüsse hergestellt, die ehemalige Fernvermittlung umgebaut, Telekabelanschlüsse für die MA 17 veranlaßt, und Leitungsverlegungen für das Warn- und Alarmsystem Turm-Katastrophenleitzentrale getätigt.

Im Zuge der Erneuerung oder des Neubaues von Nebenstellenanlagen wurden für das Kommunikationsnetz der Stadt Wien die Amtshäuser in 3, Rüdengasse (MA 11), in 3, Viehmarktgasse, in 19, Muthgasse 62, sowie die Magistratischen Bezirksämter im 20. und 21. Bezirk in Betrieb genommen.

Für die MA 10 wurden Alarmanlagen für das Historische Museum am Karlsplatz, im Bereich der Schubert-Ausstellung und des Otto-Wagner-Pavillons errichtet.

In 13 Kindertagesheimen der MA 11 wurden bestehende Einzelanschlüsse durch Kleintelefonanlagen ersetzt, Alarmanlagen in 11 Kindertagesheimen errichtet.

Im Bereich der MA 13 wurde eine Warensicherungsanlage für die Zentralbücherei installiert, die Audio-Video-Bühnenkommunikation des Konservatoriums der Stadt Wien erneuert.

Im Jahre 1997 wurden mit einem Gesamtbetrag von rund 28 Millionen Schilling etwa 180 Verkabelungsprojekte für die MA 14 verwirklicht.

Des weiteren erfolgten Erweiterungen der Kommunikationsnetze in der Herberge Meldemannstraße (MA 23), im Betriebslokal der MA 30 Waldrebengasse, im Amtshaus der MA 48 in 5, Einsiedlergasse, sowie im Forstamt Großenzersdorf (MA 49), in 3 Marktämtern der MA 59 und in den Hauptfeuerwachen Mariahilf und Donaustadt.

Schließlich wurden Elektroakustikanlagen in den Sporthallen 10, Per-Albin-Hansson-Siedlung, Jura-Soyfer-Gasse und 23, Steinergasse, sowie im Verband Wiener Volksbildung in den Häusern der Begegnungen Simmering, Heiligenstadt, Brigittenau, Groß Jedlersdorf und Leopoldstadt errichtet bzw. erneuert.

Im Bereich der Betriebsführung erfolgte der Störungsdienst für rund 16.000 Nebenstellen, es gab betriebliche Veränderungen an 6.600 Nebenstellen. Des weiteren erfolgte die tagesaktuelle Führung des netzweiten elektronischen Telefonbuchs für die Vermittlungen, die Errichtung und Inbetriebnahme von ISDN-Nebenstellen für EDV-Geräte

der Bezirksvorstehungen sowie für Bürger-Service-Stationen und für diverse Außenstellen von 15 Magistratsabteilungen, die Programmierung der erforderlichen Routinen im Managementsystem DMS der HICOM-TK-Anlagen zur Übergabe der ETB-Daten an die MA 14 und die Inbetriebnahme von 51 City-Netz-Verbindungen für die TK-Anlagen.

Betriebsgruppe

Die Tätigkeiten der Betriebsgruppe der Abteilung umfaßte im Jahre 1997 folgende Bereiche: Sicherheitstechnische Überprüfungen der Niederspannungsanlagen wurden in 118 Volks- und Hauptschulen der MA 56, 7 Berufsschulen der MA 56, 1 Fachschule der MA 56, 2 Pflegeheimen des Krankenanstaltenverbundes, 12 Rettungs- und Sanitätsstationen der MA 70, 4 Jugendzahnkliniken der MA 15, 43 Amtshäusern der MA 23, 13 Bezirksämtern der MA 23, in Kindertagesheimen in den meisten Bezirken, in 6 Herbergen der MA 23, im Institut für Umweltmedizin der MA 15, im Pädagogischen Institut der MA 56, in der Desinfektionsanstalt der MA 15, im Zentrallager der MA 54 und in der Stadt des Kindes der MA 11 durchgeführt. Die oben genannten Anlagen wurden zur Gänze durch das Personal der Betriebsgruppe überprüft. Bei allen diesen Anlagen wurden im Zuge der sicherheitstechnischen E-Überprüfung Reparaturen an elektrischen Betriebsmitteln für die Sicherheit von Personen in den betreffenden Anlagen durchgeführt. Weiters befinden sich im Überprüfungszyklus der Betriebsgruppe folgende Objekte, und zwar die restlichen Kindertagesheime der MA 11, die restlichen Bezirksämter der Abteilung, die restlichen Berufsschulen und Fachschulen der MA 56.

Reparaturen an ortsveränderlichen Geräten wurden in der Werkstätte der Betriebsgruppe vorgenommen.

Auf Anforderung wurden im Bereich der Stadt Wien Strom-, Spannungs-, Leistungs-, Temperatur- und Lichtstärkemessungen sowie diverse Anschlußwertaufnahmen durchgeführt, wie beispielsweise in den Rettungs- und Sanitätsstationen in 14, Baumgartenstraße 7, 22, Wimpffengasse 8, und 21, Brünner Straße 3 - 5, Amtshaus 1, Rathausstraße 1 (ADV), sowie diverse Messungen in 1, Hansenstraße 3, und 19, Muthgasse 62.

In Zusammenarbeit mit der MD-Hilfsmaßnahmen wurden bei Notstandsmaßnahmen Elektroinstallationsarbeiten durchgeführt (z. B. in 10, Davidgasse, 15, Eduard-Sueß-Gasse, 19, Döblinger Gürtel, 5, Grüngasse, 15, Zinckgasse, sowie die Abänderung, Demontage bzw. Wiederinstandsetzung der vom ÖAMTC genutzten Räume für das Flüchtlingslager in 12, Leberstraße 66).

Mit dem gruppeneigenen Notstromaggregaten wurde im Krankenhaus Wilhelminenspital zweimal Notstrom bereitgestellt. Im Zuge der Besiedlung des neuen Amtshauses Muthgasse wurde eine Reihe von Übersiedelungsarbeiten durchgeführt. Die Betriebsgruppe führte auch Elektroleistungsaufnahmen für das Referat Energieeinsparung durch, wie z. B. in 22, Lieblgasse 4. Weiters wurde auf Wunsch der MA 56 in der Berufsschule 6, Mollardgasse 87, eine Blockschaltbildaufnahme durchgeführt.

Die Betriebsgruppe stellte weiters einen Journaldienst rund um die Uhr, welcher für den ganzen Magistratsbereich zuständig ist, jedoch vorrangig für Spitäler und Pflegeheime arbeitet.

Außerhalb der Normaldienstzeit wurden mit Eigenpersonal im Elektrobereich und mit Vertragsfirmen im restlichen Kompetenzbereich der Abteilung Störungen und Gebrechen behoben. Unter anderem wurden in Zusammenarbeit mit Fremdfirmen nach Bränden in städtischen Wohnhausanlagen Elektro-, Gas- und Sanitärprovisorien errichtet. Es wurden 2.247 Störungen vor Ort im Jahre 1997 von der Betriebsgruppe bearbeitet, wobei 2.076 Störungen vom Bereich der MA 17 anfielen, die mit Vertragsfirmen und zum Teil mit dem Personal der Betriebsgruppe bearbeitet wurden.

Für die Unterbringung Obdachloser führt die Stadt Wien gemäß §§ 7, 12 und 14 des Wiener Sozialhilfegesetzes Obdachlosenheime, und zwar Familienheime in 12, Kastanienallee 2, 3, Gänsbachergasse 3, im Frauenheim 12, Ruttenstockgasse 2, im Männerheim 20, Meldemannstraße 25 - 27, sowie in den Provisorischen Herbergen für Männer in 21, Siemensstraße 109, und 11, Neu-Albern 2.

Davon wurden 29 Familien (95 Personen) durch die MA 23 - Heimverwaltung eingewiesen. Insgesamt wurden 102 Familien (341 Personen) von der Verwaltung der Herbergen aufgenommen. 42 Einzelpersonen wurden aufgenommen und nächtigten bei ihren Familienangehörigen. 10 Kinder wurden 1997 in den Familienherbergen geboren. Abschließend wäre noch zu erwähnen, daß 3 Familien (12 Personen) wegen Wohnungsbränden in ihren Privatwohnungen über die MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen in den Familienheimen vorübergehend Aufnahme gefunden haben. Im Jahr 1997 wurden somit 393 Personen in den Familienheimen aufgenommen.

Im gleichen Zeitraum haben 101 Familien (325 Personen) die beiden Familienheime verlassen. 45 Familien (159 Personen) haben sich selbst eine Unterkunft gefunden. 17 Familien (65 Personen) erhielten eine Gemeindewohnung. 7 Familien (29 Personen) zogen in eine Übergangswohnung des Sozialen Hilfswerkes bzw. der Volkshilfe. 13 Familien (35 Personen) zogen in die drei Frauenhäuser. 11 Familien (31 Personen) zogen in ihre Wohnung an die Voradresse zurück. 7 Familien (29 Personen) zogen in das Sozialtherapeutische Wohnheim der MA 12. Eine Familie (3 Personen) zog in ein Mutter-Kind-Heim. 30 Einzelpersonen haben sich eine Privatwohnung gefunden. Drei Männer kamen in das Männerheim. Eine Frau kam in das Frauenheim. 3 Einzelpersonen erhielten eine Gemeindewohnung. Eine Person verstarb im Jahr 1997. Somit verließen 1997 389 Personen die beiden Familienheime. Die Zu- und Abgänge im Frauenheim 12, Ruttenstockgasse 2, betrugen 107 Zu- und 111 Abgänge. Eine Frau erhielt eine Gemein-

dewohnung. Im Männerheim 20, Meldemannstraße 25 - 27, waren es 642 Zu- und 657 Abgänge. 9 Männer erhielten eine Gemeindewohnung. In der Provisorischen Männerherberge 21, Siemensstraße 109, waren es 239 Zu- und 263 Abgänge. 4 Männer erhielten eine Gemeindewohnung. In der Provisorischen Männerherberge in 11, Neu-Albern 2, waren es 350 Zu- und 356 Abgänge. 2 Männer erhielten eine Gemeindewohnung. Die Zugänge und Abgänge hielten sich weitgehend im Gleichgewicht.

In den Obdachlosenherbergen wurden 1997 folgende Bau- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt:

Der im Männerheim 20, Meldemannstraße 25 - 27, geplante Anschluß an die Fernwärme konnte durchgeführt werden, eine neue Telefonanlage installiert und das Nächtigungsheim im 1. Stock (29 Kleinkabinen) nach einem Brand komplett renoviert werden. Die Provisorische Herberge für Männer 21, Siemensstraße 109, soll im Früh-Sommer 1998 einem neuen Heim Platz machen. Obwohl deshalb keine größeren Investitionen angestrebt wurden, war eine Instandsetzung von zwei Naßräumen unbedingt vonnöten. Darüber hinaus mußten alle Gänge mit einem neuen Bodenbelag versehen werden. Alle Gänge und einige Zimmer wurden neu ausgemalt. Mit der Planung des Neubaues wurde begonnen.

Da der Bau der Provisorischen Herberge für Männer 11, Neu-Albern 2, erst seit drei Jahren in Betrieb ist, waren hier keine größeren Erhaltungsarbeiten nötig. Die Küchenkasteln der Insassenküche mußten nach Nässeschäden teilweise erneuert werden.

Im Familienheim 3, Gänsbachergasse 3, konnten viele Unterkünfte neu ausgemalt werden.

Im Parterre des Frauenheimes in 2, Ruttenstockgasse 2, wurde ein zweiter Aufenthaltsraum geschaffen. Für den Einbau von Stockwerks-Duschen wurden alle Vorarbeiten geleistet.

Die Diensträume im genannten Frauen- sowie im Familienheim 12, Kastanienalle 2, wurden renoviert.

## Hochbau

Im Berichtsjahr kam die 1996 beschlossene Umstrukturierung der Abteilungen innerhalb der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zum Tragen. Als Folge davon behielt die Abteilung nur mehr ein reduziertes Budget von 55,049.000 S, während die Budgetmittel für den Wohnhausneubau im Umfang von 2.622,418.000 S in den Verantwortungsbereich der MA 17 - Wiener Wohnen kamen.

Aus dem verbliebenen eigenen Budget werden nur mehr die Kosten für die Bauvorbereitung und die Abbrüche bestritten. Sämtliche Bautätigkeit, sowohl die bisherigen Agenden, als auch die neu hinzugekommenen, wie Museen, Märkte, Feuerwachen, Denkmäler usw., wird nunmehr ausschließlich mit Budgetmitteln finanziert, die bei anderen Magistratsabteilungen veranschlagt sind. Neben der MA 17, sind dies vor allem die Magistratsabteilungen 7, 10, 28, 42, 43, 48 und 68.

Von den mit Beginn des Jahres 1997 auf 16 Baustellen in Ausführung befindlichen Neubauwohnungen wurden bis Ende des Jahres 1.250 Einheiten fertiggestellt. Im selben Zeitraum wurde mit dem Neubau von 1.256 Wohnungen auf 14 Baustellen begonnen. Damit befanden sich mit 31. Dezember 1997 1.779 Wohnungen auf 18 Baustellen in Ausführung. Die Stadt Wien hat mit den Übergaben des Jahres 1997 seit 1945 somit 160.532 Neubauwohnungen fertiggestellt.

Im Bereich der Revitalisierungen konnten die Arbeiten an zwei städtischen Wohnhausanlagen mit 439 Wohnungen beendet werden. Seit 1986 wurden an 58 Objekten mit 5.900 Wohnungen Sockel- oder Totalsanierungen durchgeführt. Wenn man jene Wohnhausanlagen, in denen die Abteilung andere Sanierungs- oder Verbesserungsarbeiten durchgeführt hat, hinzuzählt, erhöht sich die Anzahl der in den Genuß von Verbesserungen gekommenen Wohnungen auf 11.844.

Bei den 1997 in Angriff genommenen Bauvorhaben handelt es sich zum größten Teil um Projekte in den Bezirken Floridsdorf, Donaustadt und Liesing. In Floridsdorf wurde neben drei kleineren Bauvorhaben die Wohnhausanlage Ödenburger Straße - Ferdinand-Käs-Gasse mit 165 Wohnungen, 166 PKW- Stellplätzen und 2 Geschäftslokalen begonnen. Das Grundstück liegt in der Nähe des alten Ortskerns von Groß-Jedlersdorf zwischen einer städtischen Wohnhausanlage und einer Kleingartensiedlung. Südseitig sind begrünte Wohnhöfe mit Spielpätzen vorgesehen. Den Erdgeschoßwohnungen sind Mietergärten zugeordnet, während der Großteil der Geschoßwohnungen mit Loggien oder Terrassen ausgestattet ist. Im 22. Bezirk in der Prandaugasse wurde der erste Abschnitt des Projektes westlich Kagran - Siegerprojekt des Bauträgerwettbewerbs 1995 - mit 150 Wohnungen, 3 Geschäftslokalen und einem Kindertagesheim begonnen. Ein weiteres Bauvorhaben in der Donaustadt ist die von Gustav Peichl und Rudolf Weber geplante Wohnhausanlage Erzherzog-Karl-Straße mit 215 Wohnungen und 300 PKW-Stellplätzen. In diesem als „Erzherzog-Karl-Stadt" bezeichneten Siedlungsgebiet nördlich der Langobardenstraße und westlich des alten Ortskerns von Aspern soll ein eigenständiger neuer Stadtteil entstehen, wobei auch andere Bauträger tätig sind. Das größte Bauvorhaben wurde im 23. Bezirk, Steinergasse 36, begonnen. Aufgeteilt auf 2 Bauteile werden hier 491 Wohnungen, 1 Kindertagesheim, 1 Elternberatungsstelle und ein Jugendzentrum entstehen. Im Berichtsjahr wurde der 1. Bauteil mit 260 Wohnungen begonnen.

Im 11. Bezirk wurde mit der Fertigstellung aller 4 Bauabschnitte des 2. Bauteils mit insgesamt 833 Wohnungen

das Projekt Leberberg abgeschlossen. Im Teil A 1 wurde eine Behindertenwohngemeinschaft für die Caritas eingerichtet, im Bauteil C ein Therapiezentrum und der Teil B enthält ein Kindertagesheim. Im 21. Bezirk wurde das Projekt „Frauen- Werk-Stadt" - Carminweg-Donaufelder Straße mit insgesamt 356 Wohnungen fertiggestellt, die je zur Hälfte von der MA 24 und einer Genossenschaft errichtet wurden. Es handelt sich dabei um Europas größtes Projekt für frauengerechten Wohnbau. Nach einem Wettbewerb, der von der Frauenabteilung der Stadt Wien initiiert wurde, konnten vier Architektinnen und eine Grünraumplanerin ihre Konzepte zu frauengerechtem Planen und Wohnen umsetzen.

Durch die Miterrichtung von zwei Kindertagesheimen im Zuge von Wohnhausneubauten konnte ein Beitrag zur Erfüllung der sozialen Aufgaben der Stadt Wien geleistet werden. Zusätzlich wurde noch das freistehende Kindertagesheim 21, Gerspergasse - Satzingerweg fertiggestellt.

Im Rahmen der Bauvorbereitungstätigkeit für die in den Folgejahren zu realisierenden Neubauvorhaben wurden insgesamt 19 Projekte in unterschiedlich fortgeschrittenem Stadium bearbeitet. Davon konnte für 3 Projekte mit 80 Wohnungen die Zusicherung der Wohnbauförderung durch die Wiener Landesregierung und für 3 Projekte die Baubewilligung erwirkt werden. Für 4 weitere Neubauprojekte erhielten 7 Architekten Planungsaufträge; für 1 Projekt wurde ein EU-weiter Wettbewerb ausgeschrieben. Für 2 Liegenschaften wurden Studien betreffend die mögliche bzw. wirtschaftliche Bebaubarkeit, bzw. die Aufstockung ausgearbeitet. Außerdem wurden Vorarbeiten für die Sockelsanierung an 15 Wohnhausanlagen und für Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an 67 Wohnhausanlagen geleistet.

Die Abteilung wurde auch bei Absiedlungen in zur Revitalisierung vorgesehenen Althäusern tätig und leistete Mithilfe bei der Absiedlung von Abbruchhäusern. Im Jahre 1997 wurden acht städtische Althäuser, bei welchen eine Revitalisierung wirtschaftlich nicht vertretbar gewesen wäre und aus der Sicht des Denkmalschutzes keine Einwände vorlagen, abgebrochen.

Die Arbeitsschwerpunkte der Gebietsbetreuung Karmeliterviertel betrafen, wie auch 1996, vor allem den öffentlichen Raum im Bereich vom Karmelitermarkt bis zum Karmeliterplatz. Auch die soziokulturellen Aktivitäten und die bereits traditionellen Grätzlforen waren wieder im Arbeitsprogramm.

Im Frühjahr konnte die Tiefgarage und das neue Marktamtsgebäude auf dem Karmelitermarkt fertiggestellt werden. Damit konnte die Umgestaltung des Grätzls zum sogenannten „Karmeliter Bezirkszentrum" in Angriff genommen werden, die, aufgeteilt in 5 Abschnitte, bis zum Jahre 2002 umgesetzt werden soll. Von der Gebietsbetreuung wurden dazu vier Koordinationsbesprechungen veranstaltet.

Das Betreuungslokal der Gebietsbetreuung Karmeliterviertel wurde im Berichtsjahr von insgesamt 760 Personen aufgesucht, wobei die Anfrageschwerpunkte wohnrechtliche Probleme (28 %), Fragen betreffend den öffentlichen Raum und die Parkplatzproblematik (27 %), baurechtliche Probleme (10 %), Sanierungen (7 %) und Wohnungssuche (7 %) waren. Im Rahmen der Mieterbetreuung wurden Mieterversammlungen für 9 Wohnobjekte abgehalten.

## Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung

Der Abteilung obliegt im Rahmen der Stadterneuerung die Erstellung von technisch-wirtschaftlichen Gutachten und Stellungnahmen in Wohn- und Mietrechtsangelegenheiten einschließlich solcher, wo Förderungsmittel für die Wohnhaussanierung nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 in Anspruch genommen werden.

In der Wohnbauförderung ist es Aufgabe der Bauaufsichtsorgane der Abteilung, die Förderungswürdigkeit der Projekte zu prüfen und für die Wiener Landesregierung bei der Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen und Heimen tätig zu werden. Die begleitende technische und wirtschaftliche Prüfung der Bauvorhaben als Voraussetzung für die Freigabe der Finanzierungsmittel usw. sowie die Beobachtung der Einhaltung der Wettbewerbserfordernisse bei der Errichtung jener Objekte, die über Entscheidung der Bauträger-Wettbewerbe der Förderung zugeführt wurden, ist die Aufgabe der Bauaufsichtsorgane.

Die Abteilung hat die Preisangemessenheit und die Förderungswürdigkeit denkmalpflegerischer Maßnahmen bei der Instandsetzung von Gebäuden in Schutzzonen und solchen, die unter Denkmalschutz stehen, einschließlich der Sakralbauten, zu beurteilen. Die Gutachten sind Grundlage für die Förderung aus den Mitteln des Wiener Altstadterhaltungsfonds.

Die Vergabe, die Mitwirkung bei der inhaltlichen Lenkung und Führung sowie die Abrechnung der in den Stadterneuerungsgebieten tätigen 13 Gebietsbetreuungen gehört ebenso zu den zu erfüllenden Aufgaben.

Die Durchführung von Ersatzvornahmen zur Vollstreckung von behördlichen Aufträgen sowie die von notstandspolizeilichen Maßnahmen ist eine weitere Aufgabe.

Schließlich wird die Abteilung als Amt der Wiener Landesregierung bei der Förderung von Schallschutzeinrichtungen an Bundesstraßen tätig.

Vor der Zusicherung von Förderungsmitteln wurden Prüfberichte erstellt, wobei die Angemessenheit der voraussichtlichen Gesamtbaukosten (Förderungswürdigkeit) festgestellt wurde.

1997 wurden 414 Anträge aus dem Titel der Wohnbauförderung mit einer Kostensumme von 7.325 Millionen Schilling, die den Bau von 6.093 Wohneinheiten betrafen, in bautechnischer Hinsicht geprüft. Von dieser bezogen sich 40 Anträge auf Mehrwohnungshäuser und Reihenhäuser mit 3.917 Wohnungen, 3 Anträge mit 250 Wohnungen in Heimen, 290 Anträge mit 299 Wohnungen in Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern, 81 Anträge mit 1.627 Wohnungen in Mehrwohnungshäusern, Dachböden gemäß § 15 WWFSG 1989. Weiters wurde die Kontrolle der Endabrechnungen von Wohnbauten der Gemeinde Wien vorgenommen, und zwar bei 8 Anträgen mit 488 Wohneinheiten und einer Baukostensumme von 547 Millionen Schilling. Ebenso wurden 1.083 Heimplätze und 7.643 Wohneinheiten in Mehrwohnungshäusern sowie in Form von Reihenhäusern endabgerechnet.

Im Bereich der technisch-wirtschaftlichen Gutachten und Stellungnahmen in Wohn- und Mietrechtsangelegenheiten wurden einschließlich der Nachträge 158 Anträge um Erhöhung der Hauptmietzinse zur Durchführung von ungeförderten Erhaltungsarbeiten bearbeitet. Die beantragte Baukostensumme betrug rund 1.082 Millionen Schilling.

Bei 79 Endabrechnungen von ungeförderten Erhaltungsarbeiten betrugen die Gesamtbaukosten rund 281 Millionen Schilling.

334 Anträge (einschließlich von Nachträgen) zur Erhöhung der Hauptmietzinse zur Durchführung von Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten (Erhaltungsförderung und Sockelsanierung) unter Inanspruchnahme von Förderungsmitteln nach dem WWFSG 1989 wurden erledigt. Die Gesamtbaukosten betrugen rund 1.364 Millionen Schilling.

180 Endabrechnungen geförderter Sanierungsmaßnahmen wurden überprüft wobei die Gesamtbaukosten rund 1.265 Millionen Schilling betrugen.

Schließlich wurden einschließlich von Nachträgen 602 Mieteranträge gemäß § 6 MRG und 92 Anträge gemäß § 9 MRG behandelt. Hinsichtlich dem Ersatz von Aufwendungen auf eine Wohnung (§§ 10, 27 MRG) wurden 212 Stellungnahmen abgegeben. Zusätzlich wurden noch diverse Anfragen nach den Mietrechtsgesetz sowie nach dem Heizkostenabrechnungsgesetz beantwortet.

Für die Bereitstellung von Förderungsmitteln aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden für die MA 7 345 Geschäftsfälle hinsichtlich der Ermittlung der denkmalpflegerischen Mehrleistungen und deren Preisangemessenheit und diesbezügliche Rechnungen nach durchgeführten Arbeiten aus technisch-wirtschaftlicher Sicht geprüft und Stellungnahmen abgegeben.

Im Rahmen der Förderung von Einzelanträgen für die Wohnhausverbesserung konnten 2.251 Mieteranträge mit einer Gesamtsumme von förderbaren Kosten in der Höhe von rund 227 Millionen Schilling und 2.912 Hauseigentümeranträge mit einer Gesamtsumme an förderbaren Kosten in der Höhe von rund 205 Millionen Schilling einer Erledigung zugeführt werden.

Im Rahmen der Sonderaktionen der Bürgschaftsfonds Gesellschaft m.b.H. zur Errichtung und Verbesserung von Komfortzimmern und Sanitärräumen in Beherbergungsbetrieben wurde ein Antrag bearbeitet. Dabei war auch die technische Überwachung der Einhaltung der gegebenen Richtlinien durchzuführen.

Weitere 8 Anträge um Gewährung zinsenfreier Darlehen der Stadt Wien zur Herstellung von Kanalanschlüssen mit einer überprüften Kostensumme von rund 450.043 S konnten im Berichtszeitraum erledigt werden.

Die Abteilung ist auch für die Vereine „ARGE-Wohnplätze für Bürger in Not“ und „ARGE Wohnplätze“ beratend tätig.

Der finanzielle Aufwand für die Gebietsbetreuungen betrug rund 46 Millionen Schilling.

Im Rahmen der Förderungsaktion für den Einbau von Schallschutzfenstern an Bundesstraßen aus Budgetmitteln des Bundes konnten 204 Anträge einer positiven Erledigung zugeführt werden. Es konnten Beihilfen für rund 2.172 Schallschutzfenster gewährt werden.

Für 316 von der MA 64 angedrohte Ersatzvornahmen wurden Kostenschätzungen in der Größenordnung von rund 165 Millionen Schilling erstellt. Es waren insgesamt 126 Ersatzvornahme-Durchführungen zu betreiben.

Ferner waren 48 notstandspolizeiliche Maßnahmen durchzuführen.

Für die von der Abteilung durchgeführten Ersatzvornahmen und notstandspolizeilichen Maßnahmen wurde ein Gesamtbetrag von rund 4 Millionen Schilling in Rechnung gestellt.

Zur Einbringung der Kosten von 562 durch die Feuerwehr durchgeführten notstandspolizeilichen Maßnahmen bzw. von Abschrankungen durch die MA 48 wurde den Hauseigentümern ein Gesamtbetrag von rund 3 Millionen Schilling vorgeschrieben.

Abschließend wird darauf hingewiesen, daß im Zuge des Qualitätsmanagements der Abteilung aus Anlaß permanenter Überlegungen zur Optimierung von Verfahrensabläufen, zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der Aufgabenerfüllung bzw. zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Frühjar 1997 eine zentrale Controllingstelle für den Bereich der Gruppe Stadterneuerung eingerichtet wurde.

# Haustechnik

Die Abteilung ist für die Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung, Abrechnung und Abnahme von haustechnischen Anlagen und sonstigen Einrichtungen des allgemeinen Maschinenbaues und der Elektrotechnik im Bereich der Stadt Wien zuständig. Ihr Aufgabengebiet umfaßt auch die laufende Erhaltung dieser Anlagen sowie die Betriebsführung und die rasche Behebung von Störungen und Gebrechen an diesen Anlagen. Mitarbeiter der Abteilung vertreten die Stadt Wien in diversen Gremien, die sich mit energie- und umwelttechnischen Fragen beschäftigen, insbesondere im österreichischen Normungsinstitut. Die Erstellung von fachtechnischen Gutachten und Stellungnahmen stellt einen weiteren Aufgabenschwerpunkt dar. Im Rahmen des EDV-Ausbaues der Abteilung wurde das Informationssystem Bauen (ISBA), welches die standardisierte Leistungsbeschreibung sowie die Ausschreibungserstellung und Angebotsbearbeitung umfaßt, eingeführt. Auf Grund der vom Gemeinderat im Juni 1996 erteilten Genehmigung wurde eine neue Geschäftseinteilung für den Magistrat mit Wirksamkeitsbeginn 1. Jänner 1997 erlassen, die für die Abteilung Änderungen von Zuständigkeiten und eine Fluktuation von Mitarbeitern zur Folge hatte. Zur Ermöglichung eines reibungslosen Überganges zur neuen Abteilung „Haustechnik" waren im Berichtsjahr umfangreiche organisatorische Maßnahmen erforderlich.

Die Gruppe Zentralstelle-Controlling wurde im Zuge der Umstrukturierung 1996 neu geschaffen und nahm mit Beginn 1997 ihre Tätigkeit auf. Es wurden Anfragen vom Kontrollamt betreffend Auftragsvergabe und Rechnungslauf bearbeitet. Zu diversen Gesetzesentwürfen wie Bedienstetenschutzgesetz, Änderung des Aufzugsgesetzes sowie Önormentwürfen wurden Stellungnahmen verfaßt. Weiters wurde im Auftrag der Gruppe Hochbau und Haustechnik ein Katalog für die Dokumentation der Qualitätssicherung erarbeitet. Zusätzlich wurden die Rechnungen inhaltlich und auf korrekte Bearbeitung überprüft.

Darüber hinaus wurden von der Zentralstelle die Vergabekompetenzgrenzen für die Mitarbeiter übersichtlich in Tabellenform ausgearbeitet.

Ebenfalls in Tabellenform wurden die Bezirkskontrahententarife für alle Gewerke im Aufgabenbereich der Abteilung ausgearbeitet und den Mitarbeitern als Arbeitsbehelfe zur Verfügung gestellt. In der Zentralstelle wurden auch alle Nachtragsangebote und Vergabeakte (über der Gruppenleiterkompetenz) laufend preisprüfungsmäßig behandelt.

Durch die Gruppe Störungsdienst erfolgte im Jahr 1997 die Behebung von 3.652 Störungen bzw. Einsätze an Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Kühl- und Chlorgasanlagen in sämtlichen Objekten der Stadt Wien (Krankenanstalten, Schwesternwohnhäuser, Versorgungsbetriebe, Gartenobjekte, Amtshäuser, Bezirksjugendämter, Schulen, Sporthallen, Kindergärten, Herbergen, Objekten der Wiener Volksbildung usw.) rund um die Uhr, auch an Samstagen, Sonn- und Feiertagen. In den Aufgabenbereich der Gruppe fällt auch die heizungstechnische Betreuung von Flüchtlingsunterkünften sowie die Aufstellung, Inbetriebnahme und Betriebsführung der transportablen Kesselanlagen - derzeit in der Remise 2, Engerthstraße, und einmal jährlich während der Revisionsarbeiten bei den Entsorgungsbetrieben Simmering. Am Störungsmeldesystem wurden weitere 20 Anlagen aufgeschaltet. Bis Ende 1997 sind an das automatische Störungsmeldesystem (Gebäudeleittechnik) 255 Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Kühl- und Chlorgasanlagen mit den unterschiedlichsten Funktionen aufgeschaltet. In Zusammenarbeit mit der MDH-Sofortmaßnahmen - Bereitstellung von Ersatzheizgeräten - wurden 290 Geräte leihweise ausgeliefert und einige, die nicht mehr benötigt wurden, abgeholt. Weiters wurden 282 Sondergeräte (Kühlschränke, Mikrowellenherde, Luftbefeuchter) ausgeliefert.

Für Material, Ersatzteile, Einbau, Fernüberwachung, Sondergerätebeschaffung wurden vom Störungsdienst 544 Rechnungen mit einer Gesamtsumme von 1,997.869,60 S bearbeitet. Im Bereich der KFA (Sanatorium Hera) wurde eine begleitende Kontrolle (Angebots- und Rechnungsüberprüfung, Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für Umformer-Station; teilweise Bauüberwachung) durchgeführt. Rechnungen mit einer Gesamtsumme von 1,394.286,10 S wurden überprüft. Im Zuge der Übersiedlung wurde die gesamte Störmeldezentrale im Amtshaus 1, Auerspergstraße 4, demontiert und innerhalb kürzester Zeit im Amtshaus 19, Muthgasse 62, wieder aufgebaut und in Betrieb genommen. Alle Unterstationen mußten wegen Änderung der Telefonnummern umgestellt werden.

Die Gruppe 1 - Kanzlei - protokollierte im Jahr 1997 15.224 Dienststücke, wovon 4.327 den nachträglichen Zentralheizungseinbau betreffen und fertigte etwa 425 Materialbestellungen aus. Es wurden 124 kommissionelle Angebotseröffnungen durchgeführt, davon 52 nach öffentlichen und 72 nach beschränkten Ausschreibungen. In Kompetenz des Gemeinderatsausschusses wurden 7 Beantragungen, in der des Abteilungsleiters 305 und in Gruppenleiterkompetenz 181 Beantragungen bearbeitet. Davon wurden für die Heizwerkstätte der Gemeinde Wien 174 Vergabegenehmigungen beantragt und als Leistungsaufträge erteilt. Das Ausmaß der 493 Leistungsvergabegenehmigungen und Aufträge für das Jahr 1997 betrug 292 Millionen Schilling. Der Erlös aus dem Verkauf von Angebotsunterlagen mit einem Umfang von 40.796 Druckseiten betrug 189.445 S. 11.325 Druckseiten mit einer Post-Nachnahme-Abrechnungssumme von 53.800 S wurden unbar mit den zuständigen Buchhaltungsabteilungen verrechnet. 140 Angebotskonzepte mit insgesamt 3.906 Seiten wurden technisch und verwaltungsmäßig überprüft.

Im Jahr 1997 wurden 17.000 Rechnungen behandelt, wovon bei 5.500 die Leistungsvergabe mittels Bestellschein abgewickelt wurde. Weiters wurden 150 Hinterlegungen erledigt. Die effektiven Ausgaben betrugen 694,000.000 S. Von der Kesselkanzlei wurden 94 Protokollierungen ausgeführt. Man stellte 22 Kesselwärterzeugnisse, 29 Zweitaus-

fertigungen von Zertifikaten und 12 Zahlungsbescheide mit 29 Positionen aus. Auf Grund dieser Arbeiten konnten insgesamt 10.150 S eingenommen werden.

Von der Gruppe 2 A - Nutzbauten, Rauchfangkehrerangelegenheiten, Heizkontrolle - wurden im Bereich der 25 Feuerwachen neben den Erhaltungsarbeiten die Sanierungsarbeiten in den Feuerwachen Mariahilf und Donaustadt einschließlich Zubau weitergeführt. In der Zentralfeuerwache Am Hof erfolgten der Einbau eines neuen Aufzuges und der Umbau der Notstromanlage. In drei Feuerwachen wurde eine Kompaktstation für die zentrale Warmwasserbereitungsanlage installiert, wobei in einer der drei Feuerwachen auch noch der Umbau der Verteileranlage und die Erneuerung der elektrischen Schaltzentrale erfolgte. Der Einbau einer Umformer-Station im Zuge des Fernwärmeanschlusses ermöglicht die Stillegung der Ölfeuerungsanlage der Feuerwache Leopoldstadt. Im Bereich der MA 48 erfolgten in fünf Müllauflegerunterkünften der Einbau neuer Zentralheizungs-, Lüftungs- und Sanitäranlagen sowie die Erneuerung der Elektroinstallationen, wobei in einer der vier Objekte auch noch eine Umformer-Station mit Fernwärmeanschluß installiert wurde. Der Einbau einer neuen Gasheizzentrale, die Installierung einer Radiatorheizungs-, einer Lüftungs- und einer Sanitäranlage und die Erneuerung der Elektroinstallation erfolgten im Straßenpflegedepot Dresdner Straße. Im Straßenpflegedepot Südrandstraße wurde eine neue Kompaktstation (Fernwärme) für die Zentralheizungs-, Lüftungs- und Warmwasserbereitungsanlage errichtet. Der Einbau neuer Zentralheizungs-, Lüftungs- und Sanitäranlagen sowie die Erneuerung der Elektroinstallationen erfolgten in 2 Straßenpflegedepots. In den Garagen 17, Richthausenstraße, und 5, Einsiedlergasse, der MA 48 wurden Dieseltankstellen (eine mit Bio-Diesel) errichtet. 13 öffentliche Bedürfnisanstalten wurden auf vandalismussichere Ausführungen (Nirosta-Ausführung mit größtenteils Radarsteuerung) umgebaut. Für die MA 30 wurden im Kanal-Regenauslaß 15 (Praterknoten) die Elektroinstallationen einschließlich Prozeßleittechnik erneuert. In der Werkstätte der MA 54 erfolgte die Installation einer Holzstaubabsauganlage. Für die MA 49 - Forstverwaltung wurde die Hackschnitzelanlage im Vorwerk Lobau erweitert. In der Jubiläumswarte - Forstverwaltung wurde eine Holzvergaserkesselanlage mit Pufferspeicher und zentraler Warmwasserbereitungsanlage installiert. Im Landwirtschaftsbetrieb - Stadtgut Cobenzl erfolgte die Errichtung einer neuen Diesel-Betriebstankstelle, wobei die alte Tankstelle den Vorschriften der Baupolizei entsprechend stillgelegt wurde. Weiters erfolgte in diesem Objekt die Installation einer Gas-Zentralheizungsanlage mit Brennwertkessel. In Objekten der Hoheitsverwaltung waren Rauchfangkehrerangelegenheiten sowohl technisch als auch verwaltungsmäßig gemäß der Wiener Kehrordnung zu bearbeiten und hierüber Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von etwa 50 Millionen Schilling zur Anweisung zu bringen.

Im Referat Preisprüfung und Verdingungswesen wurde durch die Preisprüfungskommission die Überprüfung sämtlicher Nachtragsangebote, Angebote und Freihandvergaben über 100.000 S vorgenommen. Die Stundensätze für die abteilungsinterne Heizwerkstätte wurde im Zuge von Verhandlungen im Einvernehmen mit der MD-BD, Gruppe Hochbau und Haustechnik, festgesetzt. Bei der Erstellung neuer Leistungsverzeichnisse für die standardisierten Ausschreibungen wurde mitgewirkt. Aus den von der Heizkontrolle der Abteilung erarbeiteten statistischen Unterlagen ergab sich in den von der Abteilung heizungstechnisch betreuten Objekten der Verbrauch von rund 7.325 t Heizöl leicht, 750.000 t Heizöl extraleicht, 735.000 MWh Fernwärme und 18,420.000 $m^3$ Erdgas.

Der Gruppe 2 B - Allgemeine Bauten, Kultur und Grünanlagen - obliegt die Erneuerung und Instandhaltung der Elektro-, Heizungs- und Sanitäranlagen in Objekten des Stadtgartenamtes, der Friedhofsverwaltung, der städtischen Museen, in der Verkehrsleitzentrale sowie Reinigungs- und Wartungsarbeiten an Zier- und Denkmalbrunnen der MA 28 und 31.

Im Jahr 1997 wurden Bewässerungsanlagen für Ersatzpflanzungen im Zuge der Oberflächengestaltung der MA 42 in allen Bezirken neu installiert.

In den Objekten des Stadtgartenamtes wurden Adaptierungs- und Instandhaltungsarbeiten durchgeführt.

Im Bereich der Wiener Friedhöfe waren Neu-, Um- und Zubauten durchzuführen.

Die Wartung und die Reparatur der Kühlanlagen in der Verkehrsleitzentrale wurden veranlaßt.

Der Betrieb diverser Brunnenanlagen der MA 31 und 28 wurde von der Abteilung aufrecht erhalten sowie die Erhaltung und Reinigung durchgeführt.

Die Gehölzbeleuchtung im Rathauspark wurde instand gehalten, die Weihnachtsbaumbeleuchtung am Rathausplatz installiert.

Für die Museen der Stadt Wien wurden die Erhaltungsarbeiten an den Elektro- und Sanitärinstallationen durch- bzw. weitergeführt, wobei die Anschaffung von Großraumluftbefeuchtern zu erwähnen wäre.

Die Gruppe 3 - Wohnhäuser - ist in der neustrukturierten MA 32 - Haustechnik für die haustechnischen Belange in städtischen Wohnhausanlagen zuständig.

Die Mitarbeiter der Gruppe beschäftigen sich mit dem Neubau, der Sanierung und Verbesserung dieser Wohnhäuser und bearbeiten dort Gas-Wasser-Elektroinstallationen, Heizungs- und Wohnungslüftungsanlagen, den nachträglichen Einbau von Zentral- und Gasetagenheizungen bzw. Fernwärmeanschluß, Blitzschutzanlagen, Personenaufzüge, Empfangsanlagen für Fernseh- und Rundfunkempfang, Parkierungsanlagen der verschiedensten Art, Garagenlüftungs- und -warneinrichtungen usw., kurz gesagt, fast alle technischen Einrichtungen, mit Ausnahme der Grundversorgung.

Der Neubau und die Generalsanierung von städtischen Wohnhäusern werden gemeinsam mit der MA 24

Hochbau, der nachträgliche Einbau von Heizungs- und Warmwasserbereitungen in Zusammenarbeit mit der MA 17 - Wiener Wohnen durchgeführt. Die Tätigkeit der Mitarbeiter spannt einen Bogen von der Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung der jeweiligen Arbeiten und Lieferungen über die Überwachung der Bauausführung bis hin zu einer bürgernahen Betreuung der Anlagen während der Gewährleistungszeit.

Im Bereich Wohnhaus-Neubau und -Sockelsanierung wurden 1997 Arbeiten in 4 Generalsanierungen mit rund 1.100 Wohnungen und 23 Wohnhausneubauten mit rund 2.700 Wohnungen durchgeführt.

Im Bereich des nachträglichen Zentralheizungseinbaues einschließlich Fernwärmeanschluß wurde für bestehende Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien in 65 Anlagen mit rund 1.400 Wohnungen Planung, Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Abrechnung von Zentralheizungen durchgeführt. Davon wurden rund 1.100 Wohnungen mit einer fernwärmeversorgten Warmwasserbereitung ausgestattet. Weitere rund 1.200 Wohnungen in Wohnhäusern, die bereits fernwärmeversorgt sind, wurden mit einer Zentralheizung ausgestattet. Davon wurde in rund 1.000 Wohnungen zusätzlich eine fernwärmeversorgte Warmwasserbereitung eingebaut. Bei 66 Baustellen wurde Bauüberwachung durchgeführt.

Die Einhaltung der Gewährleistungsverpflichtung der ausführenden Firmen und die Störungsbehebung wurden in 55 Wohnhausanlagen mit rund 3.500 Wohnungen durch das neugegründete Referat Sonderaufgaben durchgeführt. Durch dieses Referat, das als eine Art haustechnischer Bürgerdienst für die Mieter der städtischen Wohnhausanlagen aufgebaut ist, wurden während der Gewährleistungszeit Mängelbehebungen über die haftenden Firmen betrieben und Reparaturarbeiten im Auftrag der MA 17 - Wiener Wohnen durchgeführt.

Darüber hinaus war die Gruppe 3 - Wohnhäuser für andere Dienststellen des Magistrats in beratender und ausführender Funktion tätig, wie zum Beispiel:

- Für die MA 17 - Wiener Wohnen bei der Erhaltung und Verbesserung von städtischen Wohnhäusern bei Service, Umbau und Störungsbehebung an zentralen Warmwasserversorgungsanlagen in allen städtischen Wohnhäusern sowie Überprüfung dieser Anlagen mit verschiedenen Meßgeräten. Größere Umbauten und Herstellungen im Haustechnikbereich
- Für die Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion bei der Aufschließung von verschiedenen Betriebsbaugebieten
- Für die MA 36 als fachliche Beratung bei feuerpolizeilichen Überprüfungen von städtischen Wohnhäusern
- Für die MA 16 und MA 25 durch fachgerechte Stellungnahmen zu diversen Schlichtungsstellenakten

Im Bereich der Gruppe 4 - Anlagentechnik - wurde im Marktbetrieb St. Marx nach Einstellung des Schlachtbetriebes die Kühlung des EU-Marktbereiches im Fleischmarkt optimiert, sowie die Erneuerung der Elektroinstallationen und die Erweiterung der Sanitärinstallationen durchgeführt. Weiters wurden in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt die Heizanlage und die Kühlung der Laborräume einschließlich anteiliger Elektroinstallationen erneuert. Kältetechnische Einrichtungen für die Beisetzkammer des Friedhofes Jedlesee wurden eingebaut. Für den Zentralfriedhof (Bereiche Gärtnerei und Tischlerei) wurden eine mobile Erddämpfungsanlage sowie eine Brikettierpreßanlage installiert. Für den Friedhof Hernals wurden drei Elektrofahrzeuge angeschafft. Im Bereich der MA 56 wurden 8 Ausgabeküchen und 7 Lehrküchen erneuert und mit der Planung von 13 weiteren Kücheninstandsetzungen begonnen. Für das Konservatorium der Stadt Wien wurde die Bühnentechnik (Hebebühnen, Aushänge usw.) einschließlich Elektroverkabelung hergestellt. Die Erneuerung einer Brückenwaage einschließlich der erforderlichen Hard- und Software für die Kompostierung Schafflerhof-Eßling wurde abgeschlossen. Weiters wurden wichtige Instandsetzungsarbeiten betreffend Elektro- und Wasserversorgung im Marktamtsbereich durchgeführt. Im Schafbergbad wurden eine Badewasserfilteranlage sowie eine Solaranlage für die Temperaturhaltung der Schwimmbecken eingebaut. Der Austausch von rund 500 m² Solarheizfläche im Sommerbad Großfeldsiedlung und der Einbau von rund 400 m2 Solarheizfläche im Angelibad wurde durchgeführt. Die Erneuerung der Hallenzuluftanlagen im Hallenbad Simmering und im Hallenbad Floridsdorf sowie der Einbau einer Haarfönanlage im Hallenbad Floridsdorf wurden abgewickelt. Im Ottakringer Bad wurde die Boileraufheizungsanlage erneuert und im Theresienbad eine neue Badewasserfilteranlage eingebaut.

Der Einbau einer neuen Kesselanlage für die Badewassererwärmung im Höpflerbad sowie die Umstellung des Ratschkybades auf Fernwärme wurden abgeschlossen. Mit den Planungen für den Umbau der Schwimmhalle des Ottakringerbades wurde begonnen. Weiters wurden umfangreiche Instandsetzungsarbeiten betreffend Elektro- und Sanitärinstallationen im Bäderbereich durchgeführt.

In der Gruppe 5 - U-Bahn, Verkehrs- und Wasserbauten - wurden die Arbeiten an den Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen sowie an den Anlagen der Förder- und Elektrotechnik in den Stationen und Streckenbereichen sowie an den Rauchabsaugeanlagen für die Abschnitte der U 3, Hütteldorfer Straße bis Ottakring, durchgeführt. Die Planungen für die Abschnitte der U 3 nach Simmering wurden weitergeführt und die Ausschreibungsplanung abgeschlossen sowie die Ausschreibungen für die Elektro- und Förderanlagen durchgeführt. Für den Laaerbergtunnel im Zuge der A 23 wurde die Erneuerung der technischen Ausrüstung geplant und ausgeschrieben. Dabei ist auch geplant, die Überwachung der technischen Ausrüstung an die Tunnelüberwachung Kaisermühlen anzuschließen. Im Zuge der naturnahen Verbauung des Wienflusses wurden in Zusammenarbeit mit der MA 45 die Arbeiten an den Schleusenanlagen der Rückhaltebecken Mauerbach und Wienfluß begonnen sowie die Planung für ein Steuerprogramm einschließlich eines Prognoserechners für die Niederschlagsmengen und deren Auswirkung aufgenommen.

Die Mitarbeit bei der Erstellung von Richtlinien für den Straßenverkehr wurde weitergeführt. In diesem Zusammenhang wurde der Abschnitt „Lüftung von Straßentunnel" als Richtlinie für Verkehr und Straßenwesen veröffentlicht. Ebenso wurde die Mitarbeit im Normenausschuß für Fahrtreppen und Aufzugsanlagen fortgeführt.

Im Referat Energiewesen und Meßtechnik der Gruppe 6 - Energiewesen, Umwelttechnik, Planung und Sonderaufgaben - ist die Mitwirkung in Begutachtungsverfahren diverser Bundes- und Landesgesetze bzw. Verordnungen ein wichtiger Aufgabenbereich. Darüber hinaus erfolgte die Mitarbeit im Österreichischen Normungsinstitut, beim Klimaschutzprogramm und in einem Arbeitskreis über das Legionellenproblem in Warmwasserversorgungsanlagen sowie die Mitarbeit bei der Erstellung eines Abwärmekatasters, im Beirat „Klimabündnis der europäischen Städte mit den indianischen Völkern Amazoniens" bei der Erstellung eines Maßnahmenkataloges und im „Komitee für Rohstoffforschung, -versorgungssicherung und Energieforschung". Einen Schwerpunkt bildete die Sachverständigentätigkeit, in deren Rahmen umfangreiche technische Gutachten erstellt wurden. Als neue Projekte wurde mit den Vorarbeiten der Planung einer Windkraftanlage am Rautenweg begonnen. Es erfolgten weiters die Betreuung der Projekte Solarversuchsanlage Johann-Gottek-Gasse und Photovoltaikanlage Blumengroßmarkt und die Durchführung von Messungen des Wärmegewinnes der Solaranlagen in Objekten der MA 44. Weiters wurden Energieflußmessungen im Schafbergbad und Windmessungen am Rautenweg durchgeführt. In städtischen Wohnhäusern und Amtshäusern wurden Strangdifferenzdruckmessungen durchgeführt. Die Tätigkeit der Meßgruppe erstreckte sich im wesentlichen auf die Erfassung und Dokumentation energiebezogener Parameter in Objekten der Stadt Wien, und zwar von Mietwohnungen, Amtsräumen usw. bis zu Objekten mit großem Energieverbrauch wie z.B. Bäder. Das in Deponien und Altlasten mit verrottbarem Inhalt entstehende Deponiegas wurde an mehreren Standorten hinsichtlich Konzentration und Zusammensetzung laufend gemessen, wobei insbesondere auf der Deponie Rautenweg vermehrter Einsatz notwendig wurde. Zweck dieser Messungen ist die Optimierung der Entsorgung der Deponiegase. Das Referat Umwelttechnik und Sondermaschinenbau hat mittels Planung, Einreichung, Vergabe und Bauüberwachung zwei Vakuumhebesysteme für die Elektroschrottbehandlung errichtet. Für die pneumatische Zememtförderanlage wurden der Kompressor und der Adsorptionstrockner getauscht. In der Garage 17 der MA 48 wurde ein 5-t-Hallenkranneubau geplant und vergeben, weiters eine 5-t-Kranbrücke und eine ex-geschützte Krananlage für Chemikalienfässer geplant und vergeben. Unter Einbindung des Wiener Krankenanstaltenverbundes, der Wiener Stadtwerke-Wiener Linien und der MA 23 wurden abteilungsübergreifende Arbeitskreise für die Bearbeitung der standardisierten Leistungsbeschreibung für Haustechnik eingerichtet. Von verschiedenen Magistratsabteilungen wurde die Erstellung der Einreichunterlagen für die wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren übertragen. Weiters wurde ein umfangreiches Gutachten über Stahlwasserbauten erstellt. Im EbS-Beirat wurde bei den Planungen zur Erweiterung der Hauptkläranlage und der gesicherten Schlammentsorgung mitgearbeitet. Das Referat Planung und Sonderaufgaben führte die Planung, Ausschreibung, Vergabe und Bauüberwachung von Heizungs-, Warmwasserbereitungs-, Lüftungs- und Kühlanlagen in Objekten der Abfallbehandlungsanlage, der Elektronikschrottanlage, in der Schlackenaufbereitungsanlage und Deponie durch. In den genannten Objekten wurden diverse Erhaltungsarbeiten durchgeführt.

In den Aufgabenbereich dieses Referates fällt auch die Führung des Zeichenbüros. Hier werden alle in der Abteilung anfallenden Zeichenarbeiten überwiegend mittels Computer (CAD) erledigt. Das Projekt Klimatisierung des Konservatoriums der Stadt Wien wurde umgesetzt und ein Projekt zur Belüftung des Meiselmarktes erstellt. Im Referat Subventionen wurden begleitende Kontrollen im Bereich Haustechnik und technische Hilfestellung für subventionierte Projekte der Magistratsabteilungen 7, 11, 12 und 15 durchgeführt. Größere Projekte in diesem Zusammenhang waren die Planung der Generalsanierung des Wiener Konzerthauses, die Betreuung des Projektes „Summer Stage", das Frühförderungszentrum der Wiener Sozialdienste, das Heim für Jugend am Werk sowie Tagesheime für Spastiker.

Im Referat Abfall- und Deponietechnik wurden die Wartungs- und Überwachungsaufgaben sowie Störungsbehebungen der Deponiegasentsorgungsanlagen auf den Altlasten Heuberggstätten, Wienerberg West und Löwygrube für die MA 45 und Rautenweg für die MA 48 wahrgenommen. Die Vorbereitungsarbeiten für die Sanierung der Altlast Rudolf-Zeller-Gasse wurden durchgeführt. Es wurden Versuche zur Aufbereitung von Hausmüll - mit dem Ziel einer Verwertung in nicht konventionellen Müllverbrennungsanlagen - durchgeführt. Die Möglichkeiten der Errichtung einer Biogasanlage im Bereich der Stadt Wien wurden gemeinsam mit einem Planungsunternehmen und der MA 48 untersucht. Dem Referat ist die Führung der internen Fachbibliothek zugeordnet. Ihre Obliegenheiten sind die Bereitstellung von Normen, Richtlinien, Vorschriften und technischer Fachliteratur. Referatsübergreifend wurden folgende Aufgaben erledigt: Den Schwerpunkt bildete die Leistungsvergabe in der Form von Energie-Contracting. Für 10 Objekte wurden Energiesparmaßnahmen geplant, die schließlich in 8 Objekten durchgeführt worden sind, wobei Finanzierung und Risiko vom Contractor übernommen wurden. Da das Energie-Contracting Neuland bedeutete, wurden in Informationsveranstaltungen, insbesondere in den Bezirken, auch zahlreiche Vorträge gehalten. Weiters erfolgte die Mitwirkung im Begutachtungsverfahren diverser Bundes- und Landesgesetze bzw. Verordnungen sowie im Notifikationsverfahren der EU, die Ausarbeitung von Antwortentwürfen zu Anfragen und Anträgen von Bezirksräten und Gemeinderäten, die Erstellung von technischen Gutachten und die Mitarbeit in Prüfungskommissionen. Für das Klimaschutzprogramm „Klip" wurden für die Bereiche Energie, Mobilität und Beschaffung

Mitarbeiter in mehrere Arbeitskreise entsandt. Es wurden Kurse im Rahmen der Verwaltungsakademie und für Bedienstete des Krankenanstaltenverbundes abgehalten. Mit der Gruppe 4 wurde an der Planung einer Solaranlage für das Schafbergbad mitgearbeitet. Schließlich wurden Skartierungen im Bereich des Magistrates und des Krankenanstaltenverbundes bearbeitet.

Die Heizwerkstätte - als betriebsmäßig verrechneter Dienstzweig der MA 32 - ist für die Planung und Ausführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten an Zentralheizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen in den Objekten der Hoheitsverwaltung zuständig. Ein Aufgabengebiet umfaßt die Störungsbehebung und den Servicedienst an hochwertigen technischen Anlagen in Spitälern, Schulen, Kindertagesheimen, Amtshäusern und sonstigen diversen Objekten. Laufendes Service sowie die Störungsbehebung und Neueinstellung an Öl- und Gasbrennern runden den Aufgaben- und Tätigkeitsbereich ab. Von den Überprüfungsorganen gemäß § 15 Abs. 10 des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 17/1957 in der Fassung der Luftreinhaltenovelle 1982, LGBl. für Wien Nr. 17/1982, wurden 923 Feuerstätten überprüft und befundet. Der durchschnittliche Personalstand der Heizwerkstätte betrug 101 Bedienstete. Der Umsatz für 1997 wird rund 91,000.000 S betragen. Nach Erstellung der Rohbilanz kann mit einem ausgeglichenen Betriebsergebnis gerechnet werden.

## Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten

Im Berichtsjahr 1997 wurde die bereits im Vorjahr begonnene grundlegende Änderung der Behördentätigkeit im Hinblick auf eine weitergehende Privatisierung und Verwaltungsvereinfachung fortgesetzt, Änderungen in der Gesetzeslage haben sich keine ergeben.

Von der Gruppe ö.B. wurden Baubewilligungen für Wohnbauvorhaben mit etwa 3.000 Wohnungen erteilt. An folgenden Standorten wurden unter anderem Anlagen größeren Umfanges bewilligt: 2, Handelskai 130, 11, Swetelskystraße, 11, Am Hofgartl 5 - 7, 11, Ernst-Heiss-Gasse, 11, Rosa-Jochmann-Ring 46 - 54, 14, Hütteldorfer Straße 106, 16, Beringgasse 2 - 6, 17, Wattgasse 96 - 98, 18, Kreuzgasse 72 - 74, 19, Döblinger Hauptstraße 54, 20, Handelskai 94 - 96, 23, Anton-Baumgartner-Straße 133 - 135 und 23, Dernjacgasse. Am Schulbausektor wurden u.a. die Projekte 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, 11, Wilhelm-Kreß-Platz 32, 16, Hettenkofergasse 15, 20, Adalbert-Stifter-Straße 14 - 18, 20, Engerthstraße 78 - 80, 22, Donaucity und 22, Am Kaisermühlendamm einer Bewilligung zugeführt.

Garagenprojekte waren im Berichtsjahr rückläufig, es wurden lediglich 500 PKW-Stellplätze auf den Standorten 5, Siebenbrunnenfeldgasse 26 - 34, 16, Paltaufgasse 2 und 19, Strassergasse 5, bewilligt.

An sonstigen Bauvorhaben, die einer baubehördlichen Bewilligung zugeführt worden sind, seien beispielhaft erwähnt: 2, Lassallestraße 9 - Multifunktionales Zentrum mit Kinos, Unterhaltungsbetrieben und einem Hotel, 7, Museumsplatz 1 - Projekt Museumsquartier, 12, Schönbrunner Straße 222 - Erweiterung U4, 12, Kerschensteinergasse 22 - Personalwohnheim, 19, Armbrustergasse 6 - Seniorenwohnheim, 20, Handelskai 94 - 96 - Zentrum Handelskai mit Bürohochhaus und Einkaufszentrum, 22, Kratochwljestraße 4 - Bürohochhaus, 22, Wagramer Straße 21 - Hotel, 22, Wagramer Straße 196 - Baumarkt, 22, Stadlauer Straße 37 - Baumarkt und 23, Am Georgenberg - Sternengarten, des weiteren Sanierungen von städtischen Wohnhausanlagen, wie z.B. 14, Meiselstraße 67 - 69, 16, Sandleitengasse 43 - 47, 17, Wattgasse 96 - 98, 19, Heiligenstädter Straße 11 - 25, 21, Leopoldauer Straße 79 - 81, und Erweiterungsbauten auf dem Schul- und Spitalssektor.

Benützungsbewilligungen sind für zahlreiche Wohnbauvorhaben und unter anderem auch für die Parkgarage 4, vor dem Südbahnhof, das Schulungszentrum Rotes Kreuz 3, Franzosengraben, ein Gebäude für den Polytechnischen Lehrgang 3, Meiselgasse, ein Schul- und Internatsgebäude 6, Liniengasse 17 - 21, ein Pflege- und Sozialzentrum 9, Prammergasse 11, das Wohnstift Augustinum 10, Fontanestraße, die Volkshochschule in 12, Längenfeldgasse 13 - 15, Schulneubauten im 21. und 22. Bezirk, Kirchengebäude im 11. Bezirk und Garagen für insgesamt 800 Stellplätze erteilt worden.

Die Anzahl der genehmigten Ölfeuerungs- und Flüssiggasanlagen hat bei der Gruppe A gegenüber dem Jahr 1996 keine wesentliche Änderung erfahren, auch ist der Arbeitsumfang an sich gleich geblieben.

Bei den Benützungsbewilligungen kam es bei den Verfahren gemäß der Bauordnung zu einer rückläufigen Tendenz, da nunmehr im Sinne der Novellierung Fertigstellungsmeldungen zu erstatten sind und die Benützungsbewilligung gemäß § 128 BO nur mehr für bestehende Verfahren anzuwenden ist.

Vertreter der Gruppe A nahmen an fachspezifischen Tagungen und an Arbeitsgruppen unter Leitung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten teil.

Ebenso kam es zu einer regelmäßigen Teilnahme in verschiedenen Arbeitskreisen des Österreichischen Normungsinstitutes.

Von der Gruppe B wurden 57 Baustoffzulassungen gemäß § 97 der Bauordnung für Wien als Verordnungen des Magistrates kundgemacht. Eine Änderung ergab sich durch die Novellierung der Bauordnung, da nunmehr die Beibringung von Schall- und Wärmeschutzgutachten bei Bauvorhaben zwingend vorgeschrieben ist, eine Überprüfung hinsichtlich von Wärme-, Schall- und baulichem Brandschutz ist jedoch weiterhin möglich, insgesamt 784 Bauansu-

chen wurden in diesem Sinne überprüft. Zu 289 Bauverhandlungen sind Referenten der Gruppe B als Amtssachverständige geladen worden.

Eine Mitwirkung der Gruppe B im Rahmen des Brandschutzes ergab sich auch im Hinblick auf Normung und bautechnischen Angelegenheiten.

In folgenden Gremien waren Mitarbeiter der Gruppe B namens der Stadt Wien tätig: Österreichisches Normungsinstitut, Österreichischer Stahlbauverband, Europäische Normungskomitees: CEN/TC 166 - Chimneys, CEN/TC 166 WG1 - Chimneys - General Requirements, Österreichisches Institut für Bautechnik und Arbeitskreis des Österreichischen Berufsfeuerwehrverbandes - TRVB.

Weiters war ein Mitarbeiter der Gruppe B als gemeinsamer Ländervertreter in der „Brandschutzgesetzgebergruppe" der Kommissionen der Europäischen Gemeinschaften tätig.

Bei der Gruppe G ergab sich eine Änderung insoferne als Verkaufsstände, die keiner Baubewilligung bedürfen, nunmehr durch die MA 59 einer Genehmigung zugeführt werden; in dieser Gruppe sind im Berichtsjahr u.a. rund 5.000 Lagerungen für Baustellen bewilligt sowie 3.600 sonstige Bewilligungen erteilt worden, von denen 560 Geschäftsfälle bezüglich der Aufstellung von Schanigärten anhängig gemacht worden sind.

Die Gruppe Ga konnte rund 2.590 Geschäftsfälle einer Erledigung zuführen, darunter etwa 984 Stellungnahmen zu Grundabteilungen und etwa 110 zu Plandokumenten.

Durch die Novellierung der Bauordnung im Jahre 1996 und den dadurch bedingten Entfall der Rohbaubeschau durch die Behörde kam es zu einer weiteren Verlagerung der Tätigkeit der Gruppe S, die nunmehr lediglich bei jenen Bauvorhaben, für die kein Prüfingenieur vorgeschrieben ist, Beschauten durchführt. Diese Änderung hat im Jahre 1997 nur zu einer geringfügigen Entlastung geführt, da sie erst nach der Fertigstellung von Rohbauten, deren Bewilligung ab dem Jahre 1997 erfolgt, wirksam werden kann - von insgesamt 635 Rohbaubeschauten wurden nur 15 Beschauten durch Ziviltechniker durchgeführt.

Diese Gruppe war im vergangenen Jahr mit der Bearbeitung von rund 3.500 Statikprojekten, rund 5.900 Ziviltechnikerbefunden, 620 Rohbaubeschauten, Aufforderungen und Stellungnahmen, Besprechungen im Rahmen des Parteienverkehrs und Ortsaugenscheinen bei Baugebrechen tätig.

Einen Schwerpunkt bildet auch die Mitarbeit in den einschlägigen Normenausschüssen.

Die Haupttätigkeit der Gruppe U lag in ihrer Zuständigkeit als Amtssachverständige für die eisenbahnrechtlichen Verfahren betreffend die Verlängerung der U-Bahn-Linie 3, sowie die Nachrüstung, d.h. zusätzliche Zugänglichkeit und den Einbau von Aufzügen bei den Linien U1, U2 und U4 wie z.B. Stationen Kettenbrückengasse, Margaretengürtel, Schönbrunn und Heiligenstadt sowie Karlsplatz.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Besprechungen und Planeinsichten für Bauführungen der U-Bahn außerhalb von eisenbahnrechtlichen Verfahren, Sanierung von Baugebrechen und Versuchsanordnungen in Zusammenarbeit mit der MA 39, insbesondere die Verwendung von neuen Baustoffen.

Eine Genehmigung durch die Gruppe V erfuhr das auf der Kaiserwiese beim Riesenrad im Wiener Volksprater zum Jahreswechsel veranstaltete „Snow Board Event" für rund 12.000 Personen. Neben einer etwa 80 m langen Vorführrampe wurden fünf Großzelte, eine Besuchertribüne sowie eine Openairbühne aufgestellt.

Eine zweite Großveranstaltung - ebenso zum Jahreswechsel - war das 20. Jugendtreffen der „TAIZE" Brudergemeinschaft in einigen Hallen des Messegeländes, bei der etwa 80.000 Jugendliche aus ganz Europa teilnahmen. Große Freiluftveranstaltungen, wie etwa das alljährlich wiederkehrende Donauinselfest und das Konzert der Backstreet Boys am 6. September für 35.000 Personen, fanden auf der Donauinsel statt.

Freiluftkinovorführungen fanden in der Krieau, im Augarten, am Franz-Jonas-Platz sowie am Rathausplatz ebenso wie auf einigen Plätzen in den Randbezirken statt.

Weiters wurden im vergangenen Jahr für zwei „schwimmende" Veranstaltungsstätten, und zwar das Passagierschiff „Prinz Eugen" auf der Donau und das Schwimmponton „Sansibar" auf der Neuen Donau, Genehmigungen erteilt.

Wie alljährlich wurden teils auf bereits genehmigten und teils auf neuen Plätzen Grätzlfeste sowie Kirtagsfeste mit pratermäßigen Volksvergnügungsbetrieben und teils mit Festzelten abgehalten, der bereits bekannte „Silvesterpfad" in der Inneren Stadt wurde heuer bis zum Riesenrad verlängert.

An verschiedenen Standorten Wiens wurden 27 Großfeuerwerke der Klasse III und IV abgebrannt.

Clubbig-Veranstaltungen wurden teils in eigens hiefür vorgesehenen Örtlichkeiten (Gasometer, Sophiensäle, ehemalige Filmstudios am Rosenhügel), teils in neuen „Locations" wie etwa einer Spielhalle im Prater, einer Fabrikshalle in Floridsdorf, einer Werkshalle der NÖM, einer Halle in der Brauerei Liesing, in der Aula des Technologischen Gewerbemuseums usw. durchgeführt.

Einen weiteren Schwerpunkt in der Tätigkeit der MA 35-V bildeten auch die Produktionen der Wiener Festwochen, die u.a. im Theater an der Wien, im Odeon sowie im Museumsquartier aufgeführt wurden; die Eröffnung der Festwochen fand wie alljährlich am Rathausplatz statt.

Ferner fanden am Rathausplatz der Wiener Eistraum, der Christkindlmarkt mit dem Adventzauber sowie die Veranstaltung „Die Schlümpfe in Wien" statt.

Zirkusvorführungen im Großzelt gastierten am Messeparkplatz (Österreichischer Nationalzirkus), im Messegelände (Cirque du Soleil), am Rathausplatz (Bolschoi on Ice) sowie auf einer Freifläche neben dem Donaupark im

22. Bezirk (Zirkus Elfi Althoff-Jakobi). Daneben waren einige Wanderzirkusse durch verschiedene Bezirke Wiens unterwegs.

Im Praterstadion stand neben nationalen und internationalen Fußballspielen auch ein Open Air Konzert im Juni am Programm, der Fassungsraum im Franz-Horr-Stadion wurde durch Errichtung einer Tribüne auf 13.000 Personen vergrößert.

Im Wiener Volksprater wurden auch 1997 neue Volksvergnügungsbetriebe (Space Shot, zwei Achterbahnen sowie eine Seilschwinganlage) aufgestellt.

In der Wiener Stadthalle wurden neben der Eisrevue „Holiday on Ice", der CA Tennis Trophy, dem Reit- und Springturnier sowie einigen Konzerten erstmals eine sogenannte Trialvorführung mit Überwindung von schwierigen Hindernissen mit Kleinmotorrädern veranstaltet.

Im Bereich der Kellerbühnen soll die Verlegung des Atteliertheaters vom Naschmarkt in die Lerchenfelder Straße nicht unerwähnt bleiben.

Einen Schwerpunkt bildete auch die Sachverständigentätigkeit der MA 35-V bei der Planung größerer Projekte; in diesem Zusammenhang sind auf die Wiederherstellung der Redoutensäle in der Hofburg, die beabsichtigte Renovierung des Palais Daun-Kinsky, die zukünftige Nutzung des Naturhistorischen Museums auch als Veranstaltungsstätte, die Neugestaltung des Museumsquartiers, die Nutzung des Palais Fanto als Museum sowie die projektierten bzw. teilweise schon in Angriff genommenen Kinocenter zu nennen.

Weiters waren Vertreter der Magistratsabteilung 35-V bei 498 Generalproben sowie Programmüberprüfungen in Volltheatern sowie anderen Theatern anwesend, um die szenischen Abläufe sowie Effekte auf ihre Sicherheit zu überprüfen und erforderlichenfalls Auflagen vorzuschreiben; darüber hinaus wurden rund 400 Dekorationsüberprüfungen durchgeführt.

Im Jahre 1997 mußten auf Grund von Sicherheitsmängeln 40 Betriebseinstellungen verfügt werden.

Ein Vertreter der Magistratsabteilung 35-V nahm gemeinsam mit Vertretern der Bundespolizeidirektion Wien sowie des Bautenministeriums an einer dreitägigen Studienreise nach Zürich zu den dortigen Theatern teil, um die dort vorhandenen Sicherheitseinrichtungen kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Auch hier wurde festgestellt, daß eine begleitende Fremdkontrolle durch Behördenorgane erforderlich ist, um die vorgeschriebenen Sicherheitsauflagen regelmäßig zu überprüfen.

Weiters wirkten Vertreter der Magistratsabteilung 35-V in folgenden Ausschüssen bzw. Gremien mit:

- Vorträge für Mitarbeiter des Verbandes Wiener Volksbildung zum Thema „Sicherheit bei Veranstaltungen"
- Theaterkommissionen in verschiedenen Theatern und Großveranstaltungsstätten
- Vorträge und Prüfungen, die von der „Österreichischen Theatertechnischen Gesellschaft" im Rahmen der Berufssparten „Bühnenmeister" und „Beleuchtermeister" über die Sicherheit in Veranstaltungsstätten durchgeführt wurden
- Prüfungen für Filmvorführer in Kinos und Beleuchter in Volltheatern und anderen Großveranstaltungsstätten als Vorsitzende der Prüfungskommissionen und Prüfer
- Sitzungen des „Begutachtungs- und Vergabebeirates im Volksprater"
- Sitzungen für die Ausarbeitung einer Euro-Norm für „Fliegende Bauten", unterteilt in Volksvergnügungsbetriebe und Zelte sowie einer ÖNORM für den Betrieb von Go-Kartanlagen in Hallen

Es werden, wie folgt, die wichtigsten Gesetze und Verordnungen des Jahres 1997 angeführt:

## Landesgesetzliche Regelungen

LGBl. für Wien Nr. 1/1997 vom 8. Jänner 1997
Kundmachung der Wiener Landesregierung betreffend die teilweise Aufhebung der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wien vom 10. Dezember 1974, Pr.Z. 3818/1974 (Plandokument Nr. 5040), in der Fassung der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wien vom 27. Juni 1990, Pr.Z. 1749/1990 (Plandokument Nr. 6124), durch den Verfassungsgerichtshof.

LGBl. für Wien Nr. 3/1997 vom 20. Jänner 1997
Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung der Wiener Landesregierung, womit ÖNORMEN zugelassen und überholte Vorschriften bautechnischen Inhaltes aufgehoben werden, aufgehoben wird.

LGBl. für Wien Nr. 4/1997 vom 20. Jänner 1997
Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung der Landesregierung über die Anlage von Blitzableitern aufgehoben wird.

LGBl. für Wien Nr. 10/1997 vom 18. März 1997
Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung über Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Überwachungsgebühren geändert wird.

LGBl. für Wien Nr. 12/1997
Gesetz betreffend die Erteilung von Unterricht in Gesellschaftstänzen (Wiener Tanzschulgesetz 1996).

LGBl. für Wien Nr. 36/1997 vom 18. Dezember 1997

Gesetz, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (Wiener Stadtverfassung-WStV) geändert wird.
LGBl. für Wien Nr. 40/1997 vom 23. Dezember 1997
Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (Aufhebung der Gehsteignovelle).

## Bundesgesetzliche Regelungen

BGBl.I Nr. 7/1997 vom 10. Jänner 1997
Bundesgesetz, mit dem Regelungen über den Erwerb von Rechten an Gebäuden und Wohnungen von Bauträgern getroffen werden (Bauträgervertragsgesetz - BTVG) und das Wohnungseigentumsgesetz 1975 geändert wird.
BGBl.I Nr. 9/1997 vom 10. Jänner 1997
Bundesgesetz, mit dem das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG), das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz und das Mutterschutzgesetz 1979 geändert werden.
BGBl.I Nr. 10/1997 vom 10. Jänner 1997
Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 und das Firmenbuchgesetz geändert werden (Gewerberechtsnovelle 1996).
BGBl.I Nr. 15/1997 vom 10. Jänner 1997
Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
BGBl.I Nr. 30/1997 vom 27. März 1997
Bundesgesetz, mit dem das ABGB, das Grundbuchsumstellungsgesetz, das Gerichtskommissärgesetz und das Vermessungsgesetz geändert werden und das Gesetz vom 24. Februar 1905 RGBl. Nr. 33 aufgehoben wird (Grundbuchsnovelle 1997 - GBNov.1997).
BGBl.I Nr. 31/1997 vom 27. März 1997
Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird (Bundesstraßengesetznovelle 1996).
BGBl.I Nr. 55/1997 vom 23. Mai 1997
Bundesgesetz über das Inverkehrbringen von Bauprodukten und den freien Warenverkehr mit diesen (Bauproduktegesetz - BauPG).
BGBl.I Nr. 63/1997 vom 30. Juni 1997
Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Bankwesengesetz, das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991 und das Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert werden.
BGBl.I Nr. 74/1997 vom 11. Juli 1997
Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 und das Hydrographiegesetz geändert werden (Wasserrechtsgesetz-Novelle 1997 - WRG-Nov.1997).
BGBl.I Nr. 86/1997 vom 8. August 1997
Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des § 5 Abs. 2 Z 5 des Ziviltechnikergesetzes 1993 durch den Verfassungsgerichtshof.
BGBl.I Nr. 102/1997 vom 19. August 1997
Bundesgesetz, mit dem das Luftfahrtgesetz geändert wird.
BGBl.I Nr. 115/1997 vom 30. September 1997
Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, das Berggesetz 1975, das Abfallwirtschaftsgesetz und das Ozongesetz geändert werden (Immissionsschutzgesetz - Luft, IG-L).
BGBl.II Nr. 51/1997 vom 14. Februar 1997
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Akkreditierung des TÜV Österreich zur Zertifizierung von Produkten.
BGBl.II Nr. 120/1997 vom 6. Mai 1997
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Akkreditierung des Österreichischen Normungsinstitutes zur Zertifizierung von Produkten.
BGBl.II Nr. 169/1997 vom 24. Juni 1997
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Gebühren der unmittelbaren Einsichtnahme in den Grenzkataster und der Grundbuchsabfrage sowie über die Änderung der Verordnung über die Sprengel der Vermessungsämter sowie die technische Ausstattung und den Umfang der Grundstücksdatenbank (Grundstücksdatenbankverordnung - GDBV).
BGBl.II Nr. 186/1997 vom 10. Juli 1997
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Festlegung von Zeichen (Logos) für akkreditierte Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen (Akkreditierungszeichenverordnung - AkkZV).
BGBl.II Nr. 188/1997 vom 10. Juli 1997
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Verzeichnis der österreichischen Normen für die Sicherheit von Aufzügen und Sicherheitsbauteilen von Aufzügen und das Verzeichnis der zugelassenen Prüfstellen für Aufzüge und für Sicherheitsbauteile von Aufzügen.

BGBl.II Nr. 194/1997 vom 17. Juli 1997
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Verzeichnisse der harmonisierten Europäischen Normen für die Sicherheit von Maschinen und von Sicherheitsbauteilen für Maschinen.
BGBl.II Nr. 198/1997 vom 22. Juli 1997
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Verzeichnisse der harmonisierten Europäischen Normen und der österreichischen Normen für die Sicherheit von Gasgeräten.
BGBl.II Nr. 227/1997 vom 13. August 1997
Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung von gefährlichen Abfällen und Problemstoffen (Festsetzungsverordnung 1997).
BGBl.II Nr. 313/1997 vom 24. Oktober 1997
Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Verzeichnisse der harmonisierten Europäischen Normen und der österreichischen Normen für die Sicherheit von Gasgeräten.
BGBl.II Nr. 319/1997 vom 31. Oktober 1997
Verordnung der Bundesregierung, mit der die Bundesverwaltungsabgabenverordnung 1983 geändert wird.
BGBl.II Nr. 323/1997 vom 4. November 1997
Verordnung des Bundesministers für Land- und Fortwirtschaft betreffend Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe.
BGBl.II Nr. 324/1997 vom 4. November 1997
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Luftreinhalteverordnung für Kesselanlagen 1989 geändert wird.
BGBl.II Nr. 331/1997
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Bauart, die Betriebsweise, die Ausstattung und das zulässige Ausmaß der Emission von Betriebsanlagen (Feuerungsanlagen-Verordnung - FAV).
BGBl.II Nr. 391/1997 vom 16. Dezember 1997
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Sprengel der Vermessungsämter.
BGBl.II Nr. 403/1997 vom 18. Dezember 1997
Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Erklärung eines Bundesstraßenplanungsgebietes im Bereich der Stadt Wien.

## Baupolizei

Die Haupttätigkeitsbereiche der Abteilung waren, wie in den vergangenen Jahren, das Bearbeiten von Baubewilligungsansuchen, die Überwachung von Bauführungen, die Erteilung von Benützungsbewilligungen sowie die Erteilung von Bauaufträgen. Auf Grund der Bauordnungsnovellen aus 1996 wurden auch bereits 117 Bauansuchen im Vereinfachten Baubewilligungsverfahren gemäß § 70a BO und statt Benützungsbewilligungen 2.880 Fertigstellungsanzeigen eingereicht.

In der gesamten Abteilung betrug die Anzahl der einlangenden Dienststücke 111.901, was eine Reduktion gegenüber dem Vorjahr von 4 Prozent bedeutet, während die erledigten Dienststücke um knapp 1 Prozent, auf 122.300 anstiegen.

Im Vermessungsdezernat der Abteilung sind im Jahre 1997 insgesamt 8.820 Dienststücke eingelaufen und 9.740 ausgelaufen. Vom wichtigsten Produkt, der Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen, wurden rund 4.900 Anträge bearbeitet.

Das Gehsteigreferat hat seine Tätigkeit durch Erteilen von Aufträgen, Mahnungen und Fristerstreckungen zur Herstellung vorschriftsmäßiger Gehsteige weitergeführt, wobei insgesamt 4.918 Dienststücke erledigt wurden.

Das Sonderreferat hat zwecks baubehördlicher Sanierung in 14 gewidmeten Anlagen rund 400 Objekte überprüft und die Eigentümer nicht bewilligter Baulichkeiten aufgefordert, um nachträgliche Bewilligung anzusuchen.

Zwecks Erfassung der Gebiete im Sinne des § 23 Abs. 7 des Wiener Kleingartengesetzes 1996 wurde bei 256 Anlagen der bewilligte und nicht bewilligte Baubestand festgestellt und es wurden für die MA 14-ADV zur Erstellung digitalisierter Anlagepläne und für die MA 21 Erhebungen durchgeführt und Unterlagen geliefert.

Weiters wurden Baubewilligungen für die Funkanlagen des zweiten und dritten GSM - Telefonnetzes bearbeitet. Zentral wurden für den gesamten Wiener Raum Plakatwände auf Privatgrund aus baubehördlicher Sicht geprüft, wobei festzustellen war, daß durch die Liberalisierung der Bauordnung (§ 62a BO) ein gewisser Wildwuchs entstanden ist. Daneben erfolgte eine schwerpunktmäßige Unterstützung von Außenstellen der Abteilung.

Im Zusammenwirken mit den Magistratischen Bezirksämtern, der MA 36 und dem Arbeitsinspektorat wurde begonnen, jeden ersten Donnerstag im Monat für Gewerbetreibende Beratungen als kundenorientiertes Service anzubieten.

In den 16 Außenstellen wurden im abgelaufenen Jahr rund 16.000 Baubewilligungen und etwa 2.600 Benützungsbewilligungen erteilt. An hervorzuhebenden Bauvorhaben bzw. – führungen, welche in der Abteilung als

Behörde zu bearbeiten waren, werden angeführt:

Für den Um- und Zubau des Kaufhauses Steffl (1, Kärntner Straße 19) wurde die Baubewilligung erteilt; mit den Bauarbeiten wurde auch bereits begonnen. Es werden 4.793 m² zusätzliche Büro- und Geschäftsflächen geschaffen.

Für die auch international beachtete Lauder-Chabat-Schule mit Kindertagesheim im 2. Bezirk, Rauscherstraße, wurde die Baubewilligung erteilt.

Der Wohnpark Erdberg im 3. Bezirk wurde fertiggestellt. Für einen Neubau eines sechsstöckigen Wohnhauses in der Schlachthausgasse wurde die Bewilligung erteilt.

Das Wohnhaus in 4, Mommsengasse 11, mit 41 Wohnungen und einer Tiefgarage mit 44 Stellplätzen wurde fertiggestellt.

Mit dem Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses in 5, Stolberggasse 42 (170 Wohnungen, 1.295 m² Geschäftsflächen, 258 Kfz-Stellplätze) wurde begonnen.

Das ehemalige Kaufhaus Herzmansky, nunmehr Modehaus Peek und Cloppenburg, in 7, Mariahilfer Straße 26, wurde großzügig umgestaltet, wobei zu bemerken ist, daß die Bestimmungen des § 119 a BO zu einer wesentlichen Verfahrensvereinfachung führten. Der Gesamtumbau des Kaufhauses Stafa in 7, Mariahilfer Straße 120 (ca. 19.700 m² Geschäftsfläche) wurde bewilligt. In der Neustiftgasse 83 wurde mit dem Bau eines Studentenheimes mit 122 Zimmereinheiten und 48 Kfz-Stellplätzen begonnen.

Im 8. Bezirk wurde als eines der ersten Projekte nach dem vereinfachten Baubewilligungsverfahren (§ 70a BO) ein Bauansuchen betreffend ein Wohnhaus (23 Wohnungen, 24 Kfz-Stellplätze) positiv abgewickelt. Mit dem Bau wurde zwischenzeitlich auch begonnen.

Im 9. Bezirk, Hahngasse 11, wurde mit der Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses (63 Wohnungen, 635 m² Geschäftsfläche, 59 Kfz-Stellplätze) begonnen.

Das Wohnhaus in der Dieselgasse 1 im 10. Bezirk wurde fertiggestellt. In der Hämmerlegasse wurde eine Wohnhausanlage mit insgesamt 145 Wohnungen und 328 Stellplätzen bewilligt.

Im 11. Bezirk wurde am Leberberg eine Wohnhausanlage mit 158 Wohnungen und 105 Kfz-Stellplätzen fertiggestellt.

Ein Bürohaus für die Europäische Handball-Föderation wurde in 12, Hoffingergasse, bewilligt.

Mit dem Wohnpark Breitensee im 14. Bezirk wurde begonnen, das Wohnheim „Sargfabrik" in der Matznergasse 8 wurde fertiggestellt.

Ein Einkaufszentrum mit rund 4.800 m² Verkaufsfläche und 126 PKW-Stellplätzen in 15, Mariahilfer Straße 138, wurde fertiggestellt.

Im 16. Bezirk, Thaliastraße 125 (Gebäude der Austria-Tabakwerke), wurden Zu- und Umbauten mit multifunktioneller Nutzung bewilligt.

In der Schumanngasse 47, im 18. Bezirk, wurde die Baubewilligung zur Errichtung eines Wohn- und Betriebsgebäudes (12 Wohnungen, 1 zweigeschoßige Werkstätte) erteilt.

Das Wohnhaus in 19, Weinberggasse 53, mit 91 Wohnungen wurde fertiggestellt.

Für die „Autofreie" Mustersiedlung in 21, Nordmannstraße 25 und 27 (insgesamt 252 Wohnungen, 1 Geschäftslokal, 24 Kfz-Stellplätze) wurde die Baubewilligung erteilt.

Im 22. Bezirk wurden neben einigen Wohnhausanlagen auch eine Reihe von Betriebsgebäuden baubehördlich bewilligt, so z.B. jenes der Firma Kärcher in der Lichtblaustraße mit 7.000 m² Betriebsfläche. An fertiggestellten Bauvorhaben sind die beiden Möbelhäuser der Firmen Kika (50.000 m², 350 Stellplätze) und Michelfeit (14.400 m≈, 201 Stellplätze) hervorzuheben.

Im 23. Bezirk wurde im Nahbereich des Wohnparkes Alt Erlaa, in der Anton-Baumgartner-Straße 40, die Baubewilligung für ein multifunktionales Geschäftsgebäude mit 19.295 m² Nutzfläche und 547 Kfz-Stellplätzen erteilt.

Das Jahr 1997 war durch das Inkrafttreten mehrerer Bestimmungen der Bauordnungsnovellen aus 1996 per 1. Jänner 1997geprägt:

- Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien und das Wiener Garagengesetz geändert werden (Verfahrensnovelle), (LGBl. für Wien Nr. 42/1996). Betrifft u.a: die Ladung bei Wohnungseigentum (§ 70 BO), Neueinführung des Vereinfachten Baubewilligungsverfahrens (§ 70a BO).
- Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien und das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren geändert werden (Stadtgestaltungsnovelle), (LGBl. für Wien Nr. 44/1996). Betrifft: die Ausnutzbarkeit von Bauplätzen (§ 76) und die gärtnerische Gestaltung (§ 79 BO).
- Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird, (Aufhebung der Gehsteignovelle), (LGBl. für Wien Nr. 40/1997). Die ab 1998 vorgesehene Neuerung in Form der Einhebung eines Gehsteigkostenbeitrages an Stelle der Verpflichtung zur Gehsteigherstellung tritt damit nicht in Kraft. Gegenüber der ursprünglichen Regelung wurde beschlossen, daß gegen die Höhe des Kostenersatzes nunmehr keine Berufung möglich ist, sondern diesbezüglich die ordentlichen Gerichte anzurufen sind.
- Gesetz über Kleingärten (Wiener Kleingartengesetz 1996), (LGBl. für Wien Nr. 57/1996). Es wird ein Verfahren, ähnlich dem „Vereinfachten Baubewilligungsverfahren" gemäß § 70a BO eingeführt. Weiters werden der Inhalt der Pläne reduziert und die Anforderungen an Kleingarten(wohn)häuser vermindert.

# Technische Grundstücksangelegenheiten

Das Dezernat Liegenschaftsbewertung gibt einleitend einen kurzen Überblick über die Anzahl der erledigten Aktenstücke gemäß Kanzleiprotokoll:

Die Gesamtanzahl lag bei 2.250 Stück und damit unter jener des Vorjahres. Wesentlichen Anteil an diesen Rückgang hat der Wegfall der Begutachtung der Kaufpreisangemessenheit bei Liegenschaftserwerben durch EU-Ausländer.

Den größten Teil der Tätigkeit machten, wie immer, die Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen zu Transaktionen und Bauplatzschaffungen mit 657 Stück, die Beistellung der grundtechnischen Unterlagen an diverse Dienststellen mit 579 Stück - einschließlich 231 Stück im Zusammenhang mit Pachtsachen - sowie die Erstellung der Gutachten für die MA 64 (72 Stück), für den Krankenanstaltenverbund (53 Stück) und die Schlichtungsstellen (261 Stück) aus.

Im folgenden einige Beispiele für Transaktionstätigkeiten der Stadt Wien, zu denen jeweils die grundtechnischen Unterlagen bzw. Bewertungen durch die Abteilung erstellt wurden:

Die Aktion „Verkauf von Kleingartenlosen für ganzjähriges Wohnen" ist nach umfangreichen Vorarbeiten (Parzellierungen, Herstellung der technischen Infrastruktur) in ein konkretes Stadium getreten. So wurden etwa in den Kleingartensiedlungen „Blumental", „Frohe Zukunft", „Thayagasse" und „Maschanzka" rund 200 Lose an die Siedler verkauft.

Ein wesentlicher Schritt zur Bereinigung der Eigentumsverhältnisse zwischen Republik Österreich und Stadt Wien wurde 1997 durch den Abschluß eines weiteren Tauschübereinkommens getan. Dieser Tausch ist die Voraussetzung für die Grundbuchsordnung u.a. des Umfeldes des Technischen Museums, des Realgymnasiums Waltergasse, der Marinekaserne Tegetthoff sowie auch des Auer-Welsbach-Parks oder etlicher Wohnbauliegenschaften.

Im Umfeld neuer Wohngebiete ist stets auch auf eine entsprechende Versorgung mit Einrichtungen für technische und soziale Infrastruktur sowie Einkauf, Freizeitgestaltung usw. zu achten.

So wurden im Vorjahr z.B. am Brückenkopf der Reichsbrücke in Kaisermühlen Bauplätze geschaffen und an Projektsbetreiber veräußert, die der Errichtung von Freizeiteinrichtungen (Kinos, Restaurants), Geschäften, Büros und Wohnungen im Nutzungsmix dienen sollen. Auch wurde z.B. in einer Wohnanlage im Bereich Wagramer Straße ein großes, durch den Bauträger errichtetes Kindertagesheim im Wohnungseigentum erworben.

Voraussetzung für alle angeführten Tätigkeiten ist die Wartung, Evidenthaltung und Weiterentwicklung jener Dateien, die als Arbeitsunterlagen sowohl für die eigene Tätigkeit als auch für andere Dienststellen dienen. Es sind dies:

1. Die Grundreservedatei: Neben den laufenden Aktualisierungen infolge Umwidmungen, Umnutzungen, Flächenänderungen usw., die in enger Zusammenarbeit mit dem Dezernat Zentrale Liegenschaftsevidenz erfolgen, wurde der gesamte Datenbestand im ersten Halbjahr 1997 auf Aktualität bzw. allfällige Fehler im Bereich der Anmerkungen geprüft und im Zweifelsfall nach Rücksprache mit betroffenen Dienststellen auf letzten Stand gebracht (z.B.: Eintragungen über den Verhandlungsstand vor längerer Zeit begonnener, nicht abgeschlossener Transaktionen).
   Weiters wurden, soweit möglich, Vorarbeiten für die Anbindung der Grundreservedatei an das grafische Informationssystem geleistet, allerdings infolge der in nächster Zukunft geringen Realisierungschancen wieder eingestellt.
2. Kaufpreissammlung: Es wurden 1997 etwa 1.900 Auswertungen von Kaufverträgen in die Kaufpreissammlung aufgenommen.
   Darüber hinaus aber erfolgten zwei sehr wesentliche Arbeiten, die mit geringfügiger Beihilfe durch Fachleute der MA 14 durch das Dezernat Liegenschaftsbewertung geleistet wurden, und zwar

2.1. wurde die Kaufpreissammlung komplett auf moderne Software (Access 7.0) umgestellt, was der Abteilung nunmehr einerseits ermöglicht, selbst Auswertungen über Marktentwicklungen zu erstellen, anderseits wesentlich flexiblere Abfragen für die Gutachtenerstellung zuläßt;

2.2. wurde ein Ergänzungsprogramm zur Kaufpreissammlung erstellt, das zur Erfassung von Transaktionen betreffend Eigentumswohnungen geeignet ist. Es ist allerdings nicht geplant, sämtliche Kaufverträge über Eigentumswohnungen zu erfassen und auszuwerten, da dies die Kapazitäten der Abteilung bei weitem übersteigen würde.

3. Der Baulückenkataster wurde - neben der täglichen Aktualisierung - insofern erweitert, als für sämtliche der Definition entsprechende Baulücken das fiktive Bauplatzausmaß sowie die - nach Maßgabe der geltenden Widmung – mögliche Nutzflächenkapazität ermittelt wurden.
   Weiters wurde ein Teil der Bilddokumentation gescannt und somit den angeschlossenen Planungsdienststellen der Zugriff darauf ermöglicht (Bezirke 1 - 9, ein Weiterführen dieser Arbeit ist auf Grund fehlender Speicherkapazität derzeit nicht möglich).
   Der angestrebte Anschluß des Baulückenkatasters an das grafische Informationssystem ist zeitlich ebenfalls nicht abzusehen, die grafischen Vorarbeiten dafür wurden aber geleistet, und zwar jeweils nach Verfügbarkeit der digitalisierten Katasterblätter.

Das Dezernat Zentrale Liegenschaftsevidenz (ZLE) hat im Jahre 1997 - und zwar das Schriftoperat - anläßlich von 750 Akten bei den Liegenschaften der Stadt Wien Änderungen im Grundbuchs- und Katasterstand mit Unterstützung der EDV durchgeführt sowie mittels eines Vergleichslaufes zwischen der Grundstücksdatenbank der ZLE und jener des Bundes den gesamten Datenbestand der Abteilung überprüft.

An Grundbuchsabschriften bzw. Auszügen aus dem Grundstücksverzeichnis hat das Schriftoperat auf dem zur Verfügung gestellten Terminal insgesamt 32.202 Abfragen für den abteilungsinternen Bedarf, überwiegend aber für diverse andere Magistratsdienststellen getätigt. Da diese Abfragen seit 1. April 1995 kostenpflichtig sind, mußte dafür ein Betrag von rund 483.000 S bereitgestellt werden.

Auch hat das Schriftoperat das Wiener Rebflächenverzeichnis, in dem insgesamt 4.663 Grundstücke erfaßt sind, auf Grund von Mitteilungen der Weinbautreibenden und Erhebungen vor Ort evident gehalten sowie EU-konform die Wiederbepflanzungsrechte nach Rodungen und gleichzeitiger Stillegung der Weinanbaufläche auf die Dauer von acht Jahren geführt.

Weiters wurde auch im Jahre 1997 die Wiener Landwirtschaftskammer bei grundtechnischen Problemen unterstützt, vor allem bei den Flächenerhebungen für Förderungen aus EU-Mitteln sowie Mitwirkung bei Anträgen zur geförderten Neuauspflanzung von Weingärten.

Mitgewirkt hat das Schriftoperat auch bei der Neuauflage der Verordnung für Weinbaufluren in Wien, wofür 4.663 Grundstücke überprüft und die zur Verordnung gehörigen Übersichtskarten überarbeitet werden mußten.

Das Planoperat der ZLE hat 1.045 Akte im Hinblick auf die Evidenthaltung des Grundeigentums der Stadt Wien (Privateigentum, Öffentliches Gut), der Wiener Stadtwerke (Sondervermögen) und der Stiftungen auf den analogen Mappenblättern und Stadtkarten bearbeitet. Weitere 82 Akte betreffen die Evidenthaltung des Grundeigentums für die beiden Fonds (WWFF und WBSF).

Wie bereits in den Jahren davor wurden auch 1997 für weitere 23 Katastralgemeinden (KG) der Kataster als digitale Katastralmappe (DKM) der Abteilung übergeben, so daß derzeit von den insgesamt 89 KG im Bereich Wien 79 KG als DKM existieren. Infolge Teilungen mußten 258 Veränderungen des digitalen Katasters in der GIS-Station zusätzlich durch die Abteilung vorgenommen werden, da der angestrebte Datenverbund mit dem Vermessungsamt Wien noch nicht funktioniert.

Die Umstellung bei der Darstellung der Verwaltungszuständigkeit städtischer Grundflächen von analogen Planunterlagen auf GIS (mit Unterstützung der grafischen Datenverarbeitung) konnte für weitere 14 KG abgeschlossen werden, so daß derzeit 61 KG in der GIS-Station verfügbar sind und somit auch die laufenden Veränderungen der Verwaltungszuständigkeit (635 Anlaßfälle) in diesen KG eingegeben werden mußten.

Weiters wurden Vergleichsläufe (Prüfprogramme) von Katasterdaten zwischen dem Vermessungsamt Wien und der Abteilung in 35 KG sowie Vergleichsläufe von Verwaltungsdaten intern zwischen Grundstücksdatenbank der ZLE und GIS in 55 KG durchgeführt und die Differenzen bereinigt.

An Ausplottungen wurden im Programm ARC-INFO 1.273 Mappenblätter Maßstab 1:1000 und 117 Mappenblätter Maßstab 1:2000 sowie 3.165 Planausschnitte erstellt. Im Programm ARC-VIEW waren es 11 Mappenblätter Maßstab 1:1000 und 11 Mappenblätter Maßstab 1:2000 und 1.058 Planausschnitte. Auch hat das Planoperat an Lichtpausarbeiten für Aktenerledigungen der eigenen Abteilung sowie auf Ersuchen diverser Magistratsdienststellen Schwarz- und Mutterpausen im Ausmaß von 825 m bei einer Rollenbreite von 65 cm angefertigt. Zusätzlich wurden auf dem im Planoperat vorhandenen Kopiergerät der Marke Agfa 85.450 Kopien gemacht.

Zwecks Evidenthaltung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes auf der Basis der Stadtkarte Maßstab 1:2000 wurden 63 Bearbeitungsgebiete der MA 21A, 21B und 21C gekennzeichnet, sowie 104 Anträge auf Widmungsänderungen und 86 genehmigte Plandokumente in die Stadtkarten eingearbeitet bzw. die Plandokumente archiviert.

Die Gruppe Datenkoordinierung der ZLE hat jene 14 KG im Bereich Wien, die vom Planoperat im Hinblick auf Verwaltungszuständigkeit städtischer Grundflächen in die GIS-Station eingegeben wurden, vorher nochmals perlustriert und dabei insbesondere die Verwaltungsabgrenzungen jener 1.262 Grundstücke, die von mehr als einer Dienststelle verwaltet werden, überprüft und im Anlaßfall berichtigt. Darüber hinausgehend lagen insgesamt 499 Anlaßfälle vor, wo die Verwaltungszuständigkeit, sei es infolge Flächenkorrektur oder geänderter Nutzungsverhältnisse, neu aufgeteilt werden mußte. Für 420 Transaktionsabschlüsse erfolgte - im Falle von Ankäufen - die Flächenzuweisung an eine gemäß Geschäftseinteilung kompetente Dienststelle bzw. mußten bei Abgängen diese Flächen als verkauft gekennzeichnet werden.

Zwecks grundtechnischer Bereinigungen (Herstellung der Grundbuchsordnung für diverse wirtschaftliche Einheiten) wurden 42 Lage- bzw. Teilungspläne im Wege der MA 41 in Auftrag gegeben. An Einheitswertbescheiden bzw. Erklärungen der Finanzämter-Bewertungsstellen sind 531 Stück überprüft und den grundverwaltenden Dienststellen – unter Beischluß einer Grundstücksauflistung mit Flächenausmaßen als EDV-Ausdruck - übermittelt worden.

Insgesamt 763 Dienststücke der Gruppe Datenkoordinierung betreffen Einladungen zu den Koordinationsgesprächen, Büroverhandlungen in der Abteilung und extern, Ortsverhandlungen sowie Anfragen diverser Dienststellen nach dem jeweiligen Liegenschaftseigentümer bzw. Grundverwalter bei städtischen Grundstücken.

Die Vermessungsgruppe der ZLE hat 172 Pachtansuchen bzw. Umschreibungen behandelt und die dafür erforderlichen Flächenaufstellungen samt Planunterlagen erstellt. In 233 Anlaßfällen wurde die Vermessungsgruppe

auch für Verwaltungsklärungen, Nutzungsfeststellungen, Vermessungsarbeiten bezüglich Änderungen von wirtschaftlichen Einheiten, sowie für die Umstellung auf GIS (Ersterfassung) herangezogen. Für 4 städtische Wohnbauvorhaben sind die Grundlagen zur Herstellung der Grundbuchsordnung erarbeitet sowie Verbücherungsvorschläge für Darlehen und Bauplätze gemacht und an die MA 41 weitergeleitet worden. Die planliche Erfassung und Archivierung von Neuzugängen an Teilungs- und Lageplänen umfaßten 454 Pläne. 128 Teilungspläne aus dem Archiv der Vermessungsgruppe, deren grundbücherliche Durchführungen noch ausständig sind, mußten zwecks Änderungen durch den jeweiligen Ingenieurkonsulenten wieder im Wege der MA 41 rückgesendet sowie 50 Teilungspläne, da im Archiv der Abteilung noch nicht vorhanden, bei der MA 41 schriftlich angefordert werden.

Das Dezernat Miet- und Nutzwertberechnungen faßte im Jahre 1997 bezüglich miet- und wohnungseigentumsrechtlicher Anfragen (ohne Nutzflächenfeststellungen) 2.505 Stellungnahmen ab, was gegenüber 1996 (mit 1.939 Stellungnahmen) eine Steigerung um rund 29 Prozent ausmacht. Dabei lag der Schwerpunkt bei den mietrechtlichen Stellungnahmen (Schätzung des angemessenen Hauptmietzinses nach § 16 Abs.1 Mietrechtsgesetz, Feststellung der Wohnungskategorie gemäß § 15a Mietrechtsgesetz, Ermittlung des Richtwertzinses gemäß § 16 Abs.2 Mietrechtsgesetz, Ermittlung des Untermietzinses gemäß § 26 Mietrechtsgesetz = in Summe rund 89 % der Stellungnahmen). Die Anfragen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Richtwertzinses stiegen gegenüber dem Vorjahr weiterhin, und zwar um rund das Doppelte von 167 Anfragen auf 320 Anfragen. In den wohnungseigentumsrechtlichen Angelegenheiten waren die Anfragen leicht rückläufig.

Zusätzlich zu den abgefaßten Stellungnahmen wurden 12.838 Objekte mit einer Gesamtnutzfläche von etwa 859.179 m² vermessen, was gegenüber 1996 eine Steigerung von rund 6 Prozent bezogen auf die Nutzfläche bedeutet (1996: vermessene Objekte 12.013, Gesamtnutzfläche 808.800 m²).

Die Arbeiten zur Erstellung des EDV-Programmes für die Ermittlung des angemessenen Hauptmietzinses wurden mit Ende des ersten Halbjahres abgeschlossen und das Programm im Juli des Jahres zum Einsatz gebracht.

Die begonnenen Arbeiten für ein Planwerk, welches die lageabhängigen ortsüblichen Mietzinse für Geschäftslokale enthält und eine Orientierungshilfe bei Mietvertragsabschlüssen darstellt, wurden ebenfalls abgeschlossen und die Pläne konnten dem Büro der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung bereits übergeben werden.

Die Arbeiten für die Neugestaltung der automationsunterstützten Mietpreissammlung dauern weiter an und werden im Jahre 1998 abgeschlossen sein. Dazu begleitend erfolgt eine umfangreiche Überprüfung des vorhandenen Datensatzes, die letztendlich eine problemlose automationsunterstützte grafische Darstellung sowie statistische Auswertungen garantieren soll.

Neu begonnen wurden die Arbeiten zu einem automationsunterstützten „Praxisorientierten Handbuch zu mietrechtlichen Entscheidungen". Dieses Handbuch soll als ständiger Arbeitsbehelf für die MitarbeiterInnen dienen und gleichzeitig alle erforderlichen Informationen jederzeit abrufbereit halten.

Des weiteren konnte bei dem vom Hauptverband der allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen Österreichs, Landesverband für Oberösterreich und Salzburg veranstalteten Seminar „Zu- und Abschläge beim Nutzwertgutachten" als Ergebnis eine bundesweite „Empfehlung für Zu- und Abschläge beim Nutzwertgutachten nach dem Wohnungseigentumsgesetz 1975" formuliert werden. Eine Veröffentlichung dieser Empfehlung erfolgte im offiziellen Organ des Hauptverbandes der allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen Österreichs „Der Sachverständige" Heft 3/1997.

Mit der Nominierung eines Mitarbeiters des Dezernates für Miet- und Nutzwertberechnungen in die Arbeitsgruppe 011.01- Umbauter Raum des Fachnormenausschusses 011 - Hochbau - Allgemeines ist die Abteilung auch bei der anstehenden Überarbeitung der ÖNORM B 1800 weiterhin vertreten.

## Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen

Die Abteilung legt folgenden Verwaltungsbericht über die Tätigkeit vom 1. Jänner 1997 bis 31. Dezember 1997 vor. Bemerkt wird, daß die Gruppen „Zentrale Schlichtungsstelle" und „Wohnungskommission" im Zuge der Schaffung der MA 16 - Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten mit 1. Juli 1997 von der Abteilung ausgeschieden sind. Der entsprechende Verwaltungsbericht dieser Gruppen wird von der MA 16 übermittelt.

Nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien ist die Abteilung mit Wirkung vom 1. Juli 1997 schwerpunktsmäßig für die Bereiche Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung, Wohnbeihilfe, Wahrnehmung des Vorschlagsrechtes der Stadt Wien gegenüber Wohnungsunternehmen für geförderte Wohnungen, Bewilligung von Eigenmittelersatzdarlehen und Aufsicht über die Gemeinnützigen Bauvereinigungen zuständig.

Nach der Geschäftseinteilung obliegt der Abteilung auch die Aufsicht über das „Neue Wohnungsberatungszentrum", welches der wohnungssuchenden Bevölkerung einen Überblick über den öffentlich geförderten Wohnungsmarkt bieten soll. Personell besetzt wird das in 1, Rathausstraße 2, geführte Wohnungsberatungszentrum durch den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, in dessen Organ „Kuratorium" die Abteilung mit beratender Stimme vertreten ist.

Zwecks Minimierung des Bau- und Förderungsaufwandes (und somit in der Folge der Mietaufwandsbelastung) wird bei größeren Grundstücksflächen seit rund zwei Jahren ein für gemeinnützige und nicht gemeinnützige Bauträger gleichermaßen offenes Wettbewerbsverfahren durchgeführt (sogenannter Bauträgerwettbewerb). Dieser Weg wird über den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, der schon bisher zur Umsetzung der städtischen Grundstückspolitik eingesetzt war, beschritten. Baureife Grundstücke werden im Wege der Auslobung gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Bauträgern unter gleichen Wettbewerbsverhältnissen angeboten. Das Ziel ist es, durch diese Konkurrenzsituation eine Optimierung zwischen Kosteneinsparung und Qualitätssicherung zu erreichen. Die im Bauträgerwettbewerb siegreichen Projekte werden dann für eine Förderung empfohlen. In dem Beurteilungsgremium ist auch die Abteilung vertreten.

Bevor ein zur Förderung vorgesehenes Neu- oder Sanierungsprojekt der Landesregierung zur Genehmigung vorgelegt wird, muß auch eine positive Begutachtung durch den Wohnbauförderungsbeirat für das Land Wien erfolgen. Die Abteilung übt für dieses Gremium die Funktion eines Schriftführers aus.

Zu erwähnen ist auch, daß die Abteilung Ende November von 1, Rathausstraße 2, nach 19, Muthgasse 62, übersiedelt ist.

## Wohnbauförderung

A) Anmerkung zur gesetzlichen Grundlage (Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989; I. Hauptstück):

Während des Berichtsjahres kam es zu keiner Änderung des WWFSG 1989, die geltende Durchführungsverordnung wurde hingegen am 20. Jänner 1997 novelliert:

Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen, Heimen und Kleingartenwohnhäusern im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989 geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 2/1997.

Mit dieser Novelle konnten zwei wesentliche Ziele erreicht werden:

Einerseits wurde der Fächer der Förderungsinstrumentarien neuerlich erweitert: Der neugeschaffene § 3a dieser Verordnung erlaubt nunmehr auch bei Eigentumswohnungen - analog dem § 2a bei Mietwohnungen - eine dritte Förderungsvariante (Fixbetrag von S 5.000/m≈ förderbarer Fläche), wobei auch diese Förderungsform Höchstgrenzen für die Gesamtbaukosten, für die überwälzbaren Eigenmittel und für das zur Restfinanzierung aufgenommene Kapitalmarktdarlehen vorsieht.

Andererseits wurden durch diese Verordnung erstmals auch für Wohnungswerber von nach § 15 geförderten Wohnungen - Mietwohnungen wie Eigentumswohnungen - Einkommenshöchstgrenzen festgelegt. In Beobachtung des Umstandes, daß die „§ 15 - Förderung(en)" den geringsten Förderungsmitteleinsatz vorsehen, wurden die hier geltenden Einkommenshöchstgrenzen bewußt über jenen der anderen Förderungsschienen angesiedelt. Auch diese neugeschaffenen Einkommensgrenzen erfahren Jahr für Jahr eine Anpassung in Höhe des jährlichen Anstiegs des Verbraucherpreisindexes.

Diese Verordnung erlangte mit 21. Jänner 1997 Wirksamkeit.

B) Förderungsvolumina:

1) Beiratsgenehmigungen:

Im Berichtsjahr 1997 hat der Wohnbauförderungsbeirat für Wien dreimal im Wege eines Rundlaufes insgesamt 5.107 Wohnungen, 58 Geschäftslokale (bzw. Kindertagesheime) und 413 Heimräume (bzw. Heimplätze) positiv begutachtet.

2) Erstzusicherungen:

Im gleichen Zeitraum wurden von der Landesregierung für die Errichtung von insgesamt 7.031 Wohnungen und Heimwohnungen, 40 Geschäftslokalen bzw. Kindertagesheimen und Einrichtungen kommunaler Infrastruktur - Nachförderungen nicht eingerechnet - nichtrückzahlbare Baukostenzuschüsse (gemäß § 14 (3) WWFSG 1989) mit einer Summe von 1.987,9 Millionen Schilling, nichtrückzahlbare Beiträge (gemäß § 15 WWFSG 1989) im Gesamtbetrag von 593,4 Millionen Schilling, sowie Annuitätenzuschüsse zu Kapitalmarktdarlehen in der Höhe von 44,2 Millionen Schilling (exklusive der Annuitätenzuschüsse bei Dachgeschoßausbauten bei gleichzeitiger (Sockel)sanierung) genehmigt.

3) Nachförderungen:

a) Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1997 für Nachförderungsmaßnahmen im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989 zur Abdeckung von Mehrkosten - entstanden durch zusätzliche Erschwernisse und/oder Flächenerweiterungen - Baukostenzuschüsse im Betrag von 31,557.550 S, nichtrückzahlbare Beiträge in der Höhe von 2,085.300 S sowie Annuitätenzuschüsse zu Hypothekardarlehen mit einer Summe von 92,251.640 S zugesichert.

b) Für nachträglich notwendig gewordene Förderungsmaßnahmen gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1984 genehmigte die Wiener Landesregierung einen Baukostenzuschuß in der Höhe von 587.900 S und Annuitätenzuschüsse zu hypothekarisch sichergestellten Darlehen im Betrag von 1,213.200 S.

c) Im Rahmen des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes 1983 wurden schließlich Annuitätenzuschüsse zu einem Kapitalmarktdarlehen in der Höhe von 1,992.410 S zugesichert.

4) Eigenmittelersatzdarlehen:

Zur Erleichterung der Eigenmittelaufbringung (Ausfinanzierung des Eigenmittelanteils an den Gesamtbaukosten) wurden im Berichtsjahr 1997 3.132 Eigenmittelersatzdarlehen mit einem Gesamtvolumen von 303,252.000 S genehmigt. Hievon entfielen 1.013 zugezählte Darlehen (Darlehenssumme: 125,241.000 S) auf Gemeindewohnungen; 2.119 weitere dienten der Ausfinanzierung von Wohneinheiten, die durch gemeinnützige Bauträger oder andere juristische Personen errichtet wurden (Darlehenssumme: 178,011.000 S).

C) Zur Auszahlung gelangten im Berichtsjahr:

| | |
|---|---|
| 1. Darlehen gemäß | |
| a) Wohnbauförderungsgesetz 1968 | |
| b) Wohnbauförderungsgesetz 1984 | |
| c) WWFSG 1989 | |
| in Summe | 69,515.790 S |
| 2. Laufende Transferzahlungen an den Bund | 0 S |
| 3. Eigenmittelersatzdarlehen | 303,165.031 S |
| 4. Wohnbeihilfen | 356,406.704 S |
| 5. Annuitätenzuschüsse gemäß | |
| a) § 15a Wohnbauförderungsgesetz 1968 | |
| b) Wohnbauförderungsgesetz 1984 | |
| c) § 14 (2) WWFSG 1989 in Summe | 1.156,970.658,53 S |
| 6. Diverse Kapitaltransferzahlungen (Verlorene (Einmal-) Zuschüsse: | |
| nichtrückzahlbare Baukostenzuschüsse gemäß § 14 (3) WWFSG 1989 | |
| sowie nichtrückzahlbare Beiträge gemäß § 15 WWFSG 1989) | 3.147,999.355 S |
| 7. Hypothekardarlehen des Landes Wien gemäß Beschluß der Wiener Landesregierung vom 18. September 1990 Pr.Zl. 2640/90 | 4,824.500 S |
| 8. Sonstige Ausgaben (Bürgschaften, Bauaufsichtsorganhonorare, Wohnbauforschung usw.) | 112,684.707 S |

D) Revisionen, Aufkündigungen und Fälligstellungen:

Im Zuge der Revisionstätigkeit wurden im Kalenderjahr 1997 auf Grund von Anzeigen oder im Zuge routinemäßiger Überprüfungen (insbesondere im Rahmen der Administrierung von Anträgen auf Gewährung der begünstigten Rückzahlung) 161 Wohnungen bzw. Eigenheime überprüft. Bei 69 Objekten (52 davon im Rahmen von Vor-Ort-Revisionen) wurden Beanstandungen festgestellt, die, sofern Verstöße gegen Wohnbauförderungsgesetze und -richtlinien konstatiert wurden, zu Fälligstellungen oder Aufkündigungen der anteiligen Wohnbauförderungsdarlehen bzw. zur Einstellung - gegebenenfalls auch zur Rückforderung - von Annuitätenzuschußleistungen führten. (So wie in den vergangenen Jahren waren auch im Berichtsjahr 1997 hievon hauptsächlich Förderungsmittel, die gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1968 vergeben worden sind, betroffen.)

E) Begünstigte Rückzahlung:

Im Berichtszeitraum wurden 515 Anträge auf begünstigte Rückzahlung gestellt, von welchen (bis zum Termin 31. Dezember 1997 sowie unter Hinzurechnung des Antragsüberhangs aus dem Jahr 1996) 415 zur Rückzahlung vorgeschrieben (= zur Gebühr gestellt) werden konnten (bereits nach Abzug der Stornos). Dieser Wohnungsanzahl entspricht, bereits unter Berücksichtigung (= nach Subtraktion) des gewährten Nachlasses, eine Summe von rund 530 Millionen Schilling zur Rückzahlung vorgeschriebener Wohnbauförderungsmittel (Summe versteht sich nach Abzug der Stornos). Tatsächlich einbezahlt wurden im Vergleichszeitraum - unter Berücksichtigung des Vorschreibungsüberhangs aus dem Vorjahr - bis zum Stichtag des Rechnungsabschlusses (31. Dezember 1997) Wohnbauförderungsmittel in der Höhe von rund 528 Millionen Schilling.

## Hausseitige und wohnungsseitige Sanierungsmaßnahmen

I. gemäß dem II. Hauptstück des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989 bzw. gemäß dem Wohnhaussanierungsgesetz - WSG 1984

Anmerkung zur rechtlichen Grundlage:

Im Sanierungsbereich ist durch das Inkrafttreten einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Förderungen im Rahmen des II. Hauptstückes des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (Sanierungsverordnung 1997), LGBl. für Wien Nr. 16/1997, eine Neuregelung der Förderungsleistungen erfolgt.

Die Rechtslage sieht einerseits

A) die Förderung von Sanierungsmaßnahmen an und in Gebäuden einschließlich die Standardanhebung von Wohnungen sowie die Förderung von Erhaltungsarbeiten, andererseits

B) eine Förderung von Sanierungsmaßnahmen innerhalb von Wohnungen vor.

ad A) Wohnhaussanierung

Im Rahmen der Förderung von hausseitigen Sanierungsmaßnahmen (Förderung von Erhaltungsarbeiten, Förderung von Sockelsanierung an und in Gebäuden einschließlich Standardanhebungen von Wohnungen, Förderung von Dachbodenausbauten und Zubauten von vollständigen Wohnungen, Förderung von Totalsanierungen, Förderung von Sanierungsmaßnahmen an und in Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern) wurden im Jahre 1997 insgesamt 242 Anträge auf Förderungsgewährung beim Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds eingebracht.

Es wurden Förderungsmittel für 294 private Bauvorhaben (einschließlich Nachträge) mit förderbaren Gesamtsanierungskosten in der Höhe von 1.464,164.000 S sowie 57 Bauvorhaben der Gemeinde Wien (einschließlich Nachträge und Bauraten) mit förderbaren Gesamtsanierungskosten von 1.446,013.000 S zugesichert.

Bei diesen insgesamt 351 Bauvorhaben mit einem förderbaren Gesamtsanierungsvolumen von 2.910,177.000 S erfolgte eine Annuitätenzuschußleistung im ersten Förderungsjahr gemäß Wohnhaussanierungsgesetz 1984 in Höhe von 7,984.169 S sowie gemäß dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989 in Höhe von 101,889.962 S und eine Einmalzuschußleistung in Höhe von 50,347.372 S im ersten Jahr.

Im Bereich des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989, II. Hauptstück, handelte es sich um 81 private Anträge betreffend Sockelsanierungen (teilweise einschließlich Dachgeschoß, Blockförderung), um 23 private Anträge betreffend Aufzüge, 148 private Anträge betreffend Erhaltungsarbeiten, 26 Anträge der Stadt Wien betreffend Sockelsanierungen (teilweise einschließlich Dachgeschoß, Blockförderung), 22 Anträge der Stadt Wien betreffend Aufzüge, 2 Anträge der Stadt Wien betreffend Erhaltungsarbeiten und um 2 Anträge der Stadt Wien betreffend Fernwärmeanschlüsse, insgesamt 304 Fälle.

Beim Wohnhaussanierungsgesetz - WSG 1984 handelte es sich um 33 private Anträge betreffend Sockelsanierungen, 8 private Anträge betreffend Korrektur der Annuitätenzuschüsse, 1 privater Antrag betreffend Verbesserungsmaßnahmen, 2 Anträge der Stadt Wien betreffend Sockelsanierungen, 1 Antrag der Stadt Wien betreffend Erhaltungsmaßnahmen und um 2 Anträge der Stadt Wien betreffend Fernwärmeanschlüsse, insgesamt 47 Fälle. Das waren insgesamt 42 private Förderungsfälle gemäß WSG 1984, 252 private Förderungsfälle gemäß WWFSG 1989, 5 Förderungsvorhaben der Stadt Wien gemäß WSG 1984, 52 Förderungsvorhaben der Stadt Wien gemäß WWFSG 1989, insgesamt 351 Förderungsfälle. Von den Sanierungsmaßnahmen sind insgesamt rund 7.800 Wohnungen erfaßt. Die Höhe der Bauaufsichtsorganhonorare beträgt rund 57,451.000 S.

ad B) Wohnungsverbesserungen

Im Berichtsjahr 1997 wurden 5.028 Anträge wegen der Förderung von Sanierungsmaßnahmen innerhalb von Wohnungen beim Amt der Wiener Landesregierung eingebracht. Unter Berücksichtigung der aus dem Kalenderjahr 1996 unerledigt übernommenen Anträge sind insgesamt 5.039 Förderungszusicherungen für förderbare Baukosten im Ausmaß von 401,736.000 S ergangen.

An Annuitätenzuschüssen über die gesamte Laufzeit werden rund 22,361.926 S jährlich vorbehaltlich der Endabrechnung der Förderungsanträge gebunden.

| | Antragsteller | Darlehensvolumen |
|---|---|---|
| bei zehnjähriger Laufzeit | 1.750 Mieter | S 166,688.000 |
| | 176 private Eigentümer | S 35,644.000 |
| | 2.596 Stadt Wien | S 140,302.000 |
| insgesamt | 4.522 Fälle | S 342,634.000 |
| | | |
| bei fünfjähriger Laufzeit | 413 Mieter | S 51,099.000 |
| | 26 private Eigentümer | S 3,471.000 |
| insgesamt | 439 Fälle | S 54,570.000 |

Für nachfolgende Sanierungsmaßnahmen (Einzelanlagen) wurden Annuitätenzuschüsse zugesichert: 3.646 Fernwärmeanschlüsse, 1.176 Heizungen, 430 Bäder und Badeeinrichtungen, 258 WC-Anlagen (Neueinbau und Umgestaltungen), 153 Schall- und Wärmeschutzmaßnahmen (überwiegend Fenster), 457 Elektroinstallationen, 447 Wasserinstallationen, 1.088 Gasinstallationen, 48 Wohnungszusammenlegungen und 34 Behindertenmaßnahmen.

An Einmalzuschüssen für 78 Fernwärmeanträge mit förderbaren Baukosten von insgesamt 4,532.000 S wurden 1,359.000 S bewilligt.

II. nach dem I. Hauptstück des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989

Dachgeschossausbauten

Im Berichtsjahr 1997 hat der Wohnbauförderungsbeirat für das Land Wien und die Wiener Landesregierung zwei die Stadt Wien betreffende Förderungen mit einer Zuschußleistung von 3,689.100 S genehmigt.

Wohnbeihilfe

Wohnbeihilfen (Zuschüsse zu laufenden Wohnkosten) gibt es für jene Personen, die Hauptmieter, Eigentümer oder Nutzungsbrechtigte einer unter Zuhilfenahme von öffentlichen Mitteln geförderten Wohnung sind. Die Bewilligung ist von der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und einer angemessenen Nutzfläche abhängig.

Die Gruppe Wohnbeihilfe besteht aus einer Hauptstelle in 19, Muthgasse 62, und drei Außenstellen in 12, Am Schöpfwerk 31, 21, Am Spitz 1, und 22, Donaustadtstraße 1.

Durch die Dezentralisierung wird vor allem auf die Bedürfnisse des einzelnen, insbesondere seines Arbeitsplatzes Rücksicht genommen; es wird den Parteien die Möglichkeit geboten, Einreichungen unabhängig vom Wohnort vorzunehmen.

Im Berichtszeitraum wurden 79.062 bescheidmäßige Erledigungen (Zuerkennung, Änderungen, Ablehnungen, Einstellungen, Überprüfungen ohne Änderung der Wohnbeihilfenhöhe) durchgeführt.

Die angeführten 79.062 Erledigungen setzen sich wie folgt zusammen:

25.825 Zuerkennungsbescheide (4.424 Erstanträge und 21.401 Verlängerungsanträge);

1.803 Ablehnungsbescheide (hauptsächliche Ablehnungsgründe sind: Zu hohes Familieneinkommen, keine Förderung nach den im WWFSG 1989 angeführten Förderungsarten, keine Österreichische Staatsbürgerschaft);

2.186 Einstellungsbescheide (hauptsächliche Einstellungsgründe: Zu hohes Familieneinkommen, Beendigung der Mietrechte durch Tod oder Aufgabe der Wohnung, vorzeitige Rückzahlung der geförderten Darlehen);

717 Überprüfungen ohne Änderung der Wohnbeihilfenhöhe;

48.531 Änderungen, davon sind 12.810 Änderungen direkt von der Automatischen Datenverarbeitung infolge Grundzinsänderungen bei Gemeindebauten durchgeführt worden.

Die vier Informationsstellen für Wohnbeihilfe (3 Außenstellen sowie die Zentrale in 1, Doblhoffgasse 6, seit 1. Dezember 1997 übersiedelt nach 19, Muthgasse 62), in denen die Anträge entgegengenommen und bearbeitet werden, wurden im Berichtsjahr von 53.190 (Gemeinde) Mietern, Nutzungsberechtigten oder Eigentümern von geförderten bzw. verbesserten oder sanierten Wohnungen besucht. Telefonische Auskünfte wurden im selben Zeitraum an mehr als 34.000 Personen erteilt.

Der Gruppe Wohnbeihilfe obliegt außerdem noch die Bearbeitung von Stundungen und Ratenzahlungen der Baukostenbeiträge nach dem Wiener Wohnbaufonds und Wiener Wohnbauförderungszuschußfonds. Von den im Referat per 1. Jänner 1997 noch anhängigen 1.316 Stundungsakten wurden 54 einer Neubemessung bzw. Überprüfung unterzogen; 389 Akten konnten wegen Bezahlung des Baukostenbeitrages bzw. Beendigung des Mietverhältnisses skartiert werden, so daß per 31. Dezember 1997 noch 927 Stundungsakten vorhanden sind.

Evidenz - Vergabe - Information

Wahrnehmung des Vorschlagsrechtes der Stadt Wien gegenüber Wohnungsunternehmen für geförderte Wohnungen

1997 gelangten im Neubaubereich 1.783 geförderte Miet- und Genossenschaftswohnungen, zum Teil nach Medienaktionen, im Wege der Abteilung zur Vergabe. Des weiteren wurden 432 zur Wiedervermietung vorgesehene Wohnungen, also 10 Prozent mehr als 1996, von der Abteilung angeboten. Aus diesem Kontingent wurden auch Spekulationsopfer versorgt.

165 mit öffentlichen Mitteln sanierte Wohnungen gelangten im Berichtsjahr zur Vergabe.

Eigenmittelersatzdarlehen

Im Jahr 1997 wurden insgesamt 3.100 Eigenmittelersatzdarlehen im Gesamtausmaß von 315,046.834 S bewilligt. Auf geförderte Miet- und Genossenschaftswohnungen entfielen 173,446 Millionen Schilling, auf Gemeindewohnungen 132,655 Millionen Schilling. Bei der Jungfamilienförderung wurden 8,945 Millionen Schilling für 112 Anträge ausgegeben.

## Elektronische Informationsmedien

Im Jahr 1997 wurden richtungsweisende Weichen für die Zukunft gestellt.

Nachdem der Vollausbau des Elektronischen Wohnungsinformationssystems der Stadt Wien (ELWIS) gleich zu Beginn des Jahres 1996 erfolgreich abgeschlossen wurde und somit eine flächendeckende Versorgung mit diesen Informationsstationen für den Raum Wien erfolgte, wurde das Projekt „ELWIS ins Internet" - in Zusammenarbeit mit der MA 14 - Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (ADV) - 1997 verwirklicht. Die Daten aus ELWIS findet man jetzt 1:1 im Internet - parallell zu der bereits bestehenden „alten" Internetversion. Die Abteilung kommt jetzt direkt zum Kunden in die Wohnung, informiert und nimmt Anmeldungen entgegen. Die Kontakte zu den Baugenossen- bzw. -gesellschaften (Informationen einholen, Bilder organisieren usw.) wurden noch mehr intensiviert. Unter anderem wurde ein mehrere Seiten umfassender, farbiger Werbeprospekt für ELWIS entworfen und an sämtliche namhaften Bauträger versandt. Es wurden rund 126.000 Abfragen im ganzen Jahr 1997 bei allen Tip-Tap-Stationen in ganz Wien getätigt. Das sind etwas weniger als im Vorjahr, da viele Kunden die Internet-Möglichkeit ausnutzten. So langten rund 1.700 Wohnungsanmeldungen über e-mail ein und rund 250 Anfragen zum Thema Wohnen wurden über e-mail beantwortet. 50 Up-Dates wurden an alle Stationen ausgesandt.

Die Aktualisierung der Vormerkscheinreihung wurde 1997 neunzehnmal vorgenommen - im Zuge der Up-Dates. Das heißt, daß die Daten rund alle 2 bis 3 Wochen aktualisiert wurden.

Rund 400 Bilder wurden verwaltet, umgestaltet (teilweise in MA 14/ADV angefordert und dann umgestaltet) und teilweise neu gescannt.

Es erfolgten etwa 1.150 Änderungen in der Datenbank (nach vorherigen Recherchen bzw. Erhalt und Aufarbeitung der Informationen zu den jeweiligen Änderungen).

## Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen

Im Einvernehmen mit dem Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen - Revisionsverband wurden die gemeinnützigen Bauvereinigungen dazu angehalten, die Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte gemäß § 27 WGG innerhalb der gesetzlichen Frist dem Amt zur Kenntnis zu bringen.

In der im Jahre 1983 installierten EDV-Anlage zur Unterstützung der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit sind sämtliche gemeinnützige Bauvereinigungen betreffende Daten erfaßt. Dadurch ist eine hohe Effektivität im aufsichtsbehördlichen Verfahren gegeben.

Ferner ergehen Aufforderungsschreiben an diejenigen gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Änderungen in der Geschäftsführung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat nicht umgehend zur Kenntnis bringen. Dies gilt auch für Verständigungen betreffend die Anberaumung einer General-, Gesellschafter- oder Hauptversammlung.

Weiters wurde die Evidenzhaltung in bezug auf die Prüfungsberichte (Zeitabschnitt von der Prüfungsankündigung durch den Revisionsverband bis zur ausreichenden Stellungnahme durch die gemeinnützigen Bauvereinigungen) nach erfolgtem Erfahrungsaustausch mit dem Revisionsverband intensiviert.

Auch in diesem Jahr wurde die wirtschaftliche Entwicklung der gemeinnützigen Bauvereinigungen, vor allem im Hinblick auf die Bautätigkeit, verstärkt beobachtet.

Die mit 1. Jänner 1985 wirksam gewordene Novelle zum Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sieht vor, daß jedermann in einem Auszug des Prüfberichtes gemeinnütziger Bauvereinigungen Einsicht nehmen kann. 1997 wurde zahlreich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Im Jahre 1997 konnten in Erfüllung der Anbotsverpflichtung der Wohnbauförderungszusicherungen 1.783 Wohnungen (1996: 2.360) sowie in Erfüllung der Anbotsverpflichtung der Wohnhaussanierungszusicherungen 147 Wohnungen (1996: 98) somit insgesamt 1.930 Wohnungen der Gruppe Evidenz-Vergabe-Information zur Vermittlung zur Verfügung gestellt werden.

Dazu konnten noch 432 zur Wiedervermietung gelangte geförderte Wohnungen der Gruppe Evidenz-Vergabe-Information zur Vergabe zur Verfügung gestellt werden (1996 waren es 396 Wohnungen).

Im Hinblick auf die Wohnungsberatung wurde ein Anbotsformular konzipiert, das dazu dienen soll, dem Wohnungswerber umfassende Informationen in Hinsicht auf die bei Vertragsabschluß zu erwartenden Kosten zu liefern.

Um eine zeitgemäße Art der Protokollierung der ein- und auslaufenden Poststücke der Aufsichtsbehörde zu erzielen, wurden 1996 Vorarbeiten für die Umstellung der händischen Protokollierung (Protokollbücher) auf eine EDV-mäßige Protokollierung (PROFI) geleistet. Seit 1. Jänner 1997 erfolgt die Protokollierung nunmehr problemlos EDV-mäßig.

Auch im Jahre 1997 haben Vertreter der Aufsichtsbehörde an zahlreichen Generalversammlungen der Bauvereinigungen und Schlußbesprechungen mit dem Revisionsverband teilgenommen.

# Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

Die Abteilung hat im Jahre 1997 die Beratungen für eine Reihe von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen weitergeführt und zum Teil den verfassungsmäßig zuständigen Organen zur Beschlußfassung zugeleitet:

Zur Bauordnung für Wien (BO) hat sich, nachdem im Vorjahr mit dem vom Wiener Landtag am 27. Juni 1996 beschlossenen Reformpaket, bestehend aus der Verfahrensnovelle, Garagengesetznovelle, Stadtgestaltungsnovelle und Gehsteignovelle, LGBl. für Wien Nr. 42 bis 45/1996, ein wesentlicher Schritt zur Deregulierung und Verfahrensvereinfachung im Baurecht beschritten wurde, nur im letztgenannten Teilbereich eine Notwendigkeit zu einer Korrektur ergeben.

Da die mit 1. Jänner 1998 geplante Übernahme der Gehsteigherstellungen allein durch die Gemeinde im Zuge der Vorbereitungsmaßnahmen als problematisch erkannt wurde, votierte der Landtag am 21. Oktober 1997 für die Beibehaltung des bewährten Systems der Gehsteigherstellung, die im allgemeinen bei Neubauten den Eigentümern obliegt und von diesen entsprechend dem jeweiligen Bauzeitplan leichter erfüllt werden kann. Die im LGBl. für Wien Nr. 40/1997 kundgemachte Aufhebung der Gehsteignovelle ist noch vor Inkrafttreten der vorjährigen Gehsteignovelle, also vor dem 1. Jänner 1998, wirksam geworden.

Die Entwürfe einer Techniknovelle zur Bauordnung, einer Novelle zum Wiener Aufzugsgesetz, zum Wiener Ölfeuerungsgesetz, zum Wiener Garagengesetz sowie zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz wurden jeweils dem Begutachtungsverfahren zugeführt. Als Vorgriff auf die Techniknovelle wurden im Interesse der Rechtsbereinigung die Aufhebung mehrerer überholter technischer Vorschriften vorbereitet und von der Landesregierung die entsprechenden Aufhebungsverordnungen beschlossen; die Kundmachungen erfolgten in den LGBl. für Wien Nr. 3 und 4/1997.

In Ergänzung zur Bauordnungsreform wurde auch eine Änderung der Spielplatzverordnung im Sinne der Verfahrensvereinfachungen vorbereitet und der Landesregierung zur Beschlußfassung vorgelegt; die Kundmachung erfolgte im LGBl. für Wien Nr. 16/1998.

Auf Grund der Übergangsbestimmung des § 23 Abs. 7 des Wiener Kleingartengesetzes, LGBl. für Wien Nr. 57/1996, wurden in allen Bezirken möglicherweise durch künftige Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sanierbare, bisher nicht gewidmete Kleingartensiedlungen erhoben und dem Stadtsenat ein umfangreicher Verordnungsentwurf mit Planbeilagen betreffend jene Gebiete, deren Flächenwidmung zu überprüfen ist, zur Beschlußfassung vorgelegt. Diese im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 26A/1997 kundgemachte Verordnung sichert vorerst den dortigen Baubestand bis zu neuen Widmungsbeschlüssen des Gemeinderates.

Im Rahmen der Europäischen Integration waren zahlreiche Stellungnahmen zu neuen Richtlinienentwürfen der Europäischen Kommission vorzubreiten, zu einer Vielzahl von Entwürfen technischer Vorschriften der EU-Mitgliedstaaten Prüfungen vorzunehmen. Zu intensiven Vorberatungen der Länder auch der Landeselektrizitätsversorgungsunternehmen im Hinblick auf die EU-Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie, 96/92/EG, die durch ein für 1998 geplantes Bundesgrundsatzgesetz umzusetzen ist, wurden Vertreter entsendet.

Auf Grund einer Stellungnahme der Europäischen Kommission war in mehreren Länderexpertenkonferenzen eine Änderung der von den Ländern abgeschlossenen Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über Schutzmaßnahmen betreffend Kleinfeuerungen, LGBl. für Wien Nr. 34/1995, vorzubereiten, die von den Landeshauptmännern am 5. Juni 1997 unterfertigt wurde und nach Genehmigung durch den Landtag im LGBl. für Wien Nr. 13/1998 kundgemacht wurde.

Zu den vom Bund und anderen Bundesländern ausgehenden Gesetzes- und Verordnungsentwürfen war im Begutachtungsverfahren in über 100 Fällen Stellung zu nehmen, u.a. auch zum Telekommunikationsgesetz und zu einer geplanten Berggesetznovelle.

In den Assanierungsgebieten des 2., 3. und 16. Bezirkes wurden über 500 Genehmigungsverfahren über Kaufverträge und sonstige Rechtsgeschäfte über den Liegenschaftserwerb behandelt, aber auch zahlreiche Feststellungsanträge über einzelne Objekte.

In Vollziehung der Bauordnung hatte die Abteilung als Behörde erster Instanz das Baubewilligungsverfahren für einige bemerkenswerte Bauvorhaben des Bundes, die öffentlichen Zwecken dienen, durchzuführen. Als Beispiele sind die Baubewilligungen für die Sanierungs- und Erweiterungsbauten der Albertina in 1, Augustinerstraße, den Neubau eines Bundespolizeikommissariates in 8, Fuhrmannsgasse, weiters Benützungsbewilligungen für die Redoutensäle der Hofburg in 1, Josefsplatz, zu nennen. Insgesamt waren über Antrag der Bundesbaudirektion Wien, der Burghauptmannschaft Wien sowie der Post (Post und Telekom Austria AG) für mehr als 200 Bauvorhaben die entsprechenden Bauverhandlungen einschließlich Benützungsbewilligungen durchzuführen.

Grundabteilungen zur Schaffung von Bauplätzen, Abtretungen von Verkehrsflächen, sonstige Parzellierungen, Liegenschaftsteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen waren in über 1.300 Fällen zu behandeln, in etwa derselben Zahl Gerichtsbeschlüsse der Grundbuchsgerichte über solche Grundabteilungen,

Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen zu überprüfen. Mehrleistungsentschädigungen für seinerzeitige unentgeltliche Straßengrundabtretungen nach einer Verschmälerung oder einem Abrücken der Verkehrsflächen waren in über 80 Fällen zu bemessen. Erstmals wurde auf Antrag einer Mehrheit von Miteigentümern eines schlecht gegliederten Liegenschaftsbesitzes in einem Baulandsbereich in 22, Rautenweg/Obachgasse, ein Umlegungsverfahren zum Abschluß gebracht, aus dem eine Reihe zweckmäßig arrondierter Bauplätze hervorgehen konnte.

Auf Grund von Ermächtigungen des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr bzw. für den Landeshauptmann waren Eisenbahnbauvorhaben von der Abtei- lung zu behandeln. Wie in den Vorjahren konnten für weitere Straßenbahnhaltestellen Bewilligungen für neue transparente Fahrgastunterstände („City-Light-Vitrinen") erteilt werden. Neben verschiedenen baulichen Änderungen in Straßenbahnremisen war auch für den Neubau des Betriebsbahnhofes Ottakring in 16, Maroltingergasse 47 - 53, eine eisenbahnrechtliche Baugenehmigung zu erteilen, des weiteren für die sukzessive Nachrüstung von U-Bahnstationen mit Aufzügen u.a. der U4 zu erteilen. Zu den für die Verlängerung der U-Bahnlinie U3 von 3, Erdberg nach 11, Simmering im Vorjahr erteilten eisenbahnrechtlichen Baubewilligungen waren auf einzelne Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof und den Verwaltungsgerichtshof Gegenschriften zu erstatten. Auch waren Enteignungsverfahren für mehrere Servitutsbegründungen im Neubaubereich der U-Bahnlinie U3 in 11, Simmering durchzuführen.

Weitere Enteignungsverfahren wurden nach dem Stadterneuerungsgesetz und nach der Bauordnung für Wien, insbesondere zum widmungsgemäßen Ausbau von Verkehrsflächen im 11. und 21. Bezirk und auch zur Erfüllung der Abtretungsverpflichtung zu öffentlichen Verkehrsflächen im Zuge von Bauplatzschaffungen durchgeführt.

Auf Grund des Bundesstraßengesetzes war für die Fortsetzung der Bundesstraße B3 in 21, zwischen Brünner Straße und Donaufelder Straße ein Enteignungs- und Grundeinlösungsbescheid zu erlassen, der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in einem Berufungsverfahren bestätigt wurde.

Für Luftfahrtveranstaltungen (Schauflüge, Fallschirmabsprünge und dgl.), Außenlandungen und Außenabflüge von Luftfahrzeugen (Hubschrauber, Heißluftballons) außerhalb von Flugplätzen oder Flughäfen waren 1997 mehr als 100 Anträge zu behandeln, dazu einige Luftfahrzeugvermietungsbewilligungen. Verwaltungsstrafsachen erster Instanz nach dem Luftfahrtgesetz waren in zwei Fällen wahrzunehmen.

Für den Ausbau des Leitungsnetzes der Wiener Stadtwerke - Wienstrom waren starkstromwege- und energierechtliche Bewilligungen zu verhandeln, dazu Leitungsverlegungen der Wiener Stadtwerke - Wiengas und Aufgrabungsgenehmigungen für Zwecke der Post und Telekom Austria AG. Für Windkraftanlagen war die energierechtliche Genehmigung nach der Versuchsanlage der Wienstrom in 2, Donauinsel - Südteil noch für ein donauabwärts am rechten Flußufer beim Donaukraftwerk Freudenau gelegenes Projekt zu erteilen, das den erzeugten elektrischen Strom ebenfalls in das öffentliche Netz einspeisen soll.

Anträge von Hauseigentümern, ob Neu- bzw. Umbauten an Stelle von Althäusern im öffentlichen Interesse liegen, sind 1997 nur sieben neu eingebracht worden. Die Feststellungsverfahren sind im Hinblick auf die soziale Situation der betroffenen Mieter und die in Wien bestehende Wohnungsnot mit besonderer Sorgfalt durchzuführen und bedürfen umfassender Erhebungen.

Baupolizeiliche Instandsetzungsaufträge, die der Erhaltung der Gebäude in gutem und vorschriftsgemäßen Zustand dienen, sowie Abtragungsaufträge bezüglich vorschriftswidriger Bauten führten in über 400 Fällen zu Ersatzvornahmeverfahren. Dazu kamen über 150 Berufungserledigungen zu Kostenvorauszahlungsaufträgen, Vollstreckungsverfügungen und Kostenersatzvorschreibungen, aber auch zu Aufträgen auf Instandsetzung von Gassteigleitungen in Wohnhäusern.

Auf Grund des Abfallwirtschaftsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 13/1994, waren einzelne Berufungen wegen Ausnahmen von der öffentlichen Müllabfuhr zu behandeln.

Rund 70 Fälle betrafen Berufungen in Administrativverfahren für die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen bzw. diesbezügliche Entfernungsaufträge, weiters Feuerpolizeiangelegenheiten insbesondere wegen Heizverboten und Kostenersätze für mutwillig verursachte Feuerwehreinsätze. Hier waren die Entscheidungen für den Berufungssenat der Stadt Wien vorzubereiten.

Schließlich waren im Jahre 1997 auf Grund von Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof in elf Fällen Gegenschriften zu verfassen und bei Anträgen auf aufschiebende Wirkung den Gerichtshöfen Stellungnahmen vorzulegen.

Magistrats- und Bundesdienststellen haben der Abteilung über 300 Einladungen zu Besprechungen übermittelt, denen Folge zu leisten war.

Ferner waren zahlreiche Rechtsgutachten, vor allem für die Baupolizei, abzugeben. In über 240 Fällen ergaben sich Stellungnahmen und Gutachten im Verfahren zu Neufestlegungen und Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

# Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten

Die Tätigkeit der Abteilung im Bereich Transaktionen umfaßt den Grundankauf und -verkauf, die Vertragsabschlüsse im Zuge von Baureifmachungen privater Liegenschaften, die Sicherstellung des U-Bahn-Baues durch den Abschluß von Kauf- und Servitutsverträgen sowie die Leistung von Entschädigungen. Weiters werden Baurechte, z.B. zur Errichtung von Tiefgaragen, Wohnheimen und anderen sozialen Einrichtungen, vergeben. Im Jahre 1997 wurden den beschlußfassenden Organen 286 Anträge für Transaktionen, einschließlich für Baurechtsbestellungen, zur Genehmigung vorgelegt und 208 Verträge gemäß § 105 der Wiener Stadtverfassung im Magistratsbereich genehmigt.

Im Voranschlag 1997 war für die gesamte Budgetpost Grundankauf und -tausch, wovon auch die Grundfreimachungen zu bedecken sind, ein Betrag von insgesamt 533,460.000 S ausgewiesen. 1997 ist eine Überschreitung in Höhe von 18,000.000 S erforderlich gewesen.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt rund 545.000 m² erworben.

Die Schwerpunkte der Grunderwerbstätigkeit bildeten Transaktionen für Wohnbau, infrastrukturelle Einrichtungen (einschließlich U-Bahn), für Grün- und Verkehrsflächen.

Ankäufe für künftigen Wohnbau erfolgten in der Größenordnung von rund 8.000 m². Hiezu sind insbesondere folgende Transaktionen hervorzuheben:

Zu nennen sind die Käufe von 3.837 m² in 23, Perfektastraße (Bauplatz 2) sowie von 3.334 m² in 23, Perfektastraße (Bauplatz 5).

Für Grünflächen (Wald- und Wiesengürtel, Grünland, Parkflächen usw.) wurden Grundflächen im Ausmaß von rund 475.000 m² gekauft. Davon wurde eine Fläche von rund 120.000 m² (Auer Welsbach-Park) im Tauschweg von der Republik Österreich erworben. Für Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. Schulbauten, Straßengrund und sonstige kommunale Einrichtungen, wurden Transaktionen über Grundflächen im Gesamtausmaß von rund 58.000 m² abgeschlossen. Als Beispiele für Ankäufe können folgende Transaktionen genannt werden, wie 45.625 m² in der KG Auhof zur Erweiterung des Lainzer Tiergartens, 287.732 m² in der KG Klein- und Großau zur Sicherung des Quellschutzes und 1.718 m² in der KG Leopoldstadt als Fläche für eine Schulerweiterung.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der U-Bahnlinien 3 und 6 wurden im Berichtszeitraum Verhandlungen zum Abschluß von Grundstückskäufen und Servitutsbestellungen zur Sicherung der Trassenführung geführt. Dabei wurde für die U3-Ost 72,300.000 S und für die U3- Stammstrecke 1,800.000 S aufgewendet.

Alle mit dem U-Bahn-Bau im Zusammenhang stehenden Transaktionsausgaben werden auf den entsprechenden Sachkreditkonten des U-Bahn-Baues im Rahmen des Budgets der WStW-Wiener Linien bedeckt und belasten somit nicht das Budget der Abteilung.

In den Bereich der Transaktionstätigkeit gehört auch die Bestellung und Auflösung von Baurechten. 1997 wurden sechs Liegenschaften im Ausmaß von 16.934 m² im Baurecht vergeben.

Es waren dies die Baurechte zugunsten des Ronald-S.-Lauder-Vereines zur Förderung der Jugend in Österreich in 2, Rauscherstraße, zur Errichtung einer Schule und zugunsten der „MIGRA" in 14, Linzer Straße 468, zur Errichtung sozialer Einrichtungen.

Weiters wurden Baurechte zugunsten der Firma Breiteneder in 16, Herbststraße 101, zugunsten der „STUAG" Bau-Aktiengesellschaft in 5, Am Hundsturm, zugunsten der Garage Breitenseer Straße Betriebs-Ges.m.b.H. in 5, Siebenbrunnenfeldgasse (Mateottihof), und zugunsten der Parkgaragen-Technik Ges.m.b.H. in 7, Wimbergergasse 40, zur Errichtung von Garagen mit insgesamt 463 Pkw-Stellplätzen begründet.

Für Wohn- und Siedlungszwecke wird im Gegensatz zu früheren Jahren an Stelle der Vergabe von Baurechten der Verkauf an die Gemeinnützigen Wohnbauträger angestrebt.

Im Wege von Sachwertdotationen wurden Flächen im Ausmaß von 6.385 m² mit einem Wert von 6,344.360 S in das Eigentum des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds übertragen.

Für die Schaffung von privatem Eigengrund wurden Grundflächen im Ausmaß von rund 49.000 m², für Verkehrsflächen 11.000 m², für Betriebsflächen 15.000 m², für Wohnbau 27.000 m², für Baureifgestaltungen und Arrondierungen 30.000 m² und für Infrastruktur 12.000 m² verkauft.

Beispielsweise können die Transaktionen von 10.686 m² in der KG Kaisermühlen für die Errichtung eines Kinocenters, von 5.151 m² ebenfalls in der KG Kaisermühlen für die Errichtung eines Hochhauses mit Wohnungen und Büros, von 15.204 m² in der KG Siebenhirten für die Errichtung von Wohnungen und von 4.200 m² in der KG Leopoldstadt für die Errichtung und den Betrieb eines Bades genannt werden.

Die für das Budget im Jahre 1997 wirksam gewordenen Einnahmen aus Grundverkauf und -tausch betragen rund 754,660.000 S. Der veranschlagte Betrag von 300,000.000 S wurde insoferne überschritten, als unvorhersehbare Verkäufe, wie z.B. die Transaktionen 22, Wohnpark Neue Donau, 2. Bauteil, mit einem Erlös von insgesamt 131,800.000 S, sowie die Transaktion „Dianabad" mit einem Erlös von 80,000.000 S wirksam geworden sind.

Im Bereich der Bundestransaktionen - diese umfassen Transaktionen mit der Republik Österreich, den Österreichischen Bundesbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung und sonstigen Bundesbetrieben bzw. -unterneh-

men - wurde 1997 neben den üblichen Fällen von Übertragungen von Bundesstraßengrundflächen nach dem sogenannten „Gratz-Raschauer- Übereinkommen" das sogenannte fünfte Tauschpaket abgeschlossen. Im Rahmen dieses Tauschpaketes wurden von der Stadt Wien neben der unter Grundankäufen angeführten Fläche des Auer-Welsbach-Parks noch zwei Liegenschaften mit Althausbestand im 20. Bezirk erworben. An die Republik Österreich abgegeben wurden die Fläche des Gustav-Jäger-Parkes (Technisches Museum), eine Grundfläche in 2, Maiereistraße-Trabrennplatz (Künstleratelier), sowie eine Liegenschaft in 4, Waltergasse (Bundesgymnasium) und eine Liegenschaft in 19, Marinekaserne Tegetthoff.

Das Referat für Grundfreimachungen besorgt entsprechend der Geschäftseinteilung der Stadt Wien Freimachungen städtischer Liegenschaften von Bestand- und Nutzungsrechten für die Durchführung aller Kommunalvorhaben des Hoch- und Tiefbaues, des U-Bahn-Baues, des Hochwasserschutzes und sonstiger Vorhaben der Stadt Wien. Ebenso werden von der Abteilung Grundfreimachungen als Vorbereitung für den geförderten Wohnbau durchgeführt. In manchen Fällen erfolgen Freimachungen im Namen und auf Rechnung stadtnaher Unternehmen.

Das Freimachungsreferat nimmt auch die Sachwertschätzung von Kulturen und Anlagen diverser Kleingartenflächen, die überwiegend für städtische Erfordernisse freizumachen sind, vor.

Bei beabsichtigtem Liegenschaftserwerb sind vom Freimachungsreferat die zu erwartenden Absiedlungskosten unter Bedachtnahme auf die jeweiligen Rechtsverhältnisse und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu schätzen. Die diesbezüglichen Ergebnisse werden in der Regel bei den jeweiligen Kaufpreisverhandlungen herangezogen.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum für 24 Freimachungsvereinbarungen Anträge auf Genehmigung gestellt, wofür Gesamtkosten von 27,413.000 S zu verzeichnen waren. Von den gesamten Freimachungskosten sind für die allgemeinen Freimachungen 3,758.000 S und für den Ausbau der U-Bahnlinien U3 und U6 23,656.000 S aufgewendet worden. Bei vorstehenden Freimachungen war die Bereitstellung von insgesamt elf Ersatzwohnungen und eines Ersatzmagazines erforderlich.

Die „Allgemeine Grundverwaltung" erstreckte sich per 31. Dezember 1996 auf 10,713.002 m²; per 31. Dezember 1997 waren es 10,159.961 m². Während des Jahres 1997 nahm die „Allgemeine Grundverwaltung" insgesamt 72.634 m² neu in Verwaltung und gab 625.675 m² ab. Der Neuzugang stammt teils aus Grundankäufen, teils aus der Übernahme von Flächen, die bisher andere Dienststellen verwalteten; der Abgang resultiert teils aus Grundverkäufen und aus Dotierungen an den Wiener Bodenbereitstellungsfonds, teils aus der Realisierung der endgültigen Flächennutzung und damit der Ausscheidung aus der bisherigen, interimistischen Grundverwaltung der Abteilung.

Die Zahl der Mieter, Pächter und prekaristischen Benützer hat am 31. Dezember 1997 insgesamt 2.398 betragen, wobei im Jahre 1997 gemäß § 105 Wiener Stadtverfassung 102 Bestandverträge und vom Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung zwei Prekarien genehmigt worden sind.

Im Rahmen der besonderen Grundverwaltung erstreckte sich die Baurechtsverwaltung am 31. Dezember 1997 auf 1.581 Baurechte mit insgesamt 6,163.023 m². Während des Jahres 1997 nahm die „Baurechtsverwaltung" insgesamt 13.309 m² neu in Verwaltung und schied 9.464 m² aus.

Der Zugang stammt aus der Neubestellung von Baurechten auf städtischem Boden, der Abgang resultiert aus Grundverkauf.

Die Kleingartenverwaltung erstreckte sich am 31. Dezember 1997 auf 6.901.364 m², die sich zusammensetzen aus 6.823.347 m² (einschließlich der zu Kleingartenanlagen gehörigen Wege und sonstigen Gemeinschaftsflächen), auf welchen sich 18.371 Kleingärten befinden, und 78.017 m², die zwar räumlich in Kleingartenanlagen integriert, aber wirtschaftlich nicht nutzbar sind (z.B. Gewässer, Böschungen, Wege, Brachflächen).

Im Zuge der Überprüfung der kleingärtnerisch genutzten Flächen wurden im Berichtszeitraum in 12 Fällen gemäß § 105 Wiener Stadtverfassung dort, wo eine entsprechende Flächenwidmung dies erforderte, entsprechende Vertragsabänderungen vorgenommen; bzw. in einem Fall geschah dies in der Rechtsform der Bittleihe seitens des Gemeinderatsausschusses für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung.

Während des Berichtszeitraumes erfolgte im Rahmen der 1993 vom Wiener Gemeinderat grundsätzlich genehmigten Aktion der Verkauf von 167 Kleingärten mit 69.063 m².

1996 beschloß der Wiener Landtag ein neues Kleingartengesetz, dessen Wirksamkeitsbeginn der 1. Jänner 1997 ist. Unter anderem beinhaltet das Gesetz im Bauverfahrensablauf eine Angleichung an die ebenfalls diesbezüglich novellierte Bauordnung für Wien, sowie die Möglichkeit des Wiener Stadtsenates, mittels Verordnung in näher umschriebenen, kleingärtnerisch genutzten Gebieten die notwendige baurechtliche Sanierung herbeizuführen.

Der für das Kleingartenwesen vorhandene Darlehensrahmen von 4,000.000 S wurde 1997 nicht in Anspruch genommen.

Von der Kleingartenkoordinierungsstelle wurde im Jahr 1997 die Evidenthaltung und Fortschreibung von Kleingartendaten fortgesetzt.

Auf Grund der fortschreitenden widmungsmäßigen Sanierung von Kleingartenanlagen sowie die nun angelaufene praktische Durchführung der Verkaufsaktion wurden Kleingartenverwaltung, Koordinierungsstelle und Geschäftsstelle des Kleingarten-Beirates in gesteigertem Maße als Informationsstelle in Anspruch genommen durch politisch Verantwortliche, Kleingartenobleute, Kleingärtner und private Institutionen (z.B. Kreditinstitute).

# Kontrollamt der Stadt Wien

In Erfüllung der ihm durch § 73 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien übertragenen Aufgaben hat das Kontrollamt auch im Geschäftsjahr 1997 eine intensive Prüftätigkeit in den Bereichen der Gebarungs- und Sicherheitskontrolle entfaltet.

In fünf Sitzungen des Kontrollausschusses (am 17. Oktober, 10. November und 11. Dezember 1997 sowie am 26. Jänner und 17. März 1998) wurden insgesamt 78 Geschäftsstücke behandelt, die im einzelnen in dem im Juni 1998 dem Gemeinderat vorgelegten „Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 1997" wiedergegeben sind.

# Unabhängiger Verwaltungssenat

1. Rechtliche Grundlagen der Tätigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien

Mit der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988 (BGBl. Nr. 685/1988) wurden die unabhängigen Verwaltungssenate der Länder dem Verwaltungsgerichtshof in Wien „zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung" zur Seite gestellt. Die wesentlichen Kompetenzbereiche sind in Artikel 129a Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt, während Artikel 129b leg.cit. die Organisationsgrundsätze vorgibt und die Organisation im übrigen den Ländern überträgt.
Dem Verfassungsauftrag hat das Land Wien mit dem Gesetz vom 26.6.1990 über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien, LGBl. für Wien Nr. 53/1990 (UVS-G), entsprochen und das Gesetz durch die Novellen vom 18.2.1994, LGBl. für Wien Nr. 10/1994, und vom 29.8.1994, LGBl. für Wien Nr. 41/1994, den in der Zwischenzeit aufgetretenen Erfahrungen der Praxis angepaßt bzw. den im Jahre 1995 in Kraft getretenen AVG- und VStG-Novellen durch eine mit LGBl. für Wien Nr. 4/1996 vom 24.1.1996 verlautbarte Gesetzesänderung Rechnung getragen.

2. Zuständigkeiten

Die unabhängigen Verwaltungssenate erkennen gemäß Art. 129a Abs. 1 B-VG nach Erschöpfung des administrativen Instanzenzuges, sofern ein solcher in Betracht kommt,

1. in Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen, ausgenommen Finanzstrafsachen des Bundes,
2. über Beschwerden von Personen, die behaupten, durch die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt in ihren Rechten verletzt zu sein, ausgenommen in Finanzstrafsachen des Bundes,
3. in sonstigen Angelegenheiten, die ihnen durch die die einzelnen Gebiete der Verwaltung regelnden Bundes- oder Landesgesetze zugewiesen werden,
4. über Beschwerden wegen Verletzung der Entscheidungspflicht in Angelegenheiten der Z. 1, soweit es sich um Privatanklagesachen oder um das landesgesetzliche Abgabenstrafrecht handelt.

Bis zum Ende des Berichtsjahres 1997 hat der Bundesgesetzgeber im Sinne der Ziffer 3 den Unabhängigen Verwaltungssenaten folgende Zuständigkeiten übertragen:

Entscheidung über

Beschwerden gegen Schubhaftbescheide, die Festnahme und die Anhaltung in Schubhaft gemäß § 51 Fremdengesetz FrG, BGBl. Nr. 838/1992 (ab 1. Jänner 1998 gemäß § 72 Fremdengesetz 1997, BGBl. I Nr. 75/1997),

Beschwerden nach § 88 Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, und über den Vorlageantrag wegen Verletzung von Richtlinien gemäß § 89 Sicherheitspolizeigesetz in Verbindung mit der Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der Richtlinien für das Einschreiten der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes erlassen werden (Richtlinienverordnung - RLV), BGBl. Nr. 266/1993,

Berufungen gegen Bescheide, mit denen für die Dauer von mindestens fünf Jahren eine Lenkerberechtigung entzogen oder das Recht, von einem ausländischen Führerschein Gebrauch zu machen, aberkannt wird, sowie Berufungen in Angelegenheiten des Kraftfahrgesetzes, wenn der Landeshauptmann in erster Instanz entschieden hat, gemäß § 123 Abs. 1 Kraftfahrgesetz, BGBl. Nr. 267/1967 i.d.F. BGBl. Nr. 452/1992,

Berufungen gemäß § 3 Abs. 2 Kraftfahrliniengesetz, BGBl. Nr. 84/1952 i.d.F. BGBl. Nr. 452/1992,

Berufungen gemäß § 16 Abs. 6 Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996, BGBl. Nr. 112/1996,

Berufungen gemäß § 20 Abs. 7 Güterbeförderungsgesetz 1995, BGBl. Nr. 593/1995,

Berufungen und Beschwerden gemäß § 8 Abs. 4 und 5 Umweltinformationsgesetz - UIG, BGBl. Nr. 495/1993,

Berufungen nach § 8 und § 12 Abs. 2, 4 und 5 Produktsicherheitsgesetz - PSG, BGBl. Nr. 63/1995,

Berufungen nach § 19 Umweltgutachter- und Standorteverzeichnisgesetz, BGBl. Nr. 622/1995,

Berufungen gemäß § 61 Abs. 5 und § 67 Abs. 6 Chemikaliengesetz 1996, BGBl. Nr. 53/1997,

Beschwerden nach § 17 Abs. 1 und 2 Polizeikooperationsgesetz, BGBl. I Nr. 104/1997.

3. Entwicklung des Arbeitsanfalles

Im Berichtsjahr 1997 wurden beim Unabhängigen Verwaltungssenat Wien insgesamt 13.613 Geschäftsfälle judizieller Art anhängig. 1996 waren es dagegen noch 14.061 Geschäftsfälle. Dies entspricht einem Rückgang von 3 Prozent.

Auf die einzelnen Materiengruppen bezogen ergibt sich für das Berichtsjahr 1997 folgende Verteilung:

| | |
|---|---|
| Schubhaftbeschwerden | 139 Verfahren |
| Beschwerden gemäß § 67 a Abs. 1 Z. 2 AVG (Maßnahmenbeschwerden) sowie Beschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz | 182 Verfahren |
| Verkehrstrafsachen sowie EGVG, Eisenbahn- und Luftfahrtrecht; Strafsachen nach dem Fremdengesetz und andere | 7.564 Verfahren |
| Gewerbestrafsachen sowie Arbeitszeit- und Baurecht und andere | 1.390 Verfahren |
| Verwaltungsstrafsachen nach dem Parkometergesetz | 1.805 Verfahren |
| Mixta (alle Rechtsvorschriften, die nicht ausdrücklich in einer anderen Materie erfaßt werden) | 842 Verfahren |
| Ausländerbeschäftigungs-, Arbeitnehmerschutz-, Lebensmittelrecht und andere | 1.691 Verfahren |
| Jahressumme 1997 | 13.613 Verfahren |

4. Art der Erledigungen

Im Berichtszeitraum wurden von den insgesamt 13.533 Erledigungen 13.302 judizielle Geschäftsfälle bescheidmäßig erledigt (die Differenz ergibt sich aus Zurückziehungen der Berufungen oder Beschwerden, Abtretungen wegen Unzuständigkeit usw.), die sich wieder in 281 Beschwerdeverfahren und 13.021 Berufungsverfahren aufgliedern lassen. Von den 13.021 Berufungsverfahren (= 100 %) waren 1.919 Zurückweisungen (= 15 %), z. B. wegen Verspätung, Begründungsmängel oder fehlender Parteistellung.
Von den restlichen 11.102 erledigten Berufungen blieb in 4.794 Fällen (= 37 %) der Berufung ein Erfolg zur Gänze versagt und war somit der angefochtene Bescheid zu bestätigen. In insgesamt 3.643 Fällen (= 28 %) war der Berufung vollinhaltlich stattzugeben. In 2.665 Fällen (= 20 %) war der Berufung teilweise Erfolg beschieden (Teileinstellung, Strafherabsetzung usw.).

5. Beschwerden an die Gerichtshöfe öffentlichen Rechts

Im Berichtsjahr wurden 301 Bescheide des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien vor den Gerichtshöfen öffentlichen Rechts in Beschwerde gezogen; das sind knapp 2 Prozent gegenüber der Gesamtzahl der Erledigungen.
Beim Verfassungsgerichtshof wurden 62 Verfahren anhängig gemacht; beim Verwaltungsgerichtshof waren es 239 Verfahren.

6. Volksanwaltschaft

Im Berichtsjahr waren lediglich 4 Anfragen der Volksanwaltschaft zu beantworten.

7. Zusammenfassung

Der Unabhängige Verwaltungssenat Wien hat sich mittlerweile als bürgernahe Rechtschutzeinrichtung etabliert. Die gleichbleibend hohe Anzahl der Erledigungen gegenüber dem Vorjahr macht deutlich, daß hier ein beispielgebendes Niveau an effizienter Arbeitsweise erreicht worden ist.
Die ebenso gleichbleibend geringe Zahl von Anfechtungen bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts wirft darüber hinaus ein positives Licht auf den qualitativen Wert der Entscheidungen und verdeutlicht so den hohen Leistungsstandard der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien.

# Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien

Die organisatorische Situation der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien hat sich im Jahr 1997 kaum verändert.

## Organisatorisches

Elektronische Kommunikation
Dank einer gut funktionierenden Zusammenarbeit mit der MA 14 sind die unumgänglichen Kommunikationsmittel und die Büroerfordernisse im Bereich der EDV in der Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr zufriedenstellend: Nachdem wir ans Netz der Stadt Wien angeschlossen wurden, Zugriff zum Internet haben, eigene e-mail Adressen erhielten, sind wir nun auch mit einer Homepage im Internet vertreten.

Homepage:
http://www.magwien.gv.at/ma53/kja/

e-mail Adresse:
post@kja.magwien.gv.at

Außerdem ist es uns (beschränkt, aber doch) möglich, die direkten Dienste der APA in Anspruch zu nehmen. Einen Zugriff auf ganz aktuelle Meldungen der APA ist uns aber aus budgetären Gründen nicht möglich.

## Inhaltliches

### Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Im Berichtszeitraum kam es zu einem signifikanten Anstieg der Einzelkontakte wegen Gewalt gegen Minderjährige um 58 % (1996/97: 587 Kontakte, 1995/96: 371). Darunter waren 361 Einzelkontakte zum Themenbereich der sexuellen Gewalt (Zunahme der Kontakte um 71 %) und 226 wegen Mißhandlung (Steigerung um 40 %). Angesichts dieser Entwicklung, die sich auf Grund österreichweiter Erhebungen und Erfahrungen noch fortsetzen wird, hat die Kinder- und Jugendanwaltschaft auch 1996/97 besondere Schwerpunkte zu diesem Themenbereich gesetzt.

Mit dem 1. Mai 1997 ist das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie in Kraft getreten. Bisher blieb vielen Frauen mit Kindern bei Gewalt in der Familie als Ausweg nur das Verlassen der Wohnung. Frauen und Kinder rückten in Notunterkünften zusammen, die Täter machten sich in der Wohnung breit. Dazu kamen oft noch der gerade für Kinder besonders belastende Schul- oder Kindergartenwechsel, Verlust der vertrauten FreundInnen, von Haustieren und Spielsachen. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen sollen nun den Opfern, Polizei/Gendarmerie, Jugendämtern und Gerichten mehr Möglichkeiten geben. Die dafür vorgesehenen Instrumente sind die Wegweisung und ein Rückkehrverbot in die Wohnung für die TäterInnen. Voraussetzung für ein erfolgreiches Vorgehen ist jedenfalls eine reibungslose Zusammenarbeit von Polizei/Gendarmerie, Jugendamt und Bezirksgericht. Zur Information der MitarbeiterInnen an den Ämtern für Jugend und Familie sowie in autonomen Beratungsstellen haben die Kinder- und Jugendanwaltschaft und die „Informationsstelle gegen Gewalt" des Vereins österreichischer Frauenhäuser am 31. Jänner 1997 im WUK eine Informationsveranstaltung abgehalten. Das Interesse war so groß, daß wegen Platzmangels nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden konnten. In der Folge wurden die ReferentInnen noch zu einer Vielzahl anderer Veranstaltungen zu diesem Thema eingeladen (Buchpräsentation im Rathaus, Fortbildung und Vernetzung in Salzburg usw.). Die Kinder- und Jugendanwaltschaft war auch bei einem Koordinationsgespräch zur praktischen Zusammenarbeit von Polizeibehörden, Jugendwohlfahrt und Justiz am 8. April 1997 in der MA 11 eingebunden, bei dem Kriterien für eine solche Kooperation erarbeitet wurden. Es ist sicher noch zu früh, um über praktische Auswirkungen dieses Gesetzes berichten zu können, dies soll im nächsten Bericht erfolgen.

Aus der immer mehr ansteigenden Anzahl der von (sexueller) Gewalt betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien ergab sich auch eine mittlerweile dramatisch angespannte Situation für die im „NETZWERK gegen sexuelle Gewalt an Mädchen, Buben und Jugendlichen" vertretenen Beratungs- und Therapieeinrichtungen. So steigt einerseits die Nachfrage nach Therapieplätzen ständig, während andererseits notwendige Gelder zur Subventionierung von Therapien im Zuge des „Sparpaketes" teils drastisch gekürzt wurden. In vielen Fällen konnten Therapiewillige gar nicht mehr auf Wartelisten genommen werden, die TherapeutInnen können nicht mehr bezahlt werden. Vorsprachen bei den potentiellen SubventionsgeberInnen konnten bisher nichts bewirken, weshalb das NETZWERK den Weg in die Öffentlichkeit gesucht hat, um so vielleicht noch ein Umdenken zu erreichen. Therapie nach (sexueller) Gewalt darf nicht unerschwinglicher Luxus für die Opfer sein, sondern diese haben - unserer Meinung nach - ein Recht auf Hilfe. Es ist entwürdigend, daß sie und jene Personen, die ihnen fachlich qualifiziert helfen wollen, zu BittstellerInnen degradiert werden. Als positives Beispiel mag hier etwa die Schweiz gelten, in der ein eigenes Opferhilfegesetz rasche finanzielle Hilfen bringt und so Therapien leistbar sind. Im Rahmen von Vortragstätigkeiten

und Gesprächen mit ÄrztInnen hat sich gezeigt, daß unter diesen immer noch Unklarheiten zur Anzeigepflicht bei Verdacht auf sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bestehen. So ist es weitgehend unbekannt, daß es seit dem 1. Jänner 1994 im Interesse der PatientInnen und von deren Angehörigen Ausnahmen von dieser Pflicht gibt. Auf Initiative der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft hat die Ständige Konferenz der österreichischen Kinder- und JugendanwältInnen (STÄNKO) einen Brief an die Ärztekammer gerichtet, in dem um Information der Mitglieder zu diesem Thema ersucht wurde.

Anläßlich der Präsentation der österreichischen Kriminalstatistik 1996 hat der Bundesminister für Inneres die Einrichtung eines Kindernotruftelefones beim Bundesministerium für Justiz angekündigt. Den österreichischen Kinder- und JugendanwältInnen erscheint dies nicht zielführend, um eine wirksame Hilfe für die betroffenen Kinder zu erreichen. Vielmehr muß die Hilfe für die betroffenen Kinder möglichst nahe an ihrem Lebensraum angesiedelt sein. Es sollten deshalb in erster Linie regionale Einrichtungen ausgebaut werden. Überdies ist es sehr wichtig, daß Kinder eine ganzheitliche Hilfe erfahren und nicht ausschließlich der Anzeigen-Gesichtspunkt im Vordergrund steht. Diese Bedenken wurden dem Bundesminister in einem Schreiben mitgeteilt, daraufhin erfolgte eine Einladung zu einem Gespräch, die für die STÄNKO von den Wiener Kinder- und JugendanwältInnen wahrgenommen wurde. Bei diesem Gespräch zeigte sich der Bundesminister gegenüber unseren Argumenten aufgeschlossen, und nun soll eine Lösung in Form einer Kooperation mit bereits bestehenden Beratungseinrichtungen gefunden werden. Dem Bundesminister wurden bei dieser Gelegenheit auch Vorschläge für Qualitätsstandards bei der Einvernahme minderjähriger Tatopfer durch Polizei/Gendarmerie übergeben und andiskutiert. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat unter dem Titel „(sexuelle) Gewalt gegen Kinder - Erkennen, richtig handeln, helfen" eine Webseite verfaßt, die unter http://www.magwien.gv.at/ma53/kja/ abgerufen werden kann.

Seit Beginn dieses Jahres nimmt die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft als Vertreterin der STÄNKO an einem Arbeitskreis zur Reform des Sexualstrafrechtes im Bundesministerium für Justiz teil. Diesem vom leitenden Staatsanwalt Dr. Christian Manquet geleiteten Arbeitskreis gehören ExpertInnen aus Politik, Justiz, Ministerien, Beratungsstellen, Kliniken usw. an. Sitzungen finden monatlich statt (ausgenommen Sommer), meist sind etwa 20 TeilnehmerInnen anwesend. Bisherige Themen waren u.a. Begriffsbestimmungen und Anpassungen an den modernen Sprachgebrauch („Unzucht" usw.), Recht von Behinderten auf Sexualität, Anpassung der Strafbestimmungen zur Homosexualität an jene zur Heterosexualität, Toleranzgrenzen für sexuelle Beziehungen zwischen Personen knapp unter mit solchen knapp über 14 Jahren, verstärkte Verfolgung von Zuhältern und Vermittlern bei Prostitution, Hemmung von Verjährungsfristen und Beginn von Verjährungsfristen erst mit Eintritt der Volljährigkeit des Opfers.

Ziel des Arbeitskreises soll eine möglichst umfassende Reform des Sexualstrafrechtes mit Schwerpunkten der Opferzentrierung und des verbesserten Schutzes sowie einem Mehr an Rechten für Kinder und Jugendliche sein.

Zu diesen Themen nahmen wir auch als ReferentInnen an verschiedenen Veranstaltungen teil (z.B. Symposion „Sexueller Mißbrauch im Kindesalter", Tagung "Sexuelle Gewalt an Kindern" u.a.).

## Armut

Es wird immer mehr und immer komplizierter über Armut gesprochen. Versuchen wir Armut so zu definieren, daß sie auch vorstellbar ist:
Als arm gilt eine Familie, wenn sie unter 50 Prozent des durchschnittlichen Familiennettoeinkommens einer entsprechend gleich großen Familie hat.
1993 lag die Armutsschwelle bei 6.100 S für einen Erwachsenen in der Familie (1/14 des Jahresnettoeinkommens). Für jeden weiteren Erwachsenen in der Familie wird rund 70 Prozent und für jedes Kind (altersgestaffelt, aber durchschnittlich) rund 50 Prozent dazugerechnet.

| | | |
|---|---|---|
| Für eine Familie mit beiden Eltern und 3 Kindern ..... | rund: | 19.520 S netto |
| Für eine/n AlleinerzieherIn mit einem Kind ..... | rund: | 9.150 S netto |

Da es verschiedene Berechnungsarten (Erwachsenenäquivalent usw.) gibt, sind diese Zahlen nur grobe Richtlinien. Aber es gibt nicht nur finanzielle Armut.
Jene Personen, die über so geringe materielle aber auch soziale, kulturelle Mittel verfügen, daß sie nicht an dem in ihrem Land als Minimum anerkannten Lebensweisen teilhaben können (Wohnen, Gesundheitsdienste, Bildung, Erholung usw.), sind armutsgefährdet.
Wie viele Personen auf Grund dieses weitgefaßten Armutsbegriffes nun wirklich armutsgefährdet sind, sagt uns keine Statistik, keine Studie. Schätzungen ergeben, daß in Österreich zwischen 500.000 und 1,5 Millionen Menschen armutsgefährdet sind. Europaweit mehr als 50 Millionen Menschen.

### Kinderarmut

In Österreich leben rund 1,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren.
Man schätzt, daß rund 20 Prozent dieser Kinder (rund 300.000) sich an der Armutsschwelle befinden. Bei kinderreichen Familien (3 und mehr Kinder) sind es sogar ein Drittel der Kinder.

Drei zentrale Bemerkungen zur speziellen Situation von Kindern:

Kinder sind deswegen noch mehr von Armut gefährdet, weil sie selbst kaum Zugänge zu finanziellen Ressourcen haben, keine wirklichen Interessensvertretungen vorhanden sind - und letztlich - weil sie immer noch als Anhängsel der Erwachsenen in Familie und Gesellschaft gelten.

Kinder sind immer persönlich unschuldig an den armutsauslösenden Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Scheidung der Eltern, Tod eines der Elternteile, Verwahrlosung der gesamten Familie durch Alkohol, Spielsucht, der gesellschaftlichen „Vererbung" von Armut usw.

Kinder haben aber ein vielfältiges Spektrum an Überlebensstrategien. Daher ist Armut von Kindern nicht gleichzusetzen mit dem subjektiv erlebtem Grad des Wohlbefindens der Kinder. Armut bedeutet Einschränkung, aber Kinder erleben Einschränkung nicht immer so negativ wie Erwachsene. Trotzdem: Armut bedeutet für die meisten Kinder sich verstecken, lügen, anderen was vorgaukeln - und das ist mehr als erniedrigend. Das wiederum schwächt das Selbstwertgefühl der Kinder, und was das bedeutet, wissen wir.

Strategien gegen Kinderarmut

Prinzipiell wird in der gängigen Diskussion davon ausgegangen, daß Kinderarmut zu verhindern sei, wenn den Familien geholfen wird, sich aus der Armutsgefährdung zu befreien:
Das ist einesteils richtig, andernteils wiederum mit Sicherheit der falsche Ansatzpunkt.
Richtig ist, daß die Schicksale von Kindern sehr eng verknüpft sind mit der Situation der Familie. Daher erscheint es sinnvoll die finanzielle Situation der Familien zu verbessern, insofern ist dadurch auch die Situation der Kinder verbessert.
Nicht richtig ist aber, daß dies eine Selbstverständlichkeit darstellt. Steuerliche Besserstellung des (der) FamilienerhalterInnen ohne gleichzeitige Verbesserung auch der infrastrukturellen Bereiche wie Kinderbetreuung usw. bedeutet keineswegs eine grundsätzliche Verbesserung.
Niemand kann garantieren, daß Transferleistungen, Steuervorteile von Familien auch tatsächlich Kindern zugute kommen. Geld hat eben kein Mascherl.
Weiters gibt es noch verschiedene Ansätze, gegen Kinderarmut vorzugehen: Soziale Staffelung von Geldleistungen, verstärkte Förderung von Sachleistungen und besserer Zugang zu Infrastrukturen.
Es stellt sich letztlich die Frage, wie und wem man die verschiedenen staatlichen Mittel zukommen läßt.

Ein weiterer Diskussionspunkt:

Sind uns alle Kinder gleich viel wert, so müssen staatliche Leistungen für alle Kinder gleich sein, egal wie hoch das Einkommen der Eltern oder Elternteile ist. Oder sollen finanzielle Unterstützungen für Kinder aus Familien mit hohem Einkommen unterlassen werden?

Weitere Ansätze in Form von Veränderungen bei:

Karenzgeld, Freibeträgen usw.
Familieneinkommensbesteuerung (Summe aller Familieneinkommen) statt weiterhin Individualbesteuerung

Steuerfreies Existenzminimum:

Dieser Vorschlag wird immer wieder in die Diskussion eingebracht:

Dabei geht es um Umverteilung zwischen unterhaltspflichtigen SteuerzahlerInnen und nicht unterhaltspflichtigen SteuerzahlerInnen. Es wird extra betont, daß nicht der Ausgleich zwischen arm und reich, sondern zwischen den oben genannten unterschiedlichen Steuerpflichtigen durchgeführt wird. Für jedes Familienmitglied wird ein bestimmtes Existenzminimum angenommen. Die Summe dieser Minima wird steuerfrei gestellt, das heißt, um diese Summe wird das Einkommen bei der Steuerberechnung reduziert.
Kritiker dieser Form meinen, daß besonders gut verdienende Alleinverdiener am besten dabei abschneiden, wirklich Bedürftigen aber kaum geholfen wird. Außerdem seien Frauen bei dieser Berechnung benachteiligt, wenn sie in das Berufsleben (wieder) einsteigen wollen, da sich die dadurch entstehende Reduktion der Minimabeträge steuerlich sehr negativ auswirkt.
Bei all diesen Diskussionen steht immer das Einkommen der Erwachsenen im Vordergrund (Argument: Der Staat verpflichtet die Eltern gesetzlich zum Unterhalt für die Kinder), selten wird überlegt ob und wie Kinder tatsächlich aus diesen steuerlichen Verbesserungen profitieren.

Grundeinkommen für Kinder:

Um ein Mindestsicherungssystem für Kinder zu verwirklichen, sollte - nach unserer Ansicht - das Steuersystem nicht als Grundlage für die Unterstützungen der Kinder verwendet werden.
Ein Grundeinkommen für Kinder könnte hier die Effizienz der staatlichen Förderungen zu Gunsten der Kinder erhöhen.
Grundeinkommen: Jedes Kind hat ein Recht auf ein bestimmtes Einkommen (in gleicher Höhe), das vorerst zwar

von den Eltern verwaltet wird, aber nur für Belange der Kinder ausgegeben werden darf. Später - etwa ab 12 Jahren - könnten die Kinder selbst über die Mittel verfügen, natürlich auch nur für notwendige Aufwendungen wie Essen, Kleidung, Bildung, Gesundheit usw.
Selbstverständlich muß hier noch genau nachgedacht und geeignete Modelle entwickelt werden. Der Aufschrei vieler, daß man staatliches Geld Kindern nicht anvertrauen könne, ist schon jetzt nicht mehr zu überhören.
Aber an Stelle von endlosen Steuermodelldiskussionen wäre es an der Zeit, über direkte Förderungen von Kindern nachzudenken.
Mögliche Ansätze: Das Grundeinkommen kann für Kindergartenbeiträge, Schulgeld, Lehrmittel usw. zweckgebunden werden. Der entstehende Verwaltungsaufwand wäre zu berücksichtigen, aber auch bei steuerlichen Veränderungen entstehen diese Kosten.
Nicht zu verwechseln: Kinderbetreuungsscheck:
Der derzeitig heftig diskutierte Kinderbetreuungsscheck ist nicht mit diesem Grundeinkommen zu verwechseln. Nach den Plänen der Befürworter dieses Checks würden Umschichtungen von finanziellen Aufwendungen von Gemeinden, Ländern und des Bundes zur Finanzierung herangezogen werden. Dies erscheint natürlich im Sinne der finanziell schwach gestellten Familien kontraproduktiv.
Die derzeitigen Ausgaben der öffentlichen Hand für direkte Förderungen (auch der Betreuungseinrichtungen) dürften auf keinen Fall reduziert werden, das Geld des Grundeinkommens der Kinder sollte auschließlich für die zusätzlichen Aufwendungen für die Betreuung verwendet werden.
Infrastruktur, Sachleistungen: An Stelle der familienpolitischen Maßnahmen zur Steuerreduzierung sollte der Staat (Länder usw.) der Verpflichtung zur Schaffung von geeigneten und ausreichenden außerhäuslichen Kinderbetreuungseinrichtungen nachkommen. Hier mangelt es in weiten Gebieten Österreichs noch allzusehr.
Entgegen der derzeitigen Tendenz direkte Förderungen wie Schulbuch, Studienkosten, Fahrtbeihilfen usw. zu reduzieren, käme eine verstärkte Förderung in diesem Bereich Kindern und Jugendlichen wirklich direkt zugute. Auch andere Bereiche wie Gesundheit, Erholung, Bildung usw. könnten direkt gefördert werden.
Wir gehen nicht davon aus, daß alle Eltern Rabeneltern sind und alles Geld aus den derzeitigen Familienbeihilfen usw. in Alkohol und Autokauf investiert werden. Aber gerade in von Armut bedrohten Familien wäre eine Direktförderung der Kinder und Jugendlichen auch eine entsprechende Entlastung vieler Eltern.

Was tun?

Es müßte bei der derzeitigen Armutsdiskussion klar gestellt werden, daß Kinder und Jugendliche nicht nur über steuerliche Veränderungen und ähnlichen Geldleistungen von der Armutsgrenze ferngehalten werden. Zielführend erscheint hauptsächlich die direkte Förderung der Mindestsicherung für Kinder und Jugendliche über ein Grundeinkommen.

Alle sind eingeladen in der Armutsdiskussion bei Kindern und Jugendlichen diesen inhaltlichen Schwenk mitzuvollziehen und an der Realisierung eines Grundeinkommens und einer Verbesserung von Infrastruktur und Sachleistungen zu einer Direktförderung als Mindestsicherung mitzuwirken.

## Ausländische Kinder und Jugendliche

Im Berichtszeitraum hatte die Kinder- und Jugendanwaltschaft 71 Einzelkontakte (1995/96: 81), welche Fragen zu ausländischen Minderjährigen betrafen. Die Problemschwerpunkte lagen in den Bereichen fremdenrechtliche Vorschriften, fehlende Lehrstellen, innerfamiliäre Probleme (Generationen- und Kulturkonflikt) sowie Bettelei.

Anfragen zu fremdenrechtlichen Vorschriften wurden in den meisten Fällen an auf diese Thematik spezialisierte Beratungseinrichtungen (Integrationsfonds usw.) weitergeleitet.

Mit der Situation der lehrstellensuchenden (ausländischen) Lehrlinge befaßte sich eine Untergruppe des AusländerInnenarbeitskreises der MA 11, dem auch ein Experte des Arbeitsmarktservice (AMS) Jugendliche angehörte. Im Sommer 1996 wurde ein Papier erarbeitet, in dem die Gründe für das stark zurückgegangene Lehrstellenangebot dargestellt (aus der Sicht der Unternehmen und aus der Sicht des AMS) und notwendige Gegenmaßnahmen angesprochen wurden. Zur Verbesserung der Situation der ausländischen Lehrlinge wurde eine gesetzlich verankerte Gleichstellung mit österreichischen Jugendlichen beim Zugang zum Arbeitsmarkt als erforderlich angesehen. Ein eigenes Kapitel widmete sich der Jugendarbeitslosigkeit von fremduntergebrachten Jugendlichen, denen der immer noch negativ besetzte Begriff des "Heimkindes" zu schaffen macht. Die - teils dramatischen - Folgen des zurückgehenden Lehrstellenangebotes wurden wie folgt dargestellt:

Am 19. Juni 1996 standen laut AMS Jugend in Wien 2.532 Lehrstellensuchenden 1.134 Ausbildungsplätze gegenüber - nicht einmal jeder zweite Lehrstellensuchende hat also Aussicht auf einen Ausbildungsplatz! 38,1 Prozent oder 966 dieser Lehrstellensuchenden sind AusländerInnen. Wenn auch einige wenige das Glück haben werden, doch noch einen Ausbildungsplatz zu finden, wird die Alternative für die anderen doch eine weiterführende Schule (und damit Verschiebung des Problems um einige Jahre) oder der Weg in unqualifizierte Beschäftigung oder ins Nichtstun sein. Gerade für ausländische Jugendliche bleibt oft nur letzteres, denn weiterer Schulbesuch ist für die Familien oft nicht leistbar und einer selbst geringfügigen Beschäftigung steht oft das

Ausländerbeschäftigungsgesetz entgegen. Die Mädchen werden daher überwiegend in den Haushalt „abwandern" (so sie ihn nicht ohnehin schon neben der Schule geführt haben), die Burschen - angesichts der meist beengten Wohnsituation ausländischer Familien - auf die Straße. Dort fallen sie auf Grund des zunehmend ausländerfeindlichen Klimas allein schon wegen ihrer Anwesenheit in Kleingruppen negativ auf („ ... leben auf unsere Kosten ... zu faul zum Arbeiten ..."). Zusätzlich bedingt erzwungenes Nichtstun oft genug auch Kleinkriminalität, Drogenprobleme, Vandalismus und damit weitere Ächtung. Am Schluß stehen Gerichtsurteile und Abschiebung bzw. Illegalität.

Schließlich wurden auch Vorschläge für mögliche Maßnahmen der Stadt Wien zur Erhöhung des Lehrstellenangebotes ausgearbeitet (Bevorzugung von KontrahentInnen, die Lehrlinge ausbilden, Ausbau der Lehrwerkstätten, Wettbewerb „lehrlingsfreundliches Unternehmen" usw.).

Das Papier der Arbeitsgruppe wurde von der Kinder- und Jugendanwältin am 10. September 1996 Herrn OSR Ing. Dr. Friedrich Brunner vorgestellt und mit ihm erörtert, der in der Folge den Herrn Bürgermeister informiert hat.

Weitere Aktivitäten konnten nicht mehr gesetzt werden, da der Arbeitskreis nicht mehr besteht.

In der Weihnachtszeit wurde die Kinder- und Jugendanwaltschaft verstärkt auf das Betteln von Ausländerinnen unter „Verwendung" von Kindern aufmerksam gemacht. Die AnruferInnen empörten sich dabei vor allem darüber, daß die Kinder teils nur unzureichend bekleidet der kalten Witterung ausgesetzt wurden. Die Beobachtungen der PassantInnen wurden jeweils der „Betteleibeauftragten" der MA 11 (einer diplomierten Sozialarbeiterin am Amt für Jugend und Familie 1/8/9) weitergegeben. Da es sich jedoch in den meisten Fällen scheinbar um organisierte Bettelei mit oftmaligem Standortwechsel gehandelt hat, konnten trotz sofortigen Aufsuchens der genannten Orte die betroffenen Kinder nicht mehr angetroffen werden.

Mit Fragen der Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen befaßte sich ein Symposion des Renner Instituts am 22. November 1996, bei dem die Kinder- und Jugendanwältin über Angebote der Stadt Wien im Bildungs- und Freizeitbereich referierte.

## Kinder- und jugendfreundliches Planen und Bauen

### Bespielbare Freiflächen in Wohnhausanlagen

Wie schon in den vergangenen Jahren hat sich die Kinder- und Jugendanwaltschaft auch im Berichtszeitraum intensiv mit der Situation auseinandergesetzt, wie die Bauvorhaben in Wien kinder- und jugendfreundlicher gestaltet werden können.

Nach unserem ersten erfolgreichen Workshop mit Vertretern aller Dienstellen, die in der Stadt Wien mit den baubehördlichen Belangen befaßt sind, folgten weiter Workshops und Arbeitsgruppen. Für all diejenigen, die an genaueren Ergebnissen dieser Arbeit interessiert sind, kann darauf hingewiesen werden, daß die Ergebnisse jederzeit in der Kinder- und Jugendanwaltschaft angefordert werden können, denn eine komplette Wiedergabe würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Den wohl wichtigsten Punkt möchten wir jedoch hier präsentieren, da er - unserer Ansicht nach und auch der Meinung der Bauexperten - am notwendigsten zu verwirklichen wäre.

Es handelt sich um jene Flächen in Wohnsiedlungen, die allen bestens bekannt sind: Sie liegen zwischen den einzelnen Gebäuden, dürfen in der Regel von Kindern nicht betreten werden (bei Hunden drückt man eine Auge zu). Diese Flächen sollen immer nur als schöne, grüne Wiese vorhanden sein.

Wir haben diese Flächen mit einem neuen Begriff bedacht und folgende Definition gefunden:

Bespielbare Freiflächen:

Bespielbare Freiflächen sind all jene gemeinschaftlichen Flächen (besonders in Wohnhausanlagen), die von allen BewohnerInnen bespielt werden können.

Pro Wohnung sollten mindestens 10 $m^2$ vorgesehen sein.

Natürlich sind nicht nur Spiele, sondern auch alle anderen Bewegungsmöglichkeiten, Kommunikationsmöglichkeiten usw. sind möglich. Aber das Wort „bespielbar" soll ausdrücklich die Genehmigung für das Spiel von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen beinhalten.

So einfach diese Definition nun erscheint, so lange und intensiv haben wir sie gemeinsam erarbeitet und Wege der Umsetzung gesucht:

Gesetzliche Bestimmung:

Über Anträge im Gemeinderat und über Zuweisung in die Bauordnungs-Kommission wäre die gesetzliche Grundlage in der Bauordnung zu schaffen.

Vorschläge zur gesetzlichen Veränderung in BO:

§ 90: „Bespielbare Freiflächen" im Verhältnis zur Wohnungsanzahl setzen und definieren

§ 5 (4): Begriff der „Bespielbaren Freifläche" in Zusammenhang mit "G" verankern.

§ 63: Kenntlichmachung im Einreichplan, um Exekutierbarkeit zu ermöglichen

Grundstücksbeirat

Zu den Kriterien des Grundstückbeirates sollte ergänzend und ausdrücklich das Vorhandensein solcher Freiflächen in entsprechendem Ausmaß (10 m²/Wohnung) hinzugefügt werden.

Ablöse

Bei Nichtverwirklichung sollte eine nicht zu geringe, zweckgebundene Ablöse gesetzlich verankert werden, um dafür in Wohnhausanlagennähe entsprechende Ersatzmöglichkeiten finanziell zu ermöglichen.

Planung

Es ist notwendig, endlich eine Gleichwertigkeit von umbautem Raum und Freiraum in den Köpfen von Auftraggebern und Planern zu verankern, da besonders bei Kindern und Jugendlichen der Freiraum zumindest eine gleichwertige Wichtigkeit besitzt wie der umbaute Raum.
Planungen wie die „lange Schachtel" sind für geeignete bespielbare Freiflächen äußerst ungünstig.

Altbauten

Bei Altbauten sind die Freiflächen baurechtlich nicht durchsetzbar. Ausnahmen gibt es nur, wenn baurechtliche Genehmigungen für z.B. Dachgeschoßwohnungen anfallen (dann 10 m² Freiflächen je neuer Wohnung).
Aber in vielen Fällen ist nur durch das Aufheben von Verboten eine Nutzung bereits vorhandener Flächen möglich, wenn es nicht der Hausordnung widerspricht (Hausordnungen können einseitig nicht verändert werden).

Haftpflichtversicherung

Die Stadt Wien sollte den Mut aufbringen und eine Haftpflichtversicherung eingehen, damit nicht ständig die Argumentation bezüglich „ungeregelter Haftungsfragen" von vornherein alle weiteren Diskussionen über verstärkte Förderung dieser Flächen verhindert wird.

Kommunikationsprobleme und Zusammenleben in den Anlagen

Neben dem Verwirklichen solcher Flächen muß auch bedacht werden, daß einige Maßnahmen zu einer positiven Konfliktverhinderung bzw. Verbesserung der Kommunikation der Hausbewohner beitragen:

- Lärmschutz durch geeignetes Planen von Hecken, Hügel usw. abseits von Schlafräumen, daß auch ganztägige Bespielbarkeit möglich ist.
- „mitwachsende Nutzung" bei Planung und Verwaltung bedenken
- moderierte Partizipation aller BewohnerInnen, da dadurch bessere Identifikation möglich wird
- Bewußtseinsbildung durch Beispiele bei HausbewohnerInnen
- Wir erkennen die Notwendigkeit seitens des Dienstgebers Stadt Wien, die Hauswarte auf mehr Kinderfreundlichkeit hin zu schulen.
- Hinweis in allen Broschüren, in der Hausordnung, im Vertrag auf Kinderfreundlichkeit (z.B. Mieterbroschüre der MA 17)

Betriebskosten

Reservierung eines eigenen Betrages in den Betriebskosten für die Erhaltung/Adaptierung der Freiflächen.
Vereinfacht dargestellt heißt das:
Wir müssen den Kindern und Jugendlichen ihre Räume wieder zurückgeben, die wir ihnen genommen haben. Besonders gilt das für diese "bespielbaren Freiflächen" in den Wohnhausanlagen. Es muß mit aller Deutlichkeit ein Signal gesetzt werden, daß die Stadt Wien in ihrer Bauordnung und in anderen Bestimmungen und Gesetzen Kinder und Jugendliche mit ihrem Bedürfnis nach Bewegung als gleichberechtigte BewohnerInnen ausweist: Daher muß es ermöglicht werden, daß die Kids nicht gegen Hausordnungen und Bestimmungen verstoßen, wenn sie in den Freiräumen spielen. Die "bespielbaren Freiflächen" sind im Interesse unserer Jugend so bald wie möglich zu realisieren.

Arbeitskreis Mehrfachnutzung

Dank einer Initiative der MA 18 Gruppe Grün- und Freiraum wird ein weiterer, sehr wichtiger Aspekt kinder- und jugendfreundlichen Planen und Bauens verstärkt vorangetrieben:
Die Mehrfachnutzung von Freiräumen: Es handelt sich dabei um solche Freiräume, die zusätzlich zu ihrem ursprünglichen Verwendungszweck (Parkplätze, Schulanlagen, Baulücken) als Bewegungs- und Aufenthaltsflächen für Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsenen zur Verfügung stehen könnten.
Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien unterstützt diese Aktivität voll und ganz und fordert alle Verantwortlichen in Stadt und Bezirken auf, diese Form von jugendfreundlichen Maßnahmen der Mehrfachnutzung zu unterstützen.

# Wiener Patientenanwaltschaft

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Wiener Patientenanwaltschaft, LGBl. für Wien Nr. 19/1992.

Die Wiener Patientenanwaltschaft ist eine Einrichtung des Landes Wien. Sie besteht seit 1. Juli 1992 und wird vom unabhängigen Wiener Patientenanwalt Prof. Dr. Viktor Pickl geleitet. Er wurde nach Ablauf der Funktionsperiode mit 1. Juli 1997 neuerlich auf die Dauer von 5 Jahren bestellt.

Das Gesetz beauftragt die Wiener Patientenanwaltschaft mit der Wahrung und Sicherung der Rechte und Interessen der Patienten in allen Bereichen des Gesundheitswesens in Wien.

Die Zuständigkeit umfaßt daher Krankenanstalten, Pflegeheime, Rettung und Krankenbeförderung, Dienste im Gesundheitsbereich, freipraktizierende Ärzte, Apotheken, Dentisten, Hebammen usw.

Die Tätigkeit der Wiener Patientenanwaltschaft ist entsprechend dem gesetzlichen Auftrag sehr umfangreich und vielfältig:

Behandlung von Beschwerden

Prüfung von Anregungen

Aufklärung von Mängeln oder Mißständen, sowie die Abgabe von Empfehlungen zu deren Abstellung

Erteilung von Auskünften

Beratung und Information über das Wiener Gesundheits- und Spitalswesen, sowie deren sachgemäße Inanspruchnahme, über Patientenrechte, deren Anwendung und Durchsetzung, zu allen Fragen im Zusammenhang mit dem Pflegegeld, über Hauskrankenpflege und Soziale Dienste;

Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Patienten und Gesundheitsdiensten, in Versicherungsangelegenheiten, in Pflegegebühren- und Honorarfragen;

Hilfestellung zur außergerichtlichen Schadensregulierung bei Patientenschäden im Zusammenhang mit medizinischer Betreuung, bei der Bewältigung organisatorischer Probleme;

Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern, mit den privaten Versicherungsanstalten, mit den gesetzlichen Vertretungen der freien Berufe (Kammern, Innungen), mit der Pharmaindustrie, mit allen medizinischen Selbsthilfegruppen;

Gesetzliche Verschwiegenheitspflichten sind gegenüber der Wiener Patientenanwaltschaft nicht wirksam; der Wiener Patientenanwalt und seine Mitarbeiter unterliegen jedoch der vollen Amtsverschwiegenheit;

Kosten und Abgaben sind bei Inanspruchnahme der Wiener Patientenanwaltschaft nicht zu entrichten;

Die Funktion eines Rechtsanwaltes übt der Wiener Patientenanwalt nicht aus. Er kann daher niemanden vor Gericht oder Behörden vertreten.

Die Wiener Patientenanwaltschaft ist eine unabhängige und weisungsfreie Anlaufstelle im Wiener Gesundheits- und Spitalsbereich. Sie wird nicht nur von Patienten, sondern auch von Ärzten und anderen Gesundheitsdiensten in Anspruch genommen. Ihre Tätigkeit dient der Stärkung der Position der Patienten im Gesundheitsbereich, der weiteren Verbesserung des Verhältnisses zwischen Patienten und allen Gesundheitsdiensten, sowie der notwendigen allgemeinen Bewußtseinsbildung am Wege zu einem integrierten Gesundheitssystem in Wien.

Inanspruchnahme:

1993: 5.950 Personen
1994: 6.425 Personen
1995: 6.436 Personen
1996: 6.522 Personen
1997: 6.594 Personen

Personal:

3 Juristen
1 Arzt (bis 30. April 1997)
6 Fach- und Kanzleikräfte
1 Amtsgehilfe

Der Sach- und Personalaufwand wird zur Gänze vom Land Wien getragen.

Anschrift der Wiener Patientenanwaltschaft:

Schönbrunner Straße 7
1040 Wien
Tel: 587 12 04
Fax: 586 36 99

Entwicklung der Aufgaben und Tätigkeit im Jahre 1997

Fünf Jahre nach Schaffung der Wiener Patientenanwaltschaft ist eine zunehmend größere Akzeptanz dieser neuen Einrichtung feststellbar. Sie zeigt sich in der vermehrten Inanspruchnahme durch Menschen, welche Gesundheits-,

Pflege- und Sozialdienste brauchen, durch Institutionen, welche patientenrelevante Fragen erörtern, sowie zunehmend mehr durch Medien, welche die Meinung der Wiener Patientenanwaltschaft zu allgemeinen und konkreten Themen einholen. Mit der Wiener Patientenanwaltschaft besteht erstmalig ein Ansprechpartner für alle Fragen und Probleme, die das Gesundheits- und Spitalswesen in Wien betreffen.

## Tätigkeitsbereiche

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Hilfs-, Vermittlungs- und Konfliktlösungsfunktionen aufgabenmäßig stark zugenommen haben.

Organisationshilfestellungen betreffen praktisch alle Gebiete des Gesundheits- und Spitalswesens. Die Aufgabenstellung kann den Sozialbereich nicht ausklammern, weil generell untrennbare Zusammenhänge mit dem Gesundheitsbereich bestehen.

Die stärkere Inanspruchnahme ist auch auf neue Aufgabenbereiche, wie die gesetzlich festgelegte Mitwirkung der Wiener Patientenanwaltschaft in den Ethikkommissionen und der Krankenhausfinanzierungsfonds-Kommission zurückzuführen.

## Außergerichtliche Entschädigung

Besonders stark hat die Hilfestellung zur außergerichtlichen Regelung von Patientenschäden zugenommen.

Angesichts des generell großen Prozeßrisikos bei Arztprozessen wird diese rasche Hilfestellung der Wiener Patientenanwaltschaft von allen Betroffenen geschätzt. Während der nun 6jährigen Tätigkeit konnten Entschädigungen in der Höhe von rund 29 Millionen Schilling erwirkt werden.

## Verschuldensunabhängige Kompensation für Patientenschäden

Im Arbeitsübereinkommen der neuen Wiener Stadtregierung wurde die Schaffung der verschuldensunabhängigen Haftpflicht angekündigt. Damit wird einer ständigen Forderung des Wiener Patientenanwaltes entsprochen. Am 20. November 1997 wurden Richtlinien für eine „Rasche finanzielle Hilfe bei Medizinschäden in Härtefällen" beschlossen, welche seit 1. Jänner 1998 angewendet werden. Die Stadt Wien stellt dafür für das Jahr 1998 Sondermittel in der Höhe von 8,5 Millionen Schilling zur Verfügung.

## Öffentlichkeitsarbeit

Die notwendige Information über Patientenrechte erfolgt laufend über Print- und Telemedien, sowie Schulungs- und Informationsveranstaltungen.

## Tätigkeitsbericht

Die Wiener Patientenanwaltschaft hat der Wiener Landesregierung alljährlich über ihre Tätigkeit zu berichten. Diese hat den Bericht dem Wiener Landtag vorzulegen. Anläßlich der Behandlung des letzten Tätigkeitsberichtes im Landtag am 28. November 1997 wurde dem Wiener Patientenanwalt erstmalig das Rederecht im Wiener Landtag eingeräumt.

## Statistische Vergleiche

Inanspruchnahme

| | | |
|---|---|---|
| 1996: | 6.522 | davon 1.332 dokumentiert |
| 1997: | 6.594 | davon 1.379 dokumentiert |

| Geschlecht: | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| weiblich | 770 | 783 |
| männlich | 548 | 583 |
| anonym, daher unbekannt | 14 | 13 |

| Herkunft (Bundesland) | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Wien | 1.022 | 1.072 |
| aus anderen Bundesländern | 310 | 307 |

| Herkunft (Staat): | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Österreich | 1.323 | 1.376 |
| aus anderen Staaten | 9 | 3 |

| Betroffenheit | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| von den dokumentierten Inanspruchnahmen betrafen: | | |
| Städtische Krankenanstalten (insgesamt) | 684 | 687 |

| | 1996 | 1997 |
|---|---|---|
| Sonstige Krankenanstalten (insgesamt) | 124 | 149 |
| Städtische Pflegeheime (insgesamt) | 52 | 43 |
| Private Pflegeheime (insgesamt) | 12 | 11 |
| Freipraktizierende Ärzte (insgesamt) | 131 | 167 |
| Rettungs- und Krankenbeförderungsdienste (insgesamt) | 33 | 30 |
| Sozialversicherungen (insgesamt) | 102 | 99 |
| Private Versicherungen | 10 | 6 |
| Apotheken und Pharmaindustrie | 4 | 6 |
| Sonstige Bereiche (z.B. Hauskrankenpflege, Soziale Dienste, Pflegegebühren allgemein, Behindertenparkplätze, Heilbehelfe, allgemeine Hilfestellungen). | 180 | 181 |

# Wiener Umweltanwaltschaft

Die Hauptaufgaben der Wiener Umweltanwaltschaft wurden ursprünglich im Wiener Umweltschutzgesetz selbst festgelegt. Mittlerweile wurden ihr durch mehrere Bundes- und Landesgesetze (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, Umweltgutachter- und Standorteverzeichnisgesetz, Wiener Abfallwirtschaftsgesetz) weitere Aufgaben übertragen. Insgesamt umfaßt ihr Aufgabenkatalog daher die Behandlung von Beschwerden, die Erteilung von Auskünften, die Prüfung von Anregungen, die Abgabe von Empfehlungen, die Wahrnehmung der Parteistellung in Verwaltungsverfahren nach dem Wiener Naturschutzgesetz, dem Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, dem Jagd- und Fischereigesetz, der Wiener Bauordnung, dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz und dem Umweltgutachter- und Standorteverzeichnisgesetz sowie die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Auf Grund der teilweisen relativ offenen Formulierungen im Wiener Umweltschutzgesetz ist es möglich, die vorrangigen Ziele und Aufgabenstellungen in weiten Bereichen selbst zu bestimmen und den sich aus der täglichen Arbeit ergebenden Notwendigkeiten dynamisch anzupassen. Die sechs im folgenden überblicksmäßigen Tätigkeiten stellen die Hauptschwerpunkte der Wiener Umweltanwaltschaft dar.

- Legistik (Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen; Mitarbeit in diesbezüglichen Arbeitskreisen; Vorlage eigener Entwürfe)
- Teilnahme an Verwaltungsverfahren
- Bearbeitung von an uns herangetragenen umweltbezogenen Angelegenheiten (Bürgeranliegen, Anfragen von Politikern und Institutionen aus Wirtschaft und Verwaltung sowie Non governement organisations usw.)
- Mitarbeit in Expertenarbeitskreisen
- Informations- und Schulungstätigkeit
- Eigene Projekte

Während des Berichtszeitraums bearbeitete die Wiener Umweltanwaltschaft 1.201 protokollierte, rund 3.000 nicht protokollierte einfache telefonische Anfragen und etwa 100 Internetanfragen.

## Naturschutz

Landschaftsschutzgebiet Prater:

Zum Zweck der Verbreiterung des Verkehrsbandes der Prater Hochstraße, die durch das Landschaftsschutzgebiet Prater führt, wurde die Neuerlassung der "Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Erklärung von Teilen des 2. Wiener Gemeindebezirkes zum Landschaftsschutzgebiet (Landschaftsschutzgebiet Prater)" notwendig. Die Wiener Umweltanwaltschaft erhob im Rahmen des Begutachtungsverfahrens keinen Einwand, wies jedoch darauf hin, daß die Neuerlassung der genannten Verordnung keinesfalls als Präzedenzfall für die Änderung von Schutzgebietsgrenzen herangezogen werden dürfe, um Projekte zu realisieren, die mit dem jeweiligen Schutzzweck nicht vereinbar wären. Im gegenständlichen Fall konnte der Neuerlassung der Verordnung zugestimmt werden, weil durch die nur durch die Straßenverbreiterung ermöglichten Lärmschutzwände eine wesentliche Verbesserung der Lärmbelastung der Erholungsuchenden zu erwarten ist. Weiters forderten wir, bei der Ausbildung der Lärmschutzwände darauf zu achten, daß durchsichtige Elemente so gestaltet werden, daß Vogelschlag ausgeschlossen werden kann.

Landschaftsschutzgebiet Hietzing:

Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zum "Entwurf einer Verordnung betreffend die Erklärung von Teilen des 13. Bezirkes zum Landschaftsschutzgebiet (Landschaftsschutzgebiet Hietzing)" begrüßte die Wiener Umweltanwaltschaft besonders die Unterschutzstellung des Grünauer Grabens und des Lainzerbachtales. Für den Bereich der St. Veiter Lissen schlugen wir vor, das Schutzgebiet Parkschutzgebiet (Spk) westlich Veitlissengasse 27 und das südlich daran angrenzende Erholungsgebiet Kleingartengebiet (Ekl) in das Schutzgebiet einzubeziehen. Außerdem sprachen wir uns für die Belassung des Schutzgebiet Parkschutzgebiet (Spk) auf dem Trazer Biegel im Landschaftsschutzgebiet aus (der Entwurf sieht eine Ausgliederung dieses Gebietes vor).

Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten:

In unserer Stellungnahme zum "Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Erklärung von Teilen des 13. Wiener Gemeindebezirkes zum Naturschutzgebiet (Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten)" ersuchten wir, das Ausmaß der Schalenwildfütterung wie folgt zu präzisieren: "... Schalenwildfütterung im aus wildökologischer Sicht unbedingt erforderlichen Ausmaß ...".

Rattenbekämpfungsverordnung:

Zum "Entwurf einer Verordnung des Magistrats der Stadt Wien über die Bekämpfung von Ratten in Wien" hatten wir keine grundsätzlichen Bedenken, regten jedoch an, die Schädlingsbekämpfer nicht nur zum Treffen von Vorsichtsmaßnahmen zur Vermeidung von Gefahren für Menschen und Haustiere zu verpflichten, sondern auch Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz von Wildtieren vorzusehen.

Naturdenkmäler

Erklärung einer Platane zum Naturdenkmal (Kaiser-Franz-Josef-Spital).

Zum besseren Schutz während der Bauarbeiten wurde über Ersuchen der Wiener Umweltanwaltschaft für eine Platane im Kaiser-Franz-Josef-Spital das Verfahren über die Erklärung zum Naturdenkmal eingeleitet. Der Baum hat einen Stammumfang von 582 cm, ist 20 m hoch und hat einen Kronendurchmesser von 26 m. Da das Gutachten des Amtssachverständigen für Naturschutz positiv war, wurde der Baum zum Naturdenkmal erklärt.

Geschützte Tiere und Pflanzen

Eidechsen

Im Zuge der Bauarbeiten an der Staustufe Wien wurde auf der Donauinsel ein Eidechsenbiotop entdeckt. Nach einem Ortsaugenschein setzte sich auch die Wiener Umweltanwaltschaft für eine Verlegung der Dichtwand aus, wodurch die Erhaltung des Lebensraumes dieser geschützten Tierart gesichert war.

Baumschutz

Die Wiener Umweltanwaltschaft wird in Verfahren nach dem Wiener Baumschutzgesetz, in denen ihr eigentlich keine Parteistellung zukommt, häufig auf Grund von Anrainerbeschwerden oder Bürgeranfragen als Beteiligte eingebunden. In vielen Fällen genügt die Weitergabe der Information, warum ein Baum gefällt werden muß (etwa wegen Krankheit oder Gefährdung von Fußgängern bzw. Bauwerken). In manchen Fällen zeigt sich jedoch, daß Bäume unsachgemäß behandelt werden. Hier bemüht sich die Wiener Umweltanwaltschaft um umfassende Information der Verantwortlichen, um entsprechende Verbesserungen herbeizuführen. In besonders krassen Fällen ist auch eine Strafanzeige beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt erforderlich. Manchmal kann eine Baumfällung durch geringfügige Umplanung eines Projektes vermieden werden.

Neben ihrer psychologischen Wirkung für das Wohlbefinden der Menschen haben Bäume in der Stadt auch eine klimaregulierende Funktion: eine 25 Meter hohe Buche kann täglich bis zu 400 Liter Wasser verdunsten und dadurch in ihrer unmittelbaren Umgebung eine Abkühlung der Luft um 2 - 3 °C bewirken. Darüber hinaus produziert sie pro Tag 1 $m^3$ Sauerstoff und kann große Mengen Staubteilchen aus der Stadtluft filtern. Diese Wirkungen kommen besonders in abgeschlossenen Innenhöfen zum Tragen, wo durch Bäume ein eigenes Kleinklima entsteht. Somit ist es nicht verwunderlich, wenn sich besonders in Fällen, wo Bäume in Innenhöfen gefällt werden sollen, immer wieder Bürger für deren Erhaltung eintreten. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Stellplatzverordnung zu sehen, welche besagt, daß für jede neu errichtete Wohnung ein PKW-Stellplatz zu errichten ist. Vor allem bei Dachgeschoßausbauten versuchen Bauwerber vielfach, diese Pflichtstellplätze im Innenhof unterzubringen, wodurch Konflikte mit den Hausbewohnern entstehen.

Expertenarbeitskreise

Workshop Mehrfachnutzung:

Die Wiener Umweltanwaltschaft nahm im Dezember 1997 an einem von der MA 18 veranstalteten Workshop zum Thema "Mehrfachnutzung von Freiflächen" teil, um die Gesichtspunkte des Stadt-Naturschutzes einzubringen. In die Aktivitäten der Arbeitsgruppe "Mehrfachnutzung" sind u.a. die Ergebnisse unseres Projektes "Interimistische Nutzung von Baulücken als GSTETT'N-PARKS" eingeflossen.

Workshops "Nachhaltige Raumnutzung":

Im Dezember 1997 nahmen Vertreterinnen der Wiener Umweltanwaltschaft an einem Workshop zum Thema "Nachhaltige Raumnutzung" teil. Das Workshop wurde von der Arbeitsgemeinschaft Projekte, Institut für Räumliche Interaktion und Simulation (Technische Universität Wien) im Zusammenwirken mit dem Magistrat der Stadt Wien (MA 22 – Umweltschutz) veranstaltet. Dabei wurde vor allem über Merkmals- und Indikatorensets für eine nachhaltige Raumnutzung sowie methodische Fragen bezüglich einer Raumverträglichkeitsprüfung diskutiert.

Kongreß "Natur für Ost und West - von der Politik zur Praxis":

Ziel des Kongresses "Natur für Ost und West - von der Politik zur Praxis" war es, an Hand von Beispielen aus Ländern des Ostens und des Westens die "Gesamteuropäische Strategie für die biologische und landschaftliche Vielfalt" - die europäische Umsetzung der Forderungen von Rio 1992 - zu konkretisieren und zu erweitern. Zu diesem Zweck wurde in Seminargruppen unter Beteiligung der Wiener Umweltanwaltschaft die "Deklaration von Basel" erarbeitet.

Internationales Symposium "Spielräume statt Alpträume - Perspektiven zur menschengerechten Stadt":

Beim internationalen Symposium "Spielräume statt Alpträume - Perspektiven zur menschengerechten Stadt" konnte die Wiener Umweltanwaltschaft in Arbeitskreisen Erfahrungen aus der Freiraumsituation in Wien einbrin-

gen, wobei besonders die Bemühungen der Wiener Umweltanwaltschaft um eine interimistische Nutzung von "Gstett'n" großes Interesse fanden.

Projekte, die von der Wiener Umweltanwaltschaft in Auftrag gegeben und aus den vorhandenen Budgetmitteln bezahlt wurden:

Handbuch Stadtnatur für Industrie und Gewerbe

Zur fachkundigen Information von Industriellen und Gewerbetreibenden bezüglich der Naturschutzmöglichkeiten auf Betriebsgeländen wurde von der Wiener Umweltanwaltschaft ein Handbuch in Form einer CD-ROM, die auch im Internet zu finden ist, erstellt. Unter Einbindung von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung wird eine Broschüre mit einer Kurzfassung des Handbuches an die Zielgruppe verschickt wurden, die CD ist gegen eine Schutzgebühr bei der Wiener Umweltanwaltschaft zu beziehen.

Vogelfallen

Als Weiterführung der Untersuchung von Glasflächen als Vogelfallen wurden in einem Volierenversuch mit verschiedenen Mustern bedruckte Glasscheiben auf ihre Erkennbarkeit für Vögel getestet. Es hat sich bestätigt, daß die weitverbreiteten Vogelaufkleber keine abschreckende Wirkung auf Vögel haben und nur über die gesamte Glasfläche verteilte Muster Vögel effektiv vor einem Aufprall bewahren. Anfragen von seiten des U-Bahnbaues und von Architekten noch vor Fertigstellung der Studie zeugen von regem Interesse an der Problematik. Die Studie mit den detaillierten Ergebnissen ist bei der Wiener Umweltanwaltschaft erhältlich.

Bauwerke in Schutzgebieten gemäß Bauordnung

Hundeabrichteplatz Mauerbach:

Da es sich bei der für die Errichtung der Vereinshütte vorgesehenen Fläche um Wald-und Wiesengürtel im Sinne der Bauordnung handelt, ist der Bau nach Meinung der Wiener Umweltanwaltschaft unzulässig. Eine Bewilligung nach § 71 Bauordnung ist ausgeschlossen, da kein sachlich begründeter Ausnahmefall vorliegt (siehe Geuder-Hauer, Wiener Bauvorschriften, 3. Auflage, S. 402, 1. Absatz). Zusätzlich stehen die Dimensionen des Projektes (180 m≈ verbaute Fläche, voll unterkellert) in keiner Relation zum angegebenen Zweck einer „Vereins"hütte". Die Wiener Umweltanwaltschaft hat bei einem Ortsaugenschein festgestellt, daß die Zufahrt zum Vereinsgelände nur durch eine Furt in Mauerbach möglich ist. An Wochenenden durchqueren Vereinsmitglieder diese Furt mit bis zu 40 KFZ, obwohl dies den Bundesforsten und der Gewässeraufsicht vorbehalten ist. Da bei einer Durchquerung in diesem Umfang eine Verschmutzung des Mauerbaches nicht mehr auszuschließen ist, wäre die Zufahrt für Unberechtigte wirksam zu unterbinden. Darüber hinaus handelt es sich bei dem betreffenden Gelände um Wald im Sinne des Forstgesetzes, weshalb für die Errichtung der Vereinshütte (und evtl. des Abrichteplatzes) sowie für das Parken der KFZ auf dem Gelände eine Rodungsbewilligung gemäß § 17 Forstgesetz zu beantragen wäre. (Vereinshütte wird nach Intervention von MA 22, MA 45, MA 49 und WUA direkt an der Mauerbachstraße errichtet)

Wien 19, Hohe Warte 34, Stellplätze im Spk

Auf der Liegenschaft sollten im Parkschutzgebiet Pflichtstellplätze errichtet werden, obwohl diese im Bebauungsplan nicht vorgesehen waren. Da die Bewilligung des Antrages der Bundesbaudirektion einen Präzedenzfall darstellen würde, auf den sich die Eigentümer anderer in diesem Schutzgebiet Parkschutzgebiet (Spk) gelegenen Liegenschaften bei derartigen Vorhaben beziehen könnten, wurde das Vorhaben von der Wiener Umweltanwaltschaft abgelehnt. Die Stellplätze wurden nicht bewilligt.

Grundabteilungen

Gemäß § 6 Abs. 1 Zi 1. lit. a) Wiener Umweltschutzgesetz i.V.m. § 13 Abs. 2 lit d) Bauordnung für Wien hat die Wiener Umweltanwaltschaft Parteistellung bei Abteilungsverfahren im Wald- und Wiesengürtel und in Parkschutzgebieten. Beurteilt werden diese Anträge vor allem auf vermutete Bauplatzschaffung, teilweise sind Anträge auch abzulehnen, weil die beantragten Teilungen auf Grund des Forstgesetzes unzulässig sind. Beispielsweise wurde bei einem Ortsaugenschein festgestellt, daß weite Teile des Wald- und Wiesengürtels auf dem Girzenberg abgezäunt und somit für die meisten Erholungsuchenden unzugänglich sind. Da der öffentlich zugängliche Teil des Wald- und Wiesengürtels durch die physische Rückgabe eines vormals für die Weiterführung der Girzenberggasse vorgesehenen Grundstückes weiter verkleinert würde, sprach sich die Wiener Umweltanwaltschaft für die Belassung dieser Fläche im öffentlichen Gut aus. Ein anderes Beispiel betrifft den Dürwaringbach, wo sich die Wiener Umweltanwaltschaft gegen den Verkauf eines Grundstückes durch die Stadt Wien aussprach, da dieser ein Renaturierungsprojekt behindert hätte.

Wie bereits erwähnt hat die Wiener Umweltanwaltschaft Parteistellung in § 61-Verfahren nach der Wiener Bauordnung. Das betrifft die Genehmigung von Anlagen, die geeignet sind, eine Gefahr für Leben oder die Gesundheit

von Menschen herbeizuführen oder die Nachbarschaft in einer das örtlich zumutbare Ausmaß übersteigende Weise zu belästigen:

Solche Anlagen sind überwiegend lüftungstechnische Anlagen und Klimaanlagen.

Die durch solche Anlagen möglichen Emissionen sind vor allem Lärmemissionen und je nach Verwendungszweck der Lüftungsanlagen (wie z. B. Garagenabluftanlagen, Laborabluftanlagen, Arbeitsplatzabsaugungen usw.) auch Emissionen von Luftschadstoffen wie beispielsweise Nox, Ruß (Staub), CO, Benzol usw.

Aus personellen Gründen ist es der Wiener Umweltanwaltschaft unmöglich, die ihr zukommende Parteienstellung in sämtlichen §61-Ansuchen von ganz Wien wahrzunehmen und an allen Verhandlungen teilzunehmen oder Akteneinsicht zu nehmen.

Das bedeutet jedoch nicht, daß wir prinzipiell auf Parteienstellung und eine Verständigung über Ansuchen nach § 61 der Wiener Bauordnug verzichten wollen. Dadurch, daß wir über alle Genehmigungsansuchen verständigt werden müssen, ist es uns möglich, durch diese gesetzlich vorgeschriebene Vorgangsweise einen Überblick über Art, Größe und Lage solcher Projekte zu bekommen. Unsere Teilnahme richtet sich dann danach, ob einerseits Anrainer von sich aus um unsere Teilnahme ersuchen, ob der Verhandlungsleiter selbst uns auf eine bestimmte Problematik hinweist, ob ein großer Anrainerkreis von solch einer Anlage betroffen ist, ob es sich um eine problematische Situierung der Anlage handelt (z. B. Klimaanlage in Innenhoflage) von der Größe der Anlage, vom Verwendungszweck usw.

Im Zuge der Teilnahme von § 61-Verhandlungen konnten wir in einigen Fällen immer wieder als Vermittler bei kontroversiell diskutierten Ansuchen auftreten und zu einer Lösung beitragen, denen dann auch die Anrainer zustimmen konnten. In anderen Fällen mußten wir fehlende lärmtechnische Angaben in den Projektsunterlagen reklamieren bzw. darauf hinweisen, daß die Lärmemissionsangaben von Lüftungs- oder Klimaanlagen für den speziellen Standort zu hoch sind. In prinzipiell allen Fällen wurde den Einwendungen der Wiener Umweltanwaltschaft Rechnung getragen, so daß wir in sämtlichen § 61-Verfahren, an denen wir teilgenommen und unsere Stellungnahme abgegeben haben, vom Berufungsrecht keinen Gebrauch machen mußten.

## Gewerberecht

Im Herbst 1996 wurde vom Wirtschaftsministerium der Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung zur Begutachtung ausgesandt, mit der das gewerbliche Betriebsanlagenrecht geändert werden soll. Dieser Entwurf sah dramatische Einschnitte in den Schutz von Umwelt, Nachbarn, Kunden und Arbeitnehmern vor und enthielt darüber hinaus etliche eklatant verfassungswidrige Bestimmungen. Die Wiener Umweltanwaltschaft erarbeitete deshalb eine umfangreiche Stellungnahme und gab auch ein verfassungsrechtliches Gutachten in Auftrag – beides floß in das Begutachtungsverfahren ein. Bundes- und Landespolitiker wurden über unsere wichtigsten Kritikpunkte informiert. In einem gemeinsamen Schreiben aller österreichischen Umweltanwälte teilten wir Herrn Bundesminister Farnleitner unsere Sorge hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen im Betriebsanlagenrecht im allgemeinen und bezüglich des aktuellen Novellenentwurfes im besonderen mit. Gleichzeitig haben wir um einen Gesprächstermin ersucht, um unsere diesbezüglichen Überlegungen – nicht nur Kritik an dem derzeit vorliegenden Text, sondern vor allem auch Vorschläge, deren Verwirklichung zu einer Beschleunigung von Genehmigungsverfahren führen, ohne wichtige Errungenschaften leichtfertig über Bord zu werfen – darzustellen. Leider blieb dieses Schreiben unbeantwortet.

Das waren – kurz zusammengefaßt – unsere wichtigsten Kritikpunkte:

- eklatante Verschlechterung des Schutzes von Umwelt, Nachbarn, Arbeitnehmern und Kunden durch völlige Aushöhlung des Betriebsanlagenrechtes
- etliche verfassungswidrige Bestimmungen
- wirtschaftspolitisch unerwünschte Weichenstellungen (Betriebe mit unzureichenden Standards, die sich nur für kurze Zeit ansiedeln, würden bevorzugt gegenüber qualitativ hochwertigen Betrieben, die langfristig Arbeitsplätze sichern)
- Abschaffung von Mitsprachemöglichkeiten des Umwelt- und des Sozialministers
- erhebliche Einschränkung des Abfallwirtschaftsgesetzes

Die Alternativen dazu, die seitens der Wiener Umweltanwaltschaft auch vorgeschlagen wurden, wären:

- radikale Verbesserungsmaßnahmen bezüglich der Durchführung der Verwaltungsverfahren
- Erarbeitung eines einheitlichen Anlagenrechts

Da auch von anderen Stellen erhebliche Bedenken gegen diesen Entwurf geäußert wurden, - die Medien griffen das Thema auch massiv auf - mußte er vor der Behandlung im Ministerrat am 17. Dezember 1996 umfangreich überarbeitet werden. Viele der bekämpften Bestimmungen wurden gestrichen bzw. entschärft. Dennoch ist der nunmehr überarbeitete Novellenentwurf aus Sicht des Umwelt- und Anrainerschutzes immer noch äußerst bedenklich und stellt einen deutlichen Rückschritt im Schutzniveau dar. Die gravierendste Änderung besteht darin, daß die Durchführung von sogenannten "vereinfachten Verfahren" zum Regelfall wird – wobei bisherige Parteienrechte der Nachbarn einem bloßen Anhörungsrecht weichen –, die "ordentlichen" Verfahren mit verpflichtendem Ortsaugenschein und Parteistellung der Anrainer zur Ausnahme. Außerdem ist eine Begrenzung der Emissionen von Luftschadstoffen nach dem Stand der Technik für sämtliche Fälle, in denen das vereinfachte Verfahren zur Anwendung kommt, nicht vorgesehen.

Ob eine Gewerberechtsnovelle des nun vorliegenden Kalibers der Wirtschaft überhaupt etwas bringt, erscheint fraglich. Versucht man, Bürgerrechte derart zu beschneiden, ist davon auszugehen, daß Konflikte eher verstärkt als reduziert werden. Außerdem ist damit zu rechnen, daß sie sich vom Verwaltungsverfahren auf andere Ebenen verlagern: entweder auf den Zivilrechtsweg oder gar auf die Straße. Jedenfalls gehen damit große Rechtsunsicherheit und betriebswirtschaftliche Risiken für den Anlagenbetreiber einher.

Wir hoffen, daß es im Zuge der parlamentarischen Behandlung dieses Entwurfes noch zu maßgeblichen Verbesserungen kommt und werden uns auch weiterhin im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für diese einsetzen.

Darüber hinaus befaßt sich die Wiener Umweltanwaltschaft mit den Möglichkeiten der Effizienzsteigerung der Genehmigungsverfahren bei geltender Rechtslage und nimmt auch an diesbezüglichen Arbeitskreisen der ÖWAV und der ÖGUT teil. Am 18. März präsentierten die Mitglieder des Arbeitskreises "Umwelt und Recht" der ÖGUT (VertreterInnen der Arbeiterkammer, des Umweltministeriums, der Bundeswirtschaftskammer, der Grünen und der Wiener Umweltanwaltschaft) in diesem Zusammenhang ihr Positionspapier betreffend eine Effizienzsteigerung im Vollzug des Anlagenrechts. Dieses Papier kann kostenlos von der ÖGUT bezogen werden.

## Verwaltungsverfahren

### UVP-Verfahren

Die Wiener Umweltanwaltschaft war bisher in drei UVP-Verfahren eingebunden:

- Hochleistungsstrecke der Bahn Wien - St. Pölten
- Bundesstraße B 301
- Kraftwerk Donaustadt

Im April 1997 hat die Wiener Umweltanwaltschaft im Rahmen der öffentlichen Auflage in die Unterlagen zu oben genanntem Projekt (UVE, Ergänzung zur UVE, Untersuchungsrahmen, vorläufige Gutachterliste, bisher eingelangte Stellungnahmen) bei der BH Wien Umgebung Einsicht genommen und neuerlich eine Stellungnahme an das Verkehrsministerium abgegeben, in der an die oben wiedergegebene Position erinnert wurde. Darüber hinaus gaben wir der Befürchtung Ausdruck, daß auf Grund der Abgrenzung des Untersuchungsrahmens die Aspekte "Energieverbrauch" und "Auswirkungen des Bahnausbaus im Gesamtsystem" im UVP-Verfahren zu wenig Berücksichtigung finden und ersuchten ausdrücklich, im Rahmen des Umweltverträglichkeitsgutachtens auf diese Aspekte vertieft einzugehen.

UVP-Verfahren Bundesstraße B 301:

Im Frühjahr 1996 war seitens der ÖSAG ein von vielen Seiten – u.a. von der Wiener Umweltanwaltschaft – stark kritisiertes UVE-Konzept beim zuständigen Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten vorgelegt worden (vgl. dazu unsere Ausführungen auf S. 16 unseres letzten Tätigkeitsberichts).

Die für Herbst 1996 erwartete Einreichung des Projekts samt UVE durch die ÖSAG – d.h. der Beginn des eigentlichen UVP-Verfahrens – ließ jedoch bis Dezember 1997 auf sich warten.

Umso mehr verwunderten einige Pressemeldungen, wonach der Bau der B 301 verzögert würde, weil das UVP-Verfahren so lange dauerte!

### Bürgerbeteiligungsverfahren

B 229:

Für ein kurzes Teilstück der B 229 zwischen Hauptfeuerwache und Julius-Ficker-Straße wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren begonnen bzw. in einem ersten Schritt die UVE magistratsintern diskutiert. Die Wiener Umweltanwaltschaft hat zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingebracht. Trotz offener Diskussion blieben einige teils recht gravierende Mängel aufrecht. Einige dieser Schwachpunkte der UVE sind:

Die weiteren Ausbau- und Umbaunotwendigkeiten westlich und vor allem östlich des Projekts wurden bzw. werden außer acht gelassen. Dies bedeutet u.E. eine ungenügende Erfüllung der Zwecksetzung des UVP-Gesetzes, wonach eine gesamthafte Betrachtung aller Auswirkungen angestrebt werden soll.

Die in der UVE an vielen Stellen erwähnten positiven Auswirkungen für die Erreichbarkeit der Hauptfeuerwache legen den Verdacht nahe, daß hier der Hauptgrund für das Projekt, nämlich die Feuerwache, bereits vor der UVP und auch so angelegt wurde, so daß ein logischer Sachzwang für die projektierte Straße besteht.

Das hauptsächliche Abstellen auf die Hauptfeuerwache erscheint mangelhaft.

Die im Verkehrsmodell angenommene Zunahme des Verkehrs (und der Emissionen) für den Planfall 2010 steht im Widerspruch zu den Zielen des Neuen Wiener Verkehrskonzeptes, des Ozon-Maßnahmenplans sowie den Emissionreduktionszielen des Klimabündnisses (minus 50 % CO2 bis 2010) und der Torontovereinbarung (minus 20 % CO2 bis 2005). Jedenfalls fehlt ein expiliter Hinweis auf die Beachtung dieser Zielsetzungen.

Es fehlen hinsichtlich der überörtlichen Auswirkungen Angaben über eine zu erwartende Induktion neuen Ver-

kehrs und ob durch eine etwaige Verkehrsinduktion auch eine Erhöhung der treibhausrelevanten CO2-Emissionen eintreten wird.

Durch die zerstückelte Trassenrealisierung der B 229 wird die Chance vertan, durch weiträumigere Betrachtung des Gesamtprojekts zu entsiegelnde Ausgleichsflächen festzulegen.

Es fehlen Angaben zur Datengrundlage und zu den Berechnungen des angeführten Energieverbrauchs im Betrieb. Weiters fehlen Angaben über den Energie- und Rohstoffverbrauch während der Errichtungsphase.

Nach dem Hinweis auf den "Verlust von potentiellen Lebensraum" wäre ein Vorschlag angebracht, daß und wie dieser Verlust etwa durch Entsiegelung anderer Flächen (Teil der Alttrasse, usw.) wettgemacht werden könnte.

Der Hinweis, daß Maßnahmen gegen eine etwaige Trennwirkung für straßenquerende Kleintiere nicht geplant seien, stimmt vor allem auch angesichts des an anderer Stelle erwähnten Vorhandenseins zahlreicher Kleintiere im Projektsgebiet nachdenklich.

Sowohl einzelne Bürger und Bürgerinnen als auch Vertreter von Bürgerinitiativen sowie Medienvertreter treten immer wieder an die Wiener Umweltanwaltschaft heran, um Informationen über den aktuellen Stand bereits anhängiger bzw. erst geplanter UVP- bzw. Bürgerbeteiligungsverfahren zu erfragen. Unsere Informationstätigkeit trägt dazu bei, potentielle Konfliktpunkte möglichst frühzeitig zu bearbeiten.

Des öfteren rufen uns auch Bürger und Bürgerinnen aus den Bundesländern Burgenland und Kärnten mit der Bitte um Beratung in Fragen des UVP-Gesetzes an, da in diesen Bundesländern keine Umweltanwaltschaft eingerichtet ist. Soweit es sich um allgemeine Fragestellungen (z.B. Wie läuft ein UVP-Verfahren ab?, Wann können Bürger Stellungnahmen abgeben? Wie wird eine Bürgerinitiative mit Parteistellung gebildet?) und nicht um Informationen zum konkreten Projekt handelt, geben wir auch in diesen Fällen Auskunft. Den – ebenfalls mitunter geäußerten – Bitten, die Wiener Umweltanwaltschaft möge im Falle von Kärntner Projekten einen Antrag auf Einleitung eines Feststellungsverfahrens einbringen, konnte auf Grund mangelnder gesetzlicher Deckung nicht gefolgt werden.

Expertenarbeitskreise

Die Wiener Umweltanwaltschaft hat Anfang 1998 an einer Sitzung des ÖWAV-Arbeitskreises zur Novellierung des UVP-G teilgenommen.

UVP-Workshop:

Die Wiener Umweltanwaltschaft und die Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Abteilung Umwelt und Verkehr, luden gemeinsam mit der Firma "Ökoconsult" im Frühjahr 1997 Vertreter der maßgeblichen von einer UVP betroffenen gesellschaftlichen Gruppen (v.a. Bürger, Behörden- und Betreibervertreter) zwecks Erfahrungsaustausch und Erörterung möglicher Lösungen zu einem Workshop mit dem Thema "Praktische Erfahrungen mit dem UVP-Gesetz. Bessere Konfliktbearbeitung – effizientere UVP-Verfahren?" ein. Im folgenden seien die festgestellten Hauptkritikpunkte an der momentanen Verfahrenspraxis sowie gemeinsam diskutierte Verbesserungsvorschläge kurz dargestellt:

Bei so gut wie allen Projekten, die einer UVP unterzogen werden, gibt es erhebliche Konflikte zwischen Projektwerbern und Bürgern. Alle drei beteiligten Kreise (Behörde, Projektanten, Bürger) werden durch diese Verfahren mit ganz neuen Fragestellungen und Anforderungen konfrontiert. Es gibt in diesem Bereich noch wenig Erfahrung und kaum eine Tradition der positiven Konfliktbewältigung. Die Hoffnung, daß die UVP ein Instrument zur Konfliktregelung sein könne, hat sich bisher nicht erfüllt.

Oft kritisieren die an einem UVP-Verfahren beteiligten BürgerInnen nicht das konkrete Projekt sondern umweltpolitische Grundsatzfragen, für die bei einer (Projekt-) UVP eigentlich gar kein Platz ist. Dem könnte mit einer "Konzept-UVP" (vgl. dazu weiter vorne), bei der die den Einzelprojekten vorgelagerten Pläne und Programme unter Einbeziehung der Öffentlichkeit auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft und diskutiert werden, abgeholfen werden.

Weiters sehen sich in derzeitigen Verfahren alle Beteiligten recht rasch als Mißtrauens- und Vorwurfsopfer der jeweils anderen Interessensgruppe. Eine Lösung kann darin bestehen, die Interessen der "anderen Seite" als legitim und beachtlich anzunehmen, statt sie als notwendiges Übel zu betrachten. Damit im Zusammenhang steht die Forderung nach dem Austausch frühzeitiger Grundlageninformation, um deutlich vor dem Verfahren eine gemeinsame Gesprächsbasis nachweislich aufzubauen.

Weil BürgerInnen nach dem Abschluß des Genehmigungsverfahrens selbst dann keine Möglichkeiten mehr haben, Bescheidänderungen zu erwirken, wenn tatsächlich maßgebliche Beeinträchtigungen vorliegen, neigen sie zu Maximalforderungen im laufenden Verfahren. Eine zyklische Überprüfung und Anpassungsmöglichkeit des Genehmigungsbescheides könnte daher vor allem im Anlagenbereich eine Konfliktentlastung bringen.

Großes Konfliktpotential läßt sich auch bei der Stellung der Behörde im Verfahren beobachten. Sie wird von den BürgerInnen oft eher als Betreibervertreterin wahrgenommen und ist in ihrer Rolle als Vermittlerin zwischen den verschiedenen Interessen auch meist überfordert. Eine Auslagerung dieser Aufgabe an Mediatoren würde sie entlasten und den Konfliktprozeß professionalisieren.

BürgerInnen sind meist nicht in der Lage, innerhalb der relativ kurzen Fristen umfangreiche Projektsunterlagen durchzuarbeiten bzw. gleichwertige (Gegen-) Gutachten für ihre Verfahrensposition erstellen zu lassen. Die Gutachterkosten übersteigen oft ihre finanziellen Möglichkeiten.

Die anstehende Überarbeitung des UVP-Gesetzes bietet die Chance, die Schwachpunkte des Verfahrens zu beseitigen. Eine Verringerung der Konflikte im Verfahren durch vorgelagerte Konzept-UVP, verstärkte Mediation (Konfliktmanagement) sowie ein besseres Verfahrensmanagement sollten verfahrensbeschleunigend wirken und gleichzeitig die Bedenken der BürgerInnen ausräumen.

Die Wiener Umweltanwaltschaft hat im Rahmen des Begutachtungsverfahrens der Novelle des UVP-G auch die Ergebnisse des Workshops eingebracht.

Abfallwirtschaft und Beschaffung

FestsetzungsVO Abfall:

Im Mai 1997 nahm die Wiener Umweltanwaltschaft zum Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung von gefährlichen Abfällen und Problemstoffen Stellung.

KLIP

Mitarbeit im Team Energie PG "$CO^2$-optimale Stromerzeugung":

In diesem Arbeitskreis wurde die Sinnhaftigkeit bzw. Anwendbarkeit der verschiedenen Energieträger für die Stadt Wien nach Maßgabe ihrer Auswirkungen auf die $CO^2$-Emissionen diskutiert. Die Mehrzahl der Projektgruppenteilnehmer unterstützte nur die fossilen Energieträger und die Fernwärme auf fossiler bzw. Müllverbrennungsbasis. Die Wiener Umweltanwaltschaft versuchte, eine verstärkte Miteinbeziehung der erneuerbaren Energien zu erreichen. Immerhin werden von seiten der Wienstrom neue Fördermöglichkeiten für die erneuerbaren Energien und die Einführung eines "Grünen Stromtarifs" (freiwillig höherer kWh-Preis, um damit erneuerbare Energiegewinnung aus Wind und Sonne zu fördern) angestrebt.

Mitarbeit im Team Energie PG "Wohnen":

In dieser Projektgruppe wurden klimarelevante Maßnahmen im Bereich Wohnen diskutiert. Der Beitrag der Wiener Umweltanwaltschaft beschäftigte sich mit dem Problem, daß im Mietwohnungssektor eine Mieterminderheit ökologisch sinnvolle Maßnahmen wie beispielsweise Energieträgerwechsel für die Hauszentralheizungsanlage verhindern kann. Da hier jedoch das Mietrechtsgesetz zur Anwendung kommt und dieses ein Bundesgesetz ist, ist eine eventuelle Änderung auch Sache des Bundesgesetzgebers und somit für die Stadt Wien nur bedingt handlungsrelevant. Das Problem soll dennoch im Endbericht kurz skizziert werden.

KliP-Team 1 – Energie, Arbeitsgruppe "Magistratsobjekte":

In diese Arbeitsgruppe wurden seitens der Wiener Umweltanwaltschaft und der MD-BD, Dez. 5, die Erfahrungen des Pilotprojektes PUMA eingebracht. Unter Nutzung von Synergieeffekten mit dem Gebäude-Managementprojekt GEMMA der MD-BD – konnte die Arbeitsgruppe die Grundlagen für eine Wien-weite EDV-gestützte Energiebuchhaltung als Voraussetzung für ein Energiecontrolling samt -benchmarking (und entsprechende – nicht zuletzt finanzielle! – Einsparungen) erarbeiten. Mittlerweile liegen Energiedaten für mehrere hundert Magistratsobjekte vor. Weitere wesentliche Inhalte waren Vorschläge zur Installierung eines Energiebeauftragten sowie (internes und externes) Contracting zur Finanzierung von energierelevanten Investitionen.

KliP-Team 3 "Beschaffung und Abfallwirtschaft":

Die aktive Mitarbeit am Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP) unter Federführung der Magistratsabteilung 22 nahm im Jahr 1997 relativ viel Zeit in Anspruch. Die Wiener Umweltanwaltschaft war in allen drei KliP-Teams (Energie, Mobilität, Beschaffung und Abfallwirtschaft) vertreten.

In das KliP-Team 3 "Beschaffung und Abfallwirtschaft" brachten wir die Ergebnisse einer von uns moderierten Arbeitskreissitzung zum Thema "Beschaffungs- und Förderungs-UVP" (siehe dazu unten im Abschnitt "eigene Projekte") ein und baten die Teilnehmer unseres Arbeitskreises, mit uns gemeinsam im Rahmen des größeren KliP-Arbeitskreises weiterzuarbeiten. So konnten Synergieeffekte genutzt und Doppelgleisigkeiten vermieden werden. (Die Idee einer Förderungs-UVP wurde im übrigen von der Wiener Umweltanwaltschaft in das Klip-Team 2 "Mobilität" eingebracht.

Weiters brachten wir die (Zwischen-)Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Pilotprojekt PUMA zur Einführung eines Umweltmanagementsystems, in dem u.a. natürlich auch die Handlungsfelder "Beschaffung" und "Abfallwirtschaft" von erheblicher Bedeutung sind, in das KliP-Team ein.

Nach dem Startworkshop dieses KliP-Teams sowie mehreren Vorgesprächen zwischen der Wiener Umweltanwaltschaft und dem IFZ Graz, das im Auftrag der MA 22 das KliP-Team 3 betreute, erarbeitete die Wiener Umweltanwaltschaft zunächst eine umfangreiche Stellungnahme zum KliP Working Paper Nr. 6 "Bestandsaufnahme und Handlungsfelder: Beschaffung und Abfall".

In der Folge bildeten sich nachstehende Unter-Arbeitsgruppen, wobei die Wiener Umweltanwaltschaft angesichts der hohen umweltpolitischen Bedeutung der einzelnen Themen wieder alle Arbeitskreise beschickte:

1. umweltfreundliche Beschaffung, Kriterien, Institutionalisierung
2. Bau und Baustellenabfälle
3. Verpflegungseinrichtungen - medizinische Einwegprodukte, Hygiene/Reinigungsmittel

Die wichtigsten Arbeitsergebnisse waren neben der endgültigen Fassung des KliP Working Paper 6 sowie der Teil III des KliP-Aktionsprogramms, das im Laufe des Jahres 1998 dem Gemeinderat zum Beschluß vorgelegt werden soll. Speziell sei an dieser Stelle auf folgende Projektbeschreibungen hingewiesen, die unter Mitwirkung der Wiener Umweltanwaltschaft zustande gekommen sind:

– Kriterienkatalog zur Berücksichtigung des Umweltschutzes bei der Planung und Ausschreibung von Leistungen im Wirkungsbereich der Stadt Wien

Durch Erarbeitung von Kriterien für verschiedene Produkte und Produktgruppen sollen die ausschreibenden und beschaffenden Stellen mit den für die Beurteilung der Umweltgerechtheit erforderlichen Informationen versorgt werden. Erste Bemühungen in Richtung einer Realisierung dieser Projektidee laufen bereits (Bildung eines diesbezüglichen Projektteams, teilweise auch als "Beschaffungskommission" bezeichnet)

– Umweltmanagementsysteme in kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen

Aufbauend auf den Erfahrungen des Umweltmanagementprojektes PUMA und vergleichbaren Projekten in zwei Krankenhäusern des KAV wird vorgeschlagen, Umweltmanagementsysteme nach und nach in verschiedenen Einrichtungen der Stadt Wien (Schulen, Kindertagesheimen, Bädern, usw.) einzuführen. Auf diesem Vorschlag basierend ist bereits das Projekt "Ökologisierung von Schulen" unter Leitung der MA 22 angelaufen. Auch die Wiener Umweltanwaltschaft ist im Kernteam vertreten und arbeitet aktiv mit.

Sowohl im Rahmen einer Zwischenpräsentation im Dezember 1997 als auch im Rahmen der öffentlich zugänglichen internationalen Fachtagung "Auf dem Weg zur Klimamusterstadt" im Jänner 1998 hielt eine Vertreterin der Wiener Umweltanwaltschaft ein Referat.

## Info- und Schulungstätigkeit

Abfallbeauftragtenschulung KAV, Ökoconsult

Informationsfolder "Entsorgung von medizinischen Abfällen aus Arztpraxen":

Injektionsspritzen und andere medizinische Abfälle haben im Hausmüll nichts verloren. Durch Unachtsamkeit kann es nämlich zu Verletzungen kommen. Aus diesem Grund wurde auf Initiative der Wiener Umweltanwaltschaft und in Zusammenarbeit mit der MA 22 - Umweltschutz, der MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark und der Wiener Ärztekammer eine Informationsbroschüre herausgegeben, welche in knapper Form alle Details über die gesetzlichen Grundlagen und die richtigen Entsorgungswege medizinischer Abfälle aus Arztpraxen und von Hausbesuchen bringt und die kostenlos abgegeben wird.

Der Folder ist auf sehr großes Interesse bei den Wiener Ärzten gestoßen, so daß er mittlerweile nahezu vergriffen ist. Die Wiener Ärztekammer beabsichtigt eine Neuauflage; an der Aktualisierung haben Wiener Umweltanwaltschaft und MA 22 mitgearbeitet.

Arbeitskreis "Beschaffungs- und Förderungs-UVP":

Auf Grund folgender Überlegungen hat die Wiener Umweltanwaltschaft im Rahmen der Zukunfts.Station Wien die Bildung eines Arbeitskreises zum Thema "Beschaffungs- und Förderungs-UVP" angeregt und die Moderation übernommen:

Eine zentrale Rolle beim umweltverantwortlichen, nachhaltigen Handeln spielen die (öffentliche) Beschaffung, die Vergabe öffentlicher Aufträge und das Förderungswesen, da diese Bereiche beispielsweise wesentlichen Einfluß auf den Umgang mit Ressourcen, den Klimaschutz und die Entstehung von Schadstoffen und Abfällen haben.

Folgende Einflußmöglichkeiten seien beispielhaft umrissen:

– Eine Gebietskörperschaft - hier die Gemeinde Wien - ist für verschiedene Produkte und Dienstleistungen Großabnehmer und kann daher allein dadurch, daß sie in ihrem eigenen Bereich Umweltkriterien berücksichtigt, wesentlich zu einer umweltverträglichen Entwicklung beitragen.

– Die Stadt Wien bildet im Rahmen ihres Beschaffungs- und Ausschreibungswesens einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor und kann daher ihre Nachfragekraft nützen, um einerseits das Angebot umweltverträglicher Güter und Leistungen wesentlich anzuregen, andererseits aber auch, um diese Güter und Leistungen preislich konkurrenzfähiger zu machen.

– Darüber hinaus kann die Stadt Wien, indem sie bevorzugt oder ausschließlich umweltverträgliche Güter und (Dienst)leistungen nachfragt oder fördert, auch Vorbildfunktion für den privaten Sektor übernehmen, die für die Glaubwürdigkeit und wirksame Umsetzung von rechtlichen Bestimmungen von besonderer Bedeutung ist. Weiters

sollten nicht nur die privaten Haushalte zur Änderung ihres Konsumverhaltens veranlaßt bzw. verpflichtet werden, sondern auch die öffentliche Hand ihr eigenes Nachfrageverhalten ändern.

Dazu sollte nicht außer acht gelassen werden, daß die Gemeinde Wien derzeit bereits auf Grund verschiedener Gesetze, Erlässe, freiwilliger Vereinbarungen und Zielvorgaben, wie etwa dem Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, dem "HFCKW-Erlaß", dem Klimabündnis, dem Nationalen Umweltplan (NUP) oder dem Bundesverfassungsgesetz über den umfassenden Umweltschutz zu einem umweltgerechten, nachhaltigen Handeln verpflichtet wäre.

Neben der Möglichkeit der Einflußnahme auf das Marktgeschehen als Privatrechtssubjekt kann Wien auch im hoheitlichen Bereich auf die umweltfreundliche Beschaffung von Privaten hinwirken, und zwar durch entsprechende gesetzliche Vorgaben (z. B. im Rahmen der Bauordnung).

Konkrete Anknüpfungspunkte ergeben sich beispielsweise aus folgenden Fachbereichen:

- Das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz verpflichtet die Bundeshauptstadt Wien, bei der Beschaffung von Arbeitsmaterialien und Gebrauchsgütern nach Möglichkeit solche Materialien zu verwenden, die sowohl bei der Erzeugung und bei der Verwendung als auch bei der Entsorgung eine möglichst geringe Umweltbelastung hervorrufen (§ 10).
- Als Klimabündnismitglied hat sich die Stadt Wien freiwillig verpflichtet, die Emissionen von CO2 bis zum Jahr 2010 zu halbieren und später schrittweise zu senken und alles zu unternehmen, um jede Produktion und jeden Gebrauch von FCKW-Treibgasen sofort zu stoppen.
- Der Ozongesetzliche Maßnahmenplan der Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland fordert, daß das Beschaffungswesen und die Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf ihre ökologischen Auswirkungen geprüft werden ("Privatwirtschaftsverwaltungs-UVP"). Insbesondere soll geprüft werden, ob durch die Bereitstellung der nachgefragten Produkte und Dienstleistungen vermeidbare Emissionen von Ozonvorläufersubstanzen (NOx oder VOC) verursacht werden. Die Gebietskörperschaften sollten vorzugsweise Produkte und Dienstleistungen nachfragen, deren Bereitstellung im Vergleich zum bisher nachgefragten Angebot geringere oder keine Emissionen von Ozonvorläufersubstanzen verursacht ("emissionsarme Produkte und Dienstleistungen"). Außerdem sollte die öffentliche Hand ihre Nachfrage nach emissionsverursachenden Produkten und Dienstleistungen schrittweise einschränken.

Im Dezember 1996 fand in den Räumlichkeiten der Wiener Umweltanwaltschaft die erste Sitzung dieses Arbeitskreises unter Beteiligung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der MD-BD, der Magistratsabteilungen 15, 22, 23, 31, 32, 36, 43, 48 sowie der Wiener Stadtwerke (diese hatten sich auf Grund einer diesbezüglichen Aussendung der Zukunfts.Station Wien gemeldet) statt. Aus Zeitgründen wurde vereinbart, zunächst nur den Themenkomplex Beschaffung und Auftragsvergabe, nicht jedoch Förderungen zu behandeln.

Mittels spezieller Kreativitätstechniken ("Kärtchenmethode", Brainstorming) wurden erste Grundlagen zu folgenden Themenstellungen erarbeitet:

1. Definition von Kriterien für ein Beschaffungswesen, das auch ökologische Kriterien berücksichtigt
2. Wie können diese Kriterien tatsächlich einfließen?

Das Ergebnisprotokoll wurde an die Vertreter der Zukunfts.Station Wien zwecks Einarbeitung in deren Abschlußdokument übermittelt.

Da 1997 unter Federführung der MA 22 mit den Arbeiten am Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP) begonnen wurde, das auch einen Arbeitskreis "Abfall und Beschaffung" umfaßte, wurde – um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden – der Arbeitskreis "Beschaffungs- und Förderungs-UVP" nicht eigenständig weitergeführt, sondern ging in dem größeren KliP-Arbeitskreis auf. Die Ergebnisse der erwähnten Arbeitskreissitzung flossen ebenfalls in den KliP-Prozeß ein. Zur Fortführung der Arbeiten im Rahmen des KliP siehe weiter vorne.

Umweltökonomie und Umweltmanagement

Im Juni 1997 fand im Wiener Rathaus unter Federführung der MA 22 der Workshop "Greening der Local Economy" (im Rahmen des gleichnamigen EU-Projektes) statt. Themenschwerpunkte waren "Umweltmanagement" und "Lokale Agenda 21 – Verbindung zu den Betrieben". Im Zuge dieser Veranstaltung fand u.a. ein interessanter Erfahrungsaustausch zwischen einer Vertreterin der Wiener Umweltanwaltschaft und Vertretern der Städte Tilburg, Bristol und Kopenhagen zum Thema "Umweltmanagement in der Kommunalverwaltung" statt.

EMAS-Workshop:

Im September 1997 fand im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ein vom Österreichischen Forschungskonsortium zur Evaluierung von Umweltmanagementsystemen veranstalteter Workshop führender österreichischer Meinungsträger zum Thema "Umsetzung der Umweltmanagementsysteme in Österreich – Wahrnehmungen, Erfahrungen und Empfehlungen" statt. Auf Grund unseres großen Engagements zu diesem Thema wurde eine Vertreterin der Wiener Umweltanwaltschaft namentlich als Expertin zu diesem Workshop eingeladen und nahm auch daran teil.

Ziel des Workshops war, aus der Sicht führender österreichischer Meinungsträger die Wahrnehmungen und Erfahrungen mit der Umsetzung der Umweltmanagementsysteme in österreichischen Unternehmen zu diskutieren und Empfehlungen aus deren Sicht zur weiteren Umsetzung der Umweltmanagementsysteme zu erarbeiten. Die

Workshop-Ergebnisse sollen auch bei der derzeit laufenden Überarbeitung der EMAS-Verordnung – wesentliche Schritte in diesem Prozeß werden während der österreichischen EU-Präsidentschaft zu setzen sein – berücksichtigt werden.

Klip-Teams:

Wie im Kapitel "Abfallwirtschaft und Beschaffung" bereits erwähnt, arbeitet die Wiener Umweltanwaltschaft intensiv an etlichen Arbeitsgruppen des Klimaschutzprogramms (KliP) der Stadt Wien mit. Vor allem im KliP-Team 2 - Energie (Unterarbeitskreis Magistratsobjekte) sowie im KliP-Team 3 - Beschaffung und Abfallwirtschaft werden für die Wiener Stadtverwaltung wichtige Umweltmanagementaspekte behandelt (detailliertere Informationen finden Sie in den Kapiteln "Energie" sowie "Abfallwirtschaft und Beschaffung").

Kernteam des KliP-Projektes "Ökologisierung von Schulen":

Basierend auf den Erfahrungen aus dem Projekt PUMA (vgl. weiter unten) und zwei weiteren Umweltmanagement-Projekten im Bereich des Krankenanstaltenverbundes wurde unter Leitung der MA 22 ein KliP-Projekt "Ökologisierung von Schulen" definiert. In drei bis vier Wiener Schulen soll unter Einbeziehung aller wichtiger Akteure versucht werden, Umweltmanagementsysteme einzuführen. Im Kernteam, das das Gesamtprojekt steuert und die einzelnen Schulteams mit den erforderlichen Informationen und Erfahrungen unterstützen wird, arbeitet die Wiener Umweltanwaltschaft maßgeblich mit.

PUMA:

Auf Anregung und unter wissenschaftlicher Betreuung der Wiener Umweltanwaltschaft wurde im Zeitraum November 1996 bis Dezember 1997 unter Leitung der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion-Dezernat 5 das "Pilotprojekt zur Einführung eines Umweltmanagementsystems im Amtshaus Wien 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5" (PUMA) durchgeführt.

In der Projektgruppe waren neben zentralen Dienststellen die im betroffenen Amtshaus situierten Abteilungen bzw. Institutionen sowie die Wiener Umweltanwaltschaft vertreten.

Beschreibung des Vorhabens:

Von Wirtschaftsbetrieben wird mehr und mehr verlangt, umwelt- und ressourcenschonendes Verhalten an den Tag zu legen. Dies zeigt sich in einer Flut von entsprechenden politischen Aussagen, von Umweltnormen und strengen behördlichen Kontrollen, aber auch in der Forderung der Öffentlichkeit nach freiwilligen Umweltmaßnahmen, die über den gesetzlich geforderten Mindeststandard hinausgehen. Jüngster Ausdruck dieser Entwicklung ist die Öko-Audit-Verordnung der EU.

Die öffentliche Verwaltung hat bisher im eigenen Bereich lediglich punktuelle Maßnahmen gesetzt und sich in vielen Bereichen überhaupt nur auf ihre Vollzugsfunktion zurückgezogen. Da Umweltschutz in großem Maße aber auch eine öffentliche Aufgabe ist, müßten gerade Verwaltungsbetriebe mit gutem Beispiel vorangehen und aktives Umweltmanagement betreiben.

Ziel des Pilotprojektes war es daher, Grundlagen und Erfahrungswerte für die Implementierung von Umweltmanagementsystemen im Bereich der Wiener Stadtverwaltung – vergleichbar jenen der Öko-Audit-Verordnung – zu erarbeiten.

Der Ablauf des Projektes sah so aus, daß die Projektgruppe im Zeitraum November 1996 bis Dezember 1997 die wesentlichen Grundlagen für die Einführung eines Umweltmanagementsystems im Amtshaus Friedrich-Schmidt-Platz 5 erarbeitete, diesbezügliche Kosten/Nutzen-Überlegungen anstellte und der Magistratsdirektion Vorschläge für konkrete Umsetzungsmaßnahmen unterbreiten sowie – soweit sinnvoll und möglich – Sofortmaßnahmen setzen sollte.

Der Endbericht wurde im März 1998 fertiggestellt und der Magistratsdirektion übermittelt.

Ergebnisse:

Nach der Abhaltung eines 3tägigen Startworkshops und der Erstellung des Projekthandbuches wurde zunächst von den Mitgliedern der Projektgruppe die sogenannte Umweltprüfung (Ist-Analyse) vorgenommen. Dabei wurden
– sämtliche vom untersuchten Amtshaus verursachten umweltrelevanten Auswirkungen analysiert,
– die relevanten Rechtsvorschriften zusammengestellt und
– die für das Umweltmanagement wichtigsten organisatorischen Rahmenbedingungen durchleuchtet.

Die Umweltprüfung offenbarte erhebliche Verbesserungspotentiale in den Bereichen Energie, Beschaffung und Abfallwirtschaft.

Als nächstes wurde das sogenannte Umweltprogramm, bestehend aus umweltbezogenen Zielen und Maßnahmen erstellt. Schließlich erarbeitete das Projektteam eine Reihe organisatorischer Vorschläge.

Auf Grund dieser Arbeiten konnten einige Sofortmaßnahmen gesetzt werden. Vor allem im Bereich Energie konnten dadurch bereits jetzt neben Umweltschutz-Verbesserungen auch erhebliche Kosteneinsparungen erzielt werden.

Die Ergebnisse des Projektes PUMA flossen aber auch in zahlreiche andere Magistratsprojekte ein (z.B. Aufbau einer Energiebuchhaltung, Kriterienkatalog für die umweltgerechte Beschaffung, KliP-Projekt "Ökologisierung von Schulen") und bringen daher einen weit über das eigentliche Pilotprojekt hinausgehenden Nutzen.

Wissenschaftliche Studien betreffend Umweltlizenzen:

In der umweltpolitischen Diskussion wird die Forderung nach verstärktem Abbau ordnungsrechtlicher Vorgaben (d.h. Ge- und Verboten) zugunsten marktwirtschaftlicher Instrumente (z.B. Ökosteuern und handelbaren Emissionslizenzen) immer lauter. Um Erkenntnisse über die Wirkungsweise eines derartigen Systems und hinsichtlich allfälliger Umsetzungsmöglichkeiten in Österreich zu gewinnen, hat die Wiener Umweltanwaltschaft im Jahr 1996 das Institut für Umwelt und Wirtschaft der Wirtschaftsuniversität beauftragt, das im Großraum Los Angeles seit einigen Jahren laufende RECLAIM-Programm zu untersuchen. Dabei handelt es sich um ein System handelbarer Lizenzen für SOx- und NOx-Emissionen aus stationären Quellen. Dieses marktwirtschaftliche Instrument wurde außerdem mit einem in Österreich eingesetzten ordnungsrechtlichen Instrument – dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen – verglichen.

1997 hatte Hr. Prof. Schubert im Rahmen eines ohnehin geplanten Forschungsaufenthalts in den USA Gelegenheit, mit maßgeblichen Akteuren des RECLAIM-Programmes zu sprechen. Aus diesem Grund war es möglich, mit relativ geringem finanziellem Aufwand eine vertiefte Studie über praktische Erfahrungen hinsichtlich Stärken und Schwächen dieses Programms zu erhalten.

Im Wintersemester 1997/98 fand schließlich unter aktiver Beteiligung der Wiener Umweltanwaltschaft am Institut für Umwelt und Wirtschaft ein Seminar statt, welches die Anwendbarkeit eines derartigen Lizenzsystems auf die Problematik des bodennahen Ozons im Ozonüberwachungsgebiet 1 thematisierte. Die wichtigste Erkenntnis aus diesem Seminar, bei dem die Studenten auch zahlreiche Interviews mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik führten, war, daß die meisten Befragten sehr wenig über die genaue Funktionsweise sowie die Vor- und Nachteile von Lizenzsystemen wußten. Dementsprechend ist die Bereitschaft über die Einführung eines derartigen umweltpolitischen Instrument derzeit praktisch gleich Null. Um eine zielführende Diskussion darüber führen zu können, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen und für welche Schadstoffe die Einführung von Lizenzen an Stelle ordnungsrechtlicher Ge- und Verbote sinnvoll wäre, müßte die diesbezügliche Informationslage dramatisch verbessert werden. Die Wiener Umweltanwaltschaft plant daher entsprechende Informationsarbeit.

## Ozon-Konsens-Konferenz

Die Wiener Umweltanwaltschaft hat im Frühjahr 1997 eine Konsens-Konferenz initiiert und durchgeführt, um an Hand der ersten Erfahrungen, die mit diesem Instrument der Bürgerbeteiligung in Österreich gemacht werden, praxisbezogene Informationen über die Möglichkeiten und Grenzen seiner Anwendung und die notwendigen Rahmenbedingungen für die Durchführung zu erhalten und weiterzugeben.

Konsens-Konferenzen sind eine neue Form der Bürgerbeteiligung. Ihnen liegt die Idee zugrunde, BürgerInnen nach einer entsprechenden fachlichen Vorbereitung in den umweltpolitischen Entscheidungsprozeß zu einem bestimmten Thema einzubeziehen. Dieses Modell der Politikberatung hat sich in anderen europäischen Ländern bereits bewährt.

Etwa 15 BürgerInnen werden als Betroffene von umweltpolitischen Maßnahmen und Entwicklungen um ihre Einstellungen und Meinungen zu einem speziellen, kontroversiellen Bereich befragt. Unter Berücksichtigung vielfältiger, teils widersprüchlicher Interessen und Werthaltungen sollen sie einen Konsens finden.

### Ausgangspunkt und Ziele der "Ozon-Konsens-Konferenz"

Die erste österreichische Konsens-Konferenz betraf das Thema "Bodennahes Ozon": Aufgabe der TeilnehmerInnen war, einen Konsens/Dissens betreffend "die Anforderungen, die sich angesichts der Prognosen für die Emissionsentwicklung der Vorläufersubstanzen, der im Ozon-Gesetz gesetzten Ziele und der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduktion der Vorläufersubstanzen an die Gesellschaft und den Einzelnen stellen" zu finden.

Auf Grund der hohen Belastung durch bodennahes Ozon mit Überschreitung der Vorwarnstufe in den Sommermonaten 1994 wurden die Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland ("Ozonüberwachungsgebiet Eins") durch das Ozongesetz verpflichtet, gemeinsam einen "Ozonsanierungsplan" auszuarbeiten. Im Sommer 1996 wurde der "Ozongesetzliche Maßnahmenplan", an dem die Wiener Umweltanwaltschaft maßgeblich mitgearbeitet hat, der Öffentlichkeit präsentiert und anschließend dem Umweltminister übergeben.

Die im Maßnahmenplan enthaltenen Vorschläge zur Reduktion der Ozonvorläufersubstanzen (NOx und VOC) zielen auf völlig neue Wege in der Ozonpolitik ab. Im Vordergrund steht dabei eine gemeinsame und nachhaltige Reduktionsstrategie, nicht bloß die hoheitliche Anordnung technischer Einzelmaßnahmen. Vor allem soll davon abgegangen werden, einen "Hauptschuldigen" an der Ozonbelastung zu suchen. Eine wesentliche Forderung des Maßnahmenplanes ist daher eine breite "Ozon-Solidarität", das heißt gemeinsames Vorgehen aller Bundesländer, in der Folge auch der Nachbarstaaten und der EU. Eine österreichweite "Ozon-Konferenz" soll einen ersten Schritt zur Konkretisierung der Strategien setzen.

Um die im Maßnahmenplan enthaltenen Forderungen umzusetzen und den Boden für eine österreichweite "Ozonkonferenz" aufzubereiten, entstand auf Initiative der Wiener Umweltanwaltschaft die Idee einer Konsens-Konferenz als Auftakt und Impuls für die bundesweite Ozon-Konferenz. Das Modell der Konsens-Konferenz, das in Österreich - im Gegensatz zu skandinavischen Ländern - bisher noch nicht angewendet wurde, bildete dabei eine besondere Herausforderung für OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen.

Zwei Aspekte waren es vor allem, die den Ausschlag zur erstmaligen Abhaltung einer Konsens-Konferenz gaben:

- Die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland leisteten mit dieser Veranstaltung einen wesentlichen Beitrag zu einer neuen Form der direkten Demokratie. Engagierte und gut vorbereitete BürgerInnen erhielten die Möglichkeit, zu einem gesellschaftspolitisch relevanten Thema Stellung zu beziehen und so an einem Entscheidungsprozeß mitzuwirken.
- Das Modell der Konsens-Konferenz gibt den politischen EntscheidungsträgerInnen die Möglichkeit, auszuloten, welche Maßnahmen von der Öffentlichkeit mitgetragen bzw. akzeptiert werden und wo Defizite in der derzeitigen Politik bestehen. Die Zusammensetzung der TeilnehmerInnengruppe mit unterschiedlichen Interessen spiegelt grundsätzliche Meinungen aus vielen Bevölkerungsschichten wider.
  Das Thema der Ozon-Konsens-Konferenz lautete konkret: "Bodennahes Ozon - Anforderungen angesichts der ozongesetzlichen Ziele, Prognosen und Reduktionsmaßnahmen".

Rahmenbedingungen und Ziele der Konsens-Konferenz

Dieses Modell der Bürgerbeteiligung wird derzeit in zahlreichen europäischen Ländern, z.B. in Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien, mit großem Erfolg angewandt. In den verschiedenen Ländern lassen sich je nach kulturellem, sozialem und rechtlichem Hintergrund einige Unterschiede in der Organisation und Abwicklung der Konsens-Konferenz feststellen. Die erste österreichische Konsens-Konferenz zum Thema "Bodennahes Ozon" orientierte sich stark am dänischen Modell, allerdings waren einige Modifikationen auf Grund der österreichischen Verhältnisse notwendig.

Die Idee der Konsens-Konferenz stammte ursprünglich aus den Vereinigten Staaten und resultiert aus einer Verbindung der Erfahrungen aus rechtlichen Prozessen (Prüfung und Abwägung von Fakten), aus Diskussionen unter ExpertInnen (Fragen der Objektivität) und aus der Öffentlichkeitsbeteiligung in "town meetings" (Möglichkeiten, um Ängste, Bedürfnisse und Interessen zu äußern). Historisch gesehen, haben sich Konsens-Konferenzen zuerst im medizinischen Bereich zur Kontroverse über wissenschaftliche Forschung und klinische Praxis, also mit dem Ziel einer Bewertung von neuen, meist teuren medizinischen Behandlungen, etabliert.

Der tatsächliche Einfluß von Konsens-Konferenzen auf Politik ist schwer meßbar, da sehr viele Effekte erst später und indirekt eintreten. Die Auswirkungen z.B. in Dänemark lassen sich auf vielen Ebenen finden: PolitikerInnen nehmen in öffentlichen Meinungsäußerungen auf die Ergebnisse der Konsens-Konferenz direkten Bezug, parlamentarische Debatten zu dem Thema der Konsens-Konferenz werden abgehalten oder es wird, in manchen Fällen, ein Gesetzesantrag formuliert, der auf die Ergebnisse der BürgerInnen zurückzuführen ist. PolitikerInnen empfinden die Ergebnisse einer Konsens-Konferenz als wichtige Anregung von besonders informierten Laien. Sie selbst müssen oftmals einen ähnlichen Meinungsbildungsprozeß auf Basis von Expertisen durchlaufen, wie die TeilnehmerInnen einer Konsens-Konferenz.

An einer Konsens-Konferenz nimmt eine kleine Gruppe von BürgerInnen, ungefähr 15 Personen, teil. Die 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der "Ozon-Konsens-Konferenz" wurden aus zahlreichen Bewerbungen so ausgewählt, daß ein breites Spektrum unterschiedlicher Interessen und Werthaltungen zu erwarten war. Konsens-Konferenzen ermöglichen auf Grund der geringen TeilnehmerInnenzahl keinen repräsentativen Spiegel einer breiten Öffentlichkeit, denn durch die geringe Anzahl kann nie eine statistische Repräsentativität vorhanden sein. Ein statistisch repräsentativer Querschnitt ist auch nicht das Ziel der Auswahl von TeilnehmerInnen für eine Konsens-Konferenz: es wird kein demokratisches Abstimmungsergebnis wie z.B. in einer Volksbefragung gefordert. Relevant ist vielmehr, einen Dialog zwischen interessierten BürgerInnen mit unterschiedlichen Werten und Rationalitäten herzustellen und zu hinterfragen, wo die TeilnehmerInnen Konsens erreichen bzw. wie nahe sie einem Konsens sind und im Zusammenhang damit, ein Stimmungsbild, einen Einblick in die verschiedenen Wertvorstellungen, Bedürfnisse, Interessen und Ängste zu erhalten.

"Konsens" wird in der Alltagssprache für verschiedene Situationen verwendet. Konsens kann subjektiv empfunden werden, wenn Annahmen über eine Gruppenmeinung getroffen werden. Konsens kann aber auch durch aktives Erfragen der Meinung überprüft werden. Es sind unterschiedliche Abstimmungsmodi denkbar, zum Beispiel die Bildung von Mehrheiten oder die vollkommene Übereinstimmung aller. Diese Abstimmungsbedingungen müssen jedenfalls klar gelegt werden. Für den Dissens ist es wichtig klarzulegen, worauf der Dissens begründet ist und wo er sich vom Konsensbereich abgrenzt (rationaler Dissens). Das Erkennen einer anderen Position bedeutet noch nicht, sie zu akzeptieren. Für einen konstruktiven Umgang mit einem Konflikt ist jedoch dieses Erkennen und Abstecken der gemeinsamen und trennenden Bereiche unbedingt notwendig.

Die TeilnehmerInnen der Ozon-Konsens-Konferenz wählten selbst das Prinzip der Einstimmigkeit als Kon-

sensbildungsmechanismus. Die Stärke dieses Prinzips ist, daß nicht nur formell abgestimmt wird. Es wird daher vermieden, durch Koalitionsbildung Konsens zu erreichen oder Minderheiten nach einem Mehrheitsprinzip zu überstimmen. Allerdings bedingt Einstimmigkeit auch, daß die Ergebnisse meist nur sehr allgemein ausfallen, da zu einzelnen spezifischen Fragen kaum Positionen ohne auch nur eine Gegenstimme gefunden werden können.

Die Gruppe hat das Prinzip im Verlauf in der eigentlichen Konsens-Konferenz im wesentlichen nicht zur Diskussion gestellt und daher auch nicht verändert. Nicht in allen Konsens-Konferenzen wurde neben der Formulierung eines Konsenses auch auf die Formulierung des Dissenses der TeilnehmerInnen Wert gelegt. In dem österreichischen Ansatz wurden die TeilnehmerInnen dezidiert darauf hingewiesen, daß sowohl Konsens als auch Dissens formuliert und Abstimmungsmodi variiert werden können und sollen. Die TeilnehmerInnen entschieden sich allerdings dafür, ausschließlich die konsensualen Punkte in ihrem Abschlußdokument aufzunehmen und variierten den Abstimmungsmodus nicht.

Ein zentraler Punkt bei der Organisation einer Konsens-Konferenz ist die weitestmögliche Neutralität der VeranstalterInnen und die Objektivität in allen Phasen des Projektes, um manipulative Einflüsse auf die Gruppe zu verhindern. Essentiell ist in diesem Zusammenhang daher die Transparenz und Dokumentation jedes einzelnen Schrittes der Veranstaltung.

## Die Organisation einer Konsens-Konferenz

Das Projekt wurde von der Wiener Umweltanwaltschaft gemeinsam mit den Ländern Wien, Niederösterreich und Burgenland durchgeführt. Unter der Leitung der Wiener Umweltanwaltschaft wurde ein Projektteam gebildet, das mit VertreterInnen aller drei Länder besetzt war, um inhaltliche und organisatorische Fragen abzuklären und zu akkordieren. Voraussetzung für die Zusammensetzung der Projektteams ist allgemein, daß inhaltliche Fragestellungen durch fachliches Grundwissen kompetent diskutiert werden können.

Das Projektmanagement wurde von der Wiener Umweltanwaltschaft, die Finanzierung des Projektes wurde hingegen von den drei Ländern Wien, Niederösterreich und Burgenland übernommen. Die VeranstalterInnen setzten den Budget- und Zeitrahmen für ein erstmaliges Erproben des Modells Konsens-Konferenz sehr eng. Auf eine zusätzliche wissenschaftliche Begleitung wurde in der ersten österreichischen Konsens-Konferenz verzichtet, eine Evaluation der Prozeßentwicklung wurde von der Wiener Umweltanwaltschaft durchgeführt.

Für die Organisation des Projektes "Ozon-Konsens-Konferenz" wurde ein halbes Jahr veranschlagt. Beginn war Jänner 1997. Die Ergebnisse sollten vor dem Sommer, also auch zum aktuellen Zeitpunkt von Episoden hoher Ozonbelastung, vorgestellt werden. Wenn auch ein Hauptkritikpunkt im Umgang mit dem Problem des bodennahen Ozons die Orientierung an Grenzwertüberschreitungen und damit auf die Ozonepisoden im Frühjahr und Sommer ist, so war es für das mediale Echo, das den OrganisatorInnen für die Etablierung des Instrumentes Konsens-Konferenz und des Themas "Bodennahes Ozon" notwendig erschien, ausschlaggebend, das Projektende mit Juni 1997 festzusetzen.

Die Organisation einer Konsens-Konferenz zergliedert sich in verschiedene Umsetzungsphasen und erfordert zahlreiche Vorbereitungsschritte:

– In der ersten Phase (Jänner und Februar 1997) wurden die Zusammensetzung des Projektteams und die Themenwahl geklärt, entsprechend der Ziele und zeitlichen, budgetären, personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen eine klare Aufgabenteilung im Projektteam vorgenommen sowie die Zeit- und Ablaufpläne erstellt.

  Die Aufgaben der Projektleitung (Wiener Umweltanwaltschaft) umfaßten die Entwicklung des Projekt- und Terminplans, Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Ablaufschritte, Vorbereitung der inhaltlichen Fragestellungen für die Teamsitzungen und deren endgültige Ausarbeitung wie z.B. die Formulierung der zu bearbeitenden Frage an die TeilnehmerInnen, Koordinierung der Vorgangsweisen insbesondere der Medienarbeit sowie Erstellung der Presseaussendungen und der Presseunterlagen, Organisation, Planung und Moderation des ExpertInnen-Hearings, Auswahl der TeilnehmerInnen sowie die Planung und Durchführung der Vorbereitungswochenenden und Zusammenstellung und Organisation der Unterlagen für die TeilnehmerInnen.

  Die Aufgaben der Mitglieder des Projektteams (VertreterInnen der Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland) waren die Finanzierung des Projekts, die Auftragsvergabe an einen externen Auftragnehmer (betreffend die rein administrativen Arbeiten - siehe unten), Mitarbeit bei der Ausarbeitung der inhaltlichen Fragestellungen und bei der Anwerbung der TeilnehmerInnen, Organisation der Seminarhotels, der Pressekonferenzen und des Hearings.

  Ein externer Auftragnehmer hatte die Anwerbung von TeilnehmerInnen, sämtliche Kostenabrechnungen, die Protokollführung sowie die Cassetten- und Videoaufnahmen zu übernehmen. Weiters wurden für alle Unterlagen, die den TeilnehmerInnen zur Verfügung standen, die grundlegenden Informationen zur jeweiligen Publikation (Autor, Erscheinungsjahr, HerausgeberIn, Stichworte zum behandelten Thema und Ziel der Publikation, z.B. Informationsschrift) zusammengefaßt, um somit den TeilnehmerInnen eine leichtere Orientierung "beim Einstieg" zu ermöglichen.

– In der zweiten Vorbereitungsphase (März und April 1997) wurden aus zahlreichen Bewerbungen 15 TeilnehmerInnen (durch die Wiener Umweltanwaltschaft gemeinsam mit den Ländern Wien, Niederösterreich und Burgenland) ausgewählt. Die "Ozon-Konsens-Konferenz" wurde mit jugendlichen TeilnehmerInnen zwischen 16 und 28 Jahren abgehalten, da insbesondere die Einbindung dieser Altersgruppe in den politischen Entscheidungsprozeß gefördert werden sollte. Darüber hinaus war bis zum Organisationsbeginn noch offen, ob sich auch das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie im Rahmen des "JUP" (Jugendumweltplan) an diesem Projekt beteiligen würde.
  Die Auswahl der ExpertInnen für das Hearing, die Zusammenstellung der Unterlagen für die Vorbereitung der TeilnehmerInnen sowie die Organisation der Vorbereitungsseminare für die TeilnehmerInnen, der Pressekonferenzen und der eigentlichen Konsens-Konferenz wurde durch die Wiener Umweltanwaltschaft durchgeführt.
– In der folgenden Phase (April und Mai 1997) wurde die Pressearbeit koordiniert und Vorbereitungsseminare für die TeilnehmerInnen abgehalten.
  Die erste Presseaussendung der Wiener Umweltanwaltschaft in Absprache mit dem Projektteam für die Ankündigung des Projekts "Ozon-Konsens-Konferenz" wurde Ende April ausgesandt, die zweite Presseaussendung Ende Mai kündigte die Pressekonferenz der Politiker, das Hearing und die Pressekonferenz der Jugendlichen an. Mit verschiedenen JournalistInnen wurde Kontakt gehalten und die Grundzüge des Projekts sowie die Erwartungen der VeranstalterInnen an das Projekt vermittelt.
  An einem ersten Wochenende lernten sich die TeilnehmerInnen kennen und wurden mit der Methodik, mit der auf sie zukommenden Aufgabe (Einarbeiten in das Thema, ExpertInnenhearing, Gruppendiskussion, Pressekonferenz) und dem damit verbundenen Aufwand vertraut gemacht. Es wurden fachliche Informationen zum Thema "Bodennahes Ozon", der Umgang mit diesen Informationen sowie Verhandlungsstrategien und Teamarbeit vermittelt, damit in weiterer Folge die Unterlagen selbständig durchgearbeitet werden konnten. Die Schulung erfolgte durch einen externen Moderator (Doz. Davy, TU Wien) zusammen mit einer Vertreterin der Wiener Umweltanwaltschaft (Dr. Ursula König).
  Die TeilnehmerInnen hatten anschließend acht Wochen Zeit, um die bereitgestellten Unterlagen durchzuarbeiten und sich auf das ExpertInnenhearing und auf den Prozeß der Konsens/Dissensfindung vorbereiten zu können. Die Unterlagen selbst spiegelten neben einer Einführung in das Thema auch die verschiedenen Meinungen und Sichtweisen zum Thema Ozon von verschiedenen Interessensgruppen, ExpertInnen oder (anderen) Betroffenen wider.
  Eine "Nachbearbeitung" - durchgeführt von der Wiener Umweltanwaltschaft - an einem Wochenende (eineinhalb Tage) im Mai sollte sicherstellen, daß die Inhalte der Unterlagen verstanden wurden und den TeilnehmerInnen die Voraussetzungen geben, selbst konkrete Fragen zu entwickeln und sich auf den Ablauf des ExpertInnen-Hearings vorzubereiten. Dazu standen schriftliche Statements der ExpertInnen, die zum Hearing eingeladen wurden, zur Verfügung.
  Am 16. Juni 1997 wurde eine Pressekonferenz der drei Umweltlandesräte von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland und der Wiener Umweltanwaltschaft zum Beginn der eigentlichen Konsens-Konferenz veranstaltet. In der Pressekonferenz dokumentierten die Politiker ihre Bereitschaft, die Ergebnisse in die Umweltpolitik der Länder einzubinden.
– Die eigentliche Konferenz begann am darauffolgenden Freitag, den 20. Juni 1997, mit einem eintägigen öffentlichen ExpertInnen-Hearing. Das ExpertInnen-Hearing gab den TeilnehmerInnen die Gelegenheit, ExpertInnen zu den verschiedenen Themenbereichen zu befragen. Hierzu sei angemerkt, daß zu den ExpertInnen nicht nur WissenschafterInnen sondern auch PolitikerInnen, InteressensvertreterInnen der Niederösterreichischen Umweltanwaltschaft und eine Journalistin gezählt wurden.
  Die ExpertInnen wurden eingeladen, ein kurzes allgemeines Einleitungsstatement abzugeben und dann in der Diskussion direkt zu antworten. Die TeilnehmerInnen konnten einerseits bereits vorbereitete Fragen stellen, andererseits wurde auch Raum für spontane Diskussion geboten. Das Hearing fand öffentlich statt, um interessierten Fachleuten, der Öffentlichkeit und auch JournalistInnen die Möglichkeit zu bieten, sich mit dem Ablauf der Konsens-Konferenz näher auseinanderzusetzen.
  Direkt im Anschluß an das Hearing traten die TeilnehmerInnen in einer zweitägigen "Wochenend-Klausur", am 21. und 22. Juni 1997, in einen intensiven Diskussionsprozeß, der von den ModeratorInnen (König, Davy) begleitet wurde, ein. Die TeilnehmerInnen formulierten für die Pressekonferenz eine Zusammenfassung ihrer Ergebnisse.
  Den Abschluß der Arbeit der TeilnehmerInnen bildete eine Pressekonferenz, unmittelbar im Anschluß an dieses Wochenende, am 23. Juni 1997, in der sie ihre Ergebnisse selbst präsentierten.
– In die letzte Projektphase fällt die Evaluation des Projekts, eine Reflexion über die Berichterstattung in den Medien, die in dem bereits vorliegenden Endbericht der Wiener Umweltanwaltschaft zur "Ozon-Konsens-Konferenz" zusammengefaßt ist. Weitere Schritte waren bzw. sind die Streuung der Ergebnisse des Projekts und Überlegungen zur Organisation von Follow-up-Aktivitäten in den beteiligten Ländern.
  Parallel zu allen Organisationsschritten hat die Wiener Umweltanwaltschaft eine Literaturrecherche von in- und ausländischen Publikationen durchgeführt und Expertisen von Fachleuten, die bereits an Konsens-Konferenzen mitgearbeitet haben, eingeholt.

Um die Entwicklung der Gruppe verfolgen und für die Verbesserung der Organisation des Prozesses lernen zu können, wurden von der Wiener Umweltanwaltschaft Fragebögen für die TeilnehmerInnen-Ergebnisse der Konsens-Konferenz und ExpertInnen entworfen und ausgewertet und dem Endbericht beigelegt.

Die Ergebnisse der Konsens-Konferenz

Allgemein sind Konsens-Konferenzen sicher nicht dazu geeignet, (politischen) EntscheidungsträgerInnen Einzelentscheidungen abzunehmen, ABER: sie stellen nach Ansicht der Wiener Umweltanwaltschaft ein wichtiges Instrument dar, indem sie Schwachstellen in der aktuellen Politik aufzeigen und ein Stimmungsbild der Bevölkerung - wenn auch nur einer kleinen Gruppe - geben.

Auch die von uns durchgeführte Ozon-Konsens-Konferenz lieferte nicht den "Übermaßnahmenplan zur Bewältigung der Ozonproblematik", jedoch deutliche Handlungsanforderungen für die EntscheidungsträgerInnen. Hierfür war nicht nur das anläßlich der Pressekonferenz vom 23. Juni 1997 präsentierte Papier der Konsens-Konferenz-TeilnehmerInnen maßgeblich, sondern vielmehr der gesamte Veranstaltungsprozeß, der die Erwartungen, Einstellungen, Wünsche und Ängste der jugendlichen TeilnehmerInnen ebenso widerspiegelte wie die Notwendigkeiten und Defizite beim Umgang und der Diskussion mit BürgerInnen, PolitikerInnen und ExpertInnen.

Nähere Informationen über die Ozon-Konsens-Konferenz sowie eine detaillierte Dokumentation des Ablaufs finden sich in dem Band: König Ursula, Ozon-Konsens-Konferenz, Wiener Umweltanwaltschaft, Wien 1997, der bei der Wiener Umweltanwaltschaft kostenlos erhältlich ist.

Jagd und Fischerei

Zwangsabschuß Galopprennbahn und Golfplatz Freudenau

Nachdem in vorangegangenen Jahren auf Grund einer Intervention der Wiener Umweltanwaltschaft Raubwild und Füchse vom Zwangsabschuß ausgenommen worden waren, wurde 1997 erneut die Beiziehung von Wildbiologen zur Erarbeitung eines wirksamen Konzeptes zum Schutz der Anlagen vor Hasen, Kaninchen, Rebhühnern und Fasanen urgiert. Da sich auch die Rennbahnverwaltung dieser Forderung angeschlossen hat, wurde bisher kein Zwangsabschuß durchgeführt.

Fischerei

Um Besatzmaßnahmen in den von der MA 49 verwalteten Fischereirevieren beurteilen zu können, wird die Wiener Umweltanwaltschaft seit Herbst 1997 von Örtlichkeit und Zeitpunkt dieser Maßnahmen informiert. Bisher wurde keine Abweichung von den mit den Pächtern vereinbarten Modalitäten festgestellt.

In der jährlichen Fischereibesprechung von MA 45, MA 22 und MA 49 setzte sich die Wiener Umweltanwaltschaft besonders für eine naturnahe Bewirtschaftung der Gewässer im Nationalpark Donau Auen ein, für welche derzeit von der Nationalparkverwaltung ein Managementkonzept erarbeitet wird.

Tierschutz

Die folgenden Projekte wurden von uns in Auftrag gegeben und aus unseren Budgetmitteln beglichen:

Die Richtlinien für die Haltung von Wildtieren in Zirkusunternehmen sind nicht nur ein Instrument für die Beurteilung der Haltungsbedingungen, sondern dienen auch als Grundlage zur rechtlichen Umsetzung im Rahmen einer Vereinbarung gemäß 15a B-VG betreffend die Mitwirkung von Wildtieren in Zirkussen und Varietes, für deren Entwurf die Wiener Umweltanwaltschaft federführend ist.

Dem Sicherheitsaspekt für die Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Varietes wurde bis dato nur ungenügend Beachtung geschenkt.

Da in Österreich noch keine fundierten Untersuchungen bzw. Erhebungen von Unfällen mit Zirkustieren oder Unfällen, die von Zirkustieren verursacht wurden, vorliegen, wurden jene Unfälle erhoben, die von Zirkustieren verursacht wurden. Berücksichtigt wurden in dieser Studie Verletzungen, die ein Tier einem Menschen oder anderen Tieren zugefügt hat, ebenso Tiere, die auf Grund von mangelnden Sicherheitsvorkehrungen unbeaufsichtigt entflohen sind bzw. Schaden an Sachen oder sich selbst zugefügt haben, so daß durch die in Rede stehende geplante rechtliche Umsetzung der Richtlinien auch dem in § 1 des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes geforderten Sicherheitsaspekt entsprechend Rechnung getragen werden kann.

Die Studie wurde auch in die englische Sprache übersetzt.

Eine wesentliche Voraussetzung für die erforderliche rechtliche Umsetzung der bereits im Jahre 1996 erarbeiteten Richtlinien für die Haltung von Wildtieren in Zirkusunternehmen ist nun die entsprechende Bewußtseinsbildung der Bevölkerung.

Ein mobiles Ausstellungssystem zum Thema "Wildtierhaltung in Zirkussen/ Zweite Chance für Zirkuslöwen" wurde hergestellt und konnte bzw. kann die erarbeiteten Informationen leicht an die Öffentlichkeit transportieren.

Inhalt der Ausstellung:

Tafel 1: Wildtierhaltung in Zirkussen, Erläuterung der generellen Problematik
Tafel 2: rechtliche Situation in Österreich, Richtlinien
Tafel 3: Unfälle mit Zirkustieren
Tafel 4: Wildtiere in freier Wildbahn, Bedürfnisse am Beispiel der Löwen

Sonstiges

Info- und Öffentlichkeitsarbeit

Kooperation mit Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin:

Im Rahmen einer Kooperation zwischen der Wiener Umweltanwaltschaft und der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin besuchte eine Gruppe Studierender mit zwei Professoren im September 1997 Wien. Die Gruppe erstellte Projektarbeit zum Thema Umweltrecht (Schwerpunkt: Lärmschutz im Rahmen der Genehmigung gewerblicher Betriebsanlagen; Vergleich Wien – Berlin). Die Wiener Umweltanwaltschaft stellte Kontakte zu Vortragenden und Interviewpartnern her und informierte im Rahmen eines dreistündigen Vortrags über die Grundzüge des österreichischen Umweltrechts.

Kooperation mit Schulen:

Eine Professorin der Höheren Lehranstalt für Tourismus und wirtschaftliche Berufe in 21, Wassermanngasse 12, trat im September 1997 an die Wiener Umweltanwaltschaft mit einem besonderen Anliegen heran: die Wiener Umweltanwaltschaft möge ein bis zwei Schülern oder Schülerinnen dieser Schule als Hilfestellung für deren "Projektmatura" zu verschiedenen Umweltschutzthemen Gelegenheit geben, einen Tag in der Umweltanwaltschaft zu verbringen und mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen über das jeweilige Themenfeld zu sprechen. Dieser Bitte haben wir gern entsprochen und drei Schülerinnen zunächst allgemein über unsere Tätigkeit informiert und mit ihnen dann ausführlich über ihre jeweiligen Spezialthemen (Umweltmanagement, Nationalpark, Verkehrskonzept) diskutiert.

Weiters wurden Plakate für unser Ausstellungssystem angefertigt, wodurch wir bei den verschiedensten Veranstaltungen (wie z.B. Bezirksfesten) präsent waren. In diversen U-Bahnstationen bieten wir nach wie vor auf Plakaten unsere Dienste an.

Das "WUA - Herbstfest" im September 1997 war ein großer Erfolg, namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Medien und Rathaus kamen unserer Einladung nach.

# Wiener Tourismusverband

Dem Wiener Tourismusverband (WTV) stand 1997 zur weltweiten Vermarktung Wiens als touristischer Destination ein Budget von 175,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Etwa die Hälfte davon (49,5 %) war der Ertrag der Ortstaxe. 34,4 Prozent waren Zuwendungen der Stadt Wien, die vor allem für die Werbung im Ausland, aber auch für den Auskunftsdienst und das Kongreßbüro des WTV eingesetzt wurden. Die Wirtschaftskammer Wien trug 4,5 Prozent des Budgets 1997 bei.

Ausgaben des Wiener Tourismusverbandes 1997

| | |
|---|---|
| Werbung, Presse & Public Relations | 36,0 % |
| Auslandsmedienbetreuung & Verkaufsförderung | 13,5 % |
| Kongreßbüro | 5,5 % |
| sonstiger Zweckaufwand | 4,0 % |
| Sachaufwand | 10,3 % |
| Personal | 30,7 % |

Rund 100 Millionen Schilling flossen 1997 direkt ins touristische Marketing, wobei die Saisonwerbung mit etwa 37 Millionen Schilling und die Werbemittelproduktion mit 20,5 Millionen Schilling die größten Posten darstellten. Unter sonstigen Zweckaufwand fallen u.a. Aufwendungen für Wiens touristische Infrastruktur wie z.B. die Aktion „Wien - eine Stadt stellt sich vor", Fußgängerwegweiser und Busüberwachung. Im Sachaufwand sind neben den Kosten für Miete, Strom, Instandhaltungskosten auch die Ausgaben für den weltweiten Versand und die weltweite Kommunikation in der Höhe von rund 8,4 Millionen Schilling enthalten.

Als weltweit für die Destination Wien agierende Werbe- und Marketingagentur setzte der WTV folgende Aktivitäten:

An Werbemitteln, die Wiens optischen Auftritt auf den Weltmärkten bestimmen, wurden 1997 in der Abteilung Werbung, Presse & Public Relations von den WTV-Teams Redaktion und Produktion insgesamt 90 Stück getextet bzw. produziert (Broschüren, Prospekte, Plakate). Darunter sind vor allem diverse Druckwerke zu erwähnen, die für 1998 zur 100. Wiederkehr des Todestages von Kaiserin Elisabeth vorbereitet wurden. Außerdem wurde mit „Szene Intern" ein viermal jährlich erscheinendes Informationsheft für die Wiener Tourismusbranche geschaffen, das die Partner des WTV über dessen Aktivitäten ebenso auf dem laufenden hält wie über touristisch attraktive Events und interessante Entwicklungen auf einzelnen Märkten.

Vom Hauptwerbemittel des WTV, dem halbjährlich in sieben Sprachen erscheinenden Journal „Wiener Szene", wurden 1997 von der Sommer-Ausgabe 1,4 Millionen Exemplare mit Hilfe von 48 kommerziellen Partnern in 13 Hauptmärkten des Wien-Tourismus verteilt; die Auflage der Winter-Ausgabe betrug 1,2 Millionen Stück und wurde gemeinsam mit 47 kommerziellen Partnern in 14 Ländern verteilt.

Kampagnen mit klassischer Werbung wurden 1997 in folgenden Märkten durchgeführt:

Europa: In Deutschland, Italien, der Schweiz und Spanien führte der WTV in renommierten Printmedien Inseratenkampagnen in den Perioden März bis Juni und September bis Dezember. In Großbritannien wurde im Mai sowie von Oktober bis Dezember im Musiksender Classic FM mit Radiospots und in dessen Magazin mit Inseraten geworben. Werbung auf Großflächenplakaten gab es im Frühjahr und im Herbst in Paris und fünf weiteren Städten Frankreichs sowie im Frühjahr in Belgien. Im Herbst trat man außerdem mit einem französischen Reiseveranstalter auf Plakaten in der Pariser U-Bahn auf. In Österreich waren City-Light-Plakate das Werbemedium, das in drei Wellen (Winter, Frühjahr, Herbst) in Klagenfurt, Villach, Salzburg/Stadt, Innsbruck und sieben Städten Vorarlbergs belegt wurde. In Spanien gab es im Frühjahr Werbung auf Madrider Bussen und gleichzeitig Schaufensterdekorations-Aktionen mit Reisebüros im ganzen Land.

USA: In den USA wurde die 1994 gestartete Kampagne „Austria's Imperial Cities" gemeinsam mit der Österreich-Werbung, Austrian Airlines und den Städten Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt und Linz fortgesetzt. Sie umfaßte Inserate in Reisemagazinen und landesweite Radio-Spots sowie ein Follow-up mit Druckwerken.

Asien: In Taiwan, Südkorea und Thailand gab es im Frühjahr eine Insertionskampagne gemeinsam mit der Österreich-Werbung, Salzburg/Stadt, Innsbruck und Tirol.

Um möglichst umfangreiche Berichterstattung der internationalen Medien über Wien zu bewirken, war der WTV im Rahmen seiner systematischen Auslandsmedienbetreuung 1997 Gastgeber für insgesamt 1.072 Medienvertreter: 708 Journalisten von Printmedien aus 28 Ländern sowie für 77 Radio-, TV- bzw. Film-Teams aus 20 Ländern.

Themenschwerpunkt war das Schubert-Jahr, das selbst in exotischen Ländern starkes, Wien-bezogenes Medienecho fand. Ab Herbst waren bereits die ersten Recherchen von Journalisten aus verschiedensten Ländern zum Thema Elisabeth '98 zu betreuen und noch vor Jahresende erschienen zahlreiche Vorberichte darüber.

Für Wiens Präsenz in den Angeboten der internationalen Reiseindustrie sorgte die WTV-Verkaufsförderung durch systematische Arbeit in den einzelnen Märkten. 1997 absolvierte dieses Team rund 180 Auslandseinsätze in insgesamt 35 Ländern. Es repräsentierte Wien dabei auf 39 Fach- bzw. Publikumsmessen, bei 72 Workshops für ausländische Reisebüros sowie 58 Sonderpräsentationen und organisierte auch die Teilnahme der Wiener Branche an den jeweiligen Veranstaltungen. Zusätzlich betreute es 2.260 Reisebürorepräsentanten in Wien, die in 133 Studiengruppen aus 37 Ländern angereist waren.

Herausragende Aktion war eine Präsentation von Kostproben der Wiener Event-Highlights, die als Bühnenshow eine Tournee durch sechs Städte Deutschlands sowie Zürich und Amsterdam absolvierte. Insgesamt waren rund 1.200 Entscheidungsträger der Reiseindustrie und Medienvertreter Publikum der Show, die von professionellen Schauspielern und Mitgliedern der Originalbesetzung der vorgestellten Events dargeboten wurde.

Das WTV-Kongreßbüro, weltweit in der Akquisition von Kongressen und Firmenevents (Tagungen und Incentives) tätig, vertrat die Kongreßdestination Wien 1997 auf 29 Fachmessen- bzw. Kongressen und koordinierte auch die Teilnahme von Wiener Anbietern daran. In Wien betreute es Inspektionsreisen von rund 320 Kongreß- und Incentive-Entscheidungsträgern aus 8 Ländern: 20 Studiengruppen mit insgesamt 205 Personen, alle anderen in Einzelbetreuung.

Ein besonderer Akquisitionserfolg war die langfristige Sicherung des teilnehmerstarken Europäischen Radiologenkongresses für Wien. Die einwöchige Veranstaltung, die 1997 rund 60.000 Nächtigungen in Wien bewirkte, wird nunmehr von 1999 bis 2001 jährlich hier stattfinden, danach voraussichtlich alle zwei Jahre.

Von der Abteilung Gästeservice, Personal & Finanzen wurden 1997 die technischen Voraussetzungen für den neuen Service „Wien Hotels" geschaffen: Er ermöglicht es Gästen, ab Februar 1998 Zimmer in allen Wiener Hotels telefonisch beim Wien-Tourismus vorauszubuchen.

In den vier Tourist-Informationen in Wien erhielten 1997 über 341.000 Besucher kostenlos persönliche Beratung in 13 Sprachen sowie Informationsunterlagen in 17 Sprachen. Rund 51.000 schriftliche bzw. telefonische Anfragen von Wien-Interessenten wurden in der WTV-Zentrale bearbeitet.

Die Wien-Karte, die Besuchern für 180 Schilling vier Tage lang Vergünstigungen bei Museen und Sehenswürdigkeiten, in Geschäften und Restaurants sowie 72 Stunden freie Fahrt mit Wiens öffentlichen Verkehrsmitteln bietet, wurde 1997 rund 200.000mal verkauft und war damit die beliebteste Gästekarte Österreichs.

# Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien

Im Jahre 1997 war die Zahl der von der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) betreuten Personen rückläufig. Im einzelnen verringerte sich die Zahl der aktiven Beamten im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 180 auf 47.676, die Zahl der Bezieher von Ruhe- und Versorgungsgenüssen sank um 229 auf 22.307. Die Zahl der anspruchsberechtigten Angehörigen verringerte sich um 117 und betrug damit im Jahresdurchschnitt 44.320. Die Gesamtzahl der geschützten Personen war mit 114.303 um 526 geringer als im Vorjahr.

Die finanzielle Situation der Anstalt entwickelte sich negativ. 1997 hat mit einem Verlust von 82,7 Millionen Schilling abgeschlossen. Die Aufwendungen stiegen im Berichtsjahr um 7,3 Prozent (1996: 5,1 %), die Beitragserträge um 0,5 Prozent (1996: 1,6 %).

Für Leistungen an Anstaltsmitglieder und deren Angehörige wurden im Berichtsjahr 1.880 Millionen Schilling aufgewendet, das sind um 128 Millionen Schilling oder 7,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Von den Gesamtaufwendungen in der Höhe von 2.011 Millionen Schilling wurden 93,5 Prozent für Leistungen aufgewendet.

Die Kostenentwicklung der einzelnen Leistungssparten zeigt folgendes Bild: Die Aufwendungen für ärztliche Hilfe stiegen gegenüber dem Jahr 1996 um 5 Prozent. Für Zahnbehandlungen und Zahnersatz verringerte sie sich um 0,7 Prozent. Die Anstaltspflege stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent, die erweiterte Heilfürsorge um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine ebenfalls steigende Tendenz weisen die Aufwendungen für Heilmittel (3,3 %) und Heilbehelfe (1,2 %) auf. Die Aufwendungen für die Gesundenuntersuchungen verringerten sich um 11,2 Prozent.

Die Verpflegstage im Sanatorium Hera verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.379 auf 31.793. Die Gesamtzahl der Untersuchungen und Behandlungen in den Ambulatorien der verschiedenen Fachrichtungen war mit 485.085 um 19.020 geringer als im Vorjahr. Hievon entfielen 189.909 auf die Zahnambulatorien und 295.176 auf die sonstigen Fachambulatorien.

Im Kurheim Habsburgerhof und Erholungsheim Raxblick waren insgesamt 30.853 (1996: 27.504) Verpflegstage zu verzeichnen, davon Habsburgerhof 13.825 (1996: 13.605) und Raxblick 17.028 (1996: 13.899). Außerdem wurden im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge 1.033 Personen Zuschüsse für Erholungsheimaufenthalte im Gesamtausmaß von 19.346 Tagen gewährt. 2.147 Fällen mit 46.122 Verpflegstagen, bei denen die Unterbringung in Vertragseinrichtungen der KFA erfolgte, standen 264 Fälle gegenüber, bei denen Zuschüsse für 4.576 Verpflegstage gewährt wurden.

In den verschiedenen Kurorten standen für die Unterbringung und Betreuung der von der KFA entsandten Patienten wieder die bereits in den Vorjahren bewährten Vertragseinrichtungen zur Verfügung. Die beiden eigenen Einrichtungen (Erholungsheim Raxblick und Kurheim Habsburgerhof) wurden von den Patienten wieder besonders positiv beurteilt.

# Sachverzeichnis


Seite

## A

Abfallbehandlungsanlage ....427
Abfallmengen ....425, 426
Abfallwirtschaft ....419
Abgaben ....115
Abgabenhauptverrechnung ....128
Abschleppgruppe ....424
Adoptionsstelle ....150
Akademie für Sozialarbeit ....157
Allgemeine Personalangelegenheiten .... 76
Altlasten ....408
Altstoffe, Sammlung ....426
Altstadterhaltung ....207
Altstadterhaltungsfonds, Wiener ....460
Amt für Jugend und Familie ....144
Amtsärztliche Untersuchungsstelle ....226
Amtsblatt der Stadt Wien ....185
Amtshäuser ....451
Amtsraumlenkung .... 50
Arbeitsrecht ....233
Architektur ....321
Archivbibliothek ....211
Aufforstungen ....432
Aufnahme in städt. Pflege- bzw. Wohnheime ....268
Auftragnehmerkataster .... 60
Ausstellungen .... 12, 185, 318
Auszeichnungen .... 15
Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung ....301

## B

Bäder
- städtische, Betrieb, Erhaltung, Erweiterung bestehender Anlagen ....406
Bauangelegenheiten, rechtliche ....479
Baubehördliche Angelegenheiten, allgemeine ....465
Baugrundkataster ....346
Baugrunduntersuchungen ....346
Baupolizei ....469
Bau- und Brennstoffbeschaffung, Ankauf und Einlagerung, Abgabe an städtische Verbrauchsstellen .... 90
Baurechtsverwaltung ....482
Bedürfnisanstalten, öffentliche ....420
Behinderte ....162, 163, 166
Behindertengerechtes Bauen ....165
Behindertenzentrum ....165
Beleuchtung, öffentliche ....397
Berufsschulen, Ausstattung ....189
Besoldungsamt .... 83
Bestattung Wien ....143
Betreuung zu Hause ....251
Betriebliches Vorschlagswesen (BVW) .... 14, 50

Seite

Bezirksbudgets ....118
Bezirksgesundheitsämter ....226
Bezirksmuseen ....206
Bibliothek, technische ....321
Bildende Kunst ....202
Bildung ....169
Bildungsprojekte ....170
Broschüren ....169
Brückenbau ....341
Brückenerhaltungen ....344
Büchereien, städtische ....177
Buchhaltungen ....124
Bürgerdienst ....187
Büro des Magistratsdirektors .... 13

## C

Chemie, Referat ....389
Club 21 ....162

## D

Denkmalpflege ....205
Desinfektionsanstalt ....220
Detailmärkte, Wiener ....100
Dienstaufsicht .... 14, 37
Dienstkraftwagenbetrieb .... 35
Dienstprüfungen, Vorbereitungskurse .... 39
Dienstrecht
- allgemeine Angelegenheiten .... 76
Donauhochwasserschutz, technische Angelegenheiten ....408
Drogenangelegenheiten ....248, 249
Druckerei .... 92
Druckschriftensammlung ....213
Drucksorten .... 49

## E

EDV- und Informationsmanagement (MDI) .... 54
EDV-Kommission, beratende .... 36
Ehe- und Familienberatung ....152
Ehe- und Familientherapie, Institut ....152
Ehrengräber ....131
Ehrenzeichenkanzlei .... 15
Ehrungen ....203
Einbürgerungen ....106
Eisenbahnangelegenheiten, rechtliche ....479
Elektro- und Gasangelegenheiten, behördliche ....400
Elternberatungsstellen ....145, 239
Eltern-Kind-Zentrum ....146
Elternschulen ....145

Seite
Energieangelegenheiten, rechtliche .....479
Energieversorgung
- Wiengas .....141
- Wienstrom .....140
Enteignungsverfahren .....480
Entwicklungsdiagnostische Ambulanzen .....239
Erhebungs- und Vollstreckungsdienst .....126, 129
Ernährungsberatungsstelle .....242
Ernährungswesen, rechtliche Angelegenheiten .....109
Eröffnungen, Grundsteinlegungen ..... 12
Erwachsenenbetreuung .....161
Erziehungshilfe, Institut .....152
EU-Förderungen (MD-EUF) ..... 23

## F

Fachschulen der Stadt Wien .....196
Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) .....149
Fahrgastfrequenz, Wiener Linien .....142
Fahrschulbereich .....440
„Fahrt ins Grüne“ .....167
Familienberatungsstellen .....151
Familienzuschuß .....145
„Ferienspiel“ .....174
Feuerpolizei .....400
Feuerwehr und Katastrophenschutz .....442
Film(büro) .....186, 200
Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten .....115
Finanzwirtschaft .....118
Finanzwirtschaft und Haushaltswesen .....117
Flächennutzung Innen-West .....331
Flächennutzung Süd .....332
Flächennutzung Nordost .....335
Fleischuntersuchung .....104
Flüchtlinge .....159
Flüchtlingsbetreuung .....159
FOCUS .....162
Forstamt .....429
Forste der Stadt Wien, Verwaltung, Fläche .....429
Frauenangelegenheiten ..... 93
Frauenförderung ..... 93
Frauenhäuser ..... 93
Friedhofsgärtnerei, städtische .....131
Friedhöfe, städtische .....129
Fuhrpark .....419

## G

Ganztagsschule, Schulversuch .....190
Gartenanlagen, öffentliche, Entwurf und Erhaltung .....402
Geldaushilfen .....159
Gemeinderat, Veränderungen ..... 9
Seite
Gemeindewohnungen, Zuweisung .....449
Gemeinnützige Bauvereinigungen, Aufsicht .....473
Geriatrische Tageszentren .....262
Geschlechtskrankheiten, Verhütung und Bekämpfung .....222
Gesundheitsamt .....218
Gesundheitsdienste .....237
Gesundheitsplanung .....236
Gesundheits- und Sozialzentren .....264
Gesundheitswesen .....218
Gewässeraufsicht .....409
Gewerbeangelegenheiten, Marktamt .....100
- technische .....400
Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens .....109
Gewerbliches Prüfungswesen .....113
Großmarkt Wien-Inzersdorf .....101
Grundbau .....341, 346
Grunderwerb .....481
Grundfreimachungen .....482
Grundstücksangelegenheiten
- rechtliche und administrative .....481
- technische .....471
Grundverwaltung .....482

## H

Handschriftensammlung .....214
Hauptwerkstätte für Instandsetzung, Anschaffung und Erprobung von Fahrzeugen und Geräten .....423
Hauskrankenpflege, mobile .....257
Hausinspektoren .....450
Haustechnik .....461
Heizwerkstätte .....465
Hilfs- und Sofortmaßnahmen (MDH) ..... 27
Historisches Museum der Stadt Wien .....214
Hochbau .....458
Holzeinschlag, Forste der Stadt Wien .....430
Hundezonen .....404
Hydrologie, Gruppe .....410

## I

Impfstelle für Auslandsreisende .....246
Impfungen .....220, 246
Infektionskrankheiten, anzeigepflichtige .....218
Informations- und Kommunikationstechnologie ..301
Internationale Beziehungen (MD-IB) ..... 18
Institut
- für Ehe- und Familientherapie .....152
- für Erziehungshilfe .....152
- für Sozialtherapie .....136
- für Umweltmedizin der Stadt Wien (IFUM) ....243

Seite

## J

Jagd, Abschüsse ....432
Jüdisches Museum ....216
Jugend und Familie, Amt für ....144
Jugendberufshilfe ....149
Jugendbetreuung, außerschulische ....182
Jugenderholung, Verein ....157
Jugendhilfswerk, Wiener ....157
Jugendsportaktionen ....183
Jugendzahnkliniken ....240

## K

Kanalisation ....388
Katastrophenschutz ....442
Kinderpflegerinnen ....147
Kinderpsychologische Station ....153
Kinderschutzzentrum, unabhängiges ....152
Kindertagesheime ....153, 156
Kinder- und Jugendanwaltschaft ....486
Klangbogen ....198
Kleingartenverwaltung ....482
Körperbehinderte, Betreuung ....246
Konservatorium ....181
Kontaktbesuchsdienst ....253
Kontrollamt ....483
Koordinationsbüro (MD-KOB) .... 20
Krankenanstalten und Pflegeeinrichtungen ....277
Krankenanstaltenverbund, Wiener ....273
Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien ....513
Kultur ....197
Kur- und Rekonvaleszentenaufenthalte, Referat ....160

## L

Lärmschutz ....359, 363
Landarbeitsrecht ....437
Landaufenthaltsaktion ....167
Landesbildstelle Wien ....178
Landesgesetzblatt für Wien, Herausgabe ....185
Landesjugendreferat ....173
Landeskultur, rechtliche Angelegenheiten ....436
Land- und Forstwirtschaftsinspektion ....437
Landwirtschaftlich genutzte Flächen, Ertrag ....431
Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ....429, 431
Lebensmittelpolizei .... 98
Lebensmitteluntersuchungsanstalt .... 85
Legistischer Dienst .... 16
Leihgebungen ....217
Liegenschaftsbewertung ....471
Liegenschaftsevidenz, zentrale ....472

Seite

Literatur, Förderung ....203
Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie ....435
Luftfahrtangelegenheiten, rechtliche ....479
Luftmeßnetz ....360
Luftqualität, -reinhaltung ....360

## M

Magistratsdirektion .... 11
Magistratische Bezirksämter .... 74
Marktamt .... 97
Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx ....102
Medizinisch-meteorologische Beratungsstelle ....247
Mietbeihilfe ....166
Miet- und Nutzwertberechnung ....473
Misttelefon ....421
Mobilbüro ....188
Mobile Hauskrankenpflege ....257
Mobiler Bürgerdienst .... 33
Modeschule der Stadt Wien ....182
Müllanfall ....425
Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, Spittelau, Leistung ....426
Museen der Stadt Wien ....214
Musik ....197, 214
Musiklehranstalten, städtische ....181
Mutter-Kind-Krisenhilfe ....149

## N

Nachrichtentechnik ....451
Naturschutz und Landschaftspflege ....434
Netzausbau, Wiengas ....142
- Kanal ....388
- Wasser ....389
- Wienstrom ....141
Notstandspolizeiliche Maßnahmen, im Rahmen von Ersatzvornahmen ....459
Nutzbauten, Neubau, Erhaltung, Verwaltung ....451

## O

Obdachlose Betreuung, Unterbringung ....161, 457
Öffentliche Bedürfnisanstalten ....420
Öffentliche Beleuchtung ....397
Öffentliche Uhren ....399
Opferfürsorge ....166
Orthopädische Begutachtung ....246
Osterklang ....199

Seite

## P

Parkraumbewirtschaftung .....416
Parkraumüberwachung .....441
Patientenanwaltschaft, Wiener .....492
Pädagogische Zentralbücherei .....196
Pädagogisches Institut .....196
Pensionistenklubs .....167
Personalamt ..... 82
Personalangelegenheiten, allgemeine ..... 76
Personaldirektion (MD-PD) ..... 37
Personendatenbank .....109
Personenstandsangelegenheiten .....106
Pflegefamilienreferat .....150
Pflegegeld .....248
Pflegeheime, städtische .....290
Pflege- und Wohnheimaufnahme .....269
Pflegevorsorge .....165
Pflichtschulen, allgemeinbildende .....188
- berufsbildende .....193
Physikalisch-technische Prüfanstalt
für Radiologie und Elektromedizin .....224
Planungsgemeinschaft Ost (PGO) .....310
Poststelle, zentrale ..... 53
Präsidialbüro ..... 11
Preisbeobachtung und -überwachung ..... 99
Preise und Stipendien .....203
Prekariumswohnungen .....161
Presse- und Informationsdienst .....187
Problemstoffsammlung .....420, 427
Prüfstelle, technisch-wirtschaftliche .....459
Psychagogische Betreuer .....191
Psychiatrische Begutachtung .....245
Psychiatrische Krankenhäuser .....287
Psychologisch-pädagogisches Zentrum .....154

## R

Radverkehrsanlagen .....415
Rathaus-Korrespondenz (rk) .....183
Raucherberatungsstellen .....242
Rechnungsabschluß 1996 .....116
Rechnungsamt .....123
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten .....440
Rechtsgutachten, Zivil- und
Strafrechtsangelegenheiten ..... 57
Rechtskundiger Permanenzdienst ..... 27
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst .....271
Rohrnetz
- Gas .....142
- Wasser .....392
Rundfahrtenbüro .....187

Seite

## S

Sanitäre Aufsicht .....223
Sanitätsberufe, Evidenzhaltung und
Überwachung der Berufsausbildung .....224
Sanitätsrecht .....227
Schiffahrtswesen, rechtliche Angelegenheiten .....436
Schlachtbetrieb St. Marx .....102
Schlachttier- und Fleischuntersuchung .....104
Schlichtungsstellen .....446
Schulärztlicher Dienst .....241
Schuldnerberatung .....151
Schulversuche .....192
Schulverwaltung, städtische .....188
Schutzwasserbau .....410
Schwangerenberatungsstellen .....238
Sofortmaßnahmen, Dezernat ..... 32
Sondertransporte, Referat .....417
Sozialamt .....158
Sozialarbeit, Akademie .....157
Sozialarbeit an Krankenanstalten
und Pflegeheimen .....260
Soziale Dienste .....254
Soziale Stützpunkte .....254
Sozialhilfe, allgemeine .....158
Sozialhilfekosten, Ersatz .....160
Sozialnotruf .....262
Sozialpädagogische Grundlagenforschung .....153
Sozialversicherung(srecht) .....233
Sperrmüllsammlung .....425
Spezialambulanz für Entwicklungsdiagnostik .....239
Spitalsverbindungsdienst CONTACT .....250
Spitalswesen .....251
Sportamt .....183
Staatsbürgerschaftsangelegenheiten .....106
Staatsbürgerschaftsevidenzstelle .....107
Stadtarchäologie .....207
Stadtbaudirektion (MD-BD) ..... 58
Stadtentwicklung .....309
Stadterneuerung .....446, 459
Stadtforschung .....311
Stadtgartenamt .....402
Stadtgestaltung .....321
Stadthauptkasse .....128
Stadtinformation .....187
Stadtplanung .....309
Stadtteilplanung und Flächennutzung
- Innen-West .....331
- Süd .....332
- Nordost .....335
Stadt- und Landesarchiv, Wiener .....209
Stadt- und Landesbibliothek, Wiener .....214
Stadtvermessung .....351
Stadtwerke, Wiener .....136
- Bestattung Wien .....143
- Wiener Linien .....142

Seite
- Wiengas .....141
- Wienstrom .....140
Standesämter .....108
Statistisches Amt der Stadt Wien .....132
Stiftungen .....168
Stipendienwerk .....205
Straßenbeläge, Generalinstandsetzung .....338
Straßenreinigung .....419, 428
Straßensozialarbeit .....161
Straßenstandangelegenheiten, Marktamt .....100
Straßenverkehrsbehörde .....415
Straßenverwaltung und Straßenbau .....341
Streetwork .....152
Suchtprävention .....248

## T

Tagesmütter .....150
Tageszentren für Obdachlose .....161
Technische Bibliothek .....321
Technische Grundstücksangelegenheiten .....471
Technische Verkehrsangelegenheiten .....412
Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser .....459
Theater .....200
Tierkörperbeseitigung Wien .....106
Tierschutzgesetz .....105
Tierseuchen, anzeigepflichtige, Verhütung und Bekämpfung .....103
Tierversuchsgesetz .....105
Tourismusverband, Wiener .....511
Trink- und Nutzwasseruntersuchungen .....243
Tuberkulose, Verhütung und Bekämpfung .....221

## U

Übersetzungsdienst .....187
Uhren, öffentliche .....399
Umweltanwaltschaft, Wiener .....495
Umweltlabor .....360
Umweltmedizin, Institut .....243
Umweltpolizei ..... 33
Umweltschutz .....356
Unabhängiger Verwaltungssenat .....484
Unabhängiges Krisenschutzzentrum .....152

## V

Veranstaltungen .....204, 205
Verbindungsdienst
- Geburtenspitäler .....146
- Kinderspitäler .....146
- Jugendgerichtshof .....149
Verfassungs- und Rechtsmittelbüro (MD-VfR) .... 16
Verfassungs- und Verwaltungsorganisation ..... 9
Verkehrsangelegenheiten, rechtliche .....440
- technische .....412
Verkehrseinrichtungen, Errichtung, Erhaltung, Betrieb, Gruppe .....416
Verkehrslichtsignalanlagen .....416
Verkehrsorganisation .....412
Verkehrspermanenzstelle .....413
Verkehrsplanungen .....315
Verkehrssicherheit, Gruppe .....418
Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien ..350
Vertretungskörper, Veränderungen ..... 9
Veterinärwesen .....438
Verwaltungsakademie (MD-VA) ..... 38
Verwaltungsorganisation (MD-VO) ..... 41
Verwaltungsrevision (MD-VR) ..... 40
Veterinäramt .....102
Video .....200
Volksbegehren .....108
Volksbildung .....169
Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1998 ....116
Vorbereitungskurse für Dienstprüfungen ..... 39
Vorschlagswesen, betriebliches (BVW) ..... 14, 50
Vorsorgemedizinische Fachdienste ..... 242

## W

Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten .....108
Waldschäden .....432
Wasserbau .....408
Wassergewinnung und -abgabe .....389
Wasser- und Schiffahrtswesen, rechtliche Angelegenheiten .....436
Wasserwerke .....389
Wasserwirtschaftliche Planung .....411
Weihnachtspaketaktion .....168
Weingesetz, Vollziehung .....101
Werkstättenbetrieb ..... 92
„wien aktuell“ .....185
Wiener Linien .....142
Wiener Schlichtungsstellen in Wohnrechtsangelegenheiten .....446
Wiener Stadt- und Landesarchiv .....209
Wiener Stadt- und Landesbibliothek .....212
Wiener Stadtwerke .....136
Wiener Vorlesungen .....320
Wiener Wohnen .....448
Wienenergie .....138
Wiengas .....141
Wienstrom .....140
Wild, Bestand .....432

| | Seite |
|---|---|
| Wirtschaftliche Krisenhilfe | 147 |
| Winterdienst | 429 |
| Wohnbauförderung | 473 |
| Wohnbeihilfe | 475 |
| Wohnhaussanierung | 473 |
| Wohnhäuser, Prüfstelle, technisch-wirtschaftliche | 459 |
| Wohnheim für Obdachlose | 457 |
| Wohnplätze für Bürger in Not | 159 |
| Wohnungen, gemeindeeigene, Zuweisung | 449 |
| Wohnungskommission | 447 |
| Wohnungsverbesserung | 473 |

## Z

| | Seite |
|---|---|
| Zentralbücherei, pädagogische | 196 |
| Zentrale Liegenschaftsevidenz | 472 |
| Zentrale Poststelle | 53 |
| Zentraler Einkauf | 85 |
| Zentrallager | 93 |
| Zentralgewerberegister | 114 |
| Zivil- und Katastrophenschutz | 30 |
| Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ) | 57 |
| Zufuhren, Agrumen, Viktualien | 101 |

# Weitere Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien:

## Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien

**Ca. 450 Seiten / Preis ATS 450,-**

Die umfangreichste statistische Publikation des Amtes, die neben Tabellen auch viele Grafiken umfaßt, informiert jährlich über eine Vielzahl von Aspekten der Stadt Wien - so etwa über Bevölkerung, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft, Verkehr und Fremdenverkehr, Wohnen, Arbeitsmarkt, soziale Fragen, Preise, Ausbildung, Kunst und Kultur, Sport und Freizeit, Wahlen, Verwaltung, Rechtspflege und Steuern.
**Auch auf Diskette lieferbar.**

## Statistisches Taschenbuch der Stadt Wien

**Ca. 150 Seiten / Preis ATS 100.-**

Das Statistische Taschenbuch bringt alljährlich auf etwa 150 Seiten in 24 Abschnitten Vergleiche Wiens mit österreichischen bzw. europäischen Städten, der Region Vienna (Ostregion) und Österreich sowie wertvolle Informationen über das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Geschehen Wiens.

## Statistische Mitteilungen

**Pro Heft ca. 50 Seiten / Preis ATS 70.- (Im Abonnement ATS 200.-)**

Diese Vierteljahresschrift enthält neben den monatlich aufgegliederten aktuellen Daten aus der Sozial- und Wirtschaftsstatistik auch ausführliche Fachartikel.

## Wien in Zahlen

**16 Seiten, Tabellen / kostenlos**

Kurze Zahlenübersicht über Wien in deutscher, englischer, französischer, italienischer, tschechischer und ungarischer Sprache.
**Auch auf Internet unter der Adresse: http://www.magwien.gv.at/ma53/in_stat.htm**

## Wiener Bezirksdaten

**Kassette mit 23 Heften**

**Printmedium oder Diskette: 1 Bezirk ATS 80,- Gesamtwerk ATS 1.000,-**

Statistische Informationen aus allen Lebensbereichen über die Wiener Bezirke.

## Wiener Zahlenspiegel

**Faltinformation, 12 Seiten, Tabellen und Graphiken / kostenlos**

Übersichtsdarstellungen zu Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Wohnungswesen. Deutsche und englische Ausgabe.

Sonderpublikationen:

## Die Volkszählung vom 15. Mai 1991

**nach Gemeindebezirken, Zählbezirken und Zählgebieten**

**337 Seiten, zahlreiche Farbtafeln und Tabellen / Preis ATS 200.-**

Diese Sonderpublikation gibt detaillierten Aufschluß über die Ergebnisse der Volkszählung 1991, welche den Schwerpunkt der österreichweit durchgeführten Großzählung bildete. In kleinräumigen Analysen für alle Wiener Bezirke werden u.a. die Einwohnerzahl, Privathaushaltsgröße, Beschäftigtenzahl, Ausländer nach Staatsangehörigkeit, Alter, Geschlecht und Erwerbstätigkeit, Berufstätige nach dem höchsten Bildungsabschluß und ihrer beruflichen Stellung sowie die Pendlefrequenz mit Hilfe von Tabellen und Grafiken dargestellt.

## Die Häuser- und Wohnungszählung vom 15. Mai 1991

**nach Gemeindebezirken, Zählbezirken und Zählgebieten**

**264 Seiten, zahlreiche Farbtafeln und Tabellen / Preis ATS 150.-**

Die Häuser- und Wohnungszählung bietet eine detaillierte Übersicht über Baualter und Ausstattung der Wiener Wohnungen. Nach einer Kurzfassung der wichtigsten Daten über die Stadt wird jeder Bezirk hinsichtlich der Kriterien Einwohner, Wohnungszahl, Bauperiode, Eigentümer und Rechtsgrund der Wohnungsnutzung, Nutzfläche und Ausstattungskategorien der Wohnungen dargestellt. Auch über die Art der in den Wohnungen benützten Heizungen wird Auskunft erteilt.

## Die Wiener Arbeitsstätten vom 15. Mai 1991

**nach Gemeindebezirken, Zählbezirken und Zählgebieten**

**856 Seiten, zahlreiche Farbtafeln und Tabellen / Preis ATS 300.-**

In dieser Publikation werden die Struktur und die kleinräumige Verteilung der Wirtschaftsaktivitäten der Wiener Arbeitsstätten untersucht. Der Band bietet einen Überblick über die wirtschaftliche Stellung Wiens in Österreich und befaßt sich mit der sektoriellen Gliederung der Betriebsgrößenstruktur der Wiener Arbeitsstätten der einzelnen Bezirke. Erläuterungen und Grafiken ergänzen das Nachschlagewerk.

## Die Wiener Wahlen vom 13. Oktober 1996

**84 Seiten und Tabellen / Preis ATS 80.-**

Am 13. Oktober 1996 fand in Österreich zum ersten Mal die Wahl der 21 Abgeordneten zum Europäischen Parlament statt. Gleichzeitig wurden in Wien auch die Wahlen zum Gemeinderat und den Bezirksvertretungen abgehalten. Dieses Sonderheft berichtet über die rechtlichen Grundlagen der Wahlen, die wahlwerbenden Parteien und die Wahlbeteiligung. In einer Wählerstromanalyse sowie einer Nachwahlanalyse werden Details des Wahlverhaltens dargestellt. Im Anhang liefern umfangreiche Tabellen Ergebnisse für die einzelnen Wiener Bezirke.

Erhältlich sind diese Veröffentlichungen zwischen 9 und 12 Uhr im Statistischen Amt der Stadt Wien, Volksgartenstraße 3, 1016 Wien, Tel.: (01) 40 00 - 88 629.
**E-mail: post@m66.magwien.gv.at**

ISSN 1028-0685